Bericht über die verwaltung und den stand der gemeinde-an...

Würzburg
(Germany)

1685

HARVARD
LAW

XI. Verwaltungs-Bericht der Stadt Würzburg.

Schlußjahre 1921.

XI. Bericht

über die Verwaltung und den Stand der

Gemeinde-Angelegenheiten

der Stadt

Würzburg

im Verwaltungsjahre

1881.

Würzburg.

Druck der Kgl. Universitäts-Druckerei von H. Stürz.

1882.

THE NEW YORK
PUBLIC LIBRARY
436108
ASTOR, LENOX AND
TILDEN FOUNDATIONS.
1908

NEW YORK
PUBLIC
LIBRARY

Digitized by Google

Inhalts-Verzeichnis.

Vorwort.

I. Abschnitt.

Seite

§ 1. Personalstand des Magistrats und des Gemeindekollegiums . . . 1
§ 2. Feste, Ehrungen, Adressen, Versammlungen, Ausstellungen und Trauerkundgaben 7
§ 3. Stadtgebiet 11
§ 4. Hochwasserverhältnisse 13
§ 5. Bevölkerung und Gebäudezahl 14
§ 6. Bewegung der Bevölkerung in Bezug auf Staatsangehörigkeit, Heimat- und Bürgerrecht 16
§ 7. Reichstags-, Landtags-, Landrats- und Gemeindewahlen 18
§ 8. Ortsstatute, Normative und ortspolizeiliche Vorschriften 20
§ 9. Stadthaushalt 21
§ 10. Stadtschuldwesen 30
§ 11. Schulwesen 36
§ 12. Stadttheater, städtische Sammlungen und Bibliotheken 47
§ 13. Depositenwesen, Registratur und Archiv 52
§ 14. Elektrizitätswerk 54
§ 15. Gaswerk 57
§ 16. Wasserwerk 60
§ 17. Installationskasse des Gas- und Wasserwerkes 64
§ 18. Leihanstalt 66
§ 19. Sparkasse 69
§ 20. Getreidehilfskasse 75
§ 21. Holzmagazinskasse 76
§ 22. Vieh- und Schlachthof 77
§ 23. Kühlhaus 86

Digitized by Google

Seite

§ 24. Bäder 89
§ 25. Friedhof 91
§ 26. Öffentliche Anlagen und Pflanzungen 93
§ 27. Die rechtsmainische Hochkaianlage 96
§ 28. Straßenbahn 101
§ 29. Straßenerweiterungen und Straßenbauten 104
§ 30. Straßenpflasterung, Straßenunterhaltung 106
§ 31. Straßenreinigung, Straßenbesprengung, Straßenbeleuchtung . . 111
§ 32. Kanalisation und Sielbau 114
§ 33. Hochbauwesen und Baustatistik 130
§ 34. Baulinienfestsetzung und Bebauungspläne; Bauvorschriften; Straßenbaustatut; Aufstellung eines Bauaufsehers aus dem Arbeiterstande 134
§ 35. Polizeiverwaltung
I. a) Sicherheitspolizei 141
b) Feuerpolizei, Feuerwehr und Brände 143
c) Gesundheitspolizei 145
d) Nahrungsmittelpolizei mit Anhang: Lebensmittelpreise . . 148
e) Sittenpolizei 154
f) Vereins- und Versammlungspolizei 154
g) Hundevisitationen 156
II. Amtsanwaltschaft 156
§ 36. Desinfektionsanstalt 158
§ 37. Gewerbewesen 159
§ 38. Gewerbegericht 163
§ 39. Arbeitsamt 166
§ 40. Vermittlungsamt 169
§ 41. Militärersatzgeschäft 170
§ 42. Einquartierungen und Vorspann 172
§ 43. Immobiliarbrand- und Hagelversicherung 173
§ 44. Krankenversicherung 175
§ 45. Unfallversicherung 182
§ 46. Invalidenversicherung 184
§ 47. Pensionskasse für die städtischen Beamten 186
§ 48. Pensionskasse für die städtischen Bediensteten 187
§ 49. Pensionskasse für die städtischen Lehrer und Lehrerinnen 188
§ 50. Stiftungswesen 189
§ 51. Gemeindewaisenrat 196
§ 52. Armenpflege 197
§ 53. Naturalverpflegungsstation, Wärmestuben, Suppenanstalten . . 201

Digitized by Google

II. Abschnitt.

Rechnungsergebnisse:

A. der Gemeindekassen und zwar:

1. der Stadtkämmereikasse:

a) Auszug aus der Rechnung über die hauptsächlichsten Erträgnisse des Gemeindevermögens, der Gemeindeanstalten, der direkten und indirekten Umlagen, sowie die hierauf bezüglichen Ausgaben . . . . . Seite 205

b) Hauptrechnung der Stadtkämmereikasse 208

2. Gaswerkskasse 241

3. Wasserwerkskasse 245

4. Getreidehilfskasse 249

5. Holzmagazinskasse 252

6. Friedhofkasse 255

7. Lokalschulkasse 258

8. Pensionskasse für städt. Beamte 262

9. Pensionskasse für städt. Bedienstete 264

10. Pensionskasse für das städt. Lehrpersonal 266

11. Leihanstalt 268

12. Sparkasse 271

13. Schuldentilgungskasse 274

14. Universitätsjubiläumsfond 282

15. Industrie-Ausstellungsfond 284

16. Gemeindekrankenversicherung 286

17. Krankeninstitut 289

18. Gesellenkrankeninstitut 291

19. Kasse für Grunderwerbungen l/M. 293

B. der Wohltätigkeits-, Unterrichts- und Kultusstiftungen 296

C. der städt. Armenpflege 321

Digitized by Google

Vorwort.

Wenn wir mit diesem Berichte dazu übergegangen sind, nicht mehr wie früher über eine Reihe von Jahren den Verwaltungsbericht zu erstatten, sondern die Ereignisse nur *eines* Jahres zu schildern, so hat dies seinen ersten Grund in der gesetzlichen Vorschrift des Art. 90 der Gemeindeordnung, welche diese Art der Berichterstattung vorschreibt. Es sprechen aber für diesen Modus auch Zweckmäßigkeitsrücksichten; denn wenn es schon schwierig ist, die Einzelberichte so vieler städtischer Dienstesstellen bei dem gehäuften Maße laufender Arbeiten rechtzeitig zur weiteren Verarbeitung und redaktionellen Zusammenfassung zu erhalten, so ist dies doppelt schwierig dann, wenn die Berichtsperiode mehrere Jahre umfaßt, einmal wegen der größeren Stoffmenge und sodann wegen des im Lauf der Jahre unvermeidlichen Wechsels in den Referaten und der Veränderungen in den Dienstesstellen.

Es ist nicht zu verhehlen, daß diese Berichterstattung für einzelne Jahre auch Nachteile hinsichtlich der Übersichtlichkeit über die Verwaltungsergebnisse und eine Erschwerung der Schlußfolgerung aus der Wirkung von Maßnahmen auf deren Wert im Gefolge haben *kann*. Allein diese Nachteile lassen sich durch eine ausgiebige Heranziehung von Vergleichsziffern aus den Vorjahren und eine geeigneten Falles zusammenhängende Darstellung einer sich durch mehrere Jahre hinziehenden Maßnahme nach deren Abschluß auf ein erträgliches Maß zurückführen.

Eine Änderung in der bisherigen Gestalt des Berichts ist weiter insofern eingetreten, als der Bericht jetzt in zwei Abschnitte geteilt ist: in einen textlichen und in einen rein rechnerischen. Diese Scheidung

verfolgt den Zweck größerer Übersichtlichkeit eines jeden der beiden Abschnitte.

Nun empfehlen wir den XI. Verwaltungsbericht einer wohlwollenden Durchsicht und einer gerechten Würdigung. Mögen die Meinungen über Wert und Berechtigung der einen oder anderen Unternehmung oder Maßnahme auch auseinandergehen, so versehen wir uns doch des Vertrauens unserer vorgesetzten Stellen und der Bürgerschaft, daß wir in allen öffentlichen Angelegenheiten nur eines zur Richtschnur unseres Handelns genommen haben, nämlich die allgemeine Wohlfahrt.

Würzburg im November 1902.

Stadtmagistrat.

Rechtsk. I. Bürgermeister

Michel,

k. Hofrat.

I. Abſchnitt.

§ 1.

Personalstand des Magistrats und des Gemeindekollegiums.

A. Magistrat.

Zu Beginn des Berichtsjahres war der Magistrat aus folgenden Mitgliedern zusammengesetzt:

I. rechtskundiger Bürgermeister: Philipp Michel, k. Hofrat,

II. rechtskundiger Bürgermeister: Unbesetzt.

Rechtsräte:

1. Friedrich Binder,
2. Bernhard Brand,
3. Max Ringelmann,
4. Georg Körbel,
5. Luitpold Scheuring,
6. Hans Löffler.

Bauräte:

1. Peter Bernatz,
2. Simon Heinlein.

Schulrat: Valentin Friedrich Ullrich.

Bürgerliche Räte:

1. Pankraz Albrecht, Privatier,
2. Bernhard Hellmann, Kaufmann,
3. Otto Herold, Fabrikant,
4. Balthasar Langlotz, Privatier,
5. Franz Michael Eckert, Schneidmühlbesitzer,
6. Franz Conrad, Privatier,
7. Fritz Lang, Großhändler, k. Kommerzienrat,

} Amtsdauer 1897 mit 1902.

8. Dr. Johannes Lill, prakt. Arzt, 9. Georg Dunzinger, Privatier, 10. Karl Stöhr, Weinhändler, 11. Johann Hofmann, Baumeister, 12. Aquilin Steinam, Kaufmann, 13. Karl Köhl, Buchdruckereibesitzer und Landtagsabgeordneter, 14. Karl Bolzano, Privatier.	Amtsdauer 1900 mit 1905.

Außer den obengenannten rechtskundigen Magistratsmitgliedern wirkte während des Berichtsjahres als rechtskundiger Referent und Hilfsarbeiter beim Magistrat der Ratsassessor und Amtsanwalt Karl Zimmermann, vorher — bis 15. Januar 1901 — als Funktionär.

An diesem Personalstand haben sich im Laufe des Berichtsjahres nachstehende Veränderungen ergeben:

Am 13. bezw. 14. Juni 1901 beschlossen die beiden städtischen Kollegien, die Stelle eines 2. rechtskundigen Bürgermeisters der Stadt Würzburg wieder zu besetzen.

Nach erfolgtem Ausschreiben fand die Wahl am 23. Juli 1901 statt, aus welcher der bisherige Rechtsrat Max Ringelmann als gewählt hervorging.

Unterm 14. August 1901 wurde derselbe durch das k. Staatsministerium des Innern in provisorischer Eigenschaft bestätigt, worauf seine feierliche Verpflichtung und Amtseinweisung am 31. August 1901 erfolgte. —

Leider ist im Berichtsjahr der Verlust zweier pflichteifriger und verdienstvoller Gemeindebeamten zu beklagen, nämlich des Rechtsrates Friedrich Binder und des Baurates Peter Bernatz.

Rechtsrat Binder, früher Bezirksamtsassessor in Gerolzhofen, war am 4. März 1870 zum Rechtsrat gewählt worden; nach Ablauf seines dreijährigen Dienstesprovisoriums wurde derselbe am 6. Februar 1873 zum Rechtsrat wiedergewählt und als solcher in definitiver Eigenschaft unterm 23. Februar 1873 von höchster Stelle bestätigt.

Nach langjährigem fruchtbringenden Wirken in verschiedenen magistratischen Verwaltungsreferaten, insbesondere im Stiftungswesen, befiel den verdienstvollen Beamten im Winter 1900 eine schwere, hartnäckige Krankheit, welche wiederholte längere Urlaubserteilung und schließlich seine

Versetzung in den dauernden Ruhestand zur Folge hatte. Bei Gewährung des letzteren wurde dem aus dem aktiven Dienste scheidenden Beamten nach Beschlüssen der städtischen Kollegien vom 17. bezw. 23. Mai 1901 in Anerkennnng seiner langjährigen, treuen Dienstleistung ausnahmsweise der volle Aktivitätsgehalt als Pension bewilligt.

Doch sollte es ihm nicht lange gegönnt sein, die wohlverdiente Ruhe zu genießen; denn schon am 19. September 1901 verschied Rechtsrat Binder in Kiefersfelden bei Kufstein, wo er zur Erholung weilte, im Alter von 67 Jahren.

Nicht so lange wie Rechtsrat Binder hat Baurat Peter Bernatz der Stadt Würzburg gedient; doch hat er sich auch in der kurzen Dauer seiner Tätigkeit den Dank der Stadtgemeinde in hervorragendem Maße verdient.

Mit Beschluß des Stadtmagistrats vom 16. Oktober 1891, dem das Gemeindekollegium am 30. Oktober 1891 beitrat, zum städtischen Baurat ernannt, wurde er am 1. Dezember 1891 in öffentlicher Magistratssitzung verpflichtet und in sein Amt eingeführt.

Am 8. bezw. 10. August 1894 beschlossen die beiden städtischen Kollegien, dem Baurat Bernatz mit Rücksicht auf sein bisheriges ersprießliches Wirken das Dienstesdefinitivum ab 1. September 1894 zu verleihen.

Leider zwang ihn schon ein im Jahre 1896 heftig auftretender Lungenspitzenkatarrh um längeren Urlaub nachzusuchen; ein aus dieser Krankheit sich entwickelndes und allmählich fortschreitendes Lungenleiden hatte wiederholte Urlaubserteilungen und schließlich die Versetzung in den Ruhestand zur Folge.

Dem von Bernatz — unter Bedauern, daß er so früh schon seinen, wie er selbst sagte, an schönen und großen Aufgaben reichen Dienst verlassen müsse — gestellten Pensionsgesuch gaben die beiden städtischen Kollegien unterm 23. bezw. 29. August 1901 statt.

Nur noch wenige Monate waren dem im schönsten Mannesalter stehenden Beamten gegönnt; er verschied bereits am 9. Januar 1902 zu Würzburg, seiner zweiten Heimat, nach langem schweren Leiden.

In ihm ist ein arbeits- und berufsfreudiger Beamter, ein genialer, für das Bauwesen der Stadt hochverdienter Künstler dahingegangen, der sicherlich noch viel Segensreiches für die Stadt Würzburg würde geschaffen haben, hätte nicht der unerbittliche Tod leider allzufrüh seinem idealen

Streben ein Ziel gesetzt. Die Wiederbesetzung der hienach erledigten Hochbauratsstelle konnte im Berichtsjahre nicht erfolgen. —

Am 5. Februar 1901 fand die feierliche Verpflichtung und Amtseinweisung des am 29. Oktober 1900 gewählten Rechtsrats Löffler statt.

Zur Kompletierung des magistratischen Personalstandes und mit Rücksicht auf die stets wachsende Arbeitslast des Magistrats beschlossen die beiden städtischen Kollegien unterm 15. bezw. 31. Oktober 1901, die seit mehreren Jahren erledigte Stelle eines rechtskundigen Administrativ-Referenten durch einen Rechtsrat wieder zu besetzen.

Nach stattgefundener öffentlicher Ausschreibung der Stelle fand die Wahl am 19. Dezember 1901 statt, aus welcher Ratsassessor Franz Joseph Überreiter in Kempten als gewählt hervorging.

Die feierliche Verpflichtung und Einweisung des neu Gewählten wurde, nachdem ihm das k. Staatsministerium des Innern am 19. Januar 1902 die Bestätigung in provisorischer Eigenschaft erteilt hatte, am 7. Februar 1902 in öffentlicher Magistratssitzung vorgenommen. —

Der bürgerliche Magistratsrat Johann Hofmann stellte unterm 19. Februar 1901 das Gesuch, ihm mit Rücksicht auf sein vorgeschrittenes Alter und seine geschwächte Gesundheit den Austritt aus dem Magistrat zu gestatten.

Diesem Gesuche wurde mit Magistrats-Beschluß vom 8. März 1901, welchem das Gemeindekollegium unterm 22. März 1901 beitrat, die Genehmigung unter dem Ausdrucke des Bedauerns über das Ausscheiden des Gesuchstellers und unter dankbarer Anerkennung der von ihm geleisteten Dienste erteilt; an dessen Stelle wurde am 18. April 1901 Baumeister Johann Eugen Weber zum Magistratsrat gewählt und unterm 21. Mai 1901 als solcher verpflichtet.

Hienach war der Personalstand des Magistrats am Schlusse des Berichtsjahres folgender:

I. Bürgermeister: k. Hofrat Michel,

II. Bürgermeister: Ringelmann.

Rechtsräte: Brand, Körbel, Scheuring, Löffler, Überreiter (letzterer erst gewählt).

Baurat: Heinlein.

Schulrat: Ullrich.

Bürgerliche Räte: Albrecht, Hellmann, Herold, Lang, Eckert, Conrad, Langlotz, Dr. Lill, Dunzinger, Stöhr, Weber, Steinam, Köhl, Bolzano.

Als rechtskundiger Hilfsarbeiter und Amtsanwalt war Ratsassessor Zimmermann tätig.

B. Gemeindekollegium.

Das Kollegium der Gemeindebevollmächtigten hat im Berichtsjahre ebenfalls einige Änderungen seines Personalstandes erfahren.

An Stelle des mit Tod abgegangenen Mitglieds Friedrich Lindner rückte aus der Reihe der Ersatzmänner nach der Korbwarenfabrikant Jakob Kuhn und für den von hier weggezogenen Andreas Stark trat der Ersatzmann Handelsgärtner Wilhelm Küchle ein.

Das Kollegium setzte sich demnach am Schlusse des Berichtsjahres aus folgenden teils gewählten, teils aus der Reihe der Ersatzmänner einberufenen Mitgliedern zusammen:

1.	Josef Alois Abert, Schreinermeister,	
2.	Eugen Burger, Spediteur, eingerückt August 1900,	
3.	Georg Brehm, Herrengarderobegeschäftsinhaber, k. Hoflieferant,	
4.	Johann Mernsinger, Privatier,	
5.	Max Willms, Kaufmann, eingerückt Mai 1900,	
6.	Dr. Hugo Unger, Apotheker,	Amtsdauer bis 1902.
7.	Lorenz Kreßner, Buchhändler,	
8	Ferdinand Borst, Lithographiebesitzer, eingerückt August 1900,	
9.	Jakob Kuhn, Korbwarenfabrikant, eingerückt 1901,	
10.	Franz Anton Egstein, Schreibmaterialienhändler,	
11.	Georg Rockenmeyer, Zimmermeister,	
12.	Johann Heinrich Roth, Bäckermeister,	
13.	Wilhelm Küchle, Handelsgärtner, eingerückt 1901,	
14.	Philipp Graser, Oberingenieur, „ 1900,	

15. Karl Gräf, Kaufmann,
16. Wendelin Klug, Kaufmann, eingerückt 1899,
17. Heinrich Müller, Apotheker, „ 1897,
18. Johann Dehner, Kaufmann,
19. Dr. Johannes Thaler, k. Juſtizrat, Rechtsanwalt,
20. Bartholomäus Völk, Kaufmann, eingerückt ſofort 1896, } Amts-
21. Georg Riegel, Lohnkutſchereibeſitzer, } dauer
22. Peter Neckermann, Privatier, } bis
23. Ignaz Kolb, Privatier, eingerückt 1898, } 1905.
24. Anton Löhe, Baumeiſter,
25. Franz Hinterberger, Privatier,
26. Karl Schubert, Kaufmann,
27. Johann Strauß, Privatier, eingerückt 1898,
28. Anton Bayer, Kohlenhändler,
29. Guſtav Frey, Privatier,
30. Michael Herbſt, Wildprethändler,
31. Sebaſtian Göbl, k. Kreisarchivar,
32. Franz Lukas Seitz, Fabrikant, k. Hoflieferant,
33. Valentin Römmelt, Sattlermeiſter,
34. Joſef Jander, Metzgermeiſter, } Amts-
35. Ignaz Peter Frank, Fabrikant, } dauer
36. Georg Härtnagel, Kaufmann, } bis
37. Adolf Hartmann, k. Bauführer a. D., } 1908.
38. Valentin Alois Fiſcher, Kaufmann, k. Hoflieferant,
39. Dr. Otto Stern, k. Juſtizrat, Rechtsanwalt,
40. Adam Jakob Kauffmann, Privatier, eingerückt 1899,
41. Fritz Schmitt, Kaufmann, eingerückt 1899,
42. Georg Weiſenſee, Stadtſchullehrer.

Am Schluſſe des Berichtsjahres ſtanden an Erſatzmännern noch zur Verfügung:

1. Anton Bögler, Buchdruckereibeſitzer,
2. Konrad Fröhlich, Kaufmann,
3. Johann Lorenz Bullmer, Arbeiterſekretär,
4. Adolf Schwabacher, Mühlbeſitzer.

Das Bureau des Gemeindekollegiums beſtand aus folgenden Herren:

I. Vorſtand: Dr. Unger,
II. „ Dr. Thaler,
I. Schriftführer: Weiſenſee,
II. „ Egſtein.

§ 2.

Feste, Ehrungen, Adressen, Versammlungen, Ausstellungen und Trauerkundgaben.

Den lautesten Widerhall im Herzen des bayerischen Volkes finden die Feste, welche freudige Ereignisse in unserem erhabenen Königshause zum Anlaß haben. Dies bewies im Berichtsjahre die Feier des 12. März, des 80. Geburtsfestes Seiner Königlichen Hoheit des Prinzregenten Luitpold. Auf jedem Antlitz thronte die Freude, die in hellen Jubel ausbrach, als die drei ersten Hammerschläge auf dem Grundstein des Prinzregent Luitpold-Denkmals am Bahnhofplatz erklangen.

Um das Gedächtnis an diesen denkwürdigen Tag in der Geschichte unseres heißgeliebten Königshauses in Würzburgs Bevölkerung festzuhalten, wurden Schulfeiern veranstaltet, in Festakten den Schulkindern die Bedeutung des Tages vor Augen geführt und an jedes Schulkind eine kleine Spende überreicht. Ferner wurde, um durch ein neues Band den Namen des erhabenen Regenten mit unserer Stadt zu verknüpfen, von beiden städtischen Kollegien unterm 15. und 24. Januar 1901 einmütig beschlossen, zum Zwecke der Aufnahme, Erhaltung und Ausstellung der Kunst- und Altertumssammlungen der Stadt, der hiesigen Vereine und Frankens überhaupt ein fränkisches Museum mit dem Namen „Luitpoldmuseum" zu errichten. Zu diesem Behufe wird die Stadtgemeinde einen entsprechenden Platz in geeigneter Lage hiesiger Stadt zur Verfügung stellen und einen jährlich zu dotierenden Fond von 50000 Mark begründen.

Weiter vereinigte sich die Stadtgemeinde mit den übrigen bayerischen Städten zur Stiftung einer Festgabe für Seine Königliche Hoheit den Prinzregenten und zur Teilnahme an der Sammlung für die Prinzregent Luitpold-Landesstiftung. —

Abermals war Freude in unseren Mauern, als die Kunde kam, daß dem altehrwürdigen Fürstenstamm der Wittelsbacher ein neues Reis entsprossen sei, Prinz Luitpold, der am 8. Mai 1901 zu Bamberg das Licht der Welt erblickte. Dieser Freude wurde auch unter Anreihung der ehrerbietigsten Glückwünsche an Ihre Königlichen Hoheiten den Prinzregenten, die Prinzen Ludwig und Rupprecht seitens der Stadtverwaltung telegraphisch geeigneter Ausdruck verliehen.

Im Berichtsjahre wurde unserer Stadt wiederholt die Ehre zu teil, Mitglieder des Königlichen Hauses begrüßen zu können, nämlich Seine Königliche Hoheit Prinz Leopold als Generalinspekteur der IV. Armeeinspektion und Seine Königliche Hoheit den Prinzen Rupprecht als Militärvorsitzenden der Obererſatzkommission.

Die Stadt, die um das Gemeinwohl verdiente Männer ehrt, ehrt sich selbst und so war auch die Vertretung Würzburgs stets eifrig bestrebt, auf solche Ehrung abzielende Bestrebungen zu unterstützen und die Gedenktage hervorragender Mitbürger mitfeiernd zu verherrlichen. Das Berichtsjahr bot zur Ausübung dieser löblichen Gepflogenheit reichlichen Anlaß.

Für die Errichtung einer Bismarcksäule auf dem Steinberg spendete die Stadt einen Zuschuß von 500 Mark.

Dem hochverdienten Stadtgärtner, dem unvergleichlichen Künstler, der Würzburgs schönsten Schmuck, die Ringparkanlagen, durch die Kraft seiner wundersamen künstlerischen Begabung schuf, dem im Jahre 1887 im Alter von 44 Jahren verstorbenen Jöns P. Lindahl stiftete unter städtischer Beihilfe eine Gemeinschaft von Lindahlfreunden ein bescheidenes Denkmal im schönsten Teil der Schöpfung des Meisters.

Einen Akt dankbarer Pietät vollzog die Stadtgemeinde, indem sie die Gebeine des bislang in Bamberg ruhenden früheren Würzburger Bürgermeisters von Behr, gestorben im Jahre 1851, in den Würzburger Friedhof überführte und in der sogenannten Bürgermeistergruft beisetzte.

Gleichfalls wärmste Dankbarkeit war die Triebfeder ihres Handelns, als die Stadtverwaltung im gemeinsamen Vorgehen mit den drei übrigen unmittelbaren Städten Unterfrankens dem hochverdienten Manne, der mehr denn drei Dezennien an der Spitze des Regierungsbezirks gestanden war, dem vom 16. Oktober 1901 an in den wohlverdienten Ruhestand tretenden Regierungspräsidenten Dr. Graf von Luxburg, Würzburgs Ehrenbürger, einen Schrein mit Ansichten aus den Städten Würzburg, Aschaffenburg, Schweinfurt und Kitzingen als äußeres Zeichen dankbarsten

Gedenkens an die unzweifelhaften Verdienste des Gefeierten um das Gedeihen der unmittelbaren Städte Unterfrankens überreichte. Wie eng sich das hochverehrte Oberhaupt unseres Kreises im Herzen mit der Kreishauptstadt verknüpft fühlt, erhellt mit erfreulicher Gewißheit aus der hochherzigen Überlassung des von einem Würzburger Künstler gemalten Bildes Seiner Excellenz an unsere Stadt, wofür auch an dieser Stelle herzlichster Dank zum Ausdruck gebracht sei.

Glückwünschend fand sich die Stadtvertretung ein, als der kommandierende General des II. Armeekorps von Xylander sein 50jähriges Militärdienstjubiläum feierte, ferner als Domdechant Dr. Nirschl sein goldenes Priesterjubiläum festlich beging, als ferner der ehemalige Lehrer unserer Alma Julia, der berühmte von Virchow, das Fest seines 80. Geburtstages, und ein langjähriger verdienter Mitbürger unserer Stadt, Hofrat Dr. Mann, sein 25jähriges Jubiläum als Rektor der hiesigen Kreisrealschule feierten.

Werte Gäste konnten wir am 12. Oktober begrüßen, als sich die Vertreter der unmittelbaren Städte Bayerns zum IV. bayerischen Städtetag in Würzburg versammelten. Die Verhandlungen, geleitet im Geist der Eintracht und dem Bestreben, das Wohl der Städte ohne Beeinträchtigung der Lebensinteressen der Landbevölkerung zu fördern, nahmen einen ruhigen und wie zu hoffen ist, der Gesamtheit ersprießlichen Verlauf.

Schon vorher, vom 21. bis 30. September 1901, weilten Gäste zum Besuch der allgemeinen Kochkunstausstellung in unserer Stadt. Die Gemeinde hatte das Unternehmen durch Stiftung von Ehrenpreisen im Werte zu 300 Mark zu fördern gesucht.

Es ist immer mehr üblich geworden, daß Fachgenossen auf Tagungen und Konferenzen die Erfahrungen ihres Berufs austauschen, und es ist sicherlich von Vorteil, wenn die Vertreter unserer Stadt solchen Veranstaltungen beiwohnen, um ihre Erfahrungen und ihr Wissen zu bereichern. Als solche Veranstaltungen, an welchen die Stadt durch Abordnungen sich beteiligte, sind für das Berichtsjahr zu nennen: die Konferenz der Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen in München, die XI. Hauptversammlung des Vereins für Hebung der Fluß- und Kanalschiffahrt in Bayern, die Versammlung der Gas- und Wasserfachmänner in Wien, der Heiz- und Lüftungstechniker in Mannheim, der Verbandstag deutscher Gewerbegerichte in Lübeck, der deutsche Weinbaukongreß in Kreuznach.

Auch das Berichtsjahr ſollte nicht verſtreichen, ohne daß der Tod an die Vergänglichkeit des Irdiſchen gemahnte. Das am 5. Auguſt 1901 erfolgte Ableben der Kaiſerin Friedrich, der edlen Fürſtin und Frau, verſetzte ganz Deutſchland in Trauer. Den Gefühlen der Trauer gab die Stadt Würzburg ehrfurchtsvoll Ausdruck in einer Adreſſe an Seine Majeſtät den Deutſchen Kaiſer.

Im März wurde der verlebte Domprobſt Dr. Kühles unter Beteiligung der beiden ſtädtiſchen Kollegien zu Grabe getragen.

Am 19. September 1901 verſtarb der ſeit wenigen Monaten in Penſion befindliche Rechtsrat Binder. Es war ihm leider nicht vergönnt, längere Zeit die durch 31 jähriges Wirken im ſtädtiſchen Dienſt wohlverdiente Ruhe zu genießen.

Am 9. Dezember 1901 ſtarb ein verdienter Mitbürger, der frühere Magiſtratsrat Joſeph Schnös; Vertreter der Stadtgemeinde erwieſen ihm die letzte Ehre.

§ 3.

Stadtgebiet.

Änderungen an den Markungsgrenzen haben sich während des Berichtsjahres nicht ergeben.

Das Gesamtareal der Stadt mißt noch, wie in den Vorjahren, 32,16 qkm und hat — infolge der Bautätigkeit und der weiteren Entwicklung — lediglich Verschiebungen hinsichtlich seiner Benützung erfahren. Auf Grund der Baustatistik kann konstatiert werden, daß das Areal der Gebäude mit Hofräumen im Jahre 1901 um ca. 13 ha zugenommen hat. Dieser verhältnismäßig große Zuwachs in einem Jahre ist vorzugsweise auf die Errichtung der Schnellpressenfabrik von Koenig & Bauer auf Würzburger Markung zurückzuführen, indem diese allein eine Fläche von 9 ha umfaßt.

Folgende Straßen wurden im Jahre 1901 in den Stadtplan neu aufgenommen bezw. neu benannt:

Reiserstraße — neue Straße zwischen der Oberdürrbacher Landstraße und der Seneselderstraße —, benannt nach dem Buchdrucker Georg Reiser, welcher sich durch die Einführung der Buchdruckerkunst in Würzburg 1479—1503 verdient gemacht hat.

Dreikronenstraße — bisherige Fischergasse —, benannt nach dem Dreikronentor.

Fischergasse — die bisherige Hintere Fischergasse —.

Rüdigerstraße — Abzweigung der Kapuzinerstraße zur Ludwigstraße zwischen dem Schlötter'schen und Geys'schen Anwesen —, benannt nach Rüdiger Teufel (vergl. X. Verwaltungsbericht Seite 20).

Klostergasse — Verbindungsgasse zwischen der Franziskanergasse und Ursulinergasse bei dem Franziskaner- und Ursulinenkloster —.

Pfauengaſſe — Abzweigung der Kettengaſſe zur Bibraſtraße an den Anweſen Haus Nr. 20 bis 26 —, benannt nach dem Hofe zum Pfauen, Kettengaſſe Nr. 34, 38 und 40.

Spiegelſtraße — bisherige Lochgaſſe —, benannt nach dem als Spiegelplatz bezeichneten Teil der Eichhornſtraße, bei welchem die genannte Straße mündet.

Virchowſtraße — jene Strecke der Randersackererſtraße, welche zwiſchen dem Ringpark und der Sonnenſtraße liegt —, benannt nach dem berühmten Mediziner und Anthropologen Virchow, welcher vom Jahre 1849—1854 Profeſſor an der Univerſität Würzburg war und am 13. Oktober 1901 ſeinen 80. Geburtstag feierte.

Welzſtraße — erſte Verbindungsſtraße zwiſchen der Veitshöchheimer- und Ziegelauſtraße —, benannt nach dem im Jahre 1878 verſtorbenen Profeſſor der Augenheilkunde Dr. von Welz, dem Begründer der Augenheilanſtalt und der Marienſtiftung für arme Augenkranke dahier.

Scanzoniſtraße — zweite Verbindungsſtraße zwiſchen der Veitshöchheimer- und Ziegelauſtraße —, benannt nach dem im Jahre 1891 verſtorbenen Geheimen Medizinalrat Dr. Friedrich Wilhelm Scanzoni von Lichtenfels, Profeſſor der Geburtshilfe dahier 1850—1887, berühmter Praktiker auf dem Gebiete der Frauenkrankheit, Ehrenbürger der Stadt.

Bei Hausnummerierungen ſollen in Zukunft nach Magiſtratsbeſchluß v. 12. Nov. 1901 ſtatt der Bruchzahl in den veranlaßten Fällen die Buchſtaben a, b, c u. ſ. w. gewählt werden.

§ 4.

Hochwasser-Verhältnisse.

An den Verhältnissen und Anordnungen bezüglich der Mainwasserstände in Würzburg hat sich gegen früher nichts geändert.

Das Jahr 1901 war ein sehr hochwasserreiches und es hat dreimal eine Überschwemmung städtischer Straßen stattgefunden und zwar

im Monat März bei einem höchsten Stand von 4,25 m (am 4. März),
„ „ April „ „ „ „ „ 2,82 m (am 18. April),
„ „ Oktober „ „ „ „ „ 3,42 m (am 12. Oktober).

Die Hochwässer vom Jahre 1901 sind insoferne bemerkenswert, als die hohen Wasserstände jeweils sehr lange anhielten und nur langsam abnahmen.

Im Berichtsjahre wurde der erste Schritt getan, um künftig das Eindringen des Hochwassers in die städtischen Straßen mit all seinen sanitären Nachteilen hintanzuhalten, nämlich durch Inangriffnahme der Hochkaistrecke zwischen Ludwigbrücke und Sonnenstraße.

Das Nähere hierüber s. § 27.

§ 5.

Bevölkerung und Gebäudezahl.

I. Bevölkerung.

Die Bevölkerungsbewegung Würzburgs im Berichtsjahr bei einer im Jahr 1900 festgestellten Einwohnerzahl von 75 497 Personen ist aus folgenden Zahlen zu ersehen:

a) Eheschließungen:

1901: 670 und zwar zwischen Katholiken: 449 gegen 450 im Vorjahr,
" Protestanten: 83 " 82 " "
" Israeliten: 28 " 39 " "
" Angehörigen verschied. Konfessionen: 110 " 126 " "

Summa: 670 gegen 697 im Vorjahr;

b) Geburten:

1901: 2445 einschließlich 83 Totgeburten gegen 2444 Geburten mit 73 Totgeburten im Vorjahr.

Von den Geborenen waren

männlichen Geschlechts:	1253	gegen	1237	im Vorjahr,
weiblichen "	1192	"	1207	" "
ehelicher Abstammung:	1976	"	1983	" "
unehelicher Abstammung:	469	"	461	" "
Zwillingsgeburten:	54	"	34	" "

Auf 1000 Einwohner treffen 32,2 Lebendgeborene.

c) Sterbefälle:

1901: 1579 gegen 1667 im Vorjahre.

Von den Gestorbenen waren

männlichen Geschlechts:	819	gegen	901	im Vorjahr,
weiblichen „	760	„	766	„ „
verheiratet bezw. verwitwet:	690	„	680	„ „
unverheiratet:	889	„	987	„ „

Durch Unglücksfälle kamen um 17, durch Selbstmord 9 Personen, gegen 15 bezw. 7 im Vorjahre.

Die allgemeine Sterblichkeitsziffer betrug im Berichtsjahr auf 1000 Personen 20,7 gegen 22,1 im Vorjahre.

Der Geburtenüberschuß beträgt 700.

II. Gebäudezahl.

Im Jahre 1901 sind

35 neue Wohn- und
33 sonstige Gebäude entstanden.

Vergleiche hiewegen auch § 33 Hochbauwesen und Baustatistik.

§ 6.

Bewegung der Bevölkerung in Bezug auf Staatsangehörigkeit, Heimat- und Bürgerrecht.

Die Wirkungen der Heimatgesetz-Novelle vom 17. Juni 1896 machten sich auch im Berichtsjahre durch eine starke Steigerung der Zahl der Heimatverleihungen gegenüber dem Vorjahre wiederholt fühlbar.

Eine ziffermäßige Übersicht über Bürger- und Heimatrecht-, wie über Staatsangehörigkeits-Verleihungen pro 1901 im Vergleich zum Jahre 1900 gewährt nachstehende Tabelle:

I.	Entgeltliche Bürgerr.-Verleihung	an	24	Pers.	gg.	24	i. J.	1900
II.	Unentgelt. „ „	„	13	„	„	25	„	„
III.	Entgeltl. Bürger- u. Heim.-R.-Verl.	„	70	„	„	63	„	„
IV.	Unentgeltl. „ „ „ „ „	„	4	„	„	3	„	„
V.	„ Heimatr. m. Bürgerr.	„	3	„	„	6	„	„
VI.	Bürgerr.-Verl. n. Art. 17 Gem.-Odg.	„	63	„	„	56	„	„
VII.	Entgeltl. Heimatr.-Verl. auf Antrag der Berechtigten	„	61	„	„	53	„	„
VIII.	Entgelt. Heimatr.-Verl. auf Antrag der Heimat-Gemeinden	„	74	„	„	56	„	„
IX.	Unentgeltl. Heimatr.-Verl. auf Antrag der Berechtigten u. der Heimat-Gemeinden	„	204	„	„	175	„	„
X.	Erwerbung der bayer. Staatsangehörigkeit	durch	9	„	„	7	„	„
XI.	Erwerbung der bayer. Staatsangehörigkeit mit Bürger- und Heimatrecht	„	6	„	„	13	„	„
XII.	Erwerbung der bayer. Staatsangehörigkeit mit Heimatrecht	„	7	„	„	12	„	„
XIII.	Naturalisation mit Heimatrecht	„	4	„	„	1	„	„
	Summa der Aufnahmen:		542	„	„	494	„	„

Auf Grund der genannten Geſetzesnovelle ſind die sub Ziff. VII, VIII, IX vorſtehender Tabelle aufgeführten Heimatverleihungen, ſomit im Berichtsjahr 339 gegen 284 des Vorjahres, erfolgt.

Als Statut betr. die Erhebung der Heimat- und Bürgerrechtsgebühren in der Stadt Würzburg gilt noch das vom 23. Oktober 1896 in ſeiner unveränderten Faſſung (ſ. X. Verwaltungsbericht S. 28).

§ 7.

Reichstags-, Landtags-, Landrats- und Gemeindewahlen.

I.

Die Vertretung der Stadt Würzburg im Reichstag und im Landtag hat im Berichtsjahr eine Änderung nicht erfahren.

II.

Im unterfränkischen Landrat fungieren seit dem Jahre 1900 mit 1905 als Vertreter der Stadt Würzburg der Kaufmann Anton Rigel und der Wildprethändler Michael Herbst; deren Ersatzmänner sind der k. Justizrat Rechtsanwalt Dr. Johannes Thaler und der Kunstanstaltsbesitzer Franz Scheiner.

Die amtliche Volkszählung vom 1. Dezember 1900 ergab, daß die Bevölkerungszahl der Stadt Würzburg auf 75 497 gestiegen war.

Hiedurch erhielt gemäß Art. 4 des bayerischen Gesetzes vom 28. Mai 1852 die Stadtgemeinde Würzburg, nachdem sie mehr als 10 000 Seelen über 60 000 zählte, das Recht, außer den zwei bereits Genannten einen weiteren Vertreter sowie einen weiteren Ersatzmann für den Landrat aufzustellen.

Die k. Kreisregierung von Unterfranken stimmte mit Entschließung vom 9. September 1901 dem hierauf bezüglichen Antrag des Stadtmagistrats zu und ordnete alsbaldige Vornahme der Wahl an.

Aus letzterer, welche am 26. September 1901 durch das in einen Wahlkörper vereinigte Magiſtrats- und Gemeindebevollmächtigtenkollegium vorgenommen wurde, gingen als Gewählte hervor:

der k. Hofrat, rechtsk. I. Bürgermeiſter Philipp Michel, als weiterer Landrat, und

der Schreinermeiſter Joſef Abert, als weiterer Erſatzmann.

III.

Regelmäßige Gemeindewahlen fanden im Berichtsjahre nicht ſtatt. Bezüglich der derzeitigen Zuſammenſetzung des Magiſtrats und Gemeindekollegiums wird auf die einſchlägigen Ausführungen in § 1 dieſes Berichts hingewieſen.

§ 8.

Ortsstatute, Normative und ortspolizeiliche Vorschriften

wurden im Jahre 1901 erlassen:

11. Januar.	Änderung der ortspolizeilichen Vorschriften und des
2. März.	Statuts über die Ausführung von Gaseinrichtungen vom 1. April 1898.
22. März.	Änderung der ortspolizeilichen Vorschriften über die Er-
18. Oktober.	hebung des Lokal-Malz- und Bieraufschlages.
19. April.	Zusatzbestimmung zu § 7 der ortspolizeilichen Vorschrift über den Verkehr mit Fleisch und Fleischwaren vom 9. Februar 1897.
23. April.	Neue Satzungen der städtischen Sparkasse.
31. Mai.	Änderung der ortspolizeilichen Vorschriften über den
5. Juli.	Betrieb der elektrischen Straßenbahn (Anhängewagen betreffend).
4. Juni.	Vollzugsvorschriften zu den Sparkassesatzungen.
5. Juli.	Änderung des Straßenbaustatuts vom 28. Februar 1896.
5. September.	
12. Juli.	Ortspolizeiliche Bauvorschriften für das Stadterweiterungsgebiet.
22. Oktober.	Änderung der Vorschriften für die Gemeindekrankenversicherungskasse bezüglich der Kassevisitationen durch den magistratischen Respizienten.

Von der neuen Vorschriftensammlung (vergleiche den X. Verwaltungsbericht Seite 40/41) ist im Jahre 1901 erschienen:

Bändchen XII. Städtische Anstalten: Arbeitsamt, Brausebad, Freibad) Faß-Aichordnung, Leihanstalt, Dr. Schwab'sche Stadtbibliothek, Sparkasse, Stadttheater.)

§ 9.

Stadthaushalt.

Unter Hinweis auf die Ausführungen in den früheren Verwaltungsberichten, insbesondere auf den X. V.-B. S. 42 ff., wird bezüglich der Führung des Stadthaushaltes im Berichtsjahre folgendes hervorgehoben:

1. Die Gemeindeumlage wurde in Höhe von 90 % des Steuersolls erhoben. Das Erträgnis war aus der

Grundsteuer	7923	ℳ	90 ₰
Haussteuer	263992	ℳ	04 ₰
Gewerbesteuer	220011	ℳ	82 ₰
Kapitalrentensteuer . . .	190389	ℳ	19 ₰
Einkommensteuer . . .	90560	ℳ	30 ₰
Steuernachholungen . . .	77	ℳ	41 ₰
in Summa	772954	ℳ	66 ₰

gegenüber einem Etatsansatze von 790000 ℳ (außerdem 2452 ℳ 18 ₰ im Jahre 1901 vereinnahmte Rückstände aus den Vorjahren). Das Zurückbleiben hinter dem Etatsansatze — eine bis jetzt nicht dagewesene Tatsache — erklärt sich einerseits aus der Ungunst der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse, welche die bei der Etatsaufstellung für das Berichtsjahr gehegten Hoffnungen zu Schanden machte, andererseits aus dem beträchtlichen Ausfalle an Umlagen aus den für einzelne Gewerbebetriebe gemäß Art. 23 des neuen Gewerbsteuergesetzes seitens des Gewerbsteuerausschusses festgesetzten und bei der Etatsaufstellung in gleicher Höhe angenommenen Steuerbeträgen (infolge Betriebseinstellung bezw. Herabminderung der Steuerschuldigkeit durch die höheren Instanzen).

Der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse, welche während des ganzen Berichtsjahres wie ein Alpdruck auf dem deutschen Volke lastete, ist es in der Hauptsache auch zuzuschreiben, wenn außer den Gemeindeumlagen noch eine Reihe weiterer Einnahmepositionen gegenüber den Etatsziffern mehr oder minder zurückblieben. Es seien hier beispielshalber erwähnt die Einnahmen aus

	Etatsansatz ℳ	Effektives Erträgnis ℳ	Mindereinnahme ℳ
Kaufschillingen aus zu veräußernden Bauplätzen (Zinsen hieraus) . .	15806	1438,15	14367,85
Besitzveränderungsabgaben*) . . .	56000	34849,20	21150,80
Verbrauchssteuern*)	367225	356406,23	10818,77
Zöllen	51600	48842,97	2757,03
dem Gaswerk	229000	204031,53	24968,47

*) Bruttoeinnahmen.

Selbstverständlich konnten die Ausgaben der Stadtgemeinde nicht in einem mit dem Rückgang der Einnahmen gleichen Schritt haltenden Verhältnisse reduziert werden, vielmehr gingen und gehen dieselben mit fortschreitender Entwicklung unseres Gemeinwesens und Erweiterung des Kreises der Aufgaben der städtischen Verwaltung unaufhaltsam in die Höhe. Da nun neue Einnahmequellen zur Deckung des Ausfalles der Stadtgemeinde nicht erschlossen wurden, so war die unausbleibliche Folge die Übernahme zahlreicher Ausgabebeträge auf die Überschüsse der Vorjahre und damit die Abminderung des Betriebsfondes der Stadtkämmerei von

277293 ℳ 69 ₰ nach dem Rechnungsabschlusse pro 1898
185494 ℳ 14 ₰ „ „ „ „ 1899
146960 ℳ 28 ₰ „ „ „ „ 1900
auf 24411 ℳ 59 ₰ „ „ „ „ 1901.

Aber auch dieser Überschuß von rund 24000 ℳ kann nur bedingt als solcher gelten, da derselbe die mindestens den gleichen Betrag erreichenden Beiträge Privater zu den Kosten künftiger Straßenherstellungen enthält, welche den Charakter von an die Stadtgemeinde geleisteten Vorschüssen haben und nunmehr an die neu gebildete „Straßenbaukasse" abgeliefert werden.

Die Bildung eines dem Betriebsumfange der Stadtkämmerei und den an dieselbe herantretenden Anforderungen entsprechenden „Betriebsfondes" dieser Kasse, welcher nach angemessener Erstarkung als „eiserner Bestand" unantastbar zu erhalten oder doch bei etwaiger vorübergehender Inanspruchnahme alsbald wieder auf die festgesetzte Höhe zu refundieren wäre, läßt sich nach den Betriebsergebnissen des Jahres 1901 nicht mehr länger hinauszögern. Näheres hierüber bleibt dem nächsten Verwaltungsberichte vorbehalten. —

Das oben bereits angegebene Gesamterträgnis aus örtlichen Aufschlägen (Verbrauchssteuern) und Eingangszöllen setzt sich, wie folgt, zusammen:

A. Nettoerträgnis der Aufschläge (nach Abzug der Rückvergütungen):

118335,24 ℳ Fleischaufschlag,
116195,48 ℳ Getreide-, Mehl- und Brotaufschlag,
6463,17 ℳ Wildpretaufschlag,
37891,59 ℳ Weinaufschlag,
13536,85 ℳ Branntweinaufschlag,
225,— ℳ Kaffeeaufschlag*).

B. Erträgnis der Eingangszölle:

45227,— ℳ Pflasterzoll,
3482,59 ℳ Holzzoll,
133,38 ℳ Krautzoll

(der Gänsezoll wurde vom Berichtsjahre ab aufgehoben).

Als außerordentliche Einnahmen aus dem Berichtsjahre sind hervorzuheben:

*) Das Erträgnis des Lokalmalz- und Bieraufschlages wird nicht von der Stadtkämmerei, sondern von der städtischen Schuldentilgungskasse vereinnahmt (vgl. § 10).

Vortrag	Betrag ℳ	₰
1. Staatsbeitrag für Neupflasterung der Randersackererstraße, zweite Teilzahlung aus 60000 ℳ . . .	10626	—
2. Staatszuschuß zur Bestreitung des auf die Zentralisierung des Arbeitsnachweises beim städt. Arbeitsamte erwachsenen Aufwandes	450	—
3. Von der städt. Schuldentilgungskasse:		
a) für Erbauung des Sammelkanals	469816	74
b) für Grunderwerbungen zur Sammelkanal- und Hochkai-Anlage	78203	80
c) für Grunderwerbungen zur Anlage der Zufahrtsstraßen zum zweiten Grombühlschulhaus	34366	36
d) für Grunderwerbungen zur Erweiterung der Heidingsfelderstraße	4033	82
e) für die Herstellung der Anlagen auf dem Nikolausberge und im Steinbachtal	7523	59
f) für Neubauten und zwar: Rathaus, Elektrizitätswerk, Zentralschulhaus, zweites Grombühlschulhaus ꝛc.	181419	93
4. Vorschuß von der Getreidemagazinskasse für Vornahme von Neupflasterungen in verschiedenen Straßen der Außenstadt	27729	43
5. Vorschüsse von der städt. Holzmagazinskasse für Erweiterung der Kühlhausanlage, Erweiterung der Schlachthofgebäude ꝛc.	53943	26
6. Kaufschillinge für veräußerte Bauplätze und zwar:		
a) Bauplätze Augustinerstr. und Bockgasse . . . . . 70100,— ℳ		
b) Bauplatz an der Tiepolostraße 50000,— ℳ		
c) Bauplätze an der Zellerstraße 115000,— ℳ		
d) für verschiedene kleinere Parzellen . . . . . 903,50 ℳ	236003	50
7. Erlös für das Mühleneinrichtungsinventar der ehemaligen Karthäusermühle	1840	—
8. Verschiedene Legate zur Unterhaltung und Schmückung von Grabstätten	2400	—

Von den Ausgaben der Stadtkämmerei mögen folgende eine besondere Erwähnung finden:

Vortrag	Betrag ℳ	₰
1. Ankauf von Kunstgegenständen aus der Sattler'schen Sammlung für die städtischen Sammlungen . . .	4000	—
2. Auf Herstellung eines Kloaken-Sammelkanals r./M. .	469816	74
3. Auf Kanalisierung der Mai- und oberen Sophienstraße	2264	44
4. Auf Grunderwerbungen zur Anlage von Zufahrtsstraßen für das zweite Grombühlschulhaus, dann auf Erweiterung der Heidingsfelderstraße und von Straßen in der inneren Stadt	38974	95
5. Auf Neupflasterung von Straßen und zwar: Am Exerzierplatz, Sanderring-, Moltke-, Randersackerer- und Wörthstraße, dann Herstellung von Zementgehsteigen in der Ludwig-, Marien- und Karmelitenstraße, am Hauger-, Pleicher- und Sander-Ring 2c.	76933	78
6. Auf Erbauung des Hochkais r./M. (Projektierung) .	4033	82
7. Auf Grunderwerbungen zur Sammelkanal- und Hochkai-Anlage — Strecke Sanderglacisstraße bis Sonnenstraße	78203	80
8. Auf Herstellung der Anlagen auf dem Nikolausberge und im Steinbachtal	7523	59
9. Auf Wiederherstellung des „Kaiser-Wenzel-Saales" im Grafeneckartsturm, Verlegung und Adaptierung von Räumen im Magistrats- und Polizeigebäude behufs Einrichtung von Bureaux 2c., Renovierung des Schrannensaales und Einrichtung der elektrischen Beleuchtung daselbst, ferner auf bauliche Verbesserungen in verschiedenen anderen städt. Gebäuden .	8896	06
10. Auf den Rathaus-Erweiterungs-Neubau, Rest . . .	2572	44
11. Auf Erbauung des städt. Elektrizitätswerkes, Rest .	60764	22
12. Auf Erbauung des zweiten Grombühlschulhauses . .	115072	78
13. Auf die Erweiterung und Verbesserung der Schlachthofgebäude inkl. Ausbau der Kühlhausanlage . .	52523	77

Vortrag	Betrag ℳ	₰
14. Auf die Feier des 80. Geburtsfestes Sr. Kgl. Hoheit des Prinz-Regenten Luitpold von Bayern inkl. 7600 ℳ Spende für die zu errichtende Prinz-Regent Luitpold Landesstiftung	11894	82
15. Auf Fundierung des Prinzregentendenkmals und gärtnerische Umgestaltung des Platzes	1691	93
16. Auf die Abhaltung des IV. bayer. Städtetages in Würzburg am 12. Oktober 1901	2848	24

Soweit Unternehmungen und Einrichtungen in Frage stehen, welche der Stadtgemeinde zum dauernden Vorteile gereichen, wurden die vorstehend aufgezählten Ausgaben aus Anlehensmitteln bestritten (vgl. hiezu § 10). Da der seitherige Zuschuß der Stadtkämmerei zur Deckung des Bedarfes der Schuldentilgungskasse nicht zureichte, mußte derselbe von 458000 ℳ (im Jahre 1900) auf 604000 ℳ im Berichtsjahre (= 77,89 % des Erträgnisses an Gemeindeumlagen) erhöht werden.

Unter den sonstigen Betriebsausgaben der Stadtkämmerei verdient besonders hervorgehoben zu werden die im Berichtsjahre — in Anerkennung des vorhandenen Bedürfnisses — gleichzeitig mit der Aufbesserung der Bezüge der städtischen Lehrerschaft (vgl. § 11 Ziff. 10) durchgeführte Gehaltserhöhung für die städtischen Beamten. Dieselbe wurde nach übereinstimmenden Beschlüssen der städtischen Kollegien vom 16. April und 3. Mai 1901 in der Weise vorgenommen, daß mit Wirkung vom 1. Januar 1901 die sämtlichen Verwaltungs-, Polizei- und Finanzbeamten der Stadtgemeinde und der unter städtischer Verwaltung stehenden Kassen und Stiftungen ohne Rücksicht auf das Dienstalter eine gleichmäßige und innerhalb der einzelnen Kategorien entsprechend abgestufte Gehaltszulage erhielten. Dieselbe beträgt

1. für die rechtskundigen und technischen Magistratsmitglieder (Rechtsräte, Bauräte und Schulrat)
   a) beim pensionsfähigen Gehalt
      im Provisorium 300 ℳ
      im Definitivum 360 ℳ
   b) beim Wohnungsgeldzuschusse
      im Provisorium 60 ℳ
      im Definitivum 120 ℳ;

2. für die Beamten der drei Klassen
   a) beim pensionsfähigen Gehalt 240 ℳ
   b) beim Wohnungsgeldzuschusse 60 ℳ;
3. für die Offizianten
   a) beim pensionsfähigen Gehalt 60 ℳ
   b) beim Wohnungsgeldzuschusse 30 ℳ.

Außerdem wurden, wie den Lehrern, so auch den rechtskundigen und technischen Magistratsmitgliedern (nach erlangtem Definitivum) die Vorrückungsperioden auf 4 (seither 5) Jahre abgekürzt. Hinsichtlich der Vorrückung der Beamten, welche seither bereits von 4 zu 4 Jahren und beim Übergang von der I. in die II. Gehaltsstufe schon nach 2 Jahren vorrücken durften, erschien eine Änderung nicht veranlaßt.

Desgleichen wurde es bei den seitherigen Alterszulagen nach Erreichung des Gehaltsmaximums aller beteiligten Kategorien und bei den Voraussetzungen für die Einreihung der Beamten in die einzelnen Gehaltsklassen belassen.

Hienach gelten nunmehr mit Wirkung vom 1. Januar 1901 ab folgende Gehaltsregulative:

1. für die rechtskundigen und technischen Kollegialmitglieder des Stadtmagistrats:

Dienstjahr	Gehalt ℳ	Wohnungsgeld ℳ	Summa ℳ
A. Rechtsräte im Provisorium.			
1. mit 3. Dienstjahr	3660	360	4020
Rechtsräte im Definitivum.			
1. mit 4. Dienstjahr	4320	540	4860
5. „ 8. „	4680	540	5220
9. „ 12. „	5040	540	5580
13. „ 16. „	5400	540	5940
Von da ab je 240 ℳ von 5 zu 5 Jahren.			
B. Bauräte im Provisorium.			
1. mit 3. Dienstjahr	4080	360	4440
Bauräte im Definitivum.			
1. mit 4. Dienstjahr	4740	540	5280
5. „ 8. „	5100	540	5640
9. „ 12. „	5460	540	6000
13. „ 16. „	5820	540	6360
Von da ab je 240 ℳ von 5 zu 5 Jahren.			

Dienstjahr	Gehalt ℳ	Wohnungsgeld ℳ	Summa ℳ
C. Schulrat im Provisorium.			
1. mit 3. Dienstjahr	3480	360	3840
Schulrat im Definitivum.			
1. mit 4. Dienstjahr	3900	540	4440
5. „ 8. „	4260	540	4800
9. „ 12. „	4620	540	5160
13. „ 16. „	4980	540	5520
Von da ab je 240 ℳ von 5 zu 5 Jahren.			

2. für die Polizei-, Finanz- und Verwaltungsbeamten:

Stufe	Gehalt ℳ	Wohnungsgeld ℳ	Summa ℳ	Bemerkungen
1	1920	300	2220	
2	2040	300	2340	
3	2280	300	2580	
4	2520	300	2820	
5	2760	300	3060	
6	**3000**	**300**	**3300**	**Maximum der III. Klasse.** Von da ab bei Nichtvorrücken in eine höhere Klasse von 5 zu 5 Jahren je 120 ℳ mehr.
7	3240	360	3600	
8	3480	360	3840	
9	**3720**	**360**	**4080**	**Maximum der II. Klasse.** Von da ab bei Nichtvorrücken in die I. Klasse von 5 zu 5 Jahren je 180 ℳ mehr.
10	3960	360	4320	
11	4200	360	4560	
12	**4440**	**360**	**4800**	**Maximum der I. Klasse.** Von da ab von 5 zu 5 Jahren je 180 ℳ mehr.

3. für die Offizianten:

	Gehalt	Wohnungsgeld	Summa
	ℳ	ℳ	ℳ
1. mit 4. Dienstjahr	1440	210	1650
5. mit 8. Dienstjahr	1560	210	1770
9. mit 12. Dienstjahr	1680	210	1890

Vorstehende Gehaltsregulative finden, soweit nicht exzeptionelle Verhältnisse vorliegen, auch auf die Beamten und Techniker des Stadtbauamtes Anwendung.

Nach Abschluß der vorstehend geschilderten Gehaltsregulierung wurde auf Anregung des Gemeindekollegiums auch der Gehalt des I. Bürgermeisters entsprechend erhöht (von 8400 ℳ auf 10080 ℳ nebst Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses von 420 ℳ auf 540 ℳ). Die Stelle des II. Bürgermeisters war damals unbesetzt.

Der durch die Gehaltsregulierung der Stadtgemeinde erwachsende Mehraufwand wurde für das Jahr 1901 (ohne Einrechnung der Lehrerschaft) auf nahezu 22000 ℳ berechnet.

§ 10.

Stadtschuldwesen.

Die konsolidierte Stadtschuld betrug am Anfang des Berichtsjahres	18 569 174	ℳ	28 ₰
An neuen Schulden gingen zu	11 883 459	ℳ	99 ₰
Heimgezahlt wurden	10 149 994	ℳ	— ₰
Es betrug sonach die (konsolidierte) Stadtschuld am Schlusse des Berichtsjahres	20 302 640	ℳ	27 ₰
die Ausgaben auf Verzinsung betrugen . . .	697 032	ℳ	50 ₰
„ „ „ Tilgung „ . . .	56 400	ℳ	— ₰
die Einnahmen aus dem Lokalmalzaufschlag .	180 188	ℳ	43 ₰
„ „ „ Kämmereizuschüssen .	604 000	ℳ	— ₰

Auf die einzelnen Darlehensgeber verteilte sich die Gesamtschuld von 20 302 640 ℳ 27 ₰ wie folgt:

7 562 700 ℳ — ₰	bei städtischen Kassen und Stiftungen,
289 700 ℳ — ₰	bei nicht unter städtischer Verwaltung stehenden Stiftungen,
381 240 ℳ 27 ₰	bei Privaten,
6 069 000 ℳ — ₰	bei der Bank in Gotha,
6000 000 ℳ — ₰	Schuldverschreibungen auf den Inhaber vom Jahre 1899 Ser. I und II
20 302 640 ℳ 27 ₰	Sa.

Die Serie II der Schuldverschreibungen auf den Inhaber zu 3 000 000 ℳ wurde als Teilbetrag des Gemeindeanlehens vom Jahre 1899 im Betrage von 7 800 000 ℳ ebenfalls (— vergl. X. Verwaltungsbericht S. 68 —) an das unter der Führung der bayerischen Hypotheken- und Wechselbank in München stehende Konsortium zu einem Zinsfuße von 4 % und einem Übernahmekurs von 99 % (bei 4 %iger Zwischenverzinsung für die gestundete und erst bis zum Jahre 1902 in Raten zahlbare Valuta) ver-

geben. Eine Million wurde sofort von der städtischen Sparkasse übernommen, welche auf diese Weise unter zweifelloser Erhöhung der Sicherheit und Liquidität ihrer Bestände eine auf Nominalobligation der Stadtschuld lautende Anlage in Höhe von 1 Million Mark in börsenmäßige Inhaberobligationen verwandelte.

Von der Serie II zu 3 000 000 ℳ wurden im Berichtsjahre vertragsmäßig abgehoben 1 495 000 ℳ.

Mit dieser Serie II ist das 1899er Gemeindeanlehen, nachdem 1 800 000 ℳ bereits in anderer Weise aufgenommen worden waren, erschöpft bezw. die damals genehmigte Schuldaufnahme vollkommmen durchgeführt.

Nach der Zinsgattung verteilt sich die Gesamtschuld auf

13 920 059,99	ℳ	Schuldkapitalien zu	4 %,
2 910 000,—	ℳ	„ „	3 3/4 %,
3 472 580,28	ℳ	„ „	3 1/2 %,
—,—	ℳ	„ „	3 %
20 302 640,27	ℳ	in Sa.	

Die einzelnen Unternehmungen, welche aus Anlehensmitteln im Berichtsjahre durchgeführt bezw. weitergeführt wurden oder zu deren Durchführung Anlehensmittel bereitgestellt wurden, sind aus der nachfolgenden Übersicht zu entnehmen.

Neben der konsolidierten Stadtschuld wurde im Berichtsjahre eine schwebende Schuld in Höhe von 1 167 940,01 ℳ zur Deckung der auf 1 200 000 ℳ veranschlagten Kosten des Ankaufes eines größeren Grundkomplexes in der Zellerau (nördlich der Maillinger- und westlich der Sedanstraße) aufgenommen. Die Refundierung wird aus den Kauferlösen bei Wiederveräußerung der betreffenden Grundstücke zu erfolgen haben; ein hienach etwa noch verbleibender ungedeckter Rest wäre seinerzeit nach Abwicklung des Unternehmens auf die allgemeine Stadtschuld zu übernehmen. Näheres hierüber, insbesondere auch über Grund und Zweck der fraglichen Ankäufe bleibt einem späteren Verwaltungsberichte vorbehalten. Bemerkt sei nur noch, daß zur Verwaltung der betreffenden Grundstücke eine eigene „Kasse für die Grunderwerbungen links des Mains" als Nebenkasse der Stadtkämmerei gebildet wurde und daß die Betriebseinnahmen dieser Kasse, soweit sie die Ausgaben auf die Bewirtschaftung u. s. w. übersteigen, der Stadtkämmerei zufließen. Im ersten Betriebsjahr (1901) betrug diese Ablieferung 1657 ℳ 34 ₰.

Über-

über die Verwendung von

Nr.	Vortrag	
1	Für die neue Wasserversorgung	
2	„ Errichtung von Examinatorhäusern	
	nach S. 73 des letzten Berichts	185.44 ℳ
	nach S. 75 des letzten Berichts	17880.— „
3	„ den Neubau des Zentralschulhauses	
4	„ Wasserversorgung und maschinelle Einrichtung des Kühlhauses	
5	„ Ankauf des Behr'schen Hauses, Zwinger No. 42	
6	„ Errichtung von Feuerwehrhäusern	
7	„ Errichtung und Erweiterung des städtischen Elektrizitätswerkes	
8	„ den Umbau der Grombühlbrücke	
9	„ Herstellung des Sammelkanals	
10	„ die neue Wasserversorgung bzw. Nutzbarmachung der Zeller Quellen . .	
11	„ Errichtung eines Getreidelagerhauses und einer geschlossenen Halle am Staatshafen, dann für Erhöhung des Ländeplatzes bestand Ende 1900 ein Kreditrest von	609153,66 ℳ
	Hievon wurden als für diesen Zweck nicht benötigt auf die Reserve (siehe pos. 26) transferiert	370000,— „
	mithin Kreditrest	
12	„ Herstellung hochwasserfreier Lagerplätze an der neuen Einpollerstelle bestand Ende 1900 ein Kredit von	230000,— ℳ
	Hievon wurden gleichfalls als für diesen Zweck nicht benötigt auf die Reserve (siehe pos. 26) transferiert . .	130000,— „
	mithin Kreditrest	
13	„ die innere Einrichtung der Rathaus-Neubaues	
14	„ Ankauf des Ullrich'schen Hauses, hintere Fischergasse Nr. 6	
15	„ „ „ Zollamtsgebäudes, Krahnenkai Nr. 1	
16	„ Erweiterung der Zellerstraße inkl. Straßenherstellung	
17	„ Neubau eines II. Schulhauses im Grombühl	
18	„ Ausbau der Lehrerstraße	
19	„ Herstellung einer Wasserleitung im Steinbachtal	
	Übertrag:	

ſ i ch t.

Anlehensmitteln im Jahre 1901.

Kreditreſte Ende 1900		Neue Kredite a conto der Anlehens-reſerve pro 1901		Summa der Kredite		Verwendungen pro 1901		Sohin gingen zur Verwendung auf 1902 über	
ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
9249	89	—	—	9249	89	—	—	9249	89
18065	44	—	—	18065	44	—	—	18065	44
448	93	—	—	448	93	448	93	—	—
2580	51	—	—	2580	51	2580	51	—	—
62	40	—	—	62	40	62	40	—	—
36521	32	—	—	36521	32	—	—	36521	32
54040	55	50000	—	104040	55	60764	22	43276	33
248736	52	—	—	248736	52	—	—	248736	52
189896	72	358800	—	548696	72	469816	74	78879	98
38505	02	—	—	38505	02	30045	05	8459	97
239153	66	—	—	239153	66	—	—	239153	66
100000	—	—	—	100000	—	—	—	100000	—
6316	84	—	—	6316	84	2572	44	3744	40
12400	—	—	—	12400	—	—	—	12400	—
90000	—	—	—	90000	—	—	—	90000	—
21188	28	—	—	21188	28	93	14	21095	14
190000	—	39000	—	229000	—	115072	78	113927	22
111	60	—	—	111	60	—	—	111	60
25800	10	—	—	25800	10	18841	19	6958	91
1283077	**78**	**447800**	**—**	**1730877**	**78**	**700297**	**50**	**1030580**	**28**

Digitized by Google

Nr.	Vortrag	
		Übertrag
20	Für Anlage eines rechtsmainischen Hochkais	
21	„ Umgestaltung der Hochdruckleitung in eine Nutzwasserleitung	
22	„ Grunderwerb zum Sammelkanal und Hochkai	
23	„ „ zur Erweiterung der Heidingsfelderstraße	
24	Mehrkosten der Schulbaracke im Mainviertel	
25	Für Grunderwerbungen zur Anlage von Zufahrtsstraßen zum zweiten Grombühler Schulhaus	
26	Als Reserve des 1899er Anlehens waren Ende 1900 für noch nicht genehmigte Unternehmungen verfügbar	524943,87 ℳ
	Hiezu kommen die sub pos. 11 und 12 abgeschriebenen Beträge aus dem Kredit für Getreidelagerhäuser . . .	370000,— „
	„ „ „ „ Lagerplätze	130000,— „
	sohin Summa der Reserve	1024943,87 ℳ
	Hievon ab die pro 1901 eingewiesenen neben aufgeführten Kredite zu	621152,92 „
	sohin bleiben als Reserve	
	Total-Summa	

Kreditreste Ende 1900		Neue Kredite a conto der Anlehens-reserve pro 1901		Summa der Kredite		Verwendungen pro 1901		Sohin gingen zur Verwendung auf 1902 über	
ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
1283077	78	447800	—	1730877	78	700297	50	1030580	28
476296	97	54500	—	530796	97	4033	82	526763	15
28964	05	—	—	28964	05	26532	20	2431	85
—	—	78203	80	78203	80	78203	80	—	—
—	—	4106	75	4106	75	4106	75	—	—
—	—	2176	01	2176	01	2176	01	—	—
—	—	34366	36	34366	36	34366	36	—	—
1024943	87	—	—	—		—	—	—	
—	—	—	—	403790	95	—	—	403790	95
2813282	67	621152	92	2813282	67	849716	44	1963566	23

§ 11.

Schulwesen.

1. In der Überwachung und technischen Leitung des städtischen Volksschulwesens sowohl als auch in der Zusammensetzung der k. Stadtschulkommission hat sich im Berichtsjahre eine Änderung nur insofern ergeben, als an Stelle des wegen Krankheit ausgeschiedenen Mitgliedes Johann Hofmann Magistratsrat Balthasar Langlotz in die Stadtschulkommission eintrat.

2. Die Zahl der Werktagsschulklassen betrug am Schlusse des Kalenderjahres 1901 insgesamt 143; davon wurden 64 Klassen ausschließlich von Knaben, 68 Klassen ausschließlich von Mädchen und 11 Klassen gemeinschaftlich von Knaben und Mädchen besucht. Die Mehrung der Schulklassen im Berichtsjahre betrug 5.

An den Knaben- und protestantischen Mädchenklassen wirkten auch im Berichtsjahre ausschließlich Lehrer, an den katholischen Mädchenklassen durchweg Lehrerinnen; von den letzteren gehörten 4 dem Konvente der Ursulinen als Mitglieder an. An den 11 gemischten Klassen wirkten 10 Lehrer und 1 Lehrerin.

Die Gesamtzahl der katholischen Lehrer belief sich auf 63, die der protestantischen Lehrer auf 26 und diejenige der Lehrerinnen auf 56. Der Unterricht in den weiblichen Handarbeiten an den protestantischen Mädchenschulen wurde von zwei Handarbeitslehrerinnen erteilt.

Nach Konfessionen ausgeschieden bestanden am Schlusse des Berichtsjahres 117 Werktagsschulklassen für Katholiken und 26 Werktagsschulklassen für Protestanten.

Die Zahl der Klassen an der konfessionell gemischten erweiterten Fortbildungsschule für Mädchen betrug 6, an der Mädchenfortbildungsschule 27; hievon wurden 23 Klassen von katholischen und 4 Klassen von protestantischen Schülerinnen besucht.

Über die Zahl der Werktagsschulklassen und der Schulkinder sowie über sonstige statistische Verhältnisse im Jahre 1901 gibt nachstehende Zusammenstellung Aufschluß.

Werktagsschule.

Schulbezirk	Zahl der Schulklassen	Zahl der Knaben	Zahl der Mädchen	Gesamtzahl der Knaben und Mädchen	Von den Schulkindern sind				Hierunter sind			Durchschnittszahl der Schüler einer Klasse	Von auswärts überwiesen	Nach auswärts überwiesen
					hier geboren	nicht hier geboren	hier beheimatet	nicht hier beheimatet	Katholiken	Protestanten	Israeliten			
Kathol. Grombühler Schulbezirk	29	815	782	1597	1099	498	600	997	1595	—	2	55	56	29
Kathol. Hauger und Pleicher Schulbezirk	22	566	582	1148	935	213	640	508	1144	—	4	52	24	32
Kathol. Domschulbezirk . .	23	610	594	1204	1011	193	756	448	1181	—	23	52	33	26
Kathol. Sander Schulbezirk	25	563	701	1264	935	329	716	548	1262	—	2	51	27	45
Kathol. Burkarder Schulbezirk	18	431	445	876	706	170	475	401	874	—	2	49	20	32
Protest. Schulbezirk . . .	26	664	656	1320	857	463	537	783	—	1298	22	51	68	67
Gesamtzahl	143	3649	3760	7409	5543	1866	3724	3685	6056	1298	55	52	228	231
Im Vorjahre (1900) . .	138	3520	3604	7124	5205	1919	3580	3544	5862	1212	50	51bzw.52	218	245
Vor fünf Jahren (1896) .	107	3093	3192	6285	4385	1900	2718	3567	5211	1021	53	58	—	—
Vor zehn Jahren (1891) .	95	2686	2848	5534	3857	1677	2461	3073	4535	925	74	58	—	—

3. Fortbildungsschulen.

a) Knaben-Fortbildungsschule.

Die Knaben-Fortbildungsschule steht seit deren Gründung (1806) unter der Leitung des polytechnischen Zentralvereins (Direktion, Schulkommission und Inspektion). Der Inspektor der Schule ist der städtische Schulrat. Für die Unterhaltung der Schule gewährt der Stadtmagistrat dem polytechnischen Verein einen jährlichen Zuschuß von 5000 Mark.

Unter Hinweis auf den gedruckten Jahresbericht über das Schulwesen des polytechnischen Zentralvereins und den X. Verwaltungsbericht S. 116 sei in Kürze nur Nachstehendes angeführt.

Am Schlusse des Kalenderjahrs 1901 bestanden nachgenannte Schulabteilungen:

23	Sonn- und Feiertagsschulklassen mit	877	Schülern,
6	Mittwochsklassen mit	329	„
6	gewerbl. Fortbildungsschul-Klassen mit . . .	171	„
5	kaufmännische Fortbildungsschul-Klassen mit . .	224	„
5	Kurse für französische und englische Sprache mit .	55	„
1	Spezialkursus für Schönschreiben mit	28	„
5	Stenographiekurse für Schüler und Erwachsene mit	186	„
1	Turnkursus mit	59	„
1	Samariterkursus mit	69	„
	Damenkurse		
	a) in Buchhaltung mit	39	Schülerinnen,
	b) in Stenographie mit	53	„
1	höhere Zeichen- und Modellierschule mit Abendkursen für Handwerkergehilfen mit	200	Schülern,
7	Zeichenklassen mit	435	„
	Gesamtsumme	2725	Schüler und Schülerinnen.

Angegliedert an die Schulen des polytechnischen Zentralvereins sind die Fachschulen für Friseure und Perückenmacher, für Bäcker, für Maler, Lackierer, Tüncher und Vergolder, für Wagenbauer sowie die Fachzeichenschule für Schuhmacher.

b) Erweiterte Fortbildungsschule für Mädchen.

Der Unterricht wurde von 8—12 Uhr vormittags und 2—4 Uhr nachmittags erteilt.

Die 6 Abteilungen der Schule wurden von 191 Mädchen besucht gegen 144 im Vorjahre; hievon waren 144 katholisch, 40 protestantisch, 6 israelitisch und 1 mennonitisch.

Auf eine Abteilung trafen durchschnittlich 32 Schülerinnen.

Die Pflichtfächer: Religionslehre, deutsche Sprache, Wechsellehre, Buchführung, Rechnen und Schönschreiben mußten von allen Schülerinnen besucht werden. Am französischen Unterrichte beteiligten sich 167, am Stenographie-Unterrichte 120, am Handarbeitsunterrichte 179 und an dem für die III. Klasse (Abteilung A und B) eingerichteten Koch- und Haushaltungsunterrichte 53 Schülerinnen.

Dem Stande nach waren die Eltern der Kinder

80 Gewerbsleute,
18 Kaufleute,
90 Beamte und Bedienstete,
3 Privatleute,

Summa 191.

c) Sonntags- und Montags-Fortbildungsschule für Mädchen.

Der Unterricht wurde Sonntags von 10—12 Uhr und Montags von 4—6 Uhr erteilt.

Am Schlusse des Kalenderjahrs 1901 bestanden 27 Klassen und zwar 23 für katholische Schülerinnen und 4 Klassen für protestantische Schülerinnen.

Die Gesamtzahl der Schülerinnen betrug 979 (im Vorjahre 1010). Hievon waren dem religiösen Bekenntnisse nach 783 Katholiken, 166 Protestanten und 7 Israeliten.

Auf eine Klasse trafen durchschnittlich 36 (im Vorjahre 37) Mädchen.

4. Entlassung aus der Schule.

Am 20. Juli 1901 wurden nach abgelegter Prüfung aus der Schule entlassen.

a) aus der städtischen Werktagsschule:

1 Kind	(1900:	— Kind)	der	III. Klasse,
4 Kinder	(1900:	3 Kinder)	der	IV. Klasse,
28 Kinder	(1900:	30 Kinder)	der	V. Klasse,
131 Kinder	(1900:	122 Kinder)	der	VI. Klasse,
533 Kinder	(1900:	528 Kinder)	der	VII. Klasse,

sohin insgesamt 697 Kinder (gegen 683 Kinder im Jahre 1900);

b) aus privaten Werktagsschulen (Vincentinum, israelit. Schule, Waisenhaus- und Elisabethen-Schule, Marienanstalt):

42 Kinder (gegen 45 Kinder im Vorjahre).

Die Gesamtzahl der aus der Werktagsschulpflicht entlassenen Kinder betrug demnach 739;

c) aus den Fortbildungsschulen:

1. aus der Knabenfortbildungsschule	488	Schüler,
2. „ „ erweiterten Fortbildungsschule für Mädchen	21	Schülerinnen,
3. „ „ Sonntags- und Montags-Fortbildungsschule für Mädchen	360	„
4. aus den unter Lit. b genannten Privatschulen .	17	„
sohin insgesamt	886	Schüler und Schülerinnen.

5. Der Gesundheitspflege der Kinder wurde auch im Berichtsjahre die verdiente Aufmerksamkeit zugewandt. Als wirksame Förderer der Reinlichkeit und Gesundheit erwiesen sich die Schulbadeanstalten.

Im Berichtsjahre bestanden solche im Grombühler, Hauger und Zentralschulhause.

Von sämtlichen Kindern badeten

a) im Grombühler Schulhause 48 %,
b) im Hauger Schulhause 56,5 „
c) im Zentralschulhause 54 „.

Der Gesundheitspflege diente auch die ärztliche Untersuchung der Zähne der Schulkinder in dem von Dr. Andreas Michel geleiteten k. zahnärztlichen Institute der Universität dahier (vergl. X. Verw.-Bericht S. 106). Zeigte sich schon bei der Einwilligung der Eltern zur

Unterſuchung der Zähne ihrer Kinder eine bedauerliche Zurückhaltung, ſo trat dieſe noch mehr zu Tage, wenn ſich die Notwendigkeit zahnärztlicher Behandlung ergab. Doch wurden immerhin ca. 15 % der Schulkinder nach vorausgegangener Unterſuchung zahnärztlich behandelt.

6. Die von dem Rentner Oskar Neidert, dem Kaufmann Karl Heim und dem Stadtſchulrat im Jahre 1900 ins Leben gerufene und von dem Frauenverein (insbeſondere von der Rentnersgattin Frau Geiller) technisch geleitete Suppenanſtalt war auch im Berichtsjahr während der kälteren Jahreszeit für jene Schulkinder geöffnet, welche zu Hauſe nicht regelmäßig ein warmes Mittageſſen erhielten. Täglich wurden im Durchſchnitte 152 Kinder in ſechs Lokalen geſpeiſt. Die Suppenanſtalt erwies ſich nicht minder wie die beiden Knabenhorte und der Mädchenhort als ein Segen für Kinder, Eltern und Schule.

7. Nach § 4 Ziff. 5 der Würzburger Schulordnung ſind die Schulkinder bis zum Alter von 10 Jahren während der Monate November, Dezember, Januar und Februar vom Beſuche des Frühgottesdienſtes an Werktagen befreit. Durch Beſchluß der k. Stadtſchulkommiſſion vom 7. November 1901 wurde dieſe Befreiung den Kindern des I., II. und III. Schuljahrs hauptſächlich in Rückſichtnahme auf ihre zarte Körperkonſtitution auch für die Zeit vom 1. März bis zum Schluſſe des Winterhalbjahrs gewährt.

8. Die Errichtung der achten Werktagsſchulklaſſe und deren Einführung am 18. September 1901 wurde unter Zuſtimmung der k. Stadtſchulkommiſſion von den ſtädtiſchen Kollegien am 10. Mai bezw. 23. Mai 1901 beſchloſſen und der vorgelegte Entwurf des Lehrplans genehmigt.

Durch die Errichtung der VIII. Werktagsſchulklaſſe ſollte vor allem dem Bedürfniſſe des Handwerker- und Handelsſtands Rechnung getragen werden. Nicht vereinzelt wurden Stimmen aus den vorbezeichneten Kreiſen laut, welche das Maß von Wiſſen und Können, welches die VII. Werktagsſchulklaſſe zu vermitteln vermag, in unſerer auf allen Gebieten menſchlicher Tätigkeit raſch vorwärts ſtrebenden Zeit nicht mehr als vollſtändig genügend für den Eintritt in die gewerbliche und kaufmänniſche Lehre erachten. Heutzutage bedarf der Einzelne ſchärferer Waffen des Geiſtes als ehedem, um im Ringen nach beruflicher Exiſtenz nicht zurückgedrängt zu werden oder gar zu erliegen, ſtatt Erfolge zu erzielen. Zur ſelbſtändigen und geregelten Führung eines ſelbſt kleinen Geſchäfts betrachtet man in der Gegenwart als Vorausſetzung vor allem Gewandtheit im

schriftlichen Gedankenausdrucke, volle Sicherheit im Rechnen, klares Verständnis des zur beruflichen Tätigkeit in enger Beziehung stehenden naturkundlichen Wissensgebiets und in der Regel auch Geschicklichkeit im Zeichnen. Die 8. Werktagsschulklasse sollte nun ihre Schüler befähigen, diesen Anforderungen, welche das moderne Leben stellt und welche die Fortbildungsschule mit ihrer beschränkten Stundenzahl nur zum Teil erfüllen kann, gerecht zu werden, und hiebei wollte sie noch durch Pflege des religiös-sittlichen Gebiets, durch Versenkung des Blicks in die geschichtliche Vergangenheit unseres Volks und durch innigere Bekanntmachung mit den Verhältnissen der Heimat und des Vaterlands die gesamten Seelenkräfte der Jugend zur harmonischen Entwicklung führen.

Wider Erwarten fanden die Satzungen für die VIII. Werktagsschulklasse nicht die Genehmigung des k. Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten insbesondere wegen des simultanen Charakters der Klasse, der Organisation der Schulbehörde für dieselbe und auch der weiteren Bestimmung, daß der einjährige Besuch dieser Schulklasse einem zweijährigen Besuche der Sonntags- bezw. Fortbildungs-Schule gleich zu achten sei.

Unterm 30. August 1901 beschloß der Stadtmagistrat, vorerst von der Errichtung der VIII. Werktagsschulklasse Abstand zu nehmen, jedoch zur geeigneten Zeit weitere Schritte in dieser Angelegenheit zu tun, und zunächst die Erlassung näherer Vorschriften über die Organisation der VIII. Werktagsschulklasse, welche das k. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten durch Entschließung vom 21. August 1901 in Aussicht gestellt hat, abzuwarten.

9. Infolge Errichtung neuer Werktagsschulklassen wie der Pensionierung einer älteren Lehrerin wurden 6 neue Lehrkräfte auf Präsentation der städtischen Kollegien durch die k. Kreisregierung als wirkliche Lehrer bezw. Schulverweserinnen an den städtischen Schulen angestellt.

10. Die Gehaltsbezüge des ſtädtiſchen Lehrperſonals.

wurden nach den Beſchlüſſen der ſtädtiſchen Kollegien vom 16. April und 3. Mai 1901 mit Wirkung vom 1. Januar 1901, wie folgt, geregelt:

Dienſtjahre	Gehalt ℳ	Wohnungsgeld ℳ	Summa ℳ
A. Lehrer			
1. mit 4. Dienſtjahr . . .	1740	240	1980
5. „ 8. „ . . .	1980	240	2220
9. „ 12. „ . . .	2220	300	2520
13. „ 16. „ . . .	2460	300	2760
17. „ 20. „ . . .	2700 *)	300	3000 *)
B. Lehrerinnen			
1. mit 4. Dienſtjahr . . .	1290	162	1452
5. „ 8. „ . . .	1410	162	1572
9. „ 12. „ . . .	1530	210	1740
13. „ 16. „ . . .	1650	210	1860
17. „ 20. „ . . .	1770 *)	210	1980 *)
C. Verweſerinnen			
1. mit 5. Dienſtjahr . . .	1080	120	1200

Dieſe Neuregelung brachte der hieſigen Lehrerſchaft den doppelten Vorteil, daß

1. die Vorrückungsperioden für (wirkliche) Lehrer und Lehrerinnen um je ein Jahr abgekürzt wurden (ſeither erfolgte das Vorrücken von 5 zu 5 Jahren),

*) Von da ab ſodann alle 5 Jahre auf die ganze Dauer der Dienſtesaktivität um je 120 ℳ mehr bei Lehrern und um je 60 ℳ mehr bei Lehrerinnen.

2. die Gehaltssätze selbst eine beträchtliche Steigerung erfuhren und zwar

a) bei den (wirklichen) Lehrern
der eigentliche Gehalt um je 180 ℳ,
der Wohnungsgeldzuschuß um je 60 ℳ,

b) bei den (wirklichen) Lehrerinnen
der eigentliche Gehalt um je 90 ℳ,
der Wohnungsgeldzuschuß um je 30 ℳ,

c) bei den Schulverweserinnen
der eigentliche Gehalt um 60 ℳ,
der Wohnungsgeldzuschuß um 12 ℳ.

Die Gesamterhöhung betrug sonach — abgesehen von der Abkürzung der Vorrückungsperioden —

bei den Lehrern 240 ℳ,
„ „ Lehrerinnen 120 ℳ,
„ „ Schulverweserinnen 72 ℳ.

Die staatlichen Dienstalterszulagen (je nach dem Dienstalter 90—990 ℳ) sowie die nach dem hiesigen Schulstatut für gewisse Fälle gewährten besonderen Funktionszulagen sind in die obigen Bezüge nicht eingerechnet.

Die Einreihung der einzelnen Lehrkräfte in das neue Gehaltsregulativ nach Maßgabe des Dienstalters eines jeden Einzelnen hat sich aus prinzipiellen und finanziellen Gründen als untunlich erwiesen.

Durch die vorstehend geschilderte Gehaltserhöhung ist der Stadtgemeinde im Berichtsjahre ein Mehraufwand von etwas über 30 000 ℳ erwachsen. Für die Folge wird derselbe selbstverständlich von Jahr zu Jahr noch beträchtlich in die Höhe gehen.

11. Der Gesamtaufwand für das Schulwesen belief sich im Berichtsjahre (abgesehen von dem aus Anlehensmitteln bestrittenen Aufwande für neue Schulhausbauten in Höhe von 152 045 ℳ 13 ₰) auf 398 362 ℳ 68 ₰.
Näheres hierüber s. im II. Abschnitte.

12. Eine besondere Erwähnung mögen schließlich auch an dieser Stelle die Verhandlungen des am 12. Oktober 1901 dahier abgehaltenen IV. bayerischen Städtetages finden, der sich unter anderem mit der „Stellungnahme der unmittelbaren Städte zu dem Entwurfe eines revidierten Schulbedarfsgesetzes“ eingehend befaßte. Das Referat

hierüber hatte der II. Bürgermeister Ringelmann von Würzburg übernommen. Es würde hier zu weit führen, auf die einzelnen Punkte dieses Referates und der darauffolgenden Diskussion näher einzugehen, und möge daher genügen zu konstatieren, daß Referent vom Standpunkte der unmittelbaren Städte sich zunächst gegen die Idee der Verstaatlichung der Volksschule aussprach und sodann dem Städtetag folgende Resolution unterbreitete, welche mit allen gegen eine Stimme angenommen wurde:

I. Der ministerielle Entwurf eines revidierten Schulbedarfsgesetzes gibt dem IV. bayerischen Städtetag zu folgenden Erinnerungen Anlaß:

1. Die bis jetzt gewährten und eventuell zu erhöhenden staatlichen Dienstalterszulagen und Pensionszuschüsse sind unter allen Umständen auch fernerhin aus der Staatskasse zu leisten, ohne daß für die Lehrerschaft der Gemeinden mit statutarischer Regelung des Lehrerbesoldungswesens eine Beschränkung nach dieser Richtung einzutreten hätte. Von einer Aversalleistung an diese Gemeinden im Betrage der dermalen an ihre Lehrerschaft gezahlten staatlichen Dienstalterszulagen ist Umgang zu nehmen und Art. 14 des Entwurfes demgemäß zu streichen.

2. Es erscheint nicht veranlaßt, den Beschluß der Gemeindeverwaltung, wonach eine Gehaltsvorrückung genehmigt oder versagt wird, von der Zustimmung der Kreisregierung abhängig zu machen. Art. 13 Abs. III des Entwurfes ist hienach entsprechend zu ändern.

3. Art. 18 Abs. 7 des Entwurfs ist dahin zu ändern, daß im Falle einer Überschreitung der letzten Gesamtaktivitätsbezüge durch den gesamten Ruhegehalt die Gemeinde-Zuschüsse entsprechend gekürzt werden können.

II. Der IV. bayerische Städtetag erachtet es für angemessen und gerechtfertigt, daß allen Gemeinden, welche sich auf dem Gebiete des Volksschulwesens durch Leistungen, wozu sie nach dem Gesetze nicht verpflichtet wären, und insbesondere durch günstigere Gestaltung der Besoldungs- und Pensionsverhältnisse ihres Lehrpersonals hervortun, durch das Gesetz selbst und zwar durch ein mit Wirkung für das ganze Königreich zu erlassendes „Volksschulgesetz" ein Mitwirkungsrecht bei der Besetzung von Schulstellen durch Einräumung des Präsentationsrechtes oder doch mindestens des Vorschlagrechtes eingeräumt werde. Auch wäre allen diesen Gemeinden das Recht zuzugestehen, vorbehaltlich der Bestätigung der von ihnen aufzustellenden Personen durch die Staatsauf-

ſichtsſtelle, ihr geſamtes Schulweſen einer einheitlichen fachmänniſchen Leitung zu unterſtellen. Durch das „Volksſchulgeſetz“ ſollen insbeſondere auch die Rechtsverhältniſſe des Lehrerſtandes (deſſen rechtliche Stellung, Anſtellungsverhältniſſe, Disziplin u. ſ. w.) genau geregelt werden. Die alsbaldige Erlaſſung eines ſolchen, den heutigen Zeitverhältniſſen Rechnung tragenden Geſetzes erſcheint nicht nur vom Standpunkte der Lehrerſchaft, ſondern auch vom Standpunkte der Schulbehörden dringend geboten.

III. Der Vorſtand des IV. bayeriſchen Städtetages wird ermächtigt und beauftragt, die vorſtehende Reſolution zur Kenntnis der k. Staatsregierung und der beiden Kammern des Landtages zu bringen und dieſelbe auch den größeren pfälziſchen Gemeinden behufs eventueller Anſchlußerklärung mitzuteilen.

Im übrigen wird bezüglich des Referates ſowohl wie bezüglich des Verlaufes der Debatte auf den offiziellen Bericht über die Verhandlungen des IV. bayeriſchen Städtetages (S. 38—56) verwieſen, welcher zugleich einen Abdruck der von Bürgermeiſter Ringelmann auf Grund amtlicher Erhebungen gefertigten und den Teilnehmern des Städtetages behändigten Zuſammenſtellung über die Aufwendungen der unmittelbaren Städte Bayerns ſowie der größeren pfälziſchen Städte für Volksſchulzwecke in den Jahren 1896—1901 enthält.

Über den Erfolg der Reſolution des IV. bayeriſchen Städtetages und über die Wirkungen des nunmehr erlaſſenen neuen Schulbedarfsgeſetzes auf den Gemeindehaushalt bleibt Näheres dem folgenden Verwaltungsberichte vorbehalten.

§ 12.

Stadttheater, städtische Sammlungen und Bibliotheken.

Stadttheater.

Bezüglich der Direktion des Stadttheaters, der gemeindlichen Subvention für den Pächter desselben und der sonstigen beiderseitigen Rechte und Pflichten ist im Berichtsjahre eine Änderung nicht eingetreten (vgl. X. Verw.-Ber. S. 126—128).

Der auf die Beleuchtung des Stadttheaters erwachsene Gesamtaufwand wurde auch für das Jahr 1901 ohne Anerkennung einer rechtlichen Verpflichtung und ohne Präjudiz für die Folgezeit auf die Stadtkasse übernommen; derselbe belief sich (ohne die Sicherheitsbeleuchtung und nach Abzug des der Stadtgemeinde vertragsgemäß vom Elektrizitätswerke gewährten Rabatts) auf 5983 ℳ 94 ₰.

Der Gesamtaufwand der Stadtgemeinde für Zwecke des Stadttheaters betrug 18289 ℳ 51 ₰, nämlich

3600	ℳ — ₰		bare Subvention für den Theaterdirektor,
900	„ — „		Anschlag der Wohnung für den Theaterdirektor,
6108	„ 49 „		Kosten der elektrischen Beleuchtung (ohne Rabatt),
2656	„ 82 „	„ „	Sicherheitsbeleuchtung,
2145	„ 59 „	„ „	Beheizung,
2878	„ 61 „	„ „	Unterhaltung der Bühne, Anschaffung und Unterhaltung der Dekorationen u. s. w.
18289	ℳ 51 ₰		in Summa.

Hiezu kommen noch die laufenden Ausgaben für Unterhaltung des Theatergebäudes im Betrage von 1697 ℳ 02 ₰.

Von den Neuanschaffungen mögen hervorgehoben werden eine von dem Atelier J. Mühldorfer in Bremen angefertigte neue Zimmerdekoration (Kosten 854 ℳ 25 ₰), ein neuer Bühnenteppich (Kosten 245 ℳ) und 74 Kerzenlaternen zur Sicherheitsbeleuchtung (an Stelle der seither verwendeten Öllampen, Kosten 360 ℳ).

Die Bedienung und Überwachung der elektrischen Beleuchtungseinrichtung erfolgt seit Beginn der Theatersaison 1901/02 nicht mehr durch Monteure des städtischen Elektrizitätswerkes, sondern durch einen hiesigen Privatinstallateur (Elektrotechniker Martin Hartlieb jun.) auf Grund des mit demselben abgeschlossenen Vertrages in durchaus zufriedenstellender Weise.

Städtische Kunst- und Münzensammlung.

Auch im Laufe des Berichtsjahres 1901 wurden nach Maßgabe der verfügbaren Mittel eine Reihe von Erwerbungen gemacht, so daß sich die Zahl der Sammlungsgegenstände im ganzen um 112 Nummern gemehrt hat.

Von größerer Bedeutung ist das hochherzige Geschenk eines ungenannt bleiben wollenden Freundes der städtischen Sammlungen: ein großes Ölbild „Die Kaiserparade bei Würzburg 1897", gemalt von Prof. Braun; dasselbe war vordem seitens des Künstlers der Stadt um den Preis von ℳ 6000 angeboten worden.

Möchte doch dieser großmütige Schenker, dem auch an dieser Stelle gebührender Dank gezollt werden soll, zahlreiche Nachfolger finden!

Des Weiteren sind noch hervorzuheben die Ankäufe aus der Sattler'schen Sammlung (Schloß Mainberg) gelegentlich deren Auktion in Berlin, und zwar zunächst zwei knieende Engel als Leuchterträger: Holzskulpturen unseres berühmten Landsmannes T. Riemenschneider, sodann verschiedene keramische Erzeugnisse des weiteren Frankenlandes, worunter ein prächtiger Nürnberger Fayence-Krug, drei Kreusener Apostelkrüge ꝛc. und manches andere.

Bedauerlich bleibt immer die Beschränktheit der Mittel, welche Erwerbungen angesichts der heutigen hohen Preise leider nur in sehr bescheidenem Maße gestattet. Den immer fühlbarer werdenden Mängeln der seitherigen Aufstellung der Sammlungen wird im Zusammenwirken mit dem Kunst- und Altertums-Verein im nächsten Jahre durch eine gänzliche Umräumung — soweit es die mangelhaften Platzverhältnisse gestatten — abgeholfen werden.

Amtsbibliothek.

Für die städtische Amtsbibliothek wurden im Berichtsjahre 1564 ℳ verausgabt.

Auch in diesem Jahre wurde darauf Bedacht genommen, die Bibliothek durch Anschaffungen von neuen, für den Dienstgebrauch notwendigen Werken zu vervollständigen. Von solchen Werken sind besonders zu nennen:

Dr. Seuffert Lothar, Kommentar zur Reichszivilprozeßordnung,
Dr. Laband Paul, Staatsrecht des deutschen Reiches,
Sartorius, Kommentar zum Personenstandsgesetz,
Hugo C., Die deutsche Städteverwaltung,
Dr. H. Eulenburg, Schulgesundheitslehre,
Kahr, Kommentar zur bayerischen Gemeindeordnung,
Keidel-Fuchsberger, Entscheidungen auf dem Gebiete der Krankenversicherung,
Reger-Stößel, Reichsgewerbeordnung,
Nelken, Die deutschen Handwerker- und Arbeiterschutzgesetze.

Weiter wurden von dem in Pension getretenen Stadtbaurat Peter Bernatz um den Preis von 690 ℳ 34 ₰ vier größere technische Werke

1. Handbuch der Architektur,
2. Atlas, Architektur der Neuzeit,
3. Blätter für Architektur und Kunsthandwerk und
4. Raguenet Monographies, Materiaux et Documents d'Architecture et de Sculpture

(Anschaffungswert der vier Werke 1380 ℳ)

käuflich erworben, bei welcher Gelegenheit Baurat Bernatz in anerkennenswerter Weise eine weitere Anzahl technischer Werke der Amtsbibliothek schenkungsweise überwies.

Außer den Gesetz-, Verordnungs- und Amtsblättern, vielfachen Zeitschriften, Verwaltungsberichten vieler Städte ꝛc., ferner den Reichs- und Landtagsverhandlungen enthält die Amtsbibliothek:

182 Werke für Jurisprudenz,
49 „ „ Staatsrecht und Staatsverfassung,
57 „ „ Finanzverwaltung und Staatswirtschaft,
135 „ „ Gemeinde- und Stiftungsangelegenheiten,
60 „ „ Polizeiwesen,

162 Werke für Gewerbewesen und Landwirtschaft,
45 „ „ Militärverwaltung,
76 „ „ Kultus und Unterricht,
130 „ „ Statistik und Geographie 2c.,
176 „ „ Armenwesen, Wohltätigkeit, Sozialgesetzgebung,
246 „ „ Bauwesen,
20 „ „ Feuerlöschwesen,

sonach gegen Ende 1900 eine Mehrung von 70 Werken.

Im Berichtsjahre wurde ein weiterer Bibliothekschrank um den Preis von 250 ℳ angeschafft.

Die wiederholt angeregte und an sich auch sehr wünschenswerte Schaffung eines Bibliothek-Lesezimmers mußte mangels verfügbarer Räume bis auf weiteres zurückgestellt werden.

Stadtbibliothek,

gegründet von Professor Dr. Schwab.

Nach vielfachen Vorarbeiten konnte endlich im Laufe des Berichtsjahres die Drucklegung des Katalogs der Stadtbibliothek erfolgen und dadurch einem dringenden Bedürfnisse abgeholfen werden.

Die Drucklegung des Katalogs in Oktavformat sowie die Lieferung von 500 Exemplaren wurde auf Grund einer Submission der Verlagsdruckerei Würzburg um den Gesamtpreis von 598 ℳ 10 ₰ (42,50 ℳ für den Druckbogen und 35 ℳ für Umschlag und Heften) übertragen.

Durch Beschluß vom 10. Dezember 1901 wurde genehmigt, daß der Katalog an Interessenten um den Preis von 1 ℳ pro Exemplar verkauft werden dürfe.

Ferner wurde bestimmt, daß künftighin Neuanschaffungen nach Ablauf eines Quartals oder Semesters und nach Einholen eines Gutachtens eines sachverständigen Bibliothekars zu betätigen seien, sofern es sich nicht um Werke handle, welche sich ohne jeden Zweifel für die Bibliothek eignen.

Hiedurch soll erreicht werden, daß eine gute Auswahl der auf dem Büchermarkte erscheinenden und für die systematische Erweiterung der Stadtbibliothek geeigneten Werke getroffen und der wissenschaftliche Charakter der Bibliothek gewahrt bleibe.

Das Verzeichnis der Neuanschaffungen und Geschenke soll am Schlusse jeden Jahres oder alle zwei Jahre gedruckt und dem Katalog als Nachtrag beigefügt werden.

Bezüglich der Benützung der Bibliothek ist eine Änderung im Laufe des Berichtsjahres gegen früher nicht eingetreten.

Die Ausgaben für die Stadtbibliothek betrugen 941 ℳ 40 ₰.

Von den neuerworbenen Werken sind besonders zu erwähnen:

Paul von Schmidt, Das Friedenswerk der preußischen Könige in zwei Jahrhunderten,
Bartels, Deutsche Dichtung der Gegenwart,
Gurlitt, Deutsche Städtebilder, II. Abteilung, Würzburg,
„ Handbuch der Wirtschaftskunde Deutschlands,
Kürschner, China.

Die Zahl der vorhandenen Werke betrug am Schlusse des Berichtsjahres 3572.

Ausgeliehen wurden 368 Werke (508 Bände).

Schenkungsweise wurden der Bibliothek Werke überwiesen von Herrn Brauereibesitzer Kronberger dahier, von dem Stadtmagistrat Schweinfurt, von der Verlagsbuchhandlung Woerl in Leipzig, von der Verlagsbuchhandlung Lorenz & Waetzel in Freiburg i. Br., von Herrn Oberinspektor Ernst Clöter dahier und von dem prakt. Arzt Herrn Dr. Stenger dahier.

Den Schenkern wird hiemit auch an dieser Stelle herzlichst gedankt.

§ 13.

Depositenwesen, Magistrats-Registratur und Stadt-Archiv.

Depositenwesen.

Das Jahr 1901 brachte eine außergewöhnliche Steigerung der Geschäfte der Depositenkommission durch den Umtausch der $3^1/_2$ %igen Stadtobligationen in 4 %ige, bei welchem Umtausch nahezu sämtliche städtische Kassen und Stiftungen beteiligt waren. Außerdem erfuhren die Akkordkautionen infolge Fortsetzung der Arbeiten für den Sammelkanal und Ausführung anderer gemeindlicher Bauten eine namhafte Vermehrung.

Der Abschluß des Kassetagebuches am Ende des Jahres 1901 ergab:

Einnahmen	24 237 711 ℳ 49 ₰
Ausgaben	10 259 299 ℳ 32 ₰
Bestand:	13 978 412 ℳ 17 ₰.

Der Bestand hat sich gegen das Vorjahr um 232 471 ℳ 06 ₰ gemehrt.

An Stelle des erkrankten und später in den Ruhestand getretenen Rechtsrates Binder führte im Berichtsjahr Rechtsrat Scheuring die Geschäfte des ersten Depositalbeamten.

Magistrats-Registratur und Stadt-Archiv.

In den Verhältnissen der Registratur und des Stadt-Archivs, wie sie in den früheren Verwaltungsberichten geschildert wurden, haben sich im Laufe des Jahres 1901 Änderungen nicht ergeben.

Die Einläufe während des Berichtsjahres bezifferten:

Haupt-Journal	39 199
Requisitions-Journal	12 878
Militär-Journal	6 127
Schul-Journal	1 459
Spezial-Verzeichnisse	527
(Pflegekinderannahmen, Tanzmusiken und Polizeistundenverlängerungen).	
	60 190

Bezüglich des Stadtarchivs ist für das Jahr 1901 nur zu berichten, daß die Aufstellung des Repertoriums noch nicht zum Abschluß gebracht werden konnte.

§ 14.

Elektrizitätswerk.

Da die Anschlußbewegung im Berichtsjahre eine ziemlich rege war, mußte das Kabelnetz eine bedeutende Erweiterung erfahren; es wurde deshalb seitens der beiden städtischen Kollegien behufs Deckung der Kosten für Kabel-Lieferung und -Verlegung sowie für Anschaffung von Wattstundenzählern ein genereller Kredit von 50000 ℳ bewilligt. Vertragsgemäß wurde die Lieferung und Verlegung der Kabel durch die Elektrizitätsaktiengesellschaft vormals Schuckert & Co. betätigt.

Im Laufe des Jahres wurden folgende Kabellegungen ausgeführt:

1. Im Bleicherviertel (untere Juliuspromenade) und zur k. Universitätsaugenklinik,
2. In der Kettengasse,
3. In der Haugerglacisstraße,
4. Am Rennwegerring,
5. In der Hofstraße,
6. In der Bohnesmühlgasse,
7. In der Sterngasse,
8. Zum neuen Bahn-Postgebäude,
9. In der Oberthürgasse,
10. Zur Frauenklinik und zum medizinischen Kollegienhaus,
11. In der Spiegelstraße,
12. In der Wallgasse.

Ende des Berichtsjahres waren an das Werk angeschlossen:

Stromabnehmer 236 (Zugang 60),
Hausanschlüsse 178 („ 47),

6834 Glühlampen verschiedener Größe entsprechend 6677,30
16 kerzigen Lampen à 50 Watt,
410 Bogenlampen verschiedener Größe entsprechend 3122,48
16 kerzigen Lampen à 50 Watt

in Summa 9799,78,

85 Motore (mit 148,8 PS) verschiedener Größe entsprechend . 2680,92
16 kerzigen Lampen à 50 Watt,
17 verschiedene Apparate verschiedener Größe entsprechend . . 484,34
16 kerzigen Lampen à 50 Watt

Demnach Totalanschlußwert = 12965,04
Glühlampen à 50 Watt oder à 16 N.-K.

In obiger Summe für Glüh- und Bogenlampen zu 9799,78 Glühlampen à 50 Watt ist enthalten:

1. die Straßenbeleuchtung mit 26 Bogenlampen à 8 Ampère äquivalent 229,00 Glühlampen à 50 Watt,
2. die Theaterbeleuchtung mit 908,12 „ à 50 „

Summa 1137,12 Glühlampen à 50 Watt,

so daß ohne die letzteren die Äquivalentzahl betrug 8662,66 Glühlampen à 50 Watt.

Die im Pachtvertrag für die erhöhte (5%ige) Zinsabgabe vorgesehene Glühlampenzahl von 7000 wurde bereits am 1. Juli 1901 erreicht und Ende des Berichtsjahres um 1662,66 Stück überschritten.

Im Berichtsjahre wurden insgesamt an elektrischer Energie erzeugt:
323057 Kilowattstunden Lichtstrom und Strom für gewerbliche Zwecke,
679570 „ Bahnstrom.

Hievon wurden nutzbar abgegeben:
218117 Kilowattstunden Lichtstrom und Strom für gewerbliche Zwecke
und 678920 „ Bahnstrom

Sa. 897037 Kilowattstunden,

der Energieverlust betrug durchschnittlich 16,3%.

Die Gesamtleistung des Werkes bewertet sich auf:

495 Kilowattstunden (3 Maschinen)
und 398 „ (3 Batterien)

in Summa 893 Kilowattstunden.

Das Leitungsnetz — inkl. der Bahnkabel und Hausanschlüsse — weist eine Totallänge von 85,45 km (bei 82,18 Tonnen Kupfergewicht) auf.

Die elektrische Straßenbahn mit 53 Motoren ist einem Anschlußwert von 1048 PS gleichzusetzen.

Das gesamte investierte Anlagekapital des Elektrizitätswerkes betrug einschließlich des Wertes von Grund und Boden, jedoch ausschließlich der von der Stadt zu unterhaltenden Bahnkabelanlage, am Schlusse des Berichtsjahres 1 052 450 ℳ.

Es wurde ein Bruttoüberschuß von 102 209,69 ℳ erzielt; der Nettogewinn betrug 35 167,27 ℳ.

Seitens der Pächterin des Werkes (Elektrizitäts-Aktiengesellschaft vormals Schuckert & Co.) wurden vertragsgemäß an die Stadt abgeführt:

42 899,16 ℳ	Pachtabgabe,
14 347,45 ℳ	Erneuerungsfond,
17 583,64 ℳ	Hälfte des Nettogewinns
in Summa 74 830,25 ℳ.	

Es hat sich sonach die im Vorbericht ausgesprochene Erwartung, daß im kommenden Jahre das pro 1900 noch vorhandene Restdefizit gedeckt und ein Reingewinn erzielt werde, im vollsten Maße bestätigt.

Das finanzielle Ergebnis des Betriebs des Elektrizitätswerkes muß, insbesondere mit Rücksicht auf den kurzen Bestand des Werkes, als ein sowohl für die Stadt als auch die Pächterin sehr günstiges bezeichnet werden. Hiebei ist jedoch zu berücksichtigen, daß der Hauptabnehmer des Werkes die Straßenbahngesellschaft ist und daß demzufolge weiterhin gleich günstige Rechnungsabschlüsse nur dann zu erzielen sind, wenn das von der Straßenbahn verbrauchte Stromquantum keine wesentliche Minderung erfährt.

§ 15.

Gaswerk.

Zum Zweck der bereits im Vorjahre geplanten und beschlossenen Verbesserung der Einrichtungen für Arbeiterwohlfahrt wurde in der städtischen Gasfabrik ein 15 Meter langer und 5½ Meter tiefer Anbau an der Ostseite des Retortenhauses aufgeführt. In diesem Anbau wurde für die Arbeiter ein Aufenthalts- und Speiseraum mit Heiz- und Kochgelegenheit, ferner ein Garderobe- und Ankleideraum mit der erforderlichen Anzahl verschließbarer Schränke sowie ein Wasch- und Baderaum mit 5 Brausebädern und 2 Wannenbädern eingerichtet. Des weiteren wurden 3 neue Aborte und 1 Pissoir mit Wasserspülung und Geruchsverschluß hergestellt. Die durch diese Einrichtungen erwachsenen Kosten zu 9978 ℳ 73 ₰ wurden aus dem Erneuerungsfond der Gaswerkskasse gedeckt.

Auf Veranlassung des k. Fabriken- und Gewerbeinspektors wurde im Retortenhause längs der Generatoröfen eine Gallerie mit Schutzgeländer mit einem Aufwand von 768 ℳ 58 ₰ angebracht.

Da das der städtischen Wasserleitung entnommene Wasser infolge seines hohen Kalkgehaltes zur Berieselung der Scrubber sowie zur Speisung der Dampfkessel wenig geeignet ist, wurde eine Wasserreinigungsanlage projektiert, in welcher das Wasser von Kalk gereinigt werden sollte. Die Ausführung dieses Projektes unterblieb jedoch, weil die erwachsenden Kosten unverhältnismäßig hoch gewesen wären. Man trat deshalb mit der k. Eisenbahnverwaltung, die in einer besonderen Anlage kalkfreies Wasser zur Speisung der Lokomotiven herstellt, behufs Ablassung der vom Gaswerk benötigten Quantität kalkfreien Wassers ins Benehmen. Die

k. Eisenbahnverwaltung erklärte sich in entgegenkommender Weise bereit, gereinigtes Wasser zum Selbstkostenpreis (12 ₰ pro cbm) je nach Bedarf an das Gaswerk abzugeben. Es wurde deshalb seitens des Gaswerks eine zweizöllige Verbindungsleitung mit dem Wasserreinigungsapparat der k. Bahnverwaltung hergestellt und so der Bezug des zur Scrubberberieselung und Kesselspeisung benötigten Wassers ermöglicht.

Das im Jahre 1900 erbaute zweite Apparatensystem wurde während der Wintermonate an 170 Tagen in Betrieb genommen und hiedurch die Möglichkeit gegeben, allen Anforderungen bezüglich ausreichender Gasversorgung entsprechend Rechnung zu tragen.

Neue Gasleitungen wurden gelegt in der Kapuziner-, Otto-, Frühling-, Neumann- und Rüdigerstraße, in der Gothen- und Traubengasse sowie auf dem Schottenanger und dadurch das Rohrleitungsnetz, welches im Vorjahre eine Ausdehnung von 67 304 laufenden Metern hatte, auf 68 839 laufende Meter erweitert.

Die gesamte Jahres-Gasproduktion betrug 3 307 100 cbm gegen 3 016 120 cbm im Vorjahre, d. i. um 9,64 % mehr.

Der Gaskonsum verteilt sich auf:

Privatbeleuchtung . .	1 368 076	cbm	gegen	1 336 710	cbm	im Vorjahre,
Post und Bahn . .	42 548	„	„	42 503	„	„ „
Koch- und Heizzwecke	788 790	„	„	572 229	„	„ „
Motore für gewerbliche Betriebe . .	278 334	„	„	247 582	„	„ „
Motore für Lichterzeugung	79 305	„	„	92 277	„	„ „
Beleuchtung städt. Gebäude	116 792	„	„	121 432	„	„ „
Straßenbeleuchtung .	358 067	„	„	344 733	„	„ „
Automatenverbrauch .	9 083	„	„	5 742	„	„ „
Selbstverbrauch . .	54 850	„	„	53 960	„	„ „
Gasverlust . . .	112 041	„	„	108 466	„	„ „

Es weist hienach der Gaskonsum trotz der gleichfalls vermehrten Zahl der Anschlüsse an das städtische Elektrizitätswerk eine erfreuliche Steigerung auf. Zur Zeit vermag das Gaswerk den gesamten Bedarf und zwar auch während der Wintermonate noch zu decken, ein weiteres Anwachsen des Konsums wird jedoch in absehbarer Zeit eine Erweiterung des Werkes notwendig machen.

Die Zahl der mit Gaseinrichtung versehenen Gebäude betrug 1564 gegen 1487 im Vorjahre.

Die unentgeltlich aufgestellten Gasautomaten (37 Stück) finden beim Publikum derartig Anklang, daß im kommenden Jahr voraussichtlich eine weitere Anzahl von Gasautomaten zur Aufstellung gelangen wird.

An Aktivflammen waren vorhanden:

Privatflammen	44944	Stück	gegen	40963	im Vorjahre,
Straßenflammen	1137	„	„	1092	„ „

An Nebenprodukten wurden gewonnen:

Koaks	144520	Ztr.	gegen	130740	Ztr.	im Vorjahre,
Teer	11765	„	„	10760	„	„ „
Ammoniaksalz	992	„	„	1009	„	„ „

Die Gaspreise waren die gleichen wie im Vorjahre.

Eine Übersicht über die Rechnungsergebnisse des städtischen Gaswerks pro 1901 enthält der II. Abschnitt.

§ 16.

Wasserwerke.

Der in früheren Jahren, insbesondere während der Sommermonate lästig empfundene Wassermangel wurde mit der im März 1900 erfolgten Inbetriebnahme des Zeller Wasserwerks vollständig behoben; es war demzufolge die Stadt während des Berichtsjahres jederzeit reichlich mit gutem Quellwasser versehen. Gleichwohl hat es die Stadtverwaltung nicht unterlassen, ihr Augenmerk auf die Erwerbung weiterer Quellen zu richten, um schon jetzt den Bedürfnissen der Zukunft Rechnung zu tragen; es wurden wegen des Erwerbes der im Besitze der Firma Koenig & Bauer befindlichen „Oberzeller Quellen", welche eine durchschnittliche Ergiebigkeit von 51,2 Sekundenlitern haben und deren Einbezug bei Anlegung des Zeller Werkes bereits vorgesehen war, wiederholte Verhandlungen gepflogen. — Über das Resultat dieser Verhandlungen sowie über den definitiven Vertragsabschluß selbst muß Näheres dem Verwaltungsberichte pro 1902 vorbehalten bleiben.

Da wiederholt die Bemerkung gemacht worden war, daß in dem hinter der Zeller Stollenanlage herabziehenden sogenannten „Klingengraben" an verschiedenen Stellen die Seitenwände undichte Stellen aufweisen und daß bei heftigen Regengüssen durch diese Öffnungen Meteorwasser, das möglicherweise Erdteile u. dergl. mit sich führte, in den Stollen eindrang, wurden, um jede Verunreinigung des Quellwassers bezw. des Wasserstollens zu verhindern, verschiedene Grundstücke im „Klingengraben" seitens der Stadt um den Preis von 2100 Mark erworben. Die angekauften Grundstücke werden durch Pflasterung oder Betonierung entsprechend befestigt, wodurch dem Eindringen von Wasser in den Stollen von außen her vorgebeugt werden soll.

Die Nachbargemeinde Heidingsfeld, welche früher gegen die projektierte Legung einer Wasserleitung durch das Steinbachtal auf der teilweise im Besitze der Gemeinde Heidingsfeld befindlichen Steinbachtalstraße Protest erhoben hatte, stand nach wiederholten diesbezüglichen Verhandlungen von den bisher geltend gemachten Einwendungen ab; es konnte deshalb Ende April des Berichtsjahres mit der Legung einer Druckrohrleitung von der Mergentheimerstraße durch das Steinbachtal bis zur Restauration zur „Waldesruh" begonnen werden. Die Ausführung der Leitung, welche auf der Strecke von der Mergentheimerstraße bis zur Annaschlucht 200 mm Rohrweite und von da ab 150 mm Rohrweite hat, wurde der Firma J. Kurz dahier zu dem im Submissionsweg geforderten Preis von 23 460 Mark übertragen. Am 13. Juni konnte die neue Leitung nach erfolgter Abnahme der Druckprobe in Betrieb genommen werden. Im Anschluß an die neue Leitung wurden seitens der Stadt in Gemeinschaft mit dem Verschönerungsverein auch zwei öffentliche Brunnen im Steinbachtale aufgestellt, der eine in den Anlagen nächst der sogenannten „Vetterschaftshütte", der andere am Ende der Leitung vis-à-vis der Restauration zur „Waldesruh".

Neue Trinkwasserleitungen wurden gelegt am Bahnhofplatz, Schmalzmarkt, Pleicherkirchplatz, in der Münz-, Martins-, Herrn-, Blasius- und Gothengasse; hiedurch wurde das Trinkwasserrohrnetz um 520 laufende Meter, d. i. auf 81 341 laufende Meter erweitert.

Um die Trinkwasserleitung möglichst zu entlasten und trotzdem eine ausgiebige Besprengung der Ringparkanlagen wie auch der Sanderglacisstraße bis zum Rennweger-Ring zu ermöglichen, wurde zu Anfang des Jahres mit einem Aufwand von ca. 6000 Mark eine Anzahl von Hydranten neu angebracht bezw. versetzt.

Die Gesamtzahl der Unterflurhydranten betrug 875, die der Oberflurhydranten 39.

Öffentliche Brunnen waren (einschließlich der 14 Brunnen in Zell) insgesamt 97 an die städtischen Wasserleitungen angeschlossen.

Das Niederdruckwasserwerk in der Bahnhofstraße, welches die innerhalb des Glacisgürtels liegende Altstadt sowie die nicht höher als 30 m über dem Nullpunkt des Maines liegenden Stadtteile in der Sanderau und im Mainviertel mit Wasser versorgt, förderte insgesamt 3 193 340 cbm Wasser in das städtische Rohrnetz.

Das Zeller Hochdruckwerk, welches das Wasser auf eine Höhe von 70 m über den Nullpunkt des Maines zu fördern imstande ist und

demgemäß die hochliegenden Stadtteile außerhalb der Ringparkanlagen mit Waſſer verſorgt, förderte 2 862 192 cbm.

An das Hoch- und Niederdrucknetz waren am Schluſſe des Berichtsjahres 3385 Grundſtücke ſtändig angeſchloſſen; außerdem wurden noch 82 Gärten während der Sommermonate mit Waſſer verſehen.

Die Nutzwaſſerleitung, die nur vom 6. Mai bis 17. November und zwar nur 16 Stunden des Tages im Betrieb war, förderte insgeſamt 730 844 cbm Waſſer, welches hauptſächlich zur Beſprengung der Ringparkanlagen, zur Speiſung der Monumentalbrunnen, Springbrunnen im Hof- und Präſidentengarten ſowie des Zierwaſſerlaufes und der Springbrunnen in den Ringparkanlagen verwendet wurde. Ein Bedürfnis zur Errichtung eines Hochreſervoirs für die Nutzwaſſerleitung machte ſich bis jetzt nicht geltend.

Das Nutzwaſſerrohrnetz hatte mit Schluß des Jahres eine Ausdehnung von 16 852 laufenden Metern erreicht.

Der größte Waſſerverbrauch (Trink- und Nutzwaſſer) mit 249 Sekundenlitern fand im Monat Juli, der geringſte Waſſerverbrauch im Monat Dezember mit 182 Sekundenlitern ſtatt. Auf den Kopf der Bevölkerung traf pro Tag ein durchſchnittlicher Waſſerverbrauch von 241 Litern.

In jedem Monat wurden Waſſerproben der verſchiedenen Leitungen entnommen und ſeitens der k. Unterſuchungsanſtalt für Nahrungs- und Genußmittel dahier hinſichtlich ihrer chemiſchen Zuſammenſetzung unterſucht. Nach dem Ergebnis dieſer Unterſuchungen war das Waſſer (und zwar auch das der Nutzwaſſerleitung entnommene) in hygieniſcher Beziehung in keiner Weiſe zu beanſtanden. Die Temperatur des Trinkwaſſers war das ganze Jahr über eine konſtante und betrug beim Zeller Waſſer 11,5° C. und bei dem den alten Stadtquellen entnommenen Waſſer 12° C.; die Temperatur des Nutzwaſſers variierte zwiſchen 8 und 14° C.

Die Ergiebigkeit der alten Stadtquellen ſchwankte in den verſchiedenen Monaten zwiſchen 105 und 142 Sekundenlitern, die der Zeller Quellen zwiſchen 102 und 117 Sekundenlitern.

War ſchon in früheren Jahren das Rechnungsergebnis der Waſſerwerkskaſſe kein günſtiges zu nennen, ſo wurde das Mißverhältnis zwiſchen Einnahmen und Ausgaben in den beiden dem Berichtsjahre vorhergehenden Jahren ein beſonders auffallendes, da durch die Anlage des Zeller Waſſerwerks und die hiedurch bedingte weſentliche Steigerung des Betriebes enorme Ausgaben erwuchſen, denen keine entſprechenden Mehreinnahmen gegenüberſtanden. Es war daher die Stadt, um überhaupt

rationell wirtschaften, bezw. aus den Einnahmen für Wasser wenigstens die Selbstkosten decken zu können, in die — wenn auch unangenehme — Notwendigkeit versetzt, eine Erhöhung des Wasserpreises eintreten zu lassen. Durch Beschluß der beiden städtischen Kollegien wurde der Wasserpreis vom 1. April des Berichtsjahres ab auf 10 ₰ pro Kubikmeter und zwar gleichgiltig, ob das Wasser nach Steft oder Wassermesser bezogen wird, festgesetzt, während der frühere Wasserpreis für den ganzen Steft (= 788 cbm pro Jahr) 42 ℳ, für den halben Steft 25 ℳ und beim Wassermesserbezug 7 ₰ pro Kubikmeter betragen hatte.

Gleichzeitig wurde beschlossen, daß bei Neuanschlüssen nur mehr das Wassermesser-System in Anwendung gebracht werden darf. Für bereits angeschlossene Anwesen darf jedoch das Steftsystem beibehalten werden.

Da bei dem Steftsystem ein großer Teil des bezahlten Wassers unbenutzt und zwecklos in die Kanäle abläuft, während beim Wassermessersystem eine derartige Wasservergeudung ausgeschlossen ist, trat mit der Erhöhung des Wasserpreises aus Sparsamkeitsrücksichten von selbst ein allmählicher Übergang vom Steftsystem zum Wassermessersystem ein; Ende des Berichtsjahres waren bereits 274 Anwesensbesitzer zu dem neuen Wasserbezugssystem übergegangen.

Um Beschädigungen der städtischen Wasserleitungen sowie unlautere Manipulationen bei Herstellung des Anstiches und Anbringung des Aichhahns, bei Anbringung bezw. Versetzung von Wassermessern und dergleichen Arbeiten hintanzuhalten, wurden durch Beschluß des Stadtmagistrats vom 8. November 1901 ortspolizeiliche Vorschriften zum Schutze der städtischen Wasserleitungen erlassen, deren Vollziehbarkeitserklärung durch die k. Regierung noch zu erwarten steht. Auch die Gemeinde Zell, die sich seinerzeit beim Verkauf der Zeller Quellen an die Stadt verpflichtet hat, nach Anleitung des Stadtmagistrats Würzburg ebenfalls Vorschriften zum Schutze der auf Zeller Markung gelegenen, im Eigentum der Stadt Würzburg stehenden Wasserleitung zu erlassen, wurde zur Erfüllung dieser vertragsmäßigen Verpflichtung wiederholt angegangen; eine Einigung über den Inhalt der seitens der Gemeinde Zell zu erlassenden Vorschriften wurde während der gegenwärtigen Berichtsperiode nicht erzielt, doch wird auch diese Angelegenheit voraussichtlich in Bälde eine beide Teile befriedigende Lösung finden.

Die Rechnungsergebnisse der Wasserwerke für das Berichtsjahr sind im II. Abschnitt aufgeführt.

§ 17.

Installationskasse des Gas- und Wasserwerks.

Die Installationskasse des Gas- und Wasserwerks wurde wie in den Vorjahren getrennt von der Gas- und Wasserwerkskasse und nach den gleichen Verwaltungsgrundsätzen wie früher geführt.

Nachdem seitens der Privatinstallateure schon seit längerer Zeit darüber Klage geführt worden war, daß durch die einschlägigen ortspolizeilichen Vorschriften, nach welchen die Legung der sogenannten Steigleitungen in den Privatanwesen nur durch das städtische Installationswerk ausgeführt werden durften, für das städtische Gaswerk ein gewerbliches Monopol geschaffen und hiedurch den ansässigen Gewerbetreibenden Arbeit und Verdienst entzogen würde, wurde im März des Berichtsjahres die gesamte Gas- und Wasserleitungsinstallation den Privatinstallateuren mit der Modifikation freigegeben, daß die Zuleitung vom Hauptrohr in der Straße bis zum Gebäudeinnern, ferner das Setzen der Gas- und Wassermesser nur durch das städtische Installationswerk ausgeführt werden dürfen.

Wenn nun auch die Freigabe der Installation nicht ganz ohne Einwirkung auf die Zahl der dem städtischen Installationswerk von Privaten übertragenen Arbeiten geblieben ist, so ist doch diese Wirkung — wie aus nachstehenden Ziffern zu entnehmen ist — keineswegs derart nachteilig für das städtische Installationswerk gewesen, wie von verschiedenen Seiten vor Freigabe der Installation befürchtet worden war.

Neue Gasanschlüsse wurden insgesamt d. h. von Privaten und dem städtischen Installationswerk ausgeführt 77 (gegen 104 im Vorjahre),

desgleichen neue Wasseranschlüsse insgesamt 57 (gegen 66 im Vorjahre).

Von dieſen Arbeiten treffen auf das ſtädtiſche Inſtallationswerk:

Neue Gasanſchlüſſe 60 (gegen 77 im Vorjahre),
Neue Waſſeranſchlüſſe 30 (gegen 41 im Vorjahre),

auf Privatinſtallateure:

Neue Gasanſchlüſſe 17 (gegen 27 im Vorjahre),
Neue Waſſeranſchlüſſe 27 (gegen 25 im Vorjahre).

Auf den Rückgang der Inſtallationsarbeiten überhaupt war von weſentlichem Einfluß die mit der allgemeinen wirtſchaftlichen Depreſſion in Zuſammenhang ſtehende Minderung der Bautätigkeit.

Die Rechnungsergebniſſe der Inſtallationskaſſe ſind aus dem II. Abſchnitt erſichtlich.

§ 18.

Leihanstalt.

Laut der nachfolgenden Übersicht über die Bewegung und die Geschäftsverhältnisse der städt. Leihanstalt während des Jahres 1901 ist in diesem Jahre gegenüber dem Vorjahre eine Mehrung der Darlehensbeträge von 18352 ℳ eingetreten. Bei den mit höheren Darlehen beliehenen Pfändern ist gleich dem Vorjahre eine Abnahme, bei den minderbeliehenen Pfändern dagegen eine Zunahme zu verzeichnen.

Die Pfänderanzahl pro 1901 betrug 20055, sohin 2248 Pfänder mehr wie im Jahre 1900.

An die Stadtkämmerei wurden 814 ℳ 23 ₰ als Überschuß abgeliefert. Dieser Rückgang in den Überschüssen hat seinen Grund in den erhöhten Verwaltungskosten und in zum Nachteile der Leihanstalt verübten Unterschleifen eines vormaligen Aushilfsbediensteten, welch' letztere sich auf 402 ℳ 19 ₰ beziffern.

Das Vermögen der Leihanstalt betrug am Schlusse des Jahres 1901

93676 ℳ 54 ₰;

hievon gehen ab die noch unerhobenen Mehrerlöse zu 3207 ℳ 14 ₰, ferner 7000 ℳ Passivkapitalien, so daß

83469 ℳ 40 ₰

als Stammvermögen der Anstalt verbleiben.

Ausgeliehen waren am Schlusse des Jahres 90120 ℳ.

Bewegung

des Leihgeschäftes der städtischen Leihanstalt während des Jahres 1901.

Lfde. Nr.	Vortrag	
1	Anzahl der Pfänder beim Jahresbeginn	9463
2	Zahl der neu eingebrachten Pfänder	20055
3	Zahl der ausgelösten Pfänder	17788
4	Zahl der versteigerten Pfänder	754
5	Zahl der Pfänder beim Jahresschlusse	10976
6	Zunahme	1513
7	Abnahme	—
		ℳ
8	Gesamtbetrag der Darlehen beim Jahresbeginn	71768
9	Darlehen auf neu eingebrachte Pfänder	130745
10	Zurückbezahlte Darlehen	107459
11	Darlehen auf versteigerte Pfänder	4934
12	Betrag der Darlehen beim Jahresschlusse	90120
13	Zunahme	18352
14	Abnahme	—

Auf die im Jahre 1901 beliehenen Pfänder verteilen sich die Darlehensbeträge wie folgt:

Gesamtzahl der neueingebrachten Pfänder	von 2-4 ℳ	von 5-9 ℳ	von 10-19 ℳ	von 20-49 ℳ	von 50-99 ℳ	von 100 bis 199 ℳ	von 200 bis 299 ℳ	von 300 bis 399 ℳ	von 400 bis 499 ℳ	von 500 ℳ
20055	14241	3821	970	649	225	124	20	4	1	—

§ 19.

Sparkasse.

Die Satzungen der städtischen Sparkasse vom 31. Dezember 1864 wurden im Berichtsjahre einer durchgreifenden Revision unterstellt. Nach sorgfältigen Vorarbeiten wurden unterm 23. April 1901 die neuen Sparkassesatzungen erlassen; mit dem 1. Juli 1901 sind dieselben in Kraft getreten.

Diese neuen Satzungen unterscheiden sich von den früheren hauptsächlich dadurch, daß nunmehr den Interessen des einlegenden Publikums in weitestgehender Weise Rechnung getragen ist. So sind

1. die sämtlichen seitherigen Beschränkungen bezüglich der persönlichen Verhältnisse der „zur Teilnahme an der Sparkasse Berechtigten" (Minderjährige, Dienstboten, Lehrlinge u. s. w.), ferner bezüglich der Qualität ihrer Einlagen („eigene Ersparnisse" bezw. für bestimmte Kategorien „in ihren früheren Verhältnissen erworbene Barschaften oder sonstige Vermögensanfälle") fallen gelassen, die städtische Sparkasse gewährt nunmehr ganz allgemein „Gelegenheit zur sicheren und verzinslichen Anlage von Ersparnissen, Mündelgeldern und sonstigen Geldbeträgen";

2. der Mindestbetrag einer Einlage ist nunmehr auf 1 ℳ (seither 2 ℳ), der Höchstbetrag einer einmaligen Einlage auf 1000 ℳ (seither 200 ℳ) und der Höchstbetrag des gesamten Guthabens einer einzelnen Person, vorbehaltlich weitergehender Bewilligung des Stadtmagistrats, auf 5000 ℳ (seither 700 ℳ) festgesetzt;

3. die Einlagen werden nunmehr in beliebigen Beträgen entgegengenommen (seither nur in Beträgen, welche durch 2 ohne Rest teilbar waren);

4. die Verzinsung einer Einlage beginnt nunmehr jeweils mit dem ersten Tage des der Einzahlung folgenden Monats

(seither mit dem nächstfolgenden Quartal) und endigt mit dem letzten Tage des der Rückzahlung vorausgehenden Monats mit der Maßgabe, daß für Einlagen, welche vor Ablauf von 3 Monaten zurückerhoben werden, eine Zinszahlung regelmäßig nicht stattfindet (seither nur halbjährige Zinszahlung, so daß also bei Zurückziehung der Einlage vor Ablauf von 6 Monaten seit der Anlage oder seit der letzten Zinszahlung überhaupt kein Zins vergütet wurde);

5. die am Schlusse eines Rechnungsjahres nicht abgehobenen Zinsen werden eo ipso zum Kapital geschrieben und vom 1. Januar des nächsten Jahres an ebenso wie das Kapital verzinst (seither Zuschlag der Zinsen zum Kapital nur auf Verlangen und nur bei Zinsbeträgen von wenigstens 2 ℳ, wobei überdies alle Beträge unter 2 ℳ bei der Verzinsung außer Berechnung blieben);

6. die Zinsen werden jeweils bereits vom 15. Dezember ab unter Mitvergütung für den Rest dieses Monats ausbezahlt;

7. die Rückzahlung der Einlagen erfolgt bei Beträgen bis zu 50 ℳ sofort (seither in der Regel nur im ersten Monat jedes eintretenden Quartals als an den vier „Haupteinlagsterminen" und nach vierwöchentlicher Aufkündigung, nur ausnahmsweise auch in der Zwischenzeit ohne Aufkündigung bei „dringendem Bedarf" des Eigentümers und „genügender Ausweisung desselben zu einem guten Zweck", „in keinem Falle aber früher als 1½ Monat nach der Einlage") und auch bei Beträgen über 50 ℳ, soweit der Kassebestand es zuläßt, ohne vorausgegangene Kündigung oder unter Abkürzung der Kündigungsfrist von einem Monat (bei 50—300 ℳ) bezw. 3 Monaten (über 300 ℳ);

8. bei Erreichung des Einlagemaximums von 5000 ℳ hat die Sparkasse bezw. der Stadtmagistrat nur mehr das Recht der Kündigung (seither sollte nach statutarischer Bestimmung bei Erreichung des Höchstbetrages von 700 ℳ sofort jegliche Verzinsung des Guthabens aufhören, welche Bestimmung aber praktisch nicht mehr gehandhabt wurde);

9. gekündigte, aber zur Verfallzeit nicht erhobene Einlagen treten mit Beginn des darauffolgenden Monats von selbst wieder in Zinsenlauf;

10. die Einlagen können nicht nur auf den Namen des Einlegers, sondern auch zu Gunsten jedes beliebigen Dritten gemacht werden (seither nur auf den Namen des Einlegers mit der Maßgabe, daß für Einlagen, welche auf fremden Namen gemacht wurden, im Falle der Entdeckung keine Zinsen bezahlt und etwa bereits erhobene Zinsen bei der Kapitalsrückzahlung in Abzug gebracht wurden);

11. das Kasselokal ist für das Publikum an sämtlichen Werktagen von 8—12 und von 2—5, an Samstagen von 2—7 Uhr geöffnet*) (seither täglich von 8—12, nachmittags jedoch nur am Montag, Mittwoch und Freitag je von 2—4 Uhr).

Ein bemerkenswerter Vorteil für das sparende Publikum besteht endlich darin, daß

12. an Stelle der seitherigen Sparkassescheine, welche über jede einzelne Einlage ausgestellt wurden, nunmehr Sparbücher ausgefertigt werden. Dieselben werden dem Einleger bei der ersten Einlage gegen Bezahlung von 20 ₰ ausgehändigt, sind mit fortlaufender Nummer versehen und dadurch in Übereinstimmung mit den Büchern der Sparkasse gebracht und so angelegt, daß alle auf das Guthaben des Inhabers bezüglichen weiteren Vorgänge (Zinsguthaben, weitere Einlagen, Kündigungen, Übergang auf einen Dritten durch Erbgang, Abtretung u. dergl., teilweise Abhebungen von Kapital oder Zinsen u. s. w.) sofort aus dem Sparbuche ersichtlich sind. Wer mehrere Einlagen bei der Sparkasse gemacht hat, braucht sonach nicht mehr so und so viele einzelne Sparkassescheine aufzuheben, sondern nur das eine Sparbuch, welches ihm jederzeit über die Höhe seines Gesamtguthabens nach Kapital und Zinsen erschöpfenden Aufschluß gibt. Bei Zurückzahlung des Gesamtguthabens ist das Sparbuch an die Sparkasseverwaltung zurückzugeben und von dieser abzuschließen.

Hinsichtlich der Übertragung der seitherigen, auf Sparkassescheine lautenden Einlagen in die neu eingeführten Sparbücher wurden eingehende Übergangsbestimmungen getroffen, deren Besprechung hier zu weit führen würde. Bemerkt sei nur noch, daß in der Zeit vom 1. Juli (Tag des Inkrafttretens) bis 31. Dezember 1901 etwa 5/6 der älteren Spareinlagen in Sparbücher übergeschrieben wurden. (Stand der Sparscheine am 1. Juli 24645, am 31. Dezember 4357).

Die neuen Satzungen lassen auch die Ausstellung „gesperrter Sparbücher" zu, um Summen, welche zu im voraus bestimmten Zwecken (z. B. Bezahlung des Mietzinses, Ausstattung der Kinder bei der Verheiratung, Berufsausbildung oder Militärdienst der Söhne u. dgl.)

*) Mit Rücksicht auf die ganz außerordentliche Mehrarbeit, welche infolge der Einführung der neuen Sparkassesatzungen den beteiligten Beamten erwuchs, wurden im Interesse ungestörten Fortganges der Kassen- und Rechnungsgeschäfte durch Magistratsbeschluß vom 26. Juli 1901 die Kassestunden bis auf weiteres in der Weise eingeschränkt, daß das Sparkasselokal an sämtlichen Werktagen von 8—12 Uhr, ferner am Montag, Mittwoch und Freitag je von 2—4 Uhr und am Samstag jeweils von 2—7 Uhr nachmittags für das Publikum geöffnet ist.

gespart werden sollen, sicher zu stellen und die vorzeitige Verwendung dieser Ersparnisse für andere Zwecke zu verhüten. Es wird dies dadurch erreicht, daß das Recht der Kündigung sowie des Zinsbezuges vor dem vereinbarten Zeitpunkte seitens des Einlegers oder desjenigen, zu dessen Gunsten die Einlage erfolgte, zufolge eines in das Sparbuch aufgenommenen Vermerkes ausgeschlossen ist und demzufolge sämtliche Zinsen dem Kapitale zugeschlagen werden. Die Zweckmäßigkeit dieser in der Literatur warm empfohlenen und anderwärts wohl bewährten Einrichtung und die zweifellosen Vorteile, welche dieselbe namentlich dem „kleinen Manne" gewährt, sind in den Kreisen des hiesigen sparenden Publikums noch nicht genügend erkannt; es ist dies daraus zu schließen, daß im Berichtsjahre von dieser Einrichtung so gut wie gar kein Gebrauch gemacht wurde.

Als weitere Neuerungen mögen noch hervorgehoben werden die Bestimmung eines regelmäßigen Zinstermins und zwar des 31. Dezember (seither während der ganzen Dauer der Monate Januar, April, Juli und Oktober); die Streichung der zwecklosen Bestimmung, wonach sämtliche Sparkassenscheine von „dem zur Aufsicht bestimmten Mitgliede des Stadtmagistrats" (dem sog. „Sparkasse-Respizienten") unter Beisetzung seines Siegels gegenzuzeichnen waren, und die Nichtwiederbesetzung der Stelle eines Respizienten überhaupt, andererseits die Vermehrung des Personals der Sparkasse um einen Offizianten und die Erlassung einer eingehenden Dienstesanweisung für die Verwaltung der städtischen Sparkasse vom 4. Juni 1901.

Beibehalten wurden bei Einführung der neuen Satzungen der Zinsfuß für Spareinlagen von 3 % und das Institut der Sparmarken, beide bis auf weitere Anordnung. Die Änderung des Zinsfußes ist nunmehr von übereinstimmenden Beschlüssen der beiden städtischen Kollegien abhängig.

Was die finanzielle Wirkung der Einführung der neuen Sparkassesatzungen anlangt, so verhehlte man sich bei den der Einführung vorausgegangenen eingehenden Beratungen nicht, daß die vielfachen Vorteile, welche dem sparenden Publikum zugewendet wurden, nicht ohne Einfluß auf die Rentabilität der Anstalt und auf die Höhe des von derselben bestimmungsgemäß an die Stadtkämmerei und an die Beamtenpensionskasse (je zur Hälfte) abzuliefernden Überschusses sein werden. Gleichwohl haben die städtischen Kollegien den neuen Satzungen übereinstimmend und einstimmig ihre Zustimmung erteilt, von der zweifellos richtigen Erkenntnis ausgehend, daß es in erster Linie Aufgabe der gemeindlichen Sparkassen

ist, den Sparsinn in der Bevölkerung zu wecken und zu fördern, den aus der Sparkasse erzielten Gewinn in erster Linie den Sparern selbst zu Gute kommen zu lassen und den idealen Zweck dieser Anstalt höher zu stellen als den finanziellen Zweck der Erzielung von Überschüssen zu Gunsten der Stadtgemeinde als Unternehmerin der Anstalt. Zugleich gab man sich andererseits der Hoffnung hin, daß die wachsende Erkenntnis von den bedeutenden Vorteilen und Vergünstigungen, welche nunmehr durch die neuen Satzungen den Sparern zugestanden sind, auch die Beteiligung an der Sparkasse und damit die Summe der Einlagen wesentlich steigern werde und daß auf diese Weise der für die Stadtgemeinde zunächst zu befürchtende Ausfall später wieder ganz oder doch wenigstens zum Teil werde ausgeglichen werden.

Wie sich das Betriebsergebnis für das erste Halbjahr nach Einführung der neuen Satzungen gestalten werde, ließ sich auch nicht annähernd voraussbestimmen; noch viel weniger konnte bei der Etatsaufstellung für das Jahr 1901 damit gerechnet werden, da damals noch nicht einmal der Entwurf der neuen Satzungen vorlag.

Das effektive Ergebnis für das Jahr 1901 war nun ein für die Stadtgemeinde ungünstiges, indem mit einer Unterbilanz von 8370 ℳ 91 ₰ abgeschlossen wurde. Diese Unterbilanz ist neben den durch die Einführung der neuen Satzungen veranlaßten einmaligen Ausgaben (für Anschaffung der Sparbücher, neuen Formularien u. s. w.) im Betrage von 3184 ℳ 80 ₰ insbesondere herbeigeführt durch den enormen (einmaligen) Zinsenbedarf infolge der (oben bereits erwähnten) Verlegung der früheren Zinstermine auf den 31. Dezember. Hienach mußte für sämtliche älteren Spareinlagen mit Januar-Zinstermin der Jahreszins zweimal (pro Januar[1]) und pro 31. Dezember[2])), für solche mit April-Zinstermin $1^3/_4$ mal (pro April[3]) und pro 31. Dezember[4])) analog für solche mit Juli-Zinstermin $1^1/_2$ mal und für solche mit Oktober-Termin $1^1/_4$ mal im Jahre 1901 bezahlt bezw. verrechnet werden. Der effektive Zinsbedarf pro 1901 belief sich infolge dieser Maßnahme auf 133 880 ℳ 91 ₰ gegenüber einem Etatsansatze von 86 500 ℳ, d. i. 47 380 ℳ 91 ₰ mehr als veranschlagt. Da hienach ein Überschuß für das Berichtsjahr nicht erzielt wurde, mußte der mit 17 000 ℳ etatisierte hälftige Überschuß-Anteil der Beamten-Pensionskasse durch die Stadtkämmerei zugeschossen werden (vgl. § 47).

---

[1]) Zinsanfall für die Zeit vom 1. Januar — 31. Dezember 1900 = 1 Jahr
[2]) „ „ „ „ „ 1. „ — 31. „ 1901 = 1 „
[3]) „ „ „ „ „ 1. April 1900 — 31. März 1901 = 1 „
[4]) „ „ „ „ „ 1. April 1901 — 31. Dezember 1901 = $^3/_4$ „

Im übrigen wird bezüglich der Rechnungsergebnisse der Sparkasse pro 1901 auf die nachfolgende Zusammenstellung und auf den Rechnungsbericht im II. Abschnitt hingewiesen.

I. Stand der Einlagen.

1.	Stand der Einlagen am Schlusse des Vorjahres	3040371 ℳ 42 ₰	
2.	Zugang an Einlagen während des Jahres (inkl. der den Einlegern gutgeschriebenen [kapitalisierten] Zinsen) zu 21376,93 ℳ . .	3532908 „ 93 „	
3.	Abgang an Einlagen während des Jahres .	3226151 „ -- „	
4.	Stand der Einlagen am Schlusse des Jahres	3347129 „ 35 „	
5.	Außerdem Stand an unerhobenen Zinsen aus älteren Spareinlagen	12038 „ 68 „	

II. Zahl der Sparscheine, Sparbücher und der Einleger sowie Verzinsung der Einlagen.

1.	Zahl der seit Bestand der Sparkasse bis zum Schlusse des Vorjahres ausgegebenen Sparscheine	321793
2.	Zahl der am Schlusse des Vorjahres noch nicht erloschenen Scheine	19619
3.	Zahl der im Laufe des Jahres und zwar bis 30. Juni neu hinzugekommenen Scheine	5026
4.	Zahl der im Laufe des Jahres erloschenen Scheine . . .	20288
5.	Demnach Stand am Jahresschlusse an nicht erloschenen Scheinen	4357
6.	Zahl der vom 1. Juli bis 31. Dezember ausgestellten Sparbücher	6276
7.	Zahl der erloschenen Sparbücher	180
8.	Demnach Stand am Jahresschlusse an nicht erloscheinen Sparbüchern	6096

III. Übersicht über den Verkauf und die Einlösung von Sparmarken.

1.	Verkaufte Sparmarken à 10 ₰	41800	Stück, Geldwert	4180 ℳ.
2.	Eingelöste „ à 10 ₰	41390	„ „	4139 ℳ.
3.	Am Schlusse des Jahres in Umlauf	32310	„ .	

§ 20.

Getreidehilfskasse.

Das Vermögen dieser Kasse hat sich im Jahre 1901 um 12 811 ℳ 13 ₰ erhöht und betrug am Jahresschlusse 451 222 ℳ 66 ₰, nachdem die Zinsen wieder in ihrem vollen Betrage admassiert werden konnten.

Von dem im letzten Verwaltungsberichte erwähnten, der Stadtkämmerei zur Bestreitung der Kosten für Umpflasterung verschiedener Straßen zu leistenden Vorschusse zu 300 000 ℳ wurden im Jahre 1901 weitere 27 375 ℳ 11 ₰ abgehoben und beziffern die zu bezeichnetem Zwecke geleisteten Vorschüsse nunmehr 232 265 ℳ 15 ₰.

Das Gaswerk zahlte an dem Darlehen zu 14 214 ℳ 73 ₰, welches ihm zur Herstellung einer Gasleitung bis zur Faulenbergstraße gewährt worden ist, den Betrag von 3553 ℳ 68 ₰ ab. Es verbleiben hienach noch 10 661 ℳ 05 ₰, welche in 3 Jahresraten abzustoßen sind.

Von dem seinerzeit zur Errichtung der Steinkohlen-Gasfabrik geleisteten Vorschusse von 100 000 Gulden bestehen noch 25 714 ℳ 26 ₰, welche in jährlichen Raten von 5000 Gulden = 8571 ℳ 43 ₰ abgetragen werden, so daß in drei Jahren auch dieses Darlehen getilgt sein wird.

Bezüglich der Rechnungsergebnisse im einzelnen wird auf den II. Abschnitt Bezug genommen.

§ 21.

Holzmagazinskasse.

Um die Rechnungsstellung der Holzmagazinskasse mit der der übrigen gemeindlichen Kassen und Verwaltungen in Einklang zu bringen, wurde vom Stadtmagistrat angeordnet, daß für die Folge das Rechnungsjahr, welches sich seither jeweils auf die Zeit vom 1. Mai bis zum 30. April des folgenden Jahres erstreckte, mit dem Kalenderjahr zusammentreffe. Für das Berichtsjahr ergab sich hieraus die Notwendigkeit, die Rechnung der Holzmagazinskasse ausnahmsweise auf bloß 8 Monate, nämlich vom 1. Mai mit 31. Dezember 1901 zu erstellen.

In der Zeit vom 1. Mai 1900 bis 30. April 1901 wurden verkauft 14869 1/4 Ster Holz, worunter 706 3/4 Ster Wellen; hievon treffen

1569 3/4 Ster auf das Holzmagazin,
12592 3/4 „ Holz und
706 3/4 „ Wellen auf die Holzhändler.

Vom 1. Mai bis zum 31. Dezember 1901 wurden

903 Ster Holz aus dem Holzmagazin,
8673 1/4 „ Holz und
197 1/4 „ Wellen von den Holzhändlern,

9773 1/2 Ster in Summa verkauft.

An die Stadtkämmerei sowohl als auch an das städtische Gaswerk wurden in der gegenwärtigen Berichtsperiode wiederum verschiedene verzinsbare Vorschüsse geleistet.

Näheres hierüber sowie über die Rechnungsergebnisse der Holzmagazinskasse ist aus dem II. Abschnitt dieses Verwaltungsberichtes zu ersehen.

§ 22.

Vieh- und Schlachthof.

A.

Der städt. Viehhof war an 299 Werktagen behufs Abhaltung von Schlachtviehmärkten geöffnet. An bestimmten Tagen fanden außerdem große Exportviehmärkte (27), Schafmärkte (11), Zuchtbullenmärkte (2 im März und August) und Jungschweinemärkte (52) statt.

Der Marktbeginn war auf 6 Uhr im Sommer und 7 Uhr im Winter festgesetzt.

Als Marktgebühr gelangten zur Erhebung an Wochenviehmärkten 20 ₰ für das Stück Großvieh und 10 ₰ für Kleinvieh. An den Schafmärkten wurde eine Hürdengebühr von 2 ₰ pro Stück und an den Jungschweinemärkten eine Platzgebühr von 15 ₰ pro Korb erhoben.

Die seuchenpolizeiliche Kontrolle der Markttiere oblag dem städtischen Polizeitierarzte, welcher an den großen Exportviehmärkten von dem k. Bezirkstierarzte Stenger unterstützt wurde. An besonders stark frequentierten Märkten war während des Zutriebes auch der II. städt. Tierarzt zur Kontrolle herangezogen.

Jedes zum Markte gebrachte Tier wurde am Eingange zum Markt einer sorgfältigen Musterung unterstellt und nur, wenn dasselbe vollkommen einwandfrei befunden wurde, eingelassen. Beanstandete Tiere wurden zurückgewiesen und vom Verkaufe ausgeschlossen. Um einer Umgehung der getroffenen Verfügung vorzubeugen, wurden die beanstandeten Tiere

in den Kontumazſtallungen des Schlachthofes bis zur Beendigung des Marktes unter Verſchluß gehalten. Die zugelaſſenen Großviehſtücke wurden mit einem blauen W-Stempel gezeichnet, um bei allenfallſigen Reklamationen auswärtiger Ämter die Identität feſtſtellen zu können; auch wurden die zum Export gelangenden Tiere auf der Verladerampe des Bahnhofes einer wiederholten tierärztlichen Unterſuchung unterzogen.

Die großen Exportviehmärkte waren ſtets gut betrieben und vorherrſchend mit guten Gang- und Maſtochſen beſtellt, doch war gegen die Vorjahre eine Minderung des Zutriebs von Qualitätsware zu konſtatieren. Auch waren die norddeutſchen Exporteure infolge des bei ihnen herrſchenden Futtermangels nicht in der Lage, ſo große Einkäufe wie in den früheren Jahren zu machen, weshalb häufig ſehr gute Tiere wiederholt zum Markte gebracht werden mußten, bis ſich Abnehmer fanden. Die Folge hievon war naturgemäß eine nicht unweſentliche Preisreduktion. Der Export bezifferte ſich auf nur 5860 Ochſen und Rinder gegen 7776 im Vorjahre; der Erlös betrug nur 2 439 280 ℳ gegen 3 194 280 ℳ des Vorjahres, alſo um 755 000 ℳ weniger. Ein großer Teil der zum Markte gebrachten Gangochſen ſtammte aus Württemberg und Baden.

Die Marktfrequenz an gutem Schlachtvieh war eine verhältnismäßig geringe, weshalb die Preiſe für fette Schlachtochſen ſo hoch ſtiegen, daß ſie in keinem Verhältniſſe zu den Fleiſchverkaufspreiſen ſtanden, wodurch es den Metzgern häufig unmöglich war, prima Ware zu erhalten. Dagegen war eine gute Frequenz an fettem Jungvieh zu verzeichnen, ſo daß die Rindsmetzger günſtige Einkäufe abſchließen konnten. Daher kam es, daß verſchiedene Ochſenmetzger nicht mehr konkurrieren konnten und Rindsmetzgereien einrichteten. Das Publikum kauft das billigere Rindfleiſch auch mit Vorliebe und war insbeſondere der Mittelſtand durch die ungünſtigen Geſchäftsverhältniſſe vielfach gezwungen, ſtatt des kernigen Ochſenfleiſches Rindfleiſch zu genießen. Die Folge für das Fleiſchergewerbe iſt ein Rückgang der Qualität bei Ochſenſchlachtungen und eine Zunahme der Zahl der Rindsmetzger.

Die Schafmärkte waren gegen das Vorjahr beſſer betrieben, indem 382 Herden mit 40643 Schafen gegen 338 Herden mit 37385 Schafen aufgeſtellt waren. Die erhöhte Frequenz war indeſſen dadurch veranlaßt, daß die Kauflſt der Exporteure vielfach mangelte und die Herden häufig 2—3 mal zum Markte gebracht werden mußten, bis ein annehmbarer Preis erzielt werden konnte. Immerhin waren die Erlöſe im allgemeinen zufriedenſtellend.

Mit den Zuchtbullenmärkten, bei denen sich stets ein lebhafter Handel entwickelte, waren Prämiierungen verbunden.

Zu den Wochenviehmärkten wurde nur Schlachtvieh gebracht und zwar hauptsächlich Kleinvieh. Nur an jenen Dienstagen, an welchen keine Exportviehmärkte abgehalten wurden, war Großvieh in größerer Anzahl zugetrieben. Diese Märkte dienten vorherrschend zur Deckung des Bedarfes der einheimischen Metzger und Wirte. Die Frequenz an Schweinen ging gegen die Vorjahre wesentlich zurück, insgesamt waren nur 24905 gegen 26776 im Jahre 1900 zugeführt. Die Preise stiegen in selten dagewesener Weise, so daß häufig 70 ₰ pro 0,5 kg Schlachtgewicht bezahlt wurde. Vielfach konnte der Bedarf an Schlachtschweinen überhaupt nicht gedeckt werden. Mehrere Metzger konnten die andauernd hohen Preise nicht mehr bezahlen und mußten ihr Geschäft aufgeben. Viele arbeiteten während des ganzen Jahres mit Verlust. Die natürliche Folge des Mangels an Schlachtschweinen war eine Erhöhung der Verkaufspreise für Schweinefleisch und, wie später ersichtlich, eine bedeutende Reduktion der Schlachtungen und des Konsums.

Eingaben des Stadtmagistrats und der Metzgerinnung um Gewährung der Erlaubnis zur Einfuhr von Schlachtvieh aus Österreich-Ungarn resp. Italien an das k. Staatsministerium harren noch der Erledigung*).

Die Jungschweinemärkte waren während des ganzen Jahres sehr gut betrieben und gab man sich anfangs der Hoffnung hin, daß mit dem Heranwachsen der vielen Jungschweine die Not an Mastschweinen behoben werde. Allein durch die großen Einkäufe auswärtiger Händler, insbesondere der Nürnberger, Fürther, Mannheimer, Hanauer und sogar Frankfurter war der vorhandene Fettschweinebestand stets rasch aufgebraucht; die erforderliche Nachzucht fehlte. Trotz der großen Frequenz der Jungschweinemärkte hielten sich die Preise während des ganzen Jahres stets hoch und kostete das Paar Milchschweine im Alter von 4—6 Wochen 32—65 ℳ und das Paar Läufer 50—105 ℳ.

Die Abhaltung der sämtlichen angesetzten Viehmärkte konnte programmmäßig stattfinden, da Viehseuchen nicht zu konstatieren waren. Eine polizeiliche Sperre des Viehhofes infolge Auftretens der Maul- und Klauenseuche war nie veranlaßt.

---

*) Die Eingaben wurden inzwischen beschieden; ausführlicheres hierüber muß dem nächsten Verwaltungsberichte vorbehalten bleiben.

Der Gesamtzutrieb zu den sämtlichen Viehmärkten beziffert sich wie folgt:

1.	Bullen . . .	517 Stücke,
2.	Ochsen . . .	6808 „
3.	Stiere . . .	5387 „
4.	Kühe . . .	1761 „
5.	Kalbinnen . .	3518 „
6.	Kälber . . .	13012 „
7.	Schafe . . .	41508 „
8.	Ziegen . . .	77 „
9.	Mastschweine .	24905 „
10.	Ferkel . . .	43828 „
	In Summa	141321 Stücke.

Von den zugetriebenen Tieren wurden beanstandet und vom öffentlichen Verkaufe ausgeschlossen, resp. sofort behufs Verwertung in der Freibank geschlachtet:

1.	Bullen	2 Stücke,
2.	Stiere	16 „
3.	Kühe und Kalbinnen	18 „
4.	Kälber	8 „
5.	Schweine	20 „
	In Summa	64 Stücke.

Der Grund der Beanstandung war: Magerkeit (4), Beinbruch (11), Notschlachtung (3), Seuchenverdacht (28), Abgehetzt (1), Verendetsein (7), Blasenzerreißung (1), Gehirnblasenwurm (1), Nabelabsceß (3), geringe Entwicklung (3), Durchfall (1), Scheidenvorfall (1), Rhachitis (1) und Tragsackentzündung (1).

Die wegen Maul- und Klauenseucheverdachtes kontumazierten Tiere wurden teils sofort geschlachtet, teils solange unter polizeiliche Beobachtung gestellt, bis sich deren Ungefährlichkeit bestimmen ließ.

Die Frequenz der Wochenviehmärkte war folgende:

1. Bullen	199	Stücke,
2. Ochsen	620	„
3. Stiere	798	„
4. Kühe	350	„
5. Kalbinnen . .	696	„
6. Kälber	13012	„
7. Schafe	865	„
8. Ziegen . . .	77	„
9. Schweine . . .	24905	„
Summa	41522	Stücke

d. i. gegen das Vorjahr weniger 1359 Stücke.

Die Erhebung der Marktpreise wurde täglich durch die Viehhofverwaltung betätigt und zwar bei Gangvieh nach Paaren und bei Mastvieh nach 0,5 kg Schlachtgewicht. Bei Großvieh wurden die 4 Viertel, bei Kälbern die ganzen Tiere im Felle ohne Gekröse, bei Schweinen das Ganze ohne Eingeweide und Zunge gewogen und berechnet und zwar wurden die höchsten und niedersten Preise verzeichnet.

Der Jahresdurchschnitt von 1901 und 1900 betrug:

	1901		1900
1. Bullen	46—49 ℳ		48—50 ℳ
2. Ochsen	63—66 „		61—63 „
3. Stiere	59—62 „		58—61 „
4. Kühe	44—49 „		46—50 „
5. Kalbinnen . . .	56—61 „		54—58 „
6. Kälber	46—52 „		49—52 „
7. Schafe	45—50 „		46—49 „
8. Schweine . . .	56—60 „	I. Halbjahr	56—60 „
	62—65 „	II. Halbjahr.	

Wie ersichtlich, sind mit Ausnahme der Bullen und Kälber die Preise im Steigen begriffen, und ergibt sich, besonders im II. Halbjahre, eine beträchtliche Steigerung der Schweinepreise.

B.

Der Betrieb im ſtädtiſchen Schlachthofe hielt ſich im allgemeinen in dem gleichen Rahmen, wie in den früheren Jahren. Die Schweineſchlachthalle reichte trotz der vor einigen Jahren vorgenommenen Einrichtung von weiteren Hängerahmen nicht mehr aus, weshalb eine Erweiterung derſelben durch einen Anbau gegen Norden vorgenommen wurde, ſo daß für die Folge 400 Schweine während eines Vormittags geſchlachtet und aufgehängt werden können. Gleichzeitig wurde auch das Keſſelhaus erweitert, ein dritter Dampfkeſſel aufgeſtellt und ein größeres Kohlenlager eingerichtet. Auch wurde zwiſchen dem Schweineſchlachthauſe und dem Keſſelhauſe ein Durchgang geſchaffen behufs ſpäterer Herſtellung einer direkten unterirdiſchen Verbindung vom Schlacht- zum Viehhofe. Hiedurch war eine Verlegung des Antriebes der Kühltrommeln bedingt; an Stelle der bisherigen Drahtſeilverbindung wurde eine Stangentransmiſſion angebracht.

Als weitere Verbeſſerung iſt noch die Aufſtellung eines neuen, größeren Brühkeſſels an Stelle eines defekten in der Kuttlerei zu erwähnen.

Die genannten Neu-Einrichtungen und Verbeſſerungen verurſachten einen Koſtenaufwand von 42 685,13 ℳ.

Im Laufe der Zeit erwies ſich die Halle für die Schlachtungen von Großvieh, Kälbern und Schafen zu klein, weshalb die Erbauung einer beſonderen Kleinviehſchlachthalle geplant wird, nach deren Fertigſtellung die jetzige Schlachthalle nur für Großvieh verwendet werden ſoll.

Aus den nachfolgenden Zuſammenſtellungen iſt die Geſamtzahl der geſchlachteten Viehſtücke ſowie das Ergebnis der Fleiſchbeſchau, ferner der Fleiſchkonſum erſichtlich.

I. Frequenz im Schlachthofe.

a) Großvieh:

1. Bullen . . .	1169	Stücke,	gegen	das	Vorjahr	+ 193
2. Ochſen . . .	5236	„	„	„	„	— 4
3. Stiere . . .	1181	„	„	„	„	+ 126
4. Kühe . . .	1240	„	„	„	„	+ 14
5. Kalbinnen . .	1874	„	„	„	„	+ 192
6. Raupen . . .	2	„	„	„	„	+ 2
Summa:	10702	Stücke.				

b) Kleinvieh:

7. Kälber	. . .	18689	Stücke,	gegen	das	Vorjahr	+ 717
8. Schafe	. . .	2590	„	„	„	„	+ 172
9. Schweine	. .	32482	„	„	„	„	+ 2193
10. Ziegen	. . .	205	„	„	„	„	— 22
11. Lämmer	. . .	118	„	„	„	„	+ 74
12. Ferkel	. . .	62	„	„	„	„	— 575
	Summa:	54146	Stücke				
13. Pferde	. . .	205	„	„	„	„	+ 31.

Die Gesamtschlachtungen im Schlachthofe betrugen somit 65098 Stücke, gegen 66271 Stücke im Vorjahre, also 1173 Stücke weniger.

Außerhalb des Schlachthofes wurden von Privaten geschlachtet:

1. Stiere	. . .	2 Stücke
2. Kühe	. . .	11 „
3. Kälber	. . .	1 „
4. Schafe	. . .	3 „
5. Schweine	. .	181 „
Summa:		198 Stücke.

Hievon wurde bei 11 Stücken die Fleischbeschau vorgenommen. Die übrigen Tiere gelangten ausschließlich zum Hausgebrauche zur Schlachtung.

Die Gesamtschlachtungen im Stadtbezirke betrugen 65296 Stücke.

Der nicht unbedeutende Rückgang der Schlachtungen ist auf den allgemeinen Mangel an Schlachttieren zurückzuführen.

Aber nicht allein die Zahl der Schlachtungen ging zurück, sondern auch die Qualität der Schlachttiere.

Die Fleischeinfuhr von auswärts betrug:

1. Beschaupflichtiges Fleisch	. . .	153216,5 kg
2. Nichtbeschaupflichtiges Fleisch	. .	56587,5 kg
Summa:		209804,0 kg.

Weniger gegen das Vorjahr um 1853,5 kg.

Das Durchschnittsgewicht des konsumierten Schlachtviehes (a) sowie des eingeführten Fleisches (b) und des Wildpretes (c) betrug:

a)	5046898	kg
b)	209804	„
c)	181142,5	„

Summa: 5437844,5 kg, gegen das Vorjahr mehr 127148,5 kg.

Bei einer Durchschnittseinwohnerzahl von 76 000 Seelen treffen pro Kopf 71,55 kg, gegen das Vorjahr mehr um 0,74 kg.

Von den geschlachteten Viehstücken wurden beanstandet 2840 Stücke = 4,33 Prozent der Gesamtschlachtungen und zwar wurden:

Tiergattung	Entfernung einzelner Teile	Verwiesen		
		zur Freibank	zum Hausgebrauch	zum Wasenmeister oder zur techn. Verwertung
Bullen	74	3	—	2
Ochsen	543	21	—	5
Stiere	84	3	—	1
Kühe	406	100	—	42
Kalbinnen	87	2	—	1
Kälber	65	24	—	22
Schafe	662	16	—	3
Ziegen	1	—	—	2
Schweine	569	55	1	23
Pferde	19	—	—	4
Summa	2510	224	1	105
=	88,43%	7,96%	0,03%	3,58%

Von dem eingeführten Fleische wurden 19 191 kg beanstandet und zwar wurden:

15 652,5 kg zur Freibank,
853,0 „ zum Privatgebrauche,
2 685,5 „ zum Wasenmeister verwiesen.

Bemerkt wird, daß kleinere Beanstandungen und zwar bis zu 0,5 kg nicht registriert wurden, weil sie auf die Begutachtung des Fleisches ohne Einfluß waren.

Die Beanstandungsgründe waren vorherrschend Tuberkulose, Abmagerung, hohes Alter, Gelbsucht, Echinokokken, Aktinomykose, Rotlauf, Finnen, Beinbruch 2c.

Die Freibankkasse führte der Schlachthofkassier und wurden die vereinnahmten Beträge durch denselben direkt an die Beteiligten ausbezahlt.

Der Umsatz der Freibankkasse betrug 28 529,62 ℳ.

Die Fleischbeschau wurde durch die beiden städtischen Tierärzte mit Unterstützung der Schlachthallenaufseher betätigt.

Die Fleischverkaufspreise berechneten sich im Jahresdurchschnitte, wie folgt:

	1901	gegen 1900
1. Ochsenfleisch	1,30 ℳ	1,32 ℳ pro kg
2. Stierfleisch	1,20 „	1,20 „ „ „
3. Kuh- und Kalbinfleisch	1,20 „	1,20 „ „ „
4. Kalbfleisch	1,28 „	1,28 „ „ „
5. Schaffleisch	1,24 „	1,20 „ „ „
6. Schweinefleisch	1,36 „	1,28 „ „ „

Bemerkt wird, daß Fleisch älterer oder nicht vollmastiger jüngerer Tiere um 20—30 ₰ pro kg billiger verkauft wurde.

Die Preise des in der Freibank verkauften Fleisches betrugen je nach Qualität und Erkrankung der Tiere 40 ₰ bis 1 ℳ pro kg.

Hinsichtlich der Rechnungsergebnisse des Schlacht- und Viehhof-Betriebes wird auf Abschnitt II dieses Berichtes Bezug genommen.

Die dort ausgewiesenen Überschüsse des Schlachthofs zu 8857,11 ℳ und des Viehhofs zu 3105,24 ℳ oder zusammen 11962 ℳ 35 ₰ sind nicht als Reingewinn zu erachten, da für das Anlagekapital zu 596980 ℳ weder Verzinsung noch Amortisation in Ansatz gebracht wurde.

Bei Berücksichtigung dieses Umstandes kann von einer Rentabilität der Schlacht- und Viehhofanlage keine Rede sein.

§ 23.

Kühlhaus.

Der im Jahre 1895 hergestellte Anbau an das Kühlhaus, der nur im Parterregeschoß mit Kühlzellen eingerichtet war, erwies sich im Laufe der Jahre in seiner ursprünglichen Form als unzureichend; es war daher veranlaßt, den bisher im Rohbau gebliebenen I. Stock ebenfalls mit Kühlzellen zu versehen.

Die erforderlichen Arbeiten wurden während der Wintermonate 1900/01 ausgeführt, so daß vom 22. April 1901 ab die sämtlichen Kühlräume in Benutzung genommen werden konnten. Die nötigen Ausgaben für die Erweiterung betrugen 8100 ℳ. Der gewonnene nutzbare Flächenraum beträgt 122,45 qm, welcher in 24 Zellen in der ungefähren Größe von 4,20—5,63 qm eingeteilt ist. Die Zahl der Zellen im Kühlhause stieg dadurch auf 123 und der nutzbare Flächenraum von 533,41 qm auf 655,86 qm.

Durch die erweiterte Luftcirkulation wurde auch die Erhöhung der Tourenzahl des dieselbe regulierenden Ventilators bedingt, weshalb diese mit einem Kostenaufwande von 108,68 ℳ durch Einsetzen einer entsprechenden Riemenscheibe von 300 auf 500 Umdrehungen pro Minute erhöht wurde. Der Veränderung des Antriebes der Kühltrommeln und des Ventilators durch Beseitigung des Drahtseiles und Einfügen einer Stangentransmission wurde bereits unter den im Schlachthofe vorgenommenen und dort beschriebenen Umbauten Erwähnung getan.

Hinsichtlich der Verbesserungen in den im Jahre 1900 bereits hergestellten Kühlräumen möge noch erwähnt werden, daß die nicht genügend hohen und demgemäß keinen genügenden Schutz gegen ein Einsteigen bietenden Zellengitter bis zur Decke erhöht wurden, so daß nunmehr alle

Zellen vollkommen von einander abgeschlossen sind. Für diese Arbeiten wurde der Betrag von 1900 ℳ aufgewendet.

Auch eine Verbesserung der Beleuchtung wurde dadurch erzielt, daß mit einem Aufwande von 1200 ℳ an Stelle des Gasglühlichtes elektrisches Licht eingerichtet wurde. Maßgebend für diese Änderung war nicht so sehr der erhöhte Lichteffekt, als vielmehr die Gefahr, welche in der Verwendung von Gas in den großen Fleischräumen lag, da möglicherweise durch das Schadhaftwerden von Gasrohren und Ausströmen des Gases Fleischvergiftungen zu befürchten waren.

Für die sämtlichen voraufgeführten Einrichtungen und Verbesserungen wurde ein Gesamtbetrag von 11308,68 ℳ verausgabt, so daß nunmehr die Gesamtausgaben für die Herstellung und Einrichtung der Kühlanlage 236794 ℳ betragen.

Von den vorhandenen 655,86 qm Kühlfläche waren 589,49 qm an Metzger und Wirte vermietet. Außerdem waren 5,63 qm für Freibankzwecke verwendet, so daß im ganzen 595,12 qm in Benutzung waren, wofür die Einnahmen 22348,84 ℳ betrugen. Unvermietet blieben nur 60,74 qm.

Die Benutzung der Anlage wurde gestattet:

a) an Werktagen während der Betriebsmonate

von 4—8 Uhr morgens,
„ 11—1 „ mittags,
„ 4—7 „ abends;

b) an Sonn- und Feiertagen, mit Ausnahme der Festtage Ostern, Pfingsten und Fronleichnam

von 4—8 Uhr früh,
„ 11—1 „ mittags,
„ 6—6½ „ abends;

c) an Ostern, Pfingsten, Fronleichnam

von 4—7 Uhr früh,
„ 11—12 „ mittags.

Außer den genannten Zeiten wurde der Zutritt zu den Kühlräumen nur ausnahmsweise gegen Entrichtung eines sogenannten Sperrgeldes im Betrage von 20 ₰ gestattet.

Neben der Herstellung von kalter Luft wurde auch Kunsteis produziert und an Metzger und Private abgegeben. Im ganzen betrug das

verkaufte Quantum 27649 Stangen à 12,5 kg, wofür 5685,75 ℳ vereinnahmt wurden.

Der Zentner Eis = 4 Stangen kostete im Abonnement 75 ₰, außer Abonnement 1 ℳ.

Zur Beheizung der Kessel wurden 6406 Ztr. Steinkohlen im Werte von 7730,46 ℳ verwendet.

Bezüglich des Rechnungsergebnisses der Kühlanlage wird auf Abschnitt II des vorliegenden Berichtes verwiesen.

§ 24.

Bäder.

a) Brauſebad.

Im Betriebe des ſtädtiſchen Brauſebades hat ſich weder bezüglich der Badezeit noch des Preiſes der Bäder noch auch in Anſehung der Einrichtung des Bades eine Änderung ergeben.

Die Frequenz der Badegäſte war im Berichtsjahre wiederum ſteigend.

Es wurden im Jahre 1901 im ſtädtiſchen Brauſebade abgegeben

	Bäder zu 10 ₰	Bäder zu 12 ₰	Bäder zu 15 ₰	zuſammen
Januar	505	35	2415	2955
Februar	456	39	2190	2685
März	805	70	3074	3949
April	705	45	2699	3449
Mai	962	57	3478	4497
Juni	977	72	3300	4349
Juli	993	82	3067	4142
Auguſt	823	72	2491	3386
September	794	60	2840	3694
Oktober	591	53	2146	2790
November	592	61	2254	2907
Dezember	557	42	2228	2827
	8760	688	32182	41630,

alſo in Summa 41 630 Bäder gegen 38 834 im Vorjahre.

Die Einnahmen hieraus bezifferten sich auf 5785 ℳ 86 ₰, denen 6055 ℳ 73 ₰ als Ausgaben gegenüberstanden, wobei ein Geldanschlag weder für die Anstaltsräume noch für Abnützung der Maschinen ꝛc. angesetzt ist.

b) Das städtische Freibad (Flußbad).

Das Freibad wies im Berichtsjahre folgende Besuchsziffer auf:

im Mai	5493	Männer	1437	Frauen
im Juni	22617	„	2979	„
im Juli	16841	„	6098	„
im August	8521	„	4201	„
im September	548	„	245	„
also in Summa	54020	Männer und	14960	Frauen gegen
	79582	„ „	24036	„ im Vor-

jahre. Die geminderte Frequenz gegen das Vorjahr findet ihre Erklärung in den abnormen Witterungsverhältnissen des Sommers 1901.

Bemerkenswerte Veränderungen im Betriebe des Bades haben sich nicht ergeben.

Die Ausgaben für Aufstellung, Aufsicht, Bauunterhaltung und Abbruch beliefen sich auf 2009 ℳ 89 ₰ gegen 1654 ℳ 31 ₰ im Vorjahre. Die Mehrkosten im Berichtsjahre sind auf den Betrieb des Frauenfreibades zurückzuführen, welches im Vorjahre erst im Juli eröffnet worden war.

§ 25.

Friedhof.

Bereits im August bezw. September 1900 hatten die beiden ſtädtiſchen Kollegien beſchloſſen, eine neue Friedhofabteilung für Kinder anzulegen. Im Vollzuge dieſes Beſchluſſes wurden die erforderlichen Arbeiten nach Möglichkeit gefördert, ſo daß die Fertigſtellung des 1. Quadrats dieſer neuen Kinderabteilung (Abt. VI) bereits Ende Februar und die kirchliche Einſegnung derſelben durch die katholiſche und proteſtantiſche Geiſtlichkeit anfangs März des Berichtsjahres erfolgen konnte. Mit dem Belegen dieſer neuen Abteilung wurde am 6. März 1901 begonnen.

Die längſt erkannte Notwendigkeit, auch für Erwachſene neue Friedhofabteilungen zu ſchaffen, führte zu neuerlichen Verhandlungen mit den Gabler'ſchen Erben wegen der teilweiſen Erwerbung ihres ſüdlich des Friedhofs gelegenen Grundbeſitzes im Tauſchweg gegen einen, inmitten des Gabler'ſchen Beſitzes gelegenen ſtädtiſchen Lagerplatz. Dieſe Verhandlungen werden vorausſichtlich zu einem befriedigenden Reſultate führen, ſo daß nach Abſchluß des projektierten Grundtauſches, bei welchem von keiner Seite eine Aufzahlung geleiſtet werden ſoll, eine nicht unbeträchtliche Erweiterung des Friedhofes nach Süden möglich ſein wird.

Da die Stadtgärtnerei zur Zeit auf einer zum Friedhofareal gehörigen, von der I. und VII. Friedhofabteilung und der Annaſtraße umgrenzten dreieckigen Fläche untergebracht iſt, dieſes Terrain jedoch ebenfalls zu Friedhofzwecken benötigt wird, beſchloſſen die beiden ſtädtiſchen Kollegien, die Stadtgärtnerei zu verlegen und zu dieſem Zwecke den in der Nähe des Friedhofs, jenſeits des Bahndammes auf dem Mönchberg gelegenen Grundbeſitz der Bürgerſpitalſtiftung, der einen Flächeninhalt von 4 ha und 13 a aufweiſt, um den Preis von 61 950 ℳ zu erwerben.

Nach Einbezug des jetzt von der Stadtgärtnerei eingenommenen Platzes sowie des durch den Grundtausch mit den Gabler'schen Erben noch zu erwerbenden Terrains, wird eine so große Fläche vorhanden sein, daß die Zahl der Gräber noch für eine Reihe von Jahren ausreichen wird. Gleichwohl wird die Anlegung eines neuen Friedhofes in absehbarer Zeit notwendig und schon jetzt auf Sicherstellung eines zu diesem Zweck geeigneten Areals Bedacht genommen werden müssen.

Um den Zugang zu den einzelnen Reihengräbern des 1. Quadrates der III. Friedhofabteilung leichter zu ermöglichen, wurde durch das genannte Quadrat ein Weg geführt; außerdem wurde das Quadrat mit Bäumen bepflanzt. Der hiedurch erwachsene Gesamtaufwand betrug 560 ℳ 04 ₰.

Von verschiedenen Seiten war eine Revision der bestehenden Friedhof- und Leichengebührenordnung angeregt worden und da die Notwendigkeit dieser Revision nicht zu verkennen war, pflog die Friedhofkommission eine Reihe diesbezüglicher Beratungen, die jedoch erst im kommenden Jahre ein abschließendes Ergebnis bieten werden.

Die Organisation der Friedhofverwaltung war die gleiche wie in den Vorjahren.

Bezüglich der Rechnungsergebnisse der Friedhofkasse ist zu vergleichen Abschnitt II des vorliegenden Berichtes.

§ 26.

Öffentliche Anlagen und Pflanzungen.

I. Städtische Anlagen.

Hinsichtlich der Ringparkanlagen ist für das Jahr 1901 zunächst zu erwähnen, daß der westliche, an den Bahnhofplatz anstoßende Teil der Haugerring-Anlage, woselbst das Denkmal für Seine Königliche Hoheit den Prinz-Regenten zur Aufstellung gelangt, in einer dem Denkmal entsprechenden Weise umgestaltet worden ist.

Im Berichtsjahre hat ferner das zur Bewässerung der Ringparkanlagen dienende Rohrnetz zwischen Hochkai und Rennweg durch Versetzung und Neuanbringung von Hydranten (Kosten ca. 6000 ℳ) eine Erweiterung erfahren. Diese Rohrnetz-Erweiterung ermöglicht, daß nunmehr auch die an die erwähnte Anlagenstrecke direkt anstoßenden Straßen (Ringstraßen) aus den Hydranten der Nutzwasserleitung besprengt werden können.

Im übrigen wurden größere Veränderungen an den der Hauptsache nach nunmehr als ausgebaut zu erachtenden Ringparkanlagen im Berichtsjahre nicht vorgenommen.

Über einen in den Anlagen noch herzustellenden Zierwasserlauf — unter Verwendung des zu diesem Zweck zur Verfügung stehenden Hofrat Gätschenberger'schen Legates — muß weiteres einem späteren Berichte vorbehalten bleiben.

Auf sachgemäße Instandhaltung der Ringparkanlagen — einer Perle unserer Stadt — wurde auch im Berichtsjahre sorgfältigst Bedacht genommen; über die hiewegen erforderlichen Kosten (rund 35 000 ℳ) gibt Abschnitt II dieses Berichtes näheren Aufschluß.

An sonstigen öffentlichen Pflanzungen während des Berichtsjahres sind — neben den an Staats- und städtischen Straßen vorgenommenen Nachpflanzungen — erwähnenswert:

1. Die Fertigstellung der Kirschbaumpflanzungen an der Landwehr zwischen Rottendorfer- und Schweinfurterstraße,
2. Die Wiederbepflanzung des 1. Quadrates der III. Friedhofabteilung sowie die Bepflanzung der jetzigen VI. Friedhofabteilung, welche bis dahin den Zwecken der Stadtgärtnerei gedient hatte,
3. Die Pflanzungen auf dem Nikolaus-(Käpelles)berg.

Die letzteren durch den Verschönerungsverein auf Kosten der Stadt ausgeführten Anpflanzungen, welche im Verlaufe der nächsten Jahre systematisch fortgesetzt werden sollen, erstreckten sich im Jahre 1901 auf den nördlichen Abraumhügel hinter dem Käpelle und auf die untere Zürnsanlage — Flächenraum ca. 2 ha — und erforderten einschließlich der Kosten der angebrachten Unterstandshütte einen Aufwand von 5996 ℳ.

In der Berichtsperiode konnte — wie bereits im § 2 dieses Berichtes erwähnt — der im Jahre 1896 vom Kollegium der Gemeindebevollmächtigten gegebenen Anregung, „den Mann, dem in erster Linie die heutige Umgestaltung der städtischen Anlagen zu verdanken ist, in einer einfachen Form zu ehren und dadurch das Andenken an ihn wach zu erhalten", durch Errichtung eines schlichten Denkmals für den verlebten Stadtgärtner Jöns P. Lindahl in den Ringparkanlagen entsprochen werden, nachdem die städtischen Kollegien wie auch die Freunde des Verlebten übereinstimmend zu der Anschauung gelangt waren, daß von den verschiedenen für ein Denkmal in Aussicht genommenen Plätzen die Brunnen-Gruppe in den Sanderring-Anlagen beim Kollegienhause — ein Werk Lindahls — sich hiezu am besten eigne.

Die Enthüllung des Denkmals fand unter großer Anteilnahme der Bevölkerung, unter Beteiligung von Vertretern der Stadt und sonstiger Verwaltungsbehörden, von Vereinen und von hiesigen wie auswärtigen Freunden des Verlebten am Sonntag den 14. Juli 1901 vormittags in feierlicher Weise statt.

Das Denkmal besteht in einer in den Felsen des Brunnens eingelassenen ovalen Bronzetafel mit dem lebensgroßen Reliefbild Lindahls. Das darunter befindliche Spruchband trägt die Inschrift:

„Dem um den Ausbau der Ringpark-Anlagen hochverdienten
Stadtgärtner Jöns Lindahl. 1880—1887".

II. Vereins-Anlagen.

Gleichwie in den Vorjahren iſt die Stadtverwaltung auch im Jahre 1901 in ihrem Beſtreben zur tunlichſten Verſchönerung der Stadtumgebung wieder in hervorragender Weiſe unterſtützt worden durch den Verſchönerungsverein für Würzburg und Umgebung, welcher im Berichtsjahre auf den Ausbau der von ihm geſchaffenen wohlgelungenen „Steinbachtalanlage", wie auf Unterhalt und Erweiterung ſeiner anderen herrlichen Schöpfungen auf den Höhen Würzburgs neuerdings bedeutende Mittel verwendet hat.

Dem genannten Vereine und ſpeziell ſeinen rührigen Vorſtands-Mitgliedern ſei auch an dieſer Stelle im Namen der Stadtvertretung für ihre der Allgemeinheit zum dauernden Vorteil gereichende, überaus opferwillige Tätigkeit wiederholt herzlicher Dank und vollſte Anerkennung ausgeſprochen.

§ 27.

Die rechtsmainiſche Hochkaianlage.

Die Inangriffnahme des umfangreichen Hochkaiunternehmens findet ihre Begründung in erſter Linie in dem Beſtreben der Stadtverwaltung, die hygieniſchen Verhältniſſe unſerer Stadt denkbarſt günſtig zu geſtalten; weiter aber auch darin, ein umfangreiches bisher unbebaubares Gelände in landſchaftlich und hygieniſch beſter Lage baulich ausnutzbar zu machen, dadurch der Einwohnerſchaft und der Gemeinde wirtſchaftliche Vorteile zuzuwenden, endlich der rechtsmainiſchen Weſtſeite der Stadt eine äſthetiſch einwandfreie Ausgeſtaltung zu geben.

Generelle Entwürfe für eine Hochkaianlage mit erläuternden Denkſchriften, welche von den Stadtbauämtern I und II im Jahre 1894/95 ausgearbeitet wurden, zeigen die Geſamtanlage, wie ſie ſich in ihrem ſpäteren vollſtändigen Ausbau von der Heidingsfelder Brücke längs dem rechten Mainufer durch die innere Stadt bis zur Luitpoldbrücke ausdehnen wird, und ließen die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit des Bauwerkes erkennen.

Das unterm 6. Oktober 1900 vom Stadtbauamte I in Vorlage gebrachte Projekt fand die Zuſtimmung des Stadtmagiſtrates, welcher am 26. Oktober 1900 für die Herſtellung einer erſten Teilſtrecke zwiſchen Ludwigbrücke und Sonnenſtraße einen Kredit von 480 000 ℳ genehmigte.

Die Ausführung der projektierten Kaiſtrecke zwiſchen Sonnen- und Frühlingſtraße wurde auf ſpäter verſchoben.

Jedoch wurden, um die Ausführung des Hochkais ſowie die Verlängerung des Sammelkanals bis zur Frühlingſtraße zu ermöglichen, erworben:

Das Anwesen von Phil. Seuffert um 30000 ℳ, ein Grundstück des Buchdruckereibesitzers Köhl und des Glasermeisters Link um 26000 ℳ sowie Teilflächen der Anwesen des Hoflieferanten Guttenhöfer um 1500 ℳ und des Zimmermeisters Henninger um 19005 ℳ.

Das Hochkaiprojekt fand durch Entschließung vom 2. Mai 1901 die Genehmigung der k. Regierung und am 5. Juli 1901 stimmten die Gemeindebevollmächtigten dem obigen Magistrats-Beschlusse zu.

Nachdem sodann noch Grundabtretungs-Verhandlungen — bezüglich der ärarialischen Ufer und Wasserflächen — mit der k. Regierung durch Übereinkommen vom 29. August 1901 ihren Abschluß gefunden hatten, konnten Ende 1901 die Bauarbeiten in Angriff genommen werden.

Im November 1901 wurden die Erd-, Maurer- und Steinhauerarbeiten im Wege der öffentlichen Submission vergeben.

Als Mindestfordernde erhielt die Firma J. E. Weber hier durch Magistrats-Beschluß vom 22. November 1901 den Zuschlag.

Nach Vertragsabschluß unterm 25. November 1901 und Betätigung der Absteckungsarbeiten erfolgte am 7. Dezember 1901 der erste Spatenstich.

Durch die Hochkaianlage wird nicht allein ein ausgedehnter Stadtteil von den periodisch wiederkehrenden Überschwemmungen des Mains geschützt und ein inundationsfreies Baugelände geschaffen, sondern auch eine nicht unerhebliche Beförderung des Hochwasserabflusses durch Korrektur des Flußufers erzielt und eine neue Verkehrsader von eigenartiger Schönheit aufgeschlossen.

Das Bauwerk umfaßt auf der Strecke bis zur Sonnenstraße nicht nur das eigentliche Hochkai, sondern sieht daselbst auch die Schaffung eines regulierten Vorgeländes vor, wie solches sich in ähnlicher Weise zwischen den Mainbrücken im Stadtinnern als Tiefkai hinzieht.

Um die Hochkaistraße ihrer Bedeutung entsprechend eindrucksvoll zu gestalten, dem Verkehr für die Zukunft in jeder Hinsicht Rechnung zu tragen und die Anlage eines bequemen Promenadenweges zu ermöglichen, wurde die Straßenbreite zwischen Bauflucht und Brüstung auf 25 m festgesetzt.

Die Hochkaistraße schließt sich direkt an die südliche Auffahrt zur Ludwigsbrücke (beim ehemaligen Schießhaus) in einem schlanken Bogen an und verläuft dann zur Sonnenstraße geradlinig und annähernd parallel dem Mainflusse.

Das vorgelagerte Tiefkai bildet die Fortsetzung der bestehenden Kaistraße unter der Ludwigbrücke.

Die Linienführung der Hochkaistraße bezw. der Hochkaistuttermauer und Brüstung wurde in erster Linie durch die zweckmäßigste Gestaltung der Baufluchten am rechten Mainufer bedingt, während diejenige des Tiefkais sich ausschließlich nach der — durch vorhandene Leitwerksbauten, Grundwürfe und Auflandungen bereits festgelegten — linksmainischen Korrektionslinie richtet und dieser parallel läuft, so daß ein freies Flußprofil von 67,13 m offen bleibt, welches sich gegen die Ludwigbrücke trompetenartig erweitert.

Das Längenprofil der Hochkaistraße ist mit Rücksicht auf ein genügendes Längsgefälle und eine schnelle Wasserabführung von der Straße bei Regenfällen so gewählt, daß die Straßenkrone an der Blumenstraße — wo die 1,1 m hohe Steinbrüstung teilweise den Schutz gegen Hochwasser zu übernehmen hat — ca. 1 m unter dem Hochwasserstand vom Jahre 1845 liegt, während dieselbe mainauf- und abwärts sich bis zur Höhe dieses Wasserstandes erhebt.

Die zukünftige Straßenfläche bildet also bei der Blumenstraße eine Mulde und wird ein Hochwasser, wie das im Jahre 1845 — welches jedoch wegen der fortschreitenden Korrektion des Mainflusses voraussichtlich überhaupt nicht mehr zu erwarten ist — bei der Einmündung der Sanderglacisstraße und Frühlingstraße die Hochkaistraßenkrone gerade erreichen, während es bei der Blumenstraße, wo der Schutzdamm und die Mauer ihre geringste Höhe haben, die Oberkante der Brüstung bespült

Diese Ausgestaltung des Straßendammes, welcher also nach dem Vorstehenden mit der Hochkaistuttermauer und Brüstung den eigentlichen Hochwasserschutz bildet, bedingt im ehemaligen Schießhausanwesen sowie an der Sonnenstraße eine Terrain-Erhöhung um ca. 2 m, bei der Blumenstraße nur eine solche von 0,5 m.

Zur Schaffung des Tiefkaigeländes wurde hingegen ein Erdabtrag stellenweise bis zu 2,5 m Tiefe erforderlich. Da dieser Abtrag vor allem das Ufergelände vor dem ehemaligen Schießhausanwesen betraf, wird das Flußprofil oberhalb der Ludwigbrücke erheblich erweitert und dadurch sowie durch Verflachung der früheren scharfen Uferkrümmung der Abfluß und die Einweisung des Hochwassers nach der Brücke hin bedeutend verbessert.

Zur Erhöhung der Stabilität und im Hinblick auf unbedingte Standsicherheit und Dauer des Bauwerkes ist sowohl die Tief- als auch die

Hochkaimauer auf gewachsenen Kalkfelsen, der bei ersterer ca. 2,5 m und bei letzterer ca. 3,5 m unterm Terrain erreicht wurde, fundiert worden.

Während beim Tiefkai eine schnelle Entwässerung des hinterfüllten Bodens durch Trockenmauer und Sickerschlitze vorgesehen ist, gelangte diese Konstruktion bei der Hochkaimauer nicht zur Anwendung, um ein Eindringen der Hochwässer in den Straßendamm, bezw. ein Überschwemmen der Straßenoberfläche an den Stellen, wo dieselbe unter dem 1845er Hochwasser liegt, zu verhindern.

Infolge der nicht parallelen Lage der Hoch- und Tiefkaifuttermauer erhält das Tiefkai eine wechselnde Breite, welche bei der Ludwigbrücke bis zu 34 m, mainaufwärts bei der Blumenstraße ca. 16 m und bei der Sonnenstraße ca. 18 m beträgt.

Um die Oberfläche des Tiefkaigeländes gegen die zerstörende Wirkung der Überflutungen zu sichern, soll dieselbe durchgängig mit Pflasterung auf Steinpackung versehen werden.

Die Oberfläche des Hochkaistraßendammes gliedert sich in einen direkt hinter der Steinbrüstung liegenden Promenadeweg von 10 m Breite, in die eigentliche chaussierte Fahrbahn von 12 m Breite und in einen 3 m breiten Gehsteig nach der Bauseite hin.

Bei Ausgestaltung des Fahrdammes wird auf Anlage von Reit- und Radfahrerwegen Rücksicht genommen.

Der Promenadeweg der Hochkaistraße wird mit einer Doppelreihe von Bäumen bepflanzt, die im Anschluß an das Sanderglacis in nicht zu ferner Zeit eine schattige und — wegen der schönen Aussicht auf das gegenüberliegende Ufer und die Maininsel — gern begangene Allee bilden werden.

Zur Erleichterung des Fußgänger-Verkehrs vom Hoch- zum Tiefkai dienen — vor den Einmündungen der Blumen- und Sonnenstraße — bequeme 2,30 m breite doppelläufige Treppenabgänge, welche zur Vermeidung eines Hochwasserstaues hinter die Hochkaimauerflucht gerückt wurden.

Damit die langgestreckte Flucht der Hochkaimauer etwas Abwechslung bietet, sind diese Treppen architektonisch ausgestaltet.

Unter dem oberen Treppenpodest ist eine Nische mit einer Brunnenschale angeordnet und rechts und links der beiden Antrittspodeste erheben sich quadratische Eckbauten mit Obelisken.

436168

Unter dieſen ſind unterirdiſche Räume angeordnet, welche an der Sonnenſtraße als Aborte und bei der Blumenſtraße vorläufig zur Aufnahme von Geräten ꝛc. Verwendung finden ſollen.

Der übrige Verkehr vom Hoch- zum Tiefkai wird an der Ludwigbrücke bezw. an der Sanderglacisſtraße durch eine ſich an die beſtehende Brückenrampe anlehnende 13,50 m breite, an der Sonnenſtraße, wo das im Werden begriffene Bauwerk vorläufig ſeinen Abſchluß finden ſoll, durch eine ca. 15 m breite Auf- bezw. Abfahrt vermittelt werden.

In der Tiefkaimauer ſind ebenfalls mehrere doppelläufige Treppenabgänge, deren Podeſte auf 1 m Pegelhöhe liegen, von 1 m Breite angeordnet.

§ 28.

Straßenbahn.

Die seitens des Publikums lebhaft angestrebte Weiterführung der Straßenbahn von der Ecke der Sanderstraße über die Ludwigbrücke durch die Mergentheimer- und Steinbachtalstraße zum Guttenberger Wald wurde — allerdings erst auf wiederholtes energisches Drängen des Stadtmagistrats — seitens der Straßenbahngesellschaft am 4. Mai 1901 in Angriff genommen.

Gegen die Führung des Geleises über eine im Eigentum der Gemeinde Heidingsfeld stehende Teilstrecke der Steinbachtalstraße wurde seitens der Gemeinde Heidingsfeld Einspruch erhoben. Die wiederholten Vermittlungsversuche des Stadtmagistrats scheiterten daran, daß die Gemeinde Heidingsfeld die Zustimmung zu der Geleiseführung über die bezeichnete Straßenstrecke von der Erbauung einer Straßenbahnlinie bis Heidingsfeld abhängig machte, wogegen die Straßenbahngesellschaft aus finanziellen Erwägungen und mangels einer vertragsmäßigen Verpflichtung diese Bedingung nicht acceptieren zu können glaubte. Es erfolgte deshalb der Ausbau der Linie zunächst nur bis zu der im Steinbachtale gelegenen Hofmann'schen Scheune.

Der Betrieb auf der neuen Strecke, deren Länge 2,645 km beträgt, wurde am 8. Juni 1901 eröffnet.

Auf der Strecke von der Ecke der Sanderstraße bis zum Hügel'schen Bade wurden zum Bau Schienenprofil Phönix 8a, auf der äußeren Strecke Vignolschienen verwendet.

Masten gelangten insgesamt 84 (37 Rohrmasten und 47 Gittermasten) zur Aufstellung. Auf der Strecke wurden 5 Streckenunterbrecher

eingeschaltet und in Entfernungen von je 1000 Metern besondere Blitzableiteranlagen hergestellt.

Mit Eröffnung der neuen Strecke wurde der Betrieb vom Bahnhof zur Sanderglacisstraße durchlaufend bis zur Hofmann'schen Scheune, und zwar an Werktagen als 12 Minuten- und an Sonn- und Feiertagen als 6 Minutenbetrieb geführt.

Vom 1. Oktober ab wurde mit Rücksicht auf die schlechte Frequenz für die Wintermonate der Betrieb nur bis zum Hügel'schen Bade aufrecht erhalten, für die äußere Teilstrecke dagegen eingestellt.

Die Rentabilität des Straßenbahnunternehmens im Ganzen entsprach leider nicht den gehegten Erwartungen. Während die Frequenz auf der Strecke Bahnhof—Sanderau eine gute war, ließ dieselbe auf der Linie Bahnhof—Sanderglacisstraße—Guttenbergerwald und teilweise auch auf der Strecke Friedhof—Zell sehr viel zu wünschen übrig, so daß aus den erzielten Jahreseinnahmen lediglich die laufenden Betriebskosten gedeckt werden konnten. Die Gesellschaft konnte daher in dem Berichtsjahr einen Gewinn nicht erzielen. Gleichwohl erhalten die Aktieninhaber eine sechsprozentige Dividende infolge der vertragsmäßig von der Elektrizitätsaktiengesellschaft vormals Schuckert & Cie. übernommenen Dividendengarantie.

Mit Rücksicht auf die ungünstigen Betriebsergebnisse stellte die Straßenbahngesellschaft in einer umfangreichen Denkschrift im September 1901 an den Magistrat das Ansuchen, den zwischen der Stadt und der Gesellschaft abgeschlossenen Grundvertrag in wesentlichen Punkten abzuändern; insbesondere wollte die Gesellschaft von jeder Verpflichtung zum Bau weiterer Linien insolange entbunden werden, als nicht das Unternehmen eine normale Verzinsung des Anlagekapitals abwerfe; des weiteren wurde eine wesentliche Herabsetzung des Strompreises, ferner der Verzicht der Stadt auf den ihr vertragsgemäß vom 1. Mai 1902 ab zustehenden Anteil (1 %) an den Brutto-Jahreseinnahmen, schließlich Erhöhung der Fahrtpreise und Einschränkung des Betriebes auf einzelnen Strecken angestrebt.

Der Stadtmagistrat erklärte sich aus Billigkeitsgründen in widerruflicher Weise mit verschiedenen Betriebseinschränkungen einverstanden, lehnte aber im übrigen das gestellte Ansuchen ab, weil ein Aufgeben der wichtigsten, der Stadt durch den Grundvertrag eingeräumten Rechte ohne irgend welche Gegenleistung seitens der Gesellschaft umsomehr untunlich erschien, als bei derartigen Unternehmungen aus dem Ergebnis der ersten,

zumal im Zeichen des wirtschaftlichen Niederganges stehenden Betriebsjahre überhaupt kein zutreffender Schluß auf die künftige Rentabilität derselben gezogen werden kann.

Nicht unerwähnt soll bleiben, daß zu Anfang des Berichtsjahres der Stadt das gesamte Straßenbahnunternehmen zum Preis von 3,5 Millionen zum Kauf angeboten worden war. Nach eingehender Beratung wurde nach Magistratsbeschluß vom 29. März 1901 dieses Offert einstimmig abgelehnt, weil der geforderte Preis in gar keinem Verhältnis zur Rentabilität des Unternehmens stand und überdies der Stadt durch den Grundvertrag das Recht eingeräumt ist, nach Ablauf der 40jährigen Konzessionsdauer bezw. schon nach Ablauf von 25 Jahren das Straßenbahnunternehmen zu wesentlich günstigeren Bedingungen zu erwerben.

§ 29.

Straßenerweiterungen und Straßenbauten.

A. Straßenerweiterungen.

Im Berichtsjahre wurden keinerlei Straßenerweiterungen durchgeführt; mehrfache Kaufsverhandlungen zum Zweck vollständiger Durchführung von bereits in den Vorjahren eingeleiteten Straßenerweiterungen führten zu keinem Resultat.

Der durch den Häuserabbruch an der erweiterten Auguſtinerſtraße angefallene Bauplatz an der Ecke der Auguſtiner- und Bockgaſſe mit 460 qm wurde im Wege der Verſteigerung für 70 100 ℳ veräußert.

Die bei Erweiterung der Zellerſtraße angefallenen Bauplätze zwiſchen Zeller-, Dreikronenſtraße und Katzengaſſe mit 2185 qm Fläche wurden freihändig für 115 000 ℳ an ein Konſortium verkauft, nachdem vorher zum Zwecke der Überbauung ſeitens der Stadt eine Preiskonkurrenz unter den hieſigen Privatarchitekten eingeleitet und durchgeführt worden war.

Die bei den Häuserabbrüchen an der erweiterten Sanderſtraße angefallenen Bauplätze konnten in Ermangelung entſprechender Angebote noch nicht veräußert werden.

B. Straßenbauten.

Die ins Berichtsjahr fallenden Straßenbauten und deren Koſten ſind aus nachſtehender Tabelle erſichtlich:

Lfd. Nr.	Straße	Länge m	Breite der Fahrbahn m	Breite der Gehsteige m	Kosten ℳ	Kosten ₰
1.	Fabrikstraße, zwischen Gutenberg- und Oberdürrbacherstraße als provisorischer Weg .	350,00	5,00	—	7123	13
2.	Wickenmayerstraße von der Fabrikstraße aus als provisorischer Weg	127,00	5,00	—		
3.	Pestalozzistraße von der Fabrikstraße aus als provisorischer Weg	52,00	5,00	—		
4.	Leistenstraße von Haus Nr. 12 bis Haus Nr. 14	36,00	8,00	je 3,00	1763	70
	Zusammen:	565,00 lfd. m	—	—	8886	83

Die 3 erstgenannten Straßen sind nur als Zufahrtswege zum Bauplatz des II. Grombühlschulhauses in provisorischer Weise d. h. mit Grundbau und Kalksteinkleingeschläge als Decklage versehen und ohne Gehsteige hergestellt und werden erst nach Fertigstellung dieses Schulhauses als städtische Straßen ausgebaut.

Die Strecke in der Leistenstraße ist eine Fortsetzung des im Jahre 1900 begonnenen Ausbaues der Leistenstraße, welche damals bis Haus Nr. 12 ausgeführt wurde.

§ 30.

Straßenpflasterung, Straßenunterhaltung.

a) Straßenpflasterung.

Die Gesamtpflasterfläche der Stadt betrug am Schlusse des Jahres 1901 bei 32530 m Länge der Pflasterstraßen 367900 qm gepflasterte Fahrbahn- und Gehsteigflächen.

Die Mehrung betrug sonach gegenüber dem Stande am Schlusse des Jahres 1900 = 9900 qm.

Von diesen Mehrflächen treffen 3670 qm auf Fahrbahn- und 6230 qm auf Gehsteigbefestigung.

Von den Pflasterflächen treffen ca. 335900 qm auf die Innenstadt und 32000 qm auf die Außenstadt.

Die Ausdehnung der mit Zement und Asphalt befestigten Gehsteigflächen beträgt 21030 qm, welche in dem vorgenannten Gesamtausmaß bereits mitenthalten sind.

Einschließlich des nicht in städtischem Eigentum befindlichen gepflasterten Residenzplatzes von 21200 qm beziffert sich das Gesamtmaß aller gepflasterten Flächen in der Stadt auf 389100 qm.

Der Umfang und die Kosten der im Jahre 1901 hergestellten Neupflasterungen sind aus der nachstehenden Zusammenstellung zu ersehen.

Lfd. Nr.	Art der Arbeit	Straße	Länge	Gesamt-Breite	Fahrbahn Breite	Fahrbahn Fläche	Gehsteige Breite	Gehsteige Fläche	Kosten ℳ	Kosten ₰
			m	m	m	qm	m	qm		
1.	Pflasterung	Moltkestraße	176,00	9,60	6,00	1095	je 1,80	Sand 330 Zement 330	12900	10
2.	„	Randersackerer-Straße (von Sonnen- bis Frühlingstraße)	254,00	16,90	9,90	2575	je 3,50	Sand 1600	30835	99
3.	Gehsteiganlage (Zementplatten)	Ludwigstraße	722,00	—	—	—	je 3,30	2400	11177	62
4.	Desgleichen	Sanderringstraße	213,00	—	—	—	i. m. 3,57	760	3950	30
5.	Desgleichen	Hauger- und Pleicher-Ring	642,00	—	—	—	4,30	2740	13639	48

b) Unterhaltung der chaussierten Straßen und Wege.

Die Gesamtlänge der chaussierten städtischen Straßen beträgt nach dem dermaligen Stand: 60135 m (ohne Einrechnung der Feldwege), d. i. seit dem Vorjahre (mit 60000 m) eine Mehrung von 135 m.

Die Fläche der chaussierten Straßen beträgt: 327963 qm gegen 328650 qm im Vorjahr. Die Minderung gegen das Vorjahr kommt daher, daß einige chaussierte Fahrbahnen im Jahre 1901 gepflastert worden sind.

Die besandeten Gehsteige und Promenadewege haben ein Flächenmaß von 267630 qm gegen 275460 qm des Vorjahres, wobei bemerkt wird, daß hier alle besandeten Plätze und Gehsteige an gepflasterten wie chaussierten Straßen mitinbegriffen sind.

Die Minderung erklärt sich aus der im Jahre 1901 durchgeführten Umwandlung von Sandgehsteigen in Zementplattengehsteige.

Die in den Straßen angelegten Pflasterrinnen ergeben das Ausmaß von 44400 qm.

Einschließlich des Rinnenmaßes ergibt sich ein Gesamtflächenmaß für Straßenfahrbahnen zwischen den Randsteinen von 372363 qm.

Über die Größe der in dem Berichtsjahre mit der Dampfwalze festgewalzten Flächen und die hierauf erwachsenen Kosten gibt die folgende Zusammenstellung Aufschluß.

Lfde. Nr.	Vortrag	Fläche qm		Basaltschotter cbm		Basaltgrus cbm		Walzzeit. Tage	Bemerkungen
	I. Sanderau.								
1	Weingartenstraße (zwischen Franz-Ludwig- u. Sanderglacisstraße)	1200	—	111	89	30	85	5	
2	Blumenstraße (zwischen Hutten- u. Wölffelstraße) . .	315	—	31	78	12	35	1½	
3	Frühlingstraße (zwischen Heidingsfelder- und Randersackererstraße) . . .	300	—	37	07	12	46	1	
	II. Grombühl.								
4	Wagnerstraße (zwischen Fabrik- und Steinheilstraße)	370	—	49	65	13	95	1½	
5	Steinheilstraße (zwischen Neumann- und Wagnerstraße)	920	—	123	19	27	82	4	
6	Rimparerstraße (zwischen Fabrik- und Vincentinumstraße)	660	—	69	26	16	90	4	
7	Fabrikstraße (v. Gabelsberger- bis Gutenbergstraße)	390	—	48	98	6	64	1½	
8	Gutenbergstraße (v. Grombühl- bis Petrinistraße) .	480	—	57	93	13	92	2	
9	Schweinfurterstr. v. Grombühlbrücke bis Ludwigstraße	294	—	35	—	14	32	2	
10	desgl. v. neue Anlage bis Grombühlbrücke . . .	870	—	54	96	16	40	2½	
11	desgl. v. Ammühlstraße bis Grenze	4700	—	459	45	154	26	15½	
	Übertrag:	10499	—	1079	16	319	87	40½	

Digitized by Google

Lfde. Nr.	Vortrag	Fläche qm		Basaltschotter cbm		Basaltgrus cbm		Walzzeit. Tage	Bemerkungen
	Übertrag	10499	—	1079	16	319	87	40½	
12	Pleicherringstraße (v. Klinikgasse bis Schlachthaus) .	2720	—	375	23	79	09	10	
13	Koellikerstraße (v. Pleicherring bis Bohnesmühlgasse	780	—	98	17	32	23	4	
14	Ständerbühlstraße (v. Bahnunterführung bis Steeb)	400	—	43	63	6	96	2	
	III. Mainviertel.								
15	Mergentheimerstraße (v. Einfahrt zum Schuttplatz bis Grenze)	3250	—	223	70	56	—	8½	
16	Höchbergerstraße (v. Brauhaus bis Grenze) . . .	3200	—	312	22	79	16	14½	
17	Weißenburgerstraße (v. Luitpoldstraße bis Wörthstraße)	600	—	80	24	25	04	5	
18	Steinbachstraße (v. Zollhaus bis Heidingsfelder Grenze)	1890	—	234	31	63	50	8	
	IV. Glacisstraßen.								
19	Sanderglacisstraße v. Rennweg bis Alleestraße . .	1022	—	66	43	20	44		
20	desgl. von Goethe- bis Riemenschneiderstraße .	1200	—	78	36	25	79	5½	
21	desgl. v. Otto- bis Schillerstraße	480	—	31	20	9	60		
22	Rennwegerglacisstraße (v. Ludwigstraße bis Eingang zum Friedhof)	1200	—	59	11	21	27	3	
	Summa	27241	—	2681	76	738	95	101	

Digitized by Google

Im Jahre 1901 wurden hienach in 101 Tagen = 27241 qm. Straßenfahrbahnflächen mit 2681,76 cbm Baſaltſchotter gedeckt und eingewalzt.

Die für die Walzarbeiten aufgewendeten Koſten betragen 48341,92 ℳ.

Die mittlere Stärke der hergeſtellten Baſaltdecken berechnet ſich auf 98,2 mm. Die Grusdeckung war im Mittel 27 mm ſtark.

Für je 1 qm Decke wurden aufgewendet:

1. An allgemeinen Ausgaben, wie Materialzufuhr, Einbetten und Einwäſſern ꝛc. $= \frac{10171,43}{272,41}$ = rd. 37,3 ₰.
2. Für Einwalzung mit der Dampfwalze $= \frac{3445,88}{272,41}$ = rd. 12,6 ₰
3. Für Baſaltkleingeſchläge = 0,982 cbm × 10,56 ℳ = 1,037 ℳ.
   3a. Für Grus als Schutzdecke = rd. 16 ₰.

Es koſtet ſonach ein qm Baſaltſchotterdecke fertig eingewalzt (ohne Schutzdecke) = 0,982 + 0,126 + 0,373 + 1,381 = rd. 1,38 ℳ, mit
„ = 1,38 + 0,16 = rd. 1,54 ℳ.

Die Koſten des Vorjahres waren 1,26 bezw. 1,32 ℳ.

Eingewalzt wurden in einer Stunde bei täglich 10ſtündiger Arbeitszeit = 2,655 cbm.

Es koſtet einzuwalzen

1 cbm Baſaltgeſchläge = 1,203 = rd. 1,21 ℳ.

Die allgemeinen Ausgaben betrugen für 1 cbm Steinſchlag 3,79 ℳ.

Ein cbm Baſaltgeſchläge fertig eingewalzt koſtet ſonach =

10,56 + 1,21 + 3,79 = 15,56 ℳ.

Nach den ſpeziellen Voranſchlägen war für die Dampfwalzarbeiten ein Betrag von 54100 ℳ vorgeſehen.

§ 31.

Straßenreinigung, Straßenbesprengung, Straßenbeleuchtung.

a) Straßenreinigung.

In Bezug auf das System der Straßenreinigung und der Beseitigung des Hausunrats ist während der Berichtsperiode eine Änderung nicht eingetreten.

Die Reinigung der Pflasterstraßen umfaßt:

a) die supplementäre Reinigung von
29 km Pflasterstraßen und Pflastergehsteigen mit
329 000 qm und 50 500 qm Sandgehsteige,
2,20 km chaussierte Straßen, welche innerhalb der Pflasterstraßen gelegen sind, mit
15 600 qm Fahrbahnflächen,
5 800 qm gepflasterte Straßenrinnen und
15 800 qm Gehsteigflächen innerhalb; ferner von
1,06 km Pflasterstraßen mit:
8700 qm Pflasterfahrbahnflächen und
6500 qm Gehsteigflächen außerhalb des Glacisgürtels.

b) die reguläre Reinigung von
113 900 qm Pflasterflächen zweimal wöchentlich.

Bei der Straßenreinigungs-Anstalt waren beschäftigt:
1 Aufseher,
1 Vorarbeiter,
20 Straßenkehrer.

Die Reinigung der chauſſierten Straßen und beſandeten Gehſteige iſt mit deren Unterhaltung verbunden und umfaßt:

58 km chauſſierte Straßen und Gehſteige mit
300596 qm chauſſierter Straßen,
81776 qm beſandeter Gehſteige,
12835 qm gepflaſterter Rinnen,
25260 m Gräben,
6400 qm Reitwege und
7796 qm Straßenkreuzungen.

Beſchäftigt waren bei dieſer Reinigung 13 Wegmacher, 6 ſtändige Hilfsarbeiter und durchſchnittlich 4 Arbeiter.

Die Geſamtkoſten für Straßenreinigung ſind aus dem II. Abſchnitt zu erſehen.

b) Straßenbeſprengung.

Die Beſprengung geſchah im Jahre 1901 nach einem aufgeſtellten Beſprengungsplan in derſelben Weiſe wie früher mittels Hydranten und Waſſerwagen.

a) Mit Hydranten wurden beſprengt an 97 Tagen und zwar:

64000 qm 2 mal täglich und
241500 qm 1 „ „

b) Mit Waſſerwagen wurden beſprengt zuſammen 157400 qm.

Das zur Straßenbeſprengung benötigte Waſſer wurde zum Teil der Trinkwaſſer- und zum Teil der Nutzwaſſerleitung entnommen. Der Geſamtwaſſerverbrauch berechnet ſich auf circa 81933 cbm gegen 79800 cbm im Vorjahr.

Die Koſten der Straßenbeſprengung ſind ebenfalls aus dem II. Abſchnitt zu erſehen.

c) Straßenbeleuchtung.

Das öffentliche Beleuchtungsweſen hat im Berichtsjahre eine weſentliche Änderung nicht erfahren. Die Zahl der auf der Hauptverkehrsader vom Bahnhof zur inneren Stadt (Bahnhofplatz — Kaiſerſtraße — Juliuspromenade — Schönbornſtraße — Domſtraße) angebrachten elektriſchen Bogenlampen à 8 Ampère betrug wie im Vorjahr 26; der jährliche Betriebsaufwand für dieſe Bogenlampen bezifferte ſich auf 10950 ℳ.

Infolge der Ausdehnung der Stadt mußten verschiedene neue Straßenlaternen mit Gasbeleuchtung zur Aufstellung gelangen, so daß deren Zahl nunmehr 1091 (mit 1137 Flammen) gegen 1071 (mit 1117 Flammen) beträgt.

Von diesen 1137 Flammen brannten 776 als halbnächtige (d. i. bis nachts 1 Uhr) und 361 ganznächtige (d. i. bis Sonnenaufgang).

Von den Gaslaternen waren 1071 Stück mit Gasglühlicht versehen; die übrigen brannten in öffentlichen Aborten als offene Flammen aus gewöhnlichen Speckſteinbrennern.

Der gesamte Gasverbrauch für die Straßenbeleuchtung belief sich auf 358 067 cbm gegen 343 948 cbm im Vorjahr.

Außer den mit Gas gespeisten Laternen waren noch 42 Petroleumlaternen für die Beleuchtung abgelegener Straßen und Wege in Verwendung.

Die Kosten der gesamten öffentlichen Straßenbeleuchtung beliefen sich im Berichtsjahre inkl. Abnützung und Löhne auf 73 374 ℳ 13 ₰.

§ 32.

Kanalisation und Sielbau.

A. Kanalneubauten.

Die Herstellung von neuen Kanälen im Stadtgebiet war im Berichtsjahre auf das Notwendigste beschränkt, da der weitere Ausbau der Kanalisation systematisch nach dem Projekt des Oberingenieurs Lindley erfolgen soll. (vergl. den X. Verwaltungsbericht S. 258 ff.)

Der Zugang an neuen Kanälen bemißt sich auf 187,20 lfd. m; über die Kosten der Kanalneubauten gibt die nachstehende tabellarische Zusammenstellung Aufschluß.

Von den ausgeführten Kanalbauten ist von besonderer Wichtigkeit die Herstellung eines besonderen Spülkanals mit Anlage eines Spülschachtes und mit selbsttätiger Spülvorrichtung — Heber — am Schlachthaus.

Der von der Firma R. Böcking & Comp., Hallbergerhütte, gelieferte selbsttätige Kanalspüler von 425 mm l. Weite entleert das Spülreservoir mit 9400 Ltr. Inhalt in 35 Sekunden, so daß mit einer Leistungsfähigkeit des Spülers von 270 Sek.-Ltr. gerechnet werden kann.

Der ganze Entleerungsprozeß, welcher beginnt sobald das Wasser im Schacht den höchsten Stand erreicht hat und in den Einlauf des Spülers überläuft, beansprucht eine Dauer von 60 Sekunden, wovon, wie bereits schon erwähnt, 35 Sekunden auf die eigentliche Entleerung, 15 Sekunden auf den Ausgleich — Luftverdünnung — vor der Entleerung und 10 Sekunden auf die Unterbrechung des Hebers durch Absaugung treffen.

Der Spülapparat hat sich bis jetzt gut bewährt.

Zuſammenſtellung

der Kanal-Neubauten im Jahre 1901.

Lfde. Nr.	Vortrag	Länge m	Länge cm	Querprofil	Gefälle %	Spülbar	Art der Spülung	Koſten ℳ	Koſten ₰
1	Verlängerung des Kanals der Maiſtraße	29	15	40/60	1	Nicht	—	954	21
2	Verlängerung des Kanals der Sophienſtraße . .	52	75	30/30	5	„	—	1337	93
3	Spülkanal zum Schlachthof	105	30	25/25	1	Spülbar	Pleichachbach	1700	00 wurde von der Univerſität ausgeführt
4	Spülſchacht mit ſelbſttätiger Spülvorrichtung am Schlachthaus	—	—	3,40/3,40 2,70 hoch	—	—	Pleichachbach	1720	24

Bei Anſchlüſſen von Hauskanälen an das ſtädtiſche Kanalnetz erfolgt die Angabe der Anſchlußkoten ſowie die Prüfung der Lage von Hausentwäſſerungskanälen, ſoweit ſie auf ſtädt. Straßengebiet zu liegen kommen, durch das Stadtbauamt I.

Im Berichtsjahre wurden 36 Baugeſuche nach dieſer Richtung geprüft.

B. Sammelkanal.

Das Jahr 1901 war dem großen ſtädtiſchen Unternehmen der Erbauung eines den Main kreuzenden Sammelkanals beſonders günſtig, denn es war möglich, die Zeit ſowohl als das techniſche Perſonal in zweckmäßiger Weiſe und meiſt auch mit ſehr gutem Erfolge auszunützen.

Nachdem die Arbeit des Vorjahres im Winter 1900/1901 nur wenige Tage vor dem Weihnachtsabend eingeſtellt worden war, wurden die erſten Monate des neuen Jahres zur Abrechnung über Vollendetes, zur Planlegung der fertigen Sielſtrecken und vor allen Dingen zur Vor-

bereitung der künftigen Arbeitsausschreibungen verwertet. Die erste Ausschreibung des Jahres 1901 galt dem Regenauslaß an der Luitpoldbrücke und der Sammelkanalstrecke, welche zwischen Viehhof und Brudermühle die Pleicherthorgasse durchzieht; als Zugabe erschien hiebei das neue Siel in der Erthalstraße. Nach Submission und Zuschlagserteilung konnte mit Eintritt einer nutzbaren Witterung am 8. Mai in der Erthalstraße, am 14. Mai an der Luitpoldbrücke die neue Arbeit in Angriff genommen werden. Gleichzeitig aber, ebenfalls in den ersten Tagen des Mai, nahm auch die Firma Ph. Holzmann & Co. (München) den vom Vorjahr zurückgestellten Bau des Sammelkanals in der Karmelitengasse und ferner am 5. Juli 1901 den Bau des Sammelkanals am oberen Mainkai zwischen Sonnenstraße und Frühlingstraße wieder auf. Während nun diese einzelnen Bauten eingeleitet und durchgeführt wurden, gelang es auch, die nicht unbedeutende Ausschreibung des ganzen linksmainischen Sammelkanals mit der Mainkreuzung an der Luitpoldbrücke vorzubereiten. Schon im Juni 1901 wurde diese große Arbeit, in vier Baulose zerlegt, der Aktiengesellschaft für Hoch- und Tiefbauten in Frankfurt a. M. im Submissionswege übertragen, und damit auch das städtische Technikerpersonal auf weit mehr als ein Jahr mit Arbeit überhäuft.

Am 24. Mai 1901 erfolgte auch die Ablieferung des Lindley'schen Entwässerungs-Projektes für das ganze Würzburger Stadtgebiet, während in den ohnehin arbeitsreichen Herbst dieses Jahres noch die langwierige Beratung über die neue ortspolizeiliche Entwässerungsordnung als eine Gutes verheißende Zugabe fiel. So kann man auf das Jahr 1901 wohl kaum zurückblicken ohne innere Befriedigung zu empfinden über diesen kräftigen Fortschritt und Aufschwung auf dem Gebiete des städtischen Entwässerungswesens.

Das im Herbst des Jahres 1899 in Auftrag gegebene und von Baurat W. H. Lindley ausgearbeitete generelle Entwässerungsprojekt greift in dem Bestreben, den Bedürfnissen auch einer sehr fernen Zukunft Rechnung zu tragen, weit über den Rahmen des eigentlichen Würzburger Stadtgebietes hinaus und behandelt in großen Zügen und in genereller Weise die Entwässerung einer Fläche von etwa 420 Quadratkilometer. Soweit dagegen Bebauungspläne des Stadtgebietes vorlagen, geht andererseits die Bearbeitung über den üblichen Gehalt eines generellen Projektes erheblich hinaus und bietet namentlich für alle, auch die untergeordneten Straßenzüge der heutigen Stadt

die festgelegten Koten und Gefälle eines vollständigen systematischen Entwässerungsnetzes, welches bei tunlichster Berücksichtigung der bestehenden Kanäle die Wege weist zu einer auf lange Jahre verteilbaren, aber doch immer planmäßigen und zielbewußten Umgestaltung der heute bestehenden, großenteils sehr alten Entwässerungsanlagen.

Das Lindley'sche Projekt, welches den Vertretern der städtischen Körperschaften am 24. Mai 1901 im Rathause überreicht wurde, besteht aus 35 Plananlagen und 10 Beilagen (Tabellen 2c.) nebst einem vom 25. April 1901 datierten Erläuterungsbericht. Es wurde beschlossen, den Bericht nebst 9 Plan-Anlagen und allen Beilagen in Druck zu legen.

Was nun die einzelnen Baustellen anbelangt, so mußte für die Ausmündung des Regenauslasses an der Luitpoldbrücke, dann für die Flußkreuzung daselbst und endlich für die Ausmündung am Kloster Himmelspforten unter entsprechenden Planvorlagen die Regierungsgenehmigung nachgesucht werden.

Für den Regenauslaß an der Luitpoldbrücke wurde diese Genehmigung am 23. Februar 1901 beantragt und am 2. März erteilt. Der 10. April war Submissionstermin für die Vergebung sowohl dieses Regenauslaß-Siels (79,2 m, 160 cm Durchmesser) als auch des Sammelkanals zwischen Viehhof und Brudermühle (382,6 m Profil 120/200) und des neuen Siels in der Erthalstraße (siehe unten). Am 26. April wurden diese Arbeiten der mindestfordernden Firma Jäger & Rumpf (Hanau) für 55433,70 ℳ übertragen. Der Bau des Siels zwischen dem Regenauslaßsiel und der Pleichertorgasse ist bemerkenswert durch den Anschluß des Pleichach-Beibaches an den Sammelkanal (die Kürnach wurde schon im Winter 1900/1901 am Ochsenplatze angeschlossen) und ferner durch die Terrainerhöhung am rechten Ufer des Mains an der Luitpoldbrücke. Dieses letztgenannte Bauwerk ermöglicht bei den höchsten Mainwasserständen die Bedienung der Hochwasserschieber, welche bezwecken, den Maindüker im Falle der Gefahr abzuschließen. Diese Schieber werden von einer Plattform aus bedient, die aus architektonischen Gründen und behufs Anpassung an den bestehenden Treppenaufgang zur Luitpoldbrücke noch etwas über die Höhe des Hochwassers von 1845 gelegt worden ist. Das Bauwerk umschließt, eng zusammendrängend, die Wehranlage des eigentlichen Regenauslasses, den Hochwasserschieber und die Rückstauklappe für das abzweigende Regenauslaßsiel von 160 cm Durchmesser und endlich den weiteren Hochwasserschieber, welcher den im Profil 120/200 cm ausgeführten Sammelkanal gegen den Düker abschließt.

Dieſes Baulos, Regenauslaß und Sammelkanal in der Pleicherthorgaſſe, wurde am 14. Mai 1901 begonnen; die Fertigſtellung zog ſich in das folgende Baujahr hinein. Das Siel in der Erthalſtraße wurde mit einer 35 m langen Tunnelanlage unter der Bahn am 8. Mai 1901 begonnen und im Profil 60/110 und 70/125 bei einer Länge von insgeſamt 243 m (Gefälle 1 : 47, mittlere Tiefe 4,7 m) am 12. Auguſt 1901 fertiggeſtellt.

Die Firma Ph. Holzmann & Co. (München) begann den Bau des Sammelkanals in der Karmelitengaſſe in den erſten Tagen des Mai und ſtellte dieſe 305,8 m lange Strecke (Profil 120/200, mittlere Tiefe 3,0 m) am 4. September 1901 fertig. Gleichzeitig (Mai und Juni 1901) wurden oberhalb der Ludwigbrücke die Anſchlüſſe der alten Hauptkanäle (Sanderring, Schießhaus-, Blumen- und Sonnenſtraße) an den Sammelkanal hergeſtellt, worauf am 5. Juli 1901 der Bau des Sammelkanals zwiſchen Sonnen- und Frühlingſtraße folgte, eine Strecke von 260 m Länge im Profil 100/175 cm und 3,5 m mittlerer Tiefe, welche Kanalſtrecke am 24. Oktober 1901 fertiggeſtellt wurde.

Zur Ausführung des linksmainiſchen Sammelkanals übergehend iſt zu berichten, daß die Regierungsgenehmigung zur Flußkreuzung an der Luitpoldbrücke mit Genehmigung des Stadtmagiſtrats am 22. April 1901 durch das Sielbaubureau nachgeſucht und ſeitens der k. Regierung am 1. Juni 1901 erteilt worden iſt. Behufs Ausnützung der im erſten Frühjahr gerade ungewöhnlich niedrigen Eiſenpreiſe wurden allerdings die zur Dükeranlage erforderlichen gußeiſernen Röhren (94996 kg Gewicht) ſchon am 29. März 1901 in Auftrag gegeben und durch Magiſtratsbeſchluß der Halbergerhütte (Rud. Böcking & Co.) übertragen. Auch die übrigen Unterlagen wurden ſo frühzeitig behandelt, daß für alle Sammelkanalarbeiten zwiſchen Viehhof und Kloſter Himmelspforten der Submiſſionstermin unmittelbar nach Eintreffen der Regierungsgenehmigung, nämlich auf den 10. Juni 1901, anberaumt werden konnte. Um durch Verhandlungen über die Genehmigung und Ausgeſtaltung der Ausmündung unterhalb des Kloſters Himmelspforten keine Bauzeit zu verlieren, war dieſes letzte Stück, die Ausmündung ſelbſt, noch zurückgeſtellt worden. Der Zuſchlag wurde der in der Submiſſion mindeſtfordernden Firma Aktiengeſellſchaft für Hoch- und Tiefbauten Frankfurt a. M. am 28. Juni 1901 für die ganze Bauſtrecke zwiſchen Himmelspforten und dem Viehhof erteilt auf Grund eines Offertes in der Höhe von 207260 ℳ.

Seitens dieſer Firma, welche ſpäterhin gleichzeitig bis zu 500 Mann beſchäftigte, wurde nun das Baulos IV (Sammelkanal zwiſchen dem Kloſter Himmelspforten und der Sedanſtraße) am 16. Juli 1901 in Angriff genommen und am 18. Januar 1902 beendet. Dieſe Sielſtrecke, 510 m lang, wurde im Profil 140/225 cm, im Gefälle 1 : 2500 und in einer mittleren Tiefe von 6,75 m ausgeführt in Mauerwerk von 25 cm Stärke. — Das Baulos III (Sammelkanal in der Steinachſtraße zwiſchen Sedanſtraße und Wörthſtraße) wurde am 15. Juli 1901 begonnen und am 1. März 1902 fertiggeſtellt. Die Sielſtrecke iſt 473 m lang und (Profil, Gefälle und Mauerſtärke wie vor) in einer mittleren Tiefe von 7,5 m ausgeführt worden. — Dieſe beiden Bauloſe ſind bemerkenswert durch die Maſſe (ca. 5200 cbm) und große Härte des Felſens, welcher durch Sprengung mit Weſtfalit zu beſeitigen war. Der Sammelkanal ſchneidet bis zu 4,5 m tief in den Felſen ein, es wurden durchſchnittlich etwa 90, zeitweiſe aber auch über 250 Sprengſchüſſe täglich abgegeben und insgeſamt bei ca. 21 000 Schüſſen ungefähr 4500 kg Weſtfalit konſumiert. Da infolge des über der Felsoberfläche ſtrömenden Grundwaſſers über dem Kanalſcheitel und zwiſchen den Felswänden der Baugrube eine ruhende Waſſerſäule von 2,5—3,0 m Höhe ſich einſtellen mußte, wurde zur Schonung des friſchen Kanalmauerwerkes der Scheitel des Sammelkanals auf der ganzen Länge mit Dachpappe in Holzcementdichtung gedeckt.

Das Baulos II (Sammelkanal zwiſchen der Wörthſtraße und der Luitpoldbrücke) iſt 330 m lang (im Profil und Gefälle wie Baulos IV), während der Kanal hier nur in einer Tiefe von durchſchnittlich 5,5 m liegt. Der Fels taucht im Bauloſe II unter die Sohle des Sammelkanals und verliert ſich in der Tiefe. An die Stelle des Felſens tritt aber Schwimmſand und Grundwaſſer, wodurch der Bau nicht unweſentlich erſchwert worden iſt. Es mußte in Rückſicht auf dieſe ungünſtigen Terrainverhältniſſe das Mauerwerk des Kanals großenteils dreiringig, d. h. 38 cm ſtark ausgeführt werden. Das Baulos II wurde am 14. September 1901 begonnen und erſt im Mai des folgenden Jahres fertiggeſtellt.

Es erübrigt nun noch die Verzeichnung der wichtigſten die Flußkreuzung an der Luitpoldbrücke betreffenden Daten:

Der Doppeldüker unterhalb der Luitpoldbrücke beſteht aus zwei gußeiſernen, in Blei gedichteten Rohrleitungen von 60 und 80 cm Durchmeſſer und 120 m Länge, welche in einer Sohltiefe von ca. 2,0 m unter

der Felsensohle des Flusses liegen. Das kleinere Rohr ist für die Ableitung des Schmutzwassers bestimmt, während bei Regenwetter das größere Rohr selbsttätig in Aktion tritt. Beide Röhren sind in Kies gebettet und mit einer doppelten Schicht von in Cementmörtel verlegten Bruchsteinen überdeckt zum Schutz gegen Kolkungen, schleifende Schiffsanker und Ketten. Vor dem rechtsmainischen Einlauf in die eiserne Rohrleitung befindet sich eine Doppeltür, welche der Absperrung oder Spülung des einen oder anderen Rohres dient. — Ein Sandfang irgend welcher Art wird in fernerer Zukunft vor diesem Düker nicht notwendig sein, so wenig dies bei zahllosen anderen Dükeranlagen der Fall ist, jedoch mußte mit Rücksicht auf die Ungunst der heutigen Entwässerungsverhältnisse der Stadt Würzburg der Einbau eines provisorischen Sandfanges mit Rechenanlage zum Schutze des Dükers vorgenommen werden.

Bezüglich der Bauausführung fiel, nach reiflicher Erwägung und finanzieller Prüfung der sonst noch anwendbaren Bauweisen, die Entscheidung zu Gunsten einer Verlegung der Röhren in trockener Baugrube, von welcher das Mainwasser durch Fangedämme abzuhalten war. Die Flußkreuzung mußte hiernach in mehreren Teilen ausgeführt werden und behielt sich das k. Flußbauamt nach Genehmigung der vorgelegten Pläne die Entscheidung darüber vor, ob die ganze Flußkreuzung in zwei oder drei Teilen ausgeführt werden solle. Um eine Beschlußfassung hierüber herbeizuführen, wurde zunächst probeweise die technisch schwierigere aber für die Stadt in finanzieller Hinsicht günstigere Ausführung in nur zwei Teilen vorbereitet, wobei durch den jeweils herzustellenden Fangedamm ein wenig mehr als die halbe Breite des ganzen Flußbettes abgesperrt werden mußte. Seitens des Sielbaubureaus wurde vorsichtshalber ein besonderer Stauversuch im größten Maßstabe ausgeführt, indem zunächst nur das Gerippe des ersten rechtsmainischen Fangedamms hergestellt wurde; an einem einzigen Tage, dem 16. August 1901, wurde dann in der ganzen Fangedammlänge die dichtschließende Bohlenwand eingesetzt. Das k. Flußbauamt wurde zu diesem Versuche eingeladen und fand nach Einsichtnahme, da bei mäßigem Wasserstande die Verhältnisse sich günstig anließen, keine Veranlassung, eine drei- oder mehrteilige Bauweise vorzuschreiben.

Dieser erste rechtsmainische Fangedamm wurde am 15. Juli in Angriff genommen; er ragte bei einer abgewickelten Länge von 83 m und 1,5 m Breite, eine 4 m weite Baustelle im Innern trockenlegend, etwa 38 m weit in das normale Flußbett hinein. Auf der 4 m breiten inneren Baustelle wurde ein 2,5 m breiter und 2,0 m tiefer Rohrgraben

mit Westfalit in die Felsensohle des Flusses eingesprengt. Der Damm bewährte sich gut. Die Arbeit im Innern desselben wurde ordnungsmäßig vollständig fertiggestellt und der Abbruch des Dammes war bereits begonnen, als ein Hochwasser den ganzen schon von Hand geschwächten Fangedamm überflutete und ihn um 2 Uhr in der Nacht vom 9. zum 10. Oktober umlegte, um schließlich den größten Teil des Bauwerkes bis unterhalb Karlstadt fortzutragen.

Nach Aufräumung der Baustelle konnte, zumal der Unternehmer keinen Antrag auf Gewährung einer Winterpause stellte und da nach diesem starken Herbst-Hochwasser auf ein niedrigeres Winterwasser zu rechnen war, ohne weiteres an den Bau des linksmainischen Fangedammes herangetreten werden. Dieser zweite Fangedamm wurde am 26. Oktober 1901 begonnen. Er hatte eine abgewickelte Länge von 93 m und ragte, im übrigen dem ersten Fangedamm gleich, in das Flußgebiet etwa 43 m, in den eigentlichen schiffbaren Main aber nur etwa 30 m weit hinein.

Das erwartete Winter-Niederwasser stellte sich zwar ein, hielt aber nur bis Ende November an, worauf eine durchaus abnormale Witterung (6° Wärme in der Neujahrsnacht!) die denkbar ungünstigsten Wasserstände herbeiführte, so daß eine einzige große Hochwasserperiode während der Monate Dezember, Januar und Februar anhielt.

Der vorerwähnte zweite Fangedamm war noch nicht mit Letten ausgefüllt und im Innern noch nicht versteift, als er am 10. Dezember durch Hochwasser umgedrückt wurde. Unter Versuchen, diesen Damm wieder gerade zu richten, ging das Jahr zu Ende.

Vorgreifend sei erwähnt, daß dieser zweite Fangedamm, da er bei anhaltendem Hochwasser eine zu starke Strömung und Auskolkungen des Flußbettes herbeiführte und selbst eine Gefährdung des Staatshafendammes in den Bereich der Möglichkeit brachte, wieder gänzlich abgetragen werden mußte, nachdem in der Nacht vom 2. zum 3. Weihnachtsfeiertage — weil die Bauarbeiter des Unternehmers feierten — sogar Militär zum Schutze des Staatshafendammes requiriert worden war. In der Zeit vom 9. April bis 23. Juni 1902 wurde durch einen kleineren, frei in der Strommitte stehenden Fangedamm (38 m abgewickelte und 15 m gerade Länge) die Mitte des Maines bei günstigem Wasserstande durchquert und in einem vierten, an das linke Mainufer anschließenden Fangedamm (begonnen am 25. Juni, fertiggestellt 4. September 1902; abgewickelte Länge 76 m, gerade Länge 34 m) gelang es schließlich, die ganze Ausführung der Dükeranlage zu einem guten Ende zu führen.

Dieſe Überſicht läßt zur Genüge erkennen, daß es im Baujahre 1901, in welchem längere Zeit hindurch ſieben bis acht große Bauſtellen gleichzeitig in Betrieb waren, an ernſter Arbeit nicht gefehlt hat. Die Zahl der durchzuführenden Detailkonſtruktionen war unter dieſen Umſtänden natürlich ſehr groß und nahm das Perſonal des Bureaus ſtark in Anſpruch.

Wie im früheren Jahre erſtreckte ſich die Tätigkeit des Sielbaubureaus auch auf eine Reihe von Nebenarbeiten, Materialprüfungen, Erledigung der laufenden Akten und Anfertigung zugehöriger Planſkizzen, Bearbeitung einzelner Hausentwäſſerungsfragen, Kopieren der Pläne des Lindley'ſchen Projektes, Grundwaſſerbeobachtungen, regelmäßige Ableſung und Bearbeitung der Mainwaſſerſtände zwiſchen der Heidingsfelder- und der Dürrbach-Brücke ꝛc., ſo daß viele notwendige und zum Bau des Sammelkanals gehörige Planlegungsarbeiten und Abrechnungen nicht bewältigt werden konnten und in das nächſte Baujahr übernommen werden mußten.

Über die Verteilung der aufgewendeten Geldſummen auf die einzelnen Bauſtellen und Nebenarbeiten, auf die einzelnen Baumaterialien, oder auf Arbeit, Lieferung und Verwaltung geben die nachfolgenden Tabellen A bis D Aufſchluß, welche, um den Vergleich mit vorjährigen Tabellen zu erleichtern, in der Anordnung durchaus dieſen letzteren angepaßt ſind. Es iſt jedoch beſonders zu erwähnen, daß die dem ſtädtiſchen Verwaltungsbericht für die Geſchäftsjahre 1896 mit 1900 beigegebenen Tabellen eine Bauzeit von 18 Monaten, die diesjährigen Tabellen dagegen nur eine Bauzeit von 12 Monaten umfaſſen.

Sielbau Würzburg.

Tabelle A bis D.

Sielbau

Tabelle

Verteilung der Baukosten auf die

Lfd. Nr.	Datum des Magistrats-Beschlusses.	Bezeichnung der Sielstrecken.	Bewilligter Kredit ℳ	Rest-Kredit Ende 1900 ℳ	Projekt-mäßige Siellänge m	im Jahre 1901 [2] fertiggestellte Siellänge m
1	13. Oktober 1899	Rathaus bis Ludwigbrücke	120000.—	2970.15	745,3	(s. 1900)
2	13. Oktober 1899	Ludwigbrücke bis Frühlingstraße	130000.—	49983.20	938,8	260,6
3	31. August 1899	Gerber- und Karmelitengasse	112000.—	79834.08	499,2	305,8
4	30. April 1901	Regen-Auslaß Luitpoldbrücke und Pleicherthorgasse	134000.—	—	79,2 382,6 16,2	79,2 382,6 16,2
5	21. Mai 1901	Main-Düker	110000.—	—	103,8 120,8	35,3 52,7
6	21. Mai 1901	Talavera (Luitpoldbrücke bis Wörthstraße) . .	49300.—	—	329,9	75,0
7	21. Mai 1901	Steinachstraße (Wörthstraße bis Sedanstraße)	102000.—	—	473,0	345,0
8	21. Mai 1901	Sedanstr. bis Himmelspforten	97500.—	—	510,0	480,0
9	13. Oktober 1899	Auguſtinerstraße . . .	70000.	6436.26	448,0 10,0	(1900)
10	29. März 1901	Erthalstraße	16500.—	—	205,4 37,6	205,4 37,6
						2275,4

Anmerkungen:

[1]) Durch unwesentliche Nacharbeiten in den folgenden Jahren dürften sich die Ersparnisse noch um ein Geringes vermindern.

[2]) Teilstrecken, welche im Jahre 1899/1900 fertiggestellt wurden, siehe X. Verwaltungsbericht.

[3]) Außerdem wurden noch zur Lagerplatzeinrichtung Wörthstraße verausgabt:

für Material ℳ 253.75
Hiezu Obiges „ 209587.88

Summa ℳ 209841.63

Würzburg.

A.

einzelnen Sielſtrecken pro 1901.

Sielgröße cm	Ausgabe Material ℳ	₰	Arbeit ℳ	₰	Gesamt-Ausgabe ℳ	₰	Gegenüber dem Voranschlag Mehraufwand ℳ	₰	Minderaufwand ℳ	₰	Rest-Kredit Ende 1901 ℳ	₰
100/175	13	84	321	18	335	02	—	—	2635	13[1])	—	—
100/175	15704	79	19350	29	35055	08	—	—	14928	12[1])	—	—
120/200	24144	95	43238	33	67383	28	—	—	12450	80[1])	—	—
1,6 Dm. 120/200 60/110	53660	03	45511	80	99171	83					34828	17
120/200 60 & 80 Dm.	23940	94	21799	85	45740	79	Die Abrechnung über diese Baustellen erfolgt im Jahre 1902				64259	21
140/225	23595	50	15111	67	38707	17					10592	83
140/225	28079	69	49444	90	77524	59					24475	41
140/225	32673	33	52575	73	85249	06					12250	94
90/160 60/110	—	—	43	40	43	40	—	—	6392	85[1])	—	—
60/110 70/125	7774	81	9004	82	16779	63	279	63	—	—	—	—
	209587	88[3])	256401	97	465989	85						

Tabelle B.

Kleinere Spezial-Ausgaben pro 1901.

		ℳ	₰
1	Grunderwerb und Entschädigung	3891	52
2	Druck des Lindley'schen Erläuterungsberichtes (erste Rate)	170	30
	Summa	4061	82

Tabelle C.

Zusammenstellung
der im Jahre 1901 verbrauchten Materialien für den Sielbau.

Lfd. Nr.	Bezeichnung des Materials	Anzahl, Gewicht, Länge ꝛc.	Betrag ℳ	₰
1	Backsteine	1886585 Stück	107706	44
2	Sandsteine	108,13 cbm	13694	93
3	Steinzeug-Sohlsteine	2063,7 m	20926	91
4	„ Einlaßstücke	599 Stück	4521	90
5	„ Verschlußteller . . .	613 „		
6	„ Röhren	278,6 m	963	01
7	Kalksteine	210,92 cbm	6218	53
8	Eisengegenstände	139639 kg	25169	69
9	Granitsteine	7,21 qm	390	40
10	Cement	544875 kg	20095	99
11	Mainsand	1068,5 cbm		
12	Mainkies	474,75 „	5084	05 *)
13	Grubensand	593,3 „		
14	Dachpappe	2500 m	921	60
15	Holzcement	1668 kg	166	80
16	Diverse kleinere Materialien . .		176	66
17	Fuhrlöhne (Material-Transporte)		3804	72
			209841	63

*) Anmerkung: Außerdem wurde reiner Sand in einzelnen Baugruben gewonnen.

Tabelle D.

Ausgaben für Sielbauten pro 1901.

		ℳ	₰		
1	An Baustellen verbrauchtes Material (an Lieferanten)	209587	88		41,33 %
2	Spezielle Materialverwaltung . . .	4393	16		0,87 %
3	Lagerplatzeinrichtung	1243	27		0,25 %
4	Arbeitsausführung (an Unternehmer)	256401	97	50,56 %	
5	Arbeiten auf kleinere Spezialkredite (Grunderwerbung, Druck des Erläuterungsberichtes)	4061	82	0,80 %	
6	Allgemeine Vorarbeiten zum Bau (Gehälter und Löhne)	2040	74	0,40 %	51,76 %
7	Spezielle Bauleitung (Gehälter und Löhne)	15321	61		3,02 %
8	Beschaffung von Projektunterlagen und Erledigung laufender Akten (Gehälter und Löhne)	3100	02		0,61 %
9	Allgemeine Verwaltung, Gehälter (Bureauleitung, Kanzlei ꝛc.) . .	8039	23		1,59 %
10	Laufende sachliche Ausgaben (Miete, Schreib- u. Zeichenutensilien, Portokosten, Heizung, Beleuchtung, Inserate, kleine Bureaubedürfnisse ꝛc.)	2868	74		0,57 %
11	Bureau- und Bauinventar	27	33		0,005 %
	Summa	507085	77		100,00 %

C. Kanalbetrieb.

Die Reinigung, Spülung und bauliche Unterhaltung des gesamten Kanalnetzes erfolgte in der bisherigen Weise und kamen Störungen nicht vor.

Von den alten Kanälen wurden repariert: der Kanal der Hofstraße, Petrer-Pfarrgasse und Münzgasse, wo die Sohlenverhältnisse verbessert und der Verputz ergänzt wurde.

Mit der Einführung der Straßensinkkästen mit Geruchverschluß und Schlammeimer wurde fortgefahren und waren bis Ende 1901 400 Stück solcher Rinneneinläufe in Betrieb.

Die Reinigung der Sinkkästen erfolgt im Durchschnitt 6 mal jährlich und kostet pro Sinkkasten einschl. Kotabfuhr 45 ℳ.

Die Länge der gesamten städt. Hauptkanäle betrug bis zum Schlusse des Berichtsjahres rund 59000 m, wovon 49000 m auf die rechtsmainischen und 10000 m auf die linksmainischen Stadtteile treffen.

§ 3.

Hochbauwesen und Baustatistik.

I. Außer den ordentlichen Bauunterhaltungs-Arbeiten sind im Jahre 1901 vom Stadtbauamte II die nachstehend verzeichneten außerordentlichen Bauführungen auf Rechnung der Stadtgemeinde und der von ihr verwalteten Stiftungen vorgenommen worden:

Vergrößerung des Kesselhauses im Schlachthofe, Aufstellung eines dritten Dampfkessels, Einrichtung einer gedeckt liegenden Transmission zum Kühlhause und Anbau einer Kohlenhalle mit einem Kostenaufwand von rund 186 000 ℳ.

Vergrößerung der Schweineschlachthalle um 250 qm Bodenfläche durch einen Anbau an der Nordseite mit einem Kostenaufwande von rund 23 000 ℳ.

Einrichtung von 24 weiteren Kühlzellen im Obergeschosse des Kühlhauses und Einrichtung der elektrischen Beleuchtung im Kühlhause mit einem Kostenaufwand von ca. 11 000 ℳ.

Renovation der Schrannensäle und Einrichtung der elektrischen Beleuchtung in denselben mit einem Kostenaufwand von rund 4000 ℳ.

Weiterer Ausbau der VI. Friedhofabteilung als Kinderfriedhof.

Erweiterung der Knabenaborte im Sanderschulhause.

Einrichtung von zwei weiteren Schulsälen über der Turnhalle des Zentralschulhauses.

Bauliche Veränderung im städtischen Anwesen Karmelitengasse 3, 3½ (Bierfritz) mit einem Kostenaufwand von ca. 800 ℳ; desgleichen im Wellenbade mit ca. 900 ℳ Kosten.

Erweiterung der Ökonomiegebäude auf dem bürgerspitälischen Gute Rothof (Veitshöchheimerstraße) mit rund 17 400 ℳ Kosten.

Neubau eines Schulhauses mit 12 Klassen an der äußeren Fabrikstraße im Grombühl. Im Jahre 1901 wurde das Schulhaus unter Dach gebracht.

II. Von seiten des Staates wurden im Jahre 1901 folgende Gebäulichkeiten ausgeführt:

Die Universitäts-Augenklinik am Pleicher-Ring, ein Dienst- und Wohngebäude für die k. Brandversicherungs-Inspektoren Würzburg I und II an der Mergentheimerstraße und ein Anbau an das medizinische Kollegienhaus.

Seitens des Bahnärars wurde das Hauptpostgebäude an der Pleicherglacisstraße und das Transitgebäude in der Nähe des Hauptbahnhofes errichtet.

III. An Bauführungen durch Vereine ist lediglich die Fertigstellung der St. Adalbero-Kirche seitens des Sanderauer Kirchenbauvereins und die von dem Frauenverein zum roten Kreuz erfolgte Adaptierung des Hauses Huebergasse Nr. 3 zu einem Pflegestations- und Klinikgebäude zu nennen.

IV. Von größeren Privatneubauten ist in erster Linie die weltberühmte Schnellpressen-Fabrik von König & Bauer in dem Industriegebiet „Dürrbachau" zu nennen, durch welche unsere Stadt in erfreulicher Weise um ein industrielles Etablissement bedeutendster Art bereichert wurde. Von den zahlreichen, den modernen Erfordernissen entsprechend eingerichteten Betriebsgebäuden ist besonders bemerkenswert die mechanische Werkstätte, welche einen Raum von 10 000 qm unter einem einzigen Dache umfaßt und wohl eine der größten derartigen Fabrikhallen in Deutschland sein dürfte. Ferner kommt noch in Betracht an der Frankfurterstraße die Malzfabrik von A. und L. Geys, welche in ihrem östlichen Teile fertig gestellt wurde.

Schließlich ist noch zu erwähnen, daß hauptsächlich im Außengebiet der Stadt einige bedeutendere Neubauten zur Ausführung gekommen sind.

V. In Angriff genommen waren am Schlusse der gegenwärtigen Berichtsperiode an größeren Bauwerken:

Das mineralogisch-geologische Institut an der Pleicherthorstraße, ein Bezirksamts- und Bauamtsgebäude an der Ecke der Sander- und Tiepolostraße und eine Halbbataillonskaserne auf dem Areale der neuen Infanterie-Kaserne.

In der Zellerstraße wurde mit der Bebauung der an ein Konsortium veräußerten städtischen Bauplätze begonnen. Das Konsortium beabsichtigt auf diesen Bauplätzen sieben Wohn- und Geschäftshausneubauten zu errichten.

VI. Größere Gebäudeabbrüche wurden im Jahre 1901 nicht betätigt.

VII. Die Zahl der während der Berichtsperiode ausgeführten Bauten ergibt sich aus Nachstehendem:

Neue Wohngebäude	35
Sonstige neue Gebäude	33
Kleinbauten und Änderungen	114
Hausentwässerungen	57
Sa.	239.

Von den neuen Wohngebäuden treffen auf das Stadtinnere nur wenige. Im Stadterweiterungsgebiete wurden die meisten Wohngebäude auf dem Terrain der Nöll'schen Waggonfabrik, in der neu eröffneten Rückertstraße, in der Ziegelaustraße, in der Leistenstraße und in der Nikolausstraße errichtet.

VIII. Die Zahl der im Jahre 1901 gestellten Baugesuche ist aus folgender Statistik zu ersehen:

Es kamen in den magiſtr. Einlauf Baugeſuche	Hievon						
	betrafen				wurden		
	neue Wohngebäude	ſonſtige Neubauten	Kleinbauten u. Änderungen	Hausentwäſſerungen	genehmigt	abgewieſen	zurückgezogen
368	62	94	146	66	360	3	5
	302					8	
					368		

§ 34.

Baulinienfeſtſetzung und Bebauungspläne; Bauvorſchriften; Straßenbauſtatut; Aufſtellung eines Bauaufſehers aus dem Arbeiterſtand.

I. Baulinienfeſtſetzung und Bebauungspläne.

Im Jahre 1901 wurden folgende Baulinien feſtgeſetzt:

1. Im Pleicher Bezirke:

a) in dem inneren Stadtteile (innerhalb der Ringparkanlagen) für die Nordſeite der Juliuspromenade längs der Anweſen Hs.-Nr. 13 und 15 und für die nördliche Seite der Schuttgaſſe.

b) in dem äußeren Stadtteile (außerhalb der Ringparkanlagen) für den Pleicher-Ring entlang dem Schlachthofe und für die Veitshöchheimerſtraße zwiſchen Rotkreuz- und Steinſtraße in teilweiſer Abänderung der beſtehenden Baulinien.

2. Im Hauger Bezirke und zwar im inneren Stadtteile: für eine kurze Strecke der Kapuzinerſtraße.

3. Im Peter Bezirke: für Teile der Badergaſſe und der Münzſtraße.

4. Im Sanderau Bezirke: für eine in geringem Abſtande von dem Eiſenbahnkörper geführte Straße zwiſchen der Franz-Ludwigſtraße und der Sophienſtraße; für den nördlichen Teil der Rückertſtraße unter Abänderung der bereits gezogenen Linien; für eine Straße durch das Jüngſt'ſche Terrain am Keesburgwege und endlich für zwei Verbindungsſtraßen zwiſchen der Heidingsfelder- und der verlängerten Wölffelſtraße und zwar in dem noch wenig bebauten Gelände ſüdlich der Frühlingſtraße.

5. Im Burkarder Bezirke:

a) in dem inneren Stadtteile: für eine kleine Strecke der Spitalgasse,

b) im äußeren Stadtteile: für die Nordseite der Steinbachtalstraße.

6. In dem Zellerau-Bezirke und zwar in dem inneren Stadtteile: für die große Katzengasse längs der Anwesen Hs.-Nr. 2, 4 und 6.

Für das Stadterweiterungsgebiet stellen sich die während des Berichtsjahres erfolgten Baulinienfestsetzungen mit Ausnahme der für die Steinbachtalstraße gezogenen Baulinien, welche auf 2 km Straßenlänge ausgedehnt wurden, mehr als Ergänzungen ohne größere Umgriffe und teilweise nur als Abänderungen des Baulinienetzes dar.

Neben den vorbezeichneten Baulinienfestsetzungen sind im Jahre 1901 auch des weiteren Baulinien in verschiedenen Lagen instruiert und speziell Bebauungspläne für einzelne Berggebiete im Projekte aufgestellt worden.

In erster Linie wurde ein Entwurf zu einem Bebauungsplan für die Rimparersteige und die benachbarten Feldlagen Schalks- und Lindleinsberg ausgearbeitet.

Weiter wurde ein definitives Projekt für eine Straße zum städtischen Gut Keesburg als Fortsetzung der Keesburgstraße fertiggestellt, das im Jahre 1902 zur Ausführung gelangt.

Weitere Baulinienziehungen für die übrigen Berggebiete sind teils in Instruktion, teils stehen dieselben für die nächsten Jahre in Aussicht, da sich seit neuerer Zeit eine größere Baulust besser situierter Gesellschaftsklassen zur Errichtung von Villen- und Einfamilienhäusern an den Berghängen geltend macht.

II. Bauvorschriften.

1. Neben den für das Stadterweiterungsgebiet erlassenen ortspolizeilichen Vorschriften vom 28. Februar 1896 bestanden bis zum Jahre 1901 noch zahlreiche spezielle Baubestimmungen für einzelne Straßen und besondere Gebiete. Fünfzehn verschiedene Bauvorschriften waren in Gültigkeit.

Abgesehen von der die baupolizeiliche Orientierung erschwerenden Vielseitigkeit ergaben sich bei der Verschiedenartigkeit der Vorschriften gar oft

Ungleichheiten und Gegensätze, die mitunter unverkennbare Härten im Gefolge hatten.

Auch haben sich im Laufe der Zeit die ortspolizeilichen Bauvorschriften, insbesondere jene vom 28. Februar 1896 in mehrfacher Hinsicht als etwas zu streng erwiesen und hat sich ergeben, daß auf diesem Gebiete eine Milderung am Platze ist.

Von diesen Gesichtspunkten aus und geleitet von dem Streben, verbessernde Maßnahmen in vorberegtem Sinne zu treffen, wurden im Berichtsjahre die sämtlichen ortspolizeilichen Bauvorschriften einer Revision unterstellt und auf einheitlicher Basis unter Zugrundlegung der Vorschriften vom 28. Februar 1896 neu aufgebaut.

Die revidierten Bauvorschriften wurden durch Magistrats-Beschluß vom 12. Juli 1901 erlassen und durch Regierungs-Entschließung vom 4. November des gleichen Jahres für vollziehbar erklärt.

Ein Vergleich mit den früheren Vorschriften läßt neben einheitlicher Regelung erkennen, daß hauptsächlich Erleichterungen bezüglich der Höhe, Tiefe und Länge der Gebäude eingetreten sind und daß insbesondere auch der Pavillonzwischenraum bezw. Grenzabstand für kleinere Gebäude etwas gemindert resp. im Verhältnisse zu der Gebäudelänge in ausgleichender Weise neu festgesetzt wurde.

Bemerkenswert ist ferner die auf bessere Ausbildung der Fassaden abzielende Änderung bezw. Ergänzung des § 3 der Bauvorschriften folgenden Inhalts:

Wenn der Stil des Gebäudes oder ästhetische Rücksichten über der höchst zulässigen Geschoßzahl — drei Geschosse — eine steilere Dachform als wünschenswert erscheinen lassen, kann ein Dach mit mehr als 35 Grad Neigung sowie die Einrichtungen von Dachwohnungen, aber höchstens bis zur Hälfte der Grundfläche des Dachgeschosses zugelassen werden.

Um auch an der Hochkaistraße oberhalb der Ludwigbrücke eine für diese Straße entsprechende Bebauung zu sichern, wurde die Bestimmung getroffen, daß für Gebäude auf den hier in Frage kommenden Bauplätzen eine Höhe von 18 m (statt 15 m) und 4 (statt 3) bewohnbare Geschosse sowie für Gruppenbauten eine Frontlänge bis zu 45 m (statt 30 m) zuzulassen seien, wenn die Neubauten nach den vorgelegten Detailplänen ästhetisch und architektonisch entsprechend projektiert sind und Sicherheit dafür geleistet ist, daß sie nach diesem Projekte und zwar die Gruppenbauten innerhalb einer bestimmten Zeit ausgeführt werden.

Werden dieſe Vorausſetzungen nicht erfüllt, ſo haben auch bezüglich der Länge und Höhe der Gebäude die allgemeinen ortspolizeilichen Bauvorſchriften zur Anwendung zu kommen.

2. Eine Änderung in Bezug auf die Angabe der Höhenlage bei Neubauten und Einfriedigungen iſt ſeit dem Berichtsjahre in der Weiſe eingetreten, daß bei Vorlage von Bau- und Einfriedigungsgeſuchen die künftige Höhenlage der Straße vom Stadtbauamt I auf eigenen Niveauſeſtſetzungsplänen angegeben wird. Dieſe dort angegebenen Höhenkoten ſind von dem Bauunternehmer an Ort und Stelle an feſten Unterlagen, wie Pfoſten, Mauern u. a. anzutragen und werden ſodann vom Stadtbauamt I kontrolliert.

III. Straßenbauſtatut.

Nach dem Straßenbauſtatut vom 28. Februar 1896 mußten die Bauunternehmer für die Geſamtkoſten des Straßenausbaues aufkommen.

Dieſe Koſten waren ſehr bedeutend, da gleichzeitig beſtimmt war, daß alle Hauptſtraßen ſowie jene Nebenſtraßen, welche mehr als 4% Steigung erhielten, mit harten Steinen (Baſalt), die übrigen Nebenſtraßen mit Kalkſteinen zu pflaſtern ſeien.

Um den Bauunternehmern möglichſt entgegen zu kommen und die Bautätigkeit zu fördern, wurden nach mehrfachen kommiſſionellen Beratungen durch Magiſtratsbeſchluß vom 5. Juli 1901 verſchiedene Beſtimmungen des Straßenbauſtatuts abgeändert.

Von dieſen Änderungen ſind insbeſondere hervorzuheben

1. daß nur die Hauptſtraßen mit harten Steinen und die Nebenſtraßen mit mehr als 5% Steigung mit Kalkſtein zu pflaſtern, die übrigen Nebenſtraßen lediglich mit Baſaltkleinſchlagdecken zu verſehen ſeien,

2. daß von den Anſätzen für die Pflaſterung der Fahrbahn ſowie für die Gehſteigbeläge die Stadtgemeinde ein Drittel der Koſten zu übernehmen habe,

3. daß bei Herſtellung von Plätzen und platzartigen Straßenerweiterungen ſowie bei mehr als 16 m breiten und bei einſeitig bebaubaren Straßen die Stadtgemeinde die Koſten für den Ausbau jener Flächen übernehme, welche mehr als 8 m von den Bau- bezw. Vorgartenlinien entfernt ſeien,

4. daß bei Errichtung von Fabriken und Gewerbeanlagen in den hiefür bestimmten Baugebieten, ferner bei Errichtung von kleinen höchstens zweigeschossigen Einfamilien- oder Arbeiterhäusern Erleichterungen bezüglich der Straßenkostenbeiträge durch Beschluß der beiden städtischen Kollegien gewährt werden könnten, und

5. daß von dem ersten Bauunternehmer nur die Kosten für den provisorischen Ausbau der betreffenden Straßenstrecken sowie für den definitiven Ausbau längs seines Grundstückes, nicht auch längs fremder Grundstücke, zu erlegen seien.

Das Preisverzeichnis für die Straßenbauarbeiten wurde abgeändert und bestimmt, daß den Bauunternehmern nur die wirklich erwachsenden Straßenbaukosten aufzurechnen seien.

Bezüglich der Behandlung der Straßenbaukostenbeiträge und der Evidentstellung von Grundlisten über das Straßenbauwesen sowie bezüglich der Errichtung einer besonderen Straßenbaukasse waren bereits unterm 16. Oktober 1900 ausführliche Bestimmungen getroffen worden.

Von diesen sind besonders hervorzuheben,

1. daß bei Bareinzahlungen von Straßenkostenbeiträgen bis zum Ausbau der betreffenden Straßenstrecke ein Depotzins von 3 Prozent vergütet wird,

2. daß als Kautionen nur mündelsichere Papiere angenommen werden,

3. daß zur Sicherung gegen Kursschwankungen von den Kautionseigentümern ein Zuschlag von

10 % bei 4 %igen Schuldbriefen,
15 % „ 3½ %igen Schuldbriefen,
20 % „ 3 %igen Schuldbriefen

aus dem Nennwerte der offerierten Papiere zu entrichten ist.

Die neuanzulegenden Grundlisten sollen eine fortlaufende genaue Übersicht über die im Bau befindlichen Straßen, die geleisteten Beiträge, Rückvergütungen, errichteten Kautionen und eventuell Hypotheken ꝛc. ermöglichen.

Für die Berechnung der Straßenbaukosten wurde angeordnet, daß bei Vorlage der Baugesuche außer einer spezifizierten Berechnung auch jeweils Pläne beigelegt werden, auf denen die zu sichernde Straßenstrecke

genau angegeben ist, so daß jederzeit und ohne Zeitaufwand ersichtlich ist, bei welchen Straßenstrecken die Kostensicherung bereits erfolgt ist.

IV. Aufstellung eines Bauaufsehers aus dem Arbeiterstande.

Nach § 66 der revidierten Bauordnung vom 17. Februar 1901 sind als Gehilfen der mit der Baukontrolle betrauten Sachverständigen (hier der Organe des Stadtbauamtes III) nach Bedürfnis Bauaufseher aus dem Arbeiterstande aufzustellen und ist ein Bedürfnis hiezu vorwiegend in Gemeinden mit stärker entwickelter Bautätigkeit als gegeben zu erachten.

Vom Magistrats-Kollegium wurde auf Grund dieser Bestimmung unterm 29. Mai 1900 beschlossen, daß zunächst ein Bauaufseher und zwar probeweise aufzustellen sei.

Das Kollegium der Gemeindebevollmächtigten stimmte jedoch diesem Beschlusse in der Sitzung vom 13. Juni 1900 nicht zu mit der Motivierung, daß eine stärker entwickelte Bautätigkeit zur Zeit nicht vorhanden sei und daß das vorhandene Personal ausreiche, die notwendige Kontrolle auszuüben.

Gemäß Magistrats-Beschluß vom 10. August 1900 wurde die weitere Beratung und Beschlußfassung, betreffend die Aufstellung eines Bauaufsehers aus dem Arbeiterstande, bis zum Beginn der Bauperiode im Frühjahr 1901 ausgesetzt.

Am 26. März 1901 beschloß der Magistrat, ab 1. Mai desselben Jahres zunächst auf die Dauer eines halben Jahres mit einem Taggelde von 4 ℳ oder einem Monatsgehalte von 120 ℳ einen Bauaufseher aus dem Arbeiterstande aufzustellen.

Die Gemeindebevollmächtigten stimmten aus dem bereits früher angegebenen Grunde auch diesem Beschlusse unterm 11. April 1901 nicht bei.

Von der k. Kreisregierung erging nun unterm 13. Juni 1901 von Aufsichtswegen auf grund des § 66 der revidierten Bauordnung die Entschließung, daß für die Stadt Würzburg ein Bedürfnis für die Aufstellung eines Bauaufsehers aus dem Arbeiterstande bestehe und mit Wirksamkeit vom 1. Juli 1901 ein Bauaufseher aus dem Arbeiterstande aufzustellen sei.

Gegen diese Entschließung wurde unterm 2. August 1901 Beschwerde zum k. Staatsministerium des Innern erhoben.

Dieſes hob die angefochtene Regierungsentſchließung auf, weil dieſelbe nicht nach kollegialer Beratung erlaſſen worden ſei.

Unterm 9. Oktober 1901 erging Entſchließung der k. Kreisregierung an den Stadtmagiſtrat mit der Aufforderung, neuerlichen Beſchluß bezüglich der Aufſtellung eines Bauaufſehers aus dem Arbeiterſtande zu faſſen.

Am 8. November 1901 beſchloß der Stadtmagiſtrat, von der Aufſtellung eines Bauaufſehers vorläufig abzuſehen und die weitere Beſchlußfaſſung bis zum Beginn der nächſten Bauſaiſon zu vertagen. Damit war dieſer Gegenſtand für das Berichtsjahr erledigt.

§ 35.

Polizeiverwaltung.

I.

a) Sicherheitspolizei.

Die Polizeimannschaft bestand am Schlusse des Berichtsjahres aus

2 Polizei-Oberwachtmeistern,
10 Polizei-Wachtmeistern,
114 Schutzmännern,
1 Polizei-Oberwachtmeister als Obmann der Kriminalabteilung,
6 Kriminal-Wachtmeistern und
4 Kriminal-Schutzmännern

137 Mann.

Von den Schutzmännern traten im Laufe des Jahres

7 freiwillig aus dem Dienste,
3 wurden strafweise entlassen und
1 erhielt einen anderen städtischen Dienst übertragen.

Die am 1. August 1900 erneut an das k. Staatsministerium des Innern gestellte Bitte, der Polizeimannschaft in der heißen Jahreszeit das Tragen einer Litewka (Bluse) von dunkelblauem Tuche zu gestatten, war am Schlusse des Berichtsjahres noch nicht beschieden.

Zum Photographieren von sicherheitsgefährlichen Personen wurde nach Magistrats-Beschluß vom 5. März 1901 ein Apparat angeschafft und für den Gebrauch dieses Apparates eine Instruktion erlassen.

Die Polizeimannſchaft wurde in gleicher Weiſe wie in früheren Jahren von dem k. Univerſitätsprofeſſor und Vorſtand der freiwilligen Sanitätskolonne Dr. Kirchner über ihr Verhalten bei plötzlichen Unglücksfällen bis zur Ankunft von Mitgliedern der Sanitätskolonne oder eines Arztes, ferner von dem I. Feuerwehrkommandanten Gräf über ihr Verhalten und Eingreifen bei Ausbruch eines Schadenfeuers bis zur Ankunft der Feuerwehr unentgeltlich unterrichtet.

Beiden Herren wird hiefür auch an dieſer Stelle der Dank der Stadtverwaltung ausgeſprochen.

Erſtattet wurden im Berichtsjahre von den Polizeiorganen

1106 Anzeigen mit Verhaftung,
3758 ſonſtige Anzeigen,

von Privatperſonen

520 Anzeigen.

Streifen fanden 65 mit 102 Feſtnahmen ſtatt.

Von dem Magiſtrat als Diſtriktspolizeibehörde wurden

2 Perſonen unter Polizeiaufſicht geſtellt,
15 „ im Arbeitshauſe verwahrt,
5 „ aus Würzburg,
134 „ „ „ und den benachbarten Gemeinden,
37 „ „ dem Königreiche Bayern und
2 „ „ dem deutſchen Reiche ausgewieſen.

Die Ausgaben für Diſtriktspolizeiverwaltung betrugen im Jahre 1901 233 563,10 ℳ.

Seitens des Staates wurde ein Zuſchuß pro 1901 wie in dem vorausgehenden Jahre im Betrage von 26 500 ℳ gewährt.

Auf dem dahier im Oktober 1901 abgehaltenen IV. Städtetag wurde beſchloſſen, wiederholt an die k. Staatsregierung und den Landtag die Petition zu richten, daß als Beitrag zu den Koſten der Diſtriktspolizeiverwaltung an die unmittelbaren Städte jeweils eine ſo hohe Summe gewährt werde, daß auf den Kopf der Bevölkerung dieſer Städte ein Beitrag von mindeſtens 50 ₰ treffe.

Dieſer Beſchluß wurde auch in Vollzug geſetzt, einen Erfolg hatte derſelbe bis jetzt jedoch nicht.

b) Feuerpolizei, Feuerwehr und Brände.

1. Auf dem Gebiete der Feuerpolizei wurde auch während des Berichtsjahres nach den einschlägigen Vorschriften verfahren und insbesondere die Feuerbeschau mit offensichtlichem Erfolge — es ist nur eine geringe Anzahl von Bränden zu verzeichnen — gehandhabt. Bei der zum Teil im Stadtinnern und zum Teil im Außengebiet der Stadt vorgenommenen Feuerbeschau wurden vielfach Mängel konstatiert und deren Abstellung veranlaßt.

In größeren Etablissements wurde die Wahrnehmung gemacht, daß die Haushydranten und das dazu gehörige Schlauchmaterial nicht in einem solchen Zustande waren, wie es im Interesse der Feuersicherheit und des richtigen Funktionierens der Hydranteneinrichtung gefordert werden muß.

Auf Grund eines Gutachtens des Feuerwehrkommandos und der Wasserwerksdirektion wurde mit Beschluß vom 8. März 1901 die Anordnung getroffen, daß die im Besitze Privater befindlichen Haushydranten, welche auf Grund feuerpolizeilicher Auflagen herzustellen waren, sowie das Schlauchmaterial jährlich zweimal gleichzeitig mit der Plombenkontrolle durch ein Mitglied der freiwilligen Feuerwehr und durch einen Bediensteten des Wasserwerks einer genauen Probe zu unterziehen seien.

In gleicher Weise wurden die Besitzer der übrigen Haushydranten sowie die zuständigen Aufsichtsbehörden und Verwaltungsstellen zur Vornahme periodischer Revisionen ihrer Feuerlöscheinrichtungen veranlaßt.

2. Die freiwillige Feuerwehr Würzburg entledigte sich ihrer Aufgabe während des Jahres 1901 in der gleichen vollkommen zufriedenstellenden Weise wie in den Vorjahren.

Die Gesamtfeuerwehr wurde in zwei Fällen alarmiert:

am 8. Januar bei dem Werkstättenbrande im Rockenmeyer'schen Anwesen Petrinistraße 27 und

am 13. Dezember bei dem Zimmerbrande im Paul Scheiner'schen Anwesen Dominikanergasse 6.

Von den weiteren Alarmierungen treffen

3 auf die große Bereitschaft der Zentrale,
13 „ „ kleine „ „ „ „,
2 „ „ Bereitschaft der Bezirksfeuerwehr Grombühl,
2 „ „ „ „ „ Sanderau,

1 auf die Bezirksfeuerwehr Grombühl,
1 „ „ „ Sanderau,
16 „ „ Kommandanten.

Im ganzen fanden sonach 40 Alarmierungen statt.

Die Feuerwehr bestand am Schlusse des Jahres 1901 aus 469 Mitgliedern.

Von diesen erhielten

14 das k. Ehrenzeichen für 25jährige Dienstzeit,
4 die goldenen Schnüre für 20jährige Dienstzeit,
15 das Ehrendiplom für 15jährige Dienstzeit und
21 die silbernen Schnüre für 10jährige Dienstzeit.

Dem 1. Feuerwehrkommandanten Gräf wurde für seine großen Verdienste um das Feuerlöschwesen das von Seiner Königlichen Hoheit dem Prinzregenten anläßlich Allerhöchstseines 80. Geburtsfestes gestiftete Feuerwehrverdienstkreuz verliehen.

Die Ausgaben für die Feuerwehr und das Feuerlöschwesen betrugen im Jahre 1901 17 024,17 ℳ (im Voranschlag waren vorgesehen 17 535 ℳ).

Von den neuen Einrichtungen und Anschaffungen für das Feuerlöschwesen sind besonders zu erwähnen:

Neue, leicht herausnehmbare Ventile und neue Gummispiralsaugschläuche mit neuem Gewind und Konusdichtung für die Dampfspritze;
selbsttätige, sogenannte automatische Fallhaken für die mechanischen Leitern;
300 m gummierte Schläuche;
Verbesserung und Vermehrung der elektrischen Alarmeinrichtungen, insbesondere für die Bezirksfeuerwehren Zellerau und Rennweg.

Nach Magistratsbeschluß v. 25. Januar 1901 soll bei Brandfällen außerhalb der Stadtmarkungsgrenze die Dampffeuerspritze nur mehr mit besonderer magistratischer Genehmigung zur Verwendung kommen dürfen. Diese Genehmigung soll nur in besonders dringenden Fällen oder dann erteilt werden, wenn ein größeres, wichtigeres, einem Würzburger Einwohner gehöriges Bauobjekt in Frage steht und die Hilfeleistung durch die Dampffeuerspritze nachgesucht wird.

Die Verhandlungen wegen Errichtung eines neuen Feuerhauses im Pleicher Stadtbezirk wurden fortgesetzt und soweit gefördert, daß die Aus-

führung im folgenden Jahre möglich wird. Die Erbauung dieſes Feuerhauſes erſcheint ſchon um deswillen dringlich, weil hiedurch das Zentralfeuerhaus mit ſeinen ungünſtigen Ausgängen entlaſtet werden ſoll.

Auch bezüglich der Erbauung eines neuen Feuerhauſes im Stadtbezirk Grombühl wurden vielfache Erhebungen gepflogen und Projekte aufgeſtellt, jedoch konnte bis zum Schluſſe des Berichtsjahres die Angelegenheit wegen der vielfach entgegenſtehenden Hinderniſſe zur Ausführung in allernächſter Zeit nicht bereift werden.

Aus dieſem Grunde wurde zunächſt die baldige Errichtung von 4 Schlauchſtationen im Stadtbezirk Grombühl in Ausſicht genommen.

Der aus den Mitteln der k. Brand-Verſicherungsanſtalt zur Förderung des Feuerlöſchweſens der Stadt Würzburg bewilligte Zuſchuß betrug pro 1900/01 4550 ℳ.

Die von der k. Brand-Verſicherungsanſtalt an Gebäudebeſitzer der Stadt Würzburg gezahlten Brandentſchädigungen bezifferten ſich im Jahre 1900/01 auf 6762 ℳ. Näheres hierüber vgl. § 43.

c) Geſundheitspolizei.

1. Was zunächſt den Vollzug der k. Verordnung vom 10. Februar 1901, die Wohnungsaufſicht betreffend, anlangt, ſo iſt für das Berichtsjahr folgendes hervorzuheben:

Die vom Stadtmagiſtrat unterm 12. April 1901 gewählte „Wohnungskommiſſion“ ſetzt ſich zuſammen aus dem magiſtratiſchen Geſundheitspolizeireferenten, dem k. Bezirksarzt für den Stadtbezirk, dem Vorſtand des magiſtratiſchen Baupolizeiamts, und zwei bürgerlichen Mitgliedern, von denen je eines nebſt einem Stellvertreter vom hieſigen Hausbeſitzer- und vom Mieterverein vorgeſchlagen iſt. Die Wohnungskommiſſion hat — nach der vom Stadtmagiſtrat unterm 5. Juli 1901 erlaſſenen Geſchäftsordnung — bei der Handhabung der k. Verordnung vom 10. Februar 1901 und der Vollzugsvorſchriften vorberatend und vorbereitend mitzuwirken; das Amt eines Kommiſſionsmitgliedes iſt, abgeſehen von beſonderen vom Magiſtrat feſtzuſetzenden Vergütungen für beſondere Mühewaltungen einzelner Mitglieder, ein Ehrenamt; in den nicht öffentlich ſtattfindenden Verhandlungen der Kommiſſion iſt den beteiligten Hauseigentümern und Wohnungsinhabern auf Antrag Gehör zu geben; veranlaßtenfalls hat die Kommiſſion Beſichtigungen an Ort und Stelle vorzunehmen; polizeiliche

Maßregeln sind erst dann von der Kommission in Anregung zu bringen, wenn die Beseitigung wahrgenommener Mängel nicht auf gütlichem Wege durch Belehrung und Verwarnung zu erreichen ist.

Um ihren einzelnen Mitgliedern Gelegenheit zur eingehenden Information über die hiesigen Wohnungsverhältnisse zu geben und denselben eine Basis für weitere Verhandlungen und Anregungen zu verschaffen, hat die Wohnungskommission, verstärkt durch die beiden Stellvertreter der bürgerlichen Mitglieder, mit Genehmigung des Stadtmagistrats zunächst eine Reihe typischer Anwesen und Wohnungen hiesiger Stadt besichtigt. Bis zum Schlusse des Berichtsjahres wurden 93 Anwesen im Burkarder-, Domer-, Hauger-, Neumünster-, Pleicher- und Zellerauer-Bezirk der Besichtigung unterzogen. Durch diese Besichtigungen wurde das, was im X. Verwaltungsbericht S. 299/300 bezüglich der hiesigen Wohnungsverhältnisse gesagt ist, bestätigt: wenn auch die Verhältnisse dahier noch wesentlich besser sind, als in einer Reihe von anderen Städten, insbesondere von Großstädten und Städten mit bedeutender Industrie, so finden sich doch auch in unserer Stadt erhebliche Mißstände, insoferne als noch eine Reihe an sich schlechter, zum Aufenthalt für Menschen überhaupt oder in ihrem derzeitigen Zustande ungeeigneter Wohnungen vorhanden und in Benützung sind und als an sich nicht ungeeignete Wohnungen in einer den Anforderungen der Hygiene und der Sittlichkeit widersprechenden Weise benützt werden. —

Die vorgefundenen Mißstände haben nur zum Teil ihren Grund in dem Mangel finanzieller Mittel der Hausbesitzer und Mieter zur Beseitigung der Mängel bezw. zum Beziehen besserer Wohnungen; vielfach konnte beobachtet werden, daß den Hausbesitzern und Mietern der Sinn für Reinlichkeit und Ordnung und die Einsicht in den hohen Wert einer gesunden, reinlich gehaltenen Wohnung überhaupt mangelt. — Die Wohnungskommission bemühte sich, bei ihren Besichtigungen in letzterer Hinsicht aufklärend und belehrend zu wirken. —

Wo die mündlichen Mahnungen und Weisungen der Kommission ohne Erfolg blieben, mußte mit polizeilichen Auflagen vorgegangen werden. Unter anderem wurden zwei auch in feuer- und sicherheitspolizeilicher Hinsicht zu beanstandende Häuser geschlossen, mehrere Wohnungen bezw. einzelne Räume für den Aufenthalt von Menschen verboten, einige Brunnen gesperrt und für eine größere Anzahl von Anwesen die Einrichtung der Wasserspülung in den Aborten angeordnet. Mit Rücksicht auf die gerade im Berichtsjahr sich besonders fühlbar machende wirtschaftliche Depression mußte die Polizeibehörde in der Anord-

nung und Durchführung von mit finanziellen Opfern verbundenen Maßregeln sich äußerstes Maßhalten auferlegen und sich auf das unbedingt Notwendige beschränken; die Tatsache, daß die Anfänge einer systematischen Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege in Bayern in die Zeit wirtschaftlichen Tiefstandes fallen, stellt sich hier wie anderwärts dem Vollzug der einschlägigen Verordnungen als starkes, oft unüberwindliches Hindernis entgegen, und es soll auch an dieser Stelle der auf Grund der bisherigen Erfahrungen gewonnenen Überzeugung Ausdruck verliehen werden, daß das, was durch die k. Verordnung vom 10. Februar 1901 und die Vollzugserlasse seitens der k. Staatsregierung angestrebt wird, sich nur erreichen läßt, wenn der Staat ausgiebige Mittel hiefür zur Verfügung stellt. — Die Stadt ihrerseits hat — abgesehen von den an anderen Stellen des Verwaltungsberichts zu behandelnden bedeutenden Aufwendungen für Kanalisation u. dergl. — die Durchführung polizeilich angeordneter Maßnahmen u. a. dadurch erleichtert, daß sie die Kosten hiefür zum Teil nachließ, zum Teil deren Zahlung in kleineren Raten bewilligte. —

Auf Grund der bei den Besichtigungen gewonnenen Erfahrungen hat die Wohnungskommission einen Entwurf einer ortspolizeilichen Vorschrift, betreffend die Wohnungsaufsicht, ausgearbeitet und dem Magistrat vorgelegt; letzterer hat jedoch vorläufig von dem Erlaß einer solchen Vorschrift abgesehen mit Rücksicht darauf, daß die von der k. Regierung dahier inzwischen erlassene „Instruktion für die Wohnungskommissionen, Wohnungsinspektoren und Ortspolizeibehörden zum Vollzug der allerhöchsten Verordnung vom 10. Februar 1901, die Wohnungsaufsicht betr." auf der Grundlage des erwähnten Entwurfs der Wohnungskommission aufgebaut, im wesentlichen das enthält, was durch die ortspolizeiliche Vorschrift geregelt werden wollte. Im Jahre 1903 soll auf Grund der inzwischen zu sammelnden weiteren Erfahrungen der Frage der Erlassung einer ortspolizeilichen Vorschrift über die Wohnungsaufsicht wieder näher getreten werden. —

Darüber, ob in hiesiger Stadt ein Wohnungsinspektor aufgestellt werden soll, wurden im Berichtsjahre noch keinerlei Beschlüsse gefaßt. —

Mit Genehmigung der k. Regierung wurde vorläufig von weiteren Wohnungserhebungen abgesehen, da die Resultate der in den Jahren 1896/1897 vorgenommenen Erhebungen zunächst praktisch verwertet werden sollen.

Die Frage der Errichtung von Wohnungen für städtische Arbeiter und Bedienstete durch die Stadt harrt noch der Erledigung; die ungünstigen

Erfahrungen, die neueſtens in anderen Städten, wie Nürnberg, Karlsruhe gemacht worden ſind, fordern eine beſonders eingehende Klarlegung und Prüfung aller einſchlägigen Verhältniſſe.

2. Die Krankheits- und Sterblichkeitsverhältniſſe hieſiger Stadt ſind, wie auf Grund des amtsärztlichen Jahresberichts konſtatiert werden kann, im Berichtsjahr im allgemeinen günſtige geweſen. Eine in den Monaten Oktober und November 1901 beobachtete Erhöhung der Zahl der Typhuserkrankungen dürfte nach eingehenden Erhebungen des k. Bezirksarztes zurückzuführen ſein auf das vermehrte Auftreten dieſer Krankheit im Auguſt und September desſelben Jahres in den Ortſchaften Eſtenfeld, Lengfeld und Versbach. — Im übrigen ſind anſteckende Krankheiten in erhöhtem, beſondere Maßnahmen veranlaſſendem Maße dahier nicht aufgetreten.

d) Nahrungsmittelpolizei.

Die Verkaufsſtellen von Nahrungsmitteln und die Betriebe, welche ſich mit der Zubereitung von ſolchen befaſſen, wurden fortdauernd der im vorigen Verwaltungsbericht beſchriebenen Kontrolle unterzogen.

Die Intenſität der geführten Aufſicht und die Zahl der veranlaßten Strafanzeigen ergibt nachfolgende Überſicht:

Übersicht

über die

im Jahre 1901 vorgenommenen Visitationen in Verkaufsstellen von Nahrungsmitteln.

Gewerbe	Januar		Februar		März		April		Mai		Juni	
	Visitationen	Anzeigen	Visitationen	Anzeigen	Visitationen	Anzeigen	Visitationen	Anzeigen	Visitationen	Anzeigen	Visitationen	Anzeigen
Bäckereien	60	1	35	—	47	1	53	1	81	—	88	—
Konditoreien . . .	10	—	7	—	11	—	12	—	19	—	4	—
Metzger- und Wurstlereien	58	—	40	—	59	—	70	—	79	—	51	1
Bier- und Weinwirtschaften	135	5	58	—	56	—	73	—	89	—	56	—
Produktenhandlungen	113	1	109	—	116	1	115	1	148	—	67	—
Milch-, Butter- und Käsehandlungen .	9	—	5	—	8	—	9	—	19	—	4	1
Fischhandlungen . .	2	—	—	—	1	—	3	—	2	—	—	—
Flaschenbierhandlungen	6	—	2	—	13	—	3	—	8	—	2	—
Mühlen	1	—	—	—	—	—	2	—	3	—	1	—
Wildprethandlungen .	—	—	2	—	1	—	—	—	2	—	2	—
Hefenhandlungen . .	—	—	—	—	1	—	—	—	1	—	—	—
Viktualien- und Fischmarkt*)	—	5	—	1	—	2	—	4	—	3	—	2
Milchkontrollen*) . .	—	—	—	1	—	—	—	—	—	3	—	4
Spirituosenhandlungen	2	—	1	—	1	—	—	—	—	—	1	—
Summa:	396	12	259	2	314	4	340	6	451	6	276	8

*) Die Milchkontrolle ist gleich wie die Aufsicht über den Viktualien- und Fisch-

Juli		August		September		Oktober		November		Dezember		Summe	
Visitationen	Anzeigen	Visitationen	Anzeigen	Visitationen	Anzeigen	Visitationen	Anzeigen	Visitationen	Anzeigen	Visitationen	Anzeigen	Visitationen	Anzeigen
41	—	52	—	4	—	62	1	24	—	57	1	604	5
7	—	9	—	—	—	7	—	3	—	11	—	100	—
49	—	79	—	20	—	49	—	55	—	39	—	648	1
52	—	65	2	15	—	109	3	49	—	63	—	820	10
86	3	112	1	12	—	109	2	20	—	84	—	1091	9
7	—	6	—	1	—	20	—	10	—	9	—	107	1
2	—	2	—	—	—	1	—	—	—	1	—	14	—
11	—	3	—	—	—	4	—	—	—	4	—	56	—
—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	9	—
1	1	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	9	2
1	—	1	—	1	—	—	—	—	—	1	—	6	—
—	4	—	13	—	3	—	3	—	1	—	2	—	43
—	1	—	4	—	2	—	—	—	2	—	2	—	19
2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7	—
259	9	329	20	53	5	362	10	163	3	269	5	3471	99

markt eine ſtändige.

Digitized by Google

Auf Anregung der Metzgerinnung wurde zusätzlich zu den ortspolizeilichen Vorschriften über den Verkehr mit Nahrungs- und Genußmitteln bestimmt, daß trockene Fleischwaren und Fleischkonserven durch entsprechende Maßnahmen, wie Verwahrung in einem staubdichten Schränkchen ꝛc. vor Verunreinigung zu schützen sind, soferne das Lokal, in welchem die Fleischwaren feilgehalten werden, nicht den an Metzgerläden zu stellenden Anforderungen entspricht.

Bezüglich der Preise der wichtigsten Lebensmittel wird auf die nachstehende Übersicht verwiesen.

Übersicht

der Durchschnittspreise verschiedener Lebensbedürfnisse

in Würzburg.

Vortrag	1901		1900	
	ℳ	₰	ℳ	₰
6 Pfund Schwarzbrot	—	69	—	69
1 „ bestes Weizenmehl	—	24	—	24
1 „ gewöhnliches Weizenmehl	—	16	—	16
1 „ bestes Roggenmehl	—	14	—	13
1 „ gewöhnliches Roggenmehl	—	13	—	12
1 „ Ochsenfleisch	—	65	—	66
1 „ Kalbfleisch	—	64	—	64
1 „ Hammelfleisch	—	62	—	60
1 „ Schweinefleisch	—	68	—	64
1 „ geräucherter Speck	—	78	—	71
1 „ Schmalz	1	17	1	12
1 „ Butter	—	94	—	89
Eier erhielt man für 1 Mark im Winter	16 Stück		16 Stück	
„ „ „ „ 1 Mark im Sommer	20 Stück		20 Stück	

Vortrag	1901		1900	
	ℳ	₰	ℳ	₰
1 Pfund Karpfen	1	04	1	03
1 „ Hechte	1	14	1	11
1 „ Salz	—	10	—	10
1 Zentner Erbsen	12	02	10	84
1 „ Linsen	13	04	13	34
1 „ Bohnen	11	33	11	26
1 „ gerändelte Gerste	15	—	15	50
1 „ Gries	18	—	16	—
1 „ Haberkorn	22	—	18	—
1 „ Graupen (Gerstengraupen)	14	65	15	25
1 „ Hirse	13	—	15	—
1 „ Wicken	12	—	7	70
1 „ Unschlitt { geschmalzen	29	—	27	—
1 „ Unschlitt { ungeschmalzen	22	50	18	—
1 „ Kartoffel	2	30	2	36
1 Ster Buchenholz	12	33	11	34
1 „ Fichtenholz	10	89	9	50
1 „ Föhrenholz	10	89	9	50
100 Büschel Wellen	14	—	13	—
1 Zentner Steinkohlen	1	55	1	71
1 „ Heu	3	77	3	19
1 „ Stroh (Richtstroh)	3	13	2	25
1 Liter Bier	—	24	—	24
1 „ Milch	—	18	—	18
1 „ Petroleum	—	20	—	21

e) Sittenpolizei.

Trotz der vielen gegen die Handhabung der Sittenpolizei erhobenen Beschwerden hielt der Stadtmagistrat im Einklang mit den Anschauungen der k. Kreisregierung an dem seit dem Jahre 1900 eingenommenen Standpunkte fest, daß zur Eindämmung der geheimen Prostitution die Dirnen zu kasernieren und behördlich schärfstens zu überwachen seien. Zu diesem Behufe wurden eingehende polizeiliche Anordnungen erlassen, welche strikteste Durchführung fanden.

Welche Wirkung auf den Stand der Geschlechtskrankheiten diese Neuordnung der Dinge geäußert hat, konnte bis zum Schluß des Berichtsjahres noch nicht festgestellt werden, da die Erhebungen hiewegen noch nicht abgeschlossen waren.

f) Vereins- und Versammlungs-Polizei.

Es zeigt sich im Berichtsjahre ein Wachstum der gemeinnützigen und wirtschaftlichen Vereine, im übrigen war die Mehrung der Vereine erfreulich gering.

Über den dermaligen Stand der einzelnen Vereinsgruppen gibt nachstehende Tabelle Aufschluß.

Lfde. Nr.	Bezeichnung der Vereine.	Jahrgang 1901
	A. Politische Vereine	10
	B. Nichtpolitische Vereine:	
1	Religiöse Vereine	30
2	Wohltätigkeits- und Unterstützungsvereine	99
3	Eingeschriebene Hilfskassen	20
4	Gemeinnützige Vereine	18 (13 Vorj.)
5	Militärische Vereine	11
6	Vereine für Kunst und Wissenschaft	40
7	Handels-, Industrie-, Gewerbe- und berufsgenossenschaftl. Vereine	104 (95 Vorj.)
8	Vereine für Landwirtschaft, Tierzucht, Fischerei und Jagd	24
9	Sportsvereine	47
10	Musik- und Gesangsvereine	29
11	Vereine für Vergnügungen, Geselligkeit ꝛc.	126
12	Studentenkorporationen	28
	C. Innungen:	
	a) Zwangsinnungen	5
	b) Freie Innungen	8
	Summe	599 (571 Vorj.)

Die Zahl der politischen Versammlungen betrug im Berichtsjahre 17.

g) Hundevisitationen.

Im Jahre 1901 wurden in der Stadt Würzburg 2218 Hunde zur Visitation angemeldet und versteuert gegen 2195 im Vorjahre.

Die Gesamteinnahme betrug 27 772 ℳ, wovon der Stadt, inbegriffen die Visitationskosten, als Hälfteanteil 14 062 ℳ 93 ₰ zufielen.

Außer in einigen Fällen von Räude war Verweisung von Hunden an die Wasenmeisterei nicht veranlaßt.

II. Amtsanwaltschaft.

An der Besetzung der Amtsanwaltschaft sowie an deren Geschäftskreis hat sich im Berichtsjahre nichts geändert. Auch der durchaus unzulängliche Zuschuß zu 3000 ℳ, welchen der Staat für die Führung der Amtsanwaltschaft an die Stadt leistet, hat eine Erhöhung nicht erfahren.

Wie in dem Vorjahre, mögen einige Ziffern die Geschäftstätigkeit der Amtsanwaltschaft im Berichtsjahre veranschaulichen:

Nr.		Im Jahre			
		1898	1899	1900	1901
1	Die Gesamtzahl der erstatteten Anzeigen hat betragen	6956	6117	5715	5050
2	Hievon wurden vom Amtsanwalt als beruhend erklärt	386	349	337	235
3	An andere Behörden abgegeben	745	729	816	884
4	Verhaftet oder vorläufig festgenommen waren Personen	600	502	441	649
5	Zahl der Anzeigen wegen Verbrechen und Vergehen	1974	2122	2056	1791
6	Zahl der Anzeigen wegen Übertretungen .	4982	3995	3659	3259
7	Hievon treffen auf Übertretungen des § 361 R.St.G.B. (Bruch der Landesverweisung, Landstreicherei, Bettel, Gewerbsunzucht ꝛc.)	407	313	261	382
8	Speziell wegen Bettels wurden bestraft . .	—	—	240	275

Aus der Vergleichung der Gesamtzahl der Anzeigen der einzelnen Jahre ist eine jährliche Abnahme der zur Anzeige gebrachten Straffälle zu konstatieren. Das findet seine Erklärung einesteils darin, daß nicht, wie früher, für jede beanzeigte Person bei einem gemeinschaftlich verübten Delikt ein gesonderter Nummernvortrag erfolgte, sondern die Anzeige, selbst wenn sie 4, 5 und mehr gemeinschaftlich handelnde Personen als Täter aufführte, nur eine Nummer erhielt, die Personen aber in Unterabteilungen a, b, c ꝛc. gekennzeichnet wurden; andererseits aber auch darin, daß schon bei der Anzeigeerstattung darauf gesehen wurde, daß nicht Anzeigen und Anträge zu Protokoll genommen wurden, welche, ohne daß ein Strafrechtsfall gegeben war, lediglich zu dem Zweck gestellt werden wollten, um dem Anzeigenden oder Antragsteller zur Erreichung eines zivilrechtlichen Anspruchs zu verhelfen. Die Wirkung dieser Maßnahme ist denn auch deutlich zu ersehen aus der unter Nr. 2 vorgetragenen Zahl.

Aus Nr. 5 ist im allgemeinen eine Abnahme der Verbrechen und Vergehen zu konstatieren. Eine wirkliche Abnahme ist aber nur bei den geringeren, den sogenannten Alltagsdelikten zu verzeichnen, dagegen ergibt sich eine Zunahme der schwereren Vergehen und der Verbrechen. Dies läßt sich aus der Gegenüberstellung der Zahlen sub Nr. 5 und 3 folgern. Obwohl nämlich die Gesamtzahl der zur Anzeige gebrachten Verbrechen und Vergehen sich gemindert hat, ist die Zahl der an andere Behörden (und hier kommt fast ausschließlich die Staatsanwaltschaft in Betracht) abgegebenen Anzeigen gegen die Vorjahre größer geworden. Jedoch kann man diese Erscheinung nicht ohne weiteres auf die in den letzten Monaten des Jahres 1901 eingetretene Arbeitslosigkeit zurückführen, da bei den schweren Diebstählen z. B., soweit die Täter ermittelt wurden, zu einem großen Teile in ständiger Arbeit stehende Personen als Täter in Frage kamen, wenn auch andererseits nicht geleugnet werden will, daß der Arbeitslosigkeit ein gewisser Einfluß auf die Zunahme der Verbrechen und schwereren Vergehen zuzuschreiben ist.

Daß die Arbeitslosigkeit auch sonst einen nicht gerade erheblichen Einfluß auf die öffentliche Sicherheit geäußert hat, ist aus der unbedeutenden Zunahme der Bettelanzeigen zu entnehmen.

Zur wünschenswerten Beschleunigung der Justiz wurde, was aus Nr. 4 ersichtlich ist, im Berichtsjahre von der Maßnahme der Verhaftung häufiger Gebrauch gemacht als in den Vorjahren.

§ 36.

Desinfektionsanstalt.

Eine Änderung im Betrieb der Anstalt gegenüber den Vorjahren ist nicht eingetreten.

Von den 65 im Jahre 1901 vorgenommenen Desinfektionen fanden 37 auf besondere polizeiliche Auflage statt; in 37 Desinfektionsfällen wurden die Kosten auf die Stadtkasse übernommen.

Die Einnahmen aus dem Betrieb der Anstalt im Berichtsjahr betrugen

314 ℳ 60 ₰; hiezu der Gesamtbetrag der Nachlässe zu
413 ℳ 50 ₰ ergab eine Gesamtsolleinnahme von
728 ℳ 10 ₰, der eine Gesamtausgabe von
690 ℳ 88 ₰ gegenüberstand.

Bei Vergleich der letzteren mit der wirklichen Einnahme ergibt sich für den Betrieb der Anstalt im Berichtsjahre ein Defizit von 376 ℳ 28 ₰, wobei für Verzinsung und Abschrieb des Anlagekapitals nichts in Ansatz gebracht ist.

§ 37.

Gewerbeweſen.

I. Im Berichtsjahre wurden

979 Gewerbeanmeldungen und
660 Gewerbeabmeldungen

betätigt. Äußerlich betrachtet würde dies auf einen gewerblichen Aufſchwung hinweiſen. Doch ſtehen dieſer Schlußfolgerung Beobachtungen und Äußerungen der wirtſchaftlichen Vertretungskörper gegenüber, welche einen derartigen Schluß als falſch erweiſen würden. Den Widerſpruch aufzuklären, iſt hier nicht die Stelle, es mag nur kurz angedeutet werden, daß infolge des wirtſchaftlichen Niedergangs brotlos gewordene Perſonen dazu kommen können, auf eigene Fauſt ein ephemeres gewerbliches Daſein ſich zu gründen. Außerdem hatte die geſchäftliche Depreſſion bereits im Jahre 1900 ſtark aufgeräumt, indem in dieſem Jahre 832 Gewerbeanmeldungen 858 Abmeldungen gegenüberſtehen.

Ein beſonders ſtarker Wechſel zeigte ſich im Wirtsgewerbe, wie ſich dies auch in den Vorjahren hat beobachten laſſen.

Es wurden im Jahre 1901 insgeſamt 158 Schankkonzeſſionen verliehen, darunter 6 für neu entſtandene Betriebe. Der Beſtand an Gaſt-, Schank- und Weinwirtſchaften war am Schluſſe des Berichtsjahres folgender:

55 Gaſtwirtſchaften,
266 Schankwirtſchaften,
54 Weinwirtſchaften

in Summe: 375.

Die entsprechenden Zahlen in den beiden Vorjahren sind:

	1899	1900
Gastwirtschaften	53	54
Schankwirtschaften	256	261
Weinwirtschaften	55	55
Summe:	364	370.

Die aus dem Vergleich dieser Zahlen sich ergebende Gesamtmehrung ist als nicht bedeutend zu erachten und geht prozentual über das Wachstum der Bevölkerung nicht hinaus. Um so stärker tritt aber der Besitz- und Pachtwechsel in den bereits bestehenden Wirtschaften hervor, ein deutliches Zeichen, daß eine große Anzahl von Wirtschaften besteht, für die ein Bedürfnis und ein ausreichender Kundenkreis nicht vorhanden ist.

Eine Betriebsform, welche schon bald nach ihrem Auftreten dem Wirtschaftsgewerbe sich als nicht ungefährlicher Rivale gegenüberstellte, der Flaschenbierhandel, ist wesentlich zurückgegangen. Ursache dieses Rückganges ist die scharfe Besteuerung, welcher der Flaschenbierhandel durch Nr. 43 des bayerischen Gewerbsteuergesetzes vom 9. Juni 1899 unterworfen wurde. Von 27 Flaschenbiergeschäften im Jahre 1898 waren im Jahre 1901 nur mehr 19 übrig. Der Flaschenbierhandel, der sich anfänglich außerordentlich rasch entwickelt hatte, ist also in seiner Entwicklung nicht nur nicht mehr vorgeschritten, sondern zurückgegangen. Beanstandungen der Flaschenbiergeschäfte in nahrungsmittelpolizeilicher Hinsicht haben sich nicht ergeben.

II. Im Innungswesen und der Handwerksorganisation überhaupt sind im Berichtsjahr Änderungen nicht vorgefallen. Der Innungsbestand ist der gleiche, wie im X. Verwaltungsbericht S. 321 aufgezählt. Ein Versuch, die Bäckerinnung zu sprengen, scheiterte, da in der Innungsversammlung vom 14. März 1901 die Majorität sich als innungsfreundlich erwies.

Ein Antrag der Bader-, Friseur- und Perückenmacherzwangsinnung auf Ausdehnung der Innung auf Fachgenossen, welche der Regel nach weder Gehilfen noch Lehrlinge halten oder kein offenes Ladengeschäft haben, mußte nach dem Ergebnis des sehr umständlichen Erhebungs- und Abstimmungsverfahrens abgewiesen werden.

Über die Wirkungen der Handwerkernovelle ist ein Urteil zur Zeit noch nicht möglich. Aber soviel läßt sich heute schon sagen, daß hinsichtlich

des heranwachsenden Handwerkergeschlechtes die Erfolge nicht ausbleiben werden. Es ist in den Handwerkerkreisen ein lebhaftes Streben nach besserer fachlicher Ausbildung unverkennbar und was in Fachschulen und Meisterkursen geleistet wird, ist für die künftige Hebung des Handwerks durchaus nicht gering anzuschlagen, wenn auch ein direkter wirtschaftlicher Erfolg bei der Kürze der Wirksamkeit der Novelle noch nicht nachgewiesen werden kann.

Die Handwerkskammer erweist sich für die Verwaltungsbehörde als ein im höchsten Grade brauchbares und willkommenes Organ um über gewerbliche Fragen die Meinung der beteiligten Kreise zu erkunden und auch deren eigene verwaltende Tätigkeit war nach dem vorliegenden 1. Jahresbericht eine ausgedehnte und fruchtbringende.

III. In geringem Maße fand im Laufe des Berichtsjahres auch eine Ausdehnung der gewerblichen Sonntagsruhe statt. Es wurde nämlich auf Ansuchen der Bader-, Friseur- und Perückenmacherinnung durch Regierungs-Entschließung vom 30. Januar 1901 bestimmt, daß an Sonn- und Feiertagen im Gewerbe der Barbiere und Friseure zu Würzburg um 2 Uhr nachmittags die Geschäfte zu schließen sind.

IV. Bezüglich der Messen und Märkte ist zunächst von der versuchsweisen Einrichtung eines Filialmarktes auf dem Sanderrasen zu berichten. Nach dem Zuspruch, den diese Marktstände finden, scheint ein erhebliches Bedürfnis für den Filialmarkt nicht vorzuliegen, was wohl auf die in der Sanderau besonders zahlreich vorhandenen Gärtnereien zurückzuführen sein dürfte. Nach dem Rückgang der Zahl der Marktstände kann der versuchsweise getroffenen Einrichtung eine lange Lebensdauer kaum in Aussicht gestellt werden.

Hinsichtlich der Messe wurde angeordnet, daß künftighin Schiffsschaukeln nicht mehr zugelassen werden mit Ausnahme eines Unternehmens, dessen Besitzer seit Jahren hier wohnhaft ist. Maßgebend für dieses Verbot waren wesentlich sicherheitspolizeiliche Gründe. Das finanzielle Ergebnis der Messe wurde wesentlich durch den Magistratsbeschluß vom 29. Januar/1. Februar 1901 beeinflußt, laut welchem Privatbuden nur auf von Fall zu Fall zu bestimmenden Plätzen und gegen Entrichtung der sonst auf der Messe zu entrichtenden Platzgebühren aufgestellt werden dürfen.

V. Die Gewerbeaufsicht wird, soweit die Polizeibehörde damit befaßt ist, von einem Magistratssekretär ausgeübt. Es ergaben sich neben Be-

mängelungen mehr formeller Art, wie Fehlen von Anſchlägen, Arbeitsbüchern ꝛc. hauptſächlich Beanſtandungen von Arbeitszeiten der weiblichen und jugendlichen Arbeiter. Die ſtaatlichen und gemeindlichen Kontrollorgane werden von den Beauftragten der Innungen unterſtützt; auch die Wohnungskommiſſion übt durch ihre Einwirkung auf die Geſtaltung der Gehilfen-Wohn- und Schlafräume einen weſentlichen Einfluß auf die Gewerbehygiene.

VI. Auswüchſe der Gewerbefreiheit haben im Berichtsjahr zu beſonderen Anträgen der Betroffenen nicht geführt. Das Auktionsweſen hat nach Erlaß der Miniſterialbekanntmachung vom 20. Oktober 1900 betr. den Geſchäftsbetrieb der Auktionatoren jegliche Bedeutung verloren. Wandergewerbeſcheine wurden im Berichtsjahr wie im Vorjahre 105 ausgeſtellt.

Bei der Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes hat ſich als hinderlich erwieſen, daß die geſchädigten Gewerbetreibenden auf den Weg der Privatklage verwieſen werden, welcher jedoch der Mühe- und Koſtenerſparnis halber nur ſelten eingeſchlagen wird.

§ 38.

Gewerbegericht.

I. Das Gesetz vom 30. Juni 1901 zur Abänderung des Gewerbegerichtsgesetzes vom 29. Juli 1890 machte eine Abänderung des Statuts für das Gewerbegericht Würzburg notwendig. Durch diese Statutenänderung vom 19. November 1901 wurde neben Erweiterungen der sachlichen Zuständigkeit u. a. auf Klagen, welche die Herausgabe von bei Abschluß des Arbeitsvertrags übergebenen Papieren und Gegenständen betreffen, auch die örtliche Zuständigkeit ausgedehnt auf Streitigkeiten mit Arbeitgebern, welche dahier ihre gewerbliche Niederlassung haben und auf Streitigkeiten zwischen Parteien, die beide dahier ihren Wohnsitz haben, während früher ausschließlich der Gerichtsstand des Erfüllungsortes maßgebend war. Ferner wurde das Wahlrecht im Einklang mit dem Gewerbegerichtsgesetz auf alle gewerblichen Arbeiter erstreckt, ohne Rücksicht darauf, wie lange sie dahier Wohnung oder Beschäftigung haben.

Zur Vorbereitung von Gutachten und Anträgen wurde ein ständiger Ausschuß von 7 Mitgliedern einschließlich des Vorsitzenden gebildet, über Beschlußfähigkeit und Abstimmung wurden spezielle Vorschriften ins Statut aufgenommen.

Eine Änderung im Wahlmodus wurde nicht getroffen. Es wurde der bereits vor Erlaß des Statuts faktisch bestehende Gewerbegerichtsausschuß über die Einführung von Wählerlisten und der Verhältniswahl gehört; derselbe verhielt sich einstimmig ablehnend. Auch sonst kam vor Erlaß des Statuts von keiner Seite eine bezügliche Anregung. Von sich aus glaubte der Stadtmagistrat eine Änderung nicht treffen zu sollen, da die Aufstellung von Wählerlisten für die Arbeitnehmer eine ganz außerordentlich zeitraubende Arbeit sein würde, die durch den starken Wechsel der Verhältnisse nie zum Abschluß kommen könnte, was schließlich im

Effekt zu einer Beschränkung des Wahlrechts sonst zweifellos Berechtigter führen würde.

Von Einführung der Verhältniswahl wurde abgestanden, weil die Hauptaufgabe der Beisitzer die Rechtsprechung ist, welche von politischen Anschauungen nicht abhängig sein darf und nach den gemachten Wahrnehmungen auch tatsächlich nicht abhängig ist, da der Arbeiterbeisitzer in allen Fällen die Rechte des Arbeiters vertritt, gleichgiltig, welcher politischen Richtung derselbe angehört.

Die begutachtende Tätigkeit des Gewerbegerichts wird durch einen Ausschuß ausgeübt, in welchem politische Minoritäten kaum zur Geltung kommen können; außerdem ist die Tätigkeit in dieser Richtung eine sehr wenig ausgedehnte.

Schließlich kommt noch die einigungsamtliche Tätigkeit in Betracht; auch hier können unmöglich politische Divergenzen eine ausschlaggebende Bedeutung haben, da die Vertrauensmänner in erster Linie von den Beteiligten selbst bezeichnet werden. Der Stadtmagistrat hatte also keinen Anlaß, aus eigener Initiative ein kompliziertes Proportionalwahlsystem zur Einführung zu bringen.

II. Die Besetzung des Gewerbegerichts war die gleiche wie im Vorjahre. Am Schluß des Jahres fanden für die Wahlperiode 1902 mit 1904 Beisitzerneuwahlen statt und ist hierüber im Verwaltungsbericht für das Jahr 1902 zu berichten.

III. Die Inanspruchnahme des Gewerbegerichts war eine steigende gleich wie in den Vorjahren. Die wirtschaftliche Depression machte sich durch Arbeiterentlassungen bemerkbar, die nicht immer mit der Gewerbeordnung im Einklang standen. Bei besserer Bekanntschaft mit den bezüglichen Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung wären viele Streitigkeiten und mancher empfindliche Verlust für die Arbeitgeber vermieden worden.

Ein Überblick über die Tätigkeit des Gewerbegerichts ergibt sich aus der nachstehenden Tabelle.

Die dort vermerkte Anrufung des Gewerbegerichts als Einigungsamt ging von den Schneidergehilfen aus; der Streik wurde durch beiderseitiges Zu- und Abgeben binnen 4 Tagen beendigt. Nähere Aufschlüsse erteilt der Jahresbericht des Gewerbegerichts für das Jahr 1901.

Übersicht

über die Tätigkeit des Gewerbegerichts Würzburg

im Jahre 1901.

Zahl der anhängig gemachten Klagen			Aus dem Vorjahre übernommene Klagen	Summe	Von den Klagen wurden		Zahl der stattgefund. Sitzungen		Von den erhobenen Klagen wurden erledigt durch							Einigungsamt		Der Wert des Streitgegenstandes hat betragen							Einnahmen an Gebühren		Ausgaben für Entschädigung der Beisitzer	
Arbeitgeber gegen Arbeiter und Lehrlinge	Arbeiter und Lehrlinge gegen Arbeitgeber	Arbeiter gegen Arbeiter desselben Arbeitgebers			in der Gerichtsschreiberei aufgenommen	schriftlich eingereicht	mit Beisitzer	ohne Beisitzer	rechtskräftiges Versäumnisurteil	Endurteil	Vergleich	Anerkenntnisse	Zurücknahme im Termin	Zurücknahme vor dem Termin	Beruhenderklärung	Zahl der Fälle	Ergebnis	1—10 ℳ	10—20 ℳ	20—50 ℳ	50—100 ℳ	100—200 ℳ	200—300 ℳ	300—400 ℳ	über 400 ℳ	ℳ	₰	ℳ	₰
9	212	—	9	230	225	5	27	5	9	53	77	teilweise 2	21	40	18	1	Vergleich	63	67	69	16	7	1	1	1	90	—	186	—

§ 39.

Arbeitsamt.

Ein im letzten Verwaltungsbericht hervorgehobener Mangel, nämlich der einer weiblichen Abteilung, ist im Berichtsjahre behoben worden. Nachdem durch Unterbringung der Geschäftszimmer des k. Bezirksarztes im Rathausgebäude Räumlichkeiten in dem von der Stadt angekauften und benützten Gebäude Domstraße Nr. 5 verfügbar geworden waren, wurde die männliche Abteilung in den I. Stock dieses Gebäudes verlegt, während die weibliche Abteilung die bisherigen Räume des Arbeitsamts überwiesen erhielt. Mit Beschluß vom 6. Dezember 1901 wurde die frühere Comptoiristin Betty Zermeyer als weibliche Hilfskraft aufgestellt und alsdann die weibliche Abteilung am 2. Januar 1902 dem Betrieb übergeben.

Es steht zu erwarten, daß durch diese Maßnahme die Vermittlung von Dienstboten einen größeren Umfang annimmt als bisher, wobei neben der weiblichen Vermittlerin auch die zu Gebote stehenden Warteräume, welche den Suchenden die persönliche Rücksprache ermöglichen, von günstigem Einfluß sein dürften.

Namentlich wäre eine stärkere Inanspruchnahme des Arbeitsamtes seitens des Wirtsgewerbes zu wünschen, da gerade in dieser Hinsicht die gewerbsmäßige Stellenvermittlung eine nicht mit günstigem Auge zu betrachtende Tätigkeit entwickelt. Zwar ist den Auswüchsen dieses Betriebs durch die Ministerial-Bekanntmachung v. 29. Mai 1901 über den Geschäftsbetrieb der Stellenvermittler nach Möglichkeit gesteuert worden, allein die amtliche Vermittlung, der keinerlei Erwerbsabsicht innewohnt, verdient doch unter allen Umständen den Vorzug und es ist nichts anderes als die alte, eingewurzelte Gewohnheit, welche die Stellensuchenden an die gewerbsmäßigen Vermittler verweist.

Eine Übersicht über die monatliche Tätigkeit des städtischen Arbeitsamtes im Jahre 1901 ergibt folgende Zusammenstellung:

Übersicht über die monatliche Tätigkeit mit Angabe der tatsächlichen Stellenbesetzung.

Monat	Männliche Abteilung:					Weibliche Abteilung:					Zusammensetzung beider Abteilungen:				
	Gesuche wurden gestellt		Stellen wurden besetzt	Prozentuale Vermittlung		Gesuche wurden gestellt		Stellen wurden besetzt	Prozentuale Vermittlung		Gesuche wurden gestellt		Stellen wurden besetzt	Prozentuale Vermittlung	
	von Arbeitgebern	von Arbeitnehmern		Arbeitgeber	Arbeitnehmer	von Arbeitgebern	von Arbeitnehmern		Arbeitgeber	Arbeitnehmer	von Arbeitgebern	von Arbeitnehmern		Arbeitgeber	Arbeitnehmer
Januar . . .	305	397	202	66,2	50,9	246	89	59	24	66,3	551	486	261	47,4	53,7
Februar . . .	367	378	229	62,4	60,6	284	95	64	22,5	67,4	651	473	293	45	61,9
März	743	602	457	61,5	75,9	539	124	90	16,7	72,6	1282	726	547	42,7	75,3
April	1053	770	698	66,3	90,6	421	90	78	18,5	86,7	1474	860	776	52,6	90,2
Mai	771	638	561	72,8	56,6	276	69	58	21	84,1	1047	707	619	59,1	87,6
Juni	589	638	429	72,8	67,2	373	93	79	21,2	84,9	962	731	508	53	69,5
Juli	594	791	489	82,3	61,8	322	96	87	27,1	96,6	916	887	576	62,9	64,8
August	854	851	713	83,5	83,8	248	89	77	31	86,5	1102	940	790	71,7	84
September . .	586	540	332	54,9	59,6	375	116	116	30,9	100	961	656	438	45,6	66,8
Oktober . . .	533	567	346	64,9	61	276	94	82	29,7	87,2	809	661	428	52,9	64,8
November . . .	479	768	362	75,6	47,1	175	120	90	51,4	75	654	888	452	69,1	50,9
Dezember . . .	388	652	362	93,3	55,5	189	105	85	44,9	80,9	577	757	447	77,5	59,4
Summe	7262	7592	5170	71,2	68,1	3724	1180	965	25,9	81,8	10986	8772	6135	55,8	83,6

Danach hat sich die Frequenz des städtischen Arbeitsamtes erheblich gemehrt, was auf die starke Inanspruchnahme des Amtes seitens der Arbeiter zurückzuführen ist. Aus diesem Überwiegen der Arbeitgesuche gegenüber den Arbeitangeboten ergibt sich mit Notwendigkeit der ungünstigere Prozentsatz der Stellenbesetzung gegenüber dem Vorjahre.

Bezüglich der Ergebnisse des Arbeitsamtes im Einzelnen wird auf den ausführlichen Jahresbericht des Arbeitsamtes Bezug genommen.

§ 40.

Vermittlungsamt.

Im Jahre 1901 wurden

620 Anträge auf Vornahme eines Sühneverſuchs in Beleidigungsſachen beim Stadtmagiſtrat angebracht; hieraus ergibt ſich eine erfreuliche Abnahme der Beleidigungsſachen gegenüber den Vorjahren. So weiſt der letzte Verwaltungsbericht für das Jahr 1900 die Zahl von 719 Anträgen auf Abhaltung eines Sühneverſuchs wegen Beleidigung aus.

Von den im Berichtsjahre angefallenen 620 Beleidigungsſachen mußten in 320 Fällen die Kläger wegen Nichterſcheinens der Beklagten im Sühnetermine an das zuſtändige Gericht verwieſen werden.

In 300 Fällen dagegen fanden Parteiverhandlungen ſtatt, wovon
144 durch Vergleich zur Erledigung gelangten, während
156 gleichfalls zur Austragung an das Gericht verwieſen werden mußten.

Damit allein iſt aber die Tätigkeit des Vermittlungsamtes nicht erſchöpft, denn die Zahl der Auskunftserteilungen in Miet- und Dienſtboten-Angelegenheiten, der Verhandlungen in Forderungsſachen ꝛc. übertrifft die Summe der in Beleidigungsſachen geſtellten Anträge weitaus. In ſehr vielen Fällen der letztgenannten Art, über welche derzeit kein genaues fortlaufendes Protokoll geführt wird, gelang es auch, eine Einigung zwiſchen den Streitsteilen zu erzielen.

§ 41.

Militärersatzgeschäft.

Auch im Jahre 1901 fungierten Oberst z. D. und Bezirkskommandeur Bürklein als Militär- und Rechtsrat Scheuring als Zivilvorsitzender der Ersatz-Kommission.

Der im Juni vorgenommenen Aushebung wohnte Seine Königliche Hoheit Prinz Rupprecht als Militärvorsitzender der Oberersatzkommission bei.

Bei dem Ersatzgeschäft pro 1901 waren in den alphabetischen und Restanten-Listen vorgetragen:

a) 20jährige	Militärpflichtige . .	921,
b) 21jährige	„ . .	564,
c) 22jährige	„ . .	489,
d) ältere	„ . .	369,

Summe: 2343 gegen 2468 im Vorjahr.

Davon sind:

Unermittelt geblieben	261,
Unentschuldigt ausgeblieben	51,
In andere Bezirke verzogen	672,
Zurückgestellt	619,
Als unwürdig ausgeschlossen	2,
Als unbrauchbar ausgemustert	54,
Übertrag:	1659

Übertrag:	1659
Dem Landsturm überwiesen	129,
Der Ersatz-Reserve überwiesen	194,
Ausgehoben	300,
Überzählig geblieben	12,
Freiwillig eingetreten	49,
Summe wie vor:	2343.

Von den mit Berechtigungsschein zum einjährig-freiwilligen Dienst versehenen Militärpflichtigen wurden

a) von der Aushebung zurückgestellt	191,
b) der k. Obererſatzkommission im Aushebungstermine vorgestellt	188.

§ 42.

Einquartierungen und Vorspann.

Einquartiert wurden im Jahre 1901 8 Offiziere, 190 Mann, 257 Pferde vom 5. Feld-Art.-Regt.;

1 Offizier vom 1. schw. Reiter-Regt.;

11 Offiziere, 1 Oberstabsarzt, 2 obere Militärbeamte, mehrere Wachtmeister, Fähnriche ꝛc,, 27 Pferde vom 2. schw. Reiter-Regt.;

1 Stabsoffizier, 3 Hauptleute, 12 Leutnants, 6 Pferde vom 5. Inf.-Regt.;

12 Feldwebel und 2 Sergenten vom 8. Inf.-Regt.;

1 Rittmeister, 1 Oberleutnant vom 2. Train-Bat., 3. Komp.;

3 Offiziere, 44 Mann vom Selbstfahrer-Kommando der preußischen Verkehrstruppen.

Zur Anfuhr von Biwakbedürfnissen requirierte die k. Divisions-Intendantur hier am 16. September 1901 45 und am 19. September 1901 55 zweispännige Fuhrwerke.

§ 43.

Immobiliarbrand- und Hagel-Versicherung.

I.

Die hiesigen Gebäudebesitzer haben zu der staatlichen Brandversicherungsanstalt für das Versicherungsjahr 1. Oktober 1900 bis dahin 1901 an Beiträgen gezahlt . . . . . 154872,03 ℳ,
an Brandentschädigungen erhielten dieselben . . . . 6762,— „

mithin übersteigen die gezahlten Beiträge die geleisteten Brandentschädigungen um . . . . . 148110,03 ℳ.

In Anbetracht dieses Mißverhältnisses zwischen Leistung und Gegenleistung, das in allen größeren Städten gleichmäßig zu beobachten ist, wurde auf dem IV. bayerischen Städtetag dahier beschlossen, es sei im Interesse einer billigen Ausgleichung des Mißverhältnisses der Leistungen größerer Gemeinden zur k. Brandversicherungsanstalt gegenüber den Brandentschädigungen derselben angezeigt, daß

a) die einschlägigen Bestimmungen des Gesetzes vom 3. April 1875 einer Revision unterzogen und
b) den größeren Städten entsprechend erhöhte Zuschüsse zur Förderung des Feuerlöschwesens gewährt werden.

Am Ende des Versicherungsjahres 1900/01 betrug die Zahl der versicherten Gebäude 10346 und das Versicherungskapital derselben 123674150 ℳ. Am Schlusse des Rechnungsjahres 1899/1900 waren 10224 Gebäude mit 118409200 ℳ versichert.

Auf die einzelnen Bauartsklaſſen verteilt ſich das Verſicherungskapital wie folgt:

I. Klaſſe:	4677 (Vorjahr 4577) maſſive Gebäude mit harter Dachung	95624590 ℳ
II. Klaſſe:	2692 (Vorjahr 2665) Gebäude von Stein und Lehmſteinfachwerk mit harter Dachung	19671050 „
III. Klaſſe:	2900 (Vorjahr 2904) Gebäude mit Lehmſteckenwerk oder Holz mit harter Dachung ſowie maſſive Gebäude mit weicher Dachung	8260310 „
IV. Klaſſe:	77 (Vorjahr 78) ſonſtige Gebäude mit . .	118200 „

Die normalen Beiträge ſind pro 100 ℳ Verſicherungskapital in I. Klaſſe 10 ₰, in II. Klaſſe 13 ₰, in III. Klaſſe 20 ₰ und in IV. Klaſſe 25 ₰.

Bei günſtigem Abſchluß der Anſtalt wird nur die Hälfte erhoben. Dies war aber pro 1900/01 nicht möglich.

II.

Die Beiträge der hieſigen Grundbeſitzer zur ſtaatlichen Hagelverſicherung bezifferten pro 1900/01 76,80 ℳ. Eine Entſchädigung für erlittenen Hagelſchlag wurde nicht beanſprucht. Verſichert waren 5 landwirtſchaftliche Anweſen.

§ 44.

Krankenversicherung.

Das Krankenversicherungswesen der Stadt Würzburg war im Berichtsjahre in der gleichen Weise organisiert wie in den Vorjahren.

Infolge der stetig wachsenden Arbeitslast mußte wiederum das Personal der Gemeinde-Krankenversicherung und des städt. Krankeninstituts um eine ständige Hilfskraft vermehrt werden.

Ins Berichtsjahr fällt eine Reihe von Beschlüssen, welche für die Versicherten eine Krankengelderhöhung vom 1. Januar 1902 an im Gefolge haben werden.

Im Vollzuge einer höchsten Ministerial-Entschließung vom 20. Februar 1901, betr. die ortsüblichen Taglöhne und die durchschnittlichen Taglöhne nach §§ 8 und 20 des Kranken-Versicherungs-Gesetzes, ordnete nämlich die k. Kreisregierung hier mit Entschließung vom 15. März 1901 Erhebungen über die Höhe des im Stadtbezirke üblichen Taglohnes an und setzte auf Grund dieser Erhebungen und im Einverständnisse mit dem Vorschlage des Stadtmagistrats durch Entschließung vom 10. Juni 1901 den ortsüblichen Taglohn gewöhnlicher Tagarbeiter (§ 8 Kranken-Versicherungs-Gesetz) für den Bezirk der Stadtgemeinde Würzburg mit Wirkung vom 1. Januar 1902 fest wie folgt:

für	männliche	Personen	über	16	Jahren	auf	2 ℳ	50 ₰,
„	weibliche	„	„	16	„	„	1 „	60 „
„	männliche	„	unter	16	„	„	1 „	30 „
„	weibliche	„	„	16	„	„	1 „	00 „

Entsprechend dieser Festsetzung der ortsüblichen Taglöhne wurde auch mit Beschluß des Stadtmagistrats vom 8. Oktober 1901 die Auszahlung der höheren Krankengelder und die Erhöhung der Mitgliederbeiträge ab 1. Januar 1902 angeordnet.

Letztere betragen:

	pro Woche		pro Quartal		pro Jahr	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
für männliche Arbeiter über 16 Jahren . . .	—	30	3	90	15	60
„ weibliche „ „ 16 „ . . .	—	18	2	34	9	36
„ männliche „ unter 16 „ . . .	—	15	1	95	7	80
„ weibliche „ „ 16 „ . . .	—	12	1	56	6	24

Für Lehrlinge gilt die für Personen unter 16 Jahren getroffene Festsetzung.

In dem Bestreben, auch die Mitglieder der Gemeinde-Krankenversicherung des Vorteils der Kur in einem Sanatorium teilhaftig zu machen, beschloß der Stadtmagistrat, es seien lungenkranke Mitglieder der Gemeinde-Krankenversicherung, welche nach ärztlichem Gutachten sich zur Unterbringung in einem Sanatorium eignen, für die Dauer der ersten 13 Wochen auf Kosten der Gemeinde-Krankenversicherung im Sanatorium Luitpoldheim bei Lohr a. M. unterzubringen, soweit nicht die Unterbringung derselben auf dem der Stadtgemeinde Würzburg im genannten Sanatorium zustehenden Freiplatze erfolgen könne.

Weiter trat in der Gewährung der ärztlichen Hilfe eine Änderung insoferne ein, als für die Gemeinden Rimpar, Estenfeld, Gadheim, Güntersleben, Maidbronn, Oberdürrbach und Versbach ein Kassenarzt gegen eine Pauschalvergütung von 600 ℳ aufgestellt wurde. Hiedurch wurde eine wesentliche Ersparnis erzielt, da die bedeutend höheren Ersatzleistungen an die Gemeinden, welchen bislang die Kranken zur Hilfeleistung überwiesen worden waren, in Wegfall kamen.

Ein gleichfalls auf die Aufstellung eines besonderen Kassenarztes für die Gemeinde Unterdürrbach gerichteter Antrag letzterer Gemeindever-

waltung wurde mit Magiſtratsbeſchluß vom 31. Dezember 1901 abgelehnt mit der Begründung, daß der Wohnort des Kaſſenarztes in Rimpar zu weit von Unterdürrbach entfernt, die Aufſtellung eines Würzburger Arztes für den Gemeindebezirk Unterdürrbach allein aber zu koſtſpielig ſei.

Endlich iſt noch zu erwähnen eine im Berichtsjahre im Intereſſe der Verſicherten getroffene Abänderung des Statuts der Gemeinde-Krankenverſicherung; mit ſtaatsaufſichtlicher Genehmigung wurde nämlich durch Beſchlüſſe beider ſtädtiſchen Kollegien vom 8. bezw. 21. November 1901 der § 16 des genannten Statuts in Abſ. I Ziff. 2 dahin abgeändert, daß im Falle der Erwerbsunfähigkeit vom dritten Tage nach dem Tage der Erkrankung ab für jeden Arbeitstag und jeden nicht auf einen Sonntag fallenden Feiertag das geſetzliche Krankengeld als Krankenunterſtützung zu gewähren iſt, ſo daß nunmehr auch für die Mehrzahl der Feiertage Krankengeld gezahlt wird.

Über den derzeitigen Stand der hieſigen Einrichtungen zum Zwecke der Arbeiter-Krankenverſicherung geben nachſtehende Tabellen näheren Aufſchluß.

Jahr	Einnahmen								Aus-									
	überhaupt		pro Mitglied		Darunter Beiträge		pro Mitglied		überhaupt		pro Mitglied		ärztliche Behandlung		Arzneien und Heilmittel		Krankenhausverpflegung		pro Mitglied	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Gemeinde-																				
1899	197419	16	12	83	167743	87	10	90	172567	68	11	22	3009	20	9041	85	76116	30	4	95
1900	207223	37	13	51	167275	73	10	91	166172	99	10	83	3387	10	9314	95	73879	50	4	82
1901	252813	32	16	56	166137	49	10	88	212942	95	13	95	3714	40	8920	25	71297	85	4	67
Fabrikkrankenkasse der																				
1899	4269	11	28	09	3037	08	19	98	3785	74	24	91	765	10	252	35	—	—	—	—
1900	4020	88	26	11	3149	76	20	45	3230	47	20	97	768	40	207	64	—	—	—	—
1901	5504	85	33	98	3211	94	19	83	4760	10	29	38	1214	75	546	49	—	—	—	—
Fabrikkrankenkasse der Fabriken																				
1899	6773	82	23	94	5483	82	19	37	5231	04	18	48	1310	75	1035	85	243	70	—	86
1900	7380	—	27	74	5444	89	20	47	5589	46	21	01	1491	80	881	13	6	90	—	03
1901	7723	44	28	50	5066	75	18	69	7687	68	28	33	1451	45	1184	30	309	—	1	14

gaben												Vermögens-Ausweis							
Kranken-gelder		pro Mit-glied		Erſatzleiſt-ungen für gewährte Kranken-Unterſtütz-ungen		Wöchner-innen-Unter-ſtützung		Sterbegeld		Verwalt-ungskoſten		Aktiva		Paſſiva		Gegen das Vorjahr			
																Mehrung der Aktiva		Minderung	
ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰

Krankenverſicherung.

50179	55	3	26	18984	87	—	—	—	—	—	—	40000	—	—	—	15000	—	—	—
51391	78	3	35	17965	88	—	—	—	—	—	—	40000	—	—	—	—	—	—	—
49852	23	3	26	18714	57	—	—	—	—	—	—	60000	—	—	—	20000	—	—	—

Maſchinenfabrik von Bohn & Herber.

1543	84	10	16	—	—	—	—	157	80	—	—	9785	87	—	—	437	59	—	—
1404	38	9	12	—	—	—	—	—	—	—	—	10668	81	—	—	880	94	—	—
2558	06	15	79	—	—	—	—	52	60	—	—	10143	45	—	—	—	—	525	36

der Firma Joſeph Schürer.

2279	69	8	06	—	—	299	50	40	—	21	55	11020	78	—	—	264	23	—	—
2535	90	9	53	—	—	580	75	70	—	15	98	11144	54	—	—	123	76	—	—
4076	62	15	04	—	—	510	75	136	66	17	40	9326	96	—	—	—	—	1817	58

Jahr	Mitgliederzahl am 1. Januar			Durchschnittliche Mitgliederzahl	Anmeldungen	Abmeldungen	Krankheitsfälle				Krankheitstage					Sterbefälle			
	männl.	weibl.	in Summe				männl.	weibl.	in Summe	auf je 100 Mitglieder	männl.	weibl.	in Summe	auf je 100 Mitglieder	Durchschnittliche Dauer einer Krankheit in Tagen	männl.	weibl.	Summe	auf je 100 Mitglieder
Gemeinde-Krankenversicherung.																			
1899	8518	6887	15405	15385	23223	23970	3222	1391	4613	29,98	66631	34071	100702	654	21,83	—	—	—	—
1900	7881	6777	14658	15333	24420	24195	2991	1296	4287	27,95	64116	35861	99977	652	23,32	—	—	—	—
1901	7618	6612	14230	15260	24319	24734	3057	1287	4344	28,47	63268	35397	98665	646	22,71	—	—	—	—
Fabrikkrankenkasse der Maschinenfabrik von Bohn & Herber.																			
1899	147	—	147	152	—	—	44	—	44	28,95	886	—	886	583	20,14	3	—	3	1,97
1900	154	—	154	154	—	—	61	—	61	39,61	628	—	628	408	14,29	—	—	—	—
1901	164	—	164	162	—	—	59	—	59	36,41	1105	—	1105	682	18,73	1	—	1	0,62
Fabrikkrankenkasse für die Fabriken der Firma Joseph Schürer.																			
1899	91	183	274	283	—	—	44	104	148	52,30	823	1794	2617	925	17,68	—	1	1	0,35
1900	95	179	274	266	—	—	37	77	114	42,85	1014	1611	2625	987	23,02	1	1	2	0,75
1901	86	171	257	271	—	—	57	85	142	52,39	1219	3201	4420	1631	31,12	1	2	3	1,10

Städtisches Krankeninstitut.

Im Jahre	Zinsen an Aktivkapitalien		Pflichtbeiträge der Mitglieder		Rückersätze		Verwaltungskosten		Kosten auf Krankenhilfe		Mitgliederzahl
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	
1899	7896	53	846	95	—	—	6536	07	552	87	109
1900	7894	95	692	90	—	—	6463	84	599	45	106
1901	8341	97	742	30	—	—	6695	41	865	36	114

§ 45.

Unfallversicherung.

Die Vorarbeiten für das am 1. Januar 1902 in vollem Umfange in Kraft tretende Reichsgesetz, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze vom 30. Juni 1900, haben die Tätigkeit des Stadtmagistrats im Berichtsjahre in außergewöhnlicher Weise in Anspruch genommen. Durch dieses Gesetz wurde eine große Anzahl hiesiger Betriebe, namentlich aus dem Handelsstande, der Versicherung neu unterstellt; es mußten auf Requisitionen der Berufsgenossenschaften und des Reichsversicherungsamtes über die Verhältnisse eines jeden einzelnen Betriebes eingehende Erhebungen gepflogen und auch den beteiligten Geschäftsleuten vielfach mit Rat und Tat an die Hand gegangen werden.

Ferner ist eine steigende Inanspruchnahme des Stadtmagistrats seitens der versicherten Arbeiter zu verzeichnen. Deren Ersuchen wurde — wenn immer möglich, durch Belehrung, Aufnahme oder Fertigung von Beschwerden, Schriftsätzen, Eingaben an die Genossenschaften, Schiedsgerichte und Reichs- bezw. Landesversicherungsamt — jederzeit bereitwilligst entsprochen. Wiederholt gelang es auf diese Weise, den Verletzten zur Erlangung einer Entschädigung ihres Unfalles zu verhelfen.

Im Berichtsjahre wurden 63 Betriebe angemeldet (die obengenannten Betriebe, deren Versicherung erst am 1. Januar 1902 in Kraft trat, nicht inbegriffen) und 8 Regiebaunachweisungen eingereicht.

Unfälle gelangten beim Stadtmagistrate zur Anzeige

340 gegen 315 im Jahre 1900,

hievon wurden untersucht . . . . . 172 „ 125 „ „ „ .
Den Tod hatten, soweit bekannt, zur Folge 4 „ 2 „ „ „ .

Diese Unfälle verteilen sich auf die einzelnen Genossenschaften wie folgt:

Genossenschaften	1901	1900
Bayerische Baugewerksberufsgenossenschaft	101	103
„ Holzindustrieberufsgenossenschaft	11	18
Süddeutsche Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft	55	72
„ Edel- und Unedel-Metall-Berufsgenossenschaft	1	—
Berufsgenossenschaft der Feinmechanik	4	6
Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie	3	—
Deutsche Buchdruckerberufsgenossenschaft	12	11
Nahrungsmittel-Industrie-Berufsgenossenschaft	3	—
Tabakberufsgenossenschaft	3	3
Müllereiberufsgenossenschaft	1	3
Bekleidungsindustrieberufsgenossenschaft	4	2
Süddeutsche Textilberufsgenossenschaft	3	3
Brauerei- und Mälzereiberufsgenossenschaft	36	30
Ziegeleiberufsgenossenschaft	1	1
Berufsgenossenschaft der deutschen Schornsteinfegermeister	1	1
Berufsgenossenschaft der Gas- und Wasserwerke	14	12
Lagereiberufsgenossenschaft	20	13
Fuhrwerksberufsgenossenschaft	7	4
Tiefbauberufsgenossenschaft	42	9
Straßen- und Kleinbahnen-Berufsgenossenschaft	6	4
Land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft für Unterfranken	12	9

Auf das Baugewerbe (Hoch- und Tiefbau) entfallen hienach 143 Unfälle d. i. 42,2 % gegen 47,4 % in den Jahren 1896 mit 1900.

§ 46.

Invaliden-Versicherung.

Über die Invalidenversicherung ist Neues nicht zu berichten; sie nahm die vorauszusehende Entwicklung und brachte wiederum eine beträchtliche Steigerung der Renten-Anweisungen. Die fortgesetzte Zunahme der Renten-Empfänger verbunden mit der steten Belehrung des Publikums über die gesetzlichen Bestimmungen bewirkten nicht nur eine unverkennbare Steigerung des Interesses an der Versicherungs-Einrichtung, sondern auch eine erfreuliche Mitwirkung der Bevölkerung bei dem Vollzug des Gesetzes.

Die Abwicklung bezw. Entwicklung des Versicherungsgeschäftes läßt sich aus folgenden Ziffern ersehen:

Im Berichtsjahre wurden mit Marken gefüllte Quittungskarten zum Umtausch vorgelegt

7900 für männliche Versicherte,
5775 „ weibliche „

13675 in Summa, gegen das Vorjahr eine Mehrung von 675 Karten, obwohl durch die Einführung der Vierteljahrs- und Zwei-Wochen-Beitragsmarken die Karten in vielen Fällen länger benutzt werden können, als früher.

An Renten wurden angewiesen:

9 Altersrenten und 235 Invalidenrenten, in Summa 244, gegen das Vorjahr eine Mehrung von 48 Renten.

Die bis zum Schluſſe des Jahres bezogenen Renten variieren und zwar die Altersrenten zwiſchen 8,90 ℳ und 16,80 ℳ, die Invalidenrenten zwiſchen 9,30 ℳ und 16,15 ℳ.

Eine weitere geſetzliche Aufgabe wurde ſeitens der unterfränkiſchen Verſicherungs-Anſtalt dadurch erfüllt, daß ſie zur Wiederherſtellung der Erwerbsfähigkeit bei ungefähr zehn Verſicherten ein Heilverfahren, in den meiſten Fällen durch Unterbringung der Kranken in der Lungenheilſtätte Luitpoldheim bei Lohr auf die Dauer eines Vierteljahres eintreten ließ.

Zu erwähnen iſt hier ferner die Erſtattung von Verſicherungsbeiträgen; an die Hinterbliebenen von 5 geſtorbenen männlichen Verſicherten wurden Beiträge bis 65 ℳ, an rund 130 weibliche Verſicherte nach ihrer Verehelichung Beiträge von 20—55 ℳ erſtattet.

Am Schluſſe des Berichtsjahres bezogen unter Kontrolle des Stadtmagiſtrats rund 720 Perſonen Renten im durchſchnittlichen Betrage von 12 ℳ monatlich, ſo daß die Summe, die der hieſigen Bevölkerung im Jahre 1901 an Renten zugefloſſen iſt, mindeſtens auf 100000 ℳ geſchätzt werden muß. Außerdem beziehen zahlreiche Inſaſſen des Juliusſpitals und Bürgerſpitals unter Kontrolle dieſer Anſtalten Renten.

Dagegen wurden bei den hieſigen Poſtanſtalten für Beitragsmarken vereinnahmt:

1901	195555 ℳ.

Die einſchlägigen Ziffern aus den Vorjahren ſind:

1896	166618 ℳ,
1897	182762 ℳ,
1898	177594 ℳ,
1899	190029 ℳ,
1900	185458 ℳ.

§ 47.

Pensionskasse für die städtischen Beamten.

Bezüglich der Rechte und Pflichten der Mitglieder dieser Kasse sowie der Leistungen der Kasse an die Mitglieder und deren Angehörige vergl. VIII. Verwaltungsbericht S. 147 und IX. Verwaltungsbericht S. 200.

Die Zahl der im Jahre 1901 zur Pensionskasse beitragspflichtigen Mitglieder betrug 118 gegen 121 im Vorjahr.

Pensionen wurden ausbezahlt an:

Beamte	25	gegen	23	im	Vorjahr
Witwen	42	„	40	„	„
Waisen	17	„	16	„	„ .

Da die städtische Sparkasse wegen mangelnder Rentenüberschüsse pro 1901 den mit 17 000 ℳ etatisierten Zuschuß nicht leisten konnte (vergl. § 19), mußte die Stadtkämmerei einen entsprechend höheren Zuschuß leisten. Derselbe betrug im ganzen 63 172 ℳ 52 ₰.

Das Stammvermögen der Pensionskasse betrug

Ende	1901	144 972	ℳ	34	₰ und
„	1900	140 310	„	34	„ , hat sich somit um
		4 662	ℳ	—	₰

während der Berichtsperiode erhöht.

Bezüglich der Rechnungsergebnisse ist der II. Abschnitt zu vergleichen.

§ 48.

Penſionskaſſe für die ſtädtiſchen Bedienſteten.

In der Organiſation der Penſionskaſſe für die ſtädtiſchen Bedienſteten iſt im Berichtsjahre eine Änderung nicht eingetreten. Es kann deshalb hier lediglich auf die Rechnungsergebniſſe im II. Abſchnitt verwieſen werden. Von der dort ausgewieſenen Penſionsſumme zu 12 188 ℳ 79 ₰ treffen:

2 367,36 ℳ auf 16 Witwen und 1 Waiſe, berechnet nach den Normen des alten Statuts,

6 346,64 ℳ auf 11 Penſioniſten,
3 474,79 ℳ auf 15 Witwen und 26 Waiſen } nach dem neuen Statut.

§ 49.

Penſionskaſſe für die ſtädtiſchen Lehrer und Lehrerinnen.

Für das Berichtsjahr iſt eine Änderung in der Organiſation der Lehrerpenſionskaſſe nicht zu berichten. Bezüglich der Rechnungsergebniſſe wird auf die Zuſammenſtellung im II. Abſchnitt verwieſen.

Die Summe der hienach ausgezahlten Penſionen zu 12 983 ℳ 27 ₰ verteilt ſich folgendermaßen:

6 039,67 ℳ an 3 Lehrer und 1 Lehrerin,
1 612,20 ℳ an 4 Lehrerswitwen,
542,40 ℳ an 7 Waiſen,
4 789,— ℳ an 5 Lehrer, 3 Lehrerinnen, 3 Witwen, 1 Waiſe nach den alten Penſionsnormen.

§ 50.

Stiftungswesen.

I. Allgemeines.

Die Zahl der unter magistratischer Verwaltung stehenden Stiftungen ist im Berichtsjahr von 106 auf 108 gestiegen.

Das Gesamtvermögen dieser Stiftungen belief sich Ende 1901 auf 8 720 352 ℳ 51 ₰ gegen 8 595 128 ℳ 43 ₰ Ende 1900.

II. Neue Stiftungen.

Im Berichtsjahr sind zwei neue Stiftungen in Zugang gekommen.

1. Die Karl und Magdalena Riesing'sche Stiftung.

Die am 12. November 1900 in München verstorbene Frau Magdalena Riesing, Witwe des Privatiers, früheren Goldarbeiters Karl Riesing von hier, hat in ihrem Testament vom 17. Januar 1889 50000 ℳ ausgesetzt mit der Bestimmung, daß alljährlich

a) die Hälfte der Zinsen hieraus eine ohne Verschulden in ihren Verhältnissen herabgekommene Bürgersfamilie — in einem Jahr eine katholische, im nächsten eine protestantische — zur Aufhilfe in ihrem Geschäft erhalten,

b) die andere Zinshälfte an arme Kranke und Rekonvaleszenten ohne Rücksicht auf deren Konfession, welche in Würzburg ständigen Aufenthalt haben, zum Zweck ihrer Herstellung und Erholung verteilt werden soll.

Die Verwaltung dieser Stiftung wurde dem Magistratsrat Conrad übertragen.

2. Die Franz Josef und Anna Schmitt'sche Stiftung.

Dieselbe wurde von den Kindern und Erben der dahier verlebten Kaufmannseheleute Franz Josef Schmitt und Anna, geb. Riederer, mit einem Kapital von 3000 ℳ ins Leben gerufen. Die Renten des Stiftungskapitals sollen nach dem Stiftungsbrief vom 17. Januar 1901 alljährlich an 10 dürftige und würdige, dahier beheimatete Familien ohne Rücksicht auf ihre Konfession als Weihnachtsgeschenke verteilt werden. — Auch für diese Stiftung wurde Magistratsrat Conrad als Verwalter aufgestellt.

Außerdem hat

a) der Sohn eines hiesigen Bürgers aus Anlaß des Ablebens seines Vaters dem Stadtmagistrat einmalig 500 ℳ zur gleichheitlichen Verteilung an 10 dahier beheimatete und dahier wohnhafte, dürftige und würdige, nicht konskribierte Personen zu Weihnachten 1901 zur Verfügung gestellt;

b) die am 22. Oktober 1901 dahier verlebte Privatiere Anna Marie Sündermahler dem Stadtmagistrat den Betrag von 500 ℳ zur Verteilung an würdige, verschämte Arme vermacht. Letzterer Betrag wurde unter 32 Personen in Beträgen von 5 bis 25 ℳ gleichfalls zu Weihnachten 1901 verteilt.

III. Besonderes über einzelne größere Stiftungen.

a) Das Bürgerspital zum heiligen Geist

ist eine der wichtigsten und bedeutendsten Stiftungen Würzburgs und wurde im Jahre 1319 mit 12 Pfründen ins Leben gerufen.

Die Zahl der inneren Pfründen betrug

im Jahre
1806: 71
1853: 92
1870: 100; außerdem
10 äußere.

Seit 1893 ist der Pfründestatus folgender:

33 innere männl.
47 „ weibl.
24 äußere männl.
46 „ weibl.

Von den äußeren Pfründnern beziehen

9 männl. und 9 weibl. je 300 ℳ,
15 „ „ 37 „ „ 270 „

jährlich.

Die Ausgaben hiefür beliefen sich im Jahre 1901 auf 19440 ℳ gegen 11880 ℳ im Jahre 1891 und 10260 ℳ im Jahre 1881.

Der Gesamtaufwand für den Unterhalt der äußeren und inneren Pfründner betrug im Berichtsjahr 76233 ℳ 55 ₰ gegen 77678 ℳ 88 ₰ im Jahre 1891 und 67719 ℳ 40 ₰ im Jahre 1881.

Die Rentenüberschüsse der mit dem Bürgerspital verbundenen „Vereinigten Pflegen" werden alljährlich an die Gabrielspflege abgeführt und diese liefert dieselben als Entschädigung für Wohnung und Verpflegung der einschlägigen Pfründner an die Bürgerspitalstiftung ab.

Diese Überschüsse betrugen im Jahre 1901 7039 ℳ 61 ₰ bei 4285 Verpflegstagen, sohin ergibt sich ein Verpflegssatz von 1 ℳ 64,3 ₰ pro Kopf und Tag gegen 1 ℳ 74,5 ₰ im Jahre 1900 bei 3723 Verpflegstagen und einem Betriebsüberschuß von 6497 ℳ 52 ₰.

Der Status der inneren Pfründner der Gabrielspflege wurde nach Magistrats-Beschluß vom 13. November 1900 ab 1. Januar 1901 auf 12 — gegen 10 des Vorjahres — festgesetzt, wodurch sich das Mehr an Verpflegstagen ergibt.

Der Personalstand pro 1901 war folgender:

31 innere männl. Pfründner,
46 „ weibl. „
24 äußere männl. „
46 „ weibl. „
7 Pensionäre und Pfründner der Verwalter Seuffert'schen Stiftung,
12 innere } Gabrielspflege-Pfründnerinnen,
8 äußere }
12 Dienstboten,
2 Aushilfsdienstboten,
6 Gartentaglöhner, Haustaglöhner und Wäscherinnen,
4 Weinbergsarbeiter (kranke),
1 Wärterin der Gabrielspflege

in Summa: 199.

Die Verpflegstage betrugen 37007½ gegen 36940 im Vorjahre.

Der Verpflegungsaufwand inkl. Bedienung, Bekleidung, Beheizung ꝛc. belief sich pro Kopf und Jahr auf 545 ℳ 68 ₰.

Das Gesamtvermögen des Bürgerspitals bezifferte sich am Schlusse des Jahres 1901 auf

2 631 686 ℳ 06 ₰ gegen 2 603 023 ℳ 74 ₰ im Vorjahre.

Das Vermögen der vereinigten Pflegen — Gabrielspflege —, dann der Bolongaro-Crevenna'schen, Kehr'schen und Trenner'schen Stiftung — beträgt

443 302 ℳ 39 ₰, so daß sich ein Gesamtvermögen von

3 074 988 ℳ 45 ₰ ergibt.

Die Vermögensmehrung in einem Zeitraum von 25 Jahren beziffert sich auf 648 984 ℳ 72 ₰.

Der Grundbesitz der Bürgerspitalstiftung umfaßt nunmehr eine Fläche von 316 ha 825 a = 929 Tagw. 830 Dez. oder 1614 Morgen und hat sich in dem gleichen Zeitraum um 796 Morgen vermehrt.

Von diesem Besitz treffen:

	Hektar	Ar	Tagwerk	Dezimalen
a) auf das Anstaltsanwesen mit Garten, auf die Wohnhäuser Theaterstraße 15/17, Ulmergasse 2 und Innerer Graben 10 sowie Ludwigstraße 1½ inkl. Garten	1	636	4	803
b) auf das Schlüpferleinsmühlgut mit dem Gebäudeanwesen am Rosenmühlweg	110	470	324	195
c) auf das Hausökonomiegut mit Einzelpachtgrundstücken und Wiesen	44	156	129	586
d) auf das Anwesen im Frauenland, Sieboldstraße	4	565	13	395
Übertrag	160	827	471	979

	Hektar	Ar	Tagwerk	Dezimalen
Übertrag	160	827	471	979
e) auf das Gut Rothof, Veitshöchheimerstraße, mit Einzelpachtgrundstücken	60	840	178	588
f) auf das Gut Straußhof, Veitshöchheimerstraße	48	132	141	265
g) auf das Weingut mit Rebschule	35	107	103	019
h) auf eine Waldfläche bei Höchberg	11	919	34	979
Summe	316	825	929	830

Veräußerungen wurden im Berichtsjahre nicht vorgenommen.

Erworben wurden 2 Weinberge im Roßberg und 1 desgl. im Lindlesberg, 2 Grundstücke in der Nähe des Rot- und Straußhofes mit einem Kostenaufwand von 18022 ℳ 30 ₰ inkl. Verlautbarungskosten.

Auf dem Gute Rothof wurden mit einem Kostenaufwande von beiläufig 18000 ℳ größere Erweiterungsbauten vorgenommen.

Das Bürgerspital beteiligte sich bei der Kochkunstausstellung hier im Herbste 1901 mit einer Kollektion Eigenbauweine, blieb jedoch außer Konkurrenz.

Einem Antrage des Bürgerspitalrentamtes vom 18. September 1901 entsprechend wurde mit Magistratsbeschluß vom 2. Oktober 1901 genehmigt, daß erstmals 1901 nach beendigter Lese Weinbergs-Arbeitern und -Arbeiterinnen mit mehr als 5jähriger Arbeitszeit Prämien und solchen mit über 10jähriger Arbeitszeit überdies noch Diplome behändigt werden. Es wurden hiefür verausgabt:

				Zahl der Dienstjahre	
An 2 Personen je	5 ℳ			6	10 ℳ
„ 6 „ „	10 „	(und je ein Diplom)		11—15	60 „
„ 1 Person	20 „	(und ein Diplom)		19	20 „
„ 1 „	30 „	(und ein Diplom)		29	30 „
				Summe:	120 ℳ

Seit der letzten Berichterstattung hat sich eine Änderung in dem Personalstande des Rentamtes nicht ergeben.

Die ausführliche Betriebsrechnung der Bürgerspitalstiftung nebst Vermögensausweis ist in Abschnitt II ersichtlich.

b) Ehehaltenhaus.

Das reine Vermögen der Anstalt betrug in Summa 390485 ℳ 32 ₰, gegen das Jahr 1900 mehr: 623 ℳ 99 ₰.

Am letzten Dezember 1901 befanden sich in der Anstalt:

1 Hausvater,
1 Hausmutter,
7 Dienstboten (Köchin, Wärterinnen, Hausmagd),
14 männliche Pfründner,
19 weibliche Pfründner,
28 Stadtkuristen,
5 fremde Kuristen,
1 Mitglied der Gemeinde-Krankenversicherung

76 Personen.

Die Verwaltung führte Magistratsrat Albrecht.

Über die Rechnungsergebnisse vgl. II. Abschnitt.

c) Hueberspflege (Josephs-Spital).

Die Stiftung war am Schlusse des Jahres 1901 mit einem Hausvater, einer Hausmutter, einer Köchin, einer Wärterin und einer Magd sowie mit 23 Pfründnerinnen besetzt; die Zahl der äußeren Pfründnerinnen I. Klasse, welche je 216 ℳ pro Jahr beziehen, betrug 46, die der Pfründnerinnen II. Klasse, welche je 168 ℳ jährlich erhalten, 21. Außerdem besteht noch die sog. Graßmannspfründe, welche mit einer Pfründnerin besetzt ist.

Gegenüber dem Vorjahr ist eine Vermögens-Mehrung von 6167 ℳ 12 ₰ eingetreten.

Die Verwaltung lag auch im Jahre 1901 in den Händen des Magistratsrats Albrecht.

Die Vermögensrechnung siehe im II. Abschnitt.

d) Siechenhaus-Pflege.

Bei der Siechenhauspflege sind im Jahre 1901 keine besonderen Änderungen gegenüber den Vorjahren zu verzeichnen.

Verpflegt wurden in der Anstalt 10 Pfründner auf 3365 Tage und 2 Dienstboten auf 730 Tage, in Summe 4095 Tage. Ferner ist ein Pfründner auf Kosten des Siechenhauses in der Kreisanstalt für Unheilbare zu Römershag untergebracht.

Für vorstehende 4095 Verpflegstage betragen die Verpflegskosten ausschließlich der Verwaltungskosten, der Ausgaben für die Gebäude ꝛc. und abzüglich der Verpflegskosten nach Römershag in Summe 5219 ℳ 02 ₰, sohin pro Kopf und Tag 1 ℳ 27½ ₰.

Im Berichtsjahre ergab sich eine Mehreinnahme von 5716 ℳ 22 ₰, wovon 1974 ℳ 60 ₰ kapitalisiert und 3741 ℳ 62 ₰ als Kassebestand auf das Jahr 1902 übertragen wurden.

Das reine Vermögen betrug am Schlusse des Jahres 1901 in Summa 267977 ℳ 50 ₰, hievon sind 258391 ℳ 93 ₰ rentierlich, was für das Berichtsjahr einen Vermögenszuwachs von 3074 ℳ 77 ₰ bedeutet.

Die Verwaltung führte bis zum Mai 1901 Magistratsrat Hofmann, von da ab Magistratsrat Weber.

Über die Rechnungsergebnisse im einzelnen siehe Abschnitt II.

e) Julius Wölffel'sche Spital-Stiftung für alte dienstunfähige Gesellen und Knechte.

Das Gesamtvermögen nahm im Berichtsjahr gegen das Jahr 1900 um nahezu 2400 ℳ zu.

Am Jahresschlusse waren 7 katholische und 7 protestantische Pfründner sowie 1 Hausvater, 1 Hausmutter und 1 Hausmagd in der Anstalt. Die Zahl der Verpflegstage betrug 5848, die Ausgaben auf den Zweck bezifferten sich auf 7099 ℳ 54 ₰, sohin pro Kopf und Tag 1 ℳ 21 ₰ ohne Einrechnung der Verwaltungskosten und der Kosten auf Unterhaltung der Stiftungsgebäude.

Magistratsrat Albrecht war auch im Jahre 1901 Verwalter der Stiftung.

Über die Rechnungsergebnisse vgl. Abschnitt II.

§ 51.

Gemeindewaisenrat.

In Zusammensetzung und Organisation des Gemeindewaisenrats haben sich im Berichtsjahre Änderungen nicht ergeben.

Am 30. Dezember 1901 fand eine Besprechung der Waisenräte unter Zuziehung der Vormundschaftsrichter statt, in welcher neben Anregungen und Anfragen seitens der Waisenräte der Meinung Ausdruck verliehen wurde, daß ein Bedürfnis zur Aufstellung von Waisenpflegerinnen sowie zur Aufstellung einer Geschäftsordnung für den Gemeindewaisenrat auch im Berichtsjahre nicht hervorgetreten sei.

§ 52.

Armenpflege.

Der Armenpflegschaftsrat hatte im Jahre 1901 folgende Zusammensetzung:

I. rechtsk. Bürgermeister Michel Philipp, k. Hofrat, I. Vorstand.

Abgeordnete des Magistrats:

Bolzano Karl, Magistratsrat, II. Vorstand,
Dunzinger Georg, „
Conrad Franz, „
Stöhr Karl, „
Dr. Lill Johannes, „
Steinam Aquilin, „
Eckert Franz Michael, „

Abgeordnete des Gemeindekollegiums:

Seitz Franz Lukas, Parkettbodenfabrikant, k. Hoflieferant,
Dehner Johann, Privatier,
Roth Johann Heinrich, Privatier,
Klug Wendelin, Kaufmann,
Hinterberger Franz, Privatier,
Kauffmann Adam Jakob, Privatier,
Römmelt Valentin, Sattlermeister.

Gewählte Armenpflegschaftsräte:

Schreiber Andreas, Privatier,
Mainhart Georg, Seilermeister,
Moser Melchior, Kunstgärtner, k. Hoflieferant,
Schöppner Josef, Privatier,
Lender Kilian, Privatier,
Kuhn Jakob, Korbwarenfabrikant,
Milz Michael, Sattlermeister,
Rockenmeyer Josef, Privatier,
Entres Lothar, Uhrmacher,
Höfling Georg, Privatier,
Göpfert Franz, Konditor,
Sturm Urban, Seifenfabrikant,
Spengler Georg, Glasermeister,
Hergenröther Jakob, Privatier.

Pfarrei-Vorstände:

Braun Dr. Karl, Domkapitular und Dompfarrer,
Heßdörfer Kaspar, Stadtpfarrer zu Stift Haug,
Fischer Dr. Engelbert, Stadtpfarrer zu St. Gertraud und päpstlicher Hausprälat,
Erk Johann, Stadtpfarrer zu St. Peter,
Kempf Emil, Stadtpfarrer zu St. Burkard und bischöflicher geistlicher Rat,
Pachelbel Johann Friedrich, Dekan und 1. protestant. Stadtpfarrer.

Vorstand der israelitischen Kultusgemeinde:

Stern Dr. Otto, k. Justizrat und Rechtsanwalt.

K. Bezirksarzt:

Der k. Bezirksarzt Dr. Georg Engelhardt wurde nach kurzer Amtstätigkeit im Monat September 1901 wegen Krankheit auf 1 Jahr in den Ruhestand versetzt und zu dessen Nachfolger ab 1. Dezember desselben Jahres der k. Bezirksarzt Dr. Franz Eduard Hofmann ernannt.

Der am 23. Juli 1901 zum II. rechtsk. Bürgermeister gewählte bisherige Rechtsrat Max Ringelmann wurde mit dem 14. August 1901

als dem Tage seiner Bestätigung als II. rechtsk. Bürgermeister kraft gesetzlicher Bestimmung Mitglied des Armenpflegschaftsrates.

Das Kassawesen des Armenpflegschaftsrates erfuhr im Berichtsjahre eine wesentliche Änderung, indem durch übereinstimmende Beschlüsse beider städtischer Kollegien vom 2. November und 6. Dezember 1900 die Geschäfte des Sekretariats und der Kasseverwaltung mit Wirkung vom 1. Februar 1901 ab einem besoldeten Kassier und Kontrolleur übertragen wurden; letztere erhielten auch die Verwaltung von sechs hauptsächlich auf Armenunterstützung abzielenden städtischen Stiftungen zugewiesen.

Der bisherige Kassier, Armenpflegschaftsrat Georg Mainhart, wurde vom Zeitpunkte des Überganges der Kassageschäfte an die neue Verwaltung unter Anerkennung seiner langjährigen eifrigen, ersprießlichen und uneigennützigen Dienstleistungen seiner Funktion enthoben.

Die Haupttätigkeit des Armenpflegschaftsrates bestand in der Verabreichung von ständigen und vorübergehenden Unterstützungen an Arme und Kranke, in der Obsorge für Erziehung und Ausbildung armer Kinder, für Pflege geistesschwacher, geisteskranker und sonst gebrechlicher und kranker Personen sowie in der Unterbringung erwerbsunfähiger und hilfloser Personen in geeigneten Anstalten.

Andererseits war der Armenpflegschaftsrat aber auch stets bestrebt, seiner nicht minder großen Aufgabe, der Verarmung entgegenzuwirken, insoweit gerecht zu werden, als dies nur immer möglich war, insbesondere durch Dotierung sämtlicher hiesiger Kinderbewahranstalten, durch Unterbringung von Kindern in den hiesigen Knaben- und Mädchenhorten, durch Ermöglichung der Ausbildung armer Knaben und Mädchen sowie durch Umgangnahme von Ersatzleistungen seitens solcher Personen, welche in dürftigen Verhältnissen leben.

Nachstehend folgt eine Übersicht über die Hauptergebnisse der Armenverwaltung im Berichtsjahre, welche die Zahl der unterstützten Personen ersehen läßt.

Hinsichtlich der Rechnungsergebnisse der Verwaltung der Armenkasse wird auf den II. Abschnitt dieses Berichtes Bezug genommen.

Hauptergebnisse der Armenverwaltung im Jahre 1901.

Unterstützte Personen.

Die Zahl der von der Armenpflege unterstützten Personen beträgt im ganzen 1528.

Darunter befinden sich:

1.	Ständig unterstützte (konskribierte) Arme	774
2.	Im Ehehaltenhause untergebrachte Arme exkl. der Pfründner	55
3.	Vorübergehend unterstützte Arme	398
4.	Geisteskranke inkl. der in der psychiatrischen Klinik der k. Universität untergebrachten Geisteskranken	65
5.	In hiesigen Erziehungsanstalten untergebrachte Kinder	80
6.	Bei hiesigen Pflegeeltern untergebrachte Kinder	56
7.	In der Besserungsanstalt Oberzell	4
8.	„ „ St. Nikolaus-Anstalt in Andechs	1
9.	„ „ St. Johannispflege in Aschaffenburg	2
10.	„ „ Idiotenanstalt St. Josefshaus in Gemünden	1
11.	„ „ Blödenanstalt in Himmelkron	1
12.	„ „ Knabenrettungsanstalt Karlstadt	2
13.	„ „ Kinderbewahranstalt Markteinersheim	1
14.	„ dem kathol. Waisenhause Miltenberg	1
15.	„ „ evang. Waisenhause München	2
16.	„ der Diakonissenanstalt Neuendettelsau	1
17.	„ „ Pflege- und Krippenanstalt Nürnberg	1
18.	„ „ Kreisanstalt für Unheilbare in Römershag	2
19.	„ dem evang. Waisenhause Marienthal in Schweinfurt	1
20.	„ der St. Josefsanstalt in Ursberg	1
21.	„ dem kathol. Waisenhause Wörth a. M.	2
22.	Mit Lehrmitteln unterstützte Kinder*)	6
23.	Unterstützte Lehrlinge	6
24.	Erstkommunikanten	65

*) Nach den Beschlüssen der beiden städtischen Kollegien vom 30. April und 5. Mai 1901 sind die Kosten für an hier beheimatete, arme Kinder abgegebene Lehrmittel in der Folge auf die Lokalschulkasse zu übernehmen, um diesen Unterstützungen den Charakter öffentlicher Armenunterstützung mit der Folge des Verlustes politischer Rechte zu benehmen.

§ 53.

Naturalverpflegungsstation, Wärmestuben, Suppenanstalten.

I. Naturalverpflegungsstation.

An der Organisation der Naturalverpflegungsstation hat sich im Berichtsjahre nichts geändert.

Die Frequenz war entsprechend dem obwaltenden wirtschaftlichen Tiefstand eine wesentlich höhere als im Vorjahre. Es haben im Jahre 1901 bei der Station 9954 Personen vorgesprochen, 9925 Personen wurden wirklich verpflegt gegen 7005 im Vorjahre. 29 haben ihre Verpflegungskarte unbenutzt zurückgegeben.

9924	Personen	erhielten	Nachtquartier,
9924	„	„	Frühstück,
6439	„	„	Mittagessen,
9924	„	„	Abendessen.

Auf die einzelnen Monate verteilen sich die Zugewanderten wie folgt:

Januar	809,
Februar	671,
März	707,
April	564,
Mai	609,
Juni	697,
Juli	764,
August	952,

September	820,
Oktober	1004,
November	1166,
Dezember	1191.

Von den Stationsgästen haben 3486 keine Arbeit geleistet und zwar 3320, weil sie sich an einem Sonn- oder Feiertag hier aufhielten.

Der Aufwand für die Station betrug 8664 ℳ 40 ₰ gegen 6728 ℳ 55 ₰ im Vorjahre. Beschäftigt wurden die Wanderer vom Stadtbauamt I und von der Stadtgärtnerei.

Der Wertsanschlag der Arbeitsleistung mit 10 ₰ pro Stunde hat im wesentlichen einen nur statistischen Wert. Es würde sich hienach der Wert der Arbeitsleistung auf 2811 ℳ 40 ₰ belaufen.

Die Zahl der Verurteilungen wegen Bettels und Landstreicherei ist von 248 im Jahre 1900 auf 371 im Jahre 1901 gestiegen.

II. Wärmestuben und Suppenanstalten.

Der milde Winter ließ die Eröffnung der Wärmestuben in den Gasthäusern „zum Matrosen" und „zur Wachtel" nur ganz vorübergehend vom 18. mit 21. Dezember 1901 als erforderlich erscheinen. Während dieser Zeit wurden 97 Billete für Suppenportionen abgegeben. Die erwachsenen Gesamtkosten berechnen sich auf 40 ℳ 70 ₰.

II. Abschnitt.

Summarische Übersicht

der

Rechnungsergebnisse pro 1901

der sämtlichen unter der Verwaltung des Stadtmagistrats stehenden Gemeinde- und Stiftungskassen sowie der Armenpflege.

A. Gemeindekassen.

I. Stadtkämmereikasse.

a) Auszug aus der Rechnung der Stadtkämmerei

über die hauptsächlichsten Erträgnisse des Gemeindevermögens, der Gemeindeanstalten, der direkten und indirekten Umlagen, sowie der hierauf bezüglichen Ausgaben.*)

Vortrag	Wirkliche				Abgleichung			
	Einnahmen		Ausgaben		Überschuß		Mehraufwand	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Tit. II. Gemeindevermögen.								
Kapitalzinsen	97 990	12	170	25	97 819	87	—	—
Weinberge	33	32	69	—	—	—	35	68
Ringparkanlagen	2 657	74	35 410	47	—	—	32 752	73
Gebäude, Mietwohnungen	94 570	38	59 764	48	34 805	90	—	—
Gutskomplexe, Grundstücke	16 563	18	2 177	01	14 386	17	—	—
Stadtbäche	19	81	1 816	38	—	—	1 796	57
Installationsgeschäft	402 771	23	353 945	21	48 826	02	—	—
Elektrizitätswerk	65 073	91	196	44	64 877	47	—	—
Rechte	3 459	55	52	42	3 407	13	—	—
Gaswerk	204 031	53	—	—	204 031	53	—	—
Tit. III. Gemeindeanstalten.								
Schlacht- und Viehhof	56 363	53	44 401	18	11 962	35	—	—
Kühlhaus	28 084	49	15 445	68	12 638	81	—	—
Volksbrausebad	5 785	86	6 055	73	—	—	269	87
Desinfektionsanstalt	314	60	690	88	—	—	376	28
Wasserwerk	214 968	18	—	—	214 968	18	—	—
Leihanstalt	849	23	—	—	849	23	—	—

*) Die einzelnen Rechnungsposten, aus denen sich die nachfolgenden Zahlen zusammensetzen, sind unter b) Hauptergebnisse der Stadtkämmereikasse verzeichnet.

Vortrag	Wirkliche				Abgleichung			
	Einnahmen		Ausgaben		Überschuß		Mehr-aufwand	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Sparkasse	285	—	—	—	285	—	—	—
Friedhof	18 645	95	—	—	18 645	95	—	—
Viktualienmarkt	22 137	82	4 575	03	17 562	79	—	—
Fischmarkt	222	39	7	12	215	27	—	—
Jungschweinemarkt	912	60	—	—	912	60	—	—
Wollmarkt	44	40	227	37	—	—	182	97
Waganstalt	9 717	59	2 119	63	7 597	96	—	—
Staatshafen und Krahnen	6 166	40	826	69	5 339	71	—	—
Meßanstalt	11 917	39	1 015	36	10 902	03	—	—
Aichanstalt	6 980	62	383	16	6 597	46	—	—
Obstbaum-Alleen	2 143	10	1 979	67	163	43	—	—
Tit. IV. Amtsführung der Gemeindebehörden.								
Gebühren und Strafen	20 922	88	2 340	—	18 582	88	—	—
Mahngebühren	8	—	—	—	8	—	—	—
Droschkenfahrlicenzen	134	—	—	—	134	—	—	—
Reiselegitimationen	1 478	—	97	01	1 380	99	—	—
Radfahrkarten	910	—	—	—	910	—	—	—
Wohnungsaufschlüsse	270	80	—	—	270	80	—	—
Losungsscheine, Arbeitsbücher	61	40	—	—	61	40	—	—
Tierärztliche Zeugnisse	107	—	5	35	101	65	—	—
Standesamt	1 389	11	6 964	11	—	—	5 575	—
Gewerbegericht	91	50	2 478	09	—	—	2 386	59
Amtsanwaltschaft	3 000	—	4 410	—	—	—	1 410	—
Arbeitsamt	450	—	4 122	70	—	—	3 672	70
Naturalverpflegstation	300	—	7 946	—	—	—	7 646	—
Tit. V. Besondere gesetzliche Abgaben.								
Heimatrechtsgebühren	14 770	—	—	—	14 770	—	—	—
Bürgerrechtsgebühren	8 829	72	180	—	8 649	72	—	—

Digitized by Google

Vortrag	Wirkliche Einnahmen ℳ	₰	Wirkliche Ausgaben ℳ	₰	Abgleichung Überschuß ℳ	₰	Abgleichung Mehraufwand ℳ	₰
Besitzveränderungsabgaben	34 849	20	643	54	34 205	66	—	—
Hundegebührenanteil	14 062	93	1 467	89	12 595	04	—	—
Tit. VI. Verbrauchssteuern und Zölle.								
Fleischaufschlag	118 883	55	1 139	39	117 744	16	—	—
Getreide-, Mehl- und Brotaufschlag	177 320	43	95 595	73	81 724	70	—	—
Wildpretaufschlag	7 493	17	1 106	10	6 387	07	—	—
Weinaufschlag	37 931	59	229	46	37 702	13	—	—
Branntweinaufschlag	14 552	49	1 381	82	13 170	67	—	—
Kaffeeaufschlag	225	—	1	13	223	87	—	—
Pflasterzoll	45 227	—	2 291	26	42 935	74	—	—
Holzzoll	3 482	59	45	54	3 437	05	—	—
Krautzoll	133	38	—	67	132	71	—	—
Tit. VII. Sonstige öffentliche Einrichtungen.								
Distriktspolizeiverwaltung	26 500	—	233 563	10	—	—	207 063	10
Straßenbeleuchtung	2 947	34	52 819	19	—	—	49 871	85
Straßenreinigung	220	—	80 935	27	—	—	80 715	27
Abzugskanäle	16 606	50	487 786	33	—	—	471 179	83
Ortsstraßen und Wege	52 518	47	270 552	65	—	—	218 034	18
Feuerlöschwesen	4 550	—	17 024	17	—	—	12 474	17
Bachreinigung	323	03	1 816	38	—	—	1 493	35
Beschälstation	—	—	48	13	—	—	48	13
Zuchtstierhaltung	—	—	700	—	—	—	700	—
Tit. IX. Direkte Gemeinde-Umlagen	774 881	15	6 877	02	768 004	13	—	—

Digitized by

b) Hauptrechnung der Stadtkämmereikasse.

Voranschlag		Soll		Einnahmen	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
				Abt. I. Betriebsrechnung.				
				I. Aus den Vorjahren.				
20 000	—	146 960	28	1. Kassenbestand aus voriger Rechnung	146 960	28	—	—
—	—	26 145	91	2. Einnahmerückstände . . .	13 871	02	12 274	89
—	—	650	16	3. Rechnungsberichtigungen	650	16	—	—
—	—	2040	94	4. Vorschußleistungen auf laufende Ausgaben	762	48	1 278	46
—	—	5 269	04	5. Ersatzleistungen von der Vermögensrechnung	5 269	04	—	—
20 000	—	181 066	33	Summe Tit. I	167 512	98	13 553	35
				II. Aus dem unmittelbar rentierenden Gemeindevermögen.				
				1. An Kapitalzinsen				
101 001	67	88 519	80	a) aus dem eigentlichen Stammvermögen zu . . . ℳ 2 404 700.—	88 519	80	—	—
5 774	44	5 774	44	b) aus dem Vermögen der ehemaligen Lokalschulfondskasse zu 155 342.85	5 774	44	—	—
—	—	1 504	25	c) aus dem Dr. Gätschenberger'schen Legate zur Verschönerung der Ringparkanlagen zu . 40 700.—	1 504	25	—	—
				Übertrag: 2 600 742.85				
106 776	11	95 798	49	Übertrag:	95 798	49	—	—

Voranschlag ℳ	Voranschlag ₰	Soll ℳ	Soll ₰	Einnahmen		Wirklicher Anfall ℳ	Wirklicher Anfall ₰	Rückstände ℳ	Rückstände ₰
106 776	11	95 798	49		Übertrag:	95 798	49	—	—
					ℳ				
				Übertrag:	2 600 742.85				
2 028	33	2 096	53	d) aus dem Ablösungskapital für Unterhaltung ehemaliger Staatsstraßen zu . . .	56 700.—	2 096	53	—	—
—	—	95	10	e) aus dem Erneuerungsfond des städtischen Elektrizitätswerkes zu .	13 700.—	95	10	—	—
					Summe 2 671 142.85				
130 598	18	133 775	68	2. Aus dem Ertrage der Realitäten:					
				In eigener Regie		2 691	06	—	—
				In Verpachtung		107 153	37	—	—
				Geldanschläge für Diensträume ꝛc. .		23 931	25	—	—
432 550	—	467 845	14	3. Aus Erwerbsunternehmungen:					
				Vom Gas- und Wasser-Installationsgeschäft		398 778	51	3 992	72
				Vom städt. Elektrizitätswerk . . .		65 073	91	—	—
3 459	55	3 459	55	4. Aus Rechten:					
				Entschädigung für das Bierschankrecht		1 285	71	—	—
				Aus der Jagd, Pachtschilling . .		2 173	84	—	—
675 412	17	708 070	49		Summe Tit. II	699 077	77	3 992	72

Voranschlag		Soll		Einnahmen	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
				III. Aus öffentlichen Einrichtungen und Anstalten der Gemeinde.				
1 075	—	1 075	—	1. Auf Erziehung und Bildung:				
				Geldanschlag für die Lokalitäten des Volksbildungsvereins	175	—	—	—
				Geldanschlag für die Wohnung des Theater-Direktors	900	—	—	—
2 220	—	2 220	—	2. Auf Wohltätigkeit:				
				Geldanschlag für die den Kinderbewahranstalten und dem Knaben- und Mädchenhort überlassenen Lokalitäten	2 220	—	—	—
				3. Auf Gesundheit:				
54 800	—	56 363	53	Vom Schlacht- und Viehhof:				
				An Schlachtgebühren	43 521	53	—	—
				„ Fleischbeschaugebühren . . .	2 859	95	—	—
				„ Viehmarktgeld	4 473	80	—	—
				„ Stallgeldern	2 563	90	—	—
				„ Schafhürdengeldern	812	86	—	—
				Pacht für den Wirtschaftsbetrieb .	120	—	—	—
				An Mietzinsen	200	—	—	—
				Für den Stalldünger	377	85	—	—
				Anschlag der Dienstwohnungen . .	1 240	—	—	—
				Sonstige Einnahmen	193	64	—	—
58 095	—	59 658	53	Übertrag:	59 658	53	—	—

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
58 095	—	59 658	53	Übertrag	59 658	53	—	—
32 000	—	28 084	49	Vom Kühlhause:				
				Kühlzellenmiete	22 348	84	—	—
				Aus dem Verkaufe von Roheis . .	5 685	75	—	—
				Sonstige Einnahmen	49	90	—	—
5 100	—	5 785	86	Vom Volksbrausebad:				
				Für 41 630 Bäder à 10, 12 u. 15 ₰	5 785	86	—	—
600	—	314	60	Von der Desinfektionsanstalt . .	314	60	—	—
				6. Anstalten für Handel und Verkehr:				
23 000	—	22 137	82	Vom Viktualienmarkt	22 137	82	—	—
220	—	222	39	„ Fischmarkt	222	39	—	—
900	—	912	60	„ Jungschweinemarkt	912	60	—	—
50	—	44	40	„ Wollmarkt	44	40	—	—
9 500	—	9 717	59	Von der Waganstalt	9 717	59	—	—
6 600	—	6 166	40	Vom Staatshafen und Krahnen . .	6 166	40	—	—
11 200	—	11 917	39	Von der Meßanstalt	11 917	39	—	—
6 800	—	6 980	62	„ „ Aichanstalt	6 980	62	—	—
1 700	—	2 143	10	„ den Obstbaum-Alleen . . .	2 143	10	—	—
155 765	—	154 085	79	Summe Tit. III	154 085	79	—	—
				IV. Aus der Amtsführung der Gemeindebehörden.				
28 000	—	25 372	69	An Gebühren und Strafen, für Reiselegitimationen, Radfahrkarten, Kopialgebühren ꝛc.	25 372	69	—	—
				Summe Tit. IV für sich.				

Voranschlag		Soll		Einnahmen	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
				V. Aus besonderen, der Gemeinde gesetzlich zugewiesenen Abgaben.				
14 000	—	14 770	—	1. Heimatgebühren	14 770	—	—	—
9 000	—	8 829	72	2. Bürgerrechtsgebühren . .	8 829	72	—	—
56 000	—	34 849	20	3. Besitzveränderungsabgaben	34 849	20	—	—
14 000	—	14 062	93	4. Anteil an den Hundegebühren	14 062	93	—	—
93 000	—	72 511	85	Summe Tit. V	72 511	85	—	—
				. . . .				
				VI. Aus Verbrauchssteuern und Zöllen.				
				1. Verbrauchssteuern:				
116 000	—	118 883	55	Fleischaufschlag	118 883	55	—	—
190 000	—	177 320	43	Getreide-, Mehl- und Brotaufschlag	177 320	43	—	—
8 000	—	7 493	17	Wildpretaufschlag	7 493	17	—	—
38 000	—	37 931	59	Weinaufschlag	37 931	59	—	—
15 000	—	14 552	49	Branntweinaufschlag	14 552	49	—	—
225	—	225	—	Kaffeeaufschlag	225	—	—	—
				2. Zölle:				
48 000	—	45 227	—	Pflasterzoll	45 227	—	—	—
3 500	—	3 482	59	Holzzoll	3 482	59	—	—
100	—	133	38	Krautzoll	133	38	—	—
418 825	—	405 249	20	Summe Tit. VI	405 249	20	—	—

Voranschlag		Soll		Einnahmen	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
				VII. Sustentations-Beiträge, Zuschüsse und besondere Gegenleistungen.				
45 947	34	103 105	34	1. Beiträge der k. Staatskasse:				
				Für Handhabung der Distriktspolizei	26 500	—	—	—
				„ Besorgung der Amtsanwaltschaft	3 000	—	—	—
				Für Straßenbeleuchtung	2 947	34	—	—
				„ Straßenreinigung	220	—	—	—
				„ Unterhaltung von Ortsstraßen .	20 306	—	45 132	—
				„ das Feuerlöschwesen	4 550	—	—	—
				„ „ Arbeitsamt	450	—	—	—
7 776	—	8 302	30	2. Beiträge von Stiftungen:				
				Wohltätigkeitsstiftungen	8 008	44	—	—
				Unterrichtsstiftungen	35	—	—	—
				Kultusstiftungen	258	86	—	—
				3. Von besonders dotierten Kassen der Gemeinde:				
				Ersätze für Verzinsung des Anlagekapitals, dann Betriebsüberschüsse:				
1 600	—	849	23	Von der Leihanstalt	849	23	—	—
17 000	—	285	—	„ „ Sparkasse (Hälfte) . . .	—	—	—	—
				Entschädigung für Beheizung und Beleuchtung	285	—	—	—
229 000	—	204 031	53	Von der Gaswerkskasse	204 031	53	—	—
149 500	—	214 968	18	„ „ Wasserwerkskasse . . .	214 968	18	—	—
18 200	—	18 645	95	„ „ Friedhofkasse	18 645	95	—	—
469 023	34	550 187	53	Übertrag:	505 055	53	45 132	—

Voranschlag		Soll		Einnahmen	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
469 023	34	550 187	53	Übertrag:	505 055	53	45 132	—
—	—	779 564	13	Zuschüsse der städt. Schuldentilgungskasse à conto Stadtschuld:				
				Für den Bau des Sammelkanals .	469 816	74	—	—
				„ Anlage von Zufahrtstraßen zum 2. Grombühler Schulhaus . . .	34 366	36	—	—
				Für Erweiterung der Zellerstraße .	93	14	—	—
				„ Grunderwerbungen zum Ausbau der Heidingsfelder- und Randersackererstraße	4 106	75	—	—
				Für den Bau des Hochkais rechts des Maines oberhalb der Ludwigsbrücke.	4 033	82	—	—
				Für Grunderwerbungen zur Sammelkanal- und Hochkai-Anlage . .	78 203	80	—	—
				Für Herstellung der Anlagen auf dem Nikolausberg	5 996	29	—	—
				Für den Ausbau der Anlagen und Führung der Wasserleitung im Steinbachtal	1 527	30	—	—
				Für den Rathaus-Neubau . . .	2 572	44	—	—
				„ das städt. Elektrizitätswerk . .	60 764	22	—	—
				„ „ 2. Schulhaus im Grombühl	115 072	78	—	—
				Für Schlachthauserweiterung . . .	2 580	51	—	—
				„ das Zentral-Schulhaus . . .	429	98	—	—
—	—	27 729	43	Von der Getreidemagazinskasse:				
				Vorschuß für Straßenpflasterungen .	27 729	43	—	—
—	—	53 943	26	Von der Holzmagazinskasse Vorschüsse:				
				Für Ankäufe aus der Sattler'schen Sammlung	4 000	—	—	—
469 023	34	1 411 424	35	Übertrag:	1 316 349	09	45 132	—

Voranschlag M	Pf	Soll M	Pf	Einnahmen	Wirklicher Anfall M	Pf	Rückstände M	Pf
469 023	34	1 411 424	35	Übertrag:	1 316 349	09	45 132	—
				Für den Schweineschlachthausanbau	38 949	39	—	—
				„ „ Kühlhausausbau	10 993	87	—	—
—	—	1 657	34	Von der Kasse für Grunderwerbungen l/M. Rentenüberschuß	1 657	34	—	—
300	—	300	—	4. Vom Verein für freiwillige Armenpflege dahier Beitrag zur Unterhaltung der Naturalverpflegsstation.	300	—	—	—
37 002	66	51 026	70	5. Von Privaten:				
				Kanaleinleitungsgebühren	16 317	50	99	—
				Kanalanschlußgebühren	190	—	—	—
				Straßen- und Trottoirbaukosten-Beiträge.	30 156	04	1 674	99
				Für Reparaturpflasterungen . . .	381	44	—	—
				„ Häusernummerierungen . . .	70	—	—	—
				„ Bachreinigung	323	03	—	—
				„ Kanalisation und Ausbau der Leistenstraße	50	—	1 764	70
506 326	—	1 464 408	39	Summe Tit. VII	1 415 737	70	48 670	69
4 171	83	15 076	72	**VIII. Sonstige Einnahmen.**				
				An rückersetzten Steuern, an Gemeindeumlagen, Portis, Erlös aus verkauften Stadtplänen und Formularien, Rabatt für elektrischen Strombezug, Leihgebühren für Straßenwalzen, Ersätze für Pflasterungsmaterial u. dergl. . . .	15 076	72	—	—
				Summe Tit. VIII für sich!				

Voranschlag		Soll		Einnahmen	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
790 000	—			**IX. Aus direkten Gemeindeumlagen.**				
				Vom k. Stadtrentamt hier:				
		75	74	Nachholungen vom Vorjahre . . .	74	16	1	58
		7 938	96	90 % aus 8821.05 ℳ Grundsteuer	7 923	90	15	06
		264 323	62	„ „ 293692.91 „ Hausſteuer .	263 992	04	331	58
		220 236	67	„ „ 245625.91 „ Gewerbeſteuer . .	220 011	82	224	85
		190 702	55	„ „ 211945.57 „ Kapitalrentenſteuer .	190	89 19	313	36
		91 600	36	„ „ 102636.63 „ Einkommenſteuer . .	90 560	30	1 040	06
		3	25	Vom k. Rentamt Lauterecken . . .		25	—	—
790 000	—	774 881	15	Summe Tit. IX	772 954	66	1 926	49
				Wiederholung.				
20 000	—	181 066	33	I. Aus den Vorjahren . . .	167 512	98	13 553	35
675 412	17	703 070	49	II. Aus dem Gemeindevermögen	699 077	77	3 992	72
155 765	—	154 085	79	III. Aus öffentlichen Einrichtungen und Anſtalten	154 085	79	—	—
28 000	—	25 372	69	IV. Aus der Amtsführung . .	25 372	69	—	—
93 000	—	72 511	85	V. Aus beſonderen Abgaben .	72 511	85	—	—
418 825	—	405 249	20	VI. Aus Verbrauchsſteuern und Zöllen	405 249	20	—	—
506 326	—	1 464 408	39	VII. Aus Suſtentationsbeiträgen, Zuſchüſſen ꝛc.	1 415 737	70	48 670	69
4 171	83	15 076	72	VIII. Sonſtige Einnahmen . . .	15 076	72	—	—
790 000	—	774 881	15	IX. Aus direkten Gemeindeumlagen	772 954	66	1 926	49
2 691 500	—	3 795 722	61	Summe aller Einnahmen der Betriebsrechnung	3 727 579	36	68 143	25

Voranschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
				I. Auf den Bestand der Vorjahre.				
—	—	1 151	31	1. Zahlungsrückstände . . .	998	85	152	46
—	—	8	67	2. Rechnungsberichtigungen	8	67	—	—
—	—	1 159	98	Summe Tit. I	1 007	52	152	46
				II. Erhebung der Einnahmen, Bewirtschaftungskosten, Rückvergütungen.				
				1. Gemeinschaftliche Ausgaben.				
11 475	—	12 448	50	Personalaufwand für die Stadtkämmerei	12 448	50	—	—
				2. Auf das Gemeindevermögen:				
10	—	170	25	Auf die Kapitalien	170	25	—	—
290	—	204	56	„ „ Realitäten	204	56	—	—
327 700	—	353 945	21	„ den Betrieb des Gas- und Wasser-Installationsgeschäfts . .	353 945	21	—	—
—	—	196	44	Auf den Betrieb des städtischen Elektrizitätswerkes	196	44	—	—
				3. Auf Erhebung der übrigen Einnahmen:				
2 072	25	2 381	91	Auf Gebühren und Strafen . . .	2 381	91	—	—
1 120	—	643	54	„ Besitzveränderungsabgaben . .	643	54	—	—
342 667	25	369 990	41	Übertrag:	369 990	41	—	—

Voranschlag M	Pf	Soll M	Pf	Ausgaben	Wirklicher Anfall M	Pf	Rückstände M	Pf
342 667	25	369 990	41	Übertrag:	369 990	41	—	—
272	—	272	39	Auf Hundegebühren	272	39	—	—
108	—	180	—	„ Bürger- und Heimatrechtsgebühren	180	—	—	—
33 958	91	34 965	89	Auf Verbrauchssteuern und Zölle:				
				Personalausgaben für das Accisamt, die Accisnachgeher, Examinatoren ꝛc.	28 817	29	—	—
				Auf Fleischaufschlag	591	08	—	—
				„ Getreide-, Mehl- und Brotaufschlag	2 587	18	—	—
				Auf Wildpretaufschlag	76	10	—	—
				„ Weinaufschlag	189	46	—	—
				„ Branntweinaufschlag	366	18	—	—
				„ Kaffeeaufschlag	1	13	—	—
				„ Pflasterzoll	2 291	26	—	—
				„ Holzzoll	45	54	—	—
				„ Krautzoll	—	67	—	—
72 350	—	63 758	90	An Rückvergütungen:				
				Für ausgeführtes Mehl	61 124	95	—	—
				„ „ Fleisch	548	31	—	—
				„ „ Wildpret . . .	1 030	—	—	—
				„ denaturierten Branntwein . .	1 015	64	—	—
				„ ausgeführten Wein	40	—	—	—
1	09	2 698	93	Sonstige Ausgaben und Rückvergütungen	2 698	93	—	—
15	75	13	52	Auf zufällige Einnahmen	13	52	—	—
6 950	—	6 877	02	4. Auf Erhebung der direkten Gemeindeumlagen.				
				Dem k. Stadtrentamtmann . . .	6 877	02	—	—
456 323	—	478 757	06	Summe Tit. II	478 757	06	—	—

Voranschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
				III. Auf Passivreichnisse, Staatsauflagen.				
356	09	358	27	An die Friedhofkasse Legatzinsen zur Schmückung von Gräbern . . .	358	27	—	—
150	—	—	—	Reichnis für sog. Ratsbecher . . .	—	—	—	—
108	64	108	64	Althergebrachtes Reichnis an die hiesige Schützengesellschaft . . .	108	64	—	—
36	—	36	—	Pacht für ärarialische Grundstücke .	36	—	—	—
7 099	27	7 501	67	Staatssteuern, Kreisumlagen, Unfallversicherungsbeiträge	7 501	67	—	—
550	—	542	56	Gemeinde- und Distriktsumlagen .	542	56	—	—
8 300	—	8 547	14	Summe Tit. III	8 547	14	—	—
200	—	505	31	**IV. Auf Prozeß- und Exekutionskosten**	505	31	—	—
				Summe Tit. IV für sich.				
				V. Auf die Amtsführung der Gemeindebehörden.				
				1. Verwaltungsdienst:				
89 299	66	94 198	66	Personalaufwand	94 198	66	—	—
41 140	34	37 177	25	Auf sachliche Ausgaben	37 177	25	—	—
				2. Polizeiverwaltung:				
35 237	—	36 194	50	Für die Polizeibeamten ꝛc. . . .	36 194	50	—	—
169 190	—	168 817	37	„ „ Polizeimannschaft . . .	168 817	37	—	—
9 000	—	9 000	—	Geldanschlag der Bureaus . . .	9 000	—	—	—
343 867	—	345 387	78	Übertrag:	345 387	78	—	—

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Ausgaben	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
343 867	—	345 387	78	Übertrag:	345 387	78	—	—
13 203	—	12 742	—	Feld- und Weinbergshut . . .	12 742	—	—	—
7 810	—	6 809	23	Für sachliche Ausgaben	6 809	23	—	—
555	—	780	—	3. Auf Sustentationen . . .	780	—	—	—
5 950	—	6 964	11	4. Führung des Standesamts	6 964	11	—	—
4 380	—	4 410	—	5. Amtsanwaltschaft	4 410	—	—	—
2 100	—	2 478	09	6. Gewerbegericht	2 478	09	—	—
3 400	—	4 122	70	7. Arbeitsamt	4 122	70	—	—
1 000	—	1 342	79	8. Außerordentliche Dienstleistungen des Subalternpersonals	1 342	79	—	—
6 835	—	6 092	75	9. Kranken-, Invaliden-, Unfallversicherung	6 092	75	—	—
—	—	343	—	10. Unterstützungen an Bedienstete	343	—	—	—
389 100	—	391 472	45	Summe Tit. V	391 472	45	—	—
				VI. Auf öffentliche Einrichtungen und Anstalten der Gemeinde.				
500	—	559	35	1. Für den Kultus . .	559	35	—	—
				2. Für Erziehung und Bildung:				
260	—	260	—	Beitrag an das Kreis-Blindeninstitut	260	—	—	—
260	—	260	—	„ „ „ Kreis-Taubstummeninstitut	260	—	—	—
2 000	—	4 784	—	Für die städtischen Sammlungen .	4 784	—	—	—
500	—	971	40	„ „ Stadtbibliothek	971	40	—	—
3 520	—	6 834	75	Übertrag:	6 834	75	—	—

Digitized by Google

Vor-anschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
3 520	—	6 834	75	Übertrag:	6 834	75	—	—
		18 289	51	Für das Stadttheater und zwar:				
3 600	—			Barer Zuschuß	3 600	—	—	—
900	—			Anschlag der Wohnung des Theaterdirektors	900	—	—	—
8 868	—			Für Beleuchtung	8 765	31	—	—
1 437	—			„ Beheizung	2 145	59	—	—
2 400	—			„ Dekorationen	2 878	61	—	—
175	—	175	—	Geldanschlag für die dem Volksbildungsverein überlassenen Lokalitäten	175	—	—	—
				3. Für Wohltätigkeit:				
1 248	57	1 110	39	Reichnis an die Armenkasse . . .	1 110	39	—	—
1 450	—	1 450	—	Zuschüsse an die Kinderbewahranstalten	1 450	—	—	—
2 220	—	2 220	—	Geldanschlag für überlassene Räumlichkeiten	2 220	—	—	—
30	—	17	50	Für den Transport Verunglückter .	17	50	—	—
500	—	380	80	„ Einrichtung von Wärmestuben .	380	80	—	—
6 072	—	7 946	—	„ die Naturalverpflegstation . .	7 946	—	—	—
29	43	—	—	Kurkosten für Durchreisende ꝛc. nach Art. 14 d. Arm.-Ges.	—	—	—	—
				4. Für Gesundheit:				
1 368	57	615	32	Für ärztliche Behandlung	248	65	366	67
1 200	—	1 183	90	„ die ordentliche Impfung . .	1 183	90	—	—
1 000	—	963	60	Nahrungsmittelvisitationen . . .	963	60	—	—
				Für Kanalisierung:				
—	—	469 816	74	Für den Sammelkanal à conto Stadtschuld	468 967	47	849	27
36 018	57	511 003	51	Übertrag:	509 787	57	1 215	94

Voranschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
36 018	57	511 003	51	Übertrag:	509 787	57	1 215	94
—	—	2 264	44	Für Kanalverlängerungen in der Mai- und der Sophienstraße	2 136	45	127	99
1 000	—	704	86	Für Herstellung von Kanalanschlüssen	704	86	—	
15 000	—	15 000	29	„ Kanalreparatur, Reinigung und Spülung	15 000	29	—	—
				Für Straßenreinigung:				
10 000	—	10 167	25	Für Hauskehrichtabfuhr: an Geld .	6 167	25	—	—
				Geldanschlag für überlassene Realitäten	4 000	—	—	—
24 400	—	24 153	05	Für Reinigung der gepflasterten Straßen ꝛc.	24 153	05	—	—
33 700	—	32 149	44	Für Reinigung der chaussierten Straßen	32 149	44	—	—
1 000	—	1 358	32	Für Schneeräumung und Abfuhr .	1 358	32	—	—
11 400	—	13 107	21	„ Straßenbesprengung	13 107	21	—	—
1 500	—	1 816	38	„ Bachreinigung	1 816	38	—	—
				Für Bade- und Schwimmanstalten:				
2 550	—	2 009	89	Städt. Freibad	2 009	89	—	—
6 050	—	6 055	73	„ Volksbrausebad	6 055	73	—	—
811	43	869	95	Für sanitätspolizeiliche Anordnungen	869	95	—	—
39 920	—	44 401	18	Auf den Betrieb des Schlacht- und Viehhofes:				
				Personalaufwand	21 278	45	—	—
				Regieausgaben	1 617	80	—	—
				Sonstige Betriebsausgaben . . .	18 165	96	—	—
				Gebäudeunterhaltung	3 338	97	—	—
1 200	—	1 195	50	Für Aufsicht auf Hunde . .	1 195	50	—	—
184 550	—	666 257	—	Übertrag:	664 913	07	1 343	93

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Ausgaben	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
184 550	—	666 257	—	Übertrag:	664 913	07	1 343	93
7 600	—	7 620	92	Für die öffentlichen Brunnen:				
				Aversum für Wasserbezug	7 300	—	—	—
				Instandhaltung	320	92	—	—
19 200	—	15 445	68	Auf den Betrieb des Kühlhauses:				
				Personalausgaben	2 346	—	—	—
				Sonstige Betriebsausgaben . . .	13 099	68	—	—
1 000	—	690	88	Betrieb der Desinfektionsanstalt. .	690	88	—	—
				5. Sicherheit der Person und des Eigentums:				
51 100	—	52 819	19	Straßenbeleuchtung mit Gas. . .	39 387	37	—	—
				„ „ elektr. Licht	10 950	—	—	—
				„ „ Petroleum	2 481	82	—	—
17 535	—	17 024	17	Feuerlöschwesen:				
				Personalausgaben	4 271	50	—	—
				Unterhaltung der Wachtlokale . .	1 427	73	—	—
				Montur, Armatur, Geräte . . .	6 288	50	—	—
				Sonstiges	3 685	44	—	—
				Kosten bei Brandfällen	1 351	—	—	—
500	—	638	87	Kosten bei Hochwasser . . .	638	87	—	—
100	—	84	10	Für Abschluß der Weinberge	84	10	—	—
400	—	663	06	„ Grenzbegehung, Versteinung, Ummessung	663	06	—	—
1 500	—	1 386	43	Für Fortsetzung der Stadtvermessung	1 386	43	—	—
—	—	439	32	„ Herstellung eines neuen Stadterweiterungsplanes	439	32	—	—
				6. Auf Industrie und Kultur:				
3	—	3	—	Beitrag zum landwirtschaftl. Verein	3	—	—	—
283 488	—	763 072	62	Übertrag:	761 728	69	1 343	93

Voranschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
283 488	—	763 072	62	Übertrag:	761 728	69	1 343	93
2 000	—	1 979	67	Städt. Obstbaumpflanzungen . .	1 979	67	—	—
1 000	—	1 000	74	Kultivierung öder Plätze	1 000	74	—	—
97	—	48	13	Beschälstation	48	13	—	—
700	—	700	—	Zuchtstierhaltung	700	—	—	—
				7. Auf Handel und Verkehr:				
200	—	227	37	Wollmarkt	227	37	—	—
4 692	40	4 575	03	Viktualienmarkt	4 575	03	—	—
7	60	7	12	Fischmarkt	7	12	—	—
815	—	1 015	36	Meßanstalt	1 015	36	—	—
350	—	383	16	Aichanstalt	383	16	—	—
2 100	—	2 119	63	Waganstalt	2 119	63	—	—
900	—	826	69	Staatshafen und Krahnen . . .	826	69	—	—
				Für Straßen und Wege:				
800	—	701	34	Grunderwerbungskosten für Straßenregulierungen	701	34	—	—
—	—	30	65	Grunderwerbungskosten für Erweiterung der Heintestraße	30	65	—	—
—	—	34 366	36	Für Grunderwerbungen zur Anlage von Zufahrtstraßen zum 2. Schulhause im Grombühl	34 366	36	—	—
—	—	153	05	Für Erweiterung der Augustiner- und Sanderstraße	153	05	—	—
—	—	225	—	Für Abbruch des Hauses Wöllergasse Nr. 34	225	—	—	—
—	—	93	14	Für Erweiterung der Zellerstraße .	93	14	—	—
—	—	4 106	75	„ Grunderwerbung zum Ausbau der Heidingsfelder- und Randersackererstraße	4 106	75	—	—
297 150	—	815 631	81	Übertrag:	814 287	88	1 343	93

Digitized by Google

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Ausgaben	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
297 150	—	815 631	81	Übertrag:	814 287	88	1 343	93
				Für Herstellung neuer Straßen:				
1 600	—	973	71	Umbau des Reitweges der Sanderglacisstraße	973	71	—	—
8 000	—	11 849	45	Instandsetzung der Frankfurterstraße	11 849	45	—	—
—	—	4 138	99	Ausbau verschiedener Straßenstrecken	4 138	99	—	—
		78 149	04	**Für Neupflasterungen:**				
900	—			Wallgasse, Ausgang der Mariengasse	1 215	26	—	—
				Luitpoldbrücke, Südrampe . . .	191	—	—	—
				Wörthstraße	213	14	—	—
				Straße am Exerzierplatz	966	40	—	—
				Sanderringstraße	899	60	—	—
				Randersackererstraße	30 282	18	—	—
				Schönbornstraße	259	32	—	—
				Zementtrottoir Karmelitengasse . .	922	—	—	—
				Pflasterung der Gothen- und Rittergasse	1 223	20	—	—
				Zementtrottoir Ludwigstraße . . .	11 196	40	—	—
				„ Hauger-, Pleicherring und Mariengasse	13 560	86	—	—
				Planierung des Leichenhofes . . .	40	-	—	- -
				Zementtrottoir Sanderring . . .	3 939	29	—	-
				Pflasterung der Moltkestraße . . .	12 912	83	—	—
				Trottoire Pleicherring, Zellerstraße und Traverse Sanderglacisstraße	327	56	—	—
25 600	—	24 976	44	Für Unterhaltung der Pflasterstraßen und Gehsteige	24 976	44	—	—
95 800	—	95 082	67	Für Unterhaltung der chaussierten Straßen, Straßenrinnen und besandeten Gehsteige	95 082	67	—	—
429 050	—	1 030 802	11	Übertrag:	1 029 458	18	1 343	93

Voranschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
429 050	—	1 030 802	11	Übertrag:	1 029 458	18	1 343	93
—	—	6 469	30	Für Instandhaltung der Straßen und Kanäle auf dem ehemals Nöll'schen Bauterrain	6 469	30	—	—
9 400	—	9 236	76	Für Unterhaltung der Feldwege .	9 236	76	—	—
4 900	—	3 951	98	Für Brücken, Stege, Flußufer:				
				Für Unterhaltung	2 353	23	—	—
				„ ein eisernes Waschschiff . . .	1 598	75	—	—
—	—	4 033	82	„ das Hochkai rechts des Mains	4 033	82	—	—
—	—	78 203	80	„ Grunderwerbungen zur Sammelkanal- und Hochkai-Anlage .	78 203	80	—	—
5 500	—	5 517	64	Einebnung der Schuttplätze . . .	5 517	64	—	—
800	—	577	21	Für Orts- und Warnungstafeln, Hausnummerierung	577	21	—	—
				8. Für öffentliche Anlagen, Ortsverschönerungen, Gedenktafeln:				
35 230	—	35 410	47	Unterhaltung der Ringparkanlagen .	35 410	47	—	—
2 000	—	2 060	46	Für Zierbaum-Alleen	2 060	46	—	—
—	—	5 996	29	„ Herstellung von Anlagen auf dem Nikolausberg	5 996	29	—	—
—	—	1 527	30	Für Ausbau der Anlagen und Führung der Wasserleitung im Steinbachtal	1 527	30	—	—
100	—	3	50	Für Unterhaltung von Monumenten	3	50	—	—
—	—	496	60	Gedenktafel für den Stadtgärtner Lindahl	496	60	—	—
486 980	—	1 184 287	24	Summe Tit. VI	1 182 943	31	1 343	93

Voranschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
				VII. Auf das Gemeindebauwesen.				
		62 778	38	1. Auf das Baupersonal:				
19 518	—			Personalaufwand für das Bauamt I	20 833	—	—	—
22 416	—			„ „ „ „ II	22 306	—	—	—
15 540				„ „ „ „ III	17 040	—	—	—
2 526				Für das Dienerpersonal und Sonstiges	2 599	38	—	
		7 566	96	2. Ständige Bauausgaben:				
850	—			Kaminkehrerlöhne	1 087	60	—	—
4 500	—			Brandversicherungsbeiträge . . .	6 479	36	—	—
2 600	—	2 283	16	3. Für das Baumagazin .	2 283	16	—	—
30 300	—	45 783	50	4. Unterhaltung der städtischen Gebäude inkl. der ständigen Ausgaben für Wasserbezug und Reinigung der öffentlichen Aborte und Pissoire .	45 783	50	—	—
622	59	427	66	Gemeindeuhren	427	66	—	—
				5. Auf Neubauten:				
—	—	2 572	44	Rathausneubau	2 572	44	—	—
—	—	60 764	22	Elektrizitätswerk	60 764	22	—	—
—	—	115 072	78	2. Schulhaus im Grombühl . . .	115 072	78	—	—
—	—	41 529	90	Schweineschlachthausanbau . . .	41 529	90	—	
—	—	10 993	87	Kühlhauserweiterung	10 993	87	—	—
—	—	429	98	Zentralschulhaus	429	98	—	—
98 872	59	350 202	85	Summe Tit. VII	350 202	85	—	—

Voranschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
M	₰	M	₰		M	₰	M	₰
				VIII. Auf Wehranstalten.				
500	—	—	—	Zuschuß an die Einquartierungskasse	—	—	—	—
				Summe Tit. VIII für sich.				
				IX. Auf Feste und Ehrungen.				
600	—	592	85	Für Anschaffung von 50 Goldgulden und Anfertigung des Etuis und der Neujahrsadresse	592	85	—	—
600	—	573	41	Für sonstige Ausgaben	573	41	—	—
—	—	148	03	Instandhaltung der Bürgermeistergräber	148	03	—	—
—	—	11 894	82	80. Geburtsfest Sr. Kgl. Hoheit des Prinzregenten	11 894	82	—	—
—	—	1 691	93	Fundierung des Regentendenkmals .	1 691	93	—	—
—	—	500	—	Kostenanteil zu einem Ehrengeschenk für S. Exzellenz, den k. Regierungspräsidenten Grafen von Luxburg	500	—	—	—
—	—	2 848	24	Kosten beim IV. bayr. Städtetag .	2 848	24	—	—
—	—	300	—	Ehrenpreise zur Nahrungsmittel- und Kochkunstausstellung	300	—	—	—
1 200	—	18 549	28	Summe Tit. IX	18 549	28	—	—
				X. Besondere Leistungen.				
				1. An besonders dotierte Kassen der Gemeinde.				
604 000	—	604 000	—	An die Schuldentilgungskasse . .	604 000	—	—	—
41 570	—	63 172	52	„ „ Pensionskasse für Beamte .	63 172	52	—	—
5 680	—	6 010	87	„ „ „ „ Bedienstete	6 010	87	—	—
3 050	—	3 023	17	„ „ Lehrerpensionskasse . . .	3 023	17	—	—
654 300	—	676 206	56	Übertrag:	676 206	56	—	—

Voranschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
654 300	—	676 206	56	Übertrag:	676 206	56	—	—
356 785	—	388 144	36	An die Lokalschulkasse	388 144	36	—	—
1 715	—	1 715	—	Anteil an dem Reinertrage des Weizenmehlaufschlages an die Vermögensrechnung	1 715	—	—	—
170 800	—	168 043	62	An die städtische Armenpflege:				
				Aus direkten Gemeindeumlagen .	151 043	62	—	—
				Fixer Anteil an dem Getreide-, Mehl- und Brotaufschlage . .	17 000	—	—	—
				2. Sonstige Leistungen:				
6 180	20	5 810	55	Einmalige und Jahresbeiträge an gemeinnützige Vereine und Wohltätigkeitsanstalten	5 810	55	—	—
—	—	50	30	Beitrag für Errichtung eines Schriftstellerheims in Jena	50	30	—	—
—	—	500	—	Beitrag für eine Bismarcksäule auf dem Steinberg	500	—	—	—
—	—	100	—	Beitrag an den Kreisfischerei-Verein zur Hebung der Fischerei im Maine	100	—	—	—
—	—	500	—	Preis für den besten Entwurf für Neubau-Projekte für die Zellerstraße	500	—	—	—
—	—	200	—	Kosten der Vorarbeiten für die Städte-Ausstellung in Dresden 1903 .	200	—	—	—
				3. Zur Admassierung an die Vermögensrechnung:				
—	—	1 486	45	Zinsen des Dr. Gätschenberger'schen Legates	1 486	45	—	—
1 189 780	20	1 242 756	84	Summe Tit. X	1 242 756	84	—	—

Voranschlag M	Voranschlag ₰	Soll M	Soll ₰	Ausgaben	Wirklicher Anfall M	Wirklicher Anfall ₰	Rückstände M	Rückstände ₰
				XI. Auf Schuldentilgung.				
				1. Verzinsung.				
				Bestehendes Kapital 3½ %				
2 537	50	2 537	50	72 500 M — ₰ Kgl. Juliusspital, Hypothekenkapital ruhend auf dem Hofgute Oberzell .	2 537	50	—	—
280	—	280	—	8 000 „ — „ Jäger Apoll. Ww., dto. ruhend auf d. Anwesen Mainkai Nr. 3 . . .	280	—	—	—
				3 %				
6 655	28	6 197	37	232 619 „ 47 „ Passivvorschuß der Getreidehilfskasse für Pflasterung von Ortsstraßen .	6 197	37	—	—
—	—	5	—	53 943 „ 26 „ Vorschüsse d. Holzmagazinskasse zum Ankauf von Kunstgegenständen, zur Schlachthof- und Kühlhauserweiterung	5	—	—	—
				2. Heimzahlung.				
8 571	43	8 571	43	25 714 M 26 ₰ An die Getreidehilfskasse 17. an 20 Annuitäten aus dem Vorschusse für Errichtung einer Kohlengasfabrik .	8 571	43	—	—
18 044	21	17 591	30	392 776 M 99 ₰ Übertrag:	17 591	30	—	—

Digitized by Google

Vor-anschlag		Soll		Ausgaben		Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰			ℳ	₰	ℳ	₰
18 044	21	17 591	30	392 776 ℳ 99 ₰	Übertrag:	17 591	30	—	—
5 000	—	5 000	—	3 465 ℳ 18 ₰	An die Holzmagazinskasse 9. an 10 Annuitäten aus dem Vorschusse für Pflasterung der Kaiserstraße . .	5 000	—	—	—
5 000	—	5 000	—	8 743 „ 91 „	An dieselbe 6. Rate des Vorschusses für Kanalisation der Lehnleite . . .	5 000	—	—	—
28 044	21	27 591	30	404 986 ℳ 08 ₰	Summe Tit. XI	27 591	30	—	—
—	—	834	71	**XII. Sonstige Ausgaben** .		834	71	—	—
				Wiederholung.					
—	—	1 159	98	I. Auf die Vorjahre		1 007	52	152	46
456 323	—	478 757	06	II. Erhebung der Einnahmen, Bewirtschaftungskosten und Rückvergütungen		478 757	06	—	—
8 300	—	8 547	14	III. Passivreichnisse und Staatsauflagen		8 547	14	—	—
200	—	505	31	IV. Prozeß- und Exekutionskosten		505	31	—	—
389 100	—	391 472	45	V. Amtsführung		391 472	45	—	—
486 980	—	1 184 287	24	VI. Öffentliche Einrichtungen und Anstalten		1 182 943	31	1 343	93
98 872	59	350 202	85	VII. Gemeindebauwesen		350 202	85	—	—
500	—	—	—	VIII. Wehranstalten		—	—	—	—
1 200	—	18 549	28	IX. Feste und Ehrungen . . .		18 549	28	—	—
1 189 780	20	1 242 756	84	X. Besondere Leistungen . . .		1 242 756	84	—	—
28 044	21	27 591	30	XI. Schuldentilgung		27 591	30	—	—
—	—	834	71	XII. Sonstige Ausgaben . . .		834	71	—	—
2 659 300	—	3 704 664	16	Summe aller Ausgaben der Betriebsrechnung		3 703 167	77	1 496	39

Vor-anschlag		Soll		Abschluß	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
2 691 500	—	3 795 722	61	Einnahmen	3 727 579	36	68 143	25
2 659 300	—	3 704 664	16	Ausgaben	3 703 167	77	1 496	39
32 200	—	91 058	45	Kassebestand	24 411	59		
				Hiezu Einnahmerückstände	68 143	25		
				Summe	92 554	84		
				Hievon ab: Zahlungsrückstände . .	1 496	39		
				Summe wie im Soll	91 058	45		

Von der gesamten Betriebseinnahme der Stadtkämmerei zu 3 795 722 ℳ 61 ₰ entfallen:

146 960 ℳ 28 ₰ auf den Kassebestand pro 1900,
31 930 „ 04 „ „ sonstige Rückstände und Ersatzleistungen vom Vorjahre,
2 697 661 „ 46 „ „ die ordentlichen Betriebseinnahmen,
919 170 „ 83 „ „ außerordentliche Einnahmen und zwar

55 758 ℳ — ₰ { 10 626 ℳ geleisteter / 45 132 „ rückständiger } Staatszuschuß zur teilweisen Pflasterung ehemaliger Staatsstraßen,
779 564 „ 13 „ } Zuschüsse der Schuldentilgungskasse à conto der Stadtschuld,
2 176 „ 01 „ }
27 729 „ 43 „ Vorschüsse der Getreidehilfskasse für Pflasterungen,
53 943 „ 26 „ Vorschüsse der Holzmagazinskasse zum Ankauf von Kunstgegenständen und zur Schlachthaus- und Kühlhauserweiterung.

Von der gesamten Betriebsausgabe zu 3 704 664 ℳ 16 ₰ treffen:

1 159 ℳ 98 ₰ auf die Vorjahre,
2 786 509 „ 36 „ „ die ordentlichen Betriebsausgaben,
916 994 „ 82 „ „ außerordentliche Ausgaben.

Ein Vergleich der Einnahmen und Ausgaben mit dem Vorjahre ergibt folgendes:

Es haben betragen	Die ordentlichen Einnahmen				Die ordentlichen Ausgaben				Die außerordentlichen Ausgaben nach der Rechnung	
	nach dem Etat		nach der Rechnung		nach dem Etat		nach der Rechnung			
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
1900	2 497 035	16	2 627 744	43	2 468 635	16	2 669 834	43	2 088 384	12
1901	2 691 500	—	2 697 661	46	2 659 300	—	2 786 509	36	919 170	83
1901 mehr	194 464	84	69 917	03	190 664	84	116 674	93	—	—
1901 weniger	—	—	—	—	—	—	—	—	1 169 213	29

Der Dispositionsfond oder Betriebsüberschuß der Kämmerei, welcher
Ende 1900 176 782 ℳ 61 ₰ und
„ 1901 91 058 „ 45 „ betrug,
hat sich um 85 724 ℳ 16 ₰,
der Kassebarbestand von 146 960 ℳ 28 ₰ auf 24 411 ℳ 59 ₰ gemindert.

An bereits genehmigten, jedoch nicht erschöpften größeren Kreditsummen sind auf das Jahr 1902 zu übertragen und daher noch aus dem vorstehenden Überschusse zu 91 058 ℳ 45 ₰ zu bestreiten:

1 216 ℳ — ₰ für die städtischen Sammlungen,
183 „ 35 „ „ die Stadtbibliothek,
1 044 „ 15 „ „ den Kanal der Traubengasse,
418 „ — „ „ „ „ „ Maistraße,
682 „ 90 „ „ „ „ „ Kantstraße,
805 „ 60 „ „ „ „ an der Nord- und Ostseite des Josefsplatzes,
93 „ 50 „ „ Einrichtungen in der Schweineschlachthalle,
162 „ 33 „ „ Planierung vor dem Zellerauer Feuerhaus,
398 „ 92 „ „ Herstellung eines neuen Stadterweiterungsplanes,
2 680 „ 53 „ „ Ausbau der Lindleinstraße,
121 „ 02 „ „ „ „ Blumenstraße,
170 „ 39 „ „ „ „ Rimparerstraße,
1 300 „ — „ Ersatzleistungen an die Straßenbahngesellschaft für den Ausbau der Heidingsfelderstraße,
10 080 „ 12 „ für 9 verschiedene Straßen nach Seite 271 der Rechnung,

19 356 ℳ 81 ₰ Übertrag

19 356	ℳ	81	₰ Übertrag,
2 475	„	06	„ für Pflasterung (Nachgießen der Pflasterfugen) der Luitpoldbrücke,
2 838	„	19	„ „ Zementtrottoir Karmelitengasse,
1 176	„	80	„ „ Pflasterung der Gothen- und Rittergasse,
13 960	„	—	„ „ Umpflasterung des Leichenhofes,
1 000	„	—	„ „ den Ausbau der Lehrerstraße,
2 404	„	49	„ „ Instandsetzung des Kaiser-Wenzelsaales,
1 900	„	—	„ „ Bedürfnishäuschen am linken Mainufer,
308	„	07	„ „ Fundierung des Prinzregenten-Denkmals,
3 300	„	—	„ „ die Städteausstellung in Dresden 1903,
1 000	„	—	„ „ Herstellung eines schattigen Weges zur Zellerwaldspitze,
49 719	ℳ	42	₰ Summe.

Nach Abzug bezw. Verwendung dieses Betrages bleibt ein reiner Überschuß von

41 339 ℳ 03 ₰ gegen

123 353 „ 74 „ im Vorjahre.

Voranschlag		Soll		Einnahmen	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
				Abt. II. Vermögensrechnung.				
				I. Aus dem Vorjahre.				
—	—	875	22	Kassebestand	875	22	—	—
				Summe Tit. I für sich.				
				II. Einnahmen infolge Veräußerung oder Veränderung von Vermögensbestandteilen.				
—	—	1588200	—	1. Aus heimgezahlten Aktivkapitalien	1588200	—	—	—
—	—	237843	50	2. Aus veräußerten Realitäten:				
				Für die Bauplätze Ecke Augustinerstraße und Bockgasse	70100	—	—	—
				Für den Bauplatz an der Tiepolostraße	50000	—	—	—
				Für die Bauplätze an der Zellerstraße	115000	—	—	—
				„ verschiedene kleinere Grundflächen	503	50	—	—
				Von Wolpert & Hirth für Gestattung der Einrichtung von Dachwohnungen	400	—	—	—
				Für das Inventar der Karthäusermühle	1840	—	—	—
—	—	1826043	50	Summe Tit. II	1826043	50	—	—
—	—	21446	38	**III. Neue Fundationszuflüsse.**	21446	38	—	—
				Summe Tit. III für sich.				

Voranschlag		Soll		Einnahmen	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
				Wiederholung.				
—	—	875	22	I. Aus dem Vorjahre	875	22	—	—
—	—	1826043	50	II. Veräußerung oder Veränderung von Vermögensbestandteilen .	1826043	50	—	—
—	—	21446	38	III. Neue Fundationszuflüsse . .	21446	38	—	—
—	—	1848365	10	Summe aller Einnahmen der Vermögensrechnung	1848365	10	—	—

Voranschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
M	₰	M	₰		M	₰	M	₰
				I. Refundierung und Mehrung des Vermögens.				
—	—	1774763	40	1. Ausleihung von Aktivkapitalien	1774763	40	—	—
—	—	64527	12	2. Ankauf von Realitäten:				
				Für das Anwesen Karmelitengasse Nr. 3 und 3½ (Bierfritz) . . .	63298	65	—	—
				Bauliche Verbesserungen in diesem Anwesen	1228	47	—	—
—	—	1839290	52	Summe Tit. I	1839290	52	—	—
				II. Ersatzleistungen an die Betriebsrechnung.				
—	—	3300	—	2. Abhebungsrate vom Ablösungskapital für ehemalige Staatsstraßen	3300	—	—	—
—	—	5901	84	Straßenbaukredite für Tiepolostraße und Sanderringstraße aus Beständen der ehemaligen Stadterweiterungskasse	5901	84	—	—
—	—	9201	84	Summe Tit. II	9201	84	—	—
				Wiederholung.				
—	—	1839290	52	I. Refundierung und Mehrung des Vermögens	1839290	52	—	—
—	—	9201	84	II. Ersatzleistungen an die Betriebsrechnung	9201	84	—	—
—	—	1848492	36	Summe aller Ausgaben der Vermögensrechnung	1848492	36	—	—

Vor-anschlag		Soll		Abschluß	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
—	—	1 848 365	10	Einnahmen	1 848 365	10	—	—
—	—	1 848 492	36	Ausgaben	1 848 492	36	—	—
—	—	127	26	Mehrausgabe	127	26	—	—

Das Soll der das eigentliche Kämmereistammvermögen bildenden rentierlichen Kapitalien berechnete sich

Ende 1901 auf 2 559 808 ℳ 95 ₰,
„ 1900 „ 2 386 303 „ 41 „,
daher Mehrung 173 505 ℳ 54 ₰.

In Wirklichkeit beträgt der Kapitalienstand 2 671 142 ℳ 85 ₰,
demgegenüber steht 2 559 808 „ 95 „ als Soll,
so daß sich 111 333 ℳ 90 ₰

als Mehranlage ergeben, nämlich: die nicht zum Kämmereistammvermögen gehörigen und zur seinerzeitigen Verwendung für die bestimmten Zwecke vorbehaltenen Kapitalien zu

40 801 ℳ 11 ₰ Soll des Gätschenberger'schen Fondes,
56 700 „ — „ „ „ Straßenunterhaltungsfondes und
13 705 „ 53 „ „ „ Erneuerungsfondes für das städt. Elektrizitätswerk,
und endlich die Mehrausgabe zu
127 „ 26 „ nach dem Abschlusse der Vermögensrechnung,

111 333 ℳ 90 ₰ Summe wie oben.

Vermögensausweis.

I. Stadtkämmereikasse.

a) Vermögen.

2 671 142	ℳ	85	₰	Verzinsliche Aktivkapitalien,
16 521	„	40	„	dto. der Straßenbaukasse,
37 380	„	42	„	Kassebestand respektive Betriebsfond der Installationskasse des Gas- und Wasserwerks,
24 411	„	59	„	Aktivkassebestand der I. Hauptabteilung,
68 143	„	25	„	Einnahmerückstände,
32 142	„	75	„	aus 1285 ℳ 71 ₰ Bierschankrecht zum 25fachen Betrage,
740	„	88	„	an 108 Stück Goldgulden à 6 ℳ 86 ₰,
272	„	—	„	„ 4 „ silbernen Ratsbechern à 68 ℳ,
11 257 930	„	—	„	Wert der städt. Gebäude lt. Immobil.-Verzeich. I,
10 328 536	„	—	„	„ des übrigen Grundbesitzes „ „ II,
679 277	„	60	„	„ der Mobilien inkl. der städtischen Gemälde- und Münzsammlung- lt. Mobil.-Verzeichnisses,
5 446	„	48	„	Wert des Materialbestandes an Rand- und Pflastersteinen, Rinnen und Sinkkästen,
133 274	„	02	„	Wert des Magazinsbestandes der Installationskasse lt. Verzeichnis,
25 255 219	ℳ	24	₰	Summe a).

b) Schulden.

1 496	ℳ	39	₰	Zahlungsrückstände der Betriebsrechnung,
127	„	26	„	Mehrausgabe nach der Vermögensrechnung,
17 405	„	50	„	Passivreichnisse und Bodenzinse zum 25fachen Betrage aus 696 ℳ 22 ₰,
474	„	50	„	Bodenzins von den Schulhäusern zum 25fachen Betrage aus 18 ℳ 98 ₰
404 986	„	08	„	Passivkapitalien und Passivvorschüsse,
424 489	ℳ	73	₰	Summe b).

Abgleichung.

25 255 219	ℳ	24	₰	Vermögen,
424 489	„	73	„	Schulden.
24 830 729	ℳ	51	₰	Summe I, reines Vermögen der Stadtkämmerei.

II. Nebenkassen der Stadtkämmerei.

1 534 363	ℳ	39	₰	1.	Gaswerkskasse,
3 751 898	„	69	„	2.	Wasserwerkskasse,
451 222	„	66	„	3.	Getreidehilfskasse,
557 401	„	44	„	4.	Holzmagazinskasse,
14 445	„	92	„	5.	Friedhofkasse,
187 475	„	41	„	6.	Lokalschulkasse,
144 972	„	34	„	7.	Pensionskasse für Beamte,
61 370	„	91	„	8.	„ „ Bedienstete,
33 892	„	11	„	9.	„ „ Lehrer,
83 469	„	40	„	10.	Leihanstalt,
330 253	„	79	„	11.	Sparkasse,
2 319 598	„	69	„	12.	Schuldentilgungskasse,
3 437	„	63	„	13.	Universitäts-Jubiläumsfond,
2 795	„	54	„	14.	Industrie-Ausstellungsfond.
100 574	„	07	„	15.	Gemeindekrankenversicherung,
228 309	„	52	„	16.	Kranken-Institut,
159 158	„	77	„	17.	Gesellen-Kranken-Institut,
1 174 830	„	—	„	18.	Grunderwerbungskasse I. Mains.
11 139 470	ℳ	28	₰		Summe II.

Abschluß zum Vermögensausweis.

24 830 729	ℳ	51	₰	Vermögen nach Ziffer I,
11 139 470	„	28	„	„ „ „ II,
35 970 199	ℳ	79	₰	Summe des Vermögens. Hievon
				20 302 640 ℳ 27 ₰ konsolidierte Schuld,
				1 167 940 „ 01 „ schwebende Schuld für die Grunderwerbungen I. M.,
21 470 580	„	28	„	Summe der Stadtschuld Ende 1901, sohin
14 499 619	ℳ	51	₰	reines Vermögen der Stadtkämmerei und ihrer gemeindlichen Nebenkassen Ende 1901.

Gegenüber dem Vorjahre besteht eine Vermögensmehrung von 1 056 130 ℳ 26 ₰

2. Gaswerkskasse.

Voranschlag		Soll		Einnahmen	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
—	—	33 057	23	I. Kassebestand nach letzter Rechnung	33 057	23	—	—
—	—	218	30	Einnahmerückstände und Ersatzposten	97	49	120	81
2 332	50	2 332	50	II. Aus dem Ertrage der Realitäten	2 332	50	—	—
450 188	—	476 094	34	Für verkauftes Gas und zwar für 3 051 795,5 cbm . .	476 032	82	61	52
176 950	—	172 992	01	Für 140 418,5 Ztr. Koks .	172 992	01	—	—
19 140	—	20 876	58	„ 12 197,45 „ Teer .	20 876	58	—	—
9 292	50	10 243	04	„ 992,06 Ctr. Ammoniaksalz	10 243	04	—	—
1 600	—	2 907	29	Für Magazins- und Betriebsgegenstände	2 907	29	—	—
3 700	—	3 056	58	Für Petroleumbeleuchtung .	3 056	58	—	—
11 000	—	16 290	52	„ Vermietung von Uhren und Apparaten	16 290	52	—	—
—	—	20 673	57	VII. Vorschuß von der Holzmagazinskasse zur Erweiterung der Apparatenanlage . .	20 673	57	—	—
97	—	19	10	VIII. Sonstige Einnahmen . . .	19	10	—	—
674 300	—	758 761	06	Summe der Einnahmen	758 578	73	182	33

Voranschlag		Soll			Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰			ℳ	₰	ℳ	₰
		187	40		I. Ersatzposten vom Vorjahre .	187	40	—	—
19 822	—	21 705	75		II. Personalausgaben	21 705	75	—	—
1 800	—	2 497	32		Sachliche Ausgaben . . .	2 497	32	—	—
19 500	—	20 256	16		Taglöhne auf Gasfabrikation	20 256	16	—	—
269 800	—	299 666	53		Für Materialien zur Gasfabrikation.	299 666	53	—	—
800	—	775	82		Für Reinigung	775	82	—	—
6 400	—	8 179	67		„ Unterhaltung der Maschinen ꝛc.	8 179	67	—	—
5 500	—	13 719	36		Für Unterhaltung des Rohrnetzes	13 719	36	—	—
6 000	—	1 894	27		Für kostenfreie Zuleitungen bei Anschlüssen	1 894	27	—	—
7 500	—	8 341	92		Für Unterhaltung der Öfen.	8 341	92	—	—
1 000	—	1 090	64		„ „ „ Automaten, Mietuhren und Apparate	1 090	64	—	—
22 068	—	23 036	76		Für Unterhaltung und Bedienung der Stadtbeleuchtung	23 036	76	—	—
5 466	—	5 818	09		Allgemeine Unkosten . . .	5 818	09	—	—
11 450	—	12 692	65		Für Nebenprodukte . . .	12 692	65	—	—
13 500	—	13 747	49		„ neue Rohrleitungen. .	13 747	49	—	—
—	—	3 363	21		„ Gasautomaten . . .	3 363	21	—	—
20 000	—	32 014	86		„ Uhren und Apparate .	32 014	86	—	—
—	—	589	90		„ einen Generatorofen .	589	90	—	—
—	—	20 673	57		„ Erweiterung der Apparatenanlage	20 673	57	—	—
8 000	—	6 187	16	III.	Für Steuern und Umlagen	6 187	16	—	—
900	—	1 571	43	VII.	„ Gebäudeunterhaltung .	1 571	43	—	—
—	—	9 978	73		„ Neubauten	9 978	73	—	—
419 006	—	507 988	69		Übertrag:	507 988	69	—	—

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Ausgaben	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
419 006	—	507 988	69	Übertrag:	507 988	69	—	—
229 000	—	204 031	53	X. An die Stadtkämmerei und zwar:				
				Verzinsung des Anlage- und Betriebskapitals	46 443	41	—	—
				Abschreibungen an Bauten, Maschinen ꝛc.	54 305	94	—	—
				Reiner Überschuß	103 282	18	—	—
20 744	—	19 425	95	XI. Auf Schuldentilgung . . .	19 425	95		—
5 550	—	—	—	XII. „ den Erweiterungsfond .	—	—	—	—
674 300	—	731 446	17	Summe der Ausgaben	731 446	17	—	—

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Abschluß	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
674 300	—	758 761	06	Einnahmen	758 578	73	182	33
674 300	—	731 446	17	Ausgaben	731 446	17	—	—
—	—	27 314	89	Kassebestand	27 132	56	182	33

Vermögensausweis.

1 390 918	ℳ	84	₰	Wert der Gebäude samt Maschinen, Gasbehälter, Rohrnetz, Beleuchtungsanlagen,
131 639	„	67	„	Wert der vermieteten Apparate und der Automaten,
21	„	73	„	„ einer vermieteten Leitung,
6 128	„	35	„	„ des Magazinsbestandes,
57 562	„	69	„	„ der Materialvorräte,
27 132	„	56	„	Aktivkassebestand und Erweiterungsfond,
182	„	33	„	Aktivaußenstände,
1 613 586	ℳ	17	₰	Summe des Vermögens. Hievon ab die Schulden:
79 222	„	78	„	Vorschüsse und zwar
				68 561 ℳ 73 ₰ Guthaben der Holzmagazinskasse,
				10 661 „ 05 „ „ „ Getreidehilfskasse, bleiben
1 534 363	ℳ	39	₰	reines Vermögen Ende 1901.

3. Wasserwerkskasse.

Voranschlag		Soll		Einnahmen	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
—	—	2 682	13	I. Kassebestand bezw. Erneuerungsfond aus dem Jahre 1898	2 682	13	—	—
—	—	438	21	Einnahmerückstände . . .	100	—	338	21
7 101	—	7 266	16	II. Aus dem Ertrage der Realitäten	7 266	16	—	—
202 522	94	333 019	50	III. Für verkauftes Wasser:				
				Pauschalvergütungen . . .	17 767	94	—	—
				Nach Wassermessern und Aichhahnen	315 112	56	139	—
150	—	833	86	Für verkaufte Materialien .	833	86	—	—
18 000	—	11 202	—	VII. Wasseranschlußgebühren . .	11 202	—	—	—
—	—	29 041	19	Zuschüsse zur Leitung im Steinbachtal:				
				Von Privaten	9 700	—	500	—
				„ der städtischen Schuldentilgungskasse	18 841	19	—	—
—	—	56 577	25	Zuschuß von der städtischen Schuldentilgungskasse:				
				Für die Zeller Wasserleitung	30 045	05	—	—
				„ „ Nutzwasserleitung .	26 532	20	—	—
26	06	3	80	VIII. Sonstige Einnahmen . . .	3	80	—	—
227 800	—	441 064	10	Summe der Einnahmen	440 086	89	977	21

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Ausgaben	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
149	90	179	46	II. Auf die Realitäten . . .	179	46	—	—
555	—	519	63	III. Passivreichnisse, Staatssteuern ꝛc.	519	63	—	—
15 834	50	15 501	50	VI. Personalausgaben	15 501	50	—	—
1 700	—	2 886	37	Amtsregie	2 886	37	—	—
		17 385	46	Für das Werk Würzburg.				
3 268	—			Heizerlöhne	2 768	—	—	—
17 715	—			Heiz- und Schmiermaterial . . .	9 733	42	—	—
4 000	—			Maschinenunterhaltung	4 884	04	—	—
		11 307	09	Für das Werk Heidingsfeld:				
2 728	—			Heizerlöhne	2 728	—	—	—
10 390	—			Heiz- und Schmiermaterial ꝛc. . .	7 569	79	—	—
1 150	—			Maschinenunterhaltung	1 009	30	—	—
		32 951	85	Für das Werk Zell:				
4 076	—			Heizerlöhne	2 849	03	—	—
40 800	—			Heiz- und Schmiermaterial ꝛc. . .	27 904	74	—	—
2 200	—			Maschinenunterhaltung	2 198	08	—	—
12 000	—	15 060	80	Für Unterhaltung des Rohrnetzes .	15 060	80	—	—
2 500	—	3 534	22	„ „ der Notpfosten .	3 534	22	—	—
2 500	—	3 089	06	„ „ „ öffentlichen Brunnen	3 089	06	—	—
50	—	54	80	Für Unterhaltung der Anlagen . .	54	80	—	—
9 803	60	10 813	77	Allgemeine Unkosten	10 813	77	—	—
—	—	2 337	58	Rückersatz des Gewinnentgangs an die Installationskasse bei Aufstellen von Wassermessern	2 337	58	—	—
12 000	—	35 278	15	Erweiterung des Rohrnetzes . . .	35 278	15	—	—
—	—	57 402	25	Auf Neuanlagen und zwar:				
				Auf die Zeller Wasserleitung . .	30 045	05	825	—
				„ „ Nutzwasserleitung	26 532	20	—	—
143 420	—	208 301	99	Übertrag:	207 476	99	825	—

Digitized by Google

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Ausgaben	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
143 420	—	208 301	99	Übertrag:	207 476	99	825	—
4 880	—	7 180	91	VII. Auf das Gemeindebauwesen	7 180	91	—	—
79 500	—	214 968	18	X. Ablieferung an die Kämmerei und zwar:				
				Verzinsung des Anlage- und Betriebskapitals	118 829	08	—	—
				Abschreibungen an Bauten, Maschinen und Leitungen ꝛc.	90 462	92	—	—
				Minderung des Betriebskapitals	1 639	43	—	—
				Reiner Überschuß und Reingewinn	4 036	75	—	—
227 800	—	430 451	08	Summe der Ausgaben:	429 626	08	825	—

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Abschluß	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
227 800	—	441 064	10	Einnahmen	440 086	89	977	21
227 800	—	430 451	08	Ausgaben	429 626	08	825	—
—	—	10 613	02	Bestand und Erneuerungsfond . .	10 460	81		
				Hiezu: Einnahmerückstände . . .	977	21		
					11 438	02		
				Hievon: Zahlungsrückstand . . .	825	—		
				Rest-Summe wie im Soll	10 613	02		

Vermögensausweis.

1 428 323	ℳ	30	₰	Wert des Immobiliarvermögens,
2 287 638	„	52	„	„ der Maschinen, Leitungen ꝛc.,
38	„	02	„	„ einer vermieteten Leitung,
8 501	„	58	„	„ des Mobiliars und der Werkzeuge,
16 784	„	25	„	„ der Materialvorräte,
10 460	„	81	„	„ Aktivkassebestand bezw. Erneuerungsfond,
977	„	21	„	„ Einnahmerückstände,
3 752 723	ℳ	69	₰	Summe. Hievon ab:
825	„	—	„	Zahlungsrückstände, bleiben
3 751 898	ℳ	69	₰	reines Vermögen Ende 1901.

4. Städtiſche Getreidehilfskaſſe.

(Admaſſierungsfond.)

Voranſchlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückſtände ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
—	—	65	83	I. Aus dem Vorjahre Einnahmerückſtand	65	83	—	—
10 680	06	11 421	79	II. An Kapitalzinſen aus 367 040 ℳ 48 ₰ . . .	11 421	79	—	—
1 610	—	1 610	–	Pacht für das Anweſen Neubergſtraße 26	1 334	17	275	83
59	94	22	77	VIII. An Bankzinſen	22	77	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	34 285	69	I. *) Vorſchuß der Kämmerei zur Errichtung einer Kohlengasfabrik, Reſt aus urſprüngl. 100 000 fl. . .	8 571	43	25 714	26
—	—	125 053	68	II. **) An heimgezahlten Aktivkapitalien, hierunter 3553 ℳ 68 ₰ von der Gaswerkskaſſe, 1. Rate aus dem 4% Vorſchuſſe zu 14 214 ℳ 73 ₰	125 053	68	—	—
12 350	—	172 459	76	Summe der Einnahmen	146 469	67	25 990	09

*) Der Vorſchußreſt zu 25 714 ℳ 26 ₰ wird in Raten zu 8 571 ℳ 43 ₰ bis zum Jahre 1905,

**) das 4%ige Darlehen an die Gaswerkskaſſe in weiteren drei Jahresraten bis zum Jahre 1904 getilgt.

Voranschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
30	—	23	50	II. Für Fertigung der Rechnung, des Voranschlages, Buchbinderlöhne	23	50	—	—
110	—	99	35	III. Staatssteuern, Kreisumlagen ꝛc.	99	35	—	—
60	—	88	63	VII. a) Ständige Bauausgaben .	88	63	—	—
150	—	31	95	b) Baureparaturen. . . .	31	95	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	399	02	I. Mehrausgabe nach vor. Rechnung	399	02	—	—
—	—	121 500	—	II. Ausleihung von Aktivkapitalien Anlage bei der Stadtschuld zu 4 %	121 500	—	—	—
—	—	27 375	11	*) 3 % Vorschuß an die Stadtkämmerei a. c. der Pflasterschuld	27 375	11	—	—
350	—	149 517	56	Summe der Ausgaben	149 517	56	—	—

*) Die von der Kämmerei zum Zwecke der Pflasterung verschiedener, bisher chaussierter Ortsstraßen aufgenommene Schuld — sogenannte Pflasterungsschuld — im Betrage bis zu 300 000 ℳ, von welcher die Kasse

204 890 ℳ 04 ₰ in den Vorjahren und
27 375 „ 11 „ im Jahre 1901, sohin

232 265 ℳ 15 ₰ in Summe

übernommen hat, wird mit 3 % verzinst und in den Jahren 1902 mit 1928 in gleichen Jahresraten, aus Etatsmitteln der Kämmerei zurückbezahlt.

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Abschluß	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
12 350	—	172 459	76	Einnahmen	146 469	67	25 990	09
350	—	149 517	56	Ausgaben	149 517	56	—	—
12 000	—	22 942	20	Bestand von Mehrausgabe	3 047	89	—	—
		25 990	09	Einnahmerückstand, bleiben				
		3 047	89	Mehrausgabe wie neben.				

Vermögensausweis.

a) Rentierendes Vermögen.

367 040 ℳ 48 ₰ an Kapitalien und Vorschüssen,
61 273 „ 98 „ „ Realitäten,

428 314 ℳ 46 ₰ Summe.

b) Nichtrentierendes Vermögen.

25 990 ℳ 09 ₰ an Aktivvorschüssen und Außenständen,
195 „ — „ an Mobilien,

26 185 „ 09 „ Summe,

454 499 ℳ 55 ₰ Vermögen; hievon
229 ℳ — ₰ Bodenzinskapital zum 25fachen Betrag des Bodenzinses zu 9 ℳ 16 ₰,
3 047 „ 89 „ Mehrausgabe der II. Hauptabt. wie vor.

3 276 „ 89 „ Schulden; daher

451 222 ℳ 66 ₰ reines Vermögen Ende 1901.

5. Städt. Holzmagazinskasse.

(Admassierungsfond).

Die Rechnungsergebnisse umfassen die Zeit vom 1. Mai bis 31. Dezember 1901, als Übergangsperiode vom Betriebsjahr zum Kalenderjahr.

Voranschlag		Soll		Einnahmen	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
—	—	2 517	35	I. Kassebestand nach letzter Rechnung	2 517	35	—	—
		95	—	Einnahmerückstände vom Vorjahr	95	—	—	—
9 073	75	9 622	92	II. An Kapitalzinsen aus 366 004 ℳ 99 ₰ . . .	9 622	92	—	—
2 467	75	2 431	75	Mietertrag der Häuser: Kärnersgasse 33, 37, 39, 43, 45, 47, 49 und 51. . .	2 431	75	—	—
7 000	—	9 780	15	III. Erlös von dem aus dem Magazin verkauften Holz .	9 780	15	—	—
800	—	731	55	Anweis- und Einschaugelder vom Holzmarkt	731	55	—	—
2 000	—	2 562	48	VI. An Holzzoll	2 562	48	—	—
58	50	64	55	VIII. Sonstige Einnahmen . . .	64	55	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	8 465	18	I. Von der Kämmerei vorletzte Rate des unverzinslichen Vorschusses zu 48 465 ℳ 18 ₰ für Pflasterung der Kaiserstraße	5 000	—	3 465	18
—	—	13 743	91	Von derselben aus dem Vorschusse zu ursprünglich 38 743 ℳ 91 ₰ für Kanalisation der Lehnleite .	5 000		8 743	91
—	—	84 434	34	II. An heimgezahlten Aktivkapitalien und Vorschüssen .	84 434	34	—	—
21 400	—	134 449	18	Summe der Einnahmen	122 240	09	12 209	09

Vor-anschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
250	—	241	06	III. An Staatssteuern, Kreisumlagen ꝛc.	241	06	—	—
1 720	—	1 820	—	V. An Besoldungen	1 820	—	—	—
280	—	170	95	Regie und Realexigenz . .	170	95	—	—
10 000	—	11 675	82	VI. Auf Ankauf, Beifuhr und Ausfuhr des Magazinsholzes	11 675	82	—	—
280	—	284	66	VII. Ständige Bauausgaben . .	284	66	—	—
820	—	160	88	Baureparaturen	160	88	—	—
289	50	289	50	XI. Auf Verzinsung von Kaufschillingsresten zu 9650 ℳ	289	50	—	—
60	50	16	11	XII. Sonstige Ausgaben . . .	16	11	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	68 939	33	I. Ausleihung von Kapitalien und zwar:				
				3 ½ % Vorschuß an die Gaswerkskasse	11 496	07	—	—
				3 % Vorschuß an die Stadtkämmerei für die Schlachthoferweiterung .	49 943	26	—	—
				3 % Vorschuß an dieselbe Kasse für Anschaffung von Altertümern . .	4 000	—	—	—
				4 % Vorschuß an den fränk. Kunst- und Altertumsverein dahier . .	3 500	—	—	—
—	—	13 500	—	Kaufschillingsrest für das Haus Kärnergasse 33	500	—	13 000	—
13 700	—	97 098	31	Summe der Ausgaben	84 098	31	13 000	—

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Abschluß	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
21 400	—	134 449	18	Einnahmen	122 240	09	12 209	09
13 700	—	97 098	31	Ausgaben	84 098	31	13 000	—
7 700	—	37 350	87	Kassebestand	38 141	78	—	—
				Hievon Differenz der Rückstände .	790	91	790	91
				Summe wie im Soll	37 350	87		

Vermögensausweis.

a) Rentierendes Vermögen.

366 004 ℳ 99 ₰ an Aktivkapitalien,
159 482 „ 08 „ „ Realitäten,
35 500 „ — „ verzinslicher Kassebestand,

560 987 ℳ 07 ₰ Summe.

b) Nichtrentierendes Vermögen.

2 641 ℳ 78 ₰ an Kassebestand,
12 209 „ 09 „ „ Vorschüssen,
3 672 „ 25 „ Wert des Holzvorrates,
595 „ 50 „ Mobiliarwert,

19 118 „ 62 „ Summe.

580 105 ℳ 69 ₰ Vermögen; hievon

9 650 ℳ — ₰ Kaufschillingsreste,
13 000 „ — „ Zahlungsrückstand der II. Haupt-Abteilung,
54 „ 25 „ 25facher Betrag d. Bodenzinses zu 2 ℳ 17 ₰,

22 704 „ 25 „ Schulden, sohin

557 401 ℳ 44 ₰ reines Vermögen Ende 1901.

6. Städtische Friedhofkasse.

Voranschlag		Soll		Einnahmen	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
383	09	385	27	II. Von der Stadtkämmerei Legatszinsen zur Unterhaltung und Schmückung von Grabstätten	385	27	—	—
72	—	72	—	Geldanschlag der Leichenwärterwohnung im Leichenhause	72	—	—	—
2 005	—	1 938	—	III. Für Benützung des Leichenhauses	1 938	—	—	—
6 057	—	6 277	—	Für Benützung des Leichenwagens	6 277	—	—	—
862	—	833	—	Für Benützung d. Bahrtuches	833	—	—	—
10 326	91	11 597	37	„ Begräbnisplätze . . .	11 597	37	—	—
2 000	—	3 010	—	„ Mauergrüfte	3 010	—	—	—
9 000	—	7 900	—	„ Familiengräber . . .	7 900	—	—	—
1 040	—	980	—	Gebühren für Beisetzung in schon belegte Grüfte oder Familiengräber	980	—	—	—
1 726	—	1 650	—	Gebühren für das Grabgeläute	1 650	—	—	—
1 994	—	2 234	—	Gebühren für Abweichung von der Reihenfolge . .	2 234	—	—	—
2 014	—	1 934	—	Gebühren für den Eintrag in die Friedhofgrundbücher .	1 934	—	—	—
459	—	403	50	Für Vornahme der II. Leichenschau	403	50	—	—
50	—	150	—	IV. Gebühren für Leichen auswärts Verstorbener ohne Beisetzungsberechtigung .	150	—	—	—
911	—	707	34	Sonstige Einnahmen für Grabsteine und Kreuze, Tropf- und Stumpenwachs ꝛc.	707	34	—	—
38 900	—	40 071	48	Summe der Einnahmen	40 071	48	—	—

Voranschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
1 920	—	2 220	—	II. Besoldung des Verwalters .	2 220	—	—	—
457	49	453	16	Sachliche Ausgaben . .	453	16	—	—
281	84	177	84	III. Für Unterhaltung und Schmückung der von der Stadt vertragsgemäß übernommenen Grabstätten .	177	84	—	—
850	—	457	69	VI. Unterhaltung der Leichenwagen, Geschirre, Remisen, Dienstkleider	457	69	—	—
3 478	—	3 373	—	Dem Bürgerspital für Leichenfuhren	3 373	—	—	—
100	—	—	—	Für Gräberfassungen . . .	—	—	—	—
500	—	500	—	Besoldung dem II. Leichenbeschauer	500	—	—	—
1 402	—	1 310	50	Löhnung den Leichenwärtern, Vergütung für das Grabgeläute, Reinigungsarbeiten 2c.	1 310	50	—	—
2 600	—	1 844	62	Für Beleuchtung, Beheizung, Reinigung, Wäsche, Mobiliar und sonstige Bedürfnisse	1 844	62	—	—
2 900	—	3 755	32	Für Umfassungen, Tore, Wege, Pflanzungen, Wasserbezug 2c.	3 755	32	—	—
2 230	—	4 457	06	Für Neuanlage und Unterhaltung der Wege, Rinnenpflasterung, Rabatten, Bereitstellung von Gräbern .	4 457	06	—	—
2 053	—	2 010	06	Besoldung für 2 Friedhofaufseher	2 010	06	—	—
5	—	—	—	Für Deckung der Umfassungsmauern	—	—	—	—
18 777	33	20 559	25	Übertrag:	20 559	25	—	—

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Ausgaben	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
18 777	33	20 559	25	Übertrag:	20 559	25	—	—
77	67	77	48	VII. Ständige Bauausgaben . .	77	48	—	—
1 100	—	150	92	Für Baureparaturen . . .	150	92	—	—
18 200	—	18 645	95	VIII. Überschuß an die Stadtkämmerei	18 645	95	—	—
745	—	637	88	IX. Rückvergütung von Grabgebühren, allgemeine Unkosten	637	88	—	—
38 900	—	40 071	48	Summe der Ausgaben	40 071	48	—	—

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Abschluß	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
38 900	—	40 071	48	Einnahmen	40 071	48	—	—
38 900	—	40 071	48	Ausgaben	40 071	48	—	—
—	—	—	—	Bestand	—	—	—	—

Vermögensausweis.

14 445 ℳ 92 ₰ Wert der Mobilien, welcher Betrag das reine Vermögen Ende 1901 bildet.

Das Friedhofareal, welches eine Grundfläche von 81 140 qm umfaßt und auf 811 400 ℳ gewertet wurde, ist im Immobiliarverzeichnis der Stadtkämmerei und somit auch in deren Vermögensausweis vorgetragen, ebenso der Schätzungswert des neuen Leichenhauses mit 77 470 ℳ.

Der Betriebsüberschuß zu 18 645 ℳ 95 ₰ bildet ein Äquivalent für den aus Kämmereimitteln bestrittenen Aufwand für Grunderwerbungen zur Erweiterung des Friedhofes sowie für Verzinsung und Amortisation der aus Anlehensmitteln entnommenen Kosten zu 118 600 ℳ behufs Errichtung des neuen Leichenhauses, Umgestaltung der I. Abteilung, für Gas- und Wassereinrichtung ꝛc. Dieser Überschuß entspricht bei Anrechnung eines Kapitals von 811 400 ℳ + 118 600 ℳ = 930 000 ℳ einer Rente von nur 2 Prozent.

7. Lokalschulkasse.

Voranschlag		Soll		Einnahmen	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
—	—	39	15	I. Ersatzleistungen vom Vorjahre	39	15	—	—
1940	—	1940	—	II. Geldanschlag für Dienstwohnungen	1 940	—	—	—
				VII. Sustentationsbeiträge:				
3 112	06	3 134	20	Von der Staatskasse . .	3 134	20	—	—
4 139	96	4 168	72	Von Stiftungen	4 168	72	—	—
356 785	—	388 144	36	Von der Stadtkämmerei .	388 144	36	—	—
1 022	98	1 135	07	VIII. Sonstige Einnahmen . . .	936	25	198	82
367 000	—	398 561	50	Summe der Einnahmen	398 362	68	198	82

Vor-anschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
—	—	229	50	I. Zahlungsrückstände . . .	229	50	—	—
50	—	39	57	III. Grundsteuern, Umlagen ꝛc. .	39	57	—	—
10 148	—	10 557	74	V. A. Besoldungen der Schuldiener	10 557	74	—	—
1 652	33	1 636	93	B. Regie- und Realexigenz (inkl. Miete für von Privaten gemietete Schullokalitäten)	1 636	93	—	—
				VI. Personalausgaben für das Lehrpersonal und zwar:				
190 406	50	210 427	67	Gehaltsbezüge der Lehrer .	210 427	67	—	—
1 000	—	1 463	—	Vergütung für Aushilfe . .	1 463	—	—	—
2 190	—	2 215	75	Korrekturgelder	2 215	75	—	—
73 940	23	78 302	46	Gehaltsbezüge d. Lehrerinnen	78 302	46	—	—
800	—	712	—	Vergütung für Aushilfe . .	712	—	—	—
1 170	—	1 206	05	Korrekturgelder	1 206	05	—	—
1 400	—	1 357	80	Für Überstunden	1 357	80	—	—
2 221	—	2 662	33	Für das Fach-Lehrpersonal .	2 662	33	—	—
7 023	79	7 347	63	Für die erweiterte Mädchenfortbildungsschule . . .	7 347	63	—	—
1 800	—	1 800	—	Remuneration der Lehrerobmänner.	1 800	—	—	—
5 214	—	4 789	—	An Pensionen	4 789	—	—	—
44 665	48	51 417	98	Auf Schulbedürfnisse: Druckkosten, Beheizung, Reinigung, Mobilien, Lehr- und Lernmittel ꝛc.	51 417	98	—	—
400	—	400	—	Für Ausbildung armer, talentierter Schüler für das Lehrfach	400	—	—	—
344 081	33	376 565	41	Übertrag:	376 565	41	—	—

Vor-anschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
344 081	33	376 565	41	Übertrag:	376 565	41	—	—
160	—	160	—	Für Erteilung von Koch- und Haushaltungsunterricht an der erweiterten Mädchenfortbildungsschule . . .	160	—	—	—
17 700	—	16 637	27	VII. Für Gebäudeunterhaltung .	16 637	27	—	—
5 000	—	5 000	—	X. An besonderen Leistungen (Zuschuß an den Polytechnischen Zentralverein dahier)	5 000	—	—	—
58	67	—	—	XII. Auf sonstige Ausgaben . .	—	—	—	—
367 000	—	398 362	68	Summe der Ausgaben	398 362	68	—	—

Vor-anschlag		Soll		Abschluß	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
367 000	—	398 561	50	Einnahmen	398 362	68	198	82
367 000	—	398 362	68	Ausgaben	398 362	68	—	—
—	—	198	82	Mehreinnahmen Barbestand	—	—	—	—

Vermögensausweis.

187 276 ℳ 59 ₰ Wert der Mobilien,
198 „ 82 „ Einnahmerückſtände,

187 475 ℳ 41 ₰ reines Vermögen Ende 1901.

Der Stand des Lehrperſonals an den Volksſchulen war Ende 1901:

88 Lehrer gegen 85 pro 1900
53 Lehrerinnen „ 51 „ „

141 in Summe gegen 136 im Vorjahr.

Der Zuſchuß der Stadtkämmerei beträgt
388 144 ℳ 36 ₰ pro 1901, d. i. 49,98 % der Gemeindeumlagen (zu 776 548 ℳ),
336 282 „ 47 „ „ 1900, d. i. 43,8 % „ „ („ 765 795 „), ſohin

51 861 ℳ 89 ₰ mehr gegen das Vorjahr.

Von der Geſamtausgabe treffen
im Jahre 1901 bei 7525 Schulkindern 52,94 ℳ pro Kopf,
„ „ 1900 „ 7185 „ 48,29 „ „ „
„ „ 1899 „ 6945 „ 45,48 „ „ „
„ „ 1898 „ 6744 „ 42,89 „ „ „

ohne Einrechnung der beſonderen Ausgaben für Schulhaus-Neubauten, für welche im Jahre 1901 rund 115 000 ℳ, in den Jahren 1896 mit 1901 insgeſamt 891 420 ℳ aufgewendet wurden.

8. Pensionskasse für städtische Beamte.

Voranschlag		Soll		Einnahmen	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
				I. Einnahmen aus den Vorjahren.				
—	—	10	05	Rechnungsberichtigungen und Ersatzleistungen	10	05	—	—
5 233	42	5 299	39	II. An Kapitalzinsen	5 299	39	—	—
				III. An Zuschüssen				
41 570	—	61 972	52	Von der Stadtkämmerei . .	61 972	52	—	—
17 000	—	—	—	„ „ städt. Sparkasse .	—	—	—	—
6 056	58	6 612	31	Jahresbeiträge der Mitglieder	6 612	31	—	—
				Vermögensrechnung.				
				I. Aus dem Vorjahre.				
—	—	681	76	Kassebestand aus voriger Rechnung	681	76	—	—
—	—	24	—	Gründungsbeiträge. . . .	24	—	—	—
—	—	118 300	—	II. Einnahme infolge Veränderung oder Veräußerung von Vermögensbestandteilen .	118 300	—	—	—
				III. An Fundationszuflüssen:				
—	—	1 200	—	Von der Stadtkämmerei zur Bildung eines Reservefondes	1 200	—	—	—
—	—	3 438	—	Eintrittsgebühren der Mitglieder	3 438	—	—	—
69 860	—	197 538	03	Summe der Einnahmen	197 538	03	—	—

Vor-anschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Ausgaben	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
—	—	—	90	I. Rechnungsberichtigungen . .	—	90	—	—
13	70	59	30	IV. An Buchbinderlöhnen und sonstigen Regieausgaben	59	30	—	—
				V. An Pensionen und zwar:				
44 760	40	49 617	07	An 25 Beamte und Bedienstete	49 617	07	—	—
21 579	50	21 865	—	An 42 Witwen	21 865	—	—	—
2 306	40	2 352	—	„ 17 Waisen	2 352	—	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	122 500	—	II. Ausleihung von Aktivkapitalien	122 500	—	—	—
68 660	—	196 394	27	Summe der Ausgaben	196 394	27	—	—

Vor-anschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Abschluß	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
69 860	—	197 538	03	Einnahmen	197 538	03	—	—
68 660	—	196 394	27	Ausgaben	196 394	27	—	—
1 200	—	1 143	76	Kassebestand	1 143	76	—	—

Vermögensausweis.

143 828 ℳ 58 ₰ Aktivkapitalienstand,
1 143 „ 76 „ Kassebestand der II. Hauptabteilung,
144 972 ℳ 34 ₰ Summe des Vermögens Ende 1901.

Anmerkung:

Die Eintrittsgebühren der Mitglieder fließen dem Stammvermögen der Kasse zu; die hieraus anfallenden Zinsen sind für die Zwecke der Kasse mitzuverwenden.

9. Pensionskasse für städtische Bedienstete.

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
2 200	—	2 215	04	II. An Kapitalzinsen	2 215	04	—	—
5 680	—	6 010	87	VII. a) Zuschuß von der Stadtkämmerei zur Deckung des Mehrbedarfs	6 010	87	—	—
200	—	213	20	b) von den hiesigen Wirten für das Nachtzettelschreiben	213	20	—	—
3 639	60	3 749	96	c) Jahresbeiträge der Kassemitglieder	3 749	96	—	—
10	40	67	—	VIII. An Strafen von Bediensteten	67	—	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	86	91	I. Kassebestand nach letzter Rechnung	86	91	—	—
—	—	54 400	—	II. An heimgezahlten Aktivkapitalien	54 400	—	—	—
—	—	1 584	—	III. An Eintrittsgebühren der Kassemitglieder	1 584	—	—	—
11 730	—	68 326	98	Summe der Einnahmen	68 326	98	—	—

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Ausgaben	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
91	85	67	28	V. Für Etatsanfertigung, Rechnungsstellung, Buchbinderlöhne, Zinsvergütung und Stempel	67	28	—	—
11 638	15	12 188	79	An Pensionen und Unterhaltsbeiträgen	12 188	79	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	55 900	—	I. Ausleihung von Aktivkapitalien	55 900	—	—	—
11 730	—	68 156	07	Summe der Ausgaben	68 156	07	—	—

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Abschluß	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
11 730	—	68 326	98	Einnahmen	68 326	98	—	—
11 730	—	68 156	07	Ausgaben	68 156	07	—	—
—	—	170	91	Kassebestand	170	91	—	—

Vermögensausweis.

61 200 ℳ — ₰ Aktivkapitalien,
170 „ 91 „ Kassebestand,

61 370 ℳ 91 ₰ Summe des Vermögens Ende 1901.

10. Pensionskasse für das städtische Lehrpersonal.

Voranschlag		Soll		Einnahmen	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
1 177	51	1 181	25	II. An Kapitalzinsen	1 181	25	—	—
3 707	43	4 041	25	III. a) Jahresbeiträge von den Kassemitgliedern	4 041	25	—	—
3 050	—	3 023	17	b) Zuschuß von der Stadtkämmerei	3 023	17	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	34	20	I. Kassebestand aus voriger Rechnung	34	20	—	—
—	—	29 900	—	II. An heimgezahlten Aktivkapitalien	29 900	—	—	—
1 252	44	2 457	91	III. Eintrittsgebühren von den Kassemitgliedern	2 457	91	—	—
9 187	38	40 637	78	Summe der Einnahmen	40 637	78	—	—

Voranschlag ℳ	Voranschlag ₰	Soll ℳ	Soll ₰	Ausgaben	Wirklicher Anfall ℳ	Wirklicher Anfall ₰	Rückstände ℳ	Rückstände ₰
				Betriebsrechnung.				
38	34	51	40	IV. An Buchbinderlöhnen, Stempelgebühren	51	40	—	—
7 896	60	8 194	27	V. An Pensionen und Unterhaltsbeiträgen	8 194	27	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	32 300	—	I. Auf Ausleihung von Aktivkapitalien	32 300	—	—	—
7 934	94	40 545	67	Summe der Ausgaben	40 545	67	—	—

Voranschlag ℳ	Voranschlag ₰	Soll ℳ	Soll ₰	Abschluß	Wirklicher Anfall ℳ	Wirklicher Anfall ₰	Rückstände ℳ	Rückstände ₰
9 187	38	40 637	78	Einnahmen	40 637	78	—	—
7 934	94	40 545	67	Ausgaben	40 545	67	—	—
1 252	44	92	11	Kassebestand	92	11	—	—

Vermögensausweis.

33 800 ℳ — ₰ Aktivkapitalienstand,
92 „ 11 „ Kassebestand,

33 892 ℳ 11 ₰ Summe des Vermögens Ende 1901.

11. Städt. Leihanstalt.

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
10 000	—	10 113	14	III. Zinsen aus Darlehen von Pfändern	10 113	14	—	—
400	—	346	11	Versteigerungsgebühren . .	346	11	—	—
10	—	3	50	Erlös für Verpackungsmaterial	3	50	—	—
700	—	907	70	Verfallene Mehrerlöse aus versteigerten Pfändern . .	907	70	—	—
—	—	69	64	Vom Taxator vergütete Mindererlöse aus solchen Pfändern	69	64	—	—
		1 179	84	Unerhobene Mehrerlöse aus den diesjährigen Versteigerungen	1 179	84	—	—
100	—	39	08	VIII. Zinsen aus Kapitalsanlagen	39	08	—	—
				Vermögensrechnung.				
		10 469	02	I. Kassebestand aus voriger Rechnung	10 469	02	—	—
		112 393	—	II. Darlehensrückzahlungen:				
				Von ausgelösten Pfändern .	107 459	—	—	—
		—	—	Von versteigerten Pfändern .	4 934	—	—	—
		7 000	—	IV. Schuldaufnahme	7 000	—	—	—
11 210	—	142 521	03	Summe der Einnahmen	142 521	03	—	—

Vor-anschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
—	—	3 213	83	I. Zahlungsrückstände, abgeholte Mehrerlöse aus versteigerten Pfändern	1 186	53	2 027	30
6 020	—	6 609	—	II. Personalausgaben	6609	—	—	—
990	—	944	84	Sachliche Ausgaben für Regie ꝛc.	944	84	—	—
750	—	1 291	60	Mindererlöse aus Versteigerungen und besondere Ausgaben	1 291	60	—	—
100	—	69	50	III. Versteigerungsgebühren dem k. Stadtrentamte . . .	69	50	—	—
1 600	—	814	23	X. Überschuß an die Kämmerei	814	23	—	—
1 750	—	1 179	84	XI. Mehrerlöse der diesjährigen Versteigerungen	—	—	1 179	84
				Vermögensrechnung.				
—	—	130 745	—	I. Verzinsliche Darlehen auf Pfänder	130 745	—	—	—
11 210	—	144 867	84	Summe der Ausgaben	141 660	70	3 207	14

Vor-anschlag		Soll		Abschluß	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
11 210	—	142 521	03	Einnahmen	142 521	03	—	—
11 210	—	144 867	84	Ausgaben	141 660	70	3 207	14
—	—	2 346	81	Kassebestand	860	33	—	—
				Hievon: Zahlungsrückstände	3 207	14	—	—
				Summe wie im Soll	2 346	81	—	—

Vermögensausweis.

90 120	ℳ	—	₰	Bestand an verzinslichen Pfandkapitalien,
860	„	33	„	Kassebestand,
2 696	„	21	„	Mobiliarwert,
93 676	ℳ	54	₰	Summe. Hievon
10 207	„	14	„	Passivkapitalien und Zahlungsrückstände,
83 469	ℳ	40	₰	reines Vermögen Ende 1901.

Das Stammvermögen der Leihanstalt betrug

81 716	ℳ	59	₰	Ende des Jahres 1900; hiezu
1 750	„	—	„	Zuwachs aus dem Betriebsüberschusse 1901,
2	„	81	„	„ an Inventarwert,
83 469	ℳ	40	₰	Summe des Vermögens Ende 1901.

Hieraus werden Zinsen nicht berechnet, auch hat die Anstalt für die Geschäftslokalitäten keine Miete zu entrichten. Ebenso bleibt die Pensionslast außer Ansatz.

Anfangs des Jahres 1901 waren vorhanden:

1598	Pfänder mit	11 637	ℳ	Darlehen aus 1899,
7 865	„ „	60 131	„	„ „ 1900,
20055	„ „	130 745	„	„ wurden 1901 hingeliehen,
29518	Pfänder mit	202 513	ℳ	Darlehen in Summe. Hievon wurden
1595	Pfänder mit	11 637	ℳ	aus 1899 } ausgelöst bezw. versteigert,
6335	„ „	47 740	„	„ 1900 }
10609	„ „	53 016	„	„ 1901 ausgelöst, sohin
18542	Pfänder mit	112 393	„	Darlehen in Summe, so daß
10976	Pfänder mit	90 120	ℳ	Darlehen am Schlusse des Jahres 1901 vorhanden

waren, wovon 1530 Pfänder mit 12 391 ℳ Darlehen aus 1900 und
9446 „ „ 77 729 „ „ „ 1901 stammen.

10976 Pfänder mit 90 120 ℳ Darlehen-Summe wie vor.

12. Städtische Sparkasse.

Voranschlag ℳ	Voranschlag ₰	Soll ℳ	Soll ₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	Wirklicher Anfall ₰	Rückstände ℳ	Rückstände ₰
				Betriebsrechnung.				
—	—	5	10	I. Einnahmen aus den Vorjahren	5	10	—	—
—	—	154 371	66	II. An Kapitalzinsen und zwar:				
4 143	35	—	—	aus 126 871,69 ℳ vom Staate	4 154	78	—	—
105 000	—	—	—	aus 2 867 000 ℳ von Gemeinden	129 777	80	—	—
827	14	—	—	aus 19 714,24 ℳ von Gesellschaften	827	28	—	—
4 515	—	—	—	aus 310 000 ℳ von Banken	5 433	33	—	—
14 237	97	—	—	aus 302 671,43 ℳ von Privaten	14 178	47	—	—
276	54	1 410	54	VIII. Sonstige Einnahmen . . .	1 410	54	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	21 875	89	I. Kassebestand nach letzter Rechnung	21 875	89	—	—
—	—	3 823 714	29	II. Heimgezahlte Aktivkapitalien	3 823 714	29	—	—
—	—	3 511 532	—	IV. Neue Spareinlagen . . .	3 511 532	—	—	—
—	—	21 376	93	Zu Kapital geschriebene Zinsen	21 376	93	—	—
—	—	41	—	Durch Verkauf von Sparmarken	41	—	—	—
129 000	—	7 534 327	41	Summe der Einnahmen	7 534 327	41	—	—

Voranschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
—	—	14 311	42	I. An rückständigen Zinsen aus Spareinlagen	8 546	32	5 765	10
—	—	5	10	An Rechnungsberichtigungen	5	10	—	—
7 495	—	8 657	—	II. An Besoldungen	8 657	—	—	—
1 005	—	21 615	20	An sachlichen Ausgaben*)	21 615	20	—	—
34 000	—	—	—	X. Überschuß an die Stadtkämmerei	—	—	—	—
—	—	—	—	Überschuß an die städt. Pensionskasse	—	—	—	—
86 500	—	133 880	91	XI. Auf Verzinsung der Spareinlagen	127 607	33	6 273	58
—	—	3 226 151	—	Zurückbezahlte Spareinlagen	3 226 151	—	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	4 075 350	—	I. Auf Ausleihung von Aktivkapitalien	4 075 350	—	—	—
129 000	—	7 479 970	63	Summe der Ausgaben	7 467 931	95	12 038	68

*) Hierunter die einmaligen Kosten der Einführung des neuen Sparkassestatuts zu ca. 3400 ℳ, sodann 17 628,20 ℳ an Zwischenzins, Kursdifferenz, Stempelgebühren 2c. bei Ankauf von Wertpapieren, wovon 16 229,80 ℳ durch den erhöhten Anfall von Kapitalzinsen (s. Einn. II) als gedeckt erscheinen.

Voranschlag		Soll		Abschluß	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
129 000	—	7 534 327	41	Einnahmen	7 534 327	41	—	—
129 000	—	7 479 970	63	Ausgaben	7 467 931	95	12 038	68
--	—	54 356	78	Aktivkassebestand	66 395	46	12 038	68
				Hievon die Rückstände	12 038	68	—	—
				Rest wie im Soll	54 356	78	—	—

Vermögensausweis.

I. Rentierendes Vermögen.

3 626 257,36 ℳ Aktivkapitalien.

II. Nicht rentierendes Vermögen.

66 395,46 „ Aktivkassabestand

3 692 651,82 ℳ Summe Vermögen.

I. Verzinsliche Schulden.

3 347 129,35 „ an Spareinlagen.

II. Unverzinsliche Schulden.

12 038,68 „ Zahlungsrückstände

3 231,— „ an verkauften aber nicht eingelösten Sparmarken

3 362 399,03 ℳ Summa Schulden.

Abgleichung.

Vermögen: 3 692 652,82 ℳ

Schulden: 3 362 399,03 „

Reines Vermögen und zugleich Reservefond 330 253,79 ℳ

Der Vermögensstand pro 1901 hat sich gegenüber dem Vorjahre um 6718,81 ℳ gemindert. Über die Einführung der neuen Satzungen und deren Einfluß auf das finanzielle Ergebnis der Rechnung ist auf Seite 69—74 des I. Abschnittes ausführlich berichtet.

13. Städtiſche Schuldentilgungskaſſe.

Voranſchlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückſtände ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
30 000	—	23 081	51	I. Einnahmen aus dem Vorjahre				
—	—	—	—	Nachborge von Lokalmalzaufſchlag	23 081	17	—	—
—	—	—	—	Erſatzpoſten	—	34	—	—
270 000	—	196 320	15	IV. An Lokalmalzaufſchlag und zwar aus 100,677 hl Malz à 1,95 ℳ	175 266	99	21 053	16
		68 710	51	An Bieraufſchlag 1,30 ℳ pro Hektoliter	68 710	51	—	—
604 000	—	604 000	—	VII. Von der Stadtkämmerei an Suſtentation	604 000	—	—	—
1 000	—	132 250	31	VIII. Sonſtige Einnahmen an Bankzinſen	132 250	31	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	418 808	58	I. Kaſſebeſtand vom Vorjahr .	418 808	58	—	—
—	—	957 250	—	Von der Hypotheken- und Wechſelbank in München Einnahme-Rückſtand vom Vorjahre aus der 3 Millionen-Anleihe Serie I als 3. Rate am 1. April 1901	500 000	—	—	—
				„ 4. „ „ 1. Juli 1901	457 250	—	—	—
905 000	—	2 400 421	06	Übertrag:	2 379 367	90	21 053	16

Voranschlag		Soll		Einnahmen	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
905 000	—	2 400 421	06	Übertrag:	2 379 367	90	21 053	16
—	—	1 167 940	01	Von der Kasse für die Grunderwerbungen l. M., Vorschüsse à conto der schwebenden Schuld zu 1,2 Millionen Mark	—	—	1 167 940	01
—	—	3 000 000	—	IV. Aus Schuldaufnahmen und zwar:				
				Anleihe Serie II. Von der bayer. Hypotheken- und Wechselbank in München als Führerin des Konsortiums	1 525 000	—	1 475 000	—
—	—	10 032 600	—	Aus 4%igen Nominalschuldverschreibungen von städt. Kassen, Stiftungen und Privaten	10 032 600	—	—	—
—	—	18 800		Aus 3½%igen dergleichen	18 800	—	—	—
905 000	—	16 619 761	07	Summe der Einnahmen	13 955 767	90	2 663 993	17

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Ausgaben	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
—	—	1 988	—	I. An rückständigen Passivzinsen,	1 905	—	83	—
400	—	400	—	II. An Remuneration dem Kassier .	400	—	—	—
300	—	264	25	Für Bureaubedürfnisse . .	264	25	—	—
300	—	38 215	42	An Gebühren, Provisionen, Geldträgerlöhnen, Porto ꝛc.	123	20	—	—
				Kosten für die Ausgabe von Inhaberpapieren zu 3 000 000 ℳ Serie II einschließlich des Kursverlustes zu 30 000 ℳ	37 702	05	—	—
				Kosten für Einlösung der Zinsscheine	390	17	—	—
8 000	—	7 402	31	Für Erhebung des Lokal-Malz- und Bieraufschlages und zwar:				
				dem k. Hauptzollamt hier 2%	3 966	96	—	—
				dem städt. Kontrollpersonal .	3 435	35	—	—
86 000	—	84 842	23	Rückvergütung an Malzaufschlag für ausgeführte 114 600,94 hl Bier . .	84 842	23	—	—
—	—	857 158	58	X. Für kommunale Unternehmungen:				
				Für den Sammelkanal . .	469 816	74	—	—
				„ das Zentralschulhaus . .	429	98	—	—
				„ den Rathausneubau .	2 572	44	—	—
				„ die neue Wasserversorgung	30 045	05	—	—
95 000	—	990 270	79	Übertrag:	635 893	42	83	—

Vor-anschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
95 000	—	990 270	79	Übertrag:	635 893	42	83	—
				Betriebsrechnung. (X. Für kommunale Unternehmungen.)				
				Für Erbauung eines Kohlenschuppens und zur Deckung der Mehrausgaben für Aufstellung eines Reserve-Dampfkessels im Schlachthause	2 580	51	—	—
				„ das Elektrizitätswerk .	60 764	22	—	—
				„ Erweiterung der Zellerstraße	93	14	—	—
				„ das Hochkai rechts des Mains	4 033	82	—	—
				„ Grunderwerbungen für den Sammelkanal und das Hochkai zwischen Sonnen- und Frühlingstraße	78 203	80	—	—
				„ Umgestaltung der seitherigen Hochdruckleitung in eine Nutzwasserleitung	26 532	20	—	—
				„ Bau einer Wasserleitung im Steinbachtal . . .	18 841	19	—	—
				„ Erwerbung einiger Grundflächen behufs Erweiterung der Heidingsfelder- und Randersackererstraße	4 106	75	—	—
				„ die Schulbaracke im V. Distrikt	2 176	01	—	—
95 000	—	990 270	79	Übertrag:	833 225	06	83	—

Voranschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
95 500	—	990 270	79	Übertrag:	833 225	06	83	—
				Betriebsrechnung. (X. Für kommunale Unternehmungen.)				
				Für Erbauung eines 2. Schulhauses im Grombühl .	115 072	78	—	—
				„ Ankauf von Grundflächen zur Anlage von Zufahrtstraßen zum 2. Grombühler Schulhaus . .	34 366	36	—	—
				„ Ankauf von Grundstücken im Steinbachtal . . .	1 527	30	—	—
				„ Anpflanzungen auf dem Nikolausberge . . .	5 996	29	—	—
753 600	—	824 083	81	XI. Auf Verzinsung der Stadtschuld	821 018	31	3 065	50
56 400	—	10 149 994	—	Auf Heimzahlung von Schuldkapitalien	10 149 994	—	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	1 167 940	01	An die Kasse für Grunderwerbungen l. M. à conto der schwebenden Schuld zu 1,2 Millionen Mark . .	1 167 940	01	—	—
905 000	—	13 132 288	61	Summe der Ausgaben	13 129 140	11	3 148	50

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Ausgaben	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
905 000	—	16 619 761	07	Einnahmen	13 955 767	90	2 663 993	17
905 000	—	13 132 288	61	Ausgaben	13 129 140	11	3 148	50
—	—	3 487 472	46	Aktivrest	826 627	79		
				Hiezu die Einnahmsrückstände	2 663 993	17		
				Summe	3 490 620	96		
				Hievon die Zahlungsrückstände	3 148	50		
				Summe wie im Soll	3 487 472	46		

Vermögensausweis.

I. Vermögen.

66,24 ℳ Wert der Mobilien,
21 053,16 „ Nachborge an Lokalmalzaufschlag,
826 627,79 „ Aktivkassebestand,
1 475 000,00 „ Guthaben aus der 3 Millionen-Anleihe Serie II von der Hypotheken- und Wechselbank.

2 322 747,19 ℳ Summe des Vermögens.

II. Schulden.

6 069 000,00 ℳ zu 3½ und 3¾ % Gothaer Bankschuld,
6 000 000,00 „ zu 4 % Inhaber-Obligationenschuld,
9 401 580,28 „ zu 3½ und 4 % Nominal-Obligationenschuld,

21 470 580,28 ℳ Summe der Passivkapitalien, ferner
3 148,50 „ An Zahlungsrückständen.

21 473 728,78 ℳ Summe der Schulden.

Abgleichung.

21 473 728,78 ℳ betragen die Schulden,
2 322 747,19 „ beträgt das Vermögen.

19 150 981,59 ℳ Summe der Schulden Ende 1901.

Am Schluſſe des Jahres 1900 hat die Stadtſchuld
18 569 174,28 ℳ betragen,
13 051 400,00 „ wurden pro 1901 aufgenommen,

31 620 574,28 ℳ Summe;
10 149 994,00 „ wurden heimgezahlt, ſohin

21 470 580,28 ℳ Summe der Stadtſchuld Ende 1901 wie oben.

An nicht erſchöpften Krediten hat die Schuldentilgungskaſſe noch zu leiſten und gehen auf 1902 über

78 879,98	ℳ	für den Sammelkanal,
9 249,89	„	„ Erbauung der neuen Waſſerleitung,
18 065,44	„	„ Verlegung der Examinatorſtationen,
3 744,40	„	„ Rathausneubau,
36 521,32	„	„ Errichtung von Feuerwehrhäuſern,
8 459,97	„	„ Nutzbarmachung der Zeller Quellen,
43 276,33	„	„ das Elektrizitätswerk,
21 095,14	„	„ Erweiterung der Zellerſtraße,
12 400,00	„	„ die nördliche Abfahrt bei der alten Mainbrücke,
248 736,52	„	„ Umbau der Grombühlſtraße,
239 153,66	„	„ Errichtung von Lagerhäuſern ꝛc. ꝛc.
100 000,00	„	„ Herſtellung hochwaſſerfreier Lagerplätze,
90 000,00	„	„ Erwerb des alten Zollamtsgebäudes,
111,60	„	„ Regulierung und Ausbau der Lehrerſtraße,
526 763,15	„	„ Anlage des rechtsmainiſchen Hochkais,
2 431,85	„	„ Umgeſtaltung der ſeitherigen Hochdruckleitung in eine Nutzwaſſerleitung,
6 958,81	„	„ Bau einer Waſſerleitung im Steinbachtal,
113 927,22	„	„ Erbauung eines 2. Schulhauſes im Grombühl,
403 790,95	„	als Reſerve 1899 für das Jahr 1902.
1 963 566.23	ℳ	in Summe.

Dieſer Summe ſtehen als Deckungsmittel gegenüber

32 319,72	ℳ	Minderaufnahme,
826 627,79	„	Aktivkaſſebeſtand,
21 053,16	„	Nachborge an Lokalmalzaufſchlag,
1 475 000,00	„	Guthaben aus der 3 Millionen-Anleihe Serie II von der Hypotheken- und Wechſelbank.
2 355 000,67	ℳ	in Summe.

Die gesamte Stadtschuld, welche am 1. Januar 1902 20 302 900 ℳ betragen darf, soll nach dem staatsaufsichtlich genehmigten Schuldentilgungsplan vom 29. November 1899 bis zum Jahre 1974 getilgt sein.

Zur Verzinsung und Tilgung der Stadtschuld haben die gesamten Erträgnisse des Lokal-Malz- und Bieraufschlags zu dienen; dieselben sind bevoranschlagt mit 176 000 ℳ jährlich. Außerdem hat die Stadtkämmerei alljährlich einen entsprechenden Zuschuß zu leisten. Der so gebildete Tilgungsfond beträgt 788 000 ℳ.

Der im Laufe der Jahre aus Mehrerträgnissen des Lokal-Malz- und Bieraufschlages, aus Bankzinsen und ersparten Passivzinsen ꝛc. angesammelte Betriebsfond der Kasse hat Ende des Jahres 1900

373 994,80 ℳ betragen
356 225,95 „ beträgt derselbe Ende 1901, sohin

17 766,85 ℳ weniger als im Vorjahre.

14. Universitäts-Jubiläums-Fond.

(Admassierungsfond.)

Vor-anschlag		Soll		Einnahmen	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
—	—	6	66	I. Kassebestand nach letzter Rechnung	6	66	—	—
111	13	127	17	II. An Kapitalzinsen	127	17	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	3 104	—	II. Aus heimgezahlten Aktivkapitalien	3 104	—	—	—
111	13	3 237	83	Summe der Einnahmen	3 237	83	—	—
				Ausgaben				
				Betriebsrechnung.				
—	—	—	20	IV. Für ein Sparbuch	—	20	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	3 236	—	I. Auf Ausleihung von Aktivkapitalien	3 236	—	—	—
—	—	3 236	20	Summe der Ausgaben	3 236	20	—	—

Voranschlag		Soll		Abschluß	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
111	13	3 237	83	Einnahmen	3 237	83	—	—
—	—	3 236	20	Ausgaben	3 236	20	—	—
111	13	1	63	Kassebestand	1	63	—	—

Vermögensausweis.

3436 ℳ — ₰ Aktivkapitalienbestand,
1 „ 63 „ barer Kassebestand,

3437 ℳ 63 ₰ Summe des Vermögens Ende 1901.

Der Fond soll zur Erhöhung der im Jahre 1981 oder 1982 stattfindenden 400jährigen Jubelfeier der k. Universität verwendet werden. Von der bis dahin angewachsenen Summe ist womöglich ein Betrag von wenigstens 1600 ℳ zurückzubehalten, der wieder mit Zins und Zinseszinsen angesammelt werden soll, bis zur halbtausendjährigen Jubelfeier im Jahre 2081 und so fort von Jahrhundert zu Jahrhundert, solange die Würzburger Hochschule besteht. Das ursprüngliche Vermögen betrug 2050 ℳ und wurde solches der Kämmerei zur Verwaltung im Jahre 1887 überwiesen.

15. Fond für eine größere, industrielle Ausstellung in Würzburg.

(Admassierungsfond.)

Voranschlag		Soll		Einnahmen	Wirklicher Anfall		Rückstände	
M	₰	M	₰		M	₰	M	₰
				Betriebsrechnung.				
—	—	—	18	I. Kassebestand nach letzter Rechnung	—	18	—	—
—	—	105	56	II. An Kapitalszinsen	105	56	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	2 690	—	II. Aus heimgezahlten Aktivkapitalien	2 690	—	—	—
—	—	2 795	74	Summe der Einnahmen	2 795	74	—	—
				Ausgaben				
—	—	—	20	IV. Für ein Sparbuch	—	20	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	2 794	—	I. Auf Ausleihung von Aktivkapitalien	2 794	—	—	—
—	—	2 794	20	Summe der Ausgaben	2 794	20	—	—

Voranschlag		Soll		Abschluß	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
—	—	2 795	74	Einnahmen	2 795	74	—	—
—	—	2 794	20	Ausgaben	2 794	20	—	—
—	—	1	54	Kassebestand	1	54	—	—

Vermögensausweis.

2794 ℳ — ₰ Bestand an Aktivkapitalien,
1 „ 54 „ Kassebarbestand,

2795 ℳ 54 ₰ Summe des Vermögens Ende 1901.

Der Industrieausstellungsfond besteht seit dem Jahre 1891. Das ursprüngliche Vermögen betrug 2083 ℳ 58 ₰.

16. Gemeinde-Kranken-Versicherung.

Voranschlag		Soll		Einnahmen	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
—	—	41 050	38	I. Kassebestand nach letzter Rechnung	41 050	38	—	—
—	—	503	08	Rückständige Krankenversicherungsbeiträge vom Vorjahre	497	86	5	22
1 500	—	1 500	—	II. An Kapitalzinsen	1 500	—	—	—
168 000	—	166 835	97	III. An Krankenversicherungsbeiträgen	166 137	49	698	48
2 000	—	2 903	30	VI. Ersatzleistungen Dritter für gewährte Krankenunterstützung	2 903	30	—	—
—	—	699	29	VII. Zuschüsse zum Krankengeld nach § 5 des Unfallversicherungsgesetzes . . .	699	29	—	—
—	—	40 000	—	VIII. Aus verkauften Wertpapieren	40 000	—	—	—
100	—	25	—	X. Sonstige Einnahmen . . .	25	—	—	—
171 600	—	253 517	02	Summe der Einnahmen	252 813	32	703	70

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Ausgaben	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
3 220	—	3 714	40	I. Für ärztliche Behandlung .	3 714	40	—	—
10 000	—	8 920	25	II. Für Arznei und sonstige Heilmittel	8 920	25	—	—
52 000	—	49 852	23	III. Für Krankengelder	49 852	23	—	—
83 100	—	71 297	85	IV. Für Kur- und Verpflegskosten an Krankenanstalten . .	71 297	85	—	—
		10 627	70	II. Für Ersatzleistungen an Dritte für gewährtes Krankengeld	10 627	70	—	—
19 000	—	7 387	58	Desgl. für ärztliche und Medikamentenkosten	7 387	58	—	—
		699	29	Desgl. an Zuschüssen zum Krankengeld	699	29	—	—
150	—	43	20	VII. An zurückgezahlten Beiträgen	43	20	—	—
—	—	60 320	55	VIII. Für Kapitalanlagen (einschließlich 265 ℳ Kursdifferenz, 53 ℳ 35 ₰ Zinsvergütung und 2 ℳ 20 ₰ Stempelgebühren) . . .	60 320	55	—	—
130	—	79	90	X. Sonstige Ausgaben . . .	79	90	—	—
167 600	—	212 942	95	Summe der Ausgaben	212 942	95	—	—

Abschluß

171 600	—	253 517	02	Einnahmen	252 813	32	703	70
167 600	—	212 942	95	Ausgaben	212 942	95	—	—
4 000	—	40 574	07		39 870	37	703	70
				Hiezu	703	70		
				Summe wie im Soll	40 574	07		

Vermögensausweis.

Reservefond in Wertpapieren	60 000 ℳ — ₰
Betriebsfond als Kassebestand	39 870 „ 37 „
Einnahmsrückstände	703 „ 70 „
Summe des Vermögens Ende 1901	100 574 ℳ 07 ₰

Der Stand der Versicherungspflichtigen betrug

am 1. Januar 1901		14 883
angemeldet wurden pro 1901		23 666
	Summe	38 549
Abgemeldet wurden pro 1901		24 734
Stand am Schlusse des Jahres 1901		13 815

Im Jahre 1901 erkrankten 4344 Mitglieder und wurden diese auf 98 407 Tage unterstützt beziehungsweise verpflegt und zwar:

2506	Mitglieder	auf	56 245	Tage	durch die Poliklinik,
583	„	„	11 800	„	auswärtige Gemeinden,
1100	„	„	27 028	„	das Juliusspital,
33	„	„	873	„	„ Ehehaltenhaus,
43	„	„	515	„	die Augenklinik,
29	„	„	670	„	das israelitische Krankenhaus,
30	„	„	405	„	die Frauenklinik,
13	„	„	666	„	„ psychiatrische Klinik,
7	„	„	205	„	sonstige Anstalten,

wofür die Ausgaben 152 499 ℳ 30 ₰ betragen.

Die Personalausgaben (diese nur teilweise, 1 Offiziant und 2 Diurnisten erhalten ihre Gehälter aus der Stadtkämmereikasse) und Regiekosten für die Gemeindekrankenversicherung wurden aus den Renten des Gesellen-Krankeninstituts und beziehungsweise des Krankeninstituts bestritten.

Neuerungen im Laufe des Jahres 1901.

Nach Magistratsbeschluß vom 27. September 1901 Nr. 28 688 wurde der praktische Arzt Dr. Mayer in Rimpar ab 1. Oktober 1901 als Kassenarzt für die Gemeinden Rimpar, Versbach, Oberdürrbach, Estenfeld, Maidbronn, Güntersleben und Gadheim aufgestellt. Dr. Mayer erhält für seine Bemühungen ein jährliches Fixum von 600 ℳ.

17. Städtisches Kranken-Institut.

Vor-anschlag		Soll		Einnahmen	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
—	—	770	94	I. Kassebestand nach letzter Rechnung	770	94	—	—
8 239	21	8 341	97	II. Zinsen von Aktivkapitalien .	8 341	97	—	—
17	14	17	14	III. Ständiges Legat aus der Dr. Oberthür'schen Stiftung .	17	14	—	—
800	—	742	30	An Beiträgen der Kassenmitglieder (sogenannte Stadtbeschäftigte)	742	30	—	—
6	65	—	—	IV. Sonstige Einnahmen . . .	—	—	—	—
9 063	—	9 872	35	Summe der Einnahmen	9 872	35	—	—
				Ausgaben				
				Betriebsrechnung.				
6 522	22	6 546	91	IV. Personalaufwand für die Beamten und Bediensteten .	6 546	91	—	—
195	78	148	50	Regie und Realexigenz . .	148	50	—	—
1 345	—	865	36	Kur- und Verpflegskosten .	865	36	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	1 500	—	I. Ausleihung von Aktivkapitalien	1 500	—	—	—
8 063	—	9 060	77	Summe der Ausgaben	9 060	77	—	—

Voranschlag		Soll		Abschluß	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
9 063	—	9 872	35	Einnahmen	9 872	35	—	—
8 063	—	9 060	77	Ausgaben	9 060	77	—	—
1 000	—	811	58	Kassebestand	811	58	—	—

Vermögensausweis.

Aktivkapitalien	226 700,—	ℳ
Kassebestand	811,58	„
Wert der Mobilien	797,94	„
Reines Vermögen Ende 1901	228 309,52	ℳ.

Gegenüber 1900 beträgt die Vermögensmehrung 1530,30 ℳ.

Die Mitglieder des Instituts, das sind: nicht in ständiger Weise beschäftigte Taglöhner, Holzmacher, Näherinnen, Zugeherinnen, Wäscherinnen u. dgl., zahlen einen Beitrag von —,65 ℳ pro Monat, 1,95 ℳ pro Quartal, 7,80 ℳ pro Jahr.

Hiefür erhalten dieselben in Krankheitsfällen Wart und Pflege im Juliusspital, Ehehaltenhaus, in der Augen-, Ohren- und Frauenklinik und im israelit. Krankenhaus auf die gesetzliche Dauer von 90 Tagen, event. auch ärztl. Hilfe und Medikamente außerhalb des Spitals auf Kosten des Instituts.

18. Städtisches Gesellen-Kranken-Institut.

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
5 921	21	5 921	21	II. An Kapitalzinsen	5 921	21	—	—
5 921	21	5 921	21	Summe der Einnahmen	5 921	21	—	—
				Ausgaben				
				Betriebsrechnung.				
—	—	624	36	I. Mehrausgaben nach letzter Rechnung	624	36	—	—
132	87	132	87	II. Passivreichnis der Witwe Anna Schwink laut testamentarischer Bestimmung aus dem v. Hefele'schen Legate	132	87	—	—
—	—	2	06	III. Prozeßkostenanteil	2	06	—	—
4 896	02	4 867	07	IV. Personalaufwand für die Beamten und Bediensteten der Gemeinde-Krankenversicherungskasse	4 867	07	—	—
1 218	—	1 187	35	IV. An sachlichen Ausgaben für letztere Kasse	1 187	35	—	—
74	32	35	68	IX. Portoausgaben für Übersendung von Krankengeld ꝛc.	35	68	—	—
6 321	21	6 849	39	Summe der Ausgaben	6 849	39	—	—

Voranschlag		Soll		Abschluß	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
5 921	21	5 921	21	Einnahmen	5 921	21	—	—
6 321	21	6 849	39	Ausgaben	6 849	39	—	—
400	—	928	18	Mehrausgaben, welche aus den Renten des Jahres 1902 gedeckt werden.	928	18	—	—

Vermögensausweis.

I. Vermögen.

An Aktivkapitalien 159 214,29 ℳ
Wert der Mobilien 872,66 „

Summe I. Vermögen 160 086,95 ℳ.

II. Schulden.

Mehrausgabe 928,18 ℳ

Reines Vermögen Ende 1901 159 158,77 ℳ.

Das reine Vermögen hat sich gegen das Vorjahr um 260 ℳ 68 ₰ gemindert.

Vom 1. Dezember 1884 ab sind sämtliche Gewerbsgehilfen und Lehrlinge, dann die Fabrikarbeiter, vom 1. Januar 1893 an die Gehilfen und Lehrlinge der Kaufleute und Apotheker der Gemeindekrankenversicherung einverleibt.

Das Vermögen des Gesellen-Krankeninstituts ist deshalb der Gemeinde-Krankenversicherung als Fundus überwiesen. Dasselbe ist jedoch gesondert zu behandeln und aus dessen Renten zu bestreiten:

a) der Regieaufwand,
b) der Personalaufwand, sowie
c) etwaige Vorschüsse der Gemeindekrankenversicherungskasse.

19. Kasse für Grunderwerbungen I/M.

Vor-anschlag		Soll		Einnahmen	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
—	—	1 866	30	II. Aus dem Ertrage der Realitäten	1 866	30	—	—
—	—	1167940	01	V. Von der städt. Schuldentilgungskasse an aufgenommenen Passivvorschüssen .	1167940	01	—	—
—	—	5 000	—	VII. Sonstige Einnahmen u. zwar Beitrag der Klingler'schen Erben zu dem Kaufschilling für die Stumpf- und Kielmeyer'sche Scheune . . .	5 000	—	—	—
—	—	1174806	31	Summe der Einnahmen	1174806	31	—	—

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Ausgaben	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
—	—	170	98	III. An Grund- und Haussteuern, Kreisumlagen ꝛc. . . .	170	98	—	—
—	—	1171785	35	IV. Ankauf von Realitäten: An die Dr. Adelmann'schen Erben, einschließl. Kosten .	906358	10	—	—
				An J. Stumpf u. P. Kielmeyer inkl. Kosten . . .	20446	25	—	—
				An die Klingler'schen Erben inkl. Kosten	244981	—	—	—
—	—	1146	66	V. An dieselben Verzugszinsen	1146	66	—	—
—	—	1167940	01	Auf Heimzahlung von Passivvorschüssen	—	—	1167940	01
—	—	45	98	VII. Ständige Bauausgaben . .	45	98	—	—
—	—	1657	34	IX. An die Stadtkämmerei Rentenüberschuß pro 1901 .	1657	34	—	—
—	—	2342746	32	Summe der Ausgaben	1174806	31	1167940	01

Abschluß

		1174806	31	Einnahmen	1174806	31	—	—
		2342746	32	Ausgaben	1174806	31	1167940	01
		1167940	01	Mehrausgabe Bestand	—	—		
				Zahlungsrückstände	1167940	01		
				Summe wie im Soll	1167940	01		

Vermögensausweis.

1 174,830,—	ℳ	Wert der vorhandenen Gebäude und Grundstücke.
		Hievon
1 167 940,01	„	aufgenommene Passivvorschüsse
6 889,99	ℳ	reines Vermögen Ende 1901.

Nach den Beschlüssen der beiden städt. Kollegien vom 26. März, 11. April, 14. und 25. Juni 1901 und Entschließung der k. Kreisregierung vom 12. Juli 1901 wurde die Aufnahme einer schwebenden Schuld im Betrage von 1 200000 ℳ zur Bestreitung der Kosten für Grunderwerbungen in der Zellerau genehmigt.

Die Aufnahme derselben erfolgt durch die städtische Schuldentilgungskasse durch Ausgabe von 4%igen Nominal-Stadtobligationen.

Die Verzinsung geschieht in gleicher Weise wie jene der konsolidierten Schuld und zwar durch die städt. Schuldentilgungskasse aus den allenfallsigen Überschüssen des planmäßig feststehenden Tilgungsfondes und aus dem die Summe von 350 000 ℳ übersteigenden Betrage des Betriebsfondes der Schuldentilgungskasse und falls diese Deckungsmittel nicht ausreichen, aus Betriebseinnahmen der Stadtkämmerei, durch entsprechende Erhöhung des alljährlich für Verzinsung und Tilgung der Stadtschuld zu leistenden Zuschusses.

Zur Tilgung der schwebenden Schuld sollen die etwaigen Erlöse aus verkauften Realitäten verwendet werden. Der nach Durchführung des Unternehmens als ungedeckt verbleibende Schuldrest ist auf die konsolidierte Stadtschuld zu übernehmen.

Für abgesonderte rechnerische Behandlung aller auf das bezeichnete Unternehmen bezüglichen Einnahmen und Ausgaben sowie für Verwaltung des Grundbesitzes wurde eine besondere Kasse nach Art. 89 der Gem.-Ord. errichtet.

Die alljährlich nach Abzug der Lasten und Betriebsausgaben etwa verbleibenden Rentenüberschüsse fließen der Kämmereikasse zu als Äquivalent für den von der letzteren zu bestreitenden Zinsen-, Personal- und Regieaufwand.

B. Wohltätigkeits-, Unterrichts- u. Kultusstiftungen.

1. Allgemeine Übersicht.

Lfd. Nr.	Namen der Stiftungen	Reiner Vermögensstand am 31. Dezbr. 1901		Einnahmen pro 1901		Hievon Verwaltungskosten, Staatsauflagen, Kassabestände ꝛc.		Rest für den Stiftungszweck		Bemerkungen
		ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	
	B. Wohltätigkeits-, Unterrichts- und Kultusstiftungen.									
1	Armenbeschäftigungsfond . .	63 923	14	2 410	50	24	—	2 386	50	
2	Baunach'sche Stiftung . . .	8 202	49	310	12	19	38	290	74	
3	Becker-Veit'sche Stiftung . .	25 666	98	999	65	67	65	932	—	
4	Bolongaro-Crevenna'sche Stiftung	185 457	89	8 194	22	*1 494	22	6 700	—	* Hievon 1000 ℳ kapitalisiert, 257.89 ℳ Bestand.
5	Brentano'sche Convertitenstiftung	36 050	46	1 460	47	*266	18	1 194	29	* Hievon 57,59 ℳ Kassabestand.
6	Brentano'sche Marienkapellenstiftung	4 119	56	255	98	*171	41	84	57	* Hievon 138 ℳ kapitalisiert.
7	Brückner'sche Armenstiftung .	54 992	86	2 114	82	70	50	2 044	32	
8	Bürgerspitalstiftung [1]) . . .	2 631 686	61	230 059	50	*153 825	95	76 233	55	* Hierunter 79 021,69 ℳ Ausgaben auf das Weingeschäft
9	Bürgervereinsstiftung für Hauszins und Holz	20 124	45	767	45	17	45	750	—	
10	Burkardiner Schulstiftung .	45 102	86	1 061	31	49	14	1 012	17	
11	Dr. Burkard'sche Stipendienstiftung	30 923	71	1 964	87	*1 008	37	956	50	* Hierunter 846,12 ℳ Kassabestand.
12	Dalberg'sche Mädchenschulstiftung	12 600	—	451	05	7	60	443	45	
13	Diemer'sche Armenstiftung .	20 410	—	774	16	31	20	742	96	
14	Ehehaltenhauspflege [2]) . . .	390 485	32	37 004	76	1 811	05	35 193	71	
15	Elisabethenhauspflege . . .	33 002	86	1 240	42	111	50	1 128	92	
16	Engert'sche Armenstiftung . .	1 030	—	39	07	4	95	34	12	
	Latus 1:	3 563 779	19	289 108	35	158 980	55	130 127	80	

[1]) Näheres s. S. 190.
[2]) Näheres s. S. 194.

lfd. Nr.	Namen der Stiftungen	Reiner Vermögensstand am 31. Dezbr. 1901		Einnahmen pro 1901		Hievon Verwaltungskosten, Staatsauflagen, Kassabestände ꝛc.		Rest für den Stiftungszweck		Bemerkungen
		ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	
17	Erbacher'sche Stiftung . . .	25 512	03	951	82	56	72	895	10	
18	Fischer'sche Armenstiftung . .	27 046	27	1 535	49	*308	49	1 227	—	* Hierunter 246,27 ℳ Bestand.
19	Frankenstein'sche Stiftung . .	3 350	—	124	54	11	36	113	18	
20	Franz-Ludwig-Stiftung für arme Bürger und 1 Studenten	5 700	02	213	27	7	02	206	25	
21	Franz-Ludwig-Stiftung für Hauszins und Holz . . .	5 240	38	338	87	*158	87	180	—	* Hierunter 150,67 ℳ Bestand.
22	Freundschig-Ringelmann'sche Stiftung	140 245	43	5 344	07	*735	07	4 609	—	* Hievon 220 ℳ kapitalisiert und 247,43 ℳ Bestand
23	Gabrielspflege	125 141	35	9 154	16	134	19	9 019	97	
24	Gätschenberger'sche Kinderasylstiftung	54 376	83	2 102	33	*2 102	33	—	—	* Hierunter 2000 ℳ zur Admassierung verwendet; 7€,83 ℳ Kassabestand.
25	Gelchshammer'sche Stipendienstiftung	4 020	57	195	35	*67	57	127	78	* Hierunter 30 ℳ zur Admassierung verwendet; 20,57 ℳ Kassabestand.
26	Germershausen'sche Armenstiftung	3 900	—	146	—	6	30	139	70	
27	Getreidestiftung	80 300	—	3 056	79	155	—	2 901	79	
28	Grasser'sche Stipendienstiftung	67 175	47	2 626	73	*1 826	73	800	—	* 1200 ℳ admassiert, 84,91 ℳ Kassabestand.
29	v. Groß'sche Armenstiftung .	5 210	—	189	02	7	20	181	82	
30	Gutbrod'sche Armenstiftung .	9 450	—	358	25	35	53	322	72	
31	Guttenberg-Ostein-Stadion'sche Armenstiftung . . .	17 738	20	747	57	97	57	650	—	
32	Hack'sche Frühpredigtstiftung .	10 082	04	380	36	74	93	305	43	
33	Hall'sche Armenstiftung . .	4 150	—	151	89	21	10	130	79	
34	v. Hessele'sche Stiftung . .	8 637	42	324	78	—	—	324	78	
35	Herz'sche Stipendienstiftung .	37 719	53	1 746	92	*975	92	771	—	* Hievon 51,12 ℳ kapitalisiert, 818,10 ℳ Kassabestand.
	Latus 2:	634 995	54	29 688	21	6 781	90	22 906	31	

Lfd. Nr.	Namen der Stiftungen	Reiner Vermögensstand am 31. Dezbr. 1901		Einnahmen pro 1901		Hievon Verwaltungskosten, Staatsauflagen, Kassabestände ꝛc.		Rest für den Stiftungszweck		Bemerkungen
		ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	
36	Himmelskronenpflege . . .	25 918	54	1 138	—	*268	—	870	—	* Hierunter 139.95 ℳ Kassabestand.
37	Hohenzinnenpflege	16 270	—	693	68	4	50	689	18	
38	Horn'sche Stiftung	79 626	99	2 754	15	*1 024	26	1 729	89	* Hierunter 864,95 ℳ kapitalisierte Rente.
39	v. Horneck'sche Armenstiftung	4 200	—	151	30	7	70	143	60	
40	Hueberspflege [1])	1 158 799	70	43 913	95	*9 709	47	34 204	48	* Hierunter 4620,80 ℳ kapitalisierte Rente und 4124,62 ℳ Kassabestand.
41	Jäckle'sche Stiftung	9 435	42	362	54	26	54	336	—	
42	Kehr'sche Stiftung	6 948	85	315	77	*92	92	222	85	* Hievon 40 ℳ kapitalisiert, 48,85 ℳ Kassabestand.
43	Kirchgeßner'sche Schulpreisstiftung	1 304	10	167	84	*162	24	5	60	* Hievon 154,44 ℳ Kassabestand.
44	Klett'sche Stiftung	10 313	18	396	65	40	15	356	50	
45	Koch'sche Stiftung	1 810	83	77	98	17	98	60	—	
46	König'sche Armenstiftung . .	34 984	68	2 171	97	*911	97	1 260	—	* Hierunter 831,25 ℳ Kassabestand.
47	Kohles'sche Armenstiftung . .	22 280	15	835	48	132	48	703	—	
48	Kümmeter'sche Stipendienstiftung	3 030	—	111	65	16	41	95	24	
49	Küttenbaumpflege	13 964	31	642	25	4	50	637	75	
50	Lichtenstein'sche Almosenstiftung	6 350	—	240	30	20	20	220	10	
51	Lokalarmenfond	331 034	30	12 333	84	146	90	12 186	94	
52	v. Meerheimb'sche Stiftung .	69 033	62	2 502	60	*1 602	60	900	—	* Hievon 1400 ℳ kapitalisiert.
53	Metzler'sche Stiftung . . .	1 740	90	65	85	6	40	59	45	
	Dr. Millberger'sche Stiftung .	33 287	43	1 255	33	*655	33	600	—	* Hierunter 600 ℳ Kapitalsanlage.
	Dr. Müller'sche Armenstiftung	182 003	74	6 804	33	326	50	6 477	83	
	Latus 3:	2 012 336	74	76 935	46	15 177	05	61 758	41	

[1]) Näheres s. S. 194.

Lfd. Nr.	Namen der Stiftungen	Reiner Vermögensstand am 31. Dezbr. 1901		Einnahmen pro 1901		Hievon Verwaltungskosten, Staatsauflagen, Kassabestände ꝛc.		Rest für den Stiftungszweck		Bemerkungen
		ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	
56	Neumünster-Ehehaltenpflege .	18 490	57	789	88	*219	88	570	—	* Hierunter 100 ℳ Admassierung und 90,57 ℳ Kassabestand.
57	Reimann'scher Theater-Unterstützungsfond	12 451	83	656	84	*456	84	200	—	* 230,50 ℳ für Admassierung, 151,83 ℳ Kassabestand.
58	Reiche Almosenpflege . . .	10 605	72	411	72	52	20	359	52	
59	v. Rienecker'sche Stiftung . .	9 999	94	508	80	61	82	446	98	
60	Riesing'sche Stiftung . . .	50 286	12	957	19	197	19	760	—	
61	Rock- und Schuhalmosenpflege	36 550	—	1 437	30	85	41	1 351	89	
62	Roßhirt'sche Friedhofkapellenstiftung	65 209	13	1 209	08	*830	60	378	48	* Hierunter 600 ℳ Kapitalanlage, 95,31 ℳ Bestand.
63	Dr. Rubach'sche Stipendien-Stiftung	47 232	46	1 880	80	*880	80	1 000	—	* Hierunter 500 ℳ zur Admassierung, 32,46 ℳ Bestand.
64	Sartorius'sche Stipendienstiftung	289 708	78	11 282	83	*796	43	10 486	40	* Hierunter 424,13 ℳ Kassabestand.
65	Schierenberg'sche Weihnachtsstiftung	20 109	67	637	39	47	39	590	—	
66	Schirmer'sche Armenstiftung .	49 173	93	1 862	33	65	93	1 796	40	
67	v. Schmitt'sche Stiftung für Rekonvalescenten	15 800	44	627	49	*119	99	507	50	* Hierunter 100,44 ℳ Aktivrezeß.
68	v. Schmitt'sche Stiftung für Studierende	11 152	02	1 431	45	*1 260	02	171	43	* Hierunter 1252,02 ℳ Aktivrezeß.
69	Schmitt'sche Weihnachtsstiftung	2 996	42	106	58	14	58	92	—	
70	Schulfond zu St. Peter . .	8 900	—	352	25	6	—	346	25	
71	Seelenhauspflege	49 914	30	1 863	53	133	50	1 730	03	
72	Seißer'sche Messenstiftung . .	32 414	—	1 208	33	150	48	1 057	85	
	Latus 4:	730 995	33	27 223	79	5 379	06	21 844	73	

Lfd. Nr.	Namen der Stiftungen	Reiner Vermögensstand am 31. Dezbr. 1901		Einnahmen pro 1901		Hievon Verwaltungskosten, Staatsauflagen, Kassabestände ꝛc.		Rest für den Stiftungszweck		Bemerkungen
		ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	
73	v. Seuffert'sche Stiftung für gewerbetreibende Witwen .	2 986	44	198	85	8	85	190	—	
74	v. Seuffert'sche Stiftung für Staatsdiener-Witwen . .	1 714	29	68	58	6	—	62	58	
75	Serger'sche Familienstipendienstiftung	19 013	86	1 036	39	*1 036	39	—	—	* Hierunter 613,86 ℳ zur Admassierung.
76	Siechenhauspflege[1])	267 977	50	12 350	61	*6 912	59	5 438	02	* Hievon 3741,62 ℳ Kassabestand und 1974,60 ℳ admassiert.
77	Siligmüller'sche Stiftung . .	84 782	40	4 772	68	*2 652	68	2 120	–	* Hierunter 2100 ℳ Kassabestand und 382,40 ℳ zur Admassierung.
78	Spreti'sche Stiftung. . . .	500	—	18	75	4	27	14	48	
79	Stahel'sche Armenholzstiftung	22 549	70	885	18	20	38	864	80	
80	Stahel'sche Familienstipendienstiftung	20 173	91	918	53	*453	53	465	—	* Hievon 142,86 ℳ kapitalisiert; 185,37 ℳ Kassenbestand.
81	Dr. Staubach'sche Stiftung für Knaben	1 771	73	68	86	2	70	66	16	
82	Dr. Staubach'sche Stiftung für Mädchen	1 914	29	76	07	2	70	73	37	
83	Steinfelder-Kreuzer'sche Hauszinsstiftung	29 466	94	1 128	33	128	33	1 000	—	
84	Frz. Steinfelder'sche Krippenanstaltstiftung	1 385	44	51	23	*51	23	—	—	* Hievon 44 ℳ admassiert.
85	Frz. Steinfelder'sche Suppenanstaltstiftung	2 810	55	105	70	*105	70	—	—	* Hievon 96 ℳ admassiert.
86	Gg. Steinfelder'sche Gesellenstiftung	33 076	66	1 195	67	*683	67	512	—	* Hievon 500 ℳ admassiert.
87	Gg. Steinfelder'sche Messenstiftung	1 812	69	63	54	21	43	42	11	
	Latus 5:	491 936	40	22 938	97	12 090	45	10 848	52	

[1]) Näheres s. S. 195.

Lfd. Nr.	Namen der Stiftungen	Reiner Vermögensstand am 31. Dezbr. 1901		Einnahmen pro 1901		Hievon Verwaltungskosten, Staatsauflagen, Kassabestände ꝛc.		Rest für den Stiftungszweck		Bemerkungen
		ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	
88	Gg. Steinfelder'sche Priesterstiftung	403	26	43	48	*43	48	—	—	* Hievon 34 ℳ admassiert.
89	Streng'sche Stiftung für Theologen	5 089	07	189	54	52	40	137	14	
90	Streng'sche Stiftung für Wöchnerinnen	18 142	88	1 858	92	*616	42	1 242	50	* Hierunter 585,74 ℳ Kassabestand.
91	Sulzbeck'sche Stiftung . . .	7 552	—	268	63	21	13	247	50	
92	Trenner'sche Stiftung . . .	4 288	—	163	24	35	24	128	—	
93	Treppner'sche Stipendienstiftung	180 729	69	8 048	24	*4 276	95	3 771	29	* Hiernnter 3417,69 ℳ Kassabestand.
94	Walter'sche Stiftung . . .	876	—	49	46	15	46	34	—	
95	Werdenau'sche Stiftung . .	6 504	—	238	47	4	07	234	40	
96	Wickenmayer'sche kathol. Kinderpflege	376 490	06	14 797	33	*14 797	33	—	—	* Hievon 13000 ℳ admassiert. 965,45 ℳ Kassabestand.
97	Wiesengrund'sche Aussteuerstiftung	10 830	68	457	47	*831	35	68	12	* Hierunter 344,68 ℳ Kassabestand.
98	Winkler'sche Stiftung . . .	55 106	51	1 848	31	204	48	1 643	83	
99	Wirth'sche Kommunikantenstiftung	5 248	19	284	19	*104	19	180	—	* 104,19 ℳ Kassabestand.
100	Wirth'sche Stiftung für Hauszins und Holz	65 016	58	2 464	78	*25	78	2 439	—	* Hierunter 16,58 ℳ Kassabestand.
101	Wirthspflege für alte Knechte	43 036	51	1 918	27	*198	27	1 720	—	* Hierunter 150,67 ℳ Kassabestand, 30 ℳ f. Admassierung.
102	Wölffel'sche Stiftung[1]) . . .	380 592	90	12 833	80	*5 734	26	7 099	54	* Hierunter 491,90 ℳ Kassabestand, 667,81 ℳ für Admassierung verwendet.
103	Wucherer'sche Weihnachtsstiftung	3 998	36	155	85	10	85	145	—	
	Latus 6:	1 163 904	69	45 619	98	26 529	66	19 090	32	

[1]) Näheres s. S. 195.

Lfd. Nr.	Namen der Stiftungen	Reiner Vermögensstand am 31. Dezbr. 1901		Einnahmen pro 1901		Hievon Verwaltungskosten, Staatsauflagen, Kassabestände ꝛc.		Rest für den Stiftungszweck		Bemerkungen
		ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	
104	Zang'sche Feuerwehrstiftung	45 583	75	4 496	45	*4 446	45	50	—	* Hierunter 6,75 ℳ Kassabestand und 3642 ℳ für Admassierung.
105	Zier'sche Stiftung	18 000	—	677	16	5	30	671	86	
106	Zink'sche Stiftung	1 752	32	652	77	47	57	605	20	
107	Zippelius'sche Stipendienstiftung	5 672	62	256	66	*156	66	100	—	* Hierunter 134 ℳ für Kapitalienanlage.
108	v. Zobel-Rosenbach'sche Messenstiftung	34 410	73	900 373	94 79	160 60	34 19	740 313	60 60	
109	Dr. v. Zürn'sche Denkmalstiftung	1 217	20	53	30	*23	30	30	—	* Hievon 17,20 Kassabestand.
	Latus 7:	122 404	62	7 411	07	4 899	81	2 511	26	
	„ 6:	1 163 904	69	45 619	98	26 529	66	19 090	32	
	„ 5:	491 936	40	22 938	97	12 090	45	10 848	52	
	„ 4:	730 995	33	27 223	79	5 379	06	21 844	73	
	„ 3:	2 012 336	74	76 935	46	15 177	05	61 758	41	
	„ 2:	634 995	54	29 688	21	6 781	90	22 906	31	
	„ 1:	3 563 779	19	289 108	35	158 980	55	130 127	80	
	Stand des Vermögens Ende 1901	8 720 352	51	498 925	83	229 838	48	269 087	35	
	„ „ „ „ 1900	8 595 128	43							
	Mehrung gegen das Vorjahr	125 224	08							

2. Einzelne Stiftungen.

a) Bürgerspitalstiftung.

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
—	—	3 351	83	I. Aus den Vorjahren				
				Einnahmsrückstände . . .	2 928	41	126	97
				Rechnungsberichtigungen . .	202	70	93	75
23 211	80	24 699	42	II. An Kapitalzinsen und zwar:				
				Vom Staate aus 289514,64 ℳ	11 438	85	—	—
				Von Gemeinden aus . . . 1 726,28 „	8 921	32	—	—
				Von Kreditanstalten aus . 16 700,— „	584	50	—	—
				Von Privaten . 55 800,— „	2 413	13	—	—
				Von ausländ. Wertpapieren 37 700,— „	1 341	62	—	—
				Summe 401440,92 ℳ				
77 580	40	64 511	81	Aus dem Ertrage der Realitäten:				
				Von Waldungen	187	70	—	—
				Aus dem Gartenbau . . .	2 350	50	—	—
				Aus dem Weinbau . . .	17 836	04	—	—
				Mietertrag der Gebäude . .	18 137	36	335	—
				Pachtertrag der geschlossenen Güter	15 771	96	2 789	70
				Pachtertrag aus einzelnen Äckern, Wiesen u. Gärten	4 546	12	2 557	43
127 946	43	133 201	78	Aus Gewerbsunternehmungen:				
				Vom Weingeschäft	121 650	84	—	—
				Anschlag für selbstverbrauchte Weine 2c.	8 073	94	—	—
				Ertrag des Fuhrwerks . .	3 477	—	—	—
180	—	181	59	Aus Rechten	181	59	—	—
228 918	63	225 946	43	Übertrag:	220 043	58	5 902	85

Voranschlag		Soll		Einnahmen	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
228 918	63	225 946	43	Übertrag:	220 043	58	5 902	85
6 717	04	7 577	46	III. An Sustentationsbeiträgen u. sonstigen Gegenleistungen:				
				Von Stiftungen	7 043	38	—	—
				Von Gemeinden	13	41	—	—
				Von Privaten	520	67	—	—
2 220	—	2 438	46	IV. Sonstige Einnahmen . . .	2 438	46	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	390 942	87	II. Aus heimgezahlten Aktivkapitalien	390 942	87	—	—
—	—	6 133	84	III. Aus Fundationszuflüssen .	6 133	84	—	—
237 855	67	633 039	06	Summe der Einnahmen	627 136	21	5 902	85

Voranschlag M	Pf	Soll M	Pf	Ausgaben	Wirklicher Anfall M	Pf	Rückstände M	Pf
				Betriebsrechnung.				
—	—	14 817	80	I. Mehrausgabe nach letzter Rechnung	14 817	80	—	—
5 600	—	5 389	48	II. Staatssteuern, Kreis-, Distrikts- u. Gemeindeumlagen	5 389	48	—	—
100	—	—	—	III. Prozeß- u. Exekutionskosten	—	—	—	—
124 864	—	114 065	04	IV. Auf die Verwaltung:				
				Personalausgaben	10 306	71	—	—
				Regieausgaben	628	75	—	—
				Auf die Pferdehaltung . .	2 334	39	—	—
				Auf den Gartenbau . . .	1 697	19	—	—
				Auf den Weinbau	19 830	70	—	—
				Auf den Wald	245	61	—	—
				Auf Ankauf von Wein und Weinbeeren	62 637	46	—	—
				Auf Führung des Weingeschäftes	16 384	23	—	—
80 910	34	76 233	55	V. Auf den Zweck:				
				Für den Gottesdienst . . .	1 804	57	—	—
				Dienstlöhne des Hauspersonals	2 754	44	—	—
				Auf Verpflegung	39 432	63	—	—
				Für Kleidung, Wäsche, Betten 2c.	949	66	—	—
				Sonstige Bedürfnisse des Haushalts	2 530	04	—	—
				Für außerord. Bedürfnisse der Pfründner	52	—	—	—
				Für Beheizung und Beleuchtung	7 166	69	—	—
				Für Krankenpflege	1 160	19	—	—
				Für Begräbniskosten . . .	551	10	—	—
				Für besonders gestiftete Reichnisse	27	43	—	—
				Für Taschengelder	364	80	—	—
				Geldbezüge der äußeren Pfründner	19 440	—	—	—
211 474	34	210 505	87	Übertrag:	210 505	87	—	—

Digitized by Google

Voranschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
211 474	34	210 505	87	Übertrag:	210 505	87	—	—
9 010	—	25 779	30	VI. Auf das Bauwesen:				
				Ständige Bauausgaben . .	1 340	78	—	—
				Für Gebäudeunterhaltung .	6 623	54	—	—
				Für Neubauten	17 774	43	40	55
651	43	1 251	43	VII. Auf besondere Leistungen .	1 251	43	—	—
11 184	—	10 647	29	VIII. Auf Schuldentilgung:				
				Für Verzinsung der Passivkapitalien	10 647	29	—	—
1 460	—	345	38	IX. Sonstige Ausgaben . . .	345	38	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	185 000	—	II. Auf Ausleihung von Kapitalien	185 000	—	—	—
—	—	173 622	30	Auf Ankauf von Realitäten	173 622	30	—	—
—	—	56	20	III. Sonstige Ausgaben . . .	56	20	—	—
233 779	77	607 207	77	Summe der Ausgaben	607 167	22	40	55

Voranschlag ℳ	Pf.	Soll ℳ	Pf.	Abschluß	Wirklicher Anfall ℳ	Pf.	Rückstände ℳ	Pf.
237 855	67	633 039	06	Einnahmen	627 136	21	5 902	85
233 779	77	607 207	77	Ausgaben	607 167	22	40	55
4 075	90	25 831	29	Kassebestand	19 968	99		
				Hiezu Einnahmsrückstände	5 902	85		
				Summe	25 871	84		
				Hievon Zahlungsrückstände	40	55		
				Summe wie im Soll	25 831	29		

Vermögensausweis.

I. Vermögen.

a) rentierendes.

401 428,92 ℳ Aktivkapitalien,
96 400,— „ „ des Baufondes,
1 682 393,33 „ Wert der Immobilien,
207 429,05 „ „ des Weinvorrates,
33 968,06 „ „ „ Kellerei-Inventars,
4 821,76 „ „ der Pferde mit Geschirr,

2 426 441,12 ℳ Summe a

b) nicht rentierendes.

12,— ℳ Aktivkapitalien,
19 968,99 „ Aktivkassebestand,
5,902,85 „ Einnahmerückstände,
2 948,17 „ Wert der Materialvorräte,
4 967,35 „ „ des Weinvorrates für den Haushalt,
858,10 „ „ „ „ im Reserveschrank,
236 299,— „ „ der Immobilien,
9 587,79 „ „ des Kirchenmobiliars,
49 758,09 „ „ „ Hausmobiliars,

330 297,34 „ Summe b

2 756 738,46 ℳ Summe I Vermögen.

II. Schulden.

124 000,— ℳ rückständ. Kaufschilling für das Haus Ludwigstraße 1½,
40,55 „ Zahlungsrückstand,
1 011,85 „ Mehrausgabe der Baufondsrechnung,

125 052,40 „ Summe II Schulden, sohin

2 631 686,06 ℳ reines Vermögen Ende 1901.

b) Ehehaltenhauspflege.

Voranschlag M	Pf	Soll M	Pf	Einnahmen	Wirklicher Anfall M	Pf	Rückstände M	Pf
				Betriebsrechnung.				
—	—	636	40	I. Rückständige Verpflegskosten vom Vorjahre	636	40	—	—
9 311	15	9 318	45	II. An Kapitalzinsen und zwar:				
				Vom Staate aus 52 278,58 M	1 868	85	—	
				Von Gemeinden aus 181 100,— „	6 776	75	—	—
				„ Gesellschaften aus 9 428,54 „	390	—	—	—
				„ ausländischen Kapitalien . . . 7 812,— „	282	85	—	—
				Summe 250 619,12 „				
2 688	57	3 247	97	Ertrag der Realitäten . .	3 247	97	—	—
30 111	68	24 332	75	III. An Sustentationen, Zuschüssen ꝛc. und zwar:				
				Vom Staat	10	70	—	—
				Von Stiftungen	100	98	—	—
				Von der städtischen Armenpflege	15 749	51	—	—
				Pensionen und Renten der Pfleglinge	1 940	20	—	—
				Verpflegskostenersätze . . .	5 890	16	641	20
88	60	110	39	IV. Sonstige Einnahmen . . .	110	39	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	71	54	I. Bestand vom Vorjahre . .	71	54	—	—
—	—	180 520	57	II. Heimgezahlte Aktivkapitalien .	180 520	57	—	—
—	—	351	44	III. Fundationszuflüsse aus Hinterlassenschaften der Pfründner	351	44	—	—
42 200	—	218 589	51	Summe der Einnahmen	217 948	31	641	20

Vor-anschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
30	—	24	60	II. Staatssteuern, Umlagen ꝛc. .	24	60	—	—
1 700	—	1 786	45	IV. Auf die Verwaltung:				
				Besoldungen und Remunerationen	180	71	—	—
				Auf Feld- und Gartenbau .	1 243	64	—	—
				Regieausgaben	362	10	—	—
38 300	—	32 559	45	V. Auf den Zweck:				
				Dienstlöhne des Hauspersonals	3 742	74	—	—
				Gestiftete Almosen und Präsenzgelder	48	07	—	—
				Für Beköstigung	19 941	17	—	—
				„ Beheizung und Beleuchtung	3 503	87	—	—
				Kleider, Wäsche, Betten ꝛc. .	1 120	33	—	—
				Haus- und Küchengeräte ꝛc.	1 885	34	—	—
				Taschengelder	292	—	—	—
				Krankenbedürfnisse	1 657	44	—	—
				Für die Weihnachtsfeier . .	36	50	—	—
				„ die Seelsorge ꝛc. . .	331	99	—	—
2 050	—	2 615	91	VI. Auf das Bauwesen:				
				Ständige Bauausgaben . .	887	90	—	—
				Gebäudeunterhaltung . . .	1 728	01	—	—
120	—	18	35	IX. Sonstige Ausgaben	18	35	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	180 900	—	I. Ausleihung von Kapitalien .	180 900	—	—	—
42 200	—	217 904	76	Summe der Ausgaben	217 904	76	—	—

Vor-anschlag		Soll		Abschluß	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
42 200	—	218 589	51	Einnahmen	217 948	31	641	20
42 200	—	217 904	76	Ausgaben	217 904	76	—	—
—	—	684	75	Kassebestand	43	55		
				Hiezu Rückstände	641	20		
				Summe wie im Soll	684	75		

Vermögensausweis.

a) Vermögen.

250 619	ℳ	12	₰	Aktivkapitalien,
92 610	„	38	„	Wert des Stiftungsgebäudes und des sonstigen Grundbesitzes,
43	„	55	„	Kassebestand,
641	„	20	„	Aktivaußenstände,
45 196	„	33	„	Wert des Mobiliar-Inventars,
1 723	„	74	„	„ der Materialvorräte,
390 834	ℳ	32	₰	Summe a) Vermögen; hievon

b) Schulden.

349	ℳ	—	₰	25facher Betrag des Bodenzinses zu 13 ℳ 96 ₰
390 485	ℳ	32	₰	reines Vermögen Ende 1901.

c) Huebers-Pflege.

Vor-anschlag		Soll		Einnahmen	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
—	—	2 768	51	I. Kassebestand aus voriger Rechnung	2 768	51	—	—
38 318	89	38 366	88	II. An Kapitalzinsen:				
				Vom Staat aus 329 985,74 ℳ	12 937	42	—	—
				Von Gemeinden 575 800,— „	21 587	42	—	—
				Von Gesellschaften 857,14 „	34	28	—	—
				Von Kreditanstalten 6 924,— „	172	—	—	—
				Von Privaten 40 188,57 „	1 726	14	—	—
				Von ausländ. Kapitalien . . 53 800,— „	1 909	62	—	—
				Summe 1 007 555,45 ℳ				
2 345	—	2 413	66	Ertrag der Realitäten . .	2 413	66	—	—
136	11	364	90	III. Sonstige Einnahmen . . .	364	90	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	575 420	—	II. An heimgezahlten Kapitalien ꝛc.	575 420	—	—	—
—	—	359	20	III. Neue Fundationszuflüsse .	359	20	—	—
40 800	—	619 693	15	Summe der Einnahmen	619 693	15	—	—

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Ausgaben	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
40	—	35	—	III. An Grund- und Haussteuern, Kreis- und Gemeindeumlagen	35	—	—	—
3 000	—	3 170	90	IV. Auf die Verwaltung: Besoldung, Verwaltungskostenbeitrag	610	—	—	—
				Regie- und Realexigenz . .	2 560	90	—	—
33 700	—	29 630	60	V. Auf den Zweck: Auf Seelsorge und Kirchenbedürfnisse	574	43	—	—
				Präsenzgelder an Pfründnerinnen	13 280	44	—	—
				Dienstlöhne für das Hauspersonal	1 403	50	—	—
				Für Verköstigung	11 047	68	—	—
				Für Beheizung und Beleuchtung	1 514	29	—	—
				Für Haus- und Küchengeräte ꝛc	340	46	—	—
				Für Weißzeug, Betten ꝛc. .	530	05	—	—
				Für Kleidung	289	18	—	—
				Für Taschengelder	196	83	—	—
				Für Krankenpflege	453	74	—	—
				Für Beerdigungskosten . .	—	—	—	—
2 230	—	2 296	16	VI. Auf das Bauwesen: Ständige Bauausgaben . .	113	76	—	—
				Für Gebäudeunterhaltung .	2 182	40	—	—
130	—	35	87	VII. Sonstige Ausgaben . . .	35	87	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	580 400	—	I. Auf Ausleihung von Kapitalien	580 400	—	—	—
39 100	—	615 568	53	Summe der Ausgaben	615 568	53	—	—

Digitized by Google

Voranschlag		Soll		Abschluß	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
40 800	—	619 693	15	Einnahmen	619 693	15	—	—
39 100	—	615 568	53	Ausgaben	615 568	53	—	—
1 700	—	4 124	62	Kassebestand	4 124	62	—	—

Vermögensausweis.

a) Vermögen.

1 007 555,45	ℳ	Aktivkapitalien,
121 000,—	„	Wert des Stiftungsgebäudes mit Garten,
23 090,22	„	Wert des Mobiliar-Inventars,
830,71	„	Wert der Naturalien-Vorräte,
2 198,70	„	Wert der Weinvorräte,
4 124,62	„	Kassebestand,
1 158 799,70	ℳ	Summe.

b) Schulden.

—,—	ℳ	Nichts
1 158 799,70	ℳ	reines Vermögen Ende 1901.

d) Siechenhauspflege.

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
—	—	2 691	91	I. Kassebestand nach letzter Rechnung	2 691	91	—	—
7 563	02	7 601	97	II. Zinsen von Aktivkapitalien und zwar:				
				Vom Staate aus 27 571,43 ℳ	1 060	37	—	—
				Von Gemeinden aus . . . . 154 400,— „	5 795	—	—	—
				Von Banken aus 2 000,— „	—	—	—	—
				Von ausländ. Anlagen . . . 21 000,— „	746	60	—	—
				Summe 204 971,43 ℳ				
1 607	14	1 735	69	Aus dem Ertrag der Realitäten:				
				Von Gartenerzeugnissen . .	878	55	—	—
				Mieterträgnisse	250	—	—	—
				Aus liegenden Gründen . .	607	14	—	—
181	22	190	67	III. An Sustentationen:				
				Von Stiftungen	20	42	—	—
				Von Privaten	170	25	—	—
48	62	130	37	IV. Sonstige Einnahmen	130	37	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	152 400	—	II. An heimgezahlten Aktivkapitalien	152 400	—	—	—
—	—	25	40	III. Fundationszuflüsse und zwar Barnachlässe von Pfründnerinnen	25	40	—	—
9 400	—	164 776	01	Summe der Einnahmen	164 776	01	—	—

Voranschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
15	—	11	51	II. An Grundsteuern, Bodenzins, Kreisumlagen	11	51	—	—
450	—	395	55	IV. Auf die Verwaltung:				
				An die Kämmerei ständigen Beitrag	80	—	—	—
				An Stückzins, Kursverlust, Stempelgebühren . . .	25	30	—	—
				Für Gemüseanbau, Instandhaltung des Gartens . .	214	90	—	—
				Aversum für Schreibmaterialien, Rechnungsstellgebühren, Druckkosten, Buchbinderlöhne, Porto . . .	75	35	—	—
6 700	—	5 438	02	V. Auf den Zweck:				
				Für die Seelsorge und für Kirchenbedürfnisse . . .	279	23	—	—
				Gestiftete Almosen, Osterfladen 2c.	137	02	—	—
				Medikamente, Krankenbedürfnisse	43	82	—	—
				Nahrungsmittel	3 234	74	—	—
				Beheizung und Beleuchtung	554	92	—	—
				Kleider, Wäsche, Betten 2c. .	425	53	—	—
				Haus- und Küchengeräte und Sonstiges	52	04	—	—
				Dienstlöhne und Gratifikationen	452	72	—	—
				Taschengelder der Pfründner	39	—	—	—
				Verpflegskosten an andere Anstalten	219	—	—	—
7 165	—	5 845	08	Übertrag:	5 845	08	—	—

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Ausgaben	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
7 165	—	5 845	08	Übertrag:	5 845	08	—	—
875	—	789	31	IV. Auf das Bauwesen:				
				Ständige Bauausgaben . .	227	02	—	—
				Auf Gebäudeunterhaltung .	562	29	—	—
60	—	—	—	IX. Sonstige Ausgaben . . .	—	—	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	154 400	—	I. Auf Ausleihung von Aktivkapitalien	154 400	—	—	—
8 100	—	161 034	39	Summe der Ausgaben	161 034	39	—	—
				Abschluß				
9 400	—	164 776	01	Einnahmen	164 776	01	—	—
8 100	—	161 034	39	Ausgaben	161 034	39	—	—
1 300	—	3 741	62	Kassebestand	3 741	62	—	—

Vermögensausweis.

a) rentierendes Vermögen

204 971,43	ℳ	an Kapitalien,
53 300,—	„	an Realitäten,
120,50	„	an Rechten,
258 391,93	ℳ	Summe a).

b) nicht rentierendes Vermögen.

3 741,62	ℳ	Kassebestand,
203,10	„	Materialvorräte,
5 786,60	„	Wert des Mobiliars,
9 731,32	ℳ	Summe b), sohin
268 123,25	„	Vermögen; hievon
145,75	„	Schulden: 25facher Betrag des Bodenzinses
267 977,50	ℳ	reines Vermögen Ende 1901.

e) Wölffel'sche Spitalstiftung.

Vor-anschlag		Soll		Einnahmen	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
—	—	137	38	I. Kassebestand aus voriger Rechnung	137	38	—	—
11 234	39	11 242	55	II. An Kapitalzinsen und zwar:				
				Vom Staate aus . . . 17 000,— ℳ	595	—	—	—
				Von Gemeinden aus . 185 100,— „	6 978	75	—	—
				Von Kreditanstalten aus 23 000,— „	820	—	—	—
				Von Privaten aus . . . 57 259,28 „	2 490	67	—	—
				Von ausländ. Kapitalien aus . . 9 800,— „	358	13	—	—
				Summe 292 159,28 ℳ				
1 131	71	1 157	86	Ertrag der Stiftungsgebäude	1 157	86	—	—
135	—	231	30	III. An Altersrenten der Pfründner	231	30	—	—
48	90	64	71	IV. Sonstige Einnahmen . . .	64	71	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	170 100	—	II. Heimgezahlte Aktivkapitalien	170 100	—	—	—
—	—	332	19	III. Nachlässe der Pfründner .	332	19	—	—
12 550	—	183 265	99	Summe der Einnahmen	183 265	99	—	—

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Ausgaben.	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
2 220	—	2 212	76	II. An Staatssteuern, Umlagen ꝛc.	22	76	—	—
				Reichnis an die Graveurswitwe Wölffel	2 190	—	—	—
800	—	774	95	IV. Auf die Verwaltung:				
				Verwaltungskostenbeitrag an die Stadtkämmerei . . .	634	82	—	—
				Sachliche Ausgaben für Regie ꝛc.	140	13	—	—
7 500	—	7 099	54	V. Auf den Zweck:				
				Dienstlöhne des Hauspersonals	803	36	—	—
				Nahrungsmittel	4 152	70	—	—
				Beheizung und Beleuchtung	528	54	—	—
				Kleider, Wäsche, Betten ꝛc.	834	19	—	—
				Haus- u. Küchengeräte ꝛc. .	412	36	—	—
				Medikamente u. Krankenkosten	260	78	—	—
				Taschengelder für Pfründner	59	—	—	—
				Für die Weihnachtsfeier . .	14	81	—	—
				Für die Seelsorge	33	80	—	—
1 237	—	1 480	37	VI. Auf das Bauwesen				
				Ständige Bauausgaben . .	293	40	—	—
				Für Gebäudeunterhaltung .	1 186	97	—	—
193	—	106	47	IX. Sonstige Ausgaben . . .	106	47	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	171 100	—	I. Ausleihung von Kapitalien .	171 100		—	—
11 950	—	182 774	09	Summe der Ausgaben	182 774	09	—	—

Voranschlag		Soll		Abschluß	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
12 550	—	183 265	99	Einnahmen	183 265	99	—	—
11 950	—	182 774	09	Ausgaben	182 774	09	—	—
600	—	491	90	Kassebestand	491	90	—	—

Vermögensausweis.

a) Vermögen.

292 159,28 ℳ Aktivkapitalien,
78 702,86 „ Wert der beiden Gebäude, Randersackererstraße 8 und 8½ nebst Garten,
491,90 „ Kassebestand,
9 069,51 „ Wert des Mobiliars,
212,85 „ „ der Naturalien,

380 636,40 ℳ Summe Vermögen, hievon

b) Schulden

43,50 ℳ 25facher Betrag des Bodenzinses zu 1,74 ℳ,

380 592,90 ℳ reines Vermögen Ende 1901.

C. Städtische Armenpflege.

Voranschlag ℳ	Voranschlag ₰	Soll ℳ	Soll ₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	Wirklicher Anfall ₰	Rückstände ℳ	Rückstände ₰
—	—	—	—	I. Kassebestand aus voriger Rechnung	—	—	—	—
—	—	530	84	Einnahmsrückstände . . .	457	41	73	43
—	—	3	—	Rechnungsberichtigungen . .	3	—	—	—
16 722	90	17 513	30	II. Aus Nutzungen des Lokalarmenfondes	17 513	30	—	—
13 058	30	13 127	85	III. Von örtlichen Wohltätigkeitsstiftungen	13 127	85	—	—
1 500	—	1 255	95	VI. Aus Strafanteilen	1 255	95	—	—
				V. Aus örtlichen Abgaben ꝛc.:				
3 000	—	2 077	10	Vom Stadtmagistrate . . .	2 077	10	—	—
700	—	809	35	Opferstockerträgnisse in hiesigen Kirchen	809	35	—	—
2 000	—	2 185	—	Neujahrsgratulationsenthebungskarten	2 185	—	—	—
				VI. Von anderen Kassen:				
1 052	40	1 052	40	Reichnis vom Staate . . .	1 052	40	—	—
17 000	—	17 000	—	Von der Stadtkämmerei aus dem Weizenmehlaccise . .	17 000	—	—	—
6 200	—	7 527	79	VII. Aus Ersatzleistungen . . .	6 249	79	1 278	—
1 766	40	952	45	VIII. Sonstige Einnahmen . . .	952	45	—	—
153 800	—	151 043	62	IX. Zuschuß der Stadtkämmerei zur Deckung des Defizits	151 043	62	—	—
216 800	—	215 078	65	Summe der Einnahmen	213 727	22	1 351	43

Voranschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
M	₰	M	₰		M	₰	M	₰
—	—	—	—	I. Rechnungsberichtigungen . .	—	—	—	—
90	—	72	31	II. Einhebgebühren aus örtlichen Abgaben	72	31	—	—
7 216	71	7 204	21	Besoldung des Personals der Armenpflege	7 204	21	—	—
1 593	29	1 436	06	Regie-Ausgaben	1 436	06	—	—
				III. Auf dauernde Unterstützungen in Geld:				
48 000	—	49 805	50	Wöchentliche Unterstützungen	49 805	50	—	—
50 000	—	49 318	50	Monatliche „	49 318	50	—	—
3 800	—	3 762	—	Hauszinsbeiträge	3 762	—	—	—
4 000	—	4 648	72	An auswärtige Konskribierte	4 648	72	—	—
2 276	27	2 386	50	Aus den Zinsen des Armenbeschäftigungsfondes . .	2 386	50	—	—
1 052	40	1 052	40	Reichnis an die Zwölfbrüderer	1 052	40	—	—
				Auf Unterstützung in Naturalien.				
7 000	—	7 618	03	Für 12 949 1/2 Laibe Brot .	7 618	03	—	—
5 480	—	5 081	35	Für 350 1/2 Karren Holz . .	5 081	35	—	—
171	43	159	50	Holzreichnis aus der Gebsattel'schen Stiftung . .	159	50	—	—
219	90	200	—	Holzspalterlöhne	200	—	—	—
12 000	—	14 652	29	Verpflegskosten für arme Geisteskranke	14 652	29	—	—
22 200	—	22 468	33	Pflegegelder ꝛc. für arme Kinder	22 468	33	—	—
900	—	206	18	Für Schulgelder und Lehrmittel	206	18	—	—
				Vorübergehende Unterstützungen:				
2 387	90	2 240	79	In Geld	2 240	79	—	—
12 912	10	14 157	36	Für Krankenhilfe	14 157	36	—	—
200	—	275	39	An arbeitsfähige Personen .	275	39	—	—
200	—	166	49	An Transportkosten . . .	166	49	—	—
550	—	730	03	An Begräbniskosten . . .	730	03	—	—
182 250	—	187 641	94	Übertrag	187 641	94	—	—

Vor-anschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
182 250	—	187 641	94	Übertrag:	187 641	94	—	—
950	—	436	11	An Unterstützungen an nicht hier heimatberechtigte Personen gemäß Art. 14[IV] des Armen-Gesetzes	436	11	—	—
23 000	—	15 795	71	IV. An die Ehehaltenhauspflege für die dort untergebrachten Armen	15 795	71	—	—
300	—	165	60	An die evangel. Pfründeanstalt hier	165	60	—	—
350	—	350	—	An die Kretinenanstalt Ecksberg	350	—	—	—
400	—	—	—	An die Kreisanstalt für Unheilbare in Römershag .	—	—	—	—
8 500	—	8 544	96	Für Ankauf von Materialien und Anfertigung von Kleidern ꝛc. für Arme . . .	8 544	96	—	—
1 000	—	763	30	V. Ersatzleistungen für Kurkosten an andere Armenpflegen .	763	30	—	—
50	—	29	60	VI. Sonstige Ausgaben . . .	29	60	—	—
216 800	—	213 727	22	Summe der Ausgaben	213 727	22	—	—

Voranschlag		Soll		Abschluß	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
216 800	—	215 078	65	Einnahmen	213 727	22	1 351	43
216 800	—	213 727	22	Ausgaben	213 727	22	—	—
—	—	1 351	43	Kassebestand	—	—	1 351	43

Vermögensausweis.

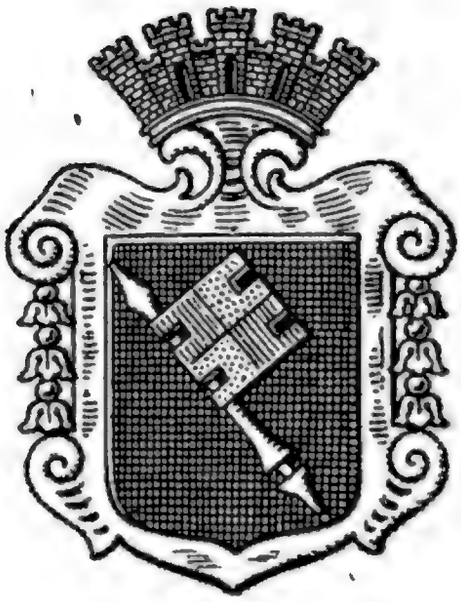
1351	ℳ	43	₰	Einnahmerückstände,
469	„	29	„	Inventar ꝛc.,
783	„	97	„	Vorrat an Schuhen,
1 102	„	03	„	Vorrat an Kleidern und Materialien.
3706	ℳ	72	₰	Summe des Vermögens Ende 1901.

AUG 28 1903

436109

XII. Verwaltungs-Bericht der Stadt Würzburg.

Geschäftsjahr 1902.



XII. Bericht

über

die Verwaltung und den Stand

der

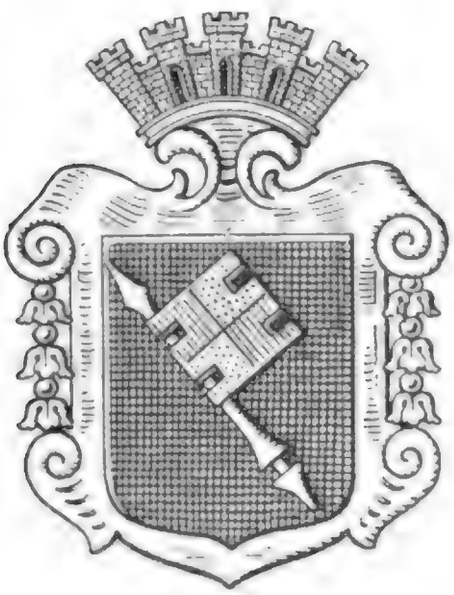
Gemeinde-Angelegenheiten

der Stadt

Würzburg

umfassend das

Geschäfts-Jahr 1902.



Würzburg.

Druck der Kgl. Universitäts-Druckerei von H. Stürtz.

1903.

THE NEW YORK
PUBLIC LIBRARY
436109
ASTOR, LENOX AND
TILDEN FOUNDATIONS.
1908

Inhalts-Verzeichnis.

Vorwort.

I. Abschnitt.

Seite

§ 1. Personalstand des Magistrats und des Gemeindekollegiums . . . 1
§ 2. Feste, Ehrungen, Adressen, Versammlungen, Ausstellungen und Trauerkundgaben 6
§ 3. Stadtgebiet und Straßenbenennung 9
§ 4. Hochwasserverhältnisse 11
§ 5. Bevölkerung und Gebäudezahl 12
§ 6. Bewegung der Bevölkerung in bezug auf Heimat-, Bürgerrecht und Staatsangehörigkeit 14
§ 7. Reichstags-, Landtags-, Landrats- und Gemeindewahlen 16
§ 8. Ortsstatute, Normative und ortspolizeiliche Vorschriften 17
§ 9. Stadthaushalt 18
§ 10. Stadtschuldwesen 27
§ 11. Schulwesen 30
§ 12. Stadttheater, städtische Sammlungen und Bibliotheken 55
§ 13. Hinterlegungsamt, Magistratsregistratur, Stadt-Archiv 59
§ 14. Elektrizitätswerk 61
§ 15. Gaswerk 65
§ 16. Wasserwerk 71
§ 17. Installationskasse des Gas- und Wasserwerks 77
§ 18. Leihanstalt 78
§ 19. Sparkasse 80
§ 20. Getreidehilfskasse 82
§ 21. Holzmagazinskasse 83
§ 22. Vieh- und Schlachthof 85
§ 23. Kühlhaus 92

Seite

§ 24. Bäder 94
§ 25. Friedhof 96
§ 26. Öffentliche Anlagen und Pflanzungen 97
§ 27. Rechtsmainisches Hochkai, Zeller Brücke, Staatshafen, Floßhafen, Vorortsverkehr 99
§ 28. Straßenbahn 110
§ 29. Straßenerweiterungen und Straßenbauten 111
§ 30. Straßenpflasterung, Straßenunterhaltung 114
§ 31. Straßenreinigung, Straßenbesprengung, Straßenbeleuchtung . . . 119
§ 32. Kanalisation und Sielbau 122
§ 33. Hochbauwesen und Baustatistik 131
§ 34. Baulinienfestsetzung, Bebauungspläne, Hausentwässerungsvorschriften, Straßenbaustatut, Aufstellung eines Bauaufsehers aus dem Arbeiterstand 134
§ 35. Polizeiverwaltung
I. a) Sicherheitspolizei 138
b) Feuerpolizei, Feuerwehr und Brände 140
c) Gesundheitspolizei 142
d) Nahrungsmittelpolizei mit Anhang: Lebensmittelpreise . . . 146
e) Sittenpolizei 148
f) Vereins- und Versammlungspolizei 148
g) Hundevisitationen 150
II. Amtsanwaltschaft 150
§ 36. Desinfektionsanstalt 152
§ 37. Gewerbewesen 153
§ 38. Gewerbegericht 158
§ 39. Arbeitsamt 162
§ 40. Vermittlungsamt 164
§ 41. Militärersatzgeschäft 165
§ 42. Einquartierungen und Vorspann 167
§ 43. Immobiliarbrand- und Hagelversicherung 168
§ 44. Krankenversicherung 170
§ 45. Unfallversicherung 176
§ 46. Invalidenversicherung 178
§ 47. Pensionskasse für die städtischen Beamten 180
§ 48. Pensionskasse für die städtischen Bediensteten 181
§ 49. Pensionskasse für die städtischen Lehrer und Lehrerinnen 182
§ 50. Stiftungswesen 183
§ 51. Gemeindewaisenrat 189
§ 52. Armenpflege 190
§ 53. Naturalverpflegungsstation, Wärmestuben, Suppenanstalten . . . 193

II. Abschnitt.

Rechnungsergebnisse:

A. der Gemeindekassen und zwar

1. der Stadtkämmereikasse:

a) Auszug aus der Rechnung über die hauptsächlichsten Erträgnisse des Gemeindevermögens, der Gemeindeanstalten, der direkten und indirekten Umlagen, sowie der hierauf bezüglichen Ausgaben . . . . . Seite 3

b) Hauptrechnung der Stadtkämmereikasse 6

2. Gaswerkskasse 40
3. Wasserwerkskasse 42
4. Getreidehilfskasse 45
5. Holzmagazinskasse 47
6. Friedhofkasse 50
7. Lokalschulkasse 53
8. Pensionskasse für städt. Beamte 55
9. Pensionskasse für städt. Bedienstete 57
10. Pensionskasse für das städt. Lehrpersonal 58
11. Leihanstalt 60
12. Sparkasse 62
13. Schuldentilgungskasse 65
14. Universitätsjubiläumsfonds 70
15. Industrie-Ausstellungsfonds 71
16. Gemeindekrankenversicherung 73
17. Krankeninstitut 75
18. Gesellenkrankeninstitut 77
19. Kasse für Grunderwerbungen l./M. 78

B. der Wohltätigkeits-, Unterrichts- und Kultusstiftungen:

1. Allgemeine Übersicht 80
2. Einzelne Stiftungen:
   a) Bürgerspitalstiftung 87
   b) Ehehaltenhauspflege 91
   c) Huebersvflege 93
   d) Siechenhauspflege 96
   e) Wölffel'sche Spitalstiftung 98

C. der städt. Armenpflege 101

Vorwort.

In möglichſt enger Anlehnung an die Darſtellungsweiſe und Einteilung des vorigen Verwaltungsberichts unterbreiten wir nachſtehend den Bericht über die Verwaltungsergebniſſe des Jahres 1902 nach ihrer allgemeinen und ihrer ſpeziell rechneriſchen Seite unſeren vorgeſetzten Stellen und der Bürgerſchaft. Wie früher, ſo war auch in der gegenwärtigen Berichtsperiode unſer Streben unausgeſetzt darauf gerichtet, den ſtets wachſenden Aufgaben eines größeren Gemeinweſens nach Möglichkeit gerecht zu werden und das Gedeihen unſerer Stadt tunlichſt zu fördern. Großtaten kulturellen und ſozialen Fortſchritts haben wir freilich nicht zu verzeichnen, allein es handelte ſich nach der allgemeinen Wirtſchaftslage auch nicht darum, auf gut Glück im Sturmſchritt vorwärts zu gehen, ein großes Ziel im Auge und der Opfer nicht achtend, ſondern es waren dringliche Forderungen des täglichen Lebens zu erfüllen, angefangene Aufgaben zu fördern und zu vollenden, auch dieſes nicht, ohne bedächtig den jeweiligen Standpunkt zu prüfen.

Wir übergeben nun mit dieſem XII. Bericht die Maßnahmen unſerer Verwaltung für das Jahr 1902 der allgemeinen Kritik und bitten nur, das Unzureichende und Unfertige nicht auf mangelnden guten Willen zurückzuführen.

Würzburg, im Dezember 1903.

Stadtmagiſtrat.

Rechtskundiger I. Bürgermeiſter

v. Michel,

k. Hofrat.

I. Abſchnitt.

§ 1.

Personalstand des Magistrats und des Gemeindekollegiums.

A. Magistrat.

Der Magistrat zeigte im Berichtsjahr folgende Zusammensetzung:

I. rechtskundiger Bürgermeister: Philipp Michel, k. Hofrat,
II. rechtskundiger Bürgermeister: Max Ringelmann.

Rechtsräte:

1. Bernhard Brand,
2. Georg Körbel,
3. Luitpold Scheuring,
4. Hans Löffler,
5. Franz Josef Überreiter.

Baurat: Simon Heinlein.

Schulrat: Valentin Friedrich Ullrich.

Bürgerliche Räte:

1. Pankraz Albrecht,
2. Bernhard Hellmann, Kaufmann,
3. Otto Herold, Fabrikant,
4. Fritz Lang, k. Kommerzienrat, Großhändler,
5. Franz Michael Eckert, Schneidmühlbesitzer,
6. Franz Conrad, Privatier,
7. Balthasar Langlotz, Privatier,

} Amtsdauer 1897 mit 1902.

8.	Dr. Johannes Lill, prakt. Arzt,	Amtsdauer 1900 mit 1905.
9.	Georg Dunzinger, Privatier,	
10.	Karl Stöhr, Weinhändler,	
11.	Johann Eugen Weber, Baumeister,	
12.	Aquilin Steinam, Kaufmann,	
13.	Karl Köhl, Buchdruckereibesitzer,	
14.	Karl Bolzano, Privatier.	

Die Geschäfte der Amtsanwaltschaft für den Stadtbezirk führte während des Berichtsjahres der rechtskundige Ratsassessor Karl Zimmermann, dem außerdem auch noch das magistratische Referat über die nicht beschlußmäßig zu erledigenden Geschäfte der Invalidenversicherung übertragen war.

Am 7. Februar 1902 fand die feierliche Verpflichtung und Amtseinweisung des am 19. Dezember 1901 gewählten und durch Entschließung des k. Staatsministeriums des Innern vom 19. Januar 1902 in provisorischer Eigenschaft bestätigten Rechtsrates Überreiter statt.

Rechtsrat Körbel wurde am 28. August 1902 nach Ablauf seines 3jährigen Dienstesprovisoriums durch das Gemeindekollegium wiedergewählt und durch Min.-Entschl. vom 1. Oktober in definitiver Eigenschaft bestätigt.

Während sich so unter den rechtskundigen und technischen Mitgliedern des Magistrats im Berichtsjahre eine Personaländerung nicht ergab, brachten die Ende des Jahres treffenden Gemeindewahlen einige Änderungen in den Reihen der bürgerlichen Magistratsräte mit sich.

Wegen Ablaufs der gesetzlichen Amtsdauer hatten nämlich mit dem Ende des Jahres 1902 aus dem Magistrat auszuscheiden die Räte Albrecht, Hellmann, Herold, Lang, Eckert, Conrad und Langlotz.

Von diesen wurden am 1. Dezember 1902 wieder gewählt Albrecht, Hellmann, Conrad und Langlotz, während an Stelle der ausgeschiedenen 3 Räte in den Magistrat gewählt wurden: Großhändler Franz Schmitt, Rentier Max Ostberg und k. Poststallmeister Franz Rothstein.

Den scheidenden Räten brachte der Magistratsvorstand in der letzten Sitzung des Jahres den Dank des Magistrats für ihre getreue Mitarbeiterschaft und eifrige Pflichterfüllung zum Ausdruck und verband damit den Wunsch, sie möchten, wenn sie auch dem Magistratskollegium nicht mehr angehörten, doch auch fernerhin ihren bewährten Rat in den Dienst der Stadtgemeinde stellen.

B. Gemeindekollegium.

Das Gemeindekollegium hatte im Berichtsjahre den Tod zweier geschätzter Mitglieder zu beklagen.

Am 21. Februar starb der Privatier Johann Heinrich Roth und am 3. Oktober folgte ihm der Privatier, frühere Metzgermeister Peter Neckermann, welch letzterer lange Jahre hindurch dem Gemeindekollegium angehört und die Stadtgemeinde Würzburg in der Wahlperiode 1893 bis 1898 im deutschen Reichstage vertreten hatte.

Für den ersteren rückte in das Kollegium ein der Buchdruckereibesitzer Anton Bögler, für den letzteren der Kaufmann Konrad Fröhlich.

Nachdem der Ersatzmann Arbeitersekretär Johann Lorenz Bullmer von hier verzogen war, trat an die Stelle des auf Ansuchen wegen Gesundheitsrücksichten seiner Funktion enthobenen Posamentiers Bartholomäus Völk der letzte Ersatzmann, der Mühlbesitzer Adolf Schwabacher in die Reihen der Gemeindebevollmächtigten ein.

Am 24. November fanden die ordentlichen Gemeindewahlen für das Gemeindekollegium statt.

Unmittelbar vor den Wahlen war das Gemeindekollegium zusammengesetzt aus den Herren:

Abert, Burger, Brehm, Mernsinger, Willms, Dr. Unger, Kreßner, Borst, Kuhn, Egstein, Georg Rockenmayer, Bögler, Küchle, Graser, Gräf, Klug, Müller, Dehner, Dr. Thaler, Schwabacher, Riegel, Fröhlich, Kolb, Löhe, Hinterberger, Schubert, Strauß, Bayer, Frey, Herbst, Göbl, Seitz, Römmelt, Jander, Frank, Härtnagel, Hartmann, Fischer, Dr. Stern, Kauffmann, Schmitt und Weisensee.

Von diesen schieden die 14 erstgenannten Herren wegen Ablaufes der Amtsdauer aus dem Kollegium aus.

Aus den Wahlen gingen hervor die Herren:

Abert, Lehritter, Egstein, Dr. Unger, Willms, Dr. Diem, Lauk, Brehm, Egelhaaf, Dr. Mayer, Bernhard, Steffan, Gerhard und Diemer, so daß das Gemeindekollegium am Schlusse des Berichtsjahres nachstehende Zusammensetzung aufwies:

1. Gräf Karl, Kaufmann,	Amtsdauer 1897 mit 1905.
2. Klug Wendelin, Kaufmann,	
3. Müller Heinrich, Apotheker,	
4. Dehner Johann, Kaufmann,	

5.	Dr. Thaler Johannes, k. Justizrat und Rechtsanwalt,	Amts-dauer 1897 mit 1905.
6.	Fröhlich Konrad, Kaufmann und k. Hoflieferant,	
7.	Riegel Georg, Lohnkutschereibesitzer,	
8.	Schwabacher Adolf, Mühlbesitzer,	
9.	Kolb Ignaz, Privatier,	
10.	Löhe Anton, Baumeister,	
11.	Hinterberger Franz, Privatier,	
12.	Schubert Karl, Kaufmann,	
13.	Strauß Johann, Privatier,	
14.	Bayer Anton, Kohlenhändler,	
15.	Frey Gustav, Privatier,	Amts-dauer 1900 mit 1908.
16.	Herbst Michael, Privatier,	
17.	Göbl Sebastian, k. Reichsarchivrat,	
18.	Seitz Franz Lukas, Fabrikant, k. Hoflieferant,	
19.	Römmelt Valentin, Sattlermeister,	
20.	Jander Josef, Metzgermeister,	
21.	Frank Ignaz Peter, Seifenfabrikant,	
22.	Härtnagel Georg, Kaufmann,	
23.	Hartmann Adolf, k. Bahnbauführer a. D.,	
24.	Fischer Valentin Alois, Kaufmann und k. Hoflieferant,	
25.	Dr. Stern Otto, k. Justizrat und Rechtsanwalt,	
26.	Kauffmann Adam Jakob, Privatier,	
27.	Schmitt Fritz, Kaufmann,	
28.	Weisensee Georg, Lehrer,	
29.	Abert Josef Alois, Schreinermeister,	Amts-dauer 1903 mit 1911.
30.	Lehritter Balthasar, Baumeister,	
31.	Egstein Franz Anton, Schreibmaterialienhändler,	
32.	Dr. Unger Hugo, Apotheker,	
33.	Willms Max Josef, Kaufmann,	
34.	Dr. Diem Wilhelm, prakt. Arzt,	
35.	Lauk Otto, Kaufmann,	
36.	Brehm Georg, Herrengarderobegeschäftsinhaber, k. Hoflieferant,	
37.	Egelhaaf Hugo, Holzgroßhändler,	
38.	Dr. Mayer Ernst, k. Univ.-Professor,	
39.	Bernhard Karl, Konditor,	
40.	Steffan Anton Kaspar, Kaufmann.	
41.	Gerhard Adam, Tünchermeister,	
42.	Diemer Friedrich, Schreiner.	

Am 27. November fanden sodann die Wahlen der Ersatzmänner statt und zwar wurden gewählt:

1. Pröstler Michael, Kaufmann,
2. Wolpert August, Holzgroßhändler,
3. Borst Ferdinand, Lithographiebesitzer,
4. Kreßner Lorenz, Buchhändler,
5. Mainhart Karl, Gürtlermeister,
6. Hergenröther Jakob, Privatier,
7. Gabler Anton, Bierbrauereibesitzer,
8. Dr. Frisch Franz, prakt. Arzt,
9. Zeißner Konrad, Privatier,
10. Kuhn Jakob, Korbwarenfabrikant,
11. Seuffert Julius, Restaurateur,
12. Ohl Georg, Metzgermeister,
13. Spengler Georg, Glasermeister,
14. Hörner Martin, Schreinermeister.

In das Bureau des Gemeindekollegiums wurden die sämtlichen Herren des Vorjahres, nämlich Dr. Unger, Dr. Thaler, Weisensee und Egstein pro 1903 wiedergewählt.

§ 2.

Feste, Ehrungen, Adressen, Versammlungen, Ausstellungen und Trauerkundgaben.

Es ist mit Recht üblich geworden, in den Verwaltungsbericht der Stadt Würzburg auch eine kurze Chronik des Jahres aufzunehmen. Bei Aufzählung der Ereignisse ist es für den Chronisten besonders erfreulich, davon berichten zu können, daß unser Königshaus wiederum wie bei so manchem Anlaß der Vergangenheit mit unserer Stadt persönlich in Berührung gekommen ist.

Waren es im Berichtsjahre auch nicht festliche Anlässe, welche Mitglieder des Königlichen Hauses nach Würzburg geführt haben, so hatten wir doch die Freude, im Mai Seine Königliche Hoheit Prinz Leopold als Generalinspekteur der IV. Armeeinspektion und im Juni Seine Königliche Hoheit Prinz Rupprecht in seiner Eigenschaft als Militärvorsitzenden der Obererſatzkommission begrüßen zu können.

Zur Jahreswende gedachte die Stadtverwaltung in altherkömmlicher Weise der erhabenen Person unseres Prinzregenten Luitpold und zur Feier Allerhöchstdessen Geburtstages vereinigten sich am 12. März die Vertreter der Staatsbehörden mit der Bürgerschaft zu einem Festmahl. Am 23. November und am 4. Dezember berührte Seine Königliche Hoheit Prinzregent Luitpold gelegentlich der Reise in den Spessart und der Rückreise von dort unsere Stadt, ehrfurchtvollst begrüßt und von der Bevölkerung herzlichst gefeiert, soweit es die Kürze des Aufenthalts zuließ.

Nicht unerwähnt bleibe hier ein Gedenktag für das Frankenland, der 29. November 1902, der Säkulartag der am 29. November 1802 erfolgten Besitzergreifung unserer Stadt durch den Kurfürsten Max Joseph. Dieses Jubiläums wurde in den städtischen Schulen in angemessener Weise gedacht.

Ein Ereignis, das von der gesamten Bürgerschaft mit voller Sympathie aufgenommen wurde, war die Glückwunschadresse und die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes der Stadt Würzburg an Seine Exzellenz den hochwürdigsten Herrn Dr. theol. Franz Josef von Stein, Erzbischof von München-Freising, Reichsrat der Krone Bayern, aus Anlaß der Feier seines siebenzigsten Geburtsfestes und zwar, wie die Urkunde besagt: „in Würdigung seiner fast 4 Dezennien (1860 bis 1898) umfassenden höchst ersprießlichen und segensreichen Tätigkeit in der Stadt Würzburg als Religionslehrer der studierenden Jugend, als akademischer Lehrer an der Alma Julia und zumal als Bischof der Diözese Würzburg wie in dankbarster Anerkennung Seines allezeit bekundeten warmen und lebhaften Interesses für die Stadt Würzburg und deren Entwicklung". Die Überreichung der Urkunde fand statt am 4. April 1902 durch den 1. Bürgermeister Hofrat Michel und den 2. Vorstand des Gemeindekollegiums Justizrat Dr. Thaler.

Seine Exzellenz sprach edelmütigsten Dank aus durch eine großherzige Spende für die hiesigen Stadtarmen.

Im Laufe des August beging der hochwürdigste Herr Bischof von Würzburg Dr. von Schlör sein 40jähriges Priesterjubiläum. Auch dieses erfreulichen Ereignisses gedachte die Stadtverwaltung durch ein Glückwunschschreiben.

Zur Ehrung eines um die Stadt hochverdienten Beamten Herrn k. Kreismedizinal- und Regierungsrates Dr. Gregor Schmitt, der am 12. März 1902 sein 70. Geburtsfest feierte, wurde dem Jubilar ein Glückwunschschreiben überreicht.

Ihren guten Ruf der „Gastlichkeit" bewährte unsere Stadt bei Besuchen fachlicher Vereinigungen, welche während des Berichtsjahres stattfanden. Im Mai begrüßte der Magistratsvorstand die Mitglieder der deutschen elektrochemischen Vereinigung gelegentlich eines von der Stadt gegebenen Frühschoppens im Bürgerspital. Im Juni wurden die Mitglieder des deutschen Fleischerverbands, im August die Angehörigen des Verbands bayrischer Buchhändler durch Vertreter der Stadtgemeinde begrüßt.

Über den Burgfrieden unserer Stadt hinaus fanden einige in das Berichtsjahr fallende Ausstellungen Beachtung, nämlich eine bayrische Militärbrieftaubenausstellung, eine Ausstellung von Rassehunden und eine allgemeine Geflügelausstellung. Die Stadtverwaltung legte ihr Interesse an diesen Veranstaltungen durch Stiftung von Ehrenpreisen an den Tag.

Von dem gewiß richtigen Gesichtspunkte ausgehend, daß es einer städtischen Verwaltung von Nutzen ist, wenn sie durch Beteiligung an fachlichen Veranstaltungen und Besprechungen mit den maßgebenden Personen anderer Verwaltungen in Fühlung bleibt und sich in fortlaufender Kenntnis von anderwärts getroffenen Maßnahmen erhält, hat die Stadtverwaltung, allerdings unter vorsichtiger Abwägung der Notwendigkeit oder Zweckmäßigkeit, mit der Beschickung von Versammlungen und Kongressen nicht gekargt. Es wurde die Jahresversammlung des bayrischen Vereins der Gas- und Wasserfachmänner in Schweinfurt, der Kongreß des deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege in München, die Verbandsversammlung der bayrischen Arbeitsämter ebendort beschickt. Am IX. internationalen Schiffahrtskongreß in Düsseldorf beteiligten sich mit einer größeren Anzahl von Mitgliedern der Kanalvereins-Sektion Würzburg 1. Bürgermeister Hofrat Michel und bürgerlicher Magistratsrat Eckert.

Um dem Würzburger Gewerbe Gelegenheit zu geben, aus der Düsseldorfer Gewerbeausstellung möglichst großen Nutzen zu ziehen, wurden sechs Meistern und ebenso vielen Gehilfen Stipendien im Gesamtbetrage von 700 ℳ zum Besuche dieser Ausstellung bewilligt. Die von den Stipendiaten vorgelegten Berichte haben den Beweis geliefert, daß die abgeordneten Gewerbsleute manche nutzbringende Anregung gefunden haben.

Leider verstrich das Jahr auch nicht, ohne daß wiederum einige um unser Gemeinwesen wohlverdiente Männer in das Grab sanken.

Am 23. Juli stand die Stadtgemeinde in der Person des II. Bürgermeisters Ringelmann in Gamburg am offenen Grabe des früheren berühmten Lehrers an unserer Alma Julia, des Herrn Geheimrates von Gerhardt.

Am 6. September sprach die Stadtgemeinde den Hinterbliebenen der einstigen Zierde unserer Hochschule, des Herrn Universitätsprofessors Rudolf Virchow herzlichstes Beileid aus und wenige Monate später, im Dezember, erfüllte die Stadtgemeinde abermals die traurige Pflicht, ihrer Anteilnahme am Heimgange des Herrn k. Universitätsprofessors Johannes Wislicenus Ausdruck zu verleihen.

§ 3.

Stadtgebiet und Straßenbenennung.

Das 32,16 qkm messende Areal der Stadt hat keinen Zuwachs, dagegen aber — infolge der Bautätigkeit und weiteren Entwicklung — Verschiebungen hinsichtlich seiner Benützung erfahren. Auf Grund der Baustatistik kann konstatiert werden, daß sich das Areal der Gebäude mit Hofräumen im Jahre 1902 um ca. 3,5 ha vergrößert hat.

Folgende Straßen wurden im Berichtsjahre in den Stadtplan neu aufgenommen und neubenannt:

Wickenmayer-Straße — neue Straße an der Ostseite der 2. Grombühlschule —, benannt nach den Eheleuten Joh. Valentin und Magd. Wickenmayer, welche die Mittel zu der auf dem Grundstücke gegenüber der Schule zu errichtenden Kinderpflegeanstalt gestiftet haben.

Pestalozzi-Straße — neue Straße an der Westseite der 2. Grombühlschule —, benannt nach dem bekannten Pädagogen Joh. Heinr. Pestalozzi, geb. 1746 zu Zürich, gest. 1827 zu Brugg.

Gneisenau-Straße — die Bahnlängsstraße südlich der Linie Würzburg-Rottendorf, bisher ein Teil der Faulenbergstraße —, benannt nach dem preuß. Generalfeldmarschall und Chef des preuß. Generalstabes in den Freiheitskriegen Gneisenau, welcher vom 8. bis zum 17. Lebensjahre dahier von seinem Großvater mütterlicherseits, dem Artilleriehauptmann, späteren Oberstleutnant Andr. Müller (Erbauer des Zeughauses auf dem Marienberge) erzogen worden ist.

Koerner-Straße — neue Straße zwischen der Blumenstraße und der nächsten Querstraße —, benannt nach dem Dichter und Freiheitskämpfer Koerner, welcher 1813 gefallen ist.

Siligmüller-Straße — neue Straße südlich vom Friedhofe zwiſchen der Konradſtraße und der Annaſtraße, welche auf das Anweſen der Firma F. A. Siligmüller ſtößt —, benannt nach den Eheleuten Franz und Ottilie Siligmüller, von denen die gleichnamige bedeutende Stiftung herrührt.

Edel-Straße — neue Straße, welche das Baugelände von Oſten nach Weſten zwiſchen der Kantſtraße und der Keesburgſtraße durchzieht —, benannt nach dem Univerſitätsprofeſſor und Abgeordneten Edel.

Schelling-Straße — neue Straße, welche das vorbezeichnete Baugelände von Norden nach Süden durchzieht und die Keesburgſtraße ſchneidet —, benannt nach dem Prof. der Philoſophie Fried. Wilh. Schelling, welcher vom Jahre 1803 bis zum Jahre 1808 dahier an der Univerſität dozierte.

Die Anlage an der Keesburgſtraße — bisher öfters als Poppsanlage bezeichnet — erhielt den Namen **Keesburg-Anlage**.

§ 4.

Hochwasser-Verhältnisse.

Auch das Jahr 1902 war wie das Jahr 1901 ein sehr hochwasserreiches; es hat 3 mal eine Überflutung städtischer Straßen stattgefunden und zwar

im Monat Februar mit einem höchsten Pegelstand von 3,62 m am 11. Februar,

im Monat April mit einem höchsten Pegelstand von 2,94 m am 2. April,

im Monat Dezember mit einem höchsten Pegelstand von 3,88 m am 21. Dezember.

Ein Eisabgang erfolgte am 19. Dezember bei einem Pegelstande von 3,05 m.

Die hohen Wasserstände hielten jeweils sehr lange an und fiel das Wasser nur langsam.

Wegen der Hochkaianlage zwischen Ludwigbrücke und Sonnenstraße, durch welche künftig das Eindringen des Hochwassers in städtische Straßen hintangehalten werden soll, wird auf § 27 verwiesen.

§ 5.

Bevölkerung und Gebäudezahl.

I. Bevölkerung.

Würzburgs Bevölkerung wurde im Jahre 1900 auf 75 497 Personen festgestellt.

Die Bevölkerungsbewegung im Berichtsjahr bezüglich Eheschließungen, Geburten und Sterbfällen ist aus folgenden Zahlen zu ersehen:

a) Eheschließungen:

1902: 670 und zwar zwischen Katholiken:	423	gegen	449	im	Vorjahr,
„ Protestanten:	95	„	83	„	„
„ Israeliten:	38	„	28	„	„
„ Angehörigen verschied. Konfessionen:	114	„	110	„	„
Summa: 670 wie im Vorjahre.					

b) Geburten:

1902: 2475 einschließlich 73 Totgeburten gegen 2445 Geburten mit 83 Totgeburten im Vorjahr.

Von den Geborenen waren

männlichen Geschlechts:	1284	gegen	1253	im	Vorjahr,
weiblichen „	1191	„	1192	„	„
ehelicher Abstammung:	1992	„	1976	„	„
unehelicher Abstammung:	483	„	469	„	„
Zwillingsgeburten:	30	„	54	„	„

Auf 1000 Einwohner treffen 31,8 Lebendgeborene.

c) Sterbefälle:

1902: 1634 gegen 1579 im Vorjahre.

Von den Geſtorbenen waren

männlichen Geſchlechts:	804	gegen	819	im Vorjahr,
weiblichen „	830	„	760	„ „
verheiratet bezw. verwitwet:	762	„	690	„ „
unverheiratet:	872	„	889	„ „

Durch Unglücksfälle kamen um 10, durch Selbſtmord 13 Perſonen, gegen 17 bezw. 9 im Vorjahre.

Die allgemeine Sterblichkeitsziffer betrug im Berichtsjahr auf 1000 Perſonen 21,6 gegen 20,7 im Vorjahre bezw. bei Ausſchaltung der verſtorbenen Ortsfremden 18,8 gegen 19,0.

Der Geburtenüberſchuß beträgt 768.

II. Gebäudezahl.

Im Jahre 1902 erſtanden

46 neue Wohngebäude und
25 ſonſtige Gebäude.

Des näheren iſt § 33 Hochbauweſen und Bauſtatiſtik zu vergleichen.

§ 6.

Bewegung der Bevölkerung in bezug auf Heimat-, Bürgerrecht und Staatsangehörigkeit.

Die für den Schluß des Berichtsjahres bevorstehenden Gemeindewahlen hatten, nachdem gem. Art. 170, 172 Gem.-Ordng. zur Ausübung des Wahlrechts die Eigenschaft als Gemeindebürger erforderlich ist, naturgemäß eine bedeutende Vermehrung der Bürgerrechtsverleihungen bewirkt. Hierüber, sowie über die Bewegung der Bevölkerung bezüglich Heimat- und Staatsangehörigkeit gibt folgende Tabelle Aufschluß:

I.	Entgeltliche Bürgerrechts-Verleihung an	98	Pers.	gg.	24	i. J.	1901
II.	Unentgeltl. „ „	41	„	„	13	„	„
III.	Entgeltl. Bürger- u. Heim.-R.-	77	„	„	70	„	„
IV.	„ „ u. unentgeltl. Heimatrechts-Verleihung	1	„	„	3	„	„
V.	Entgeltl. Heimatrechts- und unentgeltl. Bürgerrechts-Verleihung	1	„	„	4	„	„
VI.	Entgeltliche Heim.-Verleihung auf Antrag der Heim.-Gemeinden	95	„	„	74	„	„
VII.	Entgeltl. Heim.-Verl. auf Antrag der Berechtigten	55	„	„	61	„	„
VIII.	Unentgeltl. Heim.-Verl. auf Antrag der Heim.-Gemeinden	46	„	„	53	„	„
IX.	Unentgelt. Heim.-Verl. auf Antrag der Berechtigten	152	„	„	151	„	„
X.	Erwerbung der bayr. Staatsangehörigkeit durch	15	„	„	9	„	„
XI.	Erwerbung d. bayr. Staatsangehörigkeit mit Bürger- und Heimatrecht	16	„	„	6	„	„
XII.	Erwerbung d. bayr. Staatsangehörigkeit mit Heimatrecht	16	„	„	7	„	„
XIII.	Naturalisation mit Heimatrecht	0	„	„	4	„	„
	Summa der Aufnahmen:	613	„	„	542	„	„

Von dem Rechte der Heranziehung zur Erwerbung des Bürgerrechts nach Art. 17 Gem.-Ordng. hat der Magiſtrat im Berichtsjahre keinen Gebrauch gemacht.

Das Statut betr. die Erhebung der Heimat- und Bürgerrechtsgebühren in der Stadt Würzburg vom 23. Oktober 1896 wurde unter Zuſtimmung des Gemeindekollegiums durch Magiſtratsbeſchluß vom 19. Dez. 1902 in B § 2 Ziff. 2 dahin abgeändert, daß der 2. Abſatz der letztgenannten Ziffer weggelaſſen und beſchloſſen wurde, für die Auslegung des Begriffes „Arbeiter“ ſei die Auffaſſung des Heimatgeſetzes in der analogen Beſtimmung ſeines Art. 12 Abſ. IV maßgebend.

§ 7.

Reichstags-, Landtags-, Landrats- und Gemeindewahlen.

I.

Im Reichstage wurde die Stadt Würzburg im Berichtsjahre vertreten durch den k. Hauptzollamtsverwalter Michael Lurz in Bamberg (Zentrum), dessen Mandat mit dem Jahre 1903 abläuft.

II.

Vertreter der Stadt im bayr. Landtage für die Jahre 1899 mit 1905 ist der Buchdruckereibesitzer und Magistratsrat Karl Köhl (Demokrat).

III.

Im unterfränkischen Landrate fungieren während der Jahre 1900 mit 1905 als Vertreter der Stadtgemeinde

a) als Landräte:

1. Rigel Anton, Großhändler, k. Handelsrichter,
2. Herbst Michael, Wildbrethändler,

gewählt 1900,

3. Michel Philipp, k. Hofrat, I. rechtsk. Bürgermeister, infolge des Bevölkerungszuwachses nachgewählt 1901,

b) als Ersatzmänner:

1. Dr. Thaler Johannes, k. Justizrat, Rechtsanwalt,
2. Scheiner Franz, Kunstanstaltsbesitzer,

gewählt 1900,

3. Abert Josef, Schreinermeister, nachgewählt 1901.

IV.

Bezüglich der im Berichtsjahre stattgehabten ordentlichen Gemeindewahlen wird auf die einschlägigen Ausführungen in § 1 dieses Berichts hingewiesen.

§ 8.

Ortsstatute, Normative und ortspolizeiliche Vorschriften.

Es wurden im Berichtsjahre erlassen:

10. Januar.	Gebührenordnung für im Vollzuge des Abmarkungsgesetzes vorzunehmende Geschäfte (der Feldgeschworenen ꝛc.).
14. Januar.	
28. Januar.	Ortspolizeiliche Vorschriften über Regelung des Verkehrs in der Franziskanergasse und in den umliegenden Straßen.
7. März.	Ortspolizeiliche Vorschriften über die Entwässerung der Grundstücke (Entwässerungsordnung) und über die Abortanlagen, Versitz-, Dung- und sonstigen Gruben.
7. März.	Ortspolizeiliche Vorschriften über die Anmeldung und tierärztliche Untersuchung von Hunden.
7. März.	Änderung des Gebührentarifs für die Dienstmänner.
14. März.	Ergänzung des Statuts der Gemeindekrankenversicherung.
5. April.	
18. April.	Ergänzung des § 18 der Schlachthofordnung zwecks Hintanhaltung von Tierquälereien beim Schächten.
9. Mai.	Änderung der Diensteseinteilung für die Schutzmannschaft.
23. Mai.	Ortspolizeiliche Vorschrift über den Betrieb von Taxameter-Droschken.
1. August.	Ergänzung der Pflasterzollordnung für die Lastautomobilfahrzeuge.
12. September.	
5. Dez. 1902.	Statut über die Lieferung elektrischen Stromes aus dem städtischen Elektrizitätswerke.
15. Jan. 1903.	
19. Dez. 1902.	Änderung des Statuts vom 23. Okt. 1896 über Bürger- und Heimatrechtserwerb.
2. Jan. 1903.	

§ 9.

Stadthaushalt.

1. Der in dem vorigen Verwaltungsberichte erwähnte und näher begründete ungünstige Abschluß der Rechnung pro 1901 stand bei der Etatsaufstellung für das Jahr 1902 zwar noch nicht ziffermäßig fest, doch ließen damals bereits alle Anzeichen darauf schließen, daß Überschüsse aus den Vorjahren nicht mehr vorhanden seien und daß demzufolge auch der Betriebsfonds der Stadtkämmerei so gut wie aufgezehrt sei. Diese Tatsache in Verbindung mit der Unmöglichkeit, die fortgesetzt und unaufhaltsam steigenden Ausgaben der Stadtgemeinde mit den im wesentlichen gleichbleibenden Einnahmen derselben in Einklang zu bringen, machten es zur gebieterischen Notwendigkeit, den Gemeindeumlagen-Satz von 90 auf 110 % der direkten Staatssteuern zu erhöhen — eine Maßnahme, die um so schmerzlicher empfunden wurde, als sie mit der noch keineswegs behobenen allgemeinen wirtschaftlichen Depression zeitlich zusammenfiel. Andererseits war freilich gerade auch dieser allgemeine wirtschaftliche Tiefstand mit eine Hauptursache, daß mit den Gemeindeumlagen erheblich in die Höhe gegangen werden mußte. Beweis hiefür ist die Tatsache, daß nicht Würzburg allein, sondern die Mehrzahl der unmittelbaren Städte und insbesondere sämtliche größeren Städte des Königreichs in den letzten zwei Jahren gezwungen waren, diesen Schritt zu tun. Es sind in den Jahren 1901 und 1902 mit den Gemeindeumlagen hinaufgegangen und zwar um

1 %: Kaufbeuren,
9 %: Erlangen,
10 %: Aschaffenburg, Bamberg, Ingolstadt, Landsberg, Neuburg, Neu-Ulm, Nördlingen, Nürnberg, Passau, Schwabach,

13 %: Deggendorf,
15 %: Amberg, Ansbach, Bayreuth, Landshut, Rosenheim, Traunstein,
20 %: Augsburg, Fürth, München, Würzburg,
21 %: Kitzingen [1]),
50 %: Dillingen, Schweinfurt,

und nur drei kleinere Städte waren in der Lage, in der gleichen Zeit mit ihren Umlagen zurückzugehen, nämlich

im Jahre 1901: Lindau um 5 % (von 115 % auf 110 %),
„ „ 1902: Dillingen um 10 % (von 250 % auf 240 %) und Donauwörth um 10 % (von 100 % auf 90 %).

Wenn nach vorstehender Zusammenstellung die Erhöhung des Umlagensatzes in Würzburg um 20 % eine verhältnismäßig bedeutende ist, so darf andererseits nicht vergessen werden, daß eine große Anzahl anderer bayrischer Städte, zum Teil schon seit einer Reihe von Jahren, die gleichen oder noch wesentlich höhere Umlagen zahlen als dies nunmehr in Würzburg der Fall ist; denn einen Umlagensatz von **110 % und mehr** haben ununterbrochen

seit 1 Jahre: Augsburg, Deggendorf, Fürth, Landshut, Nürnberg [2]), Traunstein, Würzburg,

seit 2 Jahren: Ingolstadt,
„ 3 „ Amberg, Forchheim,
„ 5 „ Eichstätt,
„ 7 „ Hof,
„ 9 „ Schweinfurt,
„ 11 „ Dillingen, Schwabach,
„ 12 „ Lindau, Passau,
„ 13 „ Landsberg,
„ 14 „ München,
„ 15 „ Rosenheim,
„ 23 „ Kitzingen [3]),
„ 26 „ Kempten.

---

1) Bei der reinen Gemeindeumlage ohne Schulumlage; einschließlich der letzteren bei den Protestanten um 21 %, bei den Katholiken um 27 %.

2) Hatte früher bereits 110 % u. zwar in den Jahren 1890 und 1892—1898.

3) Einschl. Schulumlagen für Protestanten; für Katholiken seit 12 Jahren.

Der effektive Umlagensatz war im Jahre 1902 in den sämtlichen unmittelbaren Städten des Königreichs folgender[1]):

— Weißenburg a/S.,
60 % Dinkelsbühl,
70 % Rothenburg,
75 % Günzburg, Straubing,
90 % Donauwörth, Neuulm, Nördlingen,
95 % Ansbach, Memmingen,
97 % Erlangen,
99 % Kaufbeuren,
100 % Aschaffenburg, Bamberg, Freising, Kulmbach, Neuburg a/D.,
105 % Bayreuth, Regensburg,
110 % Deggendorf, Eichstätt, Forchheim, Hof, Ingolstadt, Landshut, Lindau, **Würzburg**,
115 % Nürnberg, Traunstein,
120 % Augsburg, Fürth,
125 % Amberg,
130 % München,
135 % Rosenheim,
140 % Landsberg, Passau, Schwabach,
145 % Kitzingen[2]),
148 % Kempten,
180 % Schweinfurt,
240 % Dillingen.

Das allgemeine und fortgesetzte Anschwellen der Umlagensätze in den größeren Städten, das, wie der nächste Verwaltungsbericht zeigen wird, seinen Höhepunkt noch keineswegs erreicht hat, gibt zu denken. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die in den obigen Ziffern sich ausdrückende, vielfach mit einem rapiden Anwachsen der städtischen Schuldenlast Hand in Hand gehende Mehrbelastung der städtischen Bevölkerung während der letzten Jahre nicht in gleichem Tempo fortschreiten darf. Es ergibt sich hieraus die eindringliche Mahnung an die Stadtverwaltungen, mit Ausgaben, soweit als dies ohne Beeinträchtigung dauernder Interessen und ohne Verringerung des erreichten Kulturniveaus geschehen kann, zurückzuhalten, zugleich aber auch und insbesondere die Mahnung an die Staats-

[1]) Mit Ausschluß von Neumarkt, welches erst ab 1. Januar 1903 unmittelbare Stadt ist.

[2]) Einschl. 40 % Schulumlage.

regierung und an die gesetzgebenden Körperschaften im engeren und weiteren Vaterlande, den Städten nicht fortgesetzt neue Lasten aufzubürden, sondern auch einen billigen Ausgleich zu schaffen und alsbald durch eine zeitgemäße Reform unserer Steuer- und Umlagengesetzgebung den Städten neue und ergiebige Einnahmequellen zu erschließen, welche es ihnen ermöglichen, den auf allen Gebieten wirtschaftlicher und sozialer Tätigkeit an sie herantretenden Aufgaben und Anforderungen in vollem Maße gerecht zu werden.

Gegenüber dieser gewiß berechtigten Forderung muß es geradezu unbegreiflich erscheinen und den lebhaftesten Widerspruch der sämtlichen hievon betroffenen Stadtverwaltungen hervorrufen, wenn der deutsche Reichstag in seiner Sitzung vom 20. November 1902 bei Beratung des Entwurfes eines neuen Zolltarifgesetzes beschloß, den Kommunen vom 1. April 1910 ab das Recht der Erhebung von Abgaben auf Getreide, Hülsenfrüchte, Mehl und andere Mühlenfabrikate, Backwaren, Vieh, Fleisch, Fleischwaren und Fett zu entziehen, ohne der Frage näher zu treten, auf welche Weise der durch diese Maßnahme für eine große Anzahl von Gemeinden (namentlich Süddeutschlands) entstehende bedeutende Einnahmenausfall wieder ausgeglichen werden solle. Vergebens waren alle Schritte, welche von Stadtgemeinden Süd- und Norddeutschlands (auch von Würzburg) unternommen wurden, um diesen Beschluß des Reichstages und den vorausgegangenen Beschluß der Reichstagskommission wieder zu Fall zu bringen. Wir verkennen das Gewicht der Gründe nicht, welche den Bundesrat bestimmten, trotz der von seinen Bevollmächtigten selbst im Reichstage geäußerten schweren Bedenken dem § 10a des Gesetzentwurfes (§ 13 des Zolltarifgesetzes vom 25. Dezember 1902) schließlich seine Zustimmung zu geben, um nicht ein Gesetz scheitern zu lassen, das für die weitere Entwicklung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse von außerordentlicher Tragweite ist und das nur unter außergewöhnlicher Erregung der breitesten Volksschichten unter Dach und Fach gebracht werden konnte. Wir verkennen auch keineswegs die Gründe, welche gegen die örtlichen Aufschläge (Akzise) im allgemeinen vom theoretischen und praktischen Standpunkte aus geltend gemacht werden und die bei deren Erhebung unvermeidlichen Belästigungen und Beschränkungen der Gewerbetreibenden. Und doch müssen wir uns für deren Beibehaltung wenigstens insolange mit aller Entschiedenheit aussprechen, als nicht den Stadtgemeinden für den durch Aufhebung der Akzise entstehenden Einnahmenausfall — der in

Würzburg selbst nur durch eine 30 bis 40 %ige Umlagenerhöhung ausgeglichen werden könnte — durch Erschließung anderweitiger Einnahmequellen vollwertiger Ersatz geschaffen wird. Im übrigen dürfte das, was bezüglich der Beibehaltung, Herabsetzung oder Aufhebung der Akzise und ihrer Wirkung auf den Haushalt der Konsumenten im III. Verwaltungsberichte auf S. 28 und 29 ausgeführt wurde, auch heute noch seine volle Geltung behaupten.

Infolge der Umlagenerhöhung war das Bruttoerträgnis der Gemeindeumlagen pro 1902 folgendes:

aus der	Grundsteuer	9662,— ℳ
	Haussteuer	330842,32 „
	Gewerbesteuer	317168,69 „
	Kapitalrentensteuer	231488,60 „
	Einkommensteuer	111516,93 „
		1000678,54 ℳ
hiezu aus Steuernachholungen, Perzeptionsüberschüssen und direkt eingehobenen Beträgen		503,71 ℳ
	sonach im ganzen	1001182,25 ℳ

gegen 772954 ℳ 66 ₰ im Vorjahre und gegenüber einem Etatsansatze von 979904 ℳ 20 ₰.

2. Der Gesamtabschluß der Stadtkämmerei-Rechnung für das Jahr 1902 und damit das Gesamtergebnis des städtischen Haushaltes für das Berichtsjahr ist ein günstiges, indem gegenüber einem Defizit im Vorjahre von 3792 ℳ 97 ₰ ein reiner Überschuß von **65652 ℳ 52 ₰** verbleibt (vgl. hiezu die summarische Übersicht im II. Abschnitt dieses Verwaltungs-Berichts). Dieser Überschuß wurde dadurch erzielt, daß den gegenüber dem Etat nicht unbeträchtlichen Mindereinnahmen aus dem Gaswerk (— 34120,56 ℳ), dem Installationswerk (— 7390,92 ℳ), dem Schlacht- und Viehhof (— 22183,37 ℳ) und der Sparkasse (— 7768,61 ℳ) — von kleineren Positionen abgesehen — erhebliche Mehreinnahmen aus dem Elektrizitätswerk (+ 17777,82 ℳ), dem Kühlhause (+ 3936,27 ℳ), dem Wasserwerk (+ 43081,09 ℳ), dem Friedhof (+ 16460,62 ℳ), ferner aus Besitzveränderungsabgaben (+ 13997,21 ℳ) und Gemeindeumlagen (+ 24151,47 ℳ), endlich Einsparungen bei der Armenkasse (20897,13 ℳ) und bei der Lokalschulkasse (6812,48 ℳ) gegenüberstehen und daß die Ausgaben, insbesondere auch die außeretat-

mäßigen Kreditbewilligungen, auf das tunlichst geringe Maß eingeschränkt wurden.

[Wenn vorstehend für das Vorjahr 1901 ein Defizit von 3792,97 ℳ angegeben wird, während nach dem XI. Verwaltungsberichte S. 234 für dieses Jahr ein reiner Überschuß von 41 339,03 ℳ verblieben ist, so erklärt sich dies daraus, daß in der Vorjahrsrechnung von der Stadtkämmerei irrtümlich 45 132 ℳ („Staatszuschuß für Unterhaltung von Ortsstraßen") als „Einnahmerückstand" vorgetragen wurden (vgl. XI. Verwaltungsbericht S. 213), während dieser Betrag nach den diesbezüglichen Verträgen noch gar nicht fällig war und infolgedessen auch nicht als „Einnahmerückstand" vorgetragen werden konnte. Zufolge eines Revisionsnotats war dieser Betrag abzustreichen und es mindert sich daher, was hiemit berichtigt werden will, der auf S. 233 des XI. Verw.-Ber. mit 91 058,45 ℳ angegebene „Dispositionsfonds oder Betriebsüberschuß der Stadtkämmerei" auf 45 926,45 ℳ, was wieder zur Folge hat, daß nach Abzug der noch unverwendeten Kredite an Stelle eines „reinen Überschusses" von 41 339,03 ℳ (S. 234 a. a. O.) pro 1901 ein Defizit von 3792,97 ℳ verblieb. Der Aktivkassebestand der Stadtkämmerei pro 1901 im Betrage von 24 411,59 ℳ (S. 233 a. a. O., s. auch S. 22, 23) wird hiedurch selbstverständlich nicht berührt.]

3. Das Erträgnis der Aufschläge[1]) und Zölle (nach Abzug der Rückvergütungen und der speziellen Erhebungskosten) beträgt beim

	Fleischaufschlag	111 615,35 ℳ
	Getreide-, Mehl- und Brotaufschlag	114 904,12 „
	Wildbretaufschlag	5 802,90 „
	Weinaufschlag	38 918,26 „
	Branntweinaufschlag	13 492,55 „
	Kaffeeaufschlag	223,87 „
	Krautaufschlag („Krautzoll")	103,70 „
ferner beim	Pflasterzoll	44 224,67 „
	Holzzoll	2 931,69 „
	in Summa	332 217,11 ℳ

Die gemeinsamen Kosten der Erhebung und Kontrolle belaufen sich — ohne Einrechnung des Aufwandes für Ver-

Übertrag 332 217,11 ℳ

[1]) Mit Ausnahme des Lokalmalz- und Bieraufschlags, welcher nicht von der Stadtkämmerei, sondern von der Schuldentilgungskasse vereinnahmt wird (vgl. § 10).

Übertrag	332 217,11 ℳ
zinsung und Tilgung der behufs Errichtung von Zollstationen aufgenommenen Anlehensschulden — auf	30 994,50 ℳ
Das Nettoerträgnis der von der Stadtkämmerei vereinnahmten Aufschläge und Zölle beträgt sonach	301 222,61 ℳ.

(Die aus dem Erträgnisse des Getreide-, Mehl- und Brotaufschlags bestimmungsgemäß an die Lokalschulkasse und die Armenkasse abzuliefernden Teilbeträge sind hiebei nicht in Abzug gebracht.)

4. Die im XI. Verw.-Ber. S. 23 bereits angekündigte Bildung eines eigenen Betriebsfonds der Stadtkämmerei ist im Berichtsjahre erfolgt.

Mit Zustimmung des Gemeindekollegiums und staatsaufsichtlicher Genehmigung der k. Kreisregierung beschloß der Stadtmagistrat einen solchen Betriebsfonds zunächst in Höhe von 250 000 ℳ zu bilden, zu diesem Zwecke von der Holzmagazinskasse 200 000 ℳ und von der Getreidehilfskasse 50 000 ℳ zu entleihen und diese Vorschüsse bei 2 %iger Verzinsung innerhalb längstens 10 Jahren, vom Jahre 1903 ab gerechnet, zurückzuzahlen. Die raschere Abtragung und andererseits die Erhöhung des Betriebsfonds bis zum Betrage von 400 000 ℳ wurden für den Fall, daß etwa die Betriebsverhältnisse der Stadtkämmerei dies in der Folge gestatten bezw. erforderlich machen sollten, ausdrücklich vorbehalten. Zugleich wurde ausgesprochen, daß „der auf diese Weise gebildete Betriebsfonds der Stadtkämmerei in Höhe von (vorerst) 250 000 ℳ als „eiserner Bestand" unter allen Umständen zu erhalten ist. Sollten in einem einzelnen Jahre die Betriebsausgaben der Stadtkämmerei deren Betriebseinnahmen übersteigen, so ist der Ausfall jeweils aus dem Betriebsfonds zu decken, jedoch letzterer sofort wieder durch Einstellung des gleichen Betrages in den nächsten Etat zu refundieren". (Magistr.-Beschluß vom 17. Oktober 1902, Beschluß des Gemeindekollegiums vom 13. November und Entschließung der k. Kreisregierung vom 3. Dezember gl. Js.).

5. Von den Einnahmen und Ausgaben der Stadtkämmerei während des Berichtsjahres werden noch folgende besonders hervorgehoben:

Vortrag	Betrag ℳ	₰
A. Einnahmen.		
1. Staatsbeitrag zu den Kosten für Neupflasterung der Rottendorferstraße, dritte Teilzahlun; aus 60000 ℳ	7598	—
2. Beitrag des k. Eisenbahnärars zu den Kosten für Verlegung der Gneisenaustraße, Herstellung einer Bahnunterführung und eines Fußgängerweges dortselbst	22000	—
3. Vorschuß von der Getreidemagazinskasse für Vornahme von Neupflasterungen in verschiedenen Straßen (Teilbetrag der „Pflasterschuld")	41381	88
4. Vorschüsse von der Holzmagazinskasse für Erweiterungsbauten im Schlachthofe, Ausbau der Nikolausstraße und Umgestaltung der Keesburgstraße 2c.	34504	34
5. Von der Straßenbaukasse Beiträge zu den Kosten für den Ausbau neuer Straßen	38641	36
6. Kaufschillinge für veräußerten städtischen Grundbesitz und zwar:		
a) für das zur Verlegung der Veitshöchheimerstraße beim Steinberg erforderliche städt. Areal inkl. Zinsen . . . . . 28765 ℳ		
b) Tauschaufgabe für eine Parzelle beim Ludwigkai . . . . . 6500 ℳ	35265	—
7. Amortisationsquote aus dem Anlagekapital zu 53467 ℳ 20 ₰ für die Speiseleitungen der Straßenbahn . .	4946	82
8. Für den Elektrizitätswerk-Erneuerungsfonds $1^1/_2$ % des bis Ende 1901 aufgewendeten Anlagekapitals . . .	14347	45
9. Gebühren für Einleitung von Hauskanälen in solche städt. Hauptkanäle, deren Herstellung aus Anlehensmitteln erfolgte	17409	65
10. Die Abhebungen von der städtischen Schuldentilgungskasse, s. § 10.		

Vortrag	Betrag ℳ	₰
B. Ausgaben.		
1. Der Straßenbaukaſſe zur Verwaltung überwieſene Beiträge für den Ausbau neuer Straßen, welche in früheren Jahren bar eingezahlt, aber bis zum Berichtsjahre noch nicht verwendet worden ſind	58976	76
2. Auf bauliche Verbeſſerungen im Schlachthofgebäude, Erbauung einer Kälber- und Pferdeſchlachthalle und eines Feuerlöſchgerätehauſes im Schlachthof (Teilbetrag)	15204	89
3. Auf den Ausbau neuer Straßen im Stadterweiterungsgebiet und Neupflaſterung mit Gehſteigherſtellung in verſchiedenen Straßen der Innenſtadt	93924	38
4. Auf Verlegung der Gneiſenauſtraße (vormals Faulenbergſtraße) und Herſtellung einer Bahnunterführung ſowie eines Fußgängerweges dortſelbſt	30937	83
5. Auf Verlegung und Erweiterung der Keesburgſtraße nebſt Herſtellung einer Zierbaum-Allee auf derſelben .	18902	91
6. Auf Herſtellung eines Zierwaſſerlaufes im Ringpark hinter dem k. Hofgarten	3989	79
7. Auf die Fundierung des Prinzregentendenkmals und die gärtneriſche Umgeſtaltung des Platzes	1308	44
8. Auf Anſammlung eines Baufondes für das Luitpold-Muſeum, erſte von zehn Raten	5000	—
9. Für den Ankauf		
a) der Anweſen Kärnergaſſe 11 und Karmelitengaſſe 13 behufs Durchführung der rechtsmainiſchen Hochkaianlage	123573	73
b) des vormals Hipfel'ſchen Gartens an der Frankfurterſtraße als Bauplatz für die neue Hufbeſchlagſchule	54974	40
10. Ausgaben a conto der Stadtſchuld ſ. § 10.		

Im übrigen wird auf den II. Abſchnitt dieſes Verwaltungsberichtes („Summariſche Überſicht der Rechnungsergebniſſe") hingewieſen.

§ 10.

Stadtschuldwesen.

1. Die konsolidierte Stadtschuld betrug am Anfange des Berichtsjahres	20 303 794	ℳ	93 ₰,
an neuen Schulden gingen zu	573 280	ℳ	— ₰,
heimgezahlt wurden	911 800	ℳ	— ₰,
es betrug somit die konsolidierte Stadtschuld am Schlusse des Berichtsjahres	19 965 274	ℳ	93 ₰,
die schwebende Schuld betrug	1 166 785	ℳ	35 ₰,
sonach Stand der Gesamtschuld am Schlusse des Berichtsjahres	21 132 060	ℳ	28 ₰.
Die Ausgaben auf Verzinsung der Gesamtschuld betrugen	840 361	ℳ	38 ₰,
die Ausgaben auf Tilgung der Gesamtschuld betrugen	911 800	ℳ	— ₰,
die Einnahmen aus Lokalmalz- und Bieraufschlag	254 197	ℳ	66 ₰,
die Einnahmen aus Kämmereizuschüssen . . .	650 000	ℳ	— ₰.

Auf die einzelnen Darlehensgeber verteilte sich die Stadtschuld wie folgt:

von städtischen Kassen und Stiftungen . . .	7 282 880	ℳ	— ₰,
von sonstigen Stiftungen	289 300	ℳ	— ₰,
von Privaten	1 592 380	ℳ	28 ₰,
von der Bank in Gotha	5 967 500	ℳ	— ₰,
Inhaberobligationen vom Jahre 1899 Ser. I und II	6 000 000	ℳ	— ₰,
Sa.	21 132 060	ℳ	28 ₰.

Nach der Zinsgattung verteilt sich die Stadtschuld auf

14 697 500,—	ℳ	Schuldkapitalien zu	4 %,
2 875 700,—	ℳ	„ „	3¾ %,
3 558 860,28	ℳ	„ „	3½ %
21 132 060,28	ℳ	in Sa.	

2. Im Stande der schwebenden Schuld (s. XI. Verw.-Ber. S. 31) ist im Berichtsjahre keine Änderung eingetreten. Dieselbe betrug (in Berücksichtigung eines Notats zur vorjährigen Rechnung) 1 166 785 ℳ 35 ₰. Einem wiederholten Beschlusse des Stadtmagistrats, den gemeindlichen Grundbesitz in der Zellerau durch Zukauf einiger unmittelbar angrenzenden Grundstücke zu vergrößern und auf diese Weise die in der Schwebe befindlichen gemeindlichen Projekte zu fördern, ist das Kollegium der Gemeindebevollmächtigten zufolge Majoritätsbeschlusses vom 17. Oktober 1902 nicht beigetreten. Die Ablieferung der Grunderwerbungskasse an die Stadtkämmerei betrug im Berichtsjahre 2318 ℳ 23 ₰.

3. Das beträchtliche Anwachsen der Stadtschuld im letzten Jahrzehnt, deren Zusammensetzung aus verschiedenen Kategorien von Schuldaufnahmen und die Verschiedenartigkeit der Verzinsungs- und Tilgungsbestimmungen bei den einzelnen Kategorien ließen es im Berichtsjahre als rätlich erscheinen, an Stelle des seitherigen einen Schuldentilgungsplanes deren drei aufzustellen bezw. den seitherigen einzigen Plan in drei Pläne aufzulösen, nämlich

a) einen Plan über die Gothaer Bankschuld mit teils 3½, teils 3¾ %iger Verzinsung und im wesentlichen 1 %iger Tilgung,

b) einen Plan über die 4 %igen Inhaberschuldverschreibungen vom Jahre 1899 Ser. I und II,

c) einen Plan über die Nominalschuld zu 3½ und 4 %.

Durch diese drei sich gegenseitig ergänzenden Spezialtilgungspläne, denen noch eine Berechnung des Maximalstandes der konsolidierten Stadtschuld, des Bedarfes für Verzinsung und Tilgung und der hiefür zu leistenden Zuschüsse für die Jahre 1902—1911 beigefügt wurde, ist die Übersicht über das Schuldenwesen der Stadt ganz wesentlich erleichtert. Die vollständige Tilgung der Gothaer Bankschuld wird hienach bis zum Jahre 1940, die vollständige Tilgung der übrigen Schulden bis zum Jahre 1974 erfolgen. Die k. Kreisregierung hat die neuen Tilgungspläne vom 1. Februar 1902, durch welche der seitherige Tilgungsplan vom 29. November 1899 aufgehoben wurde, unterm 11. April 1902 staatsaufsichtlich genehmigt.

4. In das Berichtsjahr fallen bereits eingehende Verhandlungen wegen Aufnahme eines neuen Gemeindeanlehens. Da dieſelben erſt im Jahre 1903 zum Abſchluſſe gebracht wurden, bleibt näheres hierüber dem folgenden (XIII.) Verwaltungsberichte vorbehalten.

5. Von den Ausgaben, welche a conto der Stadtſchuld im Berichtsjahre gemacht wurden, ſind folgende beſonders hervorzuheben:

Vortrag	ℳ	₰
Herſtellung eines Sammelkanals	267 545	08
Nutzbarmachung der Zeller Quellen	75 794	82
Elektrizitätswerk, Kabelnetzerweiterung	25 134	88
Getreidelagerhaus	18 034	95
Lagerplätze an der Holzeinpollerſtelle	23 714	46
Kanaliſierung der Veitshöchheimerſtraße und des angrenzenden Gebietes	61 083	53
Hoch- und Tiefkai zwiſchen Sanderglacis- und Sonnenſtraße	201 018	—
Kanaliſierung der Reiſer-, Seneſelder-, Petrini- und Gutenbergſtraße	18 700	—
Erbauung eines 2. Schulhauſes im Grombühl („Peſtalozzi-Schule“)	118 065	—
Teilweiſer Ausbau der Wickenmayer- und der Peſtalozzi-Straße	6 527	04
Verlegung der Stadtgärtnerei	69 767	70
Verbindungsgeleis zum Schlachthof	8 057	86
Ankauf von Grundſtücken im Steinbachstal	4 500	—
Pflanzungen auf dem Nikolausberg	7 657	89

Die beiden letztgenannten Ausgaben (für Ankauf von Grundſtücken im Steinbachstal und Erweiterung der Pflanzungen auf dem Nikolausberg) im Geſamtbetrage von 12 157 ℳ 89 ₰ wurden nicht auf die Stadtſchuld ſelbſt, ſondern auf den Betriebsfonds der Schuldentilgungskaſſe übernommen.

Im übrigen wird auf den II. Abſchnitt (Summariſche Überſicht der Rechnungsergebniſſe) hingewieſen, woſelbſt u. a. auch eine Zuſammenſtellung der noch nicht erſchöpften und demzufolge auf das Jahr 1903 übergehenden Kredite gegeben wird.

§ 11.

Schulwesen.

1. In der Überwachung und technischen Leitung des städtischen Volksschulwesens sowie in der Zusammensetzung der k. Stadtschulkommission hat sich im Berichtsjahre eine Änderung nicht ergeben.

2. Die Zahl der Werktagsschulklassen betrug am Schlusse des Kalenderjahres 152; davon waren 70 Knaben-, 75 Mädchen- und 7 gemischte (von Knaben und Mädchen gemeinschaftlich besuchte) Klassen. An den Knabenschulen, den gemischten Klassen und den protestantischen Mädchenschulen wirkten ausschließlich Lehrer, an den katholischen Mädchenschulen ausschließlich Lehrerinnen; hievon gehörten 4 Lehrerinnen dem Konvente der Ursulinen an.

Die Mehrung der Schulklassen im Berichtsjahre betrug 9.

Die Gesamtzahl der katholischen Lehrer belief sich auf 63, die der protestantischen Lehrer auf 28 und diejenige der Lehrerinnen auf 61. Der Unterricht in den weiblichen Handarbeiten an den protestantischen Mädchenklassen wurde von drei Arbeitslehrerinnen erteilt.

Nach Konfessionen ausgeschieden bestanden am Schlusse des Berichtsjahres 124 Werktagsschulklassen für Katholiken und 28 Werktagsschulklassen für Protestanten.

An der konfessionell gemischten erweiterten Fortbildungsschule für Mädchen bestanden 6 und an der allgemeinen Mädchenfortbildungsschule 26 Klassen; davon wurden 22 Klassen von katholischen und 4 Klassen von protestantischen Schülerinnen besucht.

Über die Zahl der Werktagsschulklassen und der Schulkinder sowie über sonstige statistische Verhältnisse im Jahre 1902 gibt nachstehende Zusammenstellung Aufschluß.

Werktagsschule.

Schulbezirk	Zahl der Schulklassen	Zahl der Knaben	Zahl der Mädchen	Gesamtzahl der Knaben und Mädchen	Von den Schulkindern sind: hier geboren	nicht hier geboren	hier beheimatet	nicht hier beheimatet	Hierunter sind: Katholiken	Protestanten	Israeliten	Durchschnittszahl der Schüler einer Klasse	Von auswärts überwiesen	Nach auswärts überwiesen	Zahl der gestorbenen Kinder
Kathol. Grombühler Schulbezirk	33	873	914	1787	1261	526	699	1088	1787	—	—	54,2	57	60	—
Kathol. Hauger und Pleicher Schulbezirk	23	555	550	1105	902	203	648	457	1099	—	6	48	29	16	2
Kathol. Domschulbezirk . .	24	607	629	1236	1064	172	775	461	1218	—	18	51,5	33	33	4
Kathol. Sander Schulbezirk	26	604	688	1292	987	305	767	525	1288	—	4	49,7	37	23	—
Kathol. Burkarder Schulbezirk	18	449	420	869	702	167	502	367	869	—	—	48,3	19	13	2
Protest. Schulbezirk . . .	28	688	667	1355	858	497	568	787	—	1338	17	48,4	73	66	2
Gesamtzahl	152	3776	3868	7644	5774	1870	3959	3685	6261	1338	45	50	248	211	10
Im Vorjahre (1901) . . .	143	3649	3760	7409	5543	1866	3724	3685	6056	1298	55	52	228	231	—
Vor fünf Jahren (1897) . .	112	3263	3295	6558	4674	1884	2969	3589	5414	1081	63	58	—	—	—

3. Absenten der Werktagsschule:

a) entschuldigt wegen Krankheit:	18 174	Fälle	mit	106 187	Halbtagen	Versäumnis,
b) entschuldigt wegen sonstiger Ursachen:	1 862	„	„	6 353	„	„
c) nicht entschuldbar:	189	„	„	765	„	„
Summa	20 225	„	„	113 305	„	„

Auf jedes Kind treffen sohin durchschnittlich 15 Halbtage = $7^1/_2$ Tage Schulversäumnis pro Schuljahr. In 117 Klassen kamen strafbare Schulversäumnisse nicht vor.

4. Fortbildungsschulen.

a) Knaben-Fortbildungsschulen.

Die Knabenfortbildungsschulen stehen unter der Leitung des polytechnischen Zentralvereins. Für die Unterhaltung der Schulen gewährt der Stadtmagistrat dem genannten Verein einen jährlichen Zuschuß von 5000 Mark.

Unter Hinweis auf den X. Verwaltungsbericht Seite 116 und den gedruckten Jahresbericht über das Schulwesen des polytechnischen Zentralvereins sei in Kürze nur Nachstehendes angeführt.

Am Schlusse des Kalenderjahres 1902 bestanden nachgenannte

I. Schulabteilungen:

23	Sonn- und Feiertagsschulklassen mit	909	Schülern,
6	Mittwochsklassen mit	252	„
6	gewerbliche Fortbildungsschulklassen mit . . .	174	„
5	kaufmännische Fortbildungsschulklassen mit . .	252	„
5	Kurse für französische und englische Sprache mit	90	„
1	Spezialkurs für Schönschreiben mit	25	„
5	Stenographiekurse für Schüler und Erwachsene mit	165	„
1	Turnkursus mit	73	„
7	Zeichenklassen mit	393	„

Damenkurse

a)	in Buchhaltung mit	27	Schülerinnen,
b)	in Stenographie mit	58	„

II. gewerbliche Fachschulen:

Höhere Zeichen- und Modellierschule mit	217	Schülern,
Fachschule für Friseure und Perückenmacher mit . .	40	„
„ „ Maler usw. mit	42	„
„ „ Bäcker mit	23	„
„ „ Wagenbauer mit	18	„
„ „ Schuhmacher mit	26	„
„ „ Konditoren mit	47	„
Samariterkurs mit	95	„
Gesamtsumma	2830	Schüler und Schülerinnen.

b) Erweiterte Fortbildungsschule für Mädchen.

Der Unterricht wurde vormittags von 8—12 Uhr und nachmittags von 2—4 Uhr erteilt.

An der Schule wirkten 6 Lehrkräfte.

Die 6 Klassen der Anstalt wurden von 192 Schülerinnen besucht; hievon waren 149 Katholiken, 34 Protestanten, 8 Israeliten und 1 Mennonit.

Auf eine Abteilung kamen durchschnittlich 32 Schülerinnen.

Die Pflichtfächer: Religionslehre, deutsche Sprache, Wechsellehre, Buchführung, Rechnen und Schönschreiben mußten von allen Schülerinnen besucht werden. Am französischen Unterricht beteiligten sich 170, am Stenographieunterrichte 140, am Handarbeitsunterrichte 176 und an dem für die III. Klasse eingerichteten Koch- und Haushaltungsunterrichte 39 Schülerinnen.

Dem Stande nach waren die Eltern der Schülerinnen

93 Gewerbsleute,
11 Kaufleute,
85 Beamte und Bedienstete,
3 Privatleute,

Summa 192.

Von den 192 Schülerinnen sind 138 dahier und 54 auswärts geboren, 127 dahier und 65 auswärts beheimatet.

c) Sonntags- u. Montags-Fortbildungsschule für Mädchen.

Der Unterricht in den Profanfächern wurde Sonntags von 10—12 Uhr bezw. Montags von 4—6 Uhr und der Religionsunterricht Sonntags von 2—3 Uhr bezw. Montags von 3—4 Uhr erteilt.

Am Schlusse des Kalenderjahres 1902 bestanden 26 Klassen (gegen 27 Klassen im Vorjahre) und zwar 22 für katholische Schülerinnen und 4 Klassen für protestantische Schülerinnen.

Die Gesamtzahl der Schülerinnen betrug 1010 (im Vorjahre 979). Hievon waren dem religiösen Bekenntnisse nach 815 Katholiken, 182 Protestanten und 13 Israeliten.

Die Zahl der Überweisungen von auswärts betrug 183, nach auswärts 119.

Von den 1010 Schülerinnen sind in Würzburg geboren 560, nicht dahier geboren 450, dahier beheimatet 420, nicht in hiesiger Stadt beheimatet 590.

Die durchschnittliche Schülerinnenzahl einer Klasse betrug 39 (im Vorjahre 36).

5. Entlassung aus der Schule.

Am 20. Juli 1902 wurden nach abgelegter Prüfung aus der Schule entlassen:

a) aus der städtischen Werktagsschule:

2	Kinder	(1901:	1	Kind)	der	III. Klasse,
7	„	(„	4	Kinder)	„	IV. „
35	„	(„	28	„)	„	V. „
148	„	(„	131	„)	„	VI. „
596	„	(„	533	„)	„	VII. „

sohin 788 Kinder gegen 697 Kinder im Jahre 1901;

b) aus privaten Werktagsschulen (Vincentinum, israelitische Schule, Waisenhaus- und Elisabethenschule, Marienanstalt): 52 Kinder (gegen 42 im Vorjahre);

die Gesamtzahl der aus der Werktagsschulpflicht entlassenen Kinder belief sich demnach auf 840 (gegen 739 im Vorjahre);

c) aus den Fortbildungsschulen:

1.	aus der Knabenfortbildungsschule	425 Schüler,
2.	„ „ erweiterten Fortbildungsschule für Mädchen	61 Schülerinnen,
3.	„ „ Sonntags- u. Montags-Fortbildungsschule für Mädchen	340 „
4.	aus den unter lit. b genannten Privatschulen . .	21 „

sohin insgesamt 847 Schüler und Schülerinnen (gegen 886 im Vorjahre).

6. Schulbadeanstalten.

Zu den bereits bestehenden 3 Schulbadeanstalten kam mit der am 18. Septbr. 1902 stattgehabten Eröffnung des II. Grombühler Schulhauses (Vorderbau der Pestalozzischule) im Berichtsjahre noch eine vierte Badeanstalt.

Es badeten

a) in der Pestalozzischule 49%,
b) im alten Grombühler Schulhause (Josephschule) 42%,
c) im Hauger Schulhause 59%,
d) im Zentralschulhause 49% aller Schüler und Schülerinnen.

7. Gleich den Schulbädern diente der Gesundheitspflege der Schuljugend auch die ärztliche Untersuchung der Zähne der Schulkinder in dem von Dr. Andreas Michel geleiteten k. zahnärztlichen Institute der Universität dahier (vergl. X. Verwaltungs-Bericht S. 106). Im ganzen wurden 1783 Schulkinder zahnärztlich untersucht und bei gegebener Notwendigkeit mit Zustimmung deren Eltern zahnärztlich behandelt. Die 1783 untersuchten Kinder hatten bei 40 614 Milch- und bleibenden Zähnen 7193 kranke Zähne = 17,71%. Nach dem Urteile des Dr. Andreas Michel ist diese Ziffer im Vergleich zu andern Städten eine recht gute zu nennen.

8. Die von dem Rentner Oskar Neidert, dem Kaufmann Karl Heim und dem Stadtschulrate im Jahre 1900 ins Leben gerufene und von dem Frauenverein (insbesondere von der Rentnersgattin Frau Geiller) technisch geleitete Suppenanstalt für arme Schulkinder wurde täglich im Durchschnitte von 201 Kindern besucht. Die unentgeltliche Speisung derselben erfolgte in sechs Lokalen. Diese humanitäre Einrichtung übte ihre günstige Wirkung auch auf die Schule aus.

Die dahier bestehenden und von der Stadtgemeinde subventionierten Hortanstalten für Knaben und Mädchen erfreuten sich eines zahlreichen Besuchs und wirkten in hohem Maße segensreich.

Der von der Stadtgemeinde finanziell unterstützte Verein für Ferienkolonien ermöglichte während der Sommerferien 1902 achtzig armen und erholungsbedürftigen Kindern einen Landaufenthalt (Fuchsstadt bei Hammelburg und Euerdorf) von je drei Wochen. Führer und Wächter der Kinder waren die Volksschullehrer Longin Roßteuscher und Georg Walter sowie die Horterzieherin Gabriele Echinger.

9. Um alle Lehrkräfte mit der Art und Weise der Durchführung der durch die Schulordnung vorgeschriebenen Turn- und Bewegungsspiele

vollständig vertraut zu machen, wurden im Laufe des Sommers 1902 auf städtische Kosten zwei Turnspielkurse für Lehrer und Lehrerinnen der städtischen Volksschule unter der Leitung des auf dem Gebiete des Schulturnens und insbesondere der Bewegungsspiele wohlerfahrenen Volksschullehrers Eduard Küffner eingerichtet. Hieran beteiligten sich 19 Lehrer und 46 Lehrerinnen.

10. Veranlaßt durch einen Beschluß des Kollegiums der Gemeindebevollmächtigten, dahingehend, daß der Stadtmagistrat künftig die Besetzung der protestantischen Mädchenklassen mit Lehrerinnen aus finanziellen Gründen in Erwägung ziehen wolle, gab in dieser Sache die k. Stadtschulkommission in der Sitzung vom 16. Januar 1902 nachstehendes Gutachten ab:

a) „Aus erziehlichen und unterrichtlichen Gründen besteht kein Bedenken bezüglich der Anstellung von Lehrerinnen an den hiesigen protestantischen Mädchenklassen."

b) „Da jedoch die hiesige protestantische Bevölkerung sich gegen die Anstellung von Lehrerinnen an den protestantischen Mädchenklassen ausspricht, so sollen unter Würdigung der vom Referenten vorgebrachten Gründe der protestantischen Bevölkerung gegen ihren Willen keine Lehrerinnen aufgenötigt werden. Demgemäß wird den städtischen Kollegien empfohlen, freiwerdende protestantische Schulstellen an Mädchenklassen nach wie vor wieder mit Lehrern zu besetzen."

Unter Zustimmung zu vorstehendem Beschlusse der k. Stadtschulkommission beschloß der Stadtmagistrat am 24. Januar 1902, daß an den protestantischen Mädchenschulen hiesiger Stadt auch in der Folge ausschließlich männliche Lehrkräfte zu verwenden seien.

Diesen Beschluß nahm das Kollegium der Gemeindebevollmächtigten in der Sitzung vom 20. März 1902 ohne Erinnerung zur Kenntnis.

11. Die Übernahme von Agenturen jeglicher Art wird zufolge eines Beschlusses der k. Stadtschulkommission vom 24. Mai 1902 keinem Lehrer der städtischen Volksschule mehr gestattet, da eine derartige Nebenbeschäftigung, welche in den Wirkungskreis eines Kaufmanns einschlägt, sich mit der dienstlichen Stellung und beruflichen Wirksamkeit eines Lehrers nicht verträgt. Doch wurde zwei Lehrern, welche die dienstliche Bewilligung zur Übernahme von Agenturen schon vor dem 24. Mai 1902 erhielten, erlaubt, diese Nebengeschäfte, welche sie übrigens nur mit

Lehrern der Stadtschule in Berührung bringen, in stets widerruflicher Weise weiterzubesorgen.

12. Zu den unter Aufsicht des Stadtmagistrats Würzburg stehenden Privat-Unterrichts- und Erziehungsanstalten, die gemäß der k. Allerhöchsten Verordnung vom 18. April 1873, die Errichtung und Leitung von Erziehungs- und Unterrichtsanstalten betr., sowie der „Generellen Minist.-Bestimmungen über die Errichtung der öffentlichen und privaten Erziehungsinstitute" vom 12. Februar 1874 vom Stadtschulrate wie jedes Jahr einer Inspektion unterzogen wurden, kam im Berichtsjahre eine neue Anstalt, die „Protestantische Kinderbewahranstalt im Hause Nr. 40 an der Neubaustraße"; deren Errichtung und Inbetriebnahme wurde durch Magistratsbeschluß vom 25. Juli 1902 genehmigt.

Geschlossen wurde wegen geringer Schülerinnenzahl im Herbste 1902 die unter der Leitung der geprüften Handarbeitslehrerin Charlotte Beck stehende ehemalige „Helene Götz'sche Handarbeitsschule" (Neubaustraße 40).

13. Beschaffung von neuen Schulräumen im Stadtteile Grombühl.

Die Zahl der Schulkinder im Stadtteil Grombühl wuchs in den letzten Jahren zu einer solchen Höhe an, daß die Kinder in dem an der Steinheilstraße gelegenen Schulhause nicht mehr ordnungsgemäß untergebracht werden konnten. Die Schulverwaltung mußte sich mit vier Mietlokalen behelfen, außerdem sah sich dieselbe genötigt, eine größere Anzahl von Schulklassen in das Hauger Schulhaus und in die für Schulzwecke wenig geeignete Ludwigshalle zu verlegen. Um diesem Übelstande abzuhelfen, beschloß der Stadtmagistrat die Erbauung eines Schulhauses mit 30 Lehrsälen im Stadtteil Grombühl. In dieses sollten auch die Schulkinder aus der Barbara-, Gneisenau- usw. Straße sowie die Grombühler protestantischen Kinder der vier unteren Altersklassen aufgenommen werden. Zunächst wurde in den Jahren 1901 und 1902 ein Schulgebäude an der Fabrikstraße zwischen der Wickenmayer- und Pestalozzistraße fertiggestellt und am 18. September 1902 seinem Zwecke übergeben.

Der Bauplatz dieses Schulhauses bildet in der Hauptform ein Dreieck mit der Spitze gegen die Fabrikstraße, an welcher sich der Haupteingang befindet. Das Schulhaus ist parallel zur Fabrikstraße mit der

Hauptfront gegen Süden gelegen und nahezu 40 m von der Fabrikstraße zurückgesetzt. Der vor ihm eingefriedigte Hof von nahezu 800 qm dient als Spielplatz. Bei 42 m Länge und 15,5 m Tiefe nimmt das Schulhaus eine überbaute Fläche von 650 qm ein. Über den Hof gelangt man durch die 2,00 m breite Eingangstür in das 4 geschossige Gebäude. Im Erdgeschosse desselben liegen: Je ein Saal für den Knaben- und Mädchenhort von 6,60/10,20 bezw. 6,60/7,90 m Größe mit zugehöriger Küche, ein Brausebad mit Ankleide- und Trockenraum, eine aus 3 Zimmern, Küche und Waschküche bestehende Hausmeisterwohnung und das Kessel-Haus mit Koksraum. Die 3 Obergeschosse enthalten je 4 Lehrsäle, sowie Aborte und Garderoberäume, im I. Stock ist außerdem ein Lehrerzimmer, im II. Stock ein Lehrmittelzimmer und im III. Stock noch ein Reserve-Lehrmittelzimmer.

Die Fundamente und Kellermauern sind aus Kalkbruchsteinen, das Erdgeschoß ist mit gelbem mittelfränkischem Sandstein verblendet und mit Backsteinen hintermauert. Im Erdgeschoß ist für die Architekturteile und Pfeiler ebenfalls gelber Sandstein (Joumont) verwendet, während die Wandflächen in Putz imitiert sind. Fensterumrahmungen und Architekturteile der beiden Obergeschosse sind aus weißem Sandstein, die Lisenen und Giebelfelder sind geputzt. Das Dach ist mit hellroten Bexbacher Doppelfalzziegeln gedeckt. Der Uhraufsatz auf dem Dache dient gleichzeitig zur Entlüftung des Dachbodens.

Die 12 Schulsäle, von denen 3 Ost-, 6 Süd- und 3 Westlage haben, sind 10,0 — 10,3 m lang, 6,70 m breit und 4,0 — 4,10 m hoch; bei der höchsten Klassenfrequenz von 60 Kindern trifft somit auf den Kopf eine Fläche von 1,10 — 1,15 qm und ein Luftraum von 4,7 — 4,8 cbm. Die Lehrsäle haben je 3 Fenster von 2,20 m Breite und 2,7 m Höhe an der Langseite, 3 Ecksäle haben außerdem noch 2 kleine Fenster an der Rückseite.

Die Fenster der Lehrsäle sind doppelt verglast und haben große Oberlichtklappflügel, die reine Glasfläche der Fenster steht zur Bodenfläche im Verhältnis 1 : 5 bezw. 1 : $3^1/_3$.

Alle Säle haben Jalousien und außerdem Vorhänge aus kremefarbigem Köperstoff mit seitlichem Zug.

Die Zwischendecken sind aus Bimskiesbeton zwischen Eisenträgern auf sichtbaren Unterzügen hergestellt und mit einer 4 — 5 cm hohen Sandschichte übertragen, auf welcher ein 2—3 cm starker armierter Terranova-Estrich als Unterlage für die Linoleumböden hergestellt ist.

Die Wände sind 1,5 m hoch mit Ölfarbe marmoriert, darüber in hellen Tönen mit Leimfarbe gestrichen und mit aufschablonierten Friesen belebt. Die Decken sind geweißt.

In den Sälen des III. Stockes ist für die Abendschulen indirekte Gasglühlichtbeleuchtung mit Reflektorlampen vorgesehen.

Alle Säle erhielten 3 Reihen zweisitzige seitlich umlegbare Bänke (System Wirth-Würzburg), von denen die für Mädchen bestimmten aufklappbare Pulte besitzen.

Die Katheder stehen auf 20 cm hohen Podien, hinter denselben befindet sich eine Doppelschiebetafel (System Oettinger-Würzburg). Außerdem ist in jedem Saale eine fahrbare, in allen Lagen festzustellende Tafel vorhanden (ebenfalls von Oettinger-Würzburg). Ein 2türiger Schrank, eine Waschgelegenheit für den Lehrer, 1 Spiegel, 1 Schirm- und Stockhalter, 1 Kruzifix und in den Mädchenklassen ein Handarbeitsschrank vervollständigen die Einrichtung.

Die 1,10 m breiten Schulsaaltüren öffnen sich gegen die 3,2 m breiten Korridore, welche im Anstrich ebenso behandelt sind wie die Schulsäle. Der verhältnismäßig billige Baugrund hat es gestattet, daß man für jede Klasse abschließbare Garderoberäume von ca. 15 qm schuf, welche von den Korridoren durch einen 2,30 m hohen Holzabschluß mit vergitterten Füllungen getrennt sind.

Für Trinkwasser ist in jedem Stockwerk durch einen Wandbrunnen und im Hof durch einen Ventilbrunnen gesorgt. Im Schulhof befinden sich zwei, in jedem Stockwerk ein Hydrant.

Die 2 m breite Granittreppe führt mit einer Steigung von 15 : 29 cm nach dem 2. Stock. Von hier zum Dachboden ist die Treppe von Holz. Als Handleisten wurden Messingröhren verwendet. Dachstuhl und Dachgebälk sind aus Holz, der Dachboden ist mit einem Gipsestrich belegt.

Nach Geschlechtern getrennte Aborte liegen in jedem Stockwerke an der Nordost- und Nordwestecke des Gebäudes, jeder Knabenklasse ist ein Kloſett, jeder Mädchenklasse sind zwei Kloſetts zugeteilt. Die Pißwände der Knabenaborte sind mit „Torfit“ (bezogen von der chemischen Fabrik in Hemelingen) bekleidet, das in Verbindung mit Ölsyphons die Wasserspülung entbehrlich macht. Die Knaben-Aborte haben gewöhnliche Spülkloſetts, während in den Mädchen-Aborten das Doppelsyphon-Kloſett-System mit selbsttätiger Spülung angewandt ist; die Spülung wird außer der Schulzeit abgestellt.

Die Heizung des ganzen Schulhauses geschieht durch Niederdruckdampf; nur die Hausmeisterwohnung hat Ofenheizung. Im Bad ist außerdem noch Gasheizung für den Sommer und die Übergangszeit eingerichtet. Jeder Schulsaal hat 2 Radiatorheizkörper, welche in den Fensternischen aufgestellt und mit durchbrochenen, wegnehmbaren Blechmänteln bekleidet sind. Die frische Luft gelangt aus dem Freien direkt durch die in den Fensterbrüstungen angebrachten Schieber in die Heizkörper. Während der Schulzeit unterliegt die Regulierung der Heizung und Lüftung dem Klassenlehrer, außerhalb derselben dem Heizer. In der Türverkleidung sind sogenannte Gucklochthermometer angebracht, um dem Heizer die Kontrolle der Zimmertemperatur vom Gang aus zu ermöglichen. Jeder Schulsaal hat seinen eigenen Ablufkamin, der bis in den Dachraum führt.

Das Brausebad ist mit Gasbadeofen und Röhrenbrausen ausgestattet; der An- und Auskleideraum bietet für 22 Kinder Platz. Die Einrichtung ermöglicht es, daß innerhalb einer Stunde sämtliche Kinder einer Klasse baden können.

Der 7270 qm messende Schulhausbauplatz kostete rund 27000 ℳ, auf diesen Platz kam noch der Erweiterungsbau mit 18 Klassen, 2 Turnhallen, einem Brausebad und einer Wohnung für den Hausmeister zu stehen, so daß nur ca. 12000 ℳ Bauplatzkosten auf das 12klassige Schulhaus anzurechnen sind. Die Baukosten einschließlich der Kanalisation betragen 229000 ℳ, die Gesamtkosten also rund 241000 ℳ. Der Erweiterungsbau wurde am 18. September 1903 in Betrieb genommen; beide Schulgebäude führen zusammen den Namen Pestalozzischule; dieselbe kostete mit Bauplatz und einschließlich der inneren Einrichtung rund 596000 ℳ.

14. Hieran anschließend folgt nachstehend eine Übersicht der z. Z. in Verwendung stehenden Volksschulhäuser nebst Angabe der Erbauungskosten bezw. ihres Schätzungswertes.

1. Pleicher Schulhaus; es wurde 1855 für 44000 Gulden vom k. Juliusspital erworben, wurde nach und nach für Volksschulzwecke adaptiert und enthält 17 Lehrsäle, 1 Turnhalle, 1 Lehrer- und 2 Lehrmittelzimmer, 1 Hausmeisterwohnung und die Räumlichkeiten für 1 Kochschule. Areal (einschließlich Schulhof): 1720 qm. Schätzungswert: 275000 ℳ.
2. Altes Burkarder Schulhaus; es wurde 1867 für 25000 Gulden angekauft, 1867/68 für Schulzwecke umgebaut und enthält

5 Lehrzimmer und 1 Lehrmittelzimmer; Areal (einschließlich Schulhof): 1170 qm. Schätzungswert: 75000 ℳ.

3. Neues Burkarder Schulhaus; es wurde 1881 in Betrieb genommen, enthält 9 Lehrsäle, 1 Turnhalle und 1 Hausmeisterwohnung; Areal: 670 qm. Baukosten einschl. der Grunderwerbung und der inneren Einrichtung: 111030 ℳ.
4. Sander Schulhaus; es wurde 1870 um 50564 Gulden angekauft, mit einem Kostenbetrag von 71498 Gulden für Volksschulzwecke umgebaut und 1872 in Benützung genommen; es enthält 19 Lehrsäle, 1 Lehrer- und Lehrmittelzimmer und 1 Hausmeisterwohnung; Areal (einschl. Schulhof): 2080 qm; Schätzungswert: 259500 ℳ.
5. In der Ludwigshalle wurden 1878 8 Klassenlokale mit einem Kostenaufwand von 11614 Mark eingerichtet.
6. Schulhaus am Münzgassendurchbruch; es wurde 1883 in Betrieb genommen; es enthält 14 Lehrsäle, 1 Lehrer-, 1 Lehrmittelzimmer, Knabenhortlokale, 1 isoliert stehende Turnhalle und 1 Hausmeisterwohnung. Areal (einschl. Schulhof): 2510 qm. Baukosten einschl. des Bauplatzes und der inneren Einrichtung: 192067 ℳ.
7. Hauger Schulhaus; es wurde 1887 in Betrieb genommen; es enthält 14 Lehrsäle, 1 Brausebad, 1 Lehrer- und 1 Lehrmittelzimmer, 1 Hausmeisterwohnung und 1 isoliert stehende Turnhalle; Areal (einschl. Schulhof): 2570 qm; Baukosten einschl. des Bauplatzes und der inneren Einrichtung: 160800 Mark (Schätzungswert: 174500 ℳ).
8. Josephschulhaus; es wurde 1894 in Betrieb genommen, enthält 14 Lehrsäle, 1 Brausebad, Knaben- und Mädchenhortlokale, 1 Turnhalle, 1 Lehrer- und 1 Lehrmittelzimmer und 1 Hausmeisterwohnung; Areal: 2450 qm (mit Schulhof); Kosten des Bauplatzes, des Gebäudes nebst der inneren Einrichtung: 268400 ℳ.
9. Zentralschulhaus; es wurde 1899 in Betrieb genommen, enthält 29 Lehrsäle, 1 Turnhalle, 2 Brausebäder, Mädchenhortlokale, 1 Lehrerlese-, 1 Lehrmittelzimmer und 2 Hausmeister- bezw. Schuldienerwohnungen; Areal (mit Schulhof): 3350 qm; Baukosten einschließlich der Grunderwerbung und der inneren Einrichtung: 895300 ℳ.
10. Schulbaracke; sie wurde 1900 in Betrieb genommen und enthält 4 Lehrsäle; Baukosten ohne Bauplatz: 33676 ℳ.

11. Pestalozzischule; sie wurde 1902 bezw. 1903 in Betrieb genommen, sie enthält 30 Lehrsäle, 1 Lehrer-, 2 Lehrmittelzimmer, 2 Brausebäder, 2 Turnhallen, 2 Hausmeisterwohnungen und die Räumlichkeiten für eine Hortanstalt. Areal (einschl. Schulhöfe): 7270 qm. Baukosten einschließlich der Grunderwerbung und der inneren Einrichtung: 596000 ℳ.

15. Der Gesamtaufwand für das Schulwesen belief sich im Berichtsjahre, abgesehen von dem aus Anlehensmitteln bestrittenen Aufwande für neue Schulhausbauten in Höhe von 118065 ℳ auf 406573,51 Mark gegen 398362,68 ℳ im Vorjahre. Näheres ist dem II. Abschnitte „Summarische Übersicht der Rechnungsergebnisse pro 1902" zu entnehmen.

16. Über die fortschreitende Entwicklung des hiesigen Schulwesens in den letzten 3 Dezennien möge nachstehender Rückblick auf das städtische Volksschulwesen das Nähere ersehen lassen.

Vom „großen" Jahre 1870/71 ab datiert nicht nur der nationale und wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands, auch die Entwicklung des Schulwesens kam in ein regeres Fahrwasser, vielerorts und auch in Würzburg wurde rührig die Hand zu Verbesserungen aller Art auf beregtem Gebiete angelegt. Darum dürfte es nicht unangebracht sein, bei einem Rückblick auf die Entwicklung des hiesigen Volksschulwesens vom Jahre 1870 auszugehen.

Im Jahre 1870 zählte die Stadt Würzburg ca. 39200 Seelen. Auf 1000 und etliche Einwohner kam 1 städtische Volksschulklasse (Werktagsschule); im ganzen waren 38 (32 kathol., 6 protest.) Schulabteilungen vorhanden. Außerdem gab es noch eine k. Seminar-Übungsschule, eine private Schule für israelitische Kinder und auf der Feste Marienberg die „Festungsschule", welche vom Militärärar unterhalten, mit Beginn des Schuljahrs 1872/73 jedoch aufgehoben wurde.

Zur Unterbringung der 38 Schulklassen dienten 11 verschiedene und der Mehrzahl nach wenig zweckentsprechende Gebäulichkeiten: das Pleicher Schulhaus, das „große" und das „kleine" Hauger Schulhaus, ein Anbau des Augustinerklosters, das Neumünsterer Schulgebäude, das Schulhaus an der Ebrachergasse, der Viertelhof, eine Gebäulichkeit des Ursulinenklosters, das alte Burkarder Schulhaus, die Grabenschule und das protestantische Schulhaus unmittelbar neben der Stephanskirche. In den genannten Schulhäusern befanden sich Dienstwohnungen von 27 Lehrern und Lehrerinnen. Mit Ausnahme des Pleicher und des alten Burkarder

Schulhauses sowie des Vorderbaues des Ursulinen-Instituts sind im Laufe der nächsten Jahre die sämtlichen genannten Gebäulichkeiten als Schulhäuser aufgelassen bezw. dem Abbruche unterstellt worden. Die Schulklassen waren nach den heutzutage herrschenden Anschauungen zum Teil überfüllt, es gab Klassen mit 80 und mehr Kindern, 1 zählte 95, 1 andere sogar 115 Kinder, dazu umfaßten 14 Schulabteilungen noch 2 und selbst 3 Altersklassen.

Unterrichtet wurde nach einem Lehrplan, der das Schwergewicht auf Religionslehre, Deutsch und Rechnen legte. Zeichenunterricht wurde nicht erteilt; der Turnunterricht war nur fakultativ für die 10—13jährigen Kinder beider Geschlechter eingeführt und wurde in der städtischen Turnhalle an der Korngasse in wöchentlich 20 Unterrichtsstunden gegeben (1870 nahmen daran 129 Knaben und 112 Mädchen, 1871 200 Knaben und 177 Mädchen teil). Zur Teilnahme am Unterrichte in den weiblichen Handarbeiten, der Mittwoch und Samstag nachmittags erteilt wurde, waren sämtliche Mädchen verpflichtet.

Die Kinder hatten Schul-, Heiz-, Kehr- und Tintengeld zu bezahlen. Die definitiven Lehrer bezogen 550—800 Gulden Gehalt und 100 Gulden Wohnungsgeld, sofern dieselben nicht im Genusse einer Dienstwohnung waren, die definitiven Lehrerinnen bekamen 400—550 Gulden Gehalt und freie Dienstwohnung bezw. 70 Gulden Wohnungsgeld. Fast alle Lehrpersonen hielten „Nachschule", welche 20%—40% der Kinder der eigenen Schulklasse gegen Bezahlung einer bestimmten und dem Lehrer zufließenden Gebühr besuchten.

Die ganze Stadt war in vier Schulbezirke (3 kath. und 1 protest.) eingeteilt. Die städt. Schulbehörde war wie heute die k. Lokal-(Stadt-) Schulkommission, deren Referent ein Geistlicher war. Ihm stand das Recht zu, die Schulen zu besuchen. Die Abhaltung der Prüfungen oblag den von der Kreisregierung aufgestellten Prüfungskommissären. Alle übrigen Schulangelegenheiten wurden ohne ängstliche Ausscheidung der Kompetenz durch den Stadtmagistrat bezw. durch den rechtskundigen magistratischen Schulreferenten erledigt.

Da von den 11 Schulhäusern nur das Pleicher Schulhaus einen Hausmeister hatte, mußten die durch Schulangelegenheiten veranlaßten Gänge von der Polizeimannschaft besorgt werden.

So lagen die Schulverhältnisse im Anfange des Jahres 1870; es erfüllt mit Befriedigung, wenn wir sehen, wie in der Folgezeit unablässig und ernstlich an der Hebung und Vervollkommnung des Schulwesens nach

innen und außen gearbeitet wurde. Noch ehe das Jahr 1870 zur Rüste ging — mitten in der Kriegszeit — wurde mit den Reformen begonnen. Zunächst wurde von den städtischen Kollegien das Schulgeld, das im letzten Jahre der Erhebung 4792 Gulden eingetragen hatte, mit der Wirkung vom 1. Januar 1871 ab aufgehoben, das Heiz-, Kehr- und Tintengeld beseitigt und die bezüglichen Leistungen, soweit sie nicht seitens der Stadtgemeinde in Regie übernommen wurden, gegen entsprechende Aversalentschädigung dem Lehrpersonal übertragen.

Noch im Jahre 1870 wurde ein neuer Lehrplan eingeführt, der jedoch nur deshalb kurze Zeit Geltung hatte, weil am 7. November desselben Jahres die k. Regierung eine „Lehr- und Disziplinarordnung für die deutschen Schulen des Kreises Unterfranken und Aschaffenburg" erließ, deren Vorschriften auch bindend für die Würzburger Volksschulen vom 1. Oktober 1871 ab sein sollten. Um den neuen Kreislehrplan den Verhältnissen und Bedürfnissen der Würzburger Schule anzupassen, wurde anfangs des Jahres 1872 eine „Verteilung des Unterrichtsstoffes auf die sieben Schuljahre der Werktagsschule für die Stadt Würzburg" vorgenommen und dieselbe schulaufsichtlich genehmigt.

1872 wurde das Turnen für die vier oberen Knabenklassen und nach Fertigstellung der benötigten Schulturnhallen vom Sommersemester 1881/82 ab auch für die vier oberen Mädchenklassen ein obligatorischer Unterrichtsgegenstand.

1879 wurde für den Unterricht in den weiblichen Handarbeiten ein neuer Lehrplan entworfen und eine neue Stundenordnung festgestellt.

Für den Eifer, der auf die innere Reformierung des Schulbetriebs gelegt wurde, spricht die Tatsache, daß mit der am 28. April 1889 erfolgten Genehmigung der k. Regierung vom Schuljahr 1889/90 ab wieder ein neuer Lehrplan und mit ihm das Zeichnen als Pflichtfach für die drei oberen Knabenklassen eingeführt wurde. Der Lehrplan suchte zu gunsten einer gründlicheren und nachhaltigeren Schularbeit insbesondere die vier unteren Klassen hinsichtlich der Menge des zu bewältigenden Lehrstoffes zu entlasten und durch ausführliche Zergliederung der einzelnen Klassenpensen eine größere Einheitlichkeit des Unterrichts in den Parallelabteilungen zu erreichen. Da jedoch diese erstrebte Entlastung in ausreichendem Maße nicht eingetreten war und überdies der Lehrplan mancherlei Mängel in der Auswahl und Anordnung des Stoffes aufwies, wurde er vom Grunde aus umgearbeitet; er trat nach erfolgter Genehmigung der k. Regierung (28. September 1898) sofort in Kraft.

Gleichzeitig wurde eine Schulordnung erlassen, welche sich in detailierter Weise über den äußeren Schulbetrieb verbreitet und bindende Vorschriften für die Lehrer und Schüler enthält.

Im Jahre 1871 wurde, um die Einheit der Erziehungs- und Lehrmethode und das Ineinandergreifen des Unterrichts in den einzelnen Schulen der verschiedenen Schulsprengel zu fördern, aus dem Lehrpersonal jedes Schulbezirks unter dem Vorsitze eines vom Magistrate ernannten Lehrerobmanns ein Lehrerrat gebildet, der sich periodisch und sonst nach Bedürfnis zu versammeln, über die Schulangelegenheiten des Sprengels zu beraten und die Ergebnisse der Stadtschulbehörde zur Beschlußfassung zu unterbreiten hat. Diese Einrichtung hat sich vollständig bewährt und besteht heute noch. Der Umfang der Verpflichtungen und Rechte der Lehrerobmänner wurde durch eine Instruktion im Jahre 1890 neu geregelt. Am 1. Juli 1878 wurde ein Schulstatut, das die Rechte und Pflichten des Lehrpersonals im allgemeinen regelte, sowie überlebte Einrichtungen und Mißstände mancherlei Art (z. B. das Halten von „Nachschule", die Annahme von Geschenken usw.) im Interesse der Schule und der Lehrer beseitigte und die freien Dienstwohnungen in den Schulhäusern aufhob, durch den Stadtmagistrat erlassen.

Mit dem Wachstum der Zahl der Schulklassen war es dem geistlichen Referenten der Stadtschulkommission, der seine schulaufsichtliche Funktion im Nebenamte versah, nicht mehr ermöglicht, dem Gesamtschulkörper das erforderliche Maß von Aufmerksamkeit zuzuwenden. Überdies machte sich das Bedürfnis nach einer einheitlichen technischen Leitung des gesamten städtischen Schulwesens mehr und mehr geltend. Die städtischen Kollegien trugen daher der Forderung der Zeit gebührend Rechnung: mit Zustimmung der k. Stadtschulkommission wurde gemäß dem Beschlusse vom 6. Oktober 1892 zum Zwecke der einheitlichen, fachmännisch-technischen Leitung des städtischen Volksschulwesens ein Stadtschulrat aufgestellt. Derselbe ist Mitglied des Stadtmagistrats mit voller Stimmberechtigung in Gegenständen seines Wirkungskreises, Referent der k. Stadtschulkommission und Prüfungskommissär der Schulen.

Wir müssen es uns in Rücksicht auf den verfügbaren Raum versagen, alle anderen bemerkenswerten Veränderungen und Einrichtungen auf schulischem Gebiete anzuführen, doch soll nicht unerwähnt bleiben, daß 1887 die erste Schulbadeanstalt im Hauger Schulhause eingerichtet wurde, zu der bis zum heutigen Tage drei weitere hinzugekommen sind, ferner daß seit 1898 der Lehrerschaft ermöglicht ist, jährlich eine

größere Anzahl von Unterrichtsgängen mit den Schulkindern während der Schulzeit und an beliebigen Tagen in Gottes freie Natur zu machen sowie daß seit 1899 die Zähne der Schulkinder regelmäßig ärztlich untersucht und bei gegebener Veranlassung — unentgeltlich — ärztlich behandelt werden. Zu gedenken wäre insbesondere noch der Errichtung einer für die breiten Schichten der hiesigen Bevölkerung überaus wichtigen und segensreich wirkenden weiblichen Unterrichtsanstalt, nämlich der erweiterten Fortbildungsschule für Mädchen. Über diese 1897 eröffnete Schule haben wir uns im X. Verwaltungsbericht ausführlich verbreitet.

Die Errichtung von Hilfsschulen, der 8. Werktagsschulklasse und des Instituts der Schulärzte sowie die Einführung von Jugendspielen sind ins Auge gefaßt bezw. in Angriff genommen.

Zur Beschaffung von zweckentsprechenden, an Raum, Luft und Licht reichen Schullokalen hat die Stadtgemeinde kein Opfer gescheut. Sie hat seit 1870 mehr als 2½ Mill. Mark für Schulhausneubauten und Adaptierung von Gebäuden zu Schulzwecken ausgegeben; nicht eingerechnet in diesen Betrag sind die Ausgaben, welche durch Vornahme von Verbesserungen aller Art (Einrichtung der Gasglühlichtbeleuchtung in einer größeren Anzahl von Schulsälen, Ersatz alter Schulbänke und -Tafeln durch neue besseren Systems usw.), erwuchsen. Die Schulen sind mit Lehr- und Lernmitteln aufs reichhaltigste und beste ausgestattet. In jedem der 7 Schulbezirke ist eine Bezirksschulbibliothek für die Lehrerschaft und eine Lesebibliothek für die Kinder vorhanden; außerdem besteht noch für das ganze Stadtgebiet die „allgemeine städtische Schulbibliothek". Im Zentralschulhause ist für die Lehrerschaft ein von der Stadtgemeinde unterhaltenes Lesezimmer bereitgestellt. Für Zwecke der Unterrichtssammlungen und Schulbibliotheken werden durchschnittlich jährlich 6000 ℳ ausgegeben.

Kinder, deren Eltern arm sind, erhalten die Schulbücher und die übrigen Lernmittel unentgeltlich von der Stadt verabfolgt. Wenn ein Schulkind mit seinen Schulbüchern sorgfältig umgeht und sie sohin nicht frühzeitig abnützt, erwachsen für die Beschaffung der Lernmittel und der sonstigen Schulbedürfnisse (Fibel, Lesebücher, Katechismen, biblischen Geschichten, Gesangbuch, Liederbüchlein, Rechenaufgabenhefte, Realienbüchlein, Atlanten, Schiefertafeln, Griffel, Schreibhefte, Federn, Federhalter, Bleistifte, Zeichenpapier, Radiergummi, Notenbüchlein, Griffel- und Federkasten sowie Büchertasche) während der siebenjährigen Schulpflicht in der hiesigen Stadtschule durchschnittlich

a) für einen Knaben 23,60 ℳ, sohin durchschnittlich für ein Jahr 3,37 ℳ,

b) für ein Mädchen, das für die Beschaffung des Materials zu den weiblichen Handarbeiten (Strickwolle, Häkelgarn, Strick- und Häkelnadeln, Stramintuch mit Nadel und Garn, Fingerhut, Stopftuch, Hemdenstoff u. s. f.) größere Ausgaben als ein Knabe hat, insgesamt 30,30 ℳ, demnach durchschnittlich für ein Jahr 4,31 ℳ Kosten.

Was die Stadtverwaltung seit dem Jahre 1870 für die materielle Besserstellung der Lehrerschaft getan hat, möge aus Nachstehendem entnommen werden.

Nach dem Gehaltsregulativ vom Jahre 1870 bezog, wie schon erwähnt, ein definitiver Lehrer 550—800 Gulden Gehalt und freie Dienstwohnung bezw. 100 Gulden Wohnungsgeld, eine definitive Lehrerin erhielt 400—550 Gulden Gehalt und freie Dienstwohnung bezw. 70 Gulden Wohnungsgeld.

1872 wurde dem Lehrpersonal eine Teuerungszulage im Betrage eines Monatsgehalts gewährt (in demselben Jahre bewilligte der bayr. Landtag allen Lehrern eine staatliche Dienstalterszulage, die zur Zeit 90—990 ℳ beträgt).

Mit dem 1. Januar 1874 trat ein neues städtisches Gehaltsregulativ in Kraft, nach welchem die Gehaltsbezüge in folgender Weise festgesetzt wurden:

a) für definitive Lehrer jährlich 750 Gulden Anfangs-, 1000 Gulden Maximalgehalt,

b) für definitive Lehrerinnen jährlich 520 Gulden Anfangs-, 670 Gulden Maximalgehalt.

4½ Jahre darauf fand durch das Schulstatut vom 1. Juli 1878 wiederum eine Gehaltsregulierung statt. Danach bezogen die wirklichen Lehrer jährlich 1440—2160 ℳ, die wirklichen Lehrerinnen jährlich 1140—1500 ℳ Gehalt und die staatliche Dienstalterszulage.

Vom 1. Januar 1887 ab wurden den Lehrern und Lehrerinnen, welche mindestens 7 Jahre lang an der städtischen Schule tätig waren, Wohnungsgeldzuschüsse im Betrage von 10% ihres Gehaltsbezugs bewilligt.

Vom 1. Januar 1894 ab wurden die Gehaltsbezüge der Lehrer jährlich um 120 ℳ und die der Lehrerinnen um 60 ℳ aufgebeſſert und der Wohnungsgeldzuſchuß für Lehrer auf 180 bezw. 240 ℳ und für Lehrerinnen auf 132 bezw. 180 ℳ erhöht.

Mit der Wirkung vom 1. Januar 1901 ab erfolgte abermals eine Neuregelung der Gehaltsbezüge; ſie brachte der Lehrerſchaft den doppelten Vorteil, daß die Vorrückungsperioden um 1 Jahr (von 5 auf 4) abgekürzt und die Bezüge der Volksſchullehrer jährlich um 240 ℳ, die der Volksſchullehrerinnen und Schulverweſer jährlich um 120 ℳ und diejenigen der Schulverweſerinnen jährlich um 72 ℳ erhöht wurden. (Ausführlicheres findet ſich im XI. Verwaltungsberichte Seite 43 und 44).

Auf Grund des Gehaltsregulativs vom Jahre 1901 bezieht z. B. ein hieſiger Volksſchullehrer an Gehalt einſchließlich des Wohnungsgeldes und der bauſchalierten ſtaatlichen, nunmehr aus der ſtädtiſchen Lokalſchulkaſſe zu zahlenden Dienſtalterszulage:

im 1. Dienſtjahre 2070 ℳ, im 5. Dienſtjahre 2400 ℳ,
im 10. Dienſtjahre 2880 ℳ, im 15. Dienſtjahre 3210 ℳ,
im 20. Dienſtjahre 3540 ℳ, im 25. Dienſtjahre 3750 ℳ,
im 30. Dienſtjahre 3960 ℳ, im 35. Dienſtjahre 4170 ℳ,
im 40. Dienſtjahre 4380 ℳ, im 45. Dienſtjahre 4590 ℳ und
im 50. Dienſtjahre 4800 ℳ.

Die Lehrer und Lehrerinnen der drei oberen Klaſſen erhalten außerdem noch ein jährliches Korrekturgeld im Betrage von 120 bezw. 72 Mark. Den Lehrern, welche Unterricht an der Fortbildungsſchule erteilen, wird eine Vergütung von 240 ℳ gewährt. Sämtliche Lehrer und Lehrerinnen erhalten für die Beſchaffung von Kreide, Schwamm und Tinte eine Averſalentſchädigung von jährlich 16 ℳ.

Weitgehende materielle Fürſorge zeigte die Stadtverwaltung auch für die wegen hohen Alters oder Gebrechlichkeit in den Ruheſtand verſetzten Volksſchullehrer und Volksſchullehrerinnen ſowie für die Hinterbliebenen der Volksſchullehrer.

Bereits durch das Penſionsregulativ vom 27. Januar 1874 und das Schulſtatut vom 1. Juli 1878 erfuhren die Penſionsverhältniſſe der Lehrer und Lehrerinnen im Falle deren Quieszenz eine wohlwollende Regelung. Am 1. Januar 1890 trat die „Städtiſche Lehrerpenſionskaſſe“ für Volksſchullehrer, -Lehrerinnen und die Hinterbliebenen der Volksſchullehrer als Gemeindeanſtalt ins Leben, die

den Mitgliedern gegenüber der Gemeinde rechtlichen Anspruch auf Pension sichert und den Genannten neben den aus Staats- oder Kreiskassen oder -Anstalten zufließenden Pensionen angemessene gemeindliche Pensionen gewährt.

Bei Berechnung sowohl der Leistungen der Kasse an ihre Mitglieder (Pensionen) als auch der Leistungen der Mitglieder an die Kasse (Beiträge) werden bei Volksschullehrern 75 %, bei Volksschullehrerinnen 60 % des gemeindlichen Gehaltsbezugs (mit Ausschluß des Wohnungsgeldes und besonderer Funktionsbezüge) zur Grundlage genommen. Die gemeindlichen Pensionen der in den Ruhestand versetzten Lehrer und Lehrerinnen betragen pro Jahr:

a) im ersten Jahrzehnt des Dienstes $^7/_{10}$,
b) „ zweiten „ „ „ $^8/_{10}$,
c) „ dritten „ „ „ $^9/_{10}$

des nach Maßgabe des Vorstehenden zu berechnenden Aktivitätsgehalts. Tritt die Quieszierung mit dem vollendeten 70. Lebensjahre ein, werden bei Lehrern volle 75 %, bei Lehrerinnen volle 60 % des gemeindlichen Aktivitätsgehaltes als Pension gewährt.

Außer dieser gemeindlichen Pension bezieht ein Volksschullehrer noch die Kreispension, die je nach dem Dienstalter zur Zeit jährlich 900—1400 ℳ und ein Dritteil der bauschalierten staatlichen Dienstalterszulagen (90 — 990 ℳ) beträgt. Volksschullehrerinnen erhalten 700—900 ℳ aus der Kreispensionsanstalt sowie ebenfalls ein Dritteil der bauschalierten staatlichen Dienstalterszulagen.

Eine Lehrerswitwe erhält den 5. Teil des Aktivitäts- oder Ruhegehaltes, den ihr Gatte bei seinem Ableben genossen hat, als gemeindliche Jahrespension. Die einfachen Waisen der Volksschullehrer erhalten $^2/_{10}$, die Doppelwaisen $^3/_{10}$ der gemeindlichen Witwenpension als jährlichen Unterhalts- oder Erziehungsbeitrag und zwar bis zum Eintritt in das 21. Lebensjahr.

Die Jahresbeiträge der Lehrer und Lehrerinnen an die Städtische Lehrerpensionskasse bewegen sich je nach dem Lebensalter zwischen 2 % und 4 % des gemeindlichen Gehaltsbezugs.

Über das Wachstum der Werktags-Schulbevölkerung und der Ausgaben für das städtische Volksschulwesen gibt nachstehende Tabelle Aufschluß.

Jahr	Einwohnerzahl der Stadt	Zahl der Schulklassen	Zahl der Kinder	Katholiken	Protestanten	Israeliten	Durchschnittszahl d. Schüler einer Klasse	Ausgaben für das Schulwesen ℳ	Bemerkungen
1870	ca. 39 200	38	2366	2004	362	?	61	46 610	Die Kosten für Schulhaus- und Erweiterungsbauten und der Zinsanschlag des für Schulhausbauten gemachten finanziellen Aufwands sind bei den neben bezeichneten Ausgaben nicht miteingerechnet worden.
1875	44 975	54	3247	2668	579	?	60	75 621	
1880	51 014	68	4187	3461	726	?	62	118 175	
1885	55 010	83	5432	4520	912	?	65	155 846	
1890	61 032	97	5537	4586	951	?	57	206 792	
1895	68 747	103	5760	4780	980	?	55	257 943	
1900	75 497	138	7124	5862	1212	50	51	346 768	
1901	ca. 76 600	143	7409	6056	1298	55	52	398 363	
1902	ca. 77 700	152	7644	6261	1338	45	50	406 573	

Im Jahre 1902 betrug die Zahl der katholischen Werktags-Schulklassen 124, die der protestantischen 28. Seit dem Jahre 1870 hat sich die Einwohnerzahl der Stadt verdoppelt, die Zahl der Werktags-Schulklassen vervierfacht, die Zahl der Kinder etwas mehr als verdreifacht und die Ausgaben haben sich nahezu verneunfacht.

17. Im Nachgange geben wir eine Übersicht der außer den städtischen Volksschulen in der Universitätsstadt Würzburg bestehenden Unterrichts- und Erziehungsanstalten mit Angabe der Zahl der Schüler und Schülerinnen.

Staatliche und private Unterrichts- und Erziehungsanstalten in der Stadt Würzburg im Schuljahr 1902/03.

I. Unterrichtsanstalten.

Name der Anstalt	Stufen	Klassen	Lehrkräfte: vollbeschäftigte	Lehrkräfte: nicht vollbeschäftigte	Zahl der Schüler	Katholiken	Protestanten	Israeliten	sonst. Konfession	Bemerkungen
a) Schulen mit Volksschulcharakter.										
Übungsschule des k. Schullehrerseminars	7	2	2	4	75	75	—	—	—	
Israel. Unterrichts- und Erziehungsanstalt	7	6	5	2	120	—	—	120	—	
Schule des k. Waisenhauses										* 20 andere Zöglinge besuchen die Seminarübungsschule.
a) Werktagsschule	7	1	1	1	37*	37	—	—	—	
b) Feiertagsschule	3	1		1	10	10	—	—	—	
Schule des Vincentinums (Rettungsanstalt)	7	1	1	1	81**	81	—	—	—	** 25 andere Zöglinge besuchen d. Gymnasium.
Schule des Elisabethenvereins (Rettungsanstalt)										
a) Werktagsschule	7	1	1	3	47	47	—	—	—	
b) Feiertagsschule	3	1			11	11	—	—	—	
Schule der Marienanstalt (Rettungsanstalt)										
a) Werktagsschule	7	1	1	2	61	61	—	—	—	
b) Feiertagsschule	3	1			55	55	—	—	—	
Besserungsanstalt Oberzell-Würzburg	3	1	1	6	35	35	—	—	—	
K. Kreistaubstummen-Institut	7	7	9	3	99	73	24	2	—	
K. Kreisblindeninstitut	7	1	1	4	42	40	2	—	—	
Dr. med. Stadelmanns Schule für nervenkranke Kinder	—	1	1	1	15	?	?	?	?	
b) Höhere allgemeine Bildungsanstalten für das männliche Geschlecht.										
K. Altes Gymnasium	9	14	22	9	548	418	99	31	—	
K. Neues Gymnasium	9	18	28	10	669	552	74	43	—	

Name der Anstalt	Stufen	Klassen	Lehrkräfte: vollbeschäftigte	Lehrkräfte: nicht vollbeschäftigte	Zahl der Schüler	Katholiken	Protestanten	Israeliten	sonst. Konfession	Bemerkungen
K. Realgymnasium	9*	6	13	5	126	71	37	18	—	* Die drei unteren Klassen fehlen
K. Kreisrealschule	6	13	21	6	490	346	92	52	—	
K. Baugewerkschule	4	4	8	6	122	106	16	—	—	
K. höhere Fachschule für Maschinenbau und Elektrotechnik	3	5	6	10	88	61	27	—	—	
Private Handelsschule von W. Adam	8	7	4	16	222	176	40	6	—	
K. Schullehrerseminar	2	2	10	5	73	71	—	2	—	
Israelitisches Lehrerseminar	3	3	4	11	28	—	—	28	—	
K. Musikschule (Konservatorium)	—	30	18	1	218**	134	62	19	3	** Außerdem noch 703 Hospitanten der Universität u. s. w.
c) Höhere allgemeine Bildungsanstalten für das weibliche Geschlecht.										
Höhere Töchterschule der Ursulinen	10	10	20	2	440	440	—	—	—	
„ „ der Englischen Fräulein	10	8	12	2	239	231	—	8	—	
„ „ von Georg Beyl	12	10	9	21	187	92	40	55	—	
Sophienschule von W. Wolffhardt	10	10	5	16	138	16	92	22	1	
Städt. erweiterte Fortbildungsschule für Mädchen	3	6	2	4	192	149	34	8	1	
d) Gewerbliche und andere Fachschulen.										
Chemische Fachabteilung der k. Kreisrealschule	2	1	—	2	23	18	5	—	—	
Höhere Zeichen- und Modellierschule des polytechnischen Zentralvereins	—	2	1	2	217	181	34	2	—	
Fachschule für Bader, Friseure u. s. w.	—	1	—	2	40	33	7	—	—	
„ „ Maler, Lackierer u. s. w.	—	1	—	3	42	36	8	—	—	

Name der Anstalt	Stufen	Klassen	Lehrkräfte		Zahl der Schüler	Katholiken	Protestanten	Israeliten	sonst. Konfession	Bemerkungen
			vollbeschäftigte	nicht vollbeschäftigte						
Fachschule für Wagenbauer	—	1	—	2	18	15	3	—	—	
„ „ Schuhmacherlehrlinge	—	1	—	3	26	20	6	—	—	
„ „ Konditoren	—	1	—	3	47	39	8	—	—	
„ „ Bäckerlehrlinge und -Gehilfen	—	1	—	1	23	16	5	2	—	
Vorbereitungsanstalt für das Einjährig-Freiwilligen-Examen	—	1	—	6	30	24	4	2	—	
Lehranstalt zur praktischen Ausbildung in den kaufmännischen Fächern	—	1	1	1	49	27	15	7	—	
Handelswissenschaftliche Kurse	2	4	—	2	57	?	?	?	—	
K. Landwirtschaftliche Winterschule	3	4	6	10	150	103	46	—	1	
K. Hufbeschlaglehranstalt	—	1	1	1	76	44	32	—	—	
Kochschule des Vereins „Frauenheil"	—	5	1	—	86	74	12	—	—	
Haushaltungsschule Oberzell-Würzburg	—	1	—	7	20	20	—	—	—	
Fachschule zur Heranbildung von Kinderpflegerinnen	—	1	1	—	9	9	—	—	—	
K. Hebammenschule	—	1	—	3	42	30	12	—	—	
c) Schulen zur Ausbildung in den weiblichen Handarbeiten.										
Frauenindustrieschule von Fanny Denner	—	1	3	—	46	35	6	3	—	
Handarbeitsschule der Töchter vom hl. Erlöser in der Sanderau	—	1	2	—	36	26	10	—	—	
„ der Marienanstalt	—	2	2	—	52	52	—	—	—	
„ des Elisabethenvereins	—	1	1	—	53	35	13	5	—	
„ im Stadtteil Grombühl	—	1	1	—	25	20	5	—	—	

II. Erziehungsanstalten und Internate, soweit mit denselben eine Schule nicht verbunden ist.

Name der Anstalt	Zahl des Aufsichtspersonals	Zahl der Zöglinge	Katholiken	Protestanten	Israeliten	Sonstige Konfession	Bemerkungen
a) Kleinkinderbewahranstalten und Kindergärten.							
Kinderbewahranstalt des Frauenvereins in der Bibrastraße . .	4	160	160	—	—	—	
„ des Elisabethenvereins	2	80	55	20	5	—	
„ mit Fröbel'schem Kindergarten im Mainviertel (von M. Molitor)	4	185	180	5	—	—	
Kindergarten der Marienanstalt	1	50	50	—	—	—	
Kinderbewahranstalt des Elisabethenvereins im Stadtteil Grombühl	4	250	250	—	—	—	
Evangelische Kinderbewahranstalt im Stadtteil Grombühl . .	1	84	—	83	1	—	
„ „ in der Neubaustraße	1	45	—	45	—	—	
Dr. Onymus'sche Kinderpflege	1	8	8	—	—	—	
b) Internate.							
K. Adeliges Julianum	3*	29	29	—	—	—	* 9 Fachlehrer erteilen Unterricht in verschiedenen Fächern.
Bischöfl. Klerikalseminar	3	62	62	—	—	—	
„ Knabenseminar Chilianeum	4	125	125	—	—	—	
Evangelische Kinderpflege (Rettungsanstalt ohne Schule) . . .	2	27	—	27	—	—	
Kathol. Lehrlingsheim	5	27	27	—	—	—	
c) Hortanstalten.							
Knabenhort I	2	50	87	11	—	2	
Knabenhort II	2	50					
Mädchenhort	2	51	46	5	—	—	

§ 12.

Stadttheater, städtische Sammlungen und Bibliotheken.

Stadttheater.

Der mit Direktor Heinrich Adolphi im Jahre 1899 auf 3 Jahre abgeschlossene Vertrag wurde nach seinem Ablauf von der Saison 1902/03 ab auf weitere 6 Jahre verlängert unter gleichzeitiger Erhöhung der gemeindlichen Subvention von 3600 ℳ auf 6000 ℳ.

Die Bestreitung des Aufwandes für die Beleuchtung des Stadttheaters wurde im Berichtsjahre neu geregelt, und zwar in der Weise, daß von nun an die Stadtgemeinde dem jeweiligen Theaterdirektor ein Maximalquantum elektrischer Energie von 115 000 Hektowattstunden Lichtstrom und 4600 Hektowattstunden Kraftstrom unentgeltlich zur Verfügung stellt, während ein etwaiger Mehrbedarf von dem Direktor nach dem tarifmäßigen Preis zu bezahlen ist.

Der Gesamtaufwand der Stadtgemeinde für Zwecke des Stadttheaters betrug 19 028 ℳ 68 ₰, nämlich

ℳ	3 600,—	bare Subvention für den Theaterdirektor[1]),
„	900,—	Anschlag der Wohnung für den Theaterdirektor,
„	6 503,70	Kosten der elektrischen Beleuchtung,
„	1 454,76	„ „ Sicherheitsbeleuchtung,
„	2 239,20	„ „ Beheizung,
„	2 252,85	„ „ Unterhaltung der Bühne, Anschaffung und Unterhaltung der Dekorationen usw., inkl. ℳ 392,90 für Mobiliarfeuerversicherung,
„	2 078,17	„ für Unterhaltung des Theatergebäudes
ℳ	19 028,68.	

Größere Neuanschaffungen wurden im Berichtsjahr nicht gemacht.

[1]) Die erhöhte Subvention zu 6000 ℳ kommt erstmals 1903 zur Verrechnung.

Bezüglich der Bedienung und Überwachung der elektrischen Beleuchtungseinrichtung wurde der mit dem Privatinstallateur Martin Hartlieb jun. im Vorjahre abgeschlossene Vertrag für die Saison 1902/03 zu den gleichen Bedingungen erneuert.

Städtische Kunst- und Münzensammlung.

Der im letzten Verwaltungsbericht ausgesprochene Wunsch, es möchten doch den für Zwecke der Kunstsammlung immer beschränkten Mitteln der Stadtgemeinde großmütige Spender zu Hilfe kommen, hat sich im Berichtsjahre in hocherfreulicher Weise erfüllt. Herr Pfarrer Dr. B. Pedraglia hat seiner Vaterstadt Würzburg eine wertvolle Sammlung moderner und antiquierter Gewehre der verschiedensten Systeme, eine große Kollektion früher gebräuchlicher Seitengewehre und militärischer Kopfbedeckungen geschenkt. Diese Sammlung umfaßt 1305 Nummern. Dem großmütigen Spender, der sich durch seine Schenkung ein dauerndes Denkmal in unseren städtischen Sammlungen gestiftet hat, sei auch an dieser Stelle der wärmste Dank der Stadtverwaltung ausgesprochen für die reiche Schenkung sowohl als auch für das hochherzige Beispiel, welches er den Söhnen unserer Stadt gegeben hat; möchte es zahlreiche Nachahmer finden.

Im übrigen wurde durch Ankäufe im Rahmen der etatsmäßigen Mittel auf Mehrung der Sammlungen Bedacht genommen; es wurden 27 Nummern mit einem Aufwand vom 1248 ℳ angekauft, darunter ein Huldigungsgoldgulden des Julius Echter aus dem Jahre 1583 und verschiedene Gefäße und sonstige Gerätschaften aus dem Nachlaß des Ökonomierates Streit in Bad-Kissingen.

Infolge der im Zusammenwirken mit dem Kunst- und Altertumsverein betätigten Neuaufstellung der Sammlungen wurden dieselben erst am 6. Juli eröffnet und blieben dem Publikum zugänglich bis zum 2. November. Während dieser Zeit wurden die Sammlungen von 3272 Personen besichtigt gegen 3180 im Vorjahre.

Amtsbibliothek.

Für die städtische Amtsbibliothek wurden im Berichtsjahre 1599,60 ℳ verausgabt. An größeren Werken wurden angeschafft:

Haas, Kommentar zum Gewerbegerichtsgesetz,
W. Rein, Enzyklopädisches Handbuch der Pädagogik,
Dr. Eugen Jäger, Die Wohnungsfrage,

Gerhardt, Die Therapie der Infektionskrankheiten,
Nußbaum, Leitfaden der Hygiene für Techniker und Verwaltungsbeamte,
Dr. Jastrow, Sozialpolitik und Verwaltungswissenschaft,
Weicht, Bau von Straßen und Straßenbahnen.

Außerdem gelangte hauptsächlich infolge Änderung der bestehenden Gesetze eine größere Anzahl von kleineren Werken zur Anschaffung, so daß am Schlusse des Berichtsjahres abgesehen von den Gesetz-, Verordnungs- und Amtsblättern, den Reichstags- und Landtags-Verhandlungen die Amtsbibliothek enthielt:

185 Werke für Jurisprudenz,
49 „ „ Staatsrecht und Staatsverfassung,
57 „ „ Finanzverwaltung und Staatswirtschaft,
137 „ „ Gemeinde- und Stiftungsverwaltung,
64 „ „ Polizeiwesen,
169 „ „ Gewerbewesen und Landwirtschaft,
48 „ „ Militärverwaltung,
81 „ „ Kultus- und Unterrichtswesen,
133 „ „ Statistik und Geographie,
188 „ „ Armenwesen, Wohltätigkeit und Sozialgesetzgebung,
268 „ „ Bauwesen,
21 „ „ Feuerlöschwesen,

sohin gegen Ende 1901 eine Mehrung von 62 Werken.

Leider mußte auch in diesem Jahre die dringend notwendige Anlage eines neuen Kataloges sowie die Bereitstellung eines Bibliothekzimmers unterbleiben, da die erforderlichen Kräfte und Räume fehlten.

Stadtbibliothek.

(Gründer: Universitätsprofessor Dr. theol. Schwab.)

Im Laufe des Berichtsjahres ist eine Änderung bezüglich der Benützung der Stadtbibliothek insoferne eingetreten, als diese nicht nur jeden Mittwoch und Samstag, vorm. zwischen 11 und 12 Uhr, sondern auch jeden Montag nachm. zwischen 4 und 5 Uhr zur unentgeltlichen Benützung für alle hiesigen selbständigen Einwohner geöffnet wurde.

An neu angeschafften Werken sind besonders zu erwähnen:

Sticker, Gesundheit und Erziehung,
Schwartze, Licht und Kraft. Die Elektrizität und ihre Anwendung im täglichen Leben,
Du Moulin, Luitpold von Bayern,

Geiler, Die ersten Luitpolde in Bayern,
Silbernagel, Die kirchenpolitischen und religiösen Zustände im 19. Jahrhundert,
Unser Kaiser, 10 Jahre der Regierung Wilhelms II.,
Krämer, Das 19. Jahrhundert,
Ratzel, Die Erde und das Leben,
Sammlung illustrierter Monographien von H. v. Zobeltitz,
Weltgeschichte in Karakterbildern, herausgegeben von Kampers, Merkle und Spahn,
Keudell, Fürst und Fürstin Bismarck,
Schmid, Das Königreich Bayern,
Janssen, Zeit- und Lebensbilder,
Gervinus, Geschichte des 19. Jahrhunderts,
Grimm, Leben Michelangelos,
Kobell, Unter den vier ersten Königen Bayerns,
Scheibert, Krieg in China,
„ Der Freiheitskampf der Buren,
Modern, Tiepolo,
Paulsen, Die deutschen Universitäten und das Universitätsstudium.

Die Zahl der vorhandenen Werke betrug am Schlusse des Berichtjahres 3827.

Ausgeliehen wurden 857 Werke.

Schenkungen wurden der Bibliothek überwiesen von einem ungenannten Spender, eine Reihe wertvoller Werke aus verschiedenen Fächern (namentlich aus der deutschen Literatur), von Herrn k. Hofrat Michel, I. r. Bürgermeister hier, Herrn Magistratsrat Langlotz, Herrn Kaufmann Karl Roeder, dem k. Oberpflegamt des Julius-Spitals, der k. Musikschule, vom Magistrate der Stadt Erfurt.

Allen Schenkern sei hiemit der verbindlichste Dank wiederholt zum Ausdruck gebracht.

Außerdem sind aus dem Nachlasse des verstorbenen Bürgerspitalpfründners Dominikus Stöttner 119 Werke (meist theologischen Inhaltes) angefallen.

Die Unterbringung von weiteren Werken in den hiefür bestimmten Räumen und Schränken macht große Schwierigkeit, da diese unzulänglich sind. Es muß deshalb die Schaffung neuer Räume und Schränke für die Stadtbibliothek ins Auge gefaßt werden.

§ 13.

Hinterlegungsamt, Magiſtratsregiſtratur, Stadt-Archiv.

Hinterlegungsamt.

Auch im Jahre 1902 iſt eine Steigerung der Wertbeſtände des ſtädtiſchen Hinterlegungsamtes eingetreten, wie ſich aus folgenden Abſchlußziffern ergibt:

Beſtand Ende 1901: 13 978 412 ℳ 17 ₰
Beſtand Ende 1902: 14 314 485 ℳ 33 ₰

Die Mehrung pro 1902 beträgt ſonach 336 073 ℳ 16 ₰.

Als Hinterlegungsbeamte fungierten Rechtsrat Scheuring und Magiſtratsrat Steinam, als Aktuar Magiſtratsſekretär Henn.

Magiſtratsregiſtratur und Stadt-Archiv.

Die in den früheren Verwaltungsberichten dargelegten Organiſationsverhältniſſe der Regiſtratur und des Stadt-Archivs ſind auch im Berichtsjahre die gleichen geblieben.

Die Zahl der Einläufe betrug:

Haupt-Journal	42 686
Requiſitions-Journal . . .	13 087
Militär-Journal	5 285
Schul-Journal	1 617
Spezial-Verzeichniſſe . . .	456
(Pflegekinderannahmen, Polizeiſtunden und Tanzmuſiken.)	
	63 131 (1901: 60 190).

Der seit Oktober 1881 im städt. Dienst stehende Registrator S. Wittmann wurde infolge Erkrankung auf Ansuchen nach Beschlüssen beider städt. Kollegien unter Anerkennung seiner langjährigen eifrigen und ersprießlichen Dienstleistungen ab 1. Januar 1903 in den dauernden Ruhestand versetzt.

Die Ordnung des Stadt-Archivs ist im Berichtsjahre weiter vorwärts geschritten. Nachdem die sämtlichen Urkunden und Akten, im ganzen über 4150 Nummern, unter der verdienstvollen Leitung des Herrn k. Kreis-Archivars und Reichsarchivrats Göbl Stück für Stück auf einzelnen Blättern neuregistriert worden, hat Herr Reichsarchivrat selbst diese Blätter nach einem von ihm entworfenen Plane systematisch geordnet und so zunächst ein Zettelrepertorium hergestellt, das die Benützung des Archivs jederzeit ermöglicht. Mit der Umschreibung des Zettelrepertoriums in einen festen Band und mit der Anlegung der erforderlichen Orts-, Personen- und Sachregister soll im nächsten Jahre die Neuordnung des Archivs abgeschlossen werden.

§ 14.

Elektrizitätswerk.

Im verflossenen 4. Geschäftsjahre des städtischen Elektrizitätswerkes hat sich trotz der allgemeinen Geschäftsstille die Zahl der angeschlossenen Lampen und Elektromotoren, wenn auch nur mäßig, so doch stetig erhöht.

Die gesamte Entwicklung des Werkes ist aus der folgenden Tabelle ersichtlich:

Stand am Ende des Jahres:	1901		1902	
Hausanschlüsse		178		199
Stromabnehmer		236		271
Elektrizitätszähler		269		311
Installationswert der Anschlüsse in Hektowatt				
1. Beleuchtungsanlagen:				
a) Glühlampen	3339		3566	
b) Bogenlampen	1561		1646	
Zusammen		4900		5212
2. Kraftanlagen:				
a) Motore	1340		1458	
b) Apparate	242		273	
Zusammen		1582		1731
Hauptsumme		6482		6943
Äquivalent in Glühlampen à 50 Watt = oder 16 Normalkerzen		12965		13886

Dabei waren 1902: 7132 Glühlampen verschiedener Kerzenstärke, 430 Stück Privat- und 26 öffentliche Bogenlampen der städtischen Straßenbeleuchtung, zusammen 456 Bogenlampen, 95 Motore mit 162 Pferdestärken und ca. 20 verschiedene Apparate vorhanden gegen 6839 Glühlampen, 416 Bogenlampen, 85 Motore mit 148,8 Pferdestärken und 12 Apparate im Vorjahre.

Während der Anschlußwert der elektrischen Straßenbahnen mit 1155 Kilowatt oder mit 54 Motoren bezw. 1259 Pferdestärken gegen das Vorjahr keine nennenswerte Änderung aufweist, hat sich der obige Installationswert der Licht- und Kraftanlagen im Laufe des Jahres 1902 um mehr als 7% erhöht.

Bei dieser Erhöhung des Installationswertes der angeschlossenen Anlagen ist noch besonders hervorzuheben, daß dieselbe zum größten Teil den ausgeführten Kabelnetzerweiterungen zu verdanken ist.

Die Netzerweiterungen haben lediglich in einer Ausdehnung des Verteilungsnetzes bestanden.

Es sind pro 1902 im ganzen Verteilungsleitungen von 1,17 km Tracenlänge verlegt worden und zwar:

1.	Für das medizinische Kollegienhaus . .	145,—	lfdm.
2.	Für die Frauenklinik	196,—	„
3.	In der Spiegelgasse	90,—	„
4.	„ „ Wallgasse	33,40	„
5.	„ „ Kapuzinergasse	177,—	„
6.	Für das physik. und physiolog. Institut	130,—	„
7.	In der Hofstraße	79,90	„
8.	„ „ Münzgasse	148,80	„
9.	„ „ Wohlfahrtgasse	140,60	„
10.	Auf der Juliuspromenade	32,—	„
	In Summa wie vor:	1172,70	lfdm.

Das Licht- und Straßenbahnkabelnetz mit Speise- und Verteilungsleitungen — einschl. der Hausanschlüsse — weist Ende 1902 eine Gesamtlänge von 88,06 km bei 85,70 Tonnen Kupfergewicht auf (1901: 85,45 km, 82,18 Tonnen Kupfergewicht).

An elektrischem Strom sind von den Dynamo-Maschinen erzeugt worden:

Für Licht- und Kraftzwecke 389 040 kw.-Std. (gegen 323 057 im Vorjahre).
Für den Straßenbahnbetrieb 637 530 „ („ 679 570 „ „).
Von diesen sind nutzbar abgegeben worden:

Für Lichtbetrieb . .	207 975	„	(„ 160 053	„ „).
„ Kraftzwecke . . .	71 531	„	(„ 58 064	„ „).
„ Straßenbahnbetrieb	619 390	„	(„ 678 920	„ „).

in Summa: 898 896 kw.-Std. (gegen 897 037 im Vorjahre).

Die Summe aller Energieverluste betrug rund 12,5 %.

Die maximale momentane Beanspruchung hat bei dem Lichtwerke 260 kw. und bei dem Straßenbahnwerke 225 kw. betragen. Da aber bei voller Maschinen-Reserve die Leistungsfähigkeit bei dem ersteren 400 kw. und bei dem letzteren 420 kw. beträgt, so ist die Stromerzeugungsanlage voraussichtlich noch auf mehrere Jahre hinaus für den Betrieb ausreichend.

Das „pachtabgabepflichtige" Anlagekapital des städt. Elektrizitätswerkes, welches am 1. Januar 1902 — inkl. 60 000 ℳ für Grund und Boden — eine Höhe von	1 052 940,78 ℳ	aufwies,
hat sich infolge der vorgenannten Kabelnetzerweiterungen, Aufstellung von Wattstundenzählern u. a. m. im Laufe d. Js. gemehrt um	19 682,97 ℳ	und beträgt
mithin für alle Objekte, welche die Pächterin des Werkes — die Elektrizitäts-Akt.-Ges. vorm. Schuckert u. Cie. in Nürnberg — in Pacht hat, am Schlusse des Rechnungsjahres . .		1 072 623,75 ℳ
Bei Berücksichtigung der von der Stadtgemeinde für das Werk weiter aufgewendeten Beträge, nämlich:		
1. für die Bahnkabelanlage, welche von der Straßenbahn-Aktien-Ges. verzinst und amortisiert wird, im Werte von		53 467,20 ℳ
und 2. für die Straßenbeleuchtungsanlage, welche von der Stadtgemeinde unterhalten wird, im Werte von		19 367,30 ℳ
stellt sich der Gesamtwert aller Teile des städt. Elektrizitätswerkes am 31. Dezbr. 1902 auf		1 145 458,25 ℳ.

An Einnahmen sind im Laufe des Jahres 1902 insgesamt erzielt worden . . . . . 215 536,14 ℳ

Die Betriebsausgaben betrugen . . . . . 98 502,96 ℳ

Es verbleibt somit ein Bruttoüberschuß von . . 117 033,18 ℳ

welcher den vorjährigen von . . . . . 102 209,69 ℳ

um 14 823,49 ℳ übersteigt.

Von dem genannten Bruttoüberschuß von . . . 117 033,18 ℳ

erhält die Stadt:

1. für Verzinsung des Anlagekapitals (Pachtabgabe) 52 883,04 ℳ
2. die vertragliche Quote des Erneuerungsfonds 15 084,90 ℳ
3. die Hälfte des verbleibenden Reingewinns von 49 565,24 ℳ . . . . . 24 782,62 ℳ

in Summa: 92 250,56 ℳ

Für das pachtabgabepflichtige Anlagekapital von 1 072 623,75 ℳ ergibt sich somit eine Verzinsung von 52 383,04 + 24 782,62 ℳ = 77 165,66 ℳ oder von 7,2%.

In den vorgenannten Einnahmen steht wieder der aus der Stromabgabe für die Straßenbahn erzielte Betrag mit 100 945,76 ℳ an erster Stelle.

Da 619 390 kw.-St. elektr. Energie an die Straßenbahn-Akt.-Ges. abgegeben wurden, hatte dieselbe 16,298 ₰ pro kw.-St. zu zahlen.

Der Preistarif für Licht- (= 60 ₰) und Kraftstrom (= 25 ₰) pro kw.-Std. ist bei entsprechenden Rabatten derselbe wie früher geblieben.

Es ist anzunehmen, daß das Werk sowohl in bezug auf die Mehrung der Anschlüsse als auch in Hinsicht auf die Einnahmen sich in Kürze noch günstiger entwickeln wird.

§ 15.

Gaswerk.

Im Gaswerk wurden — abgesehen von der Vornahme sonstiger kleiner Veränderungen — zwei Neuner- und ein Siebener-Generatorofen mit neuem Retorteneinbau versehen. An den umgebauten zwei Generatoröfen wurde außerdem die gewölbte Unterkellerung neu hergestellt, wodurch sich der Ofenbetrieb wesentlich sicherer und reinlicher gestalten läßt. Die Kosten dieser Arbeiten zu 9603,23 ℳ wurden aus Etatsmitteln gedeckt.

Die Fabrikräume wurden mit Gasglühlicht beleuchtet, welches sich auch für diese Zwecke sehr gut bewährt hat.

Die zum bequemeren Transporte der Kohlen vom Eisenbahnwagen nach dem Retortenhause zur Ausführung vorgesehene Hängebahn kam nicht zur Ausführung, da neuerdings die Herstellung einer Kohlentransportanlage mit maschinellem Betriebe als zweckdienlicher erachtet wurde; die Ausführung dieser Anlage wurde jedoch auf das nächste Jahr verschoben.

I. Betriebsergebnisse im allgemeinen.

Der Rückschlag, der im Jahre 1901 auf die wirtschaftliche Hochkonjunktur der vorangegangenen Jahre folgte, machte sich im Gasumsatz kaum fühlbar.

Wenn trotzdem das finanzielle Ergebnis etwas geringer war, als nach dem Durchschnitt der früheren Jahre erwartet werden konnte, so ist dies hauptsächlich auf die niederen Kokspreise zurückzuführen, welche ihrerseits wiederum durch die allgemeine flaue Geschäftslage bedingt waren.

Es betrug z. B. im Jahre 1901 der Durchschnittspreis pro 1 Ztr. verkauften Koks 1,28 ℳ während sich derselbe im Jahre 1902 nur auf

1,05 ℳ stellte. Hieraus resultierte eine Einnahmedifferenz zu Ungunsten des Jahres 1902 von ca. 25 000 ℳ, während die Ausgaben für den Bezug von Gaskohlen nahezu gleich blieben.

Die Gesamtgaserzeugung betrug 3 472 890 cbm gegen 3 307 100 cbm des vorigen Jahres. Die Produktionszunahme beträgt mithin 165 790 cbm = 4,98 % der Produktion gegen 9,64 % im Vorjahre.

Die Gasabgabe verteilt sich wie folgt:

Privatbeleuchtung .	1 455 452	cbm	gegen	1 367 876	cbm	im Vorjahre,
Post und Bahn .	35 109	„	„	42 548	„	„ „
Koch- und Heizzwecke	942 131,50	„	„	788 790	„	„ „
Motore für gewerbliche Betriebe .	285 847	„	„	278 334	„	„ „
Motore für Lichterzeugung . . .	91 155	„	„	79 305	„	„ „
Beleuchtung städt. Gebäude . . .	116 399	„	„	116 792	„	„ „
Straßenbeleuchtung	363 446	„	„	358 067	„	„ „
Automatenverbrauch	31 624	„		9 083	„	„ „
Selbstverbrauch . .	55 980	„	„	54 850	„	„ „
Gasverlust . . .	95 746	„	„	112 041	„	„ „

Es weist hienach der Gaskonsum mit Ausnahme der Abgabe an die Post und Bahn eine erfreuliche Steigerung auf; der Grund dieser Zunahme liegt in der vermehrten Anzahl der Konsumenten und in der allgemeinen Steigerung des Verbrauchs, namentlich des Koch- und Heizgases.

Am Schluße des Jahres waren 89 Stück Automaten gegen 37 des vorigen Jahres aufgestellt; der durchschnittliche Jahresverbrauch eines Automaten betrug 355 cbm Gas.

Die stärkste Gasabgabe fand statt am 19. Dezember mit 17110 cbm (15 360 i. V.), die geringste am 30. Juni mit 4320 cbm (4250 i. V.). Das Verhältnis der täglichen Minimal- zur Maximalabgabe beträgt demnach 25,2 % (27,6 % i. V.).

Der Verkaufspreis des Leuchtgases betrug 20 ₰ pro cbm für Private sowie für die Post und Bahn; für die öffentliche Straßenbeleuchtung und für die städtischen Gebäude 11 ₰; für den Verbrauch zu Koch- und Heizzwecken 12 ₰; für den Verbrauch zum Betriebe von Motoren 12 ₰, wenn aber letztere für die Erzeugung elektrischen Lichtes dienten 13 ₰.

Das durch die Automaten gelieferte Gas wurde mit 16 ₰ pro cbm berechnet.

Die Leuchtkraft des Gases wurde täglich mit dem Normal-Photometer gemessen und betrug die Lichtstärke im Argandbrenner bei 150 Liter stündlichem Konsum durchschnittlich 15,8 Hefnerlichte, welcher Befund den gastechnischen Anforderungen entspricht.

Der Gasdruck im Stadtrohrnetze wurde periodisch durch Entnahme von Diagrammen mittelst eines automatischen Druckschreibers kontrolliert und vollständig genügend befunden.

II. Anschlüsse und Gasuhren.

Die Zahl der mit Gasleitung versehenen Gebäude betrug am Schlusse des Jahres 1655 gegen 1564 im Vorjahre.

Die Zahl der Gaskonsumenten erreichte durch den Hinzutritt von 497 neuen Abnehmern die Höhe von 3832 gegen 3335 des Vorjahres.

Am 31. Dezember 1902 standen 632 nasse und 5389 trockene Gasuhren im Betriebe.

Nach der Gasmesserflammenzahl waren am 31. Dezember 1902 eingerichtet 50 209 Privatflammen, und zwar dienten hievon zur Beleuchtung 28 790 und zu Koch- und Heizzwecken 21 419 Flammen.

Im Berichtsjahr waren 79 Motore mit zusammen 407 Pferdekräften — gegen 416 im Vorjahre — im Betriebe.

Zum Vergleiche vorstehender Angaben mit den Ergebnissen früherer Jahre diene folgende Tabelle:

Nach der Statistik betrug im Jahre	1898	1899	1900	1901	1902
Die Gasproduktion in Millionen cbm . .	2,673	2,783	3,016	3,307	3,472
Die Gasproduktionszunahme nach % . .	6,02	4,10	8,50	9,64	4,98
Die Menge des verkauften Gases in Millionen cbm	2,433	2,547	2,763	3,040	3,331
Die Zunahme des verkauften Gases nach %	6,29	4,44	7,84	10,06	9,18
Die Zahl der mit Gasleitung versehenen Gebäude	1290	1384	1487	1564	1655
Die Zahl der Gaskonsumenten	2186	2486	2981	3335	3832
Die Zahl der aufgestellten Gasmesser zus. .	3253	3806	4585	5224	6021
und zwar a) für Leuchtzwecke . . .	2317	2537	2805	3018	3296
b) für Koch- und Heizzwecke	935	1267	1780	2169	2636

Nach der Statiſtik betrug im Jahre	1898	1899	1900	1901	1902
Die Anzahl der Flammen nach der Flammenleiſtung der aufgeſtellten Gasmeſſer					
a) für Leuchtzwecke . . .	22545	23856	25483	26638	28790
b) für Koch- und Heizzwecke	9930	12412	15480	18171	20974
Die Anzahl der Gasmotoren	83	90	84	84	79
Pferdekräfte aller Motoren zuſammen . .	409	422	416	416	407
Geſamter jährlicher Gasverbrauch pro Kopf der Bevölkerung	37,10	38,10	42,20	44,09	44,69

III. Gasproduktion.

	Im Jahre 1902	Pro 1901
Jahresproduktion in cbm	3 472 890	3 307 100
Gaskohlen waren hiezu erforderlich in Ztr.	227 750	218 740
Anzahl der Ofentage	2 076	1 984
Anzahl der Retortentage	15 255	14 493
Anzahl der Retortenladungen . . .	88 894	79 024
Anzahl der Ofenarbeiterſchichten zu je 12 Std.	6 886	6 510
Durchſchnittliche Gasproduktion pro Ztr. Kohlen $\frac{3\,472\,890}{227\,750}$ cbm . .	15,24	15,12
Durchſchnittliche Gasproduktion pro Retortentag in cbm	226,50	228,20
Durchſchnittliche Gasproduktion pro Ofenarbeiterſchicht in cbm	504,00	508,00
Größte Retortenzahl im gleichzeitigen Betriebe	73	66
Durchſchnittl. Ladung einer Retorte in Kilo	136,78	138,40
Durchſchnittliche Gasproduktion pro Retortenladung in cbm	39,06	41,75
Anzahl der Füllungen mit Eiſenmaſſe für die Reiniger	64	58

Der Verbrauch an Unterfeuerung für die Retortenöfen betrug 31 730 Ztr. = 13,9 % gegen 12,98 % des Vorjahres.

Die Menge des Unterfeuerungsmaterials hängt unter anderem ab von der Reinheit der Gaskohlen und von der zufälligen längeren oder kürzeren Dauer des Mitheizens von Ersatzöfen.

Auch war im verflossenen Jahre der allzuknappe Fassungsraum der Gasbehälter, bezw. die damit verbundene ungünstige Gestaltung des Fabrikbetriebes hinsichtlich des Anheizens der Öfen von nachteiligem Einfluß, sodaß der Verbrauch an Unterfeuerung gegenüber dem Vorjahre um ca. 1 % höher geworden ist.

IV. Nebenprodukte.

Die Koksproduktion betrug im ganzen 143 600 Ztr. gegen 144 520 Ztr. im Vorjahre.

Hievon wurden

verkauft	109 145	Ztr.
verfeuert unter den Retorten	31 730	„
verfeuert unter den Dampfkesseln (Staub)	4 750	„
für Ammoniaksalzbereitung (Staub)	2 020	„
in den Wohnungen und Bureaus	141	„
für die Wasserwerke, die Installationswerkstätte und das Laternenanzünderlokal	1 194	„

Aus 100 Ztr. Kohlen wurden produziert 63,05 % Koks.

Der Durchschnittspreis des verkauften Koks einschließlich Gries und Staub betrug 1,05 ℳ gegen 1,28 ℳ des Vorjahres.

Die Teerproduktion aus den vergasten 227 750 Ztr. Kohlen betrug: 12 495 Ztr. = 5,49 %.

Hievon wurden unter den Dampfkesseln verfeuert 1250 Ztr.

Der Durchschnittspreis für den Ztr. verkauften Teers stellte sich auf 1,43 ℳ gegen 1,71 ℳ des Vorjahres.

Die Ammoniaksalzausbeute ergab 1115 Ztr. demnach pro 100 Ztr. vergaster Kohle = 0,49 %.

Der Ammoniaksalzverkauf ergab pro Ztr. 10,90 ℳ.

Zur Fabrikation des Ammoniaksalzes wurden 858,20 Ztr. Schwefelsäure im Preise von 2,96 ℳ pro Ztr. verwendet.

V. Rohrnetz.

Neue Gasleitungen wurden gelegt am Mainkai, in der Rückert-, Reiser-, Seneselder-, Wickenmayer-, Pestalozzi-, Ziegelau-, Gneisenau-, Faulenberg-, Mergentheimer-, Barbara-, Ludwig- und Kantstraße und dadurch das Rohrleitungsnetz, welches im Vorjahre eine Ausdehnung von 68 869 laufende Meter hatte, auf 71 794 laufende Meter erweitert.

Auswechselungen von Gasleitungen wurden vorgenommen in der Bronnbacher- und Heinestraße.

Die Rechnungsergebnisse des städt. Gaswerkes sind aus dem II. Abschnitt ersichtlich.

Hiezu wird bemerkt, daß die Ablieferung an die Kämmereikasse sich wesentlich höher gestellt hätte, wenn nicht die Kosten der angekauften und vermieteten Gasuhren und Kochapparate aus dem Reingewinne pro 1902 bestritten worden wären.

§ 16.

Wasserwerk.

Im Berichtsjahre 1902 haben die drei Wasserwerke, außer einigen Erweiterungen am Rohrnetze, keinerlei Veränderungen oder Vergrößerungen erfahren. Da die Zunahme der Zahl der Wasserabnehmer mäßig und der Quellenstand reichlich war, konnte allen Anforderungen hinsichtlich des Wasserbezuges ohne irgend welche Einschränkung Rechnung getragen werden.

I. Allgemeines.

Die drei Wasserwerke förderten im Berichtsjahre 6 695 008 cbm in das Stadtrohrnetz. Hievon trifft auf das alte Wasserwerk an der Bahnhofstraße eine Fördermenge von 3 195 263 cbm.

Dieses Niederdruckwasserwerk versorgt die Altstadt innerhalb des Glacisgürtels sowie die tiefliegenden Stadtteile in der Sanderau und im Mainviertel.

Die Abgabegrenze der Niederdruckzone liegt 30 m über dem Nullpunkt des Maines. Zum Ausgleiche der Konsumschwankungen dient das an der „Karolinenruhe" befindliche Hochreservoir mit einem Fassungsraum von 3000 cbm.

Aus den bis jetzt zur Stadtversorgung nutzbar gemachten Zeller Quellen wurden im Betriebsjahre 1902 2 951 500 cbm gewonnen und durch das Zeller Pumpwerk in das Stadtrohrnetz (Hochdruckzone) gefördert. Dieses Pumpwerk besitzt z. Zt. zwei gleiche Pumpmaschinen und zwei gleiche Kessel. Das Gebäude ist indessen so geräumig angelegt, daß ein drittes Pumpensystem leicht untergebracht werden kann, wenn sich das Bedürfnis hiezu bei eventl. Einbeziehung weiterer Quellen herausstellen sollte.

Für gewöhnlich steht von den aufgestellten zwei Maschinen und Kesseln nur je eine Maschine und ein Kessel im Betriebe, während die andere Maschine mit Kessel als Reserve zu dienen hat.

Das Hochdruckwerk versorgt die hochliegenden Stadtteile außerhalb des Glacisgürtels und fördert das Wasser auf eine Höhe von 70 m über den Nullpunkt des Mainpegels. Der im Jahre 1894 neu erbaute Hochbehälter auf dem Galgenberg faßt 4000 cbm.

Die beiden voraufgeführten Wasserwerke lieferten für die Stadtversorgung ausschließlich Trinkwasser, während das Wasserwerk an der Mergentheimerstraße Wasser zu Besprengungszwecken und zur Speisung der Monumentalbrunnen und Zierwasserläufe liefert.

Der größte Teil des geförderten Nutzwassers wird zur Besprengung der Ringparkanlagen verbraucht. Das Nutzwasserwerk wird nur während der Sommermonate in Anspruch genommen; im Winter wird die Förderung dortselbst eingestellt. Im Jahre 1902 war das Nutzwasserwerk vom 3. Juni mit 6. Oktober und zwar täglich von früh 5 bis abends 9 Uhr, somit nur 16 Stunden täglich im Betriebe und förderte insgesamt 548245 cbm Wasser. Ein Reservoir ist für dieses Werk nicht vorhanden.

Da der Bedarf an Trinkwasser notwendigerweise mit dem Anwachsen der Bevölkerung eine stetige Steigerung erfahren muß, war schon seit einer Reihe von Jahren das Bestreben der Stadtverwaltung darauf gerichtet, alle in nicht zu großer Entfernung von der Stadt gelegenen Quellen von entsprechender Ergiebigkeit, wenn irgendwie möglich zu Eigentum zu erwerben und so den Bedürfnissen der Zukunft schon jetzt Rechnung zu tragen.

Es wurden deshalb im Oktober des Berichtsjahres die im Besitze der Firma Koenig & Bauer stehenden sogenannten „Oberzeller Quellen" von der Stadt um den Preis von 53 000 ℳ erworben. Die derzeitige Ergiebigkeit dieser Quellen beträgt ca. 50 Sekundenliter im Durchschnitt, doch steht zu erwarten, daß nach entsprechender Fassung der Quellen deren Ergiebigkeit eine wesentliche Steigerung erfahren wird.

Zum Betriebe der Dampfkessel wurden in den drei Werken an Kohlen verbraucht:

1.	im alten Werk an der Bahnhofstraße . .	12 380,26 Ztr.,
2.	„ Zeller Werk	19 633,30 „
3.	„ Nutzwasserwerk an der Mergentheimerstraße	3 732,76 „
	Zusammen	35 746,32 Ztr.

Am Schluſſe des Jahres 1901 waren 3385 Grundſtücke an das Rohrnetz angeſchloſſen. Neuanſchlüſſe ſind im Jahre 1902 53 (53)*) zu verzeichnen, ſo daß am Ende des Berichtsjahres insgeſamt 3438 Grundſtücke angeſchloſſen waren. Außerdem wurden noch 82 Gärten während der Sommermonate aus dem Rohrnetze verſorgt.

Im Laufe des Jahres haben 123 (274) Konſumenten das Steſtſyſtem aufgegeben und dafür Waſſermeſſer eingeführt. Von ſämtlichen angeſchloſſenen Anweſen erhielten 2192 (2315) das Waſſer nach Steſten, 1030 (854) aus Waſſermeſſern und 216 (216) teils nach Meſſern, teils nach Steſten zugemeſſen.

Der Grund, warum in dieſem Jahre um die Hälfte weniger Waſſerabnehmer zum Waſſermeſſerſyſtem übergingen als im Vorjahre, iſt darin zu ſuchen, daß im vorigen Jahre die Waſſermeſſereinſetzung zum Selbſtkoſtenpreis des Inſtallationswerkes vorgenommen worden war.

II. Waſſerverbrauch.

Der größte Waſſerverbrauch fand im Monat Juli mit 246 Sekundenlitern, der geringſte im Monat Februar mit 154 Sekundenlitern ſtatt. Der durchſchnittliche Jahresverbrauch betrug 200 Sekundenliter.

Bei der Bevölkerungsziffer von ca. 76 000 Einwohnern treffen auf den Kopf und Tag beim größten Waſſerverbrauch 280 Liter, beim geringſten 175 Liter und beim durchſchnittlichen 227 Liter.

Die geförderten 6 695 008 cbm Waſſer wurden im Jahre 1902 wie folgt verbraucht:

4 518 853	cbm	verkauft,
15 250	„	unentgeltlich zur Kanalſpülung abgegeben,
35 934	„	unentgeltlich an das Juliusſpital für Überlaſſung der Waſſerkraft der ehemaligen Reißgrubenmühle abgegeben,
40 123	„	unentgeltlich an Wohltätigkeitsanſtalten überlaſſen,
78 840	„	unentgeltlich an die Gemeinde Zell zufolge vertragsmäßiger Verpflichtung abgegeben,
230 000	„	Selbſtverbrauch,
1 776 008	„	Verluſt = 25 % der Geſamtförderung gegen 27,7 % im vorigen Jahre.
6 695 008	cbm	in Sa.

*) Die eingeklammerten Ziffern geben die entſprechenden Beträge vom Jahre 1901 an.

III. Ergiebigkeit der Stadtquellen pro 1902.

Sekunden-Liter.

Werk	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
Altes Werk . . .	115	128	138	144	143	138	130	123	114	108	107	106
Zeller Werk . . .	109	116	117	117	121	124	124	120	116	115	115	115
Nutzwasserwerk . .	Die Ergiebigkeit des Sammelkanales kann nicht gemessen werden, weil das Grundwasser nicht zum freien Ausfluß gelangt. Die aus dem Sammelkanal entnommene Wassermenge wird jeweils aus der Tourenzahl der Pumpmaschinen ermittelt.											

Allmonatlich wurden Wasserproben aus den drei Werken entnommen und in der hiesigen k. Untersuchungsanstalt für Nahrungs- und Genußmittel hinsichtlich ihrer chemischen Zusammensetzung untersucht.

Nach den diesbezüglichen Befunden ist das Wasser der beiden Trinkwasserwerke sowohl, als auch das Wasser aus der Nutzwasserleitung von tadellos reiner Beschaffenheit. Die Temperatur des Quellwassers ist das ganze Jahr über konstant und beträgt für das Zeller Werk 11,5° Celsius und für das alte Werk 12,0° Celsius. Die Temperatur des Nutzwassers beträgt im Sommer durchschnittlich 14° Celsius und im Winter durchschnittlich 8° Celsius.

IV. Rohrnetz.

Das Rohrnetz der beiden Trinkwasserleitungen wurde im Jahre 1902 um 805 lfm erweitert. Die Länge des Rohrnetzes betrug am Ende des Jahres 1902 82 146 lfm oder rund 82 Kilometer.

Neu gelegt wurden im Betriebsjahr 1902

30	lfm	Rohrleitung	200	mm	in der	Barbaraſtraße,
200	„	„	125	„	„ „	Sennefelderſtraße,
50	„	„	125	„	„ „	Peſtalozziſtraße,
150	„	„	100	„	„ „	Rückertſtraße,
150	„	„	100	„	„ „	Wickenmayerſtraße,
90	„	„	100	„	„ „	Reiſerſtraße,
90	„	„	80	„	„ „	Ziegelauſtraße,
45	„	„	80	„	„ „	Karthauſe.

zuſ.: 805 lfm (gegen 520 lfm im vorigen Jahre).

Das Nutzwaſſerrohrnetz wies am Schluſſe des Jahres 1902 eine Länge von 17517 lfm auf; neu gelegt wurden im Laufe des Jahres

55	lfm	Rohrleitung	150	mm	in der Feldlage Talberg (Architekt
270	„	„	100	„	Mayerſche Heimſtättenkolonie auf
235	„	„	80	„	Heidingsfelder Markung).
150	„	„	50	„	

zuſ.: 710 lfm

Das geſamte Rohrnetz (Trink- und Nutzwaſſerleitung zuſammen) beträgt daher am Schluſſe des Jahres 1902

82 146 + 17517 = 99663 lfm oder 99,6 Kilometer.

Die Zahl der öffentlichen Straßenhydranten betrug am 1. Januar 1902 875 Stück Unterflur- und 39 „ Überflurhydranten; neu hinzugingen und zwar ausſchließlich Unterflurhydranten 27 Stück, ſo daß am Ende des Jahres 1902 902 Unterflurhydranten und 39 Überflurhydranten vorhanden ſind.

An Privathydranten in größeren Etabliſſements, öffentlichen Gebäuden, Krankenhäuſern ꝛc. waren am 1. Januar 1902 231 Stück vorhanden. Der Zugang im Laufe des Berichtsjahres betrug 11 Stück, ſo daß die Geſamtzahl der Privathydranten am Schluſſe des Jahres 242 Stück beträgt.

Dieſe Hydranten werden nur im Falle eines ausgebrochenen Brandes benützt. Gegen unbefugtes Öffnen ſind dieſelben durch Plomben geſichert.

An sog. Glacishydranten (ohne Schacht nur mit Einbaugarnitur versehen) sind 259 Stück in den Ringparkanlagen vorhanden.

Die Zahl der in die Hausleitungen eingebauten Wassermesser betrug am Anfange des Jahres 1902 1070 Stück; neu eingebaut wurden im Laufe des Jahres 176 Stück, zumeist Wassermesser mit 10 und 15 mm Durchgangsweite, so daß am Jahresende die Gesamtzahl der Wassermesser auf 1246 Stück gestiegen ist.

Trinkbrunnen (Ventilbrunnen) sind 97 Stück inkl. der 14 Brunnen in Zell an die Wasserleitung angeschlossen.

Wasserspülungen in Bedürfnisanstalten und öffentlichen Pissoirs sind 16 vorhanden.

Badeeinrichtungen in den Anwesen der Wasserabnehmer waren am Anfange des Jahres 479 vorhanden. 62 sind neu hinzugegangen, so daß am Schlusse des Jahres 541 Badezimmer in den Privatwohngebäuden eingerichtet waren.

Hydraulische Aufzüge sind z. Zt. 6 Stück an das Wasserrohrnetz angeschlossen, wovon 3 Stück für Personen- und 3 Stück für Warenbeförderung dienen.

Sekundäre Pumpwerke zur Versorgung von Anwesen, welche über der Abgabegrenze der Hochdruckleitung liegen, sind 2 vorhanden und zwar das Peltonradpumpwerk für die Versorgung des Klosters „Käppele" auf dem Nikolausberge und das im Jahre 1901 aufgestellte Peltonradpumpwerk zur Versorgung der Bolza'schen Villa „Waldeck" an der Zeller Waldspitze. Beide sind Privat-Unternehmungen.

V. Wasserzins.

Bezüglich des Wasserzinses ist gegen das Vorjahr keine Änderung eingetreten; es kostet der Kubikmeter an Private abgegebenen Wassers, gleichgiltig ob durch Messer oder nach Steftsystem bezogen, 10 ₰.

Für das in den städtischen Schulen sowie für das zum Straßenbesprengen verwendete Wasser wird, weil es sich hier um gemeindliche Interessen handelt, nur 5 ₰ pro Kubikmeter berechnet.

Die Rechnungsergebnisse des städtischen Wasserwerks sind aus dem II. Abschnitt ersichtlich.

§ 17.

Installationskasse des Gas- und Wasserwerks.

Im Berichtsjahre 1902 gestaltete sich der Umsatz im Installationsgeschäft gegen die Vorjahre etwas geringer, was dem allgemeinen Rückgange in der Bautätigkeit zuzuschreiben ist. Die Reparaturarbeiten an Gasapparaten aller Art haben sich indessen bedeutend gesteigert, so daß zur Vergrößerung der Betriebswerkstätte durch Einrichtung einer Kupferschmiede geschritten werden mußte.

Das Ausstellungslokal, in welchem die verschiedenen Gasapparate und Beleuchtungskörper 2c. zum Verkaufe ausgelegt sind, wurde stark frequentiert. Den Konsumenten war durch die übersichtliche Anordnung, Aufstellung und event. Vorführung der Gasapparate Gelegenheit geboten, entsprechende Auswahl treffen zu können. Diese Einrichtung hat sich gut bewährt.

Die technische Leitung des städt. Installationsgeschäftes ist dem Direktor des Gas- und Wasserwerks und dem Betriebsassistenten übertragen. Zur Beaufsichtigung des Installationspersonals sind 4 Werkmeister, für die Materialabgabe ein Magazinier und ein Gehilfe aufgestellt.

Die Betriebsergebnisse sind aus dem II. Abschnitt ersichtlich.

§ 18.

Leihanstalt.

Laut der nachfolgenden Übersicht über die Bewegung und die Geschäftsverhältnisse der städt. Leihanstalt während des Jahres 1902 ist in diesem Jahre eine Mehrung der Gesamt-Darlehensbeträge von 1983 ℳ erfolgt; bei den mit 2—4 und mit 100—299 ℳ beliehenen Pfändern ist eine Abnahme, bei den mit 5—9, 10—99 und 300—499 ℳ beliehenen Pfändern eine Zunahme zu konstatieren.

Die Pfänderanzahl pro 1902 betrug 19898.

An die Stadtkämmerei wurden 2852 ℳ 28 ₰ als Überschuß abgeliefert; dabei ist jedoch zu bemerken, daß weder die vom Pfandamt benützten Lokalitäten in Anschlag gebracht sind noch auch der für ehemalige Beamte und Bedienstete der Anstalt erwachsende Pensionsaufwand zu Lasten des Pfandamts berechnet ist.

Das Stammvermögen der Leihanstalt betrug am Schlusse des Jahres 1902 90953,35 ℳ, hievon gehen ab die noch unerhobenen Mehrerlöse zu 2815,73 ℳ, ferner eine noch bestehende Passivkapitalien-Aufnahme von 3000 ℳ, so daß 85137,62 ℳ als Stammvermögen verbleiben.

An Passivkapitalien wurden in diesem Jahre 11000 ℳ aufgenommen, wovon indessen im Laufe des Jahres wieder 8000 ℳ zurückbezahlt worden sind.

Ebenso wurde die noch aus dem Jahre 1901 vorhandene Passivkapitalschuld zu 7000 ℳ abgetragen.

Bewegung

des

Leihgeschäftes der städtischen Leihanstalt während des Jahres 1902.

lfde. Nr.	Vortrag	
1	Anzahl der Pfänder beim Jahresbeginn	10 976
2	Zahl der neu eingebrachten Pfänder	19 898
3	Zahl der ausgelösten Pfänder	18 660
4	Zahl der versteigerten Pfänder	868
5	Zahl der Pfänder beim Jahresschlusse	11 346
6	Zunahme	370
7	Abnahme	—
		ℳ
8	Gesamtbetrag der Darlehen beim Jahresbeginn	90 120
9	Darlehen auf neueingebrachte Pfänder	130 951
10	Zurückbezahlte Darlehen	128 070
11	Darlehen auf versteigerte Pfänder	4 864
12	Betrag der Darlehen beim Jahresschlusse	88 137
13	Zunahme	1 983
14	Abnahme	—

Auf die im Jahre 1902 beliehenen Pfänder verteilen sich die Darlehensbeträge wie folgt:

Gesamtzahl der eingebrachten Pfänder	von 2-4 ℳ	von 5-9 ℳ	von 10-19 ℳ	von 20-49 ℳ	von 50-99 ℳ	von 100 bis 199 ℳ	von 200 bis 299 ℳ	von 300 bis 399 ℳ	von 400 bis 499 ℳ	von 500 ℳ
19 898	8 893	7 138	2 026	1 507	232	77	15	6	3	1

§ 19.

Sparkasse.

An den mit dem 1. Juli 1901 eingeführten, im letzten Verwaltungsberichte eingehend erörterten neuen Satzungen der Sparkasse wurde im laufenden Berichtsjahre eine Änderung nicht vorgenommen.

Die damals gehegte und ausgesprochene Hoffnung, daß mit den vielen — den Einlegern zukommenden — Vergünstigungen dieser neuen Statuten eine wesentliche Steigerung der Einlagen eintreten werde, hat sich schon im Geschäftsjahre 1902 in erfreulichem Maße erfüllt, wie die nachfolgende Aufstellung dartut:

I. Stand der Einlagen.

1.	Stand am Schlusse des Vorjahres . . .	3 347 129,35 ℳ
2.	Zugang während des Jahres	1 553 924,99 „
	(hierunter 66 363,56 ℳ kapitalisierte Zinsen)	
3.	Abgang während des Jahres	966,809,43 „
4.	Stand am Schlusse des Jahres	3 934 244,91 „

II. Zahl der Sparscheine und Sparbücher.

1.	Zahl der seit Bestand der Sparkasse bis zum Schlusse des Vorjahres ausgegebenen Sparscheine	326 819
2.	Zahl der am Schlusse des Vorjahres noch nicht erloschenen Scheine	4 357
3.	Zahl der im Laufe des Jahres erloschenen Scheine . .	3 241
4.	Demnach Stand der nicht erloschenen Scheine am Schlusse des Jahres	1 116

5. Zahl der seit 1. Juli 1901 bis zum Schlusse des Vorjahres ausgestellten Sparbücher	6 276
6. Zahl der am Schlusse des Vorjahres noch nicht erloschenen Sparbücher	6 095
7. Zahl der im Laufe des Jahres ausgegebenen Sparbücher	3 820
8. Zahl der im Laufe des Jahres erloschenen Bücher . . .	1 027
9. Demnach Stand der nicht erloschenen Sparbücher am Schlusse des Jahres	8 888

III. Übersicht über den Verkauf und die Einlösung von Sparmarken.

1. Verkaufte Sparmarken	à 10 ₰	38 800	Stück,	Geldwert	3 880 ℳ
2. Eingelöste „	à „	39 770	„	„	3 977 „
3. Am Schlusse des Jahres in Umlauf		31 340	Stück	„	3 134 „

Die Sparkasse ertrug pro 1902 einen Reingewinn von 21 462 ℳ 79 ₰, welcher je zur Hälfte der Stadtkämmerei und der Pensionskasse für städtische Beamte überwiesen worden ist.

Im übrigen wird auf die in Abschnitt II enthaltenen Rechnungsergebnisse der Sparkasse verwiesen.

§ 20.

Getreidehilfskasse.

Das reine Vermögen betrug 466554 ℳ 63 ₰ und hat sich gegen das Vorjahr durch Admassierung der Zinsen um 15331 ℳ 97 ₰ vermehrt.

An heimgezahlten Vermögensteilen sind aufzuführen:

1) 8571 ℳ 43 ₰ = 5000 fl. als 18. Rate an dem seiner Zeit zur Errichtung der Steinkohlen-Gasfabrik geleisteten Vorschusse zu 100000 fl. — der noch bestehende Rest zu 17142 ℳ 83 ₰ wird in den Jahren 1903 und 1904 zur Vereinnahmung gelangen —;
2. 3553 ℳ 68 ₰ vom Gaswerk erste Rate an 10661 ℳ 05 ₰ Vorschußrest zur Herstellung einer Gasleitung in der Friedhof- und Faulenbergstraße — der Rest zu 7107 ℳ 37 ₰ gelangt in den 2 folgenden Jahren zur Abtragung —;
3. 100000 ℳ an städtischen Obligationen zur Bestreitung anderweitiger Vorschüsse und Kapitalsanlagen.
4. 11100 ℳ von der Stadtkämmerei erste Rate an der sogenannten Pflasterschuld. —

Als Kapitalsanlagen bezw. als geleistete Aktivvorschüsse sind zu bemerken:

1. 50000 ℳ Anlage auf städtische Obligation;
2. 41736 ℳ 20 ₰ 3 %ige Vorschüsse an die Stadtkämmerei à conto der Pflasterschuld;
3. 50000 ℳ 2 %iger Vorschuß an die Stadtkämmerei zur Bildung eines Betriebsfonds, welcher innerhalb längstens 10 Jahren rückzuzahlen ist. Weitere 200000 ℳ leistete zu gleichem Zwecke die Holzmagazinskasse s. § 21.

Bezüglich der Rechnungs-Ergebnisse wird auf den II. Abschnitt hingewiesen.

§ 21.

Holzmagazinskasse.

Im Jahre 1902 wurden verkauft

1 062 3/4	Ster	Holz aus dem Magazin,
32 855	„	Holz und
1 603 1/2	„	Wellen von den Holzhändlern
35 521 1/4	Ster	in Sa.

Von den ausstehenden Kapitalien und Vorschüssen wurden zurückgezahlt:

3 465 ℳ 18 ₰		von der Stadtkämmerei Rest an dem Vorschusse zu 48 465 ℳ 18 ₰ zur Pflasterung der Kaiserstraße,
5 000 ℳ — ₰		von der Stadtkämmerei Rate von dem Vorschusse zur Kanalisation der Lehnleite zu 38 743 ℳ 91 ₰,
2 100 ℳ — ₰		von derselben am Vorschusse zum Schlachthofumbau,
1 000 ℳ — ₰		von derselben desgl. zum Ankaufe von Altertümern,
200 000 ℳ — ₰		4 % ige städtische Obligation,
2 853 ℳ 91 ₰		vom Gaswerk an dem Darlehen zur Herstellung einer Leitung in der Frankfurterstraße,
10 000 ℳ — ₰		vom Gaswerk an dem Darlehen zur Aufstellung einer zweiten Kühl- und Reinigungsanlage,
2 417 ℳ 28 ₰		vom Gaswerk für die Leitung zur Artilleriekaserne,
500 ℳ — ₰		vom fränkischen Kunst- und Altertumsverein.

Als neue Anlagen und geleistete Vorschüsse sind zu verzeichnen:

22 000 ℳ — ₰	an städtischen Obligationen à 3 1/2 %,
13 354 ℳ 34 ₰	3 % ige Darlehen an die Stadtkämmerei zu Bauten im Schlacht- und Viehhof,

18 900 ℳ — ₰ 3%iges Darlehen der Städtkämmerei zur Verbreiterung des Keesburgweges,

200 000 ℳ — ₰ 2%iges Darlehen der Stadtkämmerei zur Schaffung eines Betriebsfonds — weitere 50 000 ℳ leiſtete zu gleichem Zwecke die Getreidehilfskaſſe —, in jährlichen Raten zu je 20 000 ℳ innerhalb 10 Jahren rückzahlbar,

2 250 ℳ — ₰ 3%iges Darlehen der Stadtkämmerei zum Ausbau der Nikolausſtraße,

9 092 ℳ 16 ₰ 4%iges Darlehen dem Gas- und Waſſerwerk für neue Leitungen im Oſtgrombühl,

11 417 ℳ 28 ₰ 4%iges Darlehen dem Gaswerk für die Leitung zur Artilleriekaſerne.

Gegen das Vorjahr iſt eine Kapitalsmehrung von 25 682 ℳ 40 ₰ zu konſtatieren.

Die Überſicht über die Rechnungs-Ergebniſſe iſt im II. Abſchnitt enthalten.

§ 22.

Vieh- und Schlachthof.

A.

Der städtische Viehhof war an 297 Werktagen für die täglichen Schlachtviehmärkte, für 2 Zuchtbullenmärkte sowie für 52 (allwöchentliche) Jungschweinemärkte geöffnet. Außerdem fanden auf dem Viehmarktplatz am linken Mainufer nächst der Luitpoldbrücke 27 große Exportviehmärkte und 10 Schafmärkte statt.

Die Märkte begannen vormittags 6 Uhr im Sommer und 8 Uhr im Winter.

Durch Beschlüsse der gemeindlichen Kollegien wurde auch für die großen Exportviehmärkte, bei denen bisher Marktfreiheit herrschte, die Erhebung von Marktgebühren für Großvieh eingeführt, und zwar mit Rücksicht auf die stets steigenden Ausgaben für den Viehhofbetrieb. Diese Beschlüsse traten zugleich mit der revidierten Viehmarktordnung am 15. Februar 1902 in Kraft. Als Marktgebühren werden demnach erhoben: 20 ₰ für das Stück Großvieh, 10 ₰ für das Stück Kleinvieh, 2 ₰ Hürdengebühr für das Stück an Schafmärkten, 15 ₰ Platzgebühr für den Korb an Jungschweinemärkten.

Die seuchenpolizeiliche Kontrolle der Markttiere erfolgte durch die beiden städtischen Tierärzte und durch den häufig zur Unterstützung beigezogenen k. Bezirkstierarzt Stenger.

Die großen Exportviehmärkte erlitten im Jahre 1902 eine wesentliche Frequenzminderung infolge des andauernden Mangels an Gang- und Mastvieh, welcher die Preise auf ungewohnte Höhe trieb. An die auswärtigen Händler aus Frankfurt und Umgebung fand das vorhandene Schlachtvieh allerdings leicht Absatz. Um so fühlbarer wurde

der Schlachtviehmangel für die einheimiſchen Metzger, welche mit niedrigeren Fleiſchpreiſen als andere größere Städte zu rechnen haben.

Magiſtrat und Metzgerinnung wandten ſich wiederholt an das k. Staatsminiſterium des Innern mit der Bitte um Geſtattung der Einfuhr von Schlachtvieh aus Öſterreich-Ungarn. Durch Miniſterial-Entſchließung vom 14. Septbr. 1902 wurde die Bewilligung zur Einfuhr von Rindvieh unter gewiſſen Auflagen erteilt. Der Stadtmagiſtrat erfüllte alle ſeitens der Aufſichtsbehörde geſtellten Bedingungen, ſo daß der Einfuhr kein Hindernis mehr im Wege geſtanden wäre. Allein kein Metzger oder Händler führte ein Stück Vieh aus Öſterreich-Ungarn hier ein. Bei den dort ebenfalls hohen Viehpreiſen war die Einfuhr hierher nicht möglich. Tatſächlich kauften die Metzger in Hanau und Frankfurt die öſterreichiſchen Ochſen um 75—77 ₰ für das ½ kg Schlachtgewicht ein, während hier das ½ kg Ochſenfleiſch vom Metzger ans Publikum noch um 70 ₰ abgegeben wurde.

Am beſten beweiſen den Viehmangel des letzten Jahres folgende Zahlen. Die Geſamtzufuhr zu den Exportviehmärkten betrug:

im Jahr **1897**: 16 280 Stück; im Jahr **1900**: 15 337 Stück;
„ „ **1898**: 16 028 „ „ „ **1901**: 15 140 „
„ „ **1899**: 14 460 „ „ „ **1902**: 11 301 „ .

Mit der Bahn nach außerbayeriſchen Plätzen exportiert wurden:

1902: 385 Waggons mit 4431 Rindern im Wert von 1 897 000 ℳ,
1901: 469 „ „ 7776 „ „ „ „ 3 194 280 ℳ.

Die Zahl der früher allmonatlich abgehaltenen Schafmärkte iſt nunmehr mit Rückſicht auf die immer geringer werdende Frequenz der Mai- und Junimärkte auf jährlich 10 reduziert. Zugetrieben wurden:

1902: 331 Herden mit 35 735 Schafen,
1901: 382 „ „ 40 643 „

Geſchäftsgang und Kauflust waren lebhafter als im Vorjahr. Exportiert wurden ca. ⅗ des Zutriebes, d. h. ca. 21 441 Schafe im Werte von 428 820 ℳ nach Berlin, Sachſen, Heſſen und Elſaß. (Elſaß liefert viele Schafe nach Belgien und Paris.)

Die beiden Zuchtbullenprämiierungsmärkte, im März und Auguſt abgehalten und vom landwirtſchaftlichen Kreisausſchuß mit je 200 ℳ für Prämien bedacht, wurden im Berichtsjahr mit beſſerer Qualität beſchickt wie im Vorjahre. Der Zutrieb betrug insgeſamt

143 Bullen. Die Preise variierten zwischen 318 und 783 ℳ für das Stück.

Die an jedem Werktag stattfindenden Wochenviehmärkte dienten in der Hauptsache wieder zur Deckung des einheimischen Schlachtviehbedarfs, besonders an Kälbern und Schweinen. Die Frequenz weist ebenfalls einen auffallenden Rückgang und zwar vorwiegend in der Zufuhr von Kälbern und Schweinen auf. Würzburg könnte ja vermöge seiner Lage von seinem Hinterland genügend mit Schlachtvieh versorgt werden; allein infolge des allgemeinen Mangels drangen die Händler von Frankfurt, Nürnberg, Mannheim ꝛc. bis in die nächste Umgebung von Würzburg vor und kauften auf, was zu haben war.

Der Gesamtzutrieb zu den Wochenviehmärkten betrug: 39 118 Stück im Jahre 1902 (gegen 41 522 Stück im Jahre 1901).

Die allwöchentlichen Jungschweinemärkte hatten infolge der anhaltend hohen Preise für junge und fette Schweine eine erhöhte Frequenz und bewiesen damit einen deutlichen Aufschwung der Schweinezucht. Trotz der vermehrten Zufuhr, welche 51 656 Stück (gegen 43 828 Stück im Jahre 1901) betrug, erhielten sich die Preise dauernd hoch. Läufer kosteten 55—100 ℳ, Milchschweine 25—50 ℳ das Paar.

Der Gesamtzutrieb zu den verschiedenen Märkten betrug:

1. Exportviehmärkte .	11 301	Stück,
2. Schafmärkte . . .	35 735	„
3. Bullenmärkte . .	143	„
4. Wochenviehmärkte .	39 118	„
5. Jungschweinemärkte	51 656	„

Zusammen also im Jahre 1902: 173 953 Stück gegenüber dem Jahre 1901 mit . . . . . 141 321 Stück.

Beanstandet wurden von der tierärztlichen Marktkontrolle 62 Tiere, und zwar: 1 Bulle, 2 Ochsen, 5 Kühe, 10 Kälber, 1 Schaf, 43 Schweine aus folgenden Gründen: Abhetzung, Quetschung, Rhachitis, Beinbrüche, Magerkeit, hohes Alter, Bauchfellentzündung, Seuchenverdacht, Hautausschlag, Gelbsucht, Lähmung, Durchfall, Nabelbruch, Blutvergiftung, Atemnot, Notschlachtung, natürlicher Tod. Verfügt wurden bei 31 Tieren Zurückweisung, bei 24 sofortige Schlachtung, bei 6 Übergabe an den Wasenmeister, bei 1 Stück mehrtägige Kontumazierung (bis der anfängliche Seuchenverdacht sich als unbegründet erwies).

Die Viehpreiſe nach Schlachtgewicht pro ½ kg betrugen im Jahresdurchſchnitt in Pfennigen:

	1902:	1901:	1900:
bei Bullen	51	47,5	49
„ Ochſen	68	64,5	62
„ Stieren	61,5	60,5	59,5
„ Kühen	51	46,5	48
„ Kalbinnen	64	58,5	56
„ Kälbern	53	49	50,5
„ Schafen	53,8	47,5	47,5
„ Schweinen	63,8	60,5	58.

Aus dieſen Zahlen iſt eine erhebliche Steigerung der Preiſe erſichtlich. Das Maximum derſelben fiel zuſammen mit dem großen Viehmangel von Juli bis einſchließlich Oktober.

Erwähnt ſei noch, daß im Berichtsjahr im Viehhof eine öffentliche Uhr mit einem Aufwand von 278 ℳ angebracht wurde.

B.

Der Betrieb im ſtädt. Schlachthof erlitt gegen die Vorjahre keine weſentliche Änderung.

Die Schlachthalle I, in welcher bisher außer Großvieh auch Kälber, Schafe und Ziegen geſchlachtet wurden, hatte ſich ſchon ſeit Jahren als zu klein erwieſen. Es wurde deshalb — um die Schlachthalle I ausſchließlich zu Großviehſchlachtungen verwenden zu können — eine eigene Kleinviehſchlachthalle mit einem Aufwand von ca. 38000 ℳ errichtet. In dieſem Neubau wurde auch die Pferdeſchlächterei ſowie eine mit geſondertem Eingang verſehene Feuerwehrgerätehalle untergebracht. Die Kellerräume ſind für Lagerung von Tierhäuten eingerichtet.

Um eine Verbindung des Schlachthofes mit dem Bahngeleiſe im Staatshafen ſowie den direkten Transport der Schlachttiere vom Viehhof zum Schlachthof zu ermöglichen, wurde durch die öſtliche Auffahrtsrampe der Luitpoldbrücke ein Tunnel mit einem Aufwand von ca. 9200 ℳ geführt.

Da der Schlachthofkanal in nächſter Nähe des unter dem Main zum jenſeitigen Ufer ziehenden Dükers ausmündet und die Gefahr einer Verſtopfung des Dükers und damit eine Gefährdung des Sammelkanals durch aus dem Schlachthofkanal kommende Fleiſch- und Fettabfälle, Därme

u. dergl. sehr nahe lag, wurden im Schlachthof 21 neue eiserne Sinkkasten bewährten Systems mit einem Aufwand von 1300 ℳ angebracht.

Zu erwähnen ist noch die Verbesserung der Beleuchtung in den 3 Schlachthallen durch Einführung des verbesserten Auerschen Gasglühlichts mit einem Kostenaufwande von 1723,99 ℳ.

Im städtischen Schlachthof wurden geschlachtet:

in den Jahren:	1902:	1901:
Bullen	1 309	1 169
Ochsen	5 291	5 236
Stiere	983	1 181
Kühe	971	1 240
Kalbinnen	1 794	1 874
Raupen	2	2
Kälber	17 856	18 689
Schafe	2 273	2 590
Ziegen	198	205
Schweine	29 049	32 482
Lämmer	120	118
Ferkel	110	62
Pferde	281	250
Zusammen:	60 237 Stück	65 098 Stück,

also gegen 1901 weniger 4861 Stück (gegen 1900 weniger 6034 Stück).

Außerhalb des Schlachthofes wurden von Privaten geschlachtet: 1 Stier, 3 Kühe, 5 Schafe, 144 Schweine. Hievon waren 3 Kühe, 1 Schaf, 4 Schweine der Fleischbeschau unterstellt; die übrigen Tiere wurden ohne amtliche Untersuchung zum Hausgebrauch verwendet.

Die Gesamtschlachtungen im Stadtbezirk betrugen somit 1902: 60 390 Stück gegen 1901 mit 65 296 Stück (Rückgang also 4906 Stück).

Die Fleischeinfuhr in den Stadtbezirk betrug an:

beschaupflichtigem Fleisch .	139 031,5 kg
nicht beschaupflichtigem Fleisch	81 855,0 kg
zusammen also im Jahre 1902 .	220 886,5 kg gegen
	209 804,0 kg im Vorjahre.

Es liegt also eine Mehrung der Fleischeinfuhr um 11 082,5 kg vor.

An Wildbret wurden eingeführt 1902: 171 436,5 kg gegen 181 142,5 kg im Jahre 1901, was einen Rückgang der Wildbreteinfuhr um 9706 kg ergibt.

Der Gesamtfleischkonsum berechnet sich auf:

5 616 423,5 kg im Jahre 1902 gegen
5 437 844,5 kg „ „ 1901, also mehr um 178 579 kg.

Auf den Kopf der Bevölkerung treffen 72,28 kg. (In den Vorjahren 1901: 71,55 kg, 1900: 70,81 kg, 1899: 68,59 kg, 1898: 69,36 kg, 1897: 71,68 kg.)

Der Fleischkonsum ist hienach gegen die früheren Jahre nicht zurückgegangen, wohl aber hat sich ganz wesentlich die Qualität des Fleisches verschlechtert.

Die Fleischbeschau wurde von den 2 städtischen Tierärzten sowie je nach Bedarf bei stärkerer Schlachtfrequenz von 3 als Fleischbeschauer ausgebildeten und verpflichteten Hallenaufsehern vorgenommen. Beanstandet wurden von den geschlachteten Tieren:

Tiergattung	Entfernung einzelner Teile	Verwiesen		
		zur Freibank	zum Hausgebrauch	zum Wasenmeister oder zur techn. Verwertung
Bullen	124	7	—	2
Ochsen	718	29	—	7
Stiere	94	8	—	2
Kühe	333	80	—	25
Kalbinnen	113	9	—	1
Kälber	75	65	1	31
Schafe	665	30	—	4
Ziegen	2	6	—	1
Schweine	853	103	9	13
Pferde	15	—	—	2
Zusammen	2992	337	10	88

Vom eingeführten Fleisch wurden insgesamt **16 812,5** kg beanstandet und davon 13 191,5 kg zur Freibank, 533,5 kg zum Hausgebrauch und 3 087,5 kg zum Wasenmeister verwiesen.

Kleinere Beanſtandungen bis zu 1/2 kg ſind nicht mitgezählt.
Der Umſatz der Freibankkaſſe betrug 35 190,66 ℳ.

Die Fleiſchpreiſe berechneten ſich für 1 Kilo nach Pfennigen im Jahresdurchſchnitt, wie folgt:

	1902:	1901:	1900:
Ochſenfleiſch	134	130	132
Stierfleiſch	125	120	120
Kuh- u. Kalbinnenfleiſch	125	120	120
Kalbfleiſch	132	128	128
Schaffleiſch	125	124	120
Schweinefleiſch	148	136	128.

§ 23.

Kühlhaus.

Mit Rücksicht auf die in den Monat März fallenden Osterfeiertage, auf die herrschende warme Witterung und den allgemeinen Eismangel begann der Kühlhausbetrieb schon am 1. März. Derselbe wurde, einem mit der Zeit fühlbar gewordenen Bedürfnis entsprechend, gemäß Magistratsbeschluß vom 14. Februar 1902 auch auf die Wintermonate ausgedehnt und daher bis zum Jahresschluß fortgesetzt. Infolgedessen erhöhte sich die Kühlzellenmiete für Jahr und Quadratmeter nutzbarer Bodenfläche im Erdgeschoß von 39 auf 44 ℳ und im 1. Stock von 35 auf 40 ℳ.

Der Mangel an Natureis nötigte auch viele Wirte, sich Kühlzellen zu mieten, so daß die sämtlichen 123 Zellen mit zusammen 655,86 qm nutzbarer Fläche vergeben werden konnten. Die Einnahme hiefür betrug 27 637,76 ℳ.

Die Freibankzelle, für deren Benützung die Gebühren stückweise erhoben werden, lieferte 384 ℳ Ertrag.

Die Einnahmen aus der Benützung der Kühlzellen bezifferten sich demnach auf insgesamt 28 021,76 ℳ.

Der Zutritt zu den Kühlräumen war bis 1. November auf dieselben Stunden wie im Vorjahr beschränkt, im November und Dezember jedoch an Werktagen von früh 5 bis abends 6 Uhr, an Sonn- und Feiertagen von vormittags 5—8 und 11—12 Uhr gestattet. Außer diesen Zeiten wurde das Kühlhaus nur gegen ein Sperrgeld von 20 ₰ geöffnet. Die vereinnahmten Sperrgelder (158,40 ℳ) wurden unter das Kühlhauspersonal (4 Mann) verteilt.

Der intensive Betrieb infolge der vermehrten Eisproduktion veranlaßte die gemeindlichen Kollegien, dem Kühlhauspersonal mit Rücksicht

auf ſeine erhöhten Anſtrengungen in der Hauptſaiſon eine Remuneration von 100 ℳ zu bewilligen.

Die Durchſchnittstemperatur in den Kühlräumen während des ganzen Jahres betrug + 5° C.

Die Kunſteisproduktion und damit die Einnahme hieraus erreichte infolge der lebhaften Nachfrage eine außergewöhnliche Höhe; den höheren Einnahmen ſtanden ſelbſtverſtändlich auch erhöhte Ausgaben, insbeſondere für Kohlen, gegenüber.

In den Monaten März mit Mai und vom Oktober an wurde der Zentner Maſchineneis bei gleichzeitiger Abnahme von mindeſtens 100 Ztr. um 50 ₰ abgegeben. Dieſe Vergünſtigung ermöglichte den Eishändlern und einigen auswärtigen Bierbrauereien die Ergänzung ihres Bedarfes für den Hochſommer. Für andere Abnehmer ſtellte ſich der Preis im Abonnement auf 75 ₰ und außer Abonnement auf 1 ℳ pro Ztr.

Der ſtarke Eisabſatz während der heißen Monate ſowie die erhöhten Betriebsausgaben legten nahe, durch Erhöhung der Eispreiſe eine beſſere Rentabilität der Kühlanlage herbeizuführen. Ein Magiſtratsbeſchluß vom 6. Juni 1902 beſtimmte, daß nur Kühlzellenmieter das bisherige Abonnement zu 75 ₰ pro Ztr. Eis für ihren eigenen Bedarf erhielten, während andere Abonnenten 1 ℳ und Einzelabnehmer 1,20 ℳ pro Ztr. Eis zu zahlen hatten.

Im ganzen wurden im Jahre

1902: 83 164 Stangen Eis à 12,5 kg abgegeben und dafür 17 771,99 ℳ eingenommen,

1901: 27 649 Stangen Eis à 12,5 kg abgegeben und dafür 5685,75 ℳ eingenommen.

Zur Beheizung der Dampfkeſſel waren im Jahre

1902: 427,050 Tonnen Kohlen zu 10 656,29 ℳ,

1901: 320,300 „ „ „ 7 730,46 „ nötig, ſo daß alſo pro 1902 ſich ein Mehrbedarf von 106,750 Tonnen Kohlen zu 2 925,83 ℳ ergab.

Angeſichts der erhöhten Ausgaben für Feuerungsmaterial und Waſſerverbrauch wurde trotz der vermehrten Einnahmen aus Kühlzellenmiete und Eisverkauf auch im Berichtsjahr kein Überſchuß aus dem Kühlhaus- und Schlachthofbetrieb erzielt.

§ 24.

Bäder.

a) Brauſebad.

Die Frequenz des Brauſebads hat ſich im Berichtsjahre abermals geſteigert, wie ſich aus nachſtehender Tabelle ergibt; es wurden nämlich abgegeben:

im Januar	3890	Bäder,
„ Februar	3420	„
„ März	3519	„
„ April	3586	„
„ Mai	4517	„
„ Juni	4124	„
„ Juli	4855	„
„ Auguſt	3607	„
„ September	3498	„
„ Oktober	4001	„
„ November	3284	„
„ Dezember	2716	„
im ganzen	45 017	Bäder gegen
	41 630	Bäder im Vorjahre.

Die Einnahmen hieraus beliefen ſich auf 6243 ℳ 11 ₰ gegen 5785 ℳ 86 ₰ im Vorjahre. Dieſen Einnahmen ſtehen 5474 ℳ 78 ₰ Betriebsausgaben und ein Anſchlag für Benützung der Anſtaltsräume zu 2500 ℳ gegenüber. Für Verzinſung und Amortiſation der Anlage, für Abnützung der maſchinellen Einrichtung ꝛc. iſt ein Anſchlag nicht gemacht.

b) Das ſtädtiſche Freibad.

Das ſtädtiſche Freibad (Mainflußbad) wies im Berichtsjahre folgende Frequenzziffer auf:

Mai	1946	Männer,	529	Frauen,
Juni	14969	„	5407	„
Juli	24706	„	5749	„
Auguſt	9325	„	1904	„
September	6991	„	1631	„
in Summa pro 1902:	57937	Männer;	15220	Frauen;
„ „ „ 1901:	54020	„	14960	„

Der Betrieb des Freibades iſt im weſentlichen der gleiche wie in den Vorjahren geblieben, nur gelangte eine neue Badeordnung für die Schulkinder zur Einführung.

Die Geſamtausgaben für Aufſtellung des Bades, Aufſicht, Bauunterhaltung und Abbruch beliefen ſich auf 1647 ℳ 27 ₰ gegen 2009 ℳ 89 ₰ im Vorjahre.

§ 25.

Friedhof.

Die mit den Gabler'schen Erben gepflogenen Verhandlungen über einen gegenseitigen Grundtausch behufs Erweiterung des Friedhofs nach Süden fanden einen befriedigenden Abschluß, so daß nach erfolgter Baulinienfestsetzung und Betätigung des notwendigen Umbaues der Zufahrtsstraßen von der Anna- und der Friedhofstraße aus mit den Erweiterungsarbeiten selbst wird begonnen werden können.

Das 2. und 5. Quadrat der IV. Friedhofabteilung wurden mit einem Aufwand von 612 ℳ mit Rabattsteinen versehen. In der I. Friedhofabteilung wurden behufs Abführung des Regenwassers durch Anbringung von Rinneneinläufen, Setzung von Sinkkasten mit Geruchsverschluß hinsichtlich der Kanalisation ꝛc. verbessernde Maßnahmen getroffen.

Veränderungen in der Einteilung des Friedhofareals (Schaffung neuer Abteilungen, Anlage von neuen Wegen) fanden im Berichtsjahr nicht statt.

Die bisher übliche Art des Transportes der Leichen kleiner Kinder — die Leichen wurden durch die Totengräber zum Friedhof getragen — war schon seit längerer Zeit Gegenstand berechtigter Kritik geworden; es wurde deshalb beschlossen, daß künftighin auch die Leichen von Kindern zum Friedhof zu fahren seien, und wurde demgemäß ein eigener Kinderleichenwagen (Einspänner) mit einem Aufwand von 1200 ℳ angeschafft.

Die bereits im Vorjahr begonnenen Verhandlungen über die Aufstellung einer neuen Friedhof- und Leichengebührenordnung wurden fortgesetzt und nahezu zum Abschluß gebracht.

Um ein rasches Auffinden der einzelnen Gräber bezw. deren Besitzer in den Friedhofgrundbüchern zu ermöglichen, wurde mit der Anlegung eines alphabetischen Generalregisters begonnen.

In der Organisation der Friedhofverwaltung trat gegen das Vorjahr eine Änderung nicht ein.

Die Rechnungsergebnisse der Friedhofkasse sind im Abschnitt II des Berichtes aufgeführt.

§ 26.

Öffentliche Anlagen und Pflanzungen.

I. Städtiſche Anlagen.

Während des Verwaltungsjahres 1902 wurde an der Vergrößerung der Zierbaumalleen eifrig gearbeitet. Es wurden die Keesburgſtraße mit über 500 Stück gut entwickelter Acer platanoides, die Rottendorferſtraße mit 90 Stück Acer pseudoplatanus und die Faulenberg-, jetzt Gneiſenauſtraße mit 88 Stück Acer negundo bepflanzt, welche alle ein ſehr gutes und geſundes Wachstum zeigen.

An den ſtädtiſchen Obſtbaumalleen wurde auf ſorgfältige Unterhaltung und Ergänzung Bedacht genommen.

In der Mergentheimerſtraße, den Schwimmſchulen entlang, mußte aus Verkehrsrückſichten eine Anzahl von Obſtbäumen gefällt werden.

Die während des Winters 1901 gepflanzten 500 Stück Kirſchbäume an der Landwehr ſind gut gediehen und werden künftig einen nicht unbedeutenden Einnahmepoſten bilden.

Die durch den Ausbau der Keesburgſtraße bedingte Umgeſtaltung der einen ſchönen Überblick über Würzburg gewährenden Keesburganlage, die bis jetzt vom Verſchönerungsverein unterhalten worden war, gab den Anlaß zu einer Vergrößerung der Anlage. Die Herſtellungskoſten wurden aus der Etatspoſition für Kultivierung öder Plätze beſtritten.

Auf den Ellern der Feldlage Pfaffenberg wurden Neupflanzungen und Verpflanzungen von Pinus austriaca und Pinus silvestris vorgenommen, welche trotz der ſchlechten Bodenverhältniſſe ein ſehr gutes Wachstum zeigen.

Die zur Bepflanzung der Promenade am Hochkai beſtimmten ſtarken Lindenbäume wurden im Laufe des Jahres zur Verpflanzung vorbereitet.

In den Ringparkanlagen wurde im Laufe des Frühjahrs 1902 mit der Herstellung des oberen Teils des Zierwasserlaufes begonnen.

Dieser Teil bildet den Zulauf für die schon im Wallgraben befindliche Teichanlage. Das aus einer Felspartie entspringende, in 5 Kaskaden herabfallende Bächlein, eingefaßt von Findlingssteinen und farbenprächtigen Blumengruppen, bringt eine lebendige Abwechslung ins gärtnerische Bild und hat neben der geschützten Lage viel dazu beigetragen, diesen Teil des Ringparkes zum beliebtesten Spaziergang zu machen.

Die Herstellungskosten beliefen sich auf 4000 ℳ und wurden aus den Zinsen des für diesen Zweck gestifteten Dr. Gätschenberger'schen Legats bestritten.

Im übrigen wurde auch im Berichtsjahre auf entsprechende Instandhaltung der prächtigen Ringparkanlagen die größte Sorgfalt verwendet; die hierauf erwachsenen Ausgaben sind aus Abschnitt II des Berichtes zu ersehen.

II. Vereinsanlagen.

Ein treuer Bundesgenosse in der Sorge für die Entwicklung des landschaftlichen Bildes unserer Stadt und die Schaffung anmutiger Spazierwege war stets der Verschönerungsverein Würzburg. Seine Tätigkeit im Berichtsjahr war dem weiteren Ausbau der bestehenden Anlagen, namentlich der Steinbachs- und Sieboldsanlage gewidmet; neue Projekte wurden nicht in Angriff genommen, um die finanziellen Kräfte des Vereins nicht zu zersplittern. An der Annaschlucht, dem malerischen Zugang zum Aussichtsturm vom Steinbachstale aus, einem opferwilligen Unternehmen des 1. Vorstands des Verschönerungsvereins, Herrn V. A. Fischer, wurden vom „Vater" dieser Anlage Wegverbesserungen vorgenommen und Erweiterungen angebahnt. Am Aussichtsturm wurde eine steinerner Anbau an Stelle der schadhaften hölzernen Halle errichtet.

Dem Verein sei hier der Dank der Stadtverwaltung für sein gemeinnütziges Wirken ausgesprochen mit dem Wunsche, daß die Einwohnerschaft durch aktives Interesse an den Vereinsbestrebungen dieser höchst anerkennenswerten Tätigkeit eine rege Unterstützung gewähren möge.

§ 27.

Rechtsmainiſches Hochkai, Zeller Brücke, Staatshafen, Floßhafen, Vorortsverkehr.

I. Das rechtsmainiſche Hochkai.

Wie ſchon im vorjährigen Verwaltungsbericht erwähnt, wurden die Bauarbeiten für die rechtsmainiſchen Tief- und Hochkaianlagen — zwiſchen Ludwigbrücke und Frühlingſtraße — am 7. Dezember 1901 durch die Firma J. E. Weber und den Bauunternehmer Karl Hannawacker hier begonnen.

Zunächſt wurde der Erdabtrag beim ehemaligen Schießhausanweſen in Angriff genommen. Da dieſe letztere Arbeit ſehr umfangreich war und der gewonnene Abtrag mit einem Teil des ſpäter geförderten Baugrubenaushubs und Baggergutes zur Anſchüttung der 25 m breiten und 1—2 m das alte Terrain überragenden Hochkaiſtraße verwendet werden konnte, wurde zum Transport des etwa 20 000 cbm betragenden Schüttungsmaterials eine ſchmalſpurige Rollbahn mit Lokomotivbetrieb angelegt und in Betrieb genommen.

Die milde Witterung erlaubte es, dieſe Vorbereitungsarbeiten, welche durchſchnittlich 70 Leuten Beſchäftigung boten und zur Minderung der Arbeitsnot im Winter 1901/02 beitragen ſollten, faſt ohne Unterbrechung fortzuführen, ſo daß ſchon am 13. Februar 1902 mit dem Aushub der Baugruben und 1 Monat ſpäter mit den Fundations- und Maurerarbeiten für die Hochkaimauer bei der Auffahrt zur Sanderglacisſtraße begonnen werden konnte.

Beim Tiefkai geſtaltete ſich der Arbeitsbeginn infolge hoher Waſſerſtände des Mains, welche vom 2.—8. April ihr Maximum erreichten, nicht ſo günſtig; auch war hier die Gründung wegen Errichtung der Spundwände und Anſchüttung der Fangdämme zum Schutze der Bau-

436109

gruben schwieriger. Mit dem Rammen der Spunddielen wurde am 17. April unter Zuhilfenahme einer Zugramme und später einer Dampfkunstramme bei der Blumenstraße der Anfang gemacht. Das erste ca. 40 m lange Arbeitsfeld wurde am 26. April fertiggestellt und durch Querdämme abgegrenzt.

Nach Absteckung der Korrektionslinie und Bauflucht der Tiefkaimauer im Benehmen mit dem k. Straßen- und Flußbauamte hier wurde am 10. Mai der Baugrubenaushub und am 2. Juni die Fundation und Aufmauerung der Tiefkaimauer in Angriff genommen.

Diese Arbeiten mußten ebenso wie die Gründungsarbeiten der Hochkaimauer vom 20.—26. Mai infolge wiederholten Hochwassers unterbrochen werden, sind aber dann — abgesehen von einer Arbeitsverzögerung (17.—20. Juni), welche durch Wassereinbruch in ein Arbeitsfeld der Tiefkaimauer hervorgerufen worden war — bis Ende des Jahres ohne weiteren Zwischenfall gefördert worden.

Die Stützmauer der Auffahrtsrampe (zur Sanderglacisstraße) an der Ludwigbrücke wurde schon Ende Juli fertiggestellt, so daß nach Ausbau der Fahrbahn und der beiderseitigen Gehsteige durch die Tiefbauunternehmer Baer und Sohn hier und nach Anbringung eines eisernen Brüstungsgeländers durch die Firma Gg. Noell u. Cie. hier diese Auffahrtsrampe im Herbste 1902 dem Verkehr übergeben werden konnte.

Die Gründung der Hoch- und Tiefkaistützmauer erfolgte durchgehends auf Felsen und bot — abgesehen von der mitunter schwierigen Wasserhaltung, welche durch Zentrifugalpumpen mit Lokomobilbetrieb betätigt wurde — im allgemeinen keine besonderen technischen Schwierigkeiten.

Bemerkenswert war, daß der Wasserandrang zu den Baugruben von der Landseite her stärker war als von der Flußseite her, was darauf zurückzuführen ist, daß sich hier in einer etwa 1 m mächtigen Kiesschicht über den Kalksteinfelsen ein starker Grundwasserstrom nach dem Mainbette hin bewegt.

Während die Tiefkaimauer in ihrer ganzen Längenausdehnung auf Felsen aufgesetzt wurde, ist die Hochkaimauer mittelst 60 cm starker halbkreisförmiger Bögen von 5 m Spannweite auf Mauerpfeiler abgeruht, deren jeder für sich auf Felsen fundiert wurde und bei einer Basis von etwa 2,5/2,33 m etwa 6½ kg/qcm maximalen Fundamentdruck erhielt.

Durch diese Konstruktion ergab sich neben unbedingter Sicherheit gegen Setzungen der Vorteil, daß der Grundwasserstrom nicht gehemmt wird, dessen Austreten in den Main zahlreiche Sickerschlitze in der Tiefkaimauer ermöglichen.

Der gewachsene tragfähige Kalksteinfelsen wurde oberhalb der Ludwigbrücke bis etwa 25 m unterhalb der Sonnenstraße in den durch vorherige Sondierung festgestellten Höhenlagen und zwar in 3—5 m Tiefe bei der Hochkaimauer und in 2,2—4,5 m Tiefe bei der Tiefkaimauer angetroffen; nur unterhalb und vor der Sonnenstraße zeigte sich eine Verwerfungsspalte im Felsen, so daß an dieser Stelle eine Gründungstiefe bis zu 7 m erforderlich geworden wäre.

Bei dieser Tiefenlage war eine Gründung der Tiefkaimauer auf Felsen selbst mit doppelten Spundwänden — Kastenfangdämmen — nicht mehr anwendbar und die sichere Übertragung der Belastung ungewiß.

Mit Genehmigung des Stadtmagistrates wurde deshalb die Gründung der Tiefkaimauer auf dieser 23,50 m langen Strecke mittelst Pfahlrostes und Betonsohle bewerkstelligt.

Es geschah dies in der Zeit vom 9. mit 22. Oktober. Der Pfahlrost besteht aus 58 Stück ca. 25 cm starken Kiefernholzpfählen von 2—3 m Länge, deren Köpfe in die darüber liegende gestampfte 0,8 m mächtige Betonschicht 25 cm tief eingreifen. Auf letztere ist die Kaimauer aufgesetzt.

Ein Teil der Pfähle ist zur Sicherung gegen Verschieben schräg nach vorne geschlagen worden.

Bei dem sich anschließenden Kaimauerende oberhalb der Sonnenstraße konnte die Gründung wieder auf Felsen stattfinden und wurde Ende Oktober mit Versetzen des als Eisbrecher ausgebildeten Schlußsteines die Tiefkaimauer auf ihrer ganzen Länge (von 629 m) fertig gestellt.

Ganz ähnliche Bodenverhältnisse lagen bei der Hochkaimauer (bezw. Sonnenstraßentreppe) vor, so daß auch hier eine andere Gründungsart in Erwägung gezogen werden mußte.

Die Verhandlungen hierüber mit der Bauunternehmung waren bis Ende des Berichtsjahres noch nicht zum Abschluß gediehen, so daß der Weiterbau auf das nächste Jahr verschoben werden mußte.

Unbeeinflußt hievon wurden das aufgehende Mauerwerk des Hochkais sowie die Steinhauerarbeiten — wie das Verlegen der Gurtgesimse, die Errichtung der Hochkaibrüstung und der teilweise Ausbau der Blumenstraßentreppe — zusehends gefördert, so daß Ende November, wo die kalte unfreundliche Witterung den sämtlichen Bau-Arbeiten und der am 15. Oktober begonnenen Flußräumung (Baggerung) Einhalt gebot, etwa 600 lfd.m der Hochkaimauer fertig gestellt waren.

II. Die Erbauung einer Brücke in Zell a. M.

Die Verlegung der Schnellpressenfabrik von Koenig u. Bauer von Kloster Oberzell nach dem rechten Mainufer in die zur Stadtmarkung gehörige Dürrbachau gab der Gemeinde Zell Veranlassung, die Errichtung einer Brücke über den Main ins Auge zu fassen, zumal ein großer Teil der Arbeiter und Beamten der genannten Fabrik in Zell wohnhaft ist und die Firma Koenig u. Bauer finanzielle Unterstützung für den Brückenbau zusicherte.

Zu gleicher Zeit strebte die Gemeinde Zell auch die Errichtung einer Güterstation an der vorhandenen Bahnhaltestelle an; aus bahntechnischen Gründen wurde jedoch seitens der k. Bahnverwaltung die neue Station um ca. 800 m mehr mainaufwärts gegen Würzburg projektiert (gegenüber dem städtischen Klostergut Oberzell), was nicht ohne Einfluß auf die Wahl des Platzes für die Brücke bleiben konnte.

Bereits im Jahre 1899 wurden Verhandlungen eingeleitet zwischen der Gemeinde Zell und der Stadtgemeinde Würzburg, nicht allein wegen der Beteiligung der Stadtgemeinde an der Bereitstellung des Grund und Bodens für den Brückenbau, sondern auch wegen Tragung der Kosten der übrigen Straßenbauten und der künftigen Straßenunterhaltung.

Da die Grenze zwischen den beiden Markungen Würzburg und Zell das linke Mainufer bildet, kommen die rechtsufrigen Rampen und Zufahrtsstraßen vollständig, die Brücke selbst zum größten Teil auf Würzburger Markung, die rechtsufrigen Rampen zudem auf bürgerspitälisches Eigentum, die linksufrigen Zufahrtsrampen auf städtische — allerdings in Zeller Markung gelegene — Wiesenflächen zu liegen. Unter solchen Umständen mußte die Gemeinde Zell auf die Mitwirkung der Stadtgemeinde Würzburg rechnen.

Im Schoße der Gemeindeverwaltung Zell selbst entstanden alsbald Schwierigkeiten wegen des Standortes der Brücke, da die Mehrzahl der Gemeindeangehörigen die Erbauung an der derzeitigen Fähre in der Mitte von Unterzell anstrebte. Auch hiezu mußte die Stadtgemeinde Würzburg wiederholt Stellung nehmen, weil sie als Besitzerin des Klosterguts Oberzell zu den meistbesteuerten Zeller Gemeindeangehörigen zählt.

In der endgültigen Abstimmung entschied sich die Gemeindeversammlung in Zell für den Standort oberhalb Unterzell, nachdem sich mit der Stadt Würzburg auch die Firma Koenig u. Bauer, das k. Forstamt und die k. Regierung hiefür ausgesprochen hatten.

Die Stadtgemeinde Würzburg konnte in pflichtgemäßer Wahrung ihrer Interessen und insbesondere mit Rücksicht auf ihre künftige Entwicklung in der Dürrbachau nur bei Wahl dieses Standortes eine tatkräftige Unterstützung des Brückenbaues zusichern, was in der Folge auch in sehr ausgiebiger Weise geschah, wie aus dem im Juni des Berichtsjahres zu stande gekommenen und unterm 20. Oktober 1902 notariell verlautbarten Vertrage zu entnehmen ist.

Die wichtigsten Vertragspunkte sind folgende:

1. Die Stadtgemeinde Würzburg stellt den Grund und Boden für die Brückenpfeiler und Widerlager wie für die Zufahrtsrampen und zwar am linken Ufer unter gleichzeitiger Eigentums-Übertragung, am rechten Ufer lediglich unter Einräumung einer Grunddienstbarkeit zur Verfügung. Dabei hatte am rechten Ufer, soweit bürgerspitälischer Besitz in Frage kam, erst eine Erwerbung durch die Stadtgemeinde vorauszugehen.
2. Für Errichtung eines Brückenzolleinnehmerhauses am linksufrigen Widerlager räumte die Stadtgemeinde ein Erbbaurecht auf ihrem Grundstück Pl.-Nr. 334 ein; desgleichen für die Überspannung von Grund und Boden mit Brückengewölben.
3. Weiterhin gestattete die Stadtgemeinde eine ausgedehnte Abgrabung des Wiesengeländes am rechten und linken Ufer zum Zwecke der Vergrößerung des Durchflußprofils der Brücke und zur Gewinnung von Füllmaterial für die Brückenrampen. Als unterste Grenze der Abgrabung wurde in der Flußnormalen 2,7 m Pegelhöhe und im Abstand der Widerlager 3,7 m Pegelhöhe bestimmt. Die sachgemäße Wiederherstellung der Kulturflächen, die Schadloshaltung der städt. und stift. Pächter fiel der Gemeinde Zell zu.
4. Die Stadtgemeinde übernahm weiterhin die Kosten einer sofortigen breiteren Anlage der Pfeiler und Widerlager in der Art, daß für eine spätere Verbreiterung der nur mit 6 m Breite projektierten Brücke auf 10 m die Auflagerflächen für breitere Gewölbe vorbereitet sind. Desgleichen übernahm die Stadtgemeinde die Kosten der Ausführung der rechtsufrigen Rampen zu 12 m Breite statt mit 6 m Breite mit einem Gesamtaufwand für beide Bauwendungen im Betrage zu 35 600 ℳ.
5. Endlich verpflichtete sich die Stadtgemeinde zur künftigen Unterhaltung der rechtsufrigen, auf Würzburger Markung gelegenen Zufahrtsrampen.

Durch diese Leistungen gewann die Stadtgemeinde neben einer günstigen Lage der Brücke zu einer künftigen Güterstation und zu dem städt. und stiftischen Grundbesitz wie zur städt. Markung überhaupt im wesentlichen noch folgende Vorteile:

1. Das Recht auf jederzeitige Einlegung der Wasser- und Gasleitung, elektrischer Stark- und Schwachstromkabel sowie zur Führung einer Trambahnlinie über die Brücke.
2. Das Recht, die Brücke im Bedarfsfalle auf ihre eigenen Kosten und nach ihrem eigenen Ermessen verbreitern zu lassen, ohne daß die Gemeinde Zell gegen irgend eine der getroffenen Maßnahmen einen Einspruch geltend machen kann.

Wenn auch die Aufwendungen der Stadtgemeinde, welche sich einschl. der Herstellung von Verbindungsstraßen zur Brücke am rechten Ufer auf über 70000 ℳ belaufen werden, hoch genannt werden können, so werden sie doch aufgewogen durch die infolge der günstigen Lage der Brücke geförderte Entwicklung des Industriegebietes in der Dürrbachau.

Über die Ausführung des hienach festgelegten Brückenprojektes ist folgendes zu berichten:

Die Brücke überspannt den Main senkrecht zur Flußrichtung, 23 m oberhalb des derzeitigen Flußkilometers Nr. 144.

Die Brücke wird als eine gewölbte Steinbrücke ausgeführt und erhält 5 Öffnungen, von denen die beiden Flußöffnungen in der Kämpferlinie gemessen eine lichte Weite von je 37 m, die zunächst liegenden beiderseitigen Landöffnungen eine solche von je 32 m und die äußerste rechtseitige Landöffnung eine lichte Weite von 24 m erhalten. Die gesamte Durchflußweite in der Kämpferlinie gemessen beträgt 162 m.

Die Fundierung des Bauwerks erfolgte durchweg auf festgelagerten Felsen. Die Gewölbestärke im Scheitel beträgt für die Öffnungen zu 37 m, 32 m und 24 m je 1,15 m bezw. 0,95 m bezw. 0,80 m.

Die Lichthöhe des Fahrbogens der linkseitigen Flußöffnung ist auf 10,65 m über Nullpegel vorgesehen. Die Breite der Brückenfahrbahn wird 4,60 m, die der beiderseitigen Fußsteige je 0,70 m betragen. Die Zufahrtsrampen sind in einer Breite von 12 m vorgesehen, wovon 7 m auf die Fahrbahn und je 2,50 m auf die beiderseitigen Gehsteige treffen.

Die Brückenfahrbahn hat im Längenprofil die Form einer Parabel. Die nach links anschließende Auffahrtsrampe weist eine Steigung von

1,67 % und die rechtsseitige Auffahrtsrampe eine gebrochene Steigung bei einer Meiststeigung von 3,5 % auf.

Die Absteckung der Brückentrace erfolgte am 7. Juli. Mit den Bauarbeiten wurde am 23. Juli begonnen; dieselben wurden im Berichtsjahre so gefördert, daß sämtliche Pfeiler bis auf Widerlagerhöhe und das linke Widerlager bis auf Terrainhöhe hochgemauert und die Anschüttung der beiderseitigen Rampen bis auf Chaussierungs-Unterkante betätigt wurde.

III. Staatshafen, Floßeinpollerstelle, Lagerhaus.

Wie im vorletzten Verwaltungsbericht bereits erörtert, sind seit Jahren Projektierungen und Verhandlungen im Gange, welche die Verbesserung der Lände- und Umschlageinrichtungen am Main zum Ziel haben, weil ohne solche Vorkehrungen eine nennenswerte Entwicklung der Kettenschleppschiffahrt und damit des Mainverkehrs überhaupt unmöglich schien.

Nur wenn günstige Lände-, Umschlag- und Lagergelegenheiten vorhanden sind, kann sich ein geregelter und nutzbringender Schiffahrtsverkehr entwickeln. Zahlreiche Städte und staatliche Verwaltungen am Rhein haben dies frühzeitig erkannt und durch eine fast überreiche Fürsorge in bezug auf Schaffung von geeigneten Hafenanlagen, Ufergeleisen, ausgedehnten Lagerhäusern und leistungsfähigen Kranen den Schiffahrtsverkehr und damit Handel und Industrie in äußerst segensreicher Weise gefördert und gemehrt.

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend strebte auch die Stadtgemeinde seit Jahren eine Hebung der Mainschiffahrtseinrichtungen in Würzburg an. Als einziger Platz, wo sich die Anlage von Lagerhäusern mit modernen Kranen und mit Ufergeleisen ohne unverhältnismäßig hohe Kosten verwirklichen läßt, mußte der staatliche Schiffs- und Überwinterungshafen ins Auge gefaßt werden.

Nachdem dieser Hafen bisher als Einpollerstelle gedient hatte und die Ländeplätze hauptsächlich als Winterlagerplätze für Langholz verwendet worden waren, galt es vor allem, in dieser letzteren Richtung Ersatz zu beschaffen, um den Hafen für die Schiffahrt ausschließlich verfügbar zu machen.

Im Jahre 1898 und 1899 war, wie bereits früher berichtet, staatlicherseits die seit langem projektierte Holzeinpollerstelle an der Dürren Brücke zur Ausführung gekommen und zwar unter Mitwirkung der Stadtgemeinde, obgleich städtischerseits vom Anfang an darauf hingewiesen

worden war, daß nur die Anlage eines Floßhafens den Bedürfnissen der Interessenten wirklich Rechnung tragen könne.

Im Mai 1902 erfolgte seitens des k. Staatsministeriums des Innern, des k. Hauses und des Äußern, dann der Finanzen ein endgültiger Bescheid auf die städtischen Projekte und Vorlagen vom August 1900 über die Errichtung von Hafenlagerhäusern im Staatshafen. Schon vorher war unterm 25. Januar 1901 der Stadtgemeinde ein Betrag von 27000 ℳ als einmaliger Staatszuschuß für die durch Errichtung von Lagerhäusern bedingte Erhöhung der Hafenkaimauer unter gewissen Bedingungen zugesichert worden.

Als bedeutsamste dieser von der Stadtgemeinde akzeptierten Bedingungen ist zu nennen die der Stadtgemeinde auferlegte Verpflichtung, Ersatz für die am Staatshafen bisher befindlichen hochwasserfreien und stromsicheren Winterlagerplätze für Langholz zu schaffen, was nur an der neuen Einpollerstelle geschehen konnte, — da an die Errichtung eines großen Floßhafens wegen der hohen Kosten vorerst nicht zu denken war. Nachdem aber diese Einpollerstelle in Interessentenkreisen wenig Anklang gefunden hatte, ja direkt bemängelt worden war, mußten größere Aufwendungen bei Errichtung der Holzlagerplätze vermieden werden, weil doch früher oder später die Errichtung eines eigentlichen Floßhafens an anderer Stelle mit hochwasserfreien Lagerplätzen unausbleiblich schien.

In Berücksichtigung dieses Umstandes waren die Kosten von dem Stadtbauamte auf 30000 ℳ veranschlagt worden einschl. 7352,84 ℳ für Grunderwerbung. Dabei sollten die bahnseits für nötig erklärten Doppelgeleise durch die k. Bahnverwaltung als Industriegeleise aus noch brauchbarem Altmaterial erstellt und städtischerseits lediglich die übliche Benützungsgebühr mit jährlich 7 Prozent aus dem Wert der Oberbaumaterialien an die Bahnkasse entrichtet werden.

Der Abschluß des diesbezüglichen Vertrages zwischen Stadtgemeinde und der k. Eisenbahnbetriebsdirektion erfolgte unterm 25. April bezw. 12. Mai 1902.

Mit der Ausführung der Winterlagerplätze wurde alsbald nach Abschluß des Vertrages begonnen. Die Fertigstellung erfolgte Ende August 1902.

Die wirklich erwachsenen Kosten beliefen sich infolge verschiedener Einsparungen nur auf rund 22000 ℳ.

Gleichzeitig wurde die schienengleiche Überfahrt beim Bahnwärterposten Nr. 1, welche den Zugang zu den Holzlagerplätzen zu vermitteln hatte, durch eine Straßenunterführung an der Dürrbachbrücke ersetzt, wobei die Stadtgemeinde auf Grund des bestehenden Vertrages vom

28. Oktober 1902 zur unentgeltlichen Bereitstellung des Grund und Bodens — (allerdings ohne Eigentumsübertragung) — und zur künftigen Unterhaltung der neuen Straße nebst Böschungen, Gräben und Röhrendurchlässen sich hatte verpflichten müssen.

Durch die Herstellung dieser schienenfreien Zufahrtsstraße zu den neuen Winterlagerplätzen für Langholz wird zweifellos die Benützung der Holzeinwurfstelle für flößbares Holz aus den Waldungen der Umgebung Würzburgs sehr erleichtert. Bei höherem Wasserstande des Mains muß freilich die alte schienengleiche Überfahrt vorübergehend in Benützung genommen werden und ist diese Möglichkeit auch vertraglich seitens der Bahnverwaltung zugesichert worden.

Wenn auch die neuen Winterlagerplätze für Langholz wegen der unverhältnismäßig hohen Kosten nicht absolut hochwasserfrei angelegt werden konnten, sondern nur durch vorgelegte Dämme gegen Wasserstände von über 5 m Pegel Sicherheit gewähren, also ähnlich wie die Lagerplätze in Ochsenfurt und Marktbreit nur als hochwassersicher, d. h. gesichert gegen Wegschwemmen des Holzes betrachtet werden können, so wird dies doch kaum die Interessenten veranlassen, diese Holzlagerplätze zu meiden.

Diese Erwartung dürfte um so mehr berechtigt sein, als seitens der zuständigen staatlichen Stellen eine Verbesserung der neuen Holzeinpollerstelle durch Herstellung zweier kleinerer Becken mit gesonderter Ausfahrt an Stelle des bisherigen einen Beckens in Bälde zur Ausführung kommen soll.

Während so die Erfüllung der unterm 25. Januar 1901 vom k. Staatsministerium des Innern gestellten Bedingungen im Werke war, wurde auch die Hauptfrage, die Errichtung von Lagerhäusern im Staatshafen eifrig gefördert. Alsbald nach Eintreffen der Minist.-Entschl. vom 21. Mai 1902 wurden nach eingehender Vorberatung unterm 13. und 21. Juni 1902 von den städtischen Kollegien insgesamt 215 000 ℳ für die Aufhöhung des Hafengeländes und den Bau eines Lagerhauses genehmigt, wovon 2000 ℳ auf die seitens der k. Staatsregierung geforderte Erwerbung ärarialischer Flächen längs der alten Hafenkaimauer entfielen. Zunächst sollte die Erhöhung der Hafenkaimauer à conto des bewilligten Staatszuschusses von 27 000 ℳ betätigt und eine Kommission aus Mitgliedern der städt. Kollegien zur Besichtigung einiger moderner Hafenanlagen und Lagerhäuser abgeordnet werden.

Unterm 19. Juli genehmigte die k. Regierung den Baubeginn für die Erhöhung der Hafenkaimauer und mit Beschluß vom 1. bezw. 21. August stimmten die städt. Kollegien dem seitens des Stadtbauamtes I aufgestellten Detailprojekt für die genannte Kaimauer-Erhöhung zu.

Die Arbeiten wurden am 10. Oktober im Submiſſionswege dem Baumeiſter Joſ. Keidel als Mindeſtnehmenden zum Angebote von 26 663,10 ℳ übertragen.

Der Bau, als Winterarbeit gedacht, wurde trotz der ſpäten Jahreszeit noch im Berichtsjahre in Angriff genommen und bis Ende des Jahres auf ca. 125 m Länge bis zur geplanten Höhe fertig geſtellt.

Inzwiſchen hatte die Reiſekommiſſion die Beſichtigung einer Reihe von Hafenlagerhäuſern in den Städten: Heilbronn, Karlsruhe, Straßburg, Worms, Mannheim, Ludwigshafen und Frankfurt a. M. vorgenommen, und zwar in der Zeit vom 4. bis 7. Auguſt des Berichtsjahres. Die Kommiſſion legte das Ergebnis der Beſichtigung in einem beſonderen Reiſebericht, techniſchen und kommerziellen Inhaltes nieder und fügte Vorſchläge bezügl. der Errichtung des Lagerhauſes im Staatshafen an.

Insbeſondere ſprach ſich die Kommiſſion im Intereſſe der beſſeren Platzausnützung für Errichtung nur *eines*, jedoch mehrgeſchoßigen Lagerhauſes mit Souterrainräumen und 2 Obergeſchoßen über Erdgeſchoß, für flußſeitige Anlage von Geleiſen und landſeitige Anlage einer Ladeſtraße für den Fuhrwerksverkehr aus.

Für das Lagerhaus ſelbſt wurde möglichſt billige Bauart vorgeſchlagen (mit Ausnahme der Einwölbung des Souterrains alle Decken mit Holzbalken und Bretterboden).

Die Kommiſſion ſprach ſich weiter für Aufſtellung eines elektriſch betriebenen ſog. Halbportalkrans an der Waſſerſeite des Lagerhauſes und für Herſtellung eines elektriſchen Aufzugs für den Warentransport in der allgemeinen Abteilung des Lagerhauſes aus.

Die Ausdehnung des Lagerhauſes ſollte derart bemeſſen werden, daß ſämtliche Pachtanmeldungen befriedigt werden können.

Zufolge einer Anregung der ſtädt. Hafenkommiſſion vom 24. Juli 1902 war nämlich ſeitens des Stadtmagiſtrats unterm 31. Juli 1902 Bekanntmachung bezügl. der Verpachtung des geplanten Lagerhauſes erlaſſen und zur baldigen Anmeldung aufgefordert worden.

Die Anmeldungen waren ſehr zahlreich und zum größten Teil in verbindlicher Weiſe eingekommen, woraus ſich die Notwendigkeit ergab, den Hauptbau des Lagerhauſes ganz weſentlich größer als bisher geplant, zu errichten.

Die Projektbearbeitung ſeitens des Stadtbauamtes erfolgte im Benehmen mit den Intereſſenten; die ſo fertiggeſtellten Pläne faßten ein Lagerhaus ins Auge mit ca. 8000 Quadratmeter Lagerfläche (ſtatt wie bisher projektiert 2000 Quadratmeter), wobei allerdings eine Abteilung von rund

2000 Quadratmeter in 4 Geschossen als allgemeine Abteilung in Aussicht genommen war. Hiedurch berechnete sich eine Kostenmehrung von 235 000 ℳ.

Die seinerzeit gestellte Bedingung bezügl. einer gesicherten Rentabilität schien auch für den Fall einer Vergrößerung des Baues erfüllt; denn für die Mehrung von ca. 6000 qm Lagerflächen in betreffenden Teilen des Baues waren durchweg Mietanerbieten in verbindlicher Form vorhanden. Dabei waren mäßige, aber immerhin eine 5% Rente gewährleistende Mietpreise in Ansatz gebracht.

Über den weiteren Verlauf der Sache muß Näheres dem nächsten Verwaltungsberichte vorbehalten bleiben.

IV. Vorortsverkehr.

Wie bereits im X. Verwaltungsbericht erwähnt, hatte im Jahre 1899 der Stadtmagistrat Würzburg Stellung genommen zu den Bestrebungen, die auf Einführung von billigen Vorortsverbindungen für Würzburg abzielten.

Die diesbezüglichen Projekte der k. Bahnverwaltung gelangten bereits im Jahre 1900 zur Kenntnis des Stadtmagistrates.

Soweit das städtische Markungsgebiet in Frage kam, handelte es sich damals um Anlage eines Halteplatzes an der Randersackererstraße bei Bahnwärterposten Nr. 79 sowie eines solchen gegenüber der Artilleriekaserne nächst der nunmehrigen Unterführung der Gneisenaustraße. Im Jahre 1901 kam hiezu noch das Projekt einer Vorortshaltestelle an der Dürrbachbrücke, dessen Verwirklichung davon abhängig gemacht wurde, daß die Stadtgemeinde Würzburg die Herstellung und Unterhaltung der Fußwegverbindung von der Staatsstraße Würzburg—Veitshöchheim zum Halteplatz übernahm und sich bereit erklärte, im Falle des eintretenden Bedürfnisses für Erbauung einer einfachen hölzernen Unterstandshütte Sorge zu tragen.

Die Herstellung dieser sowie der an der Artilleriekaserne vorgesehenen Haltestelle erfolgte im Berichtsjahre, so daß die Inbetriebnahme im Monat August erfolgen konnte.

Im Laufe des Jahres kam auch der Verbindungsweg von der Veitshöchheimerstraße zur Haltestelle Dürrbachbrücke, für dessen Herstellung ein Kredit von 2000 ℳ bewilligt worden war, zur Ausführung und zwar in Verbindung mit einer Korrektion des Dürrbachs, die zur Vermeidung von Grunderwerbungen notwendig geworden war.

§ 28.

Straßenbahn.

Hinsichtlich des Umfanges der Betriebsstrecke sowie der Art des Betriebes traten gegen das Vorjahr wesentliche Änderungen nicht ein. Das finanzielle Ergebnis des Unternehmens war leider auch im Berichtsjahr ein sehr ungünstiges, da aus den Einnahmen nicht einmal die laufenden Betriebsausgaben gedeckt, geschweige denn eine Verzinsung und Amortisation des Anlagekapitals geleistet werden konnte.

Die Straßenbahngesellschaft glaubte eine Erhöhung ihrer Einnahmen dadurch herbeiführen zu können, daß auf der Guttenbergerwald- und Zellerlinie als äußerste Grenze für die Fahrten zum 10 ₰-Tarif vom Stadtinnern aus das Hügelsche Bad an der Mergentheimerstraße bezw. die Kreuzung der Wörthstraße mit der Frankfurterstraße festgesetzt und für die Fahrt über diese Grenzpunkte hinaus weitere 10 ₰ erhoben wurden.

Diese mit widerruflicher Genehmigung des Magistrats eingeführte Erhöhung des Fahrpreises bewirkte jedoch statt einer Mehrung der Einnahme eine Verminderung derselben, da die Frequenz der Zeller- und Guttenbergerwaldlinie nunmehr noch weiter zurückging.

Die Gesellschaft sah sich daher genötigt, in dieser Richtung eine Änderung dahin eintreten zu lassen, daß der am Hügelschen Bad bezw. an der Kreuzung der Wörthstraße mit der Frankfurterstraße zu bezahlende Aufschlag von 10 ₰ auf 5 ₰ reduziert wurde.

Im Interesse der Erhaltung des Straßenbahnunternehmens wäre es sehr zu wünschen, daß seitens des Publikums durch häufigere Benützung dieses Verkehrsmittels zur Erzielung günstigerer Betriebsergebnisse entsprechende Beihilfe geleistet würde.

§ 29.

Straßenerweiterungen und Straßenbauten.

A. Straßenerweiterungen.

Im Berichtsjahre sind Straßenerweiterungen nicht zur Durchführung gelangt, es wurden lediglich Verhandlungen über Erweiterung einiger Straßen im Innern der Stadt geführt und bezügliche Instruktionshandlungen gepflogen.

Das Schießhausanwesen wurde zur Durchführung des Ludwigkais abgebrochen und an der Spitalgasse das Anwesen Nr. 8 für 8000 ℳ auf Abbruch zwecks Straßenerweiterung angekauft.

B. Straßenbauten.

Die in das Berichtsjahr fallenden Straßenbauten und deren Kosten sind folgende:

Nr.	Straße	Länge	Breite der Fahrbahn	Breite der Gehsteige	Kosten ℳ	Kosten ₰
		m	m	m		
1.	Nikolausstraße von Haus Nr. 2 bis zum Göb'schen Anwesen	142,—	7,—	südl. 3,— nördl. 2,—	8 087	49
2.	Reiserstraße von Sennefelder- bis Oberdürrbacherstraße	140,—	5,—	je 2,50	4 338	90
3.	Oberdürrbacherstraße von Grombühl- bis Reiserstraße. (Hier wurde nur der westliche Gehsteig und die Straßenrinne hergestellt).	125,—	Rinnen 0,60	westl. 3,00	1 658	33
	Übertrag:	407,—	—	—	14084	72

Nr.	Straße	Länge m	Breite der Fahrbahn m	Breite der Gehsteige m	Kosten ℳ	₰
	Übertrag:	407,—	—	—	14 084	72
4.	Sophienstraße von Friedenstraße bis zum Privatweg zur Franz-Ludwigstraße .	90,—	6,—	je 3,—	3 797	28
5.	Gutenbergstraße von Petrini- bis Fabrikstraße	90,—	5,70	je 3,—	3 821	90
6.	Senefelderstraße:					
	a) Ausbau von Grombühl- bis Reiserstraße	60,—	5,70	je 3,—	2 719	33
	b) Fußweg (wird später Fahrbahn) von Reiser- bis Fabrikstraße . .	134,—	4,50	je 0,75	1 365	89
7.	Gabelsbergerstraße von Steinheil- bis Vinzentinumstraße	50,—	5,70	je 3,—	1 744	07
8.	Wickenmayerstraße .	85,—	je 6,—	je 3,—	6 527	04
9.	Pestalozzistraße .	30,—				
10.	Rückertstraße von Hutten- bis Wölfflinstraße	128,—	5,70	je 2,65	5 095	87
11.	Konradstraße von Seelbergstraße gegen Norden	40,—	6,—	je 3,—	1 578	07
12.	Keesburgstraße von Haus Nr. 13 ab .	978,—	4,50	je 1,75	18 902	91
13.	Grombühlstraße vor dem Blatz'schen Anwesen	30,—	1,50	südl. 3,—	367	24
14.	Gneisenaustraße zwischen Nr. 14 und Artilleriekaserne	750,—	6,50	nördl. 4,— südl. 1,50	33 959	45
	Zusammen	2872,—	—	—	93 963	77

In der Nikolausstraße (nördliche Seite), Sofienstraße, Gutenbergstraße, unteren Sennefelderstraße (östl. Seite), Gabelsbergerstraße (westl. Seite), Pestalozzistraße (östl. Seite), Rückertstraße und Konradstraße wurden dabei auch Randsteine in definitiver Weise gesetzt, während in der Nikolausstraße (südl. Seite), Reiserstraße, Oberdürrbacherstraße (westl. Seite), unteren Sennefelderstraße (westl. Seite), Gabelsbergerstraße (östl. Seite), Wickenmayerstraße (östl. Seite), Pestalozzistraße (westl. Seite), Rückert-

ſtraße vor den Neubauten 8, 14 und 16 und Grombühlſtraße vor dem Blatz'ſchen Anweſen alte Kalkrandſteine bezw. Pflaſterbordſteine in proviſoriſcher Weiſe Verwendung fanden.

Im oberen Teil der Sennefelderſtraße iſt die Fahrbahn derart hergeſtellt worden, daß ſie zunächſt als Fußweg dient mit Rückſicht auf den großen Verkehr zur neuen Grombühlſchule.

Die Keesburgſtraße iſt ohne eigentliche Gehſteiganlage, lediglich in Manier einer Landſtraße an Stelle des vorhandenen Feldweges mit Fußbankett und Baumpflanzung neu angelegt; ſie ſoll den Fahrverkehr zum Keesburggut insbeſondere mit Rückſicht auf die ſtädtiſche Kehrichtabfuhr erleichtern.

Die Gneiſenauſtraße iſt in ihrer Außenſtrecke der Erſatz für den ehemaligen ſchienengleichen Bahnübergang bei Haus Nr. 14 und ſtellt die Verbindung mit der neuen Unterführung an der Artilleriekaſerne her.

Sie wurde auf Koſten der k. Bahnverwaltung gebaut; die Stadtgemeinde leiſtete lediglich die Grunderwerbung.

§ 30.

Straßenpflasterung, Straßenunterhaltung.

a) Straßenpflasterung.

Der Umfang und die Mehrung der Pflasterfläche der Stadt im Berichtsjahre möge aus folgender Zusammenstellung ersehen werden.

Am Ende des Jahres	Gepflasterte u. asphaltierte Straßen einschl. Gehsteige in Zement u. Asphalt		Asphaltierte Straßen		Gehsteigflächen		
	Länge m	Fläche qm	Länge m	Fläche qm	Asphalt qm	Zementbeton qm	Zementplatten qm
1901	32530	367900	151	1653	1400	7340	12290
1902	32910	373000	151	1653	1400	7340	14790

Die Mehrung betrug sonach gegenüber dem Stande am Schlusse des Vorjahres 5100 qm.

Von diesen Mehrflächen treffen 2460 qm auf Fahrbahn- und 2640 qm auf Gehsteigbefestigung.

Von den gesamten Pflasterflächen treffen ca. 338200 qm auf die Innenstadt und 34800 qm auf die Außenstadt.

Die Mehrung der mit Zementplatten befestigten Gehsteigflächen pro 1902 beträgt 2500 qm.

Nicht im städtischen Eigentum befinden sich 21200 qm Pflasterflächen (Residenzplatz).

Einschließlich der letzteren beziffert sich das Gesamtausmaß aller gepflasterten Flächen in der Stadt auf 394200 qm.

Der Umfang und die Kosten der im Jahre 1902 hergestellten Neupflasterungen und Zementgehsteige sind aus der nachstehenden Zusammenstellung zu ersehen.

Lfd. Nr.	Art der Arbeit	Straße	Gesamt-Länge m	Gesamt-Breite m	Fahrbahn Breite m	Fahrbahn Fläche qm	Gehsteige Breite m	Gehsteige Fläche qm	Kosten ℳ	Kosten ₰
1.	Pflasterung	Rottendorferstraße	232	11	7	1666	3	224	32348	17
2.	„	Kohlenhofstraße	57,6	7,4	4,8	276	je 1,3	137	4452	41
3.	„	Theresienstraße	90,1	9,4	5,7	514	je 1,85	286	5763	63
4.	Gehsteiganlage (Zementplatten)	Haugerring	31,5	—	—	—	3,5	112	4076	27
			146,4	—	—	—	4,6	675	(8275	04)
5.	„	Rennweger-ring	141,2	—	—	—	4,5	560		
6.	„	Sanderstraße	63,3	—	—	—	2,5	156,3	756	27
									(1428	36)
7.	„	Karmelitengasse	347,4	—	—	—	1,5	476	2815	57
									(4473	29)

Die Kosten für die neu hergestellten Zementgehsteige stellen nur den Anteil der Stadtgemeinde dar; die Gesamtkosten sind in Klammern ( ) beigesetzt.

Die Rottendorferstraße war früher Staatsstraße und wurde ihre Pflasterung bei der Übernahme durch die Stadtgemeinde in Aussicht genommen, wobei seitens des Staatsärars eine Zuschußleistung durch Vertrag zugestanden wurde.

Die Pflasterung konnte im Jahre 1902 nicht ganz vollendet werden, weil eine Erweiterung des westlichen sehr engen Teiles der Rottendorferstraße, sowie eine Neupflasterung der Bahnüberbrückung sich noch in Instruktion befanden und die bezüglichen Verhandlungen sich übermäßig verzögerten.

b) Unterhaltung der chaussierten Straßen und besandeten Gehsteige.

Der Bestand an chaussierten Straßen ergibt sich aus folgender Tabelle:

Am Schlusse des Jahres	Chaussierte Straßen			Fläche
	Längen	Fläche der		Sandgehsteige und Promenadewege
		Pflasterrinnen	Fahrbahn	
	m	qm	qm	qm
1901	60 135	44 400	327 963	267 630
1902	62 321	46 224	339 023	279 722

Die Gesamtlänge der chaussierten städtischen Straßen erfuhr sonach seit dem Vorjahre eine Mehrung von 2186 m Länge.

Die Fläche eine solche von 11 060 qm.

Im Flächenmaße der besandeten Gehsteige und Promenadewege sind alle besandeten Plätze und Gehsteige an gepflasterten wie chaussierten Straßen inbegriffen.

Einschließlich des Rinnenmaßes ergibt sich ein Gesamtflächenmaß für Straßenfahrbahnen zwischen den Randsteinen von 385 247 qm, einschließlich der Sandgehsteige ein Gesamtflächenmaß der chaussierten Straßen und Wege von 664 969 qm (ohne Einrechnung der Feldwege).

Straßenwalzung pro 1902.

Über die Größe der in dem Berichtsjahre mit der Dampfwalze festgewalzten Flächen und die hierauf erwachsenen Kosten ergibt die folgende Zusammenstellung Aufschluß.

Lfde. Nr.	Vortrag	Fläche qm	Basaltschotter cbm	Basaltgrus cbm	Walzzeit Tage
	I. Sanderau.				
1.	Franz-Ludwigstraße von Friedenstraße bis Bahnunterführung	800 —	79 10	20 93	3
2.	Erthalstraße von Bahnunterführung bis Haus-Nr. 16	1 156 —	152 66	35 91	5
3.	Rottendorferstraße von Waltherstraße bis letzten Hieb	1 470 —	138 40	39 62	8½
	II. Grombühl.				
1.	Faulenbergstraße von Aumühle bis Judenfriedhof	11 865 —	1 393 09	338 55	55½
2.	Oberdürrbacherstraße von Jägerruh bis Fabrikstraße	1 350 —	119 48	— —	6
3.	Aumühlstraße von Schweinfurterstraße bis Aumühle	2 210 —	251 72	65 24	13
4.	Versbacherstraße von Schweinfurterstraße bis Zinklesweg (streckenweise)	3 120 —	210 15	52 11	7
	III. Zelleran und Mainviertel.				
1.	Höchbergerstraße von Frankfurterstraße bis Brauhaus	2 250 —	237 62	59 57	9
	IV. Glacisstraßen.				
1.	Pleicherglacisstraße von Harfen- bis Veitshöchheimerstraße	3 435 —	330 43	107 59	13
2.	Sanderglacisstraße von Schillerstraße bis Münzgasse	1 260 —	62 74	20 65	3
	Summa	28 916 —	2 975 39	740 17	123

Im Jahre 1902 wurden sonach mit 2975,39 cbm Basaltschotter in 123 Tagen 28916 qm Straßenfahrbahnflächen gedeckt und eingewalzt.

Die mittlere Stärke der hergestellten Basaltdecken berechnet sich dabei auf 103 mm (im Vorjahre 98,2 mm).

Die Grusdeckung war im Mittel 25 mm (im Vorjahre 27 mm). Eingewalzt wurden in einer Stunde 2,418 cbm (im Vorjahre 2,655 cbm); die Arbeitszeit war täglich eine 10stündige.

Die für die Walzarbeiten aufgewendeten Kosten betragen 48 354,19 ℳ (im Vorjahre 48 341,92 ℳ).

Eine Ausscheidung der Kosten auf die einzelnen Arbeitsleistungen, wie für den Quadratmeter eingewalzter Decke bezw. den Kubikmeter eingewalzten Basaltschotters ergibt dabei folgendes Resultat:

Lfde. Nr.	Ausscheidung	Kosten					
		Insgesamt		Für den qm eingewalzter Strecke		Für den cbm Basaltschotter	
		ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
1.	An Arbeitslöhnen für Abkratzen der Fahrbahn, Hauen von Widerlagerrinnen, Einbringen des Materials und Einwässern desselben	5371	43	—	18	1	81
2.	An Fuhrlöhnen für Beifahren des Basaltschotters u. Gruses, Deckzeuges, Sandes und Wassers .	6625	68	—	23	2	23
3.	Für Werkzeuge	364	53	—	01	—	12
4.	Für Basaltschotter	28306	22	—	95	9	51
5.	Für Basaltgrus	3550	95	—	12	1	19
6.	Für Sand	746	05	—	03	—	24
7.	Für Wasser	145	70	—	01	—	05
8.	Betriebskosten der Dampfwalze .	3243	63	—	11	1	09
9.	Kosten der fertiggewalzten Decken .	48354	19	1	64	16	24
10.	Für Rinnenausbesserung und Anpassung der Gehsteige	16114	99				

Die Kosten des Vorjahres waren 1 ℳ 54 ₰ für den Quadratmeter fertig gewalzter Basaltdecke und 15 ℳ 56 ₰ für den Kubikmeter eingewalzten Basaltschotters ausschließlich der Kosten für Ausbesserung der Pflasterrinnen und der Anpassung der Gehsteige. Eine Ausscheidung der letzteren Kosten auf den Quadratmeter bezw. Kubikmeter mußte wegen des ungleichartigen Charakters der verschiedenen Straßen als zwecklos unterlassen werden.

§ 31.

Straßenreinigung, Straßenbesprengung, Straßenbeleuchtung.

A. Straßenreinigung.

Die Straßenreinigung erfolgte prinzipiell und vorbehaltlich durch besondere Verhältnisse bedingter anderweitiger Regelung im Berichtsjahre wie bisher in der Weise, daß die Adjazenten die gepflasterten Straßen reinigen und zwar zweimal wöchentlich, während die Stadtgemeinde die Reinigung der chaussierten Straßen betätigt. Auch an den chaussierten Straßen haben die Hausbesitzer den Gehsteig und die gepflasterte Straßenrinne zu reinigen; dagegen fällt der Stadtgemeinde in der ganzen Stadt die sogenannte supplementäre Reinigung zu, das ist die Entfernung der regelmäßig anfallenden groben Verunreinigungen, womit unausgesetzt im Dienste der Stadt stehende Arbeiter beschäftigt sind.

Die Größe der Reinigungsverpflichtung der Stadt ergibt sich aus folgender Zusammenstellung:

I. Pflasterstraßen.

a) Supplementäre Reinigung.

29,09 km Pflasterstraßen und Pflastergehsteige mit
336 355 qm Pflasterflächen (1901: 329 000) und
50 560 „ Sandgehsteige.

2,11 km chaussierte Straßen, welche innerhalb der Pflasterflächen gelegen sind, mit 15 175 qm chaussierte Fahrbahnflächen,
5 710 „ gepflasterte Straßenrinnen.

Ferner außerhalb des Glacisgürtels:

2,8 km Pflasterstraßen (1901: 1,06 km) mit
21 000 qm gepflasterten Fahrbahnflächen (1901: 8 700),
10 100 „ Sandgehsteigflächen (1901: 6 500) und
4 400 „ Zementplattengehsteigen.

b) Reguläre Reinigung.

137 000 qm Pflasterflächen (1901: 113 900) zweimal wöchentlich.

Die Mehrung der Flächen entstand durch Belegung von Sandgehsteigen mit Zementplatten und Pflasterung chaussierter Straßen.

Bei der Straßenreinigungsanstalt waren beschäftigt:
1 Aufseher,
1 Vorarbeiter,
22 Straßenkehrer.

II. Chaussierte Straßen.

Die Reinigung der chaussierten Straßen und besandeten Gehsteige ist mit deren Unterhaltung verbunden und umfaßt:

58 km chaussierte Straßen und Gehsteige mit
309 596 qm chaussierten Straßen,
81 776 „ besandeten Gehsteigen,
12 835 „ gepflasterten Rinnen,
25 260 „ Gräben,
6 400 „ Reitwegen,
7 796 „ Straßenkreuzungen.

Beschäftigt waren bei dieser Reinigung 13 Wegmacher, 9 ständige Hilfsarbeiter.

Weiter wurden aushilfsweise insgesamt 1 200 Arbeitertagschichten aufgewendet.

B. Straßenbesprengung.

Die Besprengung der Straßen erfolgte mittelst Hydranten und Wasserwagen.

Mit Hydranten wurden besprengt an 65 Tagen:
64 000 qm zweimal täglich,
311 100 „ einmal täglich.

Mit Wasserwagen wurden besprengt zusammen 206 833 qm.

Das zur Straßenbesprengung benötigte Wasser wurde zum Teil der Trinkwasserleitung und zum Teil der Nutzwasserleitung entnommen.

Verbraucht wurden für die Hydrantenbesprengung 48 763 cbm,
für Füllung der Wasserwagen . . . . . 10 755 „
der Gesamtverbrauch war sonach . . . . . 59 518 cbm
gegen 81 933 cbm im Vorjahre.

Im Berichtsjahre wurden an einem Wasserwagen die Brauserohre entfernt und die Miller'sche Patentsprengvorrichtung angebracht.

Diese Sprengvorrichtung zeichnet sich vor der Brauserohrvorrichtung dadurch aus, daß sie das Wasser gleichmäßiger verteilt, stark und schwach und für größere oder geringere Sprengweiten gestellt werden kann, so daß auch die Gehsteige auf 2 m Breite mitbesprengt werden können.

Über die Kosten der Straßenreinigung und Besprengung ist der II. Abschnitt zu vergleichen.

C. Straßenbeleuchtung.

Hinsichtlich der Zahl der auf der Hauptverkehrsader vom Bahnhof zur inneren Stadt (Bahnhofplatz—Kaiserstraße—Juliuspromenade—Schönbornstraße—Domstraße) angebrachten elektrischen Bogenlampen sowie hinsichtlich der Höhe der Betriebskosten ist gegen das Vorjahr eine Änderung nicht eingetreten.

Die Zahl der öffentlichen Gaslaternen betrug Ende des Berichtsjahres 1123 Stück mit 1165 Flammen gegen 1091 Stück mit 1137 Flammen im Vorjahre. Von diesen Flammen brannten 812 als halbnächtige (bis früh 1 Uhr) und 353 als ganznächtige (bis Sonnenaufgang).

Der Bedienungsrayon der Laternen war in 22 Bezirke eingeteilt, so daß ein Laternanzünder durchschnittlich 50 Laternen zu bedienen hatte.

Von den 1123 Laternen waren 1103 mit Gasglühlicht versehen; die übrigen brannten in öffentlichen Aborten als offene Flammen mit gewöhnlichen Schnittbrennern.

In abgelegenen Straßen waren außerdem noch 42 Petroleumlampen in Gebrauch.

Der gesamte Gasverbrauch für die Straßenbeleuchtung betrug 363 446 cbm gegen 358 067 cbm im Vorjahre.

Die Kosten der öffentlichen Straßenbeleuchtung mittels Gas und Petroleum betrugen einschließlich des Aufwandes für Bedienung 58 983,95 ℳ.

§ 32.

Kanalisation und Sielbau.

A. Kanalneubauten.

Zur Ausführung kamen im Berichtsjahre 3223,42 lfd. m neue Straßenkanäle, wovon 1979,70 lfd. m durch das Sielbau-Bureau und 1243,72 lfd. m durch das Stadtbauamt I hergestellt wurden.

Von den ausgeführten Kanalbauten haben eine besondere Wichtigkeit die Kanäle im Ostgrombühl und in der Rückertstraße, die sämtlich auf Grundlage des Lindley'schen Kanalisationsprojektes durch das Stadtbauamt zur Ausführung gelangten.

Die Herstellung von Kanälen im Ostgrombühl war veranlaßt durch die Erbauung der II. Grombühlschule an der Wickenmayer- und Pestalozzistraße.

Über die Kosten der Kanalneubauten gibt die nachstehende tabellarische Zusammenstellung Aufschluß.

Zusammenstellung
der im Jahr 1902 ausgeführten Kanalneubauten.

Nr.	Vortrag	Länge m	Länge cm	Querprofil	Gefälle %	Spülbar	Art der Spülung	Kosten ℳ	Kosten ₰
	Ostgrombühl.								
1.	Gutenbergstr. zwischen Petrini- und Fabrikstraße . .	87	64	25/25	7,98	Spülbar	Aus Hydranten der Trinkwasserleitung		
2.	Petrinistraße zw. Gutenberg- und Senefelderstraße . .	166	06	35/35	2,5				
3.	Senefelderstraße zwischen Reiser- und Fabrikstraße	142	30	25/25	7,781				
	do. zwischen Reiser- und Grombühlstraße . . .	64	13	30/30	7,781				
4.	Reiserstraße zw. Senefelder- und Oberdürrbacherstraße	142	25	25/25	3,501				
		602	41	—	—			16391	38

Nr.	Vortrag	Länge m	Länge cm	Querprofil	Gefälle %	Spülbar	Art der Spülung	Kosten ℳ	Kosten ₰
5.	Rückertstraße zw. Hochkai- und Huttenstraße . . .	107	70	30/30	1,72	Spülbar	Aus Hydranten		
	do. zw. Hutten- u. Gartenstraße	168	40	35/35	0,4				
		276	10	—	—			8124	22
6.	Mergentheimerstr., Verlängerung (bis Villa Bonn) .	197	60	40/40	0,4	Spülbar	Aus Hydranten	6970	98
	Straßen zum II. Grombühlschulhaus.								
7.	Wickenmayerstraße . . .	116	51	30/30	8,7	Spülbar	Mit Hydranten		
8.	Pestalozzistraße	51	10	25/25	5,555				
		167	61	—	—			6720	03

B. Sammelkanal.

Die Fertigstellung der von der Firma Aktien-Gesellschaft für Hoch- und Tiefbauten Frankfurt a. M. bewirkten linksmainischen Sammelkanalanlagen einschl. der Flußkreuzung ist vorgreifend schon im vorjährigen Bericht aufgeführt worden.

Die nach Ablauf der Winter-Hochwässer am 9. April wieder aufgenommenen Flußkreuzungs-Arbeiten kamen, ohne daß sich noch weitere ungewöhnliche Schwierigkeiten ergeben hätten, am 4. September 1902 zum Abschluß.

Inzwischen wurde die Regierungsgenehmigung der Baupläne für die Ausmündung des Hauptsammelkanals unterhalb des Klosters Himmelspforten erteilt; — die Möglichkeit einer Verlängerung des Sammelkanals weiter stromabwärts ist an der Südwestecke des Klosters vorgesehen. Dem Gesamtprojekt entsprechend wird an dieser Stelle eine Entlastung des Sammelkanals nach dem Main durch einen Regenauslaßkanal späterhin unerläßlich sein. Es hat daher diese künftige Regenauslaßanlage jetzt

lediglich eine Ausgestaltung erfahren, welche vorübergehend die Einführung aller Schmutzwässer der Stadt in den Main an dieser Stelle ermöglicht. An der Südwestecke des Klosters befindet sich im Zuge des Sammelkanals der Spezialbau, welcher das gemauerte und mit Sandsteinen bekrönte Überfallwehr für die Ableitung des Sturmregens nach dem Maine enthält. In diesem Wehrrücken ist nun für die nächste Zeit eine bis auf die Sohle des Sammelkanals hinabgehende Aussparung angebracht worden, durch welche einstweilen die gesamte Kanalwassermenge nach dem Main hin abfließen kann. Von diesem Spezialbau aus führt an der Westseite des Klosters ein Regenauslaß in Birnenprofil 140/175 cm mit dem Gefälle 1:2500 (Baulänge 128 m) zur Nordwestecke des Klosters bezw. zur Uferböschung vor den Buhnen. Dort ist ein Teilschacht hergestellt, von dem aus der obenerwähnte Kanal sich in 2 übereinanderliegende Arme durch die Buhnen bis zur eigentlichen Schiffahrtsrinne des Mains fortsetzt. Im Teilschacht ist abermals ein in Sandsteinen hergestelltes Überfallwehr angebracht und derjenige Teil des Kanalwassers, welcher bei starken Regengüssen über dieses zweite Wehr abfällt, gelangt durch das obere der übereinanderliegenden Siele (Birnenprofil 140/175 cm Gefälle 1:2500), Länge 87 m zur sichtbaren Ausmündung am linksufrigen Leinritt, welche nur für Regenwasser bestimmt ist; der andere Teil des Kanalwassers, namentlich also das ganze Schmutzwasser der Stadt, sinkt vor dem Wehrrücken in den unteren Schmutzwasserkanal hinab (1 m Dm.; Gefälle 1:400; Länge 111 m), wird unter der Mainsohle bis in die Nähe der Strommitte geführt und tritt dort in den Strom. Dieses Schmutzwasserfiel von 1 m Dm. ist innerhalb der Buhnen in Mauerwerk, unter der Flußsohle des Mains dagegen als ein in einem Stücke verlegtes Holzrohr von gleicher Weite und 25 m Länge hergestellt worden. Die ganze Regenauslaß-Anlage ist natürlich auch in üblicher Weise durch eine Windklappe, ferner durch eine Hochwasserrückstauklappe und einen Hochwasserschieber (alle in Prof. 140/175) geschützt. Auch ist bei diesem Ausmündungsbau um die in fernerer Zukunft unvermeidliche Anlage eines größeren Kanalisationspumpwerkes für die Hochwasserperiode noch möglichst lange hinauszuschieben, Vorkehrung getroffen, um event. ein Pumpwerk in kleinsten Abmessungen einrichten zu können.

Diese Arbeiten zur Herstellung der Ausmündung am Kloster Himmelspforten waren auf 103 000 ℳ veranschlagt; der bauliche Teil wurde auf Grund der Submission vom 26. Mai 1902 der Firma Friedr. Buchner, Würzburg, zum Preise von 64 044 ℳ übertragen und ein Vertrag mit der Firma unterm 10. Juni 1902 abgeschlossen (Bauanfang 19. Juni 1902).

Zur Verſenkung des von der Firma Lömpel (Würzburg) gelieferten Eichenholzrohres mußte im Main von der Firma Buchner ein Fangdamm von ca. 70 m abgewickelter Länge hergeſtellt werden.

In gleicher Submiſſion vom 26. Mai wurden folgende kleinere Sielſtrecken, welche einſchl. der Materiallieferung auf 65 700 ℳ veranſchlagt worden waren, vergeben:

Veitshöchheimerſtraße	73,9	m	Siel	in	Profil	70/125	cm,
„	230,8	„	„	„	„	60/110	„
Rotkreuzſtraße . .	147,5	„	„	„	„	60/110	„
Ziegelauſtraße . .	176,9	„	Rohrſiel	von	40	cm l. W.,	
Welzſtraße . . .	143,8	„	„	„	30	„ „	„
Scanzoniſtraße . .	155,3	„	„	„	30	„ „	„.

Den Zuſchlag für die Herſtellung dieſer zuſammen 1082,80 m langen Sielſtrecke erhielt die Firma „Neptun“ (Würzburg), welche den baulichen Teil für 33 213 ℳ angeboten hatte und den Bau am 25. Juni 1902 eröffnete.

Dieſe Arbeiten umfaſſen auch die Regulierung und Hebung der Quellenbachſohle oberhalb der Veitshöchheimerſtraße auf ca. 150 m Länge und die Kreuzung des Siels der Veitshöchheimerſtraße mit dem Quellenbach.

Durch den ziemlich ſtarken Froſt der Wintermonate wurden die Bauausführungen beider Firmen gegen Schluß der Arbeiten nicht unerheblich gehemmt, ſo daß letztere im Berichtsjahre nicht mehr ganz der Vollendung zugeführt werden konnten.

Die nachfolgenden Überſichtstabellen betreffen die Verteilung der ſtädtiſchen Aufwendungen für den Sielbau und wurden auch für das Jahr 1902 genau in derſelben Form wie für die Vorjahre aufgeſtellt.

Sielbau — Tabelle

Verteilung der Baukosten auf die

lfd. Nr.	Datum des Magistrats-Beschlusses	Bezeichnung der Sielstrecken	Bewilligter Kredit ℳ	Rest-Kredit Ende 1901 ℳ	Siellänge projektiert m	Siellänge fertiggestellt im Jahre 1902 [2] m
1.	13. Oktober 1899	Rathaus bis Ludwigbrücke	120000.—	2635.13	745,3	siehe 1900
2.	13. Oktober 1899	Ludwigbrücke bis Frühlingstraße	130000.—	14928.12	938,8	s. 1900 —1901
3.	31. August 1899	Gerber- und Karmelitengasse	112000.—	12450.80	499,2	s. 1900 —1901
4.	30. April 1901	Regenauslaß an der Luitpoldbrücke u. Pleichertorgasse	134000.—	34828.17	79,2 382,6 16,2	s. 1901
5.	21. Mai 1901	Main-Düker	110000.—	64259.21	103,7 120,8	68,5 68,1
6.	21. Mai 1901 25. April 1902	Luitpoldbrücke b. Wörthstraße	49300.— 11678.—[3]	10592.83 11678.—[3]	329,9	254,9
7.	21. Mai 1901	Wörthstraße bis Sedanstraße	102000.—	24475.41	473,0	128,0
8.	21. Mai 1901	Sedanstraße b. Himmelspforten	97500.—	12250.94	510,0	30,0
9.	25. April 1902	Hauptausmündung bei Himmelspforten . .	103000.—	—	12,2 130,8 94,7 94,7 25,0	12,2 130,8 94,7 94,7 25,0
10.	13. Oktober 1899	Augustinerstraße . . .	70000.—	6392.85	448,0 10,0	s. 1900
11.	29. März 1901	Erthalstraße	16500.—	279.63 (Mehraufwand)	205,4 37,6	s. 1901
12.	11. Sept. 1901 9. Mai 1902	Veitshöchheimerstraße u. Nebenstraßen . . .	65700.—	—	378,3 73,9 176,9 154,6 299,1	378,3 73,9 176,9 154,6 299,1

Anmerkungen:

1) Durch unwesentliche Nacharbeiten im folgenden Jahre dürften sich die Ersparnisse noch um ein Geringes vermindern.

2) Teilstrecken, welche im Jahre 1899/1900 und 1901 fertiggestellt wurden, siehe X. und XI. Verwaltungsbericht.

3) Nachbewilligter Kredit (ℳ 11678) für dreiringiges Mauerwerk.

A. **Würzburg.**

einzelnen Sielſtrecken pro 1902.

Siel-Größe cm	Ausgabe Material ℳ	₰	Arbeit ℳ	₰	Geſamt-Ausgabe ℳ	₰	Gegenüber dem Voranſchlag Mehraufwand ℳ	₰	Minderaufwand ℳ	₰	Reſt-Kredit Ende 1902 ℳ	₰
100/175	121	18	—	—	121	18	—	—	2513	95 [1])	—	—
100/175	428	41	2161	96	2590	37	—	—	12337	75 [1])	—	—
120/200	94	17	218	48	312	65	—	—	12138	15 [1])	—	—
1,6 Dm 120/200 60/110	367	35	7417	60	7784	95	—	—	27043	22 [1])	—	—
120/200 60 & 80 cm Röhren	5377	43	36209	98	41587	41	—	—	—	—	22671	80
140/225	6858	60	19749	38	26607	98	4337	15	—	—	—	—
140/225	1644	45	14549	56	16194	01	—	—	—	—	8281	40
140/225	434	45	5827	58	6262	03	—	—	—	—	5988	91
140/225 140/175 1,0 m Dm	34703	91	62607	—	97310	91	—	—	—	—	5689	09
Holzrohr 1,0 m Dm												
90/160 60/110	43	67	338	39	382	06	—	—	6010	79 [1])	—	—
60/110 70/125	28	16	57	46	85	62	365	25	—	—	—	—
60/110 70/125 40cm Rohr 35 „ „ 30 „ „	31035	25	34869	39	65904	64	204	64	—	—	—	—
	81137	02	184006	78	265143	81						

Tabelle B.

Kleinere Spezial-Ausgaben pro 1902.

		ℳ	₰
1.	Grunderwerb und Entschädigung	4049	71
2.	Druck des Erläuterungsberichts (zweite Rate) . . .	1328	37
3.	Schürflöcher	4	50
	Summa	5382	58

Tabelle C.

Zusammenstellung
der im Jahre 1902 verbrauchten Materialien für den Sielbau.

Pos. Nr.	Bezeichnung des Materials	Anzahl, Gewicht, Länge ꝛc.	Betrag ℳ	₰
1.	Backsteine	382 607 Stück	21 591	37
2.	Sandsteine	70,61 cbm	8841	16
3.	Steinzeug-Sohlsteine	794 m	6948	36
4.	„ Einlaßstücke	179 Stück	1417	65
	„ Verschlußteller . . .	351 „		
5.	„ Röhren	808,9 m	4875	26
6.	Kalksteine	130,6 cbm	3697	92
7.	Eisengegenstände	35 107 kg	8863	35
8.	a) Holzrohr (Eichenholz) . . .	25 m	2500	—
	b) Sonstiger Holzverbrauch (Dammbalken, Bohlen, Holzscheiben ꝛc.)	—	427	39
9.	Zement	408 775 kg	14268	13
10.	Mainsand	845,6 cbm	3734	28
11.	Mainkies	473,75 „		
12.	Grubensand	278,5 „		
13.	Teerstricke	770,5 kg	263	67
14.	Asphaltkitt	3639 „	229	11
15.	Diverse kleinere Materialien . .	—	752	68
16.	Fuhrlöhne (Materialtransporte) .	—	2726	70
		Summa	81 137	03

Tabelle D.

Ausgaben für Sielbauten pro 1902.

		ℳ	₰		
1.	An Bauſtellen verbrauchtes Material (an Lieferanten)	81 137	03		26,75 %
2.	Spezielle Materialverwaltung . . .	4 155	08		1,35 %
3.	Lagerplatzeinrichtung	—	—		—
4	Arbeitsausführung (an Unternehmer).	184 006	78	60,95 %	
5.	Arbeiten auf kleinere Spezialkredite (Grunderwerbung, Druck des Erläuterungsberichts, Schürflöcher) .	5 382	58	1,70 %	
6.	Allgemeine Vorarbeiten zum Bau (Gehälter und Löhne)	1 681	59	0,50 %	63,15 %
7.	Spezielle Bauleitung (Gehälter und Löhne)	12 631	02		4,15 %
8.	Beſchaffung von Projektunterlagen und Erledigung laufender Akten (Gehälter und Löhne)	3 227	95		1,05 %
9.	Allgemeine Verwaltung, Gehälter (Bureauleitung, Kanzlei)	8 365	87		2,72 %
10.	Laufende ſachliche Ausgaben (Miete, Schreib- u. Zeichenutenſilien, Portokoſten, Heizung, Beleuchtung, Inſerate, kleine Bureaubedürfniſſe ꝛc.)	2 442	67		0,80 %
11.	Bureau- und Bauinventar	113	10		0,03 %
	Summa	303 143	67		100,00 %

C. Kanalbetrieb.

Der Betrieb erfolgte im allgemeinen in der seitherigen Weise, doch wurden die alten Kanäle ausgiebiger aus Trinkwasserleitungen gespült und für letzteren Zweck 15 250 cbm Wasser verbraucht.

Von den alten Kanälen wurden repariert:

Der Kanal der Hofstraße, der Kanal der Karthause, wo die Sohlenverhältnisse verbessert und der Verputz ergänzt wurde.

Außerdem wurde an einigen Kanälen die Zahl der Einsteigschächte aus betriebstechnischen Gründen vermehrt.

Die seit Jahren bestehende automatische Spülanlage an der Kreuzung Wagner- und Fabrikstraße wurde wieder in gebrauchsfähigen Zustand versetzt.

In der Einführung der Straßensinkkasten mit Geruchsverschluß und Schlammeimer wurde fortgefahren und waren bis Ende 1902 500 Stück solcher Rinneneinläufe in Betrieb.

Die Reinigung der Sinkkasten stellt sich einschl. der Kotabfuhr auf 45 ₰ pro Stück.

Die Länge der gesamten städtischen Hauptkanäle betrug bis zum Schlusse des Berichtsjahres rund 66 330 lfd. m, wovon 54 670 lfd. m auf die rechtsmainischen und 11 660 lfd. m auf die linksmainischen Stadtteile treffen.

Als eine Verbesserung der sanitären Verhältnisse im Pleicherviertel kann die im Oktober des Berichtsjahres hergestellte besondere Niederwasserrinne am Auslauf der vereinigten Kürnach- und Pleichachbäche in den Main bezeichnet werden, da hiedurch eine merkbare Verminderung der früher dortselbst wahrnehmbaren üblen Ausdünstung eingetreten ist.

Die Kosten der Niederwasserrinne beliefen sich auf 467 ℳ.

D. Hausentwässerungen.

Seitens des Stadtbauamtes I wurden bei Anschlüssen von Hausentwässerungskanälen an das städtische Kanalnetz die Anschlußkoten angegeben; ferner die Ausführung der Anschlußleitungen auf städtischem Straßengebiet kontrolliert.

Im Berichtsjahre wurden 87 Anschlußleitungen in dieser Beziehung durch das Stadtbauamt I überwacht und die diesbezüglichen Baugesuche einer vorgängigen Prüfung unterstellt.

§ 33.

Hochbauwesen und Baustatistik.

I. Abgesehen von den ordentlichen Bauunterhaltungsarbeiten in den städtischen und stiftischen Gebäuden sind im Jahre 1902 vom städtischen Hochbauamte einige erwähnenswerte Bauführungen auf Rechnung der Stadtgemeinde vorgenommen worden.

1. Der Neubau des II. Grombühler Schulhauses (Pestalozzischule) ist bereits im Jahre 1901 unter Dach gebracht worden, im Berichtsjahre wurde derselbe bis zum Beginn des neuen Schuljahres vollständig fertig gestellt und auch sofort mit 12 Klassen besetzt.

Über die Ausführung dieses — abgesehen von dem hölzernen Dachstuhl — in Stein, Beton und Eisen ausgeführten Schulhausbaues ist § 11 (Schulwesen) zu vergleichen.

2. Der Neubau einer Kleinviehschlachthalle war notwendig geworden zur Entlastung der Großviehschlachthalle, von welcher bisher ein Dritteil zu Kleinviehschlachtungen benutzt wurde.

Die neue Kleinviehschlachthalle ist in Eisenfachwerk mit Holzzementdach hergestellt und enthält außer dem 336 qm großen Kleinviehschlachtraum einen Kellerraum zur Lagerung von Häuten mit 312 qm, einen Pferdeschlachtraum mit 58 qm, einen Feuerwehrrequisitenraum mit 122 qm, einen Waschraum und ein Aufseherzimmer. Die Baukosten betragen bei einem umbauten Raum von rund 4 400 cbm ca. 38 000 ℳ.

3. Im Garten der Hueberspflege (Kapuzinerstraße 4) wurde der Neubau einer zweigeschossigen Wäschetrockenhalle von 17 m Länge, 3,8 m Tiefe und 5,6 m Höhe nebst Bügelzimmer mit einem Kostenaufwande von 1600 ℳ hergestellt.

Projekte wurden im Laufe des Jahres u. a. bearbeitet:

für die Unterfangung des Grafeneckhardtsturmes zwecks Wiederherstellung des Wenzelsaales (Projekt und Kostenanschlag),

für die Bauweise am Ludwigkai (5 Skizzen),

für die Bebauung der städt. Plätze an der Ecke Sanderstraße und Johanniterplatz (2 Projekte),

für den Neubau eines Feuerhauses im Grombühl (6 Skizzen),

für den Ausbau des Kürschnerhofes (2 Skizzen),

für die Friedhoferweiterung (Projekt und Kostenanschlag) und

für die Baulinienänderungen an der Gartenstraße und an der Mergentheimerstraße.

II. Von seiten des Staates wurden im Jahre 1902 folgende bemerkenswerte Gebäulichkeiten ausgeführt:

Das Bezirksamts- und Bauamtsgebäude an der Ecke der Sander- und Tiepolostraße; eine Halb-Bataillonskaserne auf dem Areale der neuen Infanterie-Kaserne an der Weißenburgerstraße; ein Anbau an das physikalische Institut am Pleicher-Ring.

Das Bahn-Ärar errichtete eine Acetylengas-Anstalt im Haupt-Bahnhofe.

III. An Bauführungen durch Vereine ist lediglich der Umbau des Anwesens der Gesellschaft Schlaraffia, Reisgrubengasse Nr. 10, zu verzeichnen.

IV. An größeren Bauunternehmungen Privater sind in erster Linie die ausgedehnten Bauwendungen in dem Anwesen Frankfurterstraße Nr. 87 der Firma Kinzinger und d'Hengelière, Bürgerliches Brauhaus Zell-Würzburg zu nennen.

Es wurde das Maschinenhaus erheblich erweitert und ein Eismaschinen-Gebäude neu erstellt.

Zu erwähnen ist noch ein größerer Werkstätten- und Fabrik-Neubau der Firma Fritz Seitz, Bauschreinerei und Kehlleisten-Fabrik, Frankfurterstraße Nr. 12, welche durch den Anschluß der neu aufgestellten Holzbearbeitungs-Maschinen an eine Staubabsaugungs-Anlage bemerkenswert ist.

V. In Angriff genommen waren am Schlusse der gegenwärtigen Berichtsperiode an größeren Bauwerken:

Das mineralogisch-geologische Institut an der Pleichertorstraße, das noch des inneren Ausbaues harrt und die Sankt Josefs-Kirche für den Stadtteil Grombühl.

VI. Die Zahl der während der Berichtsperiode ausgeführten Bauten ergibt sich aus Nachstehendem:

Neue Wohngebäude	46
Sonstige neue Gebäude	25
Kleinbauten und Änderungen	120
Hausentwässerungen	87
Summa .	278.

Auf das Stadt-Innere trifft von den neuen Wohngebäuden nur ein kleiner Teil. Die meisten Wohngebäude wurden im Stadterweiterungsgebiete in der Rückert-, Hutten-, Ziegelau- und in der Reiserstraße errichtet.

In der Mergentheimerstraße sind am Fuße des Nikolausberges einige Gebäude entstanden, die nicht Mietzwecken dienen, sondern als Einfamilienhäuser benützt werden.

VII. Die Zahl der im Jahre 1902 gestellten Baugesuche ergibt sich aus folgender Statistik:

Es kamen in den magistr. Einlauf Baugesuche	Hievon						
	betrafen				wurden		
	neue Wohngebäude	sonstige Neubauten	Kleinbauten u. Änderungen	Hausentwässerungen	genehmigt	abgewiesen	zurückgezogen
467	94	32	273	68	459	1	8
	399					9	
					467		

Ein Vergleich mit den statistischen Zusammenstellungen für das Berichtsjahr 1901 ergibt eine Zunahme der Bautätigkeit.

§ 34.

Baulinienfestsetzung, Bebauungspläne, Hausentwässerungsvorschriften, Straßenbaustatut, Aufstellung eines Bauaufsehers aus dem Arbeiterstand.

I. Baulinienfestsetzung und Bebauungspläne.

Im Jahre 1902 wurden folgende Baulinien festgesetzt:

1. Im Hauger-Bezirk für die nordwestliche Seite der äußeren Kroatengasse.
2. Im Dom-Bezirk für die Westseiten der Franziskaner- und Klostergasse.
3. Im Zellerau-Bezirk für eine Straße zwischen der Frankfurterstraße und der Jägerstraße anläßlich der Projektierung eines Neubaues für die Hufbeschlagschule.

An größeren Baulinienprojekten und Bebauungsplänen sind zu nennen:

1. Abänderung der Bau- und Vorgartenlinie an der Mergentheimerstraße und am Judenbühlweg.
2. Projekt für Straßenzüge südlich des Friedhofes.
3. Baulinienprojekt für die Feldlagen Bohleiten und Ziegelhütte.
4. „ „ „ „ „ oberer Zurück.
5. „ „ „ „ „ Aumühlwiesen.
6. „ „ „ „ „ am Rosenmühl- und Lengfelderweg.
7. „ „ „ „ „ am Roßberg.
8. „ „ „ „ „ Unterdürrbacherstraße.
9. Änderung der Straßenzüge Nr. 18 und 5 in der Sanderau und im Frauenland (nächst der Keesburgstraße).

Gleichwie im Vorjahre ſtehen weitere Baulinienziehungen für die Berggebiete in Ausſicht und befinden ſich ſolche ſchon in Inſtruktion, ſoweit Anregungen und Anträge von Grundeigentümern hiezu den Anſtoß gegeben haben.

Vorzugsweiſe kommt hiebei in Betracht die Errichtung von Villen und Einfamilienhäuſern, wie ſolche z. B. an der Mainleite, in der Klinge, im oberen Zurück, an der Unterdürrbacherſtraße und in der Bohleiten im Laufe des Jahres 1902 errichtet wurden.

II. Hausentwäſſerungs-Vorſchriften.

Die ortspol. Vorſchriften vom 12. Januar 1864 und 8. April 1874 betr. die Anlage von Abtritten, Dung- und Verſitzgruben ſowie die Kanaliſierung der Anweſen waren längſt veraltet und ungenügend.

Die zur Reviſion dieſer Vorſchriften im Laufe der letzten 10 Jahre gepflogenen Erhebungen und erſtatteten bau- und ſanitätstechniſchen Gutachten haben die Notwendigkeit der Erlaſſung neuer Entwäſſerungsvorſchriften ergeben.

Eine zur Vorberatung der neuen Vorſchriften aufgeſtellte Kommiſſion erledigte ihre Aufgabe in 7 Sitzungen.

Bei Aufſtellung dieſer Vorſchriften waren insbeſondere 2 Geſichtspunkte maßgebend:

1. Die neuen Hausentwäſſerungsanlagen ſollen allen hygieniſchen Anforderungen entſprechen und verhindern, daß feſte oder andere Gegenſtände, welche die Hauptkanäle verſtopfen oder beſchädigen können, in dieſe gelangen.

Da die Stadtgemeinde für den Bau des Sammelkanals ſo große Aufwendungen macht und auch die projektierte ſyſtematiſche Umgeſtaltung des ganzen ſtädtiſchen Kanalnetzes noch ſehr große Opfer fordern wird, muß darauf beſtanden werden, daß auch die Hausentwäſſerungsanlagen und die Anſchlüſſe an das Kanalnetz entſprechend ausgeführt werden.

Würden die Mängel der Hausleitungen beſtehen bleiben, wäre zu befürchten, daß trotz der großen Aufwendungen der Stadtgemeinde die erwartete Verbeſſerung der hygieniſchen Verhältniſſe der Stadt nicht eintreten würde.

2. Mit Rückſicht auf die gegenwärtigen ungünſtigen Geſchäftsverhältniſſe war darauf Bedacht zu nehmen, daß die Bauunternehmer und Hausbeſitzer nicht allzuſehr belaſtet werden.

Es wurden deshalb da, wo es möglich war, die Vorschriften gemildert und Ausnahmen zugelassen.

Die neuen Vorschriften wurden vom Magistratskollegium am 7. März 1902 erlassen. Das Kollegium der Gemeindebevollmächtigten erklärte sich nach Beschluß vom 20. März 1902 mit denselben einverstanden. Die Vollziehbarkeitserklärung durch die k. Regierung erfolgte am 16. April 1902.

Die Vorschriften kommen zunächst für die neuherzustellenden Anlagen zur Anwendung. Die bestehenden Anlagen sind erst auf besondere Anordnung des Stadtmagistrats und innerhalb der jeweils festgesetzten Frist den neuen Vorschriften entsprechend einzurichten oder abzuändern. Diese Abänderung der bestehenden Anlagen wird, da sie meist nicht unerhebliche Kosten verursacht, nur sehr langsam durchgeführt werden können.

Dem Stadtmagistrate ist nach § 21 der Entwässerungsordnung und § 26 der Vorschriften über die Abortanlagen ꝛc. das Recht gewahrt, in besonderen Fällen, z. B. zum Schutze des Quellengebiets strengere Bestimmungen zu treffen, als die Vorschriften selbst enthalten.

Andererseits ist derselbe auch berechtigt, in besonderen Fällen von der Einhaltung einzelner Vorschriften zu dispensieren. Es ist jedoch darauf zu achten, daß nicht durch allzuhäufige Dispenserteilung die erlassenen Vorschriften illusorisch werden.

III. Straßenbaustatut.

Um dem Stadtmagistrate das Recht zu wahren, in besonderen Fällen abweichend von den getroffenen Bestimmungen des Straßenbaustatuts die an die Stadtgemeinde zu entrichtenden bezw. zurückzuersetzenden Straßenbaukosten festzusetzen, wurde von beiden städtischen Kollegien unterm 25. April und 16. Mai 1902 beschlossen, eine entsprechende Vorschrift in Ergänzung des Straßenbaustatuts vom $\frac{\text{28. Juni 1896}}{\text{5. Juli 1901}}$ zu erlassen.

Von dem weiteren Vollzuge dieser Vorschrift wurde auf Grund einer Regierungsentschließung vom 28. Mai 1902 bis nach einer allgemeinen Revision der ortspol. und statutarischen Bauvorschriften abgesehen.

IV. Aufstellung eines Bauaufsehers aus dem Arbeiterstande.

Bezüglich der Vorverhandlungen wird auf den letzten Bericht (§ 34 IV) Bezug genommen.

Die k. Kreisregierung erließ unterm 16. Januar 1902 Entſchließung, daß ein Bedürfnis für Aufſtellung eines Bauaufſehers aus dem Arbeiterſtande beſtehe und daß innerhalb dreier Monate ein Aufſeher aufzuſtellen ſei.

Die hiegegen erhobene Beſchwerde wurde durch Miniſt.-Entſchl. vom 24. Februar 1902 abſchlägig beſchieden, mit der Begründung, in Würzburg, einer Stadt mit 75000 Einwohnern, in welcher in den letzten 3 Jahren je 2000—3000 Arbeiter an Bauten beſchäftigt und im letzten Jahre 368 Baugeſuche eingereicht worden ſeien, ſei die Bautätigkeit bis in die jüngſte Zeit eine ſehr lebhafte geweſen. Wenn auch die Bauluſt im gegenwärtigen Augenblicke infolge der ungünſtigen wirtſchaftlichen Verhältniſſe eine etwas geringere geworden ſei, ſo ſtehe doch zu erwarten, daß ſie ſich in Bälde wieder auf die alte Höhe heben werde ꝛc.

Durch übereinſtimmende Beſchlüſſe der beiden ſtädt. Kollegien vom 14. und 20. März 1902 wurde ſodann die Aufſtellung eines Bauaufſehers aus dem Arbeiterſtande ab 1. Juni desſelben Jahres mit einem Taggelde von 4 ℳ in widerruflicher Weiſe genehmigt.

§ 35.

Polizeiverwaltung.

I.

a) Sicherheitspolizei.

Bezüglich des Stellstandes der Polizeimannschaft trat gegenüber dem vorausgehenden Jahre eine Änderung nicht ein.

Von den Schutzmännern traten im Laufe des Jahres
2 freiwillig aus dem Dienste,
1 erhielt wegen Unbrauchbarkeit den Dienst gekündigt,
1 wurde strafweise entlassen und
3 erhielten einen anderen städtischen Dienst übertragen.

Der gesamten Polizeimannschaft wurde mit Beschluß der beiden städtischen Kollegien vom 26. März und 3. April 1902 mit Wirkung vom 1. Januar 1902 eine Gehaltsmehrung von 60 ℳ pro Mann und Jahr bewilligt, so daß das Einkommen beträgt:

bei den Schutzmännern . . .	1116	bis	1416 ℳ,
„ der Kriminalschutzmannsch.	1368	„	1632 „
„ den Polizeiwachtmeistern .	1560	„	1800 „
„ den Oberwachtmeistern .	1740	„	1980 „.

Diese Gehaltsmehrung wurde insbesondere damit begründet, daß seit Erlassung des Besoldungsregulativs vom 13./22. Dezember 1898 die Lebensbedürfnisse im allgemeinen etwas teurer geworden seien, ferner daß die Einkommensverhältnisse der Polizeimannschaft in München, Nürnberg, Augsburg, Regensburg und Fürth besser seien als hier, endlich daß die städtischen Beamten und Lehrer dahier im Jahre 1901 eine durchschnittliche Gehaltsmehrung von 10,14% bezw. 14,98% erhielten, während

dieſe bei der Polizeimannſchaft nach dem Regulativ vom Jahre 1898 nur 7,62% betragen habe.

Bei Erhöhung der Bezüge um je 60 ℳ ergab ſich eine weitere Aufbeſſerung von 4,89%, ſo daß die Geſamtaufbeſſerung 12,51% ausmachte.

Ferner wurde unterm 26. III. / 3. IV. 1902 zu gunſten der Kriminalſchutzmannſchaft beſchloſſen, § 4 des Beſoldungsregulativs dahin zu ergänzen, daß es dem Stadtmagiſtrat vorbehalten bleibe, einzelne Kriminalwachtmeiſter mit Rückſicht auf beſondere Befähigung oder beſondere Leiſtungen nach Erreichung des Gehaltsmaximums ihrer Klaſſe in die nächſthöhere Gehaltsklaſſe der Polizeiwachtmeiſter einzureihen.

Von einer Vermehrung der Polizeimannſchaft wurde abgeſehen mit der Begründung, daß bei der großen Zahl der Polizeimannſchaft im Falle der Verhinderung einzelner Mannſchaften die erforderlichen Runden und Poſten durch Heranziehung der dienſtfreien Mannſchaften beſetzt werden könnten.

Erſtattet wurden im Berichtsjahre von den Polizeiorganen:

1049 Anzeigen mit Verhaftungen,
4547 ſonſtige Anzeigen,

von Privatperſonen:

1081 Anzeigen.

Streifen fanden 70 mit 124 Feſtnahmen ſtatt.

Gegen den ſehr überhandnehmenden ſog. Freitagsbettel, ſowie gegen den Bettel bei Hochzeiten und Trauerfeierlichkeiten wurden beſondere Vorkehrungen getroffen.

Ausgewieſen wurden:

10 Perſonen aus Würzburg,
168 „ „ „ und den benachbarten Gemeinden,
92 „ aus dem Königreiche Bayern.

Unter Polizeiaufſicht wurden geſtellt: 3 Perſonen,
im Arbeitshauſe wurden verwahrt: 21 „

Die Ausgaben für die Diſtriktspolizeiverwaltung betrugen im Jahre 1902 249 816,57 ℳ.

Von ſeiten des Staates wurde nur ein Zuſchuß von 26 500,— ℳ gewährt.

Leider hatten die an die k. Staatsregierung und den Landtag wiederholt gerichteten Petitionen um Erhöhung der Beiträge zu den Kosten der Distriktspolizeiverwaltung in den unmittelbaren Städten bis jetzt keinen Erfolg.

Es ist die Erneuerung dieser Petitionen in Aussicht genommen.

b) Feuerpolizei, Feuerwehr und Brände.

Die feuerpolizeilichen Kontrollen und insbesondere die Feuerbeschau wurden wie in den Vorjahren und zwar letztere in etwa 1074 Anwesen vorgenommen.

Auf polizeiliche Anordnungen hin mußten schadhafte Feuerungsanlagen in Stand gesetzt, Kamine erneuert und zahlreiche Mängel beseitigt werden.

Die strenge Handhabung der Feuerbeschau war wohl der Grund, warum unsere tüchtige und bestens geführte Freiwillige Feuerwehr nur in verhältnismäßig wenigen Fällen Gelegenheit erhielt, eine Probe ihrer Leistungsfähigkeit abzulegen.

Die Gesamtfeuerwehr wurde alarmiert

am 26. X. 1902 bei dem Brande der Scheune des Ökonomen Vogt, Neubergstraße 27, und

am 8. XII. 1902 bei einem Dachstuhlbrande im Anwesen des Baumeisters Joh. Hofmann, Erthalstr. 2.

Von den übrigen Alarmierungen treffen

6 auf die ganze Bereitschaft der Zentrale,
19 „ „ kleine „ „ „
1 „ „ Bezirksfeuerwehr Grombühl,
2 „ „ „ Sanderau,
1 „ „ „ Zellerau,
8 „ den Kommandanten.

Die Freiw. Feuerwehr bestand am Schlusse des Jahres 1902 aus 472 Mitgliedern.

Hievon gehörten an:

205 der Zentrale,
68 „ Bezirksfeuerwehr Rennweg,
76 „ „ Grombühl,
66 „ „ Sanderau,
57 „ „ Zellerau.

Die „Berufsfeuerwehr", wenn von einer ſolchen hier überhaupt geſprochen werden kann, beſteht aus 2 Mann, dem Maſchiniſten und dem Heizer der Dampffeuerſpritze.

Von der Feuerwehrmannſchaft erhielten:

11 das k. Ehrenzeichen für 25jährige Dienſtzeit,
7 die goldenen Schnüre für 20jährige Dienſtzeit,
16 das Ehrendiplom für 15jährige Dienſtzeit,
24 die ſilbernen Schnüre für 10jährige Dienſtzeit.

Für die Verleihung des k. Ehrenzeichens wurde der Dienſt in der früher gebildeten ſogen. Austrägerabteilung als aktive Dienſtleiſtung im Sinne des § 18 der Miniſt.-Bekanntmachung vom 16. IX. 1899 angeſehen.

Von den neuen Anſchaffungen und Einrichtungen für das Feuerlöſchweſen ſind beſonders zu erwähnen:

200 m gummierte Schläuche,

Alarmeinrichtung für eine große Anzahl von Mitgliedern der Bezirksfeuerwehr Rennweg,

vielfache Erneuerungen der elektriſchen Läutewerke in der Zentrale.

Zur Entlaſtung des räumlich beſchränkten Zentralfeuerhauſes und wegen der großen Entfernung des dichtbewohnten Pleicher Stadtbezirks ſowie des Juliusſpitals und der Univerſitätsattribute am Pleicherring von den beſtehenden Feuerhäuſern wurde auf dem Areale des ſtädtiſchen Schlachthofes an der Pleichertorſtraße in Verbindung mit einer Kleinvieh- und Pferde-Schlachthalle ein neues Feuerhaus mit einer Grundfläche von 117 qm errichtet. Zu dem Koſtenaufwande von rund 7000 ℳ wurden ſeitens der k. Univerſität ein Zuſchuß von 1000 ℳ und von dem Juliusſpitale ein ſolcher von 200 ℳ gewährt.

Die Erbauung eines neuen Feuerhauſes im Stadtbezirk Grombühl konnte auch in dieſem Jahre nicht weiter gefördert werden, da die Fertigung der bezüglichen Projekte vom Stadtbauamte II wegen deſſen allzugroßer Inanſpruchnahme für Schulhausneubauten nicht erfolgen konnte.

Zur Erleichterung des erſten Angriffes bei Bränden wurden an verſchiedenen, von beſtehenden Feuerhäuſern weit entfernten Anweſen im Stadterweiterungsgebiete ſogen. Schlauchſtationen errichtet.

Dieſe beſtehen in größeren, an den Häuſern oder Einfriedigungsmauern gegen die Straße angebrachten Blechkäſten von gefälligem Ausſehen, welche mit entſprechender Aufſchrift verſehen ſind und enthalten: einen Hydrantenſchlüſſel zum Öffnen des Schachtdeckels und der Waſſer-

leitung, einen Hydrantenaufsatz zum Anschrauben der Schläuche, etwa 100 m Schläuche und ein Strahlrohr mit Abstellhahnen.

Die ersten 3 Schlauchstationen wurden errichtet: Barbarastraße Nr. 12, Steinheilstraße 24, Burkarderstraße 46 (altes Examinatorhaus).

Weitere Stationen sind vorgesehen: Kantstraße 13, Steinstraße 2 und Heidingsfelderstraße 16.

Diese Anwesen sind sämtlich an das Telephonnetz angeschlossen.

Die Ausgaben für das Feuerlöschwesen betrugen für das Berichtsjahr 16 657,31 ℳ. Hiebei sind die Kosten für das Feuerhaus Pleich nicht gerechnet.

Die zur staatlichen Brandversicherungsanstalt von den hiesigen Gebäudebesitzern für das Versicherungsjahr 1901/1902 entrichteten Beiträge bezifferten sich auf 163 352,89 ℳ.

Diesen Ausgaben und Beiträgen stehen gegenüber nur 6000 ℳ Zuschuß aus den Mitteln der k. Brand-Versicherungsanstalt zur Förderung des Feuerlöschwesens der Stadt Würzburg und 9111 ℳ Brandentschädigungen.

Die Beseitigung dieses Mißverhältnisses zwischen Leistungen und Gegenleistungen muß mit allen Kräften erstrebt werden.

Die bezüglichen Petitionen des IV. bayer. Städtetages (vergl. § 43 des Berichts v. J. 1901) hatten bisher keinen Erfolg. Es ist in Aussicht genommen, dieselben zu erneuern.

c) Gesundheitspolizei.

1. Die Wohnungsaufsicht wurde im wesentlichen in gleicher Weise gehandhabt wie im Vorjahre.

Die hauptsächlich zur Information der Mitglieder der Kommission über die Wohnungsverhältnisse in hiesiger Stadt dienenden Besichtigungen typischer Häuser wurden fortgesetzt und beendigt. Besichtigt wurden im Berichtsjahre 38 solche Anwesen des Grombühler, Rennweger, Sanderauer, Burkarder und Zellerauer Bezirks; im ganzen betrug sonach die Zahl der so besichtigten Anwesen — einschließlich der im Jahre 1901 besichtigten 93 — 131.

Die Beseitigung der bei den Besichtigungen wahrgenommenen Mängel und Mißstände wurde, soweit dies nach Lage der Sache angängig und voraussichtlich erfolgreich erschien, durch mündliche Belehrungen und Weisungen an die Anwesensbesitzer und Mieter herbeizuführen versucht.

Wo nach der vorgenommenen Kontrolle diese Belehrungen und Weisungen unberücksichtigt geblieben waren, sowie in den Fällen, wo mündliche Weisungen von vorneherein nicht als sachgemäß und genügend erachtet wurden, insbesondere, wo es sich um Beseitigung baulicher Mängel handelte, wurden — eventuell nach Erholung amtsärztlicher und bauamtlicher Gutachten — förmliche Auflagen erlassen. Die Mehrzahl dieser Auflagen war am Schlusse des Berichtsjahres erfüllt. Bei einem größeren Teil der unerledigt gebliebenen Auflagen scheiterte die Durchführung an dem Mangel der zur Durchführung erforderlichen Geldmittel. — Bezüglich mehrerer Räume, die sich als zum Aufenthalt von Menschen durchaus ungeeignet erwiesen, erging Wohnungsverbot.

Außer mit den Anwesens-Besichtigungen und der Abgabe von Gutachten über Beseitigung von hiebei vorgefundenen Mängeln war die Wohnungskommission in einer Reihe von Sitzungen beschäftigt mit der Vorberatung über den Entwurf einer ortspolizeilichen Vorschrift, betreffend die Wohnungsaufsicht, sowie über die Aufstellung eines Wohnungs-Inspektors.

Dem Gutachten der Kommission über letzteren Punkt, dahingehend, daß ein Wohnungs-Inspektor im Hauptamt tunlichst umgehend aufzustellen sei, traten die städtischen Kollegien im Berichtsjahr nicht bei; dieselben beschlossen vielmehr nach längeren Verhandlungen, vorläufig die Funktion eines Wohnungs-Inspektors probeweise nebenamtlich durch einen Beamten des städtischen Baupolizeiamts versehen zu lassen. Dieser „Wohnungs-Inspektor im Nebenamt" begann anfangs Oktober 1902 seine Tätigkeit, konnte aber, da er wöchentlich nur 1—2 Nachmittage auf die Geschäfte der Wohnungs-Inspektion zu verwenden in der Lage war, zu einer systematischen durchgreifenden Tätigkeit auf diesem Gebiete nicht gelangen.

Wohnungserhebungen fanden im Berichtsjahr nicht statt; desgleichen wurde aus den im XI. Verwaltungsbericht (S. 147) dargelegten Gründen von der Erlassung einer ortspolizeilichen Vorschrift über die Wohnungsaufsicht Umgang genommen; bei der bisherigen Tätigkeit der Wohnungskommission und des Magistrats hat sich ein Bedürfnis nach einer Vermehrung der bestehenden, in das Gebiet der Wohnungsaufsicht einschlägigen Zwangsbestimmungen nicht ergeben.

Was die Beschaffung neuer Wohnungen anlangt, so kann konstatiert werden, daß die private Bautätigkeit im Berichtsjahr wieder zugenommen hat, daß aber auch die Abneigung der Bauherren gegen

Einrichtung kleinſter Wohnungen (1—2 Zimmer und Küche) in Neubauten noch fortbeſteht.

Konſortien oder Vereine, die ſich die Beſchaffung von Wohnungen zur Aufgabe machen, haben ſich — abgeſehen von einer einzigen, mangels aller erforderlichen Vorausſetzungen von vorneherein als nicht lebensfähig zu erachtenden Ausnahme — bisher dahier nicht gebildet.

Trotz der bei der Reviſion des Straßenbauſtatuts für Arbeiterwohnhäuſer in Ausſicht geſtellten Erleichterungen bezüglich der Straßenkoſtenbeiträge (ſ. XI. Verwaltungsbericht S. 138 Ziff. 4) wurden ſolche Arbeiterwohnhäuſer im Berichtsjahr weder von Arbeitern ſelbſt noch von Arbeitgebern noch von Dritten errichtet. Es dürfte ſich, um einen weiteren Anſporn zur Erbauung ſolcher Häuſer zu geben, unſeres Erachtens empfehlen, daß auch der Staat ſeinerſeits durch Steuerbefreiungen und dergleichen Maßnahmen, wie es vor kurzem durch ein bezügliches Geſetz in Öſterreich geſchehen iſt, unterſtützend und fördernd eingreift.

2. Die Krankheits- und Sterblichkeitsverhältniſſe in der Stadt bewegten ſich im Berichtsjahre innerhalb vollſtändig normaler Grenzen. — Da auf den jeweiligen Krankenſtand die ſogenannten akuten Infektionskrankheiten den größten Einfluß üben, dieſe Krankheiten aber ſeitens ſämtlicher Krankenanſtalten ſowie ſeitens der Ärzte der mediziniſchen Poliklinik und der meiſten vielbeſchäftigten praktiſchen Ärzte der Stadt allwöchentlich mittelſt Zählblättchen zur Kenntnis des k. Bezirksarztes gelangen, ſo iſt einerſeits die eine Möglichkeit gegeben, ſich jederzeit, wenn auch keine vollſtändige, ſo doch eine ziemlich zutreffende Vorſtellung des jeweiligen Krankenſtandes zu machen, andererſeits die weitere Möglichkeit, gegen die Ausbreitung dieſer Krankheiten rechtzeitig die jeweils gebotenen beſonderen Vorkehrungen zu treffen; es gab jedoch im Berichtsjahre keine Infektionskrankheit Veranlaſſung, außer den allgemein gebräuchlichen auch noch beſondere derartige Maßnahmen anzuordnen. — Selbſt der Unterleibstyphus, der gegen das Ende des Jahres 1901 in einer ungewöhnlich hohen Zahl von Fällen, insbeſondere in Grombühl aufgetreten war und mit einzelnen Fällen noch in das Jahr 1902 hereinreichte, hielt ſich in der beſcheidenen Zahl von 33 Fällen (darunter 6 von auswärts ins Juliusſpital eingebrachte) und hat damit nächſt dem Jahre 1895 (mit 24 Fällen) den beſten Stand erreicht, der überhaupt je in Würzburg erreicht wurde und der auch gegenüber anderen als immun geltenden Städten nichts Auffallendes mehr zeigt.

Daß die ſeit dem Jahre 1901 getroffenen Maßnahmen, welche die möglichſt vollkommene Vernichtung der von jedem Einzelfalle ausgehenden

Krankheitskeime bezweckten, dieses günstige Resultat gezeitigt haben, soll natürlich vorerst noch nicht behauptet werden, wenn es auch nach den anderweitig gemachten Erfahrungen wahrscheinlich ist, daß diese Maßnahmen nächst der allgemeinen Assanierung der Stadt durch Beschaffung eines einheitlichen einwandfreien Trinkwassers, Durchführung der geplanten Kanalisation der ganzen Stadt und entsprechende Beseitigung der Abfallstoffe des menschlichen und tierischen Haushaltes am ehesten den gewünschten Erfolg erzielen. Von nicht zu unterschätzendem Werte für den günstigen Erfolg der hier getroffenen Maßnahmen sind auch die zielbewußten und energischen Vorkehrungen, die das k. Bezirksamt im Berichtsjahre in den Landorten zur Bekämpfung des Typhus getroffen hat, und die neben der Verhinderung des Umsichgreifens auf dem Lande auch die Verhütung der Verschleppung durch Nahrungsmittel, wie Milch, Obst ꝛc., und den sonstigen Verkehr nach der Stadt bezwecken.

Daß die Stadt Würzburg sich mit andern als „gesund" bekannten Städten auf die gleiche Stufe stellen kann, kommt am besten in den nachstehenden Sterblichkeitsziffern (= Anzahl der Gestorbenen auf je 1000 Einwohner) zum Ausdrucke.

Dieselben betrugen in den Jahren:

1876—1890 = 23,6 ‰,
1891—1895 = 21,9 ‰,
1896—1900 = 20,5 ‰,
1901 = 19,0 ‰,
1902 = 18,8 ‰, befinden sich also in fortwährend absteigender Bewegung; das Gleiche ist insbesondere auch bezüglich der Kindersterblichkeit (= Anzahl der im 1. Lebensjahre verstorbenen Kinder im Prozentsatze der im Jahre lebend geborenen) der Fall, insoferne dieselbe von 20,1 % in den Jahren 1881—85 bis auf 15,4 % im Jahre 1902 gefallen ist, d. i. auf einen Prozentsatz, der den besten nicht nur Unterfrankens, sondern des Königreiches nahekommt und um so bemerkenswerter ist, als die Stadt jährlich und regelmäßig einen Zugang von etwa 200 Pflegekindern hat.

Pflegekinder:

1897 = 192
1898 = 184
1899 = 197
1900 = 213
1901 = 195
1902 = 187

1168 : 6 = Durchschnitt: 195.

d) Nahrungsmittelpolizei.

Den Betrieben, welche sich mit Herstellung und Feilhalten von Nahrungs- und Genußmitteln befassen, wurde ein scharfes Augenmerk zugewendet. Wie in den Vorjahren wurden sämtliche einschlägigen Geschäfte seitens zweier Kontrollbeamten wiederholter Visitation unterzogen. Die Kontrolle der Lebensmittel auf dem Markt obliegt dem Marktkommissär und ist gleichwie die Kontrolle der Milch eine ständige.

Über die Zahl der Visitationen, Beanstandungen und Strafanzeigen gibt nachstehende Tabelle Aufschluß.

Gewerbe	Zahl der vorgenommenen Visitationen	Zahl der Beanstandungen und Verwarnungen	Zahl der Strafanzeigen
Bäckereien	415	155	7
Konditoreien	22	4	1
Metzger- und Wurstlereien	234	26	—
Bier- und Weinwirtschaften	228	62	—
Produktenhandlungen und Kaffeegeschäfte	370	66	4
Milch-, Butter- und Käsehandlungen	46	2	2
Fisch-, Delikatessen- und Südfrüchtenhandlungen	37	3	—
Flaschenbierhandlungen	35	—	—
Wildbrethandlungen	5	1	1
Hefenhandlungen	2	—	—
Viktualienmarkt	tägliche Visitation sämtlicher Verkäufer	482	52
Fischmarkt	Visitation sämtlicher Verkäufer bei jedem Markt	31	4
Milchkontrollen	—	26	21
Spirituosenhandlungen	3	1	—

Anhang.

Durchschnittspreise von Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs pro 1902	ℳ	₰
6 Pfund Schwarzbrot	—	69
1 „ bestes Weizenmehl	—	24
1 „ gewöhnliches Weizenmehl	—	17
1 „ bestes Roggenmehl	—	14
1 „ gewöhnliches Roggenmehl	—	13
100 kg Weizen (mittel)	17	44
100 „ Roggen (mittel)	15	24
100 „ Weizenmehl	32	21
100 „ Roggenmehl	24	62
1 Pfund Ochsenfleisch	—	67
1 „ Kalbfleisch	—	66
1 „ Hammelfleisch	—	63
1 „ Schweinefleisch (roh)	—	74
1 „ Kuhfleisch	—	51
1 „ geräucherter Speck	—	77
1 „ Schmalz	1	20
1 „ Schweinefett	—	80
1 „ Butter	—	95
1 „ Rindsfett	—	49
Eier erhielt man für 1 Mark im Winter	16 Stück	
„ „ „ „ 1 „ „ Sommer	20 „	
Eier 100 Stück	5	68
1 Pfund Forellen	3	05
1 „ Krebse	2	06
1 „ Karpfen	1	01
1 „ Hechte	1	16
1 „ Salz	—	10
1 Liter Bier	—	24
1 „ Milch	—	18
1 „ Petroleum	—	20
100 kg Erbsen	24	80
100 „ Linsen	26	31
100 „ Bohnen	23	56
100 „ Gerstengraupe	27	92
100 „ Gerstengrütze	25	—
100 „ Reis	34	25
100 „ Kartoffel	4	50
1 Ster Buchenholz	11	22
1 „ Fichtenholz	10	22
1 „ Föhrenholz	10	22

Durchschnittspreise von Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs pro 1902	ℳ	₰
1 Ster Birkenholz	9	75
1 Zentner Steinkohlen	1	41
1 „ Heu	3	41
1 „ Stroh (Nichtstroh)	3	12
1 Stück Ente	1	90
1 Gans in Federn	3	72
1 „ geputzt	3	76
1 Henne	1	44
1 Taube	—	37

e) Sittenpolizei.

Bezüglich der Kasernierung der Prostitution steht der Stadtmagistrat noch auf dem seit dem Jahre 1900 eingenommenen Standpunkt. Ein Nachweis dafür, daß die Duldung von Bordellen den Gesundheitszustand irgendwie beeinflußt hätte, läßt sich nicht erbringen. Es wurde zwar ein Versuch zur Aufstellung einer bezüglichen Statistik unternommen, allein der Erfolg war nicht derart, daß den Ziffern eine Bedeutung beigemessen werden kann; der Grund hiefür liegt in der Art der in Frage stehenden Krankheit, für welche eine Anzeigepflicht nicht besteht und ferner darin, daß solche Patienten häufig den behandelnden Arzt wechseln, so daß Doppelzählungen nicht ausgeschlossen werden können. Auch konnten nicht alle Ärzte zu einer Äußerung über den Stand der Geschlechtskrankheiten veranlaßt, es können ferner die Verschiebungen in der Praxis der befragten Ärzte und die auswärtigen einen hiesigen Arzt konsultierenden Kranken nicht ohne weiteres ausgeschaltet werden, so daß zur Zeit die Aufstellung einer einigermaßen verläßigen Statistik der Geschlechtskrankheiten unmöglich ist. Bei dieser Sachlage erhält mangels fester Unterlagen die Meinungsäußerung eines vielbeschäftigten Spezialisten einen gewissen Wert, welche dahin geht, daß die Zahl der venerischen Krankheiten seit Einführung der Bordelle abgenommen hat.

f) Vereins- und Versammlungspolizei.

Der Stand der Vereine mit einer Gesamtzahl von 516 weist gegen das Vorjahr mit einer Ziffer von 599 eine wesentliche Minderung auf; diese ist jedoch nicht auf das Jahr 1902 allein zurückzuführen, sondern auf eine Reihe

von Jahren, nur hat sich der starke Abgang an Vereinen erst bei einer im Berichtsjahre vorgenommenen Revision des Vereinsregisters herausgestellt, bei welcher Gelegenheit eine Reihe von Vereinen gestrichen werden mußte, die sich aufgelöst hatten, ohne eine Abmeldung zu betätigen.

Vereinsneugründungen erfolgten im Jahre 1902 im ganzen 19:

1 politischer Verein,
2 eingeschriebene Hilfskassen,
2 Vereine für Kunst und Wissenschaft,
5 gewerbliche Vereine,
4 Sportsvereine,
2 Gesangvereine,
1 Geselligkeitsverein,
2 Studentenkorporationen,
1 Innung.

Über die Zahl der Vereine und die Vereinsgruppierung gibt nachstehende Zusammenstellung Aufschluß.

Lfde. Nr.	Bezeichnung der Vereine	Jahrgang 1902
1	A. Politische Vereine	11
	B. Nichtpolitische Vereine.	
2	Religiöse Vereine	26
3	Wohltätigkeits- und Unterstützungsvereine	82
4	Eingeschriebene Hilfskassen	22
5	Gemeinnützige Vereine	16
6	Militärische Vereine	10
7	Vereine für Kunst und Wissenschaft	36
8	Handels-, Industrie-, Gewerbe-, berufsgenossenschaftl. Vereine	105
9	Vereine für Landwirtschaft, Tierzucht, Fischerei, Jagd . .	21
10	Sportsvereine	41
11	Musik- und Gesangvereine	25
12	Vereine für Vergnügungen, Geselligkeit ꝛc.	81
13	Studentenkorporationen	26
	C. Innungen.	
14	Zwangsinnungen	5
15	Freie Innungen [1])	8
	Summa	516

Die Zahl der politischen Versammlungen betrug im Berichtsjahre 19.

[1]) Im Verwaltungsbericht für das Jahr 1901 wurde versehentlich der Zugang einer erst im Jahre 1902 entstandenen Innung (Uhrmacherinnung) bereits aufgeführt.

g) Hundevisitationen.

Im Jahre 1902 wurden bei dem im Januar abgehaltenen ordentlichen Anmelde- und Visitationstermine **1960** Hunde vorgeführt und 24 636 ℳ Steuer vereinnahmt.

Im ganzen gelangten während des Berichtsjahres 2387 Hunde zur Anmeldung. Das Gesamtsteuererträgnis ergab 29 886 ℳ 50 ₰, so daß der Hälfteanteil der Stadt 14 943 ℳ 25 ₰ betrug.

Der Gesundheitszustand unter den Tieren kann im allgemeinen als günstig bezeichnet werden und waren polizeiliche Maßnahmen in dieser Richtung nicht veranlaßt.

II.

Amtsanwaltschaft.

Die Geschäftstätigkeit der Amtsanwaltschaft, an deren Organisation und Besetzung im Berichtsjahre sich nichts geändert hat, wird durch nachfolgende Ziffern beleuchtet.

Nr.		Im Jahre			
		1899	1900	1901	1902
1	Die Gesamtzahl der erstatteten Anzeigen hat betragen	6117	5715	5050	5620
2	Hievon wurden vom Amtsanwalt als beruhend erklärt	349	337	235	200
3	An andere Behörden abgegeben	729	816	884	1018
4	Verhaftet oder vorläufig festgenommen waren Personen	502	441	649	771
5	Zahl der Anzeigen wegen Verbrechen und Vergehen	2122	2056	1791	1818
6	Zahl der Anzeigen wegen Übertretungen . .	3995	3659	3259	3802
7	Hievon treffen auf Übertretungen des § 361 St. G. B. (Bruch der Landesverweisung, Landstreicherei, Bettel, Gewerbsunzucht, Arbeitsscheue ꝛc.)	313	261	382	553
8	Speziell wegen Bettels wurden bestraft. . .	—	240	275	431

Nachdem im Jahre 1901 eine Abnahme der Anzeigen, d. h. der Anzeigennummern konstatiert werden konnte, ist im Geschäftsjahr 1902 wieder eine Mehrung eingetreten. Die Zunahme erstreckt sich sowohl auf die schwereren, nicht zur Zuständigkeit der Schöffengerichte gehörigen Delikte als auch auf die Übertretungen. Insbesondere wurden gegenüber dem Vorjahre bedeutend mehr Bettelanzeigen erstattet. (S. Nr. 8.) Es ist dies aber weniger auf die im Winter 1901/02 vorhandene Arbeitslosigkeit zurückzuführen, denn die Zahl der vagierenden auswärtigen Bettler hat trotz Aufhebung der Naturalverpflegungsstation eine Erhöhung nicht erfahren. Wohl aber wurde den einheimischen, den sog. Freitagsbettlern energisch auf den Leib gerückt und, wie man wohl sagen kann, der Freitagsbettel ziemlich beseitigt. Im Interesse der öffentlichen Sicherheit wäre es zu begrüßen, wenn auch dem Klosterbettel ein Ende bereitet werden könnte.

§ 36.

Desinfektionsanstalt.

Eine Änderung im technischen Betrieb der Anstalt gegenüber den Vorjahren ist nicht eingetreten. Es wurden Desinfektionen vorgenommen wegen Erkrankung bezw. Tod an:

Unterleibstyphus	21
Tuberkulose	17
Scharlach	14
Blutvergiftung	3
Masern	1
Zuckerkrankheit	1
Kindbettfieber	1
Mening. cerebrosp. epid.	1
Nierenleiden	1
Syphilis	1
Gebärmutterkrebs	1
Blinddarmentzündung	1
Unbenannte Krankheiten	5
Summa	68

In 25 Fällen wurden wegen Zahlungsunfähigkeit der Verpflichteten die Desinfektionskosten von der Stadtkasse getragen.

Das rechnerische Ergebnis des Betriebes ist folgendes:

wirkliche Einnahmen	403,72 ℳ
Nachlässe	307,50 ℳ
Gesamtsolleinnahme:	711,22 ℳ
Gesamtausgabe	656,67 ℳ
somit ergibt sich aus dem Betrieb der Anstalt ein Defizit von	252,95 ℳ

§ 37.

Gewerbeweſen.

I. Im Berichtsjahre wurden 906 Gewerbeanmeldungen
und 678 Gewerbeabmeldungen betätigt
gegen 979 Anmeldungen und
660 Abmeldungen im Vorjahre.

Als Gradmeſſer für den Stand des Wirtſchaftslebens unſerer Stadt und als ein Beweis für deren gewerblichen Aufſchwung ſind dieſe Zahlen nicht direkt brauchbar, wie ſchon im Bericht für das Jahr 1901 ausgeführt worden iſt. Immerhin gewinnt es den Anſchein, daß das ſeit 1901 anhaltende Überwiegen der Anmeldungen über die Abmeldungen als ein Zeichen wachſender Unternehmungsluſt und zurückkehrenden Vertrauens in die allgemeinen Erwerbsverhältniſſe gedeutet werden kann.

II. Ein ſtarkes Kontingent zu den gewerblichen Zu- und Abgängen ſtellte wie in den früheren Jahren das Wirtsgewerbe.

Im Jahre 1902 wurden 156 Wirtſchaftskonzeſſionen verliehen. Hievon treffen 145 Konzeſſionserteilungen auf Beſitzveränderungen. Der alte Mißſtand, daß viele Konzeſſionsinhaber ihre Wirtſchaft nicht halten können, ſondern nach kurzer Wirtſchaftsführung wieder abziehen müſſen, beſteht alſo fort und zwar in erheblichem Maße, wenn man die Geſamtzahl an Wirtſchaften in Betracht zieht.

Es gab nämlich in Würzburg am Ende des Berichtsjahres

54 Gaſtwirtſchaften,
271 Schankwirtſchaften,
54 Weinwirtſchaften,
379 Wirtſchaftsbetriebe in Summa.

Wenn bei 379 Wirtſchaften in einem Jahre 145 Beſitzwechſel vorkommen — auf manche Wirtſchaften treffen wiederholte Veränderungen —,

so liegt der Schluß nahe, daß eine größere Anzahl von Wirtschaften nicht über ausreichende Einnahmequellen verfügt, um die auf dem Betrieb lastenden Unkosten bestreiten und einen mäßigen Gewinn erzielen zu können. Allerdings muß bei Beurteilung dieser Tatsache berücksichtigt werden, daß die Mehrzahl dieser häufig wechselnden Betriebe — wirtschaftlich gesprochen — nur mit Schenkern besetzt ist und zwar sind dies vorwiegend diejenigen Wirtschaften, welche im Besitz von Brauereien sich befinden. Solche Wirte haben nur eine sehr geringe wirtschaftliche Selbständigkeit, sie können in ganz kurzen Fristen von der Wirtschaft entfernt werden, müssen das Bier aus der Brauerei des Verpächters beziehen und zahlen die Wirtschaftspacht in Zuschlägen zum Bierpreis. Juristisch werden diese Personen als Pächter betrachtet und erhalten die Konzession, weil sie die Gewerbesteuer entrichten, im Einkauf und Absatz von Wein und sonstigen Getränken wie auch von Speisen noch freies Ermessen haben. Diese juristische Auffassung wird durch den praktischen Gesichtspunkt unterstützt, daß solche häufig wechselnde Wirtschaften ganz besonders der Abnützung der Lokale unterliegen und es deshalb wünschenswert ist, bei jedem Wechsel gelegentlich der Konzessionserteilung ohne Schwierigkeit die ordnungsmäßige Herstellung der Lokalitäten bewirken zu können, was nicht in dem Maße der Fall wäre, wenn die Brauerei die Konzession besäße und nur der Schenker wechseln würde.

Soweit solche Verhältnisse in Frage kommen, ist in dem Abziehen eines Wirtes ein geschäftlicher Fehlschlag von größerer Bedeutung, ein Abhausen einer bisher gutfundierten wirtschaftlichen Existenz nicht zu erblicken; denn in den meisten Fällen hat der Pächter hiebei nichts gewonnen und nichts verloren.

Weiter ist ein gutes Teil der Besitzwechsel auf die Bauspekulation zurückzuführen, welche zur Erhöhung der Mietrente mit Vorliebe die Parterreräumlichkeiten zu einer Wirtschaft ausbaut.

Ein dritter Grund für den übermäßig häufigen Wechsel ist der, daß vielfach das Maß von Eigenschaften, die ein Wirt besitzen muß, wenn er prosperieren will, unterschätzt wird. Die Wirte rekrutieren sich zum großen Teil aus dem Wirtsgewerbe ganz fern stehenden Berufsarten: halbinvalide Arbeiter, arbeitsmüde alte Leute, Stellenlose sehen sich nach einer kleinen Wirtschaft um, ohne zu bedenken, daß zum Wirtsgewerbe Arbeitskraft, Verstand und Energie ebenso nötig ist wie zu irgend einem anderen Geschäft und daß ohne ein wenn auch nur kleines Kapital ein rationeller Geschäftsbetrieb nicht denkbar ist.

Das Anwachsen der Wirtschaften über das Bedürfnis kommt erst in letzter Linie in Betracht; denn bei einem Anwachsen der Bevölkerung von ca. 61 000 Einwohnern im Jahre 1893 auf ca. 75 000 im Jahre 1902 ist eine Mehrung der Wirtschaften um 81 zu konstatieren, nämlich von 298 auf 379. Es trifft also auf 173 neue Einwohner 1 neue Wirtschaft, während im Jahre 1893 auf 205 Einwohner, im Jahre 1902 auf 199 eine Wirtschaft kam. Die Zunahme der Wirtschaften kann also nicht als beängstigend bezeichnet werden. Deshalb wird eine Besserung in den Verhältnissen auch nicht durch prohibitive Maßregeln herbeigeführt werden, sondern sie wird erst dann eintreten, wenn das Hereindrängen ungeeigneter Personen in den Wirtsberuf aufhört. Damit will aber nicht der Einführung des Befähigungsnachweises das Wort geredet sein, weil der Nachweis eines gewissen Maßes fachlicher Kenntnisse keine Gewähr für den Besitz der wichtigeren Eigenschaft allgemeiner Wirtschaftlichkeit erbringt.

Neben den 379 Wirtschaften gab es noch 74 Branntweinschenken (meist Spezerei- und Produktenläden) und 18 Kleinhandelsstellen.

Der Flaschenbierhandel wurde in 26 Betrieben ausgeübt, so daß sich gegen das Vorjahr eine Mehrung von 7 Geschäften ergibt.

III. In der Organisation des Handwerks ist insofern ein Fortschritt zu verzeichnen, als sich am 11. März 1902 die hiesigen Uhrmachermeister zu einer freien Innung zusammenschlossen. Am 14. Oktober 1902 erweiterte sich die lokale Innung zu einer Kreisinnung; deren Statuten wurden am 5. November von der k. Kreisregierung genehmigt.

Es bestehen also jetzt in Würzburg 5 Zwangsinnungen (Konditorenkreisinnung, Bäcker-, Friseur-, Häfner- und Metzgerinnung) und 7 freie Handwerker-Innungen (Buchbinder-, Glaser-, Sattler-, Schreiner-, Schuhmacher-Innung, Kaminkehrer- und Uhrmacher-Kreisinnung), außerdem die Gastwirts-Innung.

IV. Den Barbieren und Friseuren brachte das Jahr 1902 eine weitere Ausdehnung der Sonntagsruhe. Auf Antrag von mehr als $^2/_3$ der beteiligten Gewerbetreibenden wurde von der k. Regierung mit Entschließung vom 21. April für den Stadtbezirk vorgeschrieben, daß im vorbezeichneten Gewerbe künftighin am 1. Weihnachts-, Oster- und Pfingstfeiertage ein Betrieb überhaupt nicht stattfinden darf, soweit es sich nicht um eine unaufschiebliche Arbeit zur Vorbereitung von öffentlichen Theater-Vorstellungen oder Schaustellungen handelt.

V. Das Gewerbe der Droschkenkutscher hat — durch die Straßenbahn, wie die Lohnkutscher glauben — seit Jahren erhebliche Einbuße im Verdienst erlitten. Der Versuch einiger Mitglieder der Lohnkutscher-Genossenschaft durch Einführung von Fahrpreisanzeigern (Taxameterdroschken) die Inanspruchnahme der Droschken zu heben, ist leider fehlgeschlagen. Durch Magistratsbeschluß vom 23. Mai wurde eine bezügliche ortspolizeiliche Vorschrift mit Gebührentarif erlassen. Allein die Benutzung der Taxameterdroschken rechtfertigte nicht die in diese Neuerung gesetzten Erwartungen, so daß auf Antrag der beteiligten Droschkenbesitzer die Einrichtung nach einem einjährigen Bestand wieder aufgehoben werden mußte.

VI. Auf Andringen einer größeren Anzahl gewerblicher Vereinigungen, deren Mitglieder sich durch den Gewerbebetrieb der Trödler geschädigt glaubten, hat der Stadtmagistrat am 21. November einen Zusatz zur Trödlerordnung vom 5. November 1897 erlassen, nach welchem künftig den Trödlern verboten werden sollte, aus Fabriken, Versand- und Engrosgeschäften neue Waren für ihren Geschäftsbetrieb anzukaufen. In den Motiven zu diesem Beschluß war schon dem Zweifel Ausdruck gegeben, ob die Bestimmung des § 38 Abs. 4 R. Gew. O. überhaupt noch für derartige ortspolizeiliche Vorschriften Raum läßt, da dort nur von Vorschriften der Zentralbehörden gesprochen wird. Der Erfolg der oben aufgeführten Beschlußfassung war denn auch, daß die k. Kreisregierung die ganze Trödlerordnung unter Bezugnahme auf obige Gesetzesstelle für aufgehoben erklärte.

VII. Ein Gewerbe, dem namentlich seit Bestehen des städtischen Arbeitsamts ein besonderes Augenmerk zugewendet wurde, ist die Stellenvermittlung. Hauptsächlich wurde darauf geachtet, daß die Stellensuchenden nach Möglichkeit gegen Ausbeutung geschützt waren. Diesem Bestreben war die Streichung der sogen. Einschreibgebühr aus den Tarifen entsprungen, weil vom Stadtmagistrat die Anschauung vertreten wurde, daß für bloße Inanspruchnahme des Vermittlers eine Gebühr nicht geschuldet werde, sofern es nicht zu einer Vermittlung komme. Hierin fand aber der Magistrat nicht die Zustimmung der k. Regierung und es bleibt abzuwarten, ob die Aufsichtsbehörde diesen Standpunkt beibehält angesichts einer jüngst veröffentlichten Entscheidung des obersten Landesgerichtes, welche die Erhebung einer Einschreibgebühr als ungesetzlich erachtet.

Um das Publikum vor doppelter Gebührenzahlung zu sichern in den Fällen, wo die Stellenvermittlung im Auftrage der Dienstherrschaft und

des Stellesuchenden erfolgte, wurde die Aufnahme einer Bestimmung in die Gebührentarife angeordnet, daß in solchen Fällen jeder Vertragsteil die Hälfte der tarifmäßigen Gebühr zu zahlen hat und daß mehr als die einmalige Vermittlungsgebühr nicht erhoben werden darf.

VIII. An den üblicherweise in Würzburg stattfindenden Messen und Märkten ergab sich durch die mit Beschluß vom 7. März 1902 erfolgte Aufhebung des Wollmarktes eine Änderung. Die Bedeutung dieses Marktes war so geschwunden, daß der wirtschaftliche Effekt in keinem richtigen Verhältnis zu den Kosten der Veranstaltung stand.

IX. Zum Vollzug der ortspolizeilichen Gewerbeaufsicht wurden im Berichtsjahr 128 Betriebe kontrolliert. Die konstatierten Mängel waren mehr formeller Art, wie Fehlen von Anschlägen, Arbeitsbüchern, Lohnzahlungsbüchern u. a.

Die Vornahme von Sonntagsarbeiten wurde gemäß § 105f R. G. O. (Verhütung eines unverhältnismäßigen Schadens) in 4 Fällen gestattet. Von der durch § 105d a. a. O. und die Reichskanzlerbekanntmachung vom 5. Februar 1895 gewissen Saisonbetrieben gestatteten Ausnahme von der Sonntagsruhe haben 2 einschlägige Betriebe Gebrauch gemacht.

X. Bezüglich des Gewerbebetriebs im Umherziehen sind dem Stadtmagistrat Klagen über eine Zunahme des Hausierunwesens nicht zur Kenntnis gekommen. Es wurden im ganzen 123 Wandergewerbescheine ausgestellt. Hievon waren 11 gemäß § 55 Ziff. 4 R. G. O. für Darbietung von Musikaufführungen und Schaustellungen erteilt. Außerdem wurden 52 Scheine letzterer Art — der Hauptsache nach gelegentlich der Messen — für den Stadtbezirk ausgedehnt.

§ 38.

Gewerbegericht.

Ende des Jahres 1901 hatte die Wahl der Beisitzer für die Wahlperiode 1902 mit 1904 stattgefunden.

Es wurden gewählt:

a) aus der Reihe der Arbeitgeber:

Ankenbrand Josef, Glasermeister,
Bachmann Albert, Spenglermeister,
Becker Friedrich, Buchdruckereibesitzer,
Bub Friedrich, Zimmermeister,
Friedrich Georg, Gastwirt,
Grundel Adam, Häfnermeister,
Haselbrunner Michael, Vergoldermeister,
Hetterich Stefan, Schuhmachermeister,
Hirth Fritz, Bäckermeister,
Jander Josef, Metzgermeister,
Kaufmann Karl, Tapeziermeister,
Mahler Josef, Schreinermeister,
Müller Georg, Buchbindermeister,
Reuter Kaspar, Schneidermeister,
Riegel Georg, Lohnkutschereibesitzer,
Schmidt Johann, Sattlermeister,
Schurz Johann, Schmiedmeister,
Thaler Paul, Schlossermeister,
Witschko Joh. Elias, Baumeister,
Zeißner Georg, Konditor.

b) aus der Reihe der Arbeitnehmer:

Bauer Johann, Zigarrenmacher,
Dunkel Ludwig, Buchbinder,
Eck Michael, Schneider,
Frank Karl, Schlosser,
Hemmerich Hans, Buchdrucker,
Heyn Josef, Schreiner,
Holzinger Michael, Spengler,
Hummel Konrad, Büttner,
Kehl Franz, Maler,
Kern Robert, Handschuhmacher,
Lell Adolf, Schreiner,
Mehling Franz, Zimmerer,
Römmelt Josef, Tapezier,
Saueracker Johann, Brauer,
Schäfer Jakob, Buchdrucker,
Schlichting Fritz, Schneider,
Stühler Paul Michael, Schlosser,
Wenz Kaspar, Lackierer,
Wolf Albrecht, Schreiner,
Wolz Sebastian, Packer.

Ausgeschieden ist während des Berichtsjahres Adolf Lell infolge Wegzugs aus dem Gerichtsbezirk. Eine Ersatzwahl war bei ausreichender Zahl von Arbeiterbeisitzern gem. § 30 des Ortsstatuts nicht veranlaßt.

Der durch § 42 des Ortsstatuts vorgeschriebene ständige Gewerbegerichtsausschuß bestand neben dem Vorsitzenden aus folgenden Personen:

a) Arbeitgeber:
Ankenbrand, Schmidt, Witschko.

Ersatzmänner:
Hetterich, Hirth, Mahler.

b) Arbeitnehmer:
Frank, Heyn, Kern.

Ersatzmänner:
Kehl, Wenz, Wolz.

Als Vorsitzender fungierte wie in den Vorjahren Rechtsrat Löffler, als Gerichtsschreiber Offiziant Diem.

Als Einigungsamt war das Gewerbegericht im Jahre 1902 nicht tätig.

Die begutachtende Tätigkeit desſelben erſchöpfte ſich in einem auf Anſuchen des allgemeinen deutſchen Gärtnervereins abgegebenen Gutachten über die Rechtsverhältniſſe der Gärtnergehilfen hinſichtlich der Sonntagsruhe.

Die Inanſpruchnahme des Gewerbegerichts in Prozeßſachen war gegenüber dem Vorjahre wiederum eine ſteigende. Die Fälle, in denen Klage erhoben werden muß, um einen Vollſtreckungstitel zu erwirken behufs zwangsweiſer Realiſierung einer Forderung, die vom Schuldner nicht erfüllt werden will oder kann, ſind ſelten; die Mehrzahl der Klagen iſt verurſacht durch Rechtsunkenntnis der Arbeitgeber, welche die Beſtimmungen der Gewerbeordnung über die Entlaſſung von Gehilfen ohne Einhaltung der Kündigungsfriſt und des bürgerlichen Geſetzbuches über Aufrechnung gegen Lohnforderungen immer noch nicht kennen oder nicht beachten.

Die geringe Zahl von Klagen der Arbeitgeber gegen Arbeitnehmer iſt aus der Scheu des Arbeitgebers zu erklären, wegen einer Forderung, deren Realiſierung ungewiß iſt, vor Gericht zu gehen.

Über die Inanſpruchnahme des Gewerbegerichts im Berichtsjahr gibt nachſtehende Tabelle Aufſchluß.

Übersicht

über die Tätigkeit des Gewerbegerichts Würzburg

im Jahre 1902.

Zahl der anhängig gemachten Klagen			Aus dem Vorjahre übernommene Klagen	Summa	Von den Klagen wurden		Zahl der abgehaltenen Sitzungen		Von den erhobenen Klagen wurden erledigt durch							Einigungsamt		Der Wert des Streitgegenstandes hat betragen								Einnahmen an Gebühren		Ausgaben für Entschädigung der Beisitzer	
Arbeitgeber gegen Arbeiter und Lehrlinge	Arbeiter und Lehrlinge gegen Arbeitgeber	Arbeiter gegen Arbeiter desselben Arbeitgebers			in der Gerichtsschreiberei aufgenommen	schriftlich eingereicht	mit Beisitzern	ohne Beisitzer	rechtskräftiges Versäumnisurteil	Endurteil	Vergleich	Anerkenntnisse	Zurücknahme im Termin	Zurücknahme vor dem Termin	Beruhendererklärung	Zahl der Fälle	Ergebnis	1—10 ℳ	10—20 ℳ	20—50 ℳ	50—100 ℳ	100—200 ℳ	200—300 ℳ	300—400 ℳ	über 400 ℳ	ℳ	₰	ℳ	₰
16	279	11	12	318	301	17	26	7	32	94	91	1	11	55	28	—	—	80	93	95	28	5	5	1	1	167	50	156	—

§ 39.

Arbeitsamt.

Das wichtigste Ereignis des Berichtsjahres war für das Arbeitsamt die Inbetriebnahme der weiblichen Abteilung mit von der männlichen Abteilung getrennten Geschäfts- und Warteräumen. Die an diese Maßnahme geknüpften Erwartungen haben sich in vollem Maße erfüllt. Das beweisen schon ziffermäßig die 1703 Stellenbesetzungen gegen 965 im Vorjahre. Aber nicht nur die Zahl der Vermittlungen hat sich gehoben, sondern auch die Qualität der als offen gemeldeten Stellen, so daß für die günstige Weiterentwicklung der weiblichen Abteilung die besten Hoffnungen gehegt werden dürfen; denn ein großes Stellenangebot ist die Voraussetzung einer regen Nachfrage.

In der männlichen Abteilung macht sich die gedrückte wirtschaftliche Lage bemerkbar. Angebot und Nachfrage haben sich etwas gemindert, die prozentuale Vermittlungsziffer für die Arbeitnehmergesuche hat sich aber gehoben.

Nachstehend geben wir aus dem Geschäftsbericht des städtischen Arbeitsamts, auf dessen nähere Ausführungen Bezug genommen wird, eine Übersicht über die monatliche Tätigkeit des Amtes wieder.

Übersicht über die monatliche Tätigkeit mit Angabe der tatsächlichen Stellenbesetzung.

Monat	Männliche Abteilung:					Weibliche Abteilung:					Zusammensetzung beider Abteilungen:				
	Gesuche wurden gestellt		Stellen wurden besetzt	Prozentuale Vermittlung		Gesuche wurden gestellt		Stellen wurden besetzt	Prozentuale Vermittlung		Gesuche wurden gestellt		Stellen wurden besetzt	Prozentuale Vermittlung	
	von Arbeitgebern	von Arbeitnehmern		Arbeitgeber	Arbeitnehmer	von Arbeitgebern	von Arbeitnehmern		Arbeitgeber	Arbeitnehmer	von Arbeitgebern	von Arbeitnehmern		Arbeitgeber	Arbeitnehmer
Januar	356	418	284	79,8	67,9	213	144	81	38,0	56,3	569	562	365	64,1	64,9
Februar . . .	326	391	265	81,3	67,8	329	108	71	21,6	65,7	655	499	336	51,3	67,3
März	338	330	255	75,4	77,3	463	141	106	22,9	75,2	801	471	361	45,1	76,6
April	481	463	383	79,6	82,7	438	160	150	34,2	93,8	919	623	533	58,0	85,6
Mai	508	500	422	83,1	84,4	220	96	87	39,5	90,6	728	596	509	69,9	85,4
Juni	588	487	313	53,2	64,3	437	188	168	38,4	89,4	1025	675	481	46,9	71,3
Juli	759	654	559	73,4	85,4	387	181	141	36,4	77,9	1146	835	700	61,1	83,8
August	1136	556	549	48,3	98,7	274	136	116	42,3	85,3	1410	692	665	47,2	96,1
September . . .	1022	734	625	61,2	85,1	506	298	267	52,8	89,6	1528	1032	892	58,4	86,4
Oktober	546	606	463	84,8	76,4	410	268	207	50,5	77,2	956	874	670	70,9	76,7
November . . .	410	520	376	91,7	72,3	241	223	177	73,4	79,4	651	743	553	84,9	74,4
Dezember . . .	285	337	252	88,4	74,8	278	145	132	47,5	91,0	563	482	384	68,2	79,7
Summa	6755	5996	4746	61,2	79,2	4196	2088	1703	40,6	81,6	10951	8084	6449	59,8	79,8

§ 40.

Vermittlungsamt.

Im Jahre 1902 gelangten

689 Anträge auf Vornahme eines Sühneverſuchs in Beleidigungsſachen beim Stadtmagiſtrat in Einlauf, gegen das Vorjahr eine Mehrung von 69.

Hievon mußten die Kläger wegen Nichterſcheinens der Beklagten im Sühnetermin in

352 Fällen an das zuſtändige Gericht verwieſen werden,

189 Fälle gelangten zur Ausgleichung, in

123 Fällen war der Sühneverſuch erfolglos und mußten die Kläger gleichfalls an das Gericht verwieſen werden, in

25 Fällen ſind beide Parteien nicht erſchienen.

Außerdem wurde das Vermittlungsamt in Anſpruch genommen zur Auskunftserteilung in den verſchiedenartigſten Rechtsangelegenheiten, insbeſondere bei Mietſtreitigkeiten, Differenzen zwiſchen Dienſtherrſchaften und Dienſtboten und ſonſtigen Privatrechtsfragen.

§ 41.

Militärersatzgeschäft.

Die Musterung fand in der Zeit vom 24. Februar bis 4. März 1902, die Losung am 5. März 1902 im Schrannensaale statt.

Die Musterungs-Kommission bestand aus den H. H. Oberst Bürklein als dem Militärvorsitzenden, Oberleutnant Dörfler des 9. Infanterie-Regiments als weiterem Offizier, Rechtsrat Scheuring als dem Zivilvorsitzenden und Hofmöbelfabrikant Valentin Ostberg, Kaufmann Johann Dehner, Weißküfermeister Kaspar Geist und Zeugschmiedmeister Georg Barth als bürgerlichen Mitgliedern.

Der in der Zeit vom 19. bis 25. Juni 1902 vorgenommenen Aushebung wohnte Seine Königliche Hoheit Prinz Rupprecht als Militärvorsitzender der k. Obererſatzkommission bei.

Als Zivilvorsitzender fungierte Herr k. Regierungsrat Groll und als bürgerliches Mitglied Herr Weingroßhändler Leonhard Arnold.

Bei dem Ersatzgeschäft pro 1902 waren in den alphabetischen und Restanten-Listen vorgetragen:

a) 20jährige	Militärpflichtige	899
b) 21 „	„	526
c) 22 „	„	365
d) ältere	„	143
	Summa .	1933.

Davon ſind:

Unermittelt geblieben	7
Unentſchuldigt ausgeblieben	62
In andere Bezirke verzogen	481
Zurückgeſtellt	670
Als unwürdig ausgeſchloſſen	3
Als unbrauchbar ausgemuſtert	88
Dem Landſturm überwieſen	142
Der Erſatz-Reſerve überwieſen	186
Ausgehoben	226
Überzählig geblieben	4
Freiwillig eingetreten	64
Summa wie vor .	1933.

Von den mit Berechtigungsſchein zum einjährig-freiwilligen Dienſt verſehenen Militärpflichtigen wurden

a) von der Aushebung zurückgeſtellt . .	186
b) der k. Obererſatz-Kommiſſion im Aushebungstermin vorgeſtellt	163.

§ 42.

Einquartierungen und Vorſpann.

Einquartiert wurden im Jahre 1902

1 Unteroffizier, 1 Gemeiner vom Inf.-Regiment 19 Görlitz,
17 Offiziere, 5 Wachtmeiſter, 1 Unteroffizier, 5 Mann vom 3. Chevauleger-Regiment,
16 Offiziere, 1 Aſſiſtenz-Arzt, 1 Veterinär, 3 Vizewachtmeiſter, 1 Fähnrich vom 1. Feld-Artillerie-Regiment,
1 Offizier vom 23. Infanterie-Regiment,
3 Offiziere der 3. Train-Kompagnie,
1 Offizier vom 2. Fuß-Artillerie-Regiment Metz.

Vorſpannleiſtungen erfolgten im Jahre 1902 keine.

§ 43.

Immobiliarbrand- und Hagelversicherung.

I.

Für das Versicherungsjahr 1. Oktober 1901/02 entrichteten die hiesigen Gebäudebesitzer zur staatlichen Brandversicherungsanstalt 163 352.89 ℳ Beiträge.

An Brandentschädigungen wurden 9 111.— ℳ bezahlt, mithin beziffern die Beiträge 154 241.89 ℳ mehr.

Am 1. Oktober 1902 waren versichert

10 527 Gebäude mit 126 800 790 ℳ Versicherungskapital

gegen

10 346 Gebäude und 123 674 150 ℳ „

am 1. Oktober 1901.

Hievon treffen auf die einzelnen Bauartsklassen:

I.	Klasse	4800	Gebäude	mit	98 544 450 ℳ
II.	„	2731	„	„	19 853 530 „
III.	„	2919	„	„	8 285 550 „
IV.	„	77	„	„	117 260 „

Die normalen Beiträge sind für je 100 ℳ Versicherungskapital in I. Klasse 10 ₰, in II. Klasse 13 ₰, in III. Klasse 20 ₰ und in IV. Klasse 25 ₰.

Bei günſtigem Abſchluß der Anſtalt wird nur die Hälfte erhoben, dies war aber pro 1901/02 ebenſowenig möglich wie im vorausgegangenen Jahre.

II.

Die Beiträge zur Hagelverſicherung bezifferten für das gleiche Verſicherungsjahr 78,50 ℳ.

Entſchädigung für erlittenen Hagelſchlag waren nicht zu leiſten.

Verſichert waren 5 landwirtſchaftliche Anweſen.

§ 44.

Krankenversicherung.

Eine Änderung der Organisation des Krankenversicherungswesens der Stadt Würzburg ist im Berichtsjahre nicht erfolgt; es wurde demnach die reichsgesetzliche Krankenhilfe nach wie vor geleistet durch die Gemeindekrankenversicherung nebst dem städtischen Krankeninstitut und dem sog. Gesellenkrankeninstitut, ferner durch Fabrik- oder Betriebskrankenkassen, die lediglich der Beaufsichtigung durch den Stadtmagistrat unterworfen sind.

Zu den bisher bereits bestehenden beiden Fabrikkrankenkassen der Firmen Josef Schürer und Bohn u. Herber ist im Berichtsjahre eine weitere getreten, die der Firma Koenig u. Bauer, und zwar infolge der Transferierung des Koenig und Bauer'schen Fabrikestablissements auf Würzburger Stadtmarkung.

Eingeschriebene Hilfskassen wurden in der Stadt Würzburg auch in diesem Berichtsjahre nicht errichtet; dagegen bestanden hier einige örtliche Verwaltungsstellen auswärtiger eingeschriebener Hilfskassen.

Die Frage der Bildung einer allgemeinen Ortskrankenkasse beschäftigte die gemeindlichen Kollegien wiederholt, ist jedoch zu einem Abschlusse nicht gediehen.

Die Personalbesetzung der gemeindl. Krankenkassen ist im Berichtsjahre die gleiche geblieben wie im Vorjahre.

Mit Beschluß des Magistrats v. 28. Februar 1902 wurde für die gemeindlichen Krankeninstitute aus Zweckmäßigkeitsgründen ein eigener Masseur aufgestellt und diese Funktion dem Polizeichirurgen Andreas Dehm hinsichtlich der männlichen und dessen Ehefrau hinsichtlich der weiblichen Mitglieder übertragen.

Das Statut der Gem.-Krank.-Verſicherung vom 22. November 1892 erfuhr im Berichtsjahre eine kleine Abänderung durch nachſtehenden Zuſatz zum Statutsnachtrag vom $\frac{\text{21. Juni}}{\text{11. Juli}}$ 1895 Abſ. I: „Auf Grund des § 136 des land- und forſtwirtſchaftl. Unf.-Verſ.-Geſ. ſowie Miniſt.-Entſchl. vom 26. Dez. 1898 werden die in Betrieben der k. bayr. Staatsforſtverwaltung beſchäftigten Arbeiter, deren Beſchäftigung durch die Natur ihres Gegenſtandes oder im Voraus ſich auf einen Zeitraum von mindeſtens einer Woche erſtreckt, für die Dauer dieſes Beſchäftigungsverhältniſſes von der Verſicherungspflicht bei der Gem.-Krank.-Verſicherung ausgenommen, desgleichen werden auch die nur vorübergehend, d. i. weniger als eine Woche im Staatsforſtbetriebe beſchäftigten Arbeiter dann, wenn dieſelben in dieſem Beſchäftigungsverhältniſſe einen Betriebsunfall erleiden und infolge desſelben erkranken, vom Tage des Eintritts dieſes Unfalles im Hinblick auf die regulativmäßige Krankenfürſorge des Staates von der Verſicherungspflicht bei der Gemeinde-Krankenverſicherung befreit."

Dieſer Zuſatz wurde von den ſtädtiſchen Kollegien unterm $\frac{\text{14. März}}{\text{5. April}}$ 1902 beſchloſſen und durch Regierungs-Entſchließung vom 26. Mai 1902 genehmigt.

Nachfolgende Tabellen gewähren einen Überblick über den Stand der ſämtlichen hieſigen reichsgeſetzlichen Krankenverſicherungseinrichtungen während des Berichtsjahres ſowie der beiden Vorjahre. Die einſchlägigen Verhältniſſe der Koenig und Bauer'ſchen Fabrikkrankenkaſſe werden in den folgenden Verwaltungsberichten mit berückſichtigt werden.

Jahr	Einnahmen						Aus-									
	überhaupt		pro Mitglied		Darunter Beiträge		pro Mitglied		überhaupt		pro Mitglied		ärztliche Behandlung		Arzneien und Heilmittel		Krankenhauspflegung		pro Mitglied	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Gemeinde-Kranken-																				
1900	207 223	37	13	51	167 275	73	10	91	161 172	99	10	83	3 387	10	9 314	95	73 879	50	4	82
1901	252 813	32	16	56	166 137	49	10	88	212 942	95	13	95	3 714	40	8 920	25	71 297	85	4	67
1902	241 979	51	15	45	195 827	41	12	50	187 809	71	12	—	3 891	10	12011	25	70 890	45	4	52
Fabrikkrankenkasse der Maschinen-																				
1900	4 020	88	26	11	3 149	76	20	45	3 230	47	20	97	768	40	207	64	—	—	—	—
1901	5 504	85	33	98	3 211	94	19	83	4 760	10	29	38	1 214	75	546	49	—	—	—	—
1902	4 044	09	28	28	2 947	44	20	61	3 527	94	24	67	672	90	342	20	—	—	—	—
Fabrikkrankenkasse der Fabriken																				
1900	7 380	—	27	74	5 444	89	20	47	5 589	46	21	01	1 491	80	881	13	6	90	—	03
1901	7 723	44	28	50	5 066	75	18	69	7 687	68	28	33	1 451	45	1 184	30	309	—	1	14
1902	10 218	75	30	05	6 602	91	19	42	10 205	12	30	01	1 649	35	1 710	09	600	60	1	76

gaben												Vermögens-Ausweis							
Krankengelder		pro Mitglied		Ersatzleistungen für gewährte Krankenunterstützungen		Wöchnerinnen-Unterstützung		Sterbegeld		Verwaltungskosten		Aktiva		Passiva		Gegen das Vorjahr			
																Mehrung		Minderung	
																der Aktiva			
ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Versicherung.																			
51 391	78	3	35	17 965	88	—	—	—	—	—	—	40 000	—	—	—	—	—	—	—
49 852	23	3	26	18 714	57	—	—	—	—	—	—	60 000	—	—	—	20 000	—	—	—
76 243	18	4	22	14 682	15	—	—	—	—	—	—	70 000	—	—	—	10 000	—	—	—
Fabrik von Bohn & Herber.																			
1 404	38	9	12	—	—	—	—	—	—	—	—	10 668	81	—	—	880	94	—	—
2 558	06	15	79	—	—	—	—	52	60	—	—	10 143	45	—	—	—	—	525	36
2 047	44	14	31	—	—	—	—	157	80	—	—	10 491	05	—	—	347	60	—	—
der Firma Josef Schürer.																			
2 535	90	9	53	—	—	580	75	70	—	15	98	11 144	54	—	—	123	76	—	—
4 076	62	15	04	—	—	510	75	136	66	17	40	9 326	96	—	—	—	—	1 817	58
4 712	98	13	86	—	—	603	25	303	35	19	95	6 593	63	—	—	—	—	2 733	33

Jahr	Mitgliederzahl am 1. Januar			Durchschnittliche Mitgliederzahl	Anmeldungen	Abmeldungen	Krankheitsfälle				Krankheitstage					Sterbefälle			
	männl.	weibl.	in Summe				männl.	weibl.	in Summe	auf je 100 Mitglieder	männl.	weibl.	in Summe	auf je 100 Mitglieder	Durchschnittliche Dauer einer Krankheit in Tagen	männl.	weibl.	Summe	auf je 100 Mitglieder
Gemeinde-Krankenversicherung.																			
1900	7 881	6 777	14 658	15 333	24 420	24 195	2 991	1 296	4 287	27,95	64 116	35 861	99 977	652	23,32	—	—	—	—
1901	7 618	6 612	14 230	15 260	24 319	24 734	3 057	1 287	4 344	28,47	63 268	35 397	98 665	646	22,71	—	—	—	—
1902	7 319	6 496	13 815	15 662	27 246	25 539	3 294	1 269	4 563	29,13	72 219	36 453	108 672	694	23,81	—	—	—	—
Fabrikkrankenkasse der Maschinenfabrik von Bohn & Herber.																			
1900	154	—	154	154	—	—	61	—	61	39,61	628	—	628	408	14,29	—	—	—	—
1901	164	—	164	162	—	—	59	—	59	36,41	1 105	—	1 105	682	18,73	1	—	1	0,62
1902	148	—	148	143	—	—	62	—	62	43,36	1 120	—	1 120	783	18,06	3	—	3	2,09
Fabrikkrankenkasse für die Fabriken der Firma Josef Schürer.																			
1900	95	179	274	266	—	—	37	77	114	42,85	1 014	1 611	2 625	987	23,02	1	1	2	0,75
1901	86	171	257	271	—	—	57	85	142	52,39	1 219	3 201	4 420	1 631	31,12	1	2	3	1,10
1902	104	194	298	340	—	—	61	106	167	49,12	1 501	2 816	4 317	1 270	25,85	1	4	5	1,47

Städtisches Krankeninstitut.

Im Jahre	Zinsen von Aktivkapitalien		Pflichtbeiträge der Mitglieder		Rückersätze		Verwaltungskosten		Kosten auf Krankenhilfe		Mitgliederzahl
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	
1900	7894	95	692	90	—	—	6463	84	599	45	106
1901	8341	97	742	30	—	—	6695	41	865	36	114
1902	8785	40	741	—	—	—	6793	37	958	82	135

§ 45.

Unfallversicherung.

Im Berichtsjahre wurden zur Unfallversicherung 63 neue Betriebe auf Grund der bisherigen Gesetzesbestimmungen angemeldet, während 114 Geschäftsbetriebe aus dem Handelsgewerbe zufolge des Reichsgesetzes vom 30. Juni 1900, die Abänderung der Unfallversicherungs-Gesetze betr., vom Geltungstermine dieses Gesetzes, nämlich dem 1. Januar 1902 ab bei der Lagereiberufsgenossenschaft versichert wurden. Regiebaunachweisungen wurden in 26 Fällen eingereicht.

Unfälle wurden 368 gegen 340 im Vorjahre angezeigt, von denen 162 gegen 172 im Vorjahre untersucht wurden. Hienach hat sich die Zahl der Betriebsunfälle überhaupt im Berichtsjahre zwar vermehrt, die sog. schwereren Unfälle jedoch, d. h. diejenigen, welche voraussichtlich mehr als eine 13wöchentliche Erwerbsbeschränktheit nach sich ziehen, sind der Zahl nach gegen das Vorjahr zurückgeblieben.

Die Unfälle verteilen sich auf die einzelnen Berufsgenossenschaften wie folgt:

Genossenschaften	1902	1901
Bayerische Baugewerksberufsgenossenschaft	120	101
„ Holzindustrieberufsgenossenschaft	24	11
Süddeutsche Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft	54	55
„ Edel- und Unedel-Metall-Berufsgenossenschaft	4	1
Berufsgenossenschaft der Feinmechanik	3	4
Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie	2	3
Deutsche Buchdruckerberufsgenossenschaft	14	12

Genossenschaften	1902	1901
Nahrungsmittel-Industrie-Berufsgenossenschaft	8	3
Tabakberufsgenossenschaft	3	3
Müllereiberufsgenossenschaft	3	1
Bekleidungsindustrieberufsgenossenschaft	—	4
Süddeutsche Textilindustrieberufsgenossenschaft	1	3
Brauerei- und Mälzereiberufsgenossenschaft	34	36
Ziegeleiberufsgenossenschaft	—	1
Berufsgenossenschaft der deutschen Schornsteinfegermeister	1	1
Berufsgenossenschaft der Gas- und Wasserwerke	9	14
Lagereiberufsgenossenschaft	13	20
Fuhrwerksberufsgenossenschaft	13	7
Tiefbauberufsgenossenschaft	40	42
Straßen- und Kleinbahnen-Berufsgenossenschaft	5	6
Steinbruchsberufsgenossenschaft	2	—
Land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft für Unterfranken	15	12

Der Prozentsatz der auf das Baugewerbe entfallenden Unfälle, welcher im Jahre 1901 gegenüber den früheren Jahren erheblich gefallen war, von 47,4 % auf 42,2 %, ist hienach im Berichtsjahre wieder um ein Weniges, nämlich auf 43,5 %, gestiegen.

§ 46.

Invalidenversicherung.

An den Aufgaben der unteren Verwaltungsbehörden hinsichtlich der Invalidenversicherung hat sich im Berichtsjahr nichts geändert.

Einen Einblick in die von Jahr zu Jahr sich steigernde Bedeutung der Versicherung geben nachfolgende Zahlen:

Im Berichtsjahre wurden mit Marken gefüllte Quittungskarten zum Umtausch vorgelegt:

8037 für männliche Versicherte,
6122 für weibliche Versicherte,

14159 in Sa., gegen das Vorjahr eine Mehrung von 484 Karten.

An Renten wurden angewiesen:

11 Altersrenten und 231 Invalidenrenten, in Summa 242. (Im Vorjahre dagegen 9 Altersrenten und 235 Invalidenrenten.)

Die bis zum Schlusse des Jahres bezogenen Altersrenten betrugen zwischen 8,90 ℳ und 17,— ℳ, die Invalidenrenten zwischen 9,30 ℳ und 17 ℳ.

Bemerkenswert ist, daß die unterfränkische Versicherungsanstalt bei 21 Versicherten behufs Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit bezw. Hintanhaltung der dauernden Invalidität ein Heilverfahren eintreten ließ. In den meisten Fällen wurden die Erkrankten im Sanatorium Luitpoldheim bei Lohr auf die Dauer eines Vierteljahres untergebracht.

An die Hinterbliebenen von 33 verstorbenen männlichen Versicherten wurden Beiträge bis 80 ℳ, an 229 weibliche Versicherte, die sich verehelicht haben, Beiträge von 20 ℳ bis 61 ℳ rückerstattet.

Am Schlusse des Berichtsjahres bezogen unter Kontrolle des Stadtmagistrates 846 Personen Renten im durchschnittlichen Betrage von 12 ℳ 25 ₰ monatlich.

Die Summe der Renten, die hiesigen Einwohnern im Jahre 1902 zugeflossen ist, kann auf über 120000 ℳ geschätzt werden.

Bei den hiesigen Postanstalten wurden für Beitragsmarken vereinnahmt:

1902: 211830 ℳ 62 ₰
gegen 195555 ℳ im Jahre 1901.

§ 47.

Pensionskasse für die städtischen Beamten.

Bezüglich der Rechte und Pflichten der Mitglieder dieser Kasse sowie der Leistungen der Kasse an die Mitglieder und deren Angehörige vergleiche VIII. Verwaltungsbericht S. 147 und IX. Verwaltungsbericht S. 200.

Die Zahl der im Jahre 1902 zur Pensionskasse beitragspflichtigen Mitglieder betrug 120 gegen 118 im Jahre 1901.

Pensionen wurden ausbezahlt an:

24 Beamte gegen 25 im Vorjahre,
43 Witwen „ 42 „ „
14 Waisen „ 17 „ „

Da die städtische Sparkasse wegen geringerer Rentenüberschüsse pro 1902 statt des mit 18500 ℳ etatisierten Zuschusses nur einen solchen von 10731 ℳ 40 ₰ leisten konnte, mußte die Stadtkämmerei statt 47520 ℳ Zuschuß, einen solchen von 50029 ℳ 79 ₰ leisten. Andererseits wurden infolge Ablebens einiger Pensionisten im Berichtsjahre nur 71742 ℳ 62 ₰ statt 77020 ℳ 57 ₰ wie im Etat vorgesehen, an Pensionen verausgabt.

Das Stammvermögen der Pensionskasse betrug:

Ende 1902 147888 ℳ 26 ₰ und
„ 1901 144972 „ 34 „, hat sich somit um
2915 ℳ 92 ₰
während der Berichtsperiode erhöht.

Bezüglich der Rechnungs-Ergebnisse ist der II. Abschnitt zu vergleichen.

§ 48.

Pensionskasse für die städtischen Bediensteten.

Über diese Kasse geben die in Abschnitt II beigefügten Rechnungsergebnisse Aufschluß. Von der dort ausgewiesenen Pensionssumme von 11 046,03 ℳ treffen:

2 259,36 ℳ auf 16 Witwen und 1 Waise, berechnet nach den Normen des alten Statuts,

5 191,69 „ auf 11 Pensionisten
2 564,00 „ „ 16 Witwen
1 030,98 „ „ 29 Waisen

} nach dem neuen Statut.

§ 49.

Pensionskasse für die städtischen Lehrer und Lehrerinnen.

Für das Berichtsjahr ist eine Änderung in der Organisation der Lehrerpensionskasse nicht zu berichten. Bezüglich der Rechnungsergebnisse wird auf die Zusammenstellung im II. Abschnitt verwiesen.

Die Summe der hienach ausgezahlten Pensionen zu 13 111 ℳ 20 ₰ verteilt sich folgendermaßen:

6 762 ℳ 60 ₰ an 3 Lehrer und 1 Lehrerin,
1 612 „ 20 „ an 4 Lehrerswitwen,
542 „ 40 „ an 7 Waisen,
4 194 „ — „ an 4 Lehrer, 3 Lehrerinnen, 3 Witwen und 1 Waise nach den alten Pensionsnormen.

§ 50.

Stiftungswesen.

I. Allgemeines.

Die Zahl der unter magistratischer Verwaltung stehenden Stiftungen betrug auch im Berichtsjahr 108.

Das Gesamtvermögen derselben vermehrte sich von 8 720 352 ℳ 51 ₰ im Jahre 1901 bis Ende 1902 auf 8 876 121 ℳ 53 ₰.

Durch Magistratsbeschluß vom 21. Januar 1902 wurde die sogenannte „Stiftungskommission" gebildet. Dieselbe setzt sich zusammen aus dem rechtskundigen magistratischen Stiftungsreferenten (als Vorsitzenden), aus den magistratischen Distriktsarmenreferenten und dem Verwalter des Ehehaltenhauses (bürgerlichen Magistratsräten). Aufgabe der Kommission ist die Vorberatung aller wichtigen Stiftungsangelegenheiten — mit Ausnahme der Angelegenheiten der Bürgerspitalstiftung, für welche die Bürgerspitalkommission zuständig bleibt —, insbesondere die Vorberatung über Vergebung von Stipendien, Pfründen und sonstigen Unterstützungen aus Stiftungsmitteln.

II. Neue Stiftungen

kamen im Berichtsjahre nicht in Zugang.

Dagegen hat, abgesehen von kleineren Zuwendungen an die Armenkasse, die dahier verlebte Privatierswitwe Babette Kleinschnitz dem Lokalarmenfonds dahier testamentarisch ein Legat von 2000 ℳ zugewendet, das vom Stadtmagistrat unterm 12. September 1902 dankbarst acceptiert wurde.

III. Besonderes über einzelne größere Stiftungen.

a) Das Bürgerspital zum heiligen Geist hatte im Berichtsjahre wie in den letzten neun Jahren

33 innere männliche Pfründen,
47 „ weibliche „
24 äußere männliche „
46 „ weibliche „

für deren Unterhalt ein Gesamtaufwand von 76 441,06 ℳ erwachsen ist, gegen 76 233,55 ℳ im Jahre 1901 und 67 719,40 ℳ im Jahre 1881.

Die Überschüsse der mit dem Bürgerspital verbundenen „Vereinigten Pflegen" haben sich im Berichtsjahre auf 7 469 ℳ 39 ₰ belaufen, woraus sich unter Zugrundlage von 4893 Verpflegstagen für die Pfründner der „Vereinigten Pflegen" ein Verpflegungssatz von 1 ℳ 52,6 ₰ pro Kopf und Tag ergibt gegen 1 ℳ 64,3 ₰ im Jahre 1901 bei 4285 Verpflegstagen und einem Betriebsüberschuß von 7 039 ℳ 61 ₰.

Unter Einrechnung der inneren und äußeren Pfründnerinnen der Gabrielspflege ergibt sich für die Bürgerspital-Stiftung pro 1902 nachstehender Personalstand:

33 innere männliche Pfründner,
47 „ weibliche „
24 äußere männliche „
46 „ weibliche „
7 Pensionäre und Pfründner der Verwalter Seuffert'schen Stiftung,
14 innere und
8 äußere Gabrielspflege-Pfründnerinnen,
11 Dienstboten,
3 Aushilfsdienstboten,
7 Gartentaglöhner, Haustaglöhner und Wäscherinnen,
1 Weinbergsarbeiter (krank),
1 Wärterin der Gabrielspflege,

---

202 in Summa mit 37 537¾ Verpflegstagen gegen 37 007½ im Vorjahre.

Der Aufwand für Verpflegung einschließlich Bedienung, Bekleidung, Beheizung ꝛc. belief sich pro Kopf und Jahr auf rund 553 ℳ gegen 545 ℳ 68 ₰ im Vorjahre.

Das Gesamtvermögen der Bürgerspital-Stiftung bezifferte sich am Schlusse des Jahres 1902 auf

2 689 903 ℳ 85 ₰ gegen 2 631 686 ℳ 06 ₰

im Vorjahre, jenes der vereinigten Pflegen (Gabrielspflege), ferner der dem Bürgerspitalrentamt zur Verwaltung überwiesenen Bolongaro-Crevenna'schen, Kehr'schen und Trenner'schen Stiftung auf 443 943 ℳ 45 ₰, so daß sich ein Gesamtvermögen von 3 133 847 ℳ 30 ₰ gegen 3 074 988 ℳ 45 ₰ im Vorjahre ergibt.

Der Grundbesitz der Stiftung hat sich im Berichtsjahre durch Ankauf von Äckern im Sandpfad und Lindlesberg sowie von Weinbergen im Stein, Pfülben und Neuberg um 4 ha 412,5 a = 12 Tagw. 949 Dez. vermehrt, dagegen durch Veräußerung von verschiedenen Parzellen an das Staats- und Bahnärar, die Stadtgemeinde und Private um 5 ha 192 a = 15 Tagw. 241 Dez. verringert. Derselbe umfaßt nunmehr eine Fläche von 316 ha 045,5 a = 927 Tagw. 538 Dez.

Hievon treffen:

Vortrag	Hektar	Ar	Tagwerk	Dezimalen
a) auf das Anstallsanwesen mit Garten, auf die Wohnhäuser Theaterstraße 15/17, Ulmergasse 2 und Innerer Graben 10 sowie Ludwigstraße 1½ mit Garten	1	636	4	803
b) auf das Schlüpferleinsmühlgut mit dem Gebäudeanwesen am Rosenmühlweg	107	721	316	129
c) auf das Hausökonomiegut mit Einzelgrundstücken und Wiesen	44	372	130	214
d) auf das Anwesen im Frauenland (Siebolbstraße)	4	565	13	395
e) auf das Gut Rothof, Veitshöchheimerstraße, mit Einzelpachtgrundstücken	59	960	176	003
f) auf das Gut Straußhof, Veitshöchheimerstraße .	48	064	141	063
g) auf das Weingut mit Rebschule	37	808,5	110	952
h) auf eine Waldfläche bei Höchberg	11	919	34	979
Summe	316	045,5	927	538

Wegen Abtretung von etwa 11 Hektar bürgerspitälischen Grundbesitzes zur Anlage eines Rangierbahnhofes in der Dürrbachau wurden Ende des Berichtsjahres Verhandlungen mit dem Eisenbahnärar eingeleitet.

Die Stiftung beteiligte sich im Berichtsjahre mit einer Kollektion von Eigenbauweinen bei der gelegentlich der Ausstellung der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft zu Mannheim im Juni 1902 errichteten Kosthalle.

Leider hatte die Stiftung im Berichtsjahre durch das am 16. Oktober 1902 erfolgte Ableben des Vorstandes des stiftischen Rentamtes, des Rentamtmannes Ferdinand Quaglia, einen schweren, kaum ersetzbaren Verlust zu beklagen.

Der Verlebte, ein hervorragend tüchtiger, gewissenhafter und humaner Beamter, bekleidete sein verantwortungsvolles Amt 26 Jahre lang mit Eifer, Umsicht und Pflichttreue und hat sich sowohl hiedurch, wie insbesondere auch als Vorstand des unterfränkischen Weinbauvereines, in welcher Eigenschaft der Verlebte mit großer Sachkenntnis unermüdlich und höchst erfolgreich für Hebung und Verbesserung des Weinbaues in Franken tätig war, hervorragende Verdienste erworben, die ihm bei allen Beteiligten ein bleibendes ehrendes Andenken sichern.

Der Nachfolger des Verlebten war am Schlusse des Berichtsjahres noch nicht ernannt.

b) Ehehaltenhaus.

Das Vermögen der Anstalt betrug in Summa 417 672 ℳ 43 ₰ gegen 390 485 ℳ 32 ₰ im Jahre 1901. Die beträchtliche Mehrung hat ihren Grund hauptsächlich darin, daß die Realitäten ihrem wirklichen Werte entsprechend durch das Stadtbauamt neu eingeschätzt wurden und diese Schätzung den bisherigen Wertanschlag um 26 700 ℳ überstieg.

Die Verpflegstage betrugen:

7 408	für	Pfründner,
7 383	„	Pfründnerinnen,
3 110	„	das Dienstpersonal,
9 299	„	hiesige Kuristen,
1 153	„	Fremdkuristen,
551	„	Mitglieder der Gemeinde-Krankenversicherung,
28 904		Summa.

Der Personalstand betrug am Jahresschlusse:

1 Hausvater,
1 Hausmutter,
1 Köchin,
1 Haus- und Küchenmagd,
5 Wärterinnen,
20 männliche Pfründner,
21 weibliche Pfründner,
32 Kuristen — in Summa 82 Personen.

Die Verwaltung führte Magistratsrat Albrecht.

c) Hueberspflege (Josephs-Spital).

Am Schlusse des Jahres 1902 war die Anstalt mit 21 Pfründnerinnen besetzt, die Zahl der äußeren Pfründnerinnen I. Klasse, welche je 216 ℳ pro Jahr beziehen, betrug 46, die der Pfründnerinnen II. Klasse, welche je 168 ℳ jährlich erhalten, 19. Außerdem besteht noch die sogenannte Graßmannspfründe, welche mit einer Pfründnerin besetzt ist, während eine weitere Stipendiatin die Zinsen aus dem Kleinschrod'schen Legat zu 1300 Gulden erhält. Das Dienstpersonal ist noch das gleiche wie im Vorjahre, die Verwaltung oblag auch im Jahre 1902 dem Magistratsrat Albrecht. Im Berichtsjahre wurden die Gebäulichkeiten der Stiftung einer Neueinschätzung unterworfen, hiedurch sowie durch verschiedene Kapitalsanlagen ergab sich am Ende des Jahres 1902 ein Vermögensbestand von 1 198 671 ℳ 72 ₰, sohin gegen das Vorjahr mehr um 39 872 ℳ 02 ₰.

Die durch Verzicht des bisherigen Inhabers, des k. Bezirksarztes Dr. Engelhardt, freigewordene Stelle eines Hausarztes der Anstalt wurde mit Wirkung von Anfang des Jahres 1902 ab dem praktischen Arzte Dr. Mayring dahier übertragen.

d) Siechenhaus-Pflege.

Verpflegt wurden in der Anstalt 3 männliche und 9 weibliche Pfründner an 3 619 Verpflegstagen mit einem Kostenaufwande von 5 705 ℳ 91 ₰, so daß die Verpflegung per Kopf und Tag auf 1 ℳ 31 ₰ zu stehen kam. Nicht in Berechnung gebracht sind hiebei die Verwaltungskosten, die Ausgaben für die Gebäude und das Pflegegeld zu 219 ℳ für einen in der Kreisanstalt für Unheilbare zu Römershag untergebrachten Pfründner.

Aus den Renten-Erträgniſſen könnten mindeſtens noch 2 Pfründner mehr verpflegt werden, eine Vermehrung des Pfründnerſtandes kann jedoch zur Zeit wegen Platzmangels in der Anſtalt nicht durchgeführt werden. Der Rentenüberſchuß des Jahres 1902 zu rund 2 800 ℳ ſowie der aus dem Jahre 1901 übertragene Aktivreſt zu rund 3 700 ℳ wurde mit 4 000 ℳ kapitaliſiert, während der verbliebene Kaſſebeſtand von 2 569 ℳ 50 ₰ als Betriebsfond auf das Jahr 1903 übernommen wurde und im letztgenannten Jahre vorausſichtlich ebenfalls als Stiftungszufluß kapitaliſiert werden kann.

Das reine Vermögen betrug am Jahresſchluſſe 271 481 ℳ 94 ₰, worunter 262 391 ℳ 93 ₰ rentierliches Vermögen gegen 258 391 ℳ 93 ₰ im Vorjahre.

Die Verwaltung führte Magiſtratsrat Weber.

e) Julius Wölffel'ſche Spital-Stiftung für alte dienſtunfähige Geſellen und Knechte.

Das Geſamtvermögen betrug 383 296 ℳ 94 ₰ gegen 380 592 ℳ 90 ₰ im Jahre 1901, hat alſo um 2 704 ℳ 04 ₰ zugenommen.

Am Jahresſchluſſe befanden ſich in der Anſtalt 7 katholiſche und 7 proteſtantiſche Pfründner, 1 Hausvater, 1 Hausmutter und 1 Dienſtmagd.

Die Verpflegstage betrugen 4 883 für Pfründner und 1 095 für das Dienſtperſonal, in Summa 5 978. Die Verpflegskoſten hiefür betrugen in Summa 7 110 ℳ 41 ₰, ſohin per Kopf und Tag 1 ℳ 19 ₰ ohne Einrechnung der Verwaltungs-Koſten und der Koſten auf Unterhaltung des Stiftungsgebäudes.

Magiſtratsrat Albrecht war auch im Jahre 1902 Verwalter der Stiftung.

Über die Rechnungsergebniſſe der sub a mit e aufgeführten Stiftungen ergibt ſich das Nähere aus Abſchnitt II dieſes Berichts.

§ 51.

Gemeindewaisenrat.

Mit dem Jahre 1902 lief die Amtsdauer der erstmals im Jahre 1899 gewählten Waisenräte ab. Änderungen im Bestande des Gemeindewaisenrats ergaben sich im Berichtsjahre nicht; die Neuwahl fällt in das Jahr 1903.

Eine formelle Änderung in der Geschäftsbehandlung ergab sich dadurch, daß an Stelle der bisher geführten Bezirkswaisenlisten in Buchform aus einzelnen Blättern hergestellte Listen eingeführt wurden. Dies erwies sich deshalb als nötig, weil der häufige Wechsel in den Wohnungen der Mündel fortwährende Streichungen und Neueinträge in den Waisenlisten notwendig machte, wodurch die Übersichtlichkeit der Listen stark beeinträchtigt wurde, während nach dem jetzt eingeführten Modus der für jedes einzelne Mündel hergestellte Bogen an den durch den Wohnungswechsel zuständig gewordenen Waisenrat nach Berichtigung der Hauptliste übergeben werden kann.

Am 17. Dezember fand unter Zuziehung der Vormundschaftsrichter eine Besprechung des Gemeindewaisenrates statt. Der Meinungsaustausch beschränkte sich auf die im Laufe des Jahres bei der Geschäftsbehandlung hervorgetretenen Mängel; seitens aller Beteiligten wurde jede mögliche Mitwirkung zur künftigen Vermeidung von Beanstandungen bereitwilligst zugesagt.

§ 52.

Armenpflege.

Der Armenpflegschaftsrat hatte im Jahre 1902 folgende Zusammensetzung:

I. rechtsk. Bürgermeister Michel Philipp, k. Hofrat, I. Vorstand;
Ringelmann Max, II. rechtsk. Bürgermeister.

Abgeordnete des Stadtmagistrates:

Bolzano Karl, Magistratsrat, II. Vorstand,
Dunzinger Georg, „
Conrad Franz, „
Stöhr Karl, „
Dr. Lill Johannes, „
Steinam Aquilin, „
Eckert Franz Michael, „

Abgeordnete des Gemeindekollegiums:

Seitz Franz Lukas, Parkettbodenfabrikant, k. Hofl.,
Dehner Johann, Privatier,
Roth Johann Heinrich, Privatier,
Klug Wendelin, Kaufmann,
Hinterberger Franz, Privatier,
Kauffmann Adam Jakob, Privatier,
Römmelt Valentin, Sattlermeister.

Gewählte Armenpflegschaftsräte:

Schreiber Andreas, Privatier,
Mainhart Georg, Seilermeister,
Moser Melchior, Kunstgärtner, k. Hofl.,

Schöppner Josef, Privatier,
Lender Kilian, Privatier,
Kuhn Jakob, Korbwarenfabrikant,
Milz Michael, Sattlermeister,
Rockenmeyer Josef, Privatier,
Entres Lothar, Uhrmachermeister,
Höfling Georg, Privatier,
Göpfert Franz, Konditor,
Sturm Urban, Seifenfabrikant,
Spengler Georg, Glasermeister,
Hergenröther Jakob, Privatier.

Pfarrei-Vorstände:

Braun Dr. Karl, Domkapitular und Dompfarrer,
Heßdörfer Kaspar, Stadtpfarrer zu Stift Haug,
Fischer Dr. Engelbert, Stadtpfarrer zu St. Gertraud und päpstlicher Hausprälat,
Erk Johann, Stadtpfarrer zu St. Peter,
Kempf Emil, Stadtpfarrer zu St. Burkard u. bischöflicher geistlicher Rat,
Pachelbel Johann Friedrich, Dekan und 1. protestant. Stadtpfarrer.

Vorstand der israel. Kultusgemeinde:

Stern Dr. Otto, k. Justizrat und Rechtsanwalt.

K. Bezirksarzt:

Hofmann Dr. Franz Eduard.

Am 18. Februar 1902 schied Privatier J. Heinrich Roth infolge Ablebens aus dem Armenpflegschaftsrat; an dessen Stelle wurde seitens des Gemeindekollegiums der Kunstgärtner und Gemeindebevollmächtigte Wilhelm Küchle abgeordnet.

Bei aller Sparsamkeit war der Armenpflegschaftsrat bestrebt, einerseits nach Möglichkeit dem auch in unserer Stadt in Überfülle zu findenden Elend zu steuern, andererseits durch die Art der Unterstützung und durch rechtzeitige Hilfeleistung weiterem Vermögensverfall nach Kräften entgegen zu wirken.

Nachstehend folgt eine Übersicht über die Hauptergebnisse der Armenverwaltung im Berichtsjahre, welche die Zahl der unterstützten Personen ersehen läßt.

Hinsichtlich der Rechnungsergebnisse der Armenkasse wird auf den II. Abschnitt dieses Berichts Bezug genommen.

Hauptergebnisse der Armenverwaltung im Jahre 1902.

Die Zahl der von der Armenpflege unterstützten Personen beträgt im ganzen 1562.

Darunter befinden sich:*)

1.	Ständig unterstützte (konskribierte) Arme	733	(774)
2.	Im Ehehaltenhause untergebrachte Arme (exkl. d. Pfründner)	121	(55)
3.	Vorübergehend unterstützte Arme (inkl. der mit Krankenhilfe Unterstützten)	416	(398)
4.	Geisteskranke (inkl. der in der psychiatr. Klinik der k. Universität untergebrachten Geisteskranken)	69	(65)
5.	In hiesigen Erziehungsanstalten untergebrachte Kinder .	84	(80)
6.	Bei Pflegeeltern untergebrachte Kinder	63	(56)
7.	In der Erziehungs- und Besserungsanstalt Oberzell . .	4	(4)
8.	„ „ St. Nikolaus-Anstalt in Andechs	1	(1)
9.	„ „ St. Johannis-Pflege in Aschaffenburg . . .	2	(2)
10.	„ „ Idiotenanstalt St. Josefshaus in Gemünden .	1	(1)
11.	„ „ Blödenanstalt Himmelkron	1	(1)
12.	„ „ Knabenrettungsanstalt Karlstadt	1	(2)
13.	„ „ Kinderbewahranstalt Markteinersheim	1	(1)
14.	„ dem Erziehungs- und Waisenhause Miltenberg . .	1	(1)
15.	„ „ evangel. Waisenhause München	1	(2)
16.	„ der Diakonissenanstalt Neuendettelsau	1	(1)
17.	„ „ Pflege- und Krippenanstalt Nürnberg . . .	1	(1)
18.	„ „ Kreisanstalt für Unheilbare in Römershag . .	2	(2)
19.	„ dem Waisenhause Marienthal in Schweinfurt . . .	1	(1)
20.	„ der St. Josefs-Versorgungsanstalt Ursberg . . .	1	(1)
21.	„ dem Mädchenwaisenhause Wörth a/M.	2	(2)
22.	Erstkommunikanten	55	(65)

*) Die entsprechenden Ziffern des Vorjahres sind in Klammern beigesetzt.

§ 53.

Naturalverpflegungsstation, Wärmestuben, Suppenanstalten.

I. Naturalverpflegungsstation.

Das Jahr 1902 brachte im Betrieb der Naturalverpflegungsstation insofern eine Änderung, als in der Zeit vom 6. Mai bis 1. November die Station geschlossen wurde. Der bezügliche Magistratsbeschluß, dem auch das Gemeindekollegium beigetreten ist, wurde eingehend motiviert und hat dem Präsidium der k. Kreisregierung zu keiner Erinnerung Anlaß gegeben. Maßgebend dafür, in Erwägungen über den künftigen Weiterbestand der Station einzutreten, war das Anschwellen der hiefür aufgewendeten Kosten. Die Naturalverpflegungsstation hat während ihres Bestandes vom 1. September 1888 bis Ende 1901 der Stadtgemeinde 75 938 ℳ gekostet; dazu kommen noch Zuschüsse der freiwilligen Armenpflege mit 5 775 ℳ, so daß der Gesamtaufwand 81 713 ℳ beträgt.

Die Jahresausgabe ist namentlich seit dem Jahre 1899 stark gestiegen.

1898: 5474 ℳ
1899: 6053 „
1901: 7968 „

Dies legte die Erwägung nahe, ob künftig für ein freiwilliges Unternehmen der Stadtgemeinde, das nur auf die zugesagte finanzielle Beihilfe der beiden Distrikte des k. Bezirksamts Würzburg hin eingegangen worden war, weitere Opfer gebracht werden sollten, nachdem die Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen nur durch erhebliche Umlagen-

erhöhung ermöglicht werden konnte, die genannten Distrikte schon seit 1889 nichts mehr beisteuerten, auch die Zuschüsse der freiwilligen Armenpflege im Laufe der Jahre immer kleiner geworden und aller Petitionen ungeachtet, Beihilfen seitens des Kreises oder des Staates nicht zu erlangen waren.

Eine Prüfung der Ergebnisse der Naturalverpflegungsstation zeigte, daß das Äquivalent dieser Einrichtung den Aufwendungen für dieselbe nicht entsprach. Dieser Gegenwert besteht in den Leistungen der Stationsgäste und in den allgemeinen sozialen Folgen der Verpflegung gegen halbtägige Arbeitsleistung, nämlich Eindämmung des Bettels und der Landstreicherei. Der übliche Anschlag der Arbeitsleistung der Stationsgäste mit 10 ₰ für die Stunde hat im wesentlichen nur statistischen Wert. Die Stadtgärtnerei bewertet die Arbeit auf 5 ₰, das Stadtbauamt geht hiebei etwas höher. Soviel ist aber sicher, daß für den pro 1901 auf obiger Grundlage berechneten Arbeitswert zu 2811 ℳ Arbeitskräfte hätten bereitgestellt werden können, welche wesentlich mehr leisten würden als die Stationsgäste, da sie in der Arbeit geübt sind, der ihnen übertragenen Arbeit größeres Interesse entgegenbringen und außerdem stets zur Verfügung stehen, während die Zahl der Stationsgäste sich nicht nach dem Maß der vorhandenen Arbeit richtet und auch die jeweils zugereisten Gäste wegen ihrer dürftigen Kleidung im Winter häufig nicht im Freien beschäftigt werden können. Der Rückgang des Bettels gegen frühere Jahre ist unleugbar, allein dies wird kaum in hervorragendem Maße als Wirkung der Naturalverpflegungsstationen angesehen werden können, weil dieselben in Bayern nur vereinzelt, anderwärts gar nicht bestehen und weil die Wirksamkeit anderer Faktoren näher liegt, namentlich der größere Bedarf an Arbeitskräften, Veränderungen in der gewerblichen Ausbildung und Verbesserung der Verkehrsmittel, welche die „Walz“ des Handwerksgehilfen zur Ausnahme machen, dann die schärfere polizeiliche Überwachung, die strengere gerichtliche Bestrafung der Bettler und Landstreicher, die Einschaffung in Arbeitshäuser. Störungen in der Wirksamkeit eines dieser Faktoren kommen sofort in der Bettelziffer zum Ausdruck. So war es der wirtschaftliche Rückgang, welcher im Jahre 1901 diese Ziffer auf 371 Personen von 248 im Jahre 1900 steigerte, obwohl die Station bestand, während im Berichtsjahre vom Mai bis zum November, wo die Station aufgehoben war, sich die Bettelziffer nur um wenige Fälle steigerte, welche Steigerung auf die Einstellung des Stationsbetriebs nicht zurückgeführt werden kann, da die einschlägigen Zahlen im Jahre 1902 ohnehin höher sind als die des Jahres 1901. Auffälliger ist, daß die

Bettelziffer im November — also nach Eröffnung der Station — auf 63 stieg, während sie im Oktober nur 24 betragen hatte.

Es besteht Grund zur Annahme, daß die Stationsgäste zum guten Teil arbeitsscheue Streuner sind, für welche die Station unserer Stadt geradezu ein Anlockungsmittel bildet. Auffallend ist, daß im Jahre 1901 von 9954 Stationsgästen 3320 an Sonn- und Feiertagen zugereist sind, also an Tagen, an denen nicht gearbeitet wird. Ferner haben die im Novbr. und Dezbr. 1902 gepflogenen Erhebungen ergeben, daß von 110 Bettlern 28 die Station besucht hatten; zieht man in Betracht, daß unter den nicht betroffenen Bettlern wohl auch noch Stationsgäste sich befanden, daß unter den 110 Personen auch hier ansässige und in der Umgegend wohnhafte Personen waren, welche für die Station nicht in Betracht kommen, so haben die Stationsgäste ein nicht unbedeutendes Kontingent zu den hier angezeigten Bettlern gestellt. Von Interesse ist auch eine weitere Untersuchung, die in der 1. Dezemberwoche angestellt wurde. Es wurden von 241 Stationsgästen Strafregisterauszüge erholt mit folgendem Ergebnis:

Bestraft waren 68,88% und zwar:
- 49,38% wegen Bettels und Landstreicherei,
- 28,22% wegen Diebstahls, Betrugs, Hehlerei, Raub, Unterschlagung, oder mehrerer dieser Reate,
- 15,33% waren mehr als 6 mal bestraft,
- 10,78% mehr als 12 mal,
- 2,07% wurden steckbrieflich verfolgt.

Bei dieser Sachlage war es jedenfalls gerechtfertigt, die Naturalverpflegungsstation als eine im wesentlichen charitative Unternehmung anzusehen und als solche während der Sommerszeit, wo sich ein Unterkommen für jeden einigermaßen Arbeitswilligen leichter finden läßt, außer Betrieb zu setzen.

Während des Bestandes der Station im Berichtsjahre wurden 5869 Wanderer verpflegt.

5876 Personen erhielten Abendessen, Nachtquartier und Frühstück,
3646 Mittagessen.

Die Frequenz verteilt sich auf die einzelnen Monate folgendermaßen:

Januar	1093	Personen,
Februar	844	„
März	848	„
April	612	„

1. bis 6. Mai 124 Perſonen,
November 1237 „
Dezember 1125 „

2230 Stationsgäſte haben keine Arbeit geleiſtet und zwar wegen einfallender Sonn- und Feiertage, großer Kälte oder Krankheit.

Der Aufwand betrug 4572 ℳ. Einem Geſuch des Herberggebers „zum Matroſen" teilweiſe Folge leiſtend wurde die Vergütung für das Abendeſſen von 10 ₰ auf 15 ₰ erhöht.

Für die Beſchäftigung der Stationsgäſte in der Stadtgärtnerei und beim Stadtbauamt I wurde ein Wertsanſchlag von 1469 ℳ 20 ₰ berechnet.

II.

Im Berichtsjahre waren die Wärmeſtuben und Suppenanſtalten in 2 hieſigen Gaſthäuſern lediglich vom 10. bis 17. Dezember geöffnet. Es erwuchſen hierauf Koſten im Betrage zu 107 ℳ 50 ₰.

II. Abschnitt.

Summarische Übersicht

der

Rechnungsergebnisse pro 1902

der sämtlichen unter der Verwaltung des Stadtmagistrats stehenden Gemeinde- und Stiftungskassen sowie der Armenpflege.

A. Gemeindekassen.

1. Stadtkämmereikasse.

a) Auszug aus der Rechnung der Stadtkämmerei

über die hauptsächlichsten Erträgnisse des Gemeindevermögens, der Gemeindeanstalten, der direkten und indirekten Umlagen, sowie der hierauf bezüglichen Ausgaben.*)

Vortrag	Wirkliche				Abgleichung			
	Einnahmen		Ausgaben		Überschuß		Mehraufwand	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Tit. II. Gemeindevermögen.								
Kapitalzinsen	106 460	46	1 430	60	105 029	86	—	—
Weinberge	103	—	62	20	40	80	—	—
Ringparkanlagen	2 579	32	36 305	38	—	—	33 726	06
Gebäude, Mietwohnungen	101 338	73	41 852	52	59 486	21		
Gutskomplexe, Grundstücke	18 251	52	2 654	02	15 597	50	—	—
Stadtbäche	19	81	1 578	44	—	—	1 558	63
Installationsgeschäft	384 434	76	341 825	68	42 609	08	—	—
Elektrizitätswerk	80 526	99	499	17	80 027	82	—	—
Straßenbahn	—	—	—	—	—	—	—	—
Rechte	3 459	55	52	42	3 407	13		
Gaswerk	202 179	44	—	—	202 179	44	—	—
Tit. III. Gemeindeanstalten.								
Schlacht- und Viehhof	53 947	93	59 401	30	—	—	5 453	37
Kühlhaus	45 568	55	28 982	28	16 586	27	—	—
Volksbrausebad	6 243	11	7 974	78	—	—	1 731	67
Desinfektionsanstalt	403	72	656	67	—	—	252	95
Wasserwerk	230 081	09	—	—	230 081	09		
Leihanstalt	2 887	28	—	—	2 887	28	—	—

*) Die einzelnen Rechnungsposten, aus denen sich die nachfolgenden Zahlen zusammensetzen, sind unter b) Hauptrechnung der Stadtkämmerei verzeichnet.

Vortrag	Wirkliche				Abgleichung			
	Einnahmen		Ausgaben		Überschuß		Mehr-aufwand	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Sparkasse	11 016	39	—	—	11 016	39	—	—
Friedhof	21 700	62	—	—	21 700	62	—	—
Viktualienmarkt	22 789	17	4 784	41	18 004	76	—	—
Fischmarkt	205	22	6	25	198	97	—	—
Jungschweinemarkt	1 198	95	—	—	1 198	95	—	—
Waganstalt	8 830	10	2 043	13	6 786	97	—	—
Staatshafen und Kran	4 572	15	867	32	3 704	83	—	—
Meßanstalt	12 424	89	979	11	11 445	78	—	—
Eichanstalt	7 855	38	1 795	12	6 060	26	—	—
Obstbaum-Alleen	2 862	—	2 006	66	855	34	—	—
Tit. IV. Amtsführung der Gemeindebehörden.								
Gebühren für amtl. Handlungen im allgemeinen, dann Strafen	26 664	30	2 379	07	24 285	23	—	—
Standesamt	1 510	26	6 113	76	—	—	4 603	50
Gewerbegericht	175	—	2 120	38	—	—	1 945	38
Amtsanwaltschaft	3 000	—	3 975	—	—	—	975	—
Arbeitsamt	600	—	5 383	69	—	—	4 783	69
Naturalverpflegungsstation	—	—	3 767	30	—	—	3 767	30
Tit. V. Besondere gesetzliche Abgaben.								
Heimatrechtsgebühren	14 600	—	—	—	14 600	—	—	—
Bürgerrechtsgebühren	8 135	—	—	—	8 135	—	—	—
Besitzveränderungsabgaben	49 150	05	852	84	48 297	21	—	—
Hundegebührenanteil	15 158	31	367	64	14 790	67	—	—
Tit. VI. Verbrauchssteuern und Zölle.								
Fleischaufschlag	112 505	81	890	46	111 615	35	—	—
Getreide-, Mehl- und Brotaufschlag	179 512	80	64 608	68	114 904	12	—	—
Wildbretaufschlag	6 914	77	1 111	87	5 802	90	—	—

Vortrag	Wirkliche				Abgleichung			
	Einnahmen		Ausgaben		Überschuß		Mehr-aufwand	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Weinaufschlag	39 173	86	255	60	38 918	26	—	—
Branntweinaufschlag	14 671	87	1 179	32	13 492	55	—	—
Kaffeeaufschlag	225	—	1	13	223	87	—	—
Pflasterzoll	46 596	40	2 371	73	44 224	67	—	—
Holzzoll	2 973	87	42	18	2 931	69	—	—
Krautzoll	104	22	—	52	103	70	—	—
Tit. VII. Sonstige öffentliche Einrichtungen.								
Distriktspolizeiverwaltung	26 500	—	249 816	57	—	—	223 316	57
Straßenbeleuchtung	2 816	02	53 329	47	—	—	50 513	45
Straßenreinigung	220	—	78 907	36	—	—	78 687	36
Abzugskanäle	32 159	76	387 997	07	—	—	355 837	31
Ortsstraßen und Wege	78 585	95	295 183	21	—	—	216 597	26
Feuerlöschwesen	6 000	—	16 657	31	—	—	10 657	31
Bachreinigung	298	53	1 578	44	—	—	1 279	91
Beschälstation	—	—	52	14	—	—	52	14
Zuchtstierhaltung	—	—	700	—	—	—	700	—
Tit. IX. Direkte Gemeindeumlagen	1 004 162	32	8 006	17	996 156	15	—	—

b) Hauptrechnung der Stadtkämmereikasse.

Voranschlag ℳ	Pf	Soll ℳ	Pf	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	Pf	Rückstände ℳ	Pf
				Abt. I. Betriebsrechnung.				
				I. Aus den Vorjahren.				
—	—	24 411	59	1. Kassenbestand aus voriger Rechnung	24 411	59	—	—
—	—	20 108	43	2. Einnahmerückstände . . .	8 395	73	11 712	70
—	—	9	89	3. Rechnungsberichtigungen.	9	89	—	—
—	—	1 545	21	4. Vorschußleistungen auf laufende Ausgaben	409	31	1 135	90
—	—	128	57	5. Ersatzleistungen von der Vermögensrechnung	128	57	—	—
—	—	46 203	69	Summe Tit. I.	33 355	09	12 848	60
				II. Aus dem unmittelbar rentierenden Gemeindevermögen.				
—	—	106 460	46	1. An Kapitalzinsen und zwar:				
100 362	89	—	—	a) aus dem eigentlichen Stammvermögen zu . . . ℳ 2 261 800.—	95 690	44	—	—
6 205	19	—	—	b) aus dem Vermögen der ehemaligen Lokalschulfondskasse zu 157 042.85	6 205	19	—	—
—	—	—	—	c) aus dem Dr. Gätschenberger'schen Legat zur Verschönerung der Ringparkanlagen zu . 40 700.—	1 628	—	—	—
				Übertrag: 2 459 542.85				
106 568	08	106 460	46	Übertrag:	103 513	63	—	—

Voranschlag ℳ	Voranschlag ₰	Soll ℳ	Soll ₰	Einnahmen		Wirklicher Anfall ℳ	Wirklicher Anfall ₰	Rückstände ℳ	Rückstände ₰
106 568	08	106 460	46		Übertrag: ℳ	103 513	63	—	—
				Übertrag:	2 459 542.85				
2 268	—	—	—	d) aus dem Ablösungskapital für Unterhaltung ehemaliger Staatsstraßen zu . . .	53 400.—	2 308	33	—	—
548	—	—	—	e) aus dem Erneuerungsfonds des städtischen Elektrizitätswerkes zu .	28 300.—	628	50	—	—
—	—	—	—	f) aus dem Baufonds für ein Luitpold-Museum zu. . .	5 000.—	—	—	—	—
				Summe	2 546 242.85				
140 306	32	169 717	38	2. Aus dem Ertrage der Realitäten:					
				In eigener Regie		2 682	32	—	—
				In Verpachtung		114 356	56	1 276	—
				Geldanschläge für Diensträume ꝛc. .		51 402	50	—	—
460 350	—	464 961	75	3. Aus Erwerbsunternehmungen:					
				Vom Gas- und Wasser-Installationsgeschäft		380 028	35	4 406	41
				Vom städt. Elektrizitätswerk . . .		80 526	99	—	—
				Von der Straßenbahn		—	—	—	—
3 459	55	3 459	55	4. Aus Rechten:					
				Entschädigung für das Bierschankrecht		1 285	71	—	—
				Aus der Jagd, Pachtschilling . .		2 173	84	—	—
713 499	95	744 599	14	Summe Tit. II.		738 916	73	5 682	41

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
				III. Aus öffentlichen Einrichtungen und Anstalten der Gemeinde.				
1 075	—	1 075	—	1. Auf Erziehung und Bildung:				
				Geldanschlag für die Lokalitäten des Volksbildungsvereins	175	—	—	—
				Geldanschlag für die Wohnung des Theater-Direktors	900	—	—	—
				2. Auf Wohltätigkeit:				
2 220	—	2 220	—	Geldanschlag für die den Kinderbewahranstalten und dem Knaben- und Mädchenhort überlassenen Lokalitäten	2 220	—	—	—
				3. Auf Gesundheit:				
60 200	—	53 947	93	Vom Schlacht- und Viehhof:				
				An Schlachtgebühren	40 356	45	—	—
				„ Fleischbeschaugebühren . . .	2 723	16	—	—
				„ Viehmarktgeld	6 248	90	—	—
				„ Stallgeldern	2 026	20	—	—
				„ Schafhürdengeldern	714	70	—	—
				Pacht für den Wirtschaftsbetrieb .	120	—	—	—
				An Mietzinsen	100	—	—	—
				Für den Stalldünger	305	89	—	—
				Anschlag der Dienstwohnungen . .	1 240	—	—	—
				Sonstige Einnahmen	112	63	—	—
30 600	—	45 568	55	Vom Kühlhause:				
				Kühlzellenmiete	27 704	16	92	40
				Aus dem Verkaufe von Roheis . .	17 771	99	—	—
				Sonstige Einnahmen	—	—	—	—
94 095	—	102 811	48	Übertrag:	102 719	08	92	40

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
94 095	—	102 811	48	Übertrag:	102 719	08	92	40
5 880	—	6 243	11	Vom Volksbrausebad:				
				Für 45017 Bäder à 10, 12, 15 ₰	6 243	11	—	—
220	—	403	72	Von der Desinfektionsanstalt . .	403	72	—	—
				6. Anstalten für Handel und Verkehr:				
22 700	—	22 789	17	Vom Viktualienmarkt	22 789	17	—	—
220	—	205	22	„ Fischmarkt	205	22	—	—
830	—	1 198	95	„ Jungschweinemarkt	1 198	95	—	—
50	—	—	—	„ Wollmarkt (aufgehoben) . .	—	—	—	—
10 000	—	8 830	10	Von der Waganstalt	8 830	10	—	—
6 750	—	4 572	15	Vom Staatshafen und Kran . .	4 572	15	—	—
12 100	—	12 424	89	Von der Meßanstalt	12 419	29	5	60
7 000	—	7 855	38	„ der Eichanstalt	7 855	38	—	—
2 000	—	2 862	—	„ den Obstbaumalleen	2 862	—	—	—
161 845	—	170 196	17	Summe Tit. III	170 098	17	98	—
				IV. Aus der Amtsführung der Gemeindebehörden.				
26 300	—	28 349	56	An Gebühren für amtl. Handlungen im allgemeinen, dann Gebühren für Legitimationskarten u. dergl., Gebühren des Standesamtes und des Gewerbegerichts	28 349	56	—	—
				Summa Titel IV für sich.				
				V. Aus besonderen, der Gemeinde gesetzlich zugewiesenen Abgaben.				
14 400	—	14 600	—	1. Heimatgebühren	14 600	—	—	—
10 000	—	8 135	—	2. Bürgeraufnahmegebühren . . .	8 135	—	—	—
35 000	—	49 150	05	3. Besitzveränderungsabgaben . .	49 150	05	—	—
14 000	—	15 158	31	4. Anteil an den Hundegebühren .	15 158	31	—	—
73 400	—	87 043	36	Summe Tit. V	87 043	36	—	—

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
				VI. Aus Verbrauchssteuern und Zöllen.				
—	—	353 004	11	1. Verbrauchssteuern:				
120 000	—			Fleischaufschlag	112 505	81		
181 000	—			Getreide-, Mehl- und Brotaufschlag	179 512	80		
7 200				Wildbretaufschlag	6 914	77		
38 000	—			Weinaufschlag	39 173	86	—	
15 000	—	—	—	Branntweinaufschlag	14 671	87	—	—
225				Kaffeeaufschlag	225	—		
—	—	49 674	49	2. Zölle:				
48 000	—	—	—	Pflasterzoll	46 596	40		
3 500	—	—	—	Holzzoll	2 973	87		
100	—	—	—	Krautzoll	104	22	—	
413 025	—	402 678	60	Summe Tit. VI	402 678	60	—	—
				VII. Sustentations-Beiträge, Zuschüsse und besondere Gegenleistungen.				
46 897	34	78 414	02	1. Beiträge der k. Staatskasse:				
				Für Handhabung der Distriktspolizei	26 500	—		
				„ Besorgung der Amtsanwaltschaft	3 000	—		
				„ Straßenbeleuchtung	2 816	02		
				„ Straßenreinigung	220	—	—	
				„ Unterhaltung von Ortsstraßen	17 278	—	—	
				„ das Feuerlöschwesen	6 000	—		
				„ „ Arbeitsamt	600	—		
				„ Verlegung der Faulenbergstraße	22 000	—	—	—
46 897	34	78 414	02	Übertrag:	78 414	02	—	

Voranschlag		Soll		Einnahmen	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
46 897	34	78 414	02	Übertrag:	78 414	02	—	—
8 196	86	9 080	45	2. Beiträge von Stiftungen:				
				Wohltätigkeitsstiftungen	8 781	65	—	—
				Unterrichtsstiftungen	35	—	—	—
				Kultusstiftungen	263	80	—	—
				3. Von besonders dotierten Kassen der Gemeinde:				
				(Ersatzleistungen für Verzinsung des Anlagekapitals, Betriebsüberschüsse):				
1 339	—	2 887	28	Von der Leihanstalt	2 887	28	—	—
18 785	—	11 016	39	„ „ Sparkasse, Überschußhälfte	10 731	39	—	—
				Entschädigung für Beheizung und Beleuchtung des Lokals . . .	285	—	—	—
236 300	—	202 179	44	Von der Gaswerkskasse . . .	202 179	44	—	—
187 000	—	230 081	09	„ „ Wasserwerkskasse pro 1902	222 561	27	—	—
				Nachlieferung pro 1901 . .	7 519	82	—	—
5 240	—	21 700	62	Von der Friedhofkasse . . .	21 700	62	—	—
2 000	—	2 318	23	„ „ Kasse für Grunderwerbungen links des Maines	2 318	23	—	—
—	—	833 235	39	Von der städt. Schuldentilgungskasse à conto der Stadtschuld:				
				Für den Bau des Sammelkanals	267 545	08	—	—
				„ Kanalisierung der Veitshöchheimerstraße	61 083	53	—	—
				Für Kanalisierung des Ostgrombühls	16 389	67	—	—
				Für Kanalisierung der Wickenmayer- und Pestalozzistraße	7 620	03	—	—
				Für Herstellung eines Tunnels durch die Luitpoldbrückenauffahrt zwischen Schlacht- und Viehhof . .	8 057	86	—	—
505 758	20	1 390 912	91	Übertrag:	918 373	69	—	—

Voranschlag		Soll		Einnahmen	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
505 758	20	1 390 912	91	Übertrag:	918 373	69	—	—
				Für den Ausbau der Wickenmayer- und Pestalozzistraße	6 527	04	—	—
				Für Herstellung von Holzlagerplätzen bei der dürren Brücke und für Anlage eines Industriegleises daselbst	23 714	46	—	—
				Für den Bau des Hochkais rechts des Maines (Ludwigskai) oberhalb der Ludwigsbrücke . . .	201 018	—	—	—
				Für den Bau einer Mainbrücke bei Zell a. M.	1 086	41	—	—
				Für Herstellung der Anlagen auf dem Nikolausberg	7 657	89	—	—
				Für den Ausbau der Anlagen und Führung der Wasserleitung im Steinbachstal	4 500	—	—	—
				Für Verlegung der Stadtgärtnerei	69 767	70	—	—
				Für den Rathausneubau	2 342	59	—	—
				Für Erweiterung des Elektrizitätswerkes	25 134	88	—	—
				Für das II. und III. Schulhaus im Grombühl	112 755	30	—	—
				Für Erbauung von Lagerhäusern im Staatshafen	18 034	95	—	—
—	—	91 381	88	Von der Getreidehilfskasse:				
				Vorschuß für Pflasterungen . . .	41 381	88	—	—
				„ „ Bildung eines Kämmereibetriebsfonds	50 000	—	—	—
—	—	234 504	34	Von der Holzmagazinskasse Vorschüsse:				
				Für Sinkkästen im Schlachthofe .	849	50	—	—
				„ Herstellung von drei Wasserbecken daselbst	300	—	—	—
505 758	20	1 716 799	13	Übertrag:	1 483 444	29	—	—

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
505 758	20	1 716 799	13	Übertrag:	1 483 444	29	—	—
				Für den Ausbau der Nikolausstraße	2 250	—	—	—
				„ Erweiterung des Keesburgweges und Baumpflanzung daselbst . .	18 900	—	—	—
				Für Erweiterungsbauten im Schlachthofe	12 053	60	—	—
				Für Erweiterung des Kühlhauses .	151	24	—	—
				„ Bildung eines Kämmereibetriebsfonds	200 000	—	—	—
300	—	—	—	4. Vom Verein für freiwillige Armenpflege dahier Beitrag zur Unterhaltung der Naturalverpflegungsstation	—	—	—	—
20 000	—	71 832	24	5. Von Privaten:				
				Kanaleinleitungsgebühren	31 765	76	—	—
				Kanalanschlußgebühren	320	—	—	—
				Straßen- und Trottoirbaukostenbeiträge und Ersatz für Pflasterreparaturen	39 307	95	—	—
				Für Häusernummerierungen . . .	66	—	—	—
				„ Bachreinigung	298	53	—	—
				„ Kanalisierung und Ausbau der Leistenstraße	74	—	—	—
526 058	20	1 788 631	37	Summe Tit. VII	1 788 631	37	—	—
5 067	65	10 837	28	**VIII. Sonstige Einnahmen.**				
				An rückersetzten Steuern, an Gemeindeumlagen, Porto, Erlös aus verkauften Stadtplänen und Formularen, Leihgebühren für Dekorationsgegenstände, Straßenwalzen, dann Verzugszinsen u. s. w.	10 837	28	—	—

Voranschlag		Soll		Einnahmen	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
979 904	20			**IX. Aus direkten Gemeindeumlagen.**				
				Vom k. Stadtrentamt hier:				
		—	—	Nachholungen vom Vorjahre . . 110 %	—	—	—	—
		9 681	43	aus 8801.31 ℳ Grundsteuer . .	9 662	—	19	43
		331 490	84	„ 301355.31 „ Hausſteuer . .	330 842	32	648	52
		317 643	31	„ 289818.46 „ Gewerbeſteuer .	317 168	69	474	62
		232 138	—	„ 211065.50 „ Kapitalrentenſteuer	231 488	60	649	40
		112 705	03	„ 103165.— „ Einkommenſteuer	111 516	93	1 188	10
		109	21	Perzeptionsüberſchüſſe pro 1901 und 1902	109	21	—	—
		394	50	Von der Stadtkämmerei hier eingehoben	394	50	—	—
979 904	20	1004162	32	Summe Tit. IX	1001182	25	2 980	07
				Wiederholung.				
—	—	46 203	69	1. Aus den Vorjahren	33 355	09	12 848	60
713 499	95	744 599	14	II. Aus dem unmittelbar rentierenden Gemeindevermögen . . .	738 916	73	5 682	41
161 845	—	170 196	17	III. Aus öffentlichen Einrichtungen und Anſtalten	170 098	17	98	—
26 300	—	28 349	56	IV. Aus der Amtsführung der Gemeindebehörden	28 349	56	—	—
73 400	—	87 043	36	V. Aus beſonderen, der Gemeinde geſetzlich zugewieſenen Abgaben .	87 043	36	—	—
413 025	—	402 678	60	VI. Aus Verbrauchsſteuern und Zöllen	402 678	60	—	—
526 058	20	1788631	37	VII. Aus Suſtentationsbeiträgen, Zuſchüſſen	1788631	37	—	—
5 067	65	10 837	28	VIII. Sonſtige Einnahmen . . .	10 837	28	—	—
979 904	20	1004162	32	IX. Aus direkten Gemeindeumlagen	1001182	25	2 980	07
2 899 100	—	4282701	49	Summe der Einnahmen der Betriebsrechnung	4261092	41	21 609	08

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Ausgaben	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
				I. Auf den Bestand der Vorjahre.				
—	—	1 229	72	1. Zahlungsrückstände	1 077	26	152	46
—	—	1 154	93	2. Rechnungsberichtigungen . . .	1 154	93	—	—
—	—	2 808	13	3. Ersatzleistungen an die Vermögensrechnung	2 808	13	—	—
—	—	5 192	78	Summe Tit. I	5 040	32	152	46
				II. Erhebung der Einnahmen, Bewirtschaftungskosten, Rückvergütungen.				
				1. Gemeinschaftliche Ausgaben:				
12 150	—	12 073	50	Personalaufwand für die Stadtkämmerei	12 073	50	—	—
				2. Auf das Gemeindevermögen:				
200	—	1 430	60	Auf die Kapitalien	1 430	60	—	—
282	—	299	11	„ „ Realitäten	299	11	—	—
346 000	—	341 825	68	„ den Betrieb des Gas- und Wasser-Installationsgeschäftes . . .	341 825	68	—	—
1 048	—	499	17	Auf den Betrieb des städtischen Elektrizitätswerkes	499	17	—	—
				3. Auf Erhebung der übrigen Einnahmen:				
2 372	75	2 379	07	Auf Gebühren und Strafen . . .	2 379	07	—	—
700	—	852	84	„ Besitzveränderungsabgaben . .	852	84	—	—
272	—	367	64	„ Hundegebühren	367	64	—	—
363 024	75	359 727	61	Übertrag:	359 727	61	—	—

Voranschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
363 024	75	359 727	61	Übertrag:	359 727	61	—	—
128	—	—	—	Auf Bürger- und Heimatrechtsgebühren	—	—	—	—
34 799	—	37 215	27	Auf Verbrauchssteuern und Zölle:				
				Personalausgaben für das Accisamt, die Accisnachgeher, Examinatoren	30 994	50	—	—
				Auf Fleischaufschlag	560	28	—	—
				„ Getreide-, Mehl- und Brotaufschlag	2 592	48	—	—
				Auf Wildbretaufschlag	69	87	—	—
				„ Weinaufschlag	214	77	—	
				„ Branntweinaufschlag . . .	367	81	—	—
				„ Kaffeeaufschlag	1	13	—	—
				„ Pflasterzoll	2 371	73	—	—
				„ Holzzoll	42	18	—	—
				„ Krautzoll	—	52	—	—
71 750	—	64 112	72	An Rückvergütungen:				
				Für ausgeführtes Mehl	61 888	20	—	—
				„ „ Fleisch	330	18	—	—
				„ „ Wildbret . . .	1 042	—	—	—
				„ denaturierten Branntwein . .	811	51	—	—
				„ Wein	40	83	—	—
—	—	1 715	—	Admassierungsbeitrag zum Lokalschulfond aus dem Weizenmehlaufschlag	1 715	—	—	—
1	09	42 547	77	Sonstige Ausgaben und Rückvergütungen	42 547	77	—	—
15	75	7	30	Auf die sonstigen Einnahmen .	7	30	—	—
7 899	52	8 006	17	4. Auf Erhebung der direkten Gemeindeumlagen:				
				Dem k. Stadtrentamte	8 006	17	—	—
477 618	11	513 331	84	Summe Tit. II	513 331	84	—	—

Digitized by Google

Voranschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
				III. Auf Passivreichnisse, Staatsauflagen ꝛc.				
373	75	426	09	An die Friedhofkasse, Legatzinsen zur Schmückung von Gräbern .	426	09	—	—
150	—	144	—	Reichnis für sogen. Ratsbecher . .	144	—	—	—
108	64	108	64	Althergebrachtes Reichnis an die hiesige Schützengesellschaft . . .	108	64	—	—
36	—	39	—	Anerkennungsgebühren wegen Benützung staatlicher Grundflächen .	39	—	—	—
7 493	02	7 827	50	Staatssteuern, Kreisumlagen, Unfallversicherungsbeiträge . . .	7 827	50	—	—
550	—	615	28	Gemeinde- und Distriktsumlagen .	615	28	—	—
8 711	41	9 160	51	Summe Tit. III	9 160	51	—	—
155	01	559	43	**IV. Auf Prozeß- und Vollstreckungskosten . . .**	559	43	—	—
				Summe Tit. IV für sich.				
				V. Auf die Amtsführung der Gemeindebehörden.				
		142 236	80	1. Verwaltungsdienst:				
99 695	50			Personalaufwand	92 558	50	—	—
41 529	50			Auf sachliche Ausgaben	37 678	30	—	—
—	—			Geldanschlag der Amtsräume . .	12 000	—	—	—
		249 816	57	2. Polizeiverwaltung:				
36 664	50			Für die Polizeibeamten ꝛc. . . .	35 720	—	—	—
172 964	—			„ „ Polizeimannschaft . . .	179 579	—	—	—
9 000	—			Geldanschlag der Amtsräume . .	14 230	—	—	—
13 258	—			Für die Feld- und Weinbergshut .	13 469	20	—	—
7 313	50			Sachliche Ausgaben	6 818	37	—	—
380 425	—	392 053	37	Übertrag:	392 053	37	—	—

Vor-anschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
380 425	—	392 053	37	Übertrag:	392 053	37	—	—
		55 658	29	3. Pensionen, Alimentationen, Sustentationen:				
(47 520)	—			An die Pensionskasse für Beamte .	50 029	79	—	—
(4 950)	—			„ „ „ „ Bedienstete	4 468	50	—	—
1 935	—			Für Sustentationen	1 190	—	—	—
6 120	—	6 113	76	4. Führung des Standesamts	6 113	76	—	—
3 975	—	3 975	—	5. Amtsanwaltschaft . . .	3 975	—	—	—
2 150	—	2 120	38	6. Gewerbegericht	2 120	38	—	—
3 950	—	5 383	69	7. Arbeitsamt	5 383	69	—	—
1 000	—	1 086	80	8. Außerordentliche Dienstleistungen des Subalternpersonals	1 086	80	—	—
7 020	—	6 399	34	9. Kranken-, Invaliden-, Unfallversicherung	6 399	34	—	—
—	—	250	—	10. Unterstützungen an Bedienstete	250	—	—	—
406 575	—	473 070	63	Summe Tit. V	473 070	63	—	—
				VI. Auf öffentliche Einrichtungen und Anstalten der Gemeinde.				
500	—	511	90	1. Für den Kultus	511	90	—	—
				2. Für Erziehung und Bildung:				
		404 855	24	Für die Volksschulen:				
(5 160)	—			Besoldung des Stadtschulrats . .	5 160	—	—	—
(403 085)	—			Zuschuß an die Lokalschulkasse . .	396 272	52	—	—
(3 430)	—			„ an die Lehrerpensionskasse	3 422	72	—	—
260	—	260	—	Beitrag an das Kreisblindeninstitut	260	—	—	—
260	—	260	—	Beitrag an das Kreistaubstummeninstitut	260	—	—	—
1020	—	405 887	14	Übertrag:	405 887	14	—	—

Voranschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
1 020	—	405 887	14	Übertrag:	405 887	14	—	—
—	—	68	20	Für Zwangserziehung	68	20	—	—
2 000	—	5 134	02	„ die städtischen Sammlungen .	5 134	02	—	—
500	—	404	25	„ die Stadtbibliothek	404	25	—	—
		16 950	51	„ das Stadttheater und zwar:				
3 600	—			barer Zuschuß	3 600	—	—	—
900	—			Anschlag der Wohnung des Theaterdirektors	900	—	—	—
386	—			dem Theatermeister	—	—	—	—
7 402	—			Für Beleuchtung	7 958	46	—	—
1 500	—			„ Beheizung	2 239	20	—	—
2 050	—			„ Dekorationen	1 859	95	—	—
350	—			„ Mobiliarfeuerversicherung . .	392	90	—	—
175	—	175	—	Geldanschlag für die dem Volksbildungsverein überlassenen Lokalitäten	175	—	—	—
				3. Für Wohltätigkeit:				
		160 247	32	An die Armenkasse und zwar:				
(180 000)	—			Zuschuß pro 1902	159 102	87	—	—
1 248	57			Reichnisse	1 144	45	—	—
1 450	—	1 450	—	Zuschüsse an die Kinderbewahranstalten	1 450	—	—	—
2 220	—	2 220	—	Geldanschlag für überlassene Räumlichkeiten	2 220	—	—	—
30	—	10	50	Transportkosten für Verunglückte .	10	50	—	—
500	—	107	50	Für Einrichtung von Wärmestuben	107	50	—	—
7 072	—	3 767	30	Für die Naturalverpflegungsstation	3 767	30	—	—
29	43	—	—	Kurkosten für Durchreisende nach Art. 14 des Armengesetzes . .	—	—	—	—
				4. Für Gesundheit.				
868	57	647	32	Für ärztliche Behandlung . . .	647	32	—	—
1 200	—	1 380	95	„ die ordentliche Impfung . .	1 380	95	—	—
1 000	—	935	42	„ Nahrungsmittelvisitationen . .	935	42	—	—
		371 674	93	Für Kanalisierung und zwar:				
1 000	—			Projektierungskosten	710	51	—	—
36 501	57	971 060	36	Übertrag:	600 095	94	—	—

Voranschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
36 501	57	971 060	36	Übertrag:	600 095	94	—	—
				Für den Sammelkanal à conto Stadtschuld	267 545	08	—	—
				Für Kanalisierung der Veitshöchheimerstraße und des angrenzenden Gebietes à conto Stadtschuld	61 083	53	3 195	—
				der Reiser-, Sennefelder-, Petrini- und Gutenbergstraße à conto Stadtschuld	16 389	67	—	—
				der Wickenmayer- und Pestalozzistraße à conto Stadtschuld . .	7 620	03	—	—
				der Mergentheimerstraße (Teilstrecke)	6 970	98	—	—
				der Rückertstraße	8 160	13	—	—
1 000	—	454	65	Für Herstellung von Kanalanschlüssen	454	65	—	—
15 600	—	15 867	49	Für Kanalreparaturen, Reinigung und Spülung	15 867	49	—	—
		78 907	36	Für Straßenreinigung und zwar:				
10 167	25			Für Hauskehrichtabfuhr in bar . . Geldanschlag für überlassene Realitäten	6 022	50	—	—
					4 144	75	—	—
26 500	—			Für Reinigung der gepflasterten Straßen	25 819	09	—	—
33 700	—			Für Reinigung der chaussierten Straßen	31 570	62	—	—
1 000	—			Für Schneeräumung und Abfuhr .	405	71	—	—
12 500	—			„ Straßenbesprengung	10 944	69	—	—
1 600	—	1 578	44	„ Bachreinigung	1 578	44	—	—
				Für Bad- und Schwimmanstalten.				
2 300	—	1 647	27	Städt. Freibad	1 647	27	—	—
6 190	—	7 974	78	„ Volksbrausebad	7 974	78	—	—
801	18	748	09	Für sanitätspolizeiliche Anordnungen	748	09	—	—
147 860	—	1 078 238	44	Übertrag	1 075 043	44	3 195	—

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Ausgaben	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
147 860	—	1 078 238	44	Übertrag:	1 075 043	44	3 195	—
43 470	—	59 401	30	**Auf den Betrieb des Schlacht- und Viehhofes.**				
				Personalaufwand	21 981	67	—	—
				Regieausgaben	1 464	07	—	—
				Sonstige Betriebsausgaben . . .	20 550	70	—	—
				Gebäudeunterhaltung (inkl. 8057 ℳ 86 ₰ für Herstellung eines Tunnels zwischen Schlacht- und Viehhof à conto Stadtschuld) . . .	15 404	86	—	—
1 200	—	1 237	10	Für Aufsicht auf Hunde . .	1 237	10	—	—
7 900	—	7 782	65	Für die öffentlichen Brunnen:				
				Aversum für Wasserbezug	7 300	—	—	—
				Instandhaltung	482	65	—	—
17 950	—	28 982	28	**Auf den Betrieb des Kühlhauses:**				
				Personalausgaben	2 578	—	—	—
				Sonstige Betriebsausgaben . . .	26 404	28	—	—
1 000	—	656	67	**Auf den Betrieb der Desinfektionsanstalt . . .**	656	67	—	—
				5. Sicherheit der Person und des Eigentums:				
54 550	—	53 329	47	Straßenbeleuchtung mit Gas .	39 979	06	—	—
				„ mit elektr. Licht	10 950	—	—	—
				„ „ Petroleum	2 400	41	—	—
17 080	—	16 657	31	**Feuerlöschwesen:**				
				Personalausgaben	4 276	—	—	—
				Unterhaltung der Wachtlokale ꝛc. .	1 524	18	—	—
				Montur, Armatur, Geräte . . .	6 167	01	—	—
				Sonstiges	3 105	12	—	—
				Geldanschlag der Feuerhäuser . .	940	—	—	—
				Kosten bei Brandfällen	645	—	—	—
500	—	276	40	Kosten bei Hochwasser . . .	276	40	—	—
291 510	—	1 246 561	62	Übertrag:	1 243 366	62	3 195	—

Voranschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
291 510	—	1 246 561	62	Übertrag:	1 243 366	62	3 195	—
100	—	96	90	Für Abschluß der Weinberge	96	90	—	—
400	—	730	23	„ Grenzbegehung, Versteinung, Ummessung	730	23	—	—
1 200	—	587	86	Für Fortsetzung der Stadtvermessung	587	86	—	
—	—	394	05	Für Herstellung eines neuen Stadterweiterungsplanes	394	05	—	
4 000	—	4 000	—	Für Haftpflichtversicherung.	4 000	—	—	—
				6. Industrie und Kultur:				
3	—	3	—	Beitrag zum landwirtschaftl. Verein	3	—	—	—
2 000	—	2 006	66	Städt. Obstbaumpflanzungen. . .	2 006	66	—	—
1 000	—	1 000	56	Kultivierung öder Plätze	1 000	56	—	—
97	—	52	14	Beschälstation	52	14	—	—
700	—	700	—	Zuchtstierhaltung	700	—	—	—
				7. Auf Handel und Verkehr:				
250	—	—	—	Wollmarkt (aufgehoben)	—	—	—	—
4 692	40	4 784	41	Viktualienmarkt	4 784	41	—	—
7	60	6	25	Fischmarkt	6	25	—	—
1 020	—	979	11	Meßanstalt	979	11	—	—
350	—	1 795	12	Eichanstalt	1 795	12		
2 050	—	2 043	13	Waganstalt	2 043	13	—	—
900	—	867	32	Staatshafen und Kran	867	32	—	—
—	—	276	51	Einpollerstelle an der dürren Brücke	276	51	—	—
				Für Straßen und Wege:				
801	90	1 780	10	Grunderwerbungskosten für Straßenregulierungen	1 780	10	—	
		92 694	83	Für Straßen-Neubauten und Umbauten und zwar:				
1 000	—			Projektierungskosten	999	10	—	—
2 258	10			Für den Umbau der Nikolausstraße Verlegung der Faulenbergstraße, Herstellung einer Unterführung und eines Fußgängersteiges, dann Baumpflanzung	30 874	37	63	46
314 340	—	1 361 359	80	Übertrag:	1 305 430	93	3 258	46

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Ausgaben	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
314 340	—	1 361 359	80	Übertrag:	1 305 430	93	3 258	46
				Ausbau der Blumenstraße . . .	98	50	—	—
				Instandsetzung der Frankfurterstraße	122	95	—	—
				Ausbau der Gabelsbergerstraße, Teilstrecke	1 744	07	—	—
				Ausbau der Grombühlstraße, Gehsteig beim Blatz'schen Anwesen .	367	24	—	—
				Ausbau der Gutenbergstraße . .	3 821	90	—	—
				Erweiterung des Reesburgweges und Baumpflanzung auf demselben .	18 902	91	—	—
				Ausbau der Reiser- und Oberdürrbacherstraße	5 997	23	—	—
				Ausbau der Rimparerstraße . . .	162	—	—	—
				Provisorischer Ausbau der Rückertstraße, Teilstrecke	5 095	87	—	—
				Ausbau der Sennefelderstraße . .	4 085	22	—	—
				„ „ oberen Sophienstraße, Teilstrecke	3 797	28	—	—
				Verbindungsweg zwischen Veitshöchheimerstraße und Haltestelle Dürrbachau	1 948	20	—	—
				Ausbau der Wickenmayer- und Pestalozzistraße	6 527	04	—	—
		60 749	42	Für Neupflasterungen:				
				Kohlenhofstraße	4 373	72	78	69
				Randersackererstraße	346	28	—	—
				Rottendorferstraße	32 348	17	—	—
				Theresienstraße	6 894	02	—	—
				Augustinerstraße, Gehsteig . . .	573	34	—	—
				Gothen- und Rittergasse	197	—	—	—
				Zementplattengehsteig Karmelitengasse	4 473	30	—	—
				Rüdigerstraße	148	69		
				Sanderringstraße, Gehsteig . . .	27	46	—	—
700	—			Sanderstraße	1 428	36	—	—
7 300	—			Rennweger- und Haugerring . .	9 275	04	—	—
322 340	—	1 422 109	22	Übertrag:	1 378 186	72	3 337	15

Digitized by Google

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Ausgaben	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
322 340	—	1 422 109	22	Übertrag:	1 378 186	72	3 337	15
				Fahrbahn der Luitpoldbrücke . .	585	35		
28 000	—	28 022	29	Für Unterhaltung der Pflasterstraßen und Gehsteige	27 856	65	165	64
99 400	—	100 652	50	Für Unterhaltung der chaussierten Straßen, der Straßenrinnen und besandeten Gehsteige	100 652	50	—	—
—	—	1 578	07	Für Instandhaltung der Straßen und Kanäle auf dem ehemals Nöll'schen Bauterrain	1 578	07	—	—
9 700	—	9 706	—	Für Unterhaltung der Feldwege .	9 706	—	—	—
2 300	—	2 278	97	Für Brücken, Stege, Flußufer: Für Unterhaltung	2 278	97	—	—
—	—	23 714	46	„ Herstellung von Holzlagerplätzen an der Holzeinwurfstelle bei der dürren Brücke	23 714	46	—	—
—	—	201 018	—	Für das Hochkai rechts des Maines	201 018	—	—	—
—	—	1 086	41	„ den Bau einer Mainbrücke bei Zell a. M.	1 086	41	—	—
5 500	—	5 275	43	Für Einebnung der Schuttplätze .	5 275	43	—	—
600	—	474	83	„ Orts- und Warnungstafeln, dann Hausnummerierung . . .	474	83	—	—
				8. Für öffentliche Anlagen, Ortsverschönerungen, Gedenktafeln:				
35 930	—	36 305	38	Unterhaltung der Ringparkanlagen	36 305	38	—	—
3 000	—	2 998	88	Für Zierbaum-Alleen	2 998	88	—	—
—	—	8 619	46	„ Herstellung von Anlagen auf dem Nikolausberg	8 619	46	—	—
—	—	4 500	—	Für den Ausbau der Anlagen und Führung der Wasserleitung im Steinbachstal	4 500	—	—	—
—	—	69 767	70	Für Verlegung der Stadtgärtnerei .	69 767	70	—	—
—	—	3 989	77	Für Herstellung eines Zierwasserlaufes im Ringpark hinter dem Hofgarten	3 989	77	—	—
100	—	33	80	Für Unterhaltung von Monumenten	33	80	—	—
506 870	—	1 922 131	17	Summe Tit. VI	1 918 628	38	3 502	79

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Ausgaben	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
				VII. Auf das Gemeindebauwesen.				
		60 336	66	1. Auf das Baupersonal:				
21 258	—			Personalaufwand für das Bauamt I	21 483	—	—	—
23 046	—			„ „ „ II	18 793	50	—	—
17 040	—			„ „ „ III	17 490	—	—	—
2 686	—			Für das Dienerpersonal und Sonstiges	2 570	16	—	—
		4 621	16	2. Ständige Bauausgaben:				
1 000	—			Kaminkehrerlöhne	892	60	—	—
6 500	—			Brandversicherungsbeiträge . . .	3 728	56	—	—
2 600		2 533	29	3. Für das Baumagazin:	2 533	29	—	—
37 100		32 012	24	4. Unterhaltung der städtischen Gebäude inkl. der ständigen Ausgaben für Wasserbezug, dann für Reinigung der öffentlichen Aborte und Pissoire	32 012	24	—	—
600	—	463	63	Gemeindeuhren	463	63	—	—
		170 502	78	5. Auf Neubauten und zwar:				
—	—			Rathausneubau	2 342	59	—	—
—	—			Elektrizitätswerk	25 134	88	—	—
—	—			2. Schulhaus im Grombühl . .	112 755	30	—	—
—	—			Schlachthauserweiterung	12 053	60	—	—
—	—			Kühlhauserweiterung	151	24	—	—
—	—			Neubauten an der Sanderstraße .	30	22	—	—
—	—			Lagerhäuser im Staatshafen . .	18 034	95	—	—
111 830	—	270 469	76	Summe Tit. VII	270 469	76	—	—

Voranschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
				VIII. Auf Wehranstalten.				
500	—	—	—	Zuschuß an die Einquartierungskasse	—	—	—	—
				Summe Tit. VIII für sich.				
				IX. Auf Feste und Ehrungen.				
600	—	767	85	Für Anschaffung von 50 Goldgulden und Anfertigung des Etuis und der Neujahrsadresse	767	85	—	—
600	—	534	99	Für sonstige Ausgaben	534	99	—	—
—	—	337	—	Kosten auf Verleihung des Ehrenbürgerrechts an Se. Exzellenz Erzbischof Dr. von Stein in München	337	—	—	—
—	—	100	—	Für Gewährung von Ehrenpreisen zur IV. bayerischen Militärbrieftauben-Ausstellung dahier . . .	100	—	—	—
—	—	358	95	Für Veranstaltung eines Frühschoppens zu Ehren der vom 8.—10. Mai 1902 dahier tagenden elektrochemischen Vereinigung . . .	358	95	—	—
—	—	41	40	Ehrenpreis zur Hundeausstellung .	41	40	—	—
—	—	25	20	Beitrag zum Hofer-Denkmal in der Sachsenklamm	25	20	—	—
—	—	50	—	Ehrenpreis für die Ausstellung des Geflügelzüchtervereins	50	—	—	—
—	—	1 308	44	Für Fundierung des Prinzregenten-Denkmals und für gärtnerische Umgestaltung des Platzes . . .	1 308	44	—	—
1 200	—	3 523	83	Summe Tit. IX	3 523	83	—	—

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Ausgaben	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
				X. Besondere Leistungen.				
				1. An besonders dotierte Kassen der Gemeinde.				
47 520	—	(50 029	79)	An die Pensionskasse für städtische Beamte (siehe nunmehr Tit. V, 3. Seite 18).	(50 029	79)	—	—
4 950	—	(4 468	50)	An die Pensionskasse für städtische Bedienstete (siehe Tit. V, 3. S. 18)	(4 468	50)	—	—
3 430	—	(3 422	72)	An die städtische Lehrerpensionskasse (siehe Tit. VI, 2. Seite 18) . .	(3 422	72)	—	—
403 085	—	(396 272	52)	An die Lokalschulkasse (dto. Seite 18)	(396 272	52)	—	—
1 715	—	(1 715	—)	Anteil an dem Reinertrage des Weizenmehlaufschlages an die Vermögensrechnung (siehe Tit. II, 3. S. 16)	(1 715	—)	—	—
180 000	—	(159 102	87)	An die städtische Armenpflege (siehe Tit. VI, 3. Seite 19)	(159 102	87)	—	—
				2. Sonstige Leistungen:				
5 810	35	5 777	15	Einmalige und Jahresbeiträge an gemeinnützige Vereine und Wohltätigkeitsanstalten	5 777	15	—	—
—	—	100	—	Beitrag an den unterfränkischen Kreisfischereiverein	100	—	—	—
500	—	500	—	Dem städt. Elektrizitätswerk, Zuschuß für Fertigung der Pläne für die deutsche Städteausstellung in Dresden	500	—	—	—
5 000	—	5 000	—	1. von 10 Raten zum Fond für Erbauung eines Luitpoldmuseums .	5 000	—	—	—
—	—	699	96	Zuschüsse an hiesige Gewerbsmeister zum Besuche der Gewerbeausstellung in Düsseldorf	699	96	—	—
—	—	1 475	54	Kosten pro 1903 für die Städteausstellung in Dresden . . .	1 475	54	—	—
652 010	35	13 552	65	Summe Tit. X.	13 552	65	—	—
				(Die oben in den Klammern angegebenen Posten sind nur der Vergleichung halber beigesetzt. Dieselben sind auf Seite 16, 18 u. 19 verrechnet.)				

Voranschlag		Soll		Ausgaben		Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰			ℳ	₰	ℳ	₰
				XI. Auf Schuldentilgung.					
				1. Verzinsung:					
				Bestehendes Kapital	3½%				
2 537	50	2 537	50	72 500 ℳ — ₰	Kgl. Juliusspital, Hypothekenkapital, ruhend auf dem Hofgute Oberzell .	2 537	50	—	—
280	—	280	—	8 000 „ — „	Jäger Apoll. Ww., dto. ruhend auf d. Anwesen Mainkai Nr. 3 . . .	280	—	—	—
332	50	332	50	(9 500 „ — „)	Gabler Ludwig, Bierbrauer, Kaufschilling (zahlbar 1. Januar 1905) für die Wiese Plan-Nr. 2012 im Hohlgarten	332	50	—	—
					3%				
8 986	13	7 088	77	262 901 „ 35 „	Passivvorschuß der Getreidehilfskasse für Pflasterung von Ortsstraßen . .	7 088	77	—	
1 257	38	1 168	49	48 902 „ 99 „	Passivvorschuß der Holzmagazinskasse für Schlachthoferweiterung . . .	1 168	49	—	—
—	—	329	81	11 145 „ 11 „	dto. für den Kühlhausausbau . .	329	81	—	—
—	—	120	—	3 000 „ — „	dto. für Ankauf von Kunstgegenständen	120	—	—	—
—	—	143	75	18 900 „ — „	dto. für Erweiterung des Keesburgweges	143	75	—	—
13 393	51	12 000	82	425 349 ℳ 45 ₰	Übertrag:	12 000	82	—	—

Voranschlag		Soll		Ausgaben		Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰			ℳ	₰	ℳ	₰
13 393	51	12 000	82	425 349 ℳ 45 ₰	Übertrag:	12 000	82	—	—
—	—	—	—	1 149 ℳ 50 ₰	dto. für baul. Verbesserungen im Schlachthofe . .	—	—	—	—
—	—	—	—	2 250 „ — „	dto. für den Ausbau der Nikolausstraße	—	—	—	—
					2%				
—	—	—	—	250 000 „ — „	dto. der Getreidehilfs-(50 000 ℳ) u. der Holzmagazinskasse (200 000 ℳ) für Bildung eines Betriebsfonds der Stadtkämmerei .	—	—	—	—
					2. Heimzahlung:				
11 100	—	11 100	—		Der Getreidehilfskasse 1. Abzahlungsrate an der Pflasterungsschuld zu 300 000 ℳ .	11 100	—		—
—	—	1 000	—		Der Holzmagazinskasse desgl. am Vorschusse für Ankauf von Kunstgegenständen zu 4000 ℳ . . .	1 000	—	—	—
2 100	—	2 100	—		Derselben desgl. am Vorschusse für die Erweiterungsbauten im Schlachthof	2 100	—	—	—
26 593	51	26 200	82	678 748 ℳ 95 ₰	Übertrag:	26 200	82	—	—

Voranschlag		Soll		Ausgaben		Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰			ℳ	₰	ℳ	₰
26 593	51	26 200	82	678 748 ℳ 95 ₰	Übertrag:	26 200	82	—	—
8 571	43	8 571	43	17 142 ℳ 83 ₰	Der Getreidehilfskasse 18. Rate am Vorschusse für Errichtung der Gasfabrik (unverzinsl.)	8 571	43	—	—
3 465	18	3 465	18		Der städt. Holzmagazinskasse letzte Rate am Vorschusse für Pflasterung der Kaiserstraße . .	3 465	18	—	—
5 000	—	5 000	—	3 743 „ 91 „	Derselben 7. Rate am Vorschuß für Kanalisation der Lehnleite (unverz.)	5 000	—	—	—
					3. Verzinsung und Tilgung der Stadtschuld:				
650 000	—	650 000	—		An die städtische Schuldentilgungskasse	650 000	—	—	—
693 630	12	693 237	43	699 635 ℳ 69 ₰	Summe Tit. XI	693 237	43	—	—
—	—	327	10		**XII. Sonstige Ausgaben .**	327	10	—	—
					Wiederholung.				
—	—	5 192	78		I. Auf die Vorjahre	5 040	32	152	46
477 618	11	513 331	84		II. Erhebung der Einnahmen, Bewirtschaftungskosten, Rückvergütungen	513 331	84	—	—
8 711	41	9 160	51		III. Passivreichnisse und Staatsauflagen	9 160	51	—	—
155	01	559	43		IV. Prozeß- und Vollstreckungskosten	559	43	—	—
406 575	—	473 070	63		V. Amtsführung	473 070	63	—	—
893 059	53	1 001 315	19		Übertrag:	1 001 162	73	152	46

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Ausgaben	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
893 059	53	1 001 315	19	Übertrag:	1 001 162	73	152	46
506 870	—	1 922 131	17	VI. Öffentliche Einrichtungen und Anstalten	1 918 628	38	3 502	79
111 830	—	270 469	76	VII. Gemeindebauwesen	270 469	76	—	—
500	—	—	—	VIII. Wehranstalten	—	—	—	—
1 200	—	3 523	83	IX. Feste und Ehrungen . . .	3 523	83	—	—
652 010	35	13 552	65	X. Besondere Leistungen . . .	13 552	65	—	—
693 630	12	693 237	43	XI. Schuldentilgung	693 237	43	—	—
—	—	327	10	XII. Sonstige Ausgaben . . .	327	10	—	—
2 859 100	—	3 904 557	13	Summe aller Ausgaben der Betriebsrechnung	3 900 901	88	3 655	25
				Abschluß.				
2 899 100	—	4 282 701	49	Einnahmen	4 261 092	41	21 609	08
2 859 100	—	3 904 557	13	Ausgaben	3 900 901	88	3 655	25
40 000	—	378 144	36	Kassebestand	360 190	53		
				Hiezu Einnahmerückstände . . .	21 609	08		
				Summe	381 799	61		
				Hievon ab Zahlungsrückstände .	3 655	25		
				Summe wie im Soll	378 144	36		

Von der gesamten Betriebseinnahme der Stadtkämmerei zu 4 282 701 ℳ 49 ₰ entfallen:

24 411 ℳ 59 ₰ auf den Kassebestand pro 1901,
21 792 „ 10 „ „ sonstige Rückstände und Ersatzleistungen vom Vorjahre,
3 047 778 „ 19 „ „ die ordentlichen Betriebseinnahmen,
1 188 719 „ 61 „ „ „ außerordentlichen Einnahmen und zwar

29 598 ℳ — ₰ Staatszuschuß für Straßenpflasterungen und für Verlegung der Faulenbergstraße,
833 235 „ 39 „ Zuschüsse der städt. Schuldentilgungskasse à conto der Stadtschuld,
41 381 „ 88 „ Vorschüsse der Getreidehilfskasse für Pflasterungen,
54 504 „ 34 „ Vorschüsse der Holzmagazinskasse für Straßenbauten und für Schlachthoferweiterung,
250 000 „ — „ Vorschüsse der Getreidehilfs- und der Holzmagazinskasse zur Bildung eines Betriebsfonds der Stadtkämmerei.

Von der gesamten Betriebsausgabe zu 3 904 577 ℳ 13 ₰ treffen:

5 192 ℳ 78 ₰ auf die Vorjahre,
2 960 644 „ 74 „ „ „ ordentlichen Betriebsausgaben,
938 719 „ 61 „ „ „ außerordentlichen Ausgaben.

Ein Vergleich der Einnahmen und Ausgaben mit dem Vorjahre ergibt folgendes:

Es haben betragen	Die ordentlichen Einnahmen				Die ordentlichen Ausgaben				Die außerordentlichen Ausgaben nach der Rechnung	
	nach dem Etat		nach der Rechnung		nach dem Etat		nach der Rechnung			
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
1901	2 691 500	—	2 697 661	46	2 659 300	—	2 786 509	36	919 170	83
1902	2 899 100	—	3 047 778	19	2 859 100	—	2 960 644	74	938 719	61
1902 mehr	207 600	—	350 116	73	199 800	—	174 135	38	19 548	78
1902 weniger	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Bei Abgleichung der Einnahmen und Ausgaben in der Betriebsrechnung ergibt sich pro 1902 eine Mehreinnahme*) von

378 144 ℳ 36 ₰ gegenüber einer solchen pro 1901 **) von
45 926 „ 45 „ sonach gegen das Vorjahr eine Mehrung von

332 217 ℳ 91 ₰

Der Kassebarbestand, welcher

Ende 1901 24 411 ℳ 59 ₰ und
„ 1902 360 190 „ 53 „ betrug,

hat sich um 335 778 ℳ 94 ₰ gemehrt;

von der Mehrung entfallen 250 000 ℳ auf den zur Bildung der Betriebsfonds aufgenommenen Passivvorschuß von der Getreidehilfs- und Holzmagazinskasse.

*) Abzüglich eines noch nicht fälligen, daher abgeschriebenen Einnahmerückstandes zu 45 132 ℳ (s. S. 232 des vorigen Verwaltungsberichtes).

**) Die seither gebrauchte Bezeichnung „Dispositionsfonds" oder „Betriebsüberschuß" der Stadtkämmerei (s. XI. Verwaltungs-Bericht Seite 233) wird als leicht irreführend absichtlich vermieden.

An bereits genehmigten, jedoch nicht erschöpften größeren Kreditsummen sind auf das Jahr 1903 zu übertragen und daher noch aus der vorstehenden Mehreinnahme zu 378 144 ℳ 36 ₰ zu bestreiten:

641	ℳ	58	₰	für Bewaffnung und Ausrüstung der Schutzmannschaft,
279	„	10	„	„ die Stadtbibliothek,
1 839	„	87	„	„ Kanalisierung der Rückertstraße,
1 044	„	15	„	„ den Kanal der Traubengasse,
418	„	—	„	„ „ „ „ Maistraße,
682	„	90	„	„ „ „ „ Kantstraße,
805	„	60	„	„ „ „ an der Nord- und Ostseite des Josefsplatzes,
1 555	„	31	„	„ Straßenbesprengung,
51	„	80	„	„ den Verbindungsweg zur Haltestelle Dürrbachau,
1 300	„	—	„	Ersatzleistungen an die Straßenbahngesellschaft für den Ausbau der Heidingsfelderstraße,
2 680	„	53	„	für den Ausbau der Lindleinstraße,
10 080	„	12	„	„ „ „ 9 verschiedener Straßen nach Seite 266/7 der Rechnung,
1 889	„	71	„	„ Nachgießen der Pflasterfugen der Luitpoldbrücke,
13 960	„	–	„	„ Umpflasterung des Leichenhofes,
2 377	„	61	„	„ Instandsetzung des Kaiser Wenzelsaales,
1 900	„	—	„	„ ein Bedürfnishäuschen am linken Mainufer,
399	„	63	„	„ Fundierung des Prinzregenten-Denkmals,
1 824	„	46	„	„ die Städteausstellung in Dresden,
1 000	„	—	„	„ Herstellung eines schattigen Weges zur Zellerwaldspitze,
17 761	„	47	„	„ Überwölbung des Kühbaches, Ausbau und Kanalisierung der Leistenstraße, event. dem Stammvermögen einzuverleibender Betrag,
62 491	ℳ	84	₰	Summe.

Nach Abzug bezw. Verwendung dieses Betrages bleibt (einschl. des zum Betriebsfonds aufgenommenen Vorschusses zu 250 000 ℳ) ein Überschuß von 315 652 ℳ 52 ₰
(abzüglich dieses Vorschusses ein solcher von 65 652 „ 52 „)
gegenüber einem Defizit*) von 3 792 ℳ 97 ₰ im Vorjahre.

*) Nach Seite 234 des vorigen Verw.-Ber. sind 41 339 ℳ 03 ₰ als reiner Überschuß verblieben; hiervon die nach Seite 32 unter *) bemerkten 45 131 ℳ ab, bleiben 3 792 ℳ 97 ₰ wie vor.

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
				Abt. II. Vermögensrechnung.				
				I. Aus den Vorjahren.				
—	—	—	—	Kassebestand	—	—	—	—
				II. Einnahmen infolge Veräußerung oder Veränderung von Vermögensbestandteilen.				
—	—	357 700	—	1. Aus heimgezahlten Aktivkapitalien	357 700	—	—	—
—	—	33 201	89	2. Aus veräußerten Realitäten:				
				Für die an das Staatsärar abgetretenen Flächen der Weinberge im Bodenstein	26 130	—	—	—
				Tauschaufgabe von Köhl, Hofmann und Arnold, Flächentausch am oberen Mainkai	6 500	—	—	—
				Von Rockenmeyer u. Genossen für Gestattung der Überbauung der Erdgeschoßfluchtlinie an der Dreikronenstraße	295	—	—	—
				Von Architekt R. Hofmann Entschädigung für Überbauen einer städt. Fläche Zellerstraße Nr. 8 .	30	—	—	—
				Von Baumeister Neeser Entschädigung für das Abbruchmaterial vom ehemaligen Schießhause . .	246	89	—	—
—	—	390 901	89	Summe Tit. II.	390 901	89	—	—
—	—	26 136	27	**III. Neue Fundationszuflüsse:** Summe Tit. III für sich.	26 136	27	—	—

Voranschlag		Soll		Einnahmen	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
—	—	250 000	—	**V. Aus Passivvorschüssen.**				
				Vorschuß von der Getreidehilfs- und der Holzmagazinskasse zur Bildung eines Betriebsfonds der Stadtkämmerei	250 000	—	—	—
				Summe Tit. V für sich.				
—	—	17 409	65	**VI. Sonstige Einnahmen.**				
				Kanaleinleitungsgebühren für Anschlüsse an solche Kanäle, die aus Stadtschuldmitteln erbaut wurden	16 303	65	1 106	—
				Summe Tit. VI für sich.				
				Wiederholung.				
—	—	—	—	I. Aus dem Vorjahre	—	—	—	—
—	—	390 901	89	II. Veräußerung oder Veränderung von Vermögensbestandteilen .	390 901	89	—	—
—	—	26 136	27	III. Neue Fundationszuflüsse . .	26 136	27	—	—
—	—	—	–	IV. Schuldaufnahmen	—	—	—	—
—	—	250 000	—	V. Passivvorschüsse	250 000	—	—	—
—	—	17 409	65	VI. Sonstige Einnahmen . . .	16 303	65	1 106	—
—	—	684 447	81	Summe aller Einnahmen der Vermögensrechnung	683 341	81	1 106	—

Voranschlag ℳ	Voranschlag ₰	Soll ℳ	Soll ₰	Ausgaben	Wirklicher Anfall ℳ	Wirklicher Anfall ₰	Rückstände ℳ	Rückstände ₰
				I. Refundierung und Mehrung des Vermögens.				
—	—	232 494	90	1. Ausleihung von Aktivkapitalien	232 494	90	—	—
—	—	178 553	63	2. Ankauf von Realitäten:				
				Für den Ankauf des Gasthauses zum „Anker" Karmelitenstraße Nr. 13 .	112 248	70	—	—
				Für bauliche Instandsetzung des Anwesens	1 002	33	—	—
				Für Ergänzung und Reparatur des Inventars daselbst	299	50	—	—
				Für den Ankauf des Hauses Kärnergasse Nr. 11	10 023	20	—	—
				Für den Ankauf des Hipfel'schen Grundstückes an der Frankfurterstraße	54 974	40	—	—
				Für Ausfertigung der Notariatsurkunde über den Verkauf der Weinberge im Bodenstein	5	50	—	—
—	—	411 048	53	Summe Tit. I	411 048	53	—	—
—	—	127	26	**III. Auf die Vorjahre** . . .	127	26	—	—
				Summe Tit. III für sich				
				IV. Ersatzleistungen an die Betriebsrechnung 2c.				
—	—	17 772	54	Straßenbaukredite für den Ausbau der Sanderring-, Quer-, Hochkai- und Tiepolostraße, dann der Auveraſtraße aus Beſtänden der ehemaligen Stadterweiterungskasse	17 772	54	—	—
—	—	17 772	54	Übertrag:	17 772	54	—	—

Voranschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
—	—	17 772	54	Übertrag:	17 772	54	—	—
—	—	101	11	Vom Gätschenbergerschen Legat für den Zierwasserlauf hinterm Hofgarten	101	11	—	—
—	—	3 300	—	3. Abhebungsrate vom Ablösungskapital für ehemalige Staatsstraßen	3 300	—	—	—
—	—	21 173	65	Summe Tit. IV	21 173	65	—	—
				V. Sonstige Ausgaben.				
—	—	250 000	—	Von der Getreidehilfs- und Holzmagazinskasse aufgenommener Vorschuß an die Betriebsrechnung .	250 000	—	—	—
				Summe Tit. V für sich.				
				Wiederholung.				
—	—	411 048	53	I. Auf Refundierung und Mehrung des Vermögens . . .	411 048	53	—	—
—	—	—	—	II. Auf Leistung von Aktivvorschüssen	—	—	—	—
—	—	127	26	III. Auf die Vorjahre	127	26	—	—
—	—	21 173	65	IV. Ersatzleistungen an die Betriebsrechnung	21 173	65	—	—
—	—	250 000	—	V. Sonstige Ausgaben	250 000	—	—	—
—	—	682 349	44	Summe aller Ausgaben der Vermögensrechnung	682 349	44	—	—
				Abschluß.				
—	—	684 447	81	Einnahmen	683 341	81	1 106	—
—	—	682 349	44	Ausgaben	682 349	44	—	—
—	—	2 098	37	Bestand	992	37	1 106	—

Das Soll der das eigentliche Kämmereistammvermögen bildenden rentierlichen Kapitalien berechnete sich

Ende 1902 auf 2 419 777 ℳ 14 ₰
„ 1901 „ 2 559 808 „ 95 „

daher Minderung 140 031 ℳ 81 ₰.

In Wirklichkeit beträgt der Kapitalienstand 2 546 242 ℳ 85 ₰,
demgegenüber steht 2 419 777 „ 14 „ als Soll,

so daß sich 126 465 ℳ 71 ₰
und zuzüglich einer Minderanlage von 992 „ 37 „

127 458 ℳ 08 ₰

als Mehranlage ergeben, nämlich die nicht zum Kämmereistammvermögen gehörigen und zur seinerzeitigen Verwendung für die bestimmten Zwecke vorbehaltenen Kapitalien zu

40 700 ℳ — ₰ des Gätschenbergerschen Fonds,
53 400 „ — „ „ Straßenunterhaltungsfonds,
28 358 „ 08 „ „ Elektrizitätswerk-Erneuerungsfonds,
5 000 „ — „ „ Luitpoldmuseumbaufonds.

Vermögensausweis.

I. Stadtkämmereikasse.

a) Vermögen.

2 546 242	ℳ 85	₰	Verzinsliche Aktivkapitalien,
100 464	„ 09	„	dto. der Straßenbaukasse,
37 380	„ 42	„	Kassabestand respektive Betriebsfond der Installationskasse des Gas- und Wasserwerks,
360 190	„ 53	„	Aktivkassebestand der I. Hauptabteilung,
992	„ 37	„	„ „ II. „
21 609	„ 08	„	Einnahmerückstände der I. Hauptabteilung,
1 106	„ —	„	„ „ II. „
32 142	„ 75	„	Anschlag aus 1285 ℳ 71 ₰ Bierschankrecht zum 25 fachen Betrage,
706	„ 58	„	an 103 Stück Goldgulden à 6,86 ℳ,
144	„ —	„	„ 2 „ silbernen Bechern à 72 ℳ,
11 431 545	„ —	„	Wert der städt. Gebäude lt. Immobiliar-Verzeichnis I,
11 363 188	„ —	„	„ des übrigen Grundbesitzes lt. Immobiliar-Verzeichnis II,
694 439	„ 60	„	„ der Mobilien inkl. der städt. Gemälde- und Münzsammlung lt. Mobiliar-Verzeichnis,
5 461	„ 93	„	Wert des Materialbestandes an Rand- und Pflastersteinen, Rinnen und Sinkkästen,
130 751	„ 67	„	Wert des Magazinsbestandes der Installationskasse lt. Verzeichnis,
26 726 364	ℳ 87	₰	Summe a).

b) Schulden.

3 655	ℳ 25	₰	Zahlungsrückstände der Betriebsrechnung,
17 700	„ 75	„	Passivreichnisse und Bodenzinse zum 25 fachen Betrage aus 708 ℳ 03 ₰
474	„ 50	„	Bodenzins von den Schulhäusern zum 25 fachen Betrage aus 18 ℳ 98 ₰,
699 635	„ 69	„	Passivkapitalien und Passivvorschüsse,
721 466	ℳ 19	₰	Summe b).

Abgleichung.

26 726 364	ℳ 87	₰	Vermögen,
721 466	„ 19	„	Schulden,
26 004 898	ℳ 68	₰	Summe I, reines Vermögen der Stadtkämmerei.

II. Nebenkassen der Stadtkämmerei.

1 612 677	ℳ 01	₰	1.	Gaswerkskasse,
3 694 386	„ 31	„	2.	Wasserwerkskasse,
466 554	„ 63	„	3.	Getreidehilfskasse,
579 358	„ 71	„	4.	Holzmagazinskasse,
15 747	„ 66	„	5.	Friedhofkasse,
216 867	„ 71	„	6.	Lokalschulkasse,
147 888	„ 34	„	7.	Pensionskasse für städt. Beamte,
62 409	„ 71	„	8.	„ „ „ Bedienstete,
35 096	„ 13	„	9.	„ „ „ Lehrer,
85 137	„ 62	„	10.	Leihanstalt,
393 181	„ 69	„	11.	Sparkasse,
2 262 540	„ 42	„	12.	Schuldentilgungskasse,
3 570	„ 74	„	13.	Universitätsjubiläumsfonds,
2 909	„ 94	„	14.	Industrieausstellungsfonds,
124 717	„ 50	„	15.	Gemeindekrankenversicherung,
230 111	„ 87	„	16.	Kranken-Institut,
158 882	„ 24	„	17.	Gesellen-Kranken-Institut,
8 044	„ 65	„	18.	Kasse für Grunderwerbungen links des Mains.
10 100 082	ℳ 88	₰		Summe II.

Abschluß zum Vermögensausweis.

26 004 898	ℳ 68	₰	Vermögen nach Ziffer I,
10 100 082	„ 88	„	„ „ „ II,
36 104 981	ℳ 56	₰	Summe des Vermögens. Hievon ab
19 965 274	ℳ 93	₰	konsolidierte Schuld,
1 166 785	„ 35	„	schwebende Schuld für die Grunderwerbungen l. M.
21 132 060	ℳ 28		Summe der Stadtschuld Ende 1902, sohin
14 972 921	ℳ 28	₰	reines Vermögen der Stadtkämmerei und ihrer gemeindlichen Nebenkassen Ende 1901.

Gegenüber dem Vorjahre besteht eine Vermögensmehrung von 473 301 ℳ 77 ₰.

2. Gaswerkskasse.

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
—	—	27 132	56	I. Kassebestand nach letzter Rechnung	27 132	56	—	—
—	—	133	64	Einnahmsrückstände und Ersatzposten	78	93	54	71
2 332	50	2 332	50	II. Aus dem Ertrage der Realitäten	2 332	50	—	—
497 660	—	517 212	31	Für verkauftes Gas und zwar für 3 331 963,5 cbm . .	517 212	31	—	—
183 250	—	149 602	73	Für 148 988,5 Ztr. Koks .	149 602	73	—	—
14 080	—	18 794	82	„ 13 160 „ Teer .	18 794	82	—	—
12 600	—	12 153	50	„ 1 115 Ztr. Ammoniaksalz	12 153	50	—	—
1 800	—	12 499	61	Für Magazins- und Betriebsgegenstände	12 499	61	—	—
3 700	—	3 006	27	Für Petroleumbeleuchtung .	3 006	27	—	—
14 500	—	20 089	03	„ Vermietung von Gasuhren und Apparaten . .	20 089	03	—	—
—	—	15 317	28	VII. Vorschuß von der Holzmagazinskasse	15 317	28	—	—
77	50	6	13	VIII. Sonstige Einnahmen . . .	6	13	—	—
730 000	—	778 280	38	Summe der Einnahmen	778 225	67	54	71
				Ausgaben.				
—	—	283	17	I. Ersatzposten vom Vorjahre .	283	17	—	—
22 880	—	25 127	50	II. Personalausgaben	25 127	50	—	—
1 900	—	2 464	62	Sachliche Ausgaben . . .	2 464	62	—	—
20 000	—	21 172	27	Taglöhne auf Fabrikation .	21 172	27	—	—
299 700	—	303 630	60	Materialien zur Fabrikation .	303 630	60	—	—
1 000	—	1 054	42	Für Reinigung	1 054	42	—	—
6 400	—	6 708	76	„ Unterhaltung der Maschinen 2c.	6 708	76	—	—
10 000	—	11 708	91	Für Unterhaltung des Rohrnetzes	11 708	91	—	—
361 880	—	372 150	25	Übertrag:	372 150	25	—	—

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Ausgaben	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
361 880	—	372 150	25	Übertrag:	372 150	25	—	—
10 000	—	9 602	23	Für Unterhaltung der Öfen .	9 602	23	—	—
1 000	—	1 337	54	„ „ „ Automaten und Mietgegenstände .	1 337	54	—	—
22 596	—	22 011	16	Für Unterhaltung und Bedienung der Stadtbeleuchtung .	22 011	16	—	—
6 047	50	4 485	37	Allgemeine Unkosten . . .	4 485	37	—	—
12 600	—	13 025	—	Für Nebenprodukte . . .	13 025	—	—	—
18 000	—	31 107	64	Für neue Leitungen . . .	31 107	64	—	—
10 000	—	9 966	50	„ Gasautomaten . . .	9 966	50	—	—
21 000	—	51 604	70	„ Gasuhren und Apparate .	51 604	70	—	—
6 600	—	5 845	41	III. „ Steuern und Umlagen .	5 845	41	—	—
1 800	—	1 501	71	VII. „ Gebäudeunterhaltung .	1 501	71	—	—
—	—	76	81	„ Neubauten	76	81	—	—
236 300	—	202 179	44	X. An die Kämmerei	202 179	44	—	—
19 276	50	20 564	12	XI. Auf Schuldentilgung . . .	20 564	12	—	—
2 900	—	—	—	XII. „ den Erneuerungsfonds . (Demselben sind aus dem Reingewinne zu 168 602 ℳ 25 ₰ 10 % = 16 860 ℳ 23 ₰ zugeflossen, welcher Betrag teilweise für bestimmte Zwecke verwendet wurde. Der Rest zu 5 635 ℳ 23 ₰ ist in dem Kassebestande enthalten.)	—	—	—	—
730 000	—	745 457	88	Summe der Ausgaben	745 457	88	—	—

Abschluß.

730 000	—	778 280	38	Einnahmen	778 225	67	54	71
730 000	—	745 457	88	Ausgaben	745 457	88	—	—
—	—	32 822	50	Kassebestand	32 767	79	54	71

Vermögensausweis.

1 426 452	ℳ	—	₰ Wert der Gebäude samt Maschinen, Gasbehältern, Rohrnetz, Beleuchtungsanlagen,
168 354	„	13	„ Wert der vermieteten Apparate und der Automaten,
21	„	73	„ „ einer vermieteten Leitung,
7 094	„	91	„ „ des Magazinsbestandes,
53 646	„	93	„ „ der Materialvorräte,
32 767	„	79	„ Aktivkassebestand resp. Erneuerungsfonds,
54	„	71	„ Aktivaußenstände,
1 688 392	ℳ	20	₰ Summe des Vermögens. Hievon
75 715	„	19	„ an Vorschüssen und zwar
			68 607 ℳ 82 ₰ Guthaben der Holzmagazinskasse,
			7 107 „ 37 „ „ „ Getreidehilfskasse, bleiben
1 612 677	ℳ	01	₰ reines Vermögen Ende 1902.

3. Wasserwerkskasse.

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
—	—	10 460	81	I. Kassebestand bezw. Erneuerungsfonds aus den Vorjahren . .	10 460	81	—	—
—	—	946	16	Einnahmerückstände	226	16	720	—
—	—	19	—	Ersatzleistungen	19	—	—	—
7 281	—	5 013	50	II. Aus dem Ertrage der Realitäten	5 013	50	—	—
313 072	94	321 538	54	III. Für verkauftes Wasser:				
				Aversa	12 844	94	—	—
				Nach Wassermessern und Eichhahnen	308 528	90	164	70
600	—	2 421	11	Für verkaufte Materialien . . .	2 421	11	—	—
12 000	—	21 078	03	VII. Anschlußgebühren	21 078	03	—	—
—	—	5 192	16	Vorschuß für eine neue Leitung .	5 192	16	—	—
—	—	78 711	12	Zuschuß von der städtischen Schuldentilgungskasse:				
				Für das Werk Heidingsfeld . .	642	16	—	—
				„ „ „ Zell	75 794	82	—	—
				„ die Nutzwasserleitung . . .	2 274	14	—	—
46	06	13	—	VIII. Sonstige Einnahmen . . .	13	—	—	—
333 000	—	445 393	43	Summe der Einnahmen	444 508	73	884	70

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Ausgaben	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
—	—	7 651	52	Tit. I. Ersatzposten	7 651	52	—	—
159	90	575	71	„ II. Rückvergütungen	575	71	—	—
807	—	617	12	„ III. Passivreichnisse, Steuern ꝛc.	617	12		—
15 364	50	15 274	—	„ IV. Personalausgaben . . .	15 274	—	—	—
1 700	—	2 228	21	Regie	2 228	21	—	—
—	—	24 197	61	Für das Werk Würzburg:				
3 268	—			Heizerlöhne	3 126	84	—	—
16 080	—			Heiz- und Schmiermaterial ꝛc. . .	17 599	04	—	-
5 400	—			Maschinenunterhaltung	3 471	73	—	—
		10 056	80	Für das Werk Heidingsfeld:				
2 928	—			Heizerlöhne	2 728	—	-	—
7 720	—			Heiz- und Schmiermaterial ꝛc. . .	6 327	25	—	—
1 300	—			Maschinenunterhaltung	1 001	55	—	—
		34 786	20	Für das Werk Zell:				
3 776	—			Heizerlöhne	3 282	—	—	—
29 300	—			Heiz- und Schmiermaterial ꝛc. . .	29 357	26	—	—
3 500	—			Maschinenunterhaltung	2 146	94	—	—
12 000	—	10 886	63	Unterhaltung des Rohrnetzes . . .	10 886	63	—	—
2 500	—	1 758	83	„ der Notpfosten . . .	1 758	83	—	—
2 500	—	1 917	05	„ „ Brunnen . . .	1 917	05	—	—
100	-	130	03	„ „ Anlagen	130	03	—	—
12 116	60	9 001	32	Allgemeine Unkosten	9 001	32	—	—
4 000	—	1 027	20	Rückersatz des Gewinnentganges an die Installationskasse beim Aufstellen von Wassermessern . . .	1 027	20	—	—
16 000	—	15 926	51	Erweiterung des Rohrnetzes . . .	15 926	51	—	—
—	—	79 261	12	Auf Neuanlagen und zwar:				
				Für das Werk Heidingsfeld . . .	642	16	—	—
				„ „ „ Zell	75 794	82	550	—
				„ die Nutzwasserleitung	2 274	14	—	—
4 480	—	2 832	64	Tit. VII. Auf das Gemeindebauwesen	2 832	64		—
187 000	—	222 561	27	„ X. Ablieferung an die Kämmerei	222 561	27		—
—	—	27	66	„ XI. Auf Schuldentilgung . .	27	66	-	—
332 000	—	440 717	43	Übertrag:	440 167	43	550	—

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Ausgaben	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
332 000	—	440 717	43	Übertrag:	440 167	43	550	—
1 000	—	—	—	Tit. XII. Auf den Erneuerungsfonds (Demselben sind aus dem Reingewinn zu 14 003,07 ℳ 10 % = 1400,31 ℳ zugeflossen, welcher Betrag in dem unten ausgewiesenen Kassebestand enthalten ist.)	—	—	—	—
333 000	—	440 717	43	Summe der Ausgaben	440 167	43	550	—

Abschluß.

333 000	—	445 393	43	Einnahmen	444 508	73	884	70
333 000	—	440 717	43	Ausgaben	440 167	43	550	—
—	—	4 676	—	Bestand und Erneuerungsfonds .	4 341	30	—	—
				Hiezu: Einnahmerückstand	884	70		
					5 226	—		
				Hievon ab: Zahlungsrückstand . .	550	—		
				Rest-Summe wie im Soll	4 676	—		

Vermögensausweis.

1 338 990	ℳ	—	₰ Wert des Immobilienvermögens,
2 327 081	„	—	„ „ der Maschinen, Leitungen 2c.,
38	„	02	„ „ einer vermieteten Leitung,
6 063	„	56	„ „ des Mobiliars und der Werkzeuge,
22 729	„	89	„ „ der Materialvorräte,
4 341	„	30	„ Aktivkassebestand bezw. Erneuerungsfonds,
884	„	70	„ Einnahmerückstände,
3 700 128	ℳ	47	₰ Summe des Vermögens. Hievon ab:
			5 192 ℳ 16 ₰ Vorschuß von der Holzmagazinskasse,
			550 „ — „ Zahlungsrückstand,
5 742	„	16	„ Summe der Schulden, sonach
3 694 386	ℳ	31	₰ reines Vermögen Ende 1902.

4. Städtische Getreidehilfskasse.

(Admassierungsfonds.)

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
—	—	275	83	I. Aus dem Vorjahre	275	83	—	—
12 106	50	13 964	25	II. An Kapitalzinsen aus 394 123 ℳ	13 964	25	—	—
1 610	—	1 610	—	Pacht für das Anwesen Neubergstraße 26	879	17	730	83
83	50	—	—	VIII. Sonstige Einnahmen . . .	—	—	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	25 714	26	I. Vorschuß der Kämmerei zur Errichtung einer Kohlengasfabrik Rest aus ursprünglichen 100 000 fl.	8 571	43	17 142	83
—	—	114 653	68	II. An heimgezahlten Aktivkapitalien und zwar:				
				a) städt. Obligation à 4% . .	100 000	—	—	—
				b) städt. Gaswerk Rate an restigen 10 661 ℳ 05 ₰	3 553	68	—	—
				c) Stadtkämmerei 1te Rate an der sog. Pflasterschuld . . .	11 100	—	—	—
13 800	—	156 218	02	Summe der Einnahmen	138 344	36	17 873	66
				Ausgaben.				
				Betriebsrechnung.				
40	—	70	—	II. Für Fertigung der Rechnung, des Voranschlags, Buchbinder- und Druckerlöhne	70	—	—	—
115	—	99	41	III. Staatssteuern und Kreisumlagen	99	41	—	—
95	—	45	92	VII. a) Ständige Bauausgaben .	45	92	—	—
150	—	26	95	b) Baureparaturen	26	95	—	—
400	—	242	28	Übertrag:	242	28	—	—

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Ausgaben	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
400	—	242	28	Übertrag:	242	28	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	144 784	09	II. Ausleihung von Kapitalien und zwar:				
				a) Mehranlage im Vorjahr . .	3 047	89	—	—
				b) in 4%iger städt. Obligation .	50 000	—	—	—
				c) an 3%igen Vorschüssen der Stadtkämmerei à c. Pflasterschuld	41 736	20	—	—
				d) 2%iger Vorschuß der Kämmerei zur Bildung eines Betriebsfonds	50 000	—	—	—
400	—	145 026	37	Summe der Ausgaben	145 026	37	—	—
				Abschluß.				
13 800	—	156 218	02	Einnahmen	138 344	36	17 873	66
400	—	145 026	37	Ausgaben	145 026	37	—	—
13 400	—	11 191	65	Soll Mehrausgabe	6 682	01		
				Einnahmsrückstände	17 873	66		
				Bestand wie im Soll	11 191	05		

Vermögensausweis.

a) Rentierendes Vermögen:

394 123 ℳ — ₰ an Kapitalien und Vorschüssen,
61 273 „ 98 „ an Realitäten,

455 396 ℳ 98 ₰ Summe a. Übertrag.

455 396 ℳ 98 ₰ Übertrag.

b) Nichtrentierendes Vermögen:

17 142 ℳ 83 ₰ an Aktivvorschüssen,
730 „ 83 „ an Außenständen,
195 „ — „ ₰ an Mobilien,

18 068 „ 66 „ Summe b.

473 465 ℳ 64 ₰ Summe des Vermögens. Hievon ab:

229 ℳ — ₰ Bodenzinskapital,
6 682 „ 01 „ Mehrausgabe der Vermögensrechnung,

6 911 „ 01 „ Summe der Schulden

466 554 ℳ 63 ₰ Reines Vermögen.

5. Städt. Holzmagazinskasse.

(Admassierungsfonds.)

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
—	—	13 146	77	I. Kassebestand nach vor. Rechnung.	13 146	77	—	—
16 179	55	16 544	03	II. An Kapitalszinsen aus 424 147 ℳ 58 ₰	16 544	03	—	—
4 745	50	4 630	50	Mietertrag der Häuser Kärnersgasse Nr. 33, 37, 39, 43, 45, 47, 49 und 51	4 630	50	—	—
15 000	—	11 442	60	III. Erlös von dem aus dem Magazin verkauften Holz	11 442	60	—	—
1 200	—	857	04	Anweis- und Einschaugeld vom Holzmarkt	857	04	—	—
3 200	—	2 818	52	VI. An Holzzoll	2 818	52	—	—
74	95	614	10	VIII. Sonstige Einnahmen . . .	614	10	—	—
40 400	—	50 053	56	Übertrag:	50 053	56	—	—

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
40 400	—	50 053	56	Übertrag:	50 053	56	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	24 995	01	I. Kassebestand aus Vermögensteilen	24 995	01	—	—
—	—	3 465	18	Von der Kämmerei letzte Rate des unverzinsl. Vorschusses zu 48 465 ℳ 18 ₰ für Pflasterung der Kaiserstraße . . .	3 465	18	—	—
—	—	8 743	91	Von der Kämmerei aus dem Vorschusse zu ursp. 38 743 ℳ 91 ₰ für Kanalisation der Lehnleite.	5 000	—	3 743	91
—	—	218 871	19	II. An heimgezahlten Aktivkapitalien und Vorschüssen	218 871	19	—	—
40 400	—	306 128	85	Summe der Einnahmen	302 384	94	3 743	91
				Ausgaben.				
				Betriebsrechnung.				
250	—	241	08	III. Staatssteuern, Kreisumlagen .	241	08	—	—
2 580	—	2 580	—	V. Auf Besoldungen	2 580	—	—	—
320	—	313	03	Regie und Realexigenz	313	03	—	—
15 000	—	11 920	31	VI. Auf Ankauf, Beifuhr und Ausfuhr des Magazinsholzes . . .	11 920	31	—	—
350	—	207	52	VII. Ständige Bauausgaben . .	207	52	—	—
820	—	1 254	79	Baureparaturen	1 254	79	—	—
386	—	386	—	XI. Auf Verzinsung von zwei Kaufschillingsresten zu 9 650 ℳ . .	386	—	—	—
94	—	—	—	XII. Sonstige Ausgaben	—	—	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	277 013	78	I. Ausleihung von Kapitalien und zwar:				
				auf 3 ½ % städt. Obligationen .	22 000	—	—	—
19 800	—	293 916	51	Übertrag:	38 902	73	—	—

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Ausgaben	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
19 800	—	293 916	51	Übertrag:	38 902	73	—	—
				3%iges Darlehen an die Kämmerei zur Schlachthaus- und Kühlhauserweiterung	13 354	34	—	—
				desgl. derselben zur Verbreiterung des Keesburgweges	18 900	—	—	—
				desgl. derselben zum Ausbau der Nikolausstraße	2 250	—	—	—
				2%iges Darlehen an dieselbe zur Schaffung eines Betriebsfondes	200 000	—	—	—
				4%iges Darlehen dem Gas- und Wasserwerk zur Ausführung neuer Leitungen (153317,28 ℳ und 5192,16 ℳ)	20 509	44	—	—
—	—	13 000	—	Kaufschillingsrest für das Haus Kärnersgasse 33.	1 000	—	12 000	—
19 800	—	306 916	51	Summe der Ausgaben	294 916	51	12 000	—
				Abschluß				
40 400	—	306 128	85	Einnahmen	302 384	94	3 743	91
19 800	—	306 916	51	Ausgaben	294 916	51	12 000	—
20 600	—	787	66	Mehrausgabe Kassebestand	7 468	43	—	—
				im Soll Einnahmsrückstände	3 743	91		
				Summe	11 212	34		
				Zahlungsrückstand	12 000	—		
				Ziffer wie im Soll	787	66		

Vermögensausweis.

a) Rentierendes Vermögen:

424 147 ℳ 58 ₰ an Aktivkapitalien,
159 885 „ 94 „ „ Realitäten,

584 033 ℳ 52 ₰ Summe a. Übertrag.

584033 ℳ 52 ₰ Übertrag.

b) Nichtrentierendes Vermögen:

7 468 ℳ 43 ₰ Kassebestand,
3 743 „ 91 „ an Einnahmsrückständen,
5 221 „ 60 „ Wert des Holzvorrates,
595 „ 50 „ Mobiliarwert,

17 029 „ 44 ₰ Summe b.

601 062 ℳ 96 ₰ Summe des Vermögens. Hievon
21 650 ℳ — ₰ Kaufschillingsreste,
54 „ 25 „ Bodenzinskapital,

21 704 „ 25 „ Schulden, sohin

579 358 ℳ 71 ₰ Reines Vermögen Ende 1902.

6. Friedhofkasse.

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
400	75	453	09	II. Von der Stadtkämmerei Legatzinsen zur Unterhaltung und Schmückung von Grabstätten .	453	09	—	—
6 100	—	7 017	—	III. Für Benützung der Leichenwagen	7 017	—	—	—
2 050	—	2 148	—	Für Benützung des Leichenhauses	2 148	—	—	—
876	—	956	—	„ „ „ Bahrtuches .	956	—	—	—
1 714	—	1 895	30	Gebühren für das Grabgeläute .	1 895	30	—	—
2 000	—	2 084	—	„ „ den Eintrag in die Friedhofgrundbücher	2 084	—	—	—
2 240	—	2 614	—	Gebühren für Abweichung von der Reihenfolge	2 614	—	—	—
980	—	1 088	—	Gebühren für Beisetzung in schon belegte Grüfte	1 088	—	—	—
50	—	50	—	Gebühren für Beisetzung von Leichen auswärts Verstorbener ohne Beisetzungsberechtigung .	50	—	—	—
450	—	440	50	Gebühren für Vornahme der II. Leichenschau	440	50	—	—
16 860	75	18 745	89	Übertrag:	18 745	89	—	—

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
16 860	75	18 745	89	Übertrag:	18 745	89	—	—
2 100	—	1 200	—	Für Mauergrüfte	1 200	—	—	—
9 000	—	12 400	—	„ Familiengräber	12 400	—	—	—
11 300	—	12 326	70	„ gewöhnliche Gräber . . .	12 326	70	—	—
719	25	460	58	„ verfallene Grabsteine und Kreuze, Stumpen- und Tropfwachs ꝛc.	460	58	—	—
20	—	50	55	IV. Sonstige Einnahmen für Abfallholz, Stückzinsen	50	55	—	—
40 000	—	45 183	72	Summe der Einnahmen	45 183	72	—	—
				Ausgaben.				
5 765	—	5 752	80	II. Personalausgaben	5 752	80	—	—
497	02	503	92	Sachliche Ausgaben	503	92	—	—
300	—	954	40	Rückvergütung von Grabgebühren	954	40	—	—
203	50	230	14	III. Für Unterhaltung und Schmückung der von der Stadtgemeinde vertragsmäßig übernommenen Grabstätten	230	14	—	—
4 000	—	1 200	—	IV. Für Anschaffung neuer Leichenwagen	1 200	—	—	—
850	—	520	32	Für Unterhaltung der Leichenwagen, Geschirre, Remisen, Dienstkleider ꝛc.	520	32	—	—
3 370	—	3 790	—	Für geleistete Leichenfuhren . .	3 790	—	—	—
2 000	—	1 819	91	Für Beheizung, Beleuchtung und Reinigung des Leichenhauses .	1 819	91	—	—
500	—	441	26	Für Anschaffung und Unterhaltung von Geräten, Mobilien ꝛc.	441	26	—	—
310	—	344	60	Für Besorgung des Grabgeläutes	344	60	—	—
1 200	—	763	68	Für Wasserversorgung	763	68	—	—
1 762	—	1 630	41	Für Bereitstellung von Gräbern	1 630	41	—	—
20 757	52	17 951	44	Übertrag:	17 951	44	—	—

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Ausgaben	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
20 757	52	17 951	44	Übertrag:	17 951	44	—	—
4 350	—	3 609	24	Für Unterhaltung der Friedhofswege, Tore, Mauern, Friedhofreinigung, Verbreiterung von Durchgängen, Pflasterrinnen, Rinneneinläufe, Anlage von Sinkkästen mit Geruchsverschluß	3 609	24	—	—
8 000	—	—	—	Reserve 1902	—	—	—	—
77	48	38	74	V. Ständige Bauausgaben . . .	38	74	—	—
1 100	—	1 546	16	Für Gebäudereparaturen . . .	1 546	16	—	—
95	—	95	—	VI. Für den Sicherheitsdienst am Feste Allerheiligen und Allerseelen	95	—	—	—
150	—	144	64	Für Beleuchtung und Schmückung des Kriegerdenkmals an Allerheiligen	144	64	—	—
5 240	—	21 700	62	VII. Überschuß an die Stadtkämmerei	21 700	62	—	—
230	—	97	88	VIII. Sonstige Ausgaben . . .	97	88	—	—
40 000	—	45 183	72	Summe der Ausgaben	45 183	72	—	—
				Abschluß.				
40 000	—	45 183	72	Einnahmen	45 183	72	—	—
40 000	—	45 183	72	Ausgaben	45 183	72	—	—
—	—	—	—	Bestand	—	—	—	—

Vermögensausweis.

15 747 ℳ 66 ₰ Wert der Mobilien, welcher Betrag das reine Vermögen Ende 1902 bildet.

Das Friedhofareal, welches eine Grundfläche von 81 240 qm umfaßt und auf 812 400 ℳ gewertet wurde, ist im Immobiliarverzeichnis der Stadtkämmerei und somit auch in deren Vermögensausweis vorgetragen, ebenso der Schätzungswert des neuen Leichenhauses mit 82 000 ℳ

Der Betriebsüberschuß der Friedhofkasse pro 1902 zu 21 700 ℳ 62 ₰ bildet ein Äquivalent für den aus Kämmereimitteln bestrittenen Aufwand für Grunderwerbungen zur Erweiterung des Friedhofes sowie für Verzinsung und Amortisation der aus Anlehensmitteln entnommenen Kosten zu 129 200 ℳ behufs Errichtung eines neuen Leichenhauses, Umgestaltung der I. Abteilung, für Gas- und Wassereinrichtung ꝛc.

Dieser Überschuß entspricht bei Anrechnung eines Anlage-Kapitals von 812 400 ℳ + 129 200 ℳ = 941 600 ℳ einer Rente von nur 2,33 %.

7. Lokalschulkasse.

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
—	—	60	29	I. Ersatzleistungen vom Vorjahre .	60	29		—
2 020	—	1 940	—	II. Geldanschlag für Dienstwohnungen	1 940	—	—	—
				VII. Sustentationsbeiträge:				
3 134	19	3 085	61	Von der Staatskasse	3 085	61	—	—
4 140	12	4 167	33	Von Stiftungen	4 167	33	—	—
403 085	—	396 272	52	Von der Stadtkämmerei . . .	396 272	52	—	—
1 020	69	1 146	96	VIII. Sonstige Einnahmen . . .	1 047	76	99	20
413 400	—	406 672	71	Summe der Einnahmen	406 573	51	99	20
				Ausgaben.				
50	—	39	84	III. Grundsteuern, Umlagen ꝛc. .	39	84	—	—
10 968	—	10 500	71	V. A. Besoldungen der Schuldiener.	10 500	71	—	—
2 162	—	2 130	72	B. Regie- und Realexigenz (inkl. Miete für von Privaten gemietete Schullokalitäten) . .	2 130	72	—	—
		318 455	26	VI. Personalausgaben für das Lehrpersonal und zwar:				
220 012	33			Gehaltsbezüge der Lehrer . .	218 708	—	—	—
1 000	—			Vergütung für Aushilfe . . .	1 765	—	—	—
2 820	—			Korrekturgelder	1 617	71	—	—
82 158	17			Gehaltsbezüge der Lehrerinnen	81 858	17	—	—
800	—			Vergütung für Aushilfe . . .	316	—	—	—
1 296	—			Korrekturgelder	925	20	—	—
1 400	—			Für Überstunden	1 079	40	—	—
3 008	—			Für das Fach-Lehrpersonal . .	2 730	—	—	—
7 610	—			Für die erweiterte Mädchenfortbildungsschule	7 655	78	—	—
1 800	—			Remuneration der Lehrerobmänner	1 800	—	—	—
4 194	—	4 194	—	An Pensionen	4 194	—	—	—
339 278	50	335 320	53	Übertrag:	335 320	53	—	—

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Ausgaben	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
339 278	50	335 320	53	Übertrag:	335 320	53	—	—
48 719	—	48 301	24	Auf Schulbedürfnisse: Druckkosten, Beheizung, Reinigung, Beleuchtung, Mobilien, Lehr- und Lernmittel	48 301	24	—	—
400	—	400	—	Für Ausbildung armer, talentierter Schüler für das Lehrfach .	400	—	—	—
795	—	795	—	Für Erteilung von Koch- und Haushaltungsunterricht an der erweiterten Mädchenfortbildungsschule	795	—	—	—
19 183	80	16 756	74	VII. Für Gebäudeunterhaltung .	16 756	74	—	—
5 000	—	5 000	—	X. An besonderen Leistungen (Zuschuß an den Polytechnischen Zentralverein dahier)	5 000	—	—	—
23	70	—	—	XII. Auf sonstige Ausgaben . .	—	—	—	—
413 400	—	406 573	51	Summe der Ausgaben	406 573	51	—	—
				Abschluß.				
413 400	—	406 672	71	Einnahmen	406 573	51	99	20
413 400	—	406 573	51	Ausgaben	406 573	51	—	—
—	—	99	20	Barbestand	—	—	99	20

Vermögensausweis.

216 768 ℳ 51 ₰ Wert der Mobilien,
99 „ 20 „ Einnahmerückstände,

216 867 ℳ 71 ₰ reines Vermögen Ende 1902.

Der Stand des Lehrpersonals an den Volksschulen war Ende 1902:

92 Lehrer gegen 88 pro 1901
58 Lehrerinnen „ 53 „ „

150 in Summe gegen 141 im Vorjahr.

Außerdem erteilten 4 Klosterfrauen Volksschulunterricht. Ferner waren 5 Arbeitslehrerinnen für die Volksschulen und 4 Fachlehrer für die erweiterte Mädchen-Fortbildungsschule aufgestellt.

Der Zuschuß der Stadtkämmerei beträgt
396 272 ℳ 52 ₰ pro 1902, d. i. 39,46 % der Gemeindeumlagen (zu 1 004 162 ℳ),
388 144 „ 36 „ „ 1901, d. i. 49,98 % „ „ („ 776 548 „), sohin

8 128 ℳ 16 ₰ mehr gegen das Vorjahr.

Von der Gesamtausgabe treffen
im Jahre 1902 bei 7697 Schulkindern 52,82 ℳ pro Kopf,
„ „ 1901 „ 7525 „ 52,94 „ „ „
„ „ 1900 „ 7185 „ 48,29 „ „ „
„ „ 1899 „ 6945 „ 45,48 „ „ „
„ „ 1898 „ 6744 „ 42,89 „ „ „
ohne Einrechnung der besonderen Ausgaben für Schulhaus-Neubauten, für welche im Jahre 1902 112 755 ℳ in den Jahren 1896 mit 1902 insgesamt 1 004 175 ℳ aufgewendet wurden.

8. Pensionskasse für städtische Beamte.

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
5 713	—	5 736	64	II. An Kapitalzinsen aus 147 028 ℳ 58 ₰	5 736	64	—	—
				III. An Zuschüssen:				
47 520	—	48 829	79	Von der Stadtkämmerei . . .	48 829	79	—	—
18 500	—	10 731	40	„ „ städt. Sparkasse . . .	10 731	40	—	—
6 517	—	6 554	09	Jahresbeiträge der Mitglieder .	6 554	09	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	1 143	76	I. Kassebestand aus voriger Rechnung	1 143	76	—	—
				III. An Fundationszuflüssen:				
—	—	1 200	—	Von der Stadtkämmerei zur Bildung eines Reservefonds . .	1 200	—	—	—
—	—	1 716	—	Eintrittsgebühren der Mitglieder .	1 716	—	—	—
78 250	—	75 911	68	Summe der Einnahmen:	75 911	68	—	—

Vor-anschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
—	—	—	—	I. Rechnungsberichtigungen . . .	—	—	—	—
29	43	109	30	IV. An Buchbinderlöhnen und sonstigen Regieausgaben	109	30	—	—
				V. An Pensionen:				
52 510	40	48 173	90	an Beamte	48 173	90	—	—
22 413	50	21 684	45	„ Witwen	21 684	45	—	—
2 096	67	1 884	27	„ Waisen	1 884	27	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	3 200	—	II. Ausleihung von Aktivkapitalien	3 200	—	—	—
77 050	—	75 051	92	Summe der Ausgaben:	75 051	92	—	—
				Abschluß.				
78 250	—	75 911	68	Einnahmen	75 911	68	—	—
77 050	—	75 051	92	Ausgaben	75 051	92	—	—
1 200	—	859	76	Kassebestand:	859	76	—	—

Vermögensausweis.

147 028 ℳ 58 ₰ Aktivkapitalien,
859 „ 76 „ Kassebestand der Hauptabt. II,

147 888 ℳ 34 ₰ Summe des Vermögens Ende 1902.

Anmerkung:

Die Eintrittsgebühren der Mitglieder fließen dem Stammvermögen der Kasse zu; die hieraus anfallenden Zinsen sind für die Zwecke der Kasse mit zu verwenden.

9. Pensionskasse für städtische Bedienstete.

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
2 400	—	2 397	25	II. An Kapitalzinsen aus 62 400 ℳ	2 397	25	—	—
4 950	—	4 468	50	VII. a) Zuschuß von der Stadtkämmerei zur Deckung des Mehrbedarfes	4 468	50	—	—
200	—	213	20	b) von den hiesigen Wirten für das Nachtzettelschreiben	213	20	—	—
3 787	80	3 842	58	c) Jahresbeiträge der Kassenmitglieder	3 842	58	—	—
12	20	199	—	VIII. An Strafen und Sühnegeldern von Bediensteten	199	-	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	170	91	I. Kassebestand nach letzter Rechnung	170	91	—	—
—	—	1 040	—	III. An Eintrittsgebühren der Kassenmitglieder	1 040	—	—	—
11 350	—	12 331	44	Summe der Einnahmen	12 331	44	—	—
				Ausgaben.				
				Betriebsrechnung.				
85	86	74	50	V. Für Etatsanfertigung, Rechnungsstellung, Buchbinderlöhne, Druckkostenanteil für den Verwaltungsbericht	74	50	—	—
11 264	14	11 046	03	An Pensionen und Unterhaltsbeiträgen	11 046	03	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	1 171	20	I. Ausleihung von Aktivkapitalien .	1 171	20	—	—
—	—	30	—	III. Rückzahlung von Eintrittsgebühren	30	—	—	—
11 350	—	12 321	73	Summe der Ausgaben	12 321	73	—	—

Vor-anschlag		Soll		Abschluß	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
11 350	—	12 331	44	Einnahmen	12 331	44		
11 350	—	12 321	73	Ausgaben	12 321	73		
—	—	9	71	Kassebestand	9	71		

Vermögensausweis.

62 400 ℳ — ₰ Aktivkapitalien,
9 „ 71 „ Kassebestand,

62 409 ℳ 71 ₰ Summe des Vermögens Ende 1902.

10. Pensionskasse für das städtische Lehrpersonal.

Vor-anschlag		Soll		Einnahmen	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
—	—	—	14	I. Ersatzleistung vom Vorjahre . .	—	14	—	—
1 320	53	1 352	—	II. An Kapitalzinsen aus 35 100 ℳ	1 352	—	—	—
4 207	96	4 191	44	III. a) Jahresbeiträge von den Kassemitgliedern	4 191	44	—	—
3 430	—	3 422	72	b) Zuschuß von der Stadtkämmerei	3 422	72	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	92	11	I. Kassebestand aus voriger Rechnung	92	11	—	—
1 180	62	1 180	62	III. Eintrittsgebühren von den Kassemitgliedern	1 180	62	—	—
10 139	11	10 239	03	Summe der Einnahmen	10 239	03	—	—

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Ausgaben	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
41	29	49	10	IV. Auf die Verwaltung	49	10	—	—
8 917	20	8 917	20	V. An Pensionen und Unterhaltsbeiträgen	8 917	20	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	1 276	60	I. Auf Ausleihung von Aktivkapitalien	1 276	60	—	—
8 958	49	10 242	90	Summe der Ausgaben	10 242	90	—	—
				Abschluß.				
10 139	11	10 239	03	Einnahmen	10 239	03	—	—
8 958	49	10 242	90	Ausgaben	10 242	90	—	—
1 180	62	3	87	Mehrausgabe	3	87	—	—

Vermögensausweis.

35 100 ℳ — ₰ Aktivkapitalienbestand, hievon
3 „ 87 „ Mehrausgabe, sohin

35 096 ℳ 13 ₰ Summe des Vermögens Ende 1902

Anmerkung:

Die Eintrittsgebühren der Mitglieder fließen gemäß § 11 des Pensionsstatuts dem Stammvermögen der Kasse zu; die hieraus anfallenden Zinsen sind für die Zwecke der Kasse mitzuverwenden.

11. Städtische Leihanstalt.

Voranschlag ℳ	Pf	Soll ℳ	Pf	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	Pf	Rückstände ℳ	Pf
				Betriebsrechnung.				
10 000	—	11 938	47	III. Zinsen aus Pfand-Darlehen .	11 938	47	—	—
400	—	332	11	Versteigerungsgebühren	332	11	—	—
10	—	3	95	Erlös für Verpackungsmaterial .	3	95	—	—
900	—	968	93	Verfallene Mehrerlöse aus versteigerten Pfändern	968	93	—	—
—	—	17	75	Vom Taxator vergütete Mindererlöse aus solchen Pfändern .	17	75	—	—
—	—	933	40	Unerhobene Mehrerlöse aus den diesjährigen Versteigerungen .	933	40	—	—
100	—	12	99	VIII. Zinsen aus Kapitalsanlagen .	12	99	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	860	33	I. Kassebestand aus voriger Rechnung	860	33	—	—
—	—	128 070	—	II. Darlehensrückzahlungen:				
				Von ausgelösten Pfändern . .	128 070	—	—	—
—	—	4 864	—	Von versteigerten Pfändern . .	4 864	—	—	—
—	—	11 000	—	IV. Aus Schuldaufnahmen . . .	11 000	—	—	—
11 410	—	159 001	93	Summe der Einnahmen	159 001	93	—	—
				Ausgaben.				
				Betriebsrechnung.				
—	—	3 207	14	I. Zahlungsrückstände, abgeholte Mehrerlöse aus versteigerten Pfändern	1 324	81	1 882	33
6 876	—	6 781	—	II. Personalausgaben	6 781	—	—	—
950	—	882	10	Sachliche Ausgaben, Regie ꝛc. .	882	10	—	—
150	—	517	88	Mindererlöse aus Versteigerungen und besondere Ausgaben . .	517	88	—	—
7 976	—	11 388	12	Übertrag:	9 505	79	1 882	33

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Ausgaben	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
7 976	—	11 388	12	Übertrag:	9 505	79	1 882	33
100	—	66	50	III. Versteigerungsgebühr dem kgl. Stadtrentamte	66	50	—	—
1 304	—	2 852	28	X. Überschußlieferung an die Stadtkämmerei	2 852	28	—	—
—	—	933	40	XI. Mehrerlöse der diesjährigen Versteigerungen	—	—	933	40
1 750	—	15 000	—	Heimzahlungen von Passivkapitalien	15 000	—	—	—
280	—	424	44	Auf Zinsen für Passivkapitalien .	424	44	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	130 951	—	I. Verzinsliche Darlehen auf Pfänder	130 951	—	—	—
11 410	—	161 615	74	Summe der Ausgaben	158 800	01	2 815	73
				Abschluß.				
11 410	—	159 001	93	Einnahmen	159 001	93	—	—
11 410	—	161 615	74	Ausgaben	158 800	01	2 815	73
—	—	2 613	81	Mehrausgabe. Kassebestand	201	92	—	—
				Hievon Zahlungsrückstände	2 815	73	—	—
				Summe wie im Soll	2 613	81		

Vermögensausweis.

88 137 ℳ — ₰ Bestand an verzinslichen Pfandkapitalien,
201 „ 92 „ Kassebestand,
2 614 „ 43 „ Mobiliarwert,

90 953 ℳ 35 ₰ Summe. Hievon
5 815 „ 73 „ Zahlungsrückstände und Schulden, bleiben

85 137 ℳ 62 ₰ Reines Vermögen Ende 1902.

Das Stammvermögen der Leihanstalt betrug
83 469 ℳ 40 ₰ Ende des Jahres 1901; hiezu
1 750 „ — „ Zuwachs aus dem Betriebsüberschusse 1902,
85 219 ℳ 40 ₰ Summe. Hievon
81 „ 78 „ Inventarabschreibung,
85 137 ℳ 62 ₰ Summe des Vermögens 1902 wie vor.

Hieraus werden Zinsen nicht berechnet, auch hat die Anstalt für die Geschäftslokalitäten keine Miete zu entrichten. Ebenso bleibt die Pensionslast außer Ansatz.

Anfangs des Jahres 1902 waren vorhanden:
1 530 Pfänder mit 12 391 ℳ Darlehen aus 1900,
9 446 „ „ 77 729 „ „ „ 1901,
19 898 „ „ 130 951 „ wurden 1902 neu hingeliehen,
30 874 Pfänder mit 221 071 ℳ Darlehen in Summe. Hievon wurden
1 530 Pfänder mit 12 391 ℳ aus 1900 } ausgelöst bezw. versteigert
7 320 „ „ 61 930 „ „ 1901 }
10 678 „ „ 58 613 „ „ 1902 ausgelöst, sohin
19 528 Pfänder mit 132 934 ℳ Darlehen in Summe, so daß
11 346 Pfänder mit 88 137 ℳ Darlehen am Schlusse 1902 vorhanden waren, wovon 2 126 Pfänder mit 15 799 ℳ Darlehen aus 1901 und
9 220 „ „ 72 338 „ „ „ 1902 stammen.
Summe 11 346 Pfänder mit 88 137 ℳ Darlehen wie vor.

12. Städtische Sparkasse.

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
—	—	13	91	I. Einnahmen aus den Vorjahren .	13	91	—	—
—	—	151 303	41	II. Zinsen von Aktivkapitalien und zwar aus:				
4 949	78	—	—	162 157,40 ℳ vom Staate .	6 022	28	—	—
114 553	33	—	—	2 973 000,— „ von Gemeinden	114 697	77	—	—
827	28	—	—	18 857,10 „ von Gesellschaften	807	99	—	—
9 350	—	—	—	628 000,— „ von Banken .	16 207	50	—	—
13 080	21	—	—	476 971,43 „ von Privaten .	13 567	87	—	—
				4 258 985,93 ℳ Summe				
139	40	1 839	66	VIII. Sonstige Einnahmen . . .	1 839	66	—	—
142 900	—	153 156	98	Übertrag:	153 156	98	—	—

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
142 900	—	153 156	98	Übertrag:	153 156	98	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	66 395	46	I. Kassebestand nach letzter Rechnung	66 395	46	—	—
—	—	31 571	43	II. Heimgezahlte Aktivkapitalien .	31 571	43	—	—
—	—	1 479 612	22	IV. Neue Spareinlagen	1 479 612	22	—	—
—	—	74 312	75	Kapitalisierte Zinsen	74 312	75	—	—
—	—	—	02	Im Vorjahr zu wenig kapitalisierte Zinsen nach Revisions-Notat .	—	02	—	—
142 900	—	1 805 048	86	Summe der Einnahmen	1 805 048	86	—	—
				Ausgaben.				
				Betriebsrechnung.				
—	—	12 038	68	I. An rückständigen Zinsen aus Spareinlagen	12 038	68	—	—
—	—	15	48	Rechnungsberichtigungen und Ersatzposten	15	48	—	—
9 536	66	10 022	16	II. Besoldungen	10 022	16	—	—
1 163	34	4 228	33	Sachliche Ausgaben	4 228	33	—	—
37 000	—	21 462	79	X. Überschuß an die Stadtkämmerei	10 731	39	—	—
				„ „ „ städt. Pensionskasse für Beamte	10 731	40	—	—
95 200	—	117 443	70	XI. Auf Verzinsung von Spareinlagen	117 443	70	—	—
—	—	966 808	42	Auf Heimzahlung von Passivkapitalien	966 808	42	—	—
—	—	97	—	Auf Einlösung ausgegebener Sparmarken	97	—	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	657 011	50	I. Auf Refundierung und Mehrung des Vermögens	657 011	50	—	—
142 900	—	1 789 128	06	Summe der Ausgaben	1 789 128	06	—	—

Vor-anschlag		Soll		Abschluß	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
142 900	—	1 805 048	86	Einnahmen	1 805 048	86	—	—
142 900	—	1 789 128	06	Ausgaben	1 789 128	06	—	—
—	—	15 920	80	Aktivkassebestand	15 920	80	—	—

Vermögensausweis.

I. Rentierendes Vermögen.

4 258 985,93 ℳ Aktivkapitalien.

II. Nichtrentierendes Vermögen.

15 920,80 „ Aktivkassebestand
55 653,87 „ Stückzinsenguthaben bis 31. Dezember 1902

4 330 560,60 ℳ Summe I Vermögen.

I. Verzinsliche Schulden.

3 926 295,72 ℳ Spareinlagen.

II. Unverzinsliche Schulden.

7 949,19 ℳ Kapitalisierte Zinsen aus Spareinlagen alter Ordnung
3 134,— „ Verkaufte, aber nicht eingelöste Sparmarken

3 937 378,91 ℳ Summe II Schulden.

Abgleichung.

Vermögen: 4 330 560,60 ℳ
Schulden: 3 937 378,91 „

Reines Vermögen und Reservefond 393 181,69 ℳ

13. Städtische Schuldentilgungskasse.

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
30 000	—	21 053	16	I. Einnahmen aus dem Vorjahre Nachborge von Lokalmalzaufschlag	21 053	16	—	—
270 000	—	191 855	59	IV. An Lokalmalzaufschlag und zwar aus 98 387,48 hl Malz à 1,95 ℳ	173 102	45	18 753	14
		62 342	07	An Bieraufschlag à 1,30 ℳ pro Hektoliter	62 342	07	—	—
650 000	—	650 000	—	VII. Von der Stadtkämmerei an Sustentation	650 000	—	—	—
39 000	—	54 641	65	VIII. Sonstige Einnahmen an Bankzinsen	54 641	65	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	826 627	79	Tit. I Kassebestand vom Vorjahr	826 627	79	—	—
—	—	1 475 000	—	Von der Hypotheken- und Wechselbank in München Einnahmerückstand vom Vorjahre aus der 3 Millionen-Anleihe Serie II				
				als 3. Rate am 10. Jan. 1902	500 000	—	—	—
				„ 4. „ „ 1. Okt. „	300 000	—	—	—
				„ 5. „ „ 19. Dez. „	675 000	—	—	—
		1 167 940	01	Von der Kasse für die Grunderwerbungen I. M., Vorschüsse à conto der schwebenden Schuld zu 1,2 Millionen Mark. . .	1 154	66	1 166 785	35
				Tit. IV. Aus Schuldaufnahmen und zwar:				
—	—	409 000	—	Aus 4%igen Nominalschuldverschreibungen von städt. Kassen, Stiftungen und Privaten . .	409 000	—	—	—
—	—	164 280	—	Aus 3½%igen dergleichen . .	164 280	—	—	—
989 000	—	5 022 740	27	Summe der Einnahmen	3 837 201	78	1 185 538	49

Voranschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
—	—	3 148	50	Tit. I. An rückständigen Passivzinsen	2 585	50	563	—
400	—	400	—	Tit. II. Remuneration dem Kassier	400	—	—	—
374	—	184	65	Für Bureaubedürfnisse	184	65	—	—
300	—	552	64	An Gebühren, Provisionen, Geldträgerlöhnen, Porto ꝛc. . . .	149	10	—	—
				Kosten für Einlösung der Zinsscheine der 4%igen Inhaber-Obligationenschuld v. J. 1899 Serie I und II	403	54	—	—
8 000	—	7 000	20	Für Erhebung des Lokalmalz- und Bieraufschlages und zwar:				
				dem kgl. Hauptzollamt hier 2%	3 883	11	—	—
				dem städt. Kontrollpersonal . .	3 117	09	—	—
86 000	—	84 872	21	Rückvergütung an Malzaufschlag für ausgeführte 114 688,91 hl Bier	84 872	21	—	—
—	—	911 946	51	Tit. X. Für kommunale Unternehmungen:				
				Für den Sammelkanal	267 545	08	—	—
				„ Erbauung einer neuen Wasserleitung	642	16	—	—
				Für den Rathausneubau . . .	2 342	59	—	—
				„ die neue Wasserversorgung .	75 794	82	—	—
				„ das Elektrizitätswerk . . .	25 134	88	—	—
				„ ein Lagerhaus im Staatshafen	18 034	95	—	
				Für Herstellung hochwasserfreier Lagerplätze an der neuen Holzeinpollerstelle	23 714	46	—	
				Für Kanalisierung der Veitshöchheimerstraße und des angrenzenden Gebietes	61 083	53	—	—
				Für Anlage des Hochkais rechts des Mains	201 018	—	—	—
				Für den Erweiterungsbau zum zweiten Grombühler Schulhaus	4 137	78	—	—
95 074	—	1 008 104	71	Übertrag:	775 043	45	563	—

ed by Google

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Ausgaben	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
95 074	—	1 008 104	71	Übertrag:	775 043	45	563	—
				Für Umgestaltung der seitherigen Hochdruckleitung in eine Nutzwasserleitung	2 274	14	—	—
				Für Kanalisierung der Reiser-, Sennefelder-, Petrini- und Gutenbergstraße	18 700	—	—	—
				Für Erbauung eines 2. Schulhauses im Grombühl . . .	113 927	22	—	—
				Für Erwerb bürgerspitäl. Grundstücke im Mönchberg behufs Verlegung der Stadtgärtnerei . .	69 767	70	—	—
				Für den Ausbau der Wickenmayer- und Pestalozzistraße	6 527	04	—	—
				Für den Bau einer Mainbrücke bei Zell als Zuschuß . . .	1 086	41	—	—
				Für Herstellung eines Verbindungsgeleises zum Schlachthof	8 057	86	—	—
				*Für Ankauf von Grundstücken im Steinbachstal	4 500	—	—	—
				*Für Anpflanzungen auf dem Nikolausberg	7 657	89	—	—
				(* die letzten zwei Beträge aus dem Betriebsfond.)				
835 426	—	840 361	38	Tit. XI. Auf Verzinsung der Stadtschuld	835 553	38	4 808	—
58 500	—	911 800	—	Auf Heimzahlung von Schuldkapitalien	911 800	—	—	—
989 000	—	2760266	09	Summe der Ausgaben	2754895	09	5 371	—

Voranschlag		Soll		Abschluß	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
989 000	—	5 022 740	27	Einnahmen	3 837 201	78	1 185 538	49
989 000	—	2 760 266	09	Ausgaben	2 754 895	09	5 371	—
—	—	2 262 474	18	Aktivrest	1 082 306	69	—	—
				Hiezu die Einnahmsrückstände	1 185 538	49		
				Summe	2 267 845	18		
				Hievon die Zahlungsrückstände	5 371	—		
				Summe wie im Soll	2 262 474	18		

Vermögensausweis.

I. Vermögen.

66,24 ℳ Wert der Mobilien,
18 753,14 „ Nachborge an Lokalmalzaufschlag,
1 082 306,69 „ Aktivkassebestand,
1 166 785,35 „ Aktivvorschuß an die Grunderwerbungskasse,

2 267 911,42 ℳ Summe des Vermögens.

II. Schulden.

5 967 500,00 ℳ 3½ und 3¾ % ige Gothaer Bankschuld,
6 000 000,00 „ 4 % ige Inhaber-Obligationenschuld,
9 164 560,28 „ 3½ und 4 % ige Nominal-Obligationenschuld,

21 132 060,28 ℳ Summe der Passivkapitalien, ferner
5 371,00 „ an Zahlungsrückständen,

21 137 431,28 ℳ Summe der Schulden.

Abgleichung.

21 137 431,28 ℳ betragen die Schulden,
2 267 911,42 „ beträgt das Vermögen.

18 869 519,86 ℳ Summe der Schulden Ende 1902.

Am Schlusse des Jahres 1901 hat die Stadtschuld

21 470 580,28 ℳ betragen,
573 280,00 „ wurden pro 1902 aufgenommen,

22 043 860,28 ℳ Summe;
911 800,00 „ wurden heimgezahlt, sohin

21 132 060,28 ℳ Summe der Stadtschuld einschließlich der schwebenden Schuld zu 1 166 785,35 ℳ Ende 1902 wie oben.

An nicht erschöpften Krediten hat die Schuldentilgungskasse noch zu leisten und gehen auf 1903 über

161 334,90 ℳ für den Sammelkanal,
2 384,85 „ „ Erbauung der neuen Wasserleitung,
1 401,81 „ „ Rathausneubau,
36 521,32 „ „ Errichtung von Feuerwehrhäusern,
10 803,15 „ „ Nutzbarmachung der Zeller Quellen,
18 141,45 „ „ das Elektrizitätswerk,
21 095,14 „ „ Erweiterung der Zellerstraße,
12 400,00 „ „ die nördliche Abfahrt bei der alten Mainbrücke,
221 118,71 „ „ Errichtung von Lagerhäusern 2c.,
6 285,54 „ „ Herstellung hochwasserfreier Lagerplätze,
90 000,00 „ „ Erwerb des alten Zollamtsgebäudes,
4 616,47 „ „ Kanalisierung der Veitshöchheimerstraße,
325 745,15 „ „ Anlage des Hochkais rechts des Mains,
341 862,22 „ „ Erweiterungsbau zum 2. Grombühler Schulhaus,
157,71 „ „ Umgestaltung der seitherigen Hochdruckleitung in eine Nutzwasserleitung,
6 958,81 „ „ Bau einer Wasserleitung im Steinbachstal,
5 447,80 „ „ Erwerb bürgerspitäl. Grundstücke im Mönchberg behufs Verlegung der Stadtgärtnerei,
6 022,96 „ „ Ausbau der Wickenmayer- und Pestalozzistraße,
66 300,00 „ „ Aufhöhung und Ausbau der Veitshöchheimerstraße 2c.
68 913,59 „ Zuschuß für den Bau einer Mainbrücke bei Zell,
1 142,14 „ für Herstellung eines Verbindungsgeleises zum Schlachthof,
32 712,29 „ Reserve des Anlehens 1899,

1 441 366,01 „ in Summe.

Dieser Summe stehen als Deckungsmittel gegenüber

279 125,07 ℳ Minderaufnahme,
1 082 306,69 „ Aktivkassebestand,
18 753,14 „ Nachborge an Lokalmalzaufschlag,
377 700,00 „ genehmigte Kredite à conto eines künftigen Gemeindeanlehens,

1 757 884,90 ℳ in Summe.

Die gesamte Stadtschuld, welche am 31. Dezember 1902 20 244 400 ℳ betragen darf, soll nach den staatsaufsichtlich genehmigten Schuldentilgungsplänen vom 1. Februar 1902 bis zum Jahre 1974 getilgt sein.

Der Tilgungsfonds wird gebildet aus:

a)	der Schuldaufnahme zum Ausgleiche der Mehrtilgung nach Plan III	43 000 ℳ
b)	dem Ertrag des Lokalmalz- und Bieraufschlages	176 000 „
c)	dem Zuschusse der Kämmerei	626 000 „
d)	dem Zuschusse der Schuldentilgungskasse (Betriebsfonds)	45 000 „
	Summe	890,000 ℳ

Der im Laufe der Jahre aus Mehrerträgnissen des Lokalmalz- und Bieraufschlages, aus Bankzinsen und ersparten Passivzinsen ꝛc. angesammelte Betriebsfonds der Kasse hat Ende des Jahres 1901

356 225,95 ℳ betragen
311 147,89 „ beträgt derselbe Ende 1902, sohin

45 078,06 ℳ weniger als im Vorjahr.

14. Universitätsjubiläumsfonds.

(Admassierungsfonds.)

Voranschlag ℳ	Voranschlag ₰	Soll ℳ	Soll ₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	Wirklicher Anfall ₰	Rückstände ℳ	Rückstände ₰
				Betriebsrechnung.				
—	—	1	63	I. Kassebestand nach letzter Rechnung	1	63	—	—
111	13	137	21	II. An Kapitalzinsen aus 3 570 ℳ	137	21	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	136	—	II. Aus heimgezahlten Aktivkapitalien	136	—	—	—
111	13	274	84	Summe der Einnahmen	274	84	—	—
				Ausgaben.				
				Betriebsrechnung.				
—	—	4	10	IV. Für Stückzinsen, Stempelgebühren	4	10	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	270	—	I. Auf Ausleihung von Aktivkapitalien	270	—	—	—
—	—	274	10	Summe der Ausgaben	274	10	—	—

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Abschluß	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
—	—	274	84	Einnahmen	274	84	—	—
—	—	274	10	Ausgaben	274	10	—	—
—	—	—	74	Kassebestand	—	74	—	—

Vermögensausweis.

3 570 ℳ — ₰ Aktivkapitalienbestand,
— „ 74 „ barer Kassebestand,

3 570 ℳ 74 ₰ Summe des Vermögens Ende 1902.

Der Fonds soll zur Erhöhung der im Jahre 1981 oder 1982 stattfindenden 400jährigen Jubelfeier der k. Universität verwendet werden. Von der bis dahin angewachsenen Summe ist womöglich ein Betrag von wenigstens 1600 ℳ — ₰ zurückzubehalten, der wieder mit Zins und Zinseszinsen angesammelt werden soll, bis zur halbtausendjährigen Jubelfeier im Jahre 2081 und so fort von Jahrhundert bis zu Jahrhundert, solange die Würzburger Hochschule besteht. Das ursprüngliche Vermögen betrug 2050 ℳ — ₰ und wurde der Kämmerei zur Verwaltung im Jahre 1887 überwiesen.

15. Fonds für eine größere, industrielle Ausstellung in Würzburg.

(Admassierungsfonds.)

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
—	—	1	54	I. Kassebestand nach letzter Rechnung	1	54	—	—
—	—	110	60	II. An Kapitalzinsen aus 2909 ℳ	110	60	—	—
				Vermögensrechnung				
—	—	141	—	II. Aus heimgezahlten Aktivkapitalien	141	—	—	—
—	—	253	14	Summe der Einnahmen	253	14	—	—

Voranschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
—	—	—	80	IV. Für Stückzinsen, Stempelgebühren	—	80	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	251	40	I. Auf Ausleihung von Aktivkapitalien	251	40	—	—
—	—	252	20	Summe der Ausgaben	252	20	—	—
				Abschluß.				
—	—	253	14	Einnahmen	253	14	—	—
—	—	252	20	Ausgaben	252	20	—	—
—	—	—	94	Kassebestand	—	94	—	—

Vermögensausweis.

2 909 ℳ — ₰ Bestand an Aktivkapitalien,
— „ 94 „ Kassebarbestand,

2 909 ℳ 94 ₰ Summe des Vermögens Ende 1902.

Der Industrieausstellungsfonds besteht seit dem Jahre 1881. Das ursprüngliche Vermögen betrug 2083 ℳ 58 ₰.

16. Gemeinde-Kranken-Versicherung.

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
—	—	39 870	37	I. Kassebestand nach letzter Rechnung	39 870	37	—	
—	—	648	92	Rückständige Kranken-Versicherungsbeiträge vom Vorjahre .	643	70	5	22
2 300	—	2 176	66	II. An Kapitalzinsen aus 70000 ℳ	2 176	66	—	—
177 000	—	196 369	89	IV. „ Krankenversicherungsbeiträgen	195 827	41	542	48
2 600	—	2 440	73	VI. Ersatzleistungen dritter Personen für gewährte Krankenunterstützung	2 440	73	—	—
—	—	968	64	VII. Zuschüsse zum Krankengeld nach § 5 des Unfallversicherungsgesetzes	968	64	—	—
100	—	52	—	X. Sonstige Einnahmen	52	—	—	—
182 000	—	242 527	21	Summe der Einnahmen	241 979	51	547	70
				Ausgaben.				
4 020	—	3 891	10	I. Für ärztliche Behandlung . .	3 891	10	—	—
10 000	—	12 011	25	II. „ Arznei und sonstige Heilmittel	12 011	25	—	—
63 500	—	76 243	18	III. Für Krankengelder	76 243	18	—	—
80 100	—	70 890	45	IV. „ Kur- und Verpflegskosten an Krankenanstalten	70 890	45	—	—
19 000	—	8 237	45	V. Ersatzleistungen an Dritte für gewährtes Krankengeld	8 237	45	—	—
—	—	5 476	06	Desgl. für ärztliche und Medikamentenkosten	5 476	06	—	—
—	—	968	64	Desgl. an Zuschüssen zum Krankengeld	968	64	—	—
200	—	17	28	VII. An zurückgezahlten Beiträgen .	17	28	—	—
—	—	10 000	—	VIII. Für Kapitalanlagen . . .	10 000	—	—	—
180	—	74	30	X. Für sonstige Ausgaben . . .	74	30	—	—
177 000	—	187 809	71	Summe der Ausgaben	187 809	71	—	—

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Abschluß	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
182 000	—	242 527	21	Einnahmen	241 979	51	547	70
177 000	—	187 809	71	Ausgaben	187 809	71	—	—
5 000	—	54 717	50	Kassebestand	54 169	80		
				Hiezu Einnahmerückstand	547	70		
				Summe wie im Soll	54 717	50		

Vermögensausweis.

54 169 ℳ 80 ₰ Kassebestand,
547 „ 70 „ Einnahmsrückstand, } Betriebsfonds,
70 000 „ — „ in Wertpapieren, als Reservefonds,

124 717 ℳ 50 ₰ reines Vermögen Ende 1902.

Der Stand der Versicherungspflichtigen betrug:

13 815 am 1. Januar 1902
27 246 wurden pro 1902 angemeldet

41 061 Summe.
25 539 wurden pro 1902 abgemeldet, sonach

15 522 Stand am Schlusse des Jahres 1902.

Im Jahre 1902 erkrankten 4588 Mitglieder und wurden diese auf 109 143 Tage unterstützt bezw. verpflegt und zwar:

3028 Mitglieder auf 71 665 Tage durch die Poliklinik,
357 „ „ 7 188 „ „ auswärtige Gemeinden,
1038 „ „ 26 837 „ „ das Juliusspital,
24 „ „ 482 „ „ „ Ehehaltenhaus,
48 „ „ 567 „ „ die Augenklinik,
30 „ „ 536 „ „ das israelitische Krankenhaus,

30 Mitglieder auf 566 Tage durch die Frauenklinik,
3 „ „ 34 „ „ „ Ohrenklinik,
17 „ „ 1 086 „ „ „ psychiatrische Klinik,
13 „ „ 182 „ „ „ sonstige Anstalten,

wofür die Ausgaben 177 718,13 ℳ betragen.

Die Personalausgaben und Regiekosten für die Gemeinde-Krankenversicherung wurden aus den Renten des Gesellen-Krankeninstituts und bezw. des Krankeninstituts bestritten.

17. Städtisches Kranken-Institut.

Vor-anschlag ℳ	Vor-anschlag ₰	Soll ℳ	Soll ₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	Wirklicher Anfall ₰	Rückstände ℳ	Rückstände ₰
				Betriebsrechnung.				
—	—	811	58	I. Kassebestand nach letzter Rechnung	811	58	—	—
8 698	46	8 785	40	II. Zinsen von Aktivkapitalien . .	8 785	40	—	—
17	14	17	14	III. Ständiges Legat aus der Dr. Oberthür'schen Stiftung . .	17	14	—	—
700	—	741	—	An Beiträgen der Kassemitglieder (sog. Stadtbeschäftigten) . .	741	—	—	—
8	59	—	—	IV. Sonstige Einnahmen . . .	—	—	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	577	43	II. Aus heimgezahlten Aktivkapitalien	577	43	—	—
9 424	19	10 932	55	Summe der Einnahmen	10 932	55	—	—

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Ausgaben	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
6 638	84	6 640	47	IV. Personalaufwand für die Beamten und Bediensteten . .	6 640	47	—	—
290	35	152	90	Regie und Realexigenz	152	90	—	—
1 495	—	958	82	Kur- und Verpflegskosten . . .	958	82	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	2 695	—	I. Ausleihung von Aktivkapitalien	2 695	—	—	—
8 424	19	10 447	19	Summe der Ausgaben	10 447	19	—	—
				Abschluß.				
9 424	19	10 932	55	Einnahmen	10 932	55	—	—
8 424	19	10 447	19	Ausgaben	10 447	19	—	—
1 000	—	485	36	Kassebestand	485	36	—	—

Vermögensausweis.

228 828,57 ℳ Aktivkapitalien,
485,36 „ Kassebestand,
797,94 „ Wert der Mobilien,

230 111,87 ℳ reines Vermögen Ende 1902.

Die Mitglieder des Instituts, das sind: in nicht ständiger Weise beschäftigte Taglöhner, Holzmacher, Näherinnen, Zugeherinnen, Wäscherinnen u. dergl., zahlen einen Beitrag von 65 ₰ pro Monat, 1 ℳ 95 ₰ pro Quartal, 7 ℳ 80 ₰ pro Jahr.

Hiefür erhalten dieselben in Krankheitsfällen Wart und Pflege im Juliusspital, Ehehaltenhaus, in der Augen-, Ohren- und Frauenklinik und im israelitischen Krankenhaus auf die gesetzliche Dauer von 90 Tagen, event. auch ärztliche Hilfe und Medikamente außerhalb des Spitals auf Kosten des Instituts.

18. Städtisches Gesellen-Kranken-Institut.

Voranschlag		Soll		Einnahmen	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
6 255	21	6 257	89	II. An Kapitalzinsen aus 159 214,29 ℳ	6 257	89	—	—
6 255	21	6 257	89	Summe der Einnahmen	6 257	89	—	—
				Ausgaben.				
—	—	928	18	I. Mehrausgaben nach letzter Rechnung	928	18	—	—
132	87	132	87	III. Passivreichnis der Witwe Anna Schwink laut testamentarischer Bestimmung aus dem von Hefele'schen Legate	132	87	—	—
4 840	70	5 007	70	IV. Personalaufwand für die Beamten und Bediensteten der Gemeindekrankenversicherungskasse	5 007	70	—	—
1 218	—	1 366	75	An sachlichen Ausgaben für letztere Kasse	1 366	75	—	—
63	64	28	—	IX. Portoausgaben für Übersendung von Krankengeld ꝛc.	28	—	—	—
6 255	21	7 463	50	Summe der Ausgaben	7 463	50	—	—
				Abschluß.				
6 255	21	6 257	89	Einnahmen	6 257	89	—	—
6 255	21	7 463	50	Ausgaben	7 463	50	—	—
—	—	1 205	61	Mehrausgaben, welche aus den Renten des Jahres 1903 gedeckt werden.	1 205	61	—	—

Vermögensausweis.

I. Vermögen.

159 214,29 ℳ an Aktivkapitalien,
873,56 „ Wert der Mobilien.

160 087,85 ℳ Summe I. Vermögen.

II. Schulden.

1 205,61 ℳ Mehrausgabe.

158 882,24 ℳ Reines Vermögen Ende 1902.

Vom 1. Dezember 1884 ab sind sämtliche Gewerbsgehilfen und Lehrlinge, dann die Fabrikarbeiter, vom 1. Januar 1893 an die Gehilfen und Lehrlinge der Kaufleute und Apotheker der Gemeindekrankenversicherung einverleibt.

Das Vermögen des Gesellen-Krankeninstituts ist deshalb der Gemeindekrankenversicherung als Fundus überwiesen. Dasselbe ist jedoch gesondert zu behandeln und aus dessen Renten zu bestreiten:

a) der Regieaufwand,
b) der Personalaufwand, sowie
c) etwaige Vorschüsse der Gemeindekrankenversicherungskasse.

19. Kasse für Grunderwerbungen I/M.

Voranschlag ℳ	Voranschlag ₰	Soll ℳ	Soll ₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	Wirklicher Anfall ₰	Rückstände ℳ	Rückstände ₰
—	—	1 154	66	I. Aus dem Vorjahre	1 154	66	—	—
2 225	—	2 617	50	II. Aus dem Ertrage der Realitäten	2 617	50	—	
50	—	21	56	VII. Sonstige Einnahmen . . .	21	56	—	—
2 575	—	3 793	72	Summe der Einnahmen	3 793	72	—	—

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Ausgaben	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
—	—	1166785	35	I. Zahlungsrückstände	—	—	1166785	35
256	—	261	22	III. An Grund- und Haussteuern, Kreisumlagen ꝛc.	261	22	—	—
—	—	1154	66	V. Auf Heimzahlung von Passivvorschüssen	1154	66	—	—
69	—	23	—	VII. Ständige Bauausgaben . .	23	—	—	—
250	—	36	61	Baureparaturen	36	61	—	—
2000	—	2318	23	IX. An die Stadtkämmerei Rentenüberschuß pro 1902	2318	23	—	—
2575	—	1170579	07	Summe der Ausgaben	3793	72	1166785	35
				Abschluß.				
2575	—	3793	72	Einnahmen	3793	72	—	—
2575		1170579	07	Ausgaben	3793	72	1166785	35
—	—	1166785	35	Mehrausgabe Bestand	—	—	1166785	35
				Zahlungsrückstände	1166785	35		
				Summe wie im Soll	1166785	35		

Vermögensausweis.

1 174 830,— ℳ Wert der vorhandenen Gebäude und Grundstücke. Hievon
1 166 785,35 aufgenommene Passivvorschüsse.

8 044,65 reines Vermögen Ende 1902.

Näheres über Zweck und Führung der Kasse siehe Verwaltungsbericht pro 1901 Seite 295.

Im Rechnungsjahre 1902 fanden keine Grundankäufe und -Verkäufe statt.

B. Wohltätigkeits-, Unterrichts- u. Kultusstiftungen.

1. Allgemeine Übersicht.

Lfd. Nr.	Namen der Stiftungen	Reiner Vermögensstand am 31. Dezbr. 1902		Einnahmen pro 1902		Hievon Verwaltungskosten, Staatsauflagen, Kassebestände etc.		Rest für den Stiftungszweck		Bemerkungen
		ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	
1	Armenbeschäftigungsfonds	63 923	14	2 522	77	21	—	2 501	77	
2	Baunach'sche Stiftung	8 201	45	326	46	24	32	302	14	
3	Becker-Veit'sche Stiftung	25 807	56	1 044	61	73	69	970	92	
4	Bolongaro-Crevenna'sche Stiftung	186 044	41	7 549	10	*1 049	10	6 500	–	* Hievon 193,13 ℳ Bestand, 585,60 ℳ admassiert.
5	Brentano'sche Konvertitenstiftung	35 994	28	1 464	89	250	60	1 214	29	
6	Brentano'sche Marienkapellenstiftung	4 167	83	171	83	87	26	84	57	
7	Brückner'sche Armenstiftung	54 992	86	2 178	43	75	–	2 103	43	
8	Bürgerspitalstiftung	2 694 135	20	208 413	58	*131 972	52	76 441	06	* Hierunter 71 068,75 ℳ Ausgaben auf das Weingeschäft.
9	Bürgervereinsstiftung für Hauszins und Holz	20 121	19	818	19	20	19	798	—	
10	Burkardiner Schulstiftung	45 102	86	1 067	50	55	18	1 012	32	
11	Dr. Burkard'sche Stipendienstiftung	30 861	76	2 039	61	*968	11	1 071	50	* Hievon 783,17 ℳ Bestand.
12	Dalberg'sche Mädchenschulstiftung	12 600	—	454	64	13	60	441	04	
13	Diemer'sche Armenstiftung	20 410	—	810	71	37	20	773	51	
14	Ehehaltenhauspflege	417 672	43	35 835	33	3 001	42	32 833	91	
15	Elisabethenhauspflege	33 002	86	1 280	12	117	50	1 162	62	
16	Engert'sche Armenstiftung	1 030	05	40	90	8	10	32	80	
17	Erbacher'sche Stiftung	25 517	28	1 007	83	70	77	937	06	
18	Fischer'sche Armenstiftung	26 883	37	1 320	27	*153	27	1 167	–	* Hierunter 83,57 ℳ Bestand.
	Latus 1:	3 706 468	53	268 346	77	137 998	83	130 347	94	

lfd. Nr.	Namen der Stiftungen	Reiner Vermögensstand am 31. Dezbr. 1903		Einnahmen pro 1902		Hievon Verwaltungskosten, Staatsanlagen, Kassebestände ꝛc.		Rest für den Stiftungszweck		Bemerkungen
		ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	
19	Frankenstein'sche Stiftung . .	3 350	—	130	06	16	47	113	59	
20	Franz-Ludwig-Stiftung für arme Bürger und einen Studenten	5 700	09	226	21	13	09	213	12	
21	Franz-Ludwig-Stiftung für Hauszins und Holz	5 243	75	348	24	*168	24	180	—	Hierunter 154,04 ℳ Bestand.
22	Freundschig-Ringelmann'sche Stiftung	140 273	56	5 665	24	659	24	5 006	—	
23	Gabrielspflege	125 151	35	9 768	48	170	15	9 598	33	
24	Gätschenberger'sche Kinderasylstiftung	56 563	53	2 270	83	*2 270	83	—	—	* Hierunter 2174,70 ℳ admassiert, 63,53 ℳ Kassebestand.
25	Gelchshammer'sche Stipendienstiftung	4 098	66	176	44	*120	66	55	78	* Hievon 98,66 ℳ Kassebestand.
26	Germershausen'sche Armenstiftung	3 900	—	151	—	11	30	139	70	
27	Getreidestiftung	80 300	—	3 149	87	163	—	2 986	87	
28	Grasser'sche Stipendienstiftung .	67 616	90	2 531	78	*2 431	78	100	—	* Hievon 925,30 ℳ admassiert, 111,34 ℳ Kassebestand.
29	v. Groß'sche Armenstiftung . .	5 210	—	192	80	13	20	179	60	
30	Gutbrod'sche Armenstiftung . .	9 450	—	371	78	41	50	330	28	
31	Guttenberg-Ostein-Stadion'sche Armenstiftung	17 751	66	716	03	77	03	639	—	
32	Hack'sche Frühpredigtstiftung .	10 127	44	405	85	*100	42	305	43	* Hievon 50 ℳ admassiert.
33	Hall'sche Armenstiftung . . .	4 150	—	156	06	26	10	129	96	
34	v. Heffele'sche Stiftung . . .	8 637	42	331	82	—	—	331	82	
35	Herz'sche Stipendienstiftung . .	36 857	85	2 330	67	68	67	2 262	—	
36	Himmelskronenpflege	25 926	36	1 154	40	284	40	870	—	
37	Hohenzinnenpflege	16 270	—	712	62	10	50	702	12	
	Latus 2:	626 578	57	30 790	18	6 646	58	24 143	60	

Lfd. Nr.	Namen der Stiftungen	Reiner Vermögensstand am 31. Dezbr. 1902		Einnahmen pro 1902		Hievon Verwaltungskosten, Staatsauflagen, Kassebestände ꝛc.		Rest für den Stiftungszweck		Bemerkungen
		ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	
38	Horn'sche Stiftung	80 745	17	7 827	62	*6 162	47	1 665	15	* Hierunter 5088,03 ℳ Bestand, 882 ℳ admassiert.
39	v. Horneck'sche Armenstiftung .	4 200	—	154	24	13	70	140	54	
40	Hueberspflege	1 198 671	72	47 154	73	* 16 485	34	30 669	39	* Hierunter 3333,63 ℳ Bestand, 7256,69 ℳ admassiert.
41	Jäckle'sche Stiftung	9 455	05	369	33	53	33	316	—	
42	Kehr'sche Stiftung	6 985	73	318	85	96	—	222	85	
43	Kirchgeßner'sche Schulpreisstiftung	1 309	74	192	74	*187	14	5	60	* Hierunter 176,34 ℳ Kassebestand.
44	Klett'sche Stiftung	10 303	14	429	82	37	47	392	35	
45	Koch'sche Stiftung	1 818	49	81	69	21	69	60	—	
46	König'sche Armenstiftung . . .	34 961	89	2 190	19	*840	19	1 350	—	* Hierunter 748,39 ℳ Kassebestand.
47	Kohles'sche Armenstiftung . .	22 257	70	884	20	101	20	783	—	
48	Kümmeter'sche Stipendienstiftung	3 030	—	111	98	19	41	92	57	
49	Küttenbaumpflege	13 964	31	655	56	10	50	645	06	
50	Lichtenstein'sche Almosenstiftung	6 350	—	254	47	21	77	232	70	
51	Lokalarmenfond	333 034	30	12 687	34	150	06	12 537	28	
52	v. Meerheimb'sche Stiftung . .	70 749	77	2 702	40	*1 802	40	900	—	* Hievon 1568 ℳ admassiert und 149,77 ℳ Kassebestand.
53	Metzler'sche Stiftung	1 740	—	70	10	8	50	61	60	
54	Dr. Millberger'sche Stiftung .	33 949	73	1 343	54	*743	54	600	—	* Hievon 638 ℳ admassiert.
55	Dr. Müller'sche Armenstiftung .	182 089	45	7 104	60	373	16	6 731	44	
56	Neumünster-Ehehaltenpflege . .	18 552	52	763	03	*193	03	570	—	* Hierunter 55,52 ℳ Kassebestand, 100 ℳ admassiert.
57	Neumann'scher Theater-Unterstützungs-Fond	13 083	93	652	58	*652	58	—	—	* Hierunter 83,93 ℳ Kassebestand, 490.10 ℳ admassiert.
	Latus 3:	2 047 253	64	85 949	01	27 973	48	57 975	53	

Lfd. Nr.	Namen der Stiftungen	Reiner Vermögensstand am 31. Dezbr. 1902		Einnahmen pro 1902		Hievon Verwaltungskosten, Staatsauflagen, Kassebestände ꝛc.		Rest für den Stiftungszweck		Bemerkungen
		ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	
58	Reiche Almosenpflege	10 605	72	419	72	57	70	362	02	
59	v. Rienecker'sche Stiftung . .	10 000	—	400	—	58	06	341	94	
60	Rieſing'sche Stiftung	50 219	10	2 117	99	237	99	1 880	—	
61	Rock- und Schuhalmosenpflege .	36 550	—	1 486	57	91	91	1 394	66	
62	Roßhirt'sche Friedhofkapellenstiftung	65 794	28	1 269	35	*864	89	404	46	* Hievon 585,60 ℳ admassiert.
63	Dr. Rubach'sche Stipendien-Stiftung	47 271	86	1 929	46	*999	21	930	25	* Hierunter 71,66 ℳ Kassebestand und 556,84 ℳ Verwaltungskosten für die Jahre 1892 mit 1895.
64	Sartorius'sche Stipendienstiftung	289 681	99	11 843	77	*718	48	11 125	29	* Hierunter 325,34 ℳ Kassebestand.
65	Schierenberg'sche Weihnachtsstiftung	20 109	26	632	92	52	92	580	—	
66	Schirmer'sche Armenstiftung . .	49 181	40	1 973	40	81	60	1 891	80	
67	v. Schmitt'sche Stiftung für Rekonvaleszenten	15 862	71	720	87	*200	52	520	35	* Hievon 162,71 ℳ Bestand.
68	v. Schmitt'sche Stiftung für Studierende	10 242	35	1 656	35	*356	35	1 300	—	* Hievon 342,35 ℳ Bestand.
69	Schmitt'sche Weihnachtsstiftung .	3 007	22	107	—	27	—	80	—	
70	Schulfond zu St. Peter . . .	8 900	—	356	—	12	—	344	—	
71	Seelenhauspflege	49 914	80	1 973	13	139	50	1 833	63	
72	Seißer'sche Messenstiftung . .	32 414	—	1 263	42	180	46	1 082	96	
73	v. Seuffert'sche Stiftung für gewerbetreibende Witwen . .	3 023	74	116	32	*51	15	65	17	* Hierunter 39,45 ℳ Kassebestand.
74	v. Seuffert'sche Stiftung für Staatsdiener-Witwen . . .	1 714	30	68	57	9	01	59	56	
	Latus 4:	704 492	73	28 334	84	4 138	75	24 196	09	

Lfd. Nr.	Namen der Stiftungen	Reiner Vermögensstand am 31. Dezbr. 1902		Einnahmen pro 1902		Hievon Verwaltungskosten, Staatsauflagen, Kassebestände ꝛc.		Rest für den Stiftungszweck		Bemerkungen
		ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	
75	Serger'sche Familienstipendienstiftung	19 496	08	627	62	*627	62	—	—	* Hievon 482,22 ℳ abmassiert; Rentenverteilung v. J. 1903 ab.
76	Siechenhauspflege	271 481	94	13 516	93	*7 592	02	5 924	91	* Hievon 3952 ℳ abmassiert, 2569,50 ℳ Kassebestand.
77	Siligmüller'sche Stiftung . .	85 014	89	5 376	62	*2 112	87	3 263	75	* Hierunter 1740 ℳ Kassebestand, 159,65 ℳ wurden abmassiert.
78	Spreti'sche Stiftung	500	—	20	—	4	40	15	60	
79	Stahel'sche Armenholzstiftung .	22 572	27	914	15	39	15	875	—	
80	Stahel'sche Familienstipendienstiftung	20 340	06	966	07	*501	07	465	—	* Hievon 155 ℳ abmassiert, 196,52 ℳ Kassebestand.
81	Dr. Staubach'sche Stiftung für Knaben	1 771	43	68	86	2	70	66	16	
82	Dr. Staubach'sche Stiftung für Mädchen	1 914	29	76	57	2	70	73	87	
83	Steinfelder-Kreuzer'sche Hauszinsstiftung	29 591	33	1 215	46	79	46	1 136	—	
84	Frz. Steinfelder'sche Krippenanstaltstiftung	1 435	65	55	71	*55	71	—	—	* Hievon 47,90 ℳ abmassiert.
85	Frz. Steinfelder'sche Suppenanstaltstiftung	2 914	76	112	46	*112	46	—	—	* Hievon 97,90 ℳ abmassiert.
86	Gg. Steinfelder'sche Gesellenstiftung	33 631	30	1 258	30	*754	30	504	—	* Hievon 492,50 ℳ abmassiert, 107,59 ℳ Kassebestand.
87	Gg. Steinfelder'sche Messen- und Priesterstiftung	2 262	83	109	57	69	57	40	—	
88	Streng'sche Stiftung für Theologen	5 141	66	213	72	*76	58	137	14	* Hievon 60 ℳ abmassiert.
	Latus 5:	498 068	49	24 532	04	12 030	61	12 501	43	

Lfd. Nr.	Namen der Stiftungen	Reiner Vermögensstand am 31. Dezbr. 1902		Einnahmen pro 1902		Hievon Verwaltungskosten, Staatsauflagen, Kassebestände ꝛc.		Rest für den Stiftungszweck		Bemerkungen
		ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	
89	Streng'sche Stiftung für Wöchnerinnen	17 615	02	1 230	18	*70	18	1 160	—	* Hierunter 57,88 ℳ Kassebestand.
90	Sulzbeck'sche Stiftung	7 552	—	281	17	27	75	253	42	
91	Trenner'sche Stiftung	4 288	—	166	14	38	14	128	—	
92	Treppner'sche Stipendienstiftung	178 944	76	10 536	71	*2 074	15	8 462	56	* Hievon 614,76 ℳ Bestand, 979,43 ℳ abmassiert.
93	Walter'sche Stiftung	876	—	48	71	*48	71	—	—	* Hievon 39 ℳ abmassiert.
94	Werdenau'sche Stiftung . . .	6 504	—	249	—	10	07	238	93	
95	Wickenmayer'sche kathol. Kinderpflege	389 738	64	14 778	59	*14 778	59	—	—	* Hievon 13412 ℳ abmassiert, 214,03 ℳ Bestand.
96	Wiesengrund'sche Aussteuerstiftung	10 530	57	858	45	89	96	768	49	
97	Winkler'sche Stiftung . . .	52 498	36	1 802	59	217	61	1 584	98	
98	Wirth'sche Kommunikantenstiftung	5 244	46	309	86	103	46	206	40	
99	Wirth'sche Stiftung für Hauszins und Holz	65 002	30	2 646	85	16	50	2 630	35	
100	Wirtspflege für alte Knechte .	43 055	33	1 848	69	188	69	1 660	—	
101	Wölffel'sche Stiftung	383 296	94	13 724	80	6 501	05	7 223	75	* Hievon 2473,92 ℳ abmassiert, 307,08 ℳ Kassebestand.
102	Wucherer'sche Weihnachtsstiftung	4 000	75	161	36	21	36	140	—	
103	Zang'sche Feuerwehrstiftung . .	47 185	32	2 531	28	*2 411	78	119	50	* Hievon 979 ℳ abmassiert, 1285,32 ℳ Kassebestand.
104	Zier'sche Stiftung	18 000	—	721	77	11	30	710	47	
105	Zink'sche Stiftung	17 518	78	659	67	51	67	608	—	
	Latus 6:	1 251 851	23	52 555	82	26 660	97	25 894	85	

Lfd. Nr.	Namen der Stiftungen	Reiner Vermögensstand am 31. Dezbr. 1903		Einnahmen pro 1902		Hievon Verwaltungskosten, Staatsauflagen, Kassebestände ꝛc.		Rest für den Stiftungszweck		Bemerkungen
		ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	
106	Zippelius'sche Stipendienstiftung	5 766	22	229	55	*129	55	100	—	* Hievon 86 ℳ abmassiert.
107	v. Zobel-Rosenbach'sche Messenstiftung	34 410	62	1 309	58	246	98	1 062	60	
108	Dr. v. Zürn'sche Denkmalstiftung	1 231	50	65	20	*31	50	33	70	* Hierunter 31,50 ℳ Kassebestand.
	Latus 7:	41 408	34	1 604	33	408	03	1 196	30	
	„ 6:	1 251 851	23	52 555	82	26 660	97	25 894	85	
	„ 5:	498 068	49	24 532	04	12 030	61	12 501	43	
	„ 4:	704 492	73	28 334	84	4 138	75	24 196	09	
	„ 3:	2 047 253	64	85 949	01	27 973	48	57 975	53	
	„ 2:	626 578	57	30 790	18	6 646	58	24 143	60	
	„ 1:	3 706 468	53	268 346	77	137 998	83	130 347	94	
	Stand des Vermögens Ende 1902	8 876 121	53	492 112	99	215 857	25	276 255	74	
	„ „ „ „ 1901	8 720 352	51							
	Mehrung gegen das Vorjahr	155 769	02							

2. Einzelne Stiftungen.

a) Bürgerspitalstiftung.

Voranschlag		Soll		Einnahmen	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
—	—	5 888	50	I. Aus den Vorjahren				
				Einnahmsrückstände	5 657	25	210	—
				Rechnungsberichtigungen . . .	21	25	—	—
20 955	35	15 715	72	II. An Kapitalzinsen und zwar:				
				Vom Staate aus 289 428,92 ℳ	11 184	01	—	—
				Von Gemeinden aus 1 714,28 „	68	56	—	—
				Von Kreditanstalten aus . . . 38 700,— „	654	50	—	—
				Von Privaten aus 83 800,— „	2 461	—	—	—
				Von ausländischen Wertpapieren . 37 700,— ℳ				
				Summe 451 343,20 ℳ	1 347	65	—	—
77 293	91	56 160	18	Aus dem Ertrage der Realitäten:				
				Von Waldungen	193	30	—	—
				Aus dem Gartenbau	2 322	—	—	—
				Aus dem Weinbau	8 035	90	85	—
				Mietertrag der Gebäude . . .	18 323	90	35	—
				Pachtertrag der geschlossenen Güter	18 378	51	1 800	47
				Pachtertrag aus einzelnen Äckern, Wiesen und Gärten	6 683	60	302	50
130 975	63	118 352	89	Aus Erwerbsunternehmungen:				
				Vom Weingeschäft	106 442	64	—	—
				Anschlag für selbstverbrauchte Weine ꝛc.	8 049	25	—	—
				Ertrag des Fuhrwerks	3 861	—	—	—
180	—	181	57	Aus Rechten	181	57	—	—
6 887	04	8 327	88	III. An Sustentationsbeiträgen und sonstigen Gegenleistungen:				
				Von Stiftungen	7 473	16	—	—
				Von Gemeinden	13	41	—	—
				Von Privaten	841	31	—	—
2 250	—	3 786	84	IV. Sonstige Einnahmen . . .	3 786	84	—	—
238 541	93	208 413	58	Übertrag:	205 980	61	2 432	97

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
238 541	93	208 413	58	Übertrag:	205 980	61	2 432	97
				Vermögensrechnung.				
		20 024	99	I. Aus den Vorjahren	20 024	99	—	—
		76 388	83	II. Aus heimgezahlten Aktivkapitalien	76 388	83	—	—
		4 000	70	III. Aus Fundationszuflüssen . .	4 000	70	—	—
238 541	93	308 828	10	Summe der Einnahmen	306 395	13	2 432	97
				Ausgaben.				
				Betriebsrechnung.				
—	—	96	55	I. Zahlungsrückstände und Ersatzleistungen	96	55	—	—
5 650	—	5 956	13	II. Staatssteuern, Kreis-, Distrikts- und Gemeindeumlagen . . .	5 956	13	—	—
100	—	—	—	III. Prozeß- und Exekutionskosten .	—	—	—	
124 566	—	106 438	51	IV. Auf die Verwaltung:				
				Personalausgaben	10 351	84	—	
				Regie	504	78	—	—
				Auf die Pferdehaltung	2 763	16	—	—
				Auf den Gartenbau	1 656	12	—	—
				Auf den Weinbau	19 844	24	—	—
				Auf den Wald	309	82	—	—
				Wert der Eigenbau-Weine und auf Ankauf von Weinen und Mostbeeren	57 207	23	—	—
				Auf Führung des Weingeschäftes	13 801	32	—	—
81 640	38	76 441	06	V. Auf den Zweck:				
				Für den Gottesdienst	1 565	84	—	—
				Dienstlöhne des Hauspersonals .	2 687	32	—	—
				Auf Verpflegung	40 395	07	—	—
				Für Kleidung, Wäsche, Betten ꝛc.	1 478	99	—	—
				Sonstige Bedürfnisse des Haushaltes	2 829	21	—	—
211 956	38	188 932	25	Übertrag:	161 447	62	—	—

Voranschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
211 956	38	188 932	25	Übertrag:	161 447	62	—	—
				Für außerordentliche Bedürfnisse der Pfründner	34	50	—	—
				Für Beheizung und Beleuchtung	6 226	10	—	
				Für Krankenpflege	1 096	06	—	—
				Für Begräbniskosten	188	10	—	—
				Für besonders gestiftete Reichnisse	28	45	—	—
				Für Taschengelder	471	42	—	—
				Geldbezüge der äußeren Pfründner	19 440	—	—	—
9 561	12	12 991	88	VI. Auf das Bauwesen:				
				Ständige Bauausgaben . . .	865	90	—	—
				Für Gebäudeunterhaltung . . .	12 019	52	—	—
				Für Neubauten	106	46	—	—
1 251	43	2 451	43	VII. Auf besondere Leistungen . .	2 451	13	—	—
9 760	—	4 960	—	VIII. Auf Schuldentilgung:				
				Für Verzinsung der Passivkapitalien zu 124 000 ℳ. . . .	4 960	—	—	—
1 550	—	876	40	IX. Sonstige Ausgaben	876	40	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	49 658	—	II. Auf Ausleihung von Kapitalien	49 658	—	—	—
—	—	40 087	80	Auf Ankauf von Realitäten . .	40 087	80	—	—
—	—	—	—	III. Sonstige Ausgaben	—	—	—	—
234 078	93	299 957	76	Summe der Ausgaben	299 957	76	—	—
				Abschluß.				
238 541	93	308 828	10	Einnahmen.	306 395	13	2 432	97
234 078	93	299 957	76	Ausgaben	299 957	76	—	—
4 463	—	8 870	34	Kassebestand	6 437	37		
				Hiezu Einnahmerückstände	2 432	97		
				Summe wie im Soll	8 870	34		

Vermögensausweis.

I. Vermögen.

a) rentierendes.

451 343,20	ℳ	Aktivkapitalien,
101 400,—	„	Aktivkapitalien des Baufonds,
1 705 801,09	„	Wert der Immobilien,
210 256,01	„	Wert des Weinvorrates,
34 093,42	„	Wert des Kellereiinventars,
4 823,96	„	Wert der Pferde mit Geschirr,
2 507 717,68	ℳ	Summe a.

b) nicht rentierendes.

6 437,37	ℳ	Aktivkassebestand,
2 432,97	„	Einnahmerückstände,
2 257,24	„	Wert der Materialvorräte,
2 489,83	„	Wert des Weinvorrates für den Haushalt,
853,10	„	Wert des Weinvorrates im Reserveschrank,
236 299,—	„	Wert der Immobilien,
9 580,79	„	Wert des Kirchenmobiliars,
51 021,57	„	Wert des Hausmobiliars,
311 371,87	„	Summe b.
2 819 089,55	ℳ	Summe I Vermögen.

II. Schulden.

124 000,—	ℳ	rückständ. Kaufschilling für das Haus Ludwigstraße 1½,
954,35	„	Mehrausgabe der Baufondsrechnung,
124 954,35	„	Summe II Schulden, sohin
2 694 135,20	ℳ	reines Vermögen Ende 1902.

b) Ehehaltenhauspflege.

Vor-anschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
—	—	641	20	I. Rückständige Verpflegskosten vom Vorjahre	499	10	142	10
9 775	40	9 784	83	II. An Kapitalzinsen und zwar:				
				Vom Staate aus 52 278,58 ℳ	1 868	85	—	—
				Von Gemeinden aus . . . . 181 100,— „	7 242	08	—	—
				Von Gesellschaften aus . . . . 9 428,54 „	390	—	—	—
				Von ausländ. Kapitalien aus . 7 812,— „	283	90	—	—
				Summe 250 619,12 ℳ				
3 206	57	2 949	36	Ertrag der Realitäten	2 949	36	—	—
29 911	68	22 884	25	III. An Sustentationen, Zuschüssen ꝛc. und zwar:				
				Vom Staate	10	70	—	—
				Von Stiftungen	100	98	—	—
				Von der städtischen Armenpflege	16 944	06	—	—
				Pensionen und Renten der Pfleglinge	1 733	01	—	—
				Verpflegskosten-Ersätze	3 507	22	588	28
106	35	306	07	IV. Sonstige Einnahmen	306	07	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	43	55	I. Bestand vom Vorjahre . . .	43	55	—	—
—	—	—	—	II. Heimgezahlte Aktivkapitalien . .	—	—	—	—
—	—	—	70	III. Fundationszuflüsse aus Hinterlassenschaften der Pfründner .	—	70	—	—
43 000	—	36 609	96	Summe der Einnahmen	35 879	58	730	38

Vor-anschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
—	—	8	26	I. Auf die Vorjahre	8	26	—	—
30	—	24	75	II. Staatssteuern, Umlagen . . .	24	75	—	—
1 800	—	1 619	97	IV. Auf die Verwaltung:				
				Besoldungen und Remunerationen	180	71	—	—
				Auf Feld- und Gartenbau . .	1048	27	—	—
				Regieausgaben	390	99	—	—
39 400	—	32 830	71	V. Auf den Zweck:				
				Dienstlöhne des Hauspersonals .	3 732	76	—	—
				Gestiftete Almosen und Präsenzgelder	49	37	—	—
				Für Beköstigung	19 837	54	—	—
				Für Beheizung und Beleuchtung	2 992	16	—	—
				Kleider, Wäsche, Betten ꝛc. . .	1 812	98	—	—
				Haus- und Küchengeräte ꝛc. . .	1 813	80	—	—
				Taschengelder	344	—	—	—
				Krankenbedürfnisse	1 739	95	—	—
				Für die Weihnachtsfeier . . .	43	48	—	—
				Für die Seelsorge ꝛc.	464	67	—	—
1 700	—	1 348	44	VI. Auf das Bauwesen:				
				Ständige Bauausgaben . . .	514	88	—	—
				Gebäudeunterhaltung	833	56	—	—
70	—	3	20	IX. Sonstige Ausgaben	3	20	—	—
43 000	—	35 835	33	Summe der Ausgaben	35 835	33	—	—
				Abschluß.				
43 000	—	36 609	96	Einnahmen	35 879	58	730	38
43 000	—	35 835	33	Ausgaben	35 835	33	—	—
—	—	774	63	Kassebestand	44	25		
				Hiezu Rückstände	730	38		
				Summe wie im Soll	774	63		

Vermögensausweis.

a) Vermögen.

250 619	ℳ 12 ₰	Aktivkapitalien,
119 306	„ 55 „	Wert des Stiftungsgebäudes und des sonstigen Grundbesitzes,
44	„ 25 „	Kassebestand,
730	„ 38 „	Aktivaußenstände,
45 730	„ 59 „	Wert des Mobiliar-Inventars,
1 590	„ 54 „	Wert der Materialvorräte,
418 021	ℳ 43 ₰	Summe a) Vermögen; hievon

b) Schulden.

349	ℳ — ₰	Bodenzinskapital
417 672	ℳ 43 ₰	reines Vermögen Ende 1902.

c) Huebers pflege.

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
—	—	4 124	62	I. Kassebestand aus letzter Rechnung	4 124	62	—	—
39 980	—	40 240	74	II. An Kapitalzinsen:				
				Vom Staate aus 329 985,74 ℳ	12 937	42	—	—
				Von Gemeinden aus . . . . 575 800,— „	23 032	—	—	—
				Von Gesellschaften aus . . . . 857,14 „	34	28	—	—
				Von Kreditanstalten aus . . . 15 424,— „	512	—	—	—
				Von Privaten aus 40 188,57 „	1 808	48	—	—
				Von ausländ. Kapitalien aus . 53 800,— „	1 916	56	—	—
				Summe 1 016 055,45 ℳ				
39 980	—	44 365	36		Übertrag: 44 365	36	—	

Vor-anschlag		Soll		Einnahmen	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
39 980	—	44 365	36	Übertrag:	44 365	36	—	—
2 585	—	2 487	68	Ertrag der Realitäten ꝛc. . . .	2 487	68	—	—
135	—	301	69	III. Sonstige Einnahmen	301	69	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	1 195	31	III. Fundationszuflüsse	1 195	31	—	—
42 700	—	48 350	04	Summe der Einnahmen	48 350	04	—	—
				Ausgaben.				
				Betriebsrechnung.				
40	—	37	85	III. An Grund- und Hausſteuern nebſt Umlagen	37	85	—	—
3 100	—	3 167	07	IV. Auf die Verwaltung:				
				Beſoldung, Verwaltungskoſtenbeitrag	610	—	—	—
				Regie und Realexigenz ꝛc. . . .	2 557	07	—	—
35 700	—	30 669	39	V. Auf den Zweck:				
				Für Seelſorge und Kirchenbedürfniſſe	638	31	—	—
				Präſenzgelder an Pfründnerinnen	13 935	20	—	—
				Dienſtlöhne	1 418	84	—	—
				Verköſtigung	11 374	54	—	—
				Beheizung	1 119	82	—	—
				Beleuchtung	249	85	—	—
				Anſchaffung von Haus- u. Küchengeräten	267	58	—	—
				Unterhaltung des Weißzeugs ꝛc.	290	29	—	—
				Kleider-Anſchaffung	268	71	—	—
				Taſchengelder	210	16	—	—
				Krankenpflege	689	75	—	—
				Beerdigungskoſten	206	34	—	—
2 900	—	2 657	52	VI. Auf das Bauweſen:				
				Ständige Bauausgaben . . .	251	46	—	—
41 740	—	36 531	83	Übertrag:	34 125	77	—	—

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Ausgaben	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
41 740	—	36 531	83	Übertrag:	34 125	77	—	—
				Für Errichtung einer Waschtrockenhalle inkl. Mobiliar	1 672	02	—	—
				Für Baureparaturen	734	04	—	—
60	—	32	58	VII. Sonstige Ausgaben	32	58	—	
				Vermögensrechnung.				
—	—	8452	—	I. Auf Ausleihung von Kapitalien	8 452	—	—	—
41 800	—	45 016	41	Summe der Ausgaben	45 016	41	—	—
				Abschluß.				
42 700	—	48 350	04	Einnahmen	48 350	04	—	—
41 800	—	45 016	41	Ausgaben	45 016	41	—	—
900	—	3 333	63	Kassebestand	3 333	63	—	—

Vermögensausweis.

a) Vermögen.

1 016 055 ℳ 45 ₰ Aktivkapitalien,
152 450 „ — „ Wert des Stiftungsgebäudes mit Garten,
23 021 „ 85 „ Wert des Mobiliar-Inventars,
970 „ 44 „ Wert der Naturalienvorräte,
2 840 „ 35 „ Wert der Weinvorräte,
3 333 „ 63 „ Kassebestand,

1 198 671 ℳ 72 ₰ Summe a.

b) Schulden.

— ℳ — ₰

1 198 671 ℳ 72 ₰ reines Vermögen Ende 1902.

d) Siechenhauspflege.

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
—	—	3 741	62	I. Kassebestand nach letzter Rechnung	3 741	62	—	—
7 994	02	8 066	07	II. Zinsen an Aktivkapitalien und zwar:				
				Vom Staate aus 27 571,43 ℳ	1 060	37	—	—
				Von Gemeinden aus . . . . 154 400,— „	6 176	—	—	—
				Von Banken aus 6 000,— „	80	—	—	—
				Von ausländischen Wertpapieren . 21 000,— „	749	70	—	—
				Summe 208 971,43 ℳ				
1 657	14	1 410	85	Aus dem Ertrag der Realitäten:				
				Von Gartenerzeugnissen . . .	553	71	—	—
				Mieterträgnisse	250	—	—	—
				Aus liegenden Gründen . . .	607	14	—	—
181	22	181	22	III. An Sustentationen:				
				Von Stiftungen	20	42	—	—
				Von Privaten	160	80	—	—
67	62	117	17	IV. Sonstige Einnahmen . . .	117	17	—	—
9 900	—	13 516	93	Summe der Einnahmen	13 516	93	—	—
				Ausgaben.				
				Betriebsrechnung.				
15	—	11	58	II. An Grundsteuern, Bodenzins, Kreisumlagen	11	58	—	—
500	—	656	02	IV. Auf die Verwaltung:				
				An die Kämmerei ständ. Beitrag	80	—	—	—
				An Stückzinsen, Stempelgebühren	13	25	—	—
				Für Garten-Anbau und Instandhaltung	466	82	—	—
515	—	667	60	Übertrag:	571	65	—	—

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Ausgaben	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
515	—	667	60	Übertrag:	571	65	—	—
				Aversum für Schreibmaterialien, Rechnungsstellung, Druckkosten, Buchbinderlöhne ꝛc.	95	95	—	—
7 000	—	5 924	91	V. Auf den Zweck:				
				Für die Seelsorge und Kirchenbedürfnisse	426	13	—	—
				Gestiftete Almosen	137	02	—	—
				Medikamente, Krankenbedürfnisse	36	23	—	—
				Nahrungsmittel	3 422	40	—	—
				Beheizung und Beleuchtung . .	560	07	—	—
				Kleider, Wäsche, Betten ꝛc. . .	365	68	—	—
				Haus- und Küchengeräte und Sonstiges	303	26	—	—
				Dienstlöhne und Gratifikationen .	419	12	—	—
				Taschengelder der Pfründner . .	36	—	—	—
				Verpflegskosten an andere Anstalten	219	—	—	—
570	—	402	92	VI. Auf das Bauwesen:				
				Ständige Bauausgaben . . .	157	58	—	—
				Auf Gebäudeunterhaltung . . .	245	34	—	—
115	—	—	—	IX. Sonstige Ausgaben	—	—	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	3 952	—	I. Auf Ausleihung von Aktivkapitalien	3 952	—	—	—
8 200	—	10 947	43	Summe der Ausgaben	10 947	43	—	—
				Abschluß.				
9 900	—	13 516	93	Einnahmen	13 516	93	—	—
8 200	—	10 947	43	Ausgaben	10 947	43	—	—
1 700	—	2 569	50	Kassebestand:	2 569	50	—	—

Vermögensausweis.

a) rentierendes Vermögen.

208 971 ℳ 43 ₰ an Kapitalien,
53 300 „ — „ an Realitäten,
120 „ 50 „ an Rechten,

262 391 ℳ 93 ₰ Summe a).

b) nicht rentierendes Vermögen.

2 569 ℳ 50 ₰ an Kassebestand,
231 „ 95 „ an Materialvorräten,
6 296 „ 50 „ an Wert des Mobiliars,
137 „ 83 „ Installationskosten der Gasleitung,

9 235 ℳ 76 ₰ Summe b),

271 627 ℳ 69 ₰ Summe des Vermögens. Hievon
145 „ 75 „ Schulden: 25 facher Betrag des Bodenzinses, sonach

271 481 ℳ 94 ₰ reines Vermögen Ende 1902.

c) Wölffel'sche Spitalstiftung.

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
—	—	491	90	I. Kassebestand aus voriger Rechnung	491	90	—	—
11 763	61	11 831	82	II. An Kapitalzinsen und zwar:				
				Vom Staate aus 17 000,— ℳ	595	—	—	—
				Von Gemeinden aus . . . . 185 100,— „	7 404	—	—	—
				Von Banken aus 25 500,— „	920	30	—	—
				Von Privaten aus 57 259,28 „	2 552	93	—	—
				Von ausländischen Kapitalien aus 9 800,— „	359	59	—	—
				Summe 294 659,28 ℳ				
1 141	71	1 162	75	Ertrag der Stiftungsgebäude . .	1 162	75	—	—
271	80	193	05	III. An Altersrenten der Pfründner	193	05	—	—
22	88	45	28	IV. Sonstige Einnahmen	45	28	—	—
13 200	—	13 724	80	Übertrag:	13 724	80	—	—

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
13 200	—	13 724	80	Übertrag:	13 724	80	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	2	08	III. Barnachlässe von Pfründnern .	2	08	—	—
13 200	—	13 726	88	Summe der Einnahmen	13 726	88	—	—
				Ausgaben.				
				Betriebsrechnung.				
2 220	—	2 214	69	II. An Staatssteuern, Umlagen ꝛc.	24	69	—	—
				Reichnis an die Graveurs-Witwe Wölffel	2 190	—	—	—
870	—	886	24	IV. Auf die Verwaltung:				
				Verwaltungskostenbeitrag an die Stadtkämmerei	661	50	—	—
				Sachliche Ausgaben für Regie ꝛc.	224	74	—	—
7 850	—	7 110	41	V. Auf den Zweck:				
				Dienstlöhne des Hauspersonals .	859	21	—	—
				Nahrungsmittel	4 433	54	—	—
				Beheizung und Beleuchtung . .	578	30	—	—
				Kleider, Wäsche, Betten ꝛc. . .	593	23	—	—
				Haus- und Küchengeräte . . .	286	07	—	—
				Medikamente und Krankenkosten .	239	56	—	—
				Taschengelder für Pfründner . .	69	—	—	—
				Für die Weihnachtsfeier . . .	16	70	—	—
				Für die Seelsorge	34	80	—	—
730	—	619	12	VI. Auf das Bauwesen:				
				Ständige Bauausgaben . . .	215	46	—	—
				Für Gebäudeunterhaltung . . .	403	66	—	—
130	—	113	34	IX. Sonstige Ausgaben	113	34	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	2 476	—	I. Ausleihung von Kapitalien . .	2 476	—	—	—
11 800	—	13 419	80	Summe der Ausgaben	13 419	80	—	—

Voranschlag		Soll		Abschluß	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
13 200	—	13 726	88	Einnahmen	13 726	88	—	—
11 800	—	13 419	80	Ausgaben	13 419	80	—	—
1 400	—	307	08	Kassebestand	307	08	—	—

Vermögensausweis.

a) Vermögen.

294 659	ℳ	28	₰ Aktivkapitalien,
78 702	„	86	„ Wert der Gebäude Virchowstraße 14 und 16 nebst Garten,
307	„	08	„ Kassebestand,
273	„	81	„ Wert der Naturalien,
9 397	„	41	„ Wert des Mobiliars,
383 340	ℳ	44	₰ Summe a) Vermögen, hievon

b) Schulden.

43	ℳ	50	₰ 25facher Betrag des Bodenzinses zu 1 ℳ 74 ₰
383 296	ℳ	94	₰ reines Vermögen Ende 1902.

C. Städtische Armenpflege.

Voranschlag		Soll		Einnahmen	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
—	—	1 351	43	I. Einnahmerückstände	119	43	1 232	—
17 433	26	18 300	89	II. Aus Nutzungen des Lokalarmenfondes	18 300	89	—	—
13 183	66	12 851	44	III. Von örtlichen Wohltätigkeitsstiftungen	12 851	44	—	—
1 000	—	900	59	IV. Aus Strafanteilen	900	59	—	—
				V. Aus örtlichen Abgaben ꝛc.:				
2 400	—	1 994	75	Vom Stadtmagistrate Ertrag der Lustbarkeitssteuer	1 994	75	—	—
700	—	786	10	Opferstockerträgnisse in hiesigen Kirchen	786	10	—	—
2 200	-	2 294	—	Neujahrsgratulationsenthebungskarten	2 294	—	—	—
				VI. Von anderen Kassen:				
1 052	40	1 052	40	Reichnis vom Staate	1 052	40	—	—
17 000	—	17 000	—	Von der Stadtkämmerei aus dem Weizenmehlaccis	17 000	—	—	—
5 842	—	11 364	15	VII. Aus Ersatzleistungen . . .	10 809	63	554	52
800	—	1 294	78	VIII. Sonstige Einnahmen . . .	1 294	78	—	—
163 000	—	142 102	87	IX. Zuschuß der Stadtkämmerei zur Deckung des Defizits . . .	142 102	87	—	—
224 611	32	211 293	40	Summe der Einnahmen	209 506	88	1 786	52
				Ausgaben.				
				I. Rechnungsberichtigungen . . .	—	—	—	—
—	—	—	—	II. Einhebgebühren aus örtlichen Abgaben und Opferstockerträgnissen	81	28	—	—
93	43	81	28					
93	43	81	28	Übertrag:	81	28	—	—

Voranschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
93	43	81	28	Übertrag:	81	28	—	—
7 355	90	7 538	40	Besoldung des Personals der Armenpflege	7 538	40	—	—
1 691	—	1 262	28	Regieausgaben	1 262	28	—	—
				III. Auf dauernde Unterstützungen in Geld:				
50 400	—	46 049	50	Wöchentliche Unterstützungen . .	46 049	50	—	—
49 500	—	47 152	23	Monatliche Unterstützungen . .	47 152	23	—	—
3 800	—	2 061	—	Hauszinsbeiträge	2 061	—	—	—
4 500	—	4 536	75	An auswärtige Konskribierte . .	4 536	75	—	—
2 501	63	2 501	77	Aus den Zinsen des Armenbeschäftigungs-Fonds	2 501	77	—	—
1 052	40	1 052	40	Reichnis an die Zwölfbrüder . .	1 052	40	—	—
				Auf Unterstützung in Naturalien:				
7 600	—	7 445	50	Für 12 521 Laibe Brot . . .	7 445	50	—	—
6 000	—	4 614	10	Für 306 Karren Holz	4 614	10	—	—
171	43	178	60	Holzreichnis aus der Gebsattelschen Stiftung	178	60	—	—
300	—	225	—	Holzspalterlöhne	225	—	—	—
16 000	—	17 350	16	Verpflegskosten für arme Geisteskranke:	17 350	16	—	—
24 007	63	24 156	09	Pflegegelder ꝛc. für arme Kinder .	24 156	09	—	—
				Vorübergehende Unterstützungen:				
1 887	90	2 021	96	In Geld	2 021	96	—	—
15 920	—	14 096	83	Für Krankenhilfe	14 096	83	—	—
200	—	232	—	An arbeitsfähige Personen . .	232	—	—	—
200	—	218	20	„ Transportkosten	218	20	—	—
600	—	530	31	„ Begräbniskosten	530	31	—	—
400	—	729	30	„ Unterstützungen an hier nicht heimatberechtigte Personen nach Art. 14 IV d. A. G. . . .	729	30	—	—
194 181	32	184 033	66	Übertrag:	184 033	66	—	—

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Ausgaben	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
194 181	32	184 033	66	Übertrag:	184 033	66	—	—
20 000	—	16 944	06	IV. An die Ehehaltenhausverwaltung für die dort untergebrachten Armen bezw. Kranken . . .	16 944	06	—	—
650	—	509	60	An 2 Pfründeanstalten	509	60	—	—
9 060	—	6 737	76	Für Ankauf von Bekleidungsmaterialien für hiesige Arme .	6 737	76	—	—
700	—	1 267	80	V. Ersatzleistungen an andere Armenpflegen	1 267	80	—	—
20	—	14	—	VI. Sonstige Ausgaben	14	—	—	—
224 611	32	209 506	88	Summe der Ausgaben	209 506	88	—	—

Abschluß.

224 611	32	211 293	40	Einnahmen	209 506	88	1 786	52
224 611	32	209 506	88	Ausgaben	209 506	88	—	—
—	—	1 786	52	Kassebestand	—	—	1 786	52

Vermögensausweis.

1 786 ℳ 52 ₰ Einnahmerückstände,
475 „ 29 „ Wert der Mobilien,
640 „ 64 „ Wert des Vorrates an Schuhwerk,
1 658 „ 95 „ Wert des Vorrates an Kleidern und Materialien,

4 561 ℳ 40 ₰ Summe des Vermögens Ende 1902.

Digitized by Google

XIII. Verwaltungs-Bericht der Stadt Würzburg.

Rechnungsjahr 1893.

XIII. Bericht

über

die Verwaltung und den Stand

der

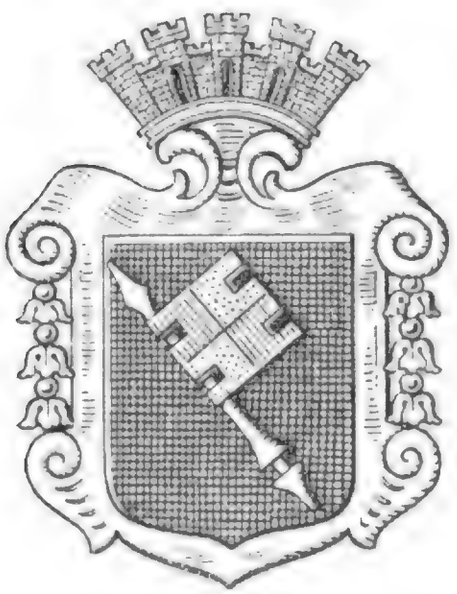
Gemeinde-Angelegenheiten

der Stadt

Würzburg

umfassend das

Geschäfts-Jahr 1903.



Würzburg.

Druck der Kgl. Universitäts-Druckerei von H. Stürtz.

1904.

THE NEW YORK
PUBLIC LIBRARY
436110
ASTOR, LENOX AND
TILDEN FOUNDATIONS.
1908

Inhalts-Verzeichnis.

Vorwort.

I. Abschnitt.

Seite

§ 1. Personalstand des Magistrats und des Gemeindekollegiums; Geschäftsführung 3
§ 2. Feste, Ehrungen, Adressen, Versammlungen, Ausstellungen und Trauerkundgaben 11
§ 3. Stadtgebiet und Straßenbenennung 14
§ 4. Hochwasserverhältnisse 15
§ 5. Bevölkerung und Gebäudezahl 16
§ 6. Bewegung der Bevölkerung in bezug auf Heimat-, Bürgerrecht und Staatsangehörigkeit 17
§ 7. Reichstags-, Landtags-, Landrats- und Gemeindewahlen 20
§ 8. Ortsstatute, Normative und ortspolizeiliche Vorschriften 22
§ 9. Stadthaushalt 23
§ 10. Stadtschuldwesen 35
§ 11. Schulwesen 39
§ 12. Stadttheater, städtische Sammlungen und Bibliotheken 57
§ 13. Hinterlegungsamt, Magistratsregistratur, Stadt-Archiv 61
§ 14. Elektrizitätswerk 62
§ 15. Gaswerk 66
§ 16. Wasserwerke 72
§ 17. Installationskasse des Gas- und Wasserwerkes 78
§ 18. Leihanstalt 79
§ 19. Sparkasse 80
§ 20. Getreidehilfskasse 84
§ 21. Holzmagazinskasse 85
§ 22. Vieh- und Schlachthof 86
§ 23. Kühlhaus 102
§ 24. Bäder 103
§ 25. Friedhof 104
§ 26. Öffentliche Anlagen und Pflanzungen 106

Seite

§ 27. Rechtsmainisches Hochkai, Zeller Brücke, Holzeinpollerstelle, Staatshafen, Lagerhaus 108
§ 28. Straßenbahn 118
§ 29. Straßenerweiterungen und Straßenbauten 119
§ 30. Straßenpflasterung, Straßenunterhaltung 123
§ 31. Straßenreinigung, Straßenbesprengung, Straßenbeleuchtung, Kehrichtabfuhr 129
§ 32. Kanalisation 133
§ 33. Hochbauwesen und Baustatistik 140
§ 34. Baulinienfestsetzung, Bebauungspläne, Schutz der Bauarbeiter . . 143
§ 35. Polizeiverwaltung
I. a) Sicherheitspolizei 148
b) Feuerpolizei, Brände und Feuerlöschwesen 149
c) Gesundheitspolizei 153
d) Nahrungsmittelpolizei mit Anhang: Lebensmittelpreise . . . 164
e) Sittenpolizei 167
f) Vereins- und Versammlungspolizei 167
g) Hundevisitationen 168
II. Amtsanwaltschaft 168
§ 36. Desinfektionsanstalt 170
§ 37. Gewerbewesen 171
§ 38. Gewerbegericht 172
§ 39. Arbeitsamt 173
§ 40. Vermittlungsamt 176
§ 41. Militärersatzgeschäft, Einquartierungen und Vorspann 176
§ 42. Immobiliarbrand- und Hagelversicherung 178
§ 43. Krankenversicherung 179
§ 44. Unfallversicherung 184
§ 45. Invalidenversicherung 186
§ 46. Pensionskasse für die städtischen Beamten 187
§ 47. Pensionskasse für die städtischen Bediensteten 188
§ 48. Pensionskasse für die städtischen Lehrer und Lehrerinnen 188
§ 49. Stiftungswesen 189
§ 50. Gemeindewaisenrat 195
§ 51. Armenpflege 195
§ 52. Naturalverpflegungsstation, Wärmestuben, Suppenanstalten . . . 199

II. Abschnitt.

Rechnungsergebnisse:

A. der Gemeindekassen und zwar

1. der Stadtkämmereikasse:
   a) Auszug aus der Rechnung der Stadtkämmerei über die hauptsächlichsten Erträgnisse des Gemeindevermögens, der Gemeindeanstalten, der direkten und indirekten Umlagen, sowie der hierauf bezüglichen Ausgaben . . . . . Seite 3
   b) Hauptrechnung der Stadtkämmereikasse 6
2. Gaswerkskasse 39
3. Wasserwerkskasse 41
4. Getreidehilfskasse 44
5. Holzmagazinskasse 46
6. Friedhofkasse 49
7. Lokalschulkasse 52
8. Pensionskasse für städtische Beamte 54
9. Pensionskasse für städtische Bedienstete 56
10. Pensionskasse für das städtische Lehrpersonal 57
11. Leihanstalt 59
12. Sparkasse 61
13. Schuldentilgungskasse 64
14. Universitäts-Jubiläums-Fonds 69
15. Fonds für größere industrielle Ausstellung zu Würzburg 70
16. Gemeinde-Kranken-Versicherung 72
17. Kranken-Institut 74
18. Gesellen-Kranken-Institut 76
19. Kasse für Grunderwerbungen l. M. 77

B. der Wohltätigkeits-, Unterrichts- und Kultusstiftungen:

1. Allgemeine Übersicht 79
2. Einzelne Stiftungen:
   a) Bürgerspitalstiftung 86
   b) Ehehaltenhauspflege 90
   c) Huebers pflege 92
   d) Siechenhauspflege 95
   e) Wölffelsche Spitalstiftung 97

C. der städtischen Armenpflege 100

Vorwort.

Im XIII. Verwaltungsberichte unterbreiten wir die Maßnahmen der ſtädtiſchen Verwaltung im Jahre 1903 der Öffentlichkeit zur Kenntnisnahme und Kritik.

Oberſtes Streben war es, den richtigen Mittelweg zu finden zwiſchen einer überängſtlichen, der Weiterentwicklung der Stadt Halt gebietenden Sparſamkeit und einer allzugroßzügigen, nur das Ziel ins Auge faſſenden Großſtadtpolitik.

Inwieweit dieſes unſer Streben von Erfolg gekrönt war, überlaſſen wir getroſt dem Urteil der Leſer; denn eine gerechte Beurteilung und eine vom tatkräftigen, ernſten Willen, es beſſer zu machen, beſeelte Kritik glauben wir nicht ſcheuen zu müſſen.

Würzburg, im Dezember 1904.

Stadtmagiſtrat.

Rechtskundiger I. Bürgermeiſter

v. Michel,
k. Hofrat.

I. Abſchnitt.

§ 1.

Personalstand des Magistrats und des Gemeindekollegiums; Geschäftsführung.

A. Magistrat.

Der Magistrat zeigte zu Beginn des Berichtsjahres folgende Zusammensetzung:

I. rechtskundiger Bürgermeister: Philipp Michel, k. Hofrat.

II. rechtskundiger Bürgermeister: Max Ringelmann.

Rechtsräte:

1. Bernhard Brand,
2. Georg Körbel,
3. Luitpold Scheuring,
4. Hans Löffler,
5. Franz Joseph Überreiter.

Baurat: Simon Heinlein.

Schulrat: Valentin Friedrich Ullrich.

Bürgerliche Räte:

1. Dr. Johannes Lill,
2. Georg Dunzinger,
3. Karl Stöhr,
4. Johann Eugen Weber,
5. Aquilin Steinam,
6. Karl Köhl,
7. Karl Bolzano,

Amtsdauer 1900 mit 1905.

8. Balthasar Langlotz,	
9. Pankraz Albrecht,	
10. Franz Conrad,	
11. Bernhard Hellmann jr.,	Amtsdauer
12. Franz Schmitt,	1903 mit 1908.
13. Max Ostberg,	
14. Franz Rothstein.	

Kgl. Hofrat Michel wurde im Berichtsjahre, dem dreißigsten seit seinem Eintritt in den städt. Dienst, und zwar am 5. Januar, nachdem die Gemeindebevollmächtigten unterm 18. Dezember 1902 einstimmig beschlossen hatten, von einem Ausschreiben abzusehen, als I. rechtskundiger Bürgermeister wiedergewählt. Die ministerielle Bestätigung erfolgte am 30. Januar 1903.

Die Rechtsräte Scheuring und Löffler wurden am 2. Juli bezw. am 19. November 1903 nach Ablauf ihres Dienstprovisoriums durch das Gemeindekollegium wiedergewählt und durch Entschließungen des k. Staatsministeriums des Innern vom 11. August bezw. 19. Dezember 1903 in definitiver Eigenschaft bestätigt.

Unter den bürgerlichen Magistratsräten brachte das Ausscheiden des Privatiers Franz Conrad eine Veränderung des Personalstandes mit sich.

Conrad stellte nämlich am 1. Mai 1903 mit Rücksicht auf seine Gesundheitsverhältnisse das Gesuch um Enthebung von seiner Funktion als Magistratsrat. Diesem Gesuche wurde durch Beschlüsse der städtischen Kollegien vom 8. und 14. Mai 1903 die Genehmigung erteilt unter dem Ausdruck des Bedauerns über das Ausscheiden des Gesuchstellers und unter dankbarer Anerkennung der von ihm geleisteten Dienste.

An Stelle des Ausgeschiedenen wurde am 18. Juni 1903 Bankier Richard Kirchner dahier als bürgerlicher Magistratsrat gewählt und am 24. Juli 1903 als solcher verpflichtet.

Zu den Personalien des Magistrats ist noch zu erwähnen, daß der I. Bürgermeister im Berichtsjahre durch Verleihung des Ritterkreuzes des Verdienstordens der k. bayerischen Krone in den persönlichen Adelsstand erhoben wurde.

B. Gemeindekollegium.

Das Gemeindekollegium hatte im Berichtsjahre den Tod eines sehr geschätzten Mitglieds, des Kaufmanns Georg Härtnagel zu beklagen.

An dessen Stelle trat als nächster Ersatzmann der Holzgroßhändler August Wolpert dahier.

Den Gemeindebevollmächtigten, Baumeister Anton Löhe und k. Bahnbauführer a. D. A. Hartmann, wurde im Januar bezw. Juli 1903 der erbetene Austritt aus dem Kollegium bewilligt.

Für dieselben wurden Kaufmann Michael Pröstler und Lithographieanstaltsbesitzer Ferdinand Borst einberufen.

Im Oktober wurde ein mit ungünstigen Gesundheitsverhältnissen motiviertes Rücktrittsgesuch des Kaufmanns Wendelin Klug genehmigt. Als nächster Ersatzmann wurde der Buchhändler Lorenz Kreßner einberufen.

Den scheidenden Herren wurde der Dank für die lebhafte Anteilnahme an den Geschäften des Gemeindekollegiums übermittelt.

Am Schlusse des Berichtsjahres wies das Gemeindekollegium nachstehende Zusammensetzung auf:

1. Gräf Karl, Kaufmann,	
2. Kreßner Lorenz, Buchhändler,	
3. Müller Heinrich, Apotheker,	
4. Dehner Johann, Kaufmann,	
5. Dr. Thaler Johannes, k. Justizrat und Rechtsanwalt,	Amtsdauer
6. Fröhlich Konrad, Kaufmann und k. Hoflieferant.	
7. Riegel Georg, Lohnkutschereibesitzer,	1897
8. Schwabacher Adolf, Mühlbesitzer,	
9. Kolb Ignaz, Privatier,	mit
10. Pröstler Michael, Kaufmann,	1905.
11. Hinterberger Franz, Privatier,	
12. Schubert Karl, Kaufmann,	
13. Strauß Johann, Privatier,	
14. Bayer Anton, Kohlenhändler,	

15. Frey Guſtav, Privatier,
16. Herbſt Michael, Privatier,
17. Göbl Sebaſtian, k. Reichsarchivrat,
18. Seitz Franz Lukas, Fabrikant und k. Hoflieferant,
19. Römmelt Valentin, Sattlermeiſter,
20. Jander Joſeph, Metzgermeiſter,
21. Frank Ignaz Peter, Seifenfabrikant,
22. Wolpert Auguſt, Holzgroßhändler,
23. Borſt Ferdinand, Lithographieanſtaltsbeſitzer,
24. Fiſcher Valentin Alois, Kaufmann und k. Hoflieferant,
25. Dr. Stern Otto, k. Juſtizrat und Rechtsanwalt,
26. Kauffmann Adam Jakob, Privatier,
27. Schmitt Fritz, Kaufmann,
28. Weiſenſee Georg, Lehrer,

Amtsdauer 1900 mit 1908.

29. Abert Joſeph Alois, Schreinermeiſter,
30. Lehritter Valthaſar, Baumeiſter,
31. Egſtein Franz Anton, Schreibmaterialienhändler,
32. Dr. Unger Hugo, Apotheker,
33. Willms Max Joſeph, Kaufmann,
34. Dr. Diem Wilhelm, prakt. Arzt,
35. Lauk Otto, Kaufmann,
36. Brehm Georg, Herrengarderobegeſchäftsinhaber, k. Hoflieferant,
37. Egelhaaf Hugo, Holzgroßhändler,
38. Dr. Mayer Ernſt, k. Univerſitätsprofeſſor,
39. Bernhard Karl, Konditor,
40. Steffan Anton Kaſpar, Kaufmann,
41. Gerhard Adam, Tünchermeiſter,
42. Diemer Friedrich, Schreiner.

Amtsdauer 1903 mit 1911.

Erſatzmänner.

1. Mainhard Karl, Gürtlermeiſter,
2. Hergenröther Jakob, Privatier,
3. Gabler Anton, Bierbrauereibeſitzer,
4. Dr. Friſch Franz, prakt. Arzt,
5. Zeißner Konrad, Privatier,
6. Kuhn Jakob, Korbwarenfabrikant,
7. Seuffert Julius, Reſtaurateur,

8. Ohl Georg, Metzgermeiſter,
9. Spengler Georg, Glaſermeiſter,
10. Hörner Martin, Schreinermeiſter.

Das Bureau des Gemeindekollegiums beſtand aus denſelben Herren wie im Vorjahre:

Dr. Unger, I. Vorſtand,
Dr. Thaler, II. Vorſtand,
Weiſenſee, I. Schriftführer,
Egſtein, II. Schriftführer.

C. Geſchäftsführung.

Eine ſeit dem Jahre 1902 bereits beſtehende Einrichtung muß noch hier Erwähnung finden, nämlich die Bildung eines Polizei- und Verwaltungsſenats beim Stadtmagiſtrat. Durch Statut vom 13. Dezember 1901 war zunächſt nur ein Polizeiſenat gebildet worden, in dem alle Gegenſtände, über welche der Magiſtrat als Diſtrikts- oder Ortspolizeibehörde oder als Diſtriktsverwaltungsbehörde zu entſcheiden hat, erledigt werden ſollten, inſoweit nicht das Statut ſelbſt Vorbehalte zugunſten der Plenarſitzungen des Magiſtrats gemacht hatte. Es zeigte ſich aber bald, daß dieſe Einrichtung, welche hauptſächlich die Entlaſtung der Plenarſitzungen bezweckte, ſich nicht völlig bewährte. Die beſchlußgemäß zu erledigenden eigentlichen Polizeiſachen waren im Verhältnis zu den Gemeindeverwaltungsangelegenheiten nicht zahl- und umfangreich genug, daß durch deren Verweiſung in den Senat die Plenarſitzung weſentlich entlaſtet worden wäre, und da andererſeits die Senatsſitzungen an Stelle der ſonſt am Dienstag ſtattfindenden Plenarſitzungen getreten waren, ergab ſich im Gegenteil ein großer Stoffandrang für die Freitagsplenarſitzungen, der zu übermäßig langen und zeitweiſe ſogar zu außerordentlichen Sitzungen führte. Es wurde deshalb durch Nachtrag vom 30. Dezember 1902 zum Statut vom 13. Dezember 1901 die Zuſtändigkeit des nunmehrigen Polizei- und Verwaltungsſenats auf die Verwaltungsangelegenheiten ausgedehnt mit gewiſſen Vorbehalten für das Plenum. Nunmehr bewährt ſich die getroffene Einrichtung ausgezeichnet und iſt auch beim Publikum um deswillen ſehr beliebt, weil in Baupolizeiſachen der Geſuchſteller oder ſein Vertreter vom Senat in öffentlicher Sitzung gehört werden und ihre von den erſtatteten techniſchen Gutachten abweichenden Meinungen zur Geltung bringen können.

Das Statut hat folgenden Wortlaut:

„Der Stadtmagiſtrat Würzburg erläßt auf Grund der Art. 102, 105 und 107 der Gemeindeordnung vom 29. April 1869, ſowie auf Grund des § 30 des Geſetzes vom 8. Auguſt 1878, die Errichtung eines Verwaltungsgerichtshofes ꝛc. betreffend, folgendes Statut über die Bildung eines Polizei- und Verwaltungsſenats.

§ 1. Aufgabe und Zuſtändigkeit des Senats.

Alle Gegenſtände, über welche der Magiſtrat als Diſtrikts- oder Ortspolizeibehörde, ferner als Diſtrikts- oder Gemeindeverwaltungsbehörde zu entſcheiden hat, werden, ſoferne nicht Plenarbeſchluß vorgeſchrieben iſt (vgl. § 2) oder eine Verfügung im Dekretwege genügt, durch den Senat erledigt.

§ 2. Zuſtändigkeit des Magiſtratsplenums.

Dem Magiſtratsplenum bleibt die Entſcheidung vorbehalten:

1. wenn die Beſchlüſſe der Zuſtimmung der Gemeindebevollmächtigten oder der Genehmigung der Staatsaufſichtsbehörde unterliegen (Art. 102 Abſ. III Gem.-Ordn.), oder wenn den Gemeindebevollmächtigten ein Erinnerungsrecht zuſteht,
2. wenn ſich das Plenum die Entſcheidung beſonders vorbehalten hat,
3. wenn der Senat wegen grundſätzlicher Bedeutung des Gegenſtandes, wegen zweifelhafter Zuſtändigkeit oder aus anderen wichtigen Gründen die Entſcheidung des Plenums angerufen hat,
4. wenn es ſich um Feſtſetzung von Baulinien und Höhenlagen oder um Erlaſſung, Änderung oder Aufhebung polizeilicher Vorſchriften handelt,
5. wenn wegen Dringlichkeit die Entſcheidung nicht bis zur nächſten Senatsſitzung verſchoben werden kann.

§ 3. Rechtliche Stellung des Senats.

1. Die Beſchlüſſe des Senats ſtehen den Magiſtratsbeſchlüſſen gleich.
2. Wird im Senate in den unter § 2 Ziff. 3 bezeichneten Fällen die Anrufung des Plenums beantragt, aber von der Mehrheit abgelehnt, iſt auf Verlangen der Minderheit die Angelegenheit vor dem Vollzuge dem Plenum zur Beſchlußfaſſung vorzulegen.

§ 4. Zusammensetzung des Senats.

1. Der Senat besteht
   a) aus einem der beiden Bürgermeister oder deren Stellvertreter als Vorsitzenden,
   b) aus zwei bis drei rechtskundigen Magistratsräten als ständigen Mitgliedern,
   c) aus sieben bürgerlichen Magistratsräten als ständigen Mitgliedern und
   d) aus anderen berufsmäßigen (rechtskundigen und technischen) oder bürgerlichen Magistratsmitgliedern in Gegenständen ihres Wirkungskreises bezw. ihrer Verwaltung.
2. In Baupolizeisachen kann der Vorstand des Stadtbauamts Abt. III, desgleichen können noch andere städtische Beamte zum Vortrage oder zur Auskunfterteilung in den Senatssitzungen zugezogen werden.
3. Die ständigen Senatsmitglieder werden durch Plenarbeschluß des Magistrats abgeordnet. Die Abordnung erfolgt in geheimer Sitzung durch Akklamation; wird Widerspruch erhoben, so findet geheime Wahl mit Stimmzetteln statt wobei relative Stimmenmehrheit entscheidet.
4. In gleicher Weise werden für die ständigen Senatsmitglieder Stellvertreter aufgestellt.
5. Die Abordnung zu dem Senate ist widerruflich. Die regelmäßige Erneuerung des Senats erfolgt nach den ordentlichen Gemeindewahlen.

§ 5. Geschäftsordnung.

1. Ordentliche Sitzungen des Senats finden in der Regel einmal in der Woche an den durch Plenarbeschluß bestimmten Tagen, außerordentliche Sitzungen an den vom Vorsitzenden bestimmten Zeiten statt.
2. Den Senatsmitgliedern soll die Tagesordnung für jede Sitzung, wenn möglich wenigstens einen Tag vor der Sitzung mitgeteilt werden.
3. Die Sitzungen sind öffentlich, soweit nicht Rücksichten auf das Staats- oder Gemeindewohl oder auch berechtigte Ansprüche Einzelner entgegenstehen. Die Frage, ob in einem

gegebenen Falle die Öffentlichkeit der Beratung oder Abstimmung auszuschließen sei, wird in geheimer Sitzung entschieden (Art. 105 der Gem.-Ordn.).

4. In Baupolizeisachen sollen die Gesuchsteller und andere beteiligte Personen, wenn sie mit dem ihnen nach Maßgabe der Instruktion für die Behandlung der Bausachen vom 16. Juni 1891 bekannt gegebenen technischen Gutachten nicht einverstanden sind, oder auch, wenn entgegen diesem Gutachten eine Abweisung ihres Antrages oder Einspruches in Frage kommt, zur Sitzung geladen und im Falle ihres Erscheinens vor der Beschlußfassung gehört werden.

5. Dieselben können sich bei der Verhandlung verbeistanden und, wenn sie nachgewiesenermaßen wegen Krankheit, Abwesenheit oder aus sonstigen triftigen Gründen am Erscheinen verhindert sind, durch gehörig bevollmächtigte Personen vertreten lassen.

   Als Beistände und Vertreter werden Rechtsanwälte zugelassen.

   Anderen Personen, welche das Verhandeln vor dem Senate geschäftsmäßig betreiben, ferner Beiständen und Vertretern, welche durch ungebührendes oder ungeeignetes Verhalten den Gang der Verhandlungen stören oder beeinträchtigen, oder welche sich den Anordnungen des Vorsitzenden nicht fügen, kann durch Senatsbeschluß das Auftreten vor dem Senate zeitweilig oder dauernd untersagt werden.

6. Zur Gültigkeit eines Senatsbeschlusses ist erforderlich, daß alle im Gemeindebezirke anwesenden Senatsmitglieder, soferne die Sitzungstage nicht vorausbestimmt sind, besonders eingeladen wurden, daß mindestens fünf Mitglieder an der Beratung und Abstimmung teilgenommen haben, und daß die Mehrheit der Abstimmenden sich für dieselbe Meinung ausgesprochen hat. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden (Art. 102 Abs. IV und V Gem.-Ordn.).

7. Bezüglich der Aufgabe des Vorsitzenden, der Protokollführung, der Ausfertigung der Senatsbeschlüsse und der weiteren Geschäftsordnung, soweit nicht Besonderheiten festgesetzt

sind, kommen die für den Magistrat bestehenden Bestimmungen in Anwendung.

§ 6. Einführung.

Dieses Statut tritt am 1. Februar 1903 in Wirksamkeit."

Noch ist zu erwähnen, daß im Anschluß an § 5 Ziff. 2 des obigen Statuts auch für die Plenarsitzungen des Stadtmagistrats im Laufe des Berichtsjahres die regelmäßige Aufstellung einer Tagesordnung eingeführt wurde.

§ 2.

Feste, Ehrungen, Adressen, Versammlungen, Ausstellungen und Trauerkundgaben.

Der Chronist des Jahres 1903 kann über eine stattliche Anzahl von Ereignissen berichten, die dem menschlichen Hoffen entsprechend und widersprechend als Freud und Leid über unsere Stadt hinweggezogen sind. Das erste freudige Ereignis für die Stadt Würzburg waren die glückwünschenden Worte unseres Allergnädigsten Regenten, Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Luitpold, mit denen Allerhöchstderselbe die altherkömmlichen aus treuem, dankbaren Herzen kommenden Neujahrswünsche unserer Stadt Allerhuldreichst erwiderte.

Von der gleichen Liebe und Dankbarkeit gegen Bayerns weisen Regenten beseelt, vereinigten sich am 12. März die Vertreter der Staatsbehörden und der gemeindlichen Ämter mit der Bürgerschaft zu einem Festmahl aus Anlaß der Feier des 82. Geburtsfestes Seiner Königlichen Hoheit des Prinz-Regenten Luitpold.

Weit übertroffen wurde aber diese Huldigung durch die jubelnde Teilnahme der ganzen Einwohnerschaft unserer Stadt, als in Gegenwart Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Leopold am 8. Juli, dem St. Kilianstage, unter dem Geläute der Glocken und

dem Donner der Geſchütze die Hülle von dem ehernen Standbild des Allergnädigſten Regenten des Bayernlandes fiel, welches dankbare Untertanenliebe am Kaiſerplatz in Würzburg aufgerichtet hat.

Möge das Bild, eine Widmung der Bürgerſchaft, ein Werk Ferdinand v. Millers, jederzeit dem Beſchauer als ein Wahrzeichen fränkiſcher Treue zum Hauſe Wittelsbach erſcheinen.

Nur wenige Tage ſpäter vom 18.—20. Juli fand wiederum die Feier eines für Würzburg bedeutungsvollen Gedenktages ſtatt. Hundert Jahre waren verfloſſen, ſeit das nunmehrige k. 9. Infanterieregiment „Wrede“ als kurfürſtliches 9. Linieninfanterie-Regiment „Graf von Yſenburg“ errichtet und dem bayeriſchen Heere angegliedert wurde. Das „Neunerfeſt“ wurde von der geſamten Einwohnerſchaft mitgefeiert und es zeigte ſich auch bei dieſem freudigen Anlaſſe, daß das 9. Infanterie-Regiment durch tauſend Fäden mit der Bürgerſchaft verknüpft iſt.

Am 3. Dezember wurde der Stadt die hohe Ehre zuteil, Seine Königliche Hoheit den Prinz-Regenten, wenn auch nur auf der Durchreiſe und auf kurze Zeit in ihren Mauern begrüßen zu können.

Die herzlichen Beziehungen zum königlichen Hauſe fanden neuerlichen Ausdruck anläßlich des 80. Geburtsfeſtes Ihrer Königlichen Hoheit der Herzogin von Modena, Prinzeſſin von Bayern, welche am 19. März 1823 in dem hieſigen Reſidenzſchloſſe das Licht der Welt erblickt hatte.

Nicht unerwähnt dürfen einige ins Berichtsjahr fallende Gedenktage von Vereinen und im Leben hervorragender Staatsbürger bleiben.

Am 28. und 29. Juni feierte der katholiſche Geſellenverein ſein fünfzigjähriges Stiftungsfeſt. In Anerkennung der erſprießlichen und gemeinnützigen Tätigkeit dieſes Vereins in ſozialer Hinſicht und auf dem Gebiete der Fachausbildung ſeiner Mitglieder bewilligten die ſtädtiſchen Kollegien aus Gemeindemitteln eine Jubiläumsgabe von fünfhundert Mark.

Am 1. Januar durfte die Stadt Seiner Exzellenz dem Herrn k. Staatsminiſter Freiherrn von Feilitzſch die Glückwünſche zum vierzigjährigen Dienſtjubiläum übermitteln.

Am 25. Februar beglückwünſchte die Stadt den hochwürdigen Herrn Domdechant Dr. Joſeph Nirſchl zum 80. Geburtstage. Der Glückwunſch wurde in hochherziger Weiſe mit einer Spende für die Stadtarmen erwidert.

Am 24. November brachte die Stadt dem Herrn General der Kavallerie Exzellenz von Nagel in München die besten Wünsche zum 70. Geburtstage dar.

Ein Tag von lokaler Bedeutung war der 29. November, als hundertster Jahrestag der Übergabe der St. Stephanskirche an die protestantische Gemeinde.

Städtische und nachbarliche Interessen veranlaßten die Teilnahme der Stadtverwaltung an der im gleichen Monate (22. November) stattfindenden Feier der Einweihung der Zeller Brücke.

Die bewährte Zugkraft Würzburgs als Kongreßstadt zeigte sich auch im Berichtsjahre zu wiederholten Malen. Den Reigen eröffnete die XIII. Hauptversammlung des bayerischen Kanalvereins, welche vom 16.–18. Mai unter huldvoller Anteilnahme Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Ludwig stattfand. Freudig konnten die Kongreßteilnehmer wahrnehmen, daß der hohe Protektor des Vereins, durchdrungen von der Wichtigkeit der Schaffung neuer Verkehrswege, auch die Forderungen und Interessen der Mainschiffahrt mit klarem Verständnis erfaßt hat.

Im Juni tagte hier der deutsche Gynäkologen- und Zoologenkongreß.

Wenige Tage darnach machte der Württembergische Brauerverband von seinem Tagungsorte Mergentheim einen Abstecher nach Würzburg.

Im August versammelten sich die süddeutschen Schuhmacherinnungen in unserer Stadt. Aus diesem Anlasse war eine interessante Ausstellung von Produkten, Werkzeugen und Maschinen des Schuhmachergewerbes im Huttenschen Garten veranstaltet worden.

Soweit zweckmäßig und veranlaßt, wurde seitens der Stadtverwaltung auch den auswärtigen Veranstaltungen ein gebührendes Augenmerk zugewendet.

So wurde die Versammlung des Verbandes deutscher Gewerbegerichte in Dresden durch Abordnung des Vorsitzenden und zweier Beisitzer beschickt.

In ziemlich großem Umfange beteiligte sich die Stadt ferner an der deutschen Städteausstellung in Dresden, in deren geschäftsführendem Ausschusse die Stadt in der Person des I. Bürgermeisters vertreten war.

Es gelangten u. a. die Pläne des Hochkais und der Ludwigsbrücke zur Ausstellung und vor allem das Aufsehen erregende Modell der Ringparkanlagen, dessen noch an anderer Stelle (§ 26) gedacht wird.

Auch traurige Begebenheiten zogen im Berichtsjahre über Würzburg weg oder fanden hier ihren Widerhall.

Am 29. Juli beteiligten sich die städtischen Kollegien an dem Trauergottesdienste aus Anlaß des am 20. Juli erfolgten Ablebens Seiner Heiligkeit des Papstes Leo XIII.

Wenige Tage später standen die beiden städtischen Kollegien an der Bahre des am 4. August verstorbenen früheren Magistratsrates Franz Conrad. Conrad, ein pflichtgetreues, eifriges Magistratsmitglied und ein stets freundlicher, dienstbereiter Kollege hatte dem Magistrat seit 1891 ununterbrochen bis zum 8. Mai 1903, dem Tage seines Ausscheidens angehört und die anerkennenden Worte, die ihm am offenen Grabe nachgerufen wurden, wohlverdient.

Ihm folgte im Tode nach am 23. November der frühere rechtskundige I. Bürgermeister Dr. Joh. Gg. von Steidle. Seiner unparteiischen, opferwilligen, uneigennützigen Amtsführung, seines idealen Strebens für die Wohlfahrt und das Blühen der Stadt wurde am Grabe in anerkennenden, warmen Worten gedacht. Der beim Amtsrücktritt Ende des Jahres 1899 dem scheidenden Bürgermeister dargebrachte Wunsch, daß es ihm vergönnt sein möge, den selbst erbetenen Ruhestand noch recht lange zu genießen, ist leider nicht in Erfüllung gegangen.

§ 3.

Stadtgebiet und Straßenbenennung.

Änderungen an den Markungsgrenzen haben sich während des Berichtsjahres nicht ergeben. Das Gesamtareal umfaßt, wie in den Vorjahren, eine Fläche von 32,16 qkm, die wiederum infolge der Bautätigkeit und weiteren Entwicklung Verschiebungen hinsichtlich der Benützung erfahren hat und zwar ist ein Zuwachs zum bebauten Areal — einschließlich der Hofräume — in der Größe von ungefähr 3 ha zu verzeichnen.

In den Stadtplan wurden folgende neue Straßen aufgenommen:

Ludwig-Kai — das rechtsseitige Mainkai zwischen der Ludwigbrücke und der Heidingsfelderbrücke —, benannt nach Seiner Königlichen Hoheit dem Prinzen Ludwig von Bayern.

Friedrich Koenig-Straße — neue Straße in der Dürrbachau an der Westseite der Fabrik Koenig und Bauer —, benannt nach dem Mitbegründer der genannten Fabrik und dem Erfinder der Schnellpresse Friedrich Koenig (geb. 17. IV. 1774, gest. 17. I. 1833).

Wrede-Straße — bisherige König-Straße in der Zellerau —, benannt nach dem Inhaber des k. 9. Inf.-Regts., dem Fürsten und Feldmarschall Karl Philipp Wrede, welcher die bayer. Armee in den Freiheitskriegen führte (geb. 29. IV. 1767, gest. 12. XII. 1838).

Grünewald-Straße — neue Straße längs des Bahnkörpers zwischen der Riemenschneiderstraße und der Valentin Beckerstraße —, benannt nach dem Maler Matthias Grünewald (geb. um 1470 wahrscheinlich zu Frankfurt a. M., gest. nach 1529 zu Aschaffenburg).

§ 4.

Hochwasserverhältnisse.

Das Jahr 1903 ist als ein hochwasserarmes zu bezeichnen.

Eine Überflutung der Straßen fand nur einmal im Jahre statt und zwar im Monat Januar mit einem am 8. Januar eingetretenen höchsten Pegelstand von 4,16 m.

§ 5.

Bevölkerung und Gebäudezahl.

I. Bevölkerung.

Würzburgs Einwohnerzahl wurde am Schlusse des Berichtsjahres auf 79547 Personen geschätzt. Die Bevölkerungsbewegung hinsichtlich der Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle ergibt sich aus folgenden Zahlen:

a) Eheschließungen:

1903: 639 und zwar zwischen Katholiken: 430 gegen 423 im Vorjahr,
„ Protestanten: 59 „ 95 „ „
„ Israeliten: 43 „ 38 „ „
„ Angehörigen verschied. Konfessionen: 107 „ 114 „ „
Summa: 639 gegen 670 im Vorjahr.

b) Geburten:

1903: 2441 einschließlich 74 Totgeburten gegen 2475 mit 73 Totgeburten im Vorjahr.

Von den Geborenen waren

männlichen Geschlechts:	1271	gegen 1284	im Vorjahr,
weiblichen „	1170	„ 1191	„ „
ehelicher Abstammung:	1933	„ 1992	„ „
unehelicher Abstammung:	508	„ 483	„ „
Zwillingsgeburten:	42	„ 30	„ „

c) Sterbefälle:

1903: 1834 gegen 1634 im Vorjahr.

Von den Gestorbenen waren

männlichen Geschlechts:	954	gegen 804	im Vorjahr,
weiblichen „	880	„ 830	„ „
verheiratet bezw. verwitwet:	782	„ 762	„ „
unverheiratet:	1052	„ 872	„ „

Durch Unglücksfälle kamen um 24, durch Selbstmord 11 Personen, gegen 10 bezw. 13 im Vorjahr.

(Die Sterblichkeitsziffer ist im § 35 c enthalten.)

II. Gebäudezahl.

Im Jahre 1903 erstanden 49 neue Wohngebäude und 41 sonstige Gebäude cfr. § 33.

§ 6.

Bewegung der Bevölkerung in bezug auf Heimat-, Bürgerrecht und Staatsangehörigkeit.

I.

Die nachfolgende Tabelle weist im allgemeinen eine Abnahme des Zuganges an Heimatberechtigten und Bürgern gegen das Vorjahr auf, was mit Sicherheit darauf zurückzuführen ist, daß das Berichtsjahr weder ein Wahljahr war, noch einem solchen unmittelbar vorausging.

I.	Entgeltliche Bürgerrechtsverleihung an	30	Pers.	gg.	98	i. J. 1902
II.	Unentgeltl. „ „	26	„	„	41	„ „
III.	Entgeltliche Bürger- u. Heimatrechtverleihung	53	„	„	77	„ „
IV.	Entgeltliche Bürger- u. unentgeltl. Heimatrechtsverleihung	5	„	„	1	„ „
V.	Entgeltl. Heimatrechts- u. unentgeltl. Bürgerrechtsverleihung	1	„	„	1	„ „
VI.	Entgeltl. Heimatverleihung auf Antrag der Heimatgemeinden	81	„	„	95	„ „
	Übertrag:	196	„	„	313	„ „

	Übertrag:		an	196	Pers.	gg.	313	i. J. 1902
VII.	Entgeltl. Heimatverleihung auf Antrag der Berechtigten	„	„	56	„	„	55	„ „
VIII.	Unentgeltl. Heimatverleihung auf Antrag der Heimatgemeinden	„	„	58	„	„	46	„ „
IX.	Unentgeltl. Heimatverleihung auf Antrag der Berechtigten	„	„	132	„	„	152	„ „
X.	Erwerbung der bayer. Staatsangehörigkeit	durch		16	„	„	15	„ „
XI.	Erwerbung der bayer. Staatsangehörigkeit mit Bürger- und Heimatrecht	„	„	14	„	„	16	„ „
XII.	Erwerbung der bayer. Staatsangehörigkeit mit Heimatrecht	„	„	13	„	„	16	„ „
XIII.	Naturalisation mit Heimatrecht	„	„	0	„	„	0	„ „
	Summa der Aufnahmen:			485	Pers.	gg.	613	i. J. 1902

II.

Der V. pfälzische Städtetag hatte in seiner Verhandlung vom 23. Dezember 1901 zu Dürkheim a. H. folgenden auf Abänderung des Heimatgesetzes abzielenden Beschluß gefaßt:

„Der Antrag des Bürgermeisters Krafft in Ludwigshafen:

1. Es mögen die erforderlichen Schritte eingeleitet werden zur Abänderung des Art. 11 des Heim.-Ges. und zwar in der Richtung, daß die dort aufgeführte Personenkategorie das Heimatrecht nicht kraft Gesetzes erwerbe, sondern in gleicher Weise wie die in Art. 6 und 7 dieses Gesetzes bezeichneten Angehörigen des bayer. Staates und unter den gleichen Voraussetzungen nur einen Anspruch auf Erlangung des Heimatrechtes zugesichert erhalte.
2. Dieser Anspruch soll bei Nichtgeltendmachung durch den Berechtigten auch durch den Fiskus erhoben werden können, wobei jedoch die etwa treffende Heimatgebühr durch den Berechtigten zu zahlen ist,

sei anzunehmen".

Dieser Beschluß des V. pfälz. Städtetags wurde zur Kenntnis der k. Staatsregierung gebracht.

Demzufolge erging an sämtliche größeren bayerischen Städte der Auftrag, sich über diesen Beschluß des V. pfälz. Städtetages gutachtlich zu äußern.

Nach eingehender Beratung hat nun der Stadtmagistrat am 4. Februar 1903 beschlußmäßig sein Gutachten an die k. Regierung v. U. u. A. dahin abgegeben, daß dieser Beschluß des V. pfälz Städtetages für durchaus begründet zu erachten und der k. Staatsregierung zur Annahme zu empfehlen sei.

Die bisherige Fassung des Art. 11 des Heimatgesetzes bedeutet nach der Konstruktion der vorausgehenden Gesetzesbestimmungen eine unmotivierte Belastung der Städte, die wenn auch nicht von großer finanzieller Tragweite, so doch von einiger Bedeutung ist. Es bleibt zu hoffen, daß der Antrag des pfälzischen Städtetags bei der k. Staatsregierung ein geneigtes Ohr findet.

III.

In den letzten Jahren gingen die Städte mehr und mehr dazu über, gleich den Landgemeinden für ihre auswärts wohnenden Heimatzugehörigen Heimatverleihung nach Art. 6, 7 und 8 des Heimatgesetzes zu verlangen.

Die bisherige Praxis des Stadtmagistrats ging dahin, solche Anträge nur dann zu stellen, wenn die Voraussetzungen *für unentgeltliche Heimatverleihung* gegeben waren.

Nun hat man sich aber davon überzeugt, daß diese Praxis nicht durchwegs mit dem finanziellen Interesse der Stadt im Einklang steht, da Fälle vorkommen, wo zwar kein Anspruch auf unentgeltliche Heimatverleihung gegeben ist, wo aber die Verhältnisse es sehr wünschenswert und voraussichtlich auch lohnend erscheinen lassen, die Unterstützungspflicht für eine Person oder Familie durch Bezahlung einer verhältnißmäßig geringen Gebühr abzulösen.

Es wurde deshalb in der Magistratssitzung vom 13. März 1903 beschlossen, in solchen Fällen auch Antrag auf *entgeltliche* Heimatverleihung zu stellen, für gedachten Zweck pro 1903 einen Betrag von

500 ℳ aus der Etatsreserve des Jahres 1903 zu bewilligen und einen weiteren Betrag, wie er sich durch die jeweiligen Verhältnisse bestimmt, alljährlich in den Etat einzusetzen.

§ 7.

Reichstags-, Landtags-, Landrats- und Gemeindewahlen.

I.

Das Mandat des am 27. Juni 1898 zum Reichstagsabgeordneten für den 6. unterfränkischen Wahlkreis gewählten k. Hauptzollamtsverwalters Michael Lurz (Zentrum) lief im Jahre 1903 ab.

Bei der am 16. Juni 1903 stattgehabten Neuwahl haben von von 23 936 Wahlberechtigten 18 750 abgestimmt.

Von 18 733 gültigen Stimmen erhielt:

1. Dr. Johannes Thaler, k. Justizrat und Rechtsanwalt, hier, (Zentrum) 8744 Stimmen
2. Jakob Beyhl, Volksschullehrer, hier, (Ver. Liberale u. Bauernbündler) 4632 „
3. Franz Schmitt, Gastwirt in Pasing, (Sozialdemokrat) 5357 „

37 Stimmen waren zersplittert.

Bei der Stich-Wahl am 25. Juni 1903 betrug die Zahl der abgegebenen gültigen Stimmen 18 675.

Von diesen erhielt:

1. Dr. Johannes Thaler, k. Justizrat und Rechtsanwalt 9986 Stimmen
2. Franz Schmitt, Gastwirt in Pasing 8689 „

Sohin war Ersterer als Reichstagsabgeordneter für die Legislaturperiode 1903 bis 1908 gewählt.

An dieſer Stelle ſei auch der Einführung der Reichstagswahlkarten Erwähnung getan.

Es wurde nämlich entſprechend dem Vorgang der Stadt München und dem bereits bei den letzten Gemeindewahlen geübten Verfahren in der Magiſtrats-Sitzung vom 12. Mai beſchloſſen, ſog. „Wahlkarten“ an die Wahlberechtigten zu verſenden.

Es waren dies Poſtkarten, adreſſiert an die Wahlberechtigten, welche den Wahlbezirk und das Wahllokal enthielten und zwar mußten dieſelben längſtens am zweiten Tage nach der Wahlliſten-Auflage in den Beſitz der Adreſſaten gelangt ſein.

Damit war der Vorteil verbunden, daß der Adreſſat nun wußte, daß er in die Wählerliſte eingetragen iſt und die Wählerliſte infolgedeſſen nicht einzuſehen braucht, ferner, daß er wußte, wo er zu wählen hatte.

Allerdings war mit dieſer Neueinführung für die Stadtgemeinde immerhin auch ein nennenswerter Koſtenaufwand verknüpft (ca. 500 bis 600 ℳ), trotzdem ſcheute man vor dieſen Mehrkoſten nicht zurück, weil hierdurch zweifellos eine große Erleichterung der im allgemeinen Intereſſe gelegenen Wahlrechtsausübung geſchaffen wurde.

II.

Vertreter der Stadt im bayeriſchen Landtage für die Jahre 1899 mit 1905 iſt der Buchdruckereibeſitzer und Magiſtratsrat Karl Köhl (Demokrat).

III.

Die Vertretung unſerer Stadt im unterfränkiſchen Landrat erfuhr keine Veränderung.

IV.

Gemeindewahlen fanden in dieſem Jahre nicht ſtatt.

§ 8.

Ortsstatute, Normative und ortspolizeiliche Vorschriften.

Aus früheren Jahren sind nachzutragen:

8. Novbr. 1901: Ortspolizeiliche Vorschriften zum Schutze der städt. Wasserleitung und Tarif über die für den Anschluß an die städtische Wasserleitung zu zahlenden Gebühren.

3. Dezbr. 1901: Viehmarktordnung.

Im Jahre 1903 wurden erlassen:

23. Jan. 1903: Schulstatut.

12. Dezbr. 1902 / 6. März 1903 und 3. April 1903: Friedhofordnung und Leichengebührenordnung.

13. März 1903: Ortspolizeiliche Vorschriften über den Betrieb im Schlachthofe und in der Freibank, sowie über die Fleischbeschau.

27. März 1903: Schlacht- und Fleischbeschaugebühren-Ordnung.

11. Juni 1903: Änderung der ortspolizeilichen Vorschriften über den Straßenbahnbetrieb.

19. Juni 1903: Diensteinweisung für den Wohnungs-Inspektor.

16. Oktbr. 1903 / 19. Nov. 1903: Änderung der Feuerlöschordnung (Aufhebung der Feuerwache auf dem Grafen-Eckartsturme und Einschränkung des Schießens seitens der Feuerwache auf dem Marienberge).

20. Nov. 1903: Ortspolizeiliche Vorschriften betr. die Desinfektion.

Von der neuen Vorschriftensammlung (vgl. X. Verwaltungsbericht S. 40/41) sind im Berichtsjahr erschienen:

Bändchen XIII: Entwässerungsordnung.
Abortanlagen. Versitz-, Dung- und sonstige Gruben.

Bändchen XIV: Schulstatut.

§ 9.

Stadthaushalt.

1. Die in dem letzten Verwaltungsberichte angedeutete ungünstige Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse und ihrer Einwirkung auf den gemeindlichen Haushalt war auch im Berichtsjahre noch nicht abgeschlossen. Um die auch bei größter Sparsamkeit unaufhaltsam in die Höhe gehenden Ausgaben mit den Einnahmen der Gemeinde in Einklang zu bringen, mußte wiederum zu einer erheblichen Umlagenerhöhung geschritten werden und zwar abermals um 20 %, d. i. von 110 auf 130 %.

So empfindlich auch diese Mehrbelastung der städtischen Bevölkerung war und doppelt empfindlich um deswillen, weil erst im Jahr zuvor eine 20 %ige Umlagenerhöhung erfolgt war, so war sie doch nach Lage der bei der Etatsaufstellung gegebenen Verhältnisse und bei dem Mangel neuer Einnahmequellen für die Stadtgemeinde das einzige, wenn auch radikale Mittel, um eine Gesundung unserer gemeindlichen Finanzverhältnisse herbeizuführen.

Die beabsichtigte Wirkung ist denn auch nicht ausgeblieben. Während die Stadtkämmerei-Rechnung für das Jahr 1901 mit einem Defizit von 3792 ℳ 97 ₰ und die für das Jahr 1902 mit einem reinen Überschusse von 65 652 ℳ 52 ₰ abgeschlossen hat, weist der Abschluß der Betriebsrechnung pro 1903 außer dem im Vorjahr gebildeten Betriebsfonds von 250 000 ℳ (— vgl. 12. V.B. S. 24 —) und nach Abzug der unrealisierten Kredite im Gesamtbetrage von 39 647 ℳ 46 ₰ einen reinen Überschuß von **271 172 ℳ 89 ₰** auf.

Dieser günstige Abschluß ist freilich nicht ausschließlich auf die Umlagenerhöhung zurückzuführen, sondern zugleich auch darauf, daß die effektiven Ausgaben — dank der geübten Sparsamkeit — bei mehreren Titeln nicht unerheblich hinter den Etatspositionen zurückblieben und daß ferner auch mehrere Einnahmepositionen noch über die Etatsansätze hinausgingen.

So betrugen die Ausgaben für die Amtsführung der Gemeindebehörden (mit Ausschluß des Stadtbauamtes) 469 861 ℳ 61 ₰ gegenüber einem Etatsansatze von 482 002 ℳ 50 ₰, für das Schulwesen 428 528 ℳ 28 ₰ gegen 441 536 ℳ 96 ₰, für das Armen-

wesen (gemeindlicher Zuschuß an die Armenkasse) 146 021 ℳ 18 ₰ gegen 180 000 ℳ, für die Gebäudeunterhaltung (mit Ausschluß der besonders bewilligten Kredite) 21 993 ℳ 08 ₰ gegen 27 110 ℳ u. a. m.

Diesen Einsparungen stehen andererseits Mehreinnahmen gegenüber beim Wasserwerk, dem Friedhof, dem Elektrizitätswerke und einigen anderen städtischen Betrieben, aus Besitzveränderungsabgaben, aus Verbrauchssteuern und Zöllen, aus Kanaleinleitungs- und -Anschlußgebühren u. a. m.

Im einzelnen wird hiezu folgendes bemerkt:

An Gemeindeumlagen wurden gegenüber einem Etatsansatze von 1 188 200 ℳ vereinnahmt brutto 1 194 585 ℳ 92 ₰ (einschließl. 1313 ℳ 45 ₰ Nachholungen aus dem Vorjahre) und netto 1 185 604 ℳ 05 ₰, d. i. gegenüber einem Netto-Erträgnisse pro 1902 von 993 176 ℳ 13 ₰ ein Mehrergebnis von 192 427 ℳ 92 ₰.

Das angegebene Bruttoerträgnis verteilt sich auf die einzelnen Steuerarten wie folgt:

Grundsteuer	11 399,23 ℳ
Haussteuer	399 933,95 „
Gewerbsteuer	368 175,68 „
Kapitalrentensteuer	278 355,08 „
Einkommensteuer	134 933,31 „
	1 192 797,25 ℳ
hiezu Umlagennachholungen 2c.	1 788,67 ℳ
sonach im ganzen	1 194 585,92 ℳ

An Gebühren wurden vereinnahmt:

a) allgemeine Gebühren	28 048,14 ℳ	(Etat 26 830 ℳ)
b) Heimatgebühren	14 580,— „	(„ 15 000 „)
c) Bürgerrechtsgebühren	5 727,86 „	(„ 6 000 „)
d) Besitzveränderungsgebühr	47 733,— „	(„ 40 000 „)
e) Hundegebühr	15 467,16 „	(„ 14 000 „)

lit. a, d und e brutto.

Das Erträgnis der wichtigsten indirekten Steuern (Verbrauchsabgaben und Zölle) bezifferte sich wie folgt:

Gefälle	Etat brutto ℳ	Erträgnis brutto ℳ	Gegenüber d. Etat inkl. Rückvergütungen ℳ	Erträgnis nach Abzug der Rückvergütungen und Tantiemen ℳ
Fleischaufschlag	118000 —	115534,36	— 2327,32	114527,18
Getreide-, Mehl- u. Brotaufschlag	181000 —	191510,85	+11454,57	121355,94
Wildbretaufschlag	7000 —	6514,54	— 555,46	5276,22
Weinaufschlag	38000 —	39709,52	+ 1746,52	39498,04
Branntweinaufschlag	14500 —	14511,50	+ 706,50	13637,96
Malz- und Bieraufschlag*) . . .	270000 —	253936,11	–15762,12	161220,05
Pflasterzoll	46000 —	49641,80	+ 3641,80	47117,79
Holzzoll	3500 —	2826,63	— 673,37	2787,79

Die sämtlichen Aufschläge und Zölle ergaben (mit Einschluß des Lokalmalz- und Bieraufschlages und des an die Lokalschulfondskasse abgeführten Admassierungsbeitrages von 1715 ℳ) ein Nettoerträgnis von 474 391 ℳ 35 ₰ = 40,01 % des Nettoerträgnisses der Gemeindeumlagen.

Was endlich die Erträgnisse der städtischen Betriebe und Anstalten anlangt, so stellten sich dieselben im einzelnen wie folgt:

Betrieb	Etatisierter Überschuß ℳ	Effektive Ablieferung ℳ	Mehr- bezw. Minderablieferung gegenüber d. Etat ℳ
Elektrizitätswerk	76587,67	80186,89	+ 3599,22
Gaswerk	241000 [1]	238417,04 [1]	— 2582,96
Wasserwerk	208000 [1]	230978,79 [1]	+ 22978,79
Gas- u. Wasser-Installationswerk	50000	44351,49 [2]	— 5648,51 [3]
Friedhof	19750 [1]	26737,04 [1]	+ 6987,04
Leihanstalt	1114	3389,29	+ 2275,29
Sparkasse	16800 [4]	18598,24 [4]	+ 1798,24
Schlacht- und Viehhof	10810 [1]	6819,36 [1]	— 3990,64
Kühlhaus	— 2225 [1]	+ 2236,55 [1]	+ 4461,55
Brausebad	— 2410 [1]	— 1412,84 [1]	(+ 997,16)
Desinfektionsanstalt	— 700	— 84,40	(+ 615,60)

*) Der Vollständigkeit halber hier mit aufgeführt. Der Lokalmalz- und Bieraufschlag wurde im Berichtsjahre noch (letztmals) von der Schuldentilgungskasse eingehoben.

[1]) Ohne Abzug der Verzinsung und Amortisation des aus Anlehensmitteln beschafften Anlagekapitals und der Passivvorschüsse.

[2]) 39927,35 ℳ Ablieferung pro 1903 + 4424,14 ℳ aus dem Vorjahre.

[3]) Dem Betriebsfonds des Installationswerks wurden aus den erzielten Überschüssen 16586,27 ℳ zugeführt.

[4]) Hälftiger Überschuß; die andere Hälfte fließt bestimmungsgemäß der Pensionskasse für städtische Beamte zu.

2. Im vorigen Verwaltungsberichte (S. 20) war bereits angedeutet, daß das allgemeine und fortgesetzte Anschwellen der Umlagensätze in den größeren Städten des Königreiches seinen Höhepunkt noch keineswegs erreicht habe.

Zum Belege der Richtigkeit dieser Behauptung mögen folgende Ziffern dienen.

Es sind im Berichtsjahre mit ihren Umlagen in die Höhe gegangen um

1— 5 % Ansbach, Erlangen, Kulmbach,
10 % Dinkelsbühl, Hof, Nürnberg, Rothenburg, Schwabach,
11—15 % Amberg, Forchheim, Fürth, Passau,
20 % **Würzburg,**
25—30 % Kitzingen, Nördlingen,
50 % Eichstätt.

Außerdem haben ihre Umlagen gesteigert:

Donauwörth	für Kath.	um	45 %	für Protest.	um	43 %
Kaufbeuren	„ „	„	13 %	„ „	„	1 %
Regensburg	„ „	„	15 %	„ „	„	10 %.

Mit der Umlage heruntergegangen ist lediglich Dillingen (von 240 auf 230 %). Neumarkt i. O., das erst ab 1. Januar 1903 unmittelbare Stadt wurde, erhob sofort 141 %. Die einzige unmittelbare Stadt, welche überhaupt keine Umlage erhob, war auch im Berichtsjahre wieder Weißenburg.

Die effektive Höhe der Gemeindeumlagen stellte sich in den Jahren 1902 und 1903 wie folgt:

Stadtgemeinde	Höhe der Gemeindeumlage		Bemerkungen
	1902 %	1903 %	
Amberg	125	140	
Ansbach	95	100	
Aschaffenburg . . .	100	100	
Augsburg	120	120	
Bamberg	100	100	

Stadtgemeinde	Höhe der Gemeindeumlage 1902 %	Höhe der Gemeindeumlage 1903 %	Bemerkungen
Bayreuth	105	105	
Deggendorf	110	110	
Dillingen	240	230	
Dinkelsbühl	60	70	
Donauwörth	140 Kath.	185 Kath.	Inkl. 50 bezw. 55% Schulumlage
	112 Prot.	155 Prot.	„ 22 „ 25% „
Eichstätt	110	160	Erhebt noch Schulgeld
Erlangen	97	100	
Forchheim	110	122	
Freising	100	100	
Fürth	120	135	
Günzburg	75	75	
Hof	110	120	
Ingolstadt	110	110	
Kaufbeuren	99	112 Kath.	Inkl. 32 bezw. 20% Schulumlage
		100 Prot.	
Kempten	148	148	
Kitzingen	145 [1]	173 [2]	[1] Inkl. 40% Schulumlagen [2] Inkl. 48% Schulumlagen
Kulmbach	100	105	
Landsberg	140	140	
Landshut	110	110	
Lindau	110	110	
Memmingen	95	95	
München	130	130	
Neuburg	100	100	
Neumarkt	—	141	Ist erst seit 1. Januar 1903 unmittelbare Stadt
Neu-Ulm	90	90	
Nördlingen	90	120	
Nürnberg	115	125	
Passau	140	155	
Regensburg	105	120 Kath.	Inkl. 40 bezw. 35% Schulumlage
		115 Prot.	
Rosenheim	135	135	
Rothenburg	70	80	
Schwabach	140	150	
Schweinfurt	180	180	
Straubing	75	75	
Traunstein	115	115	
Weißenburg	—	—	
Würzburg	110	130	

Die Aufwärtsbewegung des Umlagenprozentsatzes in den bayerischen Städten ist auch jetzt noch keineswegs abgeschlossen trotz des unverkennbar sich allenthalben geltend machenden Bestrebens, einer weiteren Umlagenerhöhung Einhalt zu tun.

3. Was die Einhebung der Gemeindeumlagen anlangt, so mußte im Gefolge der die Neuorganisation der Rentämter betreffenden k. Verordnung vom 10. Mai 1903 mit dem k. Stadtrentamt Würzburg als Vertreter des k. bayerischen Staatsärars ein neues Abkommen getroffen werden, da die Bestimmungen des Vertrages vom 27. Juli / 6. September 1889 (— vgl. IX. Verw.-Ber. S. 47 —) mit der bezeichneten k. Verordnung nicht mehr durchweg vereinbar waren. Der neue Vertrag trägt das Datum vom 21. März 1904, hat aber rückwirkende Kraft auf den 1. Januar 1903. Kontrahent ist nicht mehr das Stadtrentamt bezw. dessen Vorstand als solcher, sondern das k. Staatsärar. Hinsichtlich der für die Umlagenerhebung an das Staatsärar zu leistenden Entschädigung verblieb es bei den seitherigen Sätzen (1½ % von den ersten 200 000 ℳ, 1 % von den zweiten 200 000 ℳ, darüber hinaus ½ %); dem Antrag der Stadtgemeinde, von dem ganzen Betrag bis zu 400 000 ℳ 1 % und darüber hinaus ½ % als Tantieme festzusetzen, gab das k. Finanzministerium keine Folge. Ebenso scheiterten die Versuche des Stadtmagistrats, eine wenigstens teilweise Haftung des Staates für die von ihm eingehobenen und an die Stadtgemeinde abzuliefernden Umlagenbeträge in dem Vertrage festzulegen, an prinzipiellen Bedenken des k. Finanzministeriums.

4. Die Aufstellung der Stadtkämmerei-Voranschläge und -Rechnungen erfolgte bis jetzt nach Maßgabe der gemeinschaftlichen Ministerial-Entschließung vom 10. Oktober 1869, das Etat- und Rechnungswesen der Gemeinden und örtlichen Stiftungen in den Landesteilen rechts des Rheins betr. Eine Reihe von Gründen, insbesondere die Unübersichtlichkeit der durch diese Ministerialentschließung bedingten Stoffanordnung, welche dem nicht oder nur oberflächlich Eingeweihten die Prüfung und Vergleichung des immer mehr sich häufenden Materials und die Gewinnung eines Überblicks über das Rechnungswesen und die finanzielle Gebahrung der Stadthauptkasse überaus erschwerte oder nahezu unmöglich machte, ferner die Schwerfälligkeit und Langwierigkeit der Rechnungsprüfung (— welche trotz des enorm angewach-

senen Materials, um die Sicherheit und Übersicht nicht zu verlieren, jeweils nur durch einen einzigen Beamten erfolgen konnte —) und die hierdurch herbeigeführte Verzögerung der Rechnungsfertigung ließen es angezeigt erscheinen, nach dieser Richtung eine grundsätzliche Änderung eintreten zu lassen und zwar durch Aufstellung eines vollständig neuen Etats- und Rechnungsschemas. Nach Durchführung der umfangreichen Vorarbeiten wurde das dem Münchener und Nürnberger Muster nachgebildete, jedoch im einzelnen durchaus den hiesigen Verhältnissen und Bedürfnissen angepaßte neue Schema mit Genehmigung der Staatsaufsichtsstelle erstmals dem Stadtkämmerei-Etat für das Jahr 1904 zugrunde gelegt. Charakteristisch für das neue Schema ist die Zerlegung der bis jetzt einheitlichen Etats bezw. Rechnungen in eine Anzahl von Teilvoranschlägen bezw. Nebenrechnungen, welche je für sich einen bestimmten Zweig der gemeindlichen Verwaltung mit sämtlichen hierauf bezüglichen Einnahmen und Ausgaben behandeln, je für sich abgeschlossen werden und sodann in ihrer Gesamtheit den Haushaltplan bezw. die Hauptrechnung der Stadtkämmerei darstellen. Außer der hiedurch erzielten besseren Übersicht, Klassifizierung und Spezialisierung der gemeindlichen Ausgaben und ihrer Deckungsmittel bestehen die Hauptvorteile des neuen Schemas darin, daß

1. sofort nach Jahresschluß mit der Anfertigung, Vorlage und Revision der einzelnen Nebenrechnungen begonnen werden kann,
2. mehrere Bedienstete gleichzeitig an den Rechnungsarbeiten sich beteiligen können,
3. die fertiggestellten Rechnungen als erledigt zu betrachten sind und für sich mit Sorgfalt und Muße geprüft werden können,
4. die bisher mehrere Monate beanspruchende Rechnungsrevision nicht mehr überhastet zu werden braucht und doch bei Vorlage der letzten Nebenrechnung bereits nahezu abgeschlossen ist.

Im Gefolge der Einführung des neuen Schemas wurden noch eine Reihe wichtiger Anordnungen getroffen, von welchen folgende hier Erwähnung finden mögen:

a) die künftige Verrechnung des Lokal-Malz- und Bieraufschlages durch die Stadtkämmerei (— nicht mehr durch die Schuldentilgungskasse —), unbeschadet der Verwendung der Erträgnisse dieser Aufschläge für Zwecke der Schuldentilgung;

b) die Auflösung der Lokalschulkasse und der Friedhofkasse als besonders dotierter „selbständiger“ Gemeindekassen und deren Vereinigung mit der Stadtkämmerei;

c) die genaue Ausscheidung der auf die „Allgemeine Verwaltung“ und auf die „Polizeiverwaltung“ zu verrechnenden Personal- und Regiekosten;

d) die Heranziehung der einzelnen beteiligten Kassen (Gas- und Wasserwerks-Kasse, Spar-Kasse, Armen-Kasse, Holzmagazins-Kasse usw.) mit entsprechenden Zuschüssen zur Deckung des Mehraufwands der städtischen Pensionskassen;

e) die Erhebung und gesonderte Verrechnung von (3¾ %) Zins- und (½ %) Tilgungsbeträgen aus den für gewisse Kassen und Anstalten (Gaswerk, Wasserwerk, Schlacht- und Viehhof, Lokalschulkasse usw.) aufgewendeten Anlehensmitteln.

Durch die vorstehend unter lit. d und e bezeichneten Anordnungen im Zusammenhalt mit der ziffermäßigen Ausscheidung der Abschreibungsbeträge wird zugleich eine den kaufmännischen Gepflogenheiten sich wesentlich nähernde und von der rein kameralistischen Berechnungsweise erheblich abweichende Feststellung der Rentabilität der einzelnen gemeindlichen Unternehmungen und Anstalten (der sog. „Überschüsse“) erzielt.

Alle die vorstehend erwähnten Anordnungen, zu denen noch eine Anzahl untergeordneter Verfügungen hinzukam, wurden im Laufe des Berichtsjahres erlassen und werden erstmals im Etat bezw. in der Stadtkämmerei-Rechnung pro 1904 in die Erscheinung treten.

5. Für den Abschluß der Stadtkämmerei-Rechnung und für die Gestaltung des Stadthaushaltes überhaupt ist die bereits gestreifte Frage der Abschreibungen bei den städtischen Werken (Gas-Wasserwerk usw.) von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Das „kameralistische“ System der Buchführung kennt Abschreibungen nach kaufmännischer Art nicht; nach diesem System haben vielmehr die beteiligten Werke bezw. Kassen ihre gesamten die Betriebsausgaben übersteigenden Einnahmen an die Stadthauptkasse abzuliefern, welch letztere ihrerseits den gesamten Betrag, welcher erforderlich ist, um das für die beteiligten Werke aus Anlehensmitteln beschaffte Anlagekapital zu verzinsen und zu amortisieren insoweit, als die anderweitigen Einnahmen der Schuldentilgungskasse nicht zureichen, bereit

zu stellen hat. Hieraus ergibt sich, daß das, was seither und seit Dezennien in den Etats bezw. Rechnungen des Gaswerks, Wasserwerks, Friedhofs usw. als „Überschuß" bezw. Ablieferung an die Stadtkämmerei figurierte, jeweils nur den Bruttoüberschuß dieser Werke bezw. Anstalten darstellte. In diesen Beträgen sind aber jeweils enthalten einerseits die Aufwendungen für Verzinsung und Tilgung von Passivkapitalien, insbesondere von Anlehensschulden und andererseits die Abschreibungen von den Anlagekapitalien; der nach Abzug dieser beiden Posten übrig bleibende Betrag stellt jeweils erst den eigentlichen „Überschuß" dar.

Was nun speziell die Abschreibungen anlangt, so werden zwar seit dem Jahre 1897 auf Grund damals gefaßter Beschlüsse der städtischen Kollegien an gewissen Vermögensbestandteilen der Gas-, Wasserwerks- und Installationskasse alljährlich prozentuale Abschreibungen zur Feststellung des Buchwertes nach kaufmännischen Begriffen gemacht, allein es wurde bis jetzt unterlassen, den Betrag dieser Abschreibungen jeweils dem Erneuerungs- bezw. Erweiterungsfonds der betreffenden Werke zufließen zu lassen, vielmehr wurden die gesamten Abschreibungen nach wie vor an die Stadtkämmerei abgeliefert und von letzterer zu laufenden Ausgaben verwendet. Es geschah dies um deswillen, weil andernfalls die Stadtkämmerei zu sehr geschwächt worden wäre und den Ausfall event. nur durch eine beträchtliche Umlagenerhöhung hätte ausgleichen können.

Dieses, wie bereits bemerkt, seit Jahrzehnten dahier übliche und mit dem kameralistischen System durchaus vereinbare Verfahren wurde gelegentlich der Verbescheidung der Wasserwerksrechnung pro 1901 im Gemeindekollegium beanstandet. Es wurde verlangt, daß die Abschreibungen nicht nur bei der Berechnung des Buchwertes, sondern auch bei der Feststellung des summarischen Vermögensausweises in Berücksichtigung gezogen, ferner, daß die Abschreibungen — da sie Vermögensbestandteile darstellen — nicht zu budgetmäßigen Ausgaben verwendet, sondern als Reserve- oder Erneuerungsfonds angesammelt werden.

Diese Beanstandungen gaben Veranlassung, der Frage näher zu treten, ob und inwieweit es möglich sei, im Sinne der Beschlüsse des Gemeindekollegiums eine Änderung des bestehenden Verfahrens eintreten zu lassen. Das Ergebnis der hierwegen gepflogenen eingehenden Beratungen ist folgendes:

Die prinzipielle Berechtigung der Forderung, daß Abschreibungen als Vermögensbestandteile nicht zu laufenden Ausgaben verwendet werden dürfen, wurde anerkannt, ebenso aber auch allerseits die Unmöglichkeit, unter den dermaligen Finanzverhältnissen dieser prinzipiellen Forderung sofort praktische Geltung zu verschaffen, da dies eine sofortige weitere Umlagenerhöhung um 14 % zur Folge gehabt hätte. Dagegen soll in der Folge, sobald dies nach Lage der allgemeinen Finanzverhältnisse irgend tunlich ist, wenigstens allmählich und sukzessive dahin gewirkt werden, daß die in Frage stehenden Abschreibungen nicht mehr zu laufenden Ausgaben, sondern zur Verstärkung der Erneuerungs- bezw. Erweiterungsfonds verwendet werden. Solange dies nicht der Fall ist, hat es bei den Beschlüssen vom Jahre 1897, wonach jeweils 10 % des (nach Maßgabe dieser Beschlüsse berechneten) Reingewinnes den Erneuerungsfonds zufließen sollen, sein Bewenden. Der effektive Wert der beteiligten Anstalten ist durch kommissionelle Einschätzungen, welche von 10 zu 10 Jahren zu erfolgen haben, festzusetzen (— erstmals pro 1903 —); das Ergebnis dieser Einschätzungen ist jeweils der Aufstellung des Vermögensausweises zu Grunde zu legen. Innerhalb der Einschätzungsperioden sind jeweils die nach den vorschriftsmäßigen Abschreibungen sich ergebenden Beträge in das Inventar bezw. in den Vermögensausweis aufzunehmen. Die Abschreibungsquoten selbst wurden (in teilweiser Abänderung der im Jahre 1897 gefaßten Beschlüsse) bis auf weiteres festgesetzt wie folgt:

a) beim Gaswerk:

bei Hoch- und Tiefbauten	2 %
bei Maschinen- und sonstiger Fabrikeinrichtung	6 %
bei der Retortenanlage	10 %
für Gasbehälter	4 %
für das Rohrnetz	2 %
für Laternen	5 %
für Handwerkszeug	25 %

b) beim Wasserwerk:

bei Hoch- und Tiefbauten	2 %
bei Maschinen und Kesseln	6 %
bei Rohrleitungen und Hydranten	2 %
bei Handwerkszeug	25 %

c) beim Installationswerk:
für Handwerkszeug einschl. der Feldschmieden . . . . . 25 %.

Vorstehende Neuregelung wurde durch die Beschlüsse der beiden städtischen Kollegien vom 4. bezw. 11. Dezember 1903 einhellig genehmigt.

6. Von den Einnahmen und Ausgaben der Stadtkämmerei während des Berichtsjahres werden folgende besonders hervorgehoben:

Vortrag	Betrag ℳ	₰
A. Einnahmen.		
1. Staatsbeitrag zum teilweisen Ersatz der Kosten für die Wohnungs-Inspektion	2000	—
2. Vorschuß von der Getreidemagazinskasse für Vornahme von Neupflasterungen (Teilbetrag der Pflasterschuld)	18390	70
3. Vorschuß von der Holzmagazinskasse für die Erweiterungsbauten im Schlachthof	32716	50
4. Von der Straßenbaukasse Beiträge zu den Kosten für den Ausbau neuer Straßen und Herstellung von Zementplattengehsteigen	17488	74
5. Beiträge der beteiligten Grundbesitzer zu den Kosten für Herstellung eines Hauptkanales in der Rottendorferstraße von der Waltherstraße bis zum Erzherzog Karl-Platz	6925	25
6. Gebühren für Einleitung von Hauskanälen in solche städtische Hauptkanäle, deren Herstellung aus Anlehensmitteln erfolgte	10373	25
7. Von den Schleicher'schen Erben Kaufschilling für die Restbauflächen von den Anwesen Kürschnerhof Nr. 15 und 17	50000	—
8. Zuschuß des Baukonsortiums Hofmann und Gen. zu den Kosten für Grunderwerbungen zur Erweiterung der Dreikronenstraße	1000	—

Vortrag	Betrag ℳ	₰
9. An Legaten, deren Zinserträgnis zur Unterhaltung und Schmückung von Grabstätten zu verwenden ist (bis 1950 bezw. 2012)	2500	—
10. 4%ige Amortisationsquote aus 53467,20 ℳ Anlagekapital für die Speiseleitungen der Straßenbahn	2138	69
11. Für den Elektrizitätswerk-Erneuerungsfonds 1½% des Anlagekapitals	15084	90
12. Abhebungen bei der städtischen Schuldentilgungskasse für die im II. Abschnitt („Rechnungsergebnisse") näher bezeichneten Unternehmungen . . .	1040865	53
B. Ausgaben.		
1. Auf den Ausbau neuer Straßen, Straßen-Neupflasterungen und Herstellung von Zementplattengehsteigen	104794	—
2. Auf Grunderwerbung und Abbruchsarbeiten zum Ausbau des Kürschnerhofes	49388	42
3. Auf Neubauten und Verbesserungen im Schlachthof	32677	38
4. Auf die Wiederherstellung des Grafen Eckartsturmes und Restaurierung der Rathaus-Fassade, Domstr. 7	7666	37
5. Auf Anfertigung eines Projektes, betr. die Umgestaltung der Ludwigshalle in eine Tonhalle . .	3380	—
6. Auf Herstellung waldartiger Anlagen auf dem Nikolausberge	9401	34
7. Auf Feste und Ehrungen und zwar:		
a) Enthüllung des Prinzregenten-Denkmales .	3676	94
b) Tagung der XIII. Hauptversammlung des bayer. Kanalvereines	3022	16
c) Jubiläumsfeier des k. b. 9. Infant.-Regts. anläßlich dessen 100jährigen Bestehens .	9891	04
d) Kongreß der Deutschen Gynäkologen und Zoologen	897	20
e) Jubiläumsgabe an den katholischen Gesellen-Verein anläßlich dessen 50jährigen Bestehens	500	—

7. Auf Anordnung der k. Kreisregierung fand gegen Ende des Berichtsjahres eine außerordentliche Visitation der Stadtkämmerei und einiger weiterer gemeindlicher Kassen statt, welche in gründlichster Weise vorgenommen wurde und deren Ergebnis nach jeder Richtung zufriedenstellend war.

§ 10.

Stadtschuldwesen.

1. Die konsolidierte Stadtschuld betrug am Anfange des Berichtsjahres . . .	19 965 274	ℳ 93	₰,
an neuen Schulden gingen zu	12 315 926	„ 45	„
heimgezahlt wurden	9 349 280	„ —	„
sonach betrug die konsolidierte Stadtschuld am Schlusse des Berichtsjahres	22 931 921	„ 38	„
die schwebende Schuld betrug am Anfange des Berichtsjahres	1 166 785	„ 35	„
hiezu wurden neu aufgenommen	6 673	„ 55	„
mithin Stand der Gesamtschuld am Schlusse des Berichtsjahres	24 105 380	„ 28	„
Die konsolidierte Stadtschuld darf nach dem Tilgungsplane betragen	23 183 700	„ —	„
in Wirklichkeit beträgt dieselbe	22 931 921	„ 38	„
sohin weniger	251 778	„ 62	„
Die Ausgaben auf Verzinsung der Stadtschuld betrugen	840 821	„ 34	„
die Einnahmen aus Lokalmälz- und Bier-Aufschlag (Nettoertrag)	161 220	„ 05	„
die Zuschüsse der Stadtkämmerei	700 761	„ 81	„

Auf die einzelnen Darlehensgeber verteilt sich die Stadtschuld wie folgt:

Inhaber=Obligationenschuld vom Jahre 1899 .	6 000 000	ℳ	— ₰,
„ „ „ „ 1903 .	9 000 000	„	— „
von der Bank in Gotha	5 862 400	„	— „
von städtischen Kassen und Stiftungen . .	2 896 400	„	— „
von anderen Stiftungen und Vereinen . .	52 200	„	— „
von Privatpersonen	294 380	„	28 „
Sa.	24 105 380	ℳ	28 ₰

Nach Zinsgattungen verteilt sich die Stadtschuld auf

6 100 000	ℳ	— ₰	Schuldkapitalien zu	4 %,
2 840 100	„	— „	„ „	3 3/4 %,
15 165 280	„	28 „	„ „	3 1/2 %
24 105 380	ℳ	28 ₰	in Sa.	

2. Die bereits im letzten Verwaltungsberichte kurz erwähnten Verhandlungen wegen Aufnahme eines neuen Gemeindeanlehens wurden im Laufe des Berichtsjahres zu Ende geführt.

Der im Jahre 1902 eingetretene außerordentlich günstige Stand des Geldmarktes gab der Stadtverwaltung Anlaß, der Frage näher zu treten, ob es nicht rätlich sei, in Ausnützung der Konjunkturen schon jetzt für Deckung des Geldbedarfes der Stadtgemeinde in den nächsten Jahren a conto der Stadtschuld Sorge zu tragen und dabei gleichzeitig auch eine teilweise Heimzahlung oder Umwandlung der älteren 4 %igen Nominalobligationenschuld in eine 3 1/2 %ige Schuld vorzunehmen.

Nach vielen Verhandlungen und kommissionellen Beratungen haben sodann die beiden städtischen Kollegien unterm 9. und 23. April 1903 beschlossen, zur Bestreitung des Kostenaufwandes für verschiedene teils schon genehmigte, teils bevorstehende Gemeinde=Unternehmungen

3 000 000 ℳ und zur Heimzahlung oder Umwandlung der älteren 4 %igen Nominalobligationenschuld

6 000 000 ℳ, also insgesamt

9 000 000 ℳ gegen 3 1/2 %ige Verzinsung aufzunehmen.

A conto der neu zugehenden Schuld von 3 000 000 ℳ sind im Anlehensprogramm folgende Beträge bezw. Projekte vorgesehen:

9 718	ℳ 50	₰	für Grunderwerb an der Mergentheimerstraße,
350 000	„ —	„	Mehrkosten für den Sammelkanal,
27 700	„ —	„	Mehrkosten für die Mainbrücke bei Zell,
210 000	„ —	„	Mehrkosten für das Lagerhaus,
140 000	„ —	„	für Überwölbung des Quellenbaches,
55 000	„ —	„	für Unterführung der Veitshöchheimerstraße,
90 000	„ —	„	für Verbreiterung der Sanderstraße,
120 000	„ —	„	für Errichtung eines Feuerwehrhauses mit Brausebad im Grombühl,
85 000	„ —	„	für Erweiterung des Friedhofes,
800 000	„ —	„	für Schulhausbauten in der Sanderau und Zellerau,
50 000	„ —	„	für Instandsetzung des Grafen Eckartsturmes,
200 000	„ —	„	für Nutzbarmachung der Oberzeller Quellen,
32 000	„ —	„	für Kanalisierung der Virchowstraße,
300 000	„ —	„	für weitere Kanalisierungen nach dem Lindleyschen Projekt,
530 581	„ 50	„	Reserve für unvorhergesehene Zwecke
3 000 000	ℳ —	₰	in Sa.

Für die noch nicht vollständig instruierten Projekte wurde die Genehmigung der städtischen Kollegien und der k. Regierung vorbehalten, ebenso auch für jene Ausgaben, welche auf die Reserve überwiesen werden wollen.

Ausdrücklich wurde von den städtischen Kollegien bestimmt, daß für diese neue Anleihe die nach dem letzten Tilgungsplane vom Jahre 1899 festgesetzte und mit dem Jahre 1974 endigende Tilgungsperiode beizubehalten sei.

Um dies zu ermöglichen, müßte der planmäßige Zuschuß der Kämmerei zur Verzinsung und Tilgung der Stadtschuld zu bisher 656 000 ℳ vom Jahre 1904 ab auf 757 500 ℳ erhöht werden.

Mit Entschließung der k. Regierung, Kammer des Innern, vom 7. Mai 1903 wurde die Aufnahme dieser Schuld zu 9 000 000 ℳ nach dem aufgestellten Anlehensprogramm und dem Tilgungsplan vom 1. Mai 1903 staatsaufsichtlich genehmigt.

Die Beschaffung des Geldes erfolgte, da einige Angebote von Bankinstituten zur Abgabe des benötigten Betrages gegen Schuldschein der gestellten Bedingungen wegen scheiterten, durch Inanspruchnahme des allgemeinen Geldmarktes mittelst Ausgabe von 3½%igen In-

haberschuldverschreibungen. Hiezu erteilte das k. Staatsministerium des Innern mit Entschließung vom 20. Mai 1903 die erforderliche Genehmigung.

Von den Schuldverschreibungen zu 9 000 000 ℳ wurden behufs Umwandlung der älteren 4%igen Nominalschuld

4 603 900 ℳ al pari kosten- und stempelfrei an städtische und stiftische Kassen abgegeben, für die übrigen zu

4 396 100 ℳ erging Submissionseinladung an eine größere Anzahl von Bankinstituten.

Hierauf gingen 7 Angebote ein. Davon wurde jenes eines Bankkonsortiums, bestehend aus

der Bank für Handel und Industrie in Darmstadt,
der Vereinsbank Nürnberg und
dem Bankhause Sigmund Edenfeld dahier,

auf 98,61 Kurs der zu übernehmenden Wertpapiere gegen 3%ige Verzinsung der jeweils nicht abgehobenen Valuta als das vorteilhafteste nach den übereinstimmenden und einhelligen Beschlüssen der beiden städtischen Kollegien vom 15. Mai 1903 akzeptiert und diesem Konsortium der Zuschlag erteilt.

Der Kursverlust sowie die sonstigen Emissionskosten zu in Summa 83 195,55 ℳ wurden auf die Anlehens-Reserve überwiesen.

Als unerhobene Valuta standen Ende 1903 noch 2 600 000 ℳ bei dem Konsortium aus.

3. Im Berichtsjahre wurden a conto der Stadtschuld 1 126 552 ℳ 62 ₰ für eine Reihe gemeindlicher Unternehmungen verausgabt.

Die nähere Detailierung dieser Aufwendungen sowie die Übersicht über die noch nicht erschöpften und demzufolge auf das Jahr 1904 übergehenden Kredite ist in Abschnitt II, Rechnungsergebnisse, enthalten, worauf hier Bezug genommen wird.

4. An der schwebenden Schuld ist mit Ausnahme des bereits eingangs erwähnten Schuldenzuganges von 6 673 ℳ 55 ₰ eine weitere Änderung nicht eingetreten. Dieser Betrag fand Verwendung zum Ankauf eines Grundstückes vom Kloster Himmelspforten. Die von der Grunderwerbungskasse vereinnahmten und an die Stadtkämmerei abgelieferten Pachtschillinge betrugen pro 1903: 2197 ℳ 62 ₰.

§ 11.

Schulwesen.

1. Im Berichtsjahr hat sich in der Zusammensetzung der k. Stadtschulkommission nachstehende Änderung ergeben. An Stelle der ausgeschiedenen Mitglieder J. M. Eckert und Balthasar Langlotz sowie des verstorbenen Franz Conrad traten die Magistratsräte Franz Rothstein, Franz Schmitt und Richard Kirchner ein. Für den verlebten Lehrer Johann Franz Rügamer wurde der dienstälteste Lehrer des Hauger und Pleicher Schulbezirks Oberlehrer Hans Heun als stimmberechtigtes Mitglied einberufen.

2. Mit der Inbetriebnahme des Erweiterungsbaues des Pestalozzischulhauses wuchs die Zahl der katholischen Werktagsschulklassen im Stadtteil Grombühl auf 36. Aus schultechnischen Gründen ergab sich die Notwendigkeit, im genannten Stadtgebiete einen zweiten Schulbezirk zu errichten. Dem Schulbezirk Grombühl-Ost wurde das Pestalozzischulhaus und dem Schulbezirk Grombühl-West das Josephschulhaus als Unterrichtsgebäude zugewiesen.

3. Die Zahl der Werktagsschulklassen betrug am Schlusse des Kalenderjahres 1903 158; davon waren 71 Knaben-, 78 Mädchen- und 9 gemischte (von Knaben und Mädchen gemeinschaftlich besuchte) Klassen. An den Knabenschulen, den gemischten Klassen und den protestantischen Mädchenschulen wirkten ausschließlich Lehrer, an den katholischen Mädchenschulen ausschließlich Lehrerinnen; hiervon gehörten 4 Lehrerinnen dem Konvente der Ursulinen an.

Die Mehrung der Schulklassen im Berichtsjahre betrug 6.

Nach Konfessionen ausgeschieden bestanden am Schlusse des Berichtsjahres 128 Werktagsschulklassen für Katholiken und 30 Werktagsschulklassen für Protestanten.

An der konfessionell gemischten erweiterten Fortbildungsschule für Mädchen bestanden 6 und an der allgemeinen Mädchenfortbildungsschule 29 Klassen (gegen 26 im Vorjahre); davon wurden 24 Klassen von katholischen und 5 Klassen von protestantischen Schülerinnen besucht.

Werktagsschule.

Schulbezirk	Zahl der Schulklassen	Zahl der Knaben	Zahl der Mädchen	Gesamtzahl der Knaben und Mädchen	Von den Schulkindern sind: hier geboren	nicht hier geboren	hier beheimatet	nicht hier beheimatet	Hierunter sind: Katholiken	Protestant.	Israeliten	Durchschnittszahl der Schüler einer Klasse	Von auswärts überwiesen	Nach auswärts überwiesen	Zahl der gestorbenen Kinder
Kath. Schulbezirk Grombühl-Ost	22	537	598	1135	830	305	501	634	1135	—	—	50,7	34	33	1
Kath. Schulbezirk Grombühl-West	14	366	362	728	516	212	286	442	728	—	—	52,0	26	26	—
Kath. Hauger u. Pleicher Schulbezirk	23	509	573	1082	876	206	651	431	1075	—	7	47,0	40	34	4
Kath. Domschulbezirk	25	644	654	1298	1116	182	838	460	1279	—	19	51,9	36	33	2
Kath. Sander Schulbezirk	26	602	730	1332	1008	324	798	534	1330	—	2	51,2	56	32	—
Kath. Burkarder Schulbezirk	18	486	421	907	716	191	537	370	907	—	—	50,3	35	34	4
Protest. Schulbezirk	30	693	685	1378	922	456	624	754	—	1367	11	45,9	47	80	4
Gesamtzahl	158	3837	4023	7860	5984	1876	4235	3625	6454	1367	39	49,8	274	272	15
Im Vorjahre (1902)	152	3776	3868	7644	5774	1870	3959	3685	6261	1338	45	50	248	211	10
Vor fünf Jahren (1898)	117	3330	3414	6744	4821	1923	3168	3576	5538	1148	58	58	—	—	—

4. Die Gesamtzahl der katholischen Lehrer betrug 65, die der protestantischen 30 und diejenige der Lehrerinnen 65. Der dienstlichen Stellung nach gehörten zum Lehrkörper der Volksschule 89 Volksschullehrer (hiervon einer an der erweiterten Fortbildungsschule für Mädchen), 6 Schulverweser, 53 Volksschullehrerinnen (hiervon eine an der erweiterten Fortbildungsschule für Mädchen) und 12 Schulverweserinnen. Von den Volksschullehrern bekleideten 8 die Funktion eines Lehrerobmanns, 2 die Funktion eines Lehrerobmann-Stellvertreters, 2 die Funktion eines Bezirkshauptlehrers und 4 kam der Titel „Oberlehrer" zu.

5. Über die Zahl der Werktagsschulklassen und der Schulkinder sowie über sonstige statistische Verhältnisse im Jahre 1903 gibt die Zusammenstellung auf Seite 40 Aufschluß.

6. Absenten der Werktagsschule.

a) entschuldigt wegen Krankheit:	17 408	Fälle	mit	99 162	Halbtagen	Versäumnis,
b) entschuldigt wegen sonstiger Ursachen:	1 749	„	„	5 760	„	„
c) nicht entschuldbar:	206	„	„	813	„	„
Summa	19 363	„	„	105 735	„	„

Auf jedes Kind treffen sohin durchschnittlich 6½ Tage (im Vorjahre 7½ Tage) Schulversäumnis pro Schuljahr.

7. Fortbildungsschulen.

a) Knaben-Fortbildungsschulen.

Die Knaben-Fortbildungsschulen stehen unter der Leitung des polytechnischen Zentralvereins. Für die Unterhaltung der Schulen gewährte der Stadtmagistrat dem genannten Verein pro 1903 5000 ℳ.

Unter Hinweis auf den X. Verwaltungsbericht Seite 116 und den gedruckten Jahresbericht über das Schulwesen des polytechnischen Zentralvereins sei in Kürze nur nachstehendes angeführt.

Am Schlusse des Kalenderjahres 1903 bestanden nachgenannte Schulabteilungen:

23	Sonntagsschulklassen mit	857	Schülern,
6	Mittwochsklassen mit	320	„
6	gewerbliche Fortbildungsschulklassen mit . .	187	„
5	kaufmännische Fortbildungsschulklassen mit .	251	„
4	Kurse für französische und englische Sprache mit	76	„
1	Spezialkursus für Schönschreiben mit . . .	39	„
5	Stenographiekurse für Schüler und Erwachsene mit	190	„
1	Turnkurs mit	74	„
7	Zeichenklassen mit	382	„

Damenkurse:

a)	in Buchhaltung mit	27	Schülerinnen,
b)	in Stenographie mit	45	„

gewerbliche Fachschulen:

Höhere Zeichen- und Modellierschule mit . . .		197	Schülern,
Fachschule für Friseure und Perückenmacher mit		48	„
„	„ Maler usw. mit	44	„
„	„ Bäcker mit	29	„
„	„ Konditoren mit	60	„
„	„ Wagenbauer mit	13	„
„	„ Schuhmacher mit	36	„
Samariterkurs mit		75	„
	Gesamtsumme	2884	Schüler und Schülerinnen.

b) Erweiterte Fortbildungsschule für Mädchen.

Der Unterricht wurde vormittags von 8—12 Uhr und nachmittags von 2—4 Uhr erteilt.

An der Schule wirkten 6 Lehrkräfte.

Die sechs Abteilungen der dreistufigen Anstalt wurden von 203 Schülerinnen besucht; hiervon waren 153 Katholiken, 45 Protestanten und 5 Israeliten.

Auf eine Abteilung kamen durchschnittlich 34 (im Vorjahre 32) Schülerinnen.

Die Pflichtfächer: Religionslehre, deutsche Sprache, Wechsellehre, Buchführung, Rechnen und Schönschreiben mußten von allen Schülerinnen besucht werden. Am französischen Unterricht beteiligten sich 171, am Stenographieunterricht 149, am Handarbeitsunterrichte 184 und an dem für die III. Klasse eingerichteten Koch- und Haushaltungsunterricht 41 Schülerinnen.

Dem Stande nach waren die Eltern der Schülerinnen:

89 Gewerbsleute,
16 Kaufleute,
94 Beamte und Bedienstete,
4 Privatleute

Summa 203.

Von den 203 Schülerinnen sind 145 dahier und 58 auswärts geboren, 126 dahier und 77 auswärts beheimatet.

c) Sonntags- und Montags-Fortbildungsschule für Mädchen.

Der Unterricht in den Profanfächern wurde Sonntags von 10—12 Uhr bezw. Montags von 4—6 Uhr und der Religionsunterricht Sonntags von 2—3 Uhr bezw. Montags von 3—4 Uhr erteilt.

Die Zahl der Klassen betrug 29 (gegen 26 im vorhergehenden Jahre) und zwar 24 für katholische und 5 für protestantische Schülerinnen. Die sämtlichen Klassen wurden von 1030 (im Vorjahre von 1010) Schülerinnen besucht. Hiervon waren dem religiösen Bekenntnisse nach 847 (im Vorjahre 815) Katholiken, 168 (im Vorjahre 182) Protestanten und 15 (im Vorjahre 13) Israeliten.

Die Zahl der Überweisungen von auswärts betrug 201 (im Vorjahre 183), nach auswärts 176 (im Vorjahre 119).

Von den 1030 Schülerinnen sind in Würzburg geboren 597, nicht dahier geboren 433, dahier beheimatet 507, nicht dahier beheimatet 523.

Die durchschnittliche Zahl der Schülerinnen einer Klasse betrug 36 (im Vorjahre 39).

Absenten der Fortbildungsschule:

a) entschuldigt wegen Krankheit:	1117	Fälle	mit	1436	Halbtagen	Versäumnis,
b) entschuldigt wegen sonstiger Ursachen:	479	„	„	547	„	„
c) nicht entschuldbar:	54	„	„	69	„	„
Summa	1650	„	„	2052	„	„

Durchschnittlich treffen sohin auf jede Schülerin 2 Schulversäumnisse pro Schuljahr.

8. Entlassung aus der Schule.

Am 20. Juli 1903 wurden nach erfüllter Schulpflicht und abgelegter Prüfung aus der Schule entlassen:

a) aus der städtischen Werktagsschule:

6	Kinder	(1902:	7	Kinder)	der	IV.	Klasse,
36	„	(„	35	„)	„	V.	„
123	„	(„	148	„)	„	VI.	„
572	„	(„	596	„)	„	VII.	„

sohin 737 Kinder gegen 786 Kinder im Jahre 1902;

b) aus privaten Werktagsschulen (Vinzentinum, israelitische Schule, Waisenhaus- und Elisabethenschule, Marienanstalt):

40 Kinder (gegen 52 im Vorjahre);

die Gesamtzahl der aus der Werktagsschulpflicht entlassenen Kinder belief sich demnach auf 777 (gegen 840 im Vorjahre);

c) aus den Fortbildungsschulen:

1.	aus der Knabenfortbildungsschule	438 Schüler,
2.	aus der erweiterten Fortbildungsschule für Mädchen	42 Schülerinnen,
3.	aus der Sonntags- und Montags-Fortbildungsschule für Mädchen	305 „
4.	aus den unter lit. b genannten Privatschulen	24 „

sohin insgesamt 809 Schüler und Schülerinnen (gegen 847 im Vorjahre).

9. Schulbadeanstalten

bestanden am Schlusse des Kalenderjahres 1903 nach der am 18. September 1903 erfolgten Inbetriebnahme des Erweiterungsbaues des Pestalozzischulgebäudes 5 gegen 4 im Vorjahre. Dieselben erwiesen sich als wirksame Förderer der Reinlichkeit und Gesundheit der Schulkinder. Von sämtlichen Kindern badeten

a)	in der Pestalozzischule (mit 2 Badeanstalten)	68 Prozent,
b)	„ „ Josephschule	55,5 „
c)	„ „ Hauger Schule	43,5 „
d)	„ „ Zentralschule	55 „

aller Schüler und Schülerinnen.

10. Die zahnärztliche Untersuchung der Zähne der Schulkinder fand wie in den Vorjahren in dem von Professor Dr. Andreas Michel geleiteten k. zahnärztlichen Institute der Universität dahier statt. Im ganzen wurden 1447 Schulkinder zahnärztlich untersucht und bei gegebener Notwendigkeit mit Zustimmung der Eltern zahnärztlich behandelt.

11. Die von dem Stadtschulrate im Verein mit dem Rentner Oskar Reibert und dem Kaufmann Karl Heim ins Leben gerufene und von dem Frauenverein (insbesondere von Frau Rentnersgattin Anna Geiller) fachkundig geleitete Suppenanstalt war während der kälteren Jahreszeit für jene Schulkinder geöffnet, welche zu Hause nicht regelmäßig ein warmes Mittagsessen erhielten. Täglich, die Sonn- und Feiertage ausgenommen, wurden durchschnittlich 238 (im Vorjahre 201) Schulkinder in sechs Lokalen unentgeltlich gespeist.

12. Die in hiesiger Stadt bestehenden Hortanstalten für Knaben und Mädchen hatten eine stetige Besetzung von 171 Zöglingen. Die Horte, welche zum Teil auch aus städtischen Mitteln unterhalten werden, erwiesen sich nicht nur als eine wohltätige Einrichtung für Eltern und Kinder, sie unterstützten auch die Schule in der Erfüllung ihrer Aufgabe als Erzieherin der ihr anvertrauten Jugend.

13. Der von der Stadtgemeinde finanziell unterstützte Verein für Ferienkolonien ermöglichte während der Sommerferien 1903 100 (im Vorjahre 80) armen und erholungsbedürftigen Schulkindern einen Landaufenthalt (in Fuchsstadt bei Hammelburg und Euerdorf)

von je 3 Wochen. Führer der Kinder waren die Volksschullehrer Longin Roßteuscher und Georg Walter sowie die Horterzieherin Gabriele Echinger.

14. In dem Stande der unter Aufsicht des Stadtmagistrat Würzburg stehenden Privat-Unterrichts- und Erziehungsanstalten, deren Zahl z. Z. 22 beträgt, trat im Berichtsjahre eine Änderung nicht ein. Sämtliche Anstalten wurden auf Grund der k. Allerhöchsten Verordnung vom 18. April 1873, die Errichtung und Leitung von Erziehungs- und Unterrichtsanstalten betr., vom Stadtschulrate wie jedes Jahr einer Inspektion unterzogen.

15. Eine neue Dienstesanweisung für die städtischen Schulhausmeister, deren Zahl im Berichtsjahre 9 betrug, wurde unterm 20. Februar 1903 erlassen. Diese Dienstesanweisung enthält auch detaillierte Bestimmungen über die Reinhaltung, Beheizung und Lüftung der Schulgebäude, sowie über die hierfür zu gewährende Vergütung.

16. Unterm 23. Jan. 1903 erließ der Stadtmagistrat mit Zustimmung des Kollegiums der Gemeindebevollmächtigten und mit Genehmigung der k. Regierung ein neues Schulstatut gemäß Art. 84 der diesrheinischen Gemeindeordnung und Art. 13 des Schulbedarfsgesetzes vom 28. Juli 1902.

Dasselbe hat folgenden Wortlaut:

I. Organisatorische Bestimmungen.

§ 1. Die Anstellung des Lehrpersonals an den Volksschulen der Stadt Würzburg einschließlich der denselben angegliederten und auf städtische Kosten unterhaltenen Fortbildungs- und Fachschulen erfolgt auf Vorschlag (Präsentation) des Stadtmagistrats unter Mitwirkung des Gemeindekollegiums durch die k. Kreisregierung.

Die Anstellung ist nach den bestehenden Verordnungen eine widerrufliche.

§ 2. Die dahier zur Anstellung gelangenden Lehrer und Lehrerinnen haben zunächst eine dreijährige Verweserzeit zurückzulegen.

Nach Ablauf dieser Zeit werden dieselben auf Ansuchen bei allseitiger Würdigkeit in bezug auf dienstliches und sittliches Verhalten, Fleiß und Lehrerfolg vom Stadtmagistrat der k. Kreisregierung zur Anstellung als Volksschullehrer bezw. Volksschullehrerinnen in Vorschlag gebracht.

Die ſtädtiſchen Kollegien behalten ſich vor, behufs Gewinnung hervorragend tüchtiger Lehrkräfte ſolchen Bewerbern um hieſige Schulſtellen, welche auswärts bereits eine längere Dienſtzeit als Volksſchullehrer (Volksſchullehrerinnen) zurückgelegt haben, die Verweſerzeit ganz oder zum Teil zu erlaſſen.

§ 3. Lehrerinnen und Verweſerinnen ſcheiden im Falle ihrer Verehelichung aus dem ſtädtiſchen Schuldienſte aus und verzichten damit zugleich der Stadtgemeinde gegenüber auf alle aus ihrer Tätigkeit an der hieſigen Volksſchule erworbenen Rechte.

§ 4. Die Zuſtändigkeit der k. Stadtſchulkommiſſion und des Stadtmagiſtrats als der dem geſamten Lehrperſonal vorgeſetzten Schulbehörden bemißt ſich nach den hierüber beſtehenden beſonderen Beſtimmungen.

Alle Anordnungen der k. Stadtſchulkommiſſion, welche einen finanziellen Aufwand für die Stadtgemeinde bedingen, bedürfen der Zuſtimmung des Stadtmagiſtrats und ſoweit außeretatmäßige Aufwendungen in Frage kommen, überdies der Zuſtimmung des Gemeindekollegiums.

In disziplinärer Hinſicht unterſteht die ſtädtiſche Lehrerſchaft der k. Stadtſchulkommiſſion.

II. Pflichten des Lehrperſonals.

§ 5. Das Lehrperſonal iſt verpflichtet, ſich mit voller Kraft der doppelten Aufgabe der Schule — Unterrichtung und Erziehung der Jugend — zu widmen und auch außerhalb der Schule ein nach jeder Richtung ſtandeswürdiges Verhalten zu beobachten.

Über Art, Ort und Umfang der Lehr- und Erziehungstätigkeit ſowie über die Zuteilung der Schulklaſſen an die einzelnen Lehrkräfte beſtimmt die k. Stadtſchulkommiſſion, deren diesbezügliche Anordnungen gewiſſenhaft zu befolgen ſind.

§ 6. Die regelmäßige Unterrichtszeit (Pflichtſtundenzahl) beträgt 28 Stunden in der Woche.

Gegen beſondere Vergütung iſt jeder Lehrer verpflichtet auf Verlangen der k. Stadtſchulkommiſſion bis zu 32 Wochenſtunden zu übernehmen.

In die Unterrichtszeit wird eingerechnet:

1. jeder Unterricht, der auf Anordnung der k. Stadtschulkommission erteilt wird (also einschließlich des Turn-, Handarbeit- und Nachhilfeunterrichts),

2. die Teilnahme an dem durch die zuständige Geistlichkeit erteilten Religionsunterrichte und die Beaufsichtigung des durch Fachlehrer erteilten Turnunterrichts, soweit dieselbe auf Anordnung der k. Stadtschulkommission stattfindet.

§ 7. Die Annahme von Geschenken irgend welcher Art von Schülern der eigenen Klasse und deren Angehörigen ist bei Meidung disziplinärer Einschreitung verboten.

Die Ausübung eines aus dem Rahmen der Lehrtätigkeit heraustretenden Nebenerwerbes geschäftlicher oder gewerblicher Art, insbesondere die Übernahme von Versicherungsagenturen ist nur mit ausdrücklicher Erlaubnis der k. Stadtschulkommission gestattet.

III. Rechte des Lehrpersonals.

§ 8. Die Gehaltsbezüge des städtischen Lehrpersonals bemessen sich nach der diesem Statut beigegebenen Gehaltsskala.

Dieselben werden jeweils in Monatsraten durch die Stadtkämmerei im voraus ausgezahlt.

Jede Gehaltsvorrückung ist durch die Würdigkeit des Beteiligten bedingt und von der Genehmigung des Stadtmagistrats abhängig, die nur mit Zustimmung der k. Kreisregierung erteilt oder versagt werden darf.

Auswärts zugebrachte Dienstjahre werden bei der Anwendung des Gehaltsregulativs nicht angerechnet.

§ 9. Neben den in § 8 Abs. I bezeichneten Gehaltsbezügen werden dem Lehrpersonal die ihm seither aus Staatsfonds zugeflossenen Dienstalterszulagen und sonstigen Zulagen, an deren Stelle der Stadtgemeinde nach Art. 14 des Schulbedarfgesetzes vom 28. Juli 1902 ein Bauschbetrag gewährt wird, vorbehaltlich anderweitiger Regelung und vorerst auf die Dauer von sechs Jahren (1903—1908) als nicht pensionsfähige Bezüge in der seitherigen Höhe und in den seitherigen Vorrückungsperioden weiter gewährt, ohne daß jedoch eine rechtliche Verpflichtung der Stadtgemeinde zu einer Mehrleistung über den Betrag der Bauschabfindung hinaus besteht.

§ 10. Außer den in §§ 8 und 9 bezeichneten gemeindlichen Bezügen werden dem Lehrpersonal für besondere Dienstleistungen, vorbehaltlich anderweitiger Regelung, aus der Stadtkämmereikasse noch folgende Funktionszulagen gewährt:

1. bei Übernahme von mehr als 28 Wochenstunden (§ 6) eine Vergütung von

60 ℳ jährlich für Lehrer und Verweser,
36 ℳ „ „ Lehrerinnen und Verweserinnen

und zwar für je eine weitere Wochenstunde und auf die Dauer dieser besonderen Dienstleistung;

2. dem Lehrpersonal der obersten drei Schulklassen bei einer Unterrichtsleistung von wenigstens 28 Stunden in der Woche ein sogenanntes Korrekturgeld von

120 ℳ jährlich für Lehrer und Verweser,
72 ℳ „ „ Lehrerinnen und Verweserinnen;

3. für Übernahme der Funktion eines Lehrerobmannes eine Vergütung von 300 ℳ jährlich.

IV. Schlußbestimmungen.

§ 11. Vorliegendes Statut tritt unter Aufhebung des Statuts vom 24. Mai 1878 und der zu demselben ergangenen Nachträge mit dem 1. Januar 1903 in Kraft.

§ 12. Bezüglich der Schulen des Ursulinenklosters und bezüglich des Fachlehrpersonals an den städtischen Schulen (vgl. § 1 Abs. I) hat es bei den seitherigen Verhältnissen und den in dieser Richtung ergehenden besonderen Bestimmungen sein Bewenden.

Unberührt bleiben ferner durch vorliegendes Statut:

1. das Statut für die städtische Lehrerpensionskasse vom 23. Mai 1890,
2. die Bestimmungen der Schul- und Lehrordnung für die Volksschulen der Stadt Würzburg vom 28. September 1898, insbesondere die §§ 1 („Schulverwaltung") und 11 („Privatunterricht") der Schulordnung,
3. das Statut für die erweiterte Fortbildungsschule für Mädchen vom 1. Juli 1897,
4. die Dienstesinstruktion für die Lehrerobmänner vom 27. Juni 1900.

§ 13. Dem Stadtmagistrat steht es unbeschadet der Zuständigkeit anderer Behörden jederzeit frei, dieses Statut unter Beachtung der Bestimmungen des Schulbedarfgesetzes vom 28. Juli 1902 abzuändern oder aufzuheben.

Zivilrechtlich verfolgbare Ansprüche gegenüber der Stadtgemeinde werden durch dasselbe nicht begründet.

Die wesentlichsten Neuerungen des vorstehend abgedruckten Statuts gegenüber dem „Statut über die Pflichten und Rechte des Lehrpersonals an den Volksschulen der Stadt Würzburg" vom 24. Mai 1878 sind folgende:

a) Die Bestimmungen über die Zuständigkeit bei der Anstellung des Lehrpersonals wurden durch § 1 des neuen Statuts ausdrücklich auf die sämtlichen den Volksschulen angegliederten und auf städtische Kosten unterhaltenen Fortbildungs- und Fachschulen ausgedehnt.

b) Mehrfache mißliche Erfahrungen bei der Durchführung von Disziplinarverhandlungen gegen Lehrer gaben Veranlassung die Lehrerschaft in disziplinärer Hinsicht ausschließlich der k. Stadtschulkommission zu unterstellen (§ 4 Abs. III), während seither der Stadtmagistrat ebenso wie die k. Stadtschulkommission als zuständig erachtet worden waren. Die Zweifel, welche in dieser Hinsicht angesichts des (nach mehrfacher Richtung zu beklagenden) Mangels eines Volksschulgesetzes bestanden und im allgemeinen noch immer bestehen, sind hiernach, wenigstens soweit die hiesigen Volksschulen in Frage kommen, behoben und es wurde hiedurch nicht nur einer Forderung der Lehrerschaft Rechnung getragen, sondern auch dem Stadtmagistrat das odiöse Recht der disziplinären Einschreitung gegen Stadtschullehrer (— das von ihm jeweils zugleich als eine Pflicht aufgefaßt worden war —) abgenommen. Auch hinsichtlich der Art, des Ortes und des Umfanges der Lehr- und Erziehungstätigkeit sowie der Zuteilung der Schulklassen an die einzelnen Lehrkräfte wurde die k. Stadtschulkommission als ausschließlich zuständig bezeichnet (§ 5 Abs. II), da die Zuständigkeit, welche seither in den gedachten Richtungen dem Stadtmagistrat neben der k. Stadtschulkommission zukam, praktisch bedeutungslos war.

c) Aus schuldienstlichen und finanziellen Gründen wurde bestimmt, daß in der Folge auch die männlichen Lehrkräfte wieder in der Regel eine mehrjährige Verweserzeit zurückzulegen haben, ehe sie zur Anstellung als „Volksschullehrer" (seither „wirkliche" oder mißbräuchlich „definitive" Lehrer genannt) gelangen (§ 2), doch wurde zugleich die Dauer der Verweserzeit für männliche wie für weibliche Lehrkräfte von 5 auf 3 Jahre herabgesetzt.

d) Die Verbote des Haltens von „Nachschulen", der Benützung des Schullokales zu anderen als den vorgeschriebenen Unterrichtszwecken und der Erteilung von Privatunterricht an Schüler der eigenen Klasse wurden aus dem Schulstatut ausgeschieden, ebenso die sämtlichen organisatorischen Bestimmungen über die Lehrerobmänner und den Lehrerrat, da alle diese Verhältnisse durch die „Schul- und Lehrordnung" vom Jahre 1898 (vergl. X. Verw.-Ber. S. 101/102) geregelt sind.

e) Da die Gehaltsverhältnisse der städtischen Lehrerschaft erst im Jahre 1901 im Sinne einer erheblichen Aufbesserung geregelt worden waren (vergl. XI. Verw.-Ber. S. 43/44) und die damals festgesetzten Gehaltsbezüge auch den weitgehenden Anforderungen des Schulbedarfgesetzes vom 28. Juli 1902 vollkommen gerecht wurden ja noch erheblich darüber hinausgingen, bestand bei Erlassung des neuen Schulstatuts keine Veranlassung eine neuerliche Gehaltsregulierung vorzunehmen; man beschränkte sich vielmehr darauf, die damals aufgestellte Gehaltsskala, welche die künftigen Gehaltssätze der städtischen Lehrerschaft normierte, dem neuen Schulstatut anhangsweise beizugeben. Dagegen war eine ausdrückliche Bestimmung veranlaßt darüber, wie es mit den seither aus Staatsfonds bezahlten und nunmehr (durch Art. 14 des Schulbedarfsgesetzes vom 28. Juli 1902) pauschalierten „Dienstalterszulagen" zu halten sei; die diesbezügliche (provisorische) Bestimmung enthält § 9 des Schulstatus (s. o.).

Wie bereits im XI. Verwaltungs-Bericht S. 44 bemerkt, mußte bei der allgemeinen Gehaltsaufbesserung im Jahre 1901 die Einreihung der einzelnen Lehrkräfte in das neue Gehaltsregulativ nach Maßgabe des Dienstalters jedes Einzelnen aus prinzipiellen und finanziellen Gründen abgelehnt werden. Da nun bei der Erlassung des neuen Schulstatuts eine Änderung der Gehaltssätze im allgemeinen wie der Gehaltsbezüge jedes einzelnen Lehrers nicht beabsichtigt und auch nicht veranlaßt war, verblieb es auch hinsichtlich der Einreihung nach Maßgabe des tatsächlichen Dienstalters bei den früheren ablehnenden Beschlüssen, m. a. W. den Gehaltssätzen des neuen Schulstatuts kommt eine rückwirkende Kraft (über den 1. Januar 1901 zurück) nicht zu. Die hiegegen von einer Lehrergruppe erhobene Beschwerde wurde in allen Instanzen abgewiesen.

f) Auf Grund des neuen Schulbedarfgesetzes darf eine Gehaltsvorrückung nur mehr mit Zustimmung der k. Kreisregierung erteilt oder versagt werden (§ 8 Abs. III).

Um einem Wunsche des Gemeindekollegiums zu entsprechen, werden als Anhang zu gegenwärtigem Paragraphen die vom 1. Januar 1903 ab geltenden Gehaltssätze für die Volksschullehrer in den 5 größten Städten des Königreichs (r. d. Rh.) nach einer Zusammenstellung des Herrn I. Bürgermeisters von Nürnberg Dr. von Schuh beigedruckt.

Lehrergehälter in den bayerischen Städten vom 1. Januar 1903 an.

Dienst-Jahre	München 1. Dez. 1900: 499932 Einw.			Nürnberg 1. Dez. 1900: 261081 Einw.			Augsburg 1. Dez. 1900: 89170 Einw.			Würzburg 1. Dez. 1900: 75499 Einw.			Fürth 1. Dez. 1900: 54144 Einw.			
													a) Lehrer vor dem 1. Januar 1903			b) Lehrer nach dem 1. Jan. 1903
	Hauptgehalt	Persönliche Zulage (v. 1. Jan. nach 5 Jahren von der Anstellungsprüfung an gerechnet)	Gesamtgehalt	Hauptgehalt	a) für staatliche b) als städtische Zulage	Gesamtgehalt	Hauptgehalt	a) nicht pens.-ber. Funktionszulage einschl. Wohnungsentschädigung b) nicht pens.-ber. Dienstalterszulage	Gesamtgehalt	Hauptgehalt	a) für staatliche Zulage b) Wohnungsgeld	Gesamtgehalt	Hauptgehalt	für staatl. Zulage	Gesamtgehalt	Gesamtgehalt
	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
1	2100	–	**2100**	1920	a. 90 b. 180	**2190**	1300	a. 550 b. 90	**1940**	1740	a. 90 b. 240	**2070**	1800	90	**1890**	**1890**
2	2100		**2100**	1920	a. 90 b. 180	**2190**	1300	a. 550 b. 90	**1940**	1740	a. 90 b. 240	**2070**	1800	90	**1890**	**1890**
3	2100	140	**2240**	1920	a. 90 b. 180	**2190**	1300	a. 550 b. 90	**1940**	1740	a. 90 b. 240	**2070**	1980	90	**2070**	**2070**
4	2340	168	**2508**	2040	a. 180 b. 180	**2400**	1300	a. 550 b. 180	**2030**	1740	a. 180 b. 240	**2160**	1980	90	**2070**	**2070**
5	2340	196	**2536**	2040	a. 180 b. 180	**2400**	1300	a. 550 b. 180	**2030**	1980	a. 180 b. 240	**2400**	1980	90	**2070**	**2070**
6	2340	224	**2564**	2040	a. 180 b. 180	**2400**	1425	a. 550 b. 180	**2155**	1980	a. 180 b. 240	**2400**	2160	180	**2340**	**2340**
7	2580	252	**2832**	2160	a. 270 b. 180	**2610**	1425	a. 550 b. 270	**2245**	1980	a. 270 b. 240	**2490**	2160	180	**2340**	**2340**
8	2580	280	**2860**	2160	a. 270 b. 180	**2610**	1425	a. 550 b. 270	**2245**	1980	a. 270 b. 240	**2490**	2160	180	**2340**	**2340**
9	2580	280	**2860**	2160	a. 360 b. 180	**2700**	1425	a. 550 b. 360	**2335**	2220	a. 360 b. 300	**2880**	2160	270	**2430**	**2520**
10	2580	280	**2860**	2280	a. 360 b. 180	**2820**	1425	a. 550 b. 360	**2335**	2220	a. 360 b. 300	**2880**	2340	270	**2610**	**2520**

					a. 360			a. 640			a. 360							
11	2820	280	3100	2280	b. 180	2820	1550	b. 360	2550	2220	b. 300	2880	2340	360	2700	2520		
					a. 360			a. 640			a. 360							
12	2820	280	3100	2280	b. 180	2820	1550	b. 360	2550	2220	b. 300	2880	2340	360	2700	2700		
					a. 360			a. 640			a. 360							
13	2820	280	3100	2400	b. 180	2940	1550	b. 360	2550	2460	b. 300	3120	2340	360	2700	2700		
					a. 450			a. 640			a. 450							
14	2820	280	3100	2400	b. 180	3030	1550	b. 450	2640	2460	b. 300	3210	2340	360	2700	2700		
					a 450			a. 640			a. 450							
15	2820	280	3100	2400	b. 180	3030	1550	b. 450	2640	2460	b. 300	3210	2520	360	2880	2880		
					a. 450			a. 730			a. 450							
16	3060	280	3340	2520	b. 180	3150	1675	b. 450	2855	2460	b. 300	3210	2520	450	2970	2880		
					a. 450			a. 730			a. 450							
17	3060	280	3340	2520	b. 180	3150	1675	b. 450	2855	2700	b. 300	3450	2520	450	2970	2880		
					a. 450			a. 730			a. 450							
18	3060	280	3340	2520	b. 180	3150	1675	b. 450	2855	2700	b. 300	3450	2520	450	2970	3060		
					a. 540			a. 730			a. 540							
19	3060	280	3340	2520	b. 180	3240	1675	b. 570	2975	2700	b. 300	3540	2520	450	2970	3060		
					a. 540			a. 730			a. 540							
20	3060	280	3340	2520	b. 180	3240	1675	b. 570	2975	2700	b. 300	3540	2640	450	3090	3060		
					a. 540			a. 820			a. 540							
21	3300	280	3580	2640	b. 180	3360	1800	b. 570	3190	2820	b. 300	3660	2640	570	3210	3240		
					a. 540			a. 820			a. 540							
22	3300	280	3580	2640	b 180	3360	1800	b. 570	3190	2820	b. 300	3660	2640	570	3210	3240		
					a. 540			a. 820			a. 540							
23	3300	280	3580	2640	b. 180	3360	1800	b. 570	3190	2820	b. 300	3660	2640	570	3210	3240		
					a. 630			a. 820			a. 630							
24	3300	280	3580	2640	b. 180	3450	1800	b. 690	3310	2820	b. 300	3750	2640	570	3210	3240		
					a. 630			a. 820			a. 630							
25	3300	280	3580	2640	b. 180	3450	1800	b. 690	3310	2820	b. 300	3750	2760	570	3330	3240		
					a. 630			a. 910			a. 630							
26	3540	280	3820	2760	b. 180	3570	1900	b. 690	3500	2940	b. 300	3870	2760	690	3450	3480		
					a. 630			a. 910			a. 630							
27	3540	280	3820	2760	b. 180	3570	1900	b. 690	3500	2940	b. 300	3870	2760	690	3450	3480		
					a. 630			a. 910			a. 630							
28	3540	280	3820	2760	b. 180	3570	1900	b. 690	3500	2940	b. 300	3870	2760	690	3450	3480		

Dienst-Jahre	München 1. Dez. 1900: 499932 Einw.			Nürnberg 1. Dez. 1900: 261081 Einw.			Augsburg 1. Dez. 1900: 89170 Einw.			Würzburg 1. Dez. 1900: 75499 Einw.			Fürth 1. Dez. 1900: 54144 Einw.			
													a) Lehrer vor dem 1. Januar 1903			b) Lehrer nach dem 1. Jan. 1903
	Hauptgehalt	Persönliche Zulage (v. 1. Jan. nach 5 Jahren von der Anstellungsprüfung an gerechnet)	Gesamtgehalt	Hauptgehalt	a) für staatliche b) alsstädtische Zulage	Gesamtgehalt	Hauptgehalt	a) nicht pens.-ber. Funktionszulage einschl. Wohnungsentschädigung b) nicht pens.-ber. Dienstaltereszulage	Gesamtgehalt	Hauptgehalt	a) für staatliche Zulage b) Wohnungsgeld	Gesamtgehalt	Hauptgehalt	für staatl. Zulage	Gesamtgehalt	Gesamtgehalt
	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
29	3540	280	3820	2760	a. 720 b. 180	3660	1900	a. 910 b. 810	3620	2940	a 720 b. 300	3960	2760	690	3450	3480
30	3540	280	3820	2760	a. 720 b. 180	3660	1900	a. 910 b. 810	3620	2940	a. 720 b. 300	3960	2880	690	3570	3480
31	3780	280	4060	2880	a. 720 b. 180	3780	2000	a. 1000 b. 810	3810	3060	a. 720 b. 300	4080	2880	810	3690	3690
32	3780	280	4060	2880	a. 720 b. 180	3780	2000	a. 1000 b. 810	3810	3060	a. 720 b. 300	4080	2880	810	3690	3690
33	3780	280	4060	2880	a. 720 b. 180	3780	2000	a. 1000 b. 810	3810	3060	a. 720 b. 300	4080	2880	810	3690	3690
34	3780	280	4060	2880	a. 810 b. 180	3870	2000	a. 1000 b. 930	3930	3060	a. 810 b. 300	4170	2880	810	3690	3690
35	3780	280	4060	2880	a. 810 b. 180	3870	2000	a. 1000 b. 930	3930	3060	a. 810 b. 300	4170	3000	810	3810	3690
36	4020	280	4300	3000	a. 810 b. 180	3990	2000	a. 1000 b. 930	3930	3180	a. 810 b. 300	4290	3000	930	3930	3900
37	4020	280	4300	3000	a. 810 b. 180	3990	2000	a. 1000 b. 930	3930	3180	a. 810 b. 300	4290	3000	930	3930	3900
38	4020	280	4300	3000	a. 810 b. 180	3990	2000	a. 1000 b. 930	3930	3180	a. 810 b. 300	4290	3000	930	3930	3900
39	4020	280	4300	3000	a. 900 b. 180	4080	2000	a. 1000 b. 930	3930	3180	a. 900 b. 300	4380	3000	930	3930	3900

40	4020	280	**4300**	3000	a. 900 b. 180	**4080**	2000	a. 1000 b. 930	**3930**	3180	a. 900 b. 300	**4380**	3120	930	**4050**	**3900**
41	4020	280	**4300**	3120	a. 900 b. 180	**4200**	2000	a. 1000 b. 930	**3930**	3300	a. 900 b. 300	**4500**	3120	930	**4050**	**4020**
42	4020	280	**4300**	3120	a. 900 b. 180	**4200**	2000	a. 1000 b. 930	**3930**	3300	a. 900 b. 300	**4500**	3120	930	**4050**	**4020**
43	4020	280	**4300**	3120	a. 900 b. 180	**4200**	2000	a. 1000 b. 930	**3930**	3300	a. 900 b. 300	**4500**	3120	930	**4050**	**4020**
44	4020	280	**4300**	3120	a. 990 b. 180	**4290**	2000	a 1000 b. 930	**3930**	3300	a. 990 b. 300	**4590**	3120	930	**4050**	**4020**
45	4020	280	**4300**	3120	a. 990 b. 180	**4290**	2000	a. 1000 b. 930	**3930**	3300	a. 990 b. 300	**4590**	3240	930	**4170**	**4020**
46	4020	280	**4300**	3240	a. 990 b. 180	**4410**	2000	a. 1000 b. 930	**3930**	3420	a. 990 b. 300	**4710**	3240	930	**4170**	**4140**
47	4020	280	**4300**	3240	a. 990 b. 180	**4410**	2000	a. 1000 b. 930	**3930**	3420	a. 990 b. 300	**4710**	3240	930	**4170**	**4140**
48	4020	280	**4300**	3240	a. 990 b. 180	**4410**	2000	a. 1000 b. 930	**3930**	3420	a. 990 b. 300	**4710**	3240	930	**4170**	**4140**
49	4020	280	**4300**	3240	a. 1080 b. 180	**4500**	2000	a. 1000 b. 930	**3930**	3420	a. 1080 b. 300	**4800**	3240	930	**4170**	**4140**
50	4020	280	**4300**	3240	a. 1080 b. 180	**4500**	2000	a 1000 b. 930	**3930**	3420	a. 1080 b. 300	**4800**	3360	930	**4290**	**4140**

17. Dem Bedürfnisse nach vermehrten Schulräumen im Stadtteil Grombühl wurde durch die Errichtung eines Erweiterungsbaues des Pestalozzischulhauses Rechnung getragen. Am 18 September 1903 wurde der Erweiterungsbau seinem Zwecke übergeben. Das neue Schulgebäude ist mit der Hauptfront gegen Süden so situiert, daß zwischen ihm und dem Vordergebäude der Pestalozzischule ein durchschnittlich 28 m breiter Hofraum verbleibt.

Der Erweiterungsbau gliedert sich bei 88 m Frontlänge in 2 dreigeschossige Flügelbauten mit je 9 Lehrsälen und 1 zweigeschossigen Mittelbau, in dem 2 Turnhallen übereinander liegen. Durch diese Gliederung ist die Trennung der Schulkinder nach Geschlechtern vollständig ermöglicht.

Der eine Flügelbau enthält im Souterrain eine aus 3 Zimmern, Küche, Abort und Waschhaus bestehende Wohnung für den Hausmeister, ferner das Kesselhaus, den Raum zur Aufbewahrung der Kohlen und 1 Reparaturwerkstätte, der andere Flügelbau enthält im Souterrain das Schulbrausebad mit Ankleideraum und Wäschetrockenkammer, 1 Abort und Lagerräume. In den 3 Hauptgeschossen der beiden Flügelbauten befinden sich zusammen je 6 Lehrsäle mit zugehörigen verschließbaren Garderoberäumlichkeiten und die Aborte mit Vorraum. Im I. Stock der beiden Flügelbauten ist auch je ein Lehrerzimmer vorhanden.

Die Lehrsäle sind 10,00 m bis 10,75 m lang, 6,65 m bis 7,00 m breit und 4,00 m bis 4,15 m hoch; alle Lehrsäle liegen nach Süden. Bei voller Besetzung eines Schulsaals mit 60 Kindern trifft auf das Kind eine Bodenfläche von 1,10 qm bis 1,20 qm und ein Luftraum von 4,60 cbm bis 4,90 cbm.

Jeder Lehrsaal hat drei große Fenster, deren reine Glasfläche $^1/_6$ bis $^1/_5$ der Bodenfläche beträgt. Die Fenster sind doppelt verglast und mit Oberlichtklappflügeln, Jalousien und cremefarbigen Vorhängen versehen.

Die Ausführung des Erweiterungsbaues und dessen innere Einrichtung entsprechen im übrigen mit geringen Abweichungen derjenigen des Vorderbaues, welche im Verwaltungsbericht für das Jahr 1902 ausführlich beschrieben ist. Von den erwähnten Abweichungen sind bemerkenswert die Ausführung der Zwischendecken in freitragender Betoneisenkonstruktion (Voutendecken) bis auf 6 m Spannweite und die Anbringung der Heizkörper längs der ganzen Fensterwand unter durchbrochenem Brüstungsgetäfel.

Die 2 Turnhallen sind je 17 m lang, 13 m breit und 5,70 m hoch. Die im Erdgeschosse befindliche Turnhalle ist für Knaben und die im I. Stocke liegende für Mädchen bestimmt. Die Mädchenturnhalle hat eine bessere Ausstattung und eine gewölbte Holzdecke erhalten, da sie gleichzeitig als Raum zur Abhaltung von Schulfesten u. dergl. dienen soll.

Die überbaute Fläche des Erweiterungsbaues beträgt 1360 qm, der umbaute Raum vom Souterrain bis zum Dachboden 21350 cbm. Die Bau- und Errichtungskosten beziffern sich einschließlich der auf den Straßenbau und die Herstellung des Schulhofes erwachsenden Kosten auf rund 330000 ℳ. Der Anteil an Bauplatzkosten beträgt 15000 ℳ, so daß also die Gesamtkosten des Erweiterungsbaues mit 18 Lehrsälen und 2 Turnhallen sich auf 345000 ℳ belaufen.

18. Der Gesamtaufwand der Stadtgemeinde für das Volksschulwesen im Berichtsjahre beziffert sich auf 804476,35 ℳ. Hiervon entfallen auf die Besoldung des Lehrpersonals 397012,94 ℳ, auf die Unterhaltung der Schulgebäude 18605,75 ℳ und auf Schulhausneubauten (letztere a conto der Stadtschuld) 319022,59 ℳ.

§ 12.

Stadttheater, städtische Sammlungen und Bibliotheken.

I. Stadttheater.

Das Stadttheater stand zu Beginn des Jahres und bis 15. April 1903 noch unter der Leitung des Direktors Heinrich Adolphi (vgl. 12. Verw.-Ber. S. 55). Von dieser Zeit ab wurde Adolphi seines Vertrages, der erst mit dem Jahre 1908 enden sollte, durch gemeinsamen Beschluß der städtischen Kollegien auf Ansuchen entbunden. Als sein Nachfolger wurde unter 36 Bewerbern der Direktor des Sommertheaters in Baden-Baden und des Stadtgartentheaters in Karlsruhe Heinrich Hagin von Ludwigshafen gewählt, welcher mit

Beginn der Saison 1903/04 die Direktion übernahm und zwar vorerst auf die Dauer von drei Jahren. Demselben wurde eine Subvention von 4000 ℳ bewilligt, deren Erhöhung auf 6000 ℳ bei zufriedenstellender Leistung in Aussicht gestellt wurde.

Der Gesamtaufwand der Stadtgemeinde für Zwecke des Stadttheaters betrug im Berichtsjahre 23501 ℳ 70 ₰, nämlich

6000,00	ℳ	bare Subvention für Adolphi (Saison 1902/03),
900,00	„	Anschlag der Wohnung für den Theaterdirektor,
6339,60	„	Kosten der elektrischen Beleuchtung,
1855,80	„	„ „ Sicherheitsbeleuchtung,
2142,27	„	„ „ Beheizung,
4424,96	„	„ „ Unterhaltung der Bühne, Anschaffung und Unterhaltung der Dekorationen usw.,
407,20	„	Kosten für Mobiliarfeuerversicherung,
1431,87	„	„ „ Unterhaltung des Theatergebäudes
23501,70	ℳ	gegen
19028,68	ℳ	im Jahre 1902.

Der Mehraufwand gegenüber dem Vorjahre ist begründet durch die Erhöhung der Subvention des Direktors von 3600 ℳ auf 6000 ℳ und durch die Neuanschaffung der von Professor Max Brückner in Coburg gemalten Dekorationen zu der „Götterdämmerung".

Die Bedienung und Überwachung der elektrischen Beleuchtung oblag wie in den Vorjahren dem Privatinstallateur Martin Hartlieb jr.

II. Städtische Kunst- und Münzensammlung.

Im Verwaltungsjahre 1903 erhielt die Stadt Würzburg von seiten der Frau Betti Stürtz in München aus dem Nachlasse ihres Gatten, des Kunstmalers Ludwig Stürtz ein großes Gemälde „Ahasverus" zum Geschenk. Dieses auf 10000 ℳ gewertete Bild, das letzte Werk des leider so früh verstorbenen Künstlers, des langjährigen Besitzers und Leiters der Universitätsdruckerei (Stürtz) wurde den städtischen Sammlungen einverleibt. Die hochherzige Schenkung wird das Andenken an „Ludwig Stürtz" als Künstler wie als ehemaligen Bürger der Stadt stets wach erhalten.

Mit den Ankäufen im Rahmen des für die Sammlungen bewilligten Jahreskredits wurde etwas zurückgehalten, um im Falle sich

bietender Gelegenheiten zur Erwerbung größerer Objekte fränkiſchen Urſprungs reichlichere Mittel zur Verfügung zu haben; es wurden daher für Ankäufe nur 336 ℳ verausgabt; hiedurch und durch ſonſtige Zuwendungen iſt eine Mehrung der Sammlungen um 58 Nummern eingetreten.

Die Sammlungen der Stadt und die mit denſelben im ſtädtiſchen Gebäude Maxſtraße Nr. 4 vereinigten Sammlungen des fränkiſchen Kunſt- und Altertumsvereins waren vom 3. Mai bis einſchließlich 1. November 1903 dem allgemeinen Beſuche des Publikums zugänglich; ſie wurden von 3877 Perſonen gegenüber 3272 im Vorjahre — demnach von 605 Perſonen mehr — beſichtigt.

III. Amtsbibliothek.

Für die ſtädt. Amtsbibliothek wurden im Berichtsjahre 1705,13 ℳ verausgabt. An größeren Werken wurden angeſchafft:

v. Erichſen-Weiße, Die Führung der Standesregiſter, 9. Aufl.
Oertmann, Bayer. Landesprivatrecht.
Seydel-Graßmann, Das Staatsrecht des Königreichs Bayern. 3. Aufl.
Uhland, Die Finanzorganiſation der deutſchen Stadtverwaltungen.
Conſtantini, Das Kaſſen- und Rechnungsweſen der deutſchen Stadtgemeinden.
Schmeil, Lehrbuch der Botanik.
Kröhnke & Mühlenbach, Das geſunde Haus.
Siebdraht, Der Hochbau.
Handbuch der Ingenieur-Wiſſenſchaften. III. Teil: Der Waſſerbau. IV. Bd. Die Entwäſſerung der Städte.

Die Amtsbibliothek enthielt am Schluſſe des Berichtsjahres außer den Geſetz-, Verordnungs- und Amtsblättern, der Reichstags- und Landtagsverhandlungen

188 Werke über Jurisprudenz,
53 „ „ Staatsrecht und Staatsverfaſſung,
57 „ „ Finanzverwaltung und Staatswirtſchaft,
142 „ „ Gemeinde- und Stiftungsverwaltung,
65 „ „ Polizeiweſen,
176 „ „ Gewerbeweſen und Landwirtſchaft,
49 „ „ Militärverwaltung,

84 Werke über Kultus- und Unterrichtswesen,
137 „ „ Statistik und Geographie,
206 „ „ Armenwesen, Wohltätigkeit, Sozialgesetzgebung und Gesundheitspflege,
277 „ „ Bauwesen,
22 „ „ Feuerlöschwesen,

sohin gegen das Vorjahr eine Mehrung von 56 Werken.

IV. Stadtbibliothek.

Gründer: Universitätsprofessor Dr. theol. Joh. Bapt. Schwab.

Im Jahre 1903 ist eine Änderung bezüglich der Benützung der Stadtbibliothek nicht eingetreten.

Die Abgabe von Büchern an hiesige selbständige Einwohner erfolgt jeden Mittwoch und Samstag von 11—12 Uhr und jeden Montag von 4—5 Uhr im magistratischen Geschäftszimmer Nr. 42.

Der gedruckte Bücherkatalog wird um 1 ℳ verkauft.

Von den im Berichtsjahre neu angeschafften Werken sind zu erwähnen:

Reismann, Illustrierte Geschichte der deutschen Musik.
Das Neunzehnte Jahrhundert in Deutschlands Entwickelung.
Volkskunst und Volkskunde, Monatsschrift des Vereins für Volkskunst und Volkskunde in München.
Achleitner, A., Bayern wie es war und ist.
Vaterländische Hausbibliothek, verfaßt von Otto de Grohl und And.
Lindner, Bayer. Bürger-Handbuch.
Volksbücher der Rechts- und Staatskunde.
Ratzinger, Die Volkswirtschaft in ihren sittlichen Grundlagen.
Schlecht, J., Bayerns Kirchenprovinzen.
Kaiser Wilhelm als Soldat und Seemann.
Werner, L., Geschichte der Stadt Augsburg.
Dr. Heubach, Die zukünftige Verkehrsentwickelung auf dem regulierten Maine.

Die Zahl der vorhandenen Werke betrug am Schlusse des Berichtsjahres 3957.

Im Jahre 1903 wurden 828 Werke ausgeliehen.

Schenkungen wurden der Bibliothek überwiesen von einem ungenannten Spender, welcher bereits früher wertvolle Werke der Stadtbibliothek übergeben hatte, von der Stahelschen Hof- und Universitäts-Buch- und Kunsthandlung und dem Rate der Stadt Dresden.

Allen gütigen Spendern sei auch an dieser Stelle wiederholt verbindlichster Dank gesagt.

Für die Unterbringung der Stadtbibliothek und Amtsbibliothek sowie für die Bereitstellung eines Lesezimmers wurden mehrere große Räume im II. Stockwerke des Polizeigebäudes in Aussicht genommen, da die gegenwärtig benutzten Räume und Schränke überfüllt sind und die Benützung der Bibliotheken sehr erschweren.

§ 13.

Hinterlegungsamt, Magistratsregistratur, Stadt-Archiv.

I. Hinterlegungsamt.

Im Jahre 1903 ist eine bedeutende Steigerung der Wertbestände des städtischen Hinterlegungsamtes eingetreten, wie sich aus folgenden Abschlußziffern ergibt:

Bestand Ende 1902:	14 314 485	ℳ 33	₰
Bestand Ende 1903:	15 152 196	ℳ 18	₰
Sonach beträgt die Mehrung pro 1903:	837 710	ℳ 85	₰.

Diese Mehrung ist im wesentlichen zurückzuführen auf die Anlegung größerer Vermögensbestände der städtischen Sparkasse in Wertpapieren, sowie auf Vermehrung der Akkordkautionen infolge Ausführung gemeindlicher Bauten.

Als Hinterlegungsbeamte fungierten Rechtsrat Scheuring und Magistratsrat Steinam, als Aktuar bis 1. November 1903 Magistratssekretär Henn, von da ab Magistratssekretär Freystätter.

II. Magiſtratsregiſtratur und Stadt-Archiv.

Mit Ausnahme des Wechſels in der Perſon des Regiſtrators ab 1. Januar 1903 haben weſentliche Veränderungen nicht ſtattgefunden.

Die Einläufe erreichten folgende Ziffern:

Haupt-Journal	42 191
Requiſitions-Journal	13 614
Militär-Journal	6 474
Schul-Journal	1 900
Verzeichnis über Annahme von Pflegekindern	270
	64 449
(1902:	63 131).

Die Neuordnung des Stadtarchives wurde unter Leitung des k. Kreisarchivars Reichsarchivrats Göbl fortgeſetzt, indem aus einer nicht unbeträchtlichen Menge neu aufgefundener und bisher ganz unverzeichneter Urkunden (meiſt Schuldbriefe von Stiftungen ꝛc.) ca. 300 Stücke auf Blättern neu regiſtriert wurden.

§ 14.

Elektrizitätswerk.

Im verfloſſenen Geſchäftsjahre iſt eine erfreuliche Mehrung der an das ſtädtiſche Elektrizitätswerk angeſchloſſenen Lampen und Motore zu verzeichnen.

Die geſamte Entwickelung des Werkes iſt aus der folgenden Tabelle erſichtlich:

Stand am Ende des Jahres	1902	1903
Zahl der Hausanſchlüſſe	199	231
„ „ Stromabnehmer	271	315
„ „ Elektrizitätszähler	311	367

Installationswert der Anschlüsse in Hektowatt:

Stand am Ende des Jahres	1902		1903	
1. Beleuchtungsanlagen				
a) Glühlampen	3566		3864	
b) Bogenlampen	1646		2240	
Zusammen		5212		6104
2. Kraftanlagen				
a) Motore	1458		1866	
b) Apparate 2c.	273		592	
Zusammen		1731		2458
Gesamter Installationswert . . .		6943		8562
Äquivalent in Glühlampen à 50 Watt oder 16 Normalkerzen:		13886		17124

Dabei beläuft sich die Zahl der Installationsobjekte
bei den Glühlampen auf . . . . . 7953 Stück
„ „ Privatbogenlampen auf . 513 Stück
„ „ Bogenlampen für die städtische Straßenbeleuchtung auf 26 „
in Sa. 539 „

bei den Motoren auf . . . . . 119 „
(Mit 201 Pferdekräften)
„ „ Apparaten auf . . . . . 35 „

gegen 7132 Glühlampen, 456 Bogenlampen, 95 Motore mit 162 Pferdestärken und 20 Apparate im Vorjahre.

Ebenso wie früher resultiert der unveränderte Anschlußwert der elektrischen Straßenbahnen von 11 550 Hektowatt aus 52 Wagenmotoren mit insgesamt 1260 Pferdestärken.

Der Installationswert der Licht- und Kraft-Anlagen (s. vorstehende Tabelle: 8562 H.W.) hat sich danach im Laufe des Jahres 1903 im ganzen um fast 22% erhöht, während im einzelnen bei den Lichtanlagen eine Mehrung des Installationswertes um rund 15% und bei den Kraftanlagen eine solche von rund 42% eingetreten ist.

Diese Erhöhung des Installationswertes ist in der Hauptsache auf Anschlüsse an bereits vorhanden gewesene Leitungen und auf Erweiterung einzelner Installationen zurückzuführen. Geringeren Anteil haben die Anschlüsse an neu verlegte Verteilungsleitungen.

An neuen Verteilungsleitungen sind verlegt worden:

1.	Die Kabelleitung	zum Dom mit	22 m	Tracenlänge,
2.	„ „	im Inneren Graben mit	50 „	„
3.	„ „	in der Rüdiger-Kapuziner-straße mit	139 „	„
4.	„ „	zum Residenzschloß mit .	224 „	„
5.	„ „	in der Langgasse-Karme-litengasse mit	90 „	„
6.	„ „	in der Theresienstraße mit	45 „	„
7.	„ „	im Kürschnerhof mit . .	77 „	„
		in Sa.	647 m	Tracenlänge.

Die Gesamtlänge des Lichtkabelnetzes mit Speise- und Verteilungsleitungen einschließlich der Hausanschlüsse sowie des Bahnkabelnetzes betrug Ende

1903 = 93,46 km bei 90,13 Tonnen Kupfergewicht,
1902 = 88,06 „ „ 85,70 „ „

Die Stromerzeugung und Stromabgabe des Werkes ist im ganzen ungefähr die gleiche wie im Vorjahre gewesen. Es hat zwar eine größere Stromabgabe des Lichtwerkes stattgefunden. Doch ist diese Mehrabgabe durch den geringeren Konsum der Straßenbahn so gut wie ganz ausgeglichen worden.

Die Zahlen der erzeugten und abgegebenen Kilowattstunden in den beiden Jahren sind folgende:

Betriebsjahr	1902	1903
Stromerzeugung durch die Dynamos in Kilowattstunden		
1. Für Licht- und Kraftzwecke	389040	420220
2. Für Bahnbetrieb	637530	618370
Insgesamt	1026570	1038590
Nutzbar abgegebene Strommenge in Kilowattstunden		
1. Für Lichtbetrieb	207975	221590
2. Für Kraftzwecke	71531	77197
3. Für Bahnbetrieb	619390	601930
Im ganzen	898896	900717

Die Summe aller Energieverluste war rund 13,3 % (gegen 12,5 % pro 1902).

Die maximale momentane Beanspruchung des Elektrizitätswerkes hat bei der Lichtanlage 309 Kilowatt und bei der Bahnanlage 275 K.W. betragen.

Die vorhandene Stromerzeugungsanlage, welche bei voller Maschinenreserve für den Lichtbetrieb eine Leistungsfähigkeit von 400 K.W. und für den Bahnbetrieb eine solche von 420 K.W. besitzt, ist demnach voraussichtlich noch auf mehrere Jahre vollkommen ausreichend.

Das pachtabgabepflichtige Anlagekapital für das städtische Werk hatte am 31. Dezember 1902 betragen:	1 072 623,75 ℳ
und hat sich im Laufe des vergangenen Jahres durch Aufwendungen für die obigen Kabelnetzerweiterungen, sowie Wattstundenzähler, Werkzeuge und sonstiges im Betrage von	14 632,— ℳ
bis 31. Dezember 1903 erhöht auf	1 087 255,75 ℳ
Werden hiezu die noch nicht verpachtete Bahnkabelanlage im ursprünglichen Gestehungswerte von . .	53 467,20 ℳ
und die elektrische Straßenbeleuchtungsanlage mit einem Anlagekapital von	19 367,30 ℳ
gerechnet, so beträgt der Gesamtwert aller Teile des städtischen Elektrizitätswerkes	1 160 090,25 ℳ

Die gesamten Einnahmen des Jahres 1903 haben sich beziffert auf	215 500,70 ℳ
Demgegenüber stehen die Betriebsausgaben in Höhe von	95 220,71 ℳ
Es verbleibt somit ein Bruttoüberschuß von . . .	120 279,99 ℳ

gegen 117 033,18 ℳ im Vorjahre.

Von diesem Bruttoüberschuß erhielt vertragsgemäß die Stadt:

1.	Für Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals (Pachtabgabe)	53 053,72 ℳ
2.	als vertragliche Quote für den Erneuerungsfonds	15 286,10 ℳ
3.	Die Hälfte des verbleibenden Reingewinns von 51 940,17 ℳ	25 970,09 ℳ
	in Sa.	94 309,91 ℳ

Es stehen mithin für Verzinsung und Tilgung des pachtabgabepflichtigen Anlagekapitals von 1 087 255,75 ℳ 79 023,81 ℳ (53 053,72 + 25 970,09) zur Verfügung, d. i. rund 7,25 % (gegen 7,2 % pro 1902).

Der aus der Stromabgabe für die Straßenbahn erzielte Betrag ist in den vorstehenden Gesamteinnahmen mit 90 188,03 ℳ enthalten; da 601 930 K.W. elektr. Energie an die Straßenbahnen Akt.-Ges. abgegeben wurden, hatte dieselbe rund 15 ₰ pro K.Wstd. zu zahlen.

Es steht zu erwarten, daß künftighin trotz des geringen Stromkonsums der Straßenbahn noch eine wesentliche Steigerung der Erträgnisse eintreten wird.

---

§ 15.

Gaswerk.

Das Betriebsjahr 1903 war infolge der notwendigen Neu- und Umbauten des Werkes ein sehr arbeitsreiches.

Nachdem schon im Jahre 1901 und 1902 der Fassungsraum der Gasbehälter unzureichend war, mußte der im Jahre 1887 neu erbaute 3200 cbm fassende Gasbehälter von der Maschinenfabrik G. Nöll & Cie. dahier zweifach teleskopiert und so dessen Inhalt auf 8500 cbm erhöht werden. Die Kosten dieser Ausführung, welche in musterhafter Weise erfolgt ist, betrugen ca. 50 000 ℳ.

Bei der vorgenommenen Teleskopierung wurden auch die Zu- und Abgangsleitungen des fraglichen Gasbehälters gegen solche mit größeren Dimensionen ausgewechselt.

Von der Maschinenbau-Aktiengesellschaft in Cöln-Bayenthal kam ein automatischer Stadtdruckregler mit einem Kostenaufwand von 10 000 ℳ zur Aufstellung.

Für den Transport der Kohlen von den Eisenbahnwaggons nach dem Retortenhause wurde eine mit maschinellem Betriebe versehene Kohlentransportvorrichtung geschaffen. Die Ausführung der Eisen-

konstruktion war der Firma Gg. Röll & Cie. dahier übertragen, während die Erd-, Maurer-, Pflasterer- und Tüncherarbeiten in Regie ausgeführt wurden.

Die Kosten der Gesamtanlage beliefen sich auf ca. 12000 ℳ.

Abgesehen von der Vornahme sonstiger kleiner Veränderungen wurden 1 Neuner- und 1 Siebener-Generatorofen mit neuem Retorteneinbau versehen und die hiefür erwachsenen Kosten aus Etatsmitteln gedeckt.

Am 9. Oktober früh 4 Uhr wurde das Reinigungsgebäude durch eine Gasexplosion, deren Ursache nicht ermittelt werden konnte, zerstört. Der Wiederaufbau wurde umgehend in Regie ausgeführt und der erwachsene Aufwand aus der von der Brandversicherungskammer gewährten Entschädigung von 9685 ℳ gedeckt.

Bei der Neuherstellung des Reinigungsgebäudes wurde ein Hauptaugenmerk auf die Erhöhung der Sicherheit für den Fabrikbetrieb gerichtet und wurden unter anderem große Ventilationsschächte bis über das Dach hinaus angebracht.

Weiter wurde eine elektrische Alarmvorrichtung in diesem Gebäude hergestellt, welche bei Überschreitung des maximalen Gasdruckes in Funktion tritt, so daß das Personal auf etwaige Betriebsstörungen aufmerksam gemacht wird.

I. Betriebsergebnisse im allgemeinen.

Hinsichtlich der Entwicklung des Absatzes und der Betriebsergebnisse war das abgelaufene Jahr trotz der sonst allgemein noch immer gedrückten Lage im Handel und in der Industrie ein erfreuliches zu nennen.

Wenn auch die im Betriebsjahre erfolgten Neuanschlüsse sich vorzugsweise nur auf Kleinkonsumenten erstreckten und der Anschlußwert einer einzelnen derartigen Anlage ein verhältnismäßig geringer ist, so wird dies doch durch die große Anzahl solch kleiner Konsumenten ausgeglichen, so daß sich eine immerhin belangreiche Vermehrung des Konsums ergibt. Ganz besonders muß bei den erwähnten kleinen Anschlüssen der Umstand in Betracht kommen, daß dieselben im Gegensatz zu den Großkonsumenten dem Gaswerk erhalten bleiben und zur Stabilisierung resp. Mehrung des Gaskonsums dauernd beitragen werden.

Die Gesamtgaserzeugung betrug 3852290 cbm gegen 3472890 cbm der vorigen Jahres. Die Produktionszunahme beträgt mithin 379400 cbm = 10,93% gegen 4,98% der Produktionszunahme im Vorjahre.

Die Gasabgabe verteilt sich wie folgt:

Privatbeleuchtung .	1532592,50	cbm	gegen	1455452	cbm	im	Vorjahre,
Post und Bahn .	36321,00	„	„	35109	„	„	„
Koch- u. Heizzwecke	1111118,50	„	„	942131,5	„	„	„
Motore für gewerbliche Betriebe .	243610,00	„	„	285847	„	„	„
Motore für Lichterzeugung . .	99219,00	„	„	91155	„	„	„
Beleuchtung städt. Gebäude . . .	127400,00	„	„	116399	„	„	„
Straßenbeleuchtung	375255,00	„	„	363446	„	„	„
Automatenverbrauch	31957,00	„	„	31624	„	„	„
Selbstverbrauch .	48995,00	„	„	55980	„	„	„
Gasverlust . . .	245822,00	„	„	95746	„	„	„

Es weist hienach der Gaskonsum trotz der gleichfalls vermehrten Zahl der Anschlüsse an das städt. Elektrizitätswerk eine erfreuliche Steigerung auf. Zur Zeit vermag das Gaswerk den gesamten Bedarf noch zu decken, ein weiteres Anwachsen des Konsums wird jedoch in Bälde eine Erweiterung des Werkes notwendig machen.

Am Schlusse des Jahres waren 88 Stück Automaten gegen 89 des vorigen Jahres aufgestellt; der durchschnittliche Jahresverbrauch eines Automaten betrug 363 cbm Gas gegen 355 cbm im Vorjahre.

Die stärkste Gasabgabe fand statt am 20. Dezember mit 17140 cbm (17110 im Vorjahre), die geringste am 30. Juni mit 5410 cbm (4320 im Vorjahre).

Das Verhältnis der täglichen Minimal- zur Maximalabgabe beträgt demnach 31,5% (25,2% im Vorjahre).

Der Verkaufspreis des Leuchtgases betrug 20 ₰ pro cbm für Private sowie für die Post und Bahn; für die öffentliche Straßenbeleuchtung und für die städt. Gebäude 11 ₰; für den Verbrauch zu Koch- und Heizzwecken 12 ₰; für den Verbrauch zum Betriebe von Motoren 12 ₰, wenn aber letztere für die Erzeugung elektrischen

Lichtes dienten, 13 ₰. Das durch die Automaten gelieferte Gas wurde mit 16 ₰ pro cbm berechnet.

Die Leuchtkraft des Gases wurde täglich mit dem Normal-Photometer gemessen und betrug die Lichtstärke im Argandbrenner bei 150 Liter stündlichen Konsums durchschnittlich 16,1 Hefnerlichte, welcher Befund den gastechnischen Anforderungen entspricht.

Der Gasdruck in der Gasfabrik und im Stadtrohrnetze wurde periodisch durch Entnahme von Diagrammen mittels eines automatischen Druckschreibers kontrolliert und vollständig genügend befunden.

II. Anschlüsse und Gasuhren.

Die Zahl der mit Gasleitung versehenen Gebäude betrug am Schlusse des Jahres 1744 gegen 1655 im Vorjahre.

Die Zahl der Gaskonsumenten erreichte durch den Hinzutritt von 463 neuen Abnehmern die Höhe von 4295 gegen 3832 im Vorjahre.

Am 31. Dezember 1903 standen 6297 nasse und 565 trockene Gasuhren im Betriebe.

Nach der Gasmesserflammenzahl waren am 31. Dezember 1903 eingerichtet 55538 Privatflammen und zwar dienten hievon zur Beleuchtung 30905 und zu Koch- und Heizzwecken 24193 Flammen.

Im Betriebsjahre waren 79 Motore mit zusammen 410 Pferdekräften gegen 407 im Vorjahre im Betriebe.

Zum Vergleiche vorstehender Angaben mit den Ergebnissen früherer Jahre diene die folgende Tabelle:

Nach der Statistik betrug im Jahre	1899	1900	1901	1902	1903
Die Gasproduktion in Millionen cbm . .	2,783	3,016	3,307	3,472	3,852
Die Gasproduktionszunahme nach % . .	4,10	8,50	9,64	4,98	10,93
Die Menge des verkauften Gases in Millionen cbm	2,547	2,763	3,040	3,331	3,606
Die Zunahme des verkauften Gases nach %	6,29	4,44	10,06	9,18	8,23
Die Zahl der mit Gasleitung versehenen Gebäude	1384	1487	1564	1655	1744
Die Zahl der Gaskonsumenten	2486	2981	3325	3832	4295

Nach der Statistik betrug im Jahre	1899	1900	1901	1902	1903
Die Zahl der aufgestellten Gasmesser zusammen	3806	4585	5224	6021	6854
und zwar a) für Leuchtzwecke	2537	2805	3018	3296	3614
b) für Koch- und Heizzwecke	1267	1780	2169	2636	3152
Die Anzahl der Flammen nach der Flammenleistung der aufgestellten Gasmesser					
a) für Leuchtzwecke	23856	25483	26638	28790	30905
b) für Koch- und Heizzwecke	12412	15480	18171	20974	24193
Die Anzahl der Gasmotoren	90	84	84	79	79
Pferdekräfte aller Motoren zusammen	422	416	416	407	410
Gesamter jährlicher Gasverbrauch pro Kopf der Bevölkerung cbm	38,10	42,20	44,09	44,69	49,07

III. Gasproduktion.

	1903:	1902:
Jahresproduktion in cbm	3852290	3472890
Gaskohlen waren hiezu erforderlich in Ztr.	250904	227750
Anzahl der Ofentage	2330	2070
„ „ Retortentage	16945	15255
„ „ Retortenladungen	98716	88894
„ „ Ofenarbeiterschichten zu je 12 Stunden	7691	6886
Durchschnittliche Gasproduktion pro Ztr. Kohlen $\frac{3852290}{250904}$ cbm	15,34	15,24
Durchschnittliche Gasproduktion pro Retortentag in cbm	227,34	226,50
Durchschnittliche Gasproduktion pro Ofenarbeiterschicht in cbm	500,80	504,00
Größte Retortenzahl im gleichzeitigen Betriebe	73	73
Durchschnittliche Ladung einer Retorte in Kilo	127,08	136,78
Durchschnittliche Gasproduktion pro Retortenladung in cbm	39,02	39,06
Anzahl der Füllungen mit Eisenmasse für die Reiniger	93	64

Der Verbrauch an Unterfeuerung für die Retortenöfen betrug 36282 Ztr. = 14,46 % gegen 13,9 % des Vorjahres.

Der gegen das Vorjahr wiederum höhere Koksverbrauch für die Unterfeuerung der Generatoröfen rührt daher, daß infolge des stattgehabten Gasbehälterneubaues der Fassungsraum der beiden im Betriebe gewesenen Gasbehälter ein geringer war und somit eine ungünstige Gestaltung des Ofenbetriebes nicht zu umgehen war.

IV. Nebenprodukte.

Die Koksproduktion betrug im ganzen 160556 Ztr. gegen 143600 Ztr. im Vorjahre. Hiervon wurden

verkauft	113146 Ztr.
verfeuert unter den Retorten	36282 „
„ „ „ Dampfkesseln (Staub)	6370 „
„ für Ammoniaksalzbereitung (Staub) . . .	4120 „
„ in den Wohnungen und Bureaus	133 „
„ für die Wasserwerke, die Installationswerkstätte und das Laternenanzünderlokal	1214 „

Aus 100 Ztr. Kohlen wurden 64,00 % Koks produziert.

Der Durchschnittspreis des verkauften Kokses einschließlich Gries und Staub betrug pro Zentner 98,6 ₰ gegen 105 ₰ des Vorjahres.

Die Teerproduktion aus den vergasten 250904 Ztr. Kohlen betrug 14099 Ztr. = 5,62 %.

Hievon wurden unter den Dampfkesseln verfeuert 1370 Ztr. Der Durchschnittspreis für den Zentner verkauften Teeres stellte sich auf 1,30 ℳ gegen 1,43 ℳ des Vorjahres.

Die Ammoniaksalzausbeute ergab 1141 Ztr.; demnach pro 100 Ztr. vergaster Kohle = 0,44 %.

Der Ammoniaksalzverkauf ergab pro Ztr. 11,92 ℳ. Zur Fabrikation des Ammoniaksalzes wurden 898 Ztr. Schwefelsäure im Preise von 2,75 ℳ pro Ztr. verwendet.

V. Rohrnetz.

Neue Gasleitungen wurden gelegt auf der Zeller Mainbrücke, in der Hutten-, Harfen-, Stein-, Welz-, Scanzoni- und Lindleinstraße,

im Zwinger, am Ludwigskai, in der Sonnenstraße, Wallgasse, Jägerstraße, Veitshöchheimer- und Mönchbergstraße.

Auswechselungen wurden vorgenommen in der Rottendorfer- und Sieboldstraße.

Das Rohrnetz hatte am Ende des Jahres 1902 eine Länge von 71494 laufende Meter und hat sich im Laufe des Jahres 1903 auf 74124 laufende Meter erweitert.

Die Rechnungsergebnisse des Gaswerks sind aus dem II. Abschnitt ersichtlich.

§ 16.

Wasserwerke.

Im Jahre 1903 wurden keinerlei Veränderungen — abgesehen von einigen Rohrnetzerweiterungen — vorgenommen. Infolge der sehr geringen Niederschläge während des verflossenen Winters und der abnormen Trockenheit während der Sommermonate gingen sämtliche Quellen im Ertrage stark zurück. In vielen Ortschaften in der Umgebung Würzburgs blieben die Quellen überhaupt aus, so daß vielfach Wassernot herrschte. Auch die alten Stadtquellen und die Zeller Quellen hielten sich nicht auf ihrem normalen Stand, gleichwohl konnte die Wasserabgabe an die Konsumenten im vollen Umfange aufrecht erhalten bleiben. Allerdings mußte das Schweinauer Wasserwerk zur Ergänzung der Wasserversorgung mit herangezogen werden. Irgendwelche Einschränkungen in der Wasserabgabe fanden nicht statt.

Eine wesentliche Einsparung in der Wasserabgabe wurde durch das sorgfältige Nachregulieren sämtlicher Wasserstefte erzielt.

I. Allgemeines.

Die drei Wasserwerke förderten im Berichtsjahre 6933650 cbm in das Stadtrohrnetz. Hievon treffen auf das alte Wasserwerk in der Bahnhofstraße 2882662 cbm.

Dieses Niederdruckwerk versorgt die Altstadt innerhalb des Glacisgürtels, sowie die tiefliegenden Stadtteile in der Sanderau und im Mainviertel. Das Abgabegebiet hat gegen das Vorjahr keine Änderung erfahren.

Aus den Zeller Quellen (Quellengruppe Mittelzell) wurden im Betriebsjahre 3012700 cbm gewonnen und in das Hochdruckrohrnetz gefördert.

An der Maschinerie, wie überhaupt an der ganzen Anlage, wurde gegen das Vorjahr keinerlei Veränderung vorgenommen. Die Maschinenanlage, Reservoire, Abgabehöhe ꝛc. wurden im vorigjährigen Berichte eingehend beschrieben.

Das Nutzwasserwerk an der Mergentheimerstraße stand im Berichtsjahre vom 9. April mit 31. Dezember bei täglich durchschnittlich 16stündiger Pumpzeit im Betriebe und hatte nicht nur die erforderliche Wassermenge zu Besprengungszwecken und Glacisbewässerung, sondern auch einen Teil zum Trinkgebrauche abzugeben, weil die Ergiebigkeit der alten Stadtquellen und der Zeller Quellen wegen anhaltender Trockenheit unzureichend war, wie dies eingangs bereits bemerkt wurde.

Bezüglich Nutzbarmachung der Oberzeller Quellen wurden im Berichtsjahre vom k. Oberbergamt in München hydrologische und geologische Untersuchungen vorgenommen, die aber bis zum 31. Dezember 1903 noch nicht zum Abschlusse gelangt waren. Auf Grund dieser Untersuchungen sollen dann die Projektierungsarbeiten betrieben werden.

Zum Betriebe der Dampfkessel wurden in den 3 Werken an Kohlen verbraucht:

1.	im alten Werk an der Bahnhofstraße . .	10 996,20 Ztr.,
2.	„ Zeller Werk	19 885,52 „
3.	„ Nutzwasserwerk an der Mergentheimerstraße	8 581,48 „
	Zusammen	39 463,20 Ztr.

Am Schlusse des Jahres 1902 waren 3438 Grundstücke an das Rohrnetz angeschlossen. Neuanschlüsse sind im Jahre 1903 = 81 (53)*) zu verzeichnen, so daß am Ende des Berichtsjahres insgesamt 3519 Grundstücke an die Wasserleitung angeschlossen waren.

*) Die eingeklammerten Ziffern geben die entsprechenden Ziffern des Vorjahres an.

Außerdem wurden noch 82 Gärten während der Sommermonate aus dem Rohrnetze mit Wasser versorgt.

Im Laufe des Jahres haben 100 (123) Konsumenten das Steftsystem aufgegeben und dafür Wassermesser eingeführt. Von sämtlichen angeschlossenen Anwesen erhielten 2092 (2192) das Wasser nach Steften, 1211 (1030) aus Wassermessern und 216 (216) teils nach Messern, teils nach Steften zugemessen.

II. Wasserverbrauch.

Der größte Wasserverbrauch (Trink- und Nutzwasser) fand im Monat Juli mit 249 (246) Sek.-Liter; der geringste im Monat Januar mit 197 (154) Sek.-Liter statt. Der durchschnittliche Jahresverbrauch betrug 223 (200) Sekundenliter.

Bei der Bevölkerungsziffer von ca. 79 000 Einwohnern treffen auf den Kopf und Tag beim größten Wasserverbrauch 272 (280), beim geringsten 215 (175) und beim durchschnittlichen 244 (227) Liter. Die geförderten 6 933 650 cbm wurden im Jahre 1903 wie folgt verbraucht:

4 550 687	cbm	verkauft,
19 800	„	unentgeltlich zum Kanalspülen abgegeben,
35 934	„	unentgeltlich an das Juliusspital für Überlassung der Wasserkraft der ehemal. Reißgrubenmühle überlassen,
40 123	„	unentgeltlich an Wohltätigkeitsanstalten überlassen,
78 840	„	unentgeltliche Abgabe an die Gemeinde Zell,
28 890	„	für die Anlage im Steinbachstal inkl. der Brunnen dortselbst,
500	„	an die Zeller Einwohner am Gaisrain,
400 000	„	als Gutmaß bei Zumessung durch Eichhahnen (20 % aus der durch Eichhahnen abgegebenen Menge),
200 000	„	für Erneuerung des Hochbehälterinhaltes,
20 000	„	für die periodischen Entleerungen der Endleitungen,
300 000	„	Quantum, welches in das Saugbassin des Heidingsfelder Werkes zurückfließt,
230 000	„	Selbstverbrauch,
1 028 876	„	Verlust = 14,8 %
6 933 650	cbm.	

III. Ergiebigkeit der Stadtquellen pro 1903.

Sekunden-Liter.

Werk	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
Altes Werk . .	108	107	104	99	97	95	92	90	85	82	77	79
Zeller Werk . .	112	110	106	104	103	102	98	98	97	96	95	94
Nutzwasserwerk .	Die Ergiebigkeit des Sammelkanals kann nicht gemessen werden, weil das Grundwasser nicht zum freien Ausfluß gelangt. Die aus dem Sammelkanal entnommene Wassermenge wird jeweils aus der Tourenzahl der Pumpmaschinen ermittelt.											

Allmonatlich wurden Wasserproben aus den drei Werken entnommen und in der hiesigen k. Untersuchungsanstalt für Nahrungs- und Genußmittel hinsichtlich ihrer chemischen Zusammensetzung untersucht.

Nach den diesbezüglichen Befunden ist das Wasser der beiden Trinkwasserwerke sowohl, als auch das Wasser aus der Nutzwasserleitung von reiner Beschaffenheit. Die Temperatur des Quellenwassers ist das ganze Jahr über konstant und beträgt für das Zeller Werk 11,5° Celsius, für das alte Werk 12,0° Celsius und für das Nutzwasserwerk im Sommer durchschnittlich 14° Celsius und im Winter durchschnittlich 8° Celsius.

IV. Rohrnetz.

Das Rohrnetz der beiden Trinkwasserleitungen wurde im Jahre 1903 um 3990 m erweitert. Die Länge des Rohrnetzes betrug am Ende des Jahres 1903 86136 lfm oder rund 86 km.

Neugelegt wurden im Betriebsjahre 1903:

160	lfm	Rohrleitung	200	mm	weit	in der Steinstraße,
650	„	„	200	„	„	am Ludwigkai,
230	„	„	200	„	„	in der Zeller Mainbrücke,
200	„	„	150	„	„	„ Sonnenstraße,
500	„	„	150	„	„	„ Veitshöchheimerstraße,
150	„	„	150	„	„	„ Zellerstraße,
130	„	„	125	„	„	„ Huttenstraße,
100	„	„	125	„	„	im Zwinger,
750	„	„	100	„	„	in der Hartmannstraße,
150	„	„	100	„	„	„ Welzstraße,
150	„	„	100	„	„	„ Scanzonistraße,
150	„	„	100	„	„	„ Lindleinstraße,
120	„	„	80	„	„	„ Harfenstraße,
200	„	„	80	„	„	im Weg zur neuen Welt,
100	„	„	80	„	„	in der Gartenstraße,
100	„	„	80	„	„	„ Dominikanergasse,
150	„	„	50	„	„	„ Hartmannstraße

3990 lfm in Sa. (gegen 805 lfm im vorigen Jahre).

Das Nutzwasserrohrnetz wies am Schlusse des Jahres 1903 eine Länge von 18417 lfm auf; neu gelegt wurden im Laufe des Jahres:

650	lfm	Rohrleitung	250	mm	im	Ludwigkai,
150	„	„	80	„	„	Gugelesgraben (Steinbachstal),
50	„	„	80	„	„	Talberg (Heidingsfelder Markung),
50	„	„	50	„	„	Talberg (Heidingsf. Markg.),

zus.: 900 lfm (gegen 710 lfm im vorigen Jahre).

Das gesamte Rohrnetz (Trink- und Nutzwasserleitung) zusammen beträgt daher am Schlusse des Jahres 1903:

86136 + 18417 = 104553 lfm oder 104,5 km.

Die Zahl der öffentlichen Straßenhydranten betrug am 1. Januar 1903:

902 Unterflurhydranten,
39 Überflurhydranten;

neu hinzugingen und zwar ausschließlich Unterflurhydranten 64 Stück, so daß am Schlusse des Jahres 1903

966 Unterflurhydranten und
39 Überflurhydranten vorhanden waren.

An Privathydranten in größeren Etablissements, öffentlichen Gebäuden, Krankenhäusern ꝛc. waren am 1. Januar 1903 = 242 Stück vorhanden. Der Zugang im Laufe des Berichtsjahres betrug 5 Stück, so daß die Gesamtzahl der Privathydranten am Schlusse des Jahres 247 Stück betrug. Diese Hydranten werden nur im Falle eines ausgebrochenen Brandes benützt. Gegen unbefugtes Öffnen sind dieselben durch Plomben gesichert.

An sog. Glacishydranten (ohne Schacht, nur mit Einbaugarnitur versehen) sind 259 Stück in den Ringparkanlagen vorhanden.

Die Zahl der in die Hausleitungen eingebauten Wassermesser betrug am Anfange des Jahres 1903 = 1246 Stück; neu eingebaut wurden im Laufe des Jahres 179 (gegen 176 im vorigen Jahre), zumeist Wassermesser mit 10,15 und 20 mm Durchgangsweite, so daß am Jahresende die Gesamtzahl der Wassermesser auf 1425 Stück gestiegen war.

Trinkbrunnen (Ventilbrunnen) sind 98 Stück inkl. der 14 Brunnen in Zell an die Wasserleitung angeschlossen. Ein Brunnen wurde im Laufe des Jahres neu errichtet.

Die sämtlichen öffentlichen Bedürfnisanstalten und Pissoirs (16 Stück) sind mit Wasserspülung versehen.

Badeeinrichtungen in den Anwesen der Wasserabnehmer waren am Anfange des Jahres 541 vorhanden. 72 (gegen 62 im vorigen Jahre) sind neu hinzugegangen, so daß am Schlusse des Jahres 613 Badezimmer in den Privatwohngebäuden eingerichtet waren.

Bemerkenswert ist auch, daß in den weitaus meisten Neubauten sämtliche Wohnungen mit Badeeinrichtung versehen werden.

Hydraulische Aufzüge sind wie im vorigen Jahre 6 Stück vorhanden und zwar 3 Stück für Personen und 3 Stück für Warenbeförderung.

Sekundäre Pumpwerke zur Versorgung von Anwesen, welche über der Abgabegrenze der Hochdruckleitung liegen, sind wie im vorigen Jahre 2 vorhanden und zwar das Peltonradpumpwerk zur Versorgung des Klosters „Käppele“ und das Peltonradpumpwerk zur Versorgung der Bolzaschen Villa „Waldeck“ an der Zeller Waldspitze.

V. Wasserzins.

Bezüglich des Wasserzinses ist gegen das Vorjahr keine Änderung eingetreten; es kostet das Kubikmeter an Private abgegebenen Wassers, gleichgültig, ob durch Messer oder nach Steftsystem bezogen, 10 ₰.

Die Rechnungsergebnisse des städtischen Wasserwerks sind aus dem II. Abschnitt ersichtlich.

---

§ 17.

Installationskasse des Gas- und Wasserwerkes.

Im Berichtsjahre 1903 war der Umsatz und der Reingewinn bedeutend höher als im Vorjahre. Dieser günstigere Abschluß resultierte hauptsächlich aus den Arbeiten, welche die Stadtgemeinde durch das Werk selbst vornehmen ließ, so die Legung von Leitungen am Hochkai, in der Veitshöchheimerstraße, die Einrichtung des Schulhauses im Grombühl ꝛc.

Die von dem Werke hergestellten neuen Gas- und Wassereinrichtungen bei Privaten gingen der Zahl nach nicht unerheblich zurück eine Erscheinung, die seit dem selbständigen Bestehen des Werkes zum ersten Male auftritt. Der Grund hiefür liegt in der durch die Freigabe der Gasinstallation (mit Ausnahme der Steigleitungen) begünstigten großen Konkurrenz.

Die technische Leitung des Installationswerkes war die gleiche wie früher.

Das Ausstellungslokal, in welchem die verschiedenen Gasapparate und Beleuchtungskörper in übersichtlicher Anordnung zum Verkaufe ausgelegt sind, erfreute sich wie bisher zahlreichen Besuches seitens des Publikums.

Die Betriebsergebnisse sind aus dem II. Abschnitt ersichtlich.

§ 18.

Leihanstalt.

Wie aus der nachfolgenden Übersicht über die Bewegung und die Geschäftsverhältnisse der städt. Leihanstalt während des Jahres 1903 erhellt, ist während des genannten Jahres eine Abnahme in der Gesamtzahl der gewährten Darlehen sowie eine Abnahme der mit höheren Darlehen beliehenen Pfandgegenstände eingetreten, während die Zahl der Darlehen auf geringwertige Pfänder sich gesteigert hat.

Die Pfänderanzahl für 1903 betrug 18751.

An die Stadtkämmerei wurden 3389 ℳ 29 ₰ als Überschuß abgeliefert; dabei sind jedoch weder die vom Pfandamt benützten Lokalitäten im Rathause in Anschlag gebracht noch die Pensionen an ehemalige Beamten und Bedienstete der Anstalt zu Lasten des Pfandamts verrechnet.

Das Stammvermögen der Leihanstalt am Schlusse des Jahres 1903 betrug nach der Rechnung 90417 ℳ 94 ₰; hiervon gehen jedoch die noch unerhobenen Mehrerlöse mit 3430 ℳ 32 ₰ ab, sodaß effektiv

86987 ℳ 62 ₰

als Stammvermögen verbleiben.

An Passivkapitalien wurden im Berichtsjahre 5000 ℳ aufgenommen und nebst einer noch aus dem Jahre 1902 stammenden Passivschuld von 3000 ℳ im Laufe des Jahres wieder zurückbezahlt.

Bewegung
des
Leihgeschäftes der städtischen Leihanstalt im Jahre 1903.

Nr.	Vortrag	
1	Anzahl der Pfänder beim Jahresbeginn	11346
2	Zahl der neueingebrachten Pfänder	18751
3	Zahl der ausgelösten Pfänder	18062
4	Zahl der versteigerten Pfänder	1142
5	Zahl der Pfänder beim Jahresschlusse	10893
6	Zunahme	—
7	Abnahme	453

Nr.	Vortrag	ℳ
8	Gesamtbetrag der Darlehen beim Jahresbeginne	88137
9	Darlehen auf neueingebrachte Pfänder	114649
10	Zurückbezahlte Darlehen	114654
11	Darlehen auf versteigerte Pfänder	8523
12	Betrag der Darlehen beim Jahresschlusse	79609
13	Zunahme	—
14	Abnahme	8528

Auf die im Jahre 1903 beliehenen Pfänder verteilen sich die Darlehensbeträge wie folgt:

Gesamtzahl der eingebrachten Pfänder	von 2-4 ℳ	von 5-9 ℳ	von 10-19 ℳ	von 20-49 ℳ	von 50-99 ℳ	von 100 bis 199 ℳ	von 200 bis 299 ℳ	von 300 bis 399 ℳ	von 400 bis 499 ℳ	von 500 ℳ
18751	13222	3663	987	640	163	56	17	1	2	—

§ 19.

Sparkasse.

Gleich dem Vorjahre brachte auch das Geschäftsjahr 1903 eine recht erfreuliche Steigerung der Spar-Einlagen. Dieselbe ist einerseits auf die seit 1. Juli 1901 bestehenden, für die Einleger wesentlich vorteilhafteren Satzungen der Sparkasse, anderseits auf die allgemeinen Geldmarktverhältnisse zurückzuführen.

Die Bewegung der Einlagen, sowie die sonstigen hauptsächlichsten Geschäftsergebnisse pro 1903 sind aus den nachfolgenden Aufstellungen ersichtlich.

I. Einlagen-Stand.

Stand am Schlusse des Vorjahres	3934244,91 ℳ
Zugang während des Jahres	1196803,20 „
Kapitalisierte Zinsen	81484,20 „
Summa	5212532,31 ℳ
Abgang während des Jahres	755358,89 „
Stand am Schlusse des Jahres	4457173,42 ℳ
„ „ „ „ Vorjahres	3934244,91 „
sohin Mehrung pro 1903	522928,51 ℳ

das sind 13,3 %.

Die Bar-Einzahlungen zu 1196803,20 ℳ verteilen sich auf 13313 Posten, die Rückerhebungen zu 755358,89 ℳ auf 8708 Posten.

Hievon treffen auf die einzelnen Monate des Jahres:

Monat	Summa der Einlagen		Summa der Abhebungen		Gesamtverkehr		Anzahl der Einzahlungen	Anzahl der Abhebungen	Zusammen
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰			
Januar .	180957	40	95149	98	276107	38	2226	1205	3431
Februar .	74694	51	56094	02	130788	53	835	506	1341
März . .	77464	05	71694	40	149158	45	845	523	1368
April . .	113783	12	70055	17	183838	29	1184	650	1834
Mai . .	77127	83	54528	34	131656	17	806	519	1325
Juni . .	85219	50	70752	82	155972	32	758	473	1231
. .	130153	27	72642	47	202795	74	1473	654	2127
August . .	70272	87	41744	89	112017	76	846	496	1342
September.	106347	83	40981	59	147329	42	903	523	1426
Oktober .	103854	85	67367	58	171222	43	1381	508	1889
November .	65678	32	46816	95	112495	27	751	457	1208
Dezember .	111249	65	67530	68	178780	33	1305	2194	3499
Summa	1196803	20	755358	89	1952162	09	13313	8708	22021

Der Durchschnittsbetrag einer Einlage berechnet sich auf 89,89 ℳ, jener einer Rückerhebung auf 86,74 ℳ.

II. Zahl der Sparscheine und Sparbücher.

a) Sparscheine:

Zahl der am Schlusse des Vorjahres noch nicht erloschenen Scheine	1116
hievon sind im Laufe des Jahres erloschen	499
sohin Stand der am Schlusse des Jahres noch nicht erloschenen Scheine	617

b) Sparbücher.

Zahl der seit 1. Juli 1901 bis zum Schlusse des Vorjahres ausgestellten Sparbücher	10096
hievon waren am Schlusse des Vorjahres nicht erloschen	8887
im Laufe des Jahres wurden ausgegeben	2678
„ „ „ „ sind erloschen	1445
demnach betrug der Stand der Sparbücher am Schlusse des Jahres	10120

Auf jedes Konto trifft im Durchschnitt eine Einlage von 415,12 ℳ.

III. Stand der Aktivkapitalien.

Die Aktivkapitalien der Sparkasse betrugen Ende 1903

nach dem Nennwert 4790843,07 ℳ
„ „ Kurswert 4829924,08 „

Hievon sind angelegt:

96728,82	ℳ	beim bayer. Staate zu	4 %
62000,—	„	„ „ „ „	3½ %
1000000,—	„	bei Gemeinden	4 %
2240000,—	„	„ „	3½ %
11142,82	„	„ Gesellschaften	4½ %
6000,—	„	„ Gesellschaften	3½ %
159000,—	„	„ Banken	4 %
648000,—	„	„ „	3½ %
82550,—	„	auf Hypotheken	4½ %
485421,43	„	„ „	4 %
4790843,07	ℳ	Summa.	

Der durchschnittliche Prozentsatz beträgt 3,6.

Bei Berechnung des Prozentanteiles an diesen zinsbaren Aktivkapitalien ergibt sich, daß

3,31 % beim bayer. Staate,
67,63 „ bei Gemeinden,
0,36 „ „ Gesellschaften,
16,84 „ „ Banken,
11,86 „ auf Hypotheken

angelegt sind.

IV. Gewinnberechnung.

Einnahmen.

1,42	ℳ	aus dem Vorjahre,
172678,37	„	Zinsen von Aktivkapitalien,
831,53	„	sonstige Einnahmen
173511,32	ℳ	Summa.

Ausgaben.

28,73	ℳ	auf die Vorjahre,
13240,91	„	Verwaltungskosten,
123045,20	„	Verzinsung der Spareinlagen, hievon wurden 41561 ℳ bar ausbezahlt, 81484,20 ℳ kapitalisiert,
136314,84	ℳ	Summa, sohin
37196,48	ℳ	Gewinn, welcher je zur Hälfte an die Stadtkämmerei und an die Pensionskasse für städt. Beamte abgeliefert wurde.

Bei einem Einlagenstand von 4457173,42 ℳ beträgt dieser Gewinn 0,83 %.

V. Übersicht über den Verkauf und die Einlösung von Sparmarken.

Verkaufte Sparmarken à 10 ₰	39570	Stück, Geldwert	3957 ℳ
eingelöste „ „ „ „	39240	„ „	3924 „
am Schlusse des Jahres in Umlauf	31670	„ „	3167 „

§ 20.

Getreidehilfskasse.

Das reine Vermögen betrug Ende 1903 479112 ℳ 95 ₰ gegen 466554 ℳ 63 ₰ im Vorjahr und hat sich sohin um 12558 ℳ 32 ₰ gemehrt, da die Zinsen, bezw. die Überschüsse der Betriebsrechnung zu Kapital angelegt werden konnten.

An heimgezahlten Vermögensteilen sind aufzuführen:

1. 8571 ℳ 43 ₰ = 5000 fl. als 19. und vorletzte Rate an dem i. J. 1874 zur Errichtung der Steinkohlen-Gasfabrik geleisteten Vorschusse zu 100000 fl.,
2. 71500 ℳ an städt. Obligationen zur Bestreitung anderweitiger Vorschüsse und Kapitalsanlagen,
3. 11100 ℳ von der Stadtkämmerei als 2. Rate an der sogen. Pflasterschuld,
4. 5000 ℳ von derselben an dem Betriebsvorschusse,
5. 3553 ℳ 68 ₰ vom Gaswerk zweite Rate an 10661 ℳ 05 ₰ Vorschußrest zur Herstellung einer Gasleitung in der Friedhof- und Faulenbergstraße; der Rest zu 3553 ℳ 69 ₰ gelangt im Jahre 1904 zur Abstoßung.

Als Kapitalsanlagen sind zu bemerken:

1. 76500 ℳ an 3½ % städt. Schuldverschreibungen,
2. 1683 ℳ 08 ₰ an 3 %igen Vorschuß an die Stadtkämmerei à conto der Pflasterschuld,
3. 27200 ℳ an 3½ % Pfandbriefen.

Verwalter der Kasse war Magistratsrat Dunzinger.

Bezüglich der Rechnungsergebnisse wird auf den II. Abschnitt hingewiesen.

§ 21.

Holzmagazinskasse.

Im Jahre 1903 wurden verkauft:

Am städt. Holzmarkt	8994⅔	Karren	= 13 492	Ster Holz;
	166¼	„	= 249	„ Wellen;
aus dem städt. Magazin	640	„	= 960½	„ Holz;
durch die Eisenbahn eingeführt	12 164½	„	= 18 246¾	„ „
	716¾	„	= 1 075	„ Wellen
Sa.	22 682⅙		= 34 023¼	Ster.

Von den ausstehenden Kapitalien und Vorschüssen wurden zurückbezahlt:

Von der Stadtkämmerei:

3 743,91 ℳ unverzinslicher Vorschuß zur Kanalisation der Lehnleite. Rest von 38 743,91 ℳ,
4 319,49 „ an 3 % Darlehen für die Schlachthof-Erweiterung,
575,— „ an 3 % Darlehen für die Kühlhaus-Erweiterung,
430,— „ an 3 % Darlehen für Beschaffung von Sinkkästen,
1 000,— „ an 3 % Darlehen zum Ankauf von Altertümern,
20 000,— „ an 2 % Darlehen zur Schaffung eines Betriebsfonds,
5 000,— „ an 3 % Darlehen zur Verbreiterung des Keesburgweges,
2 250,— „ an 3 % Darlehen zum Ausbau der Nikolausstraße.

Vom städtischen Gaswerk:

2 853,91 ℳ an 4 % Darlehen für die Leitung in der Frankfurterstraße,
10 000,— „ an 3½ % Darlehen zur Aufstellung einer zweiten Kühl- und Reinigungs-Anlage,
1 000,— „ an 4 % Darlehen für neue Leitungen in Ost-Grombühl,
3 000,— „ an 4 % Darlehen für die Leitung zur Artillerie-Kaserne.

Vom städtischen Wasserwerk:

1 298,04 ℳ an 4 % Darlehen für neue Leitungen im Ost-Grombühl.

Vom fränk. Kunst- und Altertums-Verein:

500,— ℳ an 4% Darlehen zu ursprünglich 3500 ℳ.

Als neue Anlagen sind zu verzeichnen:

20 000,— ℳ an 3½% städt. Schuldverschreibungen,
32 716,50 „ an 3% Darlehen an die Stadtkämmerei zur Schlachthof-Erweiterung,
400,95 „ an 4% Darlehen an das Gas- und Wasserwerk für die Leitungen in Ost-Grombühl,
21 000,— „ an 3% Darlehen an das städt. Gaswerk zur Teleskopierung des dritten Gasbehälters.

Gegen das Vorjahr besteht eine Kapitalien-Mehrung von 21 891,01 ℳ.

Die Übersicht über die Rechnungs-Ergebnisse ist im II. Abschnitt enthalten.

Verwalter der Kasse war Magistratsrat Dunzinger.

---

§ 22.

Vieh- und Schlachthof.

I.

Der städtische Viehhof war an 297 Werktagen für die täglich stattfindenden Schlachtviehmärkte, für 2 Zuchtbullen-Prämiierungsmärkte, sowie für 52 (allwöchentliche) Jungschweinemärkte geöffnet. Außerdem fanden auf dem Viehmarktplatze am linken Mainufer oberhalb der Luitpoldbrücke 26 Großvieh-Export- und 10 Schafmärkte statt.

Der Marktbeginn war im Sommer auf 6 Uhr und im Winter auf 8 Uhr früh festgesetzt.

Als Marktgebühr wurden pro Stück Großvieh 20 ₰ und pro Stück Kleinvieh 10 ₰ erhoben. An den großen Schafmärkten wurde statt der Marktgebühr nur eine Hürdengebühr von 2 ₰ pro Stück

berechnet; von der Erhebung des Pflasterzolles für Schafe wurde bei den großen Schafmärkten abgesehen.

Auf den Jungschweinemärkten wurde pro Korb eine Platzgebühr von 15 ₰ erhoben.

Die seuchenpolizeiliche Kontrolle nahmen die beiden städtischen Tierärzte vor, welche an großen Märkten der k. Bezirkstierarzt unterstützte.

Die großen Export-Viehmärkte, welche bereits im Vorjahre eine wesentliche Frequenzminderung infolge des andauernden großen Viehmangels erlitten hatten, wiesen eine nochmalige Frequenzminderung auf, und die vorjährigen überaus hohen Viehpreise hielten sich das ganze Jahr über. Das vorhandene Schlachtvieh fand an auswärtige Händler rasch Absatz. Die einheimischen Metzger mußten ungewöhnlich hohe Preise für gute Schlachtware anlegen, was — mit Ausnahme des Schweinefleisches — zu einer allgemeinen abermaligen Fleischpreissteigerung Veranlassung gab.

Die nachfolgende Übersicht über die Zufuhr zu den Exportviehmärkten während der verflossenen 7 Jahre liefert den besten Beweis des überaus großen Viehmangels.

Die Gesamtzufuhr betrug:

im Jahre	**1897**:	16 280	Stück,
„ „	**1898**:	16 028	„
„ „	**1899**:	14 460	„
„ „	**1900**:	15 337	„
„ „	**1901**:	15 140	„
„ „	**1902**:	11 301	„
„ „	**1903**:	11 163	„

Mit der Eisenbahn nach außerbayerischen Plätzen und zwar hauptsächlich nach Norddeutschland wurden exportiert:

im Jahre	**1901**	469	Waggons	mit 7776	Rindern im Werte von 3 194 280 ℳ,
„ „	**1902**	385	„ „	4431	Rindern im Werte von 1 897 000 ℳ,
„ „	**1903**	411	„ „	4789	Rindern im Werte von 1 959 000 ℳ.

Die Zufuhr zu den 10 Schafmärkten betrug:

im Jahre	**1901**:	382	Herden mit	40 643 Schafen,
„ „	**1902**:	331	„ „	35 735 „
„ „	**1903**:	269	„ „	29 214 „

Die Qualität der aufgestellten Schafe war gegen das Vorjahr ganz hervorragend und infolgedessen die Kauflust besonders rege.

Der Absatz betrug 19 476 Stück im Werte von 486 900 ℳ. Der Hauptexport richtete sich nach Sachsen, Berlin, Hessen und Elsaß. — Vom Elsaß gelangte ein großer Teil nach Belgien und Paris.

Die beiden Zuchtbullen-Prämiierungsmärkte, zu welchen der unterfränkische landwirtschaftliche Kreisausschuß je 200 ℳ Prämien bewilligt hatte, wurden im März und August abgehalten. Dieselben waren mit 119 Bullen betrieben, wovon der größte Teil Absatz fand. Die Verkaufspreise bewegten sich zwischen 250 und 580 ℳ.

Die an jedem Werktage stattfindenden Wochenviehmärkte bezweckten in der Hauptsache die Deckung des lokalen Bedarfes an Schlachtvieh und zwar vorherrschend an Kälbern und fetten Schweinen. Infolge des großen Mangels an gutem Schlachtvieh ging die Frequenz gegen das Vorjahr wieder ganz wesentlich zurück und waren die Preise überaus hoch. Nur bei Schweinen fand eine Steigerung des Zutriebes und demgemäß eine starke Preisreduktion in der zweiten Jahreshälfte statt.

Der Gesamtzutrieb zu den Wochenviehmärken betrug:

im Jahre	**1899**:	40 540	Stück,
„ „	**1900**:	42 881	„
„ „	**1901**:	41 522	„
„ „	**1902**:	39 118	„
„ „	**1903**:	43 347	„

Die allwöchentlichen Jungschweinemärkte hatten gegen das Vorjahr eine geringere Frequenz aufzuweisen, welche einesteils in der vorjährigen überaus großen Zufuhr, anderenteils im Rückgange der Preise bedingt war. Mit der Preisreduktion für fette Schweine trat eine solche für Jungschweine ein; gleichwohl waren die Preise für Jungschweine immer noch sehr hoch, so daß die Schweinezucht wohl als einer der rentabelsten Zweige der Landwirtschaft bezeichnet werden kann.

Im ganzen waren 43 198 Jungschweine (gegen 51 656 im Vorjahre, d. i. weniger 8458) zugeführt. In der ersten Jahreshälfte wurden bezahlt für Läufer 55—100 ℳ, für Ferkel 25—50 ℳ; in der zweiten Jahreshälfte 45—70 ℳ, resp. 8—36 ℳ pro Paar.

Der Gesamtzutrieb zu den verschiedenen Märkten betrug:

1. Exportviehmärkte	11 163	Stück,
2. Schafmärkte	29 214	„
3. Bullenmärkte	119	„
4. Wochenviehmärkte	43 347	„
5. Jungschweinemärkte	43 198	„
Zusammen also im Jahre 1903 =	127 041	Stück gegenüber dem
Jahre 1902 mit	137 953	„

um 10 912 weniger.

Beanstandet wurden von der tierärztlichen Marktkontrolle 42 Tiere und zwar: 1 Bulle, 3 Ochsen, 6 Kühe, 12 Kälber, 20 Schweine bei Vorliegen folgender Mängel: Bauchfellentzündung, Beinbruch, Durchfall, Hodenentzündung, Lungenentzündung, Lungenhyperämie, Magerkeit, Maul- und Klauenseuche-Verdacht, Rhachitis, Rückenmarkslähmung, Rotlauf, Sepsis, Tragsackentzündung, Wassersucht, ferner weil abgehetzt, gedrückt, notgeschlachtet. — Verfügt wurde teils Zurückweisung vom Verkaufe, teils sofortige Schlachtung, teils Überweisung an den Wasenmeister.

Die Viehpreise nach Schlachtgewicht pro ½ kg betrugen im Jahresdurchschnitte in Pfennigen:

	1903	1902	1901	1900
bei Bullen	54	51	47,5	49
„ Ochsen	69	68	64,5	62
„ Stieren	65,5	61,5	60,5	59,5
„ Kühen	54	51	46,5	48
„ Kalbinnen	66	64	58,5	56
„ Kälbern	55	53	49	50,5
„ Schafen	58	53,8	47,5	47,5
„ Schweinen	53,5	63,8	60,5	58.

Die ganz erhebliche Preissteigerung ist aus diesen Zahlen ersichtlich. Nur bei Schweinen ist eine wesentliche Preisreduktion eingetreten.

Das nötige Streumaterial wurde durch die Schlacht- und Viehhof-Verwaltung mit einem Aufwand von 754,31 ℳ angekauft.

Der angefallene Stalldung lieferte eine Einnahme von 319,23 ℳ, sohin ergab sich eine Mehrausgabe von 435,08 ℳ.

Das nötige Futter stellte der Stallwärter im Viehhofe auf eigene Rechnung.

II.

Durch die im Vorjahre ausgeführte Erweiterung der Schlachthofanlage durch Erbauung einer eigenen Schlachthalle für Kälber und Schafe, sowie eines Pferdeschlachthauses wurde einem dringenden Bedürfnisse entsprochen und durch Inbetriebnahme der Kleinviehschlachthalle ab 2. Januar in der Großviehschlachthalle ein weiterer Schlachtraum für Großvieh gewonnen. In demselben wurden 8 Patent-Sicherheitswinden mit Schubvorrichtungen von der Firma Beck & Henkel in Kassel eingerichtet, welche die gleichzeitige Schlachtung von 32 Rindern (ohne Teilung der Rinder) gestatten; hiedurch ist die Anzahl der Aufzugswinden von 64 auf 72 erhöht worden, so daß 96 Rinder aufgehängt werden können.

Gleichzeitig wurde das neue Pferdeschlachthaus mit 2 Patentsicherheitswinden nebst Transportvorrichtungen versehen, welche das Aufhängen von 8 Pferden ermöglichen.

Eine weitere Verbesserung besteht in der Anlage eines Schienengeleises vom Viehhofe in das Kohlenlager am Kesselhause, wodurch das Lagern der angefahrenen Kohlen wesentlich erleichtert ist. — Auch wurde einer der Brühkessel im Schweineschlachthause, der defekt und für die heutigen Verhältnisse viel zu klein war, durch einen neuen, größeren ersetzt.

Für alle in den beiden verflossenen Jahren ausgeführten Verbesserungen im Schlachthofe wurde eine Gesamtsumme von 85 570,21 ℳ aufgewendet.

Die Schlachtungen im Schlachthofe betragen während der letzten 3 Jahre:

im Jahre	1903:	1902:	1901:
Bullen	1 223 Stück,	1 309 Stück,	1 169 Stück,
Ochsen	5 268 „	5 291 „	5 236 „
Stiere	819 „	983 „	1 181 „
Kühe	707 „	971 „	1 240 „
Kalbinnen	1 676 „	1 796 „	1 876 „
Kälber	17 050 „	17 856 „	18 689 „
Schafe	1 887 „	2 273 „	2 590 „
Ziegen	275 „	198 „	205 „
Schweine	34 284 „	29 049 „	32 482 „
Lämmer	215 „	120 „	118 „
Ferkel	1 858 „	110 „	62 „
Kitzchen	1 042 „	— „	— „
Pferde	267 „	281 „	250 „
Summa	66 571 Stück,	60 237 Stück,	65 098 Stück.

Außerhalb des Schlachthofes wurden von Privaten zum Hausgebrauche 86 Stücke geschlachtet, so daß die Gesamtsumme der im Stadtbezirke geschlachteten Tiere 66 657 Stücke beträgt.

Bemerkt wird, daß ab 1. April zufolge des Reichsfleischbeschaugesetzes, sowie einer Abänderung der Schlachthof-Ordnung auch die Kitzchen der Fleischbeschau zu unterstellen sind und daß für alle im Stadtbezirke vorkommenden Schlachtungen Schlachthofzwang statuiert ist.

Die Fleisch-Einfuhr in den Stadtbezirk betrug an:

beschaupflichtigem Fleisch	102 235,5 kg
nichtbeschaupflichtigem Fleisch	86 447,5 „
Summa	188 683,— kg.

Gegen das Vorjahr verminderte sich die Fleischeinfuhr um 32 203,5 kg, was auf das Einfuhrverbot ausländischer Wurstwaren ꝛc. in das Deutsche Reich zurückzuführen ist.

An Wildbret wurden eingeführt: 150 785 kg gegen 171 436,5 kg im Vorjahre; also weniger um 20 651 kg.

Der Gesamtfleischkonsum berechnet sich auf:

5 659 606 kg im Jahre 1903;
5 616 423,5 „ „ „ 1902 d. i. mehr
43 182,5 kg.

Auf den Kopf der Bevölkerung treffen:

im Jahre	1903:	71,64	kg
„ „	1902:	72,28	„
„ „	1901:	71,55	„
„ „	1900:	70,81	„
„ „	1899:	68,59	„

Trotz der hohen Fleischpreise während der letzten Jahre blieb der Fleischkonsum sich ziemlich gleich; die Fleischqualität besserte sich im verflossenen Jahre wesentlich.

Die Fleischbeschau wurde von den zwei städtischen Tierärzten vorgenommen, welche je nach Bedarf durch vier in der Fleischbeschau ausgebildete und verpflichtete Hallenaufseher Unterstützung fanden. Der Vollzug der Fleischbeschau selbst erlitt durch das neue Reichsfleischbeschaugesetz nur ganz unwesentliche Änderungen, nachdem dieselbe bereits seit Jahren hier im Sinne des genannten Gesetzes ausgeführt wurde. Die Zahl der Beanstandungen blieb sich daher den Vorjahren gegenüber ziemlich gleich.

Das Ergebnis der Schlachtvieh- und Fleischbeschau ist folgendes:

I. Schlachtviehbeschau.

Beanstandet wurden:

wegen	Bullen	Ochsen	Färse	Kühe	Kalbinnen	Kälber	Schafe	Schweine	zusammen
Beinbruch	—	1a*)	1a 1b	1b	1b	—	—	1a 5b	3a 8b
Rhachitis	—	—	—	—	—	—	—	4b	4b
Hinfälligkeit	—	—	—	1c	—	1b 3c	—	—	1b 4c
Fieber	—	2b	—	1b 1c	—	—	—	1c	3b 2c
Natürlicher Tod	—	1c	—	—	—	—	—	4c	5c
Übertrag:	—	1a	1a	--	—	—	—	1a	3a
		2b	1b	2b	1b	1b	—	9b	16b
		1c	—	2c	—	3c	—	5c	11c

*) a = unbeschränkt tauglich.
b = minderwertig.
c = genußuntauglich.

wegen	Bullen	Ochsen	Stiere	Kühe	Kalbinnen	Kälber	Schafe	Schweine	zusammen
Übertrag:	—	1 a	1 a	—	—	—	—	1 a	3 a
	—	2 b	1 b	2 b	1 b	1 b	—	9 b	16 b
	—	1 c	—	2 c	—	3 c	—	5 c	11 c
Impfling	—	—	—	—	—	1 b	—	—	1 b
Atemnot	—	—	1 b	—	—	—	—	—	1 b
Magerkeit	—	—	—	1 b	—	—	—	—	1 b
Darmkatarrh	—	—	—	—	—	3 b	—	—	3 b
Panaritium	—	—	—	1 b	—	—	—	—	1 b
Festliegen	—	—	—	3 b 3 c	—	—	—	—	3 b 3 c
Euterentzündung	—	—	—	1 b 1 c	—	—	—	—	1 b 1 c
Zellgewebsentzündung	—	—	—	1 b	—	—	—	—	1 b
Starrkrampf, Metritis	—	—	—	2 c	—	—	—	—	2 c
Sepsis-Verdacht	—	1 c	—	1 c	—	—	—	—	2 c
Rheumatismus	—	—	—	—	—	—	1 b	—	1 b
zusammen	—	1 a	1 a	9 b	1 b	5 b	1 b	1 a	3 a
		2 b	2 b	9 c	—	3 c	—	9 b	29 b
		2 c	—	—	—	—	—	5 c	19 c

II. Fleischbeschau.

Nach Entfernung einzelner Organe oder Fleischteile wurden dem freien Verkehr überlassen:

Bullen	Ochsen	Stiere	Kalbinnen	Kühe	Kälber	Schafe	Ziegen	Schweine	Ferkel	Pferde	zusammen
135	619	74	109	247	64	707	4	1211	11	25	3206

Der Freibank überwiesen wurden:

Bullen	Ochsen	Stiere	Kalbinnen	Kühe	Kälber	Schafe	Ziegen	Schweine	zusammen
10	25	5	12	68	60	40	5	80	305

Privatgebrauch wurde gestattet nach Beanstandung bei 1 Bullen, 1 Kuh, 3 Schweinen.

Zum gleichen Zwecke wurde das Ausschmelzen des Fettes polizeilich überwacht nach Beanstandung von 2 untauglichen Schweinen.

Gänzlich verworfen wurden:

Bullen	Ochsen	Stiere	Kühe	Kälber	Schafe	Kitzchen	Schweine	Summa
2	6	1	28	16	2	7	13	75

Hiezu kommen noch, weil nicht verwertet, als bedingt tauglich 1/4 Ochs, 2/4 Schweine, 1 Bulle und 5 ganze Schweine.

Auf der Freibank verwertet wurden als bedingt tauglich 2 Ochsen, 2 Stiere, 1/4 Schweine.

Beanstandungen.

a) Als untauglich zum menschlichen Genuß wurden erachtet:

	Bullen	Ochsen	Stiere	Kühe	Kälber	Schafe	Kitzchen	Schweine	Summa
1. Tuberkulose	1	2	1	7	1	—	—	5	17
2. Wassersucht	—	—	—	7	1	1	—	—	9
3. Lähme	—	—	—	—	6	—	—	—	6
4. Jauchige Metritis	—	—	—	4	—	—	—	1	5
5. Pyämie	—	—	—	1	4	—	—	1	6
6. Verendet	—	1	—	—	—	—	—	4	5
7. Sepsis	1	1	—	1	2	1	—	1	7
8. Jauchige Entzündung	—	1	—	2	—	—	—	1	4
9. Mangelhafte Verblutung	—	—	—	—	1	—	—	—	1
10. Fäulnis	—	—	—	—	1	—	—	—	1
11. Eitrige Peritonitis	—	1	—	—	—	—	—	—	1
12. Jauchige Euterentzündung	—	—	—	1	—	—	—	—	1
13. Starrkrampf-Metritis	—	—	—	2	—	—	—	—	2
14. Darmentzündung	—	—	—	2	—	—	—	—	2
15. Futtergeruch — Emphysem	—	—	—	1	—	—	—	—	1
16. Abmagerung	—	—	—	—	—	—	7	—	7
	2	6	1	28	16	2	7	13	75

b) Nur das Fett als bedingt tauglich (unter Aufsicht ausgeschmolzen) wurde dem Privatgebrauch überlassen bei 2 Schweinen mit Tuberkulose.

c) Für bedingt tauglich wurden erklärt bei:

	Bullen	Ochsen	Stiere	Kühe	Kälber	Schafe	Schweine	Summa
Tuberkulose . . .	1	(¼)	—	—	—	—	3(¾)	4
Rotlauf	—	—	—	—	—	—	2	2
Finnen	—	2	2	—	—	—	—	4
	1	2	2	—	—	—	5	10

Davon wurden jedoch nur 1 tuberkulöses Schweineviertel im gekochten und die 4 finnigen Rinder im gekühlten Zustand auf der Freibank verwertet.

Die übrigen bedingt tauglichen Stücke wurden auf Wunsch der Besitzer vom Wasenmeister vergraben.

d) Als tauglich, jedoch im Nahrungs- und Genußwert erheblich herabgesetzt erklärt wurden bei:

	Bullen	Ochsen	Stiere	Kühe	Kalbinnen	Kälber	Schafe	Ziegen	Schweine	Summa
1. Tuberkulose	6	18	3	31	11	1	—	1	40	111
2. Rhachitis	—	—	—	1	—	—	—	—	6	7
3. Darmkatarrh	—	—	—	—	—	11	—	—	—	11
4. Krämpfe	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1
5. Ältere Knochenbrüche . .	1	—	1	3	1	—	—	—	3	9
6. Geschlechtsgeruch	—	—	—	—	—	—	—	—	10	10
7. Magerkeit	—	—	—	8	—	32	31	3	—	74
8. Abszesse	1	—	—	4	—	—	—	—	1	6
9. Mißfarbe	—	—	—	1	—	5	—	—	5	11
10. Blutunterlaufungen . . .	—	1	—	5	—	2	—	—	5	13
Übertrag:	8	19	4	53	12	51	32	4	70	253

	Bullen	Ochsen	Stiere	Kühe	Kalbinnen	Kälber	Schafe	Ziegen	Schweine	Summa
Übertrag:	8	19	4	53	12	51	32	4	70	253
11. Nierenentzündung	—	—	—	2	—	2	1	—	4	9
12. Pneumonie	—	—	—	3	—	1	2	—	1	7
13. Bauchfellentzündung	—	1	—	2	—	1	—	1	—	5
14. Darmentzündung	—	1	—	—	—	—	—	—	1	2
15. Panaritium	—	—	—	1	—	—	—	—	—	1
16. Nabelvenenentzündung	—	—	—	—	—	2	—	—	—	2
17. Herzbeutelentzündung	2	1	—	1	—	—	—	—	—	4
18. Notschlachtung	—	—	1	—	—	1	3	—	3	8
19. Ödem	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
20. Euterentzündung	—	—	—	2	—	—	—	—	—	2
21. Gelenkentzündung	—	—	—	1	—	—	—	—	—	1
22. Pleuropneumonie	—	—	—	—	—	—	2	—	1	3
23. Lymphdrüsenhyperplasie	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
24. Einsinnigkeit	1	2	—	—	—	—	—	—	—	3
25. Zellgewebsentzündung	—	1	—	1	—	—	—	—	—	2
26. Hinfälligkeit	—	—	—	—	—	1	—	—	—	1
27. Impfling	—	—	—	—	—	1	—	—	—	1
28. Echinococcose	—	—	—	1	—	—	—	—	—	1
29. Magengeschwüre	—	—	—	1	—	—	—	—	—	1
30. Netzbruch	—	—	—	1	—	—	—	—	—	1
31. Neubildung	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
Summa:	11	25	5	69	12	60	40	5	83	310

e) Einzelne Organe und Fleischteile wurden beanstandet und vom Wasenmeister vergraben, das übrige Fleisch jedoch zum Genuß zugelassen bei:

Bullen	Ochsen	Stieren	Kalbinnen	Kühen	Kälbern	Schafen	Ziegen	Schweine	Ferkeln	Pferden	Summa
135	619	74	109	247	64	707	4	1211	11	25	3206

Das Gewicht der beanstandeten Teile betrug 7030 kg.

Bezüglich der beanstandeten Tierteile und -Arten ist folgende Tabelle zu vergleichen.

Organe	Tier-Gattung	Tuberkulose	Entzündung	Wässerige	Knochenbrüche Blutungen	Blasenwürmer	Leberegel	Lungenwürmer	Klauenseuche	Hydronephrose	Oedem	Verunreinigung	Fremdkörper	Summa
Lungen	Rinder	575	13	17	—	218	7	—	6	—	—	62	—	898
	Kälber	1	7	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	9
	Schafe und Ziegen	1	3	—	—	1	—	887	—	—	—	—	—	892
	Schweine	102	15	1	—	19	—	27	3	—	—	342	—	509
	Pferde	4	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12
	Summa	683	46	18	—	238	7	914	9	—	—	405	—	2320
Herzen	Rinder	4	7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11
	Pferde	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
	Summa	4	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12
Leber	Rinder	93	13	72	—	80	58	—	2	—	—	—	—	318
	Kälber	1	10	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13
	Schafe und Ziegen	1	1	—	—	35	555	—	—	—	—	—	—	592
	Schweine	82	95	1	—	451	—	—	—	—	—	—	—	629
	Pferde	4	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5
	Summa	181	120	75	—	566	613	—	2	—	—	—	—	1557
Milzen	Rinder	50	—	8	—	4	—	—	—	—	—	—	—	62
	Kälber	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
	Schweine	43	—	—	—	3	—	—	—	—	—	—	—	46
	Summa	94	—	8	—	7	—	—	—	—	—	—	—	109
Magen und Därme	Rinder	64	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	60	129
	Kälber	1	17	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	18
	Schafe und Ziegen	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2
	Schweine	79	4	—	—	4	—	—	—	—	—	—	—	87
	Summa	145	27	—	—	4	—	—	—	—	—	—	60	236
Nieren	Rinder	4	10	4	—	—	—	—	—	14	—	—	—	32
	Kälber	1	56	—	—	—	—	—	—	4	—	—	—	61
	Schafe und Ziegen	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
	Schweine	1	16	—	—	—	—	—	—	78	—	—	—	95
	Summa	6	83	4	—	—	—	—	—	96	—	—	—	189
Euter	Rinder	1	3	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	5
	Schweine	—	1	—	—	—	—	—	13	—	—	—	—	14
	Summa	1	4	—	—	—	—	—	14	—	—	—	—	19
Haut, Zungen	Rinder	—	—	—	—	—	—	—	63	—	—	—	—	63
	Schweine	—	55	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	55
Fleischteile	Rinder	7	—	14	17	—	—	—	50	—	6	4	—	98
	Kälber	—	—	—	3	—	—	—	—	—	—	—	—	3
	Schweine	11	—	3	42	—	—	—	—	—	2	1	—	59
	Pferde	—	—	1	11	—	—	—	—	—	1	—	—	13
	Summa	18	—	18	73	—	—	—	50	—	9	5	—	173

f) Die vorgekommenen Notschlachtungen erfolgten aus nachverzeichneten Gründen:

Lfde. Nr.		Bullen	Ochsen	Stiere	Kühe	Kälber	Schafe	Schweine	Pferde	Summa
1.	Krämpfe	—	—	—	—	—	2b	—	—	2b
2.	Sept. Metritis	—	—	—	2c	—	—	—	—	2c
3.	Eihautwasserſucht	—	—	—	1c	—	—	—	—	1c
4.	Atemnot	—	—	—	—	—	1b	1b	—	2b
5.	Panaritium	—	—	—	—	—	—	—	—	—
6.	Fieber, Mattigkeit	—	1b	—	—	—	—	—	—	1b
7.	Blutunterlaufungen	—	1b	—	1b	1b	—	1b	—	4b
8.	Darmkatarrh	—	—	—	—	1b	—	—	—	1b
9.	Festliegen	—	—	—	2c 3b	—	—	—	—	3b 2c
10.	Ikterus	—	—	—	—	—	—	2b	—	2b
11.	Euterentzündung	—	—	—	1b 2c	—	—	—	—	1b 2c
12.	Nephritis	—	—	—	1b	—	—	—	—	1b
13.	Knochenbruch	—	2a	1a	1b	—	—	2b	4a	7a 3b
14.	Perikarditis	—	—	—	4c	—	—	—	—	4c
15.	Zellgewebsentzündung	—	—	—	1b	—	—	—	—	1b
16.	Überfütterung	—	—	1b	—	—	—	—	—	1b
17.	Wasserſucht	—	—	—	2c	—	—	—	—	2c
18.	Verdauungsſtörungen	—	—	—	—	—	—	3b	—	3b
19.	Lungenentzündung	—	—	—	1b	—	—	—	—	1b
20.	Peritonitis	—	—	—	1b	—	—	—	—	1b
21.	Magengeschwüre	—	—	—	1b	—	—	—	—	1b
22.	Darmentzündung	—	—	—	1c	—	—	—	—	1c
23.	Trauern	—	—	—	—	—	—	1b	—	1b
24.	Tympanitis	—	—	—	1c	—	1b	—	—	1b 1c
25.	Tuberkuloſe	—	—	—	1b	—	—	—	—	1b
26.	Magenfiſtel	—	—	—	1b	—	—	—	—	1b
27.	Netzbruch	—	—	—	1b	—	—	—	—	1b
	Summa	—	2a	1a	—	—	—	—	4a	7a
		—	2b	1b	11b	2b	4b	10b	—	33b
		—	—	—	15c	—	—	—	—	15c

a = unbeschränkt tauglich (bankmäßig); b = minderwertig; c = genußuntauglich.

g) Tuberkuloſe-Statiſtik.

1903.

		Bankmäßig	Minderwertig	Bedingt tauglich	Untauglich
82	Bullen	74	6	1	1
286	Ochſen	266	18	davon: [1/4]	2
28	Stiere (Jungrinder)	24	3	—	1
63	Kalbinnen (Jungrinder)	52	11	—	—
133	Kühe	95	31	—	7
592	Rinder überhaupt	511	69	1 [1/4]	11
2	Kälber	—	1	—	1
	Schafe	—	—	—	—
1	Ziege	—	1	—	—
145	Schweine	97	40	wovon 3[3/4]*)	—
1	Pferd	1	—	—	—
741	Tiere	609	111	4	17

*) Nur 1/4 Schwein wurde gekocht und verkauft.

h) von importiertem Fleiſch wurden zurückgewieſen wegen

	Rindfleiſch	Schweinefleiſch
mangelhaften Beſchaunachweiſes	5 Partien	1 Partie zu 18 kg
Verunreinigung	1 Partie	—
	374,5 kg	

i) Von importiertem Fleiſch wurde zur Freibank verwieſen (meiſt auf Wunſch der Beſitzer):

wegen	Rind-	Kalb	Schaf- und Ziegen-	Schweinefleiſch-	Partien
Geſchlechtsgeruch	—	—	—	1	„
Multipl. Abſzeſſe	2	—	—	—	„
Katarrhalfieber	1	—	—	—	„
Magerkeit	1	—	1	—	„
Übertrag:	4	—	1	1	„

436110

wegen	Rind-	Kalb-	Schaf- und Ziegen-	Schweine- fleisch-	Par- tien
Übertrag:	4	—	1	1	„
Aktinomykose	1	—	—	—	„
Darmentzündung	4	—	—	1	„
Tuberkulose	9	—	—	—	„
Beinleiden	9	—	—	—	„
Blasenwurmkrankheit	6	—	—	—	„
Geburtsnachkrankheit	20	—	—	2	„
Stechend. Körper	10	—	—	—	„
Harnkrankheit	3	—	—	—	„
Verunreinigung	2	—	—	—	„
Pneumonie	3	—	—	—	„
Gehirnleiden	3	-	—	—	„
Tympanitis	2	—	—	—	„
Sonstige Notschlachtungen	4	1	1	—	„
Zusammen	80	1	2	4	Par- tien zu
	15675,0 kg	114,5 kg	37 kg	299,0 kg	

k) Von importiertem Fleisch wurde zum Wasen verwiesen als genußuntauglich:

wegen	Rind-	Kalb-	Schaf- und Ziegen-	Schweine- fleisch-	Par- tien
Fäulnis	6	1	1	1 Schwarten	„
Sept. Darmentzündung	1	1	—	—	„
Gelbsucht	—	1	—	—	„
Gelenkentzündung	—	1	—	—	„
Metritis	1	—	—	—	„
Pyämie	1	—	—	—	„
Verendet	—	—	—	1	„
Übler Geruch	—	1	—	—	„
Wassersucht	2	—	—	—	„
Zusammen	11	5	1	2	Par- tien zu
	2021,5 kg	219,5 kg	22,5 kg	136 kg	
Hiezu noch:	2164,5 kg	4 kg	—	26 kg	

Fleischteile und Organe, welche als wässerig, tuberkulös, blutunterlaufen und sonstwie verdorben beseitigt wurden, während die übrigen Teile der eingeführten Fleischpartien genußtauglich waren.

Unter Berücksichtigung des unter II a mit k Gesagten ergibt sich folgende Zusammenfassung:

Zum Wasen verwiesen wurden durch die Fleischbeschau:

A. Von den im Schlachthof geschlachteten Tieren:

1. Ganze Viehstücke und zwar:

	Untauglich	bedingt tauglich =	Summa =	Gewicht
Bullen	2 +	1 =	3 Stück	zu 703,5 Kilo
Ochsen	6	—	6 „	„ 1587,5 „
Stiere	1	—	1 „	„ 154,5 „
Kühe	28	—	28 „	„ 5511,5 „
Kälber	16	—	16 „	„ 638,0 „
Schafe	2	—	2 „	„ 29,5 „
Kitzchen	7	—	7 „	„ 20,0 „
Schweine	13	5	18 „	„ 1197,0 „
Zusammen	75 +	6 =	81 Stück	zu 9841,5 Kilo

2. Organe und Fleischteile 7030,0 „

B. Vom importierten Fleisch:

1. Ganze Fleischpartien 2399,5 „

2. Organe und Fleischteile 2194,5 „

Der Wasenmeister empfing also insgesamt 21465,5 Kilo

oder 429,31 Ztr.

III. Fleischpreise.

Die Fleischpreise berechnen sich für 1 Kilo nach Pfennigen im Jahresdurchschnitte wie folgt:

	1903	1902	1901	1900
Ochsenfleisch	142	134	130	132
Stierfleisch	132	125	120	120
Kuh- und Kalbinnenfleisch	130	125	120	120
Kalbfleisch	138	132	128	128
Schaffleisch	132	125	124	120
Schweinefleisch	137	148	136	128

§ 23.

Kühlhaus.

Das Kühlhaus war während des ganzen Jahres im Betriebe. Das Betriebspersonal bestand aus 1 Maschinisten, 1 Stellvertreter desselben und 2 Heizern. In der heißen Jahreszeit war Tag- und Nachtbetrieb je nach Bedürfnis mit ein oder zwei Maschinen und Kompressoren. Der vorhandene Tauchkondensator, welcher seit dem Jahre 1890 in Benützung war, gewährleistete mit der Zeit nicht mehr genügende Betriebssicherheit und mußte deshalb durch einen neuen Berieselungskondensator, welchen die Firma Freundlich in Düsseldorf lieferte, mit einem Kostenaufwande von 6749,50 ℳ ersetzt werden.

Die aus 123 einzelnen abgeschlossenen Zellen mit einem nutzbaren Flächenraume von 655,86 qm bestehenden Kühlräume waren bis auf 5 Zellen vermietet und zwar 116 Zellen mit 612,01 qm an Metzger, 3 Zellen mit 15,93 qm an Wirte zum Einlagern von Bier, 1 Zelle mit 5,80 qm an einen Wildbret- und Geflügelhändler und 1 Zelle mit 5,63 qm an einen Butter- und Schmalzhändler. Eine Zelle war für Freibankzwecke reserviert.

Die Gesamteinnahme für Miete bezifferte sich auf 25658,56 ℳ.

Der regelmäßige Zutritt zu den Kühlräumen war während der wärmeren Jahreszeit an Werktagen auf 4—8 Uhr früh, 11—1 Uhr mittags und 4—7 Uhr abends festgesetzt. An Sonn- und Feiertagen auf 4—8 Uhr früh, 11—1 Uhr mittags und 6—6½ Uhr abends. Mit Beginn der kälteren Jahreszeit und zwar ab 1. November war der Zutritt an Werktagen von 5 Uhr früh bis 5 Uhr abends und an Sonn- und Feiertagen von 4—8 Uhr früh und 11—12 Uhr mittags gestattet. Zu anderen, als den festgesetzten Stunden wurde der Zutritt nur gegen Erlage eines Sperrgeldes von 20 ₰ gestattet, welches am Jahresschlusse an das Kühlhauspersonal (4 Mann) gleichmäßig verteilt wurde und im ganzen 114,20 ℳ betrug.

Die Durchschnittstemperatur während der wärmeren Jahreszeit betrug in den Kühlräumen + 2° C.

Die Kunsteisproduktion und die damit verbundene Einnahme erreichte zwar die Höhe des Vorjahres, wo gänzlicher Eismangel herrschte, nicht, ist aber trotzdem als befriedigend zu bezeichnen. Es

wurden produziert und verkauft 72918 Stangen. Der hiefür erzielte Erlös betrug 7814,50 ℳ. An Abonnenten wurden 25875, an Nichtabonnenten 47043 Stangen Eis abgegeben. Der Verkaufspreis betrug pro Zentner — 4 Stangen — im Abonnement 75 ₰, außer Abonnement 1 ℳ. Von der Eisabgabe zu 50 ₰ pro Zentner an größere Abnehmer wurde Umgang genommen, da bei diesem Preise kaum die Produktionskosten gedeckt werden und ein allgemeines Bedürfnis zu einer Preisreduktion nicht vorhanden war.

Zur Beheizung der Dampfkessel für Kühlzwecke waren 423350 kg Steinkohlen im Werte von 9721,98 ℳ nötig.

§ 24.

Bäder.

a) Brausebad.

Die Frequenz des Brausebades hat sich im Berichtsjahre abermals gesteigert und zwar wurden abgegeben:

im	Januar	4123 Bäder,
„	Februar	3848 „
„	März	3914 „
„	April	4833 „
„	Mai	4723 „
„	Juni	3952 „
„	Juli	5413 „
„	August	3832 „
„	September	4613 „
„	Oktober	3347 „
„	November	3323 „
„	Dezember	3908 „
im	ganzen	49829 Bäder gegen
		45017 Bäder im Vorjahre.

Die Einnahmen hieraus beliefen sich auf 6919 ℳ 53 ₰ gegen 6243 ℳ 11 ₰ im Vorjahre. Diesen Einnahmen stehen 5832 ℳ 37 ₰ Betriebsausgaben und ein Anschlag für Benützung der Anstaltsräume zu 2500 ℳ gegenüber. Für Verzinsung und Amortisation der Anlage, für Abnützung der maschinellen Einrichtung 2c. ist ein Anschlag nicht gemacht.

b) Das städtische Freibad.

Das städtische Freibad (Mainflußbad) wies im Berichtsjahre folgende Frequenzziffer auf:

Mai	4503	Männer,	1565	Frauen,
Juni	11208	„	5230	„
Juli	12184	„	1410	„
August	9511	„	811	„
September	10566	„	2875	„
Summa pro 1903:	47972	Männer,	11891	Frauen,
„ „ 1902:	57937	„	15220	„

Der Betrieb des Freibads ist der gleiche wie im Vorjahre geblieben.

Die Gesamtausgaben für Aufstellung des Bades, Aufsicht, Bauunterhaltung und Abbruch beliefen sich auf 1459 ℳ 50 ₰ gegen 1647 ℳ 27 ₰ im Vorjahre.

---

§ 25.

Friedhof.

Da mit dem früheren Modus des Umtriebs der nach Ablauf der statutenmäßigen Benutzungszeit der Friedhofverwaltung wieder anfallenden Gräber in größeren zeitlichen Intervallen (1 Jahr) gebrochen wurde und jeweils schon nach Ablauf eines Vierteljahres die verfallenen und nicht für eine weitere Belegungsperiode zurückgekauften Gräber zum tatsächlichen Umtrieb gelangten, fielen der Stadt schon

während des Jahres eine große Anzahl freigewordener Gräber zu, welche je nach Bedarf sofort wieder neu belegt werden konnten. Auf diese Weise wurde dem früheren Mangel an Gräbern abgeholfen und die Möglichkeit gegeben, die mit großen Kosten verbundene Erweiterung des Friedhofes nach Süden noch einige Jahre hinauszuschieben.

Die ersten 4 Quadrate der 6. Friedhofabteilung (neue Kinderabteilung) wurden ausgebaut, die Wege hergestellt und Randsteine gesetzt, für welche Arbeiten der Betrag von 967 ℳ 25 ₰ verausgabt wurde. In den Quadraten der 4. Abteilung wurden gleichfalls Rabattsteine mit einem Aufwand von 595 ℳ 66 ₰ gesetzt. Aus hygienischen Rücksichten wurde ein Formalin-Desinfektionsapparat mit einem Kostenbetrag von 47 ℳ angeschafft. Behufs besserer Entlüftung des Souterrainraumes des Leichenhauses wurden zwei Wasserventilatoren eingerichtet. Die dringend notwendige Renovation des Leichensaales sowie des Verwaltungszimmers verursachte eine Ausgabe von 879 ℳ 64 ₰. Die bisher nur in gewissen Zwischenräumen durch das Personal der Stadtgärtnerei vorgenommene Reinigung des Friedhofes hatte schon wiederholt Anlaß zu berechtigten Klagen gegeben, weshalb zwei ständige Taglöhnerinnen aufgestellt wurden, denen die kontinuierliche Reinigung der Friedhofwege obliegt.

Infolge starker Abnützung des täglich im Gebrauch befindlichen Leichenwagens wurde die Anschaffung eines neuen Leichenwagens für Erwachsene mit einem Aufwand von 2120 ℳ notwendig; im Berichtsjahre wurde auch der neue Kinderleichenwagen, der noch im Vorjahre angeschafft worden war, in Betrieb genommen.

Die vor mehreren Jahren in Instruktion genommene neue Friedhof- und Leichengebührenordnung trat am 15. Juli des Berichtsjahres in Kraft. Durch die neuen Bestimmungen der Friedhofordnung wird voraussichtlich der Verkehr im Friedhof eine bessere Regelung erfahren, wie auch die Ruhe und Ordnung sowie die Sicherheit des Eigentumes besser wie bisher gewährleistet werden wird. Die Bestimmungen der neuen Leichengebührenordnung gehen von dem Grundsatze aus, daß die Leichenkosten für das unbemittelte Publikum weitmöglichst zu reduzieren sind. Behufs entsprechender Finanzierung des Friedhofetats mußten die durch Minderung der Tarifsätze für die III. Beerdigungsklasse erwachsenden Mindereinnahmen wieder ausgeglichen werden durch entsprechende Erhöhung der Sätze für die I. Beerdigungsklasse.

Die Organisation der Friedhofverwaltung war die gleiche wie im Vorjahre.

§ 26.

Öffentliche Anlagen und Pflanzungen.

I. Städtische Anlagen.

Auch im Berichtsjahre wurde an der Erhaltung und Ausbreitung der öffentlichen Anlagen der Stadt, ihres kostbaren Schmuckes, eifrig gearbeitet. Schon im zeitigen Frühjahre wurde damit begonnen, eine der bevorzugtesten Straßen unserer Stadt, das Ludwigkai, von der Auffahrtrampe der Ludwigbrücke bis zur Blumenstraße mit einer Lindenallee zu schmücken. Zur Verwendung kamen hiebei etwa 50 Stück dreißigjährige Lindenbäume, die zur Verpflanzung in den vorausgegangenen Jahren vorbereitet, dem Hochkai, einer schon jetzt höchst beliebten Promenade, den wünschenswerten Schatten spenden werden.

Ferner wurde an der Konradstraße eine bisher landwirtschaftlich ausgenützte, dem Eisenbahnärar gehörige Fläche von ca. 2800 qm bepflanzt, um der Konradstraße gegen den Eisenbahneinschnitt einen Abschluß zu geben.

An kleineren Pflanzungen sind zu erwähnen die Bepflanzung der Nordspitze der Maininsel vor dem Hügelschen Bade, die Anlage von Schutzhecken am Schützenhof, an der Gneisenaustraße und an der Auffahrt zu den Ziegelhütten an der Frankfurterstraße.

Da in absehbarer Zeit das dermalige Areal der Stadtgärtnerei zu Friedhofzwecken erforderlich werden wird, war bereits im Jahre 1901 eine Fläche von ca. 4 ha am Mönchberg erworben worden. Diese Fläche wurde im Berichtsjahre mit einem Lattenzaun und einer lebenden Hecke eingefriedigt. Es wurden die einzelnen Quadrate abgesteckt, Wege hergestellt, der Boden wurde zur Bepflanzung vorbereitet, die Wasserleitung wurde hergestellt und alles soweit gefördert, daß im Herbst des Berichtsjahres noch mit der Bepflanzung begonnen werden konnte.

Für die Weiterführung des Zierwasserlaufes im Ringpark wurden die nötigen Vorarbeiten betätigt. Hauptsächlich aber waren neben der Unterhaltung und Fortführung der öffentlichen Pflanzungen die Kräfte der Stadtgärtnerei mit der Herstellung eines Ringparkmodells für die Dresdener Städteausstellung beschäftigt. Das Modell ist aus Gips hergestellt und bedeckt eine Bodenfläche von 64 qm; dasselbe wurde mit einem Zeitaufwand von drei Jahren hergestellt und repräsentiert einen Wert von ca. 1000 ℳ. Das Ringparkmodell war sicherlich eines der meistbesichtigten Ausstellungsgegenstände in Dresden und hat dazu beigetragen, den Ringpark, den unerreichten Vorzug unserer Stadt, weiten Kreisen gebührend bekannt zu machen.

II. Vereins-Anlagen.

Der hochverdiente, rührige Verschönerungsverein hat auch das Berichtsjahr eifrigst zur Pflege und Erweiterung seiner Anlagen benützt. In den Steinbachsanlagen wurde ein neuer nach der Guttenberger Waldecke auf der Höhe führender Hauptweg vollendet und eine ca. 8 Morgen große Fläche an diesem Wege mit ca. 5000 Pflanzen neuangelegt.

Ferner wurde im Steinbachstal am Fuße der Anlagen ein Zierwasserlauf geschaffen, welcher das von der Stadtgemeinde unentgeltlich gelieferte Wasser talab bis zur Mergentheimerstraße führt.

An der Frankenwarte wurde ein steinerner Hallenanbau vollendet.

Die Stadtwaldanlage auf dem Nikolausberg fand im Berichtsjahre und im folgenden Frühjahre eine erhebliche Erweiterung durch Bepflanzung eines ca. 17 fränkische Morgen großen Areals. Die Bepflanzung erfolgte durch den Verschönerungsverein aus städtischen Mitteln.

Möge Würzburgs Einwohnerschaft dem dankenswerten Wirken des Vereins immer ein volles Verständnis entgegenbringen.

§ 27.

Rechtsmainiſches Hochkai, Zeller Brücke, Holzeinpollerſtelle, Staatshafen, Lagerhaus.

1. Der rechtsmainiſche Hochkai.

Aus dem vorjährigen Verwaltungsbericht iſt zu erſehen, daß im Jahre 1902 die Tiefkaimauer auf ihrer ganzen Länge (629 m) und die Fundation ſowie das aufgehende Mauerwerk der Hochkaiſtützmauer bis etwa 30 m unterhalb der Sonnenſtraße fertiggeſtellt werden konnte.

Da ſich jedoch bei Gründung der Hochkaipfeiler vor der Sonnenſtraße ergab, daß der tragfähige Felſen — ebenſo wie an dieſer Stelle beim Tiefkai — in größere Tiefen abfiel und infolgedeſſen die Fortſetzung der Bauarbeiten — insbeſondere die Waſſerhaltung in den tiefen Baugruben — wegen des ſtark auftretenden Grundwaſſers mit erheblicheren Schwierigkeiten als bisher verbunden war, ſo wurden ſeitens der Bau-Unternehmung J. E. Weber & C. Hannawacker Ende September die Gründungsarbeiten eingeſtellt und beantragt, die Fundation dieſer letzten Kaiſtrecke (mit der Aufgangstreppe zur Sonnenſtraße) nur bis auf die Höhe der über dem Felſen gelagerten Kiesſchicht zu führen und das Bauwerk auf eine durchgehende geſchloſſene Betonplatte aufzuſetzen.

Die vom Stadtbauamte I hierüber angeſtellten Unterſuchungen ließen es jedoch nicht rätlich erſcheinen, von der bisherigen Gründungsart (vermittelſt Pfeiler und Erdbögen) abzugehen und es wurde dementſprechend in der Magiſtrats-Sitzung vom 31. Okt. 1902 beſchloſſen, daß die Ausführung der Fundation auch bei der größeren Tiefenlage des Felſens in der bisherigen Ausführungsart zu erfolgen habe.

Dieſe Arbeiten konnten jedoch wegen der während der Verhandlungen eingetretenen unfreundlichen Witterung im Jahre 1902 nicht mehr in Angriff genommen werden. Infolge des ſtrengen Winters 1902/03 ſowie häufiger Eisgänge und Hochwäſſer verſchob ſich alsdann der Wiederbeginn der Arbeiten für den Baugrubenaushub auf den 27. April 1903 und derjenige für die Maurerarbeiten auf den 1. Mai 1903.

Unabhängig hievon wurden in den Monaten Januar, Februar und März 1903 die Vorarbeiten zum Straßenbau, sowie das Planieren und Regulieren der Hochkaistraßenfläche und die Herstellung der Hochkaibrüstung gefördert.

Vom 13. März bis zum 2. April erfolgte seitens der Stadtgärtnerei das Verpflanzen der Lindenbäume auf der Hochkaipromenade zwischen Sanderglacis- und Blumenstraße.

Gleichzeitig mit der Wiederaufnahme der Bauarbeiten wurde auch mit dem Ausbaggern des Flußbettes, sowie mit der Rollierung, Pflasterung und Chaussierung der Straßenflächen begonnen, so daß der gesamte Kaibau im Frühjahre 1903 über 100 Leuten Beschäftigung bot.

Die Regulierung und Pflasterung der ca. 12000 qm großen Tiefkaistraße war in 3 Lose geteilt im Wege der öffentlichen Submission an die Pflasterermeister Baer & Sohn, Wadenklee & Sohn und Wwe. Sauer vergeben worden.

Die Herstellung der Rollierung wie die Kalk- und Basaltsteinpflasterung einschließlich der Unterlage wurden in den Monaten April, Mai und Juni betätigt. Gleichzeitig wurde auch die Strecke der Hochkaistraße zwischen Sanderglacis- und Blumenstraße von erstgenanntem Unternehmer ausgeführt.

Die Straßenbauarbeiten des Hochkais oberhalb der Blumenstraße, sowie der Anschluß der Querstraßen konnten jedoch im Laufe des Jahres 1903 noch nicht in Angriff genommen werden, weil wegen unzureichender Schuttzufuhr die Straßenplanie nur unvollständig hergestellt werden konnte und die frischen Anschüttungen erst noch über Winter liegen sollten, um spätere Setzungen tunlichst zu vermeiden.

Die obenerwähnten noch rückständigen Fundationsarbeiten schritten so schnell voran, daß am 20. Juli die Maurerarbeiten bis auf Terrainhöhe vollendet waren.

Obgleich bei der Pfeilerfundation der tragfähige Felsen an einzelnen Stellen erst in 7,7 m Tiefe unter dem anstehenden Ufergelände angetroffen wurde, konnte doch durch sorgfältiges Verschalen und Absprießen der tiefen Baugruben sowie durch ununterbrochene Wasserhaltung mittelst der Dampfpumpe überall eine sichere Gründung der Tragpfeiler auf festen Felsen ermöglicht werden.

Mit diesen Arbeiten war die größte Schwierigkeit beim Kaibau ohne weiteren Unfall überwunden und konnten die noch unfertigen

Teile der 650 m langen Hochkaiſtrecke, insbeſondere die Ausbildung der Treppenanlagen mit den unterirdiſchen Räumen und Obeliskaufbauten, ferner das Einſetzen zahlreicher Schiffsringe, ſowie das Verfugen und Reinigen der Sichtflächen und ſonſtige Nachbeſſerungsarbeiten bis zum erſten Auguſt 1903 — welches Datum als Hauptfertigſtellungstermin vertraglich feſtgeſetzt worden war — vollendet werden.

Zu den Maurerarbeiten wurden faſt ausſchließlich Kalkſteine aus den Brüchen zu Randersacker und Sommerhauſen und nur zu den Stufen und Podeſtplatten der Hochkaitreppen Niederbayeriſcher Granit von Gebr. Hauſteiner in Hauzenberg bei Paſſau verwendet. Den Portlandzement lieferte die Fabrik in Karlſtadt.

Für die Herſtellung des Hoch- und Tiefkais ſind — abgeſehen von den Koſten für Gas- und Waſſerleitungen, welche geſondert berechnet wurden — bis Ende des Jahres 1903 rund 375 000 ℳ verausgabt worden.

Nach Beſchluß der ſtädt. Kollegien vom 22./24. Januar und nach Regierungs-Entſchließung vom 18. April 1902 wurden die von den Bauunternehmern an die Stadtgemeinde nach § 62 der allgemeinen Bauordnung zurückzuerſetzenden Straßenbaukoſten für das Hochkai auf 137,40 ℳ pro laufenden Meter feſtgeſetzt. Darin ſind $^{8}/_{25}$ der Aufwendungen für die Hochkaimauer mit $\left(\frac{8 \times 225}{25}\right) = 72{,}00$ ℳ enthalten.

Die Hochkaiſtraße erhielt den Namen Ludwig-Kai zu Ehren Sr. Kgl. Hoheit des Prinzen Ludwig von Bayern, der am 17. Mai 1903 anläßlich der Hauptverſammlung des unter ſeinem Protektorate ſtehenden Vereins für Hebung der Fluß- und Kanalſchiffahrt in Bayern auch die Kaianlagen mit großem Intereſſe beſichtigt hat.

2. Erbauung einer Brücke in Zell a. M.

Im Frühjahre 1903 wurde mit dem Aufſchlagen der Lehrgerüſte und dem Wölben der Brückenbogen begonnen; die Arbeiten wurden ſo raſch gefördert, daß ſchon am 4. Juli 1903 der Schlußſtein in den letzten rechtsſeitigen Bogen eingefügt werden konnte.

Das erſte der 5 Lehrgerüſte wurde am 9. Juni und das letzte am 30. Juli 1903 ausgeſchalt. Die nach der Ausſchalung beobachtete

größte Gewölbesenkung betrug 11 mm. Bezüglich der sonstigen Ausgestaltung der Brücke ist noch folgendes zu erwähnen:

Die Pfeilerstärke im Kämpfer gemessen beträgt 4,25 m.

Die gepflasterte Fahrbahn ruht auf einer 17 cm starken Betoneisendecke, welche mittels 142 steinernen Pfeilerchen auf dem Gewölberücken auflagert.

Zum Brückenbau wurden fast ausschließlich Kalksteine aus dem Buchnerschen Bruche zu Sommerhausen verwendet.

Die Brücke wurde nach einer Bauzeit von 16 Monaten am 16. November 1903 feierlich eingeweiht und dem Verkehr übergeben.

Der Entwurf der Brücke stammt von der hiesigen Baufirma Friedr. Buchner, der auch die Ausführung übertragen war. Bauleiter war k. Bauamtmann a. D. Wehrle.

Die Baukosten der Brücke ohne Grunderwerbung beliefen sich auf rund 272000 ℳ.

Hievon entfallen nach Vertrag mit der Gemeinde Zell 35600 ℳ auf die Stadtgemeinde Würzburg. (Siehe vorjährigen Verwaltungsbericht.)

3. Holzeinpollerstelle.

Die im vorjährigen Verwaltungsbericht erwähnte Verbesserung der Holzeinpollerstelle gelangte im Berichtsjahre zur Ausführung.

Das bisherige 550 m lange und 40 m breite Einpollerbecken wurde durch Erbauung eines Querdammes unmittelbar an der Ausfahrt derart geteilt, daß die vorhandene 70 m breite Ausfahrt nunmehr ausschließlich für das flußaufwärtige 300 m lange Einpollerbecken dient.

Für das flußabwärts gelegene 250 m lange Becken wurde eine eigene 120 m lange Ausfahrt geschaffen.

Die Arbeiten wurden in der Zeit von Mitte Juli bis Mitte September des Berichtsjahres betätigt.

4. Staatshafen, Lagerhaus.

a) Erhöhung der Hafenkaimauer.

Die im Oktober 1902 begonnenen Arbeiten für die Erhöhung der Hafenkaimauer wurden während des ganzen Winters fortgesetzt und

mit mehrmaligen Unterbrechungen durch Frostwetter und Hochwasser bis 15. April 1903 auf die ursprünglich projektierte Höhe d. i. Kote 171,30 in einer Länge von 80 m vollständig und auf der übrigen Strecke von 170 m auf Decksteinunterkante fertig gestellt.

Zufolge des mit der Zollbehörde über die Errichtung eines Hauptzollamtes an der Veitshöchheimerstraße abgeschlossenen Vertrages erfolgte eine nachträgliche Erhöhung der Hafenkaimauer um 35 cm d. i. bis auf Kote 171,65.

Die bezüglichen Arbeiten wurden am 9. Juli 1903 beendet.

b) Lagerhaus.

Das am Ende des Vorjahres auf Grund von Kommissionsbeschlüssen und im Benehmen mit den Interessenten ausgearbeitete Detailprojekt über die Errichtung eines Lagerhauses mit Zubehörungen im Staatshafen sieht, wie im vorjährigen Berichte erörtert, die Herstellung eines Lagerhauses mit ca. 8000 qm Lagerfläche (statt wie früher projektiert von 2000 qm) vor.

Wegen der höheren Kosten des vergrößerten Lagerhauses mußte der bereits früher für fragliche Zwecke genehmigte Kredit von 240000 ℳ auf 450000 ℳ erhöht werden.

Für die Situierung und Dimensionierung des Lagerhausneubaues, der im Berichtsjahre im Rohbau fertig gestellt wurde, waren folgende Gesichtspunkte maßgebend.

Wegen der Höherlegung des Hafengeländes, welche nötig war zur Erzielung hochwassersicherer Lagerung und zur Hintanhaltung nachträglicher kostspieliger Aufgrabungen, schien es angebracht, dem Lagerhausneubau von vorneherein eine tunlichst große Längenausdehnung zu geben.

Als Grenze ergab sich gegen Norden das Ende der Kaimauer und gegen Süden die projektierten künftigen Zollhallenbauten auf dem ehemals Eckertschen Anwesen, nachdem seitens des k. Zollärars die Freihaltung der Kaifläche vor den künftigen Zollhallen von Bauten ausbedungen war.

Für die Breiteabmessung des Gebäudes kam in Betracht, daß wasserseits der Lagerhäuser 2 Eisenbahngleise, nämlich ein Lade- und ein Umfahrgleis angeordnet wurden und landseits zwischen dem Lagerhause und dem Zufahrtsgleise für das künftige Zollamt eine Ladestraße von mindestens 8 m Breite eingeführt werden mußte.

Demnach ergibt sich für das Lagerhaus eine Länge von rund 128 m und eine Breite von 17 m, mit beiderseitigen Laderampen von 19,8 m.

Das Gebäude umfaßt 5 durch Brandmauern getrennte Abteilungen.

Die einzelnen Stockwerkshöhen betragen: Kellergeschoß 3,45 m, Erdgeschoß 4,50 m, I. Obergeschoß 3,45 m und II. Obergeschoß 3,40 m.

Die größere Höhe des Erdgeschosses ist bedingt durch die Konstruktion des Portalkrans, der das Bahnlichtprofil überbrückt und mit dem Fußboden des ersten Stockwerkes die gleiche Höhenanlage besitzen muß.

Die nutzbare Fläche per Stockwerk ist nach Abrechnung der je in den südlichen und nördlichen Zwischenbau eingebauten Stiegenhäuser 1930 qm, sohin insgesamt 7700 qm.

Das Gebäude ist in Backsteinmauerwerk mit Verblendung der Fassaden in Kalk- und Höchberger Sandbruchsteinmauerwerk hergestellt.

Wegen der ungünstigen Bodenverhältnisse des Baugrundes, der aus lauter aufgefülltem Felsenklein, Bauschutt, lockerem Gerölle besteht, wurden die Fundamentmauern des Gebäudes in Bogenstellungen aufgelöst und mittelst einzelner 3 m hoher Pfeiler auf Felsen fundiert.

Der tragfähige Felsen wurde in einer Tiefenlage von 4,45 m unter Kellersohle angetroffen.

Besondere Sorgfalt ist auf die wasserdichte Herstellung des Untergeschosses, das auch als Keller zur Einlagerung von Flüssigkeiten Verwendung finden soll, gelegt worden. Die Kellersohle und Kellerdecke und die letztere tragenden Säulen sind aus armiertem Eisenbeton hergestellt. Decke wie Sohle sind für 2000 kg Belastung konstruiert derart, daß selbst bei Setzen des Erdreiches unter der Sohle und bei einer Wasserhöhe gleich Hochwasser 1845 genügende Sicherheit besteht.

Dabei ist die Sohle gegen Eindringen von Druckwasser durch eine doppelte Ziegellage und Portlandzementverputz gesichert. Die Wände sind durch einfache Ziegellage und Zementverputz, sowie durch Goudronanstrich von außen und durch eine 20 cm starke Lattenumhüllung gedichtet, also mit besten technischen Mitteln gegen jedes Eindringen von Feuchtigkeit verwahrt.

Die Kellerdecke ist über die Umfassungswände konsolartig ausgekragt und bildet derart nach der Wasserseite hin eine 2 m breite

Laderampe, nach der Landseite eine solche von 80 cm Breite. Die größere Breite nach der Wasserseite ist erforderlich wegen der Waren-einlaßluken zu dem Untergeschoß.

Die Trag- und Stützkonstruktionen, Säulen, Unterzüge und Decken im Innern des Gebäudes wurden ausschließlich in Holz hergestellt, nachdem eine Umfrage bei verschiedenen Feuerversicherungsgesellschaften ergeben hatte, daß die Art der Baukonstruktionen auf die Prämien-frage im allgemeinen *nicht* von Einfluß ist. Seitens der Gesell-schaften wurde mehr Wert auf Teilung des Gebäudes durch feuer-feste Wände, als auf durchgängige Verwendung feuerfesten Materials gelegt, da bei Verbindung der einzelnen Stockwerke durch Treppen, Aufzüge, Durchlässe für Getreide miteinander, wie dies der Lagerhaus-betrieb bedingt, der Anwendung feuerfester Materialien eine Bedeutung nicht beizumessen und der Benutzung des billigsten Materiales der Vorzug zu geben sei.

Für das Lagerhaus wurden daher gewählt:

1. Für die Decken und Säulen des Erdgeschosses eichene Säulen und eichene Unterzüge mit Fichtenholzbalkendecken und doppeltem Bretterboden mit überkreuzten Fugen für die Decken und Säulen des Mittelbaues,
2. im ersten Stockwerk desgleichen.

In den angegliederten Abteilungen bestehen nur die Säulen aus Eichenholz, alles Übrige ist in Fichtenholz hergestellt. Die Stützen des Holzzementdaches sind aus Fichtenholz.

Auf die Verbindung der Holzkonstruktion ist besondere Sorgfalt gelegt. Das ganze Holzwerk steht frei im Gebäudeinnern; ein Ab-ruhen der Balken ist vermieden.

Die Hälfte der Balken läuft auf ganze Gebäudetiefe durch und ist durch eigene Anker mit den Frontmauern verbunden. Die stark belasteten Holzsäulen stehen in schmiedeeisernen Schuhen mit Bleiein-lagen, wodurch ein Verbeißen des Holzes bei Belastung und Entlastung tunlichst vermieden wird.

Der Fußbodenbelag im Mittelbau des Erdgeschosses besteht aus einem direkt auf die Kellerdecke aufgebrachten Gußasphaltestrich von 2,5 cm Stärke. Die beiden Ladepodien sind gleichfalls mit Asphalt-estrich versehen.

In den anschließenden Abteilungen ist der Fußboden auf Wunsch der Interessenten aus Pitch-Pine-Riemen, die auf eichene Unterlags-

hölzer aufgenagelt sind, hergestellt. Der Zwischenraum zwischen Kellerdecke und Fußbodenunterkante wurde zum Schutze gegen Ungeziefer, Ratten, Mäuse und dergl. mit Beton aufgefüllt.

Sämtliche Türen sind aus Eichenholz als zweiteilige Schiebetüren mit Differenzialrollen hergestellt.

Die Fenster bestehen aus Schmiedeeisen mit zwei nach innen aufgehenden kleinen Flügeln. Zwei Stiegenhäuser mit Betontreppen und feuerfesten Türen vermitteln den Zugang zu den einzelnen Lagerräumen, die im Innern durch versetzbare Gipsplattenwände noch in Unterabteilungen abgeteilt sind.

In jedem Stockwerk des Stiegenhauses und im Mittelbau sind Feuerlöschhydranten zum sofortigen Gebrauch eingebaut.

Zur Betätigung des Warentransportes in die Keller ist die Laderampe der Wasserseite mit fünf Einlaßluken versehen, die mit ausbalanzierten Verschlußklappen abgedeckt sind. Die landseitige Laderampe ist durch ein 3 m auskragendes Schutzdach geschützt.

Das Holzzementdach des Lagerhauses ist durch drei querlaufende Giebelaufbauten unterbrochen. Die Giebelaufbauten dienen zur Aufbewahrung der über Dach reichenden Vorrichtungen für Aufzüge und Becherwerke. Die Giebel selbst sind die Träger von sechs Bogenlampen zu 16 Amp., die zur Beleuchtung der Schiffsausladeplätze in der Hafenstraße dienen.

Im Mittelbau ist elektrische Beleuchtung vorgesehen, in den Seitenbauten ist für die nötigen Anschlüsse gesorgt.

Zum Wiegen von Stückgütern ist im Parterre des Lagerhausmittelbaues eine eiserne Magazinswage von 3000 kg Tragkraft mit asphaltierter, in Eisenbetonfußboden eingelassener Plattform von 1,5×2,0 m Tischgröße eingebaut. Der Wiegeapparat ist in einem an die Wand angebauten Wieghäuschen aus Eisengerippe mit gefalzter Eichenholzschalung von 4,00 m Länge, 2,00 m Breite und 2,6 m Höhe untergebracht.

Für die Auslagerung der Güter im Mittelbau, welcher ausschließlich für gemischte Güter Verwendung finden soll, dient ein elektrischer Aufzug mit einer Grundfläche von 2,5 auf 2 m.

Der Aufzug hat eine Gesamtförderhöhe von 11,51 m, die Totalhöhe des Förderschachtes ist 15,21 m, die Tragfähigkeit = 1500 kg.

Die Fahrgeschwindigkeit beträgt 0,30 m pro Sekunde. Der Fahrkorb läßt sich nur dann in Bewegung setzen, wenn sämtliche Türen geschlossen sind. Der Aufzug hat Seilsteuerung mit selbsttätiger Etagen-

einstellung; der Fahrkorb kann in seinen Endstellungen durch zwei von einander unabhängigen Hubbegrenzungsvorrichtungen entweder durch Bremsung oder durch Ausrückung des Motors zum Stillstand gebracht werden.

Zum Wiegen von Eisenbahnwaggons ist am nördlichen Ende des Lagerhauses eine eiserne Bodenwage vorgesehen, welche bei einer Brückenlänge von 7,00 m eine Tragfähigkeit von 30000 kg besitzt und für Spurkranzhebung ohne Gleis-Unterbrechung eingerichtet ist.

Zum Ein- und Ausladen der Schiffe ꝛc. dient ein elektrischer Halbportalkran, der Lasten bis zu 2500 kg Gewicht sowohl direkt in den Keller durch die obenbeschriebenen Einlaßluken, als auch unmittelbar in alle drei Geschosse verbringen kann.

Die Rollenhöhe des Kranauslegers über Schienenoberkante beträgt	13,25 m
die Hubhöhe	20,50 „
die Ausladung des Auslegers vom Drehzapfen	8,25 „

Das Portal des Krans ist fahrbar. Eine Laufschiene ist auf der Kaimauer angebracht, die andere ruht auf Konsolen der Lagerhausfront, so daß der Kran mittelst elektrischen Antriebs auf die ganze Länge des Lagerhauses bewegt werden kann.

Der horizontale Abstand der Laufschiene beträgt	9,90 m
der vertikale „ „ „ „	5,212 „
die Länge der Kranlaufbahn beträgt	136,00 „

Eine auf dem Portal stehende Ladepritsche dient zum Absetzen der Lasten behufs Einlagerung in die oberen Stockwerke. Das Portal des Krans ist als vollwandiger Blechträger konstruiert und hat eine 3 m breite Eichenholzplattform mit einer 1,00 m breiten Laufbahn. Das Kranhäuschen ist 4,00 m lang und 3,00 m breit und in Eisenkonstruktion mit Eichenholzverschalung ausgeführt. Es enthält den Kranführerstand und die maschinellen und elektrischen Apparate. Es dreht sich samt dem Kranausleger auf vier Stahlgußrollen auf einem auf dem Portal befestigten Schienenkranz um einen zentrierten Zapfen.

Der Antrieb des Krans erfolgt durch zwei Gleichstrom-Elektromotoren mit 550 Volt Klemmenspannung, von denen der Hubmotor zum Heben und Senken der Last bis zu 540 Touren per Minute ca. 20 PS. leistet.

Der für Fahr- und Drehbewegung gemeinsame Motor besitzt eine Leistung von 6—8 PS. bei ca. 840 Touren pro Minute.

Als Fahrgeschwindigkeiten sind:

Bei einer Belastung von	2500 kg	ca. 0,50 m pro Sek.
„ „ „ „	1500 kg	ca. 0,60 „ „ „
„ „ „ „	1000 kg	ca. 0,70 „ „ „
„ leerem Haken		ca. 0,90 „ „ „
eine Drehgeschwindigkeit von		ca. 2,00 „ „ „
am Lasthaken und für die Fahrbewegung eine solche von		0,25 „ „ „

vorgesehen.

Außer den erwähnten Einrichtungen sind von Sicherheitsvorrichtungen noch die elektrische Kurzschlußbremse, eine Vorrichtung zur selbsttätigen Begrenzung des Hubs, sowie ein selbsttätiger Starkstromausschalter vorhanden, welch' letzterer in die Zuleitung zum Hubmotor eingeschaltet und so eingestellt ist, daß er bei einem Strom, welcher zur Hebung einer Last von 3200 kg notwendig ist, ausschaltet. Hierdurch wird eine Überlastung des Krans sicher vermieden und kann es nicht vorkommen, daß der Kran umkippt, falls sich der Lasthaken an einen Gegenstand, Schiffsluke 2c. festhängt.

Die Beleuchtung des Krans, Arbeitsfeldes und Führerstandes geschieht durch einen am Ausleger angebrachten Scheinwerfer, sowie durch 2 Glühlampen.

Der Kran kann jederzeit mit einer Einrichtung für Selbstgreiferbetrieb zum Ausladen von losem Getreide versehen werden.

In dem Anbau des Lagerhauses befinden sich im Erdgeschoß zwei Bureauräume für die Verwaltung und ein Geschäftszimmer für die Mieter.

Im ersten Stock ist eine Wohnung, bestehend aus zwei Zimmern mit Küche und Balkon für einen städtischen Bediensteten — Speichermeister — eingerichtet, damit das Lagerhaus ständig unter Aufsicht ist.

Im Untergeschoß sind Unterkunftsräume, Waschräume und Aborte für die Lagerhausarbeiter.

Ein Ladepodium am nördlichen Ende des Lagerhauses ist für direkten Umschlag von Schiff auf Fuhrwerke bestimmt.

Über die Ausführung des Neubaues ist folgendes zu berichten:

Sämtliche Bauarbeiten wurden auf dem Wege der öffentlichen Submission vergeben.

Die Erd-, Maurer- und Steinhauerarbeiten wurden der Baufirma H. Kratz & Cie. zum Submiſſionspreiſe von 106 126.85 ℳ übertragen.

Mit den Erdarbeiten wurde am 19. Juni 1903 begonnen.

Die Fundamentpfeiler und zwar 81 Stück der Innenkonſtruktion und 88 Stück der Umfaſſungs- und Zwiſchenmauern wurden in einem Zeitraum von neun Wochen hergeſtellt.

Mit der Aufmauerung des Kellergeſchoſſes wurde am 23. Juli begonnen.

Die der Betongeſellſchaft Müller, Marx & Cie. in Berlin übertragenen armierten Eiſenbeton-Arbeiten für den Kellerfußboden, die Säulen im Keller und die Kellerdecke mit den beiderſeitigen Laderampen wurden am 31. Auguſt begonnen und am 30. November 1903 fertiggeſtellt.

Die Zimmerarbeiten wurden von den hieſigen Zimmermeiſtern M. Leipold, A. Eckert und G. Lömpel ausgeführt.

Die Aufſtellung der Säulen, das Verlegen der Unterzüge und das Aufbringen der Gebälklage und die Aufſtellung des Dachſtuhles wurde im Oktober 1903 begonnen.

Über den weiteren Verlauf der Bauausführung wird im nächſten Jahre berichtet werden.

§ 28.

Straßenbahn.

Hinſichtlich des Umfanges der Betriebsſtrecke ſowie der Art des Betriebes traten gegen das Vorjahr weſentliche Änderungen nicht ein. Das finanzielle Ergebnis des Unternehmens zeigte ſich bei der am 31. März 1903 aufgeſtellten Bilanz noch weit ungünſtiger wie in den Vorjahren. Abgeſehen davon, daß aus den Betriebsergebniſſen keinerlei Verzinſung und Amortiſation des Anlagekapitals eintreten konnte, blieben die geſamten Einnahmen hinter den laufenden Ausgaben des Betriebes noch um 17582 ℳ 59 ₰ zurück.

Bei dieſer Sachlage mußte die Direktion der Straßenbahngeſellſchaft notwendigerweiſe darauf Bedacht nehmen, die laufenden Aus-

gaben, soweit dies mit den Interessen des Betriebes und des Publikums vereinbar war, auf das Maß des absolut Erforderlichen einzuschränken. Nachdem die Stromkosten für die Strecke Wörthstraße-Zell mit Rücksicht auf die Wegstrecke verhältnismäßig sehr hohe sind, während die Frequenz auf dieser Linie während der Wintermonate eine geringe ist, wurde mit Genehmigung des Stadtmagistrats auf genannter Linie an Werktagen für die Zeit des Winterfahrplanes statt des 12 Minutenbetriebes der halbstündige Betrieb eingeführt. Diese Maßnahme erwies sich für die Straßenbahngesellschaft als sehr vorteilhaft; denn die Einnahmen auf dieser Strecke waren beim halbstündigen Betrieb ebenso groß wie früher beim 12 Minutenbetrieb, während andererseits die Betriebsausgaben wesentlich geringere wurden.

Der Rechnungsabschluß für das Betriebsjahr 1903/1904 verspricht hienach zwar ein günstigerer zu werden; immerhin bleibt bezüglich der Frequenz auf den Außenlinien noch recht viel zu wünschen übrig.

§ 29.

Straßenerweiterungen und Straßenbauten.

A. Straßenerweiterungen.

Zur Durchführung des Ludwigkais wurde die Einfriedigung vor dem Anwesen des Ursulinerklosters zwischen Blumen- und Sonnenstraße abgebrochen und zurückgesetzt.

B. Straßenneubauten.

In das Berichtsjahr fallen folgende Straßenbauten mit den jeweils beigesetzten Kosten:

Nr.	Straße	Gesamt-Länge m	Fahrbahn: Breite ohne Rinne	Fahrbahn: Fläche qm	Rinne: Breite	Rinne: qm	Gehsteige: links Breite	Gehsteige: rechts Breite	Gehsteige: qm	Kosten: ℳ	Kosten: ₰
1.	Blumenstraße von Körner- bis Schießhausstraße	75	4,50	112	0,60	30	2,65	2,65	132	3 218	95
2.	Fabrikstraße von Gutenberg- bis Senefelderstraße (Regulierung)	50	11 b. zw. 9,00	500	—	—	—	—	—	371	11
3.	Körnerstraße von Blumenstraße gegen Süden	25	4,50	112	0,60	30	2,65	2,65	132	652	88
4.	Leistenstraße vor dem Bäuerleinschen Garten (Regulierung)	—	—	—	—	—	—	—	—	917	98
5.	Mergentheimerstraße von Hs.-Nr. 34 bis Hs.-Nr. 41	215	—	—	0,90	193,00	westl. 2,00	—	430	1 865	11
6.	Rückertstraße von Hs.-Nr. 13 b bis Hs.-Nr. 15	43	3,80	163,40	0,60	51,60	2,00	2,00	172	1 005	64
7.	Scanzonistraße von Ziegelaustraße ab	25	5,80	145	0,60	15	nördl. 2,50	—	62	1 470	29
8.	Steinstraße von Rotkreuz- bis Ziegelaustraße	140	4,80	672	0,60	168	3,00	3,00	840	5 954	32
9.	Tiepolostraße von Sanderstraße bis Hs.-Nr. 17	53	5,20	275	0,90	95	geplattet 2,50	2,50	—	2 577	77
10.	Veitshöchheimerstraße	233 40	8,80 8,30	2050,4 332	0,60 0,60	240 50	3,50 2,00	3,50 3,50	1220 230	22 100	04
							Traversen 74,35 qm				
11.	Welzstraße von Ziegelaustraße ab	34	5,80	197	0,60	40	2,50	2,50	170	639	93
12.	Wölffelstraße von Rückertstraße gegen Süden Wölffelstraße von Rückertstraße gegen Westen	32 27 } 59	4,50	265	0,60	71	3,00	3,00	354	2 117	54
13.	Ziegelaustraße von Rotkreuz- bis Steinstraße	170	4,80	816	0,60	204	3,00	3,00	1020	7 124	53

In der Mergentheimerstraße (vor den Anwesen Nr. 40 und 41), in der Tiepolo-, Blumen-, Körner-, Wölffel-, Rückert- und Ziegelaustraße (mit Ausnahme zweier Strecken vor noch unbebauten Plätzen), ferner in der Stein- und Scanzonistraße (südl. Seite), endlich in der Welzstraße (nördl. Seite) wurden dabei auch Randsteine in definitiver Weise gesetzt, während auf den übrigen Strecken nur Pflasterbordsteine in provisorischer Weise Verwendung fanden.

In der Fabrik- und Leistenstraße wurden nur Regulierungsarbeiten vorgenommen.

In der Tiepolostraße sind die Gehsteige, soweit Randsteine gesetzt sind, mit Zementplatten belegt worden.

Mit Ausnahme der Fabrik- und Leistenstraße wurden die Kosten für vorgenannte Straßenbauten aus den einbezahlten Straßenbaukostenbeiträgen gedeckt.

Besondere Erwähnung verdient die Regulierung der Veitshöchheimerstraße zwischen der Rotkreuz- und Scanzonistraße um deswillen, weil sie den ersten Schritt bildete zum Beginn der Bauarbeiten im Staatshafengelände und für Errichtung eines neuen Hauptzollamtes an der Veitshöchheimerstraße. Das frühere Niveau dieser Straße, welches ca. 1,50 m unter Hochwasser 1845 lag, wurde an der Kreuzung mit der Scanzonistraße auf Hochwasser 1845 erhöht und schließt sich an der Kreuzung mit der Rotkreuzstraße dem bestehenden Niveau an.

Die Aufhöhung dieser Straßenstrecke wie des anstoßenden Hafengeländes auf H.W. 1845 war durch die projektierte Errichtung eines neuen Hauptzollamtes auf dem dortigen Eckertschen Anwesen westlich der Veitshöchheimerstraße veranlaßt und staatlicherseits gefordert worden. Die Aufhöhung erfolgte bis zur Scanzonistraße und Welzstraße und war bei Anlage dieser Straßen bereits auf das künftige Niveau der Veitshöchheimerstraße Rücksicht genommen worden.

Die Steigung der umgebauten Straßenstrecke beträgt 0,11 %.

Den Übergang zu der alten Straße vermittelt nördlich der Scanzonistraße auf 70 m eine Rampe mit 2 % Steigung.

Auf der Strecke zwischen Rotkreuz- und Scanzonistraße beträgt die Straßenbreite 17 m, wovon 10 m auf eine 4spurige Fahrbahn und je 3,50 m auf die beiderseitigen Gehsteige treffen. Von der Scanzonistraße gegen die Bahn ermäßigt sich die Straßenbreite auf 15 m, wovon 9,50 m für die Fahrbahn und 3,50 m für das östliche und 2 m für das westliche Trottoir vorgesehen sind.

Die Arbeiten zum Straßenbau wurden am 29. April begonnen und am 30. Juni 1903 fertig gestellt.

Des weiteren ist erwähnenswert die im Berichtsjahre bahnseitig erfolgte Herstellung einer zweiten Auffahrtsrampe zum Freiladehof an der Aumühlstraße, weil hiemit eine Überwölbung des Quellenbaches auf 90 m Länge mit 8,4 m lichter Weite und 2,56 m lichter Höhe verbunden war und die Unterhaltung dieser Straßenstrecke der Stadtgemeinde gemäß einer Vereinbarung vom 13. Okt. 1899/5. Juni 1900 zugewiesen wurde.

Diese Auffahrt beginnt unmittelbar außerhalb der Bahnüberführung über die Schweinfurterstraße und erstreckt sich — zum Teil den Quellenbach überdeckend — in einer Ausdehnung von 150 m nördlich des Bahndammes bis zum Freiladehof. Die Breite beträgt 8 m, wovon 6 m auf die 129 m lange chaussierte Fahrbahn treffen. Nächst der Schweinfurterstraße ist die Auffahrt auf 21 m Länge gepflastert. Die Ausführung der neuen Zufahrt zum Freiladehof erfolgte seitens der Bahnverwaltung in der Zeit vom 15. November 1902 bis Juli 1903.

Im Anschluß an die Erbauung dieser neuen Zufahrt erfolgte im Interesse einer Erleichterung des Abflusses der Hochwässer der bereits im Projekt über die Pflasterung und den Umbau der Schweinfurterstraße vorgesehene Umbau der Schweinfurterstraßen-Brücke. Der Umbau der Brücke bezweckt durch Beseitigung des bestehenden Mittelpfeilers eine Vergrößerung des Durchflußprofils, das früher nur einen Querschnitt von 14,30 qm besaß und sich für den Abfluß des Hochwassers von 55 cbm als zu klein erwiesen hat. Die Lichtweite der Brücke beträgt nunmehr 8,40 m statt 7,88 m früher.

Mit der Verbreiterung der Brücke erfolgte auch gleichzeitig eine Erhöhung des Durchflußprofils um 24 cm. Das neue Durchflußprofil ist 18,90 qm groß, also 4,60 qm größer als früher.

Das bestehende Widerlagermauerwerk wurde nur insoweit abgebrochen, als dies zur Herstellung der neuen Widerlager erforderlich war.

Die Herstellung des Brückengewölbes erfolgte als Betongewölbe zwischen T-Trägern mit einer Abdeckung aus Zementestrich und Isolierschichte (System Lindner in München).

Die Fahrbahn der Brücke wurde gleich in definitiver Höhenlage mit Pflasterung aus Basalt angelegt.

Die Bauarbeiten kamen in der Zeit vom 15. Mai bis 15. Juli c. durch die Baufirma Friedr. Buchner hier zur Ausführung. Die Kosten des Brückenneubaues beliefen sich auf 9187,66 ℳ.

§ 30.

Straßenpflasterung, Straßenunterhaltung.

a) Straßenpflasterung.

Der Umfang und die Mehrung der Pflasterfläche der Stadt im Betriebsjahre ergibt sich aus folgender Zusammenstellung:

Am Ende des Jahres	Gepflasterte Straßen und Gehsteige		Asphaltierte Straßen		Gehsteigflächen in Asphalt und Zement			Insgesamt	
	Länge m	Fläche qm	Länge m	Fläche qm	Asphalt qm	Zementbeton qm	Zementplatten qm	Länge m	Fläche qm
1901	32380	345220	151	1653	1400	7340	12290	32530	367900
1902	32760	347820	151	1653	1400	7340	14790	32910	373000
1903	32980	351040	151	1653	1400	7340	17270	33130	378700

Die Gesamtmehrung betrug sonach gegenüber dem Stande am Schlusse des Vorjahres 5700 qm. Davon treffen 2580 qm auf Fahrbahn- und 640 qm auf Gehsteigbefestigung mit Basalt- bezw. Kalksteinpflaster, 2480 qm auf Gehsteigbefestigung mit Zementplatten.

Von den gesamten Pflasterflächen treffen 342 070 qm auf die Innenstadt und 36 630 qm auf die Außenstadt.

Nicht im städt. Besitz befinden sich 21 200 qm Pflasterflächen (Residenzplatz).

Einschließlich der letzteren beziffert sich das Pflasterausmaß aller gepflasterten Flächen in der Stadt auf 399 900 qm.

Der Umfang und die Kosten der im Jahre 1903 hergestellten Neupflasterung und Zementplatten-Gehsteige sind aus nachstehender Zusammenstellung zu ersehen:

Laufende Nr.	Art der Arbeiten	Straße	Gesamte Länge m	Gesamte Breite m	Fahrbahn Breite m	Fahrbahn Fläche qm	Gehsteige Breite m	Gehsteige Fläche qm	Kosten ℳ	Kosten ₰
1.	Pflasterung	Rottendorferstraße								
		a) von Sanderglacis- bis Gerbrunnerstraße	154	7—14,6	5,5—13,0	1140,16	1,50 2,75	Pflaster 292,38 23,32 Zementpl.	7456	50
		b) Kreuzung Konradstraße	27,75	7,35	7,35	204,58	—	—		
		c) Brücke über die Bahn	28,90	8,70	6,05	174,85	je 1,30	75,14		
2.	„	Zellerstraße	107,5	7,6—15,6	5,6—12,6	1060,71	3,0	350,99	9285	84
1.	Gehsteiganlage mit Zementplatten	Alte Mainbrücke	—	—	—	—	0,80—1,0	81,57	47 (404	49 73)
2.	„	Augustinerstraße	—	—	—	—	2,75	198,78	332 (1056	88 33)
3.	„	Dominikanerplatz	—	—	—	—	2,30	138,23	641 (1204 v. Stein am	83 41) bezahlt
4.	„	Eichhornstraße	—	—	—	—	3,00	132,85	(1105	00)
5.	„	Kaiserplatz	—	—	—	—	4,80	210,49	1475	96
6.	„	Marktplatz	—	—	—	—	2,50 3,50	123,07	605 (1344	92 39)
7.	„	Martinstraße	—	—	—	—	i. M. 3,50	46,76	von Keil	bezahlt
8.	„	Ottostraße	—	—	—	—	3,50	482,73	2274 (3700	27 32)
9.	„	Schweinfurterstraße	—	—	—	—	3,50	205,92	4137	53
10.	„	Semmelstraße (Äußere)	—	—	—	—	4,50	807,39	(6244	51)
11.	„	„ (Deßloch)	—	—	—	—	2,30	32,90	430 (610	72 38)

Die Kosten für die neu hergestellten Zementplattengehsteige stellen nur den Anteil der Stadtgemeinde dar. Die Gesamtkosten sind beigesetzt.

Die Pflasterung der Zellerstraße konnte im Jahre 1903 nicht ganz vollendet werden, weil der Eckneubau an der Katzengasse noch nicht aufgeführt war. Der neue Tiefkai oberhalb der Ludwigsbrücke ist noch nicht mitgerechnet.

b) Unterhaltung der chaussierten Straßen und besandeten Gehsteige.

Der Bestand an chaussierten Straßen ergibt sich aus folgender Tabelle:

Am Schlusse des Jahres	Chaussierte Straßen			Fläche
	Längen m	Fläche der		Sandgehsteige und Promenadewege qm
		Pflasterrinnen qm	Fahrbahn qm	
1901	60 135	44 400	327 963	267 630
1902	62 321	46 224	339 023	279 722
1903	62 925	47 411	341 134	282 777

Die Gesamtlänge der chaussierten städtischen Straßen erfuhr sonach seit dem Vorjahre eine Mehrung von 604 m. Die Fläche eine solche von 6346 qm (ohne den neuen Hochkai).

Im Flächenmaße der besandeten Gehsteige und Promenadewege sind alle besandeten Plätze und Gehsteige an gepflasterten, wie chaussierten Straßen mit inbegriffen.

Einschließlich des Rinnenmaßes ergibt sich ein Gesamtflächenmaß für Straßenfahrbahnen zwischen den Randsteinen von 388 545 qm einschließlich der Sandgehsteige ein Gesamtflächenmaß der chaussierten Straßen und Wege von 671 322 qm (ohne Einrechnung der Feldwege).

Straßenwalzung pro 1903.

Über die Größe der in dem Berichtsjahre mit der Dampfwalze bearbeiteten Flächen und die hierauf erwachsenen Kosten gibt die folgende Zusammenstellung Aufschluß.

Lfd. Nr.	Vortrag	Fläche	Basaltschotter		Basaltgrus		Walzzeit	Bemerkungen
		qm	Waggon	cbm	Waggon	cbm	Tage	
	I. Sanderau.							
1.	Amalienstraße von Weingarten- bis Traubengasse	190 —	4,250	26 56	1,000	6 88	1	
2.	Franz-Ludwigstraße von Weingarten- bis Friedenstraße	566 —	14,500	92 74	3,500	24 21	3	
3.	Heidingsfelderstraße von Hs.-Nr. 45 bis 59, soweit ausgebaut	1 000 —	13,398	88 66	3,000	15 21	5	
4.	Sieboldstraße vom Bahnübergang bis Sieboldskeller	840 —	8,600	55 81	3,000	21 70	3	
5.	Sophienstraße von Weingarten- bis Friedenstraße	723 —	8,310	53 97	3,000	21 —	3	
6.	Sonnenstraße von Heidingsfelder- bis Huttenstraße	1 260 —	20,250	129 87	5,000	35 40	4,5	
7.	Traubengasse von Sophien- bis Franz-Ludwigstraße	616 —	8,185	52 52	1,000	6 58	2	
8.	Virchowstraße von Sanderglacisstraße bis Ehehaltenhaus	2 100 —	29,168	182 50	8,000	46 38	7,5	
9.	Weingartenstraße von Neuberg- bis Franz-Ludwigstraße	1 140 —	15,000	96 58	3,500	23 21	3	
	II. Grombühl.							
1.	Grombühlstraße von Auvera- bis Oberdürrbacherstraße	2 000 —	32,250	196 24	9,000	69 77	9	
2.	Oberdürrbacherstraße von Fabrikstraße bis Zinklesweg	1 150 —	18,280	116 21	9,000	63 62	3	
	Übertrag:	11 585 —	172,191	1091 66	49,000	333 96	44	

	Übertrag:	11 585	—	172,191	1 091	66	49,000	333	96	44
3.	Schweinfurterstraße von Quellenbachbrücke bis Oberdürrbacherstraße einschl. Kreuzung . . .	1 500	—	37,500	239	99	7,000	54	92	12
4.	Ständerbühlstraße a) von Gasfabrik bis Hs.-Nr. 15. b) westl. Auffahrt der Unterführung	1 200 288	— —	25,383	157	14	6,000	41	46	5
5.	Veitshöchheimerstraße von Bahnüberfahrt bis Unterhaltungsgrenze bei Dürrbachsteige . .	1 100	—	23,500	142	61	6,000	41	85	5
6.	Vinzentinumstraße von Neumann- bis Rimparerstraße	529	—	8,500	52	35	3,000	20	07	3
	III. Zellerau links des Mains.									
1.	Linkseitige Auffahrt der Luitpoldbrücke vom Main bis Luitpoldstraße	1 043	—	22,750	139	16	6,000	43	28	5
2.	Mergentheimerstraße von Ludwigsbrückenauffahrt bis Einfahrt zum ehemaligen Schuttplatz (nächst der Villa Thaler)	2 250	—	37,000	238	25	12,000	84	54	9
3.	Steinbachstraße von Heidingsfeldergrenze bis Annaschlucht	3 600	—	52,750	354	22	—	—	—	16
4.	Weißenburgerstraße von Wörth- bis Sedanstraße	2 200	—	42,500	266	48	9,000	60	18	10
5.	Wörthstraße von Adelgunden- bis Steinachstraße	2 100	—	32,250	201	50	4,000	26	91	8
	IV. Glacisstraßen.									
1.	Friedhofstraße von Rennwegerglacisstraße bis Anfang Friedhof	1 700	—	23,250	146	32	9,000	59	19	6
2.	Sanderglacisstraße von Virchow- bis Münzstraße	1 400	—	20,250	125	70	4,000	27	30	5
3.	Sanderglacisstraße von Otto- bis Sieboldstraße	600	—	3,500	21	86	1,000	6	50	1
4.	Sanderglacisstraße von Siebold- bis Friedenstraße	1 600	—	20,390	128	53	3,000	20	25	5
	Summa:	32 695	—	521,714	3 305	77	119,000	820	41	134

Im Jahre 1903 wurden sonach mit 3305,74 cbm Basaltschotter in 134 Tagen 32695 qm Straßenbahnflächen gedeckt und eingewalzt.

Die mittlere Stärke der hergestellten Basaltdecken berechnet sich dabei auf 101 mm (im Vorjahre 103 mm).

Die Grusabdeckung war im Mittel 25 mm, also wie im Vorjahre.

Eingewalzt wurden in einer Stunde 2,467 cbm (im Vorjahre 2,418 cbm). Die Arbeitszeit war täglich eine 10stündige. Die für die Walzarbeiten aufgewendeten Kosten betragen 51497,28 ℳ (im Vorjahre 48354,19 ℳ).

Eine Ausscheidung der Kosten auf die einzelnen Arbeitsleistungen, wie für den Quadratmeter eingewalzter Decke, bezw. den Kubikmeter eingewalzten Basaltschotters, ergibt dabei folgendes Resultat.

Lfde. Nr.	Ausscheidung	Kosten						Bemerkung
		Insgesamt		Für den qm eingewalzter Straße		Für den cbm Basaltschotter		
		ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	
1.	An Arbeitslöhnen für Abkratzen der Fahrbahn, Hauen von Widerlagerrinnen, Einbringen des Materials und Einwässern desselben	6697	37	—	20	2	03	
2.	An Fuhrlöhnen für Beifahren des Kalk- u. Basaltschotters, Gruses, Deckzeuges, Sandes und Wassers .	7575	26	—	23	2	29	
3.	Für Werkzeuge	617	67	—	02	—	19	
4.	Für Unterlagen aus Kalksteinen . .	1081	93	—	03	—	33	
5.	Für Basaltschotter	27862	37	—	85	8	43	
6.	Für Basaltgrus	3570	—	—	11	1	08	
7.	Für Sand	560	18	—	02	—	17	
8.	Für Wasser	165	69	—	01	—	05	
9.	Betriebskosten der Walze	3367	21	—	11	1	02	
	Kosten der fertig gewalzten Basaltdecken	51497	28	1	58	15	59	
10.	Auf Rinnenausbesserungen und Anpassen der Gehsteige, richten von Reitwegen ꝛc. entfallen	19980	74	—	62	6	06	

Die Kosten des Vorjahres waren 1,64 ℳ für den Quadratmeter fertig gewalzter Basaltdecke und 16,24 ℳ für den Kubikmeter eingewalzten Basaltschotters ausschließlich der Kosten für Ausbesserung der Pflasterrinnen, Anpassung der Gehsteige, Richten von Reitwegen ꝛc.

Eine Ausscheidung der letzteren Kosten auf den Quadratmeter bezw. Kubikmeter mußte wegen des ungleichartigen Charakters der verschiedenen Straßen als zwecklos unterlassen werden.

§ 31.

Straßenreinigung, Straßenbesprengung, Straßenbeleuchtung, Kehrichtabfuhr.

A. Straßenreinigung.

In bezug auf das System der Straßenreinigung ist während der Berichtsperiode eine Änderung nicht eingetreten.

I. Pflasterstraßen.

Die Reinigung der Pflasterstraßen durch die Stadtgemeinde umfaßt:

a) Supplementäre Reinigung.

29 km Pflasterstraßen und Pflastergehsteige mit
334 000 qm Pflasterflächen (1902: 336,355 qm) und
52 400 „ Sandgehsteigen.

2,2 km chaussierte Straßen, welche innerhalb der Pflasterflächen gelegen sind, mit
15 600 qm chaussierten Fahrbahnflächen,
5 800 „ gepflasterten Straßenrinnen.

Ferner außerhalb des Glacisgürtels:

2,8 km Pflasterstraßen mit
21 000 qm gepflasterten Fahrbahnflächen,
10 100 „ Sandgehsteigen,
4 400 „ Zementplattengehsteigen.

b) Reguläre Reinigung.

137 000 qm Pflasterflächen.

Bei der Straßenreinigung waren beschäftigt:

1 Aufseher,
1 Vorarbeiter,
22 Straßenkehrer,
1 Gespann mit 2 Pferden.

II. Chauſſierte Straßen.

Die Reinigung der chauſſierten Straßen und beſandeten Gehſteige iſt mit deren Unterhaltung verbunden und umfaßt:

60 km chauſſierte Straßen und Gehſteige mit

313 086 qm chauſſierten Straßen,
90 601 „ beſandeten Gehſteigen,
13 968 „ gepflaſterten Rinnen,
26 910 „ Gräben,
6 400 „ Reitwegen,
7 796 „ Straßenkreuzungen.

Beſchäftigt waren bei dieſer Reinigung 13 Wegmacher, 9 ſtändige Hilfsarbeiter.

Weiter wurden aushilfsweiſe insgeſamt 3600 Arbeitertagſchichten aufgewendet.

B. Straßenbeſprengung.

Die Beſprengung erfolgte mittelſt Hydranten und Waſſerwagen.

Mit Hydranten wurden beſprengt an 96 Tagen:

64 000 qm 2 mal täglich,
267 100 „ 1 mal täglich.

Mit Waſſerwagen wurden beſprengt:

206 833 qm.

Das zur Straßenbeſprengung benötigte Waſſer wurde zum Teil der Trinkwaſſerleitung und zum Teil der Nutzwaſſerleitung entnommen.

Verbraucht wurden für die Hydrantenbeſprengung . . 69 183,24 cbm
„ „ „ „ Füllung der Waſſerwagen 15 570,00 „
Der Geſamtverbrauch war ſonach . . . . . 84 753,24 cbm
gegen 59 518 cbm im Vorjahre.

Im Berichtsjahre wurden 2 weitere Waſſerwagen mit der wohlbewährten Millerſchen Patentſprengvorrichtung aptiert.

C. Straßenbeleuchtung.

Die Zahl der öffentlichen Straßenlaternen betrug am Schluſſe des Jahres 1144 Stück mit 1186 Flammen gegen 1123 Stück mit 1165 Flammen im Vorjahre.

Von diesen 1186 Flammen in 1144 Straßenlaternen brannten bis nachts 1 Uhr 807 Stück als halbnächtige, bis Sonnenaufgang 337 Stück als ganznächtige Flammen.

Der Bedienungsrayon dieser 1144 Straßenlaternen war in 23 Bezirke eingeteilt, so daß ein Anzünder durchschnittlich 50 Laternen zu bedienen hatte.

Von den 1144 Straßenlaternen waren am Schlusse des Jahres 1124 Stück mit Gasglühlicht versehen; die übrigen brannten in öffentlichen Aborten als offene Flammen mit gewöhnlichen Schnittbrennern.

Außer diesen mittels Gas gespeisten öffentlichen Laternen waren noch 47 Stück Petroleumlaternen für die Beleuchtung abgelegener Straßen in Verwendung, welche von den Laternanzündern mitbedient wurden.

Der gesamte Gasverbrauch für die Straßenbeleuchtung belief sich auf 374 978 cbm, oder um 11 532 cbm gegen das Vorjahr mehr, was auf die erhöhte Anzahl der Laternen zurückzuführen ist.

Die Kosten der öffentlichen Straßenbeleuchtung mittels Gas und Petroleum beliefen sich im Geschäftsjahre einschließlich Gasverbrauch, Anzündelöhne, Glühkörperverbrauch, Reparaturen usw. auf 59 391,20 ℳ gegen 58 983,95 ℳ im Vorjahre.

Hinsichtlich der Zahl der auf dem Hauptverkehrswege vom Bahnhof zur inneren Stadt (Bahnhof—Domstraße) angebrachten elektrischen Bogenlampen, sowie hinsichtlich der Höhe der Betriebskosten ist gegen das Vorjahr eine Änderung nicht eingetreten.

D. Kehrichtabfuhr.

Bereits im Anfang des Jahres 1902 war aus allgemeinen hygienischen Gründen das Augenmerk des Stadtmagistrats auf die Kehrichtabfuhr gelenkt worden. Es war ohne nähere Untersuchung klar, daß die Abfuhr des Hausunrats in Würzburg nach vielen Richtungen mißständig war, vor allem hinsichtlich der Abfuhr selbst, da die verwendeten Wägen auch den bescheidensten Anforderungen an Staubdichtigkeit nicht genügten, dann hinsichtlich der Aufstellung der Kehrichtgefäße seitens der Haushaltungen und schließlich auch bezüglich der Unterbringung des auf dem städt. Gut Keesburg landwirtschaftlich verwerteten Unrates. Bedenklich ist weiter noch, daß für einen erheblichen Teil der Stadt die Kehrichtabfuhr noch durch die

Hauseigentümer zu bewerkstelligen ist, nämlich für sämtliche Anwesen, die nicht an gepflasterten Straßen liegen. Dies ist mißlich, weil eine Einwirkung auf die Privatabfuhrunternehmer hinsichtlich der Einführung eines rationellen, hygienischen Betriebes schwierig ist und die wichtige Aufgabe der Beseitigung von Abfällen nicht in den Händen Privater liegen sollte.

Die radikalen Verbesserungsvorschläge des Referenten, welche auf eine Vereinigung der Straßenreinigung und Kehrichtabfuhr in städtischer Regie, Gebührenzahlung der Hausbesitzer, angegliedert an die Haussteuer, Einteilung der Stadt in 4 Abfuhrbezirke und Vergebung der Abfuhr an 4 Unternehmer, Beschaffung gedeckter Wägen für die Abfuhr und gedeckter Metallgefäße für die Haushaltungen hinausliefen, fanden schon in der Kommission keine Mehrheit; hauptsächlich scheiterte der Vorschlag daran, daß sich die Gegensätze: Aufbringung der Kosten durch Gebührenerhebung — Übernahme derselben auf Stadtkämmereimittel und Aufbringung durch Umlagen nicht zu einigen vermochten.

Immerhin ist im Berichtsjahre ein nicht unbedeutender Fortschritt in der Besserung der Kehrichtabfuhr zu verzeichnen. Der Magistrat beschloß unter Zustimmung der Gemeindebevollmächtigten den § 100 der Straßenpolizeiordnung dahin abzuändern, daß künftig Haushaltungsabfälle auf der Straße nur in dichten, metallenen, mit einem Deckel versehenen Behältern zur Abfuhr bereitgestellt werden dürfen.

Ferner wurde beschlossen, für die städtische Kehrichtabfuhr in der inneren Stadt dicht geschlossene Wägen und zwar 10 Stück mit einem Kostenaufwand von 6000 ℳ zu beschaffen.

Um die Abfuhr nach Möglichkeit zu beschleunigen und möglichste Sauberkeit beim Ladegeschäft zu erzielen, soll den in der inneren Stadt verkehrenden Kehrichtwägen Begleitmannschaft beigegeben werden, welche beim Beladen der Wägen mitzuwirken und vorgekommene Verunreinigungen sofort zu beseitigen hat. Zu diesem Zwecke werden 4 Mann aus der städtischen Straßenreinigungsmannschaft mit einem Kostenbetrag von 3000 ℳ pro Jahr verwendet. Wegen Beschaffung eines Musterwagens wurde mit der Spezialfirma Christian Schäfer in Cassel in Verbindung getreten. Als Termin des Inkrafttretens der eingeführten Neuerungen wurde der 1. Januar 1904 festgesetzt.

§ 32.

Kanalisation.

A. Kanal-Neubauten.

Die im Berichtsjahre neu hergestellten Straßenkanäle von zusammen 1550,60 laufende Meter gelangten sämtlich auf Grundlage des Lindleyschen Kanalisationsprojektes zur Ausführung.

Von besonderer Bedeutung ist die Kanalisierung der unteren Juliuspromenade. Die Erbauung des Kanals daselbst bedeutet den ersten Schritt zur Sanierung des Bachgebietes und zur Befreiung der Bäche von den bisher eingeleiteten Fäkalien. Nach den Beschlüssen der beiden Kollegien vom 16. und 25. April soll zur Herstellung von neuen Sielen im Bachgebiet behufs Sanierung dieses Gebietes zum Schutze der alten Stadtquellen jährlich ein Betrag von 100 000 ℳ verwendet werden.

Die Ausführung der sämtlichen Kanäle erfolgte durch das Stadtbauamt I, nachdem das Sielbaubureau nach Beschlüssen der beiden Kollegien vom 16. und 25. IV. 1903 am 31. Mai 1903 aufgelöst worden war.

Über die Kosten der einzelnen Kanalneubauten gibt nachstehende tabellarische Übersicht Aufschluß (S. 134).

Bezüglich der Herstellung dieser nachbezeichneten Kanäle ist noch folgendes von Wichtigkeit:

Das Siel in der Rückertstraße ist ein Röhrensiel von 35 cm Durchmesser und bildet die Fortsetzung der im Geschäftsjahre 1902 bereits begonnenen Kanalisierung dieser Straße.

Mit der Herstellung dieser Reststrecke, die am 30. März begonnen und am 25. April fertig gestellt wurde, haben die Entwässerungsverhältnisse dieser Straße ihre definitive Regelung gefunden.

Die mittlere Tieflage des Siels beträgt 4,50 m. Die Baugrube kam vollständig in sandigen, kiesigen und stark grundwasserhaltigen Boden zu liegen.

Der Domkanal bildet die Vorflut für die Entwässerung des Domes und ist in provisorischer Weise an den alten Hauptkanal der Domstraße angeschlossen. Die mittlere Tieflage des Kanals beträgt

Zusammenstellung der im Jahre 1903 ausgeführten Kanalneubauten, ausgeführt vom Stadtbauamte I.

Nr.	Vortrag	Länge m	Länge cm	Querprofil in cm	Gefälle in %	Spülbar	Art der Spülung	Kosten der Ausführung ℳ	Kosten der Ausführung ₰
1.	Rückertstraße zwischen Wölffel- und Gartenstraße. Endstrecke	44	45	35/35	0,4	Spülbar	Aus Hydranten	1209	35
2.	Domkanal (Vorflut)	46	—	30/30	3,05	„	„ „	1050	39
3.	Virchowstraße	459	25	70/125	0,245	„	Durch Aufstau der Abwässer des Kanals d. Weingartenstraße	31363	17
4.	Frühlingstraße zwischen Main- und Huttenstraße	78	95	60/110	1,207	„	Spült sich selbst	8662	49
5.	Huttenstraße zwischen Rückert- und Frühlingstraße	125	20	30/30	0,597	„	Aus Hydranten		
6.	Untere Juliuspromenade zwischen Gerber- und Koellikerstraße	89	85	60/110	0,47	„	Durch Aufstau der Abwässer des Kanals der Koellikerstraße	13861	53
		46	90	35/35					
		111	20	30/30	0,73				
7.	Rottendorferstraße	41	95	60/110	8,45	„	Aus Hydranten	11352	91
		123	10	30/30	2,83/8,45				
		91	05	25/25	8,45				
8.	Waltherstraße	216	30	35/35	0,426/0,383	„	„ „	11743	98
		76	40	30/30	0,395				

2,50 m. Die Baugrube war auf eine Tiefe von 1,70 m vollständig in hartem, gewachsenem Felsen auszuspitzen.

Die Arbeiten für das 30 cm weite Röhrensiel wurden am 15. Juni begonnen und am 1. Juli 1903 fertig gestellt.

Das Siel in der Virchowstraße bildet einen Teil des Abfangsiels IId (nach dem Lindleyschen Projekt) und ist an den alten Hauptkanal der Sanderringstraße, dessen Sohle am Anschluß auf 17 m Länge im Mittel um 3 cm zu vertiefen war, angeschlossen.

Das Abfangsiel hat ein lichtes Profil von 70 × 125 cm und ist in einringigem Backsteinmauerwerk mit Steinzeugsohle ausgeführt. Die mittlere Tieflage des Siels beträgt 4,40 m. Der Untergrund bestand vorwiegend aus Tonschichten mit Steinen vermischt.

Die Bauarbeiten wurden am 3. August begonnen und am 12. November fertiggestellt.

Das Siel in der Frühlingstraße vom Main bis zur Huttenstraße hat ein lichtes Profil von 60/110 cm und ist in einringigem Mauerwerk mit Steinzeugsohle hergestellt. Das neue Siel bildet die Vorflut für das Röhrensiel in der Huttenstraße, wozu der alte Kanal der Frühlingstraße auf fraglicher Strecke nicht benützt werden konnte, nachdem die Sohle des alten Siels um 30 cm höher liegt als die neue Kanalsohle.

Der alte Kanal oberhalb der Huttenstraße ist an das neue Siel angeschlossen und die untere Strecke von der Huttenstraße bis zum Main auf 111 m Länge aufgelassen worden. Die mittlere Tiefenlage des Siels in der Frühlingstraße beträgt 4,55 m. Der Baugrund bestand aus sandigem und kiesigem Boden und war stark grundwasserhaltig.

Das Röhrensiel in der Huttenstraße hat ein lichtes Profil von 30 cm Durchmesser. Die mittlere Kanaltiefe beträgt 4,55 m, die Untergrundverhältnisse sind die gleichen wie in der Frühlingstraße. Die Arbeiten für beide Siele wurden am 1. September und am 31. Oktober 1903 fertig gestellt.

Das Siel in der unteren Juliuspromenade ist auf 89,85 m als gemauertes Siel einringig mit einem lichten Profil von 60 × 110 cm, auf 46,90 m bezw. 111,20 m als Röhrensiel von 35 und 30 cm hergestellt.

Die Vorflut für das Siel bildet der Abfangkanal.

Der Baugrund in der Juliuspromenade bestand aus aufgefülltem, stark durchnäßtem Boden, wodurch die Bauarbeiten nicht unwesentlich erschwert wurden.

Um für das Siel in dem aufgefüllten Boden ein sicheres Fundament zu erhalten, wurde der Boden bis auf festen Felsen, d. i. durchschnittlich 0,50 m tiefer wie die projektierte Baugrubensohle, ausgehoben und mit Beton ausgeglichen.

In der Baugrubensohle auf Felshöhe haben sich 2 größere in den Felsen eingespitzte grubenartige, mit säkalhaltigem Schlamm ausgefüllte Vertiefungen vorgefunden, die vermutlich von dem in früherer Zeit daselbst bestandenen Schlachthause herrühren. Die Gruben wurden entleert und mit Beton ausgefüllt. Infolge des starken Grundwasserandranges wurde die Baugrube mittelst besonderer Drainagerohrleitung entwässert.

Die Bauarbeiten wurden am 14. September begonnen und am 4. November vollendet.

Die mittlere Kanaltiefe beträgt 4,15 m.

Das Siel in der Rottendorferstraße oberhalb der Waltherstraße ist in seiner unteren Strecke auf 41,95 m als gemauertes Siel mit einem Lichtprofil von 60 × 110 cm hergestellt.

Die Fortsetzung des Siels von der Mönchbergstraße bis zum Erzherzog Karl-Platz besteht auf 123,10 m bezw. 91,05 m Länge aus Steinzeugröhren von 30 bezw. 25 cm lichter Weite. Die mittlere Sieltiefe beträgt 4,50 m. Der Baugrund daselbst besteht durchweg aus schweren, mit starken Kalksteinbänken durchzogenen Tonschichten. Die Bauarbeiten wurden am 25. Nov. begonnen und am 15. Jan. 1904 vollendet.

Das Siel in der Waltherstraße ist ein Röhrensiel von 35 bezw. 30 cm Durchmesser. Das Siel ist mittelst eines in der Rottendorferstraße gelegenen und die Eisenbahnbrücke mit eisernen Röhren kreuzenden Provisoriums an den Kanal der Konradstraße angeschlossen. Die mittlere Tiefe des Siels in der Waltherstraße schwankt zwischen 4,50 m und 5 m. Die Untergrundsverhältnisse waren die gleichen wie in der Rottendorferstraße.

Die Bauarbeiten wurden für den vorderen Teil am 16. Februar begonnen und am 30. April 1903 vollendet; jene für die hintere Strecke von 76,40 m Länge am 5. Januar 1904 begonnen und am 9. März 1904 vollendet.

B. Sammelkanal.

Die im Juni 1902 begonnenen Arbeiten zur Herstellung der Ausmündung bei Kloster Himmelspforten wurden am 19. April 1903 beendet.

Mit der Fertigstellung dieser Arbeiten konnte der am 30. Oktober 1899 in Angriff genommene rechtsmainische Abfangkanal auf seine ganze Länge (4365,50 laufende Meter einschließlich der Ausmündung in den Main) in Betrieb genommen werden.

Die von der Firma Neptun im Juli 1902 begonnenen Arbeiten für die Kanalisierung der Veitshöchheimerstraße mit Umgegend wurden am 5. Februar 1903 beendet.

C. Kanalbetrieb.

Durch die im Mai 1903 erfolgte Überweisung des Sammelkanals wie der übrigen vom Sielbau-Bureau hergestellten Kanäle an das Stadtbauamt I hat der Kanalbetrieb eine wesentlich größere Ausdehnung erfahren. Dabei mußte das neue Abfangsiel und der vor dem Dükereinlauf hergestellte Sandfang öfter gereinigt werden, als ursprünglich vom Sielbaubureau angenommen war, da sonst deren Leistungsfähigkeit durch Sandablagerungen beeinträchtigt worden wäre.

Der Betrieb des Abfangkanals und der neuen Siele gestaltet sich folgendermaßen.

Der Rechen im Sandfang vor dem Düker, der Rechen im Anschlußspezialbau der Pleichach in der Pleichertorstraße und der Rechen im Anschlußspezialbau der Kürnach am Ochsenplatz werden täglich 2 mal — früh und abends — gereinigt. Bei stärkerem Regen erfordert die Rechenanlage im Sandfang behufs Reinigung einen ständigen Wärter.

Das Hauptsiel am rechten Ufer von der Ludwigbrücke bis Frühlingstraße und das Hauptsiel in der Augustinerstraße werden wöchentl. 2 mal gespült. Die Spülung erfolgt in der Weise, daß die Spültüren in Gruppen von 3 bis 4 Stück geschlossen und wenn die Kanäle gefüllt sind, nacheinander und zwar die unterste zuerst, geöffnet werden.

Die Spülung des Hauptsiels I am linken Ufer von Himmelspforten bis zur Luitpoldbrücke erfolgt mittelst der eingebauten Spültüren wöchentlich einmal. Im Anschluß hieran erfolgt auch jedesmal eine Spülung des Dükers und zwar in der Weise, daß durch mehr-

maliges Umstellen der Tür am Dükereinlauf der Spülstrom abwechselnd durch den 60 und 80er Rohrstrang geleitet wird.

Alle 14 Tage erfolgt eine sogenannte Kugelspülung des Dükers. Hiebei wird eine massive eichene Holzkugel von 50 cm Durchmesser, welche vorsichtshalber an ein Stahldrahtseil befestigt ist, in der Stromrichtung durch die 60 bezw. 80 cm weiten Dückerrohre geschwemmt, wodurch allenfallsige Verschlammungen gelockert und mit fortgerissen werden.

Die Reinigung des Ausmündungslöffels im Main bei Himmelspforten erfolgt alle 14 Tage. Die Reinigung der Ventilationen und der Schmutzkästen an den Schachtabdeckungen wird in Zwischenräumen von 4 Wochen betätigt.

Die Reinigung des Hauptsiels am rechten Ufer wird nach jedem größeren Regen, im übrigen nur in Perioden von 8 Wochen erforderlich. Die Reinigung des Sandfanges am Dükereinlauf erfolgt alle 3 Wochen.

Alljährlich 2 mal erfolgt eine gründliche Reinigung sämtlicher Eisenteile, die dabei gestrichen und eingefettet werden.

Das Waschen der Wandungen in den Hauptsielen wird jährlich 2 mal bezw. nach jeder Hochwasserperiode betätigt.

Die Reinigung und Spülung der Rohrsiele — insgesamt bis zum Schlusse des Berichtsjahres 2755,92 laufende Meter in den Rohrweiten von 25 bis 40 cm Durchmesser — erfolgt monatlich einmal.

Die Reinigung erfolgt mit zu den Rohrdurchmessern passenden Rohrbürsten.

Der Betrieb der alten Kanäle erfolgt im allgemeinen in der seitherigen Weise und zwar werden die alten Kanäle, soweit Bachwasser zur Verfügung steht, wöchentlich 1 mal, sonst in der Regel nur alle 4 Wochen gespült. Aus der Trinkwasserleitung wurden dabei insgesamt 20 000 cbm Wasser verbraucht.

Die bauliche Unterhaltung der Kanäle beschränkte sich vorwiegend auf solche alte Kanäle, die voraussichtlich noch für lange Zeit erhalten bleiben und dem neuen Sielnetz angepaßt werden können.

Besonderes Augenmerk wurde den Kanälen im Quellengebiet zugewendet, die wöchentlich einmal begangen, gereinigt und durchgespült wurden.

Die Einführung der Straßensinkkästen mit Geruchsverschluß und Schlammeimer hat infolge der Beschlüsse der beiden Kollegien vom 21. April und 1. Mai 1902, nach welchen zum Ersatz von Schlitz-

einläufen der Betrag von 40000 ℳ zur Verfügung gestellt wurde, ein lebhafteres Tempo angenommen.

A conto dieses Gesamtkredits wurde mit Beschluß der beiden Kollegien vom 31. Juli und 21. August 1903 ein Spezialkredit von 13500 ℳ für die Anbringung von 100 Stück Sinkkasten in der Sanderau genehmigt.

Mit den diesbezüglichen Arbeiten daselbst wurde am 15. November begonnen; es wurden im Berichtsjahre noch 68 Stück versetzt. Die Mehrung an Straßensinkkästen moderner Konstruktion belief sich im Berichtsjahre auf 111 Stück. Am Ende des Jahres waren insgesamt 611 Stück in Betrieb.

Die Reinigung der Straßeneinläufe erfolgt durchschnittlich alle 9 Wochen und berechnen sich die Reinigungskosten auf 5,20 ℳ pro Stück im Jahr.

Die Länge der gesamten städtischen Hauptkanäle betrug bis zum Schlusse des Berichtsjahres 67 880 laufende Meter, wovon 56 200 auf die rechtsmainischen und 11660 laufende Meter auf die linksmainischen Stadtteile treffen.

Von besonderen mit der Kanalisation im engen Zusammenhange stehenden Arbeiten des Tiefbauamtes sind noch zu erwähnen:

1. Die Grundwasserstandsbeobachtungen. Diese sind von großem Wert bei der Ausführung der Kanalbauten, da die Menge des aus der Baugrube zu schaffenden Grundwassers einen wesentlichen Einfluß auf die Kosten der Kanalneubauten ausübt. Durch die genannten Beobachtungen und Messungen kann die Einwirkung der Kanäle und namentlich die Wirkung besonderer Drainageanlagen auf die Grundwasserbewegung festgestellt werden. Insgesamt wurden 54 über das ganze Stadtgebiet verteilte Brunnen beobachtet und wird regelmäßig alle Wochen einmal der Grundwasserstand gemessen.

Ferner wird bei den Schürfgruben, welche behufs Erforschung der Untergrundsverhältnisse jeweils vor Vergebung von Kanalneubauten an entsprechenden Stellen angebracht werden, der Grundwasserstand genau eingemessen und mit den übrigen Beobachtungen verglichen.

2. Die Messungen der Niederschlagsmengen. Diese erfolgen durch einen auf dem Dache des ehemaligen chemischen Laboratoriums in der Maxstraße im Jahre 1900 aufgestellten und von Fueß in Steglitz bei Berlin bezogenen selbst registrierenden Regenmesser.

Der größte im Jahre 1903 beobachtete Regen fiel am 13. Mai nachm. von 2 Uhr 42 Minuten bis 3 Uhr 32 Minuten mit einer Intensität von 68 Sekundenliter pro Hektar.

Die Ergebnisse der täglichen Beobachtungen werden am Schlusse eines jeden Jahres dem hydrotechnischen Bureau in München übermittelt.

D. Hausentwässerungen.

Seitens des Stadtbauamtes I werden bei Anschlüssen von Hausentwässerungskanälen an das städtische Kanalnetz die Anschlußkoten und Anschlußstellen angegeben, ferner die Ausführung der Anschlußleitungen auf städtischem Straßengebiet kontrolliert.

Im Berichtsjahre wurden 103 Anschlußleitungen in dieser Beziehung durch das Stadtbauamt überwacht und die diesbezüglichen Baugesuche einer Prüfung unterstellt. Insgesamt sind im Berichtsjahre 300 laufende Meter Grundleitungen auf der Straße zur Ausführung gebracht worden.

---

§ 33.

Hochbauwesen und Baustatistik.

I.

1. Beim Aufwand für bauliche Instandhaltung der städt. Gebäude sind im Jahre 1903 außerordentliche Unterhaltungskosten im Betrage von 5736,75 ℳ für Renovierung der Renaissancefassade und Erneuerung des Giebels am alten Rathause (ehemal. Schwurgerichtssaal) zu verzeichnen.

Außerdem wurde der Grafen-Eckartsturm mit einem Aufwande von nahezu 2000 ℳ nach vollständiger Einrüstung einer genauen Untersuchung hinsichtlich seines Bauzustandes unterzogen; sodann wurden nach Entfernung der lockeren Stein- und Putzteile die notwendigsten Reparaturen vorgenommen. Gleichzeitig ist in der Höhe des Hauptgesimses vom Grafen-Eckartsgebäude ein starker Schlauderkranz um den Turm gelegt worden.

2. An Neubauten wurden städtischerseits ausgeführt:

a) Der Erweiterungsbau der Pestalozzischule mit 18 Klassen und 2 Turnsälen, welcher einen Kostenaufwand von rund 330 000 ℳ erforderte und im Sept. 1903 im Betrieb genommen wurde. (Näheres hierüber im § 11 Schulwesen.)

b) Im städt. Schlachthofe wurden verschiedene Neueinrichtungen geschaffen; es wurden 8 Sicherheitswinden mit Transportbahn in der Großviehschlachthalle und 2 ebensolche in der Pferdeschlachthalle eingerichtet, ein Transportgeleise vom Vieh- zum Schlachthofe angelegt und auf dem Dache der Schweineschlachthalle ein Berieselungskondensator aufgestellt.

Die Kosten dieser Einrichtung beziffern rund 17 240 ℳ. (Näheres hierüber § 22 Vieh- und Schlachthof.)

3. Außerdem wurden nach Projekten des Stadtbauamts II und unter dessen Leitung einige Neubauten auf stiftischen Gütern vorgenommen, nämlich:

a) Der Neubau einer Feldscheune von 40 m Länge, 16 m Tiefe und 7 m Höhe (bis Dachtraufe) bei der Schlüpferleinsmühle (Bürgerspital). Die Scheune hat gemauerten Sockel, bretterverschalte Wände mit 14 Toren und ein Falzziegeldach. Die Baukosten betrugen bei rund 5800 Raumkubikmeter rund 13100 ℳ d. i. 2,26 ℳ pro cbm umbauten Raumes.

b) Der Neubau eines Arbeiterwohngebäudes und einer Gerätehalle im bürgerspitälischen Rothof (Veitshöchheimerstraße), sowie der Aufbau eines Stockwerkes auf das Wohnhaus daselbst und der Anbau eines Abortes. Das massive Arbeiterwohngebäude enthält bei 116 qm überbauter Fläche 3 Zimmer, 1 Küche, 1 Waschküche, 1 Abort und 1 Vorplatz und kostete rund 4150 ℳ (464 cbm à 9 ℳ). Die Gerätehalle mit 179 qm überdeckter Fläche und einem Einbau von 2 Zimmern für Erntearbeiter kostet rund 2000 ℳ. Der Stockwerksaufbau auf dem Wohnhause mit 4 Zimmern, Küche, Abort und Dachkammer erforderte einen Aufwand von rund 5400 ℳ (390 cbm à 13,85 ℳ). Die Abortanlage für den Wirtschaftsbetrieb, bestehend aus einem Männer- und Frauenabort, nebst Pissoir und Vorraum, kostete 650 ℳ. Der Gesamtkostenaufwand für den Rothof betrug sonach rund 12 200 ℳ.

4. Die Überreste des romanischen Kreuzganges vom Neumünster, Eigentum des Herrn Luitpold Rosenthal hier,

wurden auf Grund eines mit letzterem abgeschlossenen Vertrags im Hofe der städt. Sammlungen (ehemal. chem. Laboratorium) mit einem Kostenaufwande von 2050 ℳ aufgebaut und so der Allgemeinheit zugänglich gemacht.

5. Bauprojekte wurden 1903 bearbeitet:

Für die Bebauung des Schießhausareals, für 2 Geschäftshausneubauten an der Sanderstraße, für die Erweiterung des Rathauses durch ein Hofgebäude und für eine Turnhalle im Hofe der Maxschule.

II. Von seiten des Staates wurden im Jahre 1903 einige bemerkenswerte Gebäulichkeiten ausgeführt:

Die Universität errichtete das mineralogisch geologische Institut an der Pleicher Torstraße. Das Eisenbahnärar erbaute auf dem Bahnhofareale ein Magazingebäude an der Harfenstraße und ein zur Hauptpost gehöriges Nebengebäude.

III. An Bauführungen durch Vereine ist ein Anbau an den Aussichtsturm — Frankenwarte — auf dem Nikolausberge seitens des Verschönerungsvereines zu verzeichnen und außerdem der Umbau der früher Dr. Hoffaschen Klinik Sieboldstraße Nr. 10 in ein Schulgebäude durch den Sophienschul-Verein zu nennen.

IV. Größere bemerkenswerte Bauunternehmungen durch Private sind nicht zu verzeichnen.

V. In Angriff genommen waren am Schlusse der gegenwärtigen Berichtsperiode an größeren Bauwerken:

Die Skt. Josephs-Kirche für den Stadtteil Grombühl, an deren Ausführung rüstig weiter gearbeitet wurde, und das Reichsbankgebäude an der Schweinfurterstraße.

VI. An Abbrüchen sind bemerkenswert, die zwecks Straßenerweiterung bezw. Straßenregulierung betätigten Gebäudeabbrüche im Kürschnerhof, in der Zellerstraße und in der Dreikronenstraße.

Außerdem ist hier zu erwähnen der zur Durchführung des Ludwigkais und der anstoßenden Straßen erfolgte Abbruch der sämtlichen Gebäude auf dem ehemaligen Schießhausanwesen.

VII. Die Zahl der während der Berichtsperiode ausgeführten Bauten ergibt sich aus nachstehendem:

Neue Wohngebäude . . .	49
Sonstige neue Gebäude . .	41
Kleinbauten und Änderungen	114
Hausentwässerungen . . .	103
Summa	307

Von den neuen Wohngebäuden wurden die meisten, darunter auch einige Einfamilienhäuser im Außengebiete errichtet.

VIII. Die Zahl der im Jahre 1903 gestellten Baugesuche ergibt sich aus folgender Statistik:

Es kamen in den magistr. Einlauf Baugesuche	hievon						
	betrafen				wurden		
	neue Wohngebäude	sonstige Neubauten	Kleinbauten u. Aenderungen	Hausentwässerungen	genehmigt	abgewiesen	zurückgezogen
515	73	135	204	103	504	3	8
	412					11	
					515		

§ 34.

Baulinienfestsetzung, Bebauungspläne, Schutz der Bauarbeiter.

I. Baulinienfestsetzung und Bebauungspläne.

Im Jahre 1903 wurden folgende Baulinien festgesetzt:

1. Im Grombühl-Bezirk für das Gebiet in der Feldlage „Aumühl-Wiesen" zwischen der Schweinfurterstraße und der Aumühlstraße.
2. Im Peter-Bezirk für die Nordseite der Reibeltgasse.
3. Im Sanderau-Bezirk für die Gartenstraße südlich der Frühlingstraße und ferner für den östlichen Teil der Blumenstraße.
4. Im Burkard-Bezirk für die Mergentheimerstraße und den Judenbühlweg.
5. Im Zellerau-Bezirk für die Südseite der großen Katzengasse.

An größeren Baulinienprojekten und Bebauungsplänen sind zu nennen:

1. Projekte für Einschaltung neuer Straßenzüge in der Feldlage „Lange Bögen“ (Antrag Hilfiker und Hergenröther).
2. Änderung der Baulinien Sedan-Mainaustraße.
3. Projekt für die verlängerte Eisenstraße.
4. „ „ „ Baulinien südlich der Frühlingstraße.
5. „ „ „ „ (Wegbegrenzungslinie) am Winterleitenweg.
6. Projekt für eine Baulinienänderung für die Waltherstraße und die angrenzende Feldlage Mönchberg.
7. Projekt für eine Straße längs der neuprojektierten Hufbeschlaganstalt zwischen Frankfurter- und Jägerstraße.
8. Projekt für den alten Steinbergsweg, östlich der Steinburg.

Außerdem sind noch verschiedene kleinere Projekte, besonders über geringe Veränderungen der Niveaus von einzelnen Straßenzügen, ausgearbeitet worden.

Für weitere, zum Teil schon in Angriff genommene Projekte kommen in Betracht die Gebiete am oberen Steinberg, „Lange Bögen“, Nikolausberg, Leistengrund mit Winterleite.

II. Schutz der Bauarbeiter.

Die immer stärker sich entwickelnde Bautätigkeit, insbesondere in den Städten, hat neben anderen Mißständen auch eine größere Gefährdung der Gesundheit und des Lebens der Bauarbeiter mit sich gebracht.

Zur Abstellung dieser Mißstände und zum Schutze der Bauarbeiter wurden daher in hiesiger Stadt schon unterm 10. September und 26. November 1897, sowie unterm 10. November 1899 bezügl. ortspolizeiliche Vorschriften erlassen und sind solche neben den oberpolizeilichen Vorschriften vom 1. Januar 1901, den Unfallverhütungsvorschriften der bayr. Baugewerksberufsgenossenschaft und den einschlägigen Vorschriften der allg. Bauordnung v. 17. Febr. 1901 (§ 72) in fortdauernder Wirksamkeit.

Die ortspolizeilichen Vorschriften erstrecken sich insbesondere auf Konstruktion und Stärke von Gerüsten aller Art, auf Abspreißungen von Baugruben, auf Unterkunftsräume und Bedürfnisanstalten bei

den Baustellen, Aufstellen von Koksöfen, Abstellen des schädlichen Luftzuges im Innern von Neubauten.

Die Handhabung dieser Vorschriften machte naturgemäß eine intensive Überwachung der Bauten notwendig. Hiezu wurde zunächst das Baupolizeipersonal verstärkt und unterm 1. Juni 1902 ein Bauaufseher aus dem Arbeiterstande dem Stadtbauamt zugeteilt, dessen spezielle Aufgabe in der Überwachung der Bauten in bezug auf Arbeiterschutz besteht.

Im Jahre 1902 — der Gegenstand ist im XII. Verwaltungsbericht noch nicht behandelt — waren zusammen ungefähr 440 Baustellen im Betriebe, darunter an Hochbauten: 80 Hauptgebäude (Wohnhäuser, größere Fabrik- und Nebengebäude, Staatsbauten, städt. und Vereinsbauten) und 260 Umbauten und kleinere Bauführungen, an Tiefbauten 100, hauptsächlich Kanalbauten (Haupt- und Privatkanäle).

Diese sämtlichen Baustellen wurden von den mit der Baukontrolle beauftragten Organen des Stadtbauamtes III je nach Umfang und Bedeutung durchschnittlich wöchentlich einmal kontrolliert; hiebei wurde den wahrgenommenen Mißständen in bezug auf Bauarbeiterschutz auf direktem Wege, durch mündliche Anordnungen und in Renitenzfällen durch Anzeigen beim Stadtmagistrat entgegengewirkt.

Der Bauaufseher aus dem Arbeiterstand hat von seinem Dienstantritt — 1. Juni 1902 — bis 31. Dez. 1902 1307 Kontrollen vorgenommen.

Derselbe ist mit Ausnahme weniger Stunden, die derselbe zur Berichterstattung und zu Bureauarbeiten benötigt, täglich in der üblichen Arbeitszeit auf den Bauplätzen tätig und begeht die größeren Bauten in Zwischenräumen von 2—3 Tagen, manchmal bei gefährlicheren Arbeiten oder, wenn Mißstände sich zeigen, ein- oder auch mehrmal täglich.

Derselbe steht in fortwährender Fühlung mit den die Baukontrolle betätigenden Beamten und es tritt häufig, wenn schwierigere Fälle sich zeigen, deren Behandlung höhere technische Kentnisse voraussetzen, gemeinschaftliche Nachschau ein.

Auf diese Weise wurden im Jahre 1902 auf den oben benannten Baustellen folgende Anstände festgestellt und beseitigt:

in 165 Fällen Gerüstfehler,
„ 138 „ ungenügendes Abdecken der Gebälke,

in 42 Fällen fehlende oder unzureichende Schutzvorkehrungen bei Dacharbeiten,
„ 28 „ unzulässige Benützung von Leitergängen,
„ 61 „ Mängel an Lauftreppen und Leitergängen,
„ 23 „ sicherheitsgefährliche Ausschalung von Baugruben,
„ 8 „ schädliche Koksfeuerungen,
„ 28 „ Mangel oder ungenügende Anlage von Unterkunftsräumen,
„ 48 „ Mangel oder nicht entsprechende Anlage von Bedürfnisanstalten,
„ 6 „ Fehlen von Trinkgefäßen,
„ 11 „ Nichtvorhandensein von Verbandmaterial,
„ 13 „ schädliche Zugluft,
„ 31 „ Fehlen von Aushängetafeln.

Zur Beseitigung dieser Anstände genügte in den meisten Fällen mündliche Anordnung; in 13 Fällen mußten jedoch magistratische Auflagen ergehen.

Die größten Schwierigkeiten und meisten Anstände ergaben sich bei Durchführung der Gerüstvorschriften (Anbringung von Schutzgerüsten, Anbringung von Geländern, sicherem Belag, von Lauftreppen statt Leitern, Abdeckung der Gebälke).

Vielfach war auch dem Überhandmauern, dem Tragen von schweren Lasten auf Schultern, dem Transport von Baumaterialien auf Leitern durch Frauen und der Beschäftigung von solchen auf ungenügend abgedeckten Tünchergerüsten, sowie den Verunreinigungen von Neubauten entgegenzuwirken.

Unfälle sind im ganzen während des Jahres 1902 drei vorgekommen.

Die hiewegen eingeleiteten gerichtlichen Untersuchungen haben ein Verschulden nicht ergeben.

* * *

Im Jahre 1903 wurden die Kontrollen in gleicher Weise betätigt und ergibt sich für diese Zeit nachstehendes:

Baustellen waren 445 in Betrieb und zwar:

90 Hauptgebäude,
240 Umbauten,
115 Tiefbauten.

Durch den Bauaufseher wurden 2813 Kontrollen vorgenommen. Beanstandet wurden:

in	335	Fällen Gerüstfehler,
„	224	„ ungenügende Abdeckung der Gebälke,
„	78	„ fehlende oder unzureichende Schutzvorkehrungen bei Dacharbeiten,
„	62	„ unzulässige Benützung von Leitergängen,
„	99	„ Mängel an Lauftreppen und Leitergängen,
„	47	„ sicherheitsgefährliche Ausschalung von Baugruben,
„	13	„ schädliche Koksfeuerungen,
„	45	„ Mangel oder ungenügende Anlage von Unterkunftsräumen,
„	94	„ Mangel oder nicht entsprechende Anlage von Bedürfnisanstalten,
„	8	„ Fehlen von Trinkgefäßen,
„	20	„ Nichtvorhandensein von Verbandmaterial,
„	23	„ Fehlen von Aushängetafeln,
„	2	„ Verabreichung von Bier auf den Arbeitsstellen,
„	1	Fall Betrinken der Arbeiter.

Wegen dieser Umstände erfolgten außer den mündlichen Anordnungen in 66 Fällen magistratische Auflagen, von welchen 6 zu zwangsweisen Baueinstellungen bis nach Behebung der Anstände und 1 zur Strafeinschreitung führten.

Im Jahre 1903 wurden die Baustellen an 4 Tagen gemeinschaftlich mit den technischen Aufsichtsbeamten der Bayr. Baugewerksberufsgenossenschaft und an einem Tag mit dem k. Fabrik- und Gewerbeinspektor für Unterfranken visitiert.

Unfälle ereigneten sich 12, hievon einer mit tödlichem Ausgange.

In allen Fällen wurde strafrechtliche Untersuchung eingeleitet; in einem Fall wurde ein Verschulden nachgewiesen, so daß Verurteilung erfolgte.

Die Durchführung des Baukontrolldienstes beansprucht, wie aus vorstehendem entnommen werden kann, einen erheblichen Teil der Tätigkeit des Personals des Stadtbauamtes III und füllt die des Aufsehers aus dem Arbeiterstande vollständig aus. — Der Erfolg zeigt sich in der geringen Anzahl verschuldeter Unfälle.

Dabei ist anzuerkennen, daß die verständigen Bauleiter zu Beanstandungen seltener Anlaß geben, den Anordnungen der Kon-

trollorgane bereitwilligst Folge leisten und daß auch von seiten des einsichtsvolleren Teiles der Arbeiter der Vollzug des Bauarbeiterschutzes unterstützt wird.

Andererseits wird jedoch auch von so manchen Baufirmen, Bauleitern und Bauhandwerkern durch häufige Außerachtlassung der Vorschriften oder zum Teil durch renitentes Verhalten dieser Baukontrolldienst erschwert.

§ 35.

Polizeiverwaltung.

I.

a) Sicherheitspolizei.

Der Sollstand der Polizeimannschaft ist der gleiche wie in den vorausgehenden Jahren.

Ein Kriminal-Wachtmeister ist gestorben, zwei Kriminal-Wachtmeister und fünf Schutzmänner erhielten einen anderen städtischen Dienst übertragen, zwei Schutzmänner traten freiwillig aus dem Dienst.

Nach mehrfachen Petitionen wurde durch Entschließung des k. Staatsministeriums des Innern vom 12. März 1903 der Polizeimannschaft der Gemeinden mit städtischer Verfassung diesseits des Rheins und den Stadtgemeinden der Pfalz gestattet, eine Bluse aus dunkelblauem Tuche nach Schnitt und Ausstattung der Gendarmeriebluse, jedoch mit Schulterklappen zum Aufsetzen der Nummern und ohne Spangen zu tragen.

Im Berichtsjahre wurden

von Polizei-Organen:	880	Personen zur Anzeige gebracht und verhaftet,
	3978	Personen zur Anzeige gebracht,
	66	Personen zur bezirksärztlichen Visitation vorgeführt,
	101	Personen wegen Trunkenheit polizeilich verwahrt;
von Privat-Personen:	1185	Personen zur Anzeige gebracht,
Summa	6210	Personen.

Streifen fanden 53 mit 85 Festnahmen statt.

Es wurden ausgewiesen:

15 Personen aus Würzburg,
180 „ aus Würzburg und den benachbarten Gemeinden,
60 „ aus dem Königreiche Bayern,
6 „ aus dem deutschen Reiche.

In das Arbeitshaus wurden eingeschafft 11 Personen, unter Polizeiaufsicht wurde gestellt 1 Person.

Durch Regierungsentschließung vom 23. November 1903 wurden für außerordentliche Leistungen im Sicherheitsdienste, insbesondere bei Ermittelung von Verbrechen und Vergehen, Gratifikationen an Kriminalwachtmeister und -Schutzleute gewährt und zwar in Beträgen von 35—25 ℳ.

Dem 1. Oberwachtmeister Abler wurde die silberne Medaille des Verdienstordens vom hl. Michael verliehen.

Die Ausgaben für die Distriktspolizeiverwaltung betrugen im Jahre 1903 353 115,68 ℳ, das sind $^4/_{10}$ der allgemeinen (persönlichen und sachlichen) Verwaltungsausgaben der Stadtgemeinde. Seitens des Staates wurde nur ein Zuschuß von 26 500 ℳ gewährt.

Der V. bayer. Städtetag hat in seiner Tagung am 11. Okt. 1903 in Regensburg beschlossen, seinen auf dem IV. bayer. Städtetag am 12. Okt. 1901 in Würzburg gefaßten Beschluß wegen Erhöhung des Staatszuschusses zu den Kosten der Distriktspolizeiverwaltung in den unmittelbaren Städten zu erneuern.

Das Resultat der auf Grund dieses Beschlusses an die k. Staatsregierung und den Landtag gerichteten Petitionen ist noch nicht bekannt geworden.

b) Feuerpolizei, Brände und Feuerlöschwesen.

Die Feuerbeschau wurde in vorschriftsgemäßer Weise betätigt und in über 1200 Anwesen vorgenommen.

Die dabei angetroffenen Mißstände wurden teils auf direkte Aufforderung hin, teils nach Erlassung magistratischer Auflagen behoben.

Gemäß Ministerial-Entschließung vom 7. Oktober 1903, die Feuer-

und Betriebssicherheit in Warenhäusern und großen Geschäftshäusern betreffend, wurden durch eine besondere Kommission das Warenhaus Ruschkewitz und mehrere Geschäftshäuser eingehend besichtigt.

Nach den dabei gemachten Wahrnehmungen wurden den Anwesensbesitzern bezw. den Geschäftsinhabern auf Grund der Ministerialvorschriften die veranlaßten feuer- und sicherheitspolizeilichen Auflagen durch Magistratsbeschluß vom 4. Dezember 1903 erteilt.

Unter Bezugnahme auf die Ministerial-Entschließung vom 1. Okt. 1899 und gemäß Auftrag der k. Regierung vom 20. November 1903 wurde im Berichtsjahre im Interesse der Feuersicherheit und zwecks Verbesserung der Lage der Kaminkehrergehilfen sowohl wie auch der kleinen Meister die Neuteilung der Stadt in acht, statt bisher — seit 1898 — sieben Kaminkehrbezirke beschlossen und zwar mit Wirksamkeit vom 1. April 1904.

Die Gesamtfeuerwehr wurde nur einmal und zwar am 30. November 1903 früh 4 Uhr anläßlich des Brandes der Kordowichschen Scheune im Frauenland alarmiert.

Von den übrigen Alarmierungen treffen

4 auf die kleine und große Bereitschaft der Zentrale,
2 „ „ Bezirksfeuerwehr Grombühl,
2 „ „ „ Sanderau,
1 „ „ „ Zellerau,
1 „ einzelne Mitglieder der Bezirksfeuerwehr Sanderau,
7 „ den Kommandanten.

Die Freiwillige Feuerwehr bestand am Schlusse des Jahres 1903 aus 489 Mitgliedern.

Hievon gehörten an

der Zentrale	184
der Bezirksfeuerwehr Grombühl	80
„ „ Pleich	39
„ „ Rennweg	59
„ „ Sanderau	65
„ „ Zellerau	62
	489

Die Berufsmannschaft bildet der Maschinist und der Heizer der Dampffeuerspritze, welche im Rathausgebäude wohnen und bei

Ausbruch eines Brandes die Dampffeuerspritze sofort zu bedienen haben.

Die Freiw. Feuerwehr stand unter der bisherigen trefflichen Führung des I. Kommandanten Gräf und des II. Kommandanten Becker.

Auszeichnungen wurden verteilt

für 10jährige Dienstzeit (silberne Schnüre) 22,
„ 15 „ „ (Diplom) 9,
„ 20 „ „ (goldene Schnüre) 13,
„ 25 „ „ (k. Ehrenzeichen) 10.

Von den Neuanschaffungen sind besonders hervorzuheben 250 m Schläuche und 2 Rettungsschläuche für die Bezirksfeuerwehren Pleich und Rennweg.

Das neue Feuerhaus an der Pleichertorstraße wurde fertiggestellt und für den Stadtbezirk Pleich eine eigene Bezirksfeuerwehr gebildet.

Für diese wurde eine größere Anzahl Läutewerke neu eingerichtet.

Die Alarmanlage für die Zentrale wurde teilweise umgeändert.

Die Feuerwache auf dem Grafeneckartsturme wurde aufgehoben, da sie nicht mehr als notwendig erachtet wurde, dagegen die Alarmierung der Feuerwehr der Zentrale durch das Anschlagen an die vorhandene Feuerglocke beibehalten. Das Anschlagen geschieht durch einen Elektromotor, welcher nebst Getriebe im Glockenturm eingebaut ist, während der Ablasser des Motors im Zentralfeuerhaus angebracht ist.

Die Feuerwache auf dem Marienberge wurde beibehalten, und zwar insbesondere deshalb, weil durch dieselbe bei größeren Brandfällen sowie bei Versagen des elektrischen Läutewerks die gesamte Feuerwehr rasch alarmiert werden kann. Jedoch wurde die Abgabe von Schüssen seitens dieser Feuerwache eingeschränkt und durch Beschluß der beiden städt. Kollegien vom 16. Oktober und 19. November 1903 mit Zustimmung des Ausschusses der Freiwilligen Feuerwehr die Feuerlöschordnung vom 30. März 1897 A II Ziff. 10 Abs. IV und Ziff. 11 wie folgt abgeändert:

„Bei Großfeuer werden sämtliche Bereitschaften der Feuerwehr mittelst des hiefür bestimmten elektrischen Läutewerks alarmiert."

„Die Alarmierung der gesamten Mannschaft der Feuerwehr erfolgt nur dann, wenn dies von dem Feuerwehrkommandanten, dem Amtsvorstande des Stadtmagistrats oder von deren Stellvertretern an-

geordnet wird und zwar durch Abgabe von zwei Kanonenschüssen seitens der Feuerwache auf dem Marienberge, ferner durch Anschlagen an die Feuerglocke auf dem Grafen Eckartsturme mittels des hiefür aufgestellten Elektromotors, welcher von der Polizeiwache in Betrieb zu setzen ist, endlich durch Inbetriebsetzung des elektrischen Schlagwerkes auf den Bezirksfeuerhäusern oder auf anderen Gebäuden seitens der betreffenden Polizeiwachen.

Das Anschlagen an die Feuerglocke hat bis zum Abmarsche der Feuerwehr auf den Brandplatz zu dauern."

Eine Fahne oder eine beleuchtete Laterne wird auf dem Grafen Eckartsturme bei Ausbruch eines Brandes nicht mehr ausgehängt.

Das Projekt der Errichtung eines neuen Feuerhauses im Stadtbezirke Grombühl konnte leider auch in diesem Jahre trotz wiederholter Beratungen und Beschlußfassungen nicht weiter gefördert werden, da das Stadtbauamt II wegen Inanspruchnahme mit anderen dringenden Arbeiten zur Vorlage der erforderlichen Pläne nicht in der Lage war.

Die in Aussicht genommenen 6 Schlauchstationen wurden sämtlich errichtet und mit den erforderlichen Gegenständen ausgestattet. Für die Benützung derselben wurde eine besondere Anweisung erlassen. Soferne bei Brandfällen in der Nähe der Schlauchstationen Feuerwehr- oder Polizeimannschaften nicht am Platze sind, ist auch anderen Personen gestattet, die in den Schlauchstationen verwahrten Geräte zu gebrauchen.

Die Ausgaben für das Feuerlöschwesen bezifferten sich im Jahre 1903 auf 15 649,97 ℳ. In dieser Summe sind die Personalausgaben für die beiden Feuerwachen nicht enthalten.

Die Beiträge, welche zur staatlichen Brandversicherungsanstalt von den hiesigen Gebäudebesitzern pro 1902/03 entrichtet wurden, betrugen 84 746,83 ℳ.

An Brandentschädigungen wurden nur 12 148 ℳ geleistet, gewiß ein auffälliges Mißverhältnis. Um dieses zu beseitigen, wurde von dem Regensburger Städtetag beschlossen, den bereits früher bei der k. Staatsregierung gestellten Antrag betreffend die Abänderung des Brandversicherungsgesetzes zu erneuern.

Staatlicherseits wurde für Feuerlöschzwecke ein Zuschuß von 6000 ℳ und von der Hypotheken- und Wechselbank in München ein Jahresbeitrag von 257,14 ℳ gewährt.

c) Gesundheitspolizei.

1. Wohnungswesen.

Die mit der Übertragung der nebenamtlichen Funktion eines Wohnungs-Inspektors seit Oktober 1902 gemachte Probe (siehe XII. Verwaltungsbericht S. 143) ergab bald die Unzulänglichkeit dieser Regelung und brachte in den städtischen Kollegien die Überzeugung zum Durchbruch, daß für die Stadt Würzburg ein eigener Beamter für die Wohnungsaufsicht notwendig sei, wenn die der Stadt nach der k. Verordnung vom 10. Februar 1901 obliegenden Verpflichtungen in entsprechender Weise erfüllt werden sollten. Demgemäß beschlossen die städt. Kollegien unterm 1. bezw. 14. Mai 1903 die Aufstellung eines Wohnungs-Inspektors im Hauptamt ab 1. Juli 1903 und zwar vorerst auf die Dauer von 3 Jahren. Die Stelle wurde einem städtischen Baucontroleur, der bis dahin schon den Besichtigungen der Wohnungskommission beigewohnt und auch die nebenamtliche Funktion des Wohnungs-Inspektors versehen hatte, übertragen.

Nach der vom Stadtmagistrat unterm 19. Juni 1903 erlassenen Dienstesanweisung ist der Wohnungs-Inspektor Hilfsorgan der Wohnungskommission; seine Aufgabe besteht hauptsächlich in der Überwachung sämtlicher Gebäude und Gebäudeteile der Stadt, in der Besichtigung neuhergestellter Wohnungen vor Erteilung der Wohnungsgenehmigung, in der Entgegennahme von Beschwerden in bezug auf das Wohnungswesen, in der Beseitigung der vorgefundenen Mängel durch Besprechung mit Vermieter und Mieter, durch Belehrung, Mahnung und Warnung an Ort und Stelle, beim Versagen dieser Mittel in Anzeigeerstattung an den Magistrat unter Bezeichnung der sachgemäßen Mittel zur Abhilfe, endlich in der Mitwirkung bei Durchführung von Wohnungserhebungen. Die Tätigkeit des Wohnungs-Inspektors erstreckt sich auch auf die Gebäude der Gemeinde und der örtlichen Stiftungen, sowie der Stiftungen, welche zum Geschäftskreis des Kultusministeriums gehören und der Kreisregierung unterstellt sind. Besonderes Augenmerk hat der Inspektor auf die kleinen Wohnungen (bis zu 3 Zimmern), auf die Dienstboten- und Gehilfenräume, sowie auf die Wohnungen, in welchen Aftermieter und Schlafgänger untergebracht sind, zu richten. Bei Anordnungen bezw. Anträgen auf Beseitigung von Mißständen ist die Vermögenslage der Beteiligten tunlichst zu berücksichtigen; müssen althergebrachte Zustände

oder Verhältnisse geändert oder beseitigt werden, so ist, falls dies die Rücksichten der Gesundheit und Sittlichkeit zulassen, auf allmähliche Änderung oder Beseitigung hinzuwirken. Der Wohnungs-Inspektor nimmt an den Sitzungen der Wohnungs-Kommission mit beratender Stimme teil.

Der als Wohnungs-Inspektor im Nebenamt tätige Baubeamte nahm in der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1903 in 49 Anwesen 75 Besichtigungen und Kontrollen vor.

Über die Tätigkeit des Wohnungs-Inspektors im Hauptamt in der 2. Hälfte des Jahres 1903 geben die nachstehenden 7 Tabellen Aufschluß.

Tabelle 1.

Zahl und Art der besichtigten Anwesen.

Besichtigt wurden vom 1. 7.—31. 12. 03						Die teilweisen Besichtigungen betrafen					Bemerkungen
Vollständig		Teilweise		Summa		einzelne Wohnungen	Schlafstellen	Arbeitsräume	Entwässerungsanlagen	Gewerbebetriebe, Höfe 2c.	
alte	neue	alte	neue	alte	neue						
Anwesen		Anwesen		Anwesen		in ? Anwesen					
51	26	111	7			37	20	11	32	18	
77		118		162	33	118					
195				195							

Tabelle 2.

Zahl und Art der besichtigten Wohnungen und Arbeitsräume.

Besichtigt wurden vom 1. 7.—31. 12. 03						Bemerkungen
Wohnungen			Arbeitsräume			
alte	neue	Summa	alte	neue	Summa	
285	229	—	22	39	—	
		514			61	
		575				

Tabelle 3.

Zahl der in einem Anwesen vorgenommenen Besichtigungen und Kontrollen.

1	2	3	4	5	6	7 malige Besichtigungen bezw. Kontrollen wurden vorgenommen in ? alten Anwesen	Summa der Besichtigungen und Kontrollen	1	2	3	4	5	6	7 malige Besichtigungen bezw. Kontrollen wurden vorgenommen in ? neuen Anwesen	Summa der Besichtigungen und Kontrollen	Bemerkungen
96	34	17	10	3	1	1	283	5	11	—	4	7	6	—	114	
162 alte Anwesen								33 neue Anwesen								
397 Besichtigungen und Kontrollen.																

Tabelle 4.

Zahl und Art der erhobenen Beanstandungen.

Beanstandungen haben sich ergeben in bezug auf								
Neue Wohnungen und deren Beziehbarkeit § 9*)	Luft und Licht § 10	baulichen Zustand, Reinlichkeit, Trockenheit § 11	Luftraum § 12	Feuerungsanlagen § 13	Abortanlagen § 14	Schlafgängerwesen § 15	Summa der Beanstandungen	Bemerkungen
95	6	360	7	38	114	34	654	*) Die §§ beziehen sich auf die k. Verordnung v. 10. II. 01.

Tabelle 5 und 6.

Zahl und Art der verbotenen bezw. wieder freigegebenen, sowie der durch Abbruch eingegangenen Wohnungen und Arbeitsräume.

Verboten wurden								Freigegeben wurden								Eingegangen sind						Bemerkungen
alte			neue			alte	neue	alte			neue			alte	neue	1	2	3	4	5		
1	2	3	1	2	3	Arbeitsräume		1	2	3	1	2	3	Arbeitsräume		Zimmerwohnungen					Arbeitsräume	
Zimmerwohnungen								Zimmerwohnungen														
5	14	1	—	16	6	—	—	1	3	—	—	—	—	—	—	19	28	13	8	3	12	
20			22					4			—					60			11			
42																						

Tabelle 7.

Zahl und Art der durch Neu-, An-, Auf- und Umbau neuhergestellten Wohnungen und Arbeitsräume.

Durch Herstellung von					wurden neugeschaffen vom 1. VII.—31. XII. 03																
Neubauten		An-	Auf-	Um-	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	Einzelzimmer	Gewerbelokal	Werkstätten	Schulsäle	Stallungen	Lager	Bemerkungen
Haupt-Gebäude	Neben-Gebäude	Bauten			Zimmerwohnungen																
29	14	4	3	12	3	72	69	35	17	3	2	3	—	1	24	21	18	27	19	7	
43		19			144			61								66					
					205																

Bei den Besichtigungen ergab sich die Beobachtung, daß einem großen Teil der Wohnungsinhaber der Sinn für Reinlichkeit, Ordnung und für behagliches Wohnen mangelt, und daß es viele Anwesensbesitzer an der erforderlichen Beaufsichtigung ihrer Anwesen, an der rechtzeitigen Behebung kleinerer Mängel und Mißstände fehlen lassen; insbesondere wird den Entwässerungseinrichtungen, den Aborten, Kanälen, Dachrinnen, Ausgüssen 2c. vielfach nicht die erforderliche Aufmerksamkeit zugewendet; kleinere, mit geringem Aufwand zu beseitigende Defekte an diesen Einrichtungen bleiben vielfach unbeachtet und es wird denselben solange nicht abgeholfen, bis starke Feuchtigkeit in den Wohnungen herrscht und durchfaulte Balken, auftretender Schwamm u. dergl. zu baulichen Änderungen und großen Kosten zwingen.

Mit Rücksicht auf die Aufstellung des Wohnungs-Inspektors im Hauptamt konnte die Wohnungskommission ihre Besichtigungstätigkeit vom 1. Juli 1903 bedeutend einschränken; dieselbe trat in der Hauptsache nur dann noch zusammen, wenn es sich um Besichtigungen oder um Begutachtungen in wichtigeren Fällen von allgemeinerer Bedeutung handelte.

Mit der Frage, ob und in welchem Umfange in der Stadt Würzburg Wohnungs-Erhebungen vorgenommen werden sollten, hat sich die Wohnungskommission mehrfach beschäftigt. Ihrem nachfolgenden unterm 19. Oktober 1903 abgegebenen Gutachten traten die städt. Kollegien bei:

a) von einer allgemeinen Wohnungserhebung ist vorläufig und insolange abzusehen, als nicht die Finanzlage der Stadt die Schaffung eines städtischen, statistischen Amtes erlaubt, wie es zur Durchführung einer solchen Erhebung und insbesondere zur sachgemäßen Verarbeitung des gewonnenen Materials erforderlich erscheint,

b) in der nächsten Zeit ist lediglich eine Erhebung über die in einem bestimmten Zeitpunkt leerstehenden Kleinwohnungen (bis zu 3 Zimmern) durch den Wohnungs-Inspektor und einen diesem beizugebenden Meßgehilfen vornehmen zu lassen;

c) nach Beendigung dieser Erhebung im Jahre 1904 ist eine solche über Aftermiets- und Schlafgänger-Wohnungen durchzuführen.

Das Resultat der demzufolge im Berichtsjahre begonnenen und im Jahre 1904 vollendeten Erhebung über die am 30. November 1903 leerstehenden Klein-Wohnungen ist aus der unten folgenden graphischen Darstellung und den Tabellen I mit V ersichtlich.

Die Grundlage für die vom Wohnungs-Inspektor mit einem Meßgehilfen vorgenommene Erhebung bildete die von den Distriktsschutzleuten betätigte Aufnahme der leerstehenden, sowie der besetzten Kleinwohnungen der ganzen Stadt. Hienach waren Ende November 1903 vorhanden:

a) besetzte Wohnungen mit

1	Zimmer	2047	= 16 %,
2	Zimmern	6042	= 47,43 %,
3	„	4434	= 34,73 %
	Summa	12523	= 98,16 %;

b) leerstehende Wohnungen mit

1	Zimmer	74	= 0,58 %,
2	Zimmern	109	= 0,86 %,
3	„	52	= 0,40 %,
	Summa	235	= 1,84 %.

Der Gesamtvorrat von „Kleinwohnungen" betrug sonach 12758.

Die wenigsten Kleinwohnungen (520) sind vorhanden im Bezirke Rennweg, die meisten (2684) im Grombühl. An Einzimmerwohnungen hat der Peter Bezirk mit 408 am meisten, bei den Zwei- und Dreizimmer-Wohnungen marschiert Grombühl mit 1528 bezw. 952 an der Spitze.

Leerstehende Kleinwohnungen wurden am wenigsten angetroffen im Bezirk Burkard (12), am meisten in der Sanderau (53).

Nach Beendigung der Aufnahmen der Bezirksschutzleute und nach Zusammenstellung der Resultate durch den Wohnungsinspektor konnte dieser, unterstützt von einem Meßgehilfen, an die eigentliche Wohnungserhebung über die leerstehenden Kleinwohnungen gehen, indem er die festgestellten 235 einschlägigen Wohnungen in bezug auf Beschaffenheit und Ausmaß besichtigte und untersuchte; hiezu waren 24 Halbtage erforderlich; es konnten also pro Tag 19—20 Wohnungen untersucht werden.

Auf Grund dieser Untersuchung waren 128 Wohnungen (= 1 %) auszuscheiden (Tabelle II). Auf die verbleibenden 107 Wohnungen beziehen sich die Darstellungen in Tabelle III mit VI.

Unter diesen 107 Wohnungen befinden sich 20 Einzimmer-Wohnungen, die neben dem Zimmer einen weiteren Nebenraum, wie Küche, Alkoven und Kammer, nicht haben, die daher als Familienwohnungen nicht bezeichnet werden können. Es reduzieren sich daher die leerstehenden Familienwohnungen mit 1 bis 3 Zimmern auf 87 = 0,76 % für die ganze Stadt.

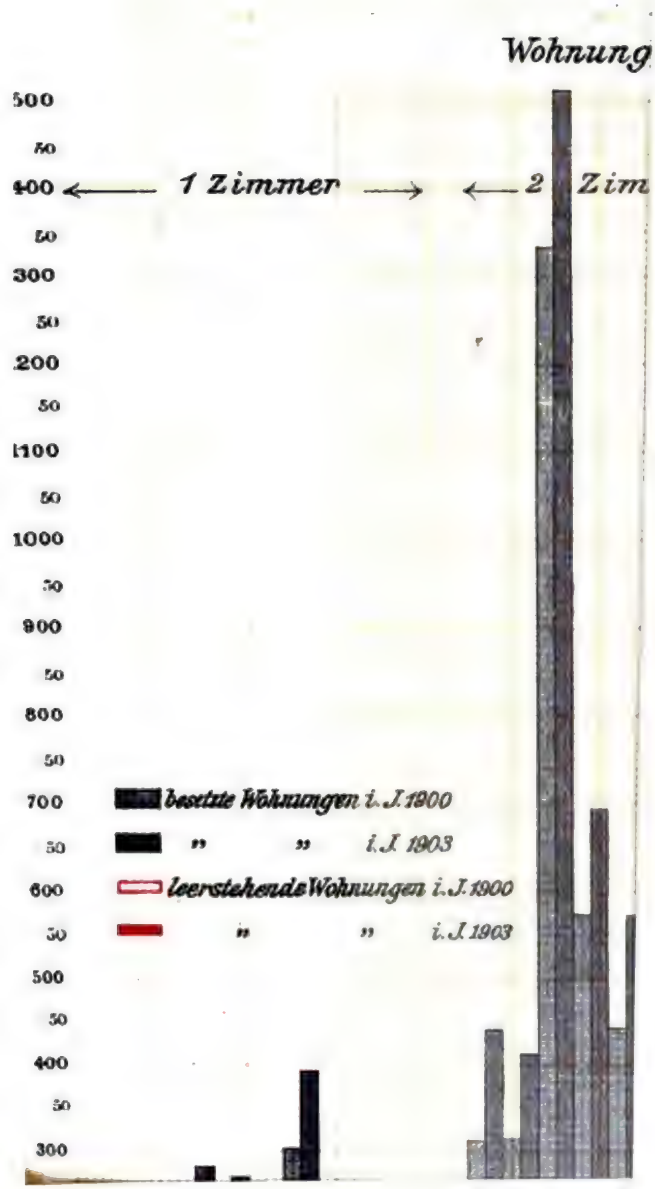
Die Wohnungshygieniker gehen bekanntlich davon aus, daß mindestens 3 % der Wohnungen einer Stadt jeweils leer stehen sollen; bei Annahme dieses Satzes müßte die Zahl der leerstehenden Kleinwohnungen in Würzburg mindestens 382 betragen. Es ist also für Würzburg ein bedenklicher Mangel an Kleinwohnungen bemerkbar, ein wohl zu beachtender Fingerzeig für die private Bautätigkeit oder gemeinnützige Bauunternehmungen.

Auch die Ausschau nach staatlichem oder kommunalem Eingreifen liegt nahe, wenn man beachtet (s. Tab. III), daß nur 28 = 26,16 % der vorhandenen Kleinwohnungen nicht zu beanstanden waren.

Auch bezüglich der Abortverhältnisse hat die Erhebung kein günstiges Resultat ergeben, indem nur 38 (= 35,5 %) der besichtigten Kleinwohnungen einen eigenen Abort haben, während in den übrigen 69 (= 64,5 %) der Abort gemeinschaftlich mit den Bewohnern anderer Wohnungen benützt werden muß (Tab. IVa).

Anlangend die Größe und die Preise der Wohnungen, hat die Erhebung auch für die Stadt Würzburg ergeben, daß die kleinen und kleinsten Wohnungen die verhältnismäßig teuersten sind. Die aus Tabelle Vb sich ergebenden Preise pro cbm Luftraum mit 3,01 ℳ bezw. 2,97 ℳ bezw. 2,52 ℳ übersteigen die einschlägigen Münchener Preise, die sich auf 2,78 ℳ bezw. 2,52 ℳ bezw. 2,64 ℳ berechnen.

Graphische Darstellung der b
Wohnungen nach dem Stand: 1



THE NEW YORK
PUBLIC LIBRARY

ASTOR, LENOX AND
TILDEN FOUNDATIONS.

Tabelle I, Ia.

Zahl der vorhandenen leerstehenden und besetzten 1, 2, 3 Zimmerwohnungen.

I. Ia.

Bezirk	Zahl der aufgenommenen								Gesamtsumma	Zahl der leerstehenden							
	besetzten				leerstehenden					brauchbaren				auszuscheidenden			
	1	2	3	Summa	1	2	3	Summa		1	2	3	Summa	1	2	3	Summa
	Zimmerwohnungen				Zimmerwohnungen					Zimmerwohnungen				Zimmerwohnungen			
Bleich, I. . . .	155	441	381	977	5	18	5	28	1005	—	5	3	8	5	13	2	20
Haug, II. . . .	142	407	429	978	10	6	3	19	997	3	6	3	12	7	—	—	7
Grombühl, III .	199	1518	951	2668	5	10	1	16	2684	2	4	1	7	3	6	—	9
Neumünster, IV. .	285	697	436	1418	7	7	1	15	1433	6	6	1	13	1	1	—	2
Dom, V. . . .	272	574	390	1236	5	7	4	16	1252	3	5	3	11	2	2	1	5
Rennweg, VI. .	91	248	152	491	10	15	4	29	520	4	9	4	17	6	5	1	12
Peter, VII. . .	395	648	423	1466	13	7	3	23	1489	7	3	2	12	6	4	1	11
Sanderau, VIII. .	131	591	806	1528	5	26	22	53	1581	1	5	5	11	4	21	17	42
Burkard, IX. . .	181	315	193	689	6	4	2	12	701	1	2	1	4	5	3	—	8
Zellerau, X. . .	196	603	273	1072	8	9	7	24	1096	3	3	6	12	5	6	1	12
	2047	6042	4434		74	109	52			30	48	29		44	61	23	
	=	=	=	=	=	=	=	=		=	=	=	=	=	=	=	=
	16%	47,43 %	34,73 %	12523 = 98,16 %	0,58%	0,86%	0,4%	235 = 1,84%	**12758**	0,24 %	0,37 %	0,24 %	107 = 0,84%	0,34 %	0,48 %	0,18 %	128 = 1,0%

Tabelle II.

Zahl und Grund der auszuscheidenden leerstehenden 1, 2 und 3 Zimmerwohnungen.

Nr.	Grund der Ausscheidung	Zahl der 1 Zimmer-Wohnungen	2	3	Summa	Bemerkungen
1.	Zubehör zu einer anderen Wohnung	8	13	2	23	
2.	Möbliert vermietet resp. zu vermieten	20	2	1	23	
3.	Als Wohnung nicht mehr benutzt	7	7	3	17	
4.	Unzulässig nach der k. Verordnung vom 10. II. 01 .	7	3	–	10	
5.	„ „ „ ortspoliz. Vorschr. vom 12. VII. 01	2	8	4	14	
6.	Unfertige Wohnungen in Neubauten	–	16	10	26	
7.	Irrtümlich aufgenommen bezw. Staatswohnungen .	—	11	3	14	
8.	Einsichtnahme verweigert	—	1	—	1	
		44	61	23	128	

Tabelle III, IIIa.

Zahl und Art der Beanstandungen der brauchbaren leerstehenden 1, 2, 3 Zimmerwohnungen.

Wohnungen nach Zahl der Räume	Zahl der Wohnungen	III: Zahl der Wohnungen mit 0 Beanstandungen	1	2	3	4	5	IIIa: Zahl der Beanstandungen in bezug auf § 10 Luft und Licht	§ 11 baulichen Zustand, Trockenheit, Reinlichkeit	§ 12 Luftraum	§ 13 Feuerungen	§ 14 Aborte	§ 15 Schlafstellen	Summa
1 Zimmer	30	4	13	10	2	1	1	9	21	3	2	13	—	48
2 „	48	11	18	16	3	—	—	8	34	—	2	15	—	59
3 „	29	13	8	5	1	1	—	3	11	1	2	8	—	25
	107	28	39	31	6	2	1	20	66	4	6	36	—	132
		26,16 %	36,4 %	28,9 %	5,6 %	1,87 %	1,07 %	15,15 %	50,0 %	3,05 %	4,55 %	27,25 %		
			73,84 %											

Tabelle IV, IVa.

Beschaffenheit der Wohnungen in bezug auf Nebenräume und Aborte.

IV — IVa

Wohnungen nach Zahl der Räume	Zahl der Wohnungen	Wohnungen haben: Nebenräume und zwar: Keine Nebenräume	Küchen	Küchen u. sonstige Nebenräume	nur Boden- oder Kellerabteil.	Aborte: allein	gemeinsam mit 1 anderen Wohnungen	2	3	4	5	6	7	8	9	Bemerkungen
1 Zimmer	30	10	3	7	10	3	9	9	6	1	—	—	1	—	1	
2 „	48	5	12	27	4	15	22	6	3	—	1	—	1	—	—	
3 „	29	1	1	25	2	20	9	—	—	—	—	—	—	—	—	
	107	16	16	59	16	38	40	15	9	1	1	—	2	—	1	
		14,95%	14,95%	55,15%	14,95%	35,5%	37,36%	14,06%	8,42%	0,94%	0,94%	—	1,84%	—	0,94%	

Tabelle V, Va, Vb.

Fläche, Rauminhalt und Preise der Wohnungen.

V — Va — Vb

Wohnungen nach Zahl der Räume	Zahl der Wohnungen	Grundfläche der Wohnung inkl. Küche in qm: Zusammen	1 Wohnung im Durchschnitt	Größte Wohnung	Kleinste Wohnung	Luftraum der Wohnung inkl. Küche in cbm: Zusammen	1 Wohnung im Durchschnitt	Größte Wohnung	Kleinste Wohnung	Jährlicher Mietpreis pro Wohnung: Zusammen ℳ	im Durchschnitt ℳ	Teuerste Wohnung ℳ	Billigste Wohnung ℳ	Raum ohne Küche ℳ	Raum mit Küche ℳ	qm ohne Küche ℳ	qm mit Küche ℳ	cbm ohne Küche ℳ	cbm mit Küche ℳ
1 Zimmer	30	531,11	17,7	30,0	7,3	1196,55	39,88	74,0	17,5	2956	98,53	180	36	94,3	60,54	6,75	6,05	3,01	2,69
2 „	48	1676,2	34,92	58,7	12,05	4480,24	91,44	181,9	29,0	10049	209,35	500	96	106,3	77,14	7,72	6,29	2,97	2,45
3 „	29	1600,57	55,19	87,4	24,0	4499,88	160,71	266,9	58,0	9417	324,75	420	150	113,29	92,83	6,96	5,80	2,52	2,06

Tabelle VI.

Abstufung der Wohnungen nach Grundfläche und Mietpreis.

Grundfläche in qm bis	Zahl der Wohnungen	Zahl der Wohnungen mit jährlichem Mietpreis in ℳ bis																			
		96	108	120	132	144	156	168	180	204	228	252	276	300	324	348	372	396	420	500	600
a) 1 Zimmer																					
9	2	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
12	5	4	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
15	6	6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
18	5	2	—	2	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
21	4	1	1	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
24	3	—	—	—	—	2	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
27	2	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
30	3	2	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	30	17	2	4	1	3	1	1	1												
b) 2 Zimmer																					
15	1	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
18	2	1	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
21	3	—	—	2	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
24	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
27	3	—	—	—	—	—	—	2	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
30	7	—	—	—	1	3	—	—	1	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
35	10	—	—	—	—	—	—	2	2	—	2	1	1	—	1	—	—	—	—	1	—
40	6	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	2	2	—	—	—	—	—	—	—	—
50	8	—	—	—	—	—	—	—	2	4	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
55	5	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	2	1	—	—	—	—	—	—	—	—
60	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	1	—	—	—
	48	1	—	2	2	5	—	4	6	8	5	6	6	—	1	—	—	1	—	1	
c) 3 Zimmer																					
24	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
30	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
40	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—
50	6	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—	1	—	2	—	—	—	—	—
60	11	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	4	1	3	—	—	2	—	—
70	7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	—	—	—	1	4	—	—
80	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—
90	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
	29	—	—	—	—	—	1	—	2	1	2	—	—	6	2	6	1	1	6	—	1

2. Gemäß der vom Bundesrat erlassenen „Anweisung zur Bekämpfung der Pest“ wurde im Berichtsjahr auch für die Stadt Würzburg ein Gesundheitsausschuß gebildet; derselbe besteht aus dem magistratischen Sanitätspolizei-Referenten, dem k. Bezirksarzt, dem Vorstand des Baupolizeiamts, zwei bürgerlichen Magistratsräten und zwei Gemeindebevollmächtigten. Aufgabe dieses Ausschusses ist — abgesehen von dem ihm nach obiger „Anweisung“ für die Zeit einer Pestgefahr Zugedachten — die Vorberatung aller wichtigen kommunalen Angelegenheiten sanitärer Natur mit Ausnahme derjenigen, für welche die Wohnungskommission zuständig ist.

3. Der Gesundheitszustand der Bevölkerung der Stadt Würzburg war im Berichtsjahre im ganzen ein normaler, wenn auch nicht so günstig als im Vorjahre. — Ausschlaggebend für dieses Urteil sind aus Gründen, die bereits im Berichte des Vorjahres angegeben wurden, die gemeldeten Fälle der sog. Infektionskrankheiten. Wenn auch von einem epidemischen Auftreten solcher im Berichtsjahre keine Rede sein kann, so sind doch einzelne derselben, so insbesondere Masern von Februar bis August und Brechdurchfall von Juli bis November nicht nur in etwas gehäufter Zahl aufgetreten, sondern auch die Ursache vermehrter Sterblichkeit gewesen und haben die Gesamtsterblichkeitsziffer, die im Durchschnitte der letzten 10 Jahre 20,3 ‰ betrug und im Vorjahre sogar auf die noch nie dagewesene Ziffer von 18,8 ‰ gefallen war, auf die Höhe von 21,5 ‰ gebracht, womit jedoch die Durchschnittsziffer des Königreichs, die für die letzten 5 Jahre 22,9 ‰ beträgt, noch nicht einmal erreicht ist. — Von den 1834 Gestorbenen des Berichtsjahres hatten nicht weniger als 506, d. i. 27,6 %, oder mehr als ¼ der Gesamtzahl, ein Alter von mehr als 60 Jahren, 88 sogar ein Alter von mehr als 80 Jahren erreicht, dagegen gehörten dem 1. Lebensjahrzehnt 724 und unter diesen dem 1. Lebensjahre, oder den Säuglingen, 495 der Gestorbenen an, so daß von den 2367 Lebendgeborenen 20,8 % im ersten Lebensjahre gestorben sind. Dieser Prozentsatz steht dem Durchschnitte der letzten 5 Jahre um 1,7 %, dem vorjährigen, d. i. dem günstigsten, der überhaupt je in Würzburg verzeichnet wurde, um 5,4 % nach, hat aber auch so die Durchschnittsziffer des Königreichs, die für die letzten 5 Jahre 25,2 % beträgt, noch lange nicht erreicht. Verursacht war diese außergewöhnliche Kindersterblichkeit, wie gewöhnlich auch anderwärts, vorzugsweise durch Magen- und Darmkrankheiten, denen nicht weniger als 225 Säuglinge zum Opfer fielen. — Was die wichtigsten Ursachen der übrigen

Sterbefälle betrifft, so erlagen der angeborenen Lebensschwäche 81, der Altersschwäche 116, der Lungentuberkulose 202, der Lungenentzündung und sonstigen entzündlichen Erkrankungen der Atmungsorgane 138, dem Krebsleiden 110, Herz- und Nierenkrankheiten 210, dem Gehirnschlagfluß 71, den Masern 63, der Diphtherie und dem Typhus je 9 Personen. — Bemerkenswert ist die Ziffer der beiden letztgenannten Krankheiten, insoferne die Sterblichkeit an Diphtherie nur ca. 8% der gemeldeten Erkrankungen, die Sterblichkeit an Typhus aber 21% der Erkrankten beträgt. Diese erfreuliche Abnahme der Sterblichkeit bei ersterer Krankheit wird' „unzweifelhaft" der auch hier allgemein gebräuchlichen Anwendung des Diphtherieheilserums zur Behandlung der Kranken und zur Immunisierung der einer Ansteckung Ausgesetzten zuzuschreiben sein, während der auffallend hohe Prozentsatz der Typhussterblichkeit mit der Ansicht derer im Einklange steht, die behaupten, daß mit der numerischen Abnahme des Abdominaltyphus dessen Virulenz in umgekehrtem Verhältnisse steht; in der Tat aber ist die Anzahl der Typhuserkrankungen auf dem Stande angekommen, daß die in dieser Beziehung bisher etwas anrüchige Stadt sich mit andern als immun geltenden Städten sehr wohl messen kann. Es dürften überhaupt die oben ausgeführten dem amtsärztlichen Jahresberichte entnommenen Zahlen die Behauptung rechtfertigen, daß Würzburg die Konkurrenz anderer sich „gesund" nennender Städte nicht zu scheuen hat, während andere Abschnitte dieses Verwaltungsberichtes ersehen lassen, daß Würzburg in allen die Assanierung der Stadt bezweckenden Beziehungen unter dem Drucke der immer noch ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse zwar in mäßigem Tempo, aber unausgesetzt und sicher vorwärts schreitet.

d) Nahrungsmittelpolizei.

Durch die oberpolizeilichen Vorschriften vom 15. März 1903 wurden an dem bisherigen größtenteils durch ortspolizeiliche Vorschriften geschaffenen Rechtszustand keine wesentlichen Änderungen herbeigeführt.

Die Verkaufsstellen von Nahrungs- und Genußmitteln sowie die Zubereitungsbetriebe wurden gleich wie in den Vorjahren häufig wiederholten, unvermuteten Visitationen unterzogen, wobei die beiden Kontrollbeamten — bei Metzger- und Wurstlerläden unterstützt durch den

städt. Tierarzt — ihr Augenmerk sowohl auf die Qualität der Waren als auch auf Reinlichkeit der Geschäftslokale und Geräte, sowie auf die Richtigkeit von Maß und Gewicht zu richten hatten.

Desgleichen wurde die Milchkontrolle ständig fortgesetzt; auch die Viktualien- und Fischmärkte wurden durch den Marktkommissär und den städtischen Tierarzt in bezug auf die feilgehaltenen Lebensmittel visitiert.

Die Zahl der Visitationen, Verwarnungen und Anzeigen ist aus nachstehender Tabelle ersichtlich.

Geschäftsbetrieb	Zahl der vorgenommenen Visitationen	Zahl der Beanstandungen u. Verwarnungen	Zahl der Anzeigen
Bäckereien	286	95	9
Konditoreien	23	4	1
Metzger- und Wurstlereien	199	20	—
Bier- und Weinwirtschaften	537	74	1
Produktenhandlungen einschl. der Kaffeegeschäfte	447	49	—
Milch-, Butter- und Käsehandlungen	38	3	—
Fisch- und Delikatessenhandlungen	13	2	—
Flaschenbierhandlungen	8	—	—
Wildbrethandlungen	3	—	—
Spirituosenhandlungen	7	—	—
Die Viktualienmärkte	—	412	17
Die Fischmärkte	—	34	—
Milchkontrolle auf den Straßen ꝛc.	—	27	19

Anhang.

Durchschnittspreise von Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs pro 1903	ℳ	₰
6 Pfund Schwarzbrot	—	68
1 „ bestes Weizenmehl	—	24
1 „ gewöhnliches Weizenmehl	—	16
1 „ bestes Roggenmehl	—	15
1 „ gewöhnliches Roggenmehl	—	13
100 kg Weizen (mittel)	16	50

Durchschnittspreise von Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs pro 1903	ℳ	₰
100 kg Roggen (mittel)	14	73
100 „ Weizenmehl	32	—
100 „ Roggenmehl	25	92
1 Pfund Ochsenfleisch	—	71
1 „ Kalbfleisch	—	69
1 „ Hammelfleisch	—	66
1 „ Schweinefleisch (roh)	—	69
1 „ Kuhfleisch	—	51
1 „ geräucherter Speck	—	78
1 „ Schmalz	1	20
1 „ Schweinefett	—	77
1 „ Butter	—	93
1 „ Rindsfett	—	50
Eier erhielt man für 1 ℳ im Winter	16	Stück
„ „ „ „ 1 ℳ im Sommer	20	„
Eier pro 100 Stück	5	67
1 Pfund Forellen	3	—
1 „ Krebse	1	74
1 „ Karpfen	1	03
1 „ Hechte	1	23
1 „ Salz	—	10
1 Liter Bier	—	24
1 „ Milch	—	18
1 „ Petroleum	—	20
100 kg Erbsen	22	48
100 „ Linsen	25	58
100 „ Bohnen	26	89
100 „ Gerstengraupe	27	25
100 „ Gerstengrütze	24	42
100 „ Reis	35	42
100 „ Kartoffel	5	82
1 Ster Buchenholz	10	67
1 „ Fichtenholz	9	62
1 „ Föhrenholz	9	62
1 „ Birkenholz	8	94
1 Zentner Steinkohlen	1	40
1 „ Heu	3	17
1 „ Stroh (langes)	2	56
1 Stück Ente	1	93
1 Gans in Federn	3	48
1 „ geputzt	3	59
1 Henne	1	41
1 Taube	—	36

e) Sittenpolizei.

Hinsichtlich der Prostitution stand der Stadtmagistrat im Berichtsjahre wie seit 1900 auf dem Standpunkt der Duldung von Prostituiertenherbergen. Eine Vermehrung derselben wurde hintangehalten, der freien Prostitution wurde mit aller Energie entgegengetreten. Trotz aller Bedenken, die sich gegen diesen Stand der Prostitutionsfrage erheben lassen, erscheint diese Regelung immer noch als die der öffentlichen Gesundheit am wenigsten abträgliche.

f) Vereins- und Versammlungspolizei.

Die Zahl der Vereine betrug im Vorjahre 516. Im Berichtsjahre wurden 29 Vereine neugegründet, 9 lösten sich auf, so daß die Gesamtzahl 536 beträgt.

Neu gegründet wurden:

1 politischer Verein,
1 religiöser Verein,
3 Unterstützungsvereine,
7 gewerbliche Vereine,
4 militärische Vereine,
2 Vereine für Tierzucht,
1 Gesangverein,
10 Geselligkeitsvereine.

Über die Zahl der Vereine und die Vereinsgruppierung gibt nachstehende Zusammenstellung Aufschluß.

Lfde. Nr.	Bezeichnung der Vereine	Jahrgang 1903
1.	A. Politische Vereine	12
	B. Nichtpolitische Vereine	
2.	Religiöse Vereine	27
3.	Wohltätigkeits- und Unterstützungsvereine	84
4.	Eingeschriebene Hilfskassen	20
5.	Gemeinnützige Vereine	16
6.	Militärische Vereine	14
7.	Vereine für Kunst und Wissenschaft	35
8.	Handels-, Industrie-, Gewerbe-, berufsgenossenschaftl. Vereine	111
9.	Vereine für Landwirtschaft, Tierzucht, Fischerei, Jagd . .	23
	Übertrag	342

Lfde. Nr.	Bezeichnung der Vereine	Jahrgang 1903
	Übertrag	342
10.	Sportsvereine	39
11.	Musik- und Gesangvereine	26
12.	Vereine für Vergnügungen, Geselligkeit ꝛc.	90
13.	Studentenkorporationen	26
	C. Innungen	
14.	Zwangsinnungen	5
15.	Freie Innungen	8
	Summa	536

Die Zahl der im Berichtsjahre abgehaltenen politischen Versammlungen betrug 17.

g) Hundevisitationen.

Im Jahre 1903 wurden bei dem im Januar abgehaltenen ordentlichen Anmelde- und Visitationstermine 2081 Hunde vorgeführt und 26,331 ℳ Steuer vereinnahmt.

Im ganzen gelangten während des Berichtsjahres 2426 Hunde zur Anmeldung. Das Gesamtsteuererträgnis ergab 30 483 ℳ, so daß nach Abzug von 646 ℳ 68 ₰ Kosten der Hälfteanteil der Stadt 14,918 ℳ 16 ₰ betrug.

II.

Amtsanwaltschaft.

Zufolge Bestimmung des Art. 55 des Ausf.-Ges. zum R.G.V.G. ist die Führung der Amtsanwaltschaft für den Stadtbezirk Würzburg einem Beamten des Stadtmagistrats, und zwar einem Ratsassessor, übertragen, dem zur Erledigung der formellen Geschäfte ein Aktuar beigegeben ist.

Trotz Mehrung der Amtsgeschäfte und des damit naturgemäß wachsenden Gesamtaufwandes (Personal- und Realexigenz) gewährte der Staat, wie seit Jahrzehnten, so auch im Berichtsjahre, den bei weitem nicht zureichenden Zuschuß von nur 3000 ℳ.

An der Geschäftstätigkeit des Amtsanwalts für den Stadtbezirk, an der Besetzung des Postens, den Kosten der Einrichtung und an dem Staatszuschuß (3000 ℳ) hat sich im Berichtsjahre nichts geändert.

Ein beiläufiges Bild von der Geschäftstätigkeit des Amtsanwalts kann aus nachstehenden Ziffern gewonnen werden.

Nr.		Im Jahre			
		1900	1901	1902	1903
1.	Die Gesamtzahl der erstatteten Anzeigen hat betragen .	5715	5050	5620	5186
2.	Hievon wurden vom Amtsanwalt als beruhend erklärt	337	235	200	234
3.	An andere Behörden abgegeben	816	884	1018	1076
4.	Verhaftet oder vorläufig festgenommen waren Personen	441	649	771	755
5.	Zahl der Anzeigen wegen Verbrechen und Vergehen .	2056	1791	1818	1690
6.	Zahl der Anzeigen wegen Übertretungen	3659	3259	3802	3496
7.	Hievon treffen auf Übertretungen des § 361 R.St.G.B. (Bruch der Landesverweisung, Landstreicherei, Bettel, Gewerbsunzucht, Arbeitsscheue ꝛc.)	261	382	553	305
8.	Speziell wegen Bettels wurden bestraft.	240	275	431	227

Die Minderung der Anzeigen gegenüber dem Vorjahr hat ihren Grund in der Hauptsache darin, daß im Vorjahre mit dem sogenannten Freitagsbettel ziemlich aufgeräumt worden ist, so zwar daß im Berichtsjahre allein wegen Bettels 204 Anzeigen weniger erstattet wurden.

§ 36.

Desinfektionsanstalt.

Im Berichtsjahre ist eine Änderung im technischen Betrieb der Anstalt nicht eingetreten.

Es wurden Desinfektionen vorgenommen wegen Erkrankung bezw. Tod an:

Tuberkulose	31,
Unterleibstyphus	26,
Scharlach	4,
Diphtheritis	3,
Brustkrebs	1,
Lupus	1,
Blutgeschwulst	1,
Blutvergiftung	1,
Masern	1,
Halsleiden	1,
croup. Kehlkopfentzündung	1,
Herzleiden	1,
Keuchhusten	1,
Kindbettfieber	1,
unbenannten Krankheiten	6,
Summa	80.

In 33 Fällen wurden die Desinfektionskosten wegen Zahlungsunfähigkeit der Verpflichteten auf die Stadtkasse übernommen.

Das rechnerische Ergebnis des Betriebes gestaltet sich folgendermaßen:

Wirkliche Einnahmen	513,78 ℳ,
Nachlässe	303,50 ℳ,
Gesamtsolleinnahme	817,28 ℳ,
Gesamtausgabe	598,18 ℳ.

Es ergab sich sonach aus dem Betrieb der Anstalt im Berichtsjahre ein Defizit von . . 84,40 ℳ.

§ 37.

Gewerbeweſen.

I. Die Zahl der Gewerbeanmeldungen und -Abmeldungen iſt der bezüglichen Ziffer des Jahres 1902 ziemlich gleich geblieben; es ergaben ſich

900 Anmeldungen gegen 906 im Vorjahre,
683 Abmeldungen gegen 678 im Vorjahre.

II. Unter den gewerblichen Betrieben iſt ſeit Jahren in den Verwaltungsberichten dem Stand des Wirtsgewerbes beſondere Aufmerkſamkeit zugewendet worden. Im Jahre 1902 wurde die Zahl der Wirtſchaften auf 379 feſtgeſtellt, im Jahre 1903 waren es 381; die Zahl der Wirtſchaften nimmt alſo ſtetig, wenn auch langſam zu, nach den Klagen der Wirte ſcheint ſich aber die Rentabilität der Betriebe nicht in gleichem Maße zu heben. Auf dieſe Verhältniſſe und auf deren Urſache wurde bereits im letzten Verwaltungsbericht näher eingegangen und es wurde gelegentlich auch die Frage der Bedürfnisprüfung geſtreift. Dem ganzen Umfange nach ward die Bedürfnisfrage aufgerollt durch den Antrag des Gemeindekollegiums vom 24. September 1903 auf Erlaſſung eines Ortsſtatuts, nach welchem bei Errichtung neuer Wirtſchaften die Bedürfnisfrage geprüft werden ſoll. Die ablehnende Beſcheidung des Antrags ſeitens des Stadtmagiſtrats fällt in das Jahr 1904 und wird im nächſten Verwaltungsbericht nähere Begründung erfahren.

Ein gefährlicher Konkurrent des Wirtsgewerbes, der Flaſchenbierhandel, hat ſich im Berichtsjahre nicht weiter entwickelt. Die Zahl der Flaſchenbierhändler iſt auf 26 ſtehen geblieben.

III. Der Innungsbeſtand iſt der gleiche geblieben wie im Vorjahre. An Innungsveranſtaltungen iſt lediglich die mit einem ſtädt. Zuſchuß von 300 ℳ unterſtützte Ausſtellung von Schuhwaren und Schuhmacherwerkzeugen zu erwähnen, welche von der Schuhmacherinnung im September 1903 anläßlich des Verbandstages ſüddeutſcher Schuhmacherinnungen dahier ins Werk geſetzt wurde.

IV. Eine Änderung im Marktſchutzdienſte ergab ſich durch Aufſtellung eines Marktmeiſters in der Perſon des Kriminalwachtmeiſters Wittſtadt. Die Veranlaſſung hiezu gab die Erledigung der Stelle

des Marktschutzmannes, der jeweils aus der Zahl der Schutzleute für den Markt abkommandiert war und naturgemäß ziemlich häufig wechselte. Um dies künftig zu verhüten, wurde der bisherige Kriminalwachtmeister Wittstadt in die Kategorie der Bediensteten eingereiht und zwar unter dem Titel „Marktmeister" mit der Funktion als Marktgeldkontrolleur und als Marktaufsichtsperson. Während der durch den Marktdienst nicht in Anspruch genommenen Zeit hat sich der Marktmeister mit der Milchkontrolle gemeinschaftlich mit einem hiefür aufgestellten Schutzmanne zu beschäftigen.

V. Im Vollzug der ortspolizeilichen Gewerbe-Aufsicht wurden im Berichtsjahre 134 Betriebe kontrolliert.

Erlaubnis zur Vornahme gewerblicher Arbeiten an Sonntagen oder gleichstehenden Feiertagen wurde in 5 Fällen zur Verhütung eines unverhältnismäßigen Schadens erteilt.

Von der Berechtigung zur Vornahme von Sonntagsarbeit an einer Anzahl von Sonntagen im Jahr auf Grund genereller Ermächtigung durch Reichskanzlerbekanntmachung vom 5. Februar 1895 haben 3 Betriebe Gebrauch gemacht.

VI. Bei Ausstellung von Wandergewerbescheinen wurde möglichst zurückhaltend verfahren. Es wurden im ganzen 122 Scheine ausgestellt, hievon 11 für die Darbietung von Musikproduktionen und Schaustellungen. Eine größere Anzahl von Scheinen letzterer Art — im ganzen 66 — wurde, hauptsächlich anläßlich der Messen, für den hiesigen Stadtbezirk ausgedehnt.

§ 38.

Gewerbegericht.

Eine Beisitzerwahl fand im Berichtsjahre nicht statt. Veränderungen im Bestande des Gerichts ergaben sich jedoch insoferne, als die Arbeiterbeisitzer Karl Frank, Konrad Hummel, Adolf Lell und Paul Michael Stühler ausschieden.

Im Gewerbegerichtsausschuß trat an die Stelle des Mitgliedes Karl Frank der Ersatzmann Franz Kehl.

Eine einigungsamtliche Tätigkeit des Gewerbegerichts war im Jahre 1903 nicht veranlaßt. Dagegen befaßte sich der Ausschuß als begutachtende Stelle mit der Frage der Angliederung der Kaufmannsgerichte an die Gewerbegerichte. Der Ausschuß sprach sich gegen die Stimmen der Arbeiterbeisitzer dahin aus, daß eine Angliederung der Kaufmannsgerichte an die Gewerbegerichte sich nicht empfehle, da die Schleunigkeit des Verfahrens durch Umgestaltung des Verfahrens und Vermehrung der Richter auch bei den Amtsgerichten erreicht werden könnte, da die kommunalen Richter nicht mit den Garantien der Unabhängigkeit umgeben seien wie die staatlich angestellten Richter, endlich da die Errichtung von kommunalen Gerichten auf Kosten der Gemeinden schließlich dazu führen müßte, die staatlichen Gerichte den unmittelbaren Erwerbs- und Lebensverhältnissen zu entfremden.

Den gleichen Standpunkt vertrat auch der Stadtmagistrat in einer Petition an die gesetzgebenden Körperschaften des Reichs.

Über die eigentliche Tätigkeit des Gewerbegerichts gibt nachfolgende Tabelle Auskunft (S. 174).

§ 39.

Arbeitsamt.

Ein neuer Zweig der Tätigkeit eröffnete sich im Berichtsjahre dem Arbeitsamte in der Lehrlingsvermittlung. Die bezügliche Tätigkeit zeitigte jedoch vorerst nur sehr geringfügige Erfolge, da die Eltern und Vormünder der Knaben in einer nicht sehr großen Stadt auch auf dem Wege der Umschau einen passenden Lehrmeister finden können, teilweise auch zum Arbeitsamt noch nicht das nötige Vertrauen haben. Es ist zu hoffen, daß die Heranziehung der Lehrerschaft zur Unterstützung der amtlichen Lehrlingsvermittlung künftig diesem Zweige arbeitsamtlicher Tätigkeit in Würzburg zur wünschenswerten Blüte verhilft.

Aus dem Geschäftsbericht des Arbeitsamts, auf den Bezug genommen wird, geben wir auf Seite 175 eine Übersicht über die monatliche Tätigkeit des Amtes wieder.

Übersicht

über die Tätigkeit des Gewerbegerichts Würzburg

im Jahre 1903.

Zahl der anhängig gemachten Klagen			Aus dem Vorjahre übernommene Klagen	Summa	Von den Klagen wurden		Zahl der abgehaltenen Sitzungen		Von den Klagen wurden erledigt durch							Als unerledigt auf das nächste Jahr übergegangen	Gegen Endurteile eingelegte Berufungen	Wert d. Streitgegenstandes				Von den Streitfällen wurden erledigt					Einigungsamt		Einnahmen an Gebühren		Ausgaben für Entschädigung der Beisitzer		Gesamt-Ausgaben	
Arbeiter und Lehrlinge gegen Arbeitgeber	Arbeitgeber gegen Arbeiter und Lehrlinge	Arbeiter gegen Arbeiter desselben Arbeitgebers			in der Gerichtsschreiberei aufgenommen	schriftlich eingereicht	mit Beisitzern	ohne Beisitzer	echtskr. Versäumnisurteil	Endurteil	Vergleich	Anerkenntnis	Zurücknahme im Termin	Zurücknahme vor dem Termin	Berufungserklärung			bis 20 Mark einschließlich	mehr als 20 Mk. bis 50 Mk.	mehr als 50 Mk. bis 100 Mk.	mehr als 100 Mk.	in weniger als 1 Woche	in 1 Woche bis ausschl. 2 Wochen	in 2 Wochen bis ausschl. 1 Monat	in 1 Monat bis ausschl. 3 Monaten	in 3 Monaten und mehr	Zahl der Anrufungen	Ergebnis	M	₰	M	₰	M	₰
234	13	4	6	257	254	3	26	3	16	41	75	1	16	51	47	10	1	151	72	22	12	104	77	48	15	3	—	—	68	25	156	—	2361	80

Übersicht über die monatliche Tätigkeit des Arbeitsamts Würzburg mit Angabe der tatsächlichen Stellenbesetzung.

Monat	Männliche Abteilung									Weibliche Abteilung									Zusammensetzung beider Abteilungen								
	Gesuche wurden gestellt						Stellen wurden besetzt	Prozentuale Vermittlung		Gesuche wurden gestellt						Stellen wurden besetzt	Prozentuale Vermittlung		Gesuche wurden gestellt						Stellen wurden besetzt	Prozentuale Vermittlung	
	von Arbeitgebern			von Arbeitnehmern						von Arbeitgebern			von Arbeitnehmern						von Arbeitgebern			von Arbeitnehmern					
	Unerledigt aus dem Vormonat	neu gemeldet	zusammen	Unerledigt aus dem Vormonat	neu gemeldet	zusammen		Arbeitgeber	Arbeitnehmer	Unerledigt aus dem Vormonat	neu gemeldet	zusammen	Unerledigt aus dem Vormonat	neu gemeldet	zusammen		Arbeitgeber	Arbeitnehmer	Unerledigt aus dem Vormonat	neu gemeldet	zusammen	Unerledigt aus dem Vormonat	neu gemeldet	zusammen		Arbeitgeber	Arbeitnehmer
Jan.	22	337	359	—	409	409	296	82,5	72,4	122	228	350	10	178	188	159	45,4	84,5	144	565	709	10	587	597	455	64,2	76,2
Febr.	27	296	323	3	259	262	228	70,6	87,8	129	282	411	13	144	157	130	31,6	82,8	156	578	734	16	403	419	358	48,8	85,4
März	71	328	399	—	259	259	187	46,9	72,2	149	425	574	20	184	204	179	31,2	87,7	220	753	973	20	443	463	366	37,6	79,0
April	98	401	499	—	332	332	235	47,1	70,8	242	249	491	16	160	176	152	30,9	86,4	340	650	990	16	492	508	387	39,1	76,2
Mai	108	414	522	—	324	324	244	46,7	75,3	172	161	333	13	127	140	123	37,0	87,9	280	575	855	13	451	464	367	42,9	79,1
Juni	140	346	486	—	322	322	246	50,6	76,4	134	348	482	9	176	185	167	34,6	90,3	274	694	968	9	498	507	413	42,6	81,5
Juli	50	335	385	2	301	303	204	53,0	67,3	222	188	410	15	156	171	130	31,7	76,0	272	523	795	17	457	474	334	42,0	70,5
August	104	430	534	3	456	459	294	55,1	64,1	199	218	417	32	120	152	114	27,3	75,0	303	648	951	35	576	611	408	42,9	66,8
Sept.	125	528	653	4	438	442	327	50,1	74,0	190	388	578	31	253	284	248	42,9	87,3	315	916	1231	35	691	726	575	46,7	51,7
Oktbr.	185	334	519	5	273	278	202	39,0	72,7	198	251	449	23	244	267	230	51,2	86,1	383	585	968	28	517	545	432	44,6	79,3
Novbr.	85	282	367	9	242	251	227	61,8	90,4	111	191	302	21	215	236	183	60,6	77,5	196	473	669	30	457	487	410	61,3	84,2
Dezbr.	54	163	217	2	164	166	153	70,5	92,1	91	210	301	31	155	186	140	46,5	75,3	145	373	518	33	319	352	293	56,6	83,2
	1069	4194	5263	28	3779	3807	2843	54,0	74,7	1959	3139	5098	234	2112	2346	1955	38,3	83,3	3028	7333	10361	262	5891	6153	4798	46,3	77,8

§ 40.

Vermittlungsamt.

Im Jahre 1903 gelangten

688 Anträge auf Vornahme eines Sühneversuches in Beleidigungssachen beim Stadtmagistrat in Einlauf, gegen 689 im Vorjahre.

Hievon mußten die Kläger wegen Nichterscheinens der Beklagten im Sühnetermin in

369 Fällen an das zuständige Gericht verwiesen werden,

151 Fälle gelangten zur Ausgleichung, in

130 Fällen war der Sühneversuch erfolglos und mußten die Kläger gleichfalls an das Gericht verwiesen werden, in

38 Fällen sind beide Parteien nicht erschienen.

Außerdem wurde das Vermittlungsamt in Anspruch genommen zur Auskunftserteilung in den verschiedenartigsten Rechtsangelegenheiten sowie zur Schlichtung von Mietstreitigkeiten, Forderungssachen, Differenzen zwischen Dienstherrschaften und Dienstboten und sonstigen Privatrechtsstreitigkeiten.

§ 41.

Militärersatzgeschäft, Einquartierungen und Vorspann.

I.

Die Musterung fand in der Zeit vom 27. Februar bis 6. März 1903, die Losung am 7. März 1903, die Aushebung in der Zeit vom 30. Juni mit 4. Juli 1903 in der Schrannenhalle statt.

Militär-Vorsitzender der k. Obererſatzkommission war bis Juni 1903 Se. Kgl. Hoheit Prinz Rupprecht, von da ab Generalmajor Keßler, Kommandeur der 7. Infanterie-Brigade. Im übrigen ist in der Zu-

sammensetzung der Ober- und bezw. der Ersatzkommission eine Änderung nicht eingetreten.

Bei dem Ersatzgeschäfte pro 1903 waren in den alphabetischen und Restantenlisten vorgetragen:

a) 20jährige Militärpflichtige	. . . .	878
b) 21 „ „	. . . .	565
c) 22 „ „	. . . .	357
d) ältere „	. . . .	118
	Summa	1918 gegen

1933 im Vorjahre.

Davon sind

unermittelt geblieben	. . . . .	5
unentschuldigt ausgeblieben	. . . .	56
in andere Bezirke verzogen	. . . .	502
zurückgestellt	. . . . .	604
als unwürdig ausgeschlossen	. . . .	1
als unbrauchbar ausgemustert	. . .	89
dem Landsturm überwiesen	. . . .	117
der Ersatzreserve überwiesen	. . . .	155
ausgehoben	. . . . .	307
überzählig geblieben	. . . . .	30
freiwillig eingetreten	. . . . .	52
	Summa wie vor:	1918.

Von den mit Berechtigungsschein zum einjährig-freiwilligen Dienst versehenen Militärpflichtigen wurden

a) von der Aushebung zurückgestellt .	209
b) der k. Obererſatzkommission im Aushebungstermine vorgestellt	207.

II.

Größere Einquartierungen fanden im Jahre 1903 dahier nicht statt; auch wurden Vorspannleistungen nicht in Anspruch genommen.

§ 42.

Immobiliarbrand- und Hagelversicherung.

I.

Für das Versicherungsjahr 1. Oktober 1902/03 entrichteten die hiesigen Gebäudebesitzer zur staatlichen Brandversicherungsanstalt 84 746 ℳ 53 ₰ Beiträge.

An Brandentschädigungen wurden 12 148 ℳ — ₰ bezahlt, mithin beziffern die Beiträge 72 598 ℳ 53 ₰ mehr.

Am 1. Oktober 1903 waren versichert

10 645 Gebäude mit 130 450 000 ℳ Versicherungskapital
gegen
10 527 Gebäude und 126 800 790 ℳ „
am 1. Oktober 1902.

Hievon treffen auf die einzelnen Bauartsklassen:

I.	Klasse	4930	Gebäude mit	102 206 410 ℳ
II.	„	2719	„ „	19 890 130 „
III.	„	2917	„ „	8 229 240 „
IV.	„	79	„ „	124 220 „

Die normalen Beiträge sind für je 100 ℳ Versicherungskapital in der I. Klasse 10 ₰, in der II. Klasse 13 ₰, in der III. Klasse 20 ₰ und in der IV. Klasse 25 ₰.

Infolge des günstigen Abschlusses der Anstalt wurde pro 1902/03 nur die Hälfte der Beiträge erhoben.

II.

Die Beiträge zur Hagelversicherung bezifferten für das gleiche Versicherungsjahr 82 ℳ 40 ₰. Versichert waren 5 landwirtschaftliche Anwesen. Eine Entschädigung für erlittenen Hagelschlag war nicht zu leisten.

§ 43.

Krankenversicherung.

Eine Änderung in der Organisation des Krankenversicherungswesens unserer Stadt ist auch im Jahre 1903 nicht erfolgt. Eingehendst wurde die Frage der Gründung einer allgemeinen Ortskrankenkasse erwogen, allein deren Einführung scheiterte am Widerspruch des Gemeindekollegiums, welches die Überzeugung vertrat, daß die Beiträge zur Ortskrankenkasse eine für die Kräfte des Gewerbes und der Industrie unerschwingliche Last bedeuten würden, und den Stadtmagistrat auf den weiteren Ausbau der Gemeindekrankenversicherung verwies. Der Stadtmagistrat hatte bei seiner der Ortskrankenkasse günstigen Stellungnahme erwogen, daß die Gemeindekrankenversicherung nach der gesetzlichen Lage den Versicherten niemals die Vorteile der Ortskrankenkasse bieten kann, teils weil gewisse Leistungen (Wöchnerinnenunterstützung, Sterbegeld) nicht in das Programm der Gemeindekrankenversicherung aufgenommen werden können, teils weil die Gemeindekrankenversicherung in der Mittelbeschaffung nicht so frei ist, wie die Ortskrankenkasse. Aus diesen Mängeln der Gemeindekrankenversicherung wurde der begründete Schluß gezogen, daß weitere Reformen der Gemeindekrankenversicherung die Agitation gegen dieselbe nicht zur Ruhe bringen würden. Ein weiterer Punkt erleichterte die Beschlußfassung im Sinne der Ortskrankenkasse, nämlich die Bestimmung des § 10 des Krankenversicherungsgesetzes in der Fassung der Novelle vom 25. Mai 1903, wonach Beiträge über 3 % des ortsüblichen Taglohns nicht erhoben werden dürfen und bei Mehrbedarf der Gemeindekrankenversicherung gemeindliche Vorschüsse solange nicht rückersetzt werden, als Beiträge über 2 % des ortsüblichen Taglohns erhoben werden. Diese Bestimmung enthält eine fortwährende Gefahr für die gemeindlichen Finanzen, denn es ist ganz unbestimmt und unbestimmbar, wie durch besondere Umstände die Ausgaben der Gemeindekrankenversicherung in die Höhe geschnellt werden können. Freilich bestand bei diesen Erwägungen volle Klarheit darüber, daß die Einführung der Ortskrankenkasse mit wesentlichen Opfern für Arbeitgeber und Arbeiter verbunden sein würde.

Nachdem feststand, daß die Gemeindekrankenversicherung im bisherigen Umfang fortbestehen werde, wurde die Frage der Reformen wieder aufgerollt. Zunächst galt es, das Statut mit den Vorschriften der Novelle in Einklang zu bringen, namentlich die Mittel zu beschaffen, um die für Erhöhung der Unterstützungsdauer von 13 auf 26 Wochen erwachsenden Kosten decken zu können. Dies konnte nur durch Erhöhung der Beiträge von 2 % auf 2½ % geschehen. Es wurden deshalb durch Beschlüsse beider städtischen Kollegien vom 14. und 18. Dezember 1903 mit Genehmigung der k. Kreisregierung die Beiträge für erwachsene männliche Arbeiter von 30 auf 36 ₰, für erwachsene weibliche Arbeiter von 18 auf 24 ₰, für jugendliche männliche Arbeiter von 15 auf 18 ₰ und für jugendliche weibliche Arbeiter von 12 auf 15 ₰ erhöht.

Die Durchführung der weiter geplanten Reformen ist im Verwaltungsbericht für das Jahr 1904 zu behandeln.

Die nachfolgenden Tabellen geben einen Überblick über den Stand der hiesigen Krankenversicherungseinrichtungen.

Städtisches Krankeninstitut.

Im Jahre	Zinsen von Aktivkapitalien		Pflichtbeiträge der Mitglieder		Rückersätze		Verwaltungskosten		Kosten auf Krankenhilfe		Mitgliederzahl
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	
1901	8 311	97	742	30	—	—	6 695	41	865	36	114
1902	8 785	40	741	—	—	—	6 793	37	958	82	135
1903	8 860	23	667	55	—	—	6 995	65	326	65	104

Jahr	Mitgliederzahl am 1. Januar			Durchschnittliche Mitgliederzahl	Anmeldungen	Abmeldungen	Krankheitsfälle				Krankheitstage					Sterbefälle			
	männl.	weibl.	in Summe				männl.	weibl.	in Summe	auf je 100 Mitglieder	männl.	weibl.	in Summe	auf je 100 Mitglieder	Durchschnittliche Dauer einer Krankheit in Tagen	männl.	weibl.	Summe	auf je 100 Mitglieder
Gemeinde-Krankenversicherung.																			
1901	7 618	6 612	14 230	15 260	24 319	24 734	3 057	1 287	4 344	28,47	63 268	35 397	98 665	646	22,71	—	—	—	—
1902	7 319	6 496	13 815	15 662	27 246	25 539	3 294	1 269	4 563	29,13	72 219	36 453	108 672	694	23,81	—	—	—	—
1903	8 894	7 148	16 408	15 385	27 946	27 517	3 674	1 523	5 197	33,78	84 876	45 691	130 567	848	25,12	—	—	—	—
Fabrikkrankenkasse der Maschinenfabrik von Bohn & Herber.																			
1901	164	—	164	162	—	—	59	—	59	36,41	1 105	—	1 105	682	18,73	1	—	1	0,62
1902	148	—	148	143	—	—	62	—	62	43,36	1 120	—	1 120	783	18,06	3	—	3	2,09
1903	143	—	143	143	—	—	52	—	52	36,36	1 086	—	1 086	759	20,88	—	—	—	—
Fabrikkrankenkasse für die Fabriken der Firma Josef Schürer.																			
1901	86	171	257	271	—	—	57	85	142	52,39	1 219	3 201	4 420	1 631	31,12	1	2	3	1,10
1902	104	194	298	340	—	—	61	106	167	49,12	1 501	2 816	4 317	1 270	25,85	1	4	5	1,47
1903	103	221	324	343	—	—	82	104	186	54,23	1 520	2 526	4 046	1 180	21,75	3	2	5	1,45
Fabrikkrankenkasse der Firma Koenig & Bauer.																			
1903	749	—	749	777	—	—	712	—	712	91,63	6 469	—	6 469	832	9,08	5	—	5	0,64

Jahr	Einnahmen überhaupt		pro Mitglied		Darunter Beiträge		pro Mitglied		Ausgaben überhaupt		pro Mitglied		ärztliche Behandlung		Arzneien und Heilmittel		Krankenhausverpflegung		pro Mitglied	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Gemeinde-Kranken-																				
1901	252 813	32	16	56	166 137	49	10	88	212 942	95	13	95	3 714	40	8 920	25	71 297	85	4	67
1902	241 979	51	15	45	195 827	41	12	50	187 809	71	12	—	3 891	10	12011	25	70 890	45	4	52
1903	315 640	83	20	51	203 940	13	13	25	259 960	78	16	90	3 804	—	13594	83	78 728	68	5	11
Fabrikkrankenkasse der Maschinen-																				
1901	5 504	85	33	98	3 211	94	19	83	4 760	10	29	38	1 214	75	546	49	—	—	—	—
1902	4 044	09	28	28	2 947	44	20	61	3 527	94	24	67	672	90	342	20	—	—	—	—
1903	4 432	40	31	—	2 867	50	20	05	4 277	35	29	91	1 404	30	298	19	—	—	—	—
Fabrikkrankenkasse der Fabriken-																				
1901	7 723	44	28	50	5 066	75	18	69	7 687	68	28	33	1 451	45	1 184	30	309	—	1	14
1902	10 218	75	30	05	6 602	91	19	42	10 205	12	30	01	1 649	35	1 710	09	600	60	1	76
1903	9 177	60	26	75	7 375	11	21	50	9 133	18	26	62	2 027	65	1 242	—	330	60	—	96
Fabrikkrankenkasse der Firma																				
1903	33 269	94	42	82	25 879	02	33	30	23 797	14	30	62	5 166	50	1 945	73	377	35	—	48

gaben												Vermögens-Ausweis							
Kranken-gelder		pro Mit-glied		Ersatzlei-stungen für gewährte Kranken-Unterstüt-zungen		Wöchner-innen-Unter-stützung		Sterbegeld		Verwal-tungskosten		Aktiva		Passiva		Gegen das Vorjahr			
																Mehrung		Minderung	
																der Aktiva			
ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰

Versicherung.

49 852	23	3	26	18 714	57	—	—	—	—	—	—	60 000	—	—	—	20 000	—	—	—
76 243	18	4	22	14 682	15	—	—	—	—	—	—	70 000	—	—	—	10 000	—	—	—
92 828	38	6	03	20 592	19	—	—	—	—	—	—	70 000	—	—	—	—	—	—	—

Fabrik von Bohn & Herber.

2 558	06	15	79	—	—	—	—	52	60	—	—	10 143	45	—	—	—	—	525	36
2 047	44	14	31	—	—	—	—	157	80	—	—	10 491	05	—	—	347	60	—	—
2 517	80	17	60	—	—	—	—	—	—	—	—	9 509	85	—	—	—	—	981	20

der Firma Josef Schürer.

4 076	62	15	04	—	—	510	75	136	66	17	40	9 326	96	—	—	—	—	1 817	58
4 712	98	13	86	—	—	603	25	303	35	19	95	6 593	63	—	—	—	—	2 733	33
4 768	55	13	90	—	—	541	38	200	—	17	70	7 050	42	1500	—	—	—	1 043	21

Koenig & Bauer.

9 891	87	12	73	—	—	—	—	300	—	19	43	44 092	80	—	—	9 195	03	—	—

§ 44.

Unfallversicherung.

Im Berichtsjahre wurden zur Unfallversicherung 42 neue Betriebe angemeldet; Monatsnachweise für Regiebauarbeiten wurden in 27 Fällen eingereicht.

Unfälle wurden

im Jahre	angezeigt	davon untersucht
1901	340	172
1902	368	162
1903	373	168

Die Zahl der Betriebsunfälle überhaupt erfuhr sonach im Berichtsjahre eine verhältnismäßig geringe Steigerung.

Der Prozentsatz der auf das Baugewerbe treffenden Unfälle, der im Vorjahre von 42,2 % auf 43,5 % aller Unfälle gestiegen war, ist im Berichtsjahre nicht unerheblich, nämlich auf 38,6 % gefallen.

Die Betriebs- und bezw. Unfallanmeldungen verteilen sich auf die einzelnen Berufsgenossenschaften, wie folgt:

Name der Berufsgenossenschaft	Betriebs- Anmeldungen	Unfall- Anmeldungen	Unfälle wurden untersucht	Unfälle wurden nicht untersucht
Steinbruchsberufsgenossenschaft . .	1	1	—	1
Berufsgenossenschaft der Feinmechanik	—	1	1	—
Süddeutsche Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft	2	52	18	34
Süddeutsche Edel- und Unedelmetall-Berufsgenossenschaft	—	—	—	—
Berufsgenossenschaft der Musikinstrumentenindustrie	—	2	2	—
Glasberufsgenossenschaft	—	—	—	—
Töpfereiberufsgenossenschaft	—	—	—	—
Ziegeleiberufsgenossenschaft	—	—	—	—
Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie	—	9	2	7
Berufsgenossenschaft der Gas- und Wasserwerke	—	9	6	3

Name der Berufsgenossenschaft	Betriebs- Anmeldungen	Unfall- Anmeldungen	Unfälle wurden untersucht	Unfälle wurden nicht untersucht
Leinenberufsgenossenschaft	—	—	—	—
Süddeutsche Textilberufsgenossenschaft	—	1	1	—
Seidenberufsgenossenschaft	—	—	—	—
Papiermacherberufsgenossenschaft	—	1	1	—
Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft	—	1	—	1
Lederindustrieberufsgenossenschaft	6	—	—	—
Bayerische Holzindustrieberufsgenossenschaft	1	16	8	8
Müllereiberufsgenossenschaft	—	3	3	—
Nahrungsmittel-Industrie-Berufsgenossenschaft	—	2	1	1
Zuckerberufsgenossenschaft	—	—	—	—
Brennereiberufsgenossenschaft	—	2	—	2
Brauerei- und Mälzereiberufsgenossenschaft	—	39	14	25
Tabakberufsgenossenschaft	—	—	—	—
Bekleidungsindustrie-Berufsgenossenschaft	1	1	—	1
Berufsgenossenschaft der Schornsteinfegermeister des deutschen Reiches	—	1	1	—
Bayerische Baugewerksberufsgenossenschaft	8	144	68	76
Buchdruckerberufsgenossenschaft	1	16	6	10
Straßenbahnberufsgenossenschaft	—	3	—	3
Lagereiberufsgenossenschaft	16	21	9	12
Fuhrwerksberufsgenossenschaft	3	7	4	3
Westdeutsche Binnenschiffahrts-Berufsgenossenschaft	—	2	1	1
Tiefbauberufsgenossenschaft	—	11	6	5
Fleischereiberufsgenossenschaft	2	10	5	5
Schmiedeberufsgenossenschaft	1	1	1	—
Nordöstliche Baugewerks-Berufsgenossenschaft	—	2	1	1
Rheinisch-westfälische Maschinenbau- und Kleineisenindustrie-Berufsgenossenschaft	—	1	—	1
Land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft für Unterfranken und Aschaffenburg	—	9	7	2
Regiebaubetrieb des Stadtmagistrats Würzburg	—	5	2	3

§ 45.

Invalidenversicherung.

Die den unteren Verwaltungsbehörden im Vollzuge des Invalidenversicherungsgesetzes zugewiesenen Aufgaben sind die gleichen geblieben wie im Vorjahre.

Nachfolgende Ziffern gewähren einen Einblick in die Versicherung:

Es wurden im Berichtsjahre mit Marken gefüllte Quittungskarten zum Umtausch vorgelegt:

8150 für männliche Versicherte,
6340 „ weibliche „
14490 in Sa., gegen das Vorjahr eine Mehrung von 331 Karten.

Renten wurden angewiesen:

10 Altersrenten und 208 Invalidenrenten, in Summa 218. (Im Vorjahre 11 Altersrenten und 231 Invalidenrenten.)

Die bis zum Schlusse des Jahres bezogenen Altersrenten betrugen zwischen 8,90 ℳ und 17 ℳ, die Invalidenrenten zwischen 6 ℳ 05 ₰ und 17 ℳ 45 ₰.

Bei 20 Versicherten wurde behufs Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit bezw. Hintanhaltung der dauernden Invalidität das Heilverfahren seitens der unterfränkischen Versicherungsanstalt eingeleitet. In den meisten Fällen handelte es sich um Lungenkranke, die im Sanatorium Luitpoldheim bei Lohr auf die Dauer eines Vierteljahres untergebracht wurden.

An die Hinterbliebenen von 23 verstorbenen männlichen Versicherten wurden Beiträge bis zu 100 ℳ, an 246 weibliche Versicherte, die sich verehelicht haben, Beiträge von 20—65 ℳ rückerstattet.

Am Schlusse des Berichtsjahres bezogen unter Kontrolle des Stadtmagistrats 961 Personen Renten im durchschnittlichen Betrage von 12 ℳ 50 ₰ monatlich. Außerdem beziehen eine Anzahl Insassen des Juliusspitals und Bürgerspitals unter Kontrolle dieser Anstalten Renten.

Die Summe der an hiesige Einwohner im Jahre 1903 ausgezahlten Renten beträgt über 130 000 ℳ.

Für Beitragsmarken wurden bei den hiesigen Postanstalten im Jahre 1903 vereinnahmt: 211 077 ℳ, im Jahre 1902: 211 830 ℳ 62 ₰.

§ 46.

Pensionskasse für die städtischen Beamten.

Bezüglich der Rechte und Pflichten der Mitglieder dieser Kasse sowie der Leistungen der Kasse an die Mitglieder und deren Angehörige vergleiche VIII. Verwaltungsbericht S. 147 und IX. Verwaltungsbericht S. 200.

Die Zahl der im Jahre 1903 zur Pensionskasse beitragspflichtigen Mitglieder betrug 121 gegen 120 im Jahre 1902.

Pensionen wurden ausbezahlt an:

21	Beamte	gegen 24	im Vorjahre
45	Witwen	„ 43	„ „
15	Waisen	„ 14	„ „

Die städt. Sparkasse konnte infolge größerer Überschüsse pro 1903 statt des mit 16800 ℳ etatisierten Zuschusses einen solchen von 18598 ℳ 24 ₰ leisten; gleichwohl mußte die Stadtkämmerei statt 42000 ℳ 43185 ℳ 59 ₰ zuschießen. Der Mehrbedarf wurde durch die bei der Etatsaufstellung nicht voraussehbare Pensionierung eines Beamten und durch Ableben verschiedener Kassemitglieder bezw. Pensionszahlung an deren Hinterbliebene verursacht. An Pensionen wurden im ganzen 74347 ℳ 23 ₰ verausgabt, während im Voranschlag 71240 hiefür vorgesehen waren.

Das Stammvermögen der Pensionskasse betrug:

Ende 1903	151609 ℳ 94 ₰	
„ 1902	147888 ℳ 26 ₰,	hat sich somit um
	3721 ℳ 68 ₰	

während der Berichtsperiode erhöht.

Bezüglich der Rechnungs-Ergebnisse ist der II. Abschnitt zu vergleichen.

§ 47.

Pensionskasse für die städtischen Bediensteten.

Eine Änderung der statutarischen Bestimmungen dieser Kasse ist im Berichtsjahre nicht vorgenommen worden. Bezüglich der Rechnungsergebnisse derselben verweisen wir auf Abschnitt II.

Von der dort vorgetragenen Pensionssumme zu 10 725,29 ℳ treffen

2237,76 ℳ auf 15 Witwen und 1 Waise, berechnet nach dem früheren Statut,

4473,33 „ auf 9 Pensionisten
2878,— „ „ 18 Witwen
1136,20 „ „ 35 Waisen
} nach dem neuen Statut.

§ 48.

Pensionskasse für die städtischen Lehrer und Lehrerinnen.

Für das Berichtsjahr ist eine Änderung in der Organisation der Lehrerpensionskasse nicht zu berichten. Bezüglich der Rechnungsergebnisse wird auf die Zusammenstellung im II. Abschnitt verwiesen.

Die Summe der hienach ausgezahlten Pensionen zu 15770 ℳ 15 ₰ verteilt sich folgendermaßen:

9128 ℳ 25 ₰ an 5 Lehrer
1020 „ 60 „ an 1 Lehrerin
1837 „ 20 „ an 5 Lehrerswitwen
483 „ 90 „ an 7 Waisen
} nach dem neuen Statut,

3270 „ 20 „ an 4 Lehrer, 3 Lehrerinnen, 4 Witwen und 1 Waise nach den alten Pensionsnormen.

§ 49.

Stiftungswesen.

I. Allgemeines.

Das Gesamtvermögen der 108 unter magistratischer Verwaltung stehenden Stiftungen belief sich am Ende des Berichtsjahres auf 8 890 235 ℳ 56 ₰ gegen 8 876 121 ℳ 53 ₰ Ende 1903. Bei einzelnen Stiftungen, so insbesondere auch beim Ehehaltenhaus, der Hueberspflege, dem Siechenhaus und der Wölffelstiftung, ist eine — scheinbare — Vermögensminderung dadurch eingetreten, daß der österreichische Gulden statt wie bisher mit 2 ℳ mit 1 ℳ 70 ₰ in Rechnung gestellt wurde.

Die Verwaltung der Luise Strengschen Stiftung für arme Wöchnerinnen wurde den Beamten der Armenkasse-Verwaltung übertragen.

II. Neue Stiftungen

im eigentlichen Sinne kamen auch im Jahre 1903 nicht in Zugang. Dagegen wurden — abgesehen von kleineren Spenden — der Armenpflege hier von einem Wohltäter 1000 ℳ zugewendet zur Verteilung an hiesige arme und würdige Wöchnerinnen in Beträgen bis zu 50 ℳ; des weiteren hat der am 28. September 1903 dahier verlebte k. Schloßverwalter a. D. Wilhelm Finster dem Lokalarmenfonde dahier ein Legat von 5000 ℳ vermacht.

Endlich stellte ein Ungenannter zur Errichtung eines Zierbrunnens oder einer Fontaine im Ringpark den Betrag von 2000 ℳ dem Stadtmagistrat zur Verfügung.

Den edlen Spendern sei auch an dieser Stelle öffentlich Dank abgestattet. Möge ihr Beispiel recht viele Nachahmer finden.

III. Besonderes über einzelne größere Stiftungen.

a) Bürgerspital zum heiligen Geist.

Die Zahl der Pfründen ist im Berichtsjahre die gleiche wie im Vorjahre geblieben.

Der für die Pfründner erwachsene Aufwand betrug 74767 ℳ 72 ₰ gegen 76441 ℳ 06 ₰ im Jahre 1902 und 67719 ℳ 40 ₰ im Jahre 1881.

Mit dem Bürgerspitale sind die „vereinigten Pflegen" verbunden; deren an die Bürgerspitalstiftung abzuführende Überschüsse haben sich im Berichtsjahre auf 7515 ℳ 31 ₰ belaufen. Bei 5330 Verpflegstagen für die Pfründner der „vereinigten Pflegen" berechnet sich ein Verpflegungssatz von 1 ℳ 41 ₰ pro Kopf und Tag (gegen 1 ℳ 52,6 ₰ im Jahre 1902 bei 4893 Verpflegstagen und einem Betriebsüberschuß von 7469 ℳ 39 ₰).

Der Personalstand der Bürgerspitalstiftung pro 1903 umfaßte, einschließlich der inneren und äußeren Gabrielspflegepfründnerinnen:

33 innere männliche Pfründner,
47 „ weibliche „
24 äußere männliche „
46 „ weibliche „
6 Pensionäre und Pfründner der Verwalter Seuffertschen Stiftung,
14 innere und
8 äußere Gabrielspflegepfründnerinnen,
11 Dienstboten,
2 Aushilfsdienstboten,
7 Gartentaglöhner, Haustaglöhner und Wäscherinnen,
1 Weinbergsarbeiter (krank),
1 Wärterin der Gabrielspflege,

200 in Summa mit 38635 Verpflegstagen gegen 37537[illegible] im Vorjahre.

Für Verpflegung einschließlich Bedienung, Bekleidung, Beheizung ꝛc. entstand im Berichtsjahre ein Aufwand von 541 ℳ 32 ₰ pro Kopf, gegen 553 ℳ im Jahre 1902.

Das Vermögen der Stiftung hat sich am Schlusse des Jahres 1903 auf

2707523 ℳ 70 ₰ (1902: 2694135 ℳ 20 ₰)

belaufen.

Nach Hinzurechnung des Vermögens der „Vereinigten Pflegen", sowie der Bolongaro Crevennaschen, Kehrschen und Trennerschen Stiftungen zu 440962 ℳ 47 ₰ ergibt sich ein Gesamtvermögen von 3148486 ℳ 17 ₰ gegen 3133847 ℳ 30 ₰ im Jahre 1902.

Im Grundbesitz der Stiftung ist im Berichtsjahre durch Ankauf von Äckern im Lerchenberg und Zwergbaumgarten eine Mehrung von 0,477 Hektaren = 1,398 Tagwerk eingetreten.

Der Gesamtgrundbesitz umfaßt nunmehr eine Fläche von 316 ha 522,5 ar = 928 Tagw. 936 Dezimalen, die sich wie nachstehend aufgeführt zusammensetzt:

Vortrag	Fläche nach			
	Hektar	Ar	Tagwerk	Dezimalen
a) Anstaltsanwesen mit Garten, Semmelstraße 2, ferner Wohnhäuser Theaterstraße 15/17, Ulmergasse 2, Innerer Graben 10, sowie Ludwigstraße 1½ mit Garten	1	636	4	803
b) Schlüpferleinsmühlgut mit dem Gebäudeanwesen am Rosenmühlweg	107	721	316	129
c) Hausökonomiegut mit Einzelpachtgrundstücken und Wiesen	47	073	138	141
d) Anwesen im Frauenland (Sieboldstraße) . .	4	565	13	395
e) Gut Rothof, Veitshöchheimerstraße	39	857	116	996
f) Gut Straußhof, Veitshöchheimerstraße . . .	65	943	193	541
g) Weingut mit Rebschule	37	808,5	110	952
h) Waldfläche bei Höchberg	11	919	34	979
Summa:	316	522,5	928	936

Eine Veräußerung stiftischen Besitzes hat im Jahre 1903 nicht stattgefunden; die gegen Ende des Jahres 1902 eingeleiteten Verhandlungen mit dem k. Eisenbahnärar wegen Abtretung von etwa 11 Hektar bürgerspitälischen Grundbesitzes zur Anlage eines Rangierbahnhofes in der Dürrbachau sind im Berichtsjahre nicht zum definitiven Abschluß gelangt.

Von größeren im Berichtsjahre ausgeführten baulichen Vornahmen in den der Stiftung gehörigen Gütern sind erwähnenswert die Aufsetzung eines Stockwerkes auf das Wohngebäude des Rothofes, die Errichtung eines Dienstbotenanbaues und einer größeren Halle ꝛc.

daselbst — Kosten ca. 13500 ℳ —, sowie der Neubau einer Feldscheune für das Schlüpferleinsmühlgut — Kosten ca. 13000 ℳ.

Bei Ausstellungen hat sich die Stiftung im Jahre 1903 nicht beteiligt, dagegen wurde wie in früheren Jahren die mit der Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft im Juni 1903 zu Hannover verbundene Kosthalle wieder mit 3 Weinsorten beschickt, welche besten Absatz gefunden haben.

An Stelle des am 16. Oktober 1902 verlebten Rentamtmanns Quaglia wurde von den städtischen Kollegien der bisherige Ratssekretär Johann Ferdinand Weißenseel zum Rentamtmann und Vorstand der Bürgerspital-Verwaltung ernannt. Als Hilfsbeamte derselben fungieren Kontrolleur Philipp Kunkel, Weinbauinspektor Friedrich Görg (letzterer seit 16. Mai 1903) und Offiziant Heinrich Hoch.

Die Stelle eines bürgerspitälischen Weinbau-Inspektors wurde von den städtischen Kollegien auf Antrag des Bürgerspital-Ausschusses neu geschaffen; zu dessen Geschäftsaufgabe gehört die Führung des gesamten Weingeschäftes der Stiftung insbesondere hinsichtlich des Weinbergbaues und des Kellereibetriebes; dem Inspektor sind der Kellermeister und dessen Gehilfen, sowie das gesamte Weinbergspersonal unmittelbar unterstellt.

Ehehaltenhaus.

An dem Kapitalienstande ist im Verwaltungsjahre 1903 durch einen geänderten Wertsansatz der österreichischen Wertpapiere eine nominelle Minderung von 1170 ℳ eingetreten, so daß im Jahre 1903 das Gesamtvermögen nur 415730 ℳ 17 ₰ gegen 417672 ℳ 43 ₰ im Jahre 1902 ausweist.

Die Verpflegstage betrugen:

7809	für Pfründner,
7775	„ Pfründnerinnen,
3219	„ das Dienstpersonal,
10801	„ hiesige Kuristen,
774	„ Fremdkuristen,
802	„ Mitglieder der Gemeinde-Krankenversicherung.
31180	Summa.

Der Personalstand wies am Jahresschlusse auf:

1 Hausvater,
1 Hausmutter,
1 Köchin,
2 Haus- und Küchenmägde,
6 Wärterinnen,
22 männliche Pfründner,
22 weibliche Pfründner,
24 Stadtkuristen,
2 fremde Kuristen — in Summa 81 Personen.

Die Verwaltung führte wie bisher Magistratsrat Albrecht.

Hueberspflege (Josefs-Spital).

Am Ende des Jahres 1903 war die Anstalt mit 20 Pfründnerinnen besetzt, die Zahl der äußeren Pfründnerinnen I. Klasse, welche je 216 ℳ pro Jahr beziehen, betrug 46, die der Pfründnerinnen II. Klasse, welche je 168 ℳ jährlich erhalten, 24. Außerdem besteht noch die sogenannte Graßmannspfründe, aus welcher eine Pfründnerin jährlich 240 ℳ bezieht, während eine weitere Stipendiatin alljährlich die Zinsen aus dem Kleinschrodschen Legat im Betrag von 93 ℳ 60 ₰ erhält.

Auch im Jahre 1903 war Magistratsrat Albrecht als Verwalter tätig. Die Funktion eines Hausgeistlichen, die bis zum 1. Dez. 1903 der Direktor des Julianums Priester Dr. Hümmer innehatte, wurde von da ab infolge dessen Ernennung zum Domkapitular in Bamberg dem Präfekten des Julianums Priester Josef Geist übertragen.

Das Dienstpersonal besteht aus dem Hausvater, der Hausmutter, einer Köchin, einer Wärterin und einer Dienstmagd. Die Stellen der Hausmutter und der Köchin wurden im Berichtsjahr neu besetzt. Einer Anregung der Verwaltung, das weltliche Dienstpersonal zu entlassen und die Führung des Haushaltes in der Anstalt Klosterfrauen zu übertragen, wurde vom Magistrat eine Folge nicht gegeben.

Das gesamte Vermögen betrug Ende 1903 1 198 817 ℳ 27 ₰, gegen das Vorjahr um 145 ℳ 55 ₰ mehr.

Siechenhaus-Pflege.

Verpflegt wurden in der Anstalt 3 männliche und 9 weibliche Pfründner in 4321 Verpflegstagen mit einem Kostenaufwande von 5664 ℳ 09 ₰, so daß die Verpflegung per Kopf und Tag auf 1 ℳ 31 ₰ wie im Vorjahre zu stehen kam. Nicht in Berechnung gebracht sind hiebei die Verwaltungskosten, die Ausgaben für die Gebäude und das Pflegegeld zu 219 ℳ für einen in der Kreisanstalt für Unheilbare zu Römershag untergebrachten Pfründner.

Der Rentenüberschuß betrug 6240 ℳ 38 ₰, wovon 5948 ℳ verzinslich angelegt wurden, während 292 ℳ 38 ₰ als Kassabestand auf das Jahr 1904 übernommen wurden.

Das Gesamtvermögen betrug am Jahresschlusse 272406 ℳ 02 ₰ gegen 271481 ℳ 94 ₰, sohin mehr 924 ℳ 08 ₰.

Die Verwaltung führte Magistratsrat Rothstein.

Julius Wölffelsche Spital-Stiftung für alte dienstunfähige Gesellen und Knechte.

Das Gesamtvermögen betrug 384797 ℳ 91 ₰ gegen 383296 ℳ 94 ₰ im Jahre 1902, hat sohin um 1500 ℳ 97 ₰ zugenommen.

Am Jahresschlusse befanden sich in der Anstalt 7 katholische und 6 protestantische Pfründner, 1 Hausvater, 1 Hausmutter und 1 Dienstmagd.

Die Verpflegstage betrugen 4962 für die Pfründner, und 1095 für das Dienstpersonal, in Summa 6057. Die Verpflegskosten hiefür bezifferten in Summa 7744 ℳ 96 ₰, sohin per Kopf und Tag 1 ℳ 28 ₰ ohne Einrechnung der Verwaltungskosten und der Kosten auf Unterhaltung des Stiftungsgebäudes.

Verwalter der Stiftung war Magistratsrat Albrecht.

Infolge des im September 1903 erfolgten Todes der Graveurswitwe Wölffel, welche eine Leibrente von 6 ℳ täglich aus der Stiftung bezog, wird voraussichtlich pro 1904 eine Vermehrung der Pfründestellen eintreten.

§ 50.

Gemeindewaisenrat.

In gemeinschaftlicher Sitzung der beiden städtischen Kollegien fand am 2. Januar 1903 die Neuwahl der Waisenräte statt. Es wurden gewählt nach der Reihenfolge der 10 Stadtbezirke die Herren Baumeister Balthasar Lehritter, Fabrikant Fritz Ostler, Apotheker Georg Bieger, Spenglermeister Josef Mayer, Kaufmann Anton Weigand, Privatier Anton Plettner, Großhändler Hugo Georg Münch, Kunstgärtner Melchior Moser, Weinhändler August Ebert und Sattlermeister Valentin Römmelt.

Am 30. Dezember fand eine Sitzung des Gemeindewaisenrates unter Zuziehung der Vormundschaftsrichter statt zum Zwecke eines Meinungsaustausches über die im Verlauf des Jahres bei der Amtsführung der Waisenräte und der Tätigkeit des Gemeindewaisenrates hervorgetretenen Beanstandungen und Bedenken. Es ergab sich, daß die Waisenräte den ihnen zugewiesenen Aufgaben sehr wohl gerecht geworden sind und die Amtsführung des Vormundschaftsgerichts in ersprießlicher Weise unterstützt haben.

§ 51.

Armenpflege.

Der Armenpflegschaftsrat hatte im Jahre 1903 folgende Zusammensetzung:

I. rechtsk. Bürgermeister von Michel Philipp, kgl. Hofrat, I. Vorstand;
Ringelmann Max, II. rechtsk. Bürgermeister.

Abgeordnete des Stadtmagistrates:
Bolzano Karl, Magistratsrat, II. Vorstand,
Conrad Franz, Magistratsrat,
Dunzinger Georg, Magistratsrat,
Schmitt Franz, Magistratsrat,

Steinam Aquilin, Magiſtratsrat,
Stöhr Karl, Magiſtratsrat,
Dr. Lill Johannes, Magiſtratsrat.

Abgeordnete des Gemeindekollegiums:

Lauk Otto, Kaufmann,
Gerhard Adam, Tünchermeiſter,
Seitz Franz Lukas, Parkettbodenfabrikant, k. Hoflieferant,
Klug Wendelin, Kaufmann,
Dehner Johann, Privatier,
Römmelt Valentin, Sattlermeiſter,
Fröhlich Konrad, Kaufmann, k. Hoflieferant.

Gewählte Armenpflegſchaftsräte:

Moſer Melchior, Kunſtgärtner, k. Hoflieferant,
Schöppner Joſef, Privatier,
Lender Kilian, Privatier,
Kuhn Jakob, Korbwarenfabrikant,
Milz Michael, Sattlermeiſter,
Rockenmeyer Joſef, Privatier,
Entres Lothar, Uhrmachermeiſter,
Höfling Georg, Privatier,
Göpfert Franz, Konditor,
Spengler Georg, Glaſermeiſter,
Bauſewein Karl, Schneidermeiſter,
Küchle Wilhelm, Kunſtgärtner,
Mahler Joſef, Färbereibeſitzer,
Baumann Melchior, Privatier.

Pfarreivorſtände:

Braun Dr. Karl, Dompfarrer, Domkapitular und biſchöfl. geiſtlicher Rat,
Heßdörfer Kaſpar, Stadtpfarrer zu Stift-Haug und biſchöfl. geiſtlicher Rat,
Fiſcher Dr. Engelbert, Stadtpfarrer zu Skt. Gertraud und päpſtl. geheimer Kammerherr,

Erk Johannes, Stadtpfarrer zu Skt. Peter,
Kempf Emil, Stadtpfarrer zu Skt. Burkard und bischöfl. geistlicher Rat,
Pachelbel Johann Friedrich, Dekan und 1. protestant. Stadtpfarrer.

Vorstand der israel. Kultusgemeinde:
Stern Dr. Otto, kgl. Justizrat und Rechtsanwalt.

Kgl. Bezirksarzt:
Hofmann Dr. Franz Eduard.

Am 15. Januar 1903 wurde Privatier Melchior Baumann auf gestelltes Gesuch hin mit Rücksicht auf sein Lebensalter und seinen Gesundheitszustand von der Funktion eines Armenpflegschaftsrates entbunden; an dessen Stelle wurde von den gemeindlichen Kollegien der Schuhmachermeister Wilhelm Keller gewählt.

Am 20. Mai 1903 wurde Uhrmachermeister Lothar Entres in Berücksichtigung seiner geschäftlichen und Familienverhältnisse auf Ansuchen vom Amte eines Armenpflegschaftsrates enthoben; für diesen haben die gemeindlichen Kollegien den Privatier Anton Plettner als Armenpflegschaftsrat gewählt.

Im Juli 1903 schied krankheitshalber der Magistratsrat Franz Conrad aus dem Magistrate und wurde an dessen Stelle der Magistratsrat Richard Kirchner abgeordnet.

Am 7. Oktober 1903 wurde der Färbereibesitzer Josef Mahler mit Rücksicht auf seine Geschäfts- und Gesundheitsverhältnisse von der Funktion eines Armenpflegschaftsrates entbunden; an dessen Stelle wurde von den städtischen Kollegien der Bader und Friseur Georg Glock gewählt.

Am 19. November 1903 wurde an Stelle des wegen Krankheit aus dem Gemeindekollegium ausgeschiedenen Kaufmanns Wendelin Klug von dieser Korporation der Privatier Franz Hinterberger in den Armenpflegschaftsrat abgeordnet.

Nachstehend folgt eine Übersicht über die Hauptergebnisse der Armenverwaltung im Berichtsjahre, welche die Zahl der unterstützten Personen ersehen läßt.

Bezüglich der Rechnungsergebnisse der Armenkasse wird auf den II. Abschnitt dieses Berichts hingewiesen.

Hauptergebnisse der Armenverwaltung im Jahre 1903.

Die Zahl der von der Armenpflege unterstützten Personen betrug im ganzen 1654 (1562).*)

Darunter befanden sich:

1.	Ständig unterstützte (konskribierte) Arme	681	(733)
2.	Im Ehehaltenhause untergebrachte Arme (exkl. der Pfründner)	107	(121)
3.	Vorübergehend unterstützte Arme (inkl. der mit Krankenhilfe Unterstützten)	619	(416)
4.	Geisteskranke (inkl. der in der psychiatr. Klinik der k. Universität untergebrachten Geisteskranken) . .	61	(69)
5.	In hiesigen Erziehungsanstalten untergebrachte Kinder	52	(84)
6.	Bei Pflegeeltern untergebrachte Kinder	62	(63)
7.	In der Erziehungs- und Besserungsanstalt Oberzell	3	(4)
8.	„ „ St. Nikolaus-Anstalt in Andechs	1	(1)
9.	„ „ Idiotenanstalt St. Josefshaus in Gemünden	1	(1)
10.	„ „ Knabenrettungsanstalt in Karlstadt . . .	1	(1)
11.	„ „ Kinderbewahranstalt in Markteinersheim .	1	(1)
12.	„ dem Erziehungs- und Waisenhause in Miltenberg	1	(1)
13.	„ „ evangel. Waisenhause in München . . .	1	(1)
14.	„ der evangel. Diakonissenanstalt in Neuendettelsau	1	(1)
15.	„ „ Pflege- und Krippenanstalt in Nürnberg .	1	(1)
16.	„ „ Kreisanstalt für Unheilbare in Römershag	2	(2)
17.	„ dem Waisenhause Marienthal in Schweinfurt :	1	(1)
18.	„ „ Mädchenwaisenhause in Wörth a/M. . .	1	(2)
19.	Erstkommunikanten	57	(55)

*) Die entsprechenden Ziffern des Vorjahres sind in Klammern beigesetzt.

§ 52.

Naturalverpflegungsstation, Wärmestuben, Suppenanstalten.

I.

Die Zweifel an dem wirtschaftlichen Wert der Naturalverpflegungsstationen in ihrer dermaligen Organisation hatten sich im Berichtsjahre eher verstärkt als abgemindert, so daß der Stadtmagistrat am 23. Oktober 1903 beschloß, die Naturalverpflegungsstation versuchsweise auch während der Wintermonate außer Betrieb zu setzen und zwar in der Erwägung, „daß die Naturalverpflegungsstation den Stromern das Fortkommen erleichtert, arbeitsscheue Vaganten der Stadt zuführt, daß der Bettel durch scharfe polizeiliche Maßnahmen und strenges gerichtliches Einschreiten in erster Linie zu bekämpfen ist, daß die versuchsweise Aufhebung der Naturalverpflegungsstation während der Sommermonate eine Erhöhung der Bettelziffer nicht herbeigeführt hat, daß die Stationen in ihrem heutigen lückenhaften Bestand den etwa ausnahmsweise auf der Landstraße sich fortbewegenden stellenlosen Arbeitern nicht mehr dienlich sein können, daß sämtliche größere bayerische Städte sich den Naturalverpflegungsstationen gegenüber nicht ohne Grund ablehnend verhalten und daß die Stadt ohnehin schwere Lasten zu tragen hat, die sie nicht von sich abwälzen kann." Das Gemeindekollegium nahm eine entgegengesetzte Stellung ein. Inzwischen hatte das Präsidium der k. Regierung die Initiative zur Neuorganisation des Stationswesens in Unterfranken ergriffen und die Bildung eines Kreisverbandes zur Verteilung der finanziellen Lasten auf einen größeren Kreis von Gemeinden ins Auge gefaßt. Angesichts dessen und bei der Stellungnahme des Gemeindekollegiums erschien es angezeigt, die Station für die Dauer der Wintermonate wieder in Betrieb zu nehmen. Für das Jahr 1903 ergibt sich eine Frequenz der Station in der Höhe von 3712 Stationsgästen. Hievon treffen

auf Januar	895	Personen,
„ Februar	795	„
„ März	669	„
„ November (ab 12.) .	518	„
„ Dezember	835	„

Der Aufwand betrug 3156 ℳ 90 ₰.

Die Wanderer wurden beschäftigt mit Straßenkehren und Laubrechen, mehr als ein Dritteil derselben, nämlich 1386, haben keine Arbeit geleistet, zumeist aus dem Grunde, weil sie an Sonn- und Feiertagen zugereist waren.

Auch im Berichtsjahre wurden in der ersten Dezemberwoche die Strafliſten von 185 Wanderern erholt. Es ergab sich, daß nicht vorbestraft waren 55 Personen = 29,73 %.

Bestraft waren

a) wegen Bettels, Landstreicherei oder beider Reate 99 Personen = 53,51 %,

b) wegen Diebstahls, Betrugs, Hehlerei oder mehrerer dieser Reate 65 Personen = 35,13 %,

c) wegen Körperverletzung und ähnlicher Delikte 60 Personen = 35,14 %.

Mehr als 6 mal sind bestraft 20 Personen = 10,81 %,
„ „ 12 „ „ „ 24 „ = 12,97 %.

Dies ist im wesentlichen das gleiche Bild, wie es die im Jahre 1902 erfolgte Vorstrafenerhebung ergeben hat, der Prozentsatz der Bettler stellt sich noch etwas ungünstiger.

Sollte der Kreisverband nicht zustande kommen, so dürften die Tage der Naturalverpflegungsstationen in Unterfranken gezählt sein.

II.

Im Jahre 1903 waren die Wärmestuben und Suppenanstalten, welche durch den Stadtmagistrat in 2 hiesigen Wirtschaften bei Eintritt größerer Kälte eingerichtet werden, an nur 6 Tagen geöffnet. Die hiefür erwachsenen Kosten beziffern sich auf 59 ℳ 60 ₰.

II. Abſchnitt.

Summariſche Überſicht

der

Rechnungsergebniſſe pro 1903

der ſämtlichen unter der Verwaltung des Stadtmagiſtrats ſtehenden Gemeinde- und Stiftungskaſſen ſowie der Armenpflege.

A. Gemeindekassen.

1. Stadtkämmereikasse.

a) Auszug aus der Rechnung der Stadtkämmerei

über die hauptsächlichsten Erträgnisse des Gemeindevermögens, der Gemeindeanstalten, der direkten und indirekten Umlagen, sowie der hierauf bezüglichen Ausgaben.*)

Vortrag	Wirkliche				Abgleichung			
	Einnahmen		Ausgaben		Überschuß		Mehraufwand	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Tit. II. Gemeindevermögen.								
Kapitalzinsen	101 517	45	2 108	37	99 409	08	—	—
Weinberge	38	—	—	—	38	—	—	—
Ringparkanlagen	2 391	25	35 758	49	—	—	33 367	24
Gebäude, Mietwohnungen	95 770	71	56 589	97	39 180	74	—	—
Gutskomplexe, Grundstücke	14 062	68	2 702	47	11 360	21	—	—
Stadtbäche	19	81	1 612	90	—	—	1 593	09
Installationsgeschäft	450 965	21	402 660	45	48 304	76	—	—
Elektrizitätswerk	80 186	89	179	—	80 007	89	—	—
Straßenbahn	2 191	99	—	—	2 191	99	—	—
Rechte	3 459	55	52	42	3 407	13	—	—
Gaswerk	238 417	04	—	—	238 417	04	—	—
Tit. III. Gemeindeanstalten.								
Schlacht- und Viehhof	58 162	01	51 342	65	6 819	36	—	—
Kühlhaus	34 146	52	31 909	97	2 236	55	—	—
Brausebad	6 919	53	8 332	37	—	—	1 412	84
Desinfektionsanstalt	513	78	598	18	—	—	84	40
Wasserwerk	230 978	79	—	—	230 978	79	—	—
Leihanstalt	3 424	29	—	—	3 424	29	—	—

*) Die einzelnen Rechnungsposten, aus denen sich die unter a) vorgetragenen Zahlen zusammensetzen, sind unter b) Hauptrechnung der Stadtkämmerei verzeichnet.

Vortrag	Wirkliche				Abgleichung			
	Einnahmen		Ausgaben		Überschuß		Mehr-aufwand	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Sparkasse	18 883	24	—	—	18 883	24	—	—
Friedhof	26 737	04	—	—	26 737	04	—	—
Viktualienmarkt	23 837	33	5 292	49	18 544	84	—	—
Fischmarkt	225	91	7	29	218	62	—	—
Jungschweinemarkt	1 126	65	—	—	1 126	65	—	—
Waganstalt	9 345	27	1 959	01	7 386	26	—	—
Staatshafen und Kran ꝛc.	3 159	34	1 432	27	1 727	07	—	—
Meßanstalt	12 447	06	1 322	08	11 124	98	—	—
Eichanstalt	6 792	75	1 852	90	4 939	85	—	—
Obstbaum-Alleen	3 137	50	1 998	10	1 139	40	—	—
Tit. IV. Amtsführung der Gemeindebehörden.								
Gebühren für amtl. Handlungen im allgemeinen, dann Strafen	26 383	57	2 376	51	23 957	06	—	—
Standesamt	1 646	32	4 362	92	—	—	2 716	60
Gewerbegericht	68	25	2 324	40	—	—	2 256	15
Amtsanwaltschaft	3 000	—	3 975	—	—	—	975	—
Arbeitsamt	600	—	5 632	25	—	—	5 032	25
Naturalverpflegungsstation	125	—	2 567	10	—	—	2 442	10
Tit. V. Besondere gesetzliche Abgaben.								
Heimatrechtsgebühren	14 580	—	651	31	13 928	69	—	—
Bürgerrechtsgebühren	5 727	86	—	—	5 727	86	—	—
Besitzveränderungsabgabe	47 733	—	902	61	46 830	39	—	—
Hundegebührenanteil	15 467	16	390	36	15 076	80	—	—
Tit. VI. Verbrauchssteuern und Zölle.								
Fleischaufschlag	115 534	36	887	18	114 647	18	—	—
Getreide-, Mehl- und Brotaufschlag	191 510	85	70 296	91	121 213	94	—	—

Vortrag	Wirkliche				Abgleichung			
	Einnahmen		Ausgaben		Überschuß		Mehraufwand	
	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
Wildbretaufschlag	6 514	54	1 238	32	5 276	22	—	—
Weinaufschlag	39 709	52	211	48	39 498	04	—	—
Branntweinaufschlag	14 511	50	873	54	13 637	96	—	—
Kaffeeaufschlag	225	—	1	13	223	87	—	—
Pflasterzoll	49 641	80	2 524	01	47 117	79	—	—
Holzzoll	2 826	63	38	84	2 787	79	—	—
Krautzoll	106	29	—	53	105	76	—	—
Tit. VII. Sonstige öffentliche Einrichtungen.								
Distriktspolizeiverwaltung	26 500	—	253 115	68	—	—	226 615	68
Straßenbeleuchtung	2 597	34	54 844	70	—	—	52 247	36
Straßenreinigung	220	—	87 797	59	—	—	87 577	59
Abzugskanäle	32 340	23	168 262	77	—	—	135 922	54
Ortsstraßen und Wege	32 042	81	327 384	72	—	—	295 341	91
Feuerlöschwesen	6 000	—	15 649	97	—	—	9 649	97
Bachreinigung	301	53	1 612	90	—	—	1 311	37
Beschälstation	—	—	45	15	—	—	45	15
Zuchtstierhaltung	—	—	700	—	—	—	700	—
Tit. IX. Direkte Gemeindeumlagen.	1 196 800	40	8 981	87	1 187 818	53	—	—

b) Hauptrechnung der Stadtkämmereikasse.

Voranschlag ℳ	Pf	Soll ℳ	Pf	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	Pf	Rückstände ℳ	Pf
				Abt. I. Betriebsrechnung.				
				Ia. Aus den Vorjahren.				
—	—	360 190	53	1. Kassenbestand aus voriger Rechnung	360 190	53	—	—
—	—	20 941	11	2. Einnahmerückstände . . .	8 932	54	12 008	57
—	—	22	82	3. Rechnungsberichtigungen	22	82	—	—
—	—	23 775	55	4. Vorschußleistungen auf laufende Ausgaben	1 128	32	22 647	23
—	—	51 018	80	5. Ersatzleistungen von der Vermögensrechnung	50 000	—	1 018	80
—	—	2 100	—	**Ib. Ersatzleistungen aus etatsmäßig. Mitteln d. Jahres 1904**	2 100	—	—	—
—	—	458 048	81	Summe Tit. I.	422 374	21	35 674	60
				II. Aus dem unmittelbar rentierenden Gemeindevermögen.				
—	—	101 517	45	1. An Kapitalszinsen und zwar:				
90 353	97	—	—	a) aus dem eigentlichen Stammvermögen zu . . . ℳ 2 268 600,—	90 001	40	—	—
6 264	69	—	—	b) aus dem Vermögen der ehemaligen Lokalschulfondskasse zu 158 842,85	6 234	94	—	—
1 532	—	—	—	c) aus dem Dr. Gätschenberger'schen Legat zur Verschönerung der Ringparkanlagen zu . 40 700,—	1 628	—	—	—
				Übertrag: 2 468 142,85				
98 150	66	101 517	45	Übertrag:	97 864	34	—	—

Voranschlag ℳ	Voranschlag ₰	Soll ℳ	Soll ₰	Einnahmen		Wirklicher Anfall ℳ	Wirklicher Anfall ₰	Rückstände ℳ	Rückstände ₰
98 150	66	101 517	45		Übertrag:	97 864	34	—	—
					ℳ				
				Übertrag:	2 468 142,85				
2 136	—	—	—	d) aus d. Ablösungskapital für Unterhaltung ehemaliger Staatsstraßen zu .	50 100,—	2 136	—	—	—
1 321	50	—	—	e) aus dem Erneuerungsfonds d. städt. Elektrizitätswerkes zu	43 200,—	1 319	75	—	—
393	75	—	—	f) aus dem Baufonds für ein Luitpold-Museum zu . .	10 000,—	197	36	—	—
					Summe 2 571 442,85				
166 238	20	164 141	95	2. Aus dem Ertrage der Realitäten.					
				In eigener Regie		2 429	25	—	—
				In Verpachtung		109 853	20	—	—
				Geldanschläge für Amtsräume ꝛc. .		51 859	50	—	—
509 587	67	533 344	09	3. Aus Erwerbsunternehmungen:					
				Vom Gas- u. Wasser-Installationsgeschäft		442 587	80	8 377	41
				Vom städtischen Elektrizitätswerk .		80 186	89	—	—
				Von der Straßenbahn		2 191	99	—	—
3 459	55	3 459	55	4. Aus Rechten:					
				Entschädigung für d. Bierschankrecht		1 285	71	—	—
				Aus der Jagd, Pachtschilling . .		2 173	84	—	—
781 287	33	802 463	04		Summe Tit. II.	794 085	63	8 377	41

Voranschlag		Soll		Einnahmen	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
				III. Aus öffentlichen Einrichtungen und Anstalten der Gemeinde.				
1 075	—	1 075	—	1. Erziehung und Bildung:				
				Geldanschlag für die Lokalitäten des Volksbildungsvereins	175	—	—	—
				Geldanschlag für die Wohnung des Theater-Direktors	900	—	—	—
2 220	—	2 220	—	2. Wohltätigkeit:				
				Geldanschlag für die den Kinderbewahranstalten, dann dem Knaben- und dem Mädchenhort überlassenen Lokalitäten	2 220	—	—	—
				3. Gesundheit:				
58 710	—	58 162	01	Vom Schlacht- und Viehhof:				
				Schlachtgebühren	43 729	30	—	—
				Fleischbeschaugebühren	2 503	75	—	—
				Viehmarktgeld	6 870	20	—	—
				Stallgelder	2 208	90	—	—
				Schafhürdengebühren	584	28	—	—
				Pacht für den Wirtschaftsbetrieb .	80	—	—	—
				Mietzinsen	475	—	—	—
				Für den Stallbung	319	23	—	—
				Eintrittsgebühren	130	60	—	—
				Anschlag der Dienstwohnungen . .	1 202	50	—	—
				Sonstige Einnahmen	58	25	—	—
34 100	—	34 146	52	Vom Kühlhaus:				
				Kühlzellenmiete	26 109	56	—	—
				Aus dem Eisverkauf	7 814	50	—	—
				Sonstige Einnahmen	222	46	—	—
96 105	—	95 603	53	Übertrag:	95 603	53	—	—

Voranschlag		Soll		Einnahmen	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
96 105	—	95 603	53	Übertrag:	95 603	53	—	—
6 460	—	6 919	53	Vom Brausebad:				
				Für 49 829 Bäder à 10, 12, 15 ₰	6 919	53	—	—
300	—	513	78	Von der Desinfektionsanstalt:	513	78	—	—
				6. Anstalten für Handel und Verkehr:				
22 600	—	23 837	33	Vom Viktualienmarkt	23 837	33	—	—
200	—	225	91	„ Fischmarkt	225	91	—	—
900	—	1 126	65	„ Jungschweinemarkt	1 126	65	—	—
9 500	—	9 345	27	Von der Waganstalt	9 345	27	—	—
2 780	—	3 159	34	Pachtschillinge für Lagerplätze und Gebühren für Gleisebenützung vom Staatshafen und d. Einpollerstelle	3 159	34	—	—
11 600	—	12 447	06	Von der Meßanstalt	12 447	06	—	—
7 000	—	6 792	75	„ „ Eichanstalt	6 792	75	—	—
2 200	—	3 137	50	„ den Obstbaumalleen	3 137	50	—	—
159 645	—	163 108	65	Summe Tit. III.	163 108	65	—	—
				IV. Aus der Amtsführung der Gemeindebehörden.				
26 830	—	28 048	14	An Gebühren für amtliche Handlungen im allgemeinen, dann Gebühren für Legitimationskarten und dergl., Gebühren des Standesamts und des Gewerbegerichts .	28 048	14	—	—
				Summe Titel IV für sich.				
				V. Aus besonderen, der Gemeinde gesetzlich zugewiesenen Abgaben.				
15 000	—	14 580	—	1. Heimatgebühren	14 580	—	—	—
6 000	—	5 727	86	2. Bürgeraufnahmegebühren . . .	5 727	86	—	—
40 000	—	47 733	—	3. Besitzveränderungsabgabe . . .	47 733	—	—	—
14 000	—	15 467	16	4. Anteil an den Hundegebühren .	15 467	16	—	—
75 000	—	83 508	02	Summe Tit. V	83 508	02	—	—

Voranschlag		Soll		Einnahmen	Wirklicher Anfall		Rückstände	
M	₰	M	₰		M	₰	M	₰
				VI. Aus Verbrauchssteuern und Zöllen.				
		368 005	77	1. Verbrauchssteuern:				
118 000	—			Fleischaufschlag	115 534	36	—	—
181 000	—			Getreide-, Mehl- und Brotaufschlag	191 510	85	—	—
7 000	—			Wildbretaufschlag	6 514	54	—	—
38 000	—			Weinaufschlag	39 709	52	—	—
14 500	—			Branntweinaufschlag	14 511	50	—	—
225	—			Kaffeeaufschlag	225	—	—	
		52 574	72	2. Zölle:				
46 000	—			Pflasterzoll	49 641	80	—	—
3 500	—			Holzzoll	2 826	63	—	—
100	—			Krautzoll	106	29	—	
408 325	—	420 580	49	Summe Tit. VI	420 580	49	—	—
				VII. Sustentationsbeiträge, Zuschüsse und besondere Gegenleistungen.				
44 697	34	55 228	85	1. Beiträge der k. Staatskasse:				
				Für Handhabung d. Distriktspolizei	26 500	—	—	—
				„ Besorgung d. Amtsanwaltschaft	3 000	—	—	—
				„ Straßenbeleuchtung	2 597	34	—	—
				„ Straßenreinigung	220	—	—	—
				„ Unterhaltung von Ortsstraßen	6 180	—	7 374	07
				„ das Feuerlöschwesen	6 000	—	—	—
				„ das Arbeitsamt	600	—	—	—
				„ Aufstellung eines Wohnungs-Inspektors, einmalig. Beitrag	2 000	—	—	—
				„ Zwangserziehung	757	44	—	—
44 697	34	55 228	85	Übertrag:	47 854	78	7 374	07

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
44 697	34	55 228	85	Übertrag:	47 854	78	7 374	07
8 303	19	8 609	84	2. Beiträge von Stiftungen:				
				Wohltätigkeitsstiftungen	8 310	03	—	—
				Unterrichtsstiftungen	35	—	—	—
				Kultusstiftungen	264	81	—	—
				3. Von besonders dotierten Kassen der Gemeinde:				
				(Ersatzleistungen für Verzinsung des Anlagekapitales, Betriebsüberschüsse):				
1 149	—	3 424	29	Von der Leihanstalt	3 424	29	—	—
17 085	—	18 883	24	„ „ Sparkasse, Überschußhälfte	18 598	24	—	—
				Entschädigung für Beheizung und Beleuchtung des Lokals . . .	285	—	—	—
241 000	—	238 417	04	Von der Gaswerkskasse . . .	238 417	04	—	—
208 000	—	230 978	79	„ „ Wasserwerkskasse .	230 978	79	—	—
19 750	—	26 737	04	„ „ Friedhofkasse . . .	26 737	04	—	—
2 150	—	2 197	62	„ „ Kasse für Grunderwerbungen I/M. . . .	2 197	62	—	—
—	—	1 040 865	53	„ „ städtischen Schuldentilgungskasse à conto der Stadtschuld:				
				Für Kanalisierung der Veitshöchheimerstraße	3 281	26	—	—
				Für Kanalisierung der Huttenstraße und der Frühlingsstraße . . .	7 756	12	—	—
				Für Kanalisierung d. unteren Juliuspromenade	13 861	53	—	—
				Für Kanalisierung der Rottendorferstraße	2 642	18	—	—
				Für Kanalisierung der Virchowstraße	31 363	17	—	—
542 134	53	1 625 342	24	Übertrag:	636 006	90	7 374	07

Voranschlag		Soll		Einnahmen	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
542 134	53	1 625 342	24	Übertrag:	636 006	90	7 374	07
				Für den Sielbau	65 985	65	—	—
				„ „ Tunnel zwischen Schlacht- und Viehhof	1 142	14	—	—
				„ Erweiterung der Dreikronenstraße	2 531	20	—	—
				„ Erweiterung der Koellikerstraße	6 828	34	—	
				„ Regulierung der Semmelstraße	7 675	—	—	—
				„ Erweiterung der Spitalgasse .	8 419	75	—	—
				„ den Ausbau der Fabrikstraße .	371	11	—	—
				„ „ „ „ Leistenstraße .	2 978	23	—	
				„ „ „ „ Veitshöchhm.-straße . . .	30 591	94		
				„ Pflasterung der Zellerstraße .	13 928	89		—
				„ den Bau der Zeller Mainbrücke und den Ausbau der Friedrich Koenig-Straße	40 415	05	—	—
				„ das Hochkai rechts des Mains	201 582	20	—	—
				„ „ „ links „ „	12 400	—	—	
				„ den Ausbau der Anlagen im Steinbachstal	4 500	—	—	—
				„ die Baumschule im Mönchsberg	5 160	91	—	—
				„ den Rathaus-Neubau . . .	165	67	—	—
				„ Erweiterung des Elektrizitätswerks	13 231	70	—	—
				„ die Erweiterungsbauten der Pestalozzischule	319 022	59	—	—
				„ die Erbauung des Lagerhauses, Kaimauer-Erhöhung im Staatshafen 2c.	239 666	60	—	—
				„ die Feuerlöschgeräte-Halle im Schlachthofe	5 364	30	—	
542 134	53	1 625 342	24	Übertrag:	1 617 968	17	7 374	07

Voranschlag		Soll		Einnahmen	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	₰	₰
542 134	53	1 625 342	24	Übertrag:	1 617 968	17	7 374	67
—	—	18 390	70	Von der Getreidehilfskasse:				
				Vorschuß für Pflasterungen . . .	18 390	70	—	—
—	—	32 716	50	Von der Holzmagazinskasse:				
				Vorschuß für die Erweiterungsbauten im Schlachthofe	32 716	50	—	—
26 300	—	51 369	50	5. Von Privaten:				
				Vom Verein für freiwillige Armenpflege, Beitrag zur Unterhaltung der Naturalverpflegungsstation .	125	—	—	—
				Kanaleinleitungsgebühren	30 801	78	866	—
				Kanalanschlußgebühren	190	—	—	—
				Straßen- und Trottoirbaukostenbeiträge und Ersatz für Reparaturpflasterungen	18 488	74	—	—
				Für Häusernumerierungen . . .	114	—	—	—
				„ Bachreinigung	301	53	—	—
				„ Kanalreinigungen und Reparaturen	482	45	—	—
568 434	53	1 727 818	94	Summe Tit. VII	1 719 578	87	8 240	07
5 278	14	7 929	85	**VIII. Sonstige Einnahmen.**				
				An rückersetzten Steuern, an Gemeindeumlagen, Porto, Erlös aus verkauften Stadtplänen und Formularen, Leihgebühren für Dekorationsgegenstände, Straßenwalzen, dann Bankzinsen usw. . .	7 929	85	—	—

Voranschlag		Soll		Einnahmen	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
1188200	—			**IX. Aus direkten Gemeindeumlagen.**				
				Vom k. Stadtrentamt hier:				
		1313	45	Nachholungen vom Vorjahre . . .	1313	45	—	—
				130% für 1903:				
		11406	01	aus 8773.81 ℳ Grundsteuer .	11399	23	6	78
		401083	22	„ 308525.54 „ Hausſteuer . .	399933	95	1149	27
		368867	70	„ 285325.22 „ Gewerbeſteuer .	368175	68	692	02
		278537	08	„ 214385.20 „ Kapitalrentenſteuer	278355	08	182	—
		135117	72	„ 104790.84 „ Einkommenſteuer	134933	31	184	41
		475	22	Von der Stadtkämmerei hier eingehoben	475	22	—	—
1188200	—	1196800	40	Summe Tit. IX	1194585	92	2214	48
				Wiederholung.				
—	—	458048	81	I. Aus den Vorjahren	422374	21	35674	60
781287	33	802463	04	II. Aus dem unmittelbar rentierenden Gemeindevermögen	794085	63	8377	41
159645	—	163108	65	III. Aus öffentlichen Einrichtungen und Anſtalten	163108	65	—	—
26830	—	28048	14	IV. Aus der Amtsführung der Gemeindebehörden	28048	14	—	—
75000	—	83508	02	V. Aus beſonderen, der Gemeinde geſetzlich zugewieſenen Abgaben .	83508	02	—	—
408325	—	420580	49	VI. Aus Verbrauchsſteuern u. Zöllen	420580	49	—	—
568434	53	1727818	94	VII. Aus Suſtentationsbeiträgen, Zuſchüſſen	1719578	87	8240	07
5278	14	7929	85	VIII. Sonſtige Einnahmen . . .	7929	85	—	—
1188200	—	1196800	40	IX. Aus direkten Gemeindeumlagen	1194585	92	2214	48
3213000	—	4888306	34	Summe der Einnahmen der Betriebs-Rechnung	4833799	78	54506	56

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Ausgaben	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
				I. Auf den Bestand der Vorjahre.				
—	—	3 655	25	1. Zahlungsrückstände	3 502	79	152	46
—	—	18 373	05	3. Ersatzleistungen an die Vermögensrechnung	18 373	05	—	—
—	—	22 028	30	Summe Tit. I	21 875	84	152	46
				II. Auf Erhebung der Einnahmen, Bewirtschaftungskosten, Rückvergütungen.				
				1. Gemeinschaftliche Ausgaben:				
12 127	50	12 584	50	Personalaufwand für die Stadtkämmerei	12 584	50	—	—
				2. Auf das Gemeindevermögen:				
3 505	—	2 108	37	Auf die Kapitalien	2 108	37	—	—
280	—	356	91	„ „ Realitäten	356	91	—	—
381 000	—	402 660	45	Auf den Betrieb des Gas- und Wasser-Installationsgeschäftes . .	402 660	45	—	—
500	—	179	—	Auf den Betrieb des städtischen Elektrizitätswerkes	179	—	—	—
				3. Auf Erhebung der übrigen Einnahmen.				
2 375	—	2 376	51	Auf Gebühren und Strafen . . .	2 376	51	—	—
800	—	902	61	„ die Besitzveränderungsabgabe .	902	61	—	—
272	—	390	36	„ Hundegebühren	390	36	—	—
400 859	50	421 558	71	Übertrag:	421 558	71	—	—

Voranschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
400 859	50	421 558	71	Übertrag:	421 558	71	—	—
162	50	40	—	Auf Bürger- und Heimatrechtsgebühren	40	—	—	—
—	—	611	31	„ den Vollzug des Art. 8 des Heimatgesetzes	611	31	—	—
110 885	50	109 124	19	Auf Verbrauchssteuern und Zölle:				
				Personalausgaben für das Akzisamt, das Akzisschutz- und Einnehmerpersonal	31 337	25	—	—
				Auf Fleischaufschlag	575	50	—	—
				„ Getreide-, Mehl- und Brotaufschlag	2 640	63	—	—
				„ Wildbretaufschlag	68	32	—	—
				„ Weinaufschlag	198	48	—	—
				„ Branntweinaufschlag	368	54	—	—
				„ Kaffeeaufschlag	1	13	—	—
				„ Pflasterzoll	2 524	01	—	—
				„ Holzzoll	38	84	—	—
				„ Krautzoll	—	53	—	—
				An Rückvergütungen:				
				Für ausgeführtes Mehl	67 656	28	—	—
				„ „ Fleisch	311	68	—	—
				„ „ Wildbret . . .	1 170	—	—	—
				„ denaturierten Branntwein . .	505	—	—	—
				„ Wein	13	—	—	—
				Admassierungsbeitrag zum Lokalschulfonds aus dem Weizenmehlaufschlag	1 715	—	—	—
1	09	1 933	37	Sonstige Ausgaben und Rückvergütungen	1 933	37	—	—
15	—	7	80	Auf die sonstigen Einnahmen . .	7	80	—	—
8 941	—	8 981	87	4. Auf Erhebung der direkten Gemeindeumlagen:				
				Dem k. Stadtrentamte	8 981	87	—	—
520 864	59	542 257	25	Summe Titel II	542 257	25	—	—

Voranschlag M	Pf	Soll M	Pf	Ausgaben	Wirklicher Anfall M	Pf	Rückstände M	Pf
				III. Auf Passivreichnisse, Staatsauflagen ꝛc.				
453	75	517	52	An die Friedhofkasse, Legatzinsen zur Schmückung von Gräbern .	517	52	—	—
150	—	144	—	Reichnis für sog. Ratsbecher . . .	144	—	—	—
108	64	108	64	Althergebrachtes Reichnis an die hiesige Schützengesellschaft . . .	108	64	—	—
39	—	39	—	Anerkennungsgebühren wegen Benützung staatlicher Grundflächen .	39	—	—	—
7 688	61	8 066	85	Staatssteuern, Kreisumlagen, Unfallversicherungsbeiträge	8 066	85	—	—
560	—	623	55	Gemeinde- und Distriktsumlagen .	623	55	—	—
9 000	—	9 499	56	Summe Tit. III	9 499	56	—	—
311	49	1 201	46	**IV. Auf Prozeß- und Vollstreckungskosten.**	1 201	46	—	—
				V. Auf die Amtsführung der Gemeindebehörden.				
		141 593	20	1. Verwaltungsdienst:				
92 861	50			Personalaufwand	89 942	66	—	—
42 488	50			Sachliche Ausgaben	39 650	54	—	—
12 000	—			Geldanschlag der Amtsräume . .	12 000	—	—	—
		253 115	68	2. Polizeiverwaltung:				
39 497	—			Für die Polizeibeamten ꝛc. . . .	38 656	50	—	—
184 892	—			„ „ Polizeimannschaft . . .	179 936	83	—	—
13 670	—			„ „ Feld- und Weinbergshut .	13 345	70	—	—
8 211	—			Sachliche Ausgaben	6 746	65	—	—
14 430	—			Geldanschlag der Amtsräume ꝛc. .	14 430	—	—	—
408 050	—	394 708	88	Übertrag:	394 708	88	—	—

Voranschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
408 050	--	394 708	88	Übertrag:	394 708	88	—	—
		49 233	10	3. Pensionen, Alimentationen, Sustentationen:				
43 200	—			An die Pensionskasse für Beamte .	44 385	59	—	—
3 980	—			„ „ „ „ Bedienstete	4 130	85	—	—
915	—			Für Sustentationen	716	66	—	—
6 313	—	4 362	92	4. Führung des Standesamtes	4 362	92	—	—
3 975	—	3 975	—	5. Amtsanwaltschaft	3 975	—	—	—
2 200	—	2 324	40	6. Gewerbegericht	2 324	40	—	—
5 420	—	5 632	25	7. Arbeitsamt	5 632	25	—	—
1 000	—	2 266	23	8. Außerordentliche Dienstleistungen des Subalternpersonals	2 266	23	—	—
6 949	50	6 998	74	9. Kranken-, Invaliden-, Unfallversicherung	6 998	74	—	—
—		360	—	10. Unterstützungen an Bedienstete	360	—	—	—
482 002	50	469 861	61	Summe Tit. V	469 861	61	—	—
				VI. Auf öffentliche Einrichtungen und Anstalten der Gemeinde.				
550	—	454	07	1. Für den Kultus	454	07	—	—
				2. Für Erziehung und Bildung:				
		428 528	28	Für die Volksschulen:				
5 294	—			Besoldung des Stadtschulrats . .	5 294	—	—	—
433 122	96			Zuschuß an die Lokalschulkasse .	416 601	74	—	—
3 120	—			„ „ „ Lehrerpensionskasse.	6 632	54	—	—
260	—	260	—	Beitrag an das Kreis-Blinden-Institut	260	—	—	—
260	—	260	—	„ „ „ Kreistaubstummen-Institut	260	—	—	—
442 606	96	429 502	35	Übertrag:	429 502	35	—	—

Voranschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
442 606	96	429 502	35	Übertrag:	429 502	35	—	—
600	—	1 618	96	Für Zwangserziehung	1 618	96	—	—
4 910	—	5 644	30	„ die städtischen Sammlungen .	5 644	30	—	—
500	—	788	80	„ „ Stadtbibliothek	788	80	—	—
		22 069	83	Für das Stadttheater:				
6 000	—			barer Zuschuß	6 000	—	—	—
900	—			Anschlag der Wohnung des Theaterdirektors	900	—	—	—
8 600	—			Beleuchtung	8 195	40	—	—
2 000	—			Beheizung	2 142	27	—	—
3 000	—			Dekorationen 2c.	4 424	96	—	—
400	—			Mobiliar-Feuer-Versicherung . .	407	20	—	—
175	—	175	—	Geldanschlag für die dem Volksbildungsverein überlassenen Lokalitäten	175	—	—	—
				3. Für Wohltätigkeit.				
		147 171	30	An die Armenkasse:				
180 000	—			Zuschuß pro 1903	146 021	18	—	—
1 198	57			Reichnisse	1 150	12	—	—
1 450	—	1 450	—	Zuschüsse an die Kinderbewahranstalten	1 450	—	—	
2 220	—	2 377	—	Geldanschlag für überlassene Räumlichkeiten	2 377		—	—
30	—	14	20	Transportkosten für Verunglückte u. Betrunkene	14	20	—	—
500	—	149	20	Für Einrichtung von Wärmestuben	149	20	—	—
5000	—	2 567	10	„ die Naturalverpflegungsstation	2 567	10	—	—
21	43	—	—	Kurkosten für Durchreisende . . .	—	—	—	—
				4. Für Gesundheit.				
768	57	548	07	Für ärztliche Behandlung	548	07	—	—
1 400	—	1 630	80	„ die ordentliche Impfung . .	1 630	80	—	—
1 000	—	953	09	„ Nahrungsmittelvisitationen .	953	09	—	—
1 000	—	185	20	„ Wohnungspflege	185	20	—	—
		168 262	77	Für Kanalisierung:				
1 400	—			Vorflutkanal der Domstraße . . .	1 050	39	—	—
665 680	53	785 107	97	Übertrag:	617 895	59	—	—

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Ausgaben	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
665 680	53	785 107	97	Übertrag:	617 895	59	—	—
				Hutten- u. Frühlingstraße — Teilstrecken — (à conto Stadtschuld)	7 756	12	—	—
				Untere Juliuspromenade (dto.) . .	13 861	53	—	—
				Rottendorferstraße — Teilstrecke — (Aus Einleitungsgebühren . . . . 6 925.25 ℳ à c. Stadtschuldreserve . . . . 2 642.18 ℳ)	9 567	43	—	—
				Rückertstraße	1 209	35	—	—
				Veitshöchheimerstraße ꝛc. (à conto Stadtschuld	86	26	—	—
				Virchowstraße — Teilstrecke — (à c. Stadtschuld)	31 363	17	—	—
10 000	—			Waltherstraße — Teilstrecke — Sammelkanal (à c. Stadtschuld)	11 743	98	—	—
					65 985	65	—	—
1 500	—			Herstellung von Kanalanschlüssen .	1 109	93	—	—
16 500	—			Kanalreparaturen, Reinigung und Spülung	24 528	96		
		87 797	59	Für Straßenreinigung:				
10 167	25			Für die Kehrichtabfuhr:				
				Barentschädigung	6 022	50	—	—
				Geldanschlag d. Realitäten-Nutzung	3 977	50	—	—
26 900	—			Für Reinigung d. gepflastert. Straßen	26 212	70	—	—
35 800	—			„ Reinigung d. chaussiert. Straßen	35 678	85	—	—
1 000	—			„ Schneeräumung, Sandstreuen .	487	11		
14 200	—			„ Straßenbesprengung	15 418	93	—	—
1 600	—	1 612	90	Für Bachreinigung	1 612	90	—	—
				Für Bad- und Schwimmanstalten:				
2 300	—	1 489	58	Freibad	1 489	58	—	—
8 870	—	8 332	37	Brausebad	8 332	37	—	—
804	18	572	98	Für sanitäre Maßnahmen . . .	572	98	—	—
795 321	96	884 913	39	Übertrag:	884 913	39	—	—

Voranschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
795 321	96	884 913	39	Übertrag:	884 913	39	—	—
47 900	—	51 342	65	Auf den Betrieb des Schlacht- und Viehhofes.				
				Personalaufwand	22 753	14	—	—
				Regieausgaben	1 834	72	—	—
				Sonstige Betriebsausgaben . . .	22 082	53	—	—
				Gebäudeunterhaltung (inkl. 1162 ℳ 95 ₰ rest. Kosten für Herstellung eines Tunnels zwischen Schlacht- und Viehhof à conto Stadtschuld)	4 672	26	—	—
1 270	—	1 307	70	Für Aufsicht auf Hunde . .	1 307	70	—	—
22 500	—	22 302	60	Für die öffentlichen Brunnen:				
				Aversum für Wasserbezug . . .	22 000	—	—	—
				Instandhaltung	302	60	—	—
36 325	—	31 909	97	Auf den Betrieb des Kühlhauses:				
				Personalaufwand	2 298	50	—	—
				Sonstige Betriebsausgaben . . .	29 611	47	—	—
1 000	—	598	18	Auf den Betrieb der Desinfektionsanstalt . . .	598	18	—	—
				5. Sicherheit der Person und des Eigentums:				
54 100	—	54 844	70	Straßenbeleuchtung mit Gas .	41 247	58	—	—
				„ mit elektr. Licht	11 016	45	—	—
				„ mit Petroleum	2 580	67	—	—
16 140	—	15 649	97	Feuerlöschwesen:				
				Personalausgaben	4 294	—	—	—
				Regiekosten	962	41	—	—
				Alarmeinrichtungen, Feuermeldeapparate	3 338	68	—	—
				Ergänzung und Instandhaltung der Löschgeräte	2 272	87	—	—
974 556	96	1 062 869	16	Übertrag:	1 058 087	15	—	—

Voranschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
974 556	96	1 062 869	16	Übertrag:	1 058 087	15	—	—
				Bekleidung und Ausrüstung . . .	1 578	55	—	—
				Pferdebespannung, dann Arbeitslöhne bei Brandfällen	1 400	43	—	—
				Feuerhäuser und Wachtlokale ꝛc. .	1 803	03	—	—
500	—	281	24	Kosten bei Hochwasser . . .	281	24	—	—
100	—	96	78	Abschluß der Weinberge . .	96	78	—	—
400	—	818	06	Grenzbegehung u. Abmarkung	818	06	—	—
1 200	—	615	10	Fortsetzung der Stadtvermessung	615	10	—	—
				6. Industrie und Kultur:				
3	—	3	—	Beitrag zum landwirtschaftl. Verein	3	—	—	—
2 000	—	1 998	10	Städtische Obstbaumpflanzungen .	1 998	10	—	—
1 000	—	995	73	Kultivierung öder Plätze	995	73	—	—
97	—	45	15	Beschälstation	45	15		
700	—	700	—	Zuchtstierhaltung	700	—		
				7. Handel und Verkehr:				
5 033	50	5 292	49	Viktualienmarkt	5 292	49	—	—
6	50	7	29	Fischmarkt	7	29	—	—
1 060	—	1 322	08	Meßanstalt	1 322	08		
1 900	—	1 852	90	Eichanstalt	1 852	90		
2 040	—	1 959	01	Waganstalt	1 959	01		
720	—	1 432	27	Ländeplätze und Freiladegleise . .	1 432	27		
				Straßen und Wege:				
		79 423	99	Grunderwerbungskosten für Straßenregulierungen:				
800	—	—	—	Notariats-, Messungs-Umschreibgebühren ꝛc.	556	51		
1 200	—			Fußweg nach Zell und Einzäunung des Adelmann'schen Grundstückes	965	31	—	—
				Niveaupläne der Büttnerstraße . .	392	20		
				Erweiterung der Dreikronenstraße .	3 531	20	—	
				Verbreiterung der Heinestraße . .	1 080	—	—	—
993 316	96	1 159 712	35	Übertrag:	1 086 813	58	—	—

Voranschlag ℳ	Voranschlag ₰	Soll ℳ	Soll ₰	Ausgaben	Wirklicher Anfall ℳ	Wirklicher Anfall ₰	Rückstände ℳ	Rückstände ₰
993 316	96	1 159 712	35	Übertrag:	1 086 813	58	—	—
				Erweiterung der Koelikerstraße . .	7 383	45	—	—
				Erweiterung des Kürschnerhofes .	49 388	42	—	—
				Regulierung der Semmelstraße . .	7 679	90	—	
				Erweiterung der Spitalgasse . . .	8 447	—	—	—
—	—	66 143	73	Herstellung neuer Schotterstraßen und besandeter Gehsteige:				
				Ergänzung des Baulinienplanes für das Berggelände im Osten . .	280	20	—	—
				Terrainaufnahmen ꝛc. im Westen .	16	05	—	—
				Ausbau der Blumen-, Körner- und Schießhausstraße	4 641	24	—	—
				Provisorischer Ausbau der Edel- und Schellingstraße	2 050	17	—	
				Provisorischer Ausbau der Fabrikstraße — Teilstrecke	371	11	—	—
				Verlegung der Faulenberg- nun Gneisenaustraße, Geländerherstellung u. Baumpflanzung	1 683	08	—	—
				Ausbau der Huttenstraße — Teilstrecke	706	53	—	—
				„ „ Leistenstraße — dto. . .	2 978	23	—	—
				Gehsteig an der Westseite der Mergentheimerstraße — Teilstrecke .	1 865	01	—	
				Provisorischer Ausbau der Rückertstraße — Teilstrecken	1 485	51	—	—
				Ausbau der Wölffelstraße — dto. .	2 110	41	—	—
				„ „ Scanzonistraße . . .	1 434	05	—	—
				„ „ Steinstraße — Teilstrecke	5 221	89	—	—
				„ „ Tiepolostraße, Gehsteigherstellung	2 581	47	—	—
				„ „ Veitshöchheimerstraße .	30 591	94	—	—
				„ „ Vincentinumstraße — Teilstrecke — . . .	197	—	—	—
				„ „ Welzstraße — dto. —	641	18	—	—
				„ „ Ziegelaustraße „ . .	7 288	71	—	—
993 316	96	1 225 856	08	Übertrag:	1 225 856	08	—	—

Vor-anschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
993 316	96	1 225 856	08	Übertrag:	1 225 856	08	—	—
		38 651	13	Für Neupflasterungen:				
10 000	—			Herstellung von Zementplattengehsteigen	17 161	13	—	—
				Rottendorferstraße	7 456	50	—	—
				Zellerstraße, sowie Legung der Gas- und Wasserleitung	13 928	89	—	—
				Moltkestraße	104	61	—	—
28 800	—	28 676	34	Unterhaltung der Pflasterstraßen und Gehsteige	28 676	34	—	—
105 400	—	105 045	93	Unterhaltung der Schotterstraßen und besandeten Gehsteige	105 045	93	—	—
9 500	—	9 443	60	Unterhaltung der Feldwege . . .	9 443	60	—	—
		269 180	41	Brücken-, Stege, Flußufer:				
2 340	—			Unterhaltung	2 239	89	—	—
1 600	—			1 neues Waschschiff	1 473	90	—	—
500	—			Tieferlegung ꝛc. der Bachmündungen	411	99	—	—
800	—			Sicherheitsgeländer an den Maintreppen	439	02	—	—
				Umbau d. Schweinfurterstraßenbrücke und Pflasterung	9 199	56	—	—
				Zuschuß zum Bau der Zeller Mainbrücke und Ausbau der Friedrich-Koenigstraße	40 415	05	—	—
				Hochkai rechts des Mains	201 582	20	—	—
				„ links „ „ (Grunderwerbung)	12 400	—	—	—
				Erwerbung des Zollamtsgebäudes am Kranenkai	1 018	80	—	—
4 700	—	3 607	36	Schuttablagerung	3 607	36	—	—
600	—	331	26	Orts- und Warnungstafeln, Hausnumerierung	331	26	—	—
				8. Öffentliche Anlagen, Denkmäler:				
36 030	—	35 758	49	Unterhaltung der Ringparkanlagen .	35 758	49	—	—
1 192 586	96	1 716 550	60	Übertrag:	1 716 550	60	—	—

Voranschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
1 192 586	96	1 716 550	60	Übertrag:	1 716 550	60	—	—
—	—	4 500	—	Für den Ausbau der Anlagen im Steinbachstal	4 500	—	—	—
—	—	9 401	34	Für Unterhaltung und Erweiterung der Anlagen auf dem Nikolausberg	9 401	34	—	—
—	—	5 209	37	Einzäunung und Wasserversorgung der Baumschule im Mönchberg .	5 160	91	48	46
3 000	—	3 016	30	Zierbaumalleen	3 016	30	—	—
100	—	1	56	Monumente, Denkmäler	1	56	—	—
1 195 686	96	1 738 679	17	Summe Tit. VI	1 738 630	71	48	46
				VII. Auf das Gemeindebauwesen.				
		62 355	60	1. Baupersonal:				
21 868	—			des Bauamtes I	22 038	—	—	—
19 166	—			„ „ II	19 166	—	—	—
17 880	—			„ „ III	18 444	—	—	—
2 646	—			Dienerpersonal ꝛc.	2 707	60	—	—
		7 542	22	2. Ständige Bauausgaben:				
1 100	—			Kaminkehrerlöhne	935	70	—	—
6 500	—			Brandversicherungsbeiträge . . .	6 606	52	—	—
2 600	—	2 371	21	3. Baumagazin:	2 371	21	—	—
34 030	—	38 871	81	4. Unterhaltung der städtischen Gebäude inkl. der ständigen Ausgaben für Wasserbezug, dann für Reinigung der öffentlichen Aborte und Pissoire	38 871	81	—	—
500	—	553	06	Gemeindeuhren	553	06	—	—
		613 646	29	5. Neubauten:				
				Rathaus-Neubau	165	67	—	—
				Elektrizitätswerk	13 231	70	—	—
				Erweiterungsbauten zur Pestalozzischule	319 022	59	—	—
106 290	—	725 340	19	Übertrag:	444 113	86	—	—

Voranschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
106 290	—	725 340	19	Übertrag:	444 113	86	—	—
				Schlachthauserweiterung	38 179	73	—	—
				Lagerhaus im Staatshafen, Hafenmauererhöhung, Geländeauffüllung, Hafenkanal und Zufahrtstraßen . .	239 666	60	—	—
				Umgestaltung der Ludwigshalle, Projektierungshonorar	3 380	—	—	—
106 290	—	725 340	19	Summe Tit. VII	725 340	19	—	—
				VIII. Auf Wehranstalten.				
500	—	—	—	Zuschuß an die Einquartierungskasse	—	—	—	—
				Summe Tit. VIII für sich!				
				IX. Auf Feste und Ehrungen.				
600	—	442	85	Für Anschaffung von 50 Goldgulden und Anfertigung des Etuis und der Neujahrs-Adresse	442	85	—	—
600	—	592	68	Für sonstige Ausgaben	592	68	—	—
600	—	659	92	Für Ersetzung alter Gebäudeflaggen	659	92	—	—
—	—	3 022	16	Kosten der XIII. Hauptversammlung des bayrischen Kanalvereins . .	3 022	16	—	—
—	—	3 268	94	Enthüllung des Prinzregenten-Denkmals	3 268	94	—	—
—	—	9 483	04	Zentenarfeier des k. 9. Infanterie-Regiments Wrede	9 483	04	—	—
—	—	1 216	—	Der Schutzmannschaft für besondere Dienstleistungen bei verschiedenen Festlichkeiten	1 216	—	—	—
—	—	797	20	Kellerfest 2c. beim Kongresse der deutschen Gynäkologen und Zoologen	797	20	—	—
—	—	500	—	Jubiläumsgabe an den kathol. Gesellenverein beim 50jährigen Stiftungsfest	500	—	—	—
1 800	—	19 982	79	Summe Tit. IX	19 982	79	—	—

Voranschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
				X. Besondere Leistungen.				
6 540	55	6 540	70	Jahresbeiträge an gemeinnützige Vereine und Wohltätigkeitsanstalten .	6 540	70	—	—
		400	30	Einmalige Beiträge:				
200	—			An den Schwäbischen Schillerverein Marbach-Stuttgart	200	—	—	—
				An die Pensionsanstalt deutscher Journalisten und Schriftsteller .	200	30	—	—
5 000	—	5 000	—	2. von 10 Raten zum Fonds für Erbauung eines Luitpoldmuseums	5 000	—	—	—
—	—	2 343	88	Für die Städteausstellung in Dresden	2 343	88	—	—
11 740	55	14 284	88	Summe Tit. X	14 284	88	—	—
				XI. Auf Schuldentilgung.				
				1. Verzinsung:				
				Bestehende Schuld 3½ %				
2 537	50	2 537	50	72 500 ℳ — ₰ Kgl. Juliusspital, Hypothekenkapital, ruhend auf dem Hofgute Oberzell .	2 537	50	—	—
280	—	280	—	8 000 „ — „ Jäger Apoll. Ww., dto. ruhend auf d. Anwesen Mainkai Nr. 3 . . .	280	—	—	—
332	50	332	50	(9 500 „ — „) Gabler Ludwig, Brauereibes.,Kaufschilling (zahlbar 1. Januar 1905) für die Wiese Plan-Nr. 2012 im Hohlgarten	332	50	—	—
3 150	—	3 150	—	80 500 ℳ — ₰ Übertrag:	3 150	—	—	—

Voranschlag		Soll		Ausgaben		Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰			ℳ	₰	ℳ	₰
3 150	—	3 150	—	80 500 ℳ — ₰	Übertrag:	3 150	—	—	—
					3 %				
8 667	—	7 887	04	270 192 ℳ 05 ₰	Getreidehilfskasse, Passivvorschuß für Pflasterung von Ortsstraßen . .	7 887	04	—	—
90	—	90	—	2 000 „ — „	Holzmagazinskasse, dto. für Ankauf von Kunstgegenständen	90	—	—	—
2 448	58	1 467	09	77 300 „ — „	dieselbe, desgl. für Schlachthoferweiterung	1 467	09	—	—
345	—	334	35	10 570 „ 11 „	dieselbe, dgl. für den Kühlhausausbau	334	35	—	—
39	—	34	49	719 „ 50 „	dieselbe, dgl. für Sinkkästen und Wasserbecken im Schlachthof . .	34	49	—	—
567	—	567	—	13 900 „ — „	dieselbe, dgl. für Erweiterung des Keesburgweges .	567	—	—	—
67	50	67	50	— — „ — „	dieselbe, dgl. für den Ausbau der Nikolausstraße .	67	50	—	—
					2 %				
5 000	—	4 806	95	225 000 „ — „	Passivvorschuß der Getreidehilfskasse (45 000 ℳ) u. der Holzmagazinskasse (180 000 ℳ) für Bildung eines Betriebsfonds der Stadtkämmerei .	4 806	95	—	—
20 374	08	18 404	42	680 181 ℳ 66 ₰	Übertrag:	18 404	42	—	—

Voranschlag		Soll		Ausgaben		Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰			ℳ	₰	ℳ	₰
20 374	08	18 404	42	680 181 ℳ 66 ₰	Übertrag:	18 404	42	—	—
					2. Heimzahlung:				
8 571	43	8 571	43	8 571 ℳ 40 ₰	Der Getreidehilfskasse 19. von 20 Raten am unverzinsl. Vorschusse für Errichtung der Gasfabrik . . .	8 571	43	—	—
3 743	91	3 743	91		Der Holzmagazinskasse letzte Rate des unverzinslich. Vorschusses für Kanalisierung d. Lehnleite	3 743	91	—	—
11 100	—	11 100	—		Der Getreidehilfskasse 2. von 27 Raten an der Pflasterungsschuld . .	11 000	—	—	—
1 000	—	1 000	—		Der Holzmagazinskasse 2. von 4 Raten am Vorschusse für Ankauf von Kunstgegenständen . .	1 000	—	—	—
4 319	49	4 319	49		Derselben 2. von 20 Raten am Vorschusse für die Schlachthoferweiterung	4 319	49	—	—
575	—	575	—		Derselben 1. von 20 Raten am Vorschusse für den Kühlhausausbau .	575	—	—	—
49 683	91	47 714	25	688 753 ℳ 06 ₰	Übertrag:	47 714	25	—	—

Voranschlag		Soll		Ausgaben		Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰			ℳ	₰	ℳ	₰
49 683	91	47 714	25	688 753 ℳ 06 ₰	Übertrag:	44 714	25	—	—
5 000	—	5 000	—		Derselben 1. von 4 Raten am Vorschusse für Erweiterung ꝛc. des Keesburgweges . . .	5 000	—	—	—
430	—	430	—		Derselben 1. von 3 Raten am Vorschusse f. Sinkkästen und Wasserbecken	430	—	—	—
2 250	—	2 250	—		Derselben den Vorschuß für den Ausbau der Nikolausstraße	2 250	—	—	—
20 000	—	20 000	—		Derselben 1. von 10 Raten am Vorschusse zur Bildung eines Betriebsfonds der Stadtkämmerei . . .	20 000	—	—	—
5 000	—	5 000	—		Der Getreidehilfskasse dgl. wie vor	5 000	—	—	—
				3. Verzinsung und Tilgung der Stadtschuld:					
704 000	—	700 761	81		An die städtische Schuldentilgungskasse für a) konsolidierte Schuld . . .	656 000	—	—	—
					b) schwebende Schuld . . .	44 761	81	—	—
786 363	91	781 156	06	688 753 ℳ 06 ₰	Summe Tit. XI.	781 156	06	—	—

Voranschlag M	Voranschlag S	Soll M	Soll S	Ausgaben	Wirklicher Anfall M	Wirklicher Anfall S	Rückstände M	Rückstände S
—		3 194	72	**XII. Sonstige Ausgaben.**	3 194	72	—	—
				Wiederholung.				
—	—	22 028	30	I. Auf den Bestand der Vorjahre	21 875	84	152	46
520 864	59	542 257	25	II. „ Erhebung der Einnahmen, Bewirtschaftungskosten und Rückvergütungen	542 257	25	—	—
9 000	—	9 499	56	III. Auf Passivreichnisse u. Staatsauflagen	9 499	56	—	—
311	49	1 201	46	IV. Auf Prozeß- u. Vollstreckungskosten	1 201	46	—	—
482 002	50	469 861	61	V. Auf die Gemeindebehörden u. deren Amtsführung . . .	469 861	61	—	—
1 195 686	96	1 738 679	17	VI. Auf öffentliche Einrichtungen und Anstalten	1 738 630	71	48	46
106 290	—	725 340	19	VII. Auf das Gemeindebauwesen	725 340	19	—	—
500	—	—	—	VIII. „ Wehranstalten . . .	—	—	—	—
1 800	—	19 982	79	IX. „ Feste und Ehrungen . .	19 982	79	—	—
11 740	55	14 284	88	X. „ besondere Leistungen . .	14 284	88	—	—
786 363	91	781 156	06	XI. „ Schuldentilgung . . .	781 156	06	—	—
—	—	3 194	72	XII. Sonstige Ausgaben . . .	3 194	72	—	—
3 114 560	—	4 327 485	99	Summe aller Ausgaben der Betriebsrechnung	4 327 285	07	200	92
				Abschluß.				
3 213 000	—	4 888 306	34	Einnahmen	4 833 799	78	54 506	56
3 114 560	—	4 327 485	99	Ausgaben	4 327 285	07	200	92
98 440	—	560 820	35	Kassabestand	506 514	71	—	—
				hiezu Einnahme-Rückstände . . .	54 506	56	—	—
				Summe	561 021	27	—	—
				hievon ab Zahlungs-Rückstände .	200	92	—	—
				Summe wie im Soll	560 820	35	—	—

Von der gesamten Betriebseinnahme der Stadtkämmerei zu 4 888 306 ℳ 34 ₰ entfallen:

360 190 ℳ 53 ₰ auf den Kassebestand pro 1902,
97 858 „ 28 „ „ Rückstände und Ersatzleistungen vom Vorjahre und Vorschüsse für das laufende Jahr,
3 328 910 „ 73 „ „ die ordentlichen Betriebseinnahmen,
1 101 346 „ 80 „ „ „ außerordentlichen Einnahmen und zwar

7 374 ℳ 07 ₰ Staatszuschuß (Rückstand) für Straßenpflasterungen,
2 000 „ — „ dgl. für Aufstellung eines Wohnungs-Inspektors,
1 040 865 „ 53 „ Zuschüsse der städt. Schuldentilgungskasse à conto der Stadtschuld,
18 390 „ 70 „ Vorschüsse der Getreidehilfskasse und
32 716 „ 50 „ „ „ Holzmagazinskasse zur Ausführung verschiedener Unternehmungen.

Von der gesamten Betriebsausgabe zu 4 327 485 ℳ 99 ₰ treffen:

22 028 ℳ 30 ₰ auf die Vorjahre und auf Ersatzleistungen des laufenden Jahres,
3 204 110 „ 89 „ „ „ ordentlichen Betriebsausgaben,
1 101 346 „ 80 „ „ „ außerordentlichen Ausgaben.

Ein Vergleich der Einnahmen und Ausgaben mit dem Vorjahre ergibt:

		Ordentliche Einnahmen				Ordentliche Ausgaben				Außerordentliche Ausgaben nach der Rechnung	
		Etat		Rechnung		Etat		Rechnung			
		ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰
1902		2 899 100	—	3 047 778	19	2 859 100	—	2 960 644	74	938 719	61
1903		3 213 000	—	3 328 910	73	3 114 560	—	3 204 110	89	1 101 346	80
1903	mehr	313 900	—	281 132	54	255 460	—	243 466	15	162 627	19
	weniger	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Bei Abgleichung der Einnahmen und Ausgaben in der Betriebsrechnung ergibt sich pro 1903 eine Mehreinnahme von

560 820 ℳ 35 ₰ gegenüber einer solchen pro 1902 von
378 144 „ 36 „ sonach gegen das Vorjahr eine Mehrung von
182 675 ℳ 99 ₰.

Der Kassebarbestand, welcher

Ende 1902 360 190 ℳ 53 ₰ und
„ 1903 506 514 „ 71 „ betrug,

hat sich um 146 324 ℳ 18 ₰ gemehrt.

Aus dem Bestande pro 1903 zu 560 820 ℳ 35 ₰ sind folgende, bereits genehmigte jedoch noch nicht erschöpfte und daher auf nächste Rechnung übertragene größere Kreditsummen zu bestreiten:

1 565	ℳ	70 ₰	für die städtischen Sammlungen,
378	„	80 „	„ Wohnungserhebung,
416	„	75 „	„ den Kanal der Rottendorferstraße,
456	„	02 „	„ „ „ „ „ Waltherstraße,
1 044	„	15 „	„ „ „ „ „ Traubengasse,
418	„	— „	„ „ „ „ „ Maistraße,
107	„	80 „	„ Herstellung von Niveauplänen der Büttnerstraße,
219	„	80 „	„ Ergänzung des Baulinienplanes für das Berggelände im Osten,
483	„	95 „	„ Terrainaufnahmen in den Feldlagen im Westen,
1 117	„	75 „	„ den Ausbau der Steinstraße,
1 300	„	— „	„ Ersatzleistung an die Straßenbahngesellschaft, für den Ausbau der Heidingsfelderstraße,
1 266	„	03 „	„ Ersatzleistung für den Ausbau der Ziegelaustraße,
12 563	„	65 „	„ den Ausbau von 10 verschiedenen Straßen nach Seite 237 u. 239 der Rechnung,
13 960	„	— „	„ Neupflasterung der Domstraße längs des Domes,
447	„	99 „	„ Wiederherstellung des Wenzelsaales,
1 201	„	07 „	„ Schlachthoferweiterung,
800	„	— „	„ Ergänzung der Löschrequisiten (Drexel'sches Legat),
1 900	„	— „	„ ein Bedürfnishäuschen am linken Mainufer,
39 647	ℳ	46 ₰	Summe.

Nach Abzug dieses Betrages, sowie des Betriebsfonds der Stadtkämmerei zu 250 000 ℳ — verbleibt ein Überschuß von 271 172 ℳ 89 ₰ *) gegen
65 652 „ 52 „ nach der Rechnung 1902.

*) Einschl. der Einnahme-Rückstände von 54 506 ℳ 56 ₰.

Vor-anschlag		Soll		Einnahmen	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
				Abt. II. Vermögensrechnung.				
				I. Aus den Vorjahren.				
-	—	992	37	Kassebestand	992	37	—	—
—	—	1 106	—	Einnahme-Rückstände	—	—	1 106	—
—	—	2 098	37	Summe Tit. I	992	37	1 106	—
				II. Einnahmen infolge Veräußerung oder Veränderung von Vermögensbestandteilen.				
—	—	1 781 060	40	1. Aus heimgezahlten Aktivkapitalien	1 781 060	40	—	—
—	—	68 636	21	2. Aus veräußerten Realitäten:				
				Von Juwelier Schleicher's Erben für Bauplatzflächen im Kürschnerhof	50 000	—	—	—
				Ersatz von der Betriebsrechnung, unverwendeter Rest des vorbezeichn. Kaufschillings — derselbe war zum Ausbau des Kürschnerhofes bestimmt	611	58	—	—
				Von der Betriebsrechnung Rest des für die Kühbachüberwölbung und den Ausbau der Leistenstraße bestimmt gewesenen Kaufschillings zu 30 000 ℳ für die an ꝛc. Heidenheimer verkauften Bauplätze an der Mergentheimerstraße . . .	17 761	47	—	—
				Von Joseph Keidel, Entschädigung für das Abbruchmaterial der Häuser Zellerstraße Nr. 30, 32 und 34 .	263	16	—	—
—	—	1 849 696	61	Summe Tit. II	1 849 696	61	—	—
—	—	27 372	75	**III. Neue Fundationszuflüsse:** Summe Titel III für sich.	27 372	75	—	—

Vor-anschlag		Soll		Einnahmen	Wirklicher Anfall		Rückstände	
M	₰	M	₰		M	₰	M	₰
—	—	10 373	25	**IV. Sonstige Einnahmen.**				
				Kanaleinleitungsgebühren für Anschlüsse an solche Kanäle, die aus Stadtschuldmitteln erbaut wurden	10 373	25	—	—
				Summe Titel IV für sich!				
				Wiederholung.				
—	—	2 098	37	I. Aus dem Vorjahre	992	37	1 106	—
—	—	1 849 696	61	II. Veräußerung oder Veränderung von Vermögensbestandteilen .	1 849 696	61	—	—
—	—	27 372	75	III. Neue Fundationszuflüsse . .	27 372	75	—	—
—	—	10 373	25	IV. Sonstige Einnahmen	10 373	25	—	—
—	—	1 889 540	98	Summe aller Einnahmen der Vermögensrechnung	1 888 434	98	1 106	—
				Ausgaben.				
				I. Refundierung und Mehrung des Vermögens.				
—	—	1 808 105	35	1. Ausleihung von Aktivkapitalien	1 808 105	35	—	—
—	—	25 273	60	2. Ankauf von Realitäten und Rechten:				
				Für den Ankauf des Hauses Burkarderstraße Nr. 30	25 273	60	—	—
—	—	1 833 378	95	Summe Tit. I	1 833 378	95	—	—
				IV. Ersatzleistungen an die Betriebsrechnung 2c.				
—	—	50 000	—	Kaufschilling für die Bauplatzflächen im Kürschnerhofe — vergl. Tit. II 2 der Einnahmen —	50 000	—	—	—
—	—	3 300	—	4. Abhebungsrate des Ablösungskapitals für Unterhaltung ehemal. Staatsstraßen	3 300	—	—	—
	—	53 000	—	Summe Tit. IV	53 000	—	—	—

Vor-anschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
				Wiederholung.				
—	—	1833378	95	I. Auf Refundierung und Mehrung des Vermögens	1833378	95	—	—
—	—	—	—	II. Auf Leistung von Aktivvorschüssen	—	—	—	—
—	—	—	—	III. Auf die Vorjahre	—	—	—	—
—		53300	—	IV. Ersatzleistungen an die Vermögensrechnung	53300	—	—	—
—	—	—	—	V. Sonstige Ausgaben	—	—	—	—
—	—	1886678	95	Summe aller Ausgaben der Vermögensrechnung	1886678	95	—	—
				Abschluß.				
—	—	1889540	98	Einnahmen	1888434	98	1106	—
—	—	1886678	95	Ausgaben	1886678	95	—	—
—	—	2862	03	Bestand	1756	03	1106	—

Das Soll der das eigentliche Kämmereistammvermögen bildenden Kapitalien berechnete sich

Ende 1903 auf 2428963 ℳ 89 ₰
„ 1902 „ 2419777 „ 14 „

daher Mehrung 9186 ℳ 75 ₰

In Wirklichkeit beträgt der Kapitalienstand 2571442 ℳ 85 ₰,
welchem ein Soll — wie oben — von 2428963 „ 89 „ gegenübersteht,

so daß sich 142478 ℳ 96 ₰
und zuzüglich einer Kapitalsminderanlage von 1756 „ 03 „

144234 ℳ 99 ₰,

als Mehranlage ergeben, nämlich die nicht zum Kämmereistammvermögen gehörigen und zur seinerzeitigen Verwendung für die bestimmten Zwecke vorbehaltenen Kapitalien zu

40700 ℳ — ₰ des Gätschenberger'schen Fonds,
50100 „ — „ „ Straßenunterhaltungsfonds,
43218 „ 58 „ „ Elektrizitätswerk-Erneuerungsfonds,
10216 „ 41 „ „ Luitpoldmuseum-Baufonds.

Vermögensausweis.

I. Stadtkämmereikasse.

a) Vermögen.

2 571 442	ℳ 85	₰	Verzinsliche Aktivkapitalien,
138 158	„ 32	„	dgl. der Straßenbaukasse,
53 966	„ 69	„	Kassebestand resp. Betriebsfonds der Installationskasse des Gas- und Wasserwerkes,
506 514	„ 71	„	Aktivkassebestand der I. Hauptabteilung,
1 756	„ 03	„	„ „ II. „
54 506	„ 56	„	Einnahmerückstände der I. Hauptabteilung,
1 106	„ —	„	„ „ II. „
32 142	„ 75	„	Anschlag aus 1 285 ℳ 71 ₰ Bierschankrecht zum 25fachen Betrage,
706	„ 58	„	an 103 Stück Goldgulden à 6,86 ℳ,
288	„ —	„	„ 4 „ silbernen Bechern à 72 ℳ,
11 775 720	„ —	„	Wert der städt. Gebäude } nach dem Inventar,
11 805 185	„ —	„	„ des übrigen Grundbesitzes }
30 500	„ —	„	„ „ Fisch- und Wasserrechtes von Bächen,
714 154	„ 30	„	„ „ Mobiliars einschl. der städtischen Sammlungen nach dem Inventar,
5 469	„ 37	„	„ „ Pflasterungs- 2c. Materials,
14 663	„ 88	„	„ „ Kanalbau-Materials,
131 787	„ 03	„	„ „ Magazinsbestandes der Installationskasse nach Inventar
27 838 068	ℳ 07	₰	Summe a).

b) Schulden.

200	ℳ 92	₰	Zahlungsrückstände der Betriebsrechnung,
18 808	„ 75	„	Passivreichnisse u. Bodenzinse zum 25fachen Betrage aus 752,35 ℳ,
474	„ 50	„	Bodenzins von den Schulhäusern zum 25fachen Betrage aus 18,98 „,
688 753	„ 06	„	Passivkapitalien und Passivvorschüsse,
708 237	ℳ 23	₰	Summe b).

Abgleichung.

27 838 068	ℳ 07	₰	Vermögen,
708 237	„ 23	„	Schulden,
27 129 830	ℳ 84	₰	Summe I, reines Vermögen der Stadtkämmerei.

II. Nebenkassen der Stadtkämmerei.

1 257 829	ℳ	87	₰	1. Gaswerkskasse,
2 993 343	„	45	„	2. Wasserwerkskasse,
479 112	„	95	„	3. Getreidehilfskasse,
595 818	„	65	„	4. Holzmagazinskasse,
15 226	„	28	„	5. Friedhofkasse,
251 097	„	57	„	6. Lokalschulkasse,
151 609	„	94	„	7. Pensionskasse für städt. Beamte,
63 429	„	71	„	8. „ „ „ Bedienstete,
36 542	„	01	„	9. „ „ „ Lehrer,
86 987	„	62	„	10. Leihanstalt,
398 185	„	93	„	11. Sparkasse,
4 197 213	„	89	„	12. Schuldentilgungskasse,
3 715	„	70	„	13. Universitäts-Jubiläumsfonds,
3 027	„	55	„	14. Industrie-Ausstellungsfonds,
125 884	„	80	„	15. Gemeindekrankenversicherung,
227 059	„	15	„	16. Kranken-Institut,
156 768	„	53	„	17. Gesellen-Kranken-Institut,
8 041	„	10	„	18. Kasse für Grunderwerbungen links des Maines,
11 050 894	ℳ	70	₰	Summe II.

Abschluß zum Vermögensausweis.

27 129 830	ℳ	84	₰	Vermögen nach Ziffer I,
11 050 894	„	70	„	„ „ „ II,
38 180 725	ℳ	54	₰	Summe des Vermögens. Hievon ab
22 931 921	ℳ	38	₰	konsolidierte Schuld,
1 173 458	„	90	„	schwebende Schuld für die Grunderwerbungen l. M.
24 105 380	ℳ	28	₰	Summe der Stadtschuld Ende 1903, sohin
14 075 345	ℳ	26	₰	reines Vermögen der Stadtkämmerei und ihrer gemeindlichen Nebenkassen Ende 1903, gegenüber dem Stande von 1902 eine Minderung von 897 576 ℳ 02 ₰.

Die vorstehende Vermögensminderung ist auf die Neueinschätzung der Realitäten des Gas- und des Wasserwerkes zurückzuführen, welche bewirkt hat, daß das Reinvermögen dieser beiden Kassen von 5 307 063 ℳ 32 ₰
im Vorjahre auf 4 251 173 „ 32 „
des Jahres 1903, sonach um 1 055 890 ℳ — ₰ zurückgegangen ist.

2. Gaswerkskasse.

Voranschlag		Soll		Einnahmen	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
—	—	32 767	79	I. Kassebestand nach letzter Rechnung	32 767	79	—	—
—	—	15	14	Einnahmerückstände . . .	15	14	—	—
2 332	50	2 332	50	II. Aus dem Ertrage der Realitäten	2 332	50	—	—
516 268	—	555 771	97	Für 3 606 468 cbm verkauftes Gas	555 771	97	—	—
185 400	—	149 335	99	Für 161 268,5 Ztr. Koks .	149 335	99	—	—
16 250	—	18 546	25	„ 12 243,55 „ Teer .	18 546	25	—	—
13 200	—	13 606	44	„ 1 141 Ztr. Ammoniaksalz	13 606	44	—	—
2 500	—	16 137	31	Für Magazins- und Betriebsgegenstände	16 137	31	—	—
3 000	—	3 380	66	Für Petroleumbeleuchtung .	3 380	66	—	—
19 000		24 810	61	„ Vermietung von Uhren und Apparaten	24 810	61	—	—
—	—	56 912	39	VII. Vorschüsse von der Holzmagazinskasse für Ausführung verschiedener Leitungen u. Entschädigung für den Explosionsschaden am 9. Oktober 1903	56 912	39	—	—
49	50	4	—	VIII. Sonstige Einnahmen . . .	4	—	—	—
758 000	—	873 621	05	Summe der Einnahmen	873 621	05	—	—
				Ausgaben:				
—	—	13	51	I. Ersatzposten vom Vorjahre .	13	51	—	—
25 151	83	26 265	08	II. Personalausgaben	26 265	08	—	—
2 350	—	2 663	08	Regie-Ausgaben ꝛc. ꝛc. . .	2 663	08	—	—
22 000	—	21 983	81	Taglöhne auf Fabrikation .	21 983	81	—	—
308 800	—	310 404	25	Materialien zur Fabrikation	310 404	25	—	—
1 000	—	792	75	Für Reinigung	792	75	—	—
8 000	—	9 303	62	„ Unterhaltung der Maschinen ꝛc.	9 303	62	—	—
367 301	83	371 426	10	Übertrag:	371 426	10	—	—

Voranschlag		Soll			Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰			ℳ	₰	ℳ	₰
367 301	83	371 426	10		Übertrag:	371 426	10	—	—
14 000	—	10 152	08		Für Unterhaltung des Rohrnetzes	10 152	08	—	—
10 000	—	8 072	89		Für Unterhaltung der Öfen .	8 072	89	—	—
1 350	—	1 382	55		„ „ „ Automaten u. Mietgegenstände	1 382	55	—	—
25 596	—	21 524	28		Für Unterhaltung u. Bedienung d. Stadtbeleuchtung	21 524	28	—	—
5 821	98	4 957	61		Allgemeine Unkosten . . .	4 957	61	—	—
13 800	—	12 164	49		Für Nebenprodukte . . .	12 164	49	—	—
15 000	—	15 531	43		„ neue Leitungen . . .	15 531	43	—	—
32 000	—	57 572	75		„ Uhren und Apparate .	57 572	75	—	—
—	—	69 881	13		„ Erweiterung der Fabrikanlagen	69 881	13	—	—
6 500	—	5 967	53	III.	Für Steuern und Umlagen	5 967	53	—	—
1 800	—	1 518	92	VII.	„ Gebäudeunterhaltung .	1 518	92	—	—
—	—	9 746	81		„ Reparatur d. Explosionsschäden	9 746	81	—	—
241 000	—	238 417	04	X.	An die Kämmerei	238 417	04	—	—
19 830	19	23 248	36	XI.	Auf Schuldentilgung . . .	23 248	36	—	—
4 000	—	—	—	XII.	„ den Erneuerungsfond . (Demselben sind aus dem Reingewinne zu 220 570,81 ℳ 10% = 22 057,08 ℳ zugeflossen, welcher Betrag pro 1904 sofort zur Tilgung von Vorschüssen verwendet wurde.)	—	—	—	—
758 000	—	851 563	97		Summe der Ausgaben	851 563	97	—	—
					Abschluß:				
758 000	—	873 621	05		Einnahmen	873 621	05	—	—
758 000	—	851 563	97		Ausgaben	851 563	97	—	—
—	—	22 057	08		Kassebestand	22 057	08	—	—

Vermögensausweis.

1 095 084	ℳ	–	₰ Wert der Immobilien, der Maschinen, Gasbehälter, Leitungen und Beleuchtungsanlagen,
195 009	„	99	„ Wert der vermieteten Uhren und Apparate,
21	„	73	„ „ einer „ Leitung,
6 954	„	96	„ „ des Magazinsbestandes,
40 989	„	10	„ „ der Materialvorräte,
22 057	„	08	„ Aktivkassebestand bezw. Erneuerungsfonds,
1 360 116	ℳ	86	₰ Summe des Vermögens, hievon ab
102 286	„	99	„ Vorschüsse und zwar:
			98 733 ℳ 30 ₰ Guthaben der Holzmagazinskasse,
			3 553 „ 69 „ „ „ Getreidehilfskasse, bleiben
1 257 829	ℳ	87	₰ reines Vermögen Ende 1903.

3. Wasserwerkskasse.

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
—	—	4 341	30	I. Kassebestand bezw. Erneuerungsfonds aus den Vorjahren	4 341	30	—	—
—	—	851	98	Einnahmerückstände . . .	171	98	680	—
5 088	—	4 792	17	II. Aus dem Ertrage der Realitäten	4 792	17	—	—
330 052	94	341 214	05	III. Für verkauftes Wasser:				
				Aversa	27 553	94	—	—
				Nach Wassermessern u. Eichhahnen	313 411	10	249	01
847	06	597	55	Für verkaufte Materialien .	597	55	—	—
14 000	—	22 961	33	VII. Anschlußgebühren	22 961	33	—	—
—	—	300	95	Vorschuß für eine neue Leitung	300	95	—	—
—	—	2 273	04	Zuschuß von der Schuldentilgungskasse:				
				Für das Werk Zell . . .	2 273	04	—	—
12	—	22	46	VIII. Sonstige Einnahmen . . .	22	46	—	—
350 000	—	377 354	83	Summe der Einnahmen	376 425	82	929	01

Voranschlag M	Voranschlag ₰	Soll M	Soll ₰	Ausgaben	Wirklicher Anfall M	Wirklicher Anfall ₰	Rückstände M	Rückstände ₰
—	—	28	22	I. Ersatzposten	28	22	—	—
50	—	2 349	06	II. Rückvergütungen . . .	2 349	06		—
500	—	687	62	III. Passivreichnisse, Steuern ꝛc.	687	62	—	—
15 788	17	15 049	50	VI. Personalausgaben	15 049	50	—	—
2 400	—	2 341	40	Regie	2 341	40	—	—
		16 259	20	Für das Werk Würzburg:				
3 268	—			Heizerlöhne	3 012	15	—	—
16 370	—			Heiz- und Schmiermaterial .	10 857	01	—	—
5 000	—			Maschinenunterhaltung . .	2 390	04	—	—
		15 358	16	Für das Werk Heidingsfeld:				
2 928	—			Heizerlöhne	3 124	37	—	—
7 300	—			Heiz- und Schmiermaterial .	9 887	22	—	—
1 100	—			Maschinenunterhaltung . .	2 346	57	—	—
		25 165	96	Für das Werk Zell:				
3 776	—			Heizerlöhne	3 458	50	—	—
26 630	—			Heiz- und Schmiermaterial .	19 536	16	—	—
2 400	—			Maschinenunterhaltung . .	2 171	30	—	—
16 000	—	10 109	76	Unterhaltung des Rohrnetzes	10 109	76	—	
3 000	—	1 241	69	„ der Rotpfosten	1 241	69	—	—
3 000	—	2 335	69	„ „ Brunnen .	2 335	69	—	—
100	—	58	30	„ „ Anlagen .	58	30	—	—
12 449	83	8 581	35	Allgemeine Unkosten . . .	8 581	35	—	—
—	—	92	—	Rückersatz des Gewinnentganges an die Installationskasse beim Aufstellen von Wassermessern	92	—	—	—
15 000	—	25 326	99	Erweiterung des Rohrnetzes	25 326	99	—	—
—	—	2 548	04	Auf Neuanlagen und zwar auf Werk Zell	2 273	04	275	—
3 200	—	3 218	21	VII. Auf das Bauwesen . .	3 218	21	—	—
208 000	—	230 978	79	X. Ablieferung an die Kämmerei	230 978	79	—	—
1 740	—	1 505	73	XI. Auf Schuldentilgung . .	1 505	73	—	—
350 000	—	363 235	67	Übertrag:	362 960	67	275	

Digitized by Google

Vor-anschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
350 000	—	363 235	67	Übertrag:	362 960	67	275	—
—	—	—	—	XII. Auf den Erneuerungsfonds . (Demselben sind aus dem Reingewinne zu 91 238,50 ℳ 10 % = 9 123,85 ℳ zugeflossen, welcher Betrag in dem unten ausgewiesenen Kassabestand enthalten ist.)	—	—	—	—
350 000	—	363 235	67	Summe der Ausgaben	362 960	67	275	—
				Abschluß:				
350 000	—	377 354	83	Einnahmen	376 425	82	929	01
350 000	—	363 235	67	Ausgaben	362 960	67	275	—
—	—	14 119	16	Bestand und Erneuerungsfonds .	13 465	15	—	—
				Hiezu: Einnahmerückstand . . .	929	01		
					14 394	16		
				Hievon ab: Zahlungsrückstand . .	275	—		
				Rest-Summe wie im Soll	14 119	16		

Vermögensausweis.

1 276 532	ℳ	— ₰	Wert des Immobilienvermögens,
1 687 923	„	— „	„ der Maschinen, Leitungen ꝛc.,
38	„	02 „	„ einer vermieteten Leitung,
5 097	„	74 „	„ des Mobiliars und der Werkzeuge,
13 828	„	60 „	„ der Materialvorräte,
13 465	„	15 „	Aktivkassebestand bezw. Erneuerungsfonds,
929	„	01 „	Einnahmerückstände,
2 997 813	ℳ	52 ₰	Summe. Hievon ab:
		4 195 ℳ	07 ₰ Vorschuß von der Holzmagazinskasse,
		275 „	— „ Zahlungsrückstand,
4 470	„	07 „	Schulden, sohin
2 993 343	ℳ	45 ₰	reines Vermögen Ende 1903.

4. Städtische Getreidehilfskasse.

(Admassierungsfonds.)

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
—	—	730	83	I. Aus dem Vorjahre	730	83	—	—
12 319	35	11 259	44	II. An Kapitalzinsen aus 408352,40 ℳ	11 259	44	—	—
1 610	—	1 610	—	Pacht für das Anwesen Neuberg-straße 26	455	—	1 155	—
95	54	16	50	VIII. Sonstige Einnahmen . . .	16	50	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	17 142	83	I. Vorschuß der Kämmerei zur Errichtung einer Kohlengasfabrik Rest aus ursprünglich. 100000 fl.	8 571	43	8 571	40
	—	91 153	68	II. An heimgezahlten Aktivkapitalien und zwar:				
				a) städt. Obligationen à 4%	71 500	—	—	—
				b) städt. Gaswerk Rate an restigen 7 107,37 ℳ . . .	3 553	68	—	—
				c) Stadtkämmerei 2. Rate aus der Pflasterungsschuld . .	11 100	—	—	—
				d) Stadtkämmerei 1. Rate am Vorschusse zum Betriebsfonds	5 000	—	—	—
14 024	89	121 913	28	Summe der Einnahmen	112 186	88	9 726	40
				Ausgaben.				
				Betriebsrechnung.				
80	—	342	20	II. Für Fertigung der Rechnung, des Voranschlags, Buchbinder- und Druckerlöhne, Zinsvorschüsse u. Reichsstempelgebühren	342	20	—	—
120	—	101	14	III. Staatssteuern u. Kreisumlagen	101	14	—	—
100	—	47	18	VII. a) Ständige Bauausgaben .	47	18	—	—
150	—	37	70	b) Baureparaturen	37	70	—	—
450	—	528	22	Übertrag:	528	22		

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Ausgaben	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
450	—	528	22	Übertrag:	528	22	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	111 864	49	II. Ausleihung von Kapitalien u. zwar:				
				a) Mehrausgabe im Vorjahr .	6 682	01	—	—
				b) in 3½% städt. Obligationen	76 490	—	—	—
				c) als 3% Vorschuß an die Stadtkämmerei à c. Pflasterungsschuld	1 683	08	—	—
				d) an 3½% Pfandbriefen .	27 009	40	—	—
450	—	112 392	71	Summe der Ausgaben	112 392	71	—	—
				Abschluß.				
14 024	89	121 913	28	Einnahmen	112 186	88	9 726	40
450	—	112 392	71	Ausgaben	112 392	71	—	—
13 574	89	9 520	57	Soll Mehrausgabe	205	83		
				Einnahmerückstände	9 726	40		
				Bestand wie im Soll	9 520	57		

Vermögensausweis.

a) Rentierendes Vermögen:

408 352 ℳ 40 ₰ an Kapitalien und Vorschüssen,
61 273 „ 98 „ „ Realitäten,

469 626 ℳ 38 ₰ Summe a) Übertrag

469 626 ℳ 38 ₰ Übertrag.

b) Nichtrentierendes Vermögen.

8 571 ℳ 40 ₰ an Aktivvorschüssen,
1 155 „ — „ „ Außenständen,
195 „ — „ „ Mobilien,

9 921 „ 40 „ Summe b)

479 547 ℳ 78 ₰ Summe des Vermögens. Hievon ab:
205 ℳ 83 ₰ Mehrausgabe der Vermögensrechnung,
229 „ — „ Bodenzinskapital,

434 „ 83 „ Summe der Schulden, sonach

479 112 ℳ 95 ₰ reines Vermögen Ende 1903.

5. Städtische Holzmagazinskasse.

(Admassierungsfonds.)

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
—	—	7 468	43	I. Kassebestand nach vor. Rechnung	7 468	43	—	—
13 025	39	11 519	15	II. An Kapitalszinsen aus 446 038 ℳ 59 ₰	11 519	15	—	—
4 623	—	4 593	—	Mietertrag der Häuser Kärnergasse Nr. 33, 37, 39, 43, 45, 47, 49 und 51	4 593	—	—	—
15 000	—	10 162	04	III. Erlös von dem aus dem Magazin verkauften Holz . . .	10 162	04	—	—
1 200	—	835	26	Anweis- u. Einschaugeld vom Holzmarkt	835	26	—	—
3 200	—	2 699	04	VI. An Holzzoll	2 699	04	—	—
65	30	212	57	VIII. Sonstige Einnahmen . . .	212	57	—	—
37 113	69	37 489	49	Übertrag:	37 489	49	—	—

Voranschlag		Soll		Einnahmen	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
37 113	69	37 489	49	Übertrag:	37 489	49	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	3 743	91	I. Von der Stadtkämmerei aus dem Vorschusse zu urspr. 38 743 ℳ 91 ₰ für Kanalisation der Lehnleite, letzte Rate	3 743	91	—	—
—	—	52 226	44	II. An heimgezahlten Aktivkapitalien und Vorschüssen	52 226	44	—	—
37 113	69	93 459	84	Summe der Einnahmen	93 459	84	—	—
				Ausgaben.				
				Betriebsrechnung.				
250	—	245	05	III. Staatssteuern, Kreisumlagen .	245	05	—	—
2 700	—	2 700	—	V. Auf Besoldungen	2 700	—	—	—
340	—	364	16	Regie und Realexigenz . . .	364	16	—	—
15 000	—	10 190	17	VI. Auf Ankauf, Beifuhr und Ausfuhr des Magazinsholzes . .	10 190	17	—	—
280	—	288	41	VII. Ständige Bauausgaben . .	288	41	—	—
820	—	446	45	Baureparaturen	446	45	—	—
386	—	386	—	XI. Auf Verzinsung von 2 Kaufschillingsresten zu 9650 ℳ .	386	—	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	74 077	45	I. Ausleihung von Kapitalien und zwar:				
				auf 3½% ige städt. Obligationen .	19 960	—	—	—
				zu 3%, Darlehen an die Stadtkämmerei zur Schlachthof-Erweiterung	32 716	50	—	—
19 776	—	88 697	69	Übertrag:	67 296	74	—	—

Voranschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
19 776	—	88 697	69	Übertrag:	67 296	74	—	—
				zu 4 %, Darlehen dem Gas- und Wasserwerk für Leitungen im Ostgrombühl	400	95	—	—
				zu 3 %, Darlehen dem Gaswerk zur Teleskopierung des dritten Gasbehälters	21 000	—	—	—
—	—	12 000	—	Kaufschillingsrest für das Haus Kärnergasse Nr. 33	1 000	—	11 000	—
19 776	—	100 697	69	Summe der Ausgaben	89 697	69	11 000	—
				Abschluß.				
37 113	69	93 459	84	Einnahmen	93 459	84	—	—
19 776	—	100 697	69	Ausgaben	89 697	69	11 000	—
17 337	69	7 237	85	Mehrausgabe Kassebestand	3 762	15		
				im Soll Zahlungsrückstand	11 000	—		
				Ziffer wie im Soll	7 237	85		

Vermögensausweis.

a) Rentierendes Vermögen:

446 038 ℳ 59 ₰ an Aktivkapitalien,
159 885 „ 94 „ „ Realitäten,

605 924 ℳ 53 ₰ Summe a) Übertrag.

605 924 ℳ 53 ₰ Übertrag.

b) Nichtrentierendes Vermögen:

3 762 ℳ 15 ₰ Kassebestand,
6 236 „ 92 „ Wert des Holzvorrates,
599 „ 30 „ Mobiliarwert,

10 598 ℳ 37 ₰ Summe b.

616 522 ℳ 90 ₰ Summe des Vermögens. Hievon
20 650 ℳ — ₰ Kaufschillingsreste,
54 „ 25 „ Bodenzinskapital,

20 704 „ 25 „ Schulden, sohin

595 818 ℳ 65 ₰ reines Vermögen Ende 1903.

6. Friedhofkasse.

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
480	75	544	52	II. Von der Stadtkämmerei Legatzinsen zur Unterhaltung 2c. von Grabstätten	544	52	—	—
6 200	—	7 199	—	III. Für Benützung der Leichenwagen	7 199	—	—	—
1 950	—	2 350	—	„ „ des Leichenhauses	2 350	—	—	—
850	—	602	—	„ „ „ Bahrtuches .	602	—	—	—
1 700	—	1 781	80	Gebühren für das Grabgeläute . .	1 781	80	—	—
—	—	1 263	—	„ „ den Eintrag in die Friedhofgrundbücher	1 263	—	—	—
1 990	—	1 319	—	Verwaltungsgebühren	1 319	—	—	—
2 220	—	2 034	—	Gebühren für Abweichung von der Reihenfolge	2 034	—	—	—
1 000	—	592	—	Gebühren für Beisetzung in schon belegte Grüfte	592	—	—	—
50	—	200	—	Gebühren für Beisetzungen in Grüfte 2c. ohne Berechtigung und Beisetzung auswärts Verstorbener ohne Beisetzungsberechtigung und ohne Heimat- oder Bürgerrecht dahier	200	—	—	—
16 440	75	17 885	32	Übertrag:	17 885	32	—	—

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
16 440	75	17 885	32	Übertrag:	17 885	32	—	—
440	—	513	—	Gebühren für die II. Leichenschau .	513	—	—	—
2 100	—	2 050	—	Für Mauergrüfte	2 050	—	—	—
9 000	—	16 150	—	„ Familiengräber	16 150	—	—	—
11 300	—	12 883	51	„ gewöhnliche Gräber	12 883	51	—	—
700	—	879	65	„ verfallene Grabsteine ꝛc. Stumpen und Tropfwachs	879	65	—	—
—	—	1 056	25	Gebühren für Errichtung von Grabdenkmälern	1 056	25	—	—
19	25	430	23	IV. Sonstige Einnahmen	430	23	—	—
40 000	—	51 847	96	Summe der Einnahmen	51 847	96	—	—
				Ausgaben.				
5 825	—	6 347	66	II. Personalausgaben	6 347	66	—	—
550	—	1 159	49	Sachliche Ausgaben	1 159	49	—	—
300	—	1 314	—	Rückvergütung von Grabgebühren .	1 314	—	—	—
221	—	207	—	III. Für Unterhaltung der vertragsmäßig übernommenen Grabstätten	207	—	—	—
1 350	—	1 708	54	IV. Für Unterhaltung der Leichenwagen, Pferdegeschirre, Kutscherkleidung ꝛc.	1 708	54	—	—
3 400	—	4 136	50	Für Leichenfuhren	4 136	50	—	—
—	—	2 120	—	Für einen neuen Leichenwagen für Erwachsene	2 120	—	—	—
2 000	—	1 833	57	Für Beheizung, Beleuchtung und Reinigung des Leichenhauses . .	1 833	57	—	—
350	—	501	34	Für Anschaffung und Unterhaltung von Geräten, Mobilien ꝛc. . . .	501	34	—	—
310	—	363	60	Für Besorgung des Grabgeläutes .	363	60	—	—
900	—	932	12	Für Wasserversorgung	932	12	—	—
600	—	595	66	Für Bereitstellung von Gräbern .	595	66	—	—
3 000	—	1 378	07	Für Unterhaltung der Friedhofwege, Mauern, Tore, Pflanzungen, Reinigung des Friedhofes ꝛc. . . .	1 378	07	—	—
18 806	—	22 597	55	Übertrag:	22 597	55	—	—

Digitized by Google

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Ausgaben	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
18 806	—	22 597	55	Übertrag:	22 597	55	—	—
—	—	967	25	Für die Friedhoferweiterung . . .	967	25	—	—
77	48	77	48	V. Ständige Bauausgaben . . .	77	48	—	—
900	—	1 235	34	Für Gebäudereparaturen	1 235	34	—	—
95	—	95	—	VI. Für den Sicherheitsdienst an Allerheiligen und Allerseelen . .	95	—	—	—
150	—	125	—	Für Beleuchtung u. Schmückung des Kriegerdenkmals an Allerheiligen und Allerseelen	125	—	—	—
19 750	—	26 737	04	VII. Überschuß an die Stadtkämmerei	26 737	04	—	—
221	52	13	30	VIII. Sonstige Ausgaben . . .	13	30	—	—
40 000	—	51 847	96	Summe der Ausgaben	51 847	96	—	—
				Abschluß.				
40 000	—	51 847	96	Einnahmen	51 847	96	—	—
40 000	—	51 847	96	Ausgaben	51 847	96	—	—
—	—	—	—	Bestand	—	—	—	—

Vermögensausweis.

15226 ℳ 28 ₰ Wert der Mobilien, welcher Betrag das reine Vermögen Ende 1903 bildet.

Das Friedhofareal, welches eine Grundfläche von 81 140 qm umfaßt und auf 811 400 ℳ gewertet wurde, ist im Immobiliarverzeichnis der Stadtkämmerei und somit auch in deren Vermögensausweis vorgetragen, ebenso der Schätzungswert des neuen Leichenhauses mit 82 000 ℳ

Der Betriebsüberschuß der Friedhofkasse pro 1903 zu 26 737 ℳ 04 ₰ bildet ein Äquivalent für den aus Kämmereimitteln bestrittenen Aufwand für Grunderwerbungen zur Erweiterung des Friedhofes sowie für Verzinsung und Amortisation der aus Anlehensmitteln entnommenen Kosten zu 118 600 ℳ behufs Errichtung des neuen Leichenhauses, Umgestaltung der I. Abteilung, für Gas- und Wassereinrichtung ꝛc.

Dieser Überschuß entspricht bei Zugrundelegung eines Kapitals von 930 000 ℳ (811 400 ℳ für das Friedhofareal + 118 600 ℳ für das Leichenhaus ꝛc.) einer Rente von nur 2,87 %.

7. Lokalschulkasse.

Voranschlag M	Voranschlag ₰	Soll M	Soll ₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall M	Wirklicher Anfall ₰	Rückstände M	Rückstände ₰
—	—	8	20	I. Ersatzleistungen vom Vorjahre .	8	20	—	—
2 020	—	2 006	66	II. Geldanschlag für Dienstwohnungen	2 006	66	—	—
				VII. Sustentationsbeiträge:				
3 082	60	54 814	81	Von der Staatskasse (hierunter 51 736 M 52 ₰ Bauschabfindung für die an das Lehrpersonal zu zahlenden Dienstalters- und Personalzulagen	54 814	81	—	—
4 143	24	4 412	93	Von Stiftungen	4 412	93	—	—
428 500	—	416 514	34	Von der Stadtkämmerei	416 514	34	—	—
1 054	16	1 183	13	III. Sonstige Einnahmen	1 064	28	118	85
438 800	—	478 940	07	Summe der Einnahmen	478 821	22	118	85
				Ausgaben.				
50	—	40	63	III. Grundsteuern, Umlagen ꝛc. . .	40	63	—	—
12 435	—	13 014	10	V. A. Besoldungen der Schuldiener	13 014	10	—	—
1 154	—	1 130	40	B. Regie- und Realexigenz (inkl. Miete für von Privaten gemietete Schullokale) . . .	1 130	40	—	—
		390 425	28	VI. Personalausgaben für das Lehrpersonal und zwar:				
232 084	81			Gehaltsbezüge der Lehrer . . .	261 117	06	—	—
1 200	—			Vergütung für Aushilfe	2 045	—	—	—
2 490	—			Korrekturgelder	2 675	11	—	—
89 803	68			Gehaltsbezüge der Lehrerinnen .	107 813	16	—	—
800	—			Vergütung für Aushilfe	950	—	—	—
1 386	—			Korrekturgelder	1 465	—	—	—
1 400	—			Für Überstunden	1 379	30	—	—
2 640	—			Für Handarbeitsunterricht . . .	2 406	93	—	—
8 640	—			Für die erweiterte Fortbildungsschule für Mädchen	8 686	22	—	—
354 083	49	404 610	41	Übertrag:	402 722	91	—	—

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Ausgaben	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
354 083	49	404 610	41	Übertrag:	402 722	91	—	—
1 800	—	—	—	Remuneration der Lehrerobmänner.	1 887	50	—	—
4 194	—	3 270	20	Pensionen	3 270	20	—	—
49 880	—	45 575	03	Auf Schulbedürfnisse: Druckkosten, Beheizung, Reinigung, Beleuchtung, Mobilien, Lehr- und Lernmittel	45 575	03	—	—
400	—	400	—	Für Ausbildung armer talentierter Schüler für das Lehrfach . . .	400	—	—	—
585	—	585	—	Für Erteilung von Koch- und Haushaltungsunterricht an der erweiterten Fortbildungsschule für Mädchen	585	—	—	—
22 839	40	18 605	75	VII. Für Gebäudeunterhaltung . .	18 605	75	—	—
5 000	—	5 000	—	X. An besonderen Leistungen (Zuschuß an den polytechnischen Zentralverein hier)	5 000	—	—	—
18	11	774	83	XII. Auf sonstige Ausgaben (dem Unterfränkischen Schullehrer-Witwen- und Waisen-Pensions-Verein Interkalargefälle der pro 1903 erledigten Schulstellen)	774	83	—	—
438 800	—	478 821	22	Summe der Ausgaben	478 821	22	—	—
				Abschluß.				
438 800	—	478 940	07	Einnahmen	478 821	22	118	85
438 800	—	478 821	22	Ausgaben	478 821	22	—	—
—	—	118	85	Barbestand	—	—	118	85

Vermögensausweis.

250 978 ℳ 72 ₰ Wert der Mobilien,
118 „ 85 „ Einnahmerückstände,

251 097 ℳ 57 ₰ reines Vermögen Ende 1903.

Der Stand des Lehrpersonals an den Volksschulen war Ende 1903:

95 Lehrer gegen 92 pro 1902
61 Lehrerinnen „ 58 „ 1902

156 in Summe gegen 150 im Vorjahr.

Außerdem erteilten 4 Klosterfrauen Volksschulunterricht. Ferner waren 5 Arbeitslehrerinnen für die Volksschulen und 4 Fachlehrer für die erweiterte Fortbildungsschule für Mädchen aufgestellt.

Der Zuschuß der Stadtkämmerei beträgt

416 514 ℳ 34 ₰ pro 1903, d. i. 34,80 % der Gemeindeumlagen zu 1 196 800,
396 272 „ 52 „ „ 1902, d. i. 39,46 % „ „ „ 1 004 162, sohin

20 241 ℳ 82 ₰ mehr gegen das Vorjahr.

Von der Gesamtausgabe treffen

im Jahre	1903	bei 7860	Schulkindern	60,92 ℳ	pro Kopf,
„ „	1902	„ 7697	„	52,82 „	„ „
„ „	1901	„ 7525	„	52,94 „	„ „
„ „	1900	„ 7185	„	48,29 „	„ „
„ „	1899	„ 6945	„	45,48 „	„ „
„ „	1898	„ 6744	„	42,89 „	„ „

ohne Einrechnung der besonderen Ausgaben für Schulhausneubauten, für welche im Jahre 1903 319 022 ℳ in den Jahren 1896 mit 1903 insgesamt 1 323 197 ℳ aufgewendet wurden.

8. Pensionskasse für städtische Beamte.

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
5 836	61	5 880	64	II. An Kapitalzinsen	5 880	64	—	—
				III. An Zuschüssen:				
43 200	—	43 185	59	Von der Stadtkämmerei	43 185	59	—	—
16 800	—	18 598	24	„ „ städt. Sparkasse	18 598	24	—	—
6 603	39	6 682	76	Jahresbeiträge der Mitglieder . .	6 682	76	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	859	76	I. Aus dem Vorjahre	859	76	—	—
—	—	118 300	—	II. Einnahmen infolge Veräußerung oder Veränderung von Vermögensbestandteilen	118 300	—	—	—
				III. Neue Fundationszuschüsse:				
—	—	1 200	—	Von der Stadtkämmerei zur Bildung eines Reservefondes	1 200	—	—	—
—	—	2 517	60	Eintrittsgebühren der Mitglieder .	2 517	60	—	—
72 440	—	197 224	59	Summe der Einnahmen	197 224	59	—	—

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Ausgaben	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
38	50	149	50	IV. An Buchbinderlöhnen u. sonstigen Regie-Ausgaben	149	50	—	—
		74 197	73	V. Pensionen:				
47 392	40			an Beamte	49 895	23	—	—
21 962	30			„ Witwen	22 387	30	—	—
1 846	80			„ Waisen	1 915	20	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	122 296	—	II. Ausleihung von Aktivkapitalien	122 296	—	—	—
71 240	—	196 643	23	Summe der Ausgaben	196 643	23	—	—
				Abschluß.				
72 440	—	197 224	59	Einnahmen	197 224	59	—	—
71 240	—	196 643	23	Ausgaben	196 643	23	—	—
1 200	—	581	36	Kassebestand	581	36	—	—

Vermögensausweis.

151 028 ℳ 58 ₰ Aktivkapitalienstand,
581 „ 36 „ Kassebestand,

151 609 ℳ 94 ₰ Summe des Vermögens Ende 1903.

Anmerkung:

Die Eintrittsgebühren der Mitglieder fließen dem Stammvermögen der Kasse zu die hieraus anfallenden Zinsen sind für die Zwecke der Kasse mitzuverwenden.

9. Pensionskasse für städtische Bedienstete.

Voranschlag ℳ	Voranschlag ₰	Soll ℳ	Soll ₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	Wirklicher Anfall ₰	Rückstände ℳ	Rückstände ₰
				Betriebsrechnung.				
2 450	—	2 447	50	II. An Kapitalzinsen aus 63 400 ℳ	2 447	50	—	—
3 980	—	4 130	85	VII. a) Zuschuß von der Stadtkämmerei zur Deckung des Mehrbedarfs	4 130	85	—	—
200	—	97	53	b) von den hiesigen Wirten für das Nachtzettelschreiben	97	53	—	—
3 874	70	3 955	31	c) Jahresbeiträge der Kassenmitglieder	3 955	31	—	—
15	30	163	—	VIII. An Strafen und Sühnegeldern von Bediensteten	163	—	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	9	71	I. Kassebestand nach letzter Rechnung	9	71	—	—
—	—	54 400	—	II. An heimgezahlten Aktivkapitalien	54 400	—	—	—
—	—	1 072	—	III. An Eintrittsgebühren der Kassenmitglieder	1 072	—	—	—
10 520	—	66 275	90	Summe der Einnahmen	66 275	90	—	—
				Ausgaben.				
				Betriebsrechnung.				
70	22	68	90	V. Für Etatsanfertigung, Rechnungsstellung, Buchbinderlöhne, Druckkostenanteil für den Verwaltungsbericht	68	90	—	—
10 449	78	10 725	29	An Pensionen u. Unterhaltsbeiträgen	10 725	29	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	55 392	—	I. Ausleihung von Aktivkapitalien .	55 392	—	—	—
—	—	60	—	III. Rückzahlung von Eintrittsgebühren	60	—	—	—
10 520	—	66 246	19	Summe der Ausgaben	66 246	19	—	—

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Abschluß	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
10 520	—	66 275	90	Einnahmen	66 275	90	—	—
10 520	—	66 246	19	Ausgaben	66 246	19	—	—
—	—	29	71	Kassebestand	29	71	—	—

Vermögensausweis.

63 400 ℳ — ₰ Aktivkapitalien,
29 „ 71 „ Kassebestand,

63 429 ℳ 71 ₰ Summe des Vermögens Ende 1903.

10. Pensionskasse für das städtische Lehrpersonal.

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
—	—	—	—	I. Aus dem Vorjahre	—	—	—	—
1 400	—	1 401	40	II. An Kapitalzinsen aus 36 600 ℳ	1 401	40	—	—
4 448	01	4 507	61	III. a) Jahresbeiträge von den Kassemitgliedern	4 507	61	—	—
3 120	—	6 632	54	b) Zuschuß von der Stadtkämmereikasse	6 632	54	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	29 900	—	II. An heimgezahlten Aktivkapitalien	29 900	—	—	—
1 604	88	1 442	88	III. Eintrittsgebühren von den Kassemitgliedern	1 442	88	—	—
10 572	89	43 884	43	Summe der Einnahmen	43 884	43	—	—

Voranschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
50	81	41	60	IV. Auf die Verwaltung	41	60	—	—
8 917	20	12 499	95	V. An Pensionen und Unterhaltsbeiträgen	12 499	95	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	31 397	—	I. Auf Ausleihung von Aktivkapitalien	31 397	—	—	—
—	—	3	87	III. Auf die Vorjahre	3	87	—	—
8 968	01	43 942	42	Summe der Ausgaben	43 942	42	—	—
				Abschluß.				
10 572	89	43 884	43	Einnahmen	43 884	43	—	—
8 968	01	43 942	42	Ausgaben	43 942	42	—	—
1 604	88	57	99	Mehrausgabe	57	99	—	—

Vermögensausweis.

36 600 ℳ — ₰ Aktivkapitalienbestand; hievon ab
57 „ 99 „ Mehrausgabe, sohin

36 542 ℳ 01 ₰ Summe des Vermögens Ende 1903.

Anmerkung:

Die Eintrittsgebühren der Mitglieder fließen gemäß § 11 des Pensionsstatuts dem Stammvermögen der Kasse zu; die hieraus anfallenden Zinsen sind für die Zwecke der Kasse mitzuverwenden.

11. Städtische Leihanstalt.

Vor-anschlag		Soll		Einnahmen	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
10 200	—	11 829	81	III. Zinsen aus Darlehen von Pfändern	11 829	81	—	—
400	—	629	59	Versteigerungsgebühren	629	59	—	—
10	—	5	90	Erlös für Verpackungsmaterial . .	5	90	—	—
900	—	1 005	91	Verfallene Mehrerlöse aus versteigerten Pfändern	1 005	91	—	—
—	—	18	05	Vom Taxator vergütete Mindererlöse aus solchen Pfändern	18	05	—	—
—	—	1 828	31	Unerhobene Mehrerlöse aus den diesjährigen Versteigerungen . . .	1 828	31	—	—
40	—	83	15	VIII. Zinsen aus Kapitalsanlagen	83	15	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	201	92	I. Kassebestand aus voriger Rechnung	201	92	—	—
—	—	123 177	—	II. Darlehensrückzahlungen:				
				von ausgelösten Pfändern . . .	114 654	—	—	—
				„ versteigerten Pfändern . . .	8 523	—	—	—
—	—	5 000	—	IV. aus Schuldaufnahmen . . .	5 000	—	—	—
11 550	—	143 779	64	Summe der Einnahmen	143 779	64	—	—
				Ausgaben.				
				Betriebsrechnung.				
—	—	2 815	73	I. Zahlungsrückstände, abgeholte Mehrerlöse aus versteigerten Pfändern	1 213	72	1 602	01
6 940	—	6 940	—	II. Personalausgaben	6 940	—	—	—
990	—	818	85	Sachliche Ausgaben, Regie ꝛc. . .	818	85	—	—
156	—	215	47	Mindererlöse aus Versteigerungen und besondere Ausgaben	215	47	—	—
8 086	—	10 790	05	Übertrag:	9 188	04	1 602	01

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Ausgaben	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
8 086	—	10 790	05	Übertrag:	9 188	04	1 602	01
100	—	125	70	III. Versteigerungsgebühr dem k. Stadtrentamte	125	70	—	—
1 114	—	3 389	29	Überschußlieferung an die Stadtkämmerei	3 389	29	—	—
—	—	1 828	31	XI. Mehrerlöse der diesjähr. Versteigerungen	—	—	1 828	31
1 850	—	8 000	—	Heimzahlung von Passivkapitalien .	8 000	—	—	—
400	—	233	10	Auf Zinsen für Passivkapitalien . .	233	10	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	114 649	—	I. Verzinsliche Darlehen auf Pfänder	114 649	—	—	—
11 550	—	139 015	45	Summe der Ausgaben	135 585	13	3 430	32
				Abschluß.				
11 550	—	143 779	64	Einnahmen	143 779	64	—	—
11 550	—	139 015	45	Ausgaben	135 585	13	3 430	32
—	—	4 764	19	Kassebestand	8 194	51	—	—
				Hievon Zahlungsrückstände	3 430	32	—	—
				Summe wie im Soll	4 764	19	—	—

Vermögensausweis.

79 609	ℳ	— ₰	Bestand an verzinslichen Pfandkapitalien,
8 194	„	51 „	Kassebestand,
2 614	„	43 „	Mobiliarwert,
90 417	ℳ	94 ₰	Summe. Hievon
3 430	„	32 „	Zahlungsrückstände und Schulden, bleiben
86 987	ℳ	62 ₰	reines Vermögen Ende 1903.

Das Stammvermögen der Leihanstalt betrug:

85 137 ℳ 62 ₰ Ende des Jahres 1902, hiezu
1 850 „ — „ Zuwachs aus dem Betriebsüberschusse 1903,

86 987 ℳ 62 ₰ Summe des Vermögens 1903 wie vor.

Hieraus werden Zinsen nicht berechnet, auch hat die Anstalt für die Geschäftslokalitäten keine Miete zu entrichten. Ebenso bleibt die Pensionslast außer Ansatz.

Anfangs des Jahres 1903 waren vorhanden:

2 126 Pfänder Lit. J mit 15 799 ℳ Darlehen aus 1901,
9 220 „ „ K „ 72 338 „ „ „ 1902,
18 751 „ „ L „ 114 649 „ „ „ wurden 1903 hingeliehen,

30 097 Pfänder mit 202 786 ℳ Darlehen in Summe. Hievon wurden
2 126 Pfänder Lit. J mit 15 799 ℳ Darlehen aus 1901 } ausgelöst bzw.
7 080 „ „ K „ 56 952 „ „ „ 1902 } versteigert,
9 998 „ „ L „ 50 426 „ „ „ 1903 ausgelöst, sohin

19 204 Pfänder mit 123 177 ℳ Darlehen in Summe, so daß

10 893 Pfänder mit 79 609 ℳ Darlehen Ende 1903 vorhanden waren,
wovon 2 140 Pfänder mit 15 386 ℳ Darlehen aus 1902 und
8 753 „ „ 64 223 „ „ „ 1903 stammen.

Summe 10 893 Pfänder mit 79 609 ℳ Darlehen wie vor.

---

12. Städtische Sparkasse.

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
—	—	1	42	I. Einnahmen aus den Vorjahren.	1	42	—	—
—	—	172 678	37	II. Zinsen von Aktivkapitalien und zwar aus:				
6 244	78	—	—	158 728,82 ℳ vom Staate .	6 239	06	—	—
119 800	—	—	—	3 240 000,— „ von Gemeinden	118 623	07	—	—
788	70	—	—	17 142,82 „ „ Gesellschaften	750	12	—	—
21 730	—	—	—	807 000,— „ „ Banken . .	27 352	20	—	—
19 505	88	—	—	567 971,43 „ „ Privaten .	19 713	92	—	—
				4 790 843,07 ℳ Summe				
930	64	831	53	VIII. Sonstige Einnahmen . . .	831	53	—	—
169 000	—	173 511	32	Übertrag:	173 511	32	—	—

Voranschlag		Soll		Einnahmen	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
169 000	—	173 511	32	Übertrag:	173 511	32	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	15 920	80	I. Kassebestand nach letzter Rechnung	15 920	80	—	—
—	—	1 924 142	86	II. Heimgezahlte Aktivkapitalien . .	1 924 142	86	—	—
—	—	1 196 803	20	IV. Neue Spareinlagen	1 196 803	20	—	—
—	—	81 484	20	Kapitalisierte Zinsen	81 484	20	—	—
—	—	33	—	Aus verkauften Sparmarken . . .	33	—	—	—
169 000	—	3 391 895	38	Summe der Einnahmen	3 391 895	38	—	—
				Ausgaben.				
				Betriebsrechnung.				
—	—	13	25	I. Rechnungsberichtigungen und Ersatzposten	13	25	—	—
9 561	66	9 874	16	II. Besoldungen	9 874	16	—	—
838	34	3 366	75	Sachliche Ausgaben	3 366	75	—	—
33 600	—	18 598	24	X. Überschuß an die Stadtkämmerei	18 598	24	—	—
—	—	18 598	24	„ „ „ städt. Pensionskasse für Beamte	18 598	24	—	—
125 000	—	123 045	20	XI. Auf Verzinsung von Spareinlagen	123 045	20	—	—
—	—	755 357	71	Auf Heimzahlung von Passivkapitalien	755 357	71	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	2 453 980	—	I. Auf Refundierung und Mehrung des Vermögens	2 453 980	—	—	—
169 000	—	3 382 833	55	Summe der Ausgaben	3 382 833	55	—	—

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Abschluß	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
169 000	—	3391895	38	Einnahmen	3391895	38	—	—
169 000	—	3382833	55	Ausgaben	3382833	55	—	—
—	—	9061	83	Aktivkassebestand	9061	83		

Vermögensausweis.

I. Rentierendes Vermögen.

4790843 ℳ 07 ₰ Aktivkapitalien.

II. Nichtrentierendes Vermögen.

9061 ℳ 83 ₰ Aktivkassebestand,
58621 „ 45 „ Stückzinsguthaben bis 31. Dezember 1903,

4858526 ℳ 35 ₰ Summe I Vermögen.

I. Verzinsliche Schulden.

4451110 ℳ 87 ₰ Spareinlagen.

II. Unverzinsliche Schulden.

6062 ℳ 55 ₰ kapitalisierte Zinsen aus Spareinlagen alter Ordnung,
3167 „ — „ Verkaufte, aber nicht eingelöste Sparmarken,

4460340 ℳ 42 ₰ Summe II Schulden.

Abgleichung.

4858526 ℳ 35 ₰ Vermögen,
4460340 „ 42 „ Schulden,

398185 ℳ 93 ₰ reines Vermögen und Reservefond Ende 1903.

13. Städtische Schuldentilgungskasse.

Voranschlag		Soll		Einnahmen	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
15 000	—	18 753	14	I. Einnahmen aus dem Vorjahre, Nachborge an Lokalmalzaufschlag	18 753	14	—	—
270 000	—	189 150	01	IV. An Lokalmalzaufschlag und zwar aus 97 000 hl Malz à 1,95 ℳ	170 172	62	18 977	39
		64 786	10	An Bieraufschlag à 1,30 ℳ pro hl	64 786	10	—	—
704 000	—	700 761	81	VII. Von der Stadtkämmerei, Sustentation	700 761	81	—	—
1 600	—	67 685	49	VIII. Sonstige Einnahmen an Bankzinsen	67 685	49	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	1 082 306	69	I. Kassebestand vom Vorjahre . .	1 082 306	69	—	—
—	—	1 173 458	90	Von der Kasse für Grunderwerbungen I. M., Vorschüsse à conto der schwebenden Schuld zu 1 200 000 ℳ	—	—	1 173 458	90
—	—	12 322 600	—	IV. Aus Schuldaufnahmen u. zwar:				
				a) gegen Nominalschuldverschreibungen zu 4 %	133 500	—	—	—
				zu 3 ½ %	3 189 100	—	—	—
				b) gegen 3 ½ %ige Inhaber-Obligationen bei städtischen und stiftischen Kassen	4 603 900	—	—	—
				bei der Darmstädter Bank u. Konsorten	1 796 100	—	2 600 000	—
990 600	—	15 619 502	14	Summe der Einnahmen	11 827 065	85	3 792 436	29

Voranschlag ℳ	Voranschlag ₰	Soll ℳ	Soll ₰	Ausgaben	Wirklicher Anfall ℳ	Wirklicher Anfall ₰	Rückstände ℳ	Rückstände ₰
				Betriebsrechnung.				
—	—	5 371	—	I. An rückständigen Zinsen . . .	4 575	—	796	—
400	—	300	—	II. Remuneration dem Kassier . .	300	—	—	—
300	—	183	15	Für Bureaubedürfnisse	183	15	—	—
1 607	25	457	07	An Gebühren, Provisionen, Geldträgerlöhnen, Porto ꝛc.	128	07	—	—
				Gebühren für Einlösung der Zinsscheine der 4%igen Inhaber-Obligationsschuld vom Jahre 1899 Ser. I und II	329	—	—	—
8 000	—	7 017	83	Für Erhebung des Lokalmalz- und Bier-Aufschlages und zwar:				
				dem kgl. Hauptzollamt hier 2%	3 778	51	—	—
				dem städt. Kontrollpersonal . .	3 239	32	—	—
86 000	—	85 698	23	Rückvergütung an Lokalmalzaufschlag für ausgeführte 115 805,47 hl Bier	85 698	23	—	—
—	—	1 122 052	62	X. Für kommunale Unternehmungen (à conto Stadtschuld):				
				Für den Sammelkanal	65 985	65	—	—
				„ „ Rathausneubau	165	67	—	—
				„ Errichtung von Feuerwehrhäusern	5 364	30	—	—
				„ Nutzbarmachung der Zeller Quellen	2 273	04	—	—
				„ das Elektrizitätswerk	13 231	70	—	—
				„ Erweiterung der Zellerstraße .	13 928	89	—	—
				„ die nördliche Abfahrt an der alten Mainbrücke	12 400	—	—	—
				„ Errichtung eines Lagerhauses im Staatshafen	239 666	60	—	—
				„ Kanalisierung der Veitshöchheimerstraße	3 281	26	—	—
				„ Anlage eines Hochkais r. M. .	201 582	20	—	—
				„ das II. Grombühler Schulhaus (Erweiterungsbau)	319 022	59	—	—
				„ Verlegung der Stadtgärtnerei .	5 160	91	—	—
96 307	25	1 221 079	90	Übertrag:	980 294	09	796	—

Voranschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
96 307	25	1 221 079	90	Übertrag:	980 294	09	796	—
				Für den Ausbau der Wickenmayer- und Pestalozzi-Straßen . . .	371	11	—	—
				„ den Ausbau der Veitshöchheimerstraße	30 591	94	—	—
				„ die Mainbrücke bei Zell . . .	40 415	05	—	—
				„ Herstellung eines Verbindungsgeleises zum Schlachthof . .	1 142	14	—	—
				„ Erwerb des Hauses Spitalgasse 8	8 419	75	—	—
				„ Regulierung der Semmelstraße	7 675	—	—	—
				„ den Ausbau der Leistenstraße .	2 978	23	—	—
				„ Erweiterung der Koellikerstraße .	6 828	34	—	—
				„ „ „ Dreikronenstr.	2 531	20	—	—
				„ Kanalisierung der Rottendorferstraße	2 642	18	—	—
				„ Grunderwerb an der Mergentheimerstraße	218	50	—	—
				„ Kanalisierung der Virchowstraße	31 363	17	—	—
				„ „ „ Huttenstraße .	7 756	12	—	—
				„ „ „ Juliuspromenade	13 861	53	—	—
				Kursverluste und sonstige Emissionskosten des Anlehens 1903 . . .	83 195	55	—	—
—	—	4 500	—	Für den Ankauf von Grundstücken im Steinbachstal (à conto des Betriebsfondes)	4 500	—	—	—
833 592	75	840 821	34	XI. Auf Verzinsung der Stadtschuld	837 291	34	3 530	—
60 700	—	9 349 280	—	Auf Heimzahlung von Schuldkapitalien	9 349 280	—	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	6 673	55	An die Kasse für Grunderwerbungen I. M. à conto der schwebenden Schuld zu 1 200 000 ℳ . . .	6 673	55	—	—
990 600	—	11 422 354	79	Summe der Ausgaben	11 418 028	79	4 326	—

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Abschluß	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
990 600	—	15 619 502	14	Einnahmen	11 827 065	85	3 792 436	29
990 600	—	11 422 354	79	Ausgaben	11 418 028	79	4 326	—
—	—	4 197 147	35	Aktivrest	409 037	06	—	—
				Hiezu die Einnahmsrückstände	3 792 436	29		
				Summe	4 201 473	35		
				Hievon ab die Zahlungsrückstände	4 326	—		
				Summe wie im Soll	4 197 147	35		

Vermögensausweis.

I. Vermögen.

66,54 ℳ Wert der Mobilien,
18 977,39 „ Nachborge an Lokalmalzaufschlag,
409 037,06 „ Aktivkassebestand,
2 600 000,00 „ Rest der Anlehensvaluta, ausstehend bei der Darmstadter Bank,
1 173 458,90 „ Aktivvorschuß an die Grunderwerbungskasse,

4 201 539,89 ℳ Summe des Vermögens.

II. Schulden.

5 862 400,00 ℳ 3½ und 3¾ %ige Gothaer Bankschuld,
6 000 000,00 „ 4%ige Inhaber-Obligationen-Schuld,
9 000 000,00 „ 3½%ige Inhaber-Obligationen-Schuld,
3 242 980,28 „ 3½ und 4%ige Nominal-Obligationen-Schuld,

24 105 380,28 ℳ Summe der Passivkapitalien, ferner
4 326,00 „ an Zahlungsrückständen,

24 109 706,28 ℳ Summe der Schulden.

Abgleichung.

24 109 706,28 ℳ betragen die Schulden,
4 201 539,89 „ beträgt das Vermögen,

19 908 166,39 ℳ Summe der Schulden Ende 1903.

Am Schlusse des Jahres 1902 hat die Stadtschuld

21 132 060,28	ℳ	betragen,
12 322 600,00	„	wurden pro 1903 aufgenommen,
33 454 660,28	ℳ	Summe,
9 349 280,00	„	wurden heimgezahlt, sohin
24 105 380,28	ℳ	Summe der Stadtschuld einschließlich der schwebenden Schuld zu 1 173 458,90 ℳ Ende 1903 wie oben.

An nicht verwendeten Krediten hat die Schuldentilgungskasse noch zu leisten und gehen auf 1904 über

95 349,25	ℳ	für den Sammelkanal,
2 384,85	„	„ die neue Wasserversorgung,
1 236,14	„	„ den Rathausneubau,
31 157,02	„	„ Errichtung von Feuerwehrhäusern,
8 530,11	„	„ die Zeller Wasserleitung,
4 909,75	„	„ das Elektrizitätswerk,
7 166,25	„	„ Erweiterung der Zellerstraße,
191 452,11	„	„ Errichtung eines Lagerhauses,
7 841,98	„	„ „ von Lagerplätzen,
90 000,00	„	„ Erwerb des alten Zollamtsgebäudes,
1 335,21	„	„ Kanalisierung der Veitshöchheimerstraße,
124 162,95	„	„ Anlage eines rechtsmainischen Hochkais,
22 839,63	„	„ den Erweiterungsbau zum zweiten Grombühler Schulhaus,
157,71	„	„ Umgestaltung der seitherigen Hochdruckleitung in eine Nutzwasserleitung,
6 958,81	„	„ Bau einer Wasserleitung im Steinbachstal,
286,89	„	„ Verlegung der Stadtgärtnerei,
5 651,85	„	„ Ausbau der Wickenmayer- und Pestalozzi-Straßen,
35 708,06	„	„ Ausbau der Veitshöchheimerstraße,
32 498,54	„	„ Bau der Zeller Brücke,
121,77	„	„ Ausbau der Leistenstraße,
1 515,82	„	„ Kanalisierung der Rottendorferstraße,
9 500,00	„	„ Grunderwerb an der Mergentheimerstraße,
636,83	„	„ Kanalisierung der Virchowstraße,
1 243,88	„	„ „ „ Huttenstraße,
338,47	„	„ „ „ Juliuspromenade.
		Hiezu:
2 260 185,95	„	Reserve des Anlehens 1903,
2 943 169,83	ℳ	Summe.

Dieser Summe stehen als Deckungsmittel gegenüber

251 778,62	ℳ	Minderaufnahme,
409 037,06	„	Kassebestand,
18 977,39	„	Nachborge an Lokalmalzaufschlag,
2 600 000,00	„	Anlehensvaluta bei der Darmstadter Bank
3 279 793,07	ℳ	Summe.

Die gesamte Stadtschuld, welche am 31. Dezember 1903 bezw. am 1. Januar 1904 23 183 700 ℳ betragen darf, soll nach dem genehmigten Schuldentilgungsplane vom 1. Februar und 1. Mai 1903 bis zum Jahre 1974 getilgt sein.

Der Tilgungsfonds wurde 1903 gebildet aus:

a)	der Schuldaufnahme zum Ausgleiche der Mehrtilgung nach Plan IV	44 400 ℳ
b)	dem Ertrage des Lokalmalz- u. Bieraufschlages	176 000 „
c)	dem Zuschusse der Stadtkämmerei	656 000 „
d)	dem Zuschusse der Schuldentilgungskasse aus dem Betriebsfonds	15 000 „
	Summe	891 400 ℳ

Der im Laufe der Jahre aus Mehrerträgnissen des Lokalmalz- und Bieraufschlages, aus Bankzinsen und ersparten Passivzinsen angesammelte Betriebsfonds der Schuldentilgungskasse beträgt Ende 1903 332 297,24 ℳ
Ende 1902 betrug derselbe 311 147,89 „
sohin hat er sich pro 1903 um 21 149,35 ℳ gemehrt.

14. Universitäts-Jubiläums-Fonds.

(Admassierungsfonds.)

Voranschlag ℳ	Voranschlag ₰	Soll ℳ	Soll ₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	Wirklicher Anfall ₰	Rückstände ℳ	Rückstände ₰
				Betriebsrechnung.				
—	—	—	74	I. An Kassebestand nach letzter Rechnung	—	74	—	—
111	13	145	91	II. An Kapitalzinsen aus 3716 ℳ	145	91	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	3 220	—	II. Aus heimgezahlten Aktivkapitalien	3 220	—	—	—
111	13	3 366	65	Summe der Einnahmen	3 366	65	—	—
				Ausgaben.				
				Betriebsrechnung.				
—	—	2	75	IV. Für Stückzinsen, Stempelgebühren	2	75	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	3 364	20	I. Auf Ausleihung von Aktivkapitalien	3 364	20	—	—
—	—	3 366	95	Summe der Ausgaben	3 366	95	—	—

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Abschluß	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
—	—	3 366	65	Einnahmen	3 366	65	—	—
—	—	3 366	95	Ausgaben	3 366	95	—	—
—	—	—	30	Mehrausgabe	—	30	—	—

Vermögensausweis.

Vermögen.

3 716 ℳ — ₰ Aktivkapitalienbestand, hievon ab
— „ 30 „ Mehrausgabe,

3 715 ℳ 70 ₰ Summe des Vermögens Ende 1903.

Der Fonds soll zur Erhöhung der im Jahre 1981 oder 1982 stattfindenden 400jährigen Jubelfeier der k. Universität verwendet werden. Von der bis dahin angewachsenen Summe ist womöglich ein Betrag von wenigstens 1 600 ℳ zurückzubehalten, der wieder mit Zins und Zinseszinsen angesammelt werden soll, bis zur halbtausendjährigen Jubelfeier im Jahre 2081 und so fort von Jahrhundert bis zu Jahrhundert, solange die Würzburger Hochschule besteht. Das ursprüngliche Vermögen betrug 2 050 ℳ und wurde der Kämmerei zur Verwaltung im Jahre 1887 überwiesen.

---

15. Fonds für eine größere industrielle Ausstellung zu Würzburg.

(Admassierungsfonds.)

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
—	—	—	94	I. Kassebestand nach letzter Rechnung	—	94	—	—
—	—	117	61	II. An Kapitalzinsen aus 3 027 ℳ	117	61	—	—
				Vermögensrechnung.				
		2 700	—	II. Aus heimgezahlten Aktivkapitalien	2 700	—	—	—
—	—	2 818	55	Summe der Einnahmen	2 818	55	—	—

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Ausgaben	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
—	—	—	—	— — —				
				— — —	—	—	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	2 818	—	I. Auf Ausleihung von Aktivkapitalien	2 818	—	—	—
—	—	2 818	—	Summe der Ausgaben	2 818	—	—	—
				Abschluß.				
—	—	2 818	55	Einnahmen	2 818	55	—	—
—	—	2 818	—	Ausgaben	2 818	—	—	—
—	—	—	55	Kassebestand	—	55	—	—

Vermögensausweis.

3 027 ℳ — ₰ Bestand an Aktivkapitalien,
— „ 55 „ Kassebarbestand,

3 027 ℳ 55 ₰ Summe des Vermögens Ende 1903.

Der Industrieausstellungsfonds besteht seit dem Jahre 1881. Das ursprünglich Vermögen betrug 2 083 ℳ 58 ₰.

16. Gemeinde-Kranken-Versicherung.

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
—	—	54 169	80	I. Kassebestand nach letzter Rechnung	54 169	80	—	—
—	—	464	78	Rückständige Krankenversicherungsbeiträge vom Vorjahre	464	78	—	—
2 800	—	2 638	19	II. An Kapitalzinsen	2 638	19	—	—
190 000	—	204 144	88	III. „ Krankenversicherungsbeiträgen	203 940	13	204	75
2 000	—	3 507	70	VI. Ersatzleistungen dritter Personen für gewährte Krankenunterstützung	3 507	70	—	—
—	—	850	23	VII. Zuschüsse zum Krankengeld nach § 12 Abs. 1 des Gewerbe-Unfall-Vers.-Gesetzes	850	23	—	—
—	—	50 000	—	VIII. Aus heimgezahlten Aktivkapitalien	50 000	—	—	
100	—	70	—	X. Sonstige Einnahmen	70	—	—	
194 900	—	315 845	58	Summe der Einnahmen	315 640	83	204	75
				Ausgaben.				
11 000	—	3 804	—	I. Für ärztliche Behandlung . . .	3 804	—	—	—
11 500	—	13 594	83	II. „ Arznei und sonstige Heilmittel	13 594	83	—	—
74 000	—	92 828	38	III. „ Krankengelder	92 828	38	—	—
80 100	—	78 728	68	IV. „ Kur- und Verpflegskosten an Krankenanstalten	78 728	68	—	—
		11 908	30	V. Ersatzleistungen an Dritte für gewährtes Krankengeld	11 908	30	—	—
18 000	—	7 833	66	desgl. für ärztliche u. Medikamentenkosten	7 833	66	—	—
		850	23	desgl. an Zuschüssen zum Krankengeld	850	23	—	—
100	—	323	10	VII. an zurückgezahlten Beiträgen .	323	10	—	—
—	—	50 000	—	VIII. an Kapitalanlagen . . .	50 000	—	—	—
200	—	89	60	X. an sonstigen Ausgaben . . .	89	60	—	—
194 900	—	259 960	78	Summe der Ausgaben	259 960	78		—

Vor-anschlag		Soll		Abschluß	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
194 900	—	315 845	58	Einnahmen	315 640	83	204	75
194 900	—	259 960	78	Ausgaben	259 960	78	—	—
—	—	55 884	80	Kassebestand	55 680	05	204	75
				hiezu	204	75	—	—
				Summe wie im Soll	55 884	80	—	—

Vermögensausweis.

70 000 ℳ — ₰ Betriebsfonds in Wertpapieren,
55 680 „ 05 „ „ als Kassebestand,
204 „ 75 „ Einnahmerückstände,

125 884 ℳ 80 ₰ Summe des Vermögens Ende 1903.

Der Stand der Versicherungspflichtigen betrug
15 522 am 1. Januar 1903,
27 946 wurden pro 1903 angemeldet,

43 468 Summe.
27 571 wurden pro 1903 abgemeldet,

15 951 Stand am Schlusse des Jahres 1903.

Im Jahre 1903 erkrankten 5 280 Mitglieder und wurden diese auf 130 602 Tage unterstützt bezw. verpflegt und zwar:

3 379 Mitglieder auf 86 617 Tage durch die Poliklinik,
477 „ „ 10 205 „ „ auswärtige Gemeinden,
1 186 „ „ 29 539 „ „ das Juliusspital,
40 „ „ 784 „ „ „ Ehehaltenhaus,
57 „ „ 524 „ „ die Augenklinik,
32 „ „ 662 „ „ das israelitische Krankenhaus,

67 Mitglieder auf 1 232 Tage durch die Frauenklinik,
4 „ „ 70 „ „ „ Ohrenklinik,
18 „ „ 593 „ „ „ psychiatrische Klinik,
20 „ „ 376 „ „ „ sonstige Anstalten,

wofür die Ausgaben 208 787 ℳ 45 ₰ betragen. Die Personalausgaben und Regiekosten für die Gemeinde-Krankenversicherung wurden aus den Renten des Gesellen-Krankeninstituts und bezw. des Krankeninstituts bestritten.

17. Städtisches Kranken-Institut.

Voranschlag ℳ	Voranschlag ₰	Soll ℳ	Soll ₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	Wirklicher Anfall ₰	Rückstände ℳ	Rückstände ₰
				Betriebsrechnung.				
—	—	485	36	I. Kassebestand nach letzter Rechnung	485	36	—	—
8 797	10	8 860	23	II. Zinsen der Aktivkapitalien zu 224 578,57 ℳ	8 860	23	—	—
17	14	17	14	III. Ständiges Legat aus der Dr. Oberthür'schen Stiftung . . .	17	14	—	—
750	—	667	55	An Beiträgen der Kassenmitglieder (sogen. Stadtbeschäftigten) . . .	667	55	—	—
9	60	—	—	IV. Sonstige Einnahmen	—	—	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	164 200	—	II. Aus heimgezahlten Aktivkapitalien	164 200	—	—	—
9 573	84	174 230	28	Summe der Einnahmen	174 230	28	—	—

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Ausgaben	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
6 690	84	6 826	20	IV. Personalaufwand für die Beamten und Bediensteten . . .	6 826	20	—	—
238	—	169	45	Regie und Realexigenz	169	45	—	—
1 545	—	326	65	Kur- und Verpflegskosten	326	65	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	165 172	—	I. Ausleihung von Aktivkapitalien .	165 172	—	—	—
8 473	84	172 494	30	Summe der Ausgaben	172 494	30	—	—
				Abschluß.				
9 573	84	174 230	28	Einnahmen	174 230	28	—	
8 473	84	172 494	30	Ausgaben	172 494	30	—	—
1 100	—	1 735	98	Kassebestand	1 735	98	—	—

Vermögensausweis.

224 578,57 ℳ Aktivkapitalien,
1 735,98 „ Kassebestand,
744,60 „ Wert der Mobilien,

227 059,15 ℳ reines Vermögen Ende 1903.

Die Mitglieder des Instituts, das sind: in nicht ständiger Weise beschäftigte Taglöhner, Holzmacher, Näherinnen, Zugeherinnen, Wäscherinnen u. dgl., zahlen einen Betrag von 65 ₰ pro Monat, 1 ℳ 95 ₰ pro Quartal, 7 ℳ 80 ₰ pro Jahr.

Hiefür erhalten dieselben in Krankheitsfällen Wart und Pflege im Juliusspital, Ehehaltenhaus, in der Augen-, Ohren- und Frauenklinik und im israelit. Krankenhaus auf die gesetzliche Dauer von 90 Tagen, event. auch ärztl. Hilfe und Medikamente außerhalb des Spitals auf Kosten des Instituts.

18. Städtisches Gesellen-Kranken-Institut.

Voranschlag		Soll		Einnahmen	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
6 257	89	6 257	89	II. An Kapitalzinsen aus 157 324,29 ℳ Vermögen	6 257	89	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	133 600	—	II. Aus heimgezahlten Aktivkapitalien	133 600	—	—	—
6 257	89	139 857	89	Summe der Einnahmen	139 857	89	—	—
				Ausgaben.				
				Betriebsrechnung.				
—	—	1 205	61	I. Mehrausgaben nach letzter Rechnung	1 205	61	—	—
132	87	132	87	II. Passivreichnis der Witwe Anna Schwink laut testamentarischer Bestimmung aus dem von Hefflesschen Legate	132	87	—	—
5 133	20	5 133	20	IV. Personalaufwand für die Beamten und Bediensteten der Gemeindekrankenversicherungskasse .	5 133	20	—	—
1 218	—	1 161	90	An sachlichen Ausgaben für letztere Kasse	1 161	90	—	—
43	82	37	87	IX. Portoausgaben für Übersendung von Krankengeld	37	87	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	133 600	—	I. Ausleihung von Aktivkapitalien .	133 600	—	—	—
6 527	89	141 271	45	Summe der Ausgaben	141 271	45	—	—
				Abschluß.				
6 257	89	139 857	89	Einnahmen	139 857	89	—	—
6 527	89	141 271	45	Ausgaben	141 271	45	—	—
270	—	1 413	16	Mehrausgaben, welche aus den Renten des Jahres 1904 gedeckt werden.	1 413	56	—	—

Vermögensausweis.

I. Vermögen.

157 324,29 ℳ Aktivkapitalien,
857,80 „ Wert der Mobilien,

158 182,09 ℳ Summe I. Vermögen.

II. Schulden.

1 413,56 ℳ Mehrausgabe,

156 768,53 ℳ reines Vermögen Ende 1903.

Vom 1. Dezember 1884 ab sind sämtliche Gewerksgehilfen und Lehrlinge, dann die Fabrikarbeiter, vom 1. Januar 1893 an die Gehilfen und Lehrlinge der Kaufleute und Apotheker der Gemeindekrankenversicherung einverleibt.

Das Vermögen des Gesellen-Kranken-Instituts ist deshalb der Gemeinde-Krankenversicherung als Fundus überwiesen. Dasselbe ist jedoch gesondert zu behandeln und aus dessen Renten zu bestreiten:

a) der Regieaufwand,
b) der Personalaufwand, sowie
c) etwaige Vorschüsse der Gemeindekrankenversicherungskasse.

19. Kasse für Grunderwerbungen I. M.

Voranschlag ℳ	Voranschlag ₰	Soll ℳ	Soll ₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	Wirklicher Anfall ₰	Rückstände ℳ	Rückstände ₰
2 622	—	2 617	50	II. Aus dem Ertrage der Realitäten	2 617	50	—	—
—	—	6 673	55	V. Von der städt. Schuldentilgungskasse aufgenommener Passivvorschuß	6 673	55	—	—
50	—	47	60	VII. Sonstige Einnahmen . . .	47	60	—	—
2 672	—	9 338	65	Summe der Einnahmen	9 338	65	—	—

Vor-anschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
—	—	1 166 785	35	I. Zahlungsrückstände	—	—	1 166 785	35
200	—	265	87	III. An Grund- und Haussteuern, Kreisumlagen ꝛc.	265	87	—	—
—	—	6 673	55	IV. Ankauf von Realitäten: Kaufschilling an das Kloster Himmelspforten inkl. Kosten	6 673	55	—	—
—	—	6 673	55	V. Auf Heimzahlung von Passivvorschüssen	—	—	6 673	55
72	—	45	98	VII. Ständige Bauausgaben . .	45	98	—	—
250	—	155	63	Baureparaturen	155	63	—	—
2 150	—	2 197	62	IX. An die Stadtkämmerei Rentenüberschuß pro 1903	2 197	62	—	—
2 672	—	1 182 797	55	Summe der Ausgaben	9 338	65	1 173 458	90
				Abschluß.				
2 672	—	9 338	65	Einnahmen	9 338	65	—	—
2 672	—	1 182 797	55	Ausgaben	9 338	65	1 173 458	90
—	—	1 173 458	90	Mehrausgabe Bestand	—	—	1 173 458	90
				Zahlungsrückstände	1 173 458	90		
				Summe wie im Soll	1 173 458	90		

Vermögensausweis.

1 181 500,— ℳ Wert der vorhandenen Gebäude und Grundstücke. Hievon
1 173 458,90 „ aufgenommene Passivvorschüsse,

8 041,10 ℳ reines Vermögen Ende 1903.

Näheres über Zweck und Führung der Kasse siehe Verwaltungsbericht pro 1901 Seite 295.

B. Wohltätigkeits-, Unterrichts- u. Kultusstiftungen.

1. Allgemeine Übersicht.

Lfd. Nr.	Namen der Stiftungen	Reiner Vermögensstand am 31. Dezbr. 1903		Einnahmen pro 1903		Hievon Verwaltungskosten, Staatsauflagen, Kassebestände ꝛc.		Rest für den Stiftungszweck		Bemerkungen
		ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	
1	Armenbeschäftigungsfonds . .	63 923	14	2 522	77	21	—	2 501	77	
2	Baunach'sche Stiftung . . .	7 975	81	325	83	20	69	305	14	
3	Becker-Veit'sche Stiftung . . .	25 835	53	981	32	76	04	905	28	
4	Bolongaro-Crevenna'sche Stiftung	186 305	01	7 486	28	736	28	6 750	—	
5	Brentano'sche Konvertitenstiftung	35 254	76	1 410	63	281	34	1 129	29	
6	Brentano'sche Marienkapellenstiftung	4 173	13	163	55	78	98	84	57	
7	Brückner'sche Armenstiftung . .	54 377	86	2 178	31	72	—	2 106	31	
8	Bürgerspitalstiftung	2 707 523	70	217 055	75	142 543	38	74 512	37	
9	Bürgervereinsstiftung für Hauszins und Holz	20 128	63	816	63	24	63	792	—	
10	Burkardiner Schulstiftung . .	51 524	29	1 578	21	326	30	1 251	91	
11	Dr. Burkard'sche Stipendienstiftung	30 249	77	1 985	69	*720	69	1 265	—	* Hiebei 531,18 ℳ Kassebestand.
12	Dalberg'sche Mädchenschulstiftung	10 965	—	455	13	10	60	444	53	
13	Diemer'sche Armenstiftung . .	20 215	—	810	76	34	20	776	56	
14	Ehehaltenhauspflege	415 730	17	36 515	15	4 140	53	32 374	62	
15	Elisabethenhauspflege	33 002	86	1 280	12	114	50	1 165	62	
16	Engert'sche Armenstiftung . .	1 030	—	40	95	7	05	33	90	
17	Erbacher'sche Stiftung . . .	25 550	84	1 017	72	101	54	916	18	
18	Fischer'sche Armenstiftung . .	26 805	02	1 154	57	72	57	1 082	—	
	Latus 1:	3 720 070	52	277 779	37	149 382	32	128 397	05	

Lfd. Nr.	Namen der Stiftungen	Reiner Vermögensstand am 31. Dezbr. 1903		Einnahmen pro 1903		Hievon Verwaltungskosten, Staatsauflagen, Kassebestände ꝛc.		Rest für den Stiftungszweck		Bemerkungen
		ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	
19	Frankenstein'sche Stiftung . .	3 230	—	130	08	14	47	115	61	
20	Franz-Ludwig-Stiftung für arme Bürger und einen Studenten	5 700	89	226	89	10	89	216	—	
21	Franz-Ludwig-Stiftung für Hauszins und Holz	5 249	98	351	47	*171	47	180	—	* Hierunter 160,27 ℳ Bestand.
22	Freundschig-Ringelmann'sche Stiftung	140 510	86	5 589	06	1 192	06	4 397	—	
23	Gabrielspflege	122 878	01	9 997	93	174	95	9 822	98	
24	Gätschenberger'sche Kinderasylstiftung	58 862	38	2 379	28	*2 379	28	—	—	* Hievon 2278,10 ℳ admassiert. 62,38 ℳ Bestand.
25	Gelchshammer'sche Stipendienstiftung	4 075	97	253	75	*125	97	127	78	* Hievon 105,97 ℳ Bestand.
26	Germershausen'sche Armenstiftung	3 900	—	151	—	8	30	142	70	
27	Getreidestiftung	77 975	—	3 153	21	159	—	2 994	21	
28	Grasser'sche Stipendienstiftung .	68 662	13	2 623	45	*2 423	45	200	—	* Hievon 256,63 ℳ Bestand, 898 ℳ admassiert.
29	v. Groß'sche Armenstiftung . .	5 210	—	192	80	9	20	183	60	
30	Gutbrod'sche Armenstiftung . .	9 390	—	371	78	38	50	333	28	
31	Guttenberg-Ostein-Stadion'sche Armenstiftung	17 606	06	729	43	79	43	650	—	
32	Hack'sche Frühpredigtstiftung .	10 173	68	404	35	98	92	305	43	
33	Hall'sche Armenstiftung . . .	4 030	—	156	06	23	10	132	96	
34	v. Hessele'sche Stiftung . . .	8 637	42	331	82	—	—	331	82	
35	Herz'sche Stipendienstiftung . .	36 885	80	1 496	—	108	—	1 388	—	
36	Himmelskronenpflege	25 310	52	1 165	71	*295	71	870	—	* Hievon 161,93 ℳ Kassebestand.
37	Hohenzinnenpflege	15 925	—	712	69	8	80	703	89	
	Latus 2:	624 213	70	30 416	76	7 321	50	23 095	26	

Lfd. Nr.	Namen der Stiftungen	Reiner Vermögensstand am 31. Dezbr. 1903		Einnahmen pro 1903		Hievon Verwaltungskosten, Staatsauflagen, Kassebestände ꝛc.		Rest für den Stiftungszweck		Bemerkungen
		ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	
38	Horn'sche Stiftung	78 759	22	8 012	76	*5 662	44	2 350	32	* Hievon 909,62 ℳ abmassiert und 4562,35 ℳ Bestand.
39	v. Horneck'sche Armenstiftung .	3 720	—	154	09	10	90	143	19	
40	Hueberspflege	1 198 817	27	46 643	26	*14 851	97	31 791	29	* Hierunter 4 164,50 ℳ Bestand, 5342,51 ℳ abmassiert.
41	Jäckle'sche Stiftung	9 454	58	369	84	31	05	338	79	
42	Kehr'sche Stiftung	7 028	58	278	—	55	15	222	85	
43	Kirchgeßner'sche Schulpreisstiftung	1 317	16	215	42	*209	82	5	60	* Hierunter 200,02 ℳ Bestand.
44	Klett'sche Stiftung	10 301	33	420	18	32	68	387	50	
45	Koch'sche Stiftung	1 827	40	74	40	14	40	60	—	
46	König'sche Armenstiftung . . .	35 013	83	2 237	--	*957	—	1 280	—	* Hierunter 793,83 ℳ Bestand.
47	Kohles'sche Armenstiftung . .	21 736	06	860	50	53	21	807	29	
48	Kümmeter'sche Stipendienstiftung	2 895	--	111	98	18	41	93	57	
49	Küttenbaumpflege	13 919	31	655	58	8	50	647	08	
50	Lichtenstein'sche Almosenstiftung	6 350	—	253	50	23	20	230	30	
51	Lokalarmenfonds	326 494	30	12 766	03	199	98	12 566	05	
52	v. Meerheimb'sche Stiftung . .	69 471	26	2 879	49	*1 942	06	937	43	* Hievon 1 897,26 ℳ abmassiert.
53	Metzler'sche Stiftung	1 740	—	69	20	7	50	61	70	
54	Dr. Millberger'sche Stiftung .	34 623	18	1 357	31	*757	31	600	—	* Hievon 698,60 ℳ abmassiert.
55	Dr. Müller'sche Armenstiftung .	178 826	02	7 046	15	352	77	6 693	38	
56	Neumünster-Ehehaltenpflege . .	16 335	05	732	16	*132	16	600	-	* Hievon 99,20 ℳ abmassiert.
57	Reimann'scher Theater-Unterstützungs-Fonds	13 708	35	610	43	*610	43	—	—	* Hievon 594 ℳ abmassiert.
58	Reiche Almosenpflege	10 455	72	419	76	55	70	364	06	
59	v. Rienecker'sche Stiftung . .	10 000	—	400	—	52	—	348	—	
	Latus 3:	2 052 802	62	86 567	04	26 038	64	60 528	40	

Lfd. Nr.	Namen der Stiftungen	Reiner Vermögensstand am 31. Dezbr. 1903		Einnahmen pro 1903		Hievon Verwaltungskosten, Staatsauflagen, Kassebestände ꝛc.		Rest für den Stiftungszweck		Bemerkungen
		ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	
60	Riesing'sche Stiftung	50 215	04	2 043	15	243	15	1 800	–	
61	Rock- und Schuhalmosenpflege .	36 415	–	1 480	22	89	41	1 390	81	
62	Roßhirt'sche Friedhofkapellenstiftung	66 119	68	1 261	93	*864	17	397	76	* Hievon 698,60 ℳ admassiert.
63	Dr. Rubach'sche Stipendien-Stiftung	47 564	20	1 965	77	*765	77	1 200	–	* Hievon 861,80 ℳ admassiert, 64,20 ℳ Kassebestand.
64	Sartorius'sche Stipendienstiftung	289 268	71	11 927	82	*1 153	98	10 773	84	* Hierunter 568,35 ℳ Bestand.
65	Schierenberg'sche Weihnachtsstiftung	20 117	46	628	94	58	94	570	—	
66	Schirmer'sche Armenstiftung . .	49 190	58	1 979	55	87	75	1 891	80	
67	v. Schmitt'sche Stiftung für Rekonvaleszenten	15 978	17	782	21	*300	21	482	—	* Hievon 278,17 ℳ Kassebestand.
68	v. Schmitt'sche Stiftung für Studierende	9 909	99	733	85	20	99	712	86	
69	Schmitt'sche Weihnachtsstiftung	3 005	24	114	47	24	47	90	—	
70	Schulfonds zu St. Peter. . .	8 900	—	356	—	10	—	346	—	
71	Seelenhauspflege	49 374	30	1 973	22	137	80	1 835	42	
72	Seißer'sche Messenstiftung . .	32 414	—	1 266	97	188	43	1 078	54	
73	v. Seuffert'sche Stiftung für gewerbetreibende Witwen . .	2 984	79	154	12	10	20	143	92	
74	v. Seuffert'sche Stiftung für Staatsdiener-Witwen . . .	1 714	87	68	58	8	58	60	—	
75	Serger'sche Familienstipendienstiftung	20 144	31	795	30	*795	30	—	—	* Hievon 504,92 ℳ admassiert und 124,31 ℳ Bestand.
76	Siechenhauspflege	272 406	02	12 948	71	*7 065	62	5 883	09	* Hievon 5 948 ℳ admassiert, 292,38 ℳ Bestand.
	Latus 4:	975 722	36	40 480	81	11 824	77	28 656	04	

Lfd. Nr.	Namen der Stiftungen	Reiner Vermögensstand am 31. Dezbr. 1903		Einnahmen pro 1903		Hievon Verwaltungskosten, Staatsauflagen, Kassebestände ꝛc.		Rest für den Stiftungszweck		Bemerkungen
		ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	
77	Siligmüller'sche Stiftung . .	85 287	53	5 017	99	3 392	99	1 625	—	* Hievon 2552,53 ℳ Bestand, 114,41 ℳ abmassiert.
78	Spreti'sche Stiftung	500	10	20	—	4	50	15	50	
79	Stahel'sche Armenholzstiftung .	22 576	17	917	49	33	49	884	—	
80	Stahel'sche Familienstipendienstiftung	20 367	92	988	05	*368	05	620	—	* Hierunter 224,38 ℳ Bestand.
81	Dr. Staubach'sche Stiftung für Knaben	1 771	43	68	86	2	70	66	16	
82	Dr. Staubach'sche Stiftung für Mädchen	1 914	29	76	57	2	70	73	87	
83	Steinfelder-Kreuzer'sche Hauszinsstiftung	29 721	99	1 206	24	76	24	1 130	—	
84	Frz. Steinfelder'sche Krippenanstaltstiftung	1 486	38	58	77	*58	77	—	—	* Hievon 48 ℳ abmassiert.
85	Frz. Steinfelder'sche Suppenanstaltstiftung	3 021	69	121	81	*121	81	—	—	* Hievon 100 ℳ abmassiert
86	Gg. Steinfelder'sche Gesellenstiftung	34 128	02	1 329	84	*753	84	576	—	* Hievon 598,80 ℳ abmassiert.
87	Gg. Steinfelder'sche Messen- und Priesterstiftung	2 314	73	114	88	*70	73	44	15	* Hievon 30 ℳ abmassiert.
88	Streng'sche Stiftung für Theologen	5 198	95	208	01	*70	87	137	14	
89	Streng'sche Stiftung für Wöchnerinnen	17 535	43	697	29	23	29	674	—	
90	Sulzbeck'sche Stiftung	7 552	—	282	03	25	80	256	23	
91	Trenner'sche Stiftung	4 288	—	166	14	38	14	128	—	
	Latus 5:	237 662	63	11 273	97	5 043	92	6 230	05	

Lfd. Nr.	Namen der Stiftungen	Reiner Vermögensstand am 31. Dezbr. 1903		Einnahmen pro 1903		Hievon Verwaltungskosten, Staatsauflagen, Kassebestände ꝛc.		Rest für den Stiftungszweck		Bemerkungen
		ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	
92	Treppner'sche Stipendienstiftung	179 535	18	7 773	69	*1 699	65	6 074	04	* Hievon 290,10 ℳ Bestand, 995,18 ℳ admassiert.
93	Walter'sche Stiftung	876	—	64	57	9	91	54	66	
94	Werdenau'sche Stiftung . . .	6 414	—	249	04	8	07	240	97	
95	Wickenmayer'sche kathol. Kinderpflege	403 557	67	14 804	15	*14 804	15	—	—	* Hievon 1033,06 ℳ Bestand, 12 878 ℳ admassiert.
96	Wiesengrund'sche Aussteuerstiftung	10 680	97	288	54	*224	87	63	67	* Hierunter 194,97 Kassebestand.
97	Winkler'sche Stiftung	52 527	16	1 863	36	221	68	1 641	68	
98	Wirth'sche Kommunikantenstiftung	5 248	25	307	25	*106	25	201	—	* Hierunter 104,25 ℳ Bestand.
99	Wirth'sche Stiftung für Hauszins und Holz	65 001	92	2 634	25	14	12	2 620	13	
100	Wirthspflege für alte Knechte .	41 860	51	1 874	07	*194	07	1 680	—	* Hierunter 171,67 ℳ Bestand.
101	Wölffel'sche Stiftung	384 797	91	13 664	25	*5 726	95	7 937	30	* Hievon 450,66 ℳ Bestand und 2432,94 ℳ admassiert.
102	Wucherer'sche Weihnachtsstiftung	4 003	13	162	10	20	10	142	—	
103	Zang'sche Feuerwehrstiftung . .	48 693	99	3 156	34	*2 965	34	191	—	* Hievon 1972 ℳ admassiert, 793,99 ℳ Bestand.
104	Zier'sche Stiftung	18 000	—	720	—	9	30	710	70	
105	Zink'sche Stiftung	17 523	44	658	86	54	36	604	50	
106	Zippelius'sche Stipendienstiftung	5 864	41	234	65	*134	65	100	—	* Hievon 100 ℳ admassiert.
	Latus 6:	1 244 584	54	48 455	12	26 193	47	22 261	65	

Lfd. Nr.	Namen der Stiftungen	Reiner Vermögensstand am 31. Dezbr. 1903		Einnahmen pro 1903		Hievon Verwaltungskosten, Staatsauflagen, Kassebestände ꝛc.		Rest für den Stiftungszweck		Bemerkungen
		ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	ℳ	₰	
107	v. Zobel-Rosenbach'sche Messenstiftung	33 434	89	1 313	15	254	75	1 058	40	
108	Dr. v. Zürn'sche Denkmalstiftung	1 244	30	79	50	*49	50	30	—	* Hievon 44,30 ℳ Bestand.
	Latus 7:	34 679	19	1 392	65	304	25	1 088	40	
	„ 6:	1 244 584	54	48 455	12	26 193	47	22 261	65	
	„ 5:	237 662	63	11 273	97	5 043	92	6 230	05	
	„ 4:	975 722	36	40 480	81	11 824	77	28 656	04	
	„ 3:	2 052 802	62	86 567	04	26 038	64	60 528	40	
	„ 2:	624 213	70	30 416	76	7 321	50	23 095	26	
	„ 1:	3 720 570	52	277 779	37	149 382	32	128 397	05	
	Stand des Vermögens Ende 1903	8 890 235	56	496 365	72	226 108	87	270 256	85	
	„ „ „ „ 1902	8 876 121	53							
	Mehrung gegen das Vorjahr	14 114	03							

2. Einzelne Stiftungen.

a) Bürgerspitalstiftung.

Voranschlag		Soll		Einnahmen	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
—	—	2 443	11	I. Aus den Vorjahren:				
				Einnahmerückstände	2 155	97	277	—
				An zurückgezahlten Vorschußleistungen	—	—	10	14
17 373	78	17 766	71	II. An Kapitalzinsen u. zwar:				
				Vom Staate aus ℳ 286 000,34	11 202	86	—	—
				Von Gemeinden aus „ 7 357,14	68	56	224	—
				Von Kreditanstalten aus . . . . . „ 42 212,—	1 415	75	—	—
				Von Privaten aus „ 83 800,—	3 511	—	—	—
				Von ausländischen Wertpapieren . „ 32 045,—	1 344	54	—	—
				Summe ℳ 451 414,48				
87 175	33	68 349	51	Aus dem Ertrage der Realitäten:				
				Von Waldungen	405	55	—	—
				Aus dem Gartenbau	1 351	48	—	—
				„ „ Weinbau	23 145	60	—	—
				Mietertrag der Gebäude . . .	18 418	—	—	—
				Pachtertrag der geschlossenen Güter	18 025	54	268	32
				„ aus einzelnen Äckern,	5 754	67	109	10
				Wiesen und Gärten	816	39	—	—
				Anerkennungsgebühren für Benützung stiftischen Eigentums .	54	86	—	—
133 463	63	117 211	94	Aus Erwerbsunternehmungen:				
				Erlös für verkaufte Weine . .	105 639	52	—	—
				Anschlag für selbstverbrauchte Weine usw.	6 858	92	—	—
				Ertrag des Fuhrwerks	4 713	50	—	—
181	59	181	57	Aus Rechten	181	57	—	—
238 194	33	205 952	84	Übertrag:	205 064	28	888	56

Voranschlag M	Pf	Soll M	Pf	Einnahmen	Wirklicher Anfall M	Pf	Rückstände M	Pf
238 194	33	205 952	84	Übertrag:	205 064	28	888	56
9 635	68	10 740	21	III. An. Sustentationsbeiträgen und sonstigen Gegenleistungen:				
				Von Stiftungen	7 519	08	—	—
				„ Gemeinden	13	41	—	—
				„ Privaten	3 207	72	—	—
300	—	362	70	IV. Sonstige Einnahmen . .	362	70	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	6 437	37	I. Aus den Vorjahren	6 437	37	—	—
—	—	4 285	72	II. „ heimgezahlten Aktivkapitalien	4 285	72	—	—
	—	292	34	III. „ Fundationszuflüssen . . .	292	34	—	—
248 130	01	228 071	18	Summe der Einnahmen	227 182	62	888	56
				Ausgaben.				
				Betriebsrechnung.				
—	—	9	16	I. Rechnungsberichtigungen und Ersatzleistungen . .	9	16	—	—
5 650	—	6 426	70	II. Staatssteuern-, Kreis-, Distrikts- und Gemeindeumlagen	6 426	70	—	—
50	—	10	14	III. Prozeß- und Exekutionskosten	10	14	—	—
141 025	—	107 836	55	IV. Auf die Verwaltung:				
				Personalausgaben	8 843	75	—	—
				Regie	675	81	—	—
				Auf die Pferdehaltung	5 403	18	—	—
				„ den Gartenbau	1 586	58	—	—
				„ „ Weinbau	19 561	62	—	—
				„ „ Wald	349	35	—	—
				Wert der Eigenbauweine u. auf Ankauf von Weinen u. Mostbeeren	54 929	87	—	—
				Auf Führung des Weingeschäftes	16 486	39	—	—
146 725	—	114 282	55	Übertrag:	114 282	55	—	—

Voranschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
146 725	—	114 282	55	Übertrag:	114 282	55	—	—
81 676	58	74 512	37	V. Auf den Zweck:				
				Auf Seelsorge und Kirchenbedürfnisse	1 535	08	—	—
				Auf Verköstigung	38 696	38	—	—
				Dienstlöhne des Hauspersonales .	2 923	78	—	—
				Für verschiedene Bedürfnisse des Haushaltes	2 904	26	—	—
				Für Kleidung, Weißzeug, Betten	1 122	44	—	—
				Für außerordentliche Bedürfnisse der Pfründner	95	30	—	—
				Für Beheizung und Beleuchtung	5 792	50	—	—
				„ Krankenpflege	1 259	64	—	—
				„ Begräbniskosten	162	10	—	—
				„ besonders gestiftete Reichnisse	29	47	—	—
				Geldbezüge der äußeren Pfründner	19 440	—	—	—
				Für Taschengelder	551	42	—	—
9 883	—	11 511	22	VI. Auf das Bauwesen:				
				Ständige Bauausgaben . . .	1 354	95	—	—
				Für Gebäudeunterhaltung . . .	10 156	27	—	—
1 251	43	1 251	43	VII. Auf besondere Leistungen	1 251	43	—	—
4 960	—	4 960	—	VIII. Auf Schuldentilgung:				
				Für Verzinsung der Passivkapitalien zu 124 000 ℳ . . .	4 960	—	—	—
1 320	—	911	82	IX. Sonstige Ausgaben . .	911	82	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	4 382	20	I. Auf Ausleihung von Kapitalien .	4 382	20	—	—
—	—	28 165	12	„ Ankauf von Realitäten ꝛc. .	28 165	12	—	—
245 816	01	239 976	71	Summe der Ausgaben	239 976	71	—	—
				Abschluß.				
248 130	01	228 071	18	Einnahmen	227 182	62	888	56
245 816	01	239 976	71	Ausgaben	239 976	71	—	—
2 314	—	11 905	53	Mehrausgaben	12 794	09	—	—
				Hievon ab Einnahmerückstände	888	56	—	—
				Summe wie im Soll	11 905	53	—	—

Vermögensausweis.

I. Vermögen.

a) rentierendes.

451 402,48	ℳ	Aktivkapitalien,
104 400,—	„	„ des Baufonds,
1 733 966,21	„	Wert der Immobilien,
211 552,24	„	„ des Weinvorrates,
35 005,28	„	„ „ Kellereiinventars,
4 793,96	„	„ der Pferde mit Geschirr, Wagen ꝛc.
2 541 120,17	ℳ	Summe a).

b) nicht rentierendes.

19,—	ℳ	Aktivkassebestand des Baufonds,
888,56	„	Einnahmerückstände,
2 181,60	„	Wert der Materialvorräte,
1 248,91	„	„ des Weinvorrates für den Haushalt,
853,10	„	„ „ „ im Reserveschrank,
236 299,—	„	„ der Immobilien,
9 589,79	„	„ des Kirchenmobiliars,
52 105,66	„	„ „ Hausmobiliars,
12,—	„	an unverzinslichen Losen,
303 197,62	„	Summe b).
2 844 317,79	ℳ	Summe I Vermögen.

II. Schulden.

124 000,—	ℳ	rückständ. Kaufschilling für das Haus Ludwigstraße 1½,
12 794,09	„	Mehrausgabe der Vermögensrechnung,
136 794,09	„	Summe II Schulden, sohin
2 707 523,70	ℳ	reines Vermögen Ende 1903.

b) Ehehaltenhauspflege.

Vor-anschlag		Soll		Einnahmen	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
—	—	730	38	I. Rückständige Verpflegskosten vom Vorjahre	730	38	—	—
9 781	40	9 786	40	II. An Kapitalzinsen und zwar:				
				Vom Staate à 4 % aus . . . . 7 821,44 ℳ	312	85	—	—
				Vom Staate à 3½ % aus . 44 457,14 „	1 556	—	—	
				Von Gemeinden aus 182 100,— „	7 244	—	—	
				„ Gesellschaften „ 8 571,40 „	390	—	—	—
				„ ausländischen Kapitalien aus 6 642,— „	283	55	—	—
				Summe 249 591,98 ℳ				
3 206	57	2 541	74	Ertrag der Realitäten	2 541	74	—	—
28 211	68	23 703	77	III. An Sustentationen, Zuschüssen ꝛc. und zwar:				
				Vom Staate	10	70	—	—
				Von Stiftungen	100	98	—	—
				„ der städtischen Armenpflege	17 861	55	—	—
				Pensionen und Renten der Pfleglinge	1 978	66	—	—
				Verpflegskosten-Ersätze	3 272	68	479	20
100	35	232	06	IV. Sonstige Einnahmen	232	06	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	44	25	I. Bestand vom Vorjahre	44	25	—	—
—	—	181 757	14	II. Heimgezahlte Aktivkapitalien . .	181 757	14	—	—
—	—	20	16	III. Fundationszuflüsse aus Hinterlassenschaften der Pfründner . .	20	16	—	—
41 300	—	218 815	90	Summe der Einnahmen	218 336	70	479	20

Voranschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
—	—	—	—	I. Auf die Vorjahre	—	—	—	—
30	—	25	13	II. Staatssteuern, Umlagen . . .	25	13	—	—
2 000	—	1 797	25	IV. Auf die Verwaltung:				
				Besoldungen und Remunerationen	180	71	—	—
				Auf die Kapitalien	5	—	—	—
				Auf Feld- und Gartenbau . .	1 228	38	—	—
				Regieausgaben	383	16	—	—
37 000	—	32 374	62	V. Auf den Zweck:				
				Dienstlöhne des Hauspersonals .	4 033	18	—	—
				Gestiftete Almosen und Präsenzgelder	49	29	—	—
				Für Beköstigung	19 621	42	—	—
				„ Beheizung und Beleuchtung	3 357	78	—	—
				Kleider, Wäsche, Betten ꝛc. . .	1 030	17	—	—
				Haus- und Küchengeräte . . .	1 517	73	—	—
				Taschengelder	361	50	—	—
				Krankenbedürfnisse	1 958	24	—	—
				Für die Weihnachtsfeier . . .	47	73	—	—
				„ „ Seelsorge	397	58	—	—
2 200	—	2 238	50	VI. Auf das Bauwesen:				
				Ständige Bauausgaben . . .	626	35	—	—
				Gebäudeunterhaltung	1 612	15	—	—
70	—	3	20	IX. Sonstige Ausgaben:	3	20	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	181 898	—	I. Ausleihung von Kapitalien . .	181 898	—	—	—
41 300	—	218 336	70	Summe der Ausgaben	218 336	70	—	—
				Abschluß.				
41 300	—	218 815	90	Einnahmen	218 336	70	479	20
41 300	—	218 336	70	Ausgaben	218 336	70	—	—
—	—	479	20	Kassebestand	—	—		
				Hiezu Rückstände	479	20		
				Summe wie im Soll	479	20		

Vermögensausweis.

a) Vermögen.

249 591	ℳ	98	₰ Aktivkapitalien,
119 478	„	68	„ Wert des Stiftungsgebäudes und des sonstigen Grundbesitzes,
479	„	20	„ Aktivaußenstände,
1 101	„	73	„ Wert der Materialvorräte,
45 427	„	58	„ Wert des Mobiliar-Inventars,
416 079	ℳ	17	₰ Summe a) Vermögen. Hievon

b) Schulden.

349	ℳ	—	₰ Bodenzinskapital.
415 730	ℳ	17	₰ reines Vermögen Ende 1903.

---

c) Huberspflege.

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Einnahmen		Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
				Betriebsrechnung.					
—	—	3 333	63	I. Kassebestand nach letzter Rechnung		3 333	63	—	—
40 120	—	40 188	97	II. An Kapitalzinsen:					
				Vom Staate aus	329 985,74 ℳ	12 937	42	—	—
				Von Gemeinden aus	575 800,— „	23 032	—	—	—
				Von Gesellschaften aus	857,14 „	34	28	—	—
				Von Kreditanstalten aus . . .	21 424,— „	602	—	—	—
				Von Privaten aus	40 188,57 „	1 671	77	—	—
				Von österr. Kapitalien aus . .	45 730,— „	1 911	50	—	—
				Summe	1 013 985,45 ℳ				
40 120	—	43 522	60		Übertrag:	43 522	60	—	—

Vor-anschlag		Soll		Einnahmen	Wirklicher Anfall		Rückstände	
M	Pf	M	Pf		M	Pf	M	Pf
40 120	—	43 522	60	Übertrag:	43 522	60	—	—
1 075	—	1 013	—	Ertrag der Realitäten	1 013	—	—	—
2 205	—	1 767	60	Für verbrauchten Wein	1 767	60	—	—
300	—	340	06	III. Sonstige Einnahmen	340	06	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	575 400	—	II. Veräußerung von Vermögens-bestandteilen	575 400	—	—	—
—	—	521	49	III. Fundationszuflüsse	521	49	—	—
43 700	—	622 564	75	Summe der Einnahmen	622 564	75	—	—
				Ausgaben.				
				Betriebsrechnung.				
40	—	41	04	II. Für Grund- u. Haussteuer nebst Umlagen	41	04	—	—
4 330	—	4 057	11	IV. Auf die Verwaltung:				
				Besoldung u. Verwaltungskosten-beitrag	610	—	—	—
				Regie und Realerigenz	260	85	—	—
				Auf Ergänzung und Unterhaltung des Weinlagers	3 186	26	—	—
35 600	—	31 791	29	V. Auf den Zweck:				
				Auf den Kultus	596	21	—	—
				Präsenzgelder an Pfründnerinnen	14 742	41	—	—
				Dienstlöhne	1 415	12	—	—
				Verköstigung	11 922	09	—	—
				Beheizung	844	28	—	—
				Beleuchtung	239	92	—	—
				Haus- und Küchengeräte . . .	315	75	—	—
				Unterhaltung des Weißzeugs ꝛc. .	188	92	—	—
				Anschaffung von Kleidern . . .	390	—	—	—
				Taschengelder	230	16	—	—
				Krankenpflege	815	41	—	—
				Beerdigungskosten	91	02	—	—
39 970	—	35 889	44	Übertrag:	35 889	44	—	—

Voranschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
39 970	—	35 889	44	Übertrag:	35 889	44	—	—
1 450	—	1 123	45	VI. Auf das Bauwesen:				
				Ständige Bauausgaben . . .	333	20	—	—
				Baureparaturen	790	25	—	—
80	—	83	36	VII. Sonstige Ausgaben	83	36	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	581 304	—	I. Auf Ausleihung von Kapitalien	581 304	—	—	—
41 500	—	618 400	25	Summe der Ausgaben	618 400	25	—	—
				Abschluß.				
43 700	—	622 564	75	Einnahmen	622 564	75	—	—
41 500	—	618 400	25	Ausgaben	618 400	25	—	—
2 200	—	4 164	50	Kassebestand	4 164	50	—	—

Vermögensausweis.

a) Vermögen.

1 013 985	ℳ	45	₰ Aktivkapitalien,
152 450	„	—	„ Realitäten,
23 162	„	55	„ Mobilien,
853	„	43	„ Naturalien-Vorräte,
4 201	„	34	„ Wein-Vorräte,
4 164	„	50	„ Kassebestand,
1 198 817	ℳ	27	₰ Summe des Vermögens.

b) Schulden.

— ℳ — ₰, sohin

1 198 817 ℳ 27 ₰ reines Vermögen Ende 1903.

d) Siechenhauspflege.

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
–	—	2 569	50	I. Kassebestand nach letzter Rechnung	2 569	50	—	—
8 184	02	8 346	72	II. Zinsen an Aktivkapitalien u. zwar:				
				Vom Staate aus 27 571,43 ℳ	1 060	37	—	—
				Von Gemeinden „ 154 400,— „	6 176	—	—	—
				„ Banken „ 12 000,— „	360	—	—	—
				„ österr. Renten aus . . . . 17 850,— „	750	35	—	—
				Summe 211 821,43 ℳ				
1 657	14	1 775	24	Aus dem Ertrag der Realitäten:				
				Von Gartenerzeugnissen . . .	918	10	—	—
				An Mieterträgnissen	250	—	—	—
				Aus liegenden Gründen . . .	607	14	—	—
181	52	181	52	III. An Sustentationen:				
				Von Stiftungen	20	72	—	—
				Von Privaten	160	80	—	—
77	32	75	73	IV. Sonstige Einnahmen	75	73	—	—
				Vermögensrechnung.				
–	—	152 400	—	II. An heimgezahlten städt. Schuldverschreibungen	152 400	—	—	—
10 100	—	165 348	71	Summe der Einnahmen	165 348	71	—	—
				Ausgaben.				
				Betriebsrechnung.				
15	—	11	81	II. An Grundsteuern, Bodenzins, Kreisumlagen	11	81	—	—
550	—	520	93	IV. Auf die Verwaltung:				
				An die Kämmerei ständ. Beitrag	80	—	—	—
				An Stückzinsen, Stempelgebühren	84	60	—	—
565	—	532	74	Übertrag:	176	41	—	—

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Ausgaben	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
565	—	532	74	Übertrag:	176	41	—	—
				Für Anbau und Instandhaltung des Gartens	228	03	—	—
				Für Schreibmaterialien, Rechnungsstellung, Druckkosten ꝛc. .	128	30	—	—
7 100	—	5 883	09	V. Auf den Zweck:				
				Für die Seelsorge und Kirchenbedürfnisse	339	93	—	—
				Gestiftete Almosen	137	02	—	—
				Medikamente, Krankenbedürfnisse .	39	08	—	—
				Nahrungsmittel	3 501	41	—	—
				Beheizung und Beleuchtung . .	460	79	—	—
				Kleider, Wäsche, Betten ꝛc. . .	384	99	—	—
				Haus- u. Küchengeräte u. sonstiges	277	75	—	—
				Dienstlöhne und Gratifikationen .	487	12	—	—
				Taschengelder der Pfründner . .	36	—	—	—
				Verpflegskosten an andere Anstalten	219	—	—	—
1 220	—	292	50	VI. Auf das Bauwesen:				
				Ständige Bauausgaben . . .	172	02	—	—
				Auf Gebäudeunterhaltung . . .	120	48	—	—
115	—	—	—	IX. Sonstige Ausgaben	—	—	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	158 348	—	I. Auf Ausleihung von Aktivkapitalien	158 348	—	—	—
9 000	—	165 056	33	Summe der Ausgaben	165 056	33	—	—
				Abschluß.				
10 100	—	165 348	71	Einnahmen	165 348	71	—	—
9 000	—	165 056	33	Ausgaben	165 056	33	—	—
1 100	—	292	38	Kassebestand	292	38	—	—

Vermögensausweis.

a) rentierendes Vermögen.

211 821 ℳ 43 ₰ an Kapitalien,
53 300 „ — „ „ Realitäten,
120 „ 50 „ „ Rechten,

265 241 ℳ 93 ₰ Summe a)

b) nicht rentierendes Vermögen.

292 ℳ 38 ₰ an Kassebestand,
217 „ 33 „ „ Materialvorräten,
6 662 „ 30 „ „ Wert des Mobiliars,
137 „ 83 „ „ Installationskosten der Gasleitung,

7 309 ℳ 84 ₰ Summe b)

272 551 ℳ 77 ₰ Summe des Vermögens. Hievon
145 „ 75 „ Schulden: d. i. der 25 fache Betrag des Bodenzinses, sonach

272 406 ℳ 02 ₰ reines Vermögen Ende 1903.

e) Wölffel'sche Spitalstiftung.

Voranschlag ℳ	₰	Soll ℳ	₰	Einnahmen	Wirklicher Anfall ℳ	₰	Rückstände ℳ	₰
				Betriebsrechnung.				
—		307	08	I. Kassebestand aus voriger Rechnung	307	08	—	—
11 564	45	11 526	77	II. An Kapitalzinsen und zwar:				
				Vom Staate aus 17 000,— ℳ	595	—	—	—
				Von Gemeinden „ 197 100,— „	7 437	80	—	—
				„ Banken „ 24 000,— „	954	15	—	—
				„ Privaten „ 49 239,28 „	2 180	28	—	—
				„ ausländischen Kapitalien aus . 8 450,— „	359	54	—	—
				Summe 295 789,28 ℳ				
1 180	—	1 148	—	Ertrag der Stiftungsgebäude und Gärten	1 148	—	—	—
367	20	613	20	III. An Alters- ꝛc. Renten der Pfründner	613	20	—	—
38	35	69	20	IV. Sonstige Einnahmen	69	20	—	—
13 150	—	13 664	25	Übertrag:	13 664	25	—	

Vor-anschlag		Soll		Einnahmen	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
13 150	—	13 664	25	Übertrag:	13 664	25	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	183 620	—	II. Heimgezahlte Aktivkapitalien .	183 620	—	—	—
—	—	19	06	III. Barnachlässe von Pfründnern .	19	06	—	—
13 150	—	197 303	31	Summe der Einnahmen	197 303	31	—	—
				Ausgaben.				
				Betriebsrechnung.				
2 220	—	1 664	85	II. An Staatssteuern, Umlagen ꝛc.	26	85	—	—
				Reichnis an die Graveurs-Witwe Wölffel	1 638	—	—	—
870	—	825	75	IV. Auf die Verwaltung:				
				Verwaltungskostenbeitrag an die Stadtkämmerei	666	91	—	—
				Regie-Ausgaben	158	84	—	—
8 000	—	7 744	96	V. Auf den Zweck:				
				Dienstlöhne des Hauspersonals .	785	26	—	—
				Nahrungsmittel	4 689	75	—	—
				Beheizung und Beleuchtung . .	590	48	—	—
				Kleider, Wäsche, Betten . . .	1 051	87	—	—
				Haus- und Küchengeräte . . .	274	33	—	—
				Krankenbedürfnisse	206	77	—	—
				Taschengelder den Pfründnern .	156	—	—	—
				Auf die Weihnachtsfeier . . .	18	10	—	—
				Für die Seelsorge	32	40	—	—
1 450	—	352	75	VI. Auf das Bauwesen:				
				Ständige Bauausgaben . . .	224	91	—	—
				Für Gebäudeunterhaltung . . .	127	84	—	—
110	—	192	34	IX. Sonstige Ausgaben, Beerdigungskosten	192	34	—	—
				Vermögensrechnung.				
—	—	186 072	—	I. Ausleihung von Kapitalien . .	186 072	—	—	—
12 650	—	196 852	65	Summe der Ausgaben	196 852	65	—	—

Voranschlag		Soll		Abschluß	Wirkliche Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
13 150	—	197 303	31	Einnahmen	197 303	31	—	—
12 650	—	196 852	65	Ausgaben	196 852	65	—	—
500	—	450	66	Kassebestand	450	66	—	—

Vermögensausweis.

a) Vermögen.

295 789	ℳ 28	₰ Aktivkapitalien,
78 702	„ 86	„ Wert der Gebäude Virchowstraße 14 und 16 nebst Garten,
450	„ 66	„ Kassebestand,
381	„ 67	„ Wert der Naturalien,
9 516	„ 94	„ Wert des Mobiliars,
384 841	ℳ 41	₰ Summe a) Vermögen, hievon

b) Schulden.

43	ℳ 50	₰ 25facher Betrag des Bodenzinses zu 1 ℳ 74 ₰
384 797	ℳ 91	₰ reines Vermögen Ende 1903.

C. Städtische Armenpflege.

Voranschlag		Soll		Einnahmen	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
—	—	1 630	—	I. Einnahmerückstände	100	—	1 530	—
18 389	33	18 309	01	II. Aus Nutzungen des Lokalarmenfonds	18 309	01	—	—
13 150	90	12 965	34	III. Von örtlichen Wohltätigkeitsstiftungen	12 965	34	—	—
1 000	—	1 125	76	IV. Aus Strafanteilen	1 125	76	—	—
				V. Aus örtlichen Abgaben ꝛc.:				
2 000	—	2 259	85	Vom Stadtmagistrate Ertrag der Lustbarkeitssteuer	2 259	85	—	—
800	—	444	94	Opferstock-Erträgnisse in hiesigen Kirchen	444	94	—	—
2 200	—	2 264	—	Aus Neujahrswunschenthebungskarten	2 264	—	—	—
				VI. Von anderen Kassen:				
1 052	40	1 052	40	Reichnis vom Staate	1 052	40	—	—
17 000	—	17 000	—	Von der Stadtkämmerei aus dem Weizenmehlaccis	17 000	—	—	—
5 972	66	11 092	86	VII. Aus Ersatzleistungen	10 540	46	552	40
934	71	3 756	20	VIII. Sonstige Einnahmen . . .	3 756	20	—	—
163 000	—	129 021	18	IX. Zuschuß der Stadtkämmerei zur Deckung des Defizits . . .	129 021	18	—	—
225 500	—	200 921	54	Summe der Einnahmen	198 839	14	2 082	40
				Ausgaben.				
—	—	—	—	I. Rechnungsberichtigungen . . .	—	—	—	—
81	43	78	52	II. Einhebgebühren aus örtlichen Abgaben und Opferstockerträgnissen	78	52	—	—
81	43	78	52	Übertrag:	78	52	—	—

Voranschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
81	43	78	52	Übertrag:	78	52	—	—
7 648	40	7 839	05	Besoldung des Personals der Armenpflege inkl. Wohnungsmiete für den Diener	7 839	05	—	—
1 648	—	1 148	41	Regieausgaben	1 148	41	—	—
				III. Auf dauernde Unterstützungen in Geld:				
50 000	—	43 113	—	Wöchentliche Unterstützungen . .	43 113	—	—	—
49 500	—	43 947	23	Monatliche Unterstützungen . .	43 947	23	—	—
2 000	—	1 062	—	Hauszinsbeiträge	1 062	—	—	—
4 000	—	3 909	86	An auswärtige Konskribierte . .	3 909	86	—	—
2 501	77	2 501	77	Aus den Zinsen des Armenbeschäftigungsfonds	2 501	77	—	—
1 052	40	1 052	40	Reichnis an die Zwölfbrüder . .	1 052	40	—	—
				Auf Unterstützung in Naturalien:				
8 003	04	7 183	74	Für 11 953 1/2 Laibe Brot . .	7 183	74	—	—
5 300	—	4 282	20	Für 287 Karren Holz	4 282	20	—	—
171	43	184	35	Holzreichnis aus der Gebsattelschen Stiftung	184	35	—	—
300	—	190	—	Holzspalterlöhne	190	—	—	—
21 000	—	19 074	90	Verpflegskosten für arme Geisteskranke:	19 074	90	—	—
24 111	63	20 492	98	Pflegegelder ꝛc. für arme Kinder	20 492	98	—	—
				Vorübergehende Unterstützungen:				
2 287	90	2 771	77	In Geld	2 771	77	—	—
14 780	—	13 405	67	Für Krankenhilfe	13 405	67	—	—
300	—	147	40	Reiseunterstützungen an Arbeitsfähige	147	40	—	—
250	—	334	29	An Transportkosten	334	29	—	—
700	—	533	86	An Begräbniskosten	533	86	—	—
195 636	—	173 253	40	Übertrag:	173 253	40	—	—

Voranschlag		Soll		Ausgaben	Wirklicher Anfall		Rückstände	
ℳ	₰	ℳ	₰		ℳ	₰	ℳ	₰
195 636	—	173 253	40	Übertrag:	173 253	40	—	—
750	—	280	—	An Unterstützungen an hier nicht beheimatete Personen gemäß Art. 14 Abs. IV A. G. . . .	280	—	—	—
20 000	—	17 861	55	IV. An die Ehehaltenhausverwaltung für die dort untergebrachten Armen und Kranken	17 861	55	—	—
720	—	655	—	An 3 Pfründeanstalten	655	—	—	—
7 360	—	5 670	86	Für Ankauf von Bekleidungsmaterialien für hiesige Arme .	5 670	86	—	—
1 000	—	1 110	08	V. Ersatz von Kurkosten an andere Armenpflegen	1 110	08	—	—
34	—	8	25	VI. Sonstige Ausgaben	8	25	—	—
225 500	—	198 839	14	Summe der Ausgaben	198 839	14	—	—
				Abschluß.				
225 500	—	200 921	54	Einnahmen	198 839	14	2 082	40
225 500	—	198 839	14	Ausgaben	198 839	14	—	—
—	—	2 082	40	Bestand	—	—	2 082	40

Vermögensausweis.

2 082 ℳ 40 ₰ Einnahmerückstände,
483 „ 29 „ Wert der Mobilien,
755 „ 50 „ Wert des Vorrates an Schuhwerk,
1 832 „ 38 „ Wert des Vorrates an Kleidern und Materialien,

5 153 ℳ 57 ₰ Summe des Vermögens Ende 1903.

Digitized by Google